

Christian Fuchs

## Krise und Kritik in der Informationsgesellschaft

Arbeiten über Herbert Marcuse, kapitalistische Entwicklung und Selbstorganisation.

Soziale Selbstorganisation im informationsgesellschaftlichen Kapitalismus, Teil 2.

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme  
Ein Titeldatensatz für diese Publikation ist bei Der Deutschen Bibliothek erhältlich.

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Cataloguing-in-Publication-Data  
A catalogue record for this publication is available from Die Deutsche Bibliothek

Christian Fuchs.

**Krise und Kritik in der Informationsgesellschaft.**

Arbeiten über Herbert Marcuse, kapitalistische Entwicklung und Selbstorganisation.

Soziale Selbstorganisation im informationsgesellschaftlichen Kapitalismus, Teil 2

2002. Alle Rechte liegen beim Autor.

Herstellung: BOD™ – Eine Innovation von Libri

ISBN 3–8311–3332–8



# Krise und Kritik in der Informationsgesellschaft.

## Inhalt

|  |           |
|--|-----------|
| <b>VORWORT</b> .....   | <b>6</b>  |
| <b>VORBEMERKUNG: ÜBER „WAHRHEIT“ UND „OBJEKTIVITÄT“</b>  | <b>16</b> |
| <b>I. ZUR AKTUALITÄT DES DENKENS HERBERT MARCUSES</b> .....  | <b>20</b> |
| I.1. Zur Aktualität ausgewählter Aspekte des Werks Herbert Marcuses .....  | 20        |
| Einleitung: Theorie und Praxis.....  | 20        |
| 1. Technik und Utopie.....   | 22        |
| 2. Revolutionäres Subjekt .....  | 36        |
| 3. Demokratie und Faschismus .....   | 47        |
| 4. Kultur .....  | 57        |
| 5. Schluß.....   | 64        |
| I.2. One Dimensional-Man 2000. Zur Aktualität des Denkens Herbert Marcuses .....   | 68        |
| I.3. Einige Anmerkungen zum philosophischen Begriff des Glücks bei Herbert Marcuse..   | 78        |
| <b>II. ASPEKTE DER EVOLUTIONÄREN SYSTEMTHEORIE IN<br/>ÖKONOMISCHEN KRISENTHEORIEN UNTER BESONDERER<br/>BERÜCKSICHTIGUNG TECHNIKSOZIOLOGISCHER BEZÜGE</b> ..... | <b>82</b> |
| Abstract (Deutsch).....  | 82        |
| 0. Einleitung.....   | 85        |
| 1. Fordismus und Postfordismus.....  | 93        |
| 1.1. Ökonomie, Politik und Kultur des Fordismus.....   | 93        |
| 1.2. Der Postfordismus .....   | 114       |
| 2. Selbstorganisation und Evolution in der Ökonomie .....  | 158       |
| 2.1. Evolution und Selbstorganisation.....   | 158       |
| 2.2. Bestehende Ansätze der ökonomischen Selbstorganisation.....   | 164       |
| 2.3. Die krisenhafte und antagonistische Evolution des Kapitalismus .....  | 190       |
| 3. Krisentheorien und Selbstorganisation .....   | 213       |
| 3.1. Die französische Regulationstheorie .....   | 213       |
| 3.2. Marxistische Krisentheorien .....   | 252       |
| 3.3. Neoschumpetersche Theorien der kapitalistischen Entwicklung .....   | 286       |
| 4. Der Kapitalismus, seine fordistische Krise und Aspekte der Selbstorganisation.....  | 301       |
| 4.1. Selbstorganisation als allgemeiner Prozess.....   | 303       |
| 4.2. Soziale Selbstorganisation als basisdemokratischer Bottom-Up-Prozess und die<br>Fremdorganisation der kapitalistischen Gesellschaft .....                 | 312       |
| 4.3. Die antagonistische, krisenhafte allgemein-evolutionäre Selbstorganisation des<br>Kapitalismus.....   | 317       |
| 4.4. Technik als Teil des Akkumulationsregimes .....   | 323       |

|  |            |
|--|------------|
| 4.5. Fordismus und Postfordismus.....                              | 326        |
| 4.6. Die Krise des Fordismus.....                                  | 328        |
| 4.7. Die Restrukturierung in Folge der Krise des Fordismus.....    | 340        |
| 4.8. Informationsarbeit und Wertproduktion .....                   | 348        |
| 4.9. Kapitalistische Krise und soziale Selbstorganisation (2)..... | 370        |
| 5. Literatur.....  | 377        |
| <b>PUBLIKATIONSLISTE CHRISTIAN FUCHS .....</b>                     | <b>402</b> |

# Vorwort

Wir leben noch immer in einer kapitalistischen Gesellschaft, die jedoch in eine neue Phase eingetreten ist, die sich wiederum durch neue Qualitäten und neue konkrete Ausprägungen grundlegender Phänomene auszeichnet. Bei der heutigen Gesellschaft handelt es sich um einen postfordistischen, neoliberalen, informationsgesellschaftlichen Kapitalismus.

Der Fordismus war das nach dem zweiten Weltkrieg den Kapitalismus prägende Entwicklungsmodell. Er zeichnete sich durch folgende Charakteristika aus: Massenkonsum, Massenproduktion, relative Mehrwertproduktion, staatliche Eingriffe in die Ökonomie, bürokratischer Ausbau des Sozialstaates, geplante Geld-, Fiskal-, Industrie-, Forschungs-, Konjunktur-, Wachstums-, Einkommensverteilungs- und Beschäftigungspolitik, Anerkennung der Gewerkschaften als politische Kraft, Durchkapitalisierung des Reproduktionsbereiches, tayloristische Organisationsweise der Arbeit, großflächiger Ausbau der Fließbandproduktion, hierarchische Kontrolle durch das Management, Trennung von Hand- und Kopfarbeit, zentralistische Unternehmensorganisationsweise, disziplinierende Wirkung der maschinellen Apparatur und der Zeitverwaltung der Arbeitenden, Sicherheitsstaat als Form der sozialen Kontrolle und der allgemeinen Wohlfahrt, Standardisierung der Konsumnormen und Waren, internationale Dimension der Regulation in Form des Systems von Bretton Woods, künstliche Erzeugung immer neuer Bedürfnisse, Etablierung des Konsums als allgemeine Norm.

Ende der 60er-/Anfang der 70er-Jahre traten die Widersprüche des Fordismus deutlich hervor, worauf eine gesellschaftliche Krise des Kapitalismus einsetzte, die bis heute andauert und den Übergang zum Postfordismus einleitete, im Rahmen dessen den fallenden Profitraten durch eine Reorganisation des Kapitalismus entgegengewirkt werden soll. Elemente des Postfordismus sind eine diversifizierte Qualitätsproduktion (Kundenorientierung, kleine Stückzahlen mit hoher Qualität), flexible Fertigungsmaschinen, die Bildung kleiner organisatorischer Einheiten im Unternehmen, Delegation von Entscheidungskompetenzen von oben nach unten in der Hierarchie, Netzwerkorganisationen, Dezentralisierung der betrieblichen Organisationsstruktur, Verflachung der betrieblichen Hierarchien, der Aufstieg von Teamarbeit und teilautonomen Arbeitsgruppen, Tendenz zum Outsourcing, ein neuer Schub der ökonomischen Globalisierung, partizipatives Management und der Versuch der ideologischen Einbindung der Arbeitenden in den Betrieb, eine weitere Tertiärisierung und Informatisierung der Ökonomie, der Abbau der institutionellen Schranken der Kapitalakkumulation durch Deregulierung und die Triadisierung des Welthandels und des Kapitalexports.

Gleichzeitig findet ein Übergang vom intervenierenden keynesianischen Staat, der auf Deficit Spending setzte, zur neoliberalen Politik statt, in der sich der Staat als regulierende Instanz immer stärker aus der Ökonomie zurückzieht und durch Sozialabbau die Qualität und Quantität der Eingriffe in den sozialen Bereich vermindert. Den ungehemmten Kräften des „freien“ Marktes wird freier Lauf gegeben. Die neoliberale Ökonomie und Politik gehen vom sich selbst regulierenden Markt aus. Die permanente Verschärfung der globalen Probleme im Postfordismus zeigt, dass die neoliberale Ideologie offensichtlich die Lebensverhältnisse weiter Teile der Menschheit nicht verbessert, sondern immer mehr Menschen in prekäre Lebensverhältnisse drängt.

Der Übergang zu einem informationsgesellschaftlichen Kapitalismus umfasst die zunehmende Bedeutung der Informations- und Wissensarbeit und der Wissenschaft als Produktivkraft, die wesentliche Rahmenbedingungen der auf Profit basierenden Produktion zur Verfügung stellt sowie gesellschaftliche Veränderungen, die durch den zunehmenden Einsatz von

modernen Informations- und Kommunikationstechnologien vermittelt werden. Vom informationsgesellschaftlichen Kapitalismus können wir heute sprechen, da Wissen zu einer immer bedeutenderen Produktivkraft wird, die die Akkumulation des Kapitals und die Produktion von Mehrwert wesentlich beeinflusst.

Computer- und moderne I&K-Technologien sind Medium und Resultat der Rationalisierung und der ökonomischen Globalisierung des Kapitalismus. Sie wirken delokalisierend, derealisierend, dezentralisierend, enthierarchisierend und segmentarisierend. Sie sind in die Widerspruchsdynamik des Kapitalismus eingebunden und tragen daher zur Verschärfung globaler Probleme bei. Gleichzeitig existiert eine Ambivalenz, innerhalb derer I&K-Technologien auch emanzipatorischen und positiven Nutzen bringen können.

Die gesellschaftlichen Bedingungen für Intervention und Opposition im Sinn der „*rücksichtslosen Kritik alles Bestehenden*“, rücksichtslos sowohl in dem Sinne, dass die Kritik sich nicht vor ihren Resultaten fürchtet und ebensowenig vor dem Konflikte mit den vorhandenen Mächten“ (Marx 1843, S. 344). haben sich in dieser Formation gewandelt. Wir erleben mit der Krise der Gesellschaft auch eine Krise Kritischer Theorien, wobei jedoch heute oppositionelles Denken, das auf eine Humanisierung und Demokratisierung der Gesellschaft abzielt, mehr als notwendig wäre. Gerade heute bewahrheitet sich Herbert Marcuses These, dass ein unmittelbarer Sprung ins Reich der Freiheit, in eine Gesellschaft ohne Mangel, Entäußerung, Kontrolle, Herrschaft und Ausbeutung auf Grund der materiellen und technischen Bedingungen möglich wäre, dass Techniken und Mechanismen der Manipulation und Kontrolle aber qualitativen gesellschaftlichen Wandel in einem immer größeren Ausmaß zu verhindern scheinen. Die Informatisierung der Gesellschaft bringt neue Gefahren der Ausweitung von Herrschaft, Ausbeutung, Überwachung und Kontrolle mit sich, gleichzeitig aber auch neue Möglichkeiten der kritischen politischen Intervention. Kritische Theorie sollte heute diese Möglichkeiten erkunden und verdeutlichen, sie muss dazu von einer Analyse der gesellschaftlichen Veränderungen ausgehen.

Unser eigener Ansatz steht in der Tradition des Denkens Marcuses und ist von diesem stark beeinflusst. Gerade in der Informationsgesellschaft erscheint es uns äußerst angebracht, wesentliche Ideen Marcuses auf deren Aktualität zu prüfen. Daher befasst sich der erste Teil dieser Arbeit mit kontemporären Aspekten des Werks Herbert Marcuses. „Zur Aktualität ausgewählter Aspekte des Werks Herbert Marcuses“ greift ausgewählte Fragen in Bezug auf das Verhältnis von Theorie und Praxis, die Dialektik der Technik, revolutionäre Subjekte, Demokratie und Faschismus und Kultur heraus und verdeutlicht deren brennende Aktualität in der Informationsgesellschaft. „One Dimensional Man 2000“ zeigt, dass Marcuses Hauptwerk „Der eindimensionale Mensch“ nichts an seinem Wahrheitsgehalt verloren hat, ganz im Gegenteil. „Einige Anmerkungen zum philosophischen Begriff des Glücks bei Herbert Marcuse“ prüft schließlich, inwiefern die heutige Gesellschaft als eine bezeichnet werden kann, die gesellschaftliches Glück über reine subjektive Zustände hinausgehend transportiert.

Besonders hervorhebenswert erscheint uns an dieser Stelle die Betonung, dass Herbert Marcuse stets an einer Subjekt-Objekt-Dialektik festhielt: Er zeigt einerseits, wie sich die objektiven gesellschaftlichen Bedingungen ins Bewusstsein der Menschen fortsetzen, um gesellschaftlichen Wandel zu unterbinden, ging jedoch andererseits stets davon aus, dass diese Kontrollmechanismen niemals einen vollständig totalen Charakter annehmen können. Es sind stets Potentiale gegeben, die „diese Eindämmung durchbrechen und die Gesellschaft sprengen können“ (Marcuse 1967, S. 17). Diese Potentiale gilt es zu verfassen und sie zu verstärken. Kritische Theorie sollte die Bedingungen für gesellschaftlichen Wandel verdeutlichen und diese in die Praxis handelnder Subjekte zu übersetzen versuchen. Kritische Theorie muss also stets ihre

Vermitteltheit mit gesellschaftlicher und politischer Praxis verdeutlichen, um realistisch zu bleiben. Auch emanzipatorische soziale Protestbewegungen unterliegen heute gewissen Verbürgerlichungsmechanismen, dennoch gilt es, den subjektiven und am revolutionären Handeln orientierten Faktor der Theorie hervorstreichend zu betonen.

Marcuse war stets bemüht, die strukturalistischen und objektivistischen, sich im ökonomistischen Automatismus verdeutlichenden Verkürzungen der politischen Theorie auszugleichen. Neben den Wirkungen der objektiven gesellschaftlichen Bedingungen war er stets auf der Suche nach radikaler, emanzipatorischer Subjektivität, an die er mit seiner Philosophie anschließen wollte. In seiner Frühphase versuchte er dazu irrtümlicherweise Marxismus mit der Phänomenologie Heideggers zu vereinen. Als Anfang der 1930er-Jahre die Marxschen Ökonomisch-Philosophischen Manuskripte von 1844 erschienen, hatte er den richtigen theoretischen Bezugspunkt gefunden (siehe dazu u.a. die „Neuen Quellen zur Grundlegung des Historischen Materialismus“, Marcuse 1932). Übersetzt in politische Praxis zeigt sich später der Bezug auf die Kämpfe der Studenten und Neuen Sozialen Bewegungen.

Einerseits sollten wir heute die subjektiven, negierenden Kräfte betonen und zu stärken versuchen, andererseits gilt es auch immer wieder hervorzuheben, dass objektive Kräfte existieren, „die stark und materiell genug sind, um für eine ganze Periode die Gegensätze zu neutralisieren, zu suspendieren oder sogar die negativen, sprengenden Kräfte in positive zu verwandeln, welche das Bestehende reproduzieren anstatt es zu sprengen“ (Marcuse 1966a, S. 197). Marcuse weist immer wieder darauf hin, dass bestimmte technische Entwicklungen zwar durchwegs Basis für die historische Stufe der Menschheit sind, „auf der diese technisch imstande ist, eine Welt des Friedens zu schaffen – eine Welt ohne Ausbeutung, Elend und Angst“ (Marcuse 1965, S. 123). Genauso sei aber auch möglich, dass technische Entwicklung zur Ausbildung einer Standardisierung des Denkens und des Handelns, einer technologischen Rationalität, einem eindimensionalen und falschen Bewusstsein sowie falschen Bedürfnissen beiträgt (vgl. dazu z.B. Marcuse 1941, 1966b, 1967). Marcuse betont immer wieder diese Ambivalenz der Wirkungsweisen moderner Technologien, dass nicht determiniert ist, welche Entwicklung dominiert und dass sich grundsätzlicher gesellschaftlicher Wandel nicht notwendigerweise durchsetzt. So meint er etwa: „Ich möchte nochmals hervorheben, dass ich diese [technische] Entwicklung (noch) nicht bewerte: sie kann fortschrittlich oder regressiv, humanisierend oder fortschrittlich sein“ (1966b, S. 172). Oder: „Die Technik selbst kann Autoritarismus ebenso fördern wie Freiheit, den Mangel so gut wie den Überfluss, die Ausweitung von Schwerarbeit wie deren Abschaffung“ (Marcuse 1941, S. 286).

Die Frage nach den negierenden Kräften ist jene nach dem Innen und dem Außen der Gesellschaft: Die Frage zielt darauf ab, ob eine bestehende Gesellschaft negierende Kräfte diese von innen oder von außen aufheben können und was unter diesen beiden Kategorien überhaupt zu verstehen ist. Marcuse (1966a) diskutierte diese Frage bereits und ich folge seiner Einschätzung. Er geht davon aus, dass es in der bürgerlichen Gesellschaft negierende Kräfte gibt, die außerhalb des Systems auf dessen Aufhebung hin- und gegen dieses arbeiten. Außen versteht er „im Sinne von gesellschaftlichen Kräften, die Bedürfnisse und Ziele repräsentieren, welche in dem bestehenden antagonistischen Ganzen unterdrückt sind und in ihm nicht zur Entfaltung kommen können“ (1966a, S. 198). Damit meint er also die potentielle revolutionäre Hauptproduktivkraft Mensch, die ihr Bewusstsein und ihre Praxis außerhalb des Systems stellen kann, dieses überschreiten und auf die Aufhebung des alten Ganzen hinarbeiten kann. Die „Keimform“ einer neuen Gesellschaft umfasst also auch für Marcuse nicht gesellschaftliche Strukturen, sondern emanzipatorisches menschliches Bewusstsein, das aber in der fortgeschrittenen Industriegesellschaft zunehmend in das System-Innere absorbiert werde.

Subjektivität ist ein entscheidender Faktor der Marxschen und der Marcuseschen Subjekt-Objekt-Dialektik (vgl. Marcuse 1966c). Die inneren Widersprüche der Gesellschaft und die Entwicklung der Produktivkräfte vollziehen sich objektiv, es erfolgt aber nicht automatisch eine Entwicklung in Richtung eines sozial und ökologisch nachhaltigen Reichs der Freiheit. Dazu bedarf es emanzipatorischer Subjekte, die ein Klassenbewusstsein ausbilden und dieses in reale gesellschaftliche Kämpfe einbringen. Es ist nicht gewiss, ob sich dieses Bewusstsein überhaupt bilden kann und wie darauf aufbauende Kämpfe ausgehen. „die in den Widersprüchen verfangenen (materiellen und intellektuellen) Produktivkräfte werden frei zum Übergang in die ‚höhere‘ geschichtliche Form gesellschaftlichen Seins im bewussten Kampf mit den bestehenden Gewalten und den von ihnen bestimmten Interessen und Institutionen. Der Ausgang hängt von den Bedingungen der Möglichkeit dieses Kampfes und des sich in ihm entwickelnden Bewusstseins ab. Dazu gehört, dass seine Träger ihre Sklaverei und deren Gründe begriffen haben, dass sie ihre Befreiung wollen und die Wege dazu gesehen haben“ (Marcuse 1966c). Diese Vorstellung schließt für Marcuse immer mit ein – und darin folge ich ihm –, dass bestehende Techniken nicht einfach in die neue Gesellschaft übernommen werden können, sondern dass sich eine Unzahl an neuen Qualitäten ergeben muss, um das Reich der Freiheit zu realisieren: „Die technische Transformation ist zugleich eine politische, aber die politische Änderung würde nur in dem Maße in eine qualitative gesellschaftliche Änderung übergehen, wie sie die Richtung des technischen Fortschritts ändern – das heißt eine neue Technik entwickeln würde. Denn die bestehende Technik ist zu einem Instrument destruktiver Politik geworden“ (Marcuse 1967, S. 238).

Die heutige Gesellschaft entfremdet das menschliche Wesen, sie ist nicht an der bestimmten und daher humanistischen Verwirklichung des menschlichen Wesens als universellem, freien Wesen interessiert. Zum Wesen des Menschen gehört auch, dass er sich über dieses und seine Möglichkeiten subjektiv bewusst sein kann, heute ist eben dies jedoch entfremdet, es kommt zur Stillhaltung emanzipatorischer Subjektivität, der Mensch ist nicht mehr sich selbst, sondern das andere, für das er sich verzweckt und verausgabt, durch das er bestimmt wird und durch das sich dieses permanent ökonomisch setzt und reproduziert. Dieses Veräußerte und Entfremdete der gesellschaftlichen Zusammenhänge erscheint dem Menschen nun aber als sein eigenes Wesen und als etwas selbstverständliches. Die Wiederherstellung der Subjektivität wäre daher auch das Ende der Entfremdung des Menschen von seinem Wesen und seiner Subjektivität. Der Mensch müsste vom Objekt der Ausbeutung, Herrschaft und Kontrolle zum Subjekt seiner Selbstbestimmung und Selbstorganisation werden. Diesem Subjekt kann es auch heute seinem Wesen entsprechend nur um die „totale und radikale Revolution“ gehen, „die jede nur partielle Umwälzung oder ‚Evolution‘ unbedingt ausschließt“ (Marcuse 1932, S. 516). Wesen und Existenz treten heute auseinander, die Aufgabe menschlicher Praxis ist heute „die radikale Aufhebung dieser Faktizität“ (ebd., S. 536). Wir haben es heute mit einer Krise der Gesellschaft zu tun, diese objektiven Faktoren analysieren wir in Teil II dieser Arbeit, die Entfremdungszusammenhänge haben aber auch zur Krise des menschlichen Wesens, zur vollständigen Entfremdung der faktischen Existenz von diesem Wesen geführt. „Gerade der unbeirrbarere Blick auf das Wesen des Menschen wird zum unerbittlichen Antrieb der Begründung der radikalen Revolution: dass es sich in der faktischen Situation des Kapitalismus eben nicht nur um eine ökonomische oder politische Krisis handelt, sondern um eine Katastrophe des menschlichen Wesens – diese Einsicht verurteilt jede bloße ökonomische oder politische Reform von vornherein zum Scheitern und fordert unbedingt die katastrophische Aufhebung des faktischen Zustandes durch die totale Revolution“ (ebd., S. 536). Jede Situation – auch die der totalen Krise, die wir heute erleben – wurde vom Mensch selbst geschaffen, nur als aktives Subjekt

kann er sich daraus auch befreien. Die Wiederentdeckung des menschlichen Wesens fordert dessen Realisierung ein, sie fordert eine aufhebende, umwälzende Selbstverwirklichung des Menschen. Kritik muss sich demnach auch heute an der Lehre orientieren, dass „der Mensch das höchste Wesen für den Menschen“ ist, ausschlaggebend ist „der kategorische Imperativ, alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“ (Marx 1844, S. 385)

Die Subjekt-Objekt-Dialektik ist ein entscheidender Faktor, bei dem sich auch die Bedeutung des Selbstorganisationsbegriffes zeigt. Die potentiell negierenden Kräfte fassen wir als sich selbstorganisierende emanzipatorische Bewegungen (vgl. dazu vor allem auch Fuchs 2001). Diese stellen den subjektiven Faktor der Selbstorganisation dar. Andererseits hat diese auch einen objektiven, evolutionären Faktor, der auf den Kapitalismus als krisenhaftes, antagonistisches, komplexes System verweist. Um die Untersuchung dieses objektiven Faktors der gesellschaftlichen Krisen geht es im zweiten Teil dieser Arbeit, der zugleich auch meine Dissertation unter dem Titel „Aspekte der evolutionären Systemtheorie in ökonomischen Krisentheorien unter besonderer Berücksichtigung techniksoziologischer Bezüge“ darstellt. Zu besonderem Dank für Diskussion, Betreuung und Beurteilung bin ich diesbzgl. Prof. Wolfgang Hofkirchner und Prof. Gerald Steinhardt verpflichtet.

Wir untersuchen hier die seit über 25 Jahren anhaltende Krise des Kapitalismus, stellen diverse erklärende Theorien vor und bieten als eigenen Erklärungsansatz Thesen, die eine Synthese aus Selbstorganisationstheorie und marxistischer Krisentheorie versuchen. Die gesellschaftliche Krise ist heute offensichtlich: Ökonomisch zeigt sich eine permanente Krisenanfälligkeit (wie etwa die südasiatische Krise Mitte der 1990er oder der Einbruch der Technologieförsen Anfang des 21. Jahrhunderts verdeutlichen), politisch eine Krise des Staats, ökologisch die Verschärfung der Zerstörung der naturalen Ressourcen, sozial die zunehmende Prekarisierung der Lebensverhältnisse großer Teile der Weltbevölkerung, militärisch ein Anstieg der bewaffneten Konfrontationen, Kriege und der alltäglichen Gewalt (gerade auch in Bezug auf den 11. September 2001 und seine Folgen; all dies ist wohl weniger auf einen „Kampf der Kulturen und Religionen“, die unvereinbar wären, als auf die globalen Antagonismen des kapitalistischen Weltsystems und dessen Logik zurückzuführen) usw.

Der Kapitalismus als evolutionär-selbstorganisierendes, antagonistisches, komplexes System befindet sich in einem permanenten Krisenzustand, der das Überleben der Menschheit gefährdet. Dies bedeutet aber weder automatisch das Ende der Menschheit, noch den automatischen Übergang in eine sozial und ökologisch nachhaltige Gesellschaft. Hier spielen der subjektive Faktor der Selbstorganisation, und damit auch die Bedeutung des Denkens Herbert Marcuses heute, wiederum eine wesentliche Rolle: Während sich die gesellschaftlichen Bedingungen immer weiter verschärfen, nehmen auch die Möglichkeiten der Kontrolle und Manipulation des Bewusstseins der unterdrückten Massen zu. „Falsches Bewusstsein“ wird zu einem weltweiten Massenphänomen, die Krisenverwaltung bedient sich immer neuen Techniken der ideologischen Bewusstseinskontrolle, um die Existenz der bestehenden Totalität nicht zu gefährden. Wir verweisen hier z.B. auf die neuen Managementmethoden, auf die neuen Überwachungsmöglichkeiten, die weitergehende Verflachung kultureller Inhalte, die jedes kritische und oppositionelle Element einzudämmen drohen etc. Je prekärer die gesellschaftlichen Bedingungen, desto ohnmächtiger scheinen die Objekte der Kontrolle diesen gegenüberzustehen. Gerade hier ist aber die Stärkung emanzipatorischer Subjektivität entscheidend. Soll dies gelingen, so müssen die Rahmenbedingungen entsprechend geklärt und gefestigt werden. Und tatsächlich ergeben sich heute durch Prozesse der Informatisierung und Globalisierung auch ganz neue Möglichkeiten der kritischen Intervention. Diese kann nicht mehr isolationistisch

oder rein lokal agieren, sondern muss nach vernetzter Selbstorganisation als Einheit in der Vielfalt emanzipatorischer Protestbewegungen agieren.

Auf die Vernetzung der sozialen Protestbewegungen setzen wir gewisse Hoffnungen in Bezug auf die Humanisierung und Demokratisierung der Gesellschaft. Die veränderte gesellschaftliche Landschaft bedeutet also nicht nur neue Gefahren und eine Zunahme der Globalisierung, sondern auch neue Chancen auf gesellschaftliche Veränderungen, die sozial und ökologisch nachhaltige gesellschaftliche Entwicklungen einleiten könnte. Dazu wäre jedoch eine globale Bewegung selbstbewusster und -bestimmter, politisch agierender Subjekte notwendig. Global vernetzte politische Akteure müssen nicht homogene Interessen haben und auf eine Homogenisierung ihrer Politik abzielen, um eine gemeinsame politische Perspektive zu erlangen. Sie müssen auch nicht auf ein Zulassen aller möglichen politischen Richtungen – ein anything goes – innerhalb ihres rhizomatischen Netzwerkes<sup>1</sup> hinarbeiten. Vielmehr können sie einerseits die Unterschiede in ihren politischen Herangehensweisen und Vorstellungen sowie in der Ausprägung in ihren spezifischen lokalen und regionalen politischen Situation betonen und andererseits aber nichtsdestotrotz gleichzeitig eine gemeinsame Perspektive entwickeln, indem sie das Verbindende betonen, herausarbeiten und als ein Leitbild der politischen Praxis verwenden. Die Kulturwissenschaftler Steven Best und Douglas Kellner (1997) sehen eine solche politische Position als Synthese von moderner und postmoderner Politik. Es sei eine Einheit von Herangehensweisen der “modernen Politik” wie die Betonung von Solidarität, Allianzen, Konsens, universellen Rechten und einer Makropolitik sowie von Herangehensweisen der “postmodernen Politik” wie die Betonung von Differenz, Pluralität, Multiperspektivität, Identität und einer Mikropolitik notwendig. Eine solche politische Dialektik von Einheit und Vielfalt Moderne und Postmoderne könnte bei der Lösung der großen politischen Probleme ebenso wie eine kulturelle Einheit in der Vielfalt (siehe dazu unseren Beitrag in Z Nr. 49) fruchtbar sein. “A postmodern politics must learn to be at once local, national, and global, depending on specific territorial conditions and problems. [...] To the slogan, ‘Think globally, act locally’, we may thus add the slogan, ‘Think locally, act globally’. [...] The task today is to construct what Hegel called a ‘differentiated unity’, where the various threads of historical development come together in a rich and mediated way” (Best/Kellner 2001: 115f).

Die Dialektik der Befreiung und von Subjekt-Objekt ist heute entscheidend, die Gedanken Herbert Marcuses und einer emanzipatorisch gefassten Theorie der sozialen Selbstorganisation können weiterhelfen bei der Stärkung des subjektiven Faktors von Emanzipation. Dies beabsichtigen wir auch durch die Betonung der Aktualität des Denkens Marcuses einerseits, der Analyse der anhaltenden gesellschaftlichen Krise andererseits.

Ziel des zweiten Teils dieser Arbeit ist eine Formulierung von Thesen zur selbstorganisierten, evolutionären Entwicklung der modernen Gesellschaftsformation. Weiters soll untersucht werden, welche Rolle dabei moderne Computer-, Informations- und Kommunikationstechnologien spielen. Methodisch werden dazu verschiedene regulationstheoretische, marxistische und neoschumpeterianische Krisentheorien auf Aspekte der evolutionären Systemtheorie untersucht, die die Krise des Fordismus und den Übergang zum Postfordismus darstellen.

Der Fordismus als nach 1945 den Kapitalismus prägendes Entwicklungsmodell basierte u.a. auf Massenkonsum, Massenproduktion, hierarchischen und zentralen Unternehmenskomple-

---

<sup>1</sup> In Fuchs (2001) wurde die Herausbildung emanzipatorischer sozialer Netzwerke, die mit Gilles Deleuze und Félix Guattari (1977) als Rhizome angesehen werden können, näher untersucht und in den theoretischen Rahmen der Selbstorganisationstheorie gestellt.

nen, der Standardisierung der Produktion, dem Wohlfahrts- und Interventionsstaat, der Fließbandproduktion und staatlichen Eingriffen in die Ökonomie (siehe Abschnitt II.1.1.).

Der Postfordismus als sich seit der 2. Weltwirtschaftskrise Mitte der 1970er Jahre langsam herausbildendes Entwicklungsmodell basiert u.a. auf flexibler Spezialisierung; Dezentralisierung, Informatisierung, Tertiärisierung, Globalisierung und Enthierarchisierung der Produktion, einer diversifizierten Qualitätsproduktion und dem Nationalen Wettbewerbsstaat (siehe II.1.3.).

Die Hauptthese des zweiten Teils lautet, dass der Kapitalismus ein komplexes, evolutionäres System ist, dessen Entwicklung widersprüchlich und krisenhaft verläuft (siehe II.2. und II.4.). Die Krisendynamik ergibt sich aus ökonomischen, politischen und ideologischen Antagonismen. Für jedes Entwicklungsmodell, d.h. jede Phase der kapitalistischen Gesellschaftsformation gibt es eine spezifische, im Vorhinein nicht determinierte Widerspruchsstruktur, die früher oder später zu einer gesellschaftlichen Krise und dem Zusammenbruch des jeweilig hegemonialen Entwicklungsmodells führt. Ökonomische, politische und ideologische Widersprüche entfalten sich und können sich dabei wechselseitig verstärken. In einer Phase der gesellschaftlichen Krise ist die weitere Entwicklung nicht determiniert, sie stellt einen historischen Bifurkationspunkt der gesellschaftlichen Dynamik dar. Die Entwicklung in Phasen der Krisen und damit der Gesellschaft als evolutionär-selbstorganisierendes System ist jedoch nicht völlig zufällig, sondern unterliegt einer dynamischen Dialektik von Zufall und Notwendigkeit. Einerseits ist sicher, dass es im Rahmen antagonistischer Gesellschaftsstrukturen immer wieder zu Phasen der Krise kommt. Der genaue Zeitpunkt lässt sich jedoch auf Grund der komplexen Kausalität, der selbstorganisierende Systeme i.A. unterliegen, nicht vorhersagen. Im Rahmen eines gesellschaftlichen Bifurkationspunktes ist die Entwicklung zwar grundsätzlich offen, es zeigt sich jedoch eine gewisse Abhängigkeit der weiteren gesellschaftlichen Entwicklung von der sozialen Selbstorganisation der Menschen, mit Hilfe der die gesellschaftliche Dynamik derart gestaltet werden kann, so dass die Wahrscheinlichkeit, dass eine gewisse Entwicklungslinie eingeschlagen wird, erhöht werden kann. Dabei gibt es aber keine Gewissheiten, die Wissenschaften und daher auch die Sozialwissenschaften sind heute mit einem Ende der Gewissheiten konfrontiert.

Die französische Regulationstheorie (siehe II.3.1.) geht wie die evolutionäre Systemtheorie von einer Dialektik von Zufall und Notwendigkeit sowie Allgemeinem und Konkretem bei der Evolution komplexer Systeme aus. Der Mechanizismus, Reduktionismus und Determinismus der traditionellen Krisentheorien wird vermieden, eine Verkürzung der gesellschaftlichen Antagonismen auf den Bereich der Ökonomie und darin auf einen spezifischen ökonomischen Widerspruch wird vermieden, vielmehr werden neben ökonomischen auch politische und ideologische als relativ autonome Krisenfaktoren berücksichtigt. Des weiteren wird von einer für ein Entwicklungsmodell des Kapitalismus spezifischen Einheit von Akkumulationsregime und Regulationsweise ausgegangen, die durch konkrete und dem Entwicklungsmodell eigenen Widerspruchsstrukturen geprägt wird. Es zeigen sich deutliche Parallelen zu den Theorien evolutionärer Systeme, jedoch ist das Verhältnis von allgemeinen und konkreten Kategorien sowie von Zufall und Notwendigkeit in der Regulationstheorie weitgehend ungeklärt. Es entsteht der Eindruck, dass häufig von einer völlig zufälligen Entwicklung der Widerspruchsstrukturen ausgegangen wird, die nicht dialektisch mit allgemeinen Kategorien und Antagonismen vermittelt ist. Des weiteren wird die Bedeutung der Technik in der Krise des Fordismus zu wenig berücksichtigt. Nichtsdestotrotz liefert die Regulationstheorie eine umfassende krisentheoretische Analyse des Fordismus, seiner Krise und des Postfordismus sowie ein brauchbares

Schema der gesellschaftlichen Entwicklung. Daher basieren unsere eigenen Thesen tw. auf diesem Ansatz.

Marxistische Theorien, die die Krise des Fordismus analysieren (siehe II.3.2.), basieren zumeist auf einem doppelten, ökonomistischen Reduktionismus: Die Krise wird auf Widersprüche im Bereich der Ökonomie und darin auf einen einzigen, allgemeinen ökonomischen Antagonismus zurückgeführt. Die Dialektik von Zufall und Notwendigkeit sowie Allgemeinem und Konkretem, die durch die Selbstorganisationstheorien nahegelegt werden, werden nicht ausreichend berücksichtigt. Eine Ausnahme stellt die Weltsystemtheorie Immanuel Wallersteins dar, die marxistische Krisentheorie und evolutionäre Systemtheorie zu verbinden versucht. Wallerstein argumentiert, dass die gesellschaftliche Entwicklung in Phasen der Instabilität offen und nicht determiniert ist, dass die weitere Entwicklung durch das Handeln der Subjekte beeinflussbar, jedoch nicht determinierbar ist. Fortschritt sei daher möglich, jedoch nicht unvermeidlich. Der Kapitalismus befinde sich heute in einer fundamentalen Krise, Wallerstein meint, dass sich in 50 Jahren ein neues Weltsystem herausgebildet haben werde. Die Zeit bis dorthin würde eine sehr instabile sein, der Ausgang der weiteren Entwicklung sei aber offen, wodurch sich auch Entwicklungen in Richtung einer sozial und ökologisch nachhaltigen Gesellschaft einleiten ließen. Im Gegensatz zur Regulationstheorie werden in den marxistischen Krisentheorien technologische Krisenfaktoren stärker berücksichtigt, ohne dass die gesellschaftliche Dynamik jedoch auf den Bereich der Technik reduziert wird. Daher schließen unsere eigenen Thesen an diese Argumentationen tw. an.

Neoschumpeterianische Krisentheorien beziehen sich methodisch häufig auf die Selbstorganisationstheorien (siehe II.3.3.). Betont wird u.a. die Emergenz von Innovation, Wissen und Imitation im Rahmen der endogenen ökonomischen Entwicklung langer Wellen. Die Methodik der evolutionären Systemtheorie wird dabei jedoch zumeist falsch angewandt, da Krisen zumeist auf rein technische Faktoren reduziert werden. Technische Innovations- und ökonomische Prosperitätszyklen werden dabei wie in den Theorien Langer Wellen i.A. üblich gleichgesetzt. Die Bedeutung technischer Faktoren im Rahmen gesellschaftlicher Krisen wird überschätzt, jene gesellschaftlicher Antagonismen bleibt unberücksichtigt.

Die Krise des Fordismus ergab sich aus den für dieses Entwicklungsmodell spezifischen ökonomischen, politischen, ideologischen und technischen Faktoren und Antagonismen (siehe insbesondere II.4.). Es wird argumentiert, dass wir uns heute zwar bereits in der Phase des postfordistischen Entwicklungsmodells befinden, dass die gesamtgesellschaftliche Krise jedoch anhält, dies zeigt sich in Bereichen wie Ökonomie, Politik, Ökologie und der Zunahme der globalen Probleme. Im heutigen Bifurkationspunkt der gesellschaftlichen Entwicklung ist die weitere Entwicklungsdynamik jedoch nicht determiniert, viele potentielle Szenarios wie etwa eine weiter unter Verschärfung der globalen Probleme anhaltende krisenhafte Entwicklung, die Militarisierung oder gar Faschisierung der Gesellschaft oder aber auch eine sozial und ökologisch nachhaltige Gestaltung gesellschaftlicher Prozesse sind denkbar. Durch soziale Selbstorganisation aktiv handelnder Subjekte könnte die Wahrscheinlichkeit erhöht werden, dass die letzte, wünschenswerte Alternative eingeschlagen wird.

Hier schließt sich der Kreis zur Betonung der Bedeutung radikaler Subjektivität durch Herbert Marcuse. Marcuse benannte diesen Faktor dabei immer wieder auch als soziale Selbstorganisation (siehe den Abschnitt über revolutionäre Subjekte sowie über Demokratie und Faschismus in I.1.). Eine freie Gesellschaft müsste auf der demokratischen Selbstorganisation aller Lebensbereiche basieren, der Weg dorthin müsse ein Element der spontanen Selbstorganisation enthalten, sei nur jenseits zentralistischer Kommandostrukturen durch selbstorganisierte Subjekte und Bewegungen denkbar.

Unsere Argumentationen spielen sich immer wieder im Spannungsfeld der ambivalenten Wirkungen moderner Technologien ab, wobei es um die Frage geht, ob diese vorwiegend ein Moment der Einpassung der Individuen ins System darstellen, das dazu beiträgt, dass die Gesellschaft dazu tendiert, totalitär zu werden, oder ob sie eine neue Gesellschaft mitproduzieren helfen können oder diese gar antizipieren. Dieses Spannungsfeld stellt sich derart dar, dass die „Änderung der etablierten Richtung des Fortschritts einen grundlegenden sozialen Wandel bedeuten“ würde, „aber sozialer Wandel setzt voraus, dass ein vitales Bedürfnis nach ihm besteht sowie die Erfahrung unerträglicher Verhältnisse und ihrer Alternativen – und eben dieses Bedürfnis und diese Erfahrung werden in der etablierten Kultur daran gehindert, sich zu entwickeln“ (Marcuse 1965, S. 125).

*Christian Fuchs, Jänner 2002*

## **Literatur:**

Best, Steven/Kellner, Douglas (1997) *The Postmodern Turn*. New York/London. Guilford Press

Best, Steven/Kellner, Douglas (2001) *Dawns, Twilights, and Transitions: Postmodern Theories, Politics, and Challenges*. In: *Democracy and Nature*, 7 (2001). pp 101-117

Deleuze, Gilles/Guattari, Félix (1977) *Rhizom*. Berlin. Merve

Fuchs, Christian (2001) *Soziale Selbstorganisation im informationsgesellschaftlichen Kapitalismus*. Wien/Norderstedt. Libri BOD

Marcuse, Herbert (1932) *Neue Quellen zur Grundlegung des Historischen Materialismus*. In: *Schriften*, Band 1. Frankfurt/Main. Suhrkamp. S. 509-555

Marcuse, Herbert (1941) *Einige gesellschaftliche Folgen moderner Technologien*. In: Herbert Marcuse *Schriften Band 3: Aufsätze aus der „Zeitschrift für Sozialforschung“*. 1979. Frankfurt am Main. Suhrkamp. S. 286-319

Marcuse, Herbert (1965) *Bemerkungen zu einer Neubestimmung der Kultur*. In: Ders. *Schriften*, Band 8. Frankfurt/Main. Suhrkamp. S. 115-135

Marcuse, Herbert (1966a) *Zum Begriff der Negation in der Dialektik*. In: Ders. *Schriften*, Band 8. Frankfurt/Main. Suhrkamp. S. 194-199

Marcuse, Herbert (1966b) *Das Individuum in der Great Society*. In: Marcuse *Schriften* 8. S. 167-193

Marcuse, Herbert (1966c) *Zur Geschichte der Dialektik*. In: Ders. *Schriften*, Band 8. Frankfurt/Main. Suhrkamp. S. 200-226

Marcuse, Herbert (1967) *Der eindimensionale Mensch. Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft*. München. dtv

Marx, Karl (1843) *Briefe aus den Deutsch-Französischen Jahrbüchern*. In: MEW, Band 1. Berlin. Dietz. S. 337-346.

Marx, Karl (1844) *Einleitung Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie*. In: MEW, Band 1. Berlin. Dietz. S. 378-391

## Vorbemerkung: Über „Wahrheit“ und „Objektivität“

Der Umgang mit diesen Begriffen hat sicherlich äußerst vorsichtig zu erfolgen, denn im Namen dieser Kriterien (und anderer wie „Freiheit“, „Demokratie“ und Menschenrechte) wurde allzu oft Unterdrückung, Herrschaft und Ausbeutung gerechtfertigt. Dies gilt für die Kirche genauso wie für Ökonomie, Politik, Ideologie, Patriarchat oder Wissenschaft.

Eine bestimmte Entität (sei es Gott, der Intellektuelle, Gelehrte, die Wissenschaft, Partei, Gewerkschaft, Politik, der Mann, die Vernunft, die weiße Rasse etc.) wird als allgemeines, erhabenes Abstraktum gesetzt, das die Realität besser erkannt habe und die Zukunft nachhaltiger gestalten könne. Diese Entität setzt sich immer in Abgrenzung zu einem imaginären Gegenspieler, gegen den sie sich wendet, den sie beseitigen möchte. Es wird so getan, als sei eine Perspektive die einzig legitime. Unsere Vermutung lautet im Gegensatz dazu, dass repressive Wahrheitsansprüche immer dann entstehen, wenn nicht von einer Pluralität legitimer Positionen und der Notwendigkeit deren Diskurses ausgegangen wird.

Herbert Marcuse (1967) gibt mit seiner Kategorie der „historischen Rationalität“ ein Kriterium, wann ein Gesellschaftsentwurf oder eine Theorie als „wahr“ zu gelten habe. Dabei meint er, dass ein alternativer Gesellschaftsentwurf dann wahr ist, wenn er mit den realen Möglichkeiten übereinstimmt, die die bestehende Gesellschaft als Basis bietet und wenn er die bestehende Totalität als falsch erweisen kann, indem er die Aussicht bietet, die Errungenschaften der Zivilisation zu erhalten und zu verbessern, das Wesen der bestehenden Gesellschaft erfasst und der Verwirklichung einer Befriedung des Daseins größere Chancen bietet (Marcuse 1967, S. 232).

Jedes Wahrheitskriterium kann prinzipiell repressive Züge annehmen, wenn es nicht auf Diskurs, sondern auf Rechthaberei, Arroganz und Überheblichkeit abstellt. Gerade jene, die behaupten, gegen alle Wahrheitsansprüche aufzutreten, haben manchmal die strengsten Wahrheitskriterien, sehen sich selbst als die Elite der „Guten“, die dem „bösen“ Rest der Welt gegenübersteht. Kritik wird dabei vom Abstraktum häufig zur Personifizierung, im Namen der Dekonstruktion von Wahrheitsansprüchen und Objektivität werden neue Objektivitätskriterien aufgestellt. So ist es etwa in der „libertären“ Theorie und Praxis häufig üblich, davon auszugehen, dass es gerade alle anderen kritisch Denkenden sind, die Wahrheitsansprüche und Objektivität aufrechterhalten würden. Diese gelten daher als erbitterte Gegner, von denen es gilt, sich permanent verbal zu distanzieren. Dadurch findet eine Verengung auf einen isolierten politischen Mikrokosmos statt, der sich selbstgefällig als das Gute in der Welt sieht. So wird behauptet, eine bestimmte Aktionsform oder eine bestimmte Theorie trete gegen jede Form der Herrschaft und der Wahrheit ein. Daher entstehe die Notwendigkeit, eben diese Entitäten gegen andere Praxis- und Kritikformen abzugrenzen. Daraus resultiert oft missionarischer Eifer und sektiererischer Dogmatismus, der die Menschen von der Wahrheit einer Theorie oder Praxis überzeugen will, die von sich behauptet, jeden Wahrheitsanspruch zu dekonstruieren. Damit einher geht ein Rundumschlag gegen alle anderen Formen der Kritik – diese seien herrschaftsförmig, reformistisch, würden Wahrheiten behaupten etc. Jeder Diskurs und jede Pluralität der kritischen Ansätze finden so nicht statt – es resultieren ein religiöser Isolationismus und neue Wahrheitsansprüche, obwohl behauptet wird, man selbst gehöre zu den wenigen Vertretern, die gegen Objektivität und Wahrheit ins Feld ziehen (als Beispiel dafür siehe Fotopoulos 1995)

Der Postmodernismus hat mit seiner radikalen Kritik der Wahrheitsansprüche einigermmaßen Recht. Andererseits kann ich mich persönlich auch nicht damit zufrieden geben, dass jede Weltsicht gleich gute Zukunftsentwürfe bietet. Daher sollte ein Kriterium der „Wahrheit“ oder

des „gesellschaftlichen Fortschritts“ auf Pluralität, Humanität und Diskurs ausgerichtet sein. Marcuse hat sicherlich Recht damit, dass Entwürfe, die auf Freiheit, Humanität, das Glück *aller* Menschen und einen Sieg über den psychischen und physischen Mangel abzielen, gewisse Wahrheiten transportieren. Allerdings ließe sich wohl selbst dieses Kriterium negativ funktionalisieren und repressiv wenden, indem eine eingeschränkte Sichtweise in permanenter Differenz zu anderen Kritiken der Gesellschaft als Maßstab der Wahrheit gesetzt würde. Ich denke, dass das Kriterium der historischen Rationalität unbedingt den Anspruch von Pluralität und Diskurs vertreten sollte. Es geht nicht um *einen* Ansatz oder *eine* Theorie, die die Wahrheit vertreten kann, sondern es geht um Wahrheiten und einen pluralen Diskurs progressiver Ansätze. Wo Isolation statt Diskurs und Überschätzung des eigenen Ansatzes/Abgrenzungssucht statt die Suche nach Gemeinsamem permanent stattfindet, entstehen meist neue repressive Wahrheitsansprüche.

Sandra Harding hat meines Erachtens nach Recht damit, dass Wissenskonstruktion zwischen postmoderner Pluralität und einer Standpunkttheorie des Wissens<sup>2</sup> changieren sollte, quasi eine dialektische Einheit setzen sollte. Die Dekonstruktion von Wahrheitsansprüchen, die z.B. Rassismus, Faschismus oder Sexismus transportieren, halte ich für wesentlich. Ebenso die Dekonstruktion der auf Isolationismus und Abgrenzungs- und Differenzfetischismus basierenden Ansätze, die keinen Platz für durchwegs verschiedene kritische Ansätze haben und nicht nach Vermittlung und einem progressiven Diskurs streben. Andererseits sind jene Theorien und Entwürfe, die den Standpunkt der Unterdrückten, Ausgebeuteten und Beherrschten einnehmen, nachhaltigere, bessere, angemessenere, „objektivere“ und „wahrere“ Darstellungen der Wirklichkeit als Herrschaftswissen. Solche angemessene und progressive Darstellungen können aber auch nur dann gegeben sein, wenn sie keinen Unterscheidungs- und Abgrenzungswahn transportieren, der Diskurs verunmöglicht und Isolation an seine Stelle setzt.

Die Grundlegung einer Entwicklung in Richtung auf eine freie Gesellschaft kann nur dann stattfinden, wenn einerseits eine Pluralität der kritischen Theorien (Wahrheiten) gegeben ist, andererseits auch ein Diskurs über gemeinsame Herangehensweisen und Elemente stattfindet. Ich sehe nicht ein, warum es notwendig sein sollte, sich permanent von anderen kritischen Theorien zu distanzieren, sie grundsätzlich zu kritisieren, um den eigenen Ansatz als „besser“ oder „wahrer“ darzustellen. Gäbe es nur eine Kritische Theorie, so wäre diese nicht mehr kritisch, sondern affirmativ. Wesentlich produktiver ist die Neugier auf Neues, die das Eigene nicht überschätzt, sondern als ausbaubares, niemals abgeschlossenes, erweiterbares und lernfähiges Wissen begreift, das durch den Bezug und die konstruktive Auseinandersetzung mit anderen, bisher unbekanntem Ansätzen fortschreiten kann. Gerade im produktiven Diskurs der Kritischen Theorien, der das Gemeinsame sucht, die Differenz aber auch sieht, diese aber nicht zum Isolationismus werden lässt, liegt eine progressive Kraft. Permanente Rundumschläge gegen andere kritische Ansätze sind gar nicht notwendig, es geht um einen Diskurs der progressiven Ansätze, nicht um deren Konkurrenz. Nicht sinnvoll ist die Anwendung von Marktkriterien auf fortschrittliches Wissen, weiterführend nur das gemeinsame Lernen voneinander. Differenz darf nicht in Isolation, Einheit nicht in Nivellierung enden. Progressiv ist die Pluralität und der Diskurs der Kritischen Theorien.

---

<sup>2</sup> „Wenn Menschen von der oppositionellen Seite der Machtbeziehungen aus sprechen, kann deren Perspektive objektiver sein, als die Perspektive aus dem Leben der Mächtigeren. [...] Die Standpunkt-Theorien argumentieren, dass es ein erkenntnistheoretischer Vorteil ist, das Denken im alltäglichen Leben von Menschen aus unterdrückten und ausgeschlossenen Gruppen zu fundieren“ (Harding 1995, S. 286f).

Die Generierung emanzipatorischen Wissens muss also immer „vom Leben der Menschen in den ausgebeuteten, unterdrückten und beherrschten Gruppen ausgehen“, deren Standpunkt einnehmen (Harding 1994, S. 293). „Die Positionierungen der Unterworfenen sind von einer kritischen Überprüfung keineswegs ausgenommen [...] Die Standpunkte der Unterworfenen sink keine ‚unschuldigen‘ Positionen [...] werden [aber] bevorzugt, weil sie angemessenere, nachhaltigere, objektivere, transformierendere Darstellungen der Welt zu versprechen scheinen“ (Haraway 1995, S. 84). Dies ist nur im Rahmen des vernetzten, nicht des isolationistischen Denkens möglich. Sandra Harding hat recht damit, wenn sie hervorhebt, dass Menschen, die nicht Teil bestimmter unterdrückter Gruppen seien, nichtsdestotrotz das von diesen Gruppen generierte Wissen für sich nutzen können und sollen. Jede emanzipatorische Bewegung müsse ihre Ziele heute aus der Perspektive anderer unterdrückter Gruppen betrachten. Es sei nicht der Fall, dass jemand eine spezifische Unterdrückung erfahren haben muss, um sie zu analysieren. Notwendig sei aber der Bezug auf das von Menschen, die mit dieser Form der Unterdrückung konfrontiert sind, generierte Wissen.

Es geht heute um die vernetzte Einheit in der Vielfalt progressiver Ansätze, nicht um eine Einheit ohne Vielfalt oder eine Vielfalt ohne Einheit. Um Diskurs, Vernetzung, Bezug und Pluralität all jener alternativen Gesellschaftsentwürfe, die mit den realen Möglichkeiten übereinstimmen, die die bestehende Gesellschaft als Basis bietet; die bestehende Totalität als falsch erweisen können, indem sie die Aussicht bieten, die Errungenschaften der Zivilisation zu erhalten und zu verbessern, die das Wesen der bestehenden Gesellschaft erfassen und der Verwirklichung einer Befriedung des Daseins größere Chancen bieten. Historische Rationalität ist nicht isoliert und im Distinktionswahn zu haben, nur durch die vernetzte Einheit in der Vielfalt, eine Dialektik „moderner“ und „postmoderner“ Herangehensweisen, die sowohl auf Elemente einer „modernen Politik“ wie die Betonung von Solidarität, Allianzen, Konsens, universellen Rechten, Makropolitik, als auch auf Ansätze der „postmodernen Politik“ wie die Betonung von Differenz, Pluralität, Multiperspektivität, Identität, Mikropolitik setzt. So könnte es zur „Verknüpfung partialer Sichtweisen und innehaltender Stimmen zu einer kollektiven Subjektposition“ kommen, „die eine Vision der Möglichkeiten einer fortgesetzten, endlichen Verkörperung und von einem Leben in Grenzen und in Widersprüchen verspricht, das heißt von Sichtweisen, die einen Ort haben“ (Haraway 1995, S. 91).

Nicht jede Position ist akzeptabel, eine Unterscheidung zwischen situiertem oder Standpunkt-Wissen und Herrschaftswissen ist notwendig. Aber oppositionelles Denken wird selbst zum Herrschaftswissen, wenn es nicht auf Pluralität setzt, nicht anerkennt, dass es eine vernetzte Einheit in der Vielfalt alternativen und oppositionellen Denkens geben muss. Kritisches Denken muss heute postmodern modern, modern postmodern und vernetzt sein, um das bürgerliche Universum zu transzendieren. Objektivität, Wahrheit und Kritische Theorie sind so immer nur als Objektivitäten, Wahrheiten und Kritische Theorien denkbar, die die Elemente der Pluralität, des produktiven Diskurses, des vernetzten Denkens und der Einheit in der Vielfalt in sich aufnehmen.

## **Literatur:**

Fotopoulos, Takis (1997) *Towards An Inclusive Democracy*. London & New York: Cassell

Harding, Sandra (1994) *Das Geschlecht des Wissens. Frauen denken die Wissenschaft neu*. Frankfurt/Main/New York. Campus

Haraway, Donna (1995) *Situiertes Wissen: Die Wissenschaftsfrage im Feminismus und das Privileg einer partialen Perspektive*. In: Haraway, Donna (1995) *Die Neuerfindung der Natur: Primaten, Cyborgs und Frauen*. Frankfurt/New York. Campus. S. 73-97

Marcuse, Herbert (1967) *Der eindimensionale Mensch. Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft*. München. dtv. Neuauflage 1994

# I. Zur Aktualität des Denkens Herbert Marcuses

## I.1. Zur Aktualität ausgewählter Aspekte des Werks Herbert Marcuses

### Abstract

Ziel dieser Arbeit ist die Diskussion ausgewählter Aspekte des Werks Herbert Marcuse in Bezug auf den postfordistischen, neoliberalen, informationsgesellschaftlichen Kapitalismus. Während die materiellen Bedingungen einen unmittelbaren Übergang ins Reich der Freiheit immer näher zu legen scheinen, setzt sich die eindimensionale Gesellschaft immer stärker ins Bewusstsein der Menschen fort. In dieser Situation globaler Krise und Ohnmacht sind Marcuses dialektische Begriffe von Technik, Demokratie und Kultur entscheidend. Ebenso Marcuses Dialektik der Befreiung. Während Befreiung subjektiv infolge von Verbürgerlichungsprozessen immer unwahrscheinlicher zu werden scheint, wäre sie objektiv naheliegend. Gerade heute sind Marcuses Utopismus und seine Philosophie der Praxis von wesentlicher Bedeutung. Die Suche nach potentiellen revolutionären Subjekten und die Stärkung deren Selbstorganisation sind Aufgabe einer dialektischen Einheit von Theorie und Praxis. Noch immer gilt eine von Marcuses wesentlichen Thesen, nämlich dass wir „zwischen zwei einander widersprechenden Hypothesen schwanken: 1. dass die fortgeschrittene Industriegesellschaft imstande ist, qualitative Änderung für die absehbare Zukunft zu unterbinden; 2. dass Kräfte und Tendenzen vorhanden sind, die diese Eindämmung durchbrechen und die Gesellschaft sprengen können. Ich glaube nicht, dass eine klare Antwort gegeben werden kann“.

### Einleitung: Theorie und Praxis

1. Technik und Utopie
2. Revolutionäres Subjekt
3. Demokratie und Faschismus
4. Kultur
5. Beschluss

### Einleitung: Theorie und Praxis

Die komplexe Einheit von Theorie und Praxis wird von Linken heute häufig auf eines der beiden Elemente reduziert. Entweder wird davon ausgegangen, dass Theorie nicht notwendig ist, da emanzipatorische Politik ausschließlich praktisch möglich ist, oder die Möglichkeit, Theorie in Praxis zu übersetzen, wird als aussichtslos erachtet. Beides erscheint uns jedoch verkürzt. Die Voraussetzung jeder politischen Praxis ist eine Theorie, die diese entwirft und ihre Möglichkeiten verdeutlicht. Theorie bleibt andererseits wirkungslos, wenn sie nicht auf konkrete gesellschaftliche Kämpfe bezogen wird und darin eingeht..

Herbert Marcuse hatte das Verhältnis von Theorie und Praxis als dialektisch erkannt. Ein kritisches praktisches Handeln muss wissen, worauf es sich bezieht, was es verändern will und wogegen bzw. wohin eine Aufhebungsbewegung stattfinden soll. Und eine Theorie, die nicht die geschichtlichen Gegebenheiten darlegt, sich also nicht permanent weiterentwickelt, ist für eine Praxis untauglich. „Eine Theorie, welche die Praxis des Kapitalismus nicht eingeholt hat, kann schwerlich eine Praxis anleiten, die darauf abzielt, den Kapitalismus aufzuheben“ (Marcuse 1972, S. 40). Eine kritische Theorie der Gesellschaft kann die Rolle spielen, bestehende

Verhältnisse und die Möglichkeit deren Veränderung zu verdeutlichen. Was sie leisten kann, ist das Bewusstmachen der Möglichkeiten, zu denen die geschichtliche Situation selbst herangereift ist. Sie umfasst immer auch die Anregung zur Phantasie, denn als Einbildungskraft bezeichnet diese „einen hohen Grad der Unabhängigkeit vom Gegebenen, der Freiheit inmitten einer Welt von Unfreiheit. Im Hinausgehen über das Vorhandene kann sie die Zukunft vorwegnehmen“ (Marcuse 1937a, S. 122). Kritische Theorie kann verdeutlichen, zu welchen Möglichkeiten die historische Situation herangereift ist, und sie kann einen Begriff davon liefern, wie sich die praktisch in Frage gestellten Strukturen und Verhältnisse und damit auch die Bedingungen für gesellschaftlichen Wandel und damit für politische Praxis verändern. Kritische Theorie „hat eine antizipierende, kritische Qualität. Auf Grund der Analyse der gegebenen Gesellschaft projiziert, entwirft die Theorie mögliche Praxis. [...] Sie bestimmt das Allgemeine im Besonderen; sie bringt die unmittelbaren, konkreten Erscheinungsformen der gegebenen Gesellschaft auf ihren Begriff, und sie begreift Tendenzen, die in der Praxis abgebogen und blockiert werden können“ (Marcuse 1975, Theorie und Praxis, S. 143).

Theorie ist notwendig, um „die Welt zu begreifen“, in der wir leben – „sie im Hinblick auf das zu verstehen, was sie dem Menschen angetan hat und was sie dem Menschen antun kann“ (Marcuse 1967, S. 198). Kritische Theorie unterscheidet sich auch sprachlich von der Wirklichkeit, denn diese ist wesentlich geprägt durch eine herrschende, eindimensionale Sprache, die komplexe Zusammenhänge nicht adäquat darstellen kann (vgl. ebd., S. 207f). Indem die Rationalität des Irrationalen und die Irrationalität des Rationalen in der bestehenden Gesellschaft aufgedeckt wird, wird kritische Theorie praktisch: „Das kritische Denken ist bestrebt, den irrationalen Charakter der bestehenden Rationalität (der immer offenkundiger wird) und die Tendenzen zu bestimmen, die diese Rationalität dazu veranlassen, ihre eigene Transformation hervorzubringen“ (ebd., S. 238).

Gerade auch in der heutigen Phase des Kapitalismus, in der die gesellschaftlichen Verhältnisse immer prekärer werden, die materiellen Voraussetzungen der Befreiung aber naheliegend wären, gleichzeitig den Menschen radikaler sozialer Wandel aber immer gleichgültiger und die bestehende Totalität immer selbstverständlicher zu werden scheint, ist eine Vermittlung von Theorie und Praxis von großer Bedeutung. Die Kritische Theorie Herbert Marcuses hat durch die Krise der Gesellschaft, die auch Krise der Linken und des Marxismus ist, nicht an Aktualität verloren. Ganz im Gegenteil, durch den Zusammenbruch des Sowjetsystems hat sich nicht gezeigt, dass der Kapitalismus die bessere Alternative ist, sondern dass sowohl Staatssozialismus, als auch die Formen des westlichen Kapitalismus eine sozial und ökologisch nachhaltige Entwicklung nicht garantieren können. Von letztem zeugt die Ausdehnung der globalen Probleme und die anhaltende Krise des Weltsystems. Die Überlegungen von Marcuse (und auch jene von Marx) sind in dieser Situation der gesamtgesellschaftlichen Krise wesentlich, wenn eine Transformation hin zu einer Gesellschaft stattfinden soll, die den Menschen ein humanes Auskommen bietet.

Marcuses Werk ist dabei in vielerlei Hinsicht relevant. Ich möchte an dieser Stelle vier Aspekte herausgreifen, die mir persönlich besonders wichtig sind und deren Aktualität diskutieren. Es gäbe weitere, die hier allerdings nicht berücksichtigt werden können. Aufgreifen möchte ich Aspekte über 1. Technik und Utopie, 2. revolutionäres Subjekt, 3. Demokratie und Faschismus, 4. Kultur.

# 1. Technik und Utopie

Technik bedeutet für Marcuse zunächst ganz allgemein „von Menschenhand geschaffene Entitäten, durch die Veränderung ‚natürlicher‘ Bedingungen“ hervorgebracht werden (Marcuse 1961, S. 49). Im Kapitalismus werde die Technik zum Selbstzweck, nicht mehr das Leben als Zweck stehe im Vordergrund, sondern das Leben als Mittel: „[...] geht die fortgeschrittene Industriegesellschaft weiterhin von der Notwendigkeit aus, das Leben der Arbeit unterzuordnen und nicht als Zweck in sich zu betrachten. So verstanden ist ihre Produktivität Selbstzweck und Selbstzerstörung zugleich, weil sie ein destruktives Potential hervorbringt, das sich nicht nur in den mit Vernichtungswaffen vollgestellten Arsenalen, sondern auch in der nach innen gerichteten Unterdrückung zeigt“ (Marcuse 1961, S. 44).

Unter Technik verstehe ich allgemein die zweckmäßig orientierte Einheit der Mittel, Verfahren, Fertigkeiten und Prozesse, die notwendig sind, um definierte Ziele zu erreichen. Meine persönliche Sichtweise, die auch für die modernen und neuen Technologien uneingeschränkt gilt, ist folgende: Technik ist in die Antagonismen des Kapitalismus eingebunden und produziert diese mit. Sie ist im Kapitalismus immer antagonistische Technik. Es besteht eine Umkehr der Zweck-Mittel-Relation: Es werden nicht mehr Zwecke identifiziert, zu deren Erreichen Technik ein Hilfsmittel ist, sondern Technik wird zum Selbstzweck. D.h., ihr Hauptsinn besteht nun in der effektiven Organisation der Kapitalakkumulation in Form des technischen Produktionsmittels. Sie dient nicht mehr vorwiegend den Menschen zur Erleichterung ihres Daseins im Rahmen der Vermittlung des Stoffwechsels zwischen Mensch und Natur, sondern der Ausbeutung der Arbeitenden durch das Kapital und der Produktion des Mehrwerts. Technik ist im Kapitalismus Mittel zur Produktion von relativem Mehrwert. Ein Antagonismus besteht nun darin, dass die Technik zwar grundsätzlich dem Menschen sein Dasein erleichtert, dass sie aber im Kapitalismus zum Mittel von Herrschaft und Ausbeutung wird, das zur Zerstörung von Mensch und Natur beiträgt. Die Rate des Mehrwerts wird im Rahmen des Technikeinsatzes dadurch vergrößert, das die Technik die notwendige Arbeiterzahl verkleinert. Technik anonymisiert und entpersonalisiert Herrschaft, sie tritt zwischen Arbeiter und Kapitalist. Die Lohnarbeitenden sind im Kapitalismus Anhängsel des fixen Kapitals. Einerseits technisch, da die Arbeitsmittel nicht von einzelnen Individuen beherrscht werden können, sondern nur im Rahmen der Arbeitsteilung (Trennung von Produzent und Produktionsmittel). Die doppelte „Freiheit“ der Lohnarbeitenden verweist dabei auch darauf, dass die Produktionsmittel nicht den unmittelbaren ProduzentInnen gehören. Andererseits auch sozial, da die Arbeitsmittel den Arbeitenden als Kapital gegenüberstehen.

Ähnliche Ansichten vertrat auch Marcuse: Die Aufgabe der Technik im Kapitalismus sei es, neue Formen sozialer Kontrolle zu etablieren. Diese Kontrollen hätten eine totalitäre Tendenz. Daher könne keine Neutralität der Technik behauptet werden. Die Massenmedien, der Rundfunk und das Fernsehen hätten im Kapitalismus eine bewusstseinsprägende Rolle der Manipulation. Im Kapitalismus ist also Technologie für Marcuse eine Form sozialer Kontrolle und Herrschaft. Die technischen Apparaturen würden „die gesellschaftlich erforderlichen Bedürfnisse, Beschäftigungsverhältnisse, Fähigkeiten, Einstellungen – und somit die Formen der gesellschaftlichen Kontrolle und des gesellschaftlichen Zusammenhalts“ (Marcuse 1961, S. 45) bestimmen, daher sei die Technik nicht neutral. „In der gegenwärtigen Lage herrschen die negativen Züge der Automation vor: Antreiberei, technologische Arbeitslosigkeit, Stärkung der Position der Betriebsführung, zunehmende Ohnmacht und Resignation seitens der Arbeiter. Die Aufstiegschancen nehmen ab, da die Betriebsführung Ingenieure und Hochschulabsolventen vorzieht“ (Marcuse 1967, S. 50).

Die Produktionstechnik des Kapitalismus verändere das Bewusstsein der Arbeitenden auch in folgendem Sinn: Die Fixierung der Arbeit auf automatische und halbautomatische Reaktionen sei eine „anstrengende, abstumpfende, unmenschliche Sklaverei“ (Marcuse 1967, S. 45). Kapitalistische Anwendung der Technik ließe sich durch die Formel „technischer Fortschritt = wachsender gesellschaftlicher Reichtum = größere Knechtschaft“ (Marcuse 1972, S. 13) zusammenfassen. „Zu den ohnehin vorhandenen Mitteln und Möglichkeiten von Knebelung, von Apathisierung und Kontrollierung der Bevölkerung ist ein neues Moment hinzugetreten. Es ist in hohem Maße verknüpft mit dem Standard des technischen Fortschritts, mit der Computerisierung, mit der technischen Perfektionierung der Datensammlung und der Überwachung“ (Marcuse 1978, S. 139).

Marcuse beschreibt auch bereits eine Tendenz dazu, dass in einigen Betrieben die Arbeitenden ein ernsthaftes Interesse am Betrieb zeigen. 30 Jahre später ist diese „Mitheteiligung der Arbeiter“ unter dem Stichwort „partizipatives Management“ einer der bedeutendsten aktuellen Bestandteile der Managementtheorie und neuer Strategien der Unternehmensführung. Der Kapitalismus wird dadurch nicht humanisiert, sondern bleibt falsche Totalität, die durch den Transfer von Quantität lebendiger Arbeit bestimmt wird, während das Bewusstsein der Ausgebeuteten immer identischer mit jenem der Ausbeuter wird.

Durch die Automatisierung, so Marcuse, werde immer weniger lebendige Arbeitskraft notwendig, die sich in tote Arbeit (in Form der Vergegenständlichung in der Ware) verwandelt. Dies bedeute eine tendenzielle Aufhebung des Wertgesetzes und der Marx'schen Begriffe des Mehrwerts und der organischen Zusammensetzung des Kapitals. Damit ist gemeint, dass, wenn die industrielle Arbeit immer weniger wird, die klassischen Kategorien, mit denen sie in der Theorie beschrieben wurde, ebenfalls immer weniger anwendbar werden. Einerseits zeige sich im Kapitalismus eine Tendenz zur Aufhebung der Arbeit, andererseits aber solle die Arbeit als Profitquelle erhalten bleiben. Aus diesem Widerspruch entstünden Probleme wie technologisch bedingte Arbeitslosigkeit und Armut.

Max Horkheimer (1946) sprach von der instrumentellen Vernunft, Herbert Marcuse von der technologischen Rationalität. Damit meinten sie das Phänomen, dass in der fortgeschrittenen Industriegesellschaft Nichtselbstverständliches als selbstverständlich erscheint. Es bedarf keinen zusätzlichen Anstrengungen mehr, gewisse Reaktionen werden quasi automatisiert, sie werden nicht mehr hinterfragt. „Entscheidend an dieser Verhaltensweise – die alle Aktivitäten zu einer Abfolge halb-spontaner Reaktionen auf vorgegebene, technische Maßregeln verschmilzt – ist, dass sie nicht nur völlig zweckrational, sondern ebenso völlig einsichtig ist“ (Marcuse 1941, S. 293). Diese Wirkungsweisen, in die Technologien widersprüchlich eingebettet sind, beschrieb Marcuse im Eindimensionalen Menschen und vielen anderen Schriften für den Kapitalismus. Bereits in seinen Analysen des Faschismus hatte er eben dies aber auch als charakteristisch für den Faschismus bezeichnet. Typisch für die deutsche Mentalität sei ein brutaler Pragmatismus. „Er [Der deutsche Pragmatiker] betrachtet auch das totalitäre Regime einzig unter dem Gesichtspunkt des eigenen direkten materiellen Vorteils. Er hat seine Gedanken, Gefühle und Verhaltensweisen an die vom Nationalsozialismus zu einer machtvollen Eroberungswaffe geschmiedete technologische Rationalität angepasst“ (Marcuse 1942, S. 25).

Im deutschen Faschismus seien die Menschen Anhängsel der Produktions-, Zerstörungs- und Kommunikationsinstrumente, obwohl sie dabei noch mit großer Initiative, Spontaneität und Persönlichkeit arbeiten, seien ihre individuellen Leistungen ganz an die Operationsweise dieser Maschine angepasst. Die Kampfmoral sei zum Bestandteil der Technologie geworden, es ginge auch um den Einsatz mentaler Technologien (vgl. Marcuse 1942, S. 47f). „Demzufolge sind im Nationalsozialismus alle Maßstäbe und Werte, alle Denk- und Verhaltensmuster

durch die Notwendigkeit des unaufhörlichen Funktionierens der Produktions-, Destruktions- und Herrschaftsmaschinerie bestimmt“ (Marcuse 1942, S. 48).

Unter Technik können wir allgemein die zweckmäßig orientierte Einheit der Mittel, Verfahren, Fertigkeiten und Prozesse verstehen, die notwendig sind, um definierte Ziele zu erreichen. Sie steht in einem wechselseitigen Verhältnis zur Gesellschaft. Je nachdem, wie dieses Verhältnis gefasst wird, können unterschiedliche Positionen unterschieden werden: Wird die Technik als eine die Gesellschaft determinierende Größe betrachtet, so kann von einem Technikdeterminismus gesprochen werden. Dabei wird oft angenommen, dass die Folgen des Technikeinsatzes aus Eigenschaften der Technik selbst entspringen. Wird das Hauptgewicht auf die Betonung der Technikgenese (=Technikentwicklung) in dem Sinn gelegt, dass die Gesellschaft den Einsatz und die Auswirkungen von Technologien determiniert, so kann von Sozialkonstruktivismus gesprochen werden (ein typisches Beispiel dafür sind die Schriften von Bruno Latour zum Technikbegriff, etwa Latour 1987). Dieser geht davon aus, dass die Technikgenese ein gesellschaftlicher Prozess ist, durch den Technologien als Produkte sozialen Handelns entstehen. Diese Position geht davon aus, dass Technik ein soziales Konstrukt ist und dass die Folgen des Technikeinsatzes durch die soziale Konstruktion schon in die Technik eingebaut sind. Dies bedeutet, dass der Einsatz einer Technologie gewisse Folgen nach sich ziehen *muss*, da sie schon im sozialen Entstehungsprozess der Technik angelegt sind. Möglicherweise wird bei solchen Ansätzen übersehen, dass der Einsatz von Technologien eine Eigendynamik gewinnen kann, die nichtvorhersehbare Folgen nach sich zieht. Weiters kann entgegengehalten werden, dass nicht generalisiert werden kann, dass alle Technologien automatisch bestimmte Folgen nach sich ziehen.

Neben Technikdeterminismus und Sozialkonstruktivismus ist auch eine dialektische Position in Bezug auf das Verhältnis von Technik und Gesellschaft vorstellbar: Technik und Gesellschaft stehen in einem dialektischen Verhältnis, es bestehen wechselseitige Abhängigkeiten und Wechselwirkungen. Technik kann auf einer Mikroebene (die Ebene der Teile eines Systems) als Teilsystem der Gesellschaft (Makroebene) gesehen werden. Die Wirkung der Gesellschaft auf die Technik besteht darin, dass der Mensch die Technik gestalten kann und über den Technikeinsatz und dessen Form entscheidet. Da die Technik auf die Gesellschaft rückwirkt, entstehen soziale Auswirkungen des Technikeinsatzes. Diese sind nicht immer vorhersehbar, oft entstehen unerwünschte Folgen. Der Technikeinsatz kann gesellschaftliche Probleme, die als emergente Phänomene der Gesellschaft gesehen werden können, erzeugen. Emergenz bedeutet dabei das Auftauchen neuer Systemeigenschaften, die nicht auf die Teile des Systems zurückgeführt werden können.

Eine solche dialektische Herangehensweise ermöglicht eine ausreichende Berücksichtigung der Wechselwirkungen zwischen Technik und Gesellschaft. Sowohl Technikgenese als auch Technikfolgenabschätzung wird in einem solchen Ansatz gleichermaßen berücksichtigt. Der Technikdeterminismus ist eine reduktionistische Herangehensweise in dem Sinn, dass er soziale Probleme auf ein Teilsystem der Gesellschaft, nämlich das technische, reduziert. Der Sozialkonstruktivismus kann als projektionistisch angesehen werden, da er soziale Prozesse und soziales Handeln auf Technik projiziert, indem behauptet wird, dass die Folgen der Technik in diese bereits unwiderruflich durch ihren sozialen Entstehungsprozess eingebaut werden. Dialektische Herangehensweisen gehen hingegen davon aus, dass Widersprüche sich einerseits bedingen und andererseits ausschließen. Sie sagen nicht: Entweder dies oder jenes. Sondern: Beides ist gleichzeitig möglich. D.h.: Technik beeinflusst Gesellschaft und Gesellschaft beeinflusst Technik. Eine weitere Unterscheidung, die gemacht werden kann, ist jene zwischen Technikpessimismus und Technikoptimismus: Wird der Einfluss von Technik auf Gesellschaft

bzw. von Gesellschaft auf Technik in einem positiven Licht gesehen, kann von Technikoptimismus gesprochen werden, wird er negativ interpretiert, so sprechen wir vom Technikpessimismus. Dass Marcuses Technikbegriff als dialektisch verstanden werden sollte, möchte ich nun darlegen.

Technik sei nicht, so nun Marcuse, so wie von Max Weber und Arnold Gehlen angenommen, wertfrei. In der kapitalistischen Gesellschaft, die totalitäre Züge angenommen habe, könne Technik nicht von ihrem Gebrauch abgelöst werden. Die technologische Gesellschaft sei ein Herrschaftssystem, dieses sei bereits bei der Konstruktion der Techniken wirksam (Marcuse 1967, S. 18). An manchen Stellen kann bei der Lektüre von Marcuse der Eindruck entstehen, dass er die Technik in deterministischer Manier selbst als Herrschaft betrachtet und nicht ausreichend berücksichtigt, dass die kapitalistische Herrschaft als eine personale Herrschaftsform betrachtet werden kann, in der die Technik Mittel zur Ausübung von Herrschaft ist: „Nicht erst ihre Verwendung, sondern schon die Technik ist Herrschaft (über die Natur und über den Menschen)“ (Marcuse 1965b, S. 179).

Solche Stellen sind aber nicht die Regel, sondern die Ausnahme. Im Allgemeinen geht Marcuse davon aus, dass Technik ein dialektischer Begriff in dem Sinn ist, dass sie, abhängig von ihrer Einbettung in die Gesellschaft und der Gestaltung der Rahmenbedingungen des Einsatzes, durchwegs unterschiedlich verwendet werden kann. Wegen solchen vereinzelt Passagen wurde Marcuse aber immer wieder in dieselbe Reihe mit Technikdeterministen wie Spengler, Schelsky, Gehlen, Freyer, Ellul, Heidegger, Jünger, Habermas oder Mumford gestellt. Die manchmal widersprüchlichen Aussagen Marcuses ermöglichten es Kritikern, ihn falsch zu interpretieren, und ihn als „bürgerlichen“ Denker hinzustellen. Tatsächlich ist Marcuses Technikbegriff aber als ein dialektischer zu betrachten. Die bürgerlichen Technikpessimisten kritisierte Marcuse an vielen Stellen. „[...] dienen alle Programme mit anti-technologischem Charakter, alle Propaganda für eine anti-industrielle Revolution nur denjenigen, die die menschlichen Bedürfnisse als Nebenprodukt der Verwertung von Technik betrachten. Die Feinde der Technik arbeiten bereitwillig der terroristischen Technokratie in die Hände. Die Philosophie des einfachen Lebens, der Kampf gegen die Großstädte und deren Kultur dient gegenwärtig dazu, den Menschen Misstrauen den möglichen Instrumenten ihrer Befreiung gegenüber einzuflößen“ (Marcuse 1941, S. 315f).

Wenn Marcuse meint, die Herrschaft sei eine Technologie (Marcuse, 1967, S. 173), so ist dies nicht technikdeterministisch in dem Sinn zu verstehen, dass die Technik *selbst* Herrschaft bedeute, sondern so, dass neben der Herrschaftsausübung mittels Technik im Kapitalismus noch zu beachten ist, dass die Ausübung von Herrschaft selbst als eine spezielle Form des allgemeinen Begriffes Technik verstanden werden kann: als Sozialtechnologie.

Marcuses Ablehnung des Technikdeterminismus wird auch in folgendem Zitat deutlich: „Technik als solche kann nicht von dem Gebrauch abgelöst werden, der von ihr gemacht wird; die technische Gesellschaft ist ein Herrschaftssystem, das bereits im Begriff und Aufbau der Techniken am Werke ist“ (Marcuse 1967, S. 18). Technik bedeutet für Marcuse weder an sich Herrschaft, noch Befreiung, aber auch nicht Neutralität. Befreiung sei in erster Linie ein sozialer Prozess, der ein bestimmtes Niveau der Produktivkräfte voraussetze, sich aber gesellschaftlich und im Rahmen sozialer Kämpfe durchsetze. „die wahrhaft befreienden Wirkungen der Technik sind im technischen Fortschritt als solchem nicht enthalten; sie setzen gesellschaftliche Veränderungen voraus, die sich auch auf die grundlegenden ökonomischen Institutionen und Verhältnisse erstrecken“ (Marcuse 1957, S. 238).

Marcuse hat einen dialektischen Technikbegriff: Er geht zwar davon aus, dass die Technik im Kapitalismus so verwendet wird, dass sie ein Mittel ist, um die Menschen gleichzuschalten und

ohnmächtig zu halten. Ein freiheitlicher Gebrauch der Technik scheint ihm unter diesen Umständen nicht möglich. Unter postkapitalistischen Verhältnissen, so Marcuse, kann Technik so eingesetzt werden, dass sie die gesellschaftlich notwendige Arbeit, die durch den Menschen zu verrichten ist, auf ein Minimum reduziert und ihm ein höchstes Maß an Freiheit und Selbstbestimmung garantiert. Der Einsatz von Technik bedeute dann nicht Gleichschaltung, Manipulation und Ende der Individualität, sondern die Möglichkeit eines Wohlstandes für alle, eines „Daseins in freier Zeit auf der Basis befriedigter Lebensbedürfnisse“ (Marcuse 1967, S. 242). Marcuse weist immer wieder darauf hin, dass bestimmte technische Entwicklungen zwar durchwegs Basis für die historische Stufe der Menschheit sind, „auf der diese technisch imstande ist, eine Welt des Friedens zu schaffen – eine Welt ohne Ausbeutung, Elend und Angst“ (Marcuse 1965a, S. 123), „eine technische und natürliche Umwelt [...], in der nicht länger Gewalt, Hässlichkeit, Beschränktheit und Brutalität“ dominieren (Marcuse 1972, S. 12). Genauso sei aber auch möglich, dass technische Entwicklung zur Ausbildung einer Standardisierung des Denkens und des Handelns, einer technologischen Rationalität, einem eindimensionalen und falschen Bewusstsein sowie falschen Bedürfnissen beiträgt. Marcuse betont immer wieder diese Ambivalenz der Wirkungsweisen moderner Technologien, dass eben nicht determiniert ist, welche Entwicklung dominiert und dass sich grundsätzlicher gesellschaftlicher Wandel nicht notwendigerweise durchsetzt. So meint er etwa: „Ich möchte nochmals hervorheben, dass ich diese [technische] Entwicklung (noch) nicht bewerte: sie kann fortschrittlich oder regressiv, humanisierend oder fortschrittlich sein“ (1966b, S. 172). Oder: „Die Technik selbst kann Autoritarismus ebenso fördern wie Freiheit, den Mangel so gut wie den Überfluss, die Ausweitung von Schwerstarbeit wie deren Abschaffung“ (Marcuse 1941, S. 286). Es sei „nicht die Technologie, nicht die Technik und nicht die Maschine Hebel der Unterdrückung [...], sondern die ihnen innewohnende Gegenwart der Herren, die ihre Zahl, ihre Lebensdauer, ihre Macht, ihren Platz im Leben und das Bedürfnis nach ihnen bestimmen“.

Heute finden wir in der Techniksoziologie einerseits extrem technikoptimistische Positionen, die mit dem Aufstieg der neuen Technologien die Hoffnung auf allgemeinen Wohlstand, Frieden und Reichtum verbinden, andererseits extrem technikpessimistische Argumentationen wie etwa in diversen Formen des Öko- und Radikal-Feminismus, die moderne Technik als inhärent patriarchal, menschenverachtend, rassistisch und faschistisch betrachten und ein Zurück zu einer einfachen, auf Subsistenzproduktion basierenden Gesellschaftsformation propagieren. Beide Formen erscheinen als Verkürzungen, die das Verhältnis von Technik und Gesellschaft nicht als dialektisch begreifen.

Im Gegensatz dazu stehen dialektische Techniksoziologien wie jene von Marcuse oder Marx, die weder extrem technikoptimistisch, noch extrem technikpessimistisch argumentieren, sondern davon ausgehen, dass gesellschaftliche Probleme, die mit Technologien in einem Zusammenhang stehen, nicht von den Technologien selbst verursacht werden, sondern von ihrer kapitalistischen Anwendung.

Bereits Marx hatte sehr gut begriffen, dass es nicht die Maschinerie an sich ist, die zu sozialen Problemen wie der Arbeitslosigkeit führt. Diese Probleme entstünden viel mehr aus der kapitalistischen Anwendung von Maschinen. Maschinen seien eigentlich „das gewaltigste Mittel, die Produktivität der Arbeit zu steigern, d.h. die zur Produktion einer Ware nötige Arbeitszeit zu verkürzen“<sup>3</sup> (Marx 1867, S. 425). Und das bewertet Marx an sich positiv, denn die Freiheit könne erst dort beginnen, wo die Lohnarbeit aufgehört habe: „Das Reich der Freiheit

---

3 Oder anderswo: Technik sei „das gewaltigste Mittel zur Verkürzung der Arbeitszeit“ (Marx 1867, S. 430)

beginnt in der Tat erst da, wo das Arbeiten, das durch Not und äußere Zweckmäßigkeit bestimmt ist, aufhört“ (Marx 1894, S. 828).

Für Marx ist der Technikdeterminismus ein Mittel bürgerlicher Denker, um den möglicherweise Widerstand leistenden Arbeitenden einzureden, der Gegner sei nicht die kapitalistische Anwendung der Technik, sondern die Technik selbst. In der folgenden Passage wird Marxens dialektischer Technikbegriff schön zusammengefasst: „Die von der kapitalistischen Anwendung der Maschinerie untrennbaren Widersprüche und Antagonismen existieren nicht, weil sie nicht aus der Maschinerie selbst erwachsen, sondern aus ihrer kapitalistischen Anwendung! Da also die Maschinerie an sich betrachtet die Arbeitszeit verkürzt, während sie kapitalistisch angewandt den Arbeitstag verlängert, an sich die Arbeit erleichtert, kapitalistisch angewandt ihre Intensität steigert, [...]“ (Marx 1867, S. 465).

Marx' Technikbegriff ist dialektisch: Technik wäre für ihn prinzipiell ein Mittel, um den Menschen das Leben einfacher zu machen und ihnen mehr Zeit und Raum für die freie und selbstbestimmte Gestaltung ihres Lebens zu ermöglichen. In einer freien Gesellschaft ermögliche Automatisierung und technischer Fortschritt die Entwicklung der Menschen zu allseitigen Individuen<sup>4</sup> in einer Gesellschaft, in der „Jeder nicht einen ausschließlichen Kreis der Tätigkeit hat, sondern sich in jedem beliebigen Zweige ausbilden kann, die Gesellschaft die allgemeine Produktion regelt und mir eben dadurch möglich macht, heute dies, morgen jenes zu tun, morgens zu jagen, nachmittags zu fischen, abends Viehzucht zu treiben, nach dem Essen zu kritisieren, wie ich gerade Lust habe, ohne je Jäger, Fischer, Hirt oder Kritiker zu werden.“ (Marx/Engels 1845/46, S. 33).

Durch die kapitalistische Anwendung der Technik zeige sich aber genau das Gegenteil: Verlängerung des Arbeitstages, Arbeitslosigkeit und Armut. Marx verfällt also weder in Technikoptimismus noch -pessimismus, sondern meint: Es ist sowohl ein Einsatz der Maschinerie mit positiven als auch einer mit negativen Folgen für die Menschheit möglich. Dies sei jedoch abhängig vom sozialen Einsatz der Technik, insbesondere vom ökonomischen System. Ausschlaggebend seien immer die Formen der Einbettung der Technik in die Gesellschaft und die Art der komplexen Vermittlung des Verhältnisses von Technik und Gesellschaft. Im Kapitalismus ist für Marx ein sinnvoller Technikeinsatz nicht vorstellbar. Er betont sowohl die Folgen des kapitalistischen Einsatzes der Technik (Wirkung von Technik auf Gesellschaft) als auch die Bedeutung der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen des Technikeinsatzes (Wirkung von Gesellschaft auf Technik).

Die Aktualität eines dialektischen Technikbegriffs in der Tradition von Marcuse und Marx zeigt sich gerade auch in Bezug auf die Computertechnologie- und die modernen Informations- und Kommunikationssysteme. Eine Bewertung der modernen Computer-, Informations- und Kommunikationstechnologien sollte daher durchwegs ambivalent ausfallen: Sie führen einerseits zur Restrukturierung, Dezentralisierung und Flexibilisierung der kapitalistischen Produktion, sie leisten der Derealisierung, Simulation und Virtualisierung der Realität Vorschub, sie maximieren das Zerstörungspotential der Kriegsmaschinerie, sie produzieren unter kapitalistischen Verhältnissen Widersprüche und tragen dabei prinzipiell zu einer Verschärfung der globalen Probleme bei, sie verstärken die Arbeitslosigkeit, führen zu Dequalifizierungsprozessen

---

4 „Wir haben ferner gezeigt, dass das Privateigentum nur aufgehoben werden kann unter der Bedingung einer allseitigen Entwicklung der Individuen, weil eben der vorgefundene Verkehr und die vorgefundenen Produktivkräfte allseitig sind und nur von allseitig sich entwickelnden Individuen angeeignet, d.h. zur freien Betätigung ihres Lebens gemacht werden können“ (Marx/Engels 1845/46, S. 424).

und Spaltungen am Arbeitsmarkt, sie verstärken die Kontroll- und Überwachungspotentiale, sind Medium und Resultat der Rationalisierung und ökonomischen Globalisierung und daher auch in die damit verbundenen gesellschaftlichen Probleme funktional integriert, sie ermöglichen betriebliche Restrukturierungen in verschiedenen Dimensionen und werden vorwiegend im Sinn der Profitmaximierung eingesetzt. Ebenso reproduzieren sich gesellschaftliche Ungleichheiten im Cyberspace. Andererseits ermöglichen die neuen Medien auch die Konstruktion von und das Spiel mit Identitäten, sie können den Zugang zu Informationen, den Informationsaustausch, die Kooperation und die Kommunikation prinzipiell erleichtern, sie können einen kulturellen Austausch und eine kulturelle Einheit in der Vielfalt prinzipiell vermitteln, sie führen zur Verringerung der durch den Menschen zu leistenden gesellschaftlich notwendigen Arbeit, was wiederum die Utopie eines befriedeten und glücklichen Daseins allseitig tätiger Individuen ermöglichen könnte und sie können geistige Tätigkeiten ebenso fördern. Die modernen Technologien unterliegen einer Dialektik, die bereits von DenkerInnen wie Karl Marx und Herbert Marcuse erkannt wurde.

Karl Marx und Herbert Marcuse argumentieren zu Recht, dass es nicht um einen Technologieverzicht geht, sondern um einen humanen und nachhaltigen Einsatz von Technologien. Nun kann argumentiert werden, dass etwa die Militärtechnologie einer humanen und nachhaltigen Gestaltung der Gesellschaft grundsätzlich entgegensteht und daher darauf verzichtet werden sollte. Dies gilt jedoch nicht grundlegend für die gesamte Computertechnologie (im Gegensatz etwa zur Nukleartechnologie), denn es ist deren militärische Anwendung, die Destruktivkräfte potenziert. Alternative Einsatzweisen von Computertechnologien, die dem Menschen einen großen Entfaltungsspielraum sowie ein befriedetes Dasein jenseits des materiellen und psychischen Mangels ermöglichen, sind nichtsdestotrotz denkbar und als Utopien sinnvoll.

Auch was den Einsatz moderner Medien im Rahmen gesellschaftlicher Konflikte betrifft, präsentiert sich die Situation durchwegs ambivalent. Einerseits haben wir es mit einer massenmedial vermittelten Erzeugung und Simulation von Hyperrealität zu tun, die durch die Zusammensetzung entkontextualisierter Symbole und Bilder manipulativ neue Bedeutungen generiert, um öffentliche Meinungen in bestimmter Weise zu lenken. In diesem Zusammenhang ist die in der Kritischen Theorie von Marcuse, Adorno und Horkheimer formulierte Kulturindustriethese richtig, die besagt, dass die Kulturindustrie falsches Bewusstsein, ein eindimensionales Massenbewusstsein (Marcuse 1967) und eine instrumentelle Vernunft (Horkheimer 1946) erzeugt. Die neuen Technologien werden genau in diesem Sinn funktional eingesetzt. Andererseits bietet sich gerade für Protestbewegung die Möglichkeit, die neuen Medien für ihre Selbstorganisation unterstützend einzusetzen (vgl. Fuchs 2001). Die neuen Technologien widerspiegeln gesellschaftliche Herrschaftsverhältnisse, nichtsdestotrotz ist eine produktive Aneignung durch Protestbewegungen möglich. Für soziale Bewegungen bietet sich die Möglichkeit, realen Protest durch eine virtuelle Protestkultur und eine technisch unterstützte Optimierung der politischen Selbstorganisationsstruktur und -weise zu unterstützen.

Schließlich haben auch die modernen IKT wie das Internet wesentliche Veränderungen des Kapitalismus vermittelt. Computertechnologie kann grundsätzlich als Medium und Resultat der Rationalisierung betrachtet werden: Dem Kapitalismus liegt die Zwangsgesetzlichkeit der permanenten Erhöhung der Produktivität zu Grunde. Eine immer weiter voranschreitende Rationalisierung ist die logische Folge. Die Computertechnologie ist Medium und Resultat der Rationalisierung und der Umstrukturierung des Kapitalismus. Ihre Genese ist das logische Resultat der Weiterentwicklung der kapitalistischen Produktionsweise. Gleichzeitig ist sie das Medium der Ersetzung menschlicher Arbeitskraft durch Maschinen. Eine logische Folgerung ist die Massenarbeitslosigkeit, mit deren permanenten Zunahme wir heute konfrontiert sind.

Die ökonomische Diffusion der Computertechnologien hängt auch mit der Krise des Fordismus zusammen. Als eine Reaktion auf den relativen Fall der Profitraten wurde die Computerisierung und damit die Automatisierung weiter vorangetrieben, um Arbeitskosten einzusparen und die Profitraten zu steigern.

In technischen Artefakten widerspiegeln sich gesellschaftliche Herrschafts- und Besitzverhältnisse. Dies gilt auch für das Internet. Der Zugang zum Cyberspace kostet Geld für Telefon, Modem, Computer, Provider usw., gleichzeitig kommt es aber zu einer immer stärkeren sozialen Spaltung und Polarisierung. Nur ca. 2-3% der Weltbevölkerung hat Zugang zum Netz, dabei handelt es sich mehrheitlich um weiße, männliche US-Amerikaner. Es zeigt sich also die Widerspiegelung von gesellschaftlichen Dichotomisierungen nach Klasse, Geschlecht, Herkunft, Alter und Qualifikation im Internet. Der Zugang ist in diesem Sinn ganz und gar nicht „frei“, die Forderung nach „Access for all“ ist technizistisch und verkürzt, denn sie blendet aus, dass ihre Realisierung grundlegende gesamt- und weltgesellschaftliche Transformationen umfassen müsste. Afrika stellt etwa 12% der Weltbevölkerung, verfügt aber nur über 2% der weltweit verfügbaren Telefonanschlüsse. Durchschnittlich gibt es in Afrika weniger als 2 Telefonanschlüsse pro 1000 EinwohnerInnen. Das Internet ist vorwiegend ein Mittel zur Erzielung von Profit, aus einer ursprünglich rein militärisch eingesetzten Technologie (ARPA-Net) wurde ein Mittel zur Restrukturierung und Beschleunigung betrieblicher Abläufe, ein neuer Ort der Kapitalakkumulation und ein Werbemittel mit interaktiven und multimedialen Dimensionen. Politik stellt ein minoritäres Feld im Web dar, maximal 1-2% der Websites behandeln politische Inhalte, es überwiegen Sex und Kommerz.

Trotz allem zeigt sich, dass moderne IKT von sich selbst organisierenden politischen Bewegungen unterstützend eingesetzt werden können. Vor allem eine globale Vernetzung und Vereinfachung sowie Beschleunigung kommunikativer Abläufe kann so erreicht werden. Es gibt viele Beispiele, die zeigen, dass kritische und oppositionelle Tätigkeiten durch die Vernetzung effizienter selbst-organisiert werden können. IKT sind Teil jener Strukturen, die Fremdbestimmung aufrechterhalten, bieten aber auch Unterstützung bei vernetzter Selbstorganisation, die gesellschaftskritisch und intervenierend agiert (vgl. Fuchs 2001).

Halten wir einige Aspekte der modernen IKT fest, die eine Bedeutung bei derzeitigen gesellschaftlichen Veränderungen spielen:

1. IKT führen zu Delokalisierungs- und Entbettungsprozessen im Sinn der Herstellung einer raum-zeitlichen Entfernung sozialer Beziehungen. Damit im Zusammenhang steht die Internationalisierung der Produktion. IKT sind Medium und Resultat der ökonomischen, kulturellen und politischen Globalisierung.
2. IKT können einer Derealisierung Vorschub leisten, bei der die Realität mit künstlichen Realitäten verschwimmt. Dies zeigt sich im Cyberspace z.B. bei Chats oder MUDs/MOOs, bei denen die handelnden Akteure unterschiedliche konstruierte Identitäten annehmen können.
3. IKT vermitteln eine Dezentralisierung und Enthierarchisierung der internen Unternehmensorganisation. Dabei stellt sich die Frage, ob dies zu einer Humanisierung der Arbeit führt oder zu einer Totalverzweckung des Menschen, bei der die Ausgebeuteten ihrer Ausbeutung zustimmen sollen. Damit in Zusammenhang steht auch die Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse.
4. IKT können den Zugang zu Informationen, den Informationsaustausch, die Kooperation und die Kommunikation prinzipiell erleichtern. Zugleich zeigt sich aber, dass der virtuelle Raum segmentarisiert ist und dass sich die gesellschaftlichen Ungleichheiten im Cyberspace reproduzieren.

5. IKT können einen kulturellen Austausch und eine kulturelle Einheit in der Vielfalt prinzipiell vermitteln. Gleichzeitig produzieren sie unter kapitalistischen Verhältnissen Widersprüche jedoch mit und tragen dabei prinzipiell zu einer Verschärfung der globalen Probleme bei.
  6. Die Anwendung von IKT verändert die Arbeitswelt auch dadurch, dass es im Bereich der neuen Medien und der Softwareindustrie zu einem hochqualifizierten Segment des Arbeitsmarktes kommt. Gleichzeitig verschärfen sich jedoch die Spaltungen am Arbeitsmarkt. Vor allem niedrig qualifizierte Jobs werden wegrationalisiert, Folge ist eine Massenarbeitslosigkeit. Es ist zweifelhaft, dass die Entstehung hoch qualifizierter Jobs im High-Tech-Bereich diese Arbeitslosigkeit kompensieren kann.
  7. IKT sind Teil des Rationalisierungsprozesses, der zu einer Ersetzung menschlicher Arbeit durch Maschinen führt. An sich stellt die Verringerung der durch den Menschen zu leistenden gesellschaftlich notwendigen Arbeit eine zivilisatorische Errungenschaft dar, die dem Menschen mehr freie Zeit und Muse bietet. Unter den Bedingungen der kapitalistischen Widersprüche und der Zweck-Mittel-Verkehrung der Technik bedeuten Rationalisierung und Automatisierung jedoch eine Zunahme der Arbeitslosigkeit und der Armut. IKT sind Medium und Resultat der Rationalisierung im Kapitalismus.
  8. IKT führen zu einer Durchdigitalisierung des Sozialen (d.h. zur Diffusion der neuen Medien und Technologien in alle gesellschaftlichen Bereiche und Lebensverhältnisse) und ermöglichen damit eine Verstärkung der Kontrolle und Überwachung durch technische Vernetzung. IKT machen Abläufe nachvollziehbar, dies ist jedoch nicht nur eine Chance, sondern auch ein Risiko der Zunahme der Intensität von Überwachung und Kontrolle.
  9. IKT können geistige Tätigkeiten fördern. Gleichzeitig unterliegt derzeit aber auch der Bereich der geistigen Arbeit der Rationalisierung. Es zeigt sich also auch eine Automation der Kopfarbeit.
  10. IKT werden vorwiegend kommerziell und im Sinn der Profitmaximierung genutzt, taugen aber z.B. auch als Medium oppositioneller politischer Interventionen
- Vor allem der erste Punkt verweist darauf, dass IKT auch Medium und Resultat der ökonomischen Globalisierung des Kapitalismus sind. Auf der einen Seite ermöglichen I&K-Systeme durch die Herstellung von raum-zeitlicher Entfernung den Einfluss lokaler Prozesse auf das weltweite Geschehen und umgekehrt. Dadurch stellt sich sowohl eine räumliche und zeitliche Unabhängigkeit ein. Daher können die modernen Informations- und Kommunikationssysteme als Medium der Globalisierung bezeichnet werden. Sie ermöglichen und vereinfachen die globale Kommunikation und den Welthandel. Die Globalisierung, Dezentralisierung und Flexibilisierung des Kapitalismus wird also durch die modernen IKT vorangetrieben, sie werden als Mittel der territorialen Restrukturierung des Kapitalismus eingesetzt. Der Netzwerkcharakter der global agierenden Transnationalen Konzerne wird durch die neuen IKT ermöglicht, letztere sind aber auch das Resultat der ökonomischen und profitgeleiteten Restrukturierungsbewegungen des Kapitals. I&K-Systeme sind also nicht nur Medium der Globalisierung, sondern auch deren Resultat. Es liegt in der Logik des Kapitalismus begründet, dass die Produktivität permanent gesteigert werden muss. Die Kapitalakkumulation muss ständig durch die Entwicklung neuer Technologien besser und optimaler organisiert werden. Ständig neue Automatisierungsschübe sind daher eine logische Konsequenz der kapitalistischen Produktionsweise. Um die Kapitalakkumulation optimal zu organisieren, sind also ständig produktivere Maschinen und neue Technologien notwendig. Daher kann auch argumentiert werden, dass I&K-Systeme und die vernetzenden Technologien nicht zufällig entstanden sind, sondern sich nur durchsetzen konnten, da sie sich auf die Organisation des Kapitalismus positiv auswirken und diesen in

dem Sinn bereichern, dass sie die Internationalisierung des Kapitals vereinfachen. In diesem Sinn können die neuen Technologien auch als Resultat der Globalisierung verstanden werden. Sie bedingen als Medium einerseits die Globalisierung, sind also eine von deren Voraussetzungen. Andererseits ist die Globalisierung ein dem Kapitalismus innewohnender Prozess. Die Internationalisierung des Kapitals, also die notwendigerweise vorhandene globale Dimension des Kapitalismus, benötigt für ihre effiziente Gestaltung entsprechende Verkehrsformen. Die Entwicklung und vor allem die globale Durchsetzung von Schifffahrt, Eisenbahn, Telegraf, Telefon, Funk und Fernsehen, Auto, Flugzeug, Computer und letzten Endes von I&K-Systemen erscheint daher logisch als das Resultat der internationalen Dimension des Kapitalismus.

Für die modernen Computer- und I&K-Technologien ist also Marcuses Einschätzung hochaktuell: Sie fördern einerseits die Versklavung unter die bestehende Totalität, können aber auch im Rahmen von Prozessen der Befreiung unterstützend eingesetzt werden. Sie sind weder neutral, noch automatisch befreiend oder versklavend. Die Vorstellung von Utopien einer freien Gesellschaft sollte sich daher auch auf einen Einsatz der Computertechnologie als Teil einer anderen Technik in einer anderen Gesellschaft beziehen, um einen Übergang ins Reich der Freiheit mit einem Höchstmaß an individueller Selbstbestimmung und freier Zeit zu garantieren. Der Sieg über den Mangel und die Herstellung gesellschaftlichen Glücks wäre auf Basis der modernen Technologien naheliegend, ob der Sprung dorthin passiert, ist keinesfalls determiniert, vielleicht sogar zweifelhaft. Denn die Unterbindung sozialen Wandels durch manipulative Eingriffe ins Bewusstsein bekommt gerade auch in der Informationsgesellschaft neue Dimensionen. Entscheidend ist aber, dass dieser Sprung abhängig von der sozialen Selbstorganisation revolutionärer Subjekte möglich ist, gar notwendig, um eine sozial und ökologisch nachhaltige Gesellschaft zu etablieren.

„Die technologischen Prozesse der Mechanisierung und Standardisierung könnten individuelle Energie für ein noch unbekanntes Reich der Freiheit jenseits der Notwendigkeit freigeben<sup>5</sup>. [...] das Individuum würde von den fremden Bedürfnissen und Möglichkeiten befreit, die die Arbeitswelt ihm auferlegt. Das Individuum wäre frei, Autonomie über ein Leben auszuüben, das sein eigenes wäre“ (Marcuse 1967, S. 22). „Vollständige Automation im Reich der Notwendigkeit würde die Dimension freier Zeit als diejenige eröffnen, in der das private *und* gesellschaftliche Dasein sich ausbilden würde. Das wäre die geschichtliche Transzendenz zu einer neuen Zivilisation“ (Marcuse, 1967, S. 57). „Die reife technologische Gesellschaft muss die Automatisierung der materiellen Produktion bis zu dem Punkt vorantreiben, an dem das traditionelle Verhältnis von (notwendiger) Arbeitszeit und Freizeit sich ins Gegenteil verkehrt und die Freizeit zur ‚Vollbeschäftigung‘ wird, über die das Individuum nach Belieben verfügt“ (Marcuse 1961, S. 46). „Der Mensch würde dann in dem Maße als Individuum existieren, in dem er aus der mechanisierten Arbeitswelt ausgegliedert wird; seine Freiheit wäre die Autonomie gegenüber dem Produktions- und Distributionsapparat“ (Marcuse 1961, S. 56).

Der eigentliche Zweck der Technik, der aber im Kapitalismus nicht realisierbar sei, ist für Marcuse die Ermöglichung eines „befriedeten Daseins“, das einen Sieg über den Mangel herstelle. Dieses würde auch qualitativ andere Beziehungen zwischen den Menschen und zwischen Mensch und Natur eröffnen (Marcuse, 1967, S. 246). Die technische Unterwerfung der

---

<sup>5</sup> Hier bezieht sich Marcuse auf jene berühmte Stelle aus dem 3. Band des Kapitals, in der Marx meint, dass die Freiheit erst dort beginne, wo die Lohnarbeit ein Ende finde: „Das Reich der Freiheit beginnt in der Tat erst da, wo das Arbeiten, das durch Not und äußere Zweckmäßigkeit bestimmt ist, aufhört“ (Marx 1894, S. 828).

Natur sei bisher einhergegangen mit einer Zunahme der Herrschaft des Menschen über den Menschen (Marcuse 1967, S. 264).

Die geschichtliche Alternative sei „die geplante Nutzung der Ressourcen zur Befriedigung der Lebensbedürfnisse bei einem Minimum an harter Arbeit, die Umwandlung der Freizeit in freie Zeit, die Befriedigung des Kampfes ums Dasein“ (1967). Möglich sei die „freie Verfügung über freie Zeit“ (Marcuse 1961, S. 41). „Freie Zeit gehört zu einer freien Gesellschaft, Freizeit zu einer repressiven“ (Marcuse 1966b, S. 185).

Die moderne Technik sei so weit entwickelt, dass sie einen Umsturz der gesellschaftlichen Verhältnisse notwendig mache. Dann sei eine „Aufhebung der Arbeit“ durch Automatisierung möglich: „Die fortgeschrittene Industriegesellschaft nähert sich dem Stadium, wo weiterer Fortschritt den radikalen Umsturz der herrschenden Richtung und Organisation des Fortschritts erfordern würde. Dieses Stadium wäre erreicht, wenn die materielle Produktion (einschließlich der notwendigen Dienstleistungen) dermaßen automatisiert wird, dass alle Lebensbedürfnisse befriedigt werden und sich die notwendige Arbeitszeit zu einem Bruchteil der Gesamtzeit verringert. Von diesem Punkt an würde der technische Fortschritt das Reich der Notwendigkeit transzendieren, in dem er als Herrschafts- und Ausbeutungsinstrument diene, was wiederum seine Rationalität eingeschränkt hat; die Technik würde dem freien Spiel der Anlagen im Kampf um die Befriedigung von Natur und Gesellschaft unterworfen“ (Marcuse 1967, S. 36).

Auch in diesem Zitat wird Marcuses dialektischer Technikbegriff verdeutlicht: Im Kapitalismus sei Technik ein Herrschafts- und Ausbeutungsinstrument, in einer freien Gesellschaft Möglichkeit zur Reduktion der Arbeitszeit aller. Die Automation sei jedoch mit der „auf der privaten Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft im Produktionsprozess“ (Marcuse 1967, S. 55) beruhenden Gesellschaft nicht vereinbar. Im Kapitalismus sei ihre Anwendung also widersprüchlich und produziere gesellschaftliche Probleme.

Eine andere Technik in einer anderen Gesellschaft sei Teil der Demokratisierung: „Wir haben auf die mögliche Demokratisierung der Funktionen hingewiesen, die Technik unter Umständen fördern kann und die vielleicht auch die vollständige menschliche Entfaltung in allen Bereichen der Arbeit und der Verwaltung erleichtern kann. Darüber hinaus könnten Mechanisierung und Standardisierung eines Tages den Schwerpunkt von den Notwendigkeiten der materiellen Produktion verlagern auf das Feld menschlicher Selbstverwirklichung“ (Marcuse 1941, S. 316).

Im Marxismus wurde oftmals die Ansicht geäußert, dass die Technik in unveränderter Weise einfach aus dem Kapitalismus in den Sozialismus übernommen werden könnte. Marcuse vertritt jedoch die Ansicht, dass sich eine qualitative Änderung der Gesellschaft nicht nur in Ökonomie und Politik einstellen müsse, sondern dass auch die „technische Basis“ umgeformt werden müsse. Weder Verstaatlichung noch Sozialisierung ändere von sich aus die Rationalität, die der Technik zu Grunde liege. Eine neue Richtung des technischen Fortschritts sei nötig, nicht eine quantitative Fortentwicklung der herrschenden technologischen und wissenschaftlichen Rationalität, sondern deren radikale Umwandlung (Marcuse 1967, S. 239)

Wenn sich die Arbeiterklasse selbst durch eine Revolution befreit, so Marcuse, dann sei eine Gesellschaft möglich, in der ein Übergang vom Prinzip „Jedem nach seiner Arbeit“ zu „Jedem nach seinen Bedürfnissen“ stattfindet (Marcuse 1967, S. 61f). Dabei argumentiert Marcuse wie Marx, dass in einer ersten Phase die neue Gesellschaft noch mit den Muttermalen der alten behaftet sein würde, also der Zwang zur Entäußerung in der Lohnarbeit noch nicht vollständig aufgehoben wäre. Erst nach einer Aufbauphase sei in einer zweiten Phase ein „Reich der Freiheit“ zu erreichen. Erst dann würde die quantitative Änderung (weniger Lohnarbeit, weniger Herrschaft, usw.) in eine qualitative umschlagen (keine Lohnarbeit, keine Herrschaft,

usw.). Im „Reich der Freiheit“ sei die Verteilung lebenswichtiger Güter ohne Rücksicht auf Arbeitsleistung und die Reduktion der Arbeitszeit auf ein Minimum möglich (Marcuse 1967, S. 64). Wir werden sehen, dass Marcuse an anderen Stellen die Zwei-Phasen-These des Kommunismus, die er hier selbst vertritt, kritisierte.

Die bestehende Technik, so Marcuse, sei ein Instrument destruktiver Politik, daher müsste eine qualitative Veränderung der Politik mit der Änderung der Richtung des technischen Fortschritts einhergehen. Die Politik müsste eine neue Technik entwickeln (Marcuse 1967, S. 238). „Die technische Transformation ist zugleich eine politische, aber die politische Änderung würde nur in dem Maße in eine qualitative gesellschaftliche Änderung übergehen, wie sie die Richtung des technischen Fortschritts ändern – das heißt eine neue Technik entwickeln würde. Denn die bestehende Technik ist zu einem Instrument destruktiver Politik geworden“ (Marcuse 1967, S. 238). „Die Vollendung des technischen Fortschritts impliziert die bestimmte Negation dieser [der im Kapitalismus entwickelten] Technik“ (Marcuse 1961, S. 65). Die Technik müsste aber nicht vollständig erneuert werden, da sie auch schon heute Bedürfnisbefriedigung und die Verringerung harter Arbeit ermögliche (ebd., S. 242f). Ein Umbau der Technik sei aber notwendig. „Eine qualitative Veränderung hängt von einer Veränderung in der technischen Basis ab, auf der diese Gesellschaft beruht. [...] Die Idee qualitativ anderer Formen technologischer Rationalität gehört einem neuen historischen Projekt an“ (Marcuse 1961, S. 65f). Eine Revolution müsse die Technik den Bedürfnissen und Zielen freier Menschen dienstbar machen, sie wäre eine Revolution gegen die Technokratie (Marcuse 1969, S. 288).

Eine andere Technik in einer anderen Gesellschaft bedeute Technik als Kunst, die auch das Schöne umfasse: „Technik als Kunst, als Konstruktion des Schönen [...] als Form einer Lebenstotalität, die Gesellschaft und Natur umfasst. [Dies] [...] stellt das Gegenteil jener Technologie und Technik dar [...], die die heutigen repressiven Gesellschaften beherrschen – eine Technik, die von der destruktiven Kraft, mit der Menschen und Dinge, Geist und Materie als bloß zu bearbeitender Stoff erfahren werden, befreit ist“ (Marcuse 1967b, S. 80; vgl. auch Marcuse 1969, S. 261f).

All diese Überlegungen sind gerade im Rahmen der umfassenden Informatisierung und Computerisierung der Arbeit von Bedeutung. Während die seit der mikroelektronischen Revolution massiv um sich greifende Ersetzung lebendiger durch tote Arbeit die objektiven Voraussetzungen des Übergangs ins Reich der Freiheit nahe legt, scheinen wir subjektiv weit davon entfernt, da sich die technologische Rationalität, gerade auch mit der Unterstützung moderner Technologien, immer weiter ins Bewusstsein der Massen fortsetzt. Weiters arbeiten die einen immer länger und intensiver, die anderen gar nicht oder immer prekärer. Die Informatisierung und Computerisierung als Medium und Resultat der Krise des Fordismus verändern die Arbeitswelt in umfassender Weise.

In der BRD umfasst die Anzahl der Arbeitslosen etwa 4 Millionen, in Frankreich erhöhte sich die Arbeitslosigkeit von 1980 etwa 1,5 Millionen auf 1995 nahezu 3 Millionen. Lediglich in den USA ist ein Absinken der Arbeitslosigkeit in absoluten Zahlen festzustellen. Dies wurde aber nur durch eine extreme Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse erreicht. 1994 waren 2/3 der in den USA geschaffenen Jobs extrem schlecht bezahlt, die Reduktion der Arbeitslosigkeit wurde vor allem auch dadurch erreicht, dass die Armutsfalle Teilzeitarbeit extrem ausgebaut wurde. So ist etwa der Beschäftigungsvermittlungsbetrieb Manpower, der vorwiegend auf prekäre Beschäftigungsverhältnisse setzt, mit 560.000 Beschäftigten der größte Arbeitgeber der USA. 1993 arbeiteten mehr als 34 Millionen US-Amerikaner auf „Bedarf“, teilzeit, freiberuflich, in Gelegenheitsjobs usw. Mehr als 25% der US-Arbeitnehmer haben einen zeitlich befristeten Arbeitsvertrag oder einen bzw. mehrere Teilzeitjobs (alle Daten nach Rifkin 1995). All

dies ist auf Strategien zurückzuführen, die sich durch die Einsparung bei Lohnkosten und Lohnnebenkosten eine Erhöhung der Profite erhoffen. Auch das Wachstum der Reallöhne bleibt in den westlichen Länder weit unter dem Anstieg des Kapitalwachstums oder stagniert sogar. Die Lohnquoten, also der Anteil der Löhne am gesamtgesellschaftlichen Einkommen, fallen vielfach unter das Level der 70er-Jahre zurück.

Der Umbruch vom Fordismus zum Postfordismus, vom Keynesianismus zum Neoliberalismus und hin zum informationsgesellschaftlichen Kapitalismus bringt eine Verschärfung der globalen gesellschaftlichen Probleme mit sich. Einige Stichwörter sind in diesem Zusammenhang die Stagnierung der Löhne, während Kapitaleinkommen weiter steigen; prekäre Arbeitsverhältnisse als Armutsfallen, Massenarbeitslosigkeit, Massenarmut, Armut trotz Arbeit, Verschärfung der ungleichen Ressourcenverteilung zwischen Nord und Süd, immer längere Wochen- und Lebensarbeitszeit bei relativ geringerem Lohn, Verschärfung der ökologischen Krise. Die soziale Destabilisierung führt in Folge auch zum Anstieg von Rassismus, Ausländerfeindlichkeit, Kriminalität, Krieg und gewalttätigen Auseinandersetzungen. Eine solche Gesellschaft ist in der Tat keine weise Gesellschaft.

Die Flexibilisierung, Dezentralisierung, Spezialisierung, Diversifizierung, Informatisierung und Enthierarchisierung der organisatorischen Strukturen des Kapitalismus lässt sich vor allem in Bezug auf die Suche nach neuen Strategien und Bereichen der Kapitalakkumulation im Zuge der anhaltenden Krise des Fordismus betrachten. Der Übergang vom Fordismus zum Postfordismus erfolgte im Rahmen der Suche nach Lösungen der Krise des Fordismus und des Versuchs, die Kapitalakkumulation erneut zu stabilisieren. Die Politik des Neoliberalismus als neue Qualität politischer Information des Postfordismus zielt darauf ab, Rahmenbedingungen für die Ökonomie zu schaffen, die es den Unternehmen erlauben, ihre Profite durch die Minimierung der Investitionskosten (variables und konstantes Kapital) zu steigern. Resultat davon sind Deregulierung, prekäre Beschäftigungsverhältnisse, Sozialabbau, Verschlechterung des Arbeits- und Sozialrechts, Senkung der Kapitalbesteuerung das Ende des Wohlfahrtsstaats, flexible Arbeitszeiten, relative Abnahme der Lohnzuwächse gegenüber des Kapitalwachstums, Hausfrauisierung etc.

Auch der erneute Schub ökonomischer Globalisierung und die Ausbildung des Nationalen Wettbewerbsstaats (Hirsch 1995) sollten in diesem Zusammenhang betrachtet werden. Es geht um die Verlagerung der Produktion in andere Gebiete, die eine Senkung des konstanten und variablen Kapitalanteils ermöglichen, damit die Profitraten erhöht werden können.

Auch bei der Umstrukturierung von Unternehmen (Dezentralisierung, Flexibilisierung, Entierarchisierung, Outsourcing, schlanke Unternehmensstruktur, flache Hierarchien, Lean-Production, Just-in-Time-Production etc.) steht die Humanisierung der Arbeit im Vordergrund, sondern die Erhöhung des Profits durch Kosteneinsparung im Vordergrund. Das Basismodell ist die japanische Lean-Production bei Toyota, daher wird auch des öfteren vom Toyotismus gesprochen. „The basic purpose of the Toyota production system is to increase profits by reducing costs - that is, by completely eliminating waste such as excessive stocks or workforce“ (Monden 1983, S. 11).

Als neuen Qualitäten des Disziplinarmodells zeigt sich heute die Disziplinargesellschaft im Sinn von Deleuze (1993). Dabei geht es darum, die Arbeitenden ideologisch in den Betrieb einzubinden. Verlangt wird Motivation und Identifikation, es gibt Bonussysteme, Share Options, Teamarbeit, flache Hierarchien, mehr Entscheidungsspielraum etc. Unabhängig davon, ob dies zu einer Humanisierung der Arbeit beiträgt, muss gesagt werden, dass es auch bei diesen Maßnahmen in erster Linie um die Steigerung der Produktivität und damit um die Erhöhung des Profits geht.

Es zeigt sich heute einerseits partizipatives Management, andererseits auch eine Retaylorisierung der Arbeit im Rahmen von Produktionsweisen, die in der Tradition der japanischen Lean-Production stehen. Zielen diese neuen Produktionsweisen auch auf die psychische Integration und Verzweckung der Arbeitenden, so könnte sich wie im Fordismus auch ein Widerspruch hinsichtlich dieser Organisationsweise der Arbeit manifestieren, der zum Anstieg von bewussten und unbewussten Arbeitsverweigerungen, Leistungsverminderungen und der Zunahme des Klassenkampfes führt. Wir haben also einerseits die Tendenz der Neutralisierung des Klassenkampfes durch die psychische Verzweckung der Arbeitenden, andererseits neue Entfremdungsbedingungen durch erneute strikte Vorgaben und Kontrollsysteme im Rahmen der flexiblen Produktionsweisen.

Hinsichtlich der technischen Veränderung wird heute immer häufiger eine flexible Fertigungsmaschinerie eingesetzt, um den Übergang von der standardisierten Massenproduktion zur diversifizierten Qualitätsproduktion, die auf Kundenorientierung und kleine Stückzahlen mit hoher Qualität setzt, zu ermöglichen. Diese technischen Veränderungen werden wiederum vorwiegend aus ökonomischen Optimierungsgründen durchgeführt. Die Automatisierung wird heute im noch viel stärkeren Ausmaß vorangetrieben als in der Ära des Fordismus, die immer schneller und effektiver arbeitende Computertechnologie erleichtert dies. Das Ziel der Ersetzung von lebendiger durch tote Arbeit sind die Beschleunigung der Produktion und die Senkung der Arbeitskosten, um den Profit zu erhöhen.

Auch der verstärkte Einsatz von modernen Informations- und Kommunikationssystemen hat vorwiegend mit betriebswirtschaftlichen Überlegungen zu tun. Ohne die Krise des Fordismus hätte sich dieses neue technologische Paradigma zwar sicherlich auch früher oder später allgemein durchgesetzt, aber sicherlich langsamer. Der massive Einsatz von neuen IKT hat vorwiegend damit zu tun, dass der Kapitalismus permanent neue effektive Methoden der Rationalisierung und Mechanisierung benötigt. IKT sind Medium und Resultat der Rationalisierung und des kapitalistischen Entwicklungsprozesses. Daran zeigt sich, dass Technikentwicklung und die Durchsetzung neuer Technologien mit ökonomischen Prozessen eng verknüpft sind.

IKT vereinfachen die Verlagerung und Dezentralisierung der Produktion, Teamarbeit, die Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse und die Enthierarchisierung von Betrieben. Sie sind auch Medium und Resultat der ökonomischen Globalisierung, sie vermitteln einerseits die Verlagerung der Produktion, andererseits benötigt das kapitalistische Weltsystem zwecks seiner eigenen Effektivierung permanent neue Technologien. Daher sind diese neuen Technologien auch logisches Resultat der Produktivkraftentwicklung. Unqualifizierte und daher stark mechanisierte Arbeiten im Bereich der Textil- und Elektronikindustrie wurden in den letzten 20 Jahren vor allem sehr stark nach Südostasien verlagert. Resultat waren die Weltmarktfabriken, in denen äußerst inhumane Arbeitsbedingungen herrschen. Im marxistischen Feminismus wurde in diesem Zusammenhang besonders auf die Überausbeutung von Frauen in diesen Weltmarktfabriken und den Zusammenhang von IKT, ökonomischer Globalisierung, internationaler Arbeitsteilung und Hausfrauisierung hingewiesen. Die ökonomische Globalisierung und die dritte industrielle Revolution seien also überhaupt nur durch die Ausbeutung von Frauen in der Dritten Welt möglich (vgl. Mies 1996).

Marcuses Hinweise, dass Technik unter kapitalistischer Vergesellschaftung menschenfeindliche Züge annimmt, bewahrheitet sich von Neuem. Allerdings ist die Verschärfung der globalen Probleme und die Prekarisierung der Lebensverhältnisse immer größerer Teile der Weltbevölkerung nicht auf immanente Eigenschaften der Technik zurückzuführen, sondern auf ihre kapitalistische Anwendung. Möglich wäre heute auch – und das betonte ja bereits Marcuse nachhaltig – der unmittelbare Sprung ins Reich der Freiheit.

Robert Kurz und die Krisis-Gruppe kritisieren m.E. nach zu Recht die Ontologisierung der Arbeit im Traditionsmarxismus und im Realsozialismus, woraus sich eine Idealisierung und Fetischierung der Arbeit ergeben habe. Arbeit und Arbeiter seien im Realsozialismus wie Religion und Gott gewesen (vgl. Kurz 1991, S. 11-15; Kurz 1994). Es sei lediglich darum gegangen, die Arbeit aus kapitalistischen Fesseln zu befreien, nicht aber den Menschen von der Arbeit selbst und den damit einhergehenden Zwängen und Entäuerungen. Da die Arbeitsgesellschaft heute an ihre eigenen Grenze stoße, sei es notwendig, zu einem System jenseits der Arbeit überzugehen. Notwendig erscheint Krisis daher die Aufhebung der Arbeit mitsamt der anderen bürgerlichen Formkategorien und eine „soziale Bewegung gegen die Arbeit“ (Krisis 1999, S. 41).

Es geht heute nicht um die Befreiung der Arbeit aus ihrer kapitalistischen Hülle, nicht um Arbeit für alle und Vollzeitbeschäftigung, sondern um ein „Recht auf Faulheit“ (Lafargue 1899) die Etablierung des Endes der Notwendigkeit, Muße an Stelle der Arbeit, geistige noch stärker an Stelle von materieller Arbeit, Feiertag an Stelle des Arbeitstages, nichtoperationelles Denken an Stelle der instrumentellen Vernunft, Solidarität an Stelle des Konkurrenzkampfes, Sinnlichkeit anstelle von Repression, und auch um den Frieden als Dauerzustand sowie das Ende von materiellem und psychischem Mangel. Also um eine neue Gesellschaft, in der die Menschen solidarisch miteinander umgehen und in der dem Einzelnen ein Höchstmaß an Selbstentfaltung und allseitiger Entwicklung (im Sinn von Marx) ermöglicht wird. Marcuses Utopie einer freien Gesellschaft ist daher gerade heute von brennender Aktualität.

Allerdings, und dies stellt meine größten Bedenken dar, ist es noch immer der Fall, dass zwar die „Änderung der etablierten Richtung des Fortschritts einen grundlegenden sozialen Wandel bedeuten“ würde, „aber sozialer Wandel setzt voraus, dass ein vitales Bedürfnis nach ihm besteht sowie die Erfahrung unerträglicher Verhältnisse und ihrer Alternativen – und eben dieses Bedürfnis und diese Erfahrung werden in der etablierten Kultur daran gehindert, sich zu entwickeln“ (Marcuse 1965a, S. 125).

## 2. Revolutionäres Subjekt

In Bezug auf grundlegenden gesellschaftlichen Wandel ist die Frage nach dem Unterschied und der Grenze zwischen Innen und Außen wesentlich. Die Frage zielt darauf ab, ob eine bestehende Gesellschaft negierende Kräfte diese von innen oder von außen aufheben können und was unter diesen beiden Kategorien überhaupt zu verstehen ist. Marcuse (1966a) diskutierte diese Frage bereits und ich folge seiner Einschätzung. Er geht davon aus, dass es in der bürgerlichen Gesellschaft negierende Kräfte gibt, die außerhalb des Systems auf dessen Aufhebung hin- und gegen dieses arbeiten. Außen versteht er „im Sinne von gesellschaftlichen Kräften, die Bedürfnisse und Ziele repräsentieren, welche in dem bestehenden antagonistischen Ganzen unterdrückt sind und in ihm nicht zur Entfaltung kommen können“ (1966a, S. 198). Damit meint er also die potentielle revolutionäre Hauptproduktivkraft Mensch, die ihr Bewusstsein und ihre Praxis außerhalb des Systems stellen kann, dieses überschreiten und auf die Aufhebung des alten Ganzen hinarbeiten kann. Die „Keimform“ umfasst also auch für Marcuse nicht gesellschaftliche Strukturen, sondern emanzipatorisches menschliches Bewusstsein, das aber in der fortgeschrittenen Industriegesellschaft zunehmend in das System-Innere absorbiert werde.

Wie Marcuse gehe ich davon aus, dass die materielle Basis der Gesellschaft eine bestimmte Entwicklung erreicht haben muss, damit ein derartiges emanzipatorisches Außen grundsätzlich ins Reich der Freiheit führen kann. Heute wird immer wieder davon von einem materiellen und ökonomischen Außen ausgegangen (z.B. wenn von ökonomischen Keimformen wie selbstver-

walteten Betrieben, Tauschringen, Linux etc. gesprochen wird), ich favorisiere jedoch Marcuses Position, die besagt, dass ökonomische Prozesse sich im Kapitalismus vorwiegend Innen abspielen und politisch selbstorganisierte, auf Basisdemokratie und eine neue Gesellschaft abstellende Bewegungen am ehesten geneigt sind, sich selbst nach Außen zu wenden.

Es ist nicht idealistisch, kritisches Bewusstsein außen anzusiedeln. Tatsächlich ist Subjektivität aber ein entscheidender Faktor der Marxschen und der Marcuseschen Subjekt-Objekt-Dialektik (vgl. Marcuse 1966c). Die inneren Widersprüche der Gesellschaft und die Entwicklung der Produktivkräfte vollziehen sich objektiv, es erfolgt aber nicht automatisch eine Entwicklung in Richtung eines sozial und ökologisch nachhaltigen Reichs der Freiheit. Dazu bedarf es emanzipatorischer Subjekte, die ein Klassenbewusstsein ausbilden und dieses in reale gesellschaftliche Kämpfe einbringen. Es ist nicht gewiss, ob sich dieses Bewusstsein überhaupt bilden kann und wie darauf aufbauende Kämpfe ausgehen. „die in den Widersprüchen verfangenen (materiellen und intellektuellen) Produktivkräfte werden frei zum Übergang in die ‚höhere‘ geschichtliche Form gesellschaftlichen Seins im bewussten Kampf mit den bestehenden Gewalten und den von ihnen bestimmten Interessen und Institutionen. Der Ausgang hängt von den Bedingungen der Möglichkeit dieses Kampfes und des sich in ihm entwickelnden Bewusstseins ab. Dazu gehört, dass seine Träger ihre Sklaverei und deren Gründe begriffen haben, dass sie ihre Befreiung wollen und die Wege dazu gesehen haben“ (Marcuse 1966c).

Diese Vorstellung schließt für Marcuse immer mit ein – und darin folge ich ihm –, dass bestehende Techniken nicht einfach in die neue Gesellschaft übernommen werden können, sondern dass sich eine Unzahl an neuen Qualitäten ergeben muss, um das Reich der Freiheit zu realisieren: „Die technische Transformation ist zugleich eine politische, aber die politische Änderung würde nur in dem Maße in eine qualitative gesellschaftliche Änderung übergehen, wie sie die Richtung des technischen Fortschritts ändern – das heißt eine neue Technik entwickeln würde. Denn die bestehende Technik ist zu einem Instrument destruktiver Politik geworden“ (Marcuse 1967, S. 238).

In den 1930er-Jahren ging die Kritische Theorie der Frankfurter Schule davon aus, dass eine soziale Revolution und der Übergang in eine andere Gesellschaft bevorstünden. Mit dem deutschen Faschismus hat sich diese Einschätzung als falsch erwiesen, Marcuse, Horkheimer und Adorno waren in vielerlei Hinsicht von der Arbeiterklasse als revolutionärem Subjekt desillusioniert. Während Horkheimer und Adorno nun aber davon ausgingen, dass revolutionärer Wandel auf unabsehbare Zeit unrealistisch bleiben müsse, da das Bewusstsein in der fortgeschrittenen Industriegesellschaft *notwendig* falsches Bewusstsein sei, blieb Marcuse wesentlich optimistischer. Zwar ging auch er davon aus, dass qualitativer gesellschaftlicher Wandel durch Manipulation immer weiter unterbunden wird. Allerdings totalisierte er diese Position nicht, sondern vertrat die Ansicht, dass daneben immer noch potentiell revolutionäre Subjekte existieren. Er sucht also stets nach dem Außen in der Gesellschaft und war daher revolutionärer Theorie und Praxis wesentlich näher als Horkheimer und Adorno, die als einziges mögliches (und notwendiges) politisches Ziel im Nachkriegskapitalismus die Verhinderung eines zweiten Auschwitz sahen.

Eine wesentliche soziologische Grundfrage ist jene nach dem Verhältnis von Struktur und Handeln. Klassischerweise wurde sie reduktionistisch aufgelöst. Im Funktionalismus (so etwa bei Durkheim, Merton, Parsons, und Luhmann) und im Strukturalismus (wie z.B. bei Althusser und Balibar) zu Gunsten gesellschaftlicher Strukturen, in der Handlungstheorie und im symbolischen Interaktionismus (wie bei Weber, Mead oder Habermas) zu Gunsten des individuellen Handelns. Eine dialektische Vermittlung von Strukturen und Handeln berücksichtigt hingegen, dass gesellschaftliche Strukturen individuelles Denken und Handeln einschränken und manipu-

lieren, dass aber diese Strukturen auch durch soziales Handeln verändert werden. Marcuse erkannte diese Dialektik in spezifischer Weise. Einerseits betonte er, dass gesellschaftliche Strukturen im Spätkapitalismus falsches Bewusstsein in ungeahnten Ausmaßen herstellt, andererseits betonte er aber auch die Möglichkeit des revolutionären Wandels. So etwa in der Vorrede zum Eindimensionalen Menschen: „Der Eindimensionale Mensch wird durchweg zwischen zwei einander widersprechenden Hypothesen schwanken: 1. dass die fortgeschrittene Industriegesellschaft instande ist, qualitative Änderung für die absehbare Zukunft zu unterbinden; 2. dass Kräfte und Tendenzen vorhanden sind, die diese Eindämmung durchbrechen und die Gesellschaft sprengen können. Ich glaube nicht, dass eine klare Antwort gegeben werden kann“ (Marcuse 1967, S. 17).

Auch bereits Marx sah dieses Verhältnis als dialektisches: „Die Menschen machen ihre eigene Geschichte, aber sie machen sie nicht aus freien Stücken, nicht unter selbstgewählten, sondern unter unmittelbar vorgefundenen, gegebenen und überlieferten Umständen“ (Marx 18, 52S. 115).

Nicht nur Strukturen und Handeln, auf die revolutionäres Denken und Handeln Bezug nehmen, sind dialektisch vermittelt, es gibt auch eine spezifische Dialektik der Befreiung: „Natürlich gibt es keine Revolution ohne individuelle Befreiung, aber auch keine Befreiung des Individuums ohne die der Gesellschaft“ (Marcuse 1969, S. 54).

Als zu Zeit der Studentenrevolte StudentInnen Adornos Institut für Sozialforschung besetzten, um diesen dazu zu bringen, sich klar auf ihrer Seite zu positionieren, fühlte sich dieser missverstanden. Einerseits sah er die Zeit für Revolution ganz und gar nicht gekommen, andererseits (und dies wohl im Gegensatz zu jenem berechtigterweise) wollte er keine Vater- oder gar Führerfigur sein. Die Konsequenz – nämlich die gewaltsame Räumung des Instituts durch die Polizei – war in jeder Hinsicht falsch. Darauf wies auch Marcuse Adorno nachdrücklich hin: „Brutal: wenn die Alternative ist: Polizei oder Studenten der Linken, bin ich mit den Studenten – mit einer entscheidenden Ausnahme, nämlich, wenn mein Leben bedroht ist [...] Wir können die Tatsache nicht aus der Welt schaffen, da diese Studenten von uns beeinflusst sind – ich bin darüber sehr froh und bin gewillt, mich mit dem Vaternord abzufinden“ (zit. nach Behrens 2000, S. 123f).

Marcuse unterschied sich von Horkheimer und Adorno dadurch, dass er die praktische Beschäftigung mit Politik stets für äußerst bedeutend hielt. Während im Eindimensionalen Menschen (als englisches Original 1964) der Eindruck einer umfassenden Manipulation vorherrschend ist, neben der sich nur ganz wage die Möglichkeit einer „großen Weigerung“ andeutet, ist Marcuse im Versuch über die Befreiung (1969) bereits sehr beeindruckt von der entstehenden Neuen Linken. Ein radikales Befreiungs- und Praxispotential schien wieder aktuell zu werden. Marcuse war „ein intransigent Optimist, ständig auf der Suche nach neuen sozialen Befreiungsbewegungen. Sein wesentliches Interesse ist nicht, revolutionären Propethien auf die Spur zu kommen, sondern den geschichtlichen Chancen einer Revolution und dem tiefstehenden menschlichen Bedürfnis nach einer ‚anderen Gesellschaft‘“ (Heinz Lubasz in Marcuse u.a. 1978, S. 138).

Die Dialektik von Strukturen und Handeln ist immer auch ein Hinweis darauf, dass kritische Gesellschaftstheorie Formen des revolutionären Wandels in Betracht ziehen muss. Marcuse hielt immer an der Notwendigkeit und der grundsätzlichen Möglichkeit revolutionären gesellschaftlichen Wandels und Formen der Befreiung fest. So schrieb etwa der junge Marcuse über die Notwendigkeit der „katastrophischen Aufhebung des faktischen Zustands durch die totale Revolution“ (Marcuse 1932). Dieses Motiv blieb ein für ihn sein ganzes Leben hinweg zentrales.

Ende der 60er zeigte sich Marcuse stark beeindruckt von den Revolten in der Dritten Welt, der Studenten und der Ghettobewohner, die das Thema der Befreiung wieder aktuell gemacht hätten (vgl. Marcuse 1969 und 1972). „sie haben die Idee der Revolution dem Kontinuum der Unterdrückung entzogen und sie mit ihrer wahren Dimension verknüpft – der von Befreiung“ (Marcuse 1969, S. 243). In Marcuse (1972) zeigt sich dieser auch beeindruckt von ökologischen Protesten, den Bürgerinitiativen und der Frauenbewegung. An anderer Stelle meint Marcuse, dass eine politische Frauenbewegung „die Negation der Werte und Ziele der patriarchalen Gesellschaft ist“, und damit auch „die Negation der Werte und Ziele des Kapitalismus“ (Marcuse 1973/74, S. 170). Die neuen Gruppen würden nicht automatisch zu Subjekten der Revolution, sie seien aber antizipierende Gruppen, die als Katalysatoren wirken können, nicht mehr (Marcuse u.a. 1978, S. 57).

Die Arbeiterklasse sei für eine Revolution unerlässlich, sie habe aber Teil an der Stabilisierung der bestehenden Ordnung und zeichne sich immer stärker durch ein falsches Bewusstsein aus (vgl. Marcuse 1969, S. 155, 285f). Sie sei zwar objektiv an sich revolutionär, im Spätkapitalismus aber nicht subjektiv für sich. „Die Arbeiterklasse selbst ist in ihrem Bewusstsein und in ihrer Praxis zum großen Teil verbürgerlicht“ (Marcuse u.a. 1978, S. 56).

Durch die technologischen Veränderungen transformiere sich auch die Arbeiterklasse, die klassische blue collar-Arbeiterschaft werde durch white collar-Angestellte und die zunehmende Bedeutung geistiger Tätigkeiten im Produktionsbereich ersetzt. An sich würde dies die Sprengung der bestehenden Ordnung vereinfachen, tatsächlich sei die „neue Arbeiterklasse“ aber angepasst und gut integriert (1969, S. 286f). Die Arbeiterklasse habe in der fortgeschrittenen Industriegesellschaft nicht einfach nur ihre Ketten zu verlieren. Dies habe theoretische Konsequenzen: „Der Marxsche Klassenbegriff ist durch die Stellung im Produktionsprozess definiert, und gerade der kapitalistische Produktionsprozess hat, indem er die Ausbeutung intensiviert und verallgemeinert hat, mit der Steigerung der Produktivität das gesellschaftliche Sein und das Bewusstsein der Ausgebeuteten verändert. Quantität (höheres Lebensniveau) schlägt in Qualität um (‚bürgerliches‘ Bewusstsein, ‚bürgerliche‘ Bedürfnisse)“ (Marcuse 1974, S. 135).

Die Opposition verschiebe sich zunehmend von der organisierten Arbeiterklasse zu den kämpferischen Minderheiten. Es zeige sich ein neues Subjekt des historischen Wandels. Erster notwendiger Schritt einer Revolution sei „ein radikaler Wandel im Bewusstsein“ (Marcuse 1969, S. 285), also die Stellung des Bewusstseins ins Äußere. Es zeige sich „die Entstehung eines neuen Bewusstseins, das ein antizipierendes, entwerfendes Bewusstsein ist, offen und bereit für die radikal neuen, extravaganen Freiheitsaussichten“ (Marcuse 1968, S. 73).

Der objektive menschliche Faktor der Revolution befinde sich in der Arbeiterklasse, sei aber ohnmächtig und stillgehalten, das subjektive revolutionäre politische Bewusstsein befinde sich in der nonkonformistischen jungen Intelligenz und den unterprivilegierten Teilen der Bevölkerung der Dritten Welt. Dies zeige, dass eine auf radikale Veränderung gerichtete Bewegung außerhalb der Arbeiterklasse entstehen könne, sie müsse allerdings versuchen, die unterdrückten Kräfte der Rebellion innerhalb der Arbeiterschaft zu aktivieren (Marcuse 1968, S. 73).

Notwendig sei nun radikale Aufklärung, „die darin besteht, bei den Ausgebeuteten das Bewusstsein (und das Unbewusste) zu entwickeln, das die Gewalt versklavender Bedürfnisse über ihr Dasein lockern würde – der Bedürfnisse, die ihre Abhängigkeit vom System der Ausbeutung verewigen“ (1969, S. 288). Dazu sei eine „radikale Linke, welche die umfassende Aufgabe politischer Bildung übernimmt“ (Marcuse 1972, S. 35) und die „spontanen Protest in organisiertes Handeln“ (1972, S. 52) umsetzt, notwendig. Dies bedeute nicht automatisch eine

autoritäre Elite und Führer, sondern die Möglichkeit einer revolutionären Avantgarde, die Erziehungsarbeit leistet (Marcuse 1973/74, S. 164).

Nonkonformismus zeige sich daran, dass die neue Opposition unorthodox sei, traditionelle politische Praktiken wie Parteien und Komitees ablehne. „für die Rebellen ist nicht, was irgendeiner dieser Politiker, Volksvertreter oder Kandidaten verkündet, von irgendwelchem Belang“ (1969, S. 293). Die direkten Aktionsformen seien als direktdemokratisch zu erachten und würden die umfassende Demokratisierung der bestehenden totalitären Gesellschaft antizipieren. Notwendig sei eine revolutionäre Macht, die der herrschenden Gewalt ein Ende macht und eine sozialistische Gesellschaft errichtet. Beispiele für solches Handeln wären ein unbegrenzter Generalstreik, die gleichzeitige Besetzung oder Übernahme von Betrieben, Regierungsgebäuden, Zentren des Nachrichtenwesens und Verkehrs (Marcuse 1972, S. 58). Gleichzeitig warnte Marcuse vor sinnlosen, kontraproduktiven Aktionen wie zielloser, unvermittelter Zerstörung, die das Volk gegen die Linken organisieren helfen. Notwendig seien auch Gegeninstitutionen, etwa radikale, freie Medien (1972, S. 60). Zur Einrichtung systemkritischer Institutionen müsste Geld aufgetrieben werden (1973/75, S. 175).

Die Auflösung der gesellschaftlichen Moral zeige sich im Spätkapitalismus im Zusammenbruch der Arbeitsdisziplin, Bummeln, zunehmendem Ungehorsam gegenüber Regeln und Vorschriften, wilden Streiks, Boykotts und willkürlicher Unbotmäßigkeit (1969, S. 310). Dies bedeute aber nicht automatisch eine Revolution, sei nur Krisenanzeichen, das System könne aber durch Gewalt und totalitäre Verwaltung aufrechterhalten werden. Obwohl Marcuse der Neuen Linken sympathisierend gegenüberstand, übte er auch heftige Kritik (etwa an ihrem Anti-Intellektualismus und einer fehlenden umfassenden theoretischen Perspektive). Seine Desillusionierung der Arbeiterklasse schwächte sich etwas dadurch ab, dass Ende der 60er die Anzahl der Streiks, Sabotageakte und Arbeitsverweigerungen in den westlichen Ländern zunahm (dies legte sich allerdings bald wieder). In *Konterrevolution und Revolte* (1972) zeigte er sich von dieser „Rebellion gegen das Ganze der aufgezwungenen Bedingungen, gegen das Leistungssystem als solches“ (S. 28) beeindruckt.

Vorstellbar war für Marcuse im Spätkapitalismus „eine Zuspitzung des Protests, örtlich und regional organisiert, das Ausbrechen einzelner Betriebe aus dem System, Radikalisierung der Selbstverwaltung – eine diffuse Desintegration, die sozusagen ansteckend wirkt“ (Marcuse u.a. 1978, S. 61).

Die Revolten, die sich Ende der 60er und in den 70ern gezeigt haben, haben zu keiner Revolution geführt. Dies hatte Marcuse aber auch gar nicht erwartet, er sah es lediglich als Möglichkeit, vorausgesetzt eine umfassende Bewegung unter Einbindung der Arbeiterklasse bilde sich heraus. Diese Möglichkeit ist aber grundsätzlich immer gegeben, sie setzt aber insbesondere die umfassende Organisation revolutionären Bewusstseins voraus. Und eben dies ist der Neuen Linken nicht gelungen. Es ist also nicht nur Verschulden jener Kräfte, die ihr Bewusstsein anpassen und sich psychisch verzwecken lassen.

Aktuell für die heutige postfordistische Phase des Kapitalismus ist noch immer Marcuses dialektische Sichtweise der Einbettung revolutionärer Prozesse in das Verhältnis von gesellschaftlichen Strukturen und sozialem Handeln. Wir erleben heute eine weitergehende Verbürgerlichung nicht nur der Arbeiterklasse, sondern auch der Protestbewegungen, die immer weniger für sich revolutionär sind und agieren. Nichtsdestotrotz wären gerade heute angesichts der sich verschärfenden globalen Probleme revolutionäre Subjekte notwendig. Die Aufgabe der Einheit politischer Theorie und Praxis besteht daher darin, das Bewusstsein solcher potentiellen Subjekte zur Selbstorganisation anzuregen. Auch die Notwendigkeit einer linken Avantgarde ist

also noch immer, wie von Marcuse bereits vor 25 Jahren festgehalten, gegeben. Sie ist sogar unverzichtbar, soll ein Übergang in eine qualitativ andere Gesellschaft erfolgen.

Ich habe mich an anderer Stelle ausführlicher mit der Klassenstrukturierung des postfordistischen Kapitalismus auseinandergesetzt (vgl. Fuchs 2001, S. 111-123). Einige Aspekte möchte ich hier kurz zusammenfassen: Kapital und Lohnarbeit stehen sich in einem Klassenverhältnis gegenüber, da die Arbeitenden unbezahlte Mehrarbeit leisten. Die Verwertung des Wertes, d.h. die Selbstzweckhaftigkeit des Wertes, die dazu führt, dass im Rahmen der Kapitalakkumulation immer mehr Mehrwert produziert und Kapital akkumuliert wird, ist der zentrale Mechanismus der Reproduktion des Kapitalismus. Die zumeist weiblichen Reproduktionsarbeitenden werden im Rahmen von patriarchalen Produktionsweisen (zumeist im Rahmen der Familie) von Kapital und Männern ausgebeutet, da sie unbezahlte oder niedrig bezahlte Arbeit leisten, ohne die der Kapitalismus nicht existieren könnte, da er die Reproduktion seiner Objekte nur dadurch erreichen kann, dass diese im Rahmen von häuslichen Produktionsweisen Hausarbeitende exploizieren.

Die immer kleiner werdende Zahl der KernarbeiterInnen<sup>6</sup> kann ihre Vollzeitverhältnisse im Postfordismus nur dadurch aufrecht erhalten, dass das Kapital dafür sorgt, dass die Arbeitsverhältnisse der peripheren ArbeiterInnen (geringfügige Beschäftigung, Teilzeitarbeit, Leiharbeit, Zeitarbeit, befristete Beschäftigungsverhältnisse, Heimarbeit, Saisonarbeit, Werkvertragsregelungen, neue Selbständigkeit) immer schlechter werden<sup>7</sup>. Die überausbeuteten peripheren ArbeiterInnen stellen eine eigene Klasse da, die durch das Kapital ausgebeutet wird. An diesem Herrschaftsverhältnis beteiligen sich die KernarbeiterInnen häufig dadurch, dass sie der Spaltung der Arbeitenden Vorschub leisten und ihren eigenen Vorteil auf Kosten anderer verfolgen. Von einer Solidarität zwischen Arbeitenden kann daher heute keine Rede sein.

Arbeitende in rassistischen Produktionsverhältnissen werden ebenfalls durch das Kapital überausbeutet. Mit Überausbeutung ist gemeint, dass das Kapital periphere, patriarchale und rassistische Verhältnisse (Kolonien der ursprünglichen Akkumulation) schafft, um unter deregulierten Arbeitsbedingungen und unter Minimierung des variablen Kapitalanteils ein Maximum an Mehrwert auszupressen. KernarbeiterInnen, periphere ArbeiterInnen und Arbeitslose beteiligen sich häufig an der Aufrechterhaltung rassistischer Herrschaftsverhältnisse, da sie hoffen, dadurch ihre eigene relativ bessere Situation aufrechtzuerhalten. Daher stellen rassistisch Ausgebeutete eine eigene Klasse dar, die in einem Ausbeutungsverhältnis zu Kapital und anderen FördererInnen des Rassismus steht.

Ein weiteres Klassenverhältnis besteht zwischen Zentrum und Peripherie, da einerseits über den Weltmarkt Armut in der "Dritten Welt" generiert wird und andererseits der Kapitalexport dazu führt, dass Mehrwert in den peripheren Räumen produziert wird, der ins Zentrum zurückfließt. Der Kapitalismus benötigt Milieus ursprünglicher Akkumulation zur Produktion von

---

6 Zur Unterscheidung von Kernarbeitenden und peripheren Arbeitenden siehe Atkinson (1984, S. 14ff) und Atkinson/Gregory (1986, S. 14).

7 Es zeigt sich heute im Kapitalismus nicht nur eine Massenarbeitslosigkeit, sondern auch eine Prekärisierung der Lebensverhältnisse immer größerer Teile der Weltbevölkerung. Dies betrifft heute nicht nur die "Dritte Welt" (was schlimm genug wäre), sondern es bilden sich auch immer mehr periphere Räume in den Metropolen des kapitalistischen Weltsystems aus. Die neokonservative Deregulierung führt nicht nur zur Ausbildung "neuer Arbeitsverhältnisse", sondern auch zur Verschlechterung der sozialen Situation der sich darin findenden doppelt "freien" Lohnarbeitenden. Es kann gesagt werden, dass periphere Arbeitsverhältnisse heute verstärkt einen prekären Charakter annehmen (Möller 1990). Das Neue dieser Arbeitsverhältnisse ist das ewig Alte: Die relative Schlechterstellung der Lohnarbeitenden zu Gunsten des Kapitals.

Surplusprofit, die überausgebeutet oder ausgeschlossen werden, damit die Kapitalakkumulation funktionieren kann und der Kapitalismus seine Reproduktionsfähigkeit garantieren kann. Als solche Milieus können die patriarchale und die rassistische Produktionsweise, die Peripherie ("Dritte Welt") und die peripheren ArbeiterInnen betrachtet werden.

Diese Klassenverhältnisse sind geprägt durch asymmetrische Machtverteilungen, Ausbeutung und Herrschaftsförmigkeit. Die asymmetrische Machtverteilung als asymmetrische Verfügbarkeit über einflussreiche Mittel zeigt sich auch in ungleichen Verteilungen der Verfügbarkeit von Information. Mächtigere verfügen i.d.R. über mehr Information und Wissen und spielen bei der Konstitution sozialer Information eine dominante Rolle.

Aus dieser Klassenstrukturierung des Postfordismus ergeben sich mehrere potentielle revolutionäre Subjekte, die jeweils auf der schwächeren Seite der dichotomisierenden Linien stehen: Arbeiterklasse, Reproduktionsarbeitende, feministische Bewegungen, periphere ArbeiterInnen, Arbeitslose, die Anti-Rassismus-Bewegung und die Solidaritätsbewegung mit der 3. Welt. Hinzu kommen noch weitere Protestbewegungen wie die Ökologiebewegung, Bürgerinitiativen, Jugendbewegung, Alternativbewegung, Homosexuellen- und Transgenderbewegung und die Friedensbewegung. Die Klassenstrukturierung ist heute immer weniger durch die Stellung im Produktionsprozess geprägt, denn die Anzahl der unmittelbar mehrwertschaffenden Arbeiter nimmt mit der voranschreitenden Automation stetig ab. Daraus ergibt sich aber eben nicht ein Übergang in eine klassenlose Gesellschaft, Ausbeutung und Ohnmacht erreichen im Gegenteil ganz neue Dimensionen.

Die von Antagonismen geprägte politische Globalisierung kann im Sinn von Deleuze und Guattari (1977) aber auch als die Emergenz emanzipatorischer sozialer Netzwerke verstanden werden, deren Teile gegen die prekären Lebensverhältnisse im Zeitalter des Postfordismus und des Neoliberalismus gemeinsam alternative gesellschaftliche Perspektiven entwickeln und in der Praxis gesellschaftlicher Auseinandersetzungen umsetzen. So könnte eine Aufhebungs- bewegung der bestehenden Verhältnisse entstehen. In Fuchs (2001) wurde die Herausbildung und Selbstorganisation emanzipatorischer sozialer Netzwerke, die mit Gilles Deleuze und Félix Guattari als Rhizome angesehen werden können, näher untersucht und in den theoretischen Rahmen der Selbstorganisationstheorie gestellt.

Es kann nicht davon ausgegangen werden, dass soziale Bewegungen automatisch einen emanzipatorischen Charakter haben. Soziale Bewegungen als potentiell emanzipatorische Subjekte können emanzipatorische Bedürfnisse und Fähigkeiten, gesellschaftskritisches Bewusstsein, eine gesellschaftskritische Praxis und Organisationsformen der Selbstorganisation und der Autonomie entwickeln, dies sind jedoch nicht automatisch ihre Eigenschaften. Manche dieser Bewegungen weisen einige dieser Charakteristika auf (eine basisdemokratische Organisationsform, also Autonomie und Selbstorganisation, ist sogar häufig zu finden), jedoch auch dies macht sie noch nicht notwendigerweise zum emanzipatorischen Subjekt. Hier sind also noch immer Marcuses Aussagen zutreffend, dass sich nicht automatisch ein neues revolutionäres Subjekt herausbilde.

In diesem Zusammenhang gewinnt die Frage nach einer intellektuellen Avantgarde einen neuen Stellenwert. Da Rhizome und Meta-Rhizome nicht automatisch über ein emanzipatorisches Bewusstsein verfügen, das über den Kapitalismus hinausweist, scheint intellektuellen Avantgarden – ganz im Gegensatz etwa zu den Praktiken mit Sendungsbewusstsein und Führungsanspruch ausgestatteter marxistisch-leninistischer Parteien – die unverzichtbare Rolle eines Auslösers zuzufallen, der die Bildung von emanzipatorischen Rhizomen und Meta-Rhizomen triggert und potentiell emanzipatorische Subjekte in tatsächlich emanzipatorische Subjekte verwandelt, die ihre Probleme als jene anderer und diejenigen anderer als ihre eigenen

begreifen. Die intellektuelle Avantgarde führt somit eine Veränderung der Gesellschaft nicht an, sondern gibt nur den Anstoß dazu. Auch dies ist ganz im Sinn Marcuses, der wenig von der klassisch leninistischen Avantgarde hielt (zum Begriff der intellektuellen Avantgarde siehe auch Fuchs 2001, S. 160ff).

Vernetzte, emanzipatorische soziale Bewegungen müssen nicht homogene Interessen haben und auf eine Homogenisierung ihrer Politik abzielen, um eine gemeinsame politische Perspektive zu erlangen. Sie müssen auch nicht auf ein Zulassen aller möglichen politischen Richtungen – ein anything goes – innerhalb ihres rhizomatischen Netzwerkes hinarbeiten. Vielmehr können sie einerseits die Unterschiede in ihren politischen Herangehensweisen und Vorstellungen sowie in der Ausprägung in ihren spezifischen lokalen und regionalen politischen Situation betonen und andererseits aber nichtsdestotrotz gleichzeitig eine gemeinsame Perspektive entwickeln, indem sie das Verbindende betonen, herausarbeiten und als ein Leitbild der politischen Praxis verwenden.

Die Kulturwissenschaftler Steven Best und Douglas Kellner (1997) sehen eine solche politische Position als Synthese von moderner und postmoderner Politik. Es sei eine Einheit von Herangehensweisen der “modernen Politik” wie die Betonung von Solidarität, Allianzen, Konsens, universellen Rechten und einer Makropolitik sowie von Herangehensweisen der “postmodernen Politik” wie die Betonung von Differenz, Pluralität, Multiperspektivität, Identität und einer Mikropolitik notwendig. Eine solche Dialektik von Moderne und Postmoderne könne bei der Lösung der großen politischen Probleme fruchtbar sein. Diese Position der Einheit in der Vielfalt wurde auch in Fuchs/Hofkirchner (2000) für den politischen und kulturellen Bereich verdeutlicht.

Die Zukunft unserer Gesellschaft ist also wesentlich abhängig von der Selbstorganisation und der Radikalisierung bestehender Protestbewegungen, die im Moment aber einer immer stärkeren Verbürgerlichung unterliegen. Als zentral erachte ich hierbei das Konzept der Selbstorganisation. Mit dem modernen Komplexitätsansatz und den Selbstorganisationstheorien (vgl. Fuchs 2001) werden heute immer stärker Elemente wie Zufall, deterministisches Chaos, eingeschränkte Vorhersagbarkeit, Unordnung, Ordnung aus dem Chaos, Instabilität, Dynamik, Unsicherheit, Ambiguität, multidimensionale, komplexe und nichtlineare Kausalität, Indeterminismus und Interdisziplinarität an Stelle von Vorhersagbarkeit, Stabilität einer Ordnung, Sicherheit, Kontrolle, Steuerbarkeit, Linearität, Reduktionismus, Determinismus und Fragmentierung betont. Für die Sozialwissenschaften bedeutet dies eine Ende der Gewissheiten, es ist nicht möglich, uneingeschränkt geltende Gesetze zu entdecken, nach denen soziale Systeme funktionieren und die diese vorhersagbar und infolgedessen stabilisierbar und kontrollierbar machen. Vielmehr stellen wir einen Übergang vom Sein zum Werden fest, d.h. dass auch Gesellschaftssysteme sich permanent dynamisch wandeln und dass Situationen eintreten, in denen Instabilitäten auftreten und die gesellschaftliche Entwicklung nicht weiter vorhergesagt werden kann. An der klassischen sozialwissenschaftlichen Darstellung universeller Regeln, die menschliches und soziales Handeln erklären sollen, kann nicht mehr weiter festgehalten werden. Vielmehr folgen bestimmte Aspekte sozialer Systeme Regeln und sind daher auch einigermaßen vorhersagbar. Andererseits gibt es aber auch chaotische Zustände, in denen die weitere Entwicklung eines sozialen Systems nicht vorhersagbar ist. Die Anwendung des Newtonschen Paradigmas und dessen verkürzter, mechanistischer Kausalität auf die Sozialwissenschaften steht noch immer an der Tagesordnung, die menschliche Geschichte gilt vielen immer noch als unvermeidlich fortschrittlich und es wird nach Regeln gesucht, die helfen sollen, die gesellschaftliche Entwicklung exakt vorherzusagen. Auch Immanuel Wallerstein stellt in diesem Zusammenhang fest – und darin gebe ich ihm uneingeschränkt recht –, dass die Sozial-

wissenschaften heute mit einem Ende der Gewissheiten konfrontiert sind, Indeterminismus, Irreversibilität, Zufall und Nichtvorhersagbarkeit seien heute von wesentlicher Bedeutung (vgl. Wallerstein 1995, 1997).

Wie die Gesellschaft von morgen aussehen wird, ist aus all diesen Gründen nicht vorherbestimmt und auch nicht vorhersehbar. Viele Möglichkeiten stehen offen, gerade in einer Zeit der Turbulenzen und Instabilitäten ist die weitere Entwicklung nicht determiniert. Auch eine ideale Gesellschaft kann nicht geplant und die gesellschaftliche Entwicklung mit Sicherheit in diese Richtung gelenkt werden. Es können höchstens einige Grundprinzipien angegeben werden, auf denen eine sozial und ökologisch – eine solche halte ich für wünschenswert, eine solche wurde aber bisher auch noch nicht etabliert – nachhaltige Gesellschaft basieren könnte. Als wesentliches Moment erachte ich dabei die gesellschaftliche Selbstorganisation und Selbstbestimmung, die Fremdorganisation und hierarchischen Organisationsweisen einen basisdemokratische bottom-up-Prozesse entgegenhält.

Ich gehe davon aus, dass wir heute mit der globalen Krise unserer Gesellschaften in einem Bifurkationspunkt der gesellschaftlichen Entwicklung angelangt sind, in dem sich massive Instabilitäten in der Form der Verschärfung der globalen Probleme zeigen und in dem die weitere Entwicklung nicht determiniert, sondern offen ist. Wir sind daher mit der Ambivalenz von großen Risiken und Gefahren einerseits sowie sich ergebenden Chancen für die zukünftige Entwicklung andererseits konfrontiert. Denkbar sind mehrere Entwicklungsszenarien: Das Ende der Menschheit, da die globalen Probleme unter den derzeitigen Entwicklungsbedingungen nicht in den Griff zu bekommen sind; die weitere krisenhafte Reproduktion des Kapitalismus im Rahmen extrem militarisierter und repressiver Regime; der Übergang in offen faschistische Formen des Kapitalismus; oder ein grundlegender Richtungswandel, der ein Umdenken in allen gesellschaftlichen Bereichen und einen sich daraus ergebenden Formwandel voraussetzt, mit Hilfe dessen eine sozial und ökologisch nachhaltige Entwicklung eingeschlagen werden kann.

Ich bin nicht optimistisch, was die weitere Entwicklung betrifft, es ist jedoch nicht der Fall, dass sich die gesellschaftliche Entwicklung unabhängig vom sozialen Handeln des Menschen durchsetzt. Gerade in solchen Phasen der Instabilität kommt dem sozialen Eingriff des Menschen eine große Bedeutung zu. Es ist zwar nicht möglich, die weitere Entwicklung zu bestimmen, aber die gesellschaftliche Evolution kann möglicherweise durch soziale Gestaltungsmechanismen in gewisse Bahnen geleitet werden. D.h., dass es menschliche Intervention grundsätzlich ermöglicht, die Wahrscheinlichkeit zu erhöhen, dass eine gewisse Entwicklungsbahn eingeschlagen wird. Gewissheiten gibt es allerdings auch hierbei nicht. Verläuft diese Intervention des Menschen in Gesellschaft und Natur weiterhin auf zerstörerische und ausbeuterische Art und Weise, so bin ich mir ziemlich sicher, dass sich eines der ersten drei Schreckensszenarien ergeben wird. Werden jedoch die Selbstorganisationspotenzen der Menschheit aktiviert, d.h. wenn durch basisdemokratische Bottom-Up-Interventionen versucht wird, gesellschaftlichen Hierarchien und Ungerechtigkeiten entgegenzuwirken, so bin ich zuversichtlich, dass das vierte Szenario und damit möglicherweise eine Humanisierung der globalen Lebensverhältnisse durch die Etablierung einer auf den Prinzipien der Selbstorganisation und der Selbstbestimmung aller gesellschaftlicher Lebensbereich basierenden Gesellschaft erreicht werden kann. Es geht also um Selbstorganisation an Stelle von Fremdorganisation als gesellschaftliches Gestaltungsprinzip, das eine sozial und ökologisch nachhaltige Entwicklung ermöglichen könnte.

Gewisse Hoffnungen setzte ich in die Neuen Sozialen Bewegungen, da hier Basisdemokratie und Selbstorganisation immer eine gewisse Bedeutung gehabt haben. Allerdings zeigt sich

heute einerseits die Institutionalisierung und damit ein tendenzielles Ende dieser sozialen Protestbewegungen, andererseits fehlt eine umfassende Perspektive, die die Verbundenheit aller Ausgebeuteten und Unterdrückten mit berücksichtigt und Selbstorganisation als mögliches umfassendes gesellschaftliches Gestaltungsprinzip in Ökonomie, Politik und anderen Lebenswelten begreift.

Das Internet ist vorwiegend ein Mittel zur Erzielung von Profit. Trotz allem zeigt sich, dass moderne IKT von sich selbst organisierenden politischen Bewegungen unterstützend effizient eingesetzt werden können. Vor allem eine globale Vernetzung und Vereinfachung sowie Beschleunigung kommunikativer Abläufe kann so erreicht werden. Es gibt einige Beispiele, die zeigen, dass kritische und oppositionelle Tätigkeiten durch die Vernetzung effizienter selbst organisiert werden können. IKT sind Teil jener Strukturen, die Fremdbestimmung aufrechterhalten, bieten aber auch Unterstützung bei vernetzter Selbstorganisation, die gesellschaftskritisch und intervenierend agiert (vgl. Fuchs 2001). Auch hier hat sich jedoch noch kein ausreichendes Potential gebildet, sondern die Möglichkeiten lassen sich nur an Hand von Beispielen verdeutlichen.

Unsere nahe Zukunft wird eine radikal transformierte Gesellschaft (oder keine Gesellschaft mehr, aber auch dies ist eine radikale Transformation) erleben und die Zeit bis dorthin wird eine mit großen sozialen Unruhen und einer Zunahme der alltäglichen Gewalt sein. Ob wir die Gesellschaft verändern wollen, kann daher nicht die Frage sein, denn sie verändert sich ständig und wird gerade in den kommenden Jahrzehnten radikalen Transformationen unterworfen. Die Frage, die sich stellt, ist vielmehr, ob wir die globalen Probleme weiter eskalieren lassen wollen oder die Gesellschaft und damit die Menschheit positiv verändern wollen. Die derzeitige große Gesellschaftskrise kann als Resultat der Antagonismen der kapitalistischen Entwicklung betrachtet werden.

Die Krise setzt sich unabhängig vom Willen der Menschen durch, nicht jedoch die Entwicklung im Bifurkationspunkt. Schon kleine politische Aktionen können große Konsequenzen nach sich ziehen. Daher ist der freie Wille in dieser Situation von großer Bedeutung. Fortschritt ist möglich, aber nicht unvermeidlich. Er ist aber auf alle Fälle abhängig davon, ob es gelingt, soziale Selbstorganisation in der gesellschaftlichen Praxis und den sich darin immer findenden (Überlebens-)Kämpfen konkret umzusetzen.

Diese Aspekte der Selbstorganisation nahm auch bereits Herbert Marcuse vorweg, ohne dass er sich freilich auf die (sich in dieser Zeit noch in ihren Anfängen befindende) Selbstorganisationstheorie bezogen hätte. Dass in revolutionären Situationen kleine Ursachen große Wirkungen nach sich ziehen können, beschrieb Marcuse als Domino-Effekt: Rebellionen, die an bestimmten Orten beginnen, könnten sich auf diese Weise ausbreiten und selbst verstärken (Marcuse 1966b, S. 176). „Wäre die Revolution in einem strategisch wichtigen Land siegreich, könnte sie sich in einer Art Schneeballeffekt auf andere Länder ausweiten und die jeweiligen Satellitenregimes zu Fall bringen“ (Marcuse 1973/74, S. 148).

In der Selbstorganisationstheorie wird auch immer wieder betont, dass im Rahmen solcher sich fortpflanzender Phänomene häufig eine kleine anfängliche Instabilität den Anstoß zur umfassenden Selbstorganisation gibt. Für den revolutionären Prozess sprach Marcuse von anfänglich schwächlich organisierten Gruppen, „die kraft ihres Bewusstseins und ihrer Bedürfnisse als potentielle Katalysatoren der Rebellion innerhalb der Mehrheiten wirken“ (Marcuse 1969, S. 284).

Die Selbstverstärkung sozialer Bewegungen habe ich an anderer Stelle (Fuchs 2001) als Temporäre Autonome Rhizome (TAR) gekennzeichnet. Auch Marcuse spricht von solchen dezentralen, potentiell revolutionären (Selbst-)Organisationsformen. Der Prozess „innerer

Desintegration [kann] durchaus einen weitgehend dezentralisierten, diffusen und ‚spontanen‘ Charakter annehmen, sich an verschiedenen Orten gleichzeitig abspielen oder sich durch ‚Ansteckung‘ ausbreiten. Allerdings können solche örtlichen Dysfunktionen und Störungen nur dann zu Kernen gesellschaftlicher Veränderung werden, wenn sie politisch gelenkt und organisiert sind“ (Marcuse 1969, S. 48).

Auch Marcuse betonte, dass die Entwicklung in Phasen der Krise relativ offen ist. Die Zukunft sei nur „mögliche Befreiung. Sie ist keineswegs die einzige Alternative; das Herausziehen einer langen Periode ‚zivilisierter‘ Barbarei, mit oder ohne atomare Zerstörung, ist gleichermaßen in der Gegenwart enthalten“ (Marcuse 1969, S. 314). Selbstorganisation bedeutet auch, dass eine revolutionäre Bewegung zwar Theorie und emanzipatorisches Bewusstsein braucht, aber keine Führer, die dies organisieren. Notwendig ist die Anregung zum kritischen Denken, nicht mehr. Gerade aber die Spontaneität ist Ausdruck der Selbstorganisation revolutionärer Bewegungen, die in eine andere Gesellschaft führen. Sie widersetzen „sich ebenso der zentralisierten bürokratisch-kommunistischen Organisation wie der halbdemokratisch liberalen. Ein starkes Element der Spontaneität, ja des Anarchismus ist in dieser Rebellion enthalten“ (Marcuse 1969, S. 315). Aufklärung, Erziehung und politische Praxis, sind – wie Marcuse an derselben Stelle nochmals verdeutlicht – notwendig. Aber nicht als Führung der Bewegung, sondern als Trigger ihrer Selbstorganisation. Sich selbstorganisierende, emanzipatorische Bewegungen nehmen in ihrer Organisationsform immer eine in allen Bereichen auf dem Prinzip der Selbstbestimmung basierende Gesellschaft vorweg. Es ist also der Fall, „dass sich die Befriedigung vitaler materieller Bedürfnisse durch die Revolution von Anbeginn im Horizont der Selbstbestimmung vollziehen muss“ (Marcuse 1972, S. 26). Heute solle die mehrwertproduzierende Zeit angeeignet werden und „durch die Selbstbestimmung und Selbstorganisation gesellschaftlich notwendiger Arbeit für die Abschaffung der Knechtschaft genutzt werden“ (Marcuse 1973/74, S. 171). Die große Weigerung und die erwähnten Formen der direkten revolutionären Aktion sah Marcuse als Formen der Selbstorganisation, so könne etwa die Situation kommen, an der die Bedingungen derart herangereift sind, dass „die Übernahme einzelner Fabriken und Betriebe und die Selbstorganisation der Arbeit stattfinden kann“ (ebd., S. 173).

Die materiellen Bedingungen haben heute einen Stand erreicht, der einen unmittelbaren Übergang ins Reich der Freiheit ermöglichen würde. Innerhalb der kapitalistischen Vergesellschaftung hat die Entwicklung der Produktivkräfte zu einer Dauerkrise geführt, deren Ausgang nicht gewiss ist. Die allgemein-selbstorganisierende, antagonistische Evolution des Kapitalismus verläuft krisenhaft, der Widerspruch zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen äußert sich heute massiv. Es bedarf sozialer Selbstorganisation, um die Wahrscheinlichkeit zu erhöhen, dass nachhaltige Entwicklungspfade eingeschlagen werden.

Die Etablierung einer nachhaltigen und sozial selbstorganisierten (2) Gesellschaft bedarf emanzipatorischer, sich selbstorganisierender (2) Subjekte, die ein kritisches Bewusstsein ausbilden und dieses in reale gesellschaftliche Kämpfe einbringen. Es ist nicht gewiss, ob sich dieses Bewusstsein überhaupt bilden kann und wie darauf aufbauende Kämpfe ausgehen. „die in den Widersprüchen verfangenen (materiellen und intellektuellen) Produktivkräfte werden frei zum Übergang in die ‚höhere‘ geschichtliche Form gesellschaftlichen Seins im bewussten Kampf mit den bestehenden Gewalten und den von ihnen bestimmten Interessen und Institutionen. Der Ausgang hängt von den Bedingungen der Möglichkeit dieses Kampfes und des sich in ihm entwickelnden Bewusstseins ab. Dazu gehört, dass seine Träger ihre Sklaverei und deren Gründe begriffen haben, dass sie ihre Befreiung wollen und die Wege dazu gesehen haben“ (Marcuse 1966c). Dies ist die wesentliche Bedeutung von Selbstorganisationsprozessen in der heutigen Gesellschaft.

### 3. Demokratie und Faschismus

Herbert Marcuse war radikaler Kritiker des Kapitalismus und des ihn begleitenden Systems der bürgerlich-repräsentativen Demokratie, die er lediglich als Schein-Demokratie ansah. Die eindimensionale Welt, so Marcuse (1967) sei das Gegenteil von einer freien, da eine solche eine Freiheit von ökonomischer und politischer Kontrolle umfassen müsste. Erst dann wäre die Wiederherstellung eines individuellen Denkens möglich. Freiheit im Sinn der freien Auswahl aus einem breiten Spektrum aus Waren und Dienstleistungen bedeute keine Freiheit, wenn diese Waren die soziale Kontrolle aufrechterhalten.

Die Menschen würden sich in den Waren wiedererkennen, sie würden für ihr Auto, ihren Hi-Fi-Empfänger oder ihr Küchengerät leben (Marcuse 1967, S. 29). Durch die Manipulation des Geistes mit Hilfe der Technik, der Massenmedien und der Waren entsteht, so Marcuse, ein eindimensionales Denken und Verhalten: „So entsteht ein Muster *eindimensionalen Denkens und Verhaltens*, worin Ideen, Bestrebungen und Ziele, die ihrem Inhalt nach das bestehende Universum von Sprache und Handeln transzendieren, entweder abgewehrt oder zu Begriffen dieses Universum herabgesetzt werden“ (Marcuse 1967, S. 32).

Auch die Sprache sei im Spätkapitalismus eindimensional. Attribute wie „Freiheit“, „Gleichheit“ und „Demokratie“ würden z.B. zur Charakterisierung des Kapitalismus herangezogen (freie Wirtschaft, Initiative, Wahlen usw.). Das täusche jedoch über die Tatsachen hinweg, dass die herrschende Art der Freiheit Knechtschaft und die herrschende Art der Gleichheit Ungleichheit bedeute (Marcuse 1967, S.107f). Das Neue sei, dass die öffentliche und private Meinung diese Manipulationen allgemein akzeptiere. Sprache und Kommunikation immunisiere sich zunehmend gegen den Ausdruck von Protest und Weigerung. Die Reklame bediene sich der Technik der Belegung von Waren mit Bedeutungen und Images, um die Güter zu verkaufen. Gefragt sei also nicht kritisches Denken der potentiellen KonsumentInnen, sondern die stupide, reflexartige Reaktion der Objekte der Reklame. Die Werbung bediene sich einer widersprüchlichen, manipulierenden Sprache, sie schafft neue Wortkreationen, die Waren lobpreisen, eben um jene an den Mann bzw. die Frau zu bringen.

Die Herrschaft stelle das Grausame als völlig normal hin. So würden z.B. Werbungen des Civil Defense Headquarters für einen „erstklassigen Bunker gegen atomaren Niederschlag“, ausgestattet mit allem Luxus (Fernsehen, Brettspiele, Klubsesseln, usw.) und „entworfen als kombiniertes Zimmer für die Familie in Friedenszeiten und als Familienbunker gegen Atomniederschläge“, als völlig normal betrachtet werden. Ziel dabei sei es, dass das Grausame als selbstverständlich hingenommen und nicht in Frage gestellt wird (Marcuse 1967, S. 259).

Die heutige Sprache sei eine eindimensionale, eine, die ein Vehikel der Gleichschaltung darstelle und unkritisch sei. Gegenpol dazu sei eine dialektische Sprache, die die Widersprüche benennt. Marx spreche z.B. im Kommunistischen Manifest vom Proletariat, dem die Attribute der totalen Unterdrückung und der totalen Aufhebung der Unterdrückung zukämen (Marcuse 1967, S.119).

Die Menschen würden im Kapitalismus dazu gebracht, die Gesellschaft hinzunehmen. Dies bedeute ein falsches Bewusstsein, das aber in ein wahres umgewandelt werden könne. Die falschen Bedürfnisse, so Marcuse, sind jene, die den Menschen von gesellschaftlichen Mächten auferlegt werden, die an ihrer Unterdrückung interessiert sind. Es handle sich daher auch um repressive Bedürfnisse. „Die meisten der herrschenden Bedürfnisse, sich im Einklang mit der Reklame zu entspannen, zu vergnügen, zu benehmen und zu konsumieren, zu hassen und zu lieben, was andere hassen und lieben, gehören in diese Kategorie falscher Bedürfnisse“ (Mar-

cuse 1967, S. 25). Solange die Menschen manipuliert werden und kein eigenes autonomes Bewusstsein haben, können sie, so Marcuse, kann ihre Antwort auf die Frage, was wahre und falsche Bedürfnisse sind, nicht als ihre eigene verstanden werden.

Die von der Gesellschaft ausgeübte Kontrolle werden im Bewusstsein Menschen reproduziert. Dies bezeichnet Marcuse als „Introjektion“ (Marcuse 1967, S. 30). „Das Ergebnis ist nicht Anpassung, sondern *Mimesis*: eine unmittelbare Identifikation des Individuums mit *seiner* Gesellschaft und dadurch mit der Gesellschaft als einem Ganzen“ (ebd.).

Typisch für die heutige bürgerliche Gesellschaft sei repressive Toleranz (Marcuse 1965c): Toleranz werde vorgegeben, um alternative gesellschaftliche Entwicklungen zu unterdrücken. Einerseits würden natürlich die vorherrschenden Ideen und Haltungen toleriert, andererseits auch offiziell davon abweichende Meinungen, um die „bereits etablierte Maschinerie der Diskriminierung“ (Marcuse 1965c, S. 139) zu schützen. In der Überflusgesellschaft herrsche Diskussion im Überfluss, alle möglichen Standpunkte ließen sich vernehmen. Vorgegeben werde dabei immer, dass das Volk fähig wäre, auf der Basis freier Erkenntnis diese Ideen autonom auszuwählen und im besten Sinn zu bewerten. Eben dies stellt aber Marcuse grundsätzlich in Frage: „Unter der Herrschaft der monopolistischen Medien – selber bloß Instrumente ökonomischer und politischer Macht – wird eine Mentalität erzeugt, für die Recht und Unrecht, Wahr und Falsch vorherbestimmt sind, wo immer sie die Lebensinteressen der Gesellschaft berühren. [...] blockiert wird die effektive Abweichung, die Anerkennung dessen, was nicht dem Establishment angehört; das beginnt in der Sprache, die veröffentlicht und verordnet wird. Der Sinn der Wörter wird streng stabilisiert. Rationale Diskussion, eine Überzeugung vom Gegenteil ist nahezu ausgeschlossen. [...] Andere Wörter können zwar ausgesprochen und gehört, andere Gedanken zwar ausgedrückt werden, aber sie werden nach dem massiven Maßstab der konservativen Mehrheit (außerhalb solcher Enklaven wie der Intelligenz) sofort ‚bewertet‘ (das heißt: automatisch verstanden) im Sinne der öffentlichen Sprache“ (Marcuse 1965c, S. 146). Die Entscheidung zwischen gegensätzlichen Ansichten werde damit schon im vorhinein festgelegt, die Toleranz abweichender Meinungen sei daher nur Schein, die Wirklichkeit bedeute repressive Unterdrückung der Ausbreitung wahren Bewusstseins durch effektive und subtile Herstellung eines eindimensionalen Massenbewusstseins. Die moderne Demokratie sei daher totalitäre Demokratie. Die Menschen hätten gar nicht „das Bedürfnis, irgendetwas zu lesen, zu sehen oder zu hören, das der allgemein akzeptierten Wahrheit oder Falschheit widerspricht“ (Marcuse 1973/74, S. 152). Die bürgerliche Demokratie habe militant-reaktionären Charakter, aber eine wesentliche und äußerst starke Basis in der Bevölkerung (ebd., S. 160).

Der Kapitalismus sei tatsächlich totalitäres System: „Der Totalitarismus ist nämlich nicht nur eine terroristische politische Koordination der Gesellschaft, sondern auch eine nicht-terroristische wirtschaftlich-technische Koordination, die Bedürfnisse nach ökonomischen Interessen manipuliert und so die Entstehung einer wirksamen Opposition gegen das durch diese Interessen organisierte Ganze verhindert“ (Marcuse 1961, S. 57). Trotz der totalitären Aspekte der bürgerlichen Demokratie sei diese qualitativ unterschiedlich vom Faschismus und biete noch bessere Chancen zum Übergang in den Sozialismus. Daher trat Marcuse immer wieder für die bürgerliche Demokratie ein, wenn die Alternative jene zwischen dieser und Faschismus war. In der Zeit des deutschen Faschismus fertigte er etwa Studien über dieses System und die Deutschen für das Office of War Information (OWI) und das Office of Strategic Services (OSS) an. Sein Ziel dabei war die Etablierung der bürgerlichen Demokratie an Stelle des Faschismus, nicht, da er dieses System so geschätzt hätte, aber da er erkannte, dass die Bewahrung bürgerlicher Freiheiten trotz allem Totalitarismus wesentlich bessere politische Bedingungen darstellt als die Situation in faschistischen Systemen.

Wenn wir unter Demokratie die unmittelbare Selbstbestimmung der Menschen, d.h. ein Entscheidungssystem, in dem jeder an den Entscheidungen, die ihn/sie betreffen partizipieren mit gleicher Macht partizipieren kann, so wird deutlich, dass die kapitalistische Gesellschaft tatsächlich nur – wie von Marcuse immer wieder betont – Schein-Demokratie ist. Die totalitären Züge sind in allen gesellschaftlichen Subsystemen vorherrschend, auch in der heutigen postfordistischen Phase des Kapitalismus. Werfen wir einen kurzen Blick auf die Exklusionen und Totalitarismen der bürgerlichen Gesellschaft. Daran wird sich zeigen, dass Marcuses Einschätzungen noch immer gültig sind.

Der Kapitalismus basiert auf Fremdorganisation, Exklusivitäten, Asymmetrien und Totalitarismen in den Bereichen Ökonomie, Politik und Kultur. So unterliegen die ökonomischen Ressourcen Asymmetrien. Privateigentümer und Unternehmer verfügen über eine exklusive Kontrolle der Ressourcen und Produktionsmittel. Ökonomische Ressourcen sind im Kapitalismus exklusive Ressourcen, dies begründet sich durch das Privateigentum an Produktionsmitteln und Großgrund. Mehrwertproduktion und andere Arbeitsverhältnisse, bei denen ein Transfer von Quantität lebendiger Arbeit von Ausgebeuteten zu Ausbeutern stattfindet, ist ein gesellschaftlicher Zwang für jene, die vom Besitz dieser ökonomischen Informationen ausgeschlossen sind. Lohnarbeiter sind doppelt „frei“: „frei“ ihre einzige Ware (Arbeitskraft) auf den Markt zu werfen und frei von den Produktionsmitteln und Waren, die sie einsetzen und herstellen. Lohn- und Reproduktionsarbeit sind notwendig für die Produktion von Mehrwert, dadurch konstituieren sich Ausbeutungs- und Klassenverhältnisse. Die Ausgebeuteten arbeiten in diesen Bereichen mehr als sie bezahlt bekommen, sie leisten unbezahlte Mehrarbeit oder gar Gratisarbeit. Hinsichtlich der Verteilung des Mehrprodukts und der entstehenden Waren muss gesagt werden, das sie jenen gehören, die sie nicht produzieren. Die unmittelbaren Produzenten und die indirekt Ausgebeuteten bekommen nur ein Minimum davon.

Die Reproduktions- und Hausarbeit ist notwendig für die Produktion und Wiederherstellung der Arbeitskraft. Es handelt sich um un- oder niedrig bezahlte Arbeiten, ohne die der Kapitalismus nicht existieren könnte. Sie sind meist weiblich besetzt, wobei Frauen heute sehr häufig Lohn- und Reproduktionsarbeitende sind. Lohnarbeitende beuten die zumeist weiblichen Reproduktionsarbeitenden im Rahmen häuslicher Produktionsweisen, die sich noch immer zumeist im Rahmen der Familie konstituieren, aus, um sich selbst ausbeuten lassen zu können. Auch hier sprechen wir von einem Klassenverhältnis, das durch den Transfer unbezahlter Arbeit von Reproduktionsarbeitenden zu Lohnarbeitenden und schlussendlich zum Kapital konstituiert wird. Auch hier geht es um die asymmetrische Verteilung und Verfügung über ökonomische Information, d.h. Ressourcen. Reproduktionsarbeitende sind meist abhängig von der Ressource Geld, die durch Lohnarbeit verdient werden muss, verfügen jedoch nicht direkt darüber. Sie sind immer mit der Androhung von Gewalt und Ressourcenentzug bedroht, z.B. auch dann, wenn Frauen Mehrfachbelastungen nicht durchstehen können.

Im Rahmen rassistischer Produktionsverhältnisse kommt es zur Überausbeutung. Diese Arbeitsverhältnisse sind i.d.R. sehr schlecht bezahlt und minimal sozial abgesichert (dies gilt auch für periphere Arbeitsverhältnisse). Lohnarbeitende beteiligen sich heute häufig an der Ideologie des Rassismus, um ihre relative Besserstellung gegenüber den rassifizierten Ausgebeuteten abzusichern. Arbeitende in solchen Verhältnissen verfügen meist über noch weniger ökonomische Ressourcen, politische Entscheidungsrechte und Einfluss auf kulturelle Norm- und Wertbildungen. Sie sind mit einer starken Exklusion hinsichtlich ökonomischer, politischer und kultureller Information konfrontiert. Auch hier konstituiert sich ein Klassenverhältnis.

Bei Klassenverhältnissen geht es immer auch um die Kontrolle von Ressourcen, also ökonomischer Information, durch die einen, um andere zu zwingen, diese Ressourcen einzusetzen,

um die Akkumulation neuer Ressourcen (im Fall des Kapitalismus Waren und Kapital) zu ermöglichen. Dies bedeutet immer auch den Einsatz von Gewalt bzw. die dessen Androhung, um Ausbeutung aufrechtzuerhalten. Es zeigt sich also im Kapitalismus die exklusive Kontrolle ökonomischer Information.

In Fuchs (2001) haben wir darauf hingewiesen, dass in der bürgerlichen Gesellschaft auch politische Entscheidungen exklusive soziale Informationen sind (vgl. Fuchs 2001, S. 173ff). In der Repräsentativdemokratie sind Gesetze soziale Informationen. Wahlen bedeuten Konkurrenz und führen zu einer Spaltung in Regierung/Opposition und Parlament/Volk. Dadurch werden Exklusivitäten konstituiert, es kommt zur Delegation der politischen Entscheidungskompetenz an eine oligarchische Gruppe. Das Repräsentativsystem fördert nicht die soziale Selbstorganisation der Menschen, sondern die exklusive Kontrolle politischer und ökonomischer Information.

Wir haben es in der Repräsentativdemokratie mit einer doppelten Asymmetrie und Spaltung in WählerInnen/Gewählte und Regierung/Opposition zu tun. Sie kann daher nicht als sozial selbstorganisiert betrachtet werden, sondern entwickelte sich parallel zur bürgerlichen Gesellschaft und in Übereinstimmung mit dem Prinzip der Exklusivität. Exklusivität und Konkurrenz sind in beiden Systemen (bürgerliche Politik und Ökonomie) Formprinzipien. Wir haben auch argumentiert, dass direktdemokratische Modelle in der bürgerlichen Gesellschaft Exklusivitäten unterliegen (Mehrheit/Minderheit) und dass die Gefahr besteht, dass direktdemokratische Systeme in Form von Plebisziten in faschistische Elemente umschlagen (vgl. Fuchs 2001, S. 178ff).

Die kapitalistische Kultur als die heutige Art und Weise, in der Normen und Werte zustande kommen, wird durch Massenmedien wesentlich beeinflusst. Gerade in der Informationsgesellschaft nehmen diese Medien durch die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien eine noch größere Bedeutung ein. Sie haben einen dialektischen Charakter: Sie können herrschaftsförmig und befreiend eingesetzt werden. Einerseits führt die Massenkultur durch die Unterbindung sozialen Wandels und technische Vermittlung zur Gleichschaltung der Individuen. Freiheit reduziert sich auf Konsumfreiheit, die „freie“ Auswahl aus einem diversifizierten Warenspektrum.

Es kommt zur Manipulation des Denkens und Handelns, eine Eindimensionalität stellt sich ein (Marcuse 1967, Horkheimer 1946, Adorno/Horkheimer 1969), oppositionelle Bestrebungen und Ziele werden in einem gewissen Ausmaß unterbunden. Die kulturellen Kanäle werden exklusiv kontrolliert, die vermittelten Inhalte durch Informationsmonopole beeinflusst und hergestellt. Auch die kulturelle Information unterliegt hierbei Exklusivitäten, denn Monopole haben großen Anteil auf die allgemeine gesellschaftliche Norm- und Wertbildung, während die vereinzelt Individuen Objekte von Ideologien und Propaganda werden, die auf den Formierungsprozess kultureller Information und die Konstitution politischer Information kaum Einfluss nehmen können. Typisch für den heutigen Kapitalismus sind Medienkonzerne. Kultur als Ware erfüllt eine ideologische Funktion im Kapitalismus, sie manipuliert das Bewusstsein und hält Menschen ohnmächtig.

Marcuse (1967) betont in diesem Zusammenhang, dass die Kulturindustrie wildes, obszönes, deftiges, unmoralisches und männliches präsentiert und genau deswegen harmlos sei. Kategorien wie Lohnarbeit und Konsum würden über diese Massenmedien als etwas selbstverständliches präsentiert. Dies sei aber eine totalitäre Selbstverständlichkeit, da auf diese Weise gesellschaftliche Zwänge naturalisiert und entproblematisiert werden. Die Menschen würden die Sprache der Herrschenden internalisieren und ein falsches Bewusstsein und falsche Bedürfnisse ausbilden. Max Horkheimer (1946) betont, dass all dies zur Ausbildung einer instru-

mentellen Vernunft führe: Reaktionen würden genau vorgezeichnet, es bedarf keiner zusätzlichen Anstrengung mehr, Handlungen wirken wie automatisiert, werden nicht mehr hinterfragt.

Marcuse hebt – wie wir bereits gesehen haben – immer wieder hervor, dass die Menschen nicht notwendigerweise ein falsches Bewusstsein aufweisen, sondern dass sich auch kritisches Denken und Handeln entwickeln können. Die Kultur sei heute herrschaftsförmig und manipulierend, daher affirmative Kultur. Menschen würden sich glücklich fühlen, obwohl sie es nicht sind. Manifestationen der Kultur könnten nun aber auch antizipativ wirken, die Phantasie anregen und damit einen Vorgriff auf eine bessere, freie Welt geben. Einerseits würden kulturelle Manifestationen die bestehende Ordnung stabilisieren, andererseits könnten sie aber auch das Bild einer besseren Ordnung vermitteln und zu kritischem Bewusstsein anregen.

„Die affirmative Kultur war die geschichtliche Form, in der die über die materielle Reproduktion des Daseins hinausgehenden Bedürfnisse der Menschen aufbewahrt blieben, und insofern gilt von ihr wie von der Form der gesellschaftlichen Wirklichkeit, der sie zugehört: das Recht ist auch auf ihrer Seite. Sie hat zwar die ‚äußeren Verhältnisse‘ von der Verantwortung um die ‚Bestimmung des Menschen‘ entlastet – so stabilisiert sie deren Ungerechtigkeit –, aber sie hält ihnen auch das Bild einer besseren Ordnung vor, die der gegenwärtigen aufgegeben ist. [...] Es ist das eigentliche Wunder der affirmativen Kultur. Die Menschen können sich glücklich fühlen, auch wenn sie es gar nicht sind. Sofern Kultur nur als affirmative Kultur in das abendländische Denken eingegangen ist, wird die Aufhebung ihres affirmativen Charakters wie eine Aufhebung der Kultur als solcher wirken“ (Marcuse 1937b, S. 88+90).

Gerade in Bezug auf die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien ist diese Sichtweise Marcuses aktuell. Auch was den Einsatz moderner Medien im Rahmen gesellschaftlicher Konflikte betrifft, präsentiert sich die Situation durchwegs ambivalent. Einerseits haben wir es mit einer massenmedial vermittelten Erzeugung und Simulation von Hyperrealität zu tun, die durch die Zusammensetzung entkontextualisierter Symbole und Bilder manipulativ neue Bedeutungen generiert, um öffentliche Meinungen in bestimmter Weise zu lenken. In diesem Zusammenhang ist die in der Kritischen Theorie von Marcuse, Adorno und Horkheimer formulierte Kulturindustriethese richtig, die besagt, dass die Kulturindustrie falsches Bewusstsein, ein eindimensionales Massenbewusstsein (Marcuse 1967) und eine instrumentelle Vernunft (Horkheimer 1946) erzeugt. Die neuen Technologien werden genau in diesem Sinn funktional eingesetzt. Andererseits bietet sich gerade für Protestbewegung die Möglichkeit, die neuen Medien für ihre Selbstorganisation unterstützend einzusetzen (vgl. Fuchs 2001). Die neuen Technologien widerspiegeln gesellschaftliche Herrschaftsverhältnisse, nichtsdestotrotz ist eine produktive Aneignung durch Protestbewegungen möglich. Gerade für Protestbewegungen bietet sich die Möglichkeit realen Protest durch eine virtuelle Protestkultur und eine technisch unterstützte Optimierung der politischen Selbstorganisationsstruktur und -weise zu unterstützen.

Die kapitalistische Kultur ist affirmative Kultur, sie unterliegt einer exklusiven Kontrolle der Norm- und Wertbildung, bei der die Kulturindustrie als manipulierende Instanz Bedürfnisse und Bewusstsein in bestimmten Formen herstellt. Die Formierung kultureller Information ist heute weitgehend exklusiv. Allerdings können gerade moderne Medien oppositionell eingesetzt werden. Dies unterliegt wiederum Beschränkungen und Asymmetrien, da auch dies vorwiegend Orte des Kommerz und der Kapitalakkumulation sind. Nichtsdestotrotz können moderne Medien eingesetzt werden, um kritische und oppositionelle (d.h. den affirmativen und exklusiven Formen entgegengesetzte) Informationen zu produzieren.

Im Rahmen des komplexen Wechselprozesses zwischen Kultur und Politik wird auch Hegemonie – als ein spezifisches Phänomen herrschaftsförmiger Gesellschaften – geformt. Unter Hegemonie verstehen wir mit Bezug auf Antonio Gramsci „the ‘spontaneous’ consent of the masses who must ‘live’ those directives [of the state, Anm. CF], modifying their own habits, their own will, their own convictions to conform with those directives and with the objectives which they propose to achieve“ (Gramsci 1971, S. 266). Bereits Gramsci betonte, dass der Staat immer bestrebt sei, die Zustimmung der Beherrschten zu dieser Herrschaft zu gewinnen (S. 244). Dabei spielen Schule und Recht als staatliche Institutionen eine wesentliche Rolle, aber auch private Institutionen, die wir im Bereich der Kultur ansiedeln, sind unerlässlich: „The school as a positive educative function, and the courts as a repressive and negative educative function, are the most important state activities in this sense: but, in reality, a multitude of other so-called private initiatives and activities tend to the same end - initiatives and activities which form the apparatus of the political and cultural hegemony of the ruling classes. [...] The state does have and request consent, but it also ‘educates’ this consent, by means of the political and syndical associations; these, however are private organisms, left to the private initiative of the ruling class“ (Gramsci 1971, S. 258f). Hegemonie hat also immer politische und kulturelle Aspekte, sie wird in herrschaftsförmigen Gesellschaften hergestellt im Rahmen des komplexen Vermittlungsprozesses zwischen Politik und Kultur.

Wenn Marcuse die manipulativen Herstellung falschen Bewusstseins und falscher Bedürfnisse als totalitären Aspekt des bürgerlichen Systems anspricht, durch den die Menschen ihrer Beherrschung zustimmen, so bezieht er sich genau auf Aspekte der Hegemonie. Hegemonie als Charakteristikum der kapitalistischen Gesellschaft deutet wiederum auf den Ausschluss großer Teile der Bevölkerung von den Prozessen der Bildung von gesellschaftlichen Normen, Werten und Entscheidungen.

Diese Diskussion zeigt uns, dass Marcuses Einschätzung der bürgerlichen Gesellschaft als Schein-Demokratie und totalitäres Systems immer noch zutreffend ist. Wird dies festgestellt, so stellt sich sofort auch die Frage nach den Alternativen. Auch hier hat uns Marcuse wesentliche Hinweise gegeben, die für eine emanzipatorische Fassung des Demokratiebegriffs von grundlegender Bedeutung sind.

Ganz deutlich wird dies in folgendem Zitat: „Wenn Demokratie Selbstregierung freier Menschen und Gerechtigkeit für alle bedeutet, dann würde die Verwirklichung der Demokratie die Abschaffung der bestehenden Pseudo-Demokratie voraussetzen“ (Marcuse 1969, S. 296). Eine andere Gesellschaft solle auf Räten basieren, diese seien „Organisationen der Selbstbestimmung, Selbstherrschaft (oder besser der Vorbereitung auf die Selbstherrschaft) in örtlichen Volksversammlungen“ (Marcuse 1972, S. 50). Eine unmittelbare Demokratie bedeute die wirksame, von unten ausgeübte Kontrolle jeglicher Übertragung von Macht (ebd., S. 51). Eine direkte Demokratie der Mehrheit sei die geeignete Verwaltungsform für den Aufbau des Sozialismus (S. 58).

Freiheit müsse sich in allen gesellschaftlichen Bereichen durchsetzen. Ökonomische Freiheit bedeute die Freiheit von der Ökonomie, ihrer gegenwärtigen Bestimmung des Menschen durch ökonomische Kräfte und Verhältnisse. „Politische Freiheit wäre die Befreiung der Individuen von einer Politik, die sie nicht wirksam kontrollieren können. Ebenso könnte geistige Freiheit die Wiederherstellung des individuellen Denkens nach seiner Absorbierung durch Massenkommunikation und Indoktrination bedeuten“ (Marcuse 1961, S. 58).

Eine Selbstverwaltung der Betriebe, Fabriken und Wohnviertel seien innerhalb des Bestehenden zunächst unpolitische Ansätze, die jedoch auch Möglichkeiten zur Verbreitung non-konformistischer Informationen und der Entwicklung von Kernstrukturen einer lokalen Orga-

nisation bieten. Durch weitergehende Entwicklung könnte sich ein politischer Charakter entwickeln (Marcuse 1973/74, S. 168).

Während Marcuse an manchen Stellen die Meinung zu vertreten scheint, eine staatliche „Diktatur des Proletariats“ sei in einer Übergangsphase zu einer freien Gesellschaft notwendig (vgl. z.B. 1965c, S. 149f; 1939, S. 146, 1947, These 16), vertritt er an anderen die anarchistische These, ein unmittelbarer Übergang ins Reich der Freiheit sei (vor allem auch wegen der erreichten materiellen Bedingungen) möglich. Die Strategie der Neuen Linken sei ein „Begriff von Sozialismus, der den Bruch – *und zwar von Anbeginn* – mit dem Kontinuum der Abhängigkeit beinhaltet“ (Marcuse 1972, S. 14, Hervorhebungen hinzugefügt).

Im Staatssozialismus seien der vorhandene Produktionsapparat und die gesellschaftlichen Bedürfnisse nicht fundamental verändert worden. Er halte die Grundlagen der Klassengesellschaft aufrecht. „Die Abschaffung der Klassen, der Übergang in eine freie Gesellschaft setzt die Veränderung, auf die der Staatssozialismus hinzielt, voraus“ (Marcuse 1947, S. 137).

Während These 16 und 19 in Marcuses „33 Thesen“ (1947) für eine „Diktatur über das Proletariat“, sprechen, stehen die Thesen 18, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 29 im Widerspruch dazu und stützen die anarchistische These. Die Zwei-Phasen-Theorie, die Unterscheidung von Sozialismus und Kommunismus, bestärke die gefährliche Auffassung, das der Sozialismus ein gesteigerter Kapitalismus ist. Ein Nachmachen und Überbieten des Kapitalismus könne nur unter Verzicht auf die Abschaffung von Herrschaft vor sich gehen. Dadurch werde der Sprung in den Sozialismus aber quasi sinnlos. Die „erste Phase“ züchte einen Geist der Unterordnung und Anpassung, die den Übergang zur zweiten Phase unwahrscheinlich werden lässt.

Marcuses zeitweise vertretener Anarchismus zeigt sich etwa in folgenden Zitaten ganz deutlich: „Die Konstruktion des Sozialismus hat weniger sein ‚Hervorgehen‘ aus dem Kapitalismus als seine Differenz um Kapitalismus in den Mittelpunkt der Diskussion zu stellen. Die sozialistische Gesellschaft ist als die bestimmte Negation der kapitalistischen Welt darzustellen. Weder die Verstaatlichung der Produktionsmittel, noch ihre bessere Entwicklung, noch der höhere Lebensstandard sind diese Negation. Wohl aber die Abschaffung der Herrschaft, der Ausbeutung und der Arbeit. Die Vergesellschaftung der Produktionsmittel, ihre Verwaltung durch die ‚unmittelbaren Produzenten‘ bleibt die Vorbedingung des Sozialismus. Sie ist sein erstes Kennzeichen: Wo es fehlt, da ist keine sozialistische Gesellschaft. [...] Die bürokratisch-staatliche Verwaltung der Produktionsmittel schafft die Lohnarbeit nicht ab. Das ist erst der Fall, wenn die Produzenten selbst unmittelbar die Produktion verwalten, d.h. selbst bestimmen, was, wie viel, und wie lange produziert wird. [...] gerade diese Anarchie und Desintegration ist wahrscheinlich der einzige Weg, die kapitalistische Reproduktion im Sozialismus zu brechen, das Interregnum oder sogar das Vakuum zu schaffen, in dem die Veränderung der Bedürfnisse, die Entstehung der Freiheit sich vollziehen kann. Die Anarchie würde die Abschaffung der Herrschaft ankünden, und die Desintegration würde die Macht des Produktionsapparats über die Menschen beseitigen. Oder wenigstens die größte Chance einer totalen Negation der Klassengesellschaft bedeuten“ (Marcuse 1947, Thesen 24, 25, 26). Staats- und Produktionsapparat könnten nicht einfach übernommen werden, da sie ihrer ganzen Struktur nach Unterdrückungsapparate seien (These 29).

Marcuses Vorstellung des Sozialismus als Demokratisierung aller Lebensbereiche, die sowohl Kapitalismus als auch Staatssozialismus negiert, nahm spätere Diskussionen über eine integrative Demokratie vorweg. Ich möchte diese Diskussion hier nur kurz an Hand der Demokratiebegriffe von Murray Bookchin und Cornelius Castoriadis anreißen. Murray Bookchin beschreibt die demokratische Selbstverwaltung einer qualitativ neuen Gesellschaft als Kommunalismus (Bookchin 1990, 1992, 1994): „Democracy generically defined, then, is the direct

management of society in face-to-face assemblies — in which *policy* is formulated by the resident citizenry and *administration* is executed by mandated and delegated councils. [...] I wish to propose that the democratic and potentially practicable dimension of the libertarian goal be expressed as *Communalism* [...] A Communalist democracy would oblige us to develop a public sphere — and in the Athenian meaning of the term, a *politics* — that grows in tension and ultimately in a decisive conflict with the state. Confederal, antihierarchical and collectivist, based on the municipal management of the means of life rather than their control by vested interests (such as workers' control, private control and, more dangerously, state control), it may justly be regarded as the processual actualization of the libertarian ideal as a *daily praxis*" (Bookchin 1994).

Cornelius Castoriadis (1955, 1980, 1990, 1993) hat den Begriff der autonomen Gesellschaft für eine Gesellschaft ohne Herrschaft, Ausbeutung und Hierarchie geprägt. Obwohl er den Begriff Sozialismus in frühen Arbeiten für die Beschreibung von "the masses conscious and perpetual self-managerial activity" (Castoriadis 1955) verwendete, vertrat er später die Ansicht, er wolle die Begriffe Sozialismus und Kommunismus nicht länger verwenden (Castoriadis 1980). Eine autonome Gesellschaft beinhaltet autonome Individuen – und umgekehrt (Castoriadis 1980). Für Castoriadis geht es um wirkliche soziale Freiheit und ein Maximum individueller Handlungsmöglichkeiten, die durch die Institutionen der Gesellschaft garantiert werden. „Eine freie Gesellschaft wäre also dadurch definiert, dass die Macht wirklich vom Gemeinwesen ausgeübt wird, und zwar von einem Gemeinwesen, an dem tatsächlich alle in gleicher Weise teilnehmen“ (Castoriadis 1990, S. 335). Gleichheit bedeutet für Castoriadis die gleiche Verteilung von Macht, also gleiche und egalitäre Möglichkeiten zur Partizipation in der Gesellschaft, die wir in der heutigen kapitalistischen Gesellschaft nicht vorfinden. Castoriadis' Ziel war die Aufhebung der Heteronomie, das Ende der Beherrschung der Gesellschaft durch bestimmte Institutionen und Gruppen und die Emergenz, einer neuen, sich selbst-instituierenden Gesellschaft (1990, S. 355). Ergebnis sei dann die kollektive Selbstverwaltung aller Bereiche der Gesellschaft. Für Castoriadis bedeutet Selbstverwaltung und Selbstorganisation die Selbst-Instituierung der Gesellschaft. Er spricht von der Selbstorganisation der tradierten Bedingungen der Gesellschaft, der „Maschinen, Werkzeuge und Arbeitsinstrumente, der auch die Produkte der Arbeit, die Arbeitsbedingungen wie auch die Lebensbedingungen, d.h. die Wohnverhältnisse, und die Beziehung zwischen beiden und selbstverständlich ihre gegenwärtigen und zukünftigen Subjekte, die Menschen, deren gesellschaftliche Ausbildung und Erziehung im tiefsten Sinne des Wortes – ihre *paideia*“ zugehören (Castoriadis 1990, S. 340f). Castoriadis (1993) hebt hervor, dass eine selbstverwaltete Gesellschaft eine ist, in der alle Entscheidungen durch die soziale Totalität derer, die von den Entscheidungen betroffen sind, getroffen werden. Dies sei ein kooperativer Prozess. Castoriadis verdeutlichte also wie Marcuse nachhaltig, dass Demokratie die Selbstorganisation und –verwaltung aller Lebensbereiche bedeutet.

Gerade angesichts des totalitären Charakters des Kapitalismus und seiner Schein-Demokratie sind solche Alternativen und die Diskussion darüber heute von großer Wichtigkeit. Marcuses Anmerkungen dazu sollten nicht außer Acht gelassen werden. Ebenso wie sein Technik- und Kulturbegriff, ist auch Marcuses Demokratiebegriff dialektisch (Negt 1999). Es geht nicht um die Aufhebung der Demokratie, Demokratie wird nicht als Vulgärbegriff synonym mit Repräsentation gesetzt, sondern unmittelbare Selbstverwaltung aller Lebensbereiche wie auch das Repräsentativsystem gelten Marcuse als zwei Formen der Demokratie – revolutionäre und bürgerliche Demokratie. Ziel ist die Aufhebung der bürgerlichen Demokratie und die Schaffung einer wahrhaften Demokratie.

Wie bereits erwähnt, machte Marcuse eine deutliche Unterscheidung zwischen bürgerlicher Demokratie und Faschismus. Wenn sich die Alternative zwischen den beiden Systemen stelle, so sei eindeutig für die bürgerliche Demokratie einzutreten. Im amerikanischen Exil analysierte Marcuse den deutschen Faschismus. Viele Aspekte davon haben heute noch Bedeutung.

In Marcuse (1941b, 1942) wird die neue deutsche Mentalität im Nationalsozialismus charakterisiert. Sie zeichne sich durch uneingeschränkte Politisierung, uneingeschränkte Desillusionierung (alles, was nicht durch Fakten belegbar ist, wird als Täuschung begriffen), zynische Sachlichkeit (die Bevölkerung bestehe aus brutalen Pragmatikern, die alles, auch den Faschismus, nur unter dem Gesichtspunkt des eigenen direkten materiellen Vorteils betrachten), Neuheidentum (Antisemitismus, Terrorismus, Sozialdarwinismus, Antiintellektualismus, Naturalismus als gegen die christliche Morallehre gerichtete Ausdrücke; Natur gelte als Quelle aller Impulse, Triebe und Wünsche), Verschiebung tradierter Tabus (sexuelle, familiäre, moralische; Aufhebung sexueller Tabus) und Bindung zwischen Massen und Regime, indem die Deutschen die Vernichtung des Hitlerreichs mit der Vernichtung an sich gleichsetzen. Diese neue Mentalität werde nicht automatisch mit dem Nationalsozialismus verschwinden.

Der NS postuliere die Zerstörung der Familie, der bürgerlichen Ehe und einen Angriff auf patriarchale Normen. Er appelliere an eine unterstellte Natur der Menschen, gegen die Mechanisierung beschwöre er die Seele, gegen patriarchale Autorität völkischen Zusammenhalt, gegen Intellekt den Körper und gegen das bürgerliche Heim frische Luft und Natur. Der NS verneine den Unterschied zwischen Staat und Gesellschaft, Gesellschaft und Individuum, Arbeit und Freizeit. Alles werde zum Teil einer „Volksgemeinschaft“, in Bezug auf die alles zu funktionieren habe.

Die Sprache des Nationalsozialismus vereinfache komplexe Satzstrukturen, umfasse die Transformation persönlicher Verhältnisse in unpersönliche Dinge und Ereignisse und die Zentrierung um irrationale Vorstellungen wie Volk, Rasse, Blut, Boden und Reich. Volk und Rasse werden zu Tatsachen erklärt, die durch Herkunft und Ort bestimmte Geburt ebenso. Statt von Gesellschaft wird vom Volk gesprochen, an Stelle von Klassen von Rassen, an Stelle von Eigentumsrechten von Blut und Boden. Die Mehrheit der Deutschen habe diese Sprache akzeptiert und sich mit dem Regime identifiziert.

Die typischen Charakteristika des eindimensionalen Menschen fand Marcuse schon im deutschen Faschismus als gegeben. Die Menschen würde zwar mit großer Initiative, Spontaneität und Persönlichkeit arbeiten, ihr Denken, Empfinden und Handeln werde aber von der technischen Rationalität des Nationalsozialismus bestimmt. Sprache und Denken des Nationalsozialismus hätten längst im Charakter der Menschen Wurzeln geschlagen. Der autoritäre Charakter der Menschen im Nazisystem als Massenbasis des Faschismus sei mit der Transformation der Industriegesellschaft in die autoritäre Gesellschaft verbunden. Marcuse (1941b) argumentiert, dass der NS die Menschen ihrer Individualität beraubt habe und nichts als ihr bestialisches Eigeninteresse übrig lasse. Daher seien sie für die Vereinheitlichung von oben so anfällig.

Marcuse selbst wies in den 70ern immer wieder darauf hin, dass die Gefahr des Faschismus nicht gebannt sei, er befürchtete für die USA den Übergang in ein neofaschistisches Gesellschaftssystem. Der autoritäre Charakter und der eindimensionale Mensch als Massenbasis des Faschismus sind wohl nicht nur charakteristisch für diesen, sondern auch für den Spätkapitalismus in seiner Gesamtheit. Daran zeigt sich aber auch, dass die Gefahr des Faschismus heute nicht gebannt ist. Das Ende des Nationalsozialismus hat nicht automatisch das Ende der damit korrespondierenden Mentalität mit sich gebracht. Ganz im Gegenteil, diese existiert gerade auch im ehemaligen Kernbereich des deutschen Faschismus in spezifischen postfaschistischen

Formen weiter. Eindimensionaler Mensch und autoritärer Charakter sind zu funktionalen Elementen des Kapitalismus geworden, durch die sich dieser ins Bewusstsein der Menschen fortsetzt und ihnen falsche Bedürfnisse und falsches Bewusstsein introjiziert. Gerade dieses Weiterbestehen bzw. diese Neuschaffung macht aber die Situation so gefährlich, ein Übergang in faschistische Systeme ist heute keineswegs ausgeschlossen.

Die gesellschaftliche Umstrukturierung vom Fordismus zum Postfordismus und die damit einhergehende neoliberale Politik führen zum weiteren Anstieg der globalen Probleme und einer immer stärkeren Prekarisierung der Lebensverhältnisse großer Teile der Weltbevölkerung. Es verwundert nicht, dass die immer noch bestehende eindimensionale und autoritäre Massenbasis des Faschismus in dieser Zeit immer häufiger auf fruchtbaren politischen Boden trifft. Resultat ist ein neuer Boom rechtsextremer und neofaschistischer Parteien. In unseren Breiten mischt sich dabei der autoritäre und postnationalsozialistische Charakter mit gesellschaftlicher Restrukturierung.

Werden Sprache und Denken der neofaschistischen Demagogen und ihrer autoritären Massenbasis näher analysiert, so zeigen sich noch immer viele jener von Marcuse erwähnten Charakteristika. So etwa die zynische Sachlichkeit, auch heute betrachten weite Teile der Bevölkerungen alles unter ihrem unmittelbaren materiellen Vorteil. Und diesen erhoffen sie sich etwa aus der Unterstützung rassistischer Ideologien, denn im eindimensionalen Denken bedeutet die Verschlechterung der materiellen Situation anderer automatisch die Hoffnung auf die Verbesserung der eigenen kärglichen Existenzweise. Die zynische Sachlichkeit ist Charakteristikum des autoritären Charakters als Massenbasis des Neofaschismus und bewusst eingesetzte Propagandastrategie der Demagogen. Die uneingeschränkte Desillusionierung äußert sich in der absoluten Verobjektivierung der autoritären Ideologien: Bestimmte vom Rassismus und Neofaschismus in Stellung gebrachte Argumente werden als absolut rational und unhinterfragbare Tatsachen gesetzt, obwohl sie tatsächlich irrational sind und auf die gegenwärtig vorwiegend aggressiven Triebstrukturen, Emotionalität und unterschwellige Ängste abzielen. Wie schon zur Zeit des deutschen Faschismus findet eine Rationalisierung des Irrationalen statt, die sich rationalen Gegenargumenten, auch wenn diese etwa mit faktischem Zahlenmaterial operieren, vollständig verschließt. Natur wird im Neofaschismus immer häufiger durch Kultur ersetzt, eine Bindung zwischen neofaschistischen Ideologen und ihrer Massenbasis findet statt; jedes Argument gegen den Neofaschismus und seine politischen Vollzieher wird von der Massenbasis als gegen ihre eigene Existenz gerichtet wahrgenommen. Demagogen operieren noch immer mit dem Appell an das Volk, das tatsächlich nichts als künstliche Konstruktion darstellt. Die Massenbasis erkennt sich selbst in der Ideologie und ihren Demagogen, sie setzt sich selbst mit ihnen identisch und wird als identisch mit den politischen Demagogen und Parteien des Neofaschismus (durch letztere) gesetzt.

Die eindimensionale Sprache des Nationalsozialismus wurde im Nachkriegskapitalismus durch den Aufstieg der Massenmedien verallgemeinert. Boulevard und Journalle bedienen sich der Personalisierung des Dinglichen und der Verdinglichung des Sozialen, sie vereinfachen komplexe Tatbestände und kultivieren eine undialektische, primitive Sprache, die die zynische Sachlichkeit der Massen unmittelbar anspricht. Eben jene vorherrschende Sprache der Massenmedien ist auch Sprache des Neofaschismus und seiner autoritären Massenbasis.

Marcuses Warnungen vor einem neuen Faschismus und seine Charakterisierung der faschistischen Mentalität sind heute noch immer von aktueller Bedeutung. Die Gefahr des Faschismus ist nicht gebannt, noch immer können Situationen eintreten, in denen sich die Alternative zwischen Verteidigung (der immer autoritärer werdenden) bürgerlichen Demokratie und Faschismus stellt. Noch immer ist die Position Marcuses dazu die einzig sinnvolle.

## 4. Kultur

Ich habe bereits erwähnt, dass Marcuse (1937b) die Kultur des Kapitalismus als affirmative Kultur bezeichnet. Die Kultur sei heute herrschaftsförmig und manipulierend, daher affirmative Kultur. Dazu trage vor allem auch die kulturindustrielle Vermassung bei. Menschen würden sich glücklich fühlen, obwohl sie es nicht sind. Manifestationen der Kultur könnten nun aber auch antizipativ wirken, die Phantasie anregen und damit einen Vorgriff auf eine bessere, freie Welt geben. Einerseits würden kulturelle Manifestationen die bestehende Ordnung stabilisieren, andererseits könnten sie aber auch das Bild einer besseren Ordnung vermitteln und zu kritischem Bewusstsein anregen. Phantasie bedeute „Freiheit in einer Welt von Unfreiheit. Im Hinausgehen über das Vorhandene kann sie die Zukunft vorwegnehmen“ (Marcuse 1937a, S. 122). Es geht nie um die „Aufhebung der Kultur“, sondern um die Aufhebung ihres affirmativen Charakters. Kultur ist grundsätzliches Element jeder Gesellschaftsformation, unerlässlicher Bestandteil, sowohl als Totalität der Lebensformen und –weisen, als auch als symbolische Manifestationen dessen.

Die "höhere Kultur", so Marcuse, enthalte oppositionelle Elemente. Sie sei "die große Weigerung - der Protest gegen das, was ist" (Marcuse 1967, S. 83). Die gegenwärtige Gesellschaft versuche diese Elemente zu beseitigen. Die Massenkommunikationsmittel würden die Transformation der Kultur zur Ware beschleunigen. Was zähle, sei die Verkaufstüchtigkeit und der Tauschwert. Die Popularisierung der hohen Kultur setze deren Möglichkeit zur Opposition durch die Unterwerfung unter die Gesetze des Marktes außer Kraft.

Marcuse hat prinzipiell nichts gegen die massenhafte Verbreitung von Kultur über Kanäle wie Fernsehen, Kino oder Radio einzuwenden, er betont jedoch, dass diese "Kulturmaschine" eine ideologische Funktion im Kapitalismus erfülle: "Es ist gut, dass heute fast jeder die schönen Künste in den Fingerspitzen haben kann, indem er einfach an einem Knopf seines Radios dreht oder ins nächste Kaufhaus geht. Bei dieser Verbreitung werden sie jedoch zu Zahnrädern einer Kulturmaschine, die ihren Inhalt ummodellt" (Marcuse 1967, S. 85).

Unter Kultur versteht Marcuse „das jeweilige Ganze des gesellschaftlichen Lebens, sofern darin sowohl die Gebiete der ideellen Reproduktion (Kultur im engeren Sinne, die ‚geistige Welt‘) als auch der materiellen Reproduktion (der ‚Zivilisation‘) eine historisch abhebbare und begreifbare Einheit bilden (Marcuse 1937b, S. 62). Marcuse (1965a) betont, dass dabei den spezifischen Glaubensanschauungen, Errungenschaften, Traditionen usw. Bedeutung zukommt. Kultur erscheine so „als der Komplex moralischer, intellektueller und ästhetischer Ziele (Werte), die eine Gesellschaft als den Zweck der Organisation, Teilung und Leitung ihrer Arbeit betrachtet“ (ebd., S. 115).

Marcuse unterscheidet nun zwischen Zivilisation und Kultur im engeren Sinn. Erste bedeute das Reich der Notwendigkeit, des gesellschaftlich notwendigen Arbeitens und Verhaltens, worin der Mensch nicht wirklich sich selbst sein kann. Kultur beziehe sich immer auf eine höhere Dimension der menschlichen Erfüllung und Autonomie, sie wolle den Kampf ums Dasein befrieden. Zivilisation zeichne sich durch materielle Arbeit, Arbeitstag, Arbeit, Reich der Notwendigkeit, Natur und operationelles Denken aus; Kultur im Antagonismus dazu durch geistige Arbeit, Feiertag, Muße, Reich der Freiheit, Geist und nichtoperationelles Denken.

In der fortgeschrittenen Industriegesellschaft werde die Kultur der Arbeit einverleibt. „Mit dieser Integration der Kultur in die Gesellschaft tendiert die Gesellschaft dazu, selbst dort totalitär zu werden, wo sie demokratische Formen und Institutionen bewahrt“ (Marcuse 1965a, S. 117). Die Kultur habe traditionellerweise transzendente Ziele gehabt, die das Reich der Freiheit

antizipieren. Die technologische Zivilisation tendiere dazu, diese Ziele der Kultur zu beseitigen. Es komme zur Assimilation von Arbeit und Entspannung, Versagen und Vergnügen, Kunst und Haushalt, Psychologie und Betriebsführung. Die Kultur werde affirmativ. Ein lebenswichtiger Raum für die Entwicklung von Autonomie und Opposition werde abgeriegelt.

Für Marcuses Auseinandersetzung mit Kultur sind besonders auch die späten Schriften „Konterrevolution und Revolte“ (1972) und „Die Permanenz der Kunst“ (1977) von Bedeutung. Kunst zeichne sich durch ihre ästhetische Form aus, damit sind die Gesamtheit der Qualitäten (wie Bedeutung, Rhythmus und Kontrast) gemeint, die ein Werk zu einem in sich geschlossenen Ganzen machen. Diese ästhetische Form führe zur Trennung der Kunst von der Wirklichkeit und zu einer Distanz zwischen beiden. Das ästhetische Universum widerspreche der Wirklichkeit. Kunst sei prinzipiell Teil der geistigen Kultur, daher der Zivilisation entgegengesetzt. Kunst erschließe eine „andere Dimension der bestehenden Wirklichkeit: die der möglichen Befreiung“ (Marcuse 1972, S. 88f). Marcuse meint, „dass die radikalen Qualitäten der Kunst, besonders der Literatur, nämlich die Anklage gegen das Bestehende und der ‚schöne Schein‘ der Befreiung, dort begründet sind, wo die Kunst ihre gesellschaftliche Bedingtheit übersteigt, sich von der gegebenen Realität löst“ (Marcuse 1977, S. 201). Kunst sei in ihrer ästhetischen Form autonom gegenüber der materiellen Arbeit, sie ist vom materiellen Produktionsprozess getrennt und abgehoben. Natürlich habe die Kunst Warencharakter, aber dies ändere nichts an ihrer Substanz, der Wahrheit. Schönheit in der Kunst negiere die Warenwelt. Es falle ihm schwer, so Marcuse, einen spezifischen Klassencharakter der Kunst aus ihrer Warenform abzuleiten. Kultur in der bürgerlichen Gesellschaft sei natürlich elitär, nur einer bevorzugten Minderheit zugänglich, dies bedeute zwar einen Klassencharakter, sei aber auch konstitutiv für die notwendige Distanz der Kunst von der Realität in der bürgerlichen Gesellschaft. In einer freien Gesellschaft sei Kunst wohl nicht mehr elitär, aber sicherlich weiter distanziert vom wirklichen Leben.

Marcuse lehnt eine Unterscheidung zwischen „bürgerlicher“ und „proletarischer“ Kultur und Kunst ab. Die kritischen, negierenden, transzendierenden Qualitäten der Kunst seien in ihrer ästhetischen Form verkörpert, nicht in ihren Inhalten. Wo das Proletariat nicht revolutionär sei, könne es auch keine revolutionär-proletarische Kunst geben. Sei das Proletariat nicht mehr Negation der bestehenden Gesellschaft, sondern in sie integriert, so stelle dies ein Problem für diverse Theorien einer marxistischen Kunst dar, die von der proletarischen Kunst sprechen und nach proletarischen Inhalten der Kunst als deren revolutionäre Dimension suchen. Kunst sei immer von der revolutionären Praxis distanziert, sie könne nicht die Revolution darstellen. Kunst und Revolution seien einzig durch ihr Eintreten für Befreiung vereint. Kunst könne nicht Teil der revolutionären Praxis werden, dadurch müsste sie konkret und auf das reale Leben bezogen agieren. Damit würde aber die ästhetische Form zerstört, dies wäre das Ende der Kunst. Literatur etwa, werde nicht dadurch revolutionär, dass „sie für die Arbeiterklasse oder für ‚die Revolution‘ geschrieben wird. Wenn man überhaupt sinnvoll von revolutionärer Kunst sprechen kann, dann nur im Hinblick auf das Kunstwerk selbst, als Form gewordener Inhalt“ (Marcuse 1977, S. 197). Wenn Kunst die Erfahrung erschüttere, die Erfahrung einer anderen Wirklichkeit vermittele, so sei eine subversive Qualität der Kunst gegeben.

Rock-Musik, Guerilla-Theater oder Dichtungen der Free Press seien durch ihre Lebendigkeit nicht Anti-Kunst, sondern eindimensionaler Teil der etablierten Ordnung, da hier die Distanz der Kunst vom wirklichen Leben zerstört werde (Marcuse 1972, S. 101). In der Rockmusik werde Musik zur kollektiven Veranstaltung, sie vermasse. „Und die immer gleichen Gebärden, das Drehen und Schütteln der Körper, die einander selten (wenn überhaupt) einmal wirklich berühren – das alles erscheint wie ein Auf-der-Stelle-Treten, das Zusammenkommen

einer Masse, die sich bald wieder zerstreut. Diese Musik ist im wörtlichen Sinn Imitation, Mimesis wirklicher Aggression“ (Marcuse 1972, S. 112f).

Andererseits zeigt sich Marcuse aber auch beeindruckt vom Folk-Rock Bob Dylans. Dabei sei allerdings entscheidend, dass die politische Dimension der ästhetischen Dimension verpflichtet bleibe (1972, S. 114f). Kunst und Revolution verbinde sich in der ästhetischen Dimension. Kunst antworte auf den totalen Charakter der Repression und Entfremdung mit Entfremdung (als Beispiele nennt Marcuse die Musik von John Cage, Karl Heinz Stockhausen und Pierre Boulez).

In den Cultural Studies und den sich daran anschließenden Diskursen und Diskussionen wurde viel über die Möglichkeit der Subversion in der und durch die Musik gesagt. Ich gehe nicht grundsätzlich davon aus, dass Musik dadurch, dass sie populär wird, automatisch eindimensional, vermessend und verdummend wirkt. Vielmehr ist der Grad der Eindimensionalität relativ autonom vom Verbreitungsgrad der Musik. Würde diese Annahme doch gelten, so bedeutete dies, dass die in den 80ern in diversen Subkulturen entstandene Musik, die oft auch als Independent Music bezeichnet wird, automatisch subversiven Charakter gehabt hätte. Durch die starke Kommerzialisierung dieses Genres in den 90ern, so müsste man annehmen, hätte sich dann das vollständige Ende einer Subversivität der „alternativen Rockmusik“ gezeigt. Solchen Annahmen möchte ich wegen ihrer Undifferenziertheit nicht Folge leisten.

Diverse Vulgärgargumentationen besagen, dass Rock- und Popmusik (beides ist nicht zu trennen, war es wohl auch niemals) auf Grund ihrer Warenform niemals befreiend wirken können. Natürlich ist jede Form der Musik heute Ware, aber wie Marcuse bin ich der Meinung, dass aus dem Warencharakter nicht automatisch auf einen affirmativen oder befreienden Charakter geschlossen werden kann. Wesentlich ist die Substanz, das tieferliegende Element von kulturellen und künstlerischen Manifestationen, die direkt auf die menschliche Erfahrung abzielen. Pop und Rock sind auf Grund ihrer Massentauglichkeit weder automatisch affirmativ, noch automatisch befreiend. Sie sind nicht weniger elitär als andere Formen der Kunst, denn immer beschränken sich ihre Rezipienten automatisch auf bestimmte Gruppen, Kulturen und Lebensstile. Pop ist nicht demokratisch, denn Kultur als Ganzes ist nur Teil einer unfreien, undemokratischen Welt. Nichtsdestotrotz kann Kultur als Einbildungskraft über die bestehende unfreie Totalität hinausgehen.

Ich finde Marcuses Position, dass die Form der Rockmusik prinzipiell Schönheit ausschließe, damit der befreienden Wirkung der Einbildungskraft entgegengesetzt sei und dass sie die durch den Kapitalismus geförderten Aggressionstribe verstärke, aus meiner heutigen, eigenen ästhetischen Erlebniswelt heraus, eher amüsant. Persönlich denke ich, dass weder Form, noch Inhalt kultureller Manifestationen automatisch affirmativen oder befreienden Charakter haben. Ich würde die befreiende Dimension auch nicht ausschließlich an der ästhetischen Form festmachen.

In diversen jugendkulturellen und linken Subkulturen wird heute nach einem spezifischen revolutionären Inhalt von Kultur, dabei wieder insbesondere der Musik gesucht. Nun macht aber die Thematisierung von Aspekten linker Sichtweisen der Gesellschaft in musikalischen Inhalten, diese musikalischen Manifestationen noch nicht automatisch zu Formen befreiender Kultur. Umgekehrt bedeutet das Fehlen derartiger Inhalte nicht automatisch die bestehende Gesellschaft affirmierende kulturelle Manifestationen. Weite Teile der Punk- und Hardcore-Musik thematisieren inhaltlich klassisch linke Themen – Antifaschismus, Antirassismus, Antisexismus, Antikapitalismus. Gleichzeitig reproduzieren sie vielfach sowohl in Form, als auch in Inhalt das bestehende eindimensionale Universum der Sprache und des Bewusstseins. Damit meine ich die Simplizität der Songstrukturen, die mangelnde Abstraktheit, die permanente

Wiederholung von einfachen musikalischen Grundgerüsten, die inhaltliche und sprachliche Reduktion komplexer Verhältnisse auf Parolen und einfache Formeln. Damit werden musikalische Form und Inhalt identisch mit der Realität, die Nicht-Identität befreiender kultureller Manifestationen ist nicht mehr gegeben, der Inhalt wird identisch mit ideologischer Propaganda, wie sie in Boulevard und Politik zu finden ist, die Form identisch mit der Abstraktionslosigkeit der einförmigen, maschinellen Tätigkeiten in der Produktion.

Ein Beispiel, das dazu im Gegensatz steht, ist die Musik der Goldenen Zitronen. Sowohl Form, als auch Inhalt nehmen hier wesentlich komplexere und gebrochene Stile an, der Inhalt abstrahiert in seiner scheinbaren Absurdität und Abgehobenheit gegenüber der Alltagssprache von der realen Welt, nimmt aber genau dadurch wiederum kritisch darauf Bezug. Eindimensionale Sprachfetzen werden aus ihrem Kontext gelöst, neu zusammengesetzt, in andere Kontexte transformiert. So findet einerseits inhaltliche Transzendenz, und gleichzeitig doch Bezugnahme auf die schlechte und falsche Realität statt. Die Form ist wesentlich abstrakt, wirkt teilweise improvisiert. Sie ist nicht klassisch schön, aber dies sehe ich auch nicht als Vorbedingung für einen befreienden Charakter der Musik. Andersrum ist aber auch nicht eine Atonalität der Musik automatisch befreiend. Die heutige Musik der Goldenen Zitronen ist nicht einfach konsumierbar, es bedarf Anstrengung und Konzentration auf Form und Inhalt. Eben dadurch kann sie aber auch im Rahmen der Auseinandersetzung mit Form und Inhalt antizipativ wirken, die Einbildungskraft und das geistige Hinausgehen aus dem Reich der Notwendigkeit anregen.

Nicht jede Form, nicht jeder Inhalt kultureller Manifestationen wirkt transzendierend, beides bietet aber Möglichkeiten dazu. Die heute in der Populärkultur vorherrschenden Formen von Disco- und Techno-Musik sind wesentlich Teil des eindimensionalen Universums. Nicht automatisch dadurch, dass sie Waren sind, wie jede kulturelle Manifestation, oder durch die Tatsache, dass sie massenhaft konsumiert werden. Sondern durch die Eindimensionalität ihrer Form und ihres Inhalts. Der Inhalt, falls er sprachlich gegeben ist, imitiert meist die reale Welt und ihre Sprache. Die Form zeichnet sich durch eben jene Monotonie und Wiederholung gleicher Abläufe aus, durch die sich das Leben im Kapitalismus und die darin stattfindende Arbeit auszeichnet. Repetitive, hypnotische Monotonie der Musik widerspiegelt jene des gesellschaftlichen Seins und Bewusstseins. Solche Manifestationen der Kultur verwandeln in der Tat, wie Marcuse meinte, Kultur in Zivilisation, sie sind affirmative Formen der Kultur, die jede transzendierende Einbildungskraft außer Kraft setzen.

Ganz im Gegensatz dazu stehend, diverse Formen der modernen elektronischen Musik und des sogenannten Post-Rocks, die bestrebt sind, ihre Komplexität auszuweiten. Die elektronischen und meist rein instrumentalen Soundlandschaften von Mouse on Mars erfordern so z.B. Aufmerksamkeit, unzählige zeitweise harmonisierende, zeitweise völlig in Gegensatz zueinander stehender Schichten der Hörerfahrung finden sich parallel. Es gibt keine eindeutige Hörwahrnehmung beim Rezipienten, jeder erneute Durchlauf dieser Musik kann unterschiedliche Resultate generieren. Die Vertiefung in diese Musik ermöglicht das Eintauchen in Erlebnisformen, die die Phantasie anregen können. Genau hier zeigt sich Freiheit in einer Welt von Unfreiheit. Im Hinausgehen über das Vorhandene wird die Zukunft vorweggenommen. Mouse on Mars u.a. sagen und bewirken ohne Worte wesentlich mehr als jede phrasenhafte und eindimensionale Musik im Universum der falschen Sprache.

Post-Rock wie in seinen diversen Formen bei Labradford, Mogwai, Magnog, Godspeed You Black Emperor! oder Tortoise setzt wesentlich auf gebrochene Formen, die Überraschung in der Musik, das Unerwartete, das Schwanken zwischen Intensivierung und beinahem Verschwinden, das Spiel mit Laut und Leise und die Komplexität der Formen. Die Form erfordert wiederum Konzentration, sie geht über die eindimensionale Reproduktion der ewig gleichen

Klänge hinaus, bietet Anknüpfungspunkte für die Steigerung der individuellen Einbildungskraft. Der Inhalt im Sinn des sprachlichen Kontexts verschwindet vielfach vollständig. Diese Musik negiert die eindimensionale Sprache total, indem ihre Form das Wort des öfteren radikal ausschließt. Alles scheint gesagt im postfordistischen Kapitalismus, das sprachliche Schweigen bringt die Verachtung der schlechten und falschen Wirklichkeit zum Ausdruck.

In vielen Fällen bedeutet Post-Rock Langsamkeit, nahezu Stillstand und Verschwinden. Dies vor allem in seiner Ausprägung im „Sad Core“ (z.B. Low, Savoy Grand, Codeine, Cat Power, Tindersticks, Arab Strap, Ida, K, Mazzy Star, Drunk, Songs : Ohia, The For Carnation, Bedhead). Auch damit erfolgt die Negation der gesellschaftlichen Realität in der Form. Globale Informations- und Kapitalflüsse konfrontieren die Menschen heute mit einer Geschwindigkeit, die ihre individuelle Lebensenergie aussaugt. Flexibilität, Anpassungsfähigkeit, rascher Wandel, Modernität sind gefragt – und zwar permanent. Freizeit und Arbeit werden identisch, Kultur wird zur vollständigen Zivilisation, Freizeit zur Einpassung, Erholung zum Dauersport. Post Rock ist vielfach Slow Music, sie setzt einen Kontrapunkt zum permanenten Drang nach Geschwindigkeit, der die Menschen immer vollständiger unter das Kapital subsummiert.

Musikalische Inhalte sind in der eindimensionalen Gesellschaft anfällig für regressive, reaktionäre oder antiemanzipatorische Elemente. Schlager und Nazi-Rock sind nur zwei Beispiele dafür. Diese Tatsache bedeutet aber nicht, dass Musik an sich affirmativ oder regressiv ist, vielmehr ist es logisch, dass die falsche kapitalistische Totalität auch falsche Musik produziert. Nichtsdestotrotz besteht die Möglichkeit, dass Form und Inhalt der Musik einen befreienden Charakter erlangen können, obwohl sie gleichzeitig als Teil der Totalität der affirmativen Kultur auch Element der Unterbindung gesellschaftlichen Wandels durch reine Flucht und ihr Dasein als Regenerationsmedium des Arbeitsvermögens darstellen. Ein Beispiel möchte ich geben für musikalische Inhalte, die befreiende Aspekte der Einbildungskraft anregen können. Die Inhalte der Songs der Band Blumfeld sind lyrisch strukturiert und beziehen sich immer wieder auf linke politische Inhalte. Letztes Element macht diese Musik aber nicht automatisch befreiend. Was mir wesentlich bedeutender erscheint, ist, dass hier eine dialektische Sprache verwendet wird, die das eindimensionale Universum des Denkens und des Sprechens transzendiert. Blumfelds Musik fordert Auseinandersetzung, Phantasie und eigene Interpretation. Diese Musik macht Sinn und regt die Einbildungskraft durch die Auseinandersetzung mit Inhalt und verwendeter Sprache an. Die Reklame bedient sich der Technik der Belegung von Waren mit Bedeutungen und Images, um die Güter zu verkaufen. Gefragt ist also in der bestehenden Gesellschaft nicht kritisches Denken der potentiellen KonsumentInnen, sondern die stupide, reflexartige Reaktion der Objekte der Reklame. Die Werbung bedient sich einer manipulierenden Sprache, sie schafft neue Wortkreationen, die Waren lobpreisen, eben um jene an den Mann bzw. die Frau zu bringen. Die Sprache des Volkes ist heute wesentlich eindimensional. Eine dialektische Sprache als negierende Sprache, wie sie Marcuse fordert, scheint nun genau in der musikalischen Lyrik Blumfelds gegeben. Die verwendeten Sätze negieren die vorherrschenden Sätze, Inhalte benennen gesellschaftliche und auf das Leben in den Verhältnissen existentiell bezogene Antagonismen. Hier wird Musik zwar durchwegs konkret bezogen auf das reale Leben, sie bewahrt sich in ihrer Dialektik aber doch die von Marcuse für befreiende Kunst konstitutiv gesehene negierende Distanz. Widersprüche in der eigenen Existenz, Widersprüche im Leben in der Gesellschaft und im Staat, die Antagonismen der Liebe usw. Die Einbildungskraft, die eine qualitativ andere Gesellschaft antizipieren kann, lässt sich durch Auseinandersetzung mit Form und Inhalt spüren. Ein einzelnes Beispiel für diese Dialektiken möchte ich hier konkret anführen, ohne dass die ästhetische Dimension derart vollständig vermittelbar ist.

Blumfeld – Eine eigene Geschichte (1994)

Es hat uns niemand gefragt  
wir hatten noch kein Gesicht  
ob wir leben wollten oder nicht  
hin und her und hin und her gerissen  
zwischen verstehen wollen handeln müssen  
keine Liebe keine Arbeit kein Leben  
an meinem Kissen schlag ich mir den Kopf auf  
und wenn der Tag kommt bleibt es kleben  
und der Staat ist kein Traum  
sondern bleibt wie mein Kissen  
ein mich gestaltender, die Fäden, die rissen  
und Welt verwaltender Zustand  
der sich durch mich und mich bewegt  
durch Gedanken aus Stein aus Licht eine Mauer  
eine Sonne aus Eisen eine Sprache aus Trauer  
Eine eigene Geschichte  
aus reiner Gegenwart  
sammelt und stapelt sich  
von selbst herum um mich  
während ich durch die Gegend fahr  
Und in den Straßen liegt der Staat und sagt:  
was regst Du Dich und Deinen Magen künstlich auf  
wärs du doch bloß im Bett geblieben  
Au nee, weil ich so oberflächlich bin  
kehrt sich mein Inneres nach außen  
steht mir bis hierhin und ins Gesicht geschrieben  
Macht verrückt was euch verrückt macht  
mit Kissen vor der Stirn und in mir drin ein Vakuum  
geh ich durch Straßen voller Menschen dieser Stadt  
und frage mich wo ich gern wäre  
wo fang ich an? Gähnende Leere  
wenn ich schon immer Nichts mit was drumrum gewesen war  
dann mach ich mir 'n Schlitz ins Kleid  
und find es wunderbar  
Eine eigene Geschichte aus reines Gegenwart  
sammelt und stapelt sich  
von selbst herum um mich  
während ich durch die Gegend fahr  
Also nichts wie raus aus Hamburg  
first we take Manhattan und dann ab nach Berlin  
da, wo die Leute aus Heimweh hinzieh'n  
Wat will isch in Italien, isch will doch Genitalien  
Berlin Wall, gegen Holo, Holo und Holidays denk ich

und zieh mir später noch was rein dann die Bars  
schlafen kann ich schließlich wenn ich tot bin  
auf halber Strecke bleib ich liegen  
und träum davon mit allem eins zu sein  
den Traum vom Staat  
der sich selbst reicht, der nichts beweist  
zusammenwächst wie's sich gehört  
und verbreitet seinen Glauben  
Gedanken aus Stein  
aus Licht eine Mauer  
Eine eigene Geschichte  
aus reiner Gegenwart  
sammelt und stapelt sich  
von selbst herum um mich  
während ich durch die Gegend fahr  
Am nächsten Morgen bleibt das Kissen an mir kleben  
hab mir den Traum zur Wunde aus dem Kopf geschlagen  
und mir fallen Deine und dann meine Körperteile wieder ein  
und Deine Haut und ich denk dran wo ich gern wäre  
hab aus der Wäsche rausgeschaut  
entlang der Schichten deren Dichte ich verwünsche  
wie mein Körper ein Gesellschaftsbau von vielen  
der großen Nenner unter ihnen:  
ich heiße Einheitsarchitekt  
Du kannst auch Blödmann zu mir sagen  
Stimmt, wenn alles in einander passt  
hat es bald nichts mehr zu bedeuten  
Und eine eigene Geschichte  
aus reiner Gegenwart  
sammelt und stapelt sich  
von selbst herum um mich  
während ich durch dir Gegend fahr  
Und der Staat ist kein Traum  
ist sogar in meinen Küssen  
ein mich gestaltender, die Fäden, die rissen  
und Welt verwaltender Zustand  
eher Raum als Position  
und so organisiert er sein Verschwinden  
indem es sich durch mich bewegt  
durch Gedanken aus Stein aus Licht eine Mauer  
eine Sonne aus Eisen eine Sprache aus Trauer

Abschließend zur Kultur: Problematisch ist niemals die Beschäftigung mit Kunst und Kultur, die Suche nach Befreiung und Politik in solchen Manifestationen. Kultur umfasst die Gesamtheit der Lebensformen und –weisen einer Gesellschaft. Kultur ist häufig Widerspiegelung

konkreter materieller Verhältnisse, entfaltet aber eigene Dimensionen, die nicht auf die Ökonomie zurückgeführt werden können. Daher kann die Auseinandersetzung mit Kultur Aufschluss über die Verhältnisse einer Gesellschaft geben. Die Politisierung der Kunst, die Kunst der emanzipatorischen Politik – beides ist notwendig. Problematisch sehe ich nur die Reduktion politischer Praxis auf eine kulturelle Ebene. Denn, wie Marcuse erkannte, ist die nicht-affirmative Kultur wesentlich von politischer Praxis entfremdet, sie kann Bilder der Befreiung zwar präsentieren, antizipativ über das Reich der Notwendigkeit hinausgehen und die Phantasie anregen, emanzipatorische Bedürfnisse und emanzipatorisches Bewusstsein kann sich in der Kunst wiedererkennen. Für all dies sind diverse Manifestationen der Kultur gut und notwendig – sie sind aber keine Formen der politischen Praxis. Emanzipation findet als gesellschaftlicher Prozess im realen Leben statt, Befreiung ist vor allem wesentlich praktisch, also ein sozialer Selbstorganisationsprozess. Ein postmodernistischer Kulturalismus, der soziale Befreiung in die dingliche Warendimension der Kultur und den Konsum dieser Güter einschreibt, greift zu kurz, wird affirmierende Strategie. „Kunst kann die Welt nicht verändern, aber sie kann dazu beitragen, das Bewusstsein und die Triebe der Menschen zu verändern, die die Welt verändern können“ (Marcuse 1977, S. 217).

## 5. Schluß

Grundlegender gesellschaftlicher Wandel wäre gerade heute wieder notwendig und auf Basis der bestehenden materiellen Bedingungen als unmittelbarer Sprung ins Reich der Freiheit möglich. Der umfassende Totalitarismus der kapitalistischen Gesellschaft erreicht gleichzeitig neue Dimensionen, die potentiell revolutionären Subjekte wollen nichts von Befreiung hören oder haben längst jede Hoffnung auf Befreiung aufgegeben. Die Verbürgerlichung der potentiell revolutionären Subjekte kann eben diesen Wandel, der auf Grund der ansteigenden globalen Probleme immer dringlicher wird, auf unabsehbare Zeit aufschieben.

Gerade in dieser Situation sind kritische Theorie, das Werk Herbert Marcuses und die Inbeziehungsetzung dessen auf die aktuelle historische Situation von äußerster Bedeutung. Marcuses dialektische Begriffe von Technik, Kultur und Demokratie betonen immer auch die befreienden Aspekte dieser Kategorien. Es geht darum, die affirmativen Aspekte abzustoßen, befreiende Technik, befreiende Kultur und selbstorganisierte Demokratie im Rahmen einer anderen Gesellschaft herzustellen. Es geht um eine andere Gesellschaft, die eine andere Technik, eine andere Kultur, eine andere Demokratie und eine andere Ökonomie beinhaltet. Also um die umfassende Transformation der Lebensbedingungen. Dazu bedarf es sich aktiv selbst organisierender Subjekte, die ihr Bewusstsein und das sich daran anschließende Handeln außerhalb der bestehenden Totalität stellen. Dies ist heute nicht unmöglich. Es ist weder allzu großer Optimismus, noch uneingeschränkter Pessimismus angebracht. Entscheidend ist die intervenierende Selbstorganisation als Form der großen Weigerung. Dazu kann die erneute oder erstmalige Lektüre des Werks Marcuses und sich daran anschließende praktische Konsequenzen wesentliche Beiträge leisten.

### Literatur:

Adorno, Theodor W./Horkheimer, Max (1969) *Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente*. Frankfurt/Main. Fischer. Neuauflage 1997

Atkinson, John (1984) *Flexibility, Uncertainty and Manpower Management*. Brighton.

- Atkinson, John/Gregory, Denis (1986) *A Flexible Future: Britain's Dual Labour Force*. In: Marxism Today. April 1986
- Behrens, Roger (2000) *Übersetzungen. Studien zu Herbert Marcuse*. Mainz. Ventil Verlag
- Best, Steven/Kellner, Douglas (1997) *The Postmodern Turn*. New York/London. Guilford Press
- Murray Bookchin, *Remaking Society* (Black Rose Books, 1990)
- Murray Bookchin, *Urbanization without Cities: The Rise and Decline of Citizenship* (Black Rose Press, 1992)
- Murray Bookchin, 1994, *What is Communalism? The Democratic Dimension of Anarchism*, in Left Green Perspectives 31, <http://www.leftgreen.org/issues/lgp31.html>
- Cornelius Castoriadis, *On the Content of Socialism, I* (first published 1955 in "Socialisme ou Barbarie") In *Political and Social Writings. Volume 1: 1946-1955* (University of Minnesota Press, 1988)
- Cornelius Castoriadis, *Self-Management and Hierarchy*, In *Political and Social Writings. Volume 3: 1961-1979* (University of Minnesota Press, 1993)
- Cornelius Castoriadis, *Socialism and Autonomous Society* (first published 1980), In *Political and Social Writings. Volume 3: 1961-1979* (University of Minnesota Press, 1993), pp 314-31
- Cornelius Castoriadis (1990) *Sozialismus und autonome Gesellschaft*. In: Ulrich Rödel (1990) *Autonome Gesellschaft und libertäre Demokratie*. Frankfurt am Main. Suhrkamp
- Deleuze, Gilles (1993) *Postskriptum über die Kontrollgesellschaften*. In: Deleuze, Gilles (1993) *Unterhaltungen. 1972-1990*. Frankfurt/Main. Suhrkamp
- Deleuze, Gilles/Guattari, Félix (1977) *Rhizom*. Berlin. Merve
- Fleischer, Helmut (Hrsg.) (1994) *Der Marxismus in seinem Zeitalter*. Leipzig. Reclam
- Fuchs, Christian (2001) *Soziale Selbstorganisation im informationsgesellschaftlichen Kapitalismus. Gesellschaftliche Verhältnisse heute und Möglichkeiten zukünftiger Transformationen*. Wien/Norderstedt. Libri BOD
- Fuchs, Christian/Hofkirchner, Wolfgang (2000) *Die Dialektik der Globalisierung in Technik, Politik, Ökonomie und Kultur*. Beitrag beim Jubiläumskongress der Österreichischen Gesellschaft für Soziologie. Wien. 21-23.09.2000. Online unter: <http://stud4.tuwien.ac.at/~e9426503/infogestechn/glob.html>
- Gramsci, Antonio (1971) *Selections from the Prison Notebooks*. New York. International Publishers
- Hirsch, Joachim (1995) *Der nationale Wettbewerbsstaat*. Berlin. Edition ID Archiv
- Horkheimer, Max (1946) *Zur Kritik der instrumentellen Vernunft*. Frankfurt/Main. Fischer.
- Krisis (1999) *Manifest gegen die Arbeit*. Erlangen. Eigenverlag
- Kurz, Robert (1991) *Der Kollaps der Modernisierung*. Frankfurt/Main. Eichborn
- Kurz, Robert (1994) *Fetisch Arbeit. Der Marxismus und die Logik der Modernisierung*. In: Fleischer (1994). S. 162-184
- Lafargue, Paul (1899) *Das Recht auf Faulheit*. Grafenau. Trotzdem/Anares Nord, 1998
- Latour, Bruno (1987) *Science in Action*. Cambridge, Mass. Harvard University Press

- Marcuse, Herbert (1932) *Neue Quellen zur Grundlegung des Historischen Materialismus*. Berlin. Underground Press Syndicate (1968)
- Marcuse, Herbert (1937a) *Philosophie und kritische Theorie*. In: Kultur und Gesellschaft I. Frankfurt/Main. Suhrkamp. S. 102-127
- Marcuse, Herbert (1937b) *Über den affirmativen Charakter der Kultur*. In: Kultur und Gesellschaft I. Frankfurt/Main. Suhrkamp. S. 56-101
- Marcuse, Herbert (1939) *Ist eine freie Gesellschaft gegenwärtig möglich? [Is a free society at present possible]*. In: Marcuse (1998). S. 145-149
- Marcuse, Herbert (1941) *Einige gesellschaftliche Folgen moderner Technologien*. In: Herbert Marcuse Schriften Band 3: Aufsätze aus der „Zeitschrift für Sozialforschung“. 1979. Frankfurt am Main. Suhrkamp. S. 286-319
- Marcuse, Herbert (1941b) *Über soziale und politische Aspekte des Nationalsozialismus [State and Individual under Nationalsocialism]*. J. In: ders. (1998) *Feindbilder*. Lüneburg. Zu Klampen Verlag. S. 91-111s
- Marcuse, Herbert (1942) *Die neue deutsche Mentalität [New German Mentality]*. In: ders. (1998) *Feindbilder*. Lüneburg. Zu Klampen Verlag. S. 21-72
- Marcuse, Herbert (1943) *Darstellung des Feindes. [Presentation of the Enemy]*. J. In: ders. (1998) *Feindbilder*. Lüneburg. Zu Klampen Verlag. S. 73-83
- Marcuse, Herbert (1947) *33 Thesen [33 Theses]*. In: Marcuse (1998). S. 129-143
- Marcuse, Herbert (1957) *Die Gesellschaftslehre des sowjetischen Marxismus*. In: Herbert Marcuse Schriften, Band 6. Frankfurt/Main. Suhrkamp
- Marcuse, Herbert (1961) *Das Problem des sozialen Wandels in der technologischen Gesellschaft*. In: Peter-Erwin Jansen (Hrsg.) (1999) *Herbert Marcuse Nachgelassene Schriften 1. Das Schicksal der bürgerlichen Demokratie*. Lüneburg. Zu Klampen. S. 37-66
- Marcuse, Herbert (1965a) *Bemerkungen zu einer Neubestimmung der Kultur*. In: Ders. Schriften, Band 8. Frankfurt/Main. Suhrkamp. S. 115-135
- Marcuse, Herbert (1965b) *Industrialisierung und Kapitalismus im Werk Max Webers*. In: Stammer, Otto (Hrsg.) Max Weber und die Soziologie heute. Verhandlungen des 15. Deutschen Soziologentages. Tübingen. Mohr
- Marcuse, Herbert (1965c) *Repressive Toleranz*. In: Herbert Marcuse Schriften, Band 8. S. 136-166
- Marcuse, Herbert (1966a) *Zum Begriff der Negation in der Dialektik*. In: Ders. Schriften, Band 8. Frankfurt/Main. Suhrkamp. S. 194-199
- Marcuse, Herbert (1966b) *Das Individuum in der Great Society*. In: Marcuse Schriften 8. S. 167-193
- Marcuse, Herbert (1966c) *Zur Geschichte der Dialektik*. In: Ders. Schriften, Band 8. Frankfurt/Main. Suhrkamp. S. 200-226
- Marcuse, Herbert (1967) *Der eindimensionale Mensch: Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft [One-Dimensional Man]*. München. dtv. Neuauflage 1994
- Marcuse, Herbert (1967b) *Kunst in der eindimensionalen Gesellschaft [Art in the One-Dimensional Society]*. In: Peter-Erwin Jansen (Hrsg.) (2000) *Herbert Marcuse Nachgelassene Schriften Band 2. Kunst und Befreiung*. S. 71-85

- Marcuse, Herbert (1968) *Jenseits des Eindimensionalen Menschen [Beyond One-Dimensional Man]*. In: Peter-Erwin Jansen (Hrsg.) (1999) *Herbert Marcuse Nachgelassene Schriften 1. Das Schicksal der bürgerlichen Demokratie*. Lüneburg. Zu Klampen. S. 67-80
- Marcuse, Herbert (1969) *Versuch über die Befreiung [Essay on Liberation]*. In: Herbert Marcuse Schriften 8. Frankfurt/Main. Suhrkamp. S. 237-317
- Marcuse, Herbert (1972) *Konterrevolution und Revolte [Counterrevolution and Revolt]*. In: Herbert Marcuse Schriften 9. Frankfurt/Main. Suhrkamp. S. 11-128
- Marcuse, Herbert (1973/74) *Das historische Schicksal der bürgerlichen Demokratie. [The Historical Fate of Bourgeois Democracy]*. In: Peter-Erwin Jansen (Hrsg.) (1999) *Herbert Marcuse Nachgelassene Schriften 1. Das Schicksal der bürgerlichen Demokratie*. Lüneburg. Zu Klampen. S. 145-176
- Marcuse, Herbert (1974) *Kunst und Befreiung [Art and Liberation]*. In: Peter-Erwin Jansen (Hrsg.) (2000) *Herbert Marcuse Nachgelassene Schriften Band 2. Kunst und Befreiung*. S. 129-149
- Marcuse, Herbert (1975) *Zeit-Messungen. Drei Vorträge und ein Interview*. In: Herbert Marcuse Schriften 9. Frankfurt/Main. Suhrkamp. S. 129-189
- Marcuse, Herbert (1977) *Die Permanenz der Kunst. Wider eine bestimmte marxistische Ästhetik*. In: Schriften, Band 9. Frankfurt/Main. Suhrkamp. S. 191-242
- Marcuse, Herbert u.a. (1978) *Gespräche mit Herbert Marcuse*. Frankfurt/Main. Suhrkamp
- Marx, Karl (1852) *Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte*. Berlin. Dietz. MEW, Band 8. S. 111-207
- Marx, Karl (1867) *Das Kapital. Band 1: Der Produktionsprozeß des Kapitals*. Berlin. Dietz. MEW, Band 23
- Marx, Karl (1894) *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Band 3: Der Gesamtprozeß der kapitalistischen Produktion*. Berlin. Dietz. MEW, Band 25
- Marx, Karl/Engels, Friedrich (1845/46) *Die deutsche Ideologie*. Berlin. Dietz. MEW 3. S. 5-530
- Mies, Maria (1996) *Patriarchat und Kapital. Frauen in der internationalen Arbeitsteilung*. Zürich. Rotpunktverlag. 5. Auflage
- Möller, Carola (1990) *Ungeschützte Arbeit im Dienstleistungssektor. Theoretische Verortung und empirische Ergebnisse*. In: Autorengemeinschaft (Hrsg.) (1990) *Erklärungsansätze zur geschlechtsspezifischen Strukturierung des Arbeitsmarktes*. Frankfurt/Main.
- Monden, Yasuhiro (1983) *Toyota Production System*. Norcross. Industrial Engineering and Management Press
- Negt, Oskar (1999) *Marcuses dialektisches Verständnis von Demokratie*. In: Peter-Erwin Jansen (Hrsg.) (1999) *Herbert Marcuse Nachgelassene Schriften 1. Das Schicksal der bürgerlichen Demokratie*. Lüneburg. Zu Klampen. S. 12-25
- Rifkin, Jeremy (1995) *Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft*. Frankfurt/New York. Campus
- Wallerstein, Immanuel (1995) *Die Sozialwissenschaft „kaputtdenken“. Die Grenzen der Paradigmen des 19. Jahrhunderts*. Weinheim. Beltz Athenäum Verlag
- Wallerstein, Immanuel (1997a) *The End of Certainties in the Social Sciences*. Talk at the Seminar "Conceptos en Ciencias y Humanidades". Mexico City, Oct. 16, 1998. <http://fbc.binghamton.edu/iwendcrt.htm>

## I.2. One Dimensional-Man 2000. Zur Aktualität des Denkens Herbert Marcuses<sup>8</sup>

*1964 erschien „Der eindimensionale Mensch. Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft“ (deutsch 1967), neben „Triebstruktur und Gesellschaft“ (1955, deutsch 1957) die wohl wichtigste Schrift Herbert Marcuses. Mehr als 23 Jahre nach seinem Tod und 37 Jahre nach der Erstauflage hat vieles, das darin gesagt wurde, nicht an Aktualität verloren.*

Marcuse geht davon aus, dass durch Kulturindustrie, Massenmedien, Politik und Ideologie eindimensionales Denken und Sprechen vermittelt werden, die sich in den Köpfen der Menschen festsetzen und ein Universum des falschen Bewusstseins und der falschen Bedürfnisse produzieren, das dabei hilft, die bestehende Gesellschaft aufrechtzuerhalten. Die Menschen werden dazu gebracht, die bestehende Gesellschaft hinzunehmen. „Die Erzeugnisse durchdringen und manipulieren die Menschen; sie befördern ein falsches Bewusstsein, das gegen seine Falschheit immun ist. [...] So entsteht ein Muster eindimensionalen Denkens und Verhaltens, worin Ideen, Bestrebungen und Ziele, die ihrem Inhalt nach das bestehende Universum von Sprache und handeln transzendieren, entweder abgewehrt oder zu Begriffen dieses Universums herabgesetzt werden“ (Marcuse 1967, S. 32). Resultat ist auch das „Glückliche Bewusstsein“ (ebd.: S. 98, 103), dass das bestehende Unglück als vernünftig anerkennt<sup>9</sup>.

In der Informationsgesellschaft, die immer noch in erster Linie kapitalistische Gesellschaft ist, kommt es verstärkt zur Herstellung einer raum-zeitlichen Unabhängigkeit, einer Delokalisierung und Entbettung sozialer Beziehungen (vgl. Fuchs/Hofkirchner 2000, 2001). Lokales wird durch globale Ereignisse beeinflusst, globale Ereignisse dringen über die Bildschirme in die Köpfe. Lokale Angelegenheiten werden global erfahrbar, andererseits drückt sich Globales im Lokalen in dem Sinn aus, dass globale Geschehnisse auf lokale Prozesse zurückwirken und diese beeinflussen. Über das Fernsehen oder heute auch über das Internet und andere Medien beeinflusst das Weltgeschehen das alltägliche Handeln der Menschen. Medien machen uns mit weit entfernten Sachverhalten vertraut. Die globale Vernetzung, die wiederum zu neuen Machtzentren und Ausschlüssen führt, dient vorwiegend ökonomischen Zwecken. Die globalen Informationsflüsse führen nicht zu mehr Transparenz und Demokratie, sondern zur Hyperrealisierung, die neue Formen der Manipulation eröffnet. Der informationsgesellschaftliche Kapitalismus ist noch immer eindimensionale Gesellschaft, die Herstellung falschen Bewusstseins erreicht durch die neuen Technologien qualitativ neue Dimensionen.

Ich möchte die Eindimensionalität der Informationsgesellschaft an Hand eines aktuellen Beispiels, den Terroranschlägen von New York und der darauf folgenden Bombardierung Afghanistans verdeutlichen. Es geht mir dabei weder um den vulgären Antiamerikanismus – der das Kapitalverhältnis nicht in seiner Totalität betrachtet, abstrakte allgemeine Verhältnisse entstrukturalisiert, verkürzt und tendenziell personalisiert, der auf Basis eines Freund-Feind-Schemas nach dem Motto „Der Feind meines Feindes ist mein Freund“ „gute“ und „böse“ Nationen definiert und sich daher unkritisch mit Afghanistan, den dort herrschenden Taliban oder anderen Nationen solidarisiert –, noch um die Unterstützung des Krieges, da damit das

<sup>8</sup> zuerst erschienen in: Kalaschnikow, 9.11.2001, <http://www.kalaschnikow.de/de/txt/2001/fuchs1.html>

<sup>9</sup> „Das Glückliche Bewusstsein – der Glaube, dass das Wirkliche vernünftig ist und das System die Güter liefert – reflektiert den neuen Konformismus, der eine Facette der in gesellschaftliches Verhalten übersetzten technologischen Rationalität ist“ (S. 103).

Existenzrecht Israels angeblich verteidigt werden könnte. Beide Argumentationen verkennen nämlich, dass diese Eskalationen typischer Ausdruck der Antagonismen des kapitalistischen Weltsystems sind, die es verunmöglichen, dass die Menschen in Frieden miteinander leben. Es gibt dabei keine „guten“ und „bösen“ Nationen, sondern ein in seiner Totalität verachtenswertes und zu verwerfendes kapitalistisches Weltsystem, das auf konkurrierenden Interessen, Gruppen, Zusammenschlüssen und Nationen basiert. Die Antwort auf Gewalt mit Gewalt ist hierbei immer die falsche Alternative, da sich dadurch ein Teufelskreis ergibt, der zur Radikalisierung aller Seiten führt, die Konflikte auf die Spitze treibt und schließlich zur Eskalation der Gewalt führen kann. Eine humane Gesellschaft kann nur Weltgesellschaft sein, die jenseits von Nation und Gewalt agiert. Die derzeitigen Entwicklungen könnten jedoch das Ende der Menschheit einleiten, ein globales und nachhaltiges Denken fehlt nicht nur bei jenen, bei denen man es ohnehin nicht vermuten würde.

Nach den Terroranschlägen beschworen Ideologie und Propaganda die „Freiheit“ der westlichen Welt, um diese gegen die angeblichen „Barbaren“ zu verteidigen. Dabei geht es nicht darum, dass heute irgendeine Nation befreiend wirken könnte, denn das Weltsystem ist als Ganzes eine Totalität der Unfreiheit. Daher hätte sich auch die „Solidarität“ mit nationalen „Befreiungs“-Bewegungen schon längst erledigen müssen. Es sollte weder eine „Solidarität“ mit den USA, noch mit den Taliban geben, sinnvoll ist nur die Anklage des unsolidarischen, polarisierenden und zerstörerischen Charakters des kapitalistischen Weltsystems.

Es wird argumentiert, dass die „Freiheit“ der „Zivilisierten“ gegen das „Böse“ durch einen „Kreuzzug“ verteidigt werden müsse. So meinte etwa George Bush: „Unbekannte Feiglinge haben heute morgen die Freiheit selbst angegriffen. Täuscht euch nicht: Die Vereinigten Staaten werden diejenigen, die für diese feigen Taten verantwortlich sind, zur Strecke bringen und bestrafen“. Er hat einen „monumentalen Kampf“ gegen „das Böse“ ausgerufen, seine Administration werde „die Welt von den Bösen befreien. Wir werden die freiheitsliebenden Menschen zusammenrufen, den Terrorismus zu bekämpfen“. Die USA würden den „Willen der freien Welt“ vollstrecken, die „zivilisierte Welt“ schließe sich ihr dabei an.

Diese ideologische Sprache zeigt ihre Wirkung, sie resultiert in der Kriegslust der Massen, in Polarisierungen und rassistischen Übergriffen in westlichen Ländern. Das eindimensionale Universum der Sprache wird noch immer benutzt, um Ungerechtigkeit und Gewalt fortzuschreiben. Marcuses Analysen aus dem Jahr 1964 haben nichts an ihrer Bedeutung verloren: „Indem die großen Worte über Freiheit und Erfüllung von Führern und Politikern bei Wahlkampagnen verkündet werden, in den Kinos, im Radio und Fernsehen, verkehren sie sich in sinnlose Laute, die nur im Zusammenhang mit Propaganda, Geschäft, Disziplin und Zerstreuung einen Sinn erhalten“ (Marcuse 1967, S. 77). Die Unfreiheit wird als frei präsentiert, das Unglück als Glück, die Versklavung als Befreiung, die Barbarei des gesamten Weltsystems als Zivilisation, die Ungleichheit als Gleichheit, die Ungerechtigkeit als Gerechtigkeit, der Totalitarismus als Freiheit usw. „Damit wird die Tatsache, dass die herrschende Art der Freiheit Knechtschaft ist und die herrschende Art der Gleichheit von außen auferlegte Ungleichheit durch die abgeschlossene Definition dieser Begriffe im Sinn der Mächte, die das jeweilige Universum der Rede modeln, daran gehindert, Ausdruck zu finden. Das Ergebnis ist die bekannte Orwellsche Sprache (,Frieden ist Krieg‘ und ,Krieg ist Frieden‘)“ (Marcuse 1967, S. 107). Nicht zusammengehörige Gegensätze werden als Einheit präsentiert, um Veränderung schon in Gedanken auszuschließen.

Es wird uns eingeredet, es ginge um „unsere“ Zivilisation, „unsere“ Freiheit etc. Ein altes Muster, wie bereits Marcuse erkannte: „Auf diese Weise werden aufgenötigte, genormte und allgemeine Dinge und Funktionen als ‚speziell für Sie‘ dargeboten“ (Marcuse 1967, S. 111).

Marcuse sah auch, dass in der eindimensionalen Welt Bilder entkontextualisiert und auf neue Weisen zusammengesetzt werden, um neue Bedeutungen zu generieren, die manipulativ ins Bewusstsein eingreifen. „Begriffe, die ganz verschiedene Bereiche oder Qualitäten bezeichnen, werden zu einem festen, überwältigenden Ganzen zusammengezwungen. Die Wirkung ist wiederum eine magische und hypnotische – die Projektion von Bildern, die eine unwiderstehliche Einheit und Harmonie von Widersprüchen übermitteln“ (Marcuse 1967, S. 112).

Die Informatisierung und Computerisierung der Gesellschaft bringt u.a. nicht nur die Potenzierung des Zerstörungspotentials der Kriegsmaschinerie mit sich, sondern auch neue Qualitäten der Propagandamaschine, mit denen die öffentliche Meinung gelenkt wird, um gesellschaftliche Konflikte in bestimmter Weise zu beeinflussen. Jenem Phänomen, das Marcuse als die Zusammensetzung verschiedener Begriffen zu einem neuen Ganzen beschrieb, kommt dabei wesentliche Bedeutung zu. Der Cyberwarfare ist im Sinn der Zerstörung und Manipulation von Informations- und Kommunikationskanälen heute in vollem Gange. Er bedient sich dabei vor allem auch der Eigenschaft der neuen Informations- und Kommunikationssysteme, dass diese Reales und Fiktives immer ununterscheidbarer machen. In Bezug auf diese technisch vermittelte Derealisation (Raulet 1988)<sup>10</sup>, spricht Jean Baudrillard (1983) von der Simulation, dem Prozess des Ersetzens des Realen durch das Virtuelle. Immer mehr Symbole, Zeichen, elektronische und digitale Bilder ersetzen reale Objekte. Simulakren können dabei als Repräsentationen des Realen verstanden werden, die omnipräsent sind und immer ununterscheidbarer von der Realität werden. Es entsteht, so Baudrillard, eine Hyperrealität als neuer Raum der Erfahrung, der durch Simulakren konstituiert wird. Die reale Welt werde immer mehr durch selbstreferentielle Zeichen ersetzt, moderne Medien würden eine Multiplizierung und Kopierung der Realität bewirken. Freilich ist es nicht der Fall, dass der Wert der Zeichen heute den ökonomischen Wert ersetzt – wie Baudrillard allerdings behauptet –, denn selbst Zeichen, Symbole und Information haben trotz ihrer zunehmenden Immaterialität stets einen Bezug zu ökonomischen Prozessen und der real stattfindenden Akkumulation von Kapital. Die Hyperrealität führt nicht in eine postmoderne Welt, sondern verweist auf die Möglichkeit, moderne Technologien in einer kapitalistisch-modernen Welt manipulativ einzusetzen, um Fiktives als real erscheinen zu lassen.

Auch die Kriegsführung bedient sich der Simulation und der Hyperrealität. Seit jeher ging es um die Täuschung des Gegners und der Bevölkerung, moderne Medien ermöglichen dabei heute noch effektivere Strategien. Es geht um die Simulation von Kriegsführung, um Waffensysteme im vorhinein für die reale Schlacht zu perfektionieren. Um die Simulation von Bildern und Symbolen, die für den Gegner stehen und die öffentliche Meinung in Richtung Kriegsführung beeinflussen und nicht zuletzt um die Simulation eines „sauberen Krieges“, der auf die Zerstörung menschlicher Leben und ziviler Ziele angeblich verzichtet kann. Die Berichterstattung von CNN während des Golfkriegs ist ein typisches Beispiel für militärische Hyperrealitäten, bei denen Bilder in Haushalte und Köpfe transportiert werden, die mit der Realität nicht übereinstimmen: Der Golfkrieg 1991, also die Aktion „Desert Storm“, wird allgemein als der erste virtuelle Krieg gesehen, da „die US-amerikanischen Piloten zuvor an dreidimensionalen Computergrafiken übten, die das zu überfliegende Gelände wiedergaben. Die Computergrafiken wurden anhand von Satellitenbildern erstellt und bei Nachtflügen auf Sichtgeräten eingeblendet“ (Bühl 1997, S. 168). Der Welt wurden per CNN Radaraufnahmen und feuerwerksartig

---

10 „Der Übergang zur Digitalisierung stellt eine entscheidende Etappe in der Derealisation dar. [...] Fiktion und Realität werden austauschbar, selbst dort, wo man die Daten eines realen Objekts aufnimmt, da der Computer eine unendliche Zahl von Bildern produzieren kann“ (Raulet 1988, S. 289).

anmutende Luftaufnahmen gezeigt, die den Eindruck erwecken sollten, es handle sich hier um einen Hochtechnologiekrieg, in dem es keine zivilen Opfer mehr gibt. Bilder der Zerstörung und des Leides wurden konsequent negiert. Erst einige Zeit später wurde klar, dass dies bewusste Täuschungsmanöver waren und dass die Zerstörungskraft des virtuellen Krieges zahllose zivile Opfer zu Folge hatte. Vom „Kollateralschaden“ war im Kosovokrieg die Rede, als ein NATO-Bomber einen Flüchtlingskonvoi bombardierte und etliche Menschen dabei ums Leben kamen. All dies wirft die Frage auf, ob der virtuelle Krieg, der sich immer mehr an die Situation annähert, dass der Pilot in seinem Kampfjet eine Virtual Reality-Situation simuliert bekommt, die der Außenwelt exakt gleicht, zur Vermeidung ziviler Opfer und Zerstörungen beiträgt oder ob jeder Krieg nicht derart zu qualifizieren ist, dass Zerstörung ohne Rücksichtnahme das Hauptziel ist und daher C<sup>4</sup>I und Cyberwarfare genutzt werden, um das Zerstörungsausmaß zu maximieren.

Auch Peter Lamborn Wilson (1995) spricht vom hyperrealen Krieg, der in Vietnam durch die Einbeziehung des Fernsehens als Propagandamaschine begann und seine volle Entfaltung 1991 im Golfkrieg fand. Nach den Terroranschlägen auf das World Trade Center zeigte CNN jubelnde PalästinenserInnen. Es ist bis heute nicht klar, ob das Gerücht, dass diese Aufnahmen bereits aus dem Jahr 1991 stammen, richtig oder falsch ist. Unabhängig davon zeigt diese Diskussion, wie die Hyperrealität des Krieges funktioniert, dass Medien einen großen Einfluss auf die ideologische Herstellung und Mobilisierung der öffentlichen Meinung in militärischen Konflikten haben und dass Bilder und Symbole leicht aus ihrem Kontext gerissen werden können, um in anderen Kontexten simulativ Hyperrealitäten zu erzeugen. Der Einsatz moderner Technologien führt nicht nur zur Derealisation, sondern auch zur Entkontextualisierung und zum Übergang zu einer kaleidoskopischen Wahrnehmung (vgl. Steinhardt 1999), im Rahmen derer Symbole und Bilder außerhalb ihres ursprünglichen Kontexts angeordnet und neu zusammengesetzt werden, um spezielle neue Bedeutungen und pragmatische Reaktionen und Handlungsweisen zu erzeugen<sup>11</sup>. In der Hyperrealität der kaleidoskopischen Wahrnehmung ist es nicht mehr unterscheidbar, ob ein Bild Menschen zeigt, die wegen eines Terroranschlags oder einer Hochzeitsfeier jubeln, die durch die neuen Medien vermittelte Dekontextualisierung der Bilder und Symbole kann im Extremfall zur ideologischen Manipulation der öffentlichen Meinung eingesetzt werden.

CNN präsentierte den Menschen nach den Anschlägen von New York ein Kaleidoskop von Bildern und Symbolen: Interviews mit trauernden Angehörigen, Analysen, Amateurvideoaufnahmen von den Momenten nach den Attentaten, Archivbilder, ein entschlossener und nach Rache geifernder Präsident Bush, God Bless America und immer wieder die Schreckensbilder des Einschlags der beiden Flugzeuge in die Türme des World Trade Centers. Ein Kaleidoskop, das mehr ist als die Summe der einzelnen Teile und neue Bedeutungen generiert: Rache und Kriegslust. Terror und Massenmedien stehen in einem wechselseitigen Verhältnis: Terroristen können sich sicher sein, dass die Verbreitung der Bilder ihrer Anschläge globale Dimensionen erreicht und die Massenmedien profitieren von der medialen Inszenierung des Terrors und des

---

11 „Kennzeichen der neuen kaleidoskopischen Form der Wahrnehmung sind unablässig in schneller Folge wechselnde oder auch simultan angebotene Bilder und Eindrücke, die nicht mehr auf die Betrachtung einer Gesamtheit abzielen, sondern ständig neue Facetten und Ausschnitte in den Blick bringen. [...] es werden kurze Splitter an sich unklarer Bilder dargestellt – oft in Großaufnahme – und so, unter Verzicht auf und unter Vernachlässigung des Kontexts, eine neue Unmittelbarkeit erzeugt, die nicht auf Reflexion abstellt, sondern auf einen direkten Zugriff auf die Emotionalität der Zuschauer“ (Steinhardt 1999, S. 87, 89).

Unglücks, das er verbreitet. Um das Mitgefühl mit den Verwandten und FreundInnen der Opfer geht es dabei höchstens am Rande, denn die Medien erfüllen hierbei eine spezifische Propagandafunktion. Es geht weniger darum, zu analysieren, warum es zu solchen Schreckenstaten kommen kann, als um Kriegspropaganda und die ideologische Zurechtbiegung der öffentlichen Meinung zu Gunsten eines Racheaktes. Symptomatisch dafür die Dauereinblendung des Titels „America Under Attack“, der bald zu „War against the USA“ wurde und sich schon bald zu „America’s New War“ und „War against Terror“ verwandelte (um schlussendlich in „Strike against Terror“ zu verharren). Dass es sich hier nicht um Krieg, sondern Terror handelt, interessiert nicht. Auch nicht, wie darauf am angebrachtesten zu reagieren wäre, um eine Eskalation zu vermeiden und globale Verständigung und Weltfrieden als Ziel im Kopf zu behalten. Es geht vielmehr um Kriegspropaganda und die Rechtfertigung eines Vergeltungsschlages, der sich nach der allzu einfachen Logik präsentiert: Ein Terroranschlag dieser Art bedeutet eine Kriegserklärung, auf die mit einem ultimativen Kriegsschlag geantwortet werden muss. Selbst wenn die Hinterleute nicht klar auszumachen sind, wird die komplexe Situation auf medial aufbereitete Symbole reduziert: Osama Bin Laden und die Taliban. Das, was als angebrachte Reaktion zu gelten hat, wird genau vorgezeichnet. Andere Alternativen als Krieg sollen nicht gedacht werden, Bilder von Antikriegsdemonstrationen werden konsequent vermieden. Die hyperreale Kriegsmaschine benötigt die Massenmedien als ihr Propagandainstrument, um Krieg zu rechtfertigen. Egal wie, egal wo, egal gegen wen. Es geht um einen Akt der blinden Rache, der die Menschheit ins Verderben stürzen kann.

Die technisch vermittelten Kontrollen, von denen Marcuse sprach, erreichen auch durch die Intensivierung einer panoptischen Wahrnehmung in der Informationsgesellschaft neue Dimensionen. Denn nicht nur die Hyperrealität des Krieges ist ein Aspekt der Informatisierung, sondern auch die Militarisierung der Gesellschaft unter der Zuhilfenahme moderner Technologien: Die neoliberale Umstrukturierung des Kapitalismus führt zur Ausbildung nationaler Wettbewerbsstaaten (Hirsch 1995), die durch die Deregulierung der Sozialsysteme und der arbeitsrechtlichen Bestimmungen um die Gunst des global agierenden Kapitals werben. Dies bedeutet jedoch nicht eine Schwächung des Staates oder gar sein Ende, sondern diese Prozesse gehen einher mit einer neuen Durchstaatlichung der Gesellschaft in Form einer Aufrüstung der inneren und äußeren „Sicherheit“. Resultat der Umstrukturierung des kapitalistischen Weltsystems ist eine Prekärisierung der Lebensverhältnisse immer größerer Teile der Weltbevölkerung, auch in den westlichen Staaten in einem immer größeren Ausmaß. Gleichzeitig werden Grenzen geschlossen, innere und äußere Feindbilder konstruiert und vermittelt, dass sich gesellschaftliche Probleme durch die Militarisierung der Gesellschaft lösen lassen. Elektronische Fahndungs- und Überwachungssysteme wie VAS, PAS, AFIS, ISIS, DOSIS, SIS, EIS, CIS/ZIS; Schengen, Echelon, Lauschangriff, Rasterfahndung, Chipkarten, Videoüberwachung im öffentlichen Raum sind nur wenige Beispiele für den umfassenden Prozess des Ausbaus von Überwachungs- und Kontrollsystemen. Gerade auch im Folge der Terroranschläge von New York werden neue Maßnahmen der Militarisierung der inneren Sicherheit diskutiert und umgesetzt, die vermitteln, durch umfassende Kontrolle und Überwachung sei eine Gesellschaft freizuhalten von Problemen und Gewalt. Tatsächlich geht dies aber an den gesellschaftlichen Ursachen, die es zu beseitigen gelten würde, weit vorbei. In Österreich forderte etwa FPÖ-Klubobmann Peter Westenthaler nach den Anschlägen in New York ein Identifikationssystem mit Fingerabdrücken von allen BürgerInnen. Der britische Innenminister David Blunkett schlug Personalausweise vor, auf denen Fingerabdrücke, ein Abbild der Iris, Blutgruppe und DNS-Code gespeichert sind. In den USA wurde der „Mobilization against Terrorism Act“ in den Kongress eingebracht, der es ermöglichen soll, dass E-Mail-Daten und Web-Browsing-

Logfiles ohne gerichtliche Anordnung durch Überwachung eingeholt werden, dass Kontrollen von Abhöraktionen grundsätzlich entfallen, dass Behörden Informationen, die durch Überwachung gesammelt wurden, an andere Regierungsstellen ohne Einschränkung weitergegeben werden, dass Anklagejurys Informationen an den Geheimdienst weitergeben, dass der Präsident beliebige Gruppen und Personen als Überwachungsziel erklären kann und dass eine DNS-Datenbank von allen verurteilten Personen angelegt wird. Es wird auch wieder über den Clipper-Chip diskutiert, der es den US-Behörden ermöglichen soll, Zugriff auf Entschlüsselungsroutinen aller kryptographischen Algorithmen zu haben. Die meisten Internet-Großprovider in den USA erklärten sich nach den Anschlägen damit einverstanden, Carnivo-Rechner zu installieren, die den gesamten E-Mail-Verkehr scannen. Es geht um die Errichtung einer Sichtbarkeit über alle Lebensbereiche der Individuen, die Herstellung eines umfassenden Systems der panoptischen Wahrnehmung im Sinn des von Foucault (1976) aufgegriffenen Benthamischen Panoptikums. Um die Durchsetzung von Disziplinen, die mit Blicken operieren, die „sehen, ohne gesehen zu werden“ (Foucault 1976, S. 221). Die Systeme der modernen panoptischen Wahrnehmung bedienen sich der modernen Computer-, Informations- und Kommunikationssysteme, sie bleiben nahezu unsichtbar und errichten eine Sichtbarkeit. Die modernen Technologien sind also Medium einer Kaleidoskopisierung und einer Panoptisierung der Wahrnehmung.

Marcuses Analyse der Eindimensionalität des Kapitalismus und der darin lebenden Menschen ist noch immer aktuell. Wir leben in keiner freien Welt, sondern in einer unfreien, die auf globaler Barbarei, Unterdrückung, Ausbeutung und auf sozialem Unglück basiert. Die Menschen sind in keinsten Weise sich selbst, dies wäre aber eine Basis für ihre Befreiung. „Indem sie ihre eigene Sprache sprechen, sprechen die Menschen auch die Sprache ihrer Herren, Wohltäter und Werbetexter. Daher drücken sie nicht nur sich *selbst* aus, ihre eigene Erkenntnis, ihre Gefühle und Bestrebungen, sondern auch etwas anderes als sich selbst. Indem sie „von sich aus“ die politische Lage sei's ihrer Heimatstadt, sei's die internationale, beschreiben, beschreiben sie (und „sie“ schließt *uns* ein, die Intellektuellen, die es wissen und kritisieren), was „ihre“ Medien der Massenkommunikation ihnen erzählen – und das verschmilzt mit dem, was sie wirklich denken, sehen und fühlen“ (Marcuse 1967, S. 208). Der hyperreale Totalitarismus des Kapitalismus erreicht mit der Informationsgesellschaft neue Dimensionen. Das Grausame erscheint uns immer selbstverständlicher, Krieg und Terror gelten als Frieden, die bestehende Ordnung wird als selbstverständlich erachtet, an Revolte oder Befreiung von der falschen Totalität nicht im geringsten gedacht. „Die Archetypen des Grauens wie der Freude, des Krieges wie des Friedens verlieren ihren katastrophischen Charakter. Ihr Erscheinen im täglichen Leben der Individuen ist nicht mehr das von irrationalen Kräften“ (Marcuse 1967, S. 259).

Der Kapitalismus, so Marcuse, basiere auf repressiver Toleranz und ökonomischem Totalitarismus. „Andere Wörter können zwar ausgesprochen und gehört, andere Gedanken zwar ausgedrückt werden, aber sie werden nach dem massiven Maßstab der konservativen Mehrheit (außerhalb solcher Enklaven wie der Intelligenz) sofort ‚bewertet‘ (das heißt: automatisch verstanden) im Sinne der öffentlichen Sprache“ (Marcuse 1965, S. 146). Die Entscheidung zwischen gegensätzlichen Ansichten werde damit schon im vorhinein festgelegt, die Toleranz abweichender Meinungen sei daher nur Schein, die Wirklichkeit bedeute repressive Unterdrückung der Ausbreitung wahren Bewusstseins durch effektive und subtile Herstellung eines eindimensionalen Massenbewusstseins. Die moderne Demokratie sei daher totalitäre Demokratie. Die Menschen hätten gar nicht „das Bedürfnis, irgendetwas zu lesen, zu sehen oder zu hören, das der allgemein akzeptierten Wahrheit oder Falschheit widerspricht“ (Marcuse 1973/74, S. 152). Die bürgerliche Demokratie habe militant-reaktionären Charakter, aber eine

wesentliche und äußerst starke Basis in der Bevölkerung (ebd., S. 160). Der Kapitalismus sei tatsächlich totalitäres System: „Der Totalitarismus ist nämlich nicht nur eine terroristische politische Koordination der Gesellschaft, sondern auch eine nicht-terroristische wirtschaftlich-technische Koordination, die Bedürfnisse nach ökonomischen Interessen manipuliert und so die Entstehung einer wirksamen Opposition gegen das durch diese Interessen organisierte Ganze verhindert“ (Marcuse 1961, S. 57).

Auch Marcuses wesentliche These ist heute noch wahr: Während Befreiung hinsichtlich der objektiven materiellen Bedingungen nahe liegen würde, rückt sie subjektiv in immer weitere Ferne. Marcuses dialektischer Begriff der Technik sieht einerseits die herrschaftsförmige und kontrollierende Funktion der Technik, er weist aber immer wieder darauf hin, dass eine qualitativ andere Technik in einer anderen Gesellschaft dem Menschen das Dasein wesentlich erleichtern könnte. „Vollständige Automation im Reich der Notwendigkeit würde die Dimension freier Zeit als diejenige eröffnen, in der das private und gesellschaftliche Dasein sich ausbilden würde. Das wäre die geschichtliche Transzendenz zu einer neuen Zivilisation“ (Marcuse 1967, S. 57). Technisierung könne also grundsätzlich auch zur „Freiheit von harter Arbeit“ (S. 145), einem Reich der Freiheit, „zur Befriedung des Kampfes ums Dasein“ (S. 238f), einem „befriedeten Dasein“ (S. 245f) und der „Befriedigung der Lebensbedürfnisse bei einem Minimum an harter Arbeit, die Umwandlung der Freizeit in freie Zeit“ (S. 263f) führen. Heute bedeute sie aber die Zunahme gesellschaftlicher Probleme und der Standardisierung des Denkens. Die Paradoxie ist also eben darin gegeben, dass Kräfte, die unter einem anderen Modus der Vergesellschaftung für den Menschen befreiend wirken könnten, heute die Versklavung des Menschen unter die bestehende falsche Totalität fortsetzen und Befreiung für eine lange Zeit immer unrealistischer werden lässt. Gerade durch die mikroelektronische Revolution und die Informatisierung der Gesellschaft wird lebendige Arbeitskraft weiter massiv durch tote ersetzt, die gesellschaftlich notwendige Arbeit schrumpft immer mehr. Unter den heutigen Bedingungen resultiert dies in einer Krise des Werts und einem Anstieg sozialer Probleme. Die technischen Kontroll-, Manipulations- und Überwachungskapazitäten weiten sich aus, emanzipatorisches Bewusstsein wird immer stärker unterbunden. Die Hoffnung auf Vollbeschäftigung ist einerseits unrealistisch, andererseits auch regressiv, denn das Reich der Freiheit, das ein Höchstmass an individueller Muße und Abwesenheit harter Arbeit bietet, ist heute naheliegend und wäre auch grundsätzlich unmittelbar erreichbar. Marx Aussage wird in der Informationsgesellschaft immer dringlicher: „Das Reich der Freiheit beginnt in der Tat erst da, wo das Arbeiten, das durch Not und äußere Zweckmäßigkeit bestimmt ist, aufhört“ (Marx 1894, S. 828).

Eine wesentliche Eigenschaft der Philosophie Marcuses ist nun, dass sie immer Philosophie der Praxis war, immer auf der Suche nach potentiellen revolutionären Subjekten. Diese Suche sollten wir auch heute nicht aufgeben, denn Befreiung benötigt aktiv handelnde Menschen, die sich ihrer selbst bewusst sind, emanzipatorische Bedürfnisse und darauf basierendes Handeln sowie eine Einbildungskraft, die über das bestehende falsche Universum hinausgeht, entwickeln. Wir erleben heute eine weitergehende Verbürgerlichung nicht nur der Arbeiterklasse, sondern auch der Protestbewegungen, die immer weniger für sich revolutionär sind und agieren. Nichtsdestotrotz wären gerade heute angesichts der sich verschärfenden globalen Probleme revolutionäre Subjekte notwendig. Die Aufgabe der Einheit politischer Theorie und Praxis besteht daher darin, das Bewusstsein solcher potentiellen Subjekte zur Selbstorganisation anzuregen.

Aus der Klassenstrukturierung des Postfordismus (vgl. Fuchs 2001, S. 77-125) ergeben sich mehrere potentielle revolutionäre Subjekte, die jeweils auf der schwächeren Seite der existierenden dichotomisierenden gesellschaftlichen Linien stehen: Arbeiterklasse, Reproduktionsar-

beitende, feministische Bewegungen, periphere ArbeiterInnen, Arbeitslose, die Anti-Rassismus-Bewegung und die Solidaritätsbewegung mit der 3. Welt. Hinzu kommen noch weitere Protestbewegungen wie die Ökologiebewegung, Bürgerinitiativen, Jugendbewegung, Alternativbewegung, Homosexuellen- und Transgenderbewegung und die Friedensbewegung. Notwendig und möglich sind global agierende emanzipatorische soziale Netzwerke, deren Teile gegen die prekären Lebensverhältnisse im Zeitalter des Postfordismus und des Neoliberalismus gemeinsam alternative gesellschaftliche Perspektiven entwickeln und in der Praxis gesellschaftlicher Auseinandersetzungen umsetzen (vgl. Fuchs 2001). So könnte eine Aufhebungsbewegung der bestehenden Verhältnisse entstehen. Solche Bewegungen haben meist nicht automatisch ein transzendierendes, kritisches Bewusstsein, das über die bestehenden Verhältnisse hinausblickt und nach der Einheit in der Vielfalt sucht. Daher sind auch heute noch Marcuses Hinweise auf eine intellektuelle Avantgarde angebracht, die nicht wie die Leninsche kontrolliert, führt und steuert, sondern die soziale Selbstorganisation der Menschen lediglich triggert. Ich habe auf die stabilisierenden und kontrollierenden Effekte der modernen Technologien hingewiesen. Eben diese Technologien können aber nichtsdestotrotz genutzt werden, um kritische und emanzipatorische Selbstorganisationsbewegungen zu unterstützen (vgl. ebenfalls Fuchs 2001).

In der heutigen Phase globaler Instabilität und gesellschaftlicher Krisen ist die weitere Entwicklung relativ offen. Wir könnten sowohl auf die ultimative Vernichtung, die weitere krisenhafte Reproduktion des Kapitalismus innerhalb extrem militarisierter oder gar faschistischer Verhältnisse oder aber auch auf eine freie Gesellschaft zusteuern. Die Zukunft ist nur „mögliche Befreiung. Sie ist keineswegs die einzige Alternative; das Herausziehen einer langen Periode ‚zivilisierter‘ Barbarei [...] ist gleichermaßen in der Gegenwart enthalten“ (Marcuse 1969, S. 314). Ausschlaggebend ist dabei die vernetzte Selbstorganisation emanzipatorischer Subjekte. Diese sind heute zwar nicht oder nur äußerst rudimentär auszumachen (auch nicht in der „Dritten Welt“ und schon gar nicht in den fundamentalistischen Bewegungen), in Phasen des Chaos können allerdings schon kleine Wirkungen große Ursachen nach sich ziehen. Die Etablierung einer nachhaltigen und sozial selbstorganisierten Gesellschaft bedarf emanzipatorischer, sich selbstorganisierender Subjekte, die ein kritisches Bewusstsein ausbilden und dieses in reale gesellschaftliche Kämpfe einbringen. Es ist nicht gewiss, ob sich dieses Bewusstsein überhaupt bilden kann und wie darauf aufbauende Kämpfe ausgehen. „die in den Widersprüchen verfangenen (materiellen und intellektuellen) Produktivkräfte werden frei zum Übergang in die ‚höhere‘ geschichtliche Form gesellschaftlichen Seins im bewussten Kampf mit den bestehenden Gewalten und den von ihnen bestimmten Interessen und Institutionen. Der Ausgang hängt von den Bedingungen der Möglichkeit dieses Kampfes und des sich in ihm entwickelnden Bewusstseins ab. Dazu gehört, dass seine Träger ihre Sklaverei und deren Gründe begriffen haben, dass sie ihre Befreiung wollen und die Wege dazu gesehen haben“ (Marcuse 1966). Dies ist die wesentliche Bedeutung von Selbstorganisationsprozessen in der heutigen Gesellschaft.

Gerade in der heutigen Situation sind kritische Theorie, das Werk Herbert Marcuses und der Bezug dessen auf die aktuelle historische Situation von äußerster Bedeutung. Marcuses dialektische Begriffe von Technik, Kultur und Demokratie betonen immer auch die befreienden Aspekte dieser Kategorien. Es geht darum, die affirmativen Aspekte abzustößen, befreiende Technik, befreiende Kultur und selbstorganisierte Demokratie im Rahmen einer anderen Gesellschaft herzustellen. Es geht um eine andere Gesellschaft, die eine andere Technik, eine andere Kultur, eine andere Demokratie und eine andere Ökonomie beinhaltet. Also um die umfassende Transformation der Lebensbedingungen. Auch die Befreiung selbst ist eine dialek-

tische Kategorie. Eine erneute bzw. erstmalige Lektüre von Marcuses Ausführungen über Theorie und Praxis, Technik, Utopie, Befreiung, Selbstorganisation, revolutionäres Subjekt, Demokratie, Faschismus und Kultur könnte heute wesentliche Einsichten liefern, die für die intervenierende Selbstorganisation als Form der großen Weigerung unerlässlich sind. Ich konnte hier nur einige wenige Aspekte des Denkens Marcuses und deren Aktualität anreißen, die hoffentlich zu einer weitergehenden Lektüre anregen. Abschließend noch der Hinweis auf eine noch immer aktuelle, wesentliche These von Marcuse, nämlich dass wir „zwischen zwei einander widersprechenden Hypothesen schwanken: 1. dass die fortgeschrittene Industriegesellschaft imstande ist, qualitative Änderung für die absehbare Zukunft zu unterbinden; 2. dass Kräfte und Tendenzen vorhanden sind, die diese Eindämmung durchbrechen und die Gesellschaft sprengen können. Ich glaube nicht, dass eine klare Antwort gegeben werden kann“ (Marcuse 1967, S. 14).

## Literatur:

Baudrillard, Jean (1983) *Simulations*. New York. Semiotext(e)

Bühl, Achim 1997 *Die virtuelle Gesellschaft: Ökonomie, Politik und Kultur im Zeichen des Cyberspace*, Opladen/Wiesbaden, Westdeutscher Verlag

Foucault, Michel (1976) *Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses*. Frankfurt/Main. Suhrkamp. Frankfurt/Main. Neuauflage 1994

Fuchs, Christian (2001) *Soziale Selbstorganisation im informationsgesellschaftlichen Kapitalismus. Gesellschaftliche Verhältnisse heute und Möglichkeiten zukünftiger Transformationen*. Norderstedt. Libri Books on Demand

Fuchs, Christian/Hofkirchner, Wolfgang (2000) *Die Dialektik der Globalisierung in Technik, Politik, Ökonomie und Kultur*. Online: <http://www.univie.ac.at/OEGS-Kongress-2000/On-line-Publikation/FuchsHofkirchner.pdf>

Fuchs, Christian/Hofkirchner, Wolfgang (im Erscheinen) *Theorien der Globalisierung*. In: Z – Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Nr. 48/2001.

Hirsch, Joachim (1995) *Der nationale Wettbewerbsstaat*. Berlin. Edition ID Archiv

Marcuse, Herbert (1961) *Das Problem des sozialen Wandels in der technologischen Gesellschaft*. In: Peter-Erwin Jansen (Hrsg.) (1999) *Herbert Marcuse Nachgelassene Schriften 1. Das Schicksal der bürgerlichen Demokratie*. Lüneburg. Zu Klampen. S. 37-66

Marcuse, Herbert (1965) *Repressive Toleranz*. In: Herbert Marcuse Schriften, Band 8. S. 136-166

Marcuse, Herbert (1966) *Zur Geschichte der Dialektik*. In: Ders. Schriften, Band 8. Frankfurt/Main. Suhrkamp. S. 200-226

Marcuse, Herbert (1967) *Der eindimensionale Mensch: Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft [One-Dimensional Man]*. München. dtv. Neuauflage 1994

Marcuse, Herbert (1969) *Versuch über die Befreiung*. In: Herbert Marcuse Schriften 8. Frankfurt/Main. Suhrkamp. S. 237-317

Marcuse, Herbert (1973/74) *Das historische Schicksal der bürgerlichen Demokratie*. In: Peter-Erwin Jansen (Hrsg.) (1999) *Herbert Marcuse Nachgelassene Schriften 1. Das Schicksal der bürgerlichen Demokratie*. Lüneburg. Zu Klampen. S. 145-176

Marx, Karl (1894) *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Band 3: Der Gesamtprozeß der kapitalistischen Produktion*. Berlin. Dietz. MEW, Band 25

Raulet, Gérard (1988) *Die neue Utopie. Die soziologische und philosophische Bedeutung der neuen Kommunikationstechnologien*. In: Frank, Manfred et al (Hrsg.) (1988) *Die Frage nach dem Subjekt*. Frankfurt/Main. Suhrkamp. S. 283-317

Steinhardt, Gerald (1999) *Auf dem Weg zur kaleidoskopischen Wahrnehmung. Überlegungen zur Subjekt-Konstitution und Welt-Erfahrung im Zeitalter der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien*. In: psychosozial 22. Jg. (1999), Heft 1 (Nr. 75). S. 81-98

Wilson, Peter Lamborn (1995) *The Information War*. Speech at the opening of Public Netbase t0 on 17<sup>th</sup> March, 1995. <http://www.t0.or.at/hakimbey/infowar.htm>

### I.3. Einige Anmerkungen zum philosophischen Begriff des Glücks bei Herbert Marcuse

Der fordistische und keynesianische Nachkriegskapitalismus versprach ein Ende der Armut und eine ewige Prosperität. Doch auch zu dieser Zeit war tatsächlich die Armut ein wesentliches gesellschaftliches Problem. Durch die große Weltwirtschaftskrise der 70er-Jahre und die seither anhaltende Dauerkrise des Kapitalismus fand die Hoffnung auf ein ewiges Goldenes Zeitalter ein abruptes Ende. Seither hat der Neoliberalismus durch Deregulierung und massiven Abbau des sozialen Sicherheitsstaats – der nicht nur materielle Absicherung der individuellen und damit auch der kapitalistischen Reproduktion bot, sondern stets auch Disziplinarregime war (siehe Joachim Hirsch, 1980, Der Sicherheitsstaat, Europäische Verlagsanstalt) – zu einer Verschärfung der sozialen Probleme geführt. Armut ist nicht nur ein Phänomen, das heute die „Dritte Welt“ betrifft, sie hält auch in die westlichen, industrialisierten Länder massiv Einzug.

Das Gesamtvermögen der drei reichsten Milliardäre übersteigt das gemeinsame Bruttosozialprodukt der 48 ärmsten Länder. Die Einkommenskluft zwischen jenem Fünftel der Bevölkerung des kapitalistischen Weltsystems, das in den reichsten Ländern lebt, und dem Fünftel in den ärmsten Ländern hat sich zwischen 1990 und 1997 von 60 zu eins auf 74 zu eins ausgeweitet. Das Vermögen des reichsten Mannes der Welt (63 Milliarden Dollar) ist größer als das gesamte Jahreseinkommen der 31 ärmsten Länder. 1.2 Milliarden Menschen müssen von weniger als einem Dollar pro Tag leben, 2.8 Milliarden von weniger als zwei Dollar. Über eine Milliarde Menschen hat keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser. An vermeidbaren Krankheiten sterben täglich 30.000 Kinder. 70 Prozent der Armen und zwei Drittel der AnalphabetInnen sind Frauen. 1999 betrug die Entwicklungshilfe westlicher Staaten 56 Milliarden Dollar. Im selben Jahr flossen jedoch 135 Milliarden Dollar Zinszahlungen von den Entwicklungsländern in die westlich-industrialisierten Länder (alle Angaben nach Der Standard, 4.9.2001).

Viele Menschen sind obdachlos, verhungern oder erfrieren. Armut ist vorwiegend unsichtbar bzw. wird unsichtbar gehalten. Arm sind auch jene, die Probleme haben, Miete, Strom, Gas, Wasser oder Heizung zu bezahlen, denen wesentliche Ausstattungsgegenstände im Haushalt fehlen, denen permanent die Delogierung droht oder die ihr nur knapp entgehen, die sich einen kleinen „Luxus“ wie gutes Essen, Urlaub oder den Besuch kultureller Veranstaltungen nicht leisten können, die Schulden kaum abbezahlen können, die den Erfordernissen der Leistungsgesellschaft nicht gerecht werden können (Flexibilität, Modernität, Identität, Kreativität, Dynamik etc.) usw. Armut betrifft generell jene, die in der kapitalistischen Gesellschaft leben müssen, die künstlich Unglück, Not, Zwang und Ausbeutung aufrechterhält – also die gesamte Weltbevölkerung. Armut bedeutet psychischen und materiellen Mangel, Mangel an Partizipation, Mitbestimmung, eigenständigem Denken, Entfaltung, Freiheit, Gerechtigkeit, Luxus, Phantasie, Individualität, Solidarität, Frieden, Ausdrucksmöglichkeiten, Auseinandersetzung, Gestaltungsmöglichkeit, Verfügungskraft, Zeit, Kooperation, Selbstvertrauen, Lebensqualität usw. Die Armut ist eine konstitutive Eigenschaft der kapitalistischen Gesellschaftsformation. Diese transportiert daher das gesellschaftliche Unglück. Das Leben in der unglücklichen Totalität des Kapitalismus bedient sich falscher Bedürfnisse und falschen Bewusstseins:

Falsche Bedürfnisse werden dem Menschen durch gesellschaftliche Mächte auferlegt, die an seiner Unterdrückung interessiert sind. Die meisten der herrschenden Bedürfnisse gehören zu dieser Kategorie, denn sie sollen Entspannung, Konsum und Vergnügen erzeugen, um Herrschaftsverhältnisse zu garantieren. Kein Missverständnis: Entspannung, Luxus und Vergnügen sind durchwegs wünschenswert – für alle Menschen. Sie erfüllen in der heutigen Gesellschaft

allerdings eine ideologische Funktion, die dazu führt, dass der Mensch die bestehende Gesellschaft unkritisch hinnimmt und kein Interesse zu zeigt, diese zu verändern. Die Menschen verhalten sich systemkonform, alles was nicht konformieren will, wird sofort als Störung identifiziert, die es zu beseitigen gilt. Die Menschen werden dazu gebracht, die bestehende Gesellschaft zu akzeptieren, sich ihr anzupassen und keinen Gedanken von Nonkonformität oder Ablehnung aufkommen zu lassen. „Die Erzeugnisse durchdringen und manipulieren die Menschen; sie befördern ein falsches Bewusstsein, das gegen seine Falschheit immun ist...So entsteht ein Muster eindimensionalen Denkens und Verhaltens, worin Ideen, Bestrebungen und Ziele, die ihrem Inhalt nach das bestehende Universum von Sprache und handeln transzendieren, entweder abgewehrt oder zu Begriffen dieses Universums herabgesetzt werden“ (Herbert Marcuse, 1967, *Der eindimensionale Mensch*, dtv, S. 32).

Die Menschen fühlen sich glücklich und frei, obwohl sie unter den heutigen Bedingungen objektiv unglücklich und unfrei sind. „Die Menschen erkennen sich in ihren Waren wieder; sie finden die Seele in ihrem Auto, ihrem Hi-Fi-Empfänger, ihrem Küchengerät“ (Marcuse, *Der eindimensionale Mensch*, a.a.O., S. 29). Die Menschen geben sich heute massenhaft dem Rausch und Fetisch des Warenkaufs und der Illusion hin, sie seien dadurch glücklich und stiften damit Glück. „Die Individuen können sich glücklich fühlen, Glück empfinden und doch nicht glücklich sein, weil sie das wirkliche Glück gar nicht kennen“ (Marcuse, 1938, *Zur Kritik des Hedonismus*, In: *Kultur und Gesellschaft* 1, S. 150).

In einer Gesellschaft, in der alles, auch die persönlichsten Verhältnisse, durch die Ökonomie bestimmt wird, und in der alles auf Kapitalverwertung und Profitproduktion hin ausgerichtet wird und zu sein hat, kann es kein Glück geben. Menschliches Glück ist mehr als persönliche Befriedigung, es weist über reine Subjektivität hinaus. Glück ist stets allgemeines Glück, gesellschaftliche Kategorie. Kapitalismus bedeutet stets Dichotomisierung – der Reichtum der einen basiert auf der materiellen und psychischen Armut der anderen, das ökonomische Streben und Wohlbefinden der einen auf der Verausgabung und Verzweckung der anderen. Dichotomisierung bedeutet stets Herrschaft und Ausbeutung – den Transfer unbezahlter Quanta lebendiger Arbeit von den einen zu jenen, die davon profitieren. Dies betrifft sowohl den Produktions-, als auch den Reproduktionsbereich. Eine sich derart konstituierende und fremdstatt selbst-instituierende Gesellschaft, die auf Heteronomie als Beherrschung der Gesellschaft durch bestimmte Institutionen und Gruppen (vgl. Cornelius Castoriadis, 1990, *Sozialismus und autonome Gesellschaft*. In: U. Rödel *Autonome Gesellschaft und libertäre Demokratie*, Suhrkamp) und der Klassenform basiert, produziert gesellschaftliches Unglück. Sie ist falsche Gesellschaft.

Menschen fühlen sich häufig individuell glücklich bei jenen Taten, die größtes Unglück hervorrufen. „In der Tat wissen wir, dass oft Menschen, die die führenden Folterknechte in den Hitlerischen Konzentrationslagern waren, ihr Glück darin fanden, diese Tätigkeit auszuüben. Das ist einer der vielen Fälle individuellen Glücks, bei denen wir ohne Zögern sagen, dass nicht allein das Individuum selbst der Richter über sein Glück sein und bleiben kann“ (Marcuse, 1964, *Ethik und Revolution*, in: *Schriften*, Band 8, S. 101). Falsche gesellschaftliche Totalitäten bedienen sich der Herstellung individuellen Glücksgefühl bei ihren Trägern. Dieses Glück ist falsches, barbarisches Glück. Der nach Pogromen lechzende Rassist oder Antisemit produziert höchstes Unglück, er ist Träger der totalitären, falschen Gesellschaft.

Glück als gesellschaftliche Kategorie umfasst Wahrheit und die Erfüllung aller Möglichkeiten aller Individuen, es setzt Freiheit voraus. Der heutige Begriff von Freiheit bedeutet tatsächliche gesellschaftliche Unfreiheit und Unterdrückung. Das, was als frei gilt, verfestigt das gesellschaftliche Unglück. Die Meinungen sind heute nicht frei, sondern unterliegen einer repres-

siven Toleranz. „Andere Wörter können zwar ausgesprochen und gehört, andere Gedanken zwar ausgedrückt werden, aber sie werden nach dem massiven Maßstab der konservativen Mehrheit (außerhalb solcher Enklaven wie der Intelligenz) sofort ‚bewertet‘ (das heißt: automatisch verstanden) im Sinne der öffentlichen Sprache“ (Marcuse, 1965, Repressive Toleranz, In: Schriften, Band 8, S. 146). Die menschliche Freiheit reduziert sich auf Konsumfreiheit – der „freien“ Auswahl aus massenhaft produzierten Waren. Und selbst diese Freiheit ist Unfreiheit – denn sie setzt den Zwang voraus, Geld durch Lohnarbeit zu verdienen, dass sich gegen Waren tauscht. Der „freie“ Markt betreibt die Zirkulation jener Waren, die durch den Schweiß und die Verausgabung unfreier – ausgebeuteter, beherrschter, kontrollierter und gezwungener – Menschen produziert werden. Kapitalismus bedeutet Zwang – Arbeitszwang, Konsumzwang, Meinungszwang durch Eindimensionalisierung des Bewusstseins, Zwangskontrollen, Zwangsgewalt usw. Die unfreie, repressive und totalitäre Gesellschaft präsentiert sich selbst als frei und demokratisch, um über die gesellschaftliche Unfreiheit und das gesellschaftliche Unglück hinwegzutäuschen.

Gesellschaftliches Glück bedeutet die Freiheit von der gegenwärtigen Bestimmung des Menschen durch ökonomische Kräfte und Verhältnisse, die Wiederherstellung des individuellen Denkens nach seiner Absorbierung durch ideologische Manipulationen, die Befreiung von einer fremdbestimmten Politik, von Kontrolle, Ausbeutung, Zwang und Herrschaft. Es umfasst eine Assoziation freier Menschen, in der jeder nach seinen Fähigkeiten tätig ist und nach seinen Bedürfnissen bekommt, die allseitige Befriedigung der Bedürfnisse, Luxus für alle, Ende des materiellen und psychischen Mangels, freie Zeit als Vollbeschäftigung, freie Verfügung über freie Zeit, Freiheit von harter Arbeit, Befriedung des Kampfs ums Dasein, eine höhere Dimension der menschlichen Erfüllung und Autonomie, nichtoperationales und -instrumentelles Denken, Muße, Ende der Notwendigkeit.

Unglück und Unfreiheit werden heute künstlich aufrechterhalten, denn das Reich der Freiheit wäre auf Grund der erreichten Entwicklung der Produktivkräfte unmittelbar zu erreichen. Beim heutigen Stand von Wissenschaft und Technik wäre es in einer freien Gesellschaft grundsätzlich einfach, die gesellschaftlich notwendige Arbeit auf ein Minimum zu reduzieren, und damit den Menschen ein Höchstmaß an individueller Entfaltung zu bieten. Unter kapitalistischer Vergesellschaftung schlägt der Technikgebrauch jedoch in die Verschärfung gesellschaftlicher Probleme um. Nicht die Technik wäre also zu beseitigen, sondern der affirmative Charakter der Technik, der dieser durch die bestehende Gesellschaft eingeprägt wird, samt dieser Gesellschaft. In einer freien Gesellschaft könnten modernste und schonendste Technologien die Automatisierung derart vorantreiben, dass sich das „traditionelle Verhältnis von (notwendiger) Arbeitszeit und Freizeit ins Gegenteil verkehrt und die Freizeit zur „Vollbeschäftigung“ wird, über die das Individuum nach Belieben verfügt“ (H. Marcuse 1961, Das Problem des sozialen Wandels in der technologischen Gesellschaft, In: Jansen. Marcuse – Nachgelassene Schriften Band 1, S. 46). Eine wahre und daher auch das objektive Glück transportierende Gesellschaft würde die besten Voraussetzungen für subjektives Glück mit sich bringen. Ein maximaler Raum an selbstbestimmter Gestaltung des Lebens und der Gesellschaft würde entstehen, die die allseitige Entfaltung der Individuen ermöglicht. Allseitigkeit meint, dass „jeder nicht einen ausschließlichen Kreis der Tätigkeit hat, sondern sich in jedem beliebigen Zweige ausbilden kann, die Gesellschaft die allgemeine Produktion regelt und mir eben dadurch möglich macht, heute dies, morgen jenes zu tun, morgens zu jagen, nachmittags zu fischen, abends Viehzucht zu treiben, nach dem Essen zu kritisieren, wie ich gerade Lust habe, ohne je Jäger, Fischer, Hirt oder Kritiker zu werden.“ (Marx/Engels, 1845/46, Die deutsche Ideologie, MEW 3, S. 33). Armut, Unfreiheit und Unglück als objektive Phänomene des heutigen Zustands

würden ein Ende finden. Während die Befreiung vom Unglück heute objektiv immer näher liegt, scheint sie aber subjektiv auf Grund der immer umfassenderen gesellschaftlichen Kontrolle des Bewusstseins und der Absorption jeglicher kritischen Regung in das Innere der Gesellschaft immer unmöglicher zu werden. In der Unglück produzierenden Gesellschaft existiert kein Glück.

## II. Aspekte der evolutionären Systemtheorie in ökonomischen Krisentheorien unter besonderer Berücksichtigung techniksoziologischer Bezüge

Dissertation, Technische Universität Wien, Fakultät für Technische Naturwissenschaften und Informatik

### Abstract (Deutsch)

Ziel dieser Arbeit ist eine Formulierung von Thesen zur selbstorganisierten, evolutionären Entwicklung der modernen Gesellschaftsformation. Weiters soll untersucht werden, welche Rolle dabei moderne Computer-, Informations- und Kommunikationstechnologien spielen. Methodisch werden dazu verschiedene regulationstheoretische, marxistische und neoschumpetersche Krisentheorien auf Aspekte der evolutionären Systemtheorie untersucht, die die Krise des Fordismus und den Übergang zum Postfordismus darstellen.

Der Fordismus als nach 1945 den Kapitalismus prägendes Entwicklungsmodell basierte u.a. auf Massenkonsum, Massenproduktion, hierarchischen und zentralen Unternehmenskomplexen, der Standardisierung der Produktion, dem Wohlfahrts- und Interventionsstaat, der Fließbandproduktion und staatlichen Eingriffen in die Ökonomie.

Der Postfordismus als sich seit der 2. Weltwirtschaftskrise Mitte der 1970er Jahre langsam herausbildendes Entwicklungsmodell basiert u.a. auf flexibler Spezialisierung; Dezentralisierung, Informatisierung, Tertiarisierung, Globalisierung und Enthierarchisierung der Produktion, einer diversifizierten Qualitätsproduktion und dem Nationalen Wettbewerbsstaat.

Die Hauptthese dieser Arbeit lautet, dass der Kapitalismus ein komplexes, evolutionäres System ist, dessen Entwicklung widersprüchlich und krisenhaft verläuft. Die Krisendynamik ergibt sich aus ökonomischen, politischen und ideologischen Antagonismen. Für jedes Entwicklungsmodell, d.h. jede Phase der kapitalistischen Gesellschaftsformation gibt es eine spezifische, im vorhinein nicht determinierte Widerspruchsstruktur, die früher oder später zu einer gesellschaftlichen Krise und dem Zusammenbruch des jeweilig hegemonialen Entwicklungsmodells führt. Ökonomische, politische und ideologische Widersprüche entfalten sich und können sich dabei wechselseitig verstärken. In einer Phase der gesellschaftlichen Krise ist die weitere Entwicklung nicht determiniert, sie stellt einen historischen Bifurkationspunkt der gesellschaftlichen Dynamik dar. Die Entwicklung in Phasen der Krisen und damit der Gesellschaft als evolutionär-selbstorganisierendes System ist jedoch nicht völlig zufällig, sondern unterliegt einer dynamischen Dialektik von Zufall und Notwendigkeit. Einerseits ist sicher, dass es im Rahmen antagonistischer Gesellschaftsstrukturen immer wieder zu Phasen der Krise kommt. Der genaue Zeitpunkt lässt sich jedoch auf Grund der komplexen Kausalität, der selbstorganisierende Systeme i.A. unterliegen, nicht vorhersagen. Im Rahmen eines gesellschaftlichen Bifurkationspunktes ist die Entwicklung zwar grundsätzlich offen, es zeigt sich jedoch eine gewisse Abhängigkeit der weiteren gesellschaftlichen Entwicklung von der sozialen Selbstorganisation der Menschen, mit Hilfe der die gesellschaftliche Dynamik derart gestaltet werden kann, so dass die Wahrscheinlichkeit, dass eine gewisse Entwicklungslinie eingeschlagen wird, erhöht werden kann. Dabei gibt es aber keine Gewissheiten, die Wissenschaften und daher auch die Sozialwissenschaften sind heute mit einem Ende der Gewissheiten konfrontiert.

Die französische Regulationstheorie geht wie die evolutionäre Systemtheorie von einer Dialektik von Zufall und Notwendigkeit sowie Allgemeinem und Konkretem bei der Evolution komplexer Systeme aus. Der Mechanismus, Reduktionismus und Determinismus der traditionellen Krisentheorien wird vermieden, eine Verkürzung der gesellschaftlichen Antagonismen auf den Bereich der Ökonomie und darin auf einen spezifischen ökonomischen Widerspruch wird vermieden, vielmehr werden neben ökonomischen auch politische und ideologische als relativ autonome Krisenfaktoren berücksichtigt. Des Weiteren wird von einer für ein Entwicklungsmodell des Kapitalismus spezifischen Einheit von Akkumulationsregime und Regulationsweise ausgegangen, die durch konkrete und dem Entwicklungsmodell eigenen Widerspruchsstrukturen geprägt wird. Es zeigen sich deutliche Parallelen zu den Theorien evolutionärer Systeme, jedoch ist das Verhältnis von allgemeinen und konkreten Kategorien sowie von Zufall und Notwendigkeit in der Regulationstheorie weitgehend ungeklärt. Es entsteht der Eindruck, dass häufig von einer völlig zufälligen Entwicklung der Widerspruchsstrukturen ausgegangen wird, die nicht dialektisch mit allgemeinen Kategorien und Antagonismen vermittelt ist. Des Weiteren wird die Bedeutung der Technik in der Krise des Fordismus zu wenig berücksichtigt. Nichtsdestotrotz liefert die Regulationstheorie eine umfassende krisentheoretische Analyse des Fordismus, seiner Krise und des Postfordismus sowie ein brauchbares Schema der gesellschaftlichen Entwicklung. Daher basieren unsere eigenen Thesen tw. auf diesem Ansatz.

Marxistische Theorien, die die Krise des Fordismus analysieren, basieren zumeist auf einem doppelten, ökonomistischen Reduktionismus: Die Krise wird auf Widersprüche im Bereich der Ökonomie und darin auf einen einzigen, allgemeinen ökonomischen Antagonismus zurückgeführt. Die Dialektik von Zufall und Notwendigkeit sowie Allgemeinem und Konkretem, die durch die Selbstorganisationstheorien nahegelegt werden, werden nicht ausreichend berücksichtigt. Eine Ausnahme stellt die Weltsystemtheorie Immanuel Wallersteins dar, die marxistische Krisentheorie und evolutionäre Systemtheorie zu verbinden versucht. Wallerstein argumentiert, dass die gesellschaftliche Entwicklung in Phasen der Instabilität offen und nicht determiniert ist, dass die weitere Entwicklung durch das Handeln der Subjekte beeinflussbar, jedoch nicht determinierbar ist. Fortschritt sei daher möglich, jedoch nicht unvermeidlich. Der Kapitalismus befinde sich heute in einer fundamentalen Krise, Wallerstein meint, dass sich in 50 Jahren ein neues Weltsystem herausgebildet haben werde. Die Zeit bis dorthin würde eine sehr instabile sein, der Ausgang der weiteren Entwicklung sei aber offen, wodurch sich auch Entwicklungen in Richtung einer sozial und ökologisch nachhaltigen Gesellschaft einleiten ließen. Im Gegensatz zur Regulationstheorie werden in den marxistischen Krisentheorien technologische Krisenfaktoren stärker berücksichtigt, ohne dass die gesellschaftliche Dynamik jedoch auf den Bereich der Technik reduziert wird. Daher schließen unsere eigenen Thesen an diese Argumentationen tw. an.

Neoschumpeterianische Krisentheorien beziehen sich methodisch häufig auf die Selbstorganisationstheorien. Betont wird u.a. die Emergenz von Innovation, Wissen und Imitation im Rahmen der endogenen ökonomischen Entwicklung langer Wellen. Die Methodik der evolutionären Systemtheorie wird dabei jedoch zumeist falsch angewandt, da Krisen zumeist auf rein technische Faktoren reduziert werden. Technische Innovations- und ökonomische Prosperitätszyklen werden dabei wie in den Theorien Langer Wellen i.A. üblich gleichgesetzt. Die Bedeutung technischer Faktoren im Rahmen gesellschaftlicher Krisen wird überschätzt, jene gesellschaftlicher Antagonismen bleibt unberücksichtigt.

Die Krise des Fordismus ergab sich aus den für dieses Entwicklungsmodell spezifischen ökonomischen, politischen, ideologischen und technischen Faktoren und Antagonismen. Es

wird argumentiert, dass wir uns heute zwar bereits in der Phase des postfordistischen Entwicklungsmodells befinden, dass die gesamtgesellschaftliche Krise jedoch anhält, dies zeigt sich in Bereichen wie Ökonomie, Politik, Ökologie und der Zunahme der globalen Probleme. Im heutigen Bifurkationspunkt der gesellschaftlichen Entwicklung ist die weitere Entwicklungsdynamik jedoch nicht determiniert, viele potentielle Szenarios wie etwa eine weiter unter Verschärfung der globalen Probleme anhaltende krisenhafte Entwicklung, die Militarisierung oder gar Faschisierung der Gesellschaft oder aber auch eine sozial und ökologisch nachhaltige Gestaltung gesellschaftlicher Prozesse sind denkbar. Durch soziale Selbstorganisation aktiv handelnder Subjekte könnte die Wahrscheinlichkeit erhöht werden, dass die letzte, wünschenswerte Alternative eingeschlagen wird.

## 0. Einleitung

Wesentliche Fragen, die diese Arbeit beantworten will, sind: Was ist unter Fordismus und Postfordismus zu verstehen? Welche Erklärungen gibt es für die Krise des Fordismus? Kommt es im Postfordismus zu einer verschärften Prekarisierung der Lebensverhältnisse? Welche Rolle spielte die Computertechnologie in der Krise des Fordismus? Welcher Zusammenhang besteht zwischen einer Theorie evolutionärer Systeme und einer Krisentheorie des Kapitalismus? Inwiefern lassen sich die vorhandenen Krisenerklärungen des Fordismus im Sinn der Selbstorganisationstheorie und einer Theorie evolutionärer Systeme interpretieren?

Abschnitt 1 klärt zunächst, worum es sich bei Fordismus (1.1.) und Postfordismus (1.2.) handelt. Aspekte aus Ökonomie, Politik, Kultur und Technik dieser beiden Entwicklungsmodelle des Kapitalismus werden intensiv diskutiert, da Erklärungsmuster einer krisenhaften Entwicklung des Kapitalismus sich immer auch auf die zu Grunde liegenden konkreten gesellschaftlichen Strukturen, Prozesse und Verhältnisse beziehen muss.

Um die Krise des Kapitalismus und des Fordismus im Rahmen eines allgemeinen Selbstorganisationsschemas zu verdeutlichen, müssen einige theoretische Grundlagen geklärt werden. Abschnitt 2. erläutert den Zusammenhang zwischen kapitalistischer Krise und Selbstorganisation, Evolution sowie die Bedeutung des Selbstorganisationsbegriffs für die ökonomische Theorie. Abschnitt 2.1. erläutert dazu den allgemeinen Zusammenhang von Evolution und Selbstorganisation, anschließend werden bestehende Ansätze der ökonomischen Selbstorganisation diskutiert (2.2.) und schließlich einige allgemeine Überlegungen zur krisenhaften und antagonistischen Evolution des Kapitalismus dargelegt (2.3.).

Um Aspekte dieses allgemeinen Modells an Hand der Krise des Fordismus zu verdeutlichen, ist es sinnvoll, bestehende Theorien der Krise des Fordismus auf Aspekte der Selbstorganisation zu untersuchen. Dies leistet Kapitel 3. Die größte Bedeutung nehmen die marxistischen Krisentheorien ein, da hier die wohl intensivste Auseinandersetzung mit kapitalistischen Krisen stattfand. Dabei spielt wiederum die französische Regulationstheorie die bedeutendste Rolle (3.1.), ihre intensive Beschäftigung mit der fordistischen Krise hat dazu geführt, dass auch von einer „Fordismustheorie“ gesprochen wird. Abschnitt 3.2. behandelt andere marxistische Krisentheorien, die sich mit der Krise des Fordismus auseinandergesetzt haben. Im Rahmen der nichtmarxistischen Krisentheorien gibt es nur wenige Ansätze, die sich intensiver mit gesellschaftlichen Krisen auseinandergesetzt haben, die bedeutendste davon ist die Theorie Joseph Schumpeters. Darauf aufbauend gibt es auch einige Ansätze, die diese Theorie mit Aspekten der Selbstorganisation in Verbindung setzen. Eine nähere Diskussion findet sich in Abschnitt 3.3.

Auf Basis dieser Erkenntnisse formulieren wir in Kapitel 4 einige wichtige Grundlagen und Thesen zu einer Theorie der kapitalistischen Entwicklung, die auf Erkenntnissen der Selbstorganisationstheorie und der marxistischen Krisentheorien beruht und den Kapitalismus als komplexes, evolutionär-selbstorganisierendes System versteht.

Fünf Begriffe sind konstitutiv für diese Arbeit: Kapitalismus, Fordismus, Postfordismus, Evolution und Krise. Den Zusammenhang und das Ziel dieser Arbeit sollen in dieser Einleitung erklärt werden. Ursprünglich wurde unter Fordismus die Produktionsweise verstanden, die Henry Ford unter Zuhilfenahme der Ideen des Taylorismus in seinen Automobilfabriken durchsetzte. Es war also eine rein ökonomische Kategorie. Nach dem zweiten Weltkrieg breitete sich das Massenproduktions- und Massenkonsummodell ausgehend von den USA in unterschiedlichen Varianten und Ausprägungen in die bedeutendsten kapitalistischen Zentren aus. Dabei veränderte sich nicht nur die Produktionsweise, sondern die meisten gesellschaftlichen

Bereiche erfuhren einen Schub der Durchkapitalisierung und wurden einer qualitativ neuen Logik des Kapitalismus unterworfen. So war die neue kapitalistische Gesellschaftsformation nicht auf die Fabriken beschränkt, sondern erfasste mit dem Keynesianismus als regulatorische Instanz, die Massenproduktion- und Massenkonsum als Basis der sich stetig erweiternden Akkumulation garantieren sollte, auch das staatliche Gefüge. Von der neuen Logik wurden auch Bereiche wie Freizeit, Ideologie, Bildung und Forschung durchdrungen.

Es ist daher angebracht, vom Fordismus nicht nur als einem ökonomischen Paradigma zu sprechen, sondern als jene umfassende kapitalistische Gesellschaftsformation, die nach dem zweiten Weltkrieg bis zur 2. Weltwirtschaftskrise das Leben der Menschen in den kapitalistischen Zentren wesentlich prägte und veränderte. Beachtet werden muss dabei, dass die Anzahl der Länder, die fordistisch geprägt waren, nur eine kleine war. Es handelte sich aber um jene, die die Weltwirtschaft wesentlich gestalteten und dominierten. Der Großteil der Regionen und Länder war jedoch noch immer durch eine vorkapitalistische Produktionsweise oder frühe Entwicklungsstadien des Kapitalismus geprägt. Es kann auch argumentiert werden, dass diese außerfordistischen Milieus notwendig waren, um die fordistische Entwicklung in den Kernzonen des kapitalistischen Weltsystems zu garantieren. Ähnlich lässt sich sagen, dass jene kapitalistischen Beschäftigungsverhältnisse, die nicht der Form des von Marx so genannten doppelt „freien“ Lohnarbeiters<sup>12</sup> direkt entsprachen (wie z.B. Arbeit von Frauen und MigrantInnen), für die Durchsetzung des fordistischen Produktions- und Konsumtionszusammenhangs notwendig waren.

Wenn vom Fordismus als Gesellschaftsmodell gesprochen wird, lässt sich leicht der Vorwurf des Ökonomismus erheben. Wir verstehen den Fordismus aber eben nicht als ökonomisch determiniert<sup>13</sup>, sondern als eine moderne Gesellschaftsformation, die alle gesellschaftlichen Bereiche, und dabei eben auch den ökonomischen, prägte. Es ist aber nicht so, dass die ökonomische Dimension dabei andere gesellschaftliche Subsysteme determinieren kann. Vielmehr verstehen wir die Logik der kapitalistischen Gesellschaft als eine umfassende, die sich durch die Herstellung und Konstruktion widersprüchlicher Klassenverhältnisse nicht nur im ökonomischen Bereich auszeichnet. Konstitutiv für den Kapitalismus sind z.B. auch Ausbeutungsverhältnisse<sup>14</sup> zwischen Männern und Frauen sowie zwischen Zentrum und Peripherie<sup>15</sup> bzw.

---

12 Die Loharbeitenden sind nach Marx einerseits durch die entfremdenden Zwangsverhältnisse frei von Besitz an Produktionsmitteln und Produkten. Und andererseits „frei“, die einzige Ware die sie haben, nämlich ihre Arbeitskraft, auf dem Arbeitsmarkt anzubieten. Letztere „Freiheit“ wird im Marxismus jedoch wiederum als Zwang begriffen, da die Entscheidung, Lohnarbeit zu leisten, eben keine freiwillige ist, sondern ein gesellschaftlich produzierter Zwang.

<sup>13</sup> Unter Determinismus verstehen wir in dieser Arbeit einen rigiden, mechanischen Determinismus, der davon ausgeht, daß ein Ereignis oder eine Summe von Ereignissen notwendigerweise eine bestimmte Folge nach sich zieht. Dabei wird davon ausgegangen, dass die Ursachen eines Ereignisses immer angebar und berechenbar sind. In den Sozialwissenschaften bedeutet eine derartige deterministische Argumentationsweise die Sicht, dass ein bestimmtes soziales System, Subsystem oder eine gesellschaftliche Kategorie andere Ereignisse oder Systeme vollständig und notwendigerweise bestimmt. Der determinierten Instanz wird keine Autonomie in einem bestimmten Grad gegenüber der determinierenden Instanz zugestanden. Phänomene eines Systems werden also vollständig auf Ereignisse in einem anderen System zurückgeführt.

<sup>14</sup> Unter Ausbeutung verstehen wir in dieser Arbeit den Transfer von gratis geleisteten Quantas lebendiger Arbeit von Objekten zu Ausübenden dieses Prozesses. Dabei muss nicht notwendigerweise direkt Mehrwert entstehen.

Inländern und MigrantInnen. Der Kapitalismus ist daher grundsätzlich patriarchal und rassistisch, wobei dies aber nicht heißt, das eine ökonomische Dimension anderen vorgelagert ist, sondern dass der Kapitalismus ökonomische, geschlechtliche und rassifizierende Unterdrückung und Ausbeutung notwendigerweise umfasst.

Was in dieser Arbeit jedoch sehr wohl unterstellt wird, ist, dass die Ökonomie die gesellschaftliche Basis formt, der gegenüber die anderen gesellschaftlichen Subsysteme relativ autonom sind. Die Ökonomie determiniert diese also nicht, aber sie übt einen dominanten<sup>16</sup> Einfluss aus. Friedrich Engels legte mit seiner Definition des Materialismus die Ökonomie als determinierende Instanz der Gesellschaft fest: „Nach der materialistischen Auffassung ist das in letzter Instanz bestimmende Moment in der Geschichte: die Produktion und Reproduktion des unmittelbaren Lebens. Diese ist aber selbst wieder doppelter Art. Einerseits die Erzeugung von Lebensmitteln, von Gegenständen der Nahrung, Kleidung, Wohnung und den dazu erforderlichen Werkzeugen; andererseits die Erzeugung von Menschen selbst, die Fortpflanzung der Gattung“ (Engels 1884/1946, S. Vf). In dieser Arbeit wird hingegen davon ausgegangen, dass die Ökonomie zwar nicht das in letzter Instanz determinierende Moment der Geschichte ist, aber das in letzter Instanz dominierende Moment.

Durch die 2. Weltwirtschaftskrise Mitte der 1970er zeigte sich ein Bruch im Fordismus, das Ende des Glaubens an die immerwährende Prosperität und an den allzeitigen Wohlstand<sup>17</sup> war gekommen. Der Begriff der Krise war vor allem zu Zeiten des Fordismus ein Fremdwort in der nichtmarxistischen ökonomischen Theorie, propagiert wurde eine immerwährende Stabilität des Kapitalismus. Bereits Karl Marx erkannte hingegen, dass dem Kapitalismus eine strukturelle Krisenhaftigkeit innewohnend ist, die sich in der Form von periodischen Zusammenbruchstendenzen äußert. Marx betonte ebenfalls die Gegentendenzen zu dieser Zusammenbruchstendenz (siehe Marx 1894, S. 242-250). Die marxistische Krisentheorie entwickelte beginnend mit den Klassikern der Imperialismustheorie (wie Rosa Luxemburg, Vladimir I. Lenin, Rudolf Hilferding und Nikolai Bucharin) im Anschluss daran Marxens Krisenbegriff weiter. In der nichtmarxistischen ökonomischen Theorie wurde der Begriff der Krise nur am Rande verwendet, da es den Ökonomen nicht in den Sinn kam, daß die kapitalistische Entwicklung problemhaft und endlich verlaufen könnte.

In dieser Arbeit wird die These vertreten, dass es durch die Weltwirtschaftskrise zu einer Restrukturierung des Kapitalismus kam. Resultat davon ist ein neues kapitalistisches Entwicklungsmodell, der Postfordismus. Dieser bedeutet nicht das vollständige Ende des Fordismus, sondern vielmehr eine Wende innerhalb der kapitalistischen Logik. Diese bleibt einerseits in ihren Grundlagen zwar unangetastet, da es im ökonomischen Sinn prinzipiell um die erweiterte Akkumulation des Kapitals und die dazu notwendige Aneignung von Mehrwert geht. Die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen dazu haben sich aber weitgehend verändert. Der

15 Wobei sich das Verhältnis zwischen Zentrum und Peripherie inzwischen nicht auf eine globale Dimension beschränkt, sondern sich in den kapitalistischen Kernbereichen durch eine immer stärkere Prekarisierung der Lebensverhältnisse weiter Teile der Bevölkerung auszeichnet (Peripherisierung).

<sup>16</sup> Unter Dominanz verstehen wir in dieser Arbeit ein wechselseitiges Artikulationsverhältnis zwischen mehreren Systemen oder Kategorien, wobei die Wirkung der dominierenden Instanz auf die dominierten Instanzen größer ist als die Rück- und Einwirkungen letzter auf erste.

17 Wobei die Verbesserung der Lebensverhältnisse im Fordismus grundsätzlich nur einen kleinen Teil der Weltbevölkerung umfaßte und diese Wohlstandssteigerung auch nur relativ zu den Jahren des zweiten Weltkrieges zu sehen ist. Armut und prekäre Lebensverhältnisse existierten auch in den kapitalistischen Kernzonen, zugegebenermaßen aber nicht in dem Ausmaß, wie wir es heute unter der totalitären Dominanz des Neoliberalismus erleben.

sellschaftlichen Rahmenbedingungen dazu haben sich aber weitgehend verändert. Der tertiäre Bereich wird zu einem immer bedeutenderen Bereich der Profitrealisierung, die kapitalistische Produktionsweise ist immer stärker geprägt durch Lean Production, Outsourcing und die flexible Spezialisierung, neue Managementmethoden und flache innerbetriebliche Hierarchien prägen den ideologischen und organisatorischen Rahmen der Kapitalakkumulation, im institutionellen Gefüge der Gesellschaft wird der Neoliberalismus immer deutlicher zur vorherrschenden Form der Regulation und die Computertechnologie sowie I&K-Systeme als neues technologisches Paradigma sind Medium und Resultat der kapitalistischen Entwicklung.

Der Postfordismus als neues Entwicklungsmodell des Kapitalismus erfasst und verändert nicht die Grundfesten des kapitalistischen Weltsystems. Er transformiert jedoch viele gesellschaftliche Subsysteme ganz wesentlich. Die „unsichtbare Hand des Marktes“ und der Neoliberalismus prägen unsere Gesellschaft immer stärker, die Konsequenzen daraus werden immer deutlicher sichtbar. Der Postfordismus verändert nicht nur Ökonomie und Politik, sondern erfasst insbesondere auf einer ideologischen Ebene auch das Bewusstsein der Individuen.

Der Begriff Postfordismus darf nicht mit jenem der Postmoderne verwechselt werden. Wird die Moderne wie üblich als die die auf Fortschrittsdenken, Waren-, Wert- sowie Geldform, Lohnarbeits- sowie Profitprinzip und staatlicher Bürokratie basierende kapitalistische Gesellschaft begriffen, so kann heute nicht von einer postmodernen Gesellschaftsformation gesprochen werden, da unsere Gesellschaft noch immer wesentlich kapitalistisch geprägt ist. Eine Postmoderne könnte es daher erst dann geben, wenn die moderne Gesellschaft aufgehoben ist. Wird der Begriff der Postmoderne dennoch verwendet, so sollte dies eher im Sinn einer postmodernen Wende geschehen (vgl. Best/Kellner 1997, 2001), im Rahmen derer neue gesellschaftliche Phänomene emergieren, die jedoch nichts an der grundsätzlichen kapitalistischen Verfassung der Gesellschaft verändern.

Eine wesentliche These dieser Arbeit lautet, dass sich im Postfordismus eine Prekarisierung immer größerer Teile der Weltbevölkerung einstellt, sowohl in der Ersten als auch in der Dritten Welt: Massenarmut, technologische Massenarbeitslosigkeit, Ausweitung der prekären Beschäftigungs- und Lebensverhältnisse, ökologische Krise, verstärkter Rassismus und nationalistische Demagogie sind symptomatisch für die postfordistische Realität im Kapitalismus.

Ziel dieser Arbeit ist es, auf Basis der Selbstorganisationstheorie einen Vergleich zwischen unterschiedlichen Theorieansätzen anzustellen, die die Krise des Fordismus und den Übergang zum Postfordismus thematisieren. Da Fordismus und Postfordismus nicht nur als ökonomische, sondern als gesellschaftliche Kategorien begriffen werden, wird bei der Untersuchung insbesondere darauf geachtet, ob politische und soziale Aspekte in die Krisenanalyse miteinbezogen werden. Die wesentliche Frage dabei ist: Berücksichtigten die untersuchten Theorieansätze die hier unterstellte Verschärfung der Prekarisierung der Lebensverhältnisse im Zuge der fordistischen Krise?

Wenn von Fordismus und Postfordismus gesprochen wird, so bedarf es zuerst einer genaueren Analyse beider Entwicklungsmodelle und des Übergangs von der einen zur anderen im Rahmen der fordistischen Krise. Dies leistet der erste Abschnitt dieser Arbeit. Die dabei entwickelten Grundthesen sind Basis der Analyse der verschiedenen krisentheoretischen Ansätze. Die Ökonomie ist jenes gesellschaftliche Subsystem, in dem es um die Produktion und Allokation von Gebrauchsgütern und Ressourcen geht. Dies ist die grundsätzliche Formbestimmung der Ökonomie. Es zeigt sich jedoch auch eine spezifische Funktionsweise der Ökonomie in jeder Gesellschaftsformation. Die derzeitige Formation ist der Kapitalismus. Ökonomie ist daher in unserer Gesellschaft heute immer kapitalistische Ökonomie. Und diese basiert auf der Mehrwert produzierenden Lohnarbeit, auf der eine weitere Funktionsbestimmung aufbaut,

nämlich der Profit. Weitere grundsätzliche Kategorien sind der Tauschwert, die Ware, das allgemeine Äquivalent des Tausches - die Geldform -, das Kapital und sein permanenter Akkumulationsprozess. Im Kapitalismus tritt der Gebrauchswert der Güter hinter den Tauschwert. Relevant ist nicht der gesellschaftliche Bedarf an Gütern, sondern die Aussicht auf Profitrealisierung durch die Produktion bestimmter Waren.

In dieser Arbeit wird die kapitalistische Ökonomie als ein dynamisches und komplexes System verstanden, das sich durch seine eigene Evolution in Form der Akkumulation des Kapitals auf immer weiterer Stufenleiter reproduziert. Dies meint die permanente Weiterentwicklung ökonomischer und außerökonomischer Kategorien wie der Arbeitskraft, Produktionsmittel, Techniken, der Wissenschaft, der Methoden der Organisation von Arbeit und Produktion, um den erweiterten Prozeß der Kapitalakkumulation garantieren zu können. In den außerökonomischen Bereichen existieren durchwegs auch nichtökonomische Interessen und Dispositionen, die in bestimmten Artikulationsverhältnissen mit der Ökonomie stehen. Eine Basis für unsere Sichtweise ist die Theorie selbstorganisierender Systeme, die innerhalb der letzten Jahrzehnte zu einem interdisziplinären Forschungsansatz ausgeweitet wurde (zur Einführung siehe z.B. Fuchs (2000b), Böcher (1996)).

Die Selbstorganisationstheorie basiert auf mehreren Ansätzen:

- Der Allgemeinen Systemtheorie von Anatol Rapoport, Ludwig von Bertalanffy, Paul Weiss
- Der Kybernetik 1. Ordnung von Norbert Wiener, W. Ross Ashby und Stafford Beer
- Der Thermodynamik
- Der Evolutionstheorie
- Der Katastrophentheorie/Theorie dynamischer Systeme von René Thom, Christopher Zeeman, Robert Shaw und Ralph Abraham

Durch die Selbstorganisationstheorie wurde ein neues wissenschaftliches Paradigma geschaffen, dass durch die Betonung von Komplexität (Fraktale, Chaos, Ordnungsbildung), Nichtvorhersagbarkeit/Indeterminismus (Fluktuationen, Perturbationen, deterministisches Chaos, „Zufall“, Schmetterlingseffekt) und zirkulärer Kausalität/Nichtlinearität sich von den lange Zeit dominierenden und in Tradition des Newtonschen Paradigmas stehenden mechanistischen Ansätzen unterscheidet.

Wird Evolution nicht im Sinn der Darwinschen Tradition verstanden, sondern kybernetisch gefasst als die Veränderung von Systemen, deren Elementen, Strukturen, Zuständen und Verhaltensweisen, so ist jedes selbstorganisierende System auch ein evolutionäres System. Eine noch zu schaffende evolutionäre Systemtheorie müsste davon ausgehen, dass es unterschiedliche Organisationsebenen von Systemen gibt, die hierarchisch aufeinander aufbauen und zwischen denen es ein Komplexitätsgefälle gibt. Letzteres heißt, dass hierarchisch höher stehende Systeme komplexer sind als jene, die sich in der Organisationshierarchie weiter unten befinden. Ein biologisches System ist daher z.B. komplexer als ein chemisches, das Gesellschaftssystem wiederum komplexer als ein biologisches System. Das Komplexitätsgefälle bedingt, dass sich die unterschiedlichen Organisationsebenen durch emergente Eigenschaften auszeichnen, d.h. dass komplexere Systeme neue Qualitäten besitzen, die nicht auf die darunterliegenden Ebenen reduziert werden können. Ein solcher Komplexitätsbegriff geht (durchwegs im Einklang mit wichtigen systemtheoretischen Definitionen von Komplexität, vgl. dazu Edmonds 1999) davon aus, dass die Komplexität von Systemen auf einer bestimmten Organisationsstufe sich nicht nur ausschließlich durch die Anzahl der Elemente des Systems und den Verbindungen zwischen diesen Elementen ergibt, sondern dass die Komplexität der Systemteile ebenfalls berücksichtigt (d.h. addiert) werden muss.

Wenn eine Theorie evolutionärer Systeme in Betracht gezogen wird, so muss erwähnt werden, dass eine solche Theorie durch die wissenschaftliche Grundlagenarbeit in der Selbstorganisationstheorie von WissenschaftlerInnen aus unterschiedlichen Disziplinen ermöglicht wurde: In Physik und Chemie müssen Ilya Prigogine (Emergenz makroskopischer Strukturen in dissipativen Systemen, die sich fernab ihres thermischen Gleichgewichts befinden; siehe Nicolis/Prigogine 1989, Prigogine/Stengers 1993) und Hermann Haken (Synergetik: Ordnung aus dem Chaos, Prinzip der Ordnung und der Versklavung, siehe Haken 1978, 1983) erwähnt werden. Manfred Eigen (siehe Eigen/Winkler 1975; Eigen/Schuster 1979) beschrieb die Emergenz lebender Materie in einem Hyperzyklus autokatalytischer Reaktionen. Wichtige Arbeit wurde im Bereich der Selbstorganisation außerdem bei der Untersuchung von Ökosystemen (Holling 1973), in der Systemtheorie (Bertalanffy 1968, Foerster/Zopf 1962), bei der Analyse des deterministischen Chaos (Lorenz 1976) und in der fraktalen Geometrie (Mandelbrot 1982) geleistet.

Maturana und Varela (Maturana/Varela 1984) führten die Idee ein, dass lebende Systeme autopoietische sind, die sich reproduzieren und sich selbst aufrechterhalten können. Sie haben wesentliche Arbeit für die Etablierung des Radikalen Konstruktivismus als Epistemologie geleistet, indem sie das Gehirn als System beschrieben haben, das an seine Umwelt strukturell gekoppelt ist. Niklas Luhmann (Luhmann 1984) wandte die Autopoiesis auf die Gesellschaft an, indem er soziale Systeme als selbstreproduzierende interpretierte. Selbstorganisation wurde bisher auch in der Ökonomie (siehe z.B. Blaseio 1986, Laszlo 1992, Warnecke 1992) und der Zukunftsforschung (Mannermaa 1991) in Betracht gezogen. Als ein immer bedeutender werdender Bereich der Selbstorganisation zeigt sich die Untersuchung des Zusammenhangs von Information und Selbstorganisation (siehe Ebeling/Volkenstein 1990; Ebeling/Feistel 1992; Ebeling 1993a, 1993b; Ebeling/Freund/Schweitzer 1998; Goonatilake 1991; Haken 1987, 1988; Haken/Haken-Krell 1995; Mainzer 1998, Quiatt 1995, Fenzl/Hofkirchner/Stockinger 1998, Hofkirchner 1999, Fuchs 2000b).

Gesellschaft ist nach dem hier vertretenen Verständnis ein evolutionäres System, ein Subsystem davon ist die Ökonomie. Und diese ist in ihrer heutigen Ausprägung in unserer Gesellschaft kapitalistische Ökonomie. Die Evolution des Kapitalismus setzt sich durch periodische Krisenschübe durch. Um eine nähere Untersuchung dieser krisenhaften Evolution geht es in dieser Arbeit. Der Zusammenhang evolutionärer Systemtheorie und der zu untersuchenden Krisentheorien soll näher betrachtet werden. In Abschnitt 2 wird dazu eine Einführung in die Theorie evolutionärer und selbstorganisierender Systeme gegeben und der Kapitalismus als evolutionäres System interpretiert. In Abschnitt 3 erfolgt dann die Untersuchung und der Vergleich jener Krisentheorien, die die Krise des Fordismus und den Übergang zum Postfordismus zu beschreiben versuchen. Bei dieser Untersuchung wird versucht, den Zusammenhang zwischen einer Theorie evolutionärer Systeme und der ökonomischen Krisentheorie herzustellen und es wird insbesondere darauf Wert gelegt, herauszuarbeiten, ob die in Betracht gezogenen Ansätze Aspekte des sozialen und politischen Wandels im Zuge der fordistischen Krise berücksichtigen. Es soll analysiert werden, inwiefern die Verschärfung der globalen Probleme und die zunehmende Prekarisierung der Lebensverhältnisse berücksichtigt wird.

Die in dieser Arbeit analysierten Krisentheorien umfassen die Theorie langer Wellen (dabei insbesondere die Ausprägung bei den Anhängern Joseph Schumpeters und das marxistische Verständnis der langen Wellen bei Ernest Mandel), die marxistische Krisentheorie, die Regulationstheorie, den Keynesianismus und die ökonomische Theorie evolutiver Systeme. Von weiterem Interesse ist in dieser Arbeit die Rolle, die Technologie, und dabei insbesondere die Computertechnologie, in der Krise des Fordismus spielte. Wird das Verhältnis von Technik

und Gesellschaft betrachtet, so gilt es einerseits eine ausschließliche Determination der gesellschaftlichen Entwicklung durch die technische zu vermeiden. Ein solcher Technikdeterminismus wurde insbesondere in den klassischen konservativen techniksoziologischen und technikpessimistischen Arbeiten gepflegt (wie z.B. Ellul 1964, Freyer 1960, 1987; Habermas 1968, Heidegger 1962, Jünger 1956, Mumford 1974, Schelsky 1965, Spengler 1931). Andererseits sollte auch der umgekehrte Fall, nämlich die Betonung der Bestimmung der Technikentwicklung durch soziale Prozesse unter Vernachlässigung der Technikfolgenabschätzung, vermieden werden. Dies ist z.B. der Fall bei diversen Ansätzen des Sozialkonstruktivismus (wie z.B. Latour 1987) und der Technikgenese (wie z.B. Rammert 1998). Die wesentliche Frage dabei ist also: Bestimmt die Technik die Gesellschaft oder die Gesellschaft die Technik? Wird die Technik als eine die Gesellschaft determinierende Größe betrachtet, so kann von einem Technikdeterminismus gesprochen werden. Dabei wird oft angenommen, dass die Folgen des Technikeinsatzes aus Eigenschaften der Technik selbst entspringen. Wird das Hauptgewicht auf die Betonung der Technikgenese (=Technikentwicklung) in dem Sinn gelegt, dass die Gesellschaft den Einsatz und die Auswirkungen von Technologien determiniert, so kann von Sozialkonstruktivismus gesprochen werden. Dieser geht davon aus, dass die Technikgenese ein gesellschaftlicher Prozess ist, durch den Technologien als Produkte sozialen Handelns entstehen. Diese Position nimmt an, dass Technik ein soziales Konstrukt ist. Dabei wird häufig angenommen, dass die Auswirkungen der Technik nicht aus der Technik selbst entspringen, sondern gesellschaftliche Verhältnisse widerspiegeln. Eine weitere Ansicht, die in sozialkonstruktivistischen Technikdiskursen häufig zum Ausdruck gebracht wird, ist, dass die Folgen des Technikeinsatzes durch die soziale Konstruktion schon in die Technik eingebaut sind. Dies bedeutet, dass der Einsatz einer Technologie gewisse Folgen nach sich ziehen *mus*s, da sie schon im sozialen Entstehungsprozess der Technik angelegt sind.

Möglicherweise wird bei solchen Ansätzen übersehen, dass der Einsatz von Technologien eine Eigendynamik gewinnen kann, die nichtvorhersehbare Folgen nach sich zieht. Weiters kann diesem Ansatz entgegengehalten werden, dass nicht generalisiert werden kann, dass alle Technologien automatisch bestimmte Folgen nach sich ziehen. Bei der Militärtechnologie trifft dies z.B. zwar in dem Sinn zu, dass ihr Einsatz immer Tote als Opfer haben wird, da sie ausschließlich als Kriegsmaschinerie konstruierbar ist. Bei der Computertechnologie sind aber z.B. abhängig von gesellschaftlichen Rahmenbedingungen durchwegs verschiedene Szenarien des Einsatzes zur Gestaltung des Arbeitsprozesses vorstellbar. Ein Beispiel: Unter den derzeitigen Bedingungen wird die Computertechnologie vielfach zur Rationalisierung und Automation eingesetzt. Dies kann einen Anstieg der Arbeitslosigkeit und damit der Armut mit sich bringen. Vorstellbar ist aber auch, dass die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen so verändert werden, dass dieselben oder leicht modifizierte Technologien so eingesetzt werden, dass die Arbeitszeit für alle im gleichen Ausmaß verkürzt wird und dass alle von der dadurch entstehenden tendenziellen Aufhebung der Arbeit im gleichen Ausmaß profitieren. Dies ist aber auch abhängig von gesellschaftlichen Rahmenbedingungen: Es kann argumentiert werden, dass ein rein profitorientiertes und auf permanente Kostenreduktion orientiertes ökonomisches System „negative“ Folgen des Technikeinsatzes wie Arbeitslosigkeit zwar nicht vollständig determiniert, aber zumindest begünstigt.

Neben Technikdeterminismus und Sozialkonstruktivismus ist auch eine dialektische Position in Bezug auf das Verhältnis von Technik und Gesellschaft vorstellbar: Technik und Gesellschaft stehen in einem dialektischen Verhältnis, es bestehen wechselseitige Abhängigkeiten und Wechselwirkungen. Technik kann auf einer Mikroebene (die Ebene der Teile eines Systems) als wesentliches Element der Gesellschaft (Makroebene) gesehen werden. Die Wirkung

der Gesellschaft auf die Technik besteht darin, dass der Mensch Technik gestalten kann und über den Technikeinsatz und dessen Form entscheidet. Da die Technik auf die Gesellschaft rückwirkt, entstehen soziale Auswirkungen des Technikeinsatzes. Diese sind nicht immer vorhersehbar, oft entstehen unerwünschte Folgen. Der Technikeinsatz kann gesellschaftliche Probleme, die als emergente Phänomene der Gesellschaft gesehen werden können, erzeugen. Emergenz bedeutet dabei das Auftauchen neuer Systemeigenschaften, die nicht auf die Teile des Systems zurückgeführt werden können.

Eine solche dialektische Herangehensweise ermöglicht eine ausreichende Berücksichtigung der Wechselwirkungen zwischen Technik und Gesellschaft. Sowohl Technikgenese als auch Technikfolgenabschätzung werden in einem solchen Ansatz gleichermaßen berücksichtigt. Der Technikdeterminismus ist eine reduktionistische Herangehensweise in dem Sinn, dass er soziale Probleme auf einen Teil der Gesellschaft, nämlich die Technik, reduziert. Der Sozialkonstruktivismus kann als projektionistisch angesehen werden, da er soziale Prozesse und soziales Handeln auf Technik projiziert, indem behauptet wird, dass die Folgen der Technik in diese bereits unwiderruflich durch ihren sozialen Entstehungsprozess eingebaut werden. Dialektische Herangehensweisen gehen hingegen davon aus, dass Widersprüche sich einerseits bedingen und andererseits ausschließen. Sie sagen nicht: Entweder dies oder jenes. Sondern: Beides ist gleichzeitig möglich. D.h.: Technik beeinflusst Gesellschaft und Gesellschaft beeinflusst Technik.

Eine weitere Unterscheidung, die gemacht werden kann, ist jene zwischen Technikpessimismus und Technikoptimismus: Wird der Einfluss von Technik auf Gesellschaft bzw. von Gesellschaft auf Technik in einem positiven Licht gesehen, kann von Technikoptimismus gesprochen werden, wird er negativ interpretiert, so sprechen wir vom Technikpessimismus. In dieser Arbeit wird ein dialektisches Verhältnis von Technik und Gesellschaft angenommen und davon ausgegangen, dass Technologie sowohl Medium als auch Resultat der ökonomischen Evolution des Kapitalismus ist.

# 1. Fordismus und Postfordismus

Ziel dieser Arbeit ist die Ausarbeitung eines allgemeinen Modells der kapitalistischen Entwicklung auf Basis der Selbstorganisationstheorie. Dies wird vor allem in den Kapiteln 2 und 4 bewerkstelligt. Als Beispiel und Konkretisierung behandeln wir die Krise des Fordismus und den Übergang zum Postfordismus (vor allem in den Kapiteln 3 und 4). Dazu sollte aber auch klar sein, was unter Fordismus und Postfordismus zu verstehen ist. Daher werden wir in Abschnitt 1.1. Ökonomie, Politik und Kultur des Fordismus, in Abschnitt 1.2. die Gesellschaftsstruktur des Postfordismus näher betrachten. Bei beiden handelt es sich um sogenannte Entwicklungsmodelle des Kapitalismus, dies sind zeitlich stabile Einheiten, die sich durch bestimmte Ausprägungen von Ökonomie, Politik und Kultur kennzeichnen lassen. Der Kapitalismus ist ein Gesellschaftssystem, das sich zeitlich verändert. Dabei spielen, wie wir sehen werden, Gesellschaftskrisen eine wesentliche Rolle. Durch diesen zeitlichen Wandel verändern sich auch die einzelnen gesellschaftlichen Teilsysteme. D.h., dass über einen bestimmten Zeitraum gewisse vorherrschende Entwicklungen beobachtet werden können. Deren Gesamtbeschreibung wird als kapitalistisches Entwicklungsmodell bezeichnet.

## 1.1. Ökonomie, Politik und Kultur des Fordismus

Wir gehen zunächst auf die Ökonomie, im Anschluß daran auf Politik, Kultur und Technik im Fordismus ein.

### Die Ökonomie des Fordismus

Der Begriff „Fordismus“ wurde von Antonio Gramsci in den 20ern des vorigen Jahrhunderts geprägt. Zuerst wurde er im Aufsatz „Über Amerikanismus und Fordismus“ (in: Gramsci 1967) erwähnt. Dabei bezog er sich auf die sogenannte „Wissenschaftliche Betriebsführung“, die von Frederick Winslow Taylor eingeführt wurde (Optimierung der Organisation der Kapitalverwertung durch die Anwendung wissenschaftlicher Methoden auf die Arbeitsorganisation), und auf Henry Ford, der Taylors Grundsätze in seinen Betrieben anwandte. Für Gramsci war der Fordismus ein amerikanisches Phänomen, er konnte noch nicht erkennen, dass diese Organisationsweise des Kapitalismus nach dem zweiten Weltkrieg die dominante werden sollte.

#### Der Taylorismus

Taylor ging davon aus, dass die Arbeiterschaft durch das Management kontrolliert und überwacht werden muss, damit die Produktion reibungsfrei ablaufen kann. Er meinte, dass der Arbeiter prinzipiell zur Faulheit neige und sich von der Arbeit drücken wolle: „Zweifelloos neigt der Durchschnittsmensch bei jeder Beschäftigung zu langsamem und gemütlichem Tempo bei der Arbeit“ (Taylor 1919, S. 18). „Ich glaube mit der Behauptung, dass dieses ‘Sich-um-die-Arbeit-Drücken’ [...] das größte Übel darstelle, an dem gegenwärtig die arbeitende Bevölkerung [...] krankt, keinen Widerspruch fürchten zu müssen“ (Taylor 1919, S. 12). Dies müsse durch wissenschaftliche Methoden aus der Welt geschaffen werden. Taylor dachte also, dass dem Menschen das „Sich-um-die-Arbeit-Drücken“ angeboren sei. Eine solche Naturalisierung abstrahiert von den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, die auf das Bewusstsein der Arbeitenden einerseits rückwirken, aber dieses niemals determinieren können. Die

beitenden einerseits rückwirken, aber dieses niemals determinieren können. Die Entfremdung der Arbeit im Kapitalismus, die im Taylorismus vorangetrieben wurde, die Lohnarbeit als überlebensnotwendiger Zwang sowie die anstrengende Verausgabung der Arbeitskraft für fremde Zwecke führten in dieser - der fordistischen - und auch den vorhergehenden Phasen des Kapitalismus dazu, dass viele Arbeitende jede Gelegenheit nutzen, um sich der Lohnarbeit zu entziehen. Dies erklärt sich aus der Logik des Kapitalismus in seiner fordistischen Phase, ist jedoch nicht durch eine tendenziell rassistische Zuschreibung der Faulheit auf die Gene zu begründen.

Der Taylorismus sollte die Unterordnung der Arbeitenden unter die kapitalistische Logik und die Zerschlagung jedes möglichen Aufbegehrens im Keim ermöglichen. Als wesentlicher Widerspruch des Taylorismus kann aber jetzt schon festgehalten werden, dass die direkte Kontrolle der Arbeitenden für die Unternehmer kontraproduktive Dimensionen annehmen kann, da die permanente Überwachung, Disziplinierung und die Einengung des Handlungsspielraums der Arbeitenden ihre Leistungsbereitschaft hemmen kann, was in ein Sinken des Produktivitätszuwachses und einen Fall der Profitraten umschlagen kann.

Als wesentliche Elemente des Taylorismus können folgende betrachtet werden:

1. Zerlegung und Teilung des Produktionsprozesses
2. Strikte Vorgaben, wie die Arbeit auszuführen ist, und eine dementsprechende Betriebsorganisation, die auf einer hierarchischen Organisationsweise, Kontrollen, Überwachungen, Disziplinierungen, einer Standardisierung der Abläufe und einer Einengung des Handlungsspielraum der Arbeitenden basierte.
3. Trennung von planenden (Kopfarbeit) und ausführenden (Handarbeit) Tätigkeiten: „Alle Kopfarbeit unter dem alten System wurde von dem Arbeiter mitgeleistet und war ein Resultat seiner persönlichen Erfahrung. Unter dem neuen System musste sie notwendigerweise von der Leitung getan werden in Übereinstimmung mit wissenschaftlich entwickelten Gesetzen“ (Taylor 1919, S. 40). Gustav Winter (1920) behauptet, dass durch die Trennung dieser Tätigkeiten den Arbeitenden mehr geistiger Freiraum gewährt wurde. Der Arbeiter hätte im Taylorismus die Freiheit „seine Gedanken anderen (interessanteren) Dingen zuwenden“ können. Dadurch habe sich eine „Freude an der Tätigkeit selbst“ entwickelt. Tatsächlich wurde die tayloristische Arbeitsorganisation zumeist als monoton und abstumpfend empfunden. Dadurch ergab sich auch der eingangs erwähnte Widerspruch, dass nach einiger Zeit die Arbeitenden gegen diese Form der Verwaltung bewusst rebellierten, was die Kapitalakkumulation und das Anwachsen der Profite unterminierte. Die Menschen wurden zum „Anhängsel einer nach ökonomisch-rationalen Kriterien organisierten industriellen Megamaschine“ (Ribolits 1995, S. 99). Der „tayloristische Massenarbeiter“ wurde austauschbar, jede Anforderung an die Kreativität sollte vermieden werden. Henry Ford, der den Taylorismus in seinen Fabriken einsetzte, gab selbst zu, dass die Handgriffe „so eintönig [seien], dass man es kaum für möglich halten sollte, dass ein Arbeiter sie auf die Dauer verrichten möchte“ (Ford 1923, S. 123). Die Trennung von Hand- und Kopfarbeit betont auch Alain Lipietz in seiner Definition des Taylorismus: „Taylorism can be seen as the *rationalization* of production, based on an increasing separation of the ‘ideas people’ and organizers of production (engineers, and organization and maintenance staff) and the ‘operatives’ carrying out production - semi-skilled manual workers performing repetitive tasks“ (Lipietz 1992b, S. 4).

4. Versuch der zeitlichen Optimierung der Produktion durch Zeit- und Bewegungsstudien<sup>18</sup>: Unter Optimierung kann verstanden werden, dass versucht wurde, die Produktivität durch diese Methoden zu erhöhen. In Marxschen Kategorien kann dies als eine Form der relativen Mehrwertproduktion verstanden werden. Marx (1867) hat zwei Methoden der Produktion von Mehrwert beschrieben: Die Methode des absoluten Mehrwerts, bei der durch eine Verlängerung des Arbeitstages Mehrwert entsteht. Dies stößt jedoch einerseits an institutionelle Schranken in Form des gesetzlich beschränkten Normalarbeitstages und andererseits an eine physische Schranke, da die Arbeitenden nicht maßlos belastbar sind. Daher wird die Methode des relativen Mehrwerts immer bedeutender: Der Arbeitstag zerfällt dabei in zwei Teile: Die Arbeit, die notwendig ist, um das Lohnäquivalent zu produzieren und jene unbezahlte Mehrarbeit, die den Mehrwert produziert. Durch den technischen Fortschritt, d.h. die Entwicklung der technischen Produktivkraft, wird die Mehrarbeit verlängert. Der Einsatz produktiverer Maschinerie als Methode des relativen Mehrwerts hat zur Folge, dass der Arbeiter in derselben Zeit mehr produziert als zuvor, d.h. die Produktivität steigt. Dies stellt eine Intensifikation der Arbeit dar: der Exploitationsgrad der Arbeit/die Rate des Mehrwerts  $m/v$  steigt, da mehr Wert in kürzerer Zeit geschaffen wird. Dabei ist  $m$  der produzierte Mehrwert (also der Überschuß, den die Arbeiter produzieren und nicht bezahlt bekommen) und  $v$  das variable Kapital (jenes Kapital, das für Lohnkosten investiert werden muss). Durch die tayloristische Optimierung des Produktionsprozesses wurde versucht, mehr Mehrwert in kürzerer Zeit zu produzieren, also die Mehrwertproduktion zeitlich zu straffen. Die Arbeit wurde im großen Ausmaß verdichtet. Daher handelt es sich um eine Form der Produktion des relativen Mehrwerts. Dadurch erhoffte man sich bei der Realisierung des Mehrwerts einen Anstieg des Profits. Die Mehrwertrate stellt nichts anderes dar als das Verhältnis von Mehrarbeit zu notwendiger Arbeit. Im Taylorismus und Fordismus wird der Anteil der notwendigen Arbeit gesenkt und jener der Mehrarbeit erhöht. Dadurch steigt die Rate des Mehrwerts (=Exploitationsgrad der Arbeit).
5. Normierung und Vereinheitlichung der verwendeten Einzelteile: dadurch wurde versucht, den konstanten Anteil des Kapitals zu senken
6. Auswahl der Geeigneten für eine Arbeit

Die Optimierung des Produktionsprozesses durch Zeit- und Bewegungsstudien und die Disziplinierung der Arbeitenden konnte nur durch eine Veränderung der Organisationsweise des Betriebes erreicht werden: So wurden etwa die Experten, die die Studien durchführten, in eigenen Abteilungen zusammengefasst. Sogenannte Spezial- und Funktionsmeister (z.B. Unterrichtsmeister, Werkzeugmeister, Maschinenmeister, Transportmeister, Zeitmeister) überwachten die Einhaltung der den Arbeitenden gemachten Vorgaben sowie die Funktionsfähigkeit der Produktionsmittel und des Arbeitsablaufs. Die Entlohnung wurde in disziplinierender Manier an die Erfüllung eines vorgeschriebenem Pensums gekoppelt. Es handelte sich um eine Art des Leistungslohnes, der den Effekt hat, das es zu einer Konkurrenz und damit sehr leicht zu Anfeindungen zwischen den Arbeitenden kommt.

Die wissenschaftliche Optimierung des Arbeitsprozesses bestand darin, dass bei dem in kleinste Teile zerlegten Arbeitsprozess jede Bewegung gestoppt wurde. Dazu wurden die besten Arbeiter ausgewählt. Auf diese Art und Weise konnte die „wissenschaftliche Höchstleis-

---

<sup>18</sup> „außergewöhnliche Zeitersparnis und die damit verbundene Steigerung der Produktion, die sich für jeden gewerblichen Arbeiter erzielen lassen, wenn alle unnötigen Bewegungen ausgeschaltet, langsame Bewegungen durch schnelle und unökonomische durch ökonomische Handgriffe ersetzt werden“ (Taylor 1919, S. 24).

tung“ bestimmt werden. Alle unnötigen oder als unrentabel geltenden Handbewegungen wurden ersetzt durch rentablere. Die einzelnen Bewegungen eines Arbeitsschritts wurden äußerst genau analysiert und ihre Dauer auf Hundertstel Sekunden genau bestimmt.

Durch Abschläge von der Höchstleistung wurde eine Mindestleistung bestimmt, die jeder Arbeitende auf seiner/ihrer Arbeitskarte fand. Bei Erreichen wurde dann der festgelegte Mindestlohn bezahlt, bei einer Arbeitsleistung über dem Pensum gab es ein Bonussystem.

Auch wenn immer wieder das Gegenteil behauptet wurde und der Taylorismus als humane Organisationsweise der Arbeit dargestellt wurde<sup>19</sup>, muss gesagt werden, dass durch die Erhöhung der Rate des Mehrwerts, durch Optimierungen und Disziplinierungen die Exploitation der Arbeiter im Marxschen Sinn erhöht wurde. Diese bemisst sich nach der Rate des Mehrwerts und damit nach dem produzierten Mehrwert, ob sie einen Aspekt des Humanismus darstellt, mag fraglich sein.

Es wurde immer wieder angeführt, dass der Taylorismus die Löhne vervielfachte, ohne jedoch die verlangte Leistung im selben Ausmaß zu erhöhen. Dies zeige sich daran, dass die Arbeitenden nicht um ein vielfaches mehr erschöpft waren. Durch den Einsatz neuer Produktionsmethoden und -techniken erhöhte sich zwar die Anstrengung der Arbeitenden nicht im drastischen Ausmaß, ihre Verausgabung misst sich aber daran, wieviel Mehrwert sie produzieren. Und die Rate, um die die Mehrwertproduktion sich pro Zeiteinheit erhöhte, überstieg den Anstieg der Lohnrate logischerweise um ein vielfaches, da der Taylorismus ansonsten kein Anwachsen der Profitraten mit sich gebracht hätte. Die Verausgabung der Arbeitenden und damit ihre Ausbeutung vervielfachte sich also. Daher kann nicht von einer Humanisierung der Arbeit im Taylorismus ausgegangen werden. Die Lohnerhöhung stand nur in einem geringen Verhältnis zur Erhöhung der Arbeitsleistung. Diese Tatsache wurde jedoch meist genau umgekehrt dargestellt.

Der Taylorismus ging von einer Form des Sozialdarwinismus aus: Nur die Leistungswilligen würden überhaupt Arbeit in einem tayloristischen Betrieb finden. Die Produktion folgt mit dem Leistungslohn ganz dem Motto: „Wer etwas leistet, der kann sich was leisten“. Unberücksichtigt bleiben eben die ungleichen Rahmenbedingungen, mit denen Menschen im Kapitalismus grundsätzlich konfrontiert sind, die Abnützungserscheinungen durch die permanente Verausgabung der Arbeitskraft, die ungleiche Leistungsfähigkeit der Menschen und der humanistische Anspruch auf Wohlstand für alle unabhängig von Leistungsfähigkeit und -willigkeit. Henry Ford setzte den Taylorismus in seinen Fabriken um und konstituierte damit eine neue Produktionsweise, den Fordismus, nach der das sich nach 1945 herausbildende Entwicklungsmodell vielfach benannt wurde.

## Der Fordismus

Diese Produktionsweise basiert auf der Massenproduktion- und dem Massenkonsum und wurde nach dem 2. Weltkrieg ausgehend von den USA zur hegemonialen Produktionsweise des kapitalistischen Weltsystems. Ziel dabei war, durch Steigerung von Produktion und Konsumtion die Profitraten zu erhöhen. Es kann gesagt werden, dass der Fordismus nicht auf die Ökonomie beschränkt blieb, sondern ein neues Organisationsmodell des Kapitalismus darstellt, das Ökonomie, Politik, Kultur und Lebensweise veränderte. Wir wollen uns zunächst aber auf die

---

<sup>19</sup> Winter (1920) meint z.B., dass Taylor der Ansicht war, dass der Arbeitgeber um das Wohlergehen seiner Arbeiter in gleicher Weise besorgt sein müsse wie um sein eigenes (S. 55)

ökonomischen Aspekte konzentrieren. Als wesentliche Charakteristika der fordistischen Ökonomie können die folgenden betrachtet werden:

1. Verkopplung von Massenproduktion, Massenkonsum und Massenbeschäftigung: „Der Fordismus ist, in wenigen Worten, ein auf Massenproduktion und Massenkonsum basierendes Modell der Kapitalakkumulation“ (Jessop 1986, S. 12). Das Automobil als Schlüsselprodukt wurde zum Symbol dieser Massenproduktionsweise. Die absolute Beschäftigungszahl nahm in den fordistischen Zentren des Westens zu, und es zeigte sich eine Verlagerung der Beschäftigung von der Landwirtschaft in die Industrie und den Dienstleistungsbereich.
2. technische Veränderung der Produktionsweise: ausgehend von der Autoindustrie in den Fabriken Fords wurde die Fließbandproduktion großflächig ausgebaut. Bereits 1908 wurde von Ford das „Modell T“ als erstes fließbandmäßig produziertes Auto präsentiert.
3. Einsatz des Taylorismus als Organisationsweise der Arbeit
4. Durch die Steigerung der Produktivität sollte das Lohnniveau gehoben werden, was den Massenkonsum und damit die Massenproduktion erst ermöglichte. Damit wurde die Hoffnung auf ein Steigen der Profitraten verbunden. Fords unter dem Deckmantel der guten Absicht präsentiertes Ziel war, dass die Arbeitenden die Produkte, die sie herstellen, auch kaufen können sollten. Massenprodukte brauchen einen Absatzmarkt, ansonsten kann der Profit nicht realisiert werden. Daher war es aus einer rein kapitalistischen Logik für Ford logisch, dass die Löhne erhöht werden müssen. Wäre dies nicht der Fall gewesen, so kann angenommen werden, dass sich schon bald eine Überproduktionskrise eingestellt hätte. Daher war auch die Verbilligung der Produkte eine Notwendigkeit, was auf Grund der verminderten Herstellungskosten durch die Erhöhung der Mehrwertrate und damit der Produktivität einfach war. Zur ideologischen Einbindung der Arbeitenden in das fordistische Modell wurden nicht nur die Löhne erhöht, sondern auch die Arbeitszeit verkürzt<sup>20</sup>. Dies sollte die Arbeitenden ermutigen, mehr zu leisten. Es wurde davon ausgegangen, dass durch die Produktion immer größerer Stückzahlen die Stückkosten sinken, dadurch die Nachfrage stimuliert wird und so eine immer größere Anzahl von KonsumentInnen erreicht werden kann. Vom „Modell T“ wurden 1913/14 264.972 Stück hergestellt, 1923 schon 2.090.959. Der Preis hingegen viel von 1909 950 Dollar auf 295 Dollar im Jahr 1923 (Gottl-Ottilienfeld 1926, S. 62). Nur durch die relative Mehrwertproduktion und einer Erhöhung des Exploitationsgrads der Arbeit konnten die verkürzte Arbeitszeit, die höheren Löhne und der Massenkonsum ermöglicht werden.
5. Die Erhöhung der Löhne war Teil einer Durchkapitalisierung der Gesellschaft. Teil dessen war, dass „persönliche Dienstleistungen [...] durch industriell produzierte Waren oder kommerzialisierte Dienstleistungen ersetzt“ wurden (Hirsch 1995, S. 77). Damit hielt die Warenform Einzug in große Bereiche der Freizeit. Diese Durchkapitalisierung bedeutet, dass die kapitalistischen Verhältnisse von der Produktions- auf die Reproduktionssphäre übergreifen. Der Reproduktionsbereich wird im Fordismus zu einer entscheidenden Basis der Verwertung des Kapitals.
6. Revelli (1999) nennt als ein Merkmal des Fordismus, dass die Unternehmen zentralistisch organisiert waren. Alle für die Produktion entscheidenden Abläufe waren in einem Unternehmen räumlich und zeitlich lokalisiert. Es entstanden riesige Fabriksgelände, wie z.B. River Rouge von Ford, in dem es 105.000 Beschäftigte gab und das eine Oberfläche von

---

<sup>20</sup> 1914 kündigte Ford an, dass der Tageslohn von 2,30 Dollar auf 5 Dollar angehoben wird. Gleichzeitig wurde der 8-Stunden-Tag eingeführt. Bei 6 Arbeitstagen ergab sich damit die 48-Stunden-Woche.

- 1.115 ha umfasste. Die fordistische Produktionsweise zeichnete sich damit durch eine un-mittelbare Nähe aus.
7. Die vertikale Integration spielte eine wesentliche Rolle in der Produktionsweise. Es wurde versucht, die Zulieferindustrie und verwandte Industriezweige aufzukaufen und in den eigenen Produktionskomplex zu integrieren (Revelli 1999).
  8. Robert Castel (1997) nennt folgende Charakteristika des fordistischen Arbeitsverhältnisses:
    - 8.1. Eine klare Trennung zwischen Arbeitenden und Arbeitslosen
    - 8.2. Die Internalisierung der Konsumnorm durch die Arbeitenden
    - 8.3. Den zentralen Arbeitsplatz und eine reglementierte Zeitverwaltung des Arbeitsverhältnisses
    - 8.4. Die Etablierung öffentlicher Dienstleistungen, der Pflichtversicherung und die Verankerung eines Rechts auf Gesundheit, Unterricht, Ausbildung, Arbeit, Wohnen etc. (betrifft bereits die staatliche Ebene des Fordismus, siehe auch weiter unten)
  9. Nochmals extra erwähnt (obwohl bereits in die Charakteristika des Taylorismus aufgenommen) werden soll die relative Mehrwertproduktion durch die Steigerung der Produktivität (Erhöhung der Geschwindigkeit der Maschinen, Taylorisierung, neue Produktionsmaschinen). Wie erwähnt, hatte bereits Marx davon gesprochen. Werner Sombart (1927) unterscheidet in Analogie dazu eine extensive und eine für den Fordismus typische intensive Zeitökonomie. In der Regulationstheorie ist eine Unterscheidung zwischen einer extensiven und einer intensiven (wie im Fordismus) Akkumulationsweise üblich.

Gottl-Ottlilienfeld (1926) geht davon aus, dass Ford nicht auf der „Profitbasis“, sondern auf einer „Dienstbasis“ agierte (Gottl-Ottlilienfeld 1926, S. 78). Ford sei es also nicht um die Steigerung des Profits seiner Arbeitskräfte gegangen, sondern um die Besserstellung der Arbeitenden. Dass diese Besserstellung nur eine relative war, die nur in einem sehr unausgewogenen Verhältnis zur Steigerung von Profit und Exploitationsrate der Arbeit stand, wurde bereits erwähnt. Daher können auch Fords angeblich humanistische Ideale in Frage gestellt werden. Für Gottl-Ottlilienfeld war der Fordismus eine neue Form der Gesellschaft, ein „Führersozialismus“ (siehe ebd., S.81). Der Klassenwiderspruch zwischen Kapital und Arbeit sei gelöst im System des „Industrieführers“ Ford. Seinen Führerkult betrieb Gottl-Ottlilienfeld nicht nur in der Verehrung Fords, sondern später auch durch seine Verstrickung in den Nationalsozialismus als Spitzenrepräsentant der nationalsozialistischen Volkswirtschaftslehre. Und auch Ford selbst war diesem Führergedanken nicht abgeneigt (vgl. Kurz 1999, S. 458f).

Als nach dem zweiten Weltkrieg der Fordismus zur hegemonialen Weltordnung des kapitalistischen Weltsystems wurde, wurde damit die Hoffnung auf „immerwährende Prosperität und Wohlstand“ gesetzt. Die Steigerung des Wohlstands war jedoch nur eine relative. Es war ein Reichtum im Gegensatz zu den Kriegsjahren, der auf einen kleinen Teil der Weltbevölkerung beschränkt war. Und trotz allen Überschwangs war auch die Armut ein wesentliches Phänomen der kapitalistischen Zentren des Fordismus. Die aufkeimende 2. Weltwirtschaftskrise in 70ern sollte diese Hoffnungen schließlich endgültig zunichte machen.

Anja Ruf (1990) betont eine Verschränkung des Fordismus und des Imperialismus. Damit steht sie im Gegensatz zu Alain Lipietz, der davon ausgeht, dass imperialistische Aspekte des Kapitalismus im Nachkriegsfordismus verschwunden sind. Der Fordismus habe auf dem amerikanischen Expansionismus basiert, der einerseits andere Länder als Ressourcenlieferanten benötigt habe und andererseits andere kapitalistische Ökonomien durch Kredite und Direktinvestitionen in Abhängigkeit gebracht habe (Ruf 1990, S. 151). Die „koloniale Ausplünderung von Ressourcen und Arbeitskraft“ (ebd., S. 153) sei im Fordismus noch effektiver organisiert

worden. „Die imperialistische Expansion war also grundsätzliche Bedingung für die Entwicklung des Fordismus [...] der Fordismus musste andere Völker und Kontinente in Abhängigkeit bringen, um sich entfalten und durchsetzen zu können“ (ebd., S. 157). Die Hegemonie der USA und deren „Weltbeherrschung“ seien Ausdruck der imperialistischen Dimension des Fordismus. Wesentlich sei für den Fordismus auch der Transfer von Arbeitskräften als billige Arbeitsquelle aus der Dritten Welt in die kapitalistischen Zentren.

Robert Kurz (1999) weist darauf hin, dass der Nationalsozialismus im Kapitalismus wurzle und daher Auschwitz als eine negative fordistische Fabrik betrachtet werden kann: „Auch Auschwitz war eine fordistische Fabrik, genau wie ‘Volkswagen’. Die Vernichtungsmaschine wurde als ganz gewöhnliche kapitalistische Industrie betrieben, unter Beteiligung ganz gewöhnlicher Privatfirmen. [...] Aber Auschwitz war eine *negative* Fabrik. Dort wurde nichts produziert, sondern etwas ‘entsorgt’ - nämlich die phantasmagorische Verkörperung des gesellschaftlichen Abstraktionsvorgangs in einem warenproduzierenden System. Insofern war Auschwitz die äußerste Konsequenz des Fordismus als kapitalistischer Arbeits- und Industrie-religion: die industrielle Erlösung für die deutsche Blutsdemokratie durch die Vernichtung der Juden“ (Kurz 1999, S. 492f).

Daran kann kritisiert werden, dass ein qualitativer Unterschied zwischen dem Fordismus und dem Nationalsozialismus besteht. Im Fordismus geht es wie in jeder kapitalistischen Formation um die Nutznießung aus angewandter Arbeitskraft. Im Faschismus als Form des Kapitalismus trifft dies zwar auch zu, hinzu kommt jedoch die rassistische Dimension der „Vernichtung durch Arbeit“ und des rassistischen motivierten Massenmords. D.h. nicht, dass nicht jeder Kapitalismus den Rassismus benötigt und die Arbeitenden sich im Produktionsprozess nicht physisch und psychisch abnützen. Aber Auschwitz kann nicht als eine fordistische Fabrik betrachtet werden, denn es handelt sich hier um etwas qualitativ anderes, viel schrecklicheres. Eine Historisierung von Auschwitz wie bei Kurz erscheint aus diesem Grund problematisch. Die sogenannten „Konzentrationslager“ waren nicht die nationalsozialistische Durchsetzungsform des Fordismus, sondern verfolgten das Ziel der Massenvernichtung von als minderwertig konstruierten und zu ideologischen Feindbildern gemachten Gruppen. Nicht Massenproduktion- und Massenkonsum war das Ziel von Auschwitz, sondern Massenvernichtung. Robert Kurz erwähnt zwar auch, dass Auschwitz und die Judenvernichtung ein singuläres Ereignis waren, nichtsdestotrotz kann sein Vergleich von Auschwitz mit einer fordistischen Fabrik als eine tendenzielle Verharmlosung verstanden werden. Natürlich war der Nationalsozialismus mit dem Kapitalismus verschränkt, er ist aber nicht aus dessen Logik ableitbar, sondern stellt eine neue Qualität des Terrors und der Barbarei dar.

Die nationalsozialistische Ökonomie als Kriegswirtschaft ist mit der fordistischen Massenproduktion und dem Massenkonsum von standardisierten Waren des alltäglichen Gebrauchs nicht vergleichbar. Die Kriegswirtschaft brauchte Arbeitskräfte und fand diese in den ZwangsarbeiterInnen als unerschöpflicher Quelle lebendiger Arbeit sowie in den deutschen und österreichischen Frauen. Diese dominante Orientierung der Ökonomie am Krieg stand ganz im Gegensatz zu einer Standardisierung der Waren und dem Massenkonsum, wie es für den fordistischen Kapitalismus typisch ist. Der Nationalsozialismus war keine fordistische Form des Kapitalismus, sondern etwas qualitativ anderes. Die Kriegsindustrie war zwar auch ein wesentliches Moment des Fordismus nach dem 2. Weltkrieg, sie spielte jedoch keine dominante ökonomische Rolle.

Der italienische Kommunist Antonio Gramsci fand die fordistische Produktionsweise unterstützenswert, da sie die Lohnarbeitenden zwingt, sich als Teil eines gesellschaftlichen Gesamtarbeiters zu begreifen und da sie die Arbeitenden aus den traditionellen Berufs- und Privat-

verhältnissen herauslöse und ihnen mehr Eigenverantwortung abnötige. Er verband mit der Unterstützung des Taylorismus und des Fordismus die Hoffnung auf den Übergang zum Sozialismus.

Lenin (1918) sprach sich für eine Übernahme der fordistischen und tayloristischen Methoden in der Sowjetunion aus: „Das letzte Wort des Kapitalismus in dieser Hinsicht, das Taylorsystem, vereinigt in sich - wie alle Fortschritte des Kapitalismus - die raffinierte Bestialität der bürgerlichen Ausbeutung und eine Reihe wertvollster wissenschaftlicher Errungenschaften in der Analyse der mechanischen Bewegungen bei der Arbeit, der Ausschaltung überflüssiger und ungeschickter Bewegungen, der Ausarbeitung der richtigsten Arbeitsmethoden, der Einführung der besten Systeme der Rechnungsführung und Kontrolle usw. Die Sowjetrepublik muss um jeden Preis das Wertvolle übernehmen, was Wissenschaft und Technik auf diesem Gebiet erungen haben. [...] Man muss in Russland das Studium des Taylorsystems, die Unterweisung darin, seine systematische Erprobung und Auswertung in Angriff nehmen“ (Lenin 1918, S. 249f).

Für Lenin ging es also nicht um die Emanzipation von der Lohnarbeit und die Humanisierung der Arbeit, sondern um die möglichst effektive Rationalisierung der Arbeit und um die Kontrolle der Arbeitenden, um den Kapitalismus durch eine nachholende Modernisierung zu überrunden. Kein Wunder, dass dieser Leistungsfetisch auch schon mal in Menschenverachtung umschlug, wenn Lenin meinte: „Wer nicht arbeitet, der soll auch nicht essen! - das ist das praktische Gebot des Sozialismus“ (Lenin 1917, S. 412). Oder wenn er sich für den Arbeitszwang und die „schwerste Zwangsarbeit“ (ebd., S. 412) aussprach.

Durch die Etablierung des Fordismus wurden in den USA bereits in den 1920er-Jahren Hoffnungen geweckt, dass sich eine immerwährende Prosperität und ein immerwährender Wohlstand einstellen könnten. Durch die große ökonomische Krise wurden diese Hoffnungen jedoch plattgewalzt und die ökonomische Realität des Kapitalismus desillusionierte viele und holte sie auf den harten Boden der sich strukturell krisenhaft durchsetzenden Verwertungsmaschinerie zurück.

Die Ausgaben für die Finanzierung der Kriegsmaschinerie des 1. Weltkriegs nahmen ungeheure Dimensionen an. Finanzierbar war dies für die einzelnen Nationalstaaten nur durch Aufnahme von hohen Krediten und Anleihen. Viele Staaten verschuldeten sich dadurch im hohen Ausmaß. Eine andere Maßnahme bestand im Vorgriff auf Geld, das noch gar nicht im Rahmen der Kapitalakkumulation erwirtschaftet wurde. Die Produktion von Kriegsmaschinerie folgt nicht der industriellen Produktion im Rahmen der erweiterten Reproduktion wie sie von Marx im 2. Band des Kapitals beschrieben wird (ein rückgekoppelter Prozess der Form  $G-W..P-W'-G'$ , bei dem  $G'$  als Endpunkt wiederum zum Ausgangspunkt der weiteren Kapitalakkumulation wird). Kriegsmaschinerie wurde für den 1. Weltkrieg produziert. Da sie sich aber nicht durch Verkauf gegen mehr Geld als dem Investitionskapital austauschte, sondern als Vernichtungsmaschinerie Menschen vernichtete und dabei selbst vernichtet wurde, war keine Rückkopplung des Akkumulationsprozesses möglich (d.h.  $G'$  entstand gar nicht und konnte daher nicht Ausgangspunkt eines neuen Akkumulationsprozesses werden). Daher musste immer mehr Geld defizitär aufgebracht werden, um die Rüstung zu finanzieren.

Der Vorgriff des Staates auf noch nicht im Rahmen der Kapitalakkumulation erwirtschaftetes Geld äußerte sich als Inflationstendenz. Durch die Erhöhung der ausgeschütteten Geldmenge wurde dieses tendenziell entwertet, was sich in einem Anstieg der Warenpreise äußerte. Dies hatte viel schlimmere Auswirkungen auf viel mehr Menschen als in früheren Krisen des Kapitalismus, da inzwischen immer mehr Lebensbereiche kommodifiziert worden waren. Eine

Unabhängigkeit von der krisengeschüttelten Ökonomie durch Eigenproduktion war nicht mehr so einfach zu bewerkstelligen wie in früheren Phasen des Kapitalismus.

Die sich in allen Zentren des Kapitalismus in den 20er-Jahren des vorigen Jahrhunderts abzeichnende Krise hatte jedoch nur beschränkt die Wirkung, dass die Menschen die Selbstwidersprüche des Kapitalismus erkannten und gegen dieses System protestierten. Vielmehr war die faschistische Hetze gegen Juden und Jüdinnen erfolgreich, die nun als geldgierige Spekulanten hingestellt wurden, die für den ökonomischen Abschwung verantwortlich seien. Die Inflation konnte etwas eingedämmt werden, indem die kapitalistischen Nationalstaaten ihre Währung wieder an den Goldstandard banden. Dieser war wegen der ökonomischen Situation des 1. Weltkriegs aufgegeben worden.

Der Spekulationsboom der 20er-Jahre (Aktien, Immobilien) war nur ein Aspekt und Auslöser der ökonomischen Krise. Zur Spekulation mit Aktien und Immobilien kam eben die inflationäre Wirkung des Vorgriffs auf noch nicht erwirtschaftetes Geld durch den Staat hinzu. Am 24. Oktober 1929, dem berühmten „Schwarzen Freitag“, brach schließlich die New Yorker Börse zusammen und löste damit die bis dahin größte Krise des kapitalistischen Weltsystems aus. US-Banken zogen ihre Auslandsanlagen und Kapitalexporte im großen Ausmaß zurück, um Schäden zu begrenzen. Die USA waren zu diesem Zeitpunkt der größte Kreditgeber (vor allem an europäische Länder → Reparationszahlungen an die USA, Anleihen diverser Länder bei den USA, um Kriegskosten zu finanzieren). Daher ist es auch erklärbar, warum die Krise eine weltweite Dimension annahm. Gleichzeitig versuchten immer mehr Gläubiger und Sparer ihr investiertes Geld zurückzufordern. Die Anlagen und Kredite konnten aber in vielen Fällen nicht auf einmal zurückbezahlt werden, da die Schuldner und Banken solche Summen nicht auf einmal aufbringen konnten. Banken forderten Geld und Geld wurde von ihnen gefordert. Durch den Sturm auf die Banken brachen viele davon zusammen. Es zeigte sich, dass immer mehr Kredite „faul“ waren, d.h. welche, die nicht zurückbezahlt werden konnten. Auch viele Spekulanten, von denen nun ausstehendes Geld gefordert wurde, konnten durch ihre Spekulationsverluste dieses logischerweise nicht zurückzahlen. Eine Suizidwelle war die Folge. Weltweit ging eine Unzahl von Unternehmen bankrott und die Arbeitslosenraten stiegen drastisch an. Die Löhne sanken dramatisch, viele Menschen wurden bettelarm, obwohl sie einer Vollbeschäftigung nachgingen. Eine weitere Folge war eine globale Deflation, d.h., dass die Warenpreise immer weiter sanken. Die Banken vergaben keine oder nur mehr wenige neue Kredite, da sich die alten eben als „faul“ erwiesen hatten. Unternehmen konnten dadurch keine Investitionen tätigen und gingen bankrott. Dadurch stieg die Arbeitslosigkeit, und die Einnahmen des Staates aus Steuern sanken. Es bestand also ein Mangel an Geld, was eine deflationäre Wirkung auslösen muss. Gleichzeitig sanken die Industrieproduktion und die Sozialproduktion der meisten kapitalistischen Staaten. Die USA erhöhten in Folge der Krise die Schutzzölle, was auch zu einer weltweiten Verschärfung beitrug. Eine weltweite Abwertungstendenz der Nationalwährungen und Schutzzollpolitiken führten zum Zusammenbruch des Welthandels.

Eine Ursache der 1. Weltwirtschaftskrise war auch die weltweite Überproduktion im Agrarsektor. Es zeigte sich eine Disproportionalität zwischen Produktionsmittel- und Konsumgüterindustrie, es wurden zu viele Produktionsmittel hergestellt, nach denen keine Nachfrage erzeugt werden konnte. Die dadurch entstehende tendenzielle Arbeitslosigkeit schwächt jedoch wiederum die Nachfrage nach Konsumgütern ab. Die Krisenspirale verschärft sich dadurch weiter. Dies ist ein grundsätzlicher struktureller Widerspruch des Kapitalismus.

Obwohl die erste Weltwirtschaftskrise das kapitalistische Weltsystem stark beeinträchtigt hatte und eine tiefe strukturelle Krise des Kapitalismus darstellte, zeigte sich in den „Goldenen Nachkriegsjahren“, in denen ein Wirtschaftswunder nach dem anderen aufzublühen schien,

derselbe Optimismus wie in den 20ern, der davon ausging, das eine immerwährende Stabilität erreicht sei. Durch die 2. Weltwirtschaftskrise 1929/33 erfolgte auch hier wiederum eine Desillusionierung der Hoffnungen, die in das „Goldene Zeitalter“ (1950-1973) gesetzt wurden. Wir wollen nun auf die Politik im Fordismus näher eingehen.

## Die fordistische Politik

Der Staat kann als eine institutionalisierte und hegemoniale Politikform des Kapitalismus betrachtet werden. Wenn wir uns damit auseinandersetzen, welche Rolle der Staat im Fordismus spielt, so muss als Grundlage verdeutlicht werden, dass der Staat ein integraler Bestandteil des Kapitalismus ist. Es gibt also allgemeine Qualitäten des kapitalistischen Staates, durch die sich dieser prinzipiell auszeichnet. Und es gibt spezifische Ausprägungen davon und neue Qualitäten des Staates in jeder Phase des Kapitalismus. Bei der Darstellung der allgemeinen Charakteristika des kapitalistischen Staates folgen wir der sogenannten marxistischen „Staatsableitungsdebatte“. Bei diesem Diskurs in den 70ern des vorigen Jahrhunderts ging es darum, zu zeigen, dass der Staat nicht den Kapitalismus zivilisieren könne, sondern dass er eine wesentliche Formbestimmung der kapitalistischen Gesellschaft sei. Die grundsätzlich zu beantwortende Frage war: Welche Rolle spielt der Staat im Kapitalismus? Es sollte vor allem der sozialdemokratischen Reformismus, der eine Bändigung des Klassenkonflikts im Fordismus durch den Staat sah, kritisiert werden.

Marx und Engels arbeiteten keine Theorie des Staates aus, da dies erst nach der ökonomischen Theorie des Kapitalismus erfolgen sollte. Nichtsdestotrotz machten sie Anmerkungen dazu. Für Marx war der Staat „die Form der Organisation, welche sich die Bourgeois sowohl nach Außen als nach innen hin zur gegenseitigen Garantie ihres Eigentums und ihrer Interessen notwendig geben“. Er sei die Form „in welcher die Individuen einer herrschenden Klasse ihre gemeinsamen Interessen geltend machen und die ganze bürgerliche Epoche einer Epoche sich zusammenfasst“ (*Deutsche Ideologie*, MEW, Band 3, S. 62). Für Engels war der Staat ideeller Gesamtkapitalist: „Je mehr Produktivkräfte er [der Staat, Anm. CF] in sein Eigentum übernimmt, desto mehr wird er wirklicher Gesamtkapitalist, desto mehr Staatsbürger beutet er aus. [Der Staat bleibt] [...] was auch seine Form, [...] eine wesentlich kapitalistische Maschine, Staat der Kapitalisten, der ideelle Gesamtkapitalist“ (MEW, Band 20, S. 260). Mit diesem Verständnis kann übrigens auch der Staat im „Realsozialismus“ als der reelle Gesamtkapitalist betrachtet werden, da das Privateigentum als Staatseigentum zentralisiert wurde und die wesentlichen Formkategorien des Kapitalismus beibehalten wurden.

Als grundsätzliche Funktionen des Staates im Kapitalismus können nun folgende betrachtet werden:

1. Organisation der Infrastruktur und der Rahmenbedingungen der Kapitalakkumulation sowie der kapitalistischen Produktion und Reproduktion (Forschung, Bildung, Wissenschaft, Garantie der Rechtsverhältnisse, Gesundheitswesen, Verkehr, Reproduktion der Arbeitskraft, Garantie der Verfügbarkeit von Lohnarbeit, Subventionspolitik, Finanz- und Kreditwesen, Steuerpolitik, Stadtsanierung, Umweltschutz, Raumordnung, Reproduktion der Arbeitenden usw.). Der Staat ist Gesellschaftsplaner des Kapitalismus: „Die reale Funktion als Gesellschaftsplaner wächst dem Staat insofern aus der Kapitalbewegung zu, als der Akkumulationszwang die Tätigkeit des Kapitals auf die eigene Verwertung und Realisierung, also auf die bloß ökonomische Reproduktion einengt [...] Das Einzelkapital schafft es nicht, soziale Auseinandersetzungen und Konflikte, zugespitzt: den Klassenkampf, planbar zu machen.

Selbst bei geringfügigen Umweltkonflikten muss es bekanntlich die staatliche Vermittlung einschalten“ (Agnoli 1995, S. 50).

Der kapitalistische Staat ist notwendigerweise Nationalstaat, da dadurch einfachere zugängliche nationale Märkte (Waren, Arbeitskraft) geschaffen werden und die Herstellung und Reproduktion der bestehenden Verhältnisse einfacher kontrolliert werden kann. In Bezug auf die Rolle des Staates hinsichtlich der Reproduktion des Kapitalismus gibt es zwei unterschiedliche Positionen: Die eine geht davon aus, dass der Staat regulativ eingreift, wenn der Reproduktionsprozess des Kapitals versagt und unterbrochen wird (z.B. Altvater 1972, 1973), die andere meint, dass der Staat die Funktion habe, die Bedingungen für die Selbstreproduktion des Kapitals herzustellen (z.B. Hirsch 1974b). Es wird also von der zweiten Position eine Selbstreproduktionsfähigkeit des Kapitalismus unterstellt, dessen Rahmenbedingungen der Staat organisiert. Die erste Ansicht geht hingegen davon aus, dass der Staat dann in die Reproduktion eingreift, wenn die Konkurrenz versagt, um den Reproduktionsprozess des Kapitals zu garantieren.

2. Absicherung des Kapitalverhältnisses durch Gesetzgebung, Justiz, Polizei und Militär und das staatliche Gewaltmonopol: der Staat bedeutet die „Zentralisierung des gesellschaftlichen Gewaltpotentials in einer gegenüber dem Reproduktionsprozess verselbständigten Instanz“ (Hirsch 1974a, S. 89). Er wird dabei als allgemeine Instanz angesehen, die eine gewisse Eigenständigkeit besitzt und nicht unmittelbar mit der ökonomischen Entwicklung gekoppelt ist (Agnoli 1995, S. 28f, 33). Die Punkte 1 und 2 lassen sich folgendermaßen zusammenfassen: „Dem Kapital ist der Staat das Instrument der Durchsetzung seiner Interessen und gleichzeitig der notwendige Organisator des äußeren Rahmens für die Verwirklichung solcher Interessen“ (Agnoli 1995, S. 38).
3. Organisation von Gegenteilstendenzen zum tendenziellen Fall der Profitraten und der krisenhaften Zusammenbruchstendenzen des Kapitalismus (Hirsch 1973, S. 225; Hirsch 1974b, S. 42, 235)
4. Herstellung der Einheit der Fraktionen des Kapitals: Nicos Poulantzas (1975) geht davon aus, dass die Klassen keine homogenen Einheiten darstellen, sondern dass sie intern fraktioniert sind. Der Staat halte die kapitalistische Gesellschaftsform zusammen, er sei ein Kohäsionsfaktor, der die Einheit der fraktionierten Bourgeoisie organisiere (vgl. auch Agnoli 1995, S. 24). Er sei für die Organisation des „Blocks an der Macht“ verantwortlich. Dies sind die jeweils herrschenden Klassen und Fraktionen. Als Aufgabe des Staates kann die Formulierung eines kapitalistischen Gesamtinteresses angesehen werden, das die zersplitterten und konkurrierenden Kapitalfraktionen eint. Die kapitalistische Gesellschaft zeichnet sich also nicht ausschließlich durch einen sich politisch im Klassenkampf äußernden Konflikt aus, sondern sie ist vielmehr geprägt durch eine Vielzahl an Konflikten. Dies sind auch geschlechtliche, religiöse, kulturelle usw. Konflikte, nicht nur Konflikte zwischen Klassen und Klassenfraktionen.
5. Befriedung der ArbeiterInnenklasse: um nicht gewalttätig die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Ordnung durchsetzen zu müssen, agiert der Staat ideologisch als massenintegrativer Apparat (Althusser 1977, Poulantzas 1975; Hirsch 1976, 1977). Eine wesentliche Rolle dabei spielen die Regulation des Klassenverhältnisses durch Instrumente wie Sozialpartnerschaften, Zugeständnisse an die ArbeiterInnenklasse und die Gewerkschaften sowie der klassenneutrale Schein des Staates. Letzterer bezieht sich darauf, dass der Staat vorgibt, durch sozialpolitische Maßnahmen die Arbeiterinteressen zu vertreten, damit die Arbeitenden den Klassencharakter des Staates nicht durchschauen: „In der Tat gehört es zur Ideologie und zur Verschleierungstendenz des heutigen Kapitalismus, Planungelemente, Kri-

senmanagement und Systematisierung kollektiver Vorgänge als nicht mehr kapitalistische auszugeben, sondern als (positive) Folgeerscheinung des Machtantritts klassenenthobener, an Verwertungsinteressen nicht mehr gebundener und vom Kapital daher nicht mehr gesteuerter oder steuerbarer Führungsgruppen“ (Agnoli 1995, S. 62). Die ideologische Funktion des Staates besteht in dem Versuch, einen Konsens von Beherrschten und Herrschenden herzustellen, der Staat hat immer mit Aspekten der Hegemonie zu tun: „the State is the entire complex of practical and theoretical activities with which the ruling class not only justifies and maintains its dominance, but manages to win the active consent of those over whom it rules“ (Gramsci 1971, S. 244).

Es kann gesagt werden, dass sich der Staat als Herrschaftsform, wie wir ihn heute kennen, erst in der kapitalistischen Gesellschaft herausgebildet hat. Im Feudalismus fiel das Politische und das Ökonomische meist zusammen, die Herrschaft bildete eine Einheit. Durch die Bildung des Staates treten Politik und Ökonomie auseinander, der Staat wird zu einer eigenständigen Herrschaftsform, die allerdings durch ihre Integration in den Kapitalismus in einem wechselseitigen Verhältnis mit der Ökonomie steht.

Es kann nicht davon ausgegangen werden, dass Staat und Politik Überbauphänomene sind, die von einer ökonomischen Basis in letzter Instanz determiniert werden. Vielmehr besteht jede Gesellschaft – wie wir im Verlauf dieser Arbeit noch näher sehen werden - aus den drei Subsystemen Ökonomie, Politik und Kultur. Diese stehen jeweils in wechselseitigen Verhältnissen zueinander. Das Ökonomische dominiert das Politische und das Kulturelle, kann es aber niemals vollständig determinieren, da es immer auch Rückwirkungen gibt, durch die Wirkungen aus anderen Subsystemen Ursachen im ökonomischen System auslösen können. Es muss also von komplexeren Ursache-Wirkungs-Relationen zwischen den einzelnen gesellschaftlichen Bereichen ausgegangen werden. Diese Kausalität folgt aber nicht einer einfachen mechanistischen, bei der jede Wirkung genau eine Ursache hat und umgekehrt. Vielmehr können Wirkungen viele Ursachen haben (auch welche, die aus anderen und mehreren gesellschaftlichen Teilsystemen stammen und Kombinationen davon) und Ursachen viele Wirkungen auslösen. Die gesellschaftliche Kausalität ist also eine komplexe und multidimensionale.

Diese Dimensionen des kapitalistischen Staates blieben im Fordismus grundsätzlich erhalten. Was war nun aber das qualitativ Neue der staatlichen Politik?

Im fordistischen Staat entwickelte sich das, was heute mit den Begriffen „Wohlfahrtsstaat“ oder „Sozialstaat“ bezeichnet wird. Dabei handelt es sich um kollektive soziale Schutzmaßnahmen, die die physische und psychische Existenz der Arbeitenden garantieren sollten. Das Modell des Massenkonsums und der Massenproduktion konnte überhaupt nur durch eine solche Strategie ermöglicht werden. Andererseits muss auch gesagt werden, dass der Wohlfahrtsstaat ein Ergebnis des Klassenkampfes zu Gunsten der Seite der Arbeitenden war. Die staatliche Sozialpolitik garantierte im Fordismus die Reproduktion der Arbeitskräfte und regulierte das Angebot an Arbeitskräften. Auf der motivationalen Ebene war eine mentale Integration und Identifikation der Arbeitenden in bzw. mit dem Fordismus durch die staatliche Politik vorgesehen.

In der Etablierung des Wohlfahrtsstaates zeigt sich ganz deutlich das vermittelte Verhältnis von Politik und Ökonomie in der Gesellschaft. Weder das Ökonomische noch das Politische bestimmte die Ausbildung des Wohlfahrtsstaates vollständig. Determination durch das Ökonomische hieße nämlich ausschließliches Zugeständnis der etablierten Gruppen an die Arbeitenden, um den Fordismus zu ermöglichen. Determination durch das Politische hieße, dass der fordistische Staat ausschließliches Ergebnis des Klassenkampfes gewesen wäre. Es sind aber beide Ebenen von Bedeutung, wobei jedoch gesagt werden kann, dass die Dominanz des Öko-

nomischen, wie sie im Kapitalismus grundsätzlich anzutreffen ist, bedeutet, dass die ökonomisch herrschenden Klassen die Etablierung des Wohlfahrtsstaates verhindern hätten können.

Der fordistische Staat war keynesianischer Staat. D.h., dass der Staat lenkend in die Ökonomie eingriff. Der Keynesianismus bedeutete also staatliche Eingriffe in die Ökonomie, den bürokratischen Ausbau des Sozialstaates, geplante Geld-, Fiskal-, Industrie-, Forschungs-, Konjunktur-, Wachstums-, Einkommensverteilungs- und Beschäftigungspolitik sowie die Anerkennung der Gewerkschaften als politische Kraft (ein Ausdruck dessen sind die Sozialpartnerschaften als institutionalisierte Klassenkompromissfindungsformen). Keynes sprach von der „Notwendigkeit bewussten Managements“ und der „Sozialisierung von Investitionen“. Der Staat wurde als Interventionsmechanismus begriffen, der eingreift, wenn private Investitionen nicht ausreichen, um eine Depression oder andere ökonomische Probleme zu beenden.

John Maynard Keynes (1936) ging davon aus, dass das Saysche Theorem falsch sei. Dieses besagt, dass sich durch die „unsichtbare Hand“ des Marktes automatisch ein Gleichgewicht von Angebot und Nachfrage einstellen muss. Say galten die Produktionsfaktoren Kapital und Arbeit als substituierbar. Sie werden demnach stets so gewählt, dass es den Bedingungen am besten entspricht: Die Summe der Preise dieser Faktoren sei kleiner als die Summe aller anderen möglichen nutzbaren Faktoren. Ist dies nicht der Fall, so würden die Unternehmer nach billigeren Faktoren suchen. Ein ständiges Gleichgewicht von Kapital und Arbeit wird propagiert, Arbeitslosigkeit könne daher langfristig nicht auftreten. Die Lohnrate regle den Arbeitsmarkt, je nach ökonomischer Situation seien daher niedrigere oder höhere Löhne angebracht. Das Problem sei daher nicht, dass die Arbeitslosen keine Arbeit finden können, sondern dass sie nicht zu jenen Preisen arbeiten, die die Unternehmen bezahlen können/wollen.

Keynes meinte im Gegensatz dazu, dass eine mangelnde Nachfrage Arbeitslosigkeit produzieren kann: „Der Hang zum Verbrauch und die Rate der Neuinvestition bestimmen unter sich die Menge der Beschäftigung [...] Wenn der Hang zum Verbrauch und die Rate der Neuinvestition zu einer unzureichend wirksamen Nachfrage führen, wird das tatsächliche Niveau der Beschäftigung hinter dem Arbeitsangebot, das zum bestehenden Reallohn potentiell verfügbar sein mag, zurückbleiben [...] Diese Analyse gibt uns eine Erklärung für das Paradox der Armut mitten im Überfluss. Denn das bloße Vorhandensein einer Unzulänglichkeit der wirksamen Nachfrage kann und wird oft die Zunahme der Beschäftigung zum Stillstand bringen“ (Keynes 1936, S. 26f).

Keynes Lösungsvorschlag war das sogenannte „Deficit Spending“: Der Staat müsse durch Interventionismus in die Ökonomie die Investitionen und den Verbrauch anregen. Das Massenkonsum- und Massenproduktionsmodell des Fordismus benötigte also nach der Theorie von Keynes staatliche Unterstützung und Intervention, um überhaupt zu funktionieren. Die Förderung der staatlichen Investitionen, so Keynes, müssten über ein Defizit des Budgets finanziert werden. Dabei bestand jedoch die Gefahr, dass das „Deficit Spending“ die Inflation steigert, also das Defizit durch die Steigerung der im Umlauf befindlichen Geldmenge zu mildern versucht wird. Keynes meinte jedoch, dass nicht jede Zunahme der Geldmenge inflationär wirken müsse.

Das korporative System, wie es in unseren Breiten in der Form von Sozialpartnerschaften institutionalisiert wurde, stellt im Fordismus einen Verhandlungsmechanismus zwischen den Klassen dar, mit dem versucht wird, den grundsätzlichen Klassenwiderspruch zu institutionalisieren und damit durch eine künstliche Konstruktion abzuschwächen sowie den sich daraus ergebenden Klassenkampf aufzuheben. Eine Folge davon war z.B. in Österreich das Ausfallen von großen Streiks, da die Vermittlung am Tisch durch die „Sozialpartner“ forciert wurde. Es wurde vor allem von der Sozialdemokratie davon ausgegangen, dass der Kapitalismus durch

Reformen, Wahlen, den Staat und das korporative System dauerhaft „zivilisiert“ werden könnte. Der Wohlfahrtsstaat und der Korporatismus hatten mit dem klassenneutralen Schein des Staates zu tun. In der Staatsableitungsdebatte der 1970er wurde in diesem Zusammenhang davon ausgegangen, dass der Staat durch wohlfahrtsstaatliche Maßnahmen eher die Reproduktion ökonomischer Interessen erreiche als die Repräsentation der Interessen der Arbeitenden.

Joachim Hirsch (1980) betont, dass der fordistische Staat ein „Sicherheitsstaat“ im doppelten Sinn war: Er garantierte eine gewisse soziale Absicherung und fungierte andererseits als eine Art Überwachungsstaat. Auf der einen Seite stand also die Steigerung des Lebensniveaus für die Massen in den fordistischen Zentren, um den Fordismus überhaupt aufrechterhalten zu können, auf der anderen der bürokratische Kontroll- und Überwachungsstaat.

Der Fordismus war politisch gesehen nationalstaatlich organisiert, eine internationale Dimension stellte das Bretton Woods-System dar, an dessen Ausarbeitung Keynes beteiligt war. Damit wurde die internationale kapitalistische Weltwirtschaftsordnung der Zeit nach dem 2. Weltkrieg konstituiert. Diese beruhte auf dem Prinzip der Liberalisierung des Welthandels und der Ansicht, dass diese Liberalisierung den Sicherheitsstaat unterminiere, was die Regulation von Kapitalflüssen erforderlich mache, um Kapitalflucht zu vermeiden. In diesem System wurden fixe Wechselkurse zwischen den einzelnen Währungen und dem Dollar installiert. Einzig der Dollar als stabilste Währung, was sich aus der internationalen Hegemonie der USA im Fordismus ergab, hielt seine Deckung mit Gold aufrecht. Andere Nationalwährungen wurden an den Dollar in einem fixen Austauschverhältnis gebunden. Als Grundlagen des Systems wurden der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Weltbank geschaffen, die im Fall von Zahlungsunfähigkeit Kredite an die betroffenen Nationalstaaten gaben. Durch das System von Bretton Woods wurde der Dollar zum Weltgeld. Damit wurde der weitere Ausbau der US-Hegemonie begünstigt. Das Bretton-Woods-System „erleichterte den US-Konzernen die Eroberung fremder Märkte durch Direktinvestitionen“ (Scherrer 1992, S. 131).

Der Wert der Währungen aller 44 dem Bretton Woods-Abkommen beitretenden Staaten wurde 1944 durch ein festes Verhältnis zum Dollar bestimmt. Der Wert des Dollars wurde auf 1/35 Unze Gold festgesetzt. Die USA gingen die Verpflichtung ein, jeden Dollarbetrag jederzeit in die zugrundeliegende Goldmenge umzutauschen.

## **Kultur und Lebensweise im Fordismus**

Der Fordismus entwickelte sich zu einer Organisationsform des Lebens, die auch gern als „American Way of Life“ bezeichnet wird. Sie kann durch Elemente wie Massenkonsum, Geldausgeben statt Sparsamkeit, Wegwerfprodukte, schnelle Befriedigung von Bedürfnissen und der Erzeugung von immer neuen Bedürfnissen charakterisiert werden. Die USA wurden zur heute auch bei uns so prägenden Fast Food-Gesellschaft, in der ein hoher Grad an Flexibilität angesagt war (oftmaliger Wechsel von Job und Wohnort usw.) und in der seither eine für damalige Verhältnisse qualitativ neue Form der Kultur anzutreffen ist.

Der Alltag der Menschen wurde durch eine Vielzahl von neuen, standardisierten Waren geprägt. Beispiele dafür sind Schallplatten, Fernseher, Pauschalreisen, Autos usw. Durch die Reklame wurde ein Bild forciert, das vermittelte, dass der Besitz dieser Waren unerlässlich sei. Der Fordismus hatte also auch eine Art ideologische Seite, die vermittelt(e), dass der Massenkonsum immer neuerer und immer weiterer Waren sinnvoll und notwendig ist.

Diese neue Lebensweise breitete sich durch die US-Hegemonie des Fordismus in den wesentlichen kapitalistischen Zentren in unterschiedlicher Intensität aus. Damit einher ging eine

oftmalige Idealisierung des American Way of Life im außeramerikanischen Raum. Es wurde davon gesprochen (und das ist auch heute noch der Fall), dass die USA das „Land der unbegrenzten Möglichkeiten“ und das „Land der großen Freiheit“ seien, in dem man vom Tellerwäscher zum Millionär werden kann. Die Menschen haben die Freiheit, zu wählen, welches der standardisierten Massenprodukte sie kaufen wollen. Diese Freiheit ist eine Konsumfreiheit, bei der sich die Menschen vielfach frei fühlen, obwohl tatsächlich wesentliche Zwänge existieren. Ein großer Teil der Weltbevölkerung war vom Anstieg des Wohlstands durch das fordistische Entwicklungsmodell ausgeschlossen. Diese Freiheit bedeutet(e) nicht die Abwesenheit von Sachzwängen, sondern es war/ist eine konstruierte Freiheit, in der die gesellschaftlichen Zwänge freiheitlich präsentiert werden. Neben der Konsumfreiheit besteht im Kapitalismus immer noch die doppelte „Freiheit“ des Lohnarbeiters wie sie schon Marx formulierte. Der Lohnarbeiter ist einerseits „frei“ (d.h. gezwungen), seine einzige Ware, die Arbeitskraft, auf den Arbeitsmarkt zu schmeißen, und er ist andererseits frei von den Produkten, die er herstellt (d.h.: sie gehören ihm nicht): „Zur Verwandlung von Geld in Kapital muss der Geldbesitzer also den freien Arbeiter auf dem Warenmarkt vorfinden, frei in dem Doppelsinn, dass er als freie Person über seine Arbeitskraft als seine Ware verfügt, dass er andererseits andere Waren nicht zu verkaufen hat, los und ledig, frei ist von allen zur Verwirklichung seiner Arbeitskraft nötigen Sachen“ (Marx 1867, S. 183).

Vor allem die Kulturindustrie erlebte im Fordismus einen Boom. Hollywood wurde zum idealisierten Traum vieler und über Fernsehen und Radio erhielten die Menschen Anschluss an eine Welt, in die sie sich einerseits hineinräumten, um ihre eigenen Leiden und Anstrengungen zu vergessen, und die ihnen andererseits räumlich und zeitlich weit entferntes Geschehen direkt ins Haus lieferte. Ähnlich wie heute das Internet und die modernen I&K-Systeme stellten Telefon, Massentransportmittel, Fernsehen und Radio einen Schub der Entbettung (Disembedding) dar, der darin besteht, dass eine räumliche und zeitliche Delokalisierung sozialer Beziehungen immer stärker möglich wird.

Aspekte der Kontrolle und Manipulation durch Massenmedien wurden vor allem von der Frankfurter Schule hervorgehoben und kritisiert. Theodor W. Adorno meinte, dass sich der Kapitalismus immer wieder selbst erhalten kann, sei u.a. Kontrollmechanismen geschuldet. Technik sei nicht per se ein Dämon<sup>21</sup>, im Kapitalismus werde sie aber vielfach als Mittel der Kontrolle eingesetzt. Durch Medien wie das Fernsehen werde Realität künstlich produziert, das, was die Menschen für Wirklichkeit halten, sei immer öfters eine inszenierte Veranstaltung von oben.

„Nichts [als das Fernsehen; Anm. CF] könnte eindringlicher symbolisieren, dass ihnen [den Menschen; Anm. CF] ihr Leben, das sie besitzen und zu erwerben wähen und das sie für das Nächste und Wirklichste halten, seinem konkreten Inhalt nach in weitem Maß von oben her zuerteilt wird. Die einzelmenschliche Existenz ist, über alle Imaginationen hinaus, bloße Reprivatisierung; das Wirklichste, woran die Menschen sich klammern, zugleich ein Unwirkliches“ (Adorno 1970, S. 145).

Der Mensch in der Moderne identifiziere sich immer stärker mit seiner Ausbeutung und Unterdrückung (Adorno 1970, S. 147). Die Möglichkeiten der Flucht vor der Erfassung und Bestimmung des Bewusstseins durch Kontrollmechanismen, so Adorno, schrumpfen immer mehr. Die herrschenden Zustände hätten sich so weit in die Menschen eingepägt, dass diese kaum mehr fähig seien, jene zu verändern: „Der Zirkel schließt sich. Es bedürfte der lebendigen Menschen, um die verhärteten Zustände zu verändern, aber diese haben sich so tief in die

---

<sup>21</sup> „All das ist nicht der Technik als solcher aufzubürden“ (Adorno 1970, S. 145)

lebendigen Menschen hinein, auf Kosten ihres Lebens und ihrer Individuation, fortgesetzt, dass sie jener Spontaneität kaum mehr fähig scheinen, von der alles abhinge“ (Adorno 1970, S. 147).

Die Verwaltung der Menschen mache die Menschen zu Objekten von normierten Verfahren (Adorno 1970, S. 145). Der Mensch könne durch die soziale Kontrolle des Geistigen nicht mehr Subjekt seiner Selbst sein. Eine besondere Rolle spielt dabei für Adorno die Kulturindustrie: „Automatisch sowohl wie planvoll sind die Subjekte daran verhindert, sich als Subjekte zu wissen. Das Warenangebot, das sie überflutet, trägt dazu ebenso bei wie die Kulturindustrie und indirekte Mechanismen geistiger Kontrolle. Die Kulturindustrie ging aus der Verwertungstendenz des Kapitals hervor“ (Adorno 1970, S. 146).

In der „Dialektik der Aufklärung“ widmen Adorno und Max Horkheimer der Kulturindustrie unter dem Titel „Kulturindustrie, Aufklärung als Massenbetrug“ ein eigenes Kapitel: Die Kultur im Kapitalismus werde immer mehr Massenkultur und zeichne sich durch eine Eindimensionalität aus. Alle Kultur sei unter dem Monopol des Kapitals identisch (Adorno/Horkheimer, 1969, S. 128). Fernsehen, Rundfunk, Kino und Unterhaltungsmusik seien nichts als „Schund“, „nichts [...] als Geschäft“ (Adorno/Horkheimer 1969, S. 129).

Durch die so aufgebauten Kanäle der Herrschaft würde nichts durchgelassen, das dem Begriff des Konsumenten widerspreche. Adorno und Horkheimer sehen also die Kulturindustrie als ein Medium für die Herstellung der Einschränkung des Bewusstseins der Menschen, für die Degradierung der Individuen zu Personen durch Manipulation und Kontrolle und für die Zerstörung des Selbst. Die Kulturindustrie halte die Menschen ohnmächtig. Bei diesem Verfahren sei für jeden etwas vorgesehen, das ihn begeistern kann. Die kulturindustriellen Erzeugnisse, so Adorno und Horkheimer, erscheinen dadurch differenziert, seien aber immer das ewig Gleiche in Form von Waren.

In Anspielung auf den Akkumulationsprozess des Kapitals bei Marx beschreiben Adorno und Horkheimer den kulturindustriellen Prozess der Herstellung von Ohnmacht der Personen folgendermaßen: „Unweigerlich reproduziert jede einzelne Manifestation der Kulturindustrie die Menschen als das, wozu die ganz sie gemacht hat. Darüber, dass der Prozess der einfachen Reproduktion des Geistes [=Ohnmacht; Anm. CF] ja nicht in die erweiterte [=das reflexive, kritische Denken; Anm. CF] hinein führe, wachen all seine Agenten, vom producer bis zu den Frauenvereinen“ (Adorno/Horkheimer 1969, S. 135). Anderswo: „Der Zuschauer soll keiner eigenen Gedanken bedürfen: das Produkt zeichnet jede Reaktion vor [...] Jede logische Verbindung, die geistigen Atem voraussetzt, wird peinlich vermieden“ (Adorno/Horkheimer, 1969, S. 145).

Die Kulturindustrie konfrontiere die Arbeitenden in ihrer Freizeit mit den von ihnen selbst hergestellten Waren, um deren geistige Tätigkeiten zu besetzen, d.h. zu bestimmen. Die Kulturindustrie verfüge über ihre Konsumenten. Die Vergnügungsindustrie verordne Lachen. Dies sei ein Betrug am Glück, eine Befriedung, denn wahres Glück sei im Kapitalismus nicht möglich, da dieser immer mit Unfreiheit verbunden sei. Die Kulturindustrie verspreche, alle Bedürfnisse zu befriedigen, tatsächlich unterbinde sie jedoch die Möglichkeit der Regung von Widerstand. „Vergnügen heißt allemal: nicht daran denken müssen, das Leiden vergessen, noch wo es gezeigt wird. Ohnmacht liegt ihm zu Grunde. Es ist in der Tat Flucht, aber nicht, wie es behauptet, Flucht vor der schlechten Realität, sondern vor dem letzten Gedanken an Widerstand, den jene noch übrig gelassen hat“ (Adorno/Horkheimer 1969, S. 153).

Auch der marxistische Philosoph Herbert Marcuse (Marcuse 1967) argumentiert, dass die Unterbindung sozialen Wandels mittels einer durch die Technik vermittelte politische und geistige Gleichschaltung der Menschen für die fortgeschrittene Industriegesellschaft charakte-

ristisch sei. Ziel dabei sei, sozialen Protest zu unterbinden. Die Individualität der Menschen werde unterdrückt. Diese Gleichschaltung sei immer weniger mit direkter Gewalt und Zwang verbunden, sondern eine ökonomisch-technische. Andererseits geht Marcuse aber davon aus, dass es durchwegs Kräfte gibt, die „die Gesellschaft sprengen können“ (Marcuse 1967, S. 17). Diese eindimensionale Welt sei das Gegenteil von einer freien, da eine solche eine Freiheit von ökonomischer und politischer Kontrolle umfassen müsste. Erst dann wäre die Wiederherstellung eines individuellen Denkens möglich. Freiheit im Sinn der freien Auswahl aus einem breiten Spektrum aus Waren und Dienstleistungen bedeute keine Freiheit, wenn diese Waren die soziale Kontrolle aufrechterhalten.

Die Menschen würden sich in den Waren wiedererkennen, sie würden für ihr Auto, ihren Hi-Fi-Empfänger oder ihr Küchengerät leben (Marcuse 1967, S. 29). Durch die Manipulation des Geistes mit Hilfe der Technik, der Massenmedien und der Waren entsteht, so Marcuse, ein eindimensionales Denken und Verhalten: „So entsteht ein Muster *eindimensionalen Denkens und Verhaltens*, worin Ideen, Bestrebungen und Ziele, die ihrem Inhalt nach das bestehende Universum von Sprache und Handeln transzendieren, entweder abgewehrt oder zu Begriffen dieses Universum herabgesetzt werden“ (Marcuse 1967, S. 32).

Die „höhere Kultur“ (Oper, Konzert, Theater, Literatur), so Marcuse, enthalte oppositionelle Elemente. Sie sei „die große Weigerung - der Protest gegen das, was ist“ (Marcuse 1967, S. 83). Die gegenwärtige Gesellschaft versuche diese Elemente zu beseitigen. Dies bezeichnet er als *Entsublimierung* (Marcuse 1967, S. 76). Die Massenkommunikationsmittel würden die Transformation der Kultur zur Ware beschleunigen. Was zähle, sei die Verkaufstüchtigkeit und der Tauschwert. Die Popularisierung der hohen Kultur setze deren Möglichkeit zur Opposition durch die Unterwerfung unter die Gesetze des Marktes außer Kraft.

Marcuse hat prinzipiell nichts gegen die massenhafte Verbreitung von Kultur über Kanäle wie Fernsehen, Kino oder Radio einzuwenden, er betont jedoch, dass diese „Kulturmaschine“ eine ideologische Funktion im Kapitalismus erfülle: „Es ist gut, dass heute fast jeder die schönen Künste in den Fingerspitzen haben kann, indem er einfach an einem Knopf seines Radios dreht oder ins nächste Kaufhaus geht. Bei dieser Verbreitung werden sie jedoch zu Zahnrädern einer Kulturmaschine, die ihren Inhalt ummodellt“ (Marcuse 1967, S. 85).

Ähnlich wie Adorno argumentiert also Marcuse, dass die Kulturindustrie die Menschen manipulierte, ihr Bewusstsein einschränke und sie ohnmächtig halte. Sie schränke das Denken der Menschen in dem Sinn ein, dass die Spannung zwischen Ersehntem und Erlaubtem verloren gehe. Das Ersehnte sei das Erlaubte, also der Konsum kulturindustriell aufbereiteter Waren. Das Bedürfnis nach Sublimierung werde so verringert, das kritische und oppositionelle Denken außer Kraft gesetzt. Der Mensch werde darauf präpariert, das Gebotene passiv hinzunehmen. Sublimierung könne das wahre Bewusstsein und das Bedürfnis nach Befreiung erhalten. Was den Menschen durch die Kulturindustrie präsentiert werde, sei zwar manchmal wild, obszön, deftig, unmoralisch und männlich, aber genau deshalb harmlos.

Auch die Sprache sei im Spätkapitalismus eindimensional. Attribute wie „Freiheit“, „Gleichheit“ und „Demokratie“ würden z.B. zur Charakterisierung des Kapitalismus herangezogen (freie Wirtschaft, Initiative, Wahlen, usw.). Das täusche jedoch über die Tatsachen hinweg, dass die herrschende Art der Freiheit Knechtschaft und die herrschende Art der Gleichheit Ungleichheit bedeute (Marcuse 1967, S.107f). Das Neue sei, dass die öffentliche und private Meinung diese Manipulationen allgemein akzeptiere. Sprache und Kommunikation immunisiere sich zunehmend gegen den Ausdruck von Protest und Weigerung. Die Reklame bediene sich der Technik der Belegung von Waren mit Bedeutungen und Images, um die Güter zu verkaufen. Gefragt sei also nicht kritisches Denken der potentiellen KonsumentInnen, sondern die

stupide, reflexartige Reaktion der Objekte der Reklame. Die Werbung bediene sich einer widersprüchlichen, manipulierenden Sprache, sie schafft neue Wortkreationen, die Waren lobpreisen, eben um jene an den Mann bzw. die Frau zu bringen.

Die Herrschaft stelle das Grausame als völlig normal hin. So würden z.B. Werbungen des Civil Defense Headquarters für einen „erstklassigen Bunker gegen atomaren Niederschlag“, ausgestattet mit allem Luxus (Fernsehen, Brettspiele, Klubsesseln, usw.) und „entworfen als kombiniertes Zimmer für die Familie in Friedenszeiten und als Familienbunker gegen Atomniederschläge“, als völlig normal betrachtet werden. Ziel dabei sei es, dass das Grausame als selbstverständlich hingenommen und nicht in Frage gestellt wird (Marcuse 1967, S. 259). Die heutige Sprache sei eine eindimensionale, eine, die ein Vehikel der Gleichschaltung darstelle und unkritisch sei. Gegenpol dazu sei eine dialektische Sprache, die die Widersprüche benennt. Marx spreche z.B. im Kommunistischen Manifest vom Proletariat, dem die Attribute der totalen Unterdrückung und der totalen Aufhebung der Unterdrückung zukämen (Marcuse 1967, S.119).

Die philosophische Sprache müsse sich von der Alltagssprache abheben, da diese die herrschenden „Male spezifischer Arten von Herrschaft, Organisation und Manipulation“ (Marcuse 1967, S. 207) in sich trage. Die Sprache der Menschen kann laut Marcuse nicht für bare Münze genommen werden, da ihr Universum des Denkens eines manipulierter Widersprüche sei. Die Sprache der manipulierten Menschen sei nicht deren eigene, sondern jene ihrer Beherrscher: „Indem sie ihre eigene Sprache sprechen, sprechen die Menschen auch die Sprache ihrer Herren, Wohltäter und Werbetexter. Daher drücken sie nicht nur sich *selbst* aus, ihre eigene Erkenntnis, ihre Gefühle und Bestrebungen, sondern auch etwas anderes als sich selbst“ (Marcuse 1967, S. 208).

Ähnlich wie Marcuse und Adorno betonte auch Guy Debord (1978) die Wirkungen der Kapitalisierung auf das Bewusstsein der Menschen im Fordismus: Als Spektakel bezeichnet er den Moment, in dem die Ware das soziale Leben total okkupiert. Die Individuen würden nicht eine eigene Welt produzieren, sondern die von Fremden hergestellte Welt konsumieren. Das Leben sei daher eine Akkumulation von Spektakeln. Die „Gesellschaft des Spektakels“ ist für Debord die fordistische Gesellschaft, in der durch Waren, Medien und Konsum das Bewusstsein der Menschen manipuliert wird. Die Präsentation einer Ware wird wichtiger als ihr Gebrauchswert. Das zeigt sich auch heute noch an Hand der Mythen und Symbole, mit denen Waren durch die Reklame besetzt werden, durch E-Commerce, virtuelle Shopping-Mals, die graphische Aufbereitung von einfach zu konsumierenden Nachrichten (Statistiken, Umfragen, Grafiken usw.), Talkshows, Themenparks etc. Es geht um die Realisierung immer neuerer Verkaufsstrategien durch eine adäquate Präsentation der Waren. Die Konsumenten nehmen an diesen Spektakeln passiv teil und bezahlen dafür. Die Ware, so Debord, stelle eine Ersatzrealität her. Die Realität werde unter die Waren subsumiert und kommodifiziert. Guy Debord und die von ihm mitbegründete Situationistische Internationale propagierten eine Dekonstruktion der Gesellschaft des Spektakels durch die aktive Schaffung von Situationen. Die manipulative Logik müsse durch alternative Kulturpraxen dekonstruiert werden. Debord ging davon aus, dass durch kulturelle Aktivitäten ein revolutionäres Potential geschaffen werden kann.

Adorno, Marcuse und Debord vertreten die These, dass es im Fordismus im großen Ausmaß zu einer Manipulation der Realität der Menschen kam, die vor allem über kulturelle Medien hergestellt werde. Bereits Marx hatte im Kapital mit dem Fetischcharakter der Ware auf die Kommodifizierung der Realität als einem für den Kapitalismus grundlegenden Prozess hingewiesen. Durch einen Abstraktionsprozess würden die gesellschaftlichen Verhältnisse und Eigenschaften als Eigenschaften von Dingen erscheinen.

Eine Adorno, Marcuse und Debord entgegengesetzte These vertreten Joachim Bischoff und Richard Detje (1989): Die Entstehung kommerzialisierter Kultur- und Lebensformen habe im Fordismus nicht zu einer Vermassung der Individuen geführt, sondern biete ihnen durch die Ausweitung der Freizeit Freiräume, die für kritisches Denken genutzt werden könnten. Resultat sei nicht ein standardisiertes Massenindividuum. Die sozialstaatlichen Transfers würden individuelle Entwicklungschancen bieten. „In der Gewährung von Spielräumen für die individuelle Entwicklung liegt sicher eine wesentliche Integrationsleistung der bürgerlichen Gesellschaft begründet - nur aber nicht in dem Sinn der Zurichtung und Verhaltenssteuerung. Aus der Selbständigkeit des Individuums im Rahmen des allgemeinen Abhängigkeitsverhältnisses ergeben sich auch Möglichkeiten oppositionellen Verhaltens der Lohnabhängigen generell“ (Bischoff/Detje 1989, S. 36).

In „Amerikanismus und Fordismus“ stellte bereits Gramsci fest, dass es zu einer Veränderung der Lebensweise im Fordismus komme. Die Rationalisierung habe „die Heranbildung eines neuen, dem neuen Typus der Arbeit und des Produktionsprozesses konformen Menschentypus notwendig gemacht“ (Gramsci 1967, S. 383). Oder: „Die neuen Arbeitsmethoden sind mit einer bestimmten Weise des Lebens, des Denkens und des Lebensgefühls unlöslich verbunden“ (ebd., S. 392).

Bischoff und Detje interpretieren Gramsci so, dass sich im Fordismus durch die höheren Löhne und die erweiterte Freizeit eine tendenzielle Freiheit des Bewusstseins der Lohnarbeitenden einstelle. Denn Gramsci meinte: „Wenn der Anpassungsprozess erfolgt ist, zeigt sich in Wirklichkeit, dass das Gehirn des Arbeiters, anstatt zu veröden, einen Zustand völliger Freiheit erreicht hat. nur die physische Geste ist völlig mechanisiert: das berufliche Gedächtnis, auf einfache, mit intensivem Rhythmus wiederholte Gesten reduziert, hat sich in den Muskel- und Nervensträngen eingenistet und so das Gehirn frei für andere Beschäftigung gemacht [...] der Arbeiter [...] [denkt] während der Arbeit mehr [...] oder [hat] wenigstens andere Möglichkeiten zum Denken [...] Und er denkt nicht nur, sondern die Tatsache, dass er keine unmittelbare Befriedigung aus der Arbeit zieht [...], kann ihn auf wenig konformistische Gedankengänge bringen“ (Gramsci 1967, S. 398).

Gramscis Position ist in diesem Punkt aber zumindest dialektisch, da sich auch das genaue Gegenteil bei ihm finden lässt, wenn er meint, dass sich im Fordismus „die Standardisierung der Denk- und Handlungsweisen [...] auf ein ganzes Land oder geradezu einen ganzen Kontinent“ (Gramsci 1967, S. 364) ausdehnt.

Bischoff und Detje erachten die Individualisierung als einen für den Fordismus typischen Prozess. Tatsächlich ist dieser Prozess jedoch typisch für den Kapitalismus, denn dieser individualisiert die Menschen zu vereinzelt Staatsbürgern und doppelt „freien“ Lohnarbeitenden, um sie besser kontrollieren zu können. Der für das heutige Stadium des Kapitalismus typische Individualisierungsschub ist jedoch nicht charakteristisch für den Fordismus, sondern erst für die krisenhafte Zeit seit den 70ern und die sich in der Folge herausbildende postfordistische Organisationsweise des Kapitalismus. Die Erosion traditionell sinnstiftender, aber auch einengender Institutionen und sozialer Verhältnisse wie Sozialstaat, Kirche, Familie, Gewerkschaften, Verbände etc. korrespondiert zeitlich mit der immer stärkeren Herausbildung des Neoliberalismus. Was sich zeigt, ist eben nicht ein erweiterter Handlungsspielraum des/der Einzelnen, sondern Schuldzuweisungen an immer mehr atomisierte Menschen. Arbeitslose, „Modernisierungsverlierer“, Arme usw. werden als selbst schuld an ihrer prekären sozialen Lage hingestellt. Infolgedessen müsse der Staat auch nicht für die Folgen aufkommen und diese zu kompensieren zu versuchen. Abstrahiert wird dabei von den marktförmigen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, die gesellschaftliche Probleme produzieren. Individualisierung ist keine

Chance auf Veränderung, sondern ein für den Neoliberalismus und den Kapitalismus typischer Prozess. Für den Postfordismus ist die Betonung von Differenz und Identität charakteristisch. Waren lassen sich heute nur mehr vermarkten, wenn den KonsumentInnen das Gefühl gegeben wird, dass sie sich bei Kauf einer bestimmten Ware von den Massen unterscheiden. Diese Strategie der „Dissidenz durch Konsum“ ist auch ein Ausdruck der zur Kommodifizierung bestehenden Komensurabilität des Individualisierungsprozesses. Dies zu kritisieren, heißt nicht dem Kollektivismus das Wort zu reden, sondern eine Dialektik von Individualität und Kollektivität zu betonen, die von wechselseitigen Bedingtheit der Freiheit des Individuums und der Freiheit der Gesellschaft ausgeht. Beides ist nur gemeinsam möglich, es kann jedoch in Frage gestellt werden, dass es im Kapitalismus realisierbar ist.

Individualisierung und Neoliberalismus in einen Zusammenhang zu stellen, heißt nicht, ökonomistisch zu argumentieren. Genauso wenig bedeutet die Ansicht, dass es im Fordismus zu einer Durchkapitalisierung des Reproduktionsbereichs und zur Übertragung der Logik des Taylorismus auf die Sphäre von Freizeit und Konsum, wie FordismustheoretikerInnen wie Jochachim Hirsch argumentieren, automatisch einen Ökonomismus. Es wird hingegen vielmehr davon ausgegangen, dass sich eine Gesellschaft aus den Subsystemen Ökonomie, Politik und Kultur zusammensetzt, dass das ganze System dabei mehr als die Summe seiner Teile ist (Emergenz) und dass es wechselseitige Beeinflussungen zwischen den Teilsystemen gibt. Im Kapitalismus sehen die Verhältnisse zwischen den einzelnen gesellschaftlichen Subsystemen nun so aus, dass das Ökonomische das Politische und das Kulturelle dominiert, aber niemals determiniert. Es gibt also immer Rückwirkungen aus der Politik und der Kultur auf den ökonomischen Bereich. Dadurch ist eine einfache, reduktionistische und mechanistische Kausalität, die Ursachen und Wirkungen bijektiv aufeinander abbildet, ausgeschlossen. Vielmehr haben wir es mit einer multidimensionalen und komplexen Form der Kausalität zu tun.

Die Dominanz des Ökonomischen bedeutet nun aber auch, dass die ökonomische Logik des Kapitalismus sehr wohl auf Kultur und Lebensweise durchschlagen kann und das Denken der Menschen in gewissem Sinn beeinflusst. Diese Wirkung ist aber niemals eine vollständige, Alternativen im Denken und Handeln existieren parallel dazu. Im Fordismus kam es zu einer tendenziellen Standardisierung des Denkens durch das Übergreifen der ökonomischen Logik auf Freizeit und Konsum, um die Menschen ideologisch in das fordistische Massenkonsummodell einzubinden.

Auch der Frankfurter Schule wurde immer wieder Ökonomismus und ein Pessimismus in dem Sinn nachgesagt, dass ein anderes Bewusstsein der Massen gar nicht möglich sei und dass die Möglichkeit der Entwicklung eines Selbstbewusstseins und von Selbstbestimmung nur wenigen Intellektuellen vorbehalten bliebe, die dies durch die intellektuelle Betätigung und die Auseinandersetzung mit anspruchsvoller/ernsthafter Kunst (in der Musik unterscheidet Adorno z.B. zwischen der anspruchsvollen/ernsthaften/avancierten Musik wie Klassik und der leichten Unterhaltungsmusik wie Jazz) realisieren könne. Dies ist aber insofern ein Trugschluß, da sich in Texten der Frankfurter Schule immer wieder auch die Möglichkeit betont wird, dass sich trotz aller Mechanismen der Kontrolle ein freies Bewusstsein durchsetzt. So betonte z.B. Herbert Marcuse in „Der eindimensionale Mensch“, dass die Menschen nicht prinzipiell ohnmächtige Gefangene des kapitalistischen Systems sind, sondern dass vielmehr auch Kräfte existieren, die die Bestimmung des Bewusstseins durch die gesellschaftlichen Verhältnisse durchbrechen: „Der *Eindimensionale Mensch* wird durchweg zwischen zwei einander widersprechenden Hypothesen schwanken: 1. Dass die fortgeschrittene Industriegesellschaft imstande ist, eine qualitative Änderung für die absehbare Zukunft zu unterbinden; 2. Dass Kräfte und Tendenzen vorhanden sind, die diese Eindämmung durchbrechen und die Gesellschaft sprengen

können. Ich glaube nicht, dass eine klare Antwort gegeben werden kann“ (Marcuse 1967, S. 17).

Es kann daher davon ausgegangen werden, dass seit dem Fordismus eine verstärkte Manipulation des Bewusstseins der Menschen stattfindet. Nichtsdestotrotz zeigen sich auch immer wieder Gegentendenzen, spontane Proteste und Artikulationen von Widerstand gegen die herrschende Logik. Ein wesentliches Beispiel dafür sind die 68er-Bewegung und die Zunahme der Arbeitskämpfe Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre. Darin zeigt sich auch jener Widerspruch des Taylorismus und Fordismus, dass die Disziplinierungsmaßnahmen bei Überschreiten gewisser Schwellen und kritischer Parameter eine unerwünschte Gegentendenz im Bewusstsein der Menschen auslösen können.

Abschließend wollen wir noch einige Aspekte der Technik im Fordismus besprechen.

## **Technik im Fordismus**

Es wurde bereits darauf hingewiesen, dass das Auto das technologische Paradigma des Fordismus darstellte. Es symbolisierte die Massenproduktion und den Massenkonsum, da es als erstes in der fordistischen und tayloristischen Weise im großen Ausmaß hergestellt wurde. Ford meinte, dass die Arbeitenden das von ihnen hergestellte „Modell T“ selbst kaufen können sollten. Anders wäre die neue Produktionsweise auch gar nicht möglich gewesen.

Der Rationalisierungsprozess ist für den Kapitalismus grundlegend. Es ist ein Zwang jedes Unternehmens, die Produktivität permanent zu erhöhen, um schneller immer mehr Produkte zu einem günstigeren Preis als andere anzubieten. Wer sich dieser Zwangsgesetzlichkeit des Kapitalismus nicht fügt und variables Kapital durch konstantes ersetzt (d.h. Arbeitskraft durch Maschinen), riskiert seinen eigenen Untergang als Unternehmer. Technik als Produktionsmittel unterliegt daher nicht nur einer Entwertung durch Verschleiß im Gebrauch und Nichtgebrauch, sondern auch einem „moralischen Verschleiß“, wie Marx sagte. Damit ist gemeint, dass Maschinerie veraltet und permanent bessere und die Produktivität steigernde Maschinen hergestellt werden.

Die großflächige Durchsetzung des Fließbandes im Fordismus kann als ein weiterer Schub der Rationalisierung betrachtet werden, der den variablen Kapitalanteil verkleinert und durch die Methode der relativen Mehrwertproduktion die Profitraten erhöhen sollte. Es wurde auch bereits darauf hingewiesen, dass für den Massenkonsum auch Techniken wie das Fernsehen, das Telefon und das Radio charakteristisch waren.

Wir können davon ausgehen, dass für jede Phase des Kapitalismus ein spezifisches technologisches Paradigma ausschlaggebend ist. Sind die Produktivitätszuwächse jedoch nicht mehr ausreichend, so müssen andere Techniken gefunden werden, die die Organisationsweise des Kapitalismus effektiver gestalten helfen. Durch einen sich mit der Dauer strukturell einstellenden Mangel der Produktivität wurde im Fordismus dem postfordistischen Aufstieg der Computertechnologie der Weg geebnet.

## 1.2. Der Postfordismus

Eine wesentliche in dieser Arbeit vertretene These lautet, dass die 2. Weltwirtschaftskrise der 70er-Jahre des vorigen Jahrhunderts wesentliche Umstrukturierungen des Kapitalismus in Ökonomie, Politik und Kultur eingeleitet hat. Die Widersprüche des Fordismus zeigten sich so deutlich, dass seither auf ein anderes Organisationsmodell des Kapitalismus gesetzt wird und dieses propagiert wird. Vom Postfordismus zu sprechen, heißt nicht, dass es heute keine Massenproduktion und keinen Massenkonsum mehr gibt, aber es wird betont, dass sich neue Arten und Weisen in den Bereichen der Kapitalakkumulation, der institutionellen Rahmenbedingungen der Kapitalakkumulation und der Lebensweisen im heutigen Kapitalismus zeigen, die man im Fordismus nicht kannte. Postfordismus bedeutet keine Aufhebung des Fordismus und auch kein Abgehen von der grundsätzlichen kapitalistischen Logik, sondern eine Wende, eine Veränderung und Ausdifferenzierung der kapitalistischen Paradigmen in Ökonomie, Politik und Kultur.

Wir vertreten die These, dass sich als Reaktion auf die Krise des Fordismus und die Dauerkrise, die seit den 70ern anhält, eine neue Organisationsweise des Kapitalismus herausgebildet hat. Es handelt sich hier nicht um eine grundlegende Veränderung des Kapitalismus, aber um einen wesentlichen Wandel in Ökonomie, Politik und Kultur. Der Postfordismus stellt kein Ende des Fordismus dar, aber eine Wende hin zu einer flexiblen Produktionsweise, dem Neoliberalismus und dem Nationalen Wettbewerbsstaat.

Wir wollen in diesem Kapitel die Gesellschaftsstruktur des Postfordismus näher erläutern. Dazu gehen wir zuerst auf Ökonomie, im Anschluß auf Politik, Kultur/Lebensweise und Technik ein.

### **Die Ökonomie des Postfordismus**

Die Ökonomie des Postfordismus umfasst mehrere relevante Aspekte: Flexibilisierung, Enthierarchisierung und Dezentralisierung; die Dienstleistungs- und Informationsgesellschaft und Aspekte der ökonomischen Globalisierung. Wir wollen diese der Reihe nach besprechen.

#### Flexibilisierung, Enthierarchisierung und Dezentralisierung

Im Postfordismus findet ein Übergang von der standardisierten Massenproduktion zur diversifizierten Qualitätsproduktion statt. Dabei stehen die Kundenorientierung und kleine Stückzahlen mit hoher Qualität, die durch eine flexible Fertigungsmaschinerie hergestellt werden, im Vordergrund. Wesentliche Schlagworte in diesem Zusammenhang sind Lean Production, Outsourcing und Just-in-Time-Produktion.

Im Zuge der gesellschaftlichen und ökonomischen Re- und Umstrukturierung sind in der Organisationstheorie eine Reihe neuer Ansätze entstanden, die auf eine Dezentralisierung und Enthierarchisierung von Unternehmen setzen. Z.B.: Fraktale Unternehmen (Hans-Jürgen Warnecke), Virtuelle Unternehmen (William Davidow, Michael Malone), Atomisierte Organisationen (Balz Ryf), Modulare Fabriken (Horst Wildemann), Business Reengineering (James Champy, Michael Hammer), Lean Management/Lean Production (Daniel Jones, Daniel Ross, James Womack vom MIT). Managementtheoretisch werden sie ergänzt durch die Propagierung des Partizipativen Managements.

Gemeinsam ist all diesen betrieblichen Umstrukturierungsansätzen die Propagierung der Erreichung einer flexiblen Produktion durch (vgl. dazu Ofner 1997, S. 314ff):

- Bildung kleiner organisatorischer Einheiten im Unternehmen
- Delegation von Entscheidungskompetenzen von oben nach unten in der Hierarchie → Erweiterung des Handlungs- und Entscheidungsspielraums unterer Einheiten
- diese Dezentralisierung führt zum Aufbau einer Netzwerkorganisation, die relativ abgeschlossenen organisatorischen Einheiten koordinieren ihre miteinander notwendigen Interaktionen
- dazu eignen sich moderne I&K-Technologien. Der Informationsaustausch kann dabei intrabetrieblich zwischen organisatorischen Einheiten erfolgen, aber auch interbetrieblich im Rahmen globaler Unternehmensnetzwerke und organisatorischer Einheiten (Zentrale, Zulieferbetriebe, dezentrale Tochterunternehmen, Kunden, etc.).
- Die Dezentralisierung und die flacheren Hierarchien im Unternehmen sind die Basis von Programmen mit aktiver Beteiligung der Beschäftigten

Die Computerunterstützung bedingt zusehends eine Erodierung der alten hierarchischen und zentralisierten Organisationsformen von Unternehmen und einen Übergang zu Dezentralisierung, Enthierarchisierung, verstärkter interbetrieblicher Kooperation und Netzwerkstrukturen.

Der Taylorismus wird im Postfordismus immer stärker durch neue Formen der Arbeitsorganisation ersetzt. Dazu gehören Job Rotation (Arbeitende wechseln zwischen verschiedenen arbeitsteiligen Tätigkeiten), Job Enlargement (Ausweitung des Umfangs einer Arbeit), Job Enrichment (Arbeitende erstellt eigenverantwortlich ein bestimmtes (Teil-) Produkt) und die teilautonomen Arbeitsgruppen. Nach Gulowsen (1970) bezieht sich der Grad der Autonomie auf folgende Bereiche: auf die Art des produzierten Produktes und die produzierte Menge, auf Arbeitszeit und Arbeitsort, auf die Produktionsmethode, auf die Aufgabenverteilung innerhalb der Gruppe, auf die Bestimmung der Gruppenmitglieder, auf Fragen der internen Gruppenführung und auf die Kommunikation nach Außen. Durch die Enthierarchisierung im Betrieb durch neue Arbeitsmethoden entsteht eine Tendenz zum Abbau des unteren und mittleren Managements (Maier 1992, S. 16ff).

Die Lean Production (LP) ist typisch für die heutige japanische Produktionsweise. Sie wurde ursprünglich bei Toyota von Taiichi Ohno und Eiji Toyoda entwickelt<sup>22</sup>. Ihr Ziel ist es, die Profite durch Kostenreduktion zu erhöhen: „The basic purpose of the Toyota production system is to increase profits by reducing costs - that is, by completely eliminating waste such as excessive stocks or workforce“ (Monden 1983, S. 11). Personal, Produktionsfläche, Kosten, Zeiten, Bewegungen usw. sollen also reduziert werden, um die Profitrate zu maximieren. Wesentliche Charakteristika der LP sind:

- Kaizen (vgl. Imai 1992): Die Ware und der Produktionsprozess sollen permanent verbessert werden. Wer sich an Kaizen-Aktivitäten beteiligt, hat bessere Aufstiegschancen im Betrieb. Lange Transportwege und Lagerzeiten, Wartezeiten, unnötige Bewegungen, Ausschüsse, Überproduktion etc. sollen vermieden werden, um die Herstellungskosten zu senken und die Profite dadurch zu erhöhen. Kaizen soll auch zu einer Qualitätserhöhung führen.
- Kundenorientierung der Produktion: Marktforschung, genaue Erhebung der Kundenwünsche, Integration der Kunden in den Produktionsprozess
- Teamarbeit, Enthierarchisierung, Dezentralisierung

---

<sup>22</sup> Daher ist auch immer wieder die Rede vom „Toyotismus“

- Simultaneous Engineering: simultan mit der Produktentwicklung werden alle dafür benötigten und noch nicht vorhandenen Werkzeuge und Produktionsmittel hergestellt (Daum/Piepel 1992)
- Just-in-Time-Produktion: „Just-in-time basically means to produce the necessary units in necessary quantities at the necessary time“ (Monden 1983, S. 2).
- Kanban-System: es werden nur die Teile angeliefert, die tatsächlich benötigt werden. Der benötigte Bedarf wird dazu in Arbeitskarten (Kanban) eingetragen.
- Geringe Fertigungstiefe<sup>23</sup>: Teilprozesse der Herstellung werden an Subunternehmen ausgelagert oder zugekauft. Dadurch sollen die Herstellungskosten sinken.
- Autonomation: Die Produktionsmaschinen halten bei Störungen automatisch an (vgl. Imai 1992, S. 121f)

Steinkühler (o.J.) interpretiert die Lean Production als eine Wiederkehr des Taylorismus., da es auch hier um die Standardisierung der Abläufe ginge (ebd., S. 55) und Fließband sowie Taktzeiten beibehalten werden. Die Kaizen-Aktivitäten seien mit den tayloristischen Zeit- und Bewegungsstudien vergleichbar. Für eine solche Standardisierung spricht sich z.B. Shimizu (1979) aus. Die Arbeiten müssten einfach, standardisiert und monoton sein, damit „parasitäre Menschen“ (so Shimizus biologistische Diktion!) jederzeit ersetzt werden können (Shimizu 1979, S. 330). Obwohl diese Parallelen mit dem Taylorismus nicht von der Hand zu weisen sind, hat die Lean Production doch neue Qualitäten, die sich vom alten Taylorismus unterscheiden. So z.B. kommt die Teamarbeit als eine Komponente hinzu; es wird von den Arbeitenden verlangt, dass sie sich mit ihrer Arbeit und dem Betrieb identifizieren; die Produktionsweise ist immer mehr flexibel und spezialisiert (hohe Qualität, kleine Stückzahl, Produktionsmaschinen können nach Kundenwünschen produzieren); und das Outsourcing und die Dezentralisierung ersetzen den zentralen Betriebskomplex wie z.B. in River Rouge. Die LP beinhaltet nichtsdestotrotz aber auch tayloristische Elemente.

Typisch für die LP in Japan ist die disziplinierende Maßnahme, dass bei Produktionsausfall und bei Nichterfüllung der Produktion einer Mindestmenge Überstunden geleistet werden müssen. In Japan funktioniert dies auf Grund der kulturellen Gegebenheiten meist problemlos. Der Betrieb gilt als eine Art Familienzusammenhang, daher wird Vorgesetzten nicht widersprochen. Ob sich diese Maßnahme in anderen kulturellen Sphären leicht kopieren ließe, ist die Frage.

Die LP und die immer flexibler werdende Produktionsweise des Postfordismus stellen den Versuch dar, die Umschlagszeit des Kapitals radikal zu verkürzen. Moderne Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) sind eine Medium einer derartigen Beschleunigung des Produktionsprozesses. Die Umschlagszeit des Kapitals ist die Umlaufzeit plus die Produktionszeit. Die Umlaufzeit ist nach Marx (1885) die Zeit, die das Kapital in der Zirkulationssphäre verbringt, also die Zeit, die das Kapital braucht, um sich von Ware in Geld und später von Geld in Ware zu verwandeln. Die Produktionszeit ist die Zeit, die das Kapital in der Produktionssphäre verbringt. Es muss nur unbeständig durch Neukauf erneuert werden. Durch die Flexibilisierung soll also der Akkumulationsprozess des Kapitals beschleunigt werden und damit zeitlich gesehen schneller mehr Kapital akkumuliert werden.

---

<sup>23</sup> Fertigungstiefe: Ausmaß, in dem die erforderlichen Verarbeitungsschritte bei der Herstellung einer Ware selbst oder von fremden Betrieben durchgeführt werden. Die *Fertigungstiefe* ist ein Maß dafür, in welchem Ausmaß der Hersteller die Ware selbst herstellt.

Typisch für die Veränderung der Unternehmenskultur werden heute vom partizipativen Management Maßnahmen wie ein gutes Betriebsklima, das Duwort zwischen allen im Betrieb Tätigen, Bonussysteme, Aktienausschüttungen an die Arbeitenden, attraktiv gestaltete Räume, Arbeitsplätze und Gebäude, Unternehmensphilosophien, der Versuch der Konstruktion einer Verbundenheit der Arbeitenden mit dem Unternehmen (Wir-Gefühl) und einer Wertschätzung der Arbeitenden durch das Management, Betriebsausflüge, Förderung des unternehmerischen Denkens der Arbeitenden, Herstellung von Motivation und Identifikation mit dem Betrieb propagiert.

Die Bewertungen des partizipativen Managements, das die Eigenverantwortung der Arbeitenden betont und ihnen erweiterte Handlungs- und Entscheidungsmöglichkeiten bieten will, und der neuen Weisen der Unternehmensorganisation fallen unterschiedlich aus. Eine Argumentationslinie spricht von neuen Chancen, einer Humanisierung der Arbeit und Emanzipationsmöglichkeiten, eine andere von einer ideologischen Einbindung der Arbeitenden ins Unternehmen, um bestehende Klassenverhältnisse abzusichern, und von einer Totalverzweckung des Menschen.

Ina Wagner (1993) meint, dass der dezentralisierende Einsatz von Computer- und I&K-Technologien in Organisationen durch die Veränderung der Rolle des mittleren Managements starre Hierarchien aufbrechen helfe und daher ein mehr an Macht für die Arbeitenden bringe. „Je mehr an computergestützten Steuerungsmechanismen auf dezentraler Ebene zur Verfügung steht, desto geringer wird der Bedarf nach auf höheren Hierarchieebenen angesiedeltem Managementwissen und nach direkter Intervention“ (Wagner 1993, S. 20). Das durch die Vernetzung veränderte Informationsmanagement bedrohe das Informationsmonopol des Managements.

Klaus Fuchs-Kittowski (2000) nennt als Vorteile der virtuellen Organisation für die Arbeitenden, dass es zu einer Demokratisierung des Wissens und einer Erhöhung der Bildung, Kreativität sowie der Lernfähigkeit komme, dass die MitarbeiterInnen soziale Kompetenzen aufbauen und dass breite Bedingungen zur Persönlichkeitsentwicklung geschaffen werden. All dies widerspreche dem tayloristischen Menschenbild. Als Humanist müsse man sich von vornherein gegen Monotonie in der Arbeit und gegen überspitzte tayloristische Arbeitsteilung und hierarchische Machtstrukturen wenden. Es sei aber nicht von vornherein vorauszusetzen, dass computerunterstützte Gruppenarbeit und Telekooperationssysteme zur Humanisierung der Arbeit beitragen, da sich die Arbeitenden durch die neuen Anforderungen überfordert fühlen können.

Annette Schlemm (1999) sieht in den neuen Unternehmensorganisationen eine Keimform und eine Antizipation einer postkapitalistischen Gesellschaft: „Die sog. ‚Virtuellen Unternehmen‘ sind geradezu Keimformen für zukünftige ‚Assoziationen‘<sup>24</sup> in einer neuen Gesellschaftsordnung. [...] Entfremdende Arbeitsteilung wird zu einem großen Teil aufgehoben, das Durchschauen der Komplexität wird von den Arbeitenden jetzt direkt gefordert. Wenn die Arbeitenden ‚unternehmerische Fähigkeiten‘ entwickeln müssen, um effektiv arbeiten zu können, können sie auch eher die Gesellschaft durchschauen lernen als in ihrer bisherigen Rolle als ‚Rädchen im Getriebe‘“ (Schlemm 1999, S. 114f). Virtuelle Unternehmen seien also „Keimformen der Assoziation freier Produzenten“ (ebd., S. 162). Joachim Hirsch (2001, S. 206) argumentiert, dass sich durch die Freisetzung „selbstverantwortlicher“ Marktsubjekte auch das „Streben nach realer Freiheit und Autonomie“

---

<sup>24</sup> Damit ist eine kommunistische Gesellschaftsordnung im Sinn von Marx gemeint, in der die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.

„Streben nach realer Freiheit und Autonomie“ und die „politisch-sozialen Fähigkeiten zur Selbstbestimmung“ verstärken.

Die Kritik an diesen positiven Bewertungen der neuen Formen der Unternehmensorganisation und des partizipativen Managements (siehe z.B. Fuchs 2000a) geht von der Analyse des Kapitalismus als Klassengesellschaft und der Fragestellung nach den Möglichkeiten der realen Verbesserung und Humanisierung der Situation der Arbeitenden aus. Eine solche Argumentation meint, dass die neuen Arbeitsformen nicht eine Ausweitung der Macht, sondern der Ohnmacht der Arbeitenden bedeuten. So wird häufig argumentiert, dass vor allem hochqualifizierte und hochbezahlte Arbeitende (wie z.B. IT-EntwicklerInnen) als Reaktion auf das partizipative Management und die Etablierung neuer Formen der Unternehmensorganisation eine Identifikation mit dem Betrieb, Motivation, Selbstdisziplinierung, Mehrleistung durch Internalisierung der Corporate Identity usw. tatsächlich umsetzen. Die neuen Arbeitsformen bedeuten also eine individuelle Besserstellung für Teile der Arbeitenden.

Gleichzeitig käme es aber zu einer permanenten Ausweitung der prekären Arbeitsverhältnisse. Daher könne nicht von einer Erhöhung des Machtpotentials der Arbeitenden gesprochen werden, da es nur zur Besserstellung einiger atomisierter Hochqualifizierter komme. Von einer Humanisierung der Arbeit und einer Erhöhung der Macht der Arbeitenden könnte nur dann gesprochen werden, wenn es eine globale Verbesserung der Lebensverhältnisse der Arbeitenden gäbe. Im Kapitalismus bedeute jedoch die Verbesserung der Situation der einen die Zunahme des Leids der anderen. Da jene Arbeitenden, die auf das partizipative Management positiv reagieren, herrschende Interessen und Ziele internalisieren, würde es zu einer Spaltung der gemeinsamen Interessen der Arbeitenden nach Besserstellung kommen. Die höher Qualifizierten hätten durchwegs ein Potential zu ihrer eigenen individuellen Besserstellung, dieses stünden jedoch im Widerspruch zur Besserstellung der gesamten Arbeiterklasse.

Dieser Argumentation folgen z.B. Mike Parker und Jane Slaughter (1988), die meinen, dass das Teamkonzept für die Arbeitenden eine raffiniertere Form der Ausbeutung bedeute und dass sie dadurch zu willigen KomplizInnen ihrer eigenen Ausbeutung gemacht würden. Eine ähnliche Kritik an der Teamarbeit kommt auch von Jeremy Rifkin (1995): „Viel ist gesagt und geschrieben worden über Qualitätszirkel, Teamarbeit und mehr Mitbestimmung am Arbeitsplatz. Nur wenig ist dagegen gesagt oder geschrieben worden über die wachsende Anspruchslosigkeit der Arbeit, die zunehmende Geschwindigkeit der Produktion, die steigende Belastung oder die neuen Formen des sanften Zwangs und der subtilen Einschüchterung, mit denen die Beschäftigten in die postfordistische Produktion eingepasst werden. [...] Oft verlässt sich das Management darauf, dass die Teams ihre Mitglieder disziplinieren. Mitarbeiterkomitees üben Druck auf unwillige oder langsame Kollegen aus. [...] Das führt dazu, dass die Arbeiter sich gegenseitig unter Druck setzen, stets zur Arbeit zu kommen“ (Rifkin 1995, S. 128f).

Es kann argumentiert werden, dass Teamarbeit, virtuelle Organisation, LP, partizipatives Management etc. eine Ende der Klassengesellschaft bedeuten, da das Klassenbewusstsein immer stärker verloren geht und eine Homogenisierung der Interessen von Kapital und Arbeit im Geist hergestellt wird. Einer solchen Argumentation kann aber mit Adorno (1970) entgegengehalten werden, dass auch bei einem fehlenden Klassenbewusstsein nicht auf die Nichtexistenz von Klassen geschlossen werden kann. Das Klassenverhältnis zwischen Kapital und Lohnarbeitenden, so Adorno, ist vielmehr ein objektives denn ein subjektives Verhältnis. Es zeichne sich durch ein ökonomisches Verhältnis aus, im Rahmen dessen gratis geleistete Mehrarbeit transferiert wird. Der Kapitalismus sei heute noch immer Klassengesellschaft. Die Produktionsverhältnisse würden den Gegensatz zwischen Kapital Lohnarbeit „prekär konservieren“ (Adorno 1970, S. 144).

Bereits Herbert Marcuse (1967) beschreibt eine Tendenz dazu, dass in einigen Betrieben die Arbeitenden ein ernsthaftes Interesse am Betrieb zeigen (vgl. Marcuse 1967, S. 49-51). Er betonte, dass im Kapitalismus die Individualität der Menschen unterdrückt und ein eindimensionales Denken und Bewusstsein hergestellt werde. Diese Gleichschaltung und Manipulation schränke das Bewusstsein ein und halte die potentiellen gesellschaftlichen Subjekte ohnmächtig. Diese Bestimmung des Bewusstseins folgt aber bei Marcuse keiner einfachen deterministischen Logik, da er sehr wohl davon ausgeht, dass es durchwegs Kräfte gibt, die „die Gesellschaft sprengen können“ (Marcuse 1967, S. 17).

In Europa und den USA haben sich die neuen Konzepte der Organisations- und Managementtheorie noch nicht großflächig durchgesetzt. Betrachten wir allerdings als ein Musterbeispiel die LP in Japan, so kann manchen Argumentationen zu Folge nicht unbedingt von einer Humanisierung der Arbeit gesprochen werden: „Automobilarbeit in Japan ist hochrepetitive, vielfach kurzzyklische, hochverdichtete Arbeit unter sehr großem Stress. Und dies Tag für Tag bei langen Arbeitszeiten“ (Jürgens 1992, S. 31). Die hohe Leistungsanforderung an die Arbeitenden und der daraus resultierende Stress in der japanischen LP führen auch dazu, dass diese Produktionsweise als „Management by Stress“ (Berggren 1991, S. 60) bezeichnet wird. Die Arbeitenden üben vielfach gegenseitig aufeinander Druck aus. Druck lastet auf der gesamten Gruppe, daher werden Gruppenmitglieder bei einer Störung des effizienten Ablaufs schnell von anderen TeammitarbeiterInnen angefeindet.

Im Opelwerk in Eisenach (D) wurde auch die LP eingeführt. Eine Bewertung der Arbeitssituation fällt folgendermaßen aus: „Die ‘Fertigungsstätte mit Modellcharakter’ für ganz Europa (Opel-Selbstlob) mag wegweisend für die Fabrik der Zukunft sein. Ein Beispiel für humane Arbeitsbedingungen ist sie nicht [...] Gerade in diesen edlen Werkhallen herrscht Stress, und mittlerweile haben die Folgen der neuen Arbeitsbedingungen auch einen Namen: Flexibilitäts-syndrom, Just-in-time-Syndrom, Qualitätssyndrom. [...] In den Teams entwickelt sich bisweilen eine Gruppendynamik, die mehr belastet als ein autoritärer Chef. Um Anwesenheits- und Leistungskontrollen braucht sich in Eisenach kein Vorgesetzter mehr zu kümmern, das regeln die Gruppen wie von selbst. Denn niemand ist längere Zeit bereit, die Minderleistung eines schwächeren Kollegen auszugleichen“ (Gottschall 1994, S. 242ff).

In Fuchs (2000b) wurde das partizipative Management als eine neue Ideologie gedeutet und dies als Schritt in Richtung einer „Kontrollgesellschaft“ (Deleuze) gesehen, in der die Arbeitenden der Fremdkontrolle und Nutzung ihrer Arbeitskraft durch die Internalisierung fremder Ziele zustimmen sollen. Ähnlich argumentiert auch Erich Ribolits (1995): „Es geht - so wie bei fremdbestimmter Arbeit immer - darum, sie [die Arbeitenden, Anm. CF] zu ‘entfremden’, indem man sie dazu bringt, etwas zu tun, was andere wollen, aber sie gleichzeitig glauben zu machen, dass sie es selbst tun wollen. Wenn in Managementhandbüchern heute permanent die ‘Motivation der Mitarbeiter’ beschworen wird, dann wird damit nur eine neue Stufe der Manipulation angesprochen“. Ribolits interpretiert die neuen Organisations- und Managementmethoden als eine „Totalverzweckung des Menschen“ (ebd., S. 150), bei der die Arbeitenden total (also inklusive ihres Bewusstseins) in den Verwertungsprozess des Kapitals integriert werden sollen. Ziel sei die „Totalverausgabung der Arbeitenden“. „Die neuen Managementkonzepte stellen ein freundlich gewendetes Steuerungsinstrument dar, das auf der alten Drohung aufbaut, bei Nichtbringen der ständig geforderten Hochleistungsakrobatik den Arbeitsplatz zu verlieren. Der Unterschied zu früher besteht bloß darin, dass der ‘Interessenswiderspruch von Kapital und Arbeit’ nicht mehr durch ein loyales Management im Sinn einer optimalen Profitrate entschieden zu werden braucht, weil die Arbeiter nun selbst zu ‘Agenten des Kapitals’ gemacht worden sind. [...] Wie bei alle Managementmaßnahmen bleibt das grundsätzliche Ziel und die

Triebkraft für Veränderung aber weiterhin der maximale Profit für in das Unternehmen investierte Kapital“ (Ribolits 1995, S. 155f).

Es kann nicht davon ausgegangen werden, dass die neuen Unternehmens- und Arbeitsorganisationsweisen automatisch eine Humanisierung der Arbeit und eine Stärkung der Macht der Arbeitenden mit sich bringen. Manchen Argumentationen zu Folge zeigt sich genau das Gegenteil: Management by Stress, die gegenseitige Disziplinierung und Selbstdisziplinierungen der Arbeitenden etc.

Massenproduktion und Massenkonsum gibt es im Postfordismus noch immer. Von einer qualitativ neuen Produktionsweise kann trotzdem gesprochen werden, da sich einige neue Qualitäten zeigen:

- diversifizierte Qualitätsproduktion, flexible Spezialisierung
- Dezentralisierung der Unternehmensstruktur, Outsourcing, Netzwerkstrukturen (IKT spielen dabei als Medium eine wesentliche Bedeutung)
- Enthierarchisierung der internen Unternehmensorganisation, flache Hierarchien
- Teamarbeit
- partizipatorisches Management und neue Unternehmensphilosophien, die die Arbeitenden psychisch integrieren (bzw. zugespitzt formuliert: vereinnahmen und verzwecken) wollen.
- Just-in-time-Produktion

Ein weiterer Aspekt der postfordistischen Ökonomie ist eine Tertiarisierung der Wirtschaftssektoren. Auf diese möchten wir nun näher eingehen.

### Die Dienstleistungs- und Informationsgesellschaft

Mit der Verwissenschaftlichung der Produktion und der immer stärkeren Zunahme der Bedeutung der Produktivkraft Wissen werden wissenschaftliche Vorleistungen der Produktion, die Schaffung von Know-How durch Forschung und die Ausbildung qualifizierter ArbeiterInnen an Universitäten immer bedeutender. Die Wissenschaft ist die „unmittelbare Produktivkraft“ (Marx 1857/58, *Grundrisse*, MEW Band 42, S. 602), schafft jedoch selbst keinen Wert. Das allgemeine gesellschaftliche Wissen spiegelt sich im fixen Kapital wider. Für dessen Fortschritt und Entwicklung sorgt die Wissenschaft, die „Initiator und Leiter der industriellen Praxis“ (Kowarski/Minder 1978, S. 151) ist.

Die Kopfarbeit, das Wissen als Vorbedingung der Produktion, fließt nicht in ein einziges Produkt ein und muss nicht irgendwann durch Neukauf erneuert werden wie konstantes und variables Kapital, sondern es hat einen unvergänglicheren Charakter: Es fließt in viele Produkte gleichzeitig ein (nicht nur innerhalb eines Betriebes, sondern in vielen Betrieben gleichzeitig), obwohl es nur einmal geschaffen werden muss, und es verbraucht oder verschleißt sich nicht. Wissen kann zu einem sehr geringen Preis quasi unendlich vervielfältigt werden (es wird also in der Form von Kopien billig reproduziert, muss aber selbst nicht reproduziert werden) und kann in digitaler Form mittels moderner I&K-Technologien global sehr schnell verbreitet werden.

Die Rahmenbedingungen und die Infrastruktur der Warenproduktion werden immer bedeutender: In allen Industriestaaten zeigt sich ein Trend des sektoralen Strukturwandels: Der primäre Sektor Landwirtschaft nimmt ab, der sekundäre, warenproduzierende Sektor ist rückläufig, während der Dienstleistungssektor immer größer wird. Tabelle 1.1. zeigt die Zunahme der Bedeutung des Dienstleistungsbereiches im Postfordismus im Gegensatz zum Fordismus in den bedeutendsten westlichen Staaten.

In den Dienstleistungsbereich werden immer wieder Hoffnungen auf ein neues Beschäftigungswunder gesetzt. Diese Illusionen erscheinen aber aus mehreren Gründen unrealistisch. Zum einen unterliegt auch der Dienstleistungsbereich Rationalisierungstendenzen. Hier spielen vor allem das Internet und die neuen Medien eine wesentliche Rolle. Wird ein technisches Medium zwischen Anbieter und Konsument einer Dienstleistung geschaltet, so wird der persönliche Kontakt und damit die lebendige Arbeit tendenziell unnötig (Beispiele sind E-Commerce, Internetbuchhandel, virtuelle Reisebüros, Point of Sale/Point of Interest-Applikationen). Durch den kapitalistischen Zwang zur immer weiteren Rationalisierung, die die Produktivität steigern und den variablen Kapitalanteil senken soll, entsteht eine konjunkturabhängige strukturelle Sockelmassenarbeitslosigkeit. Es ist unwahrscheinlich, dass der Dienstleistungssektor all diese Freigesetzten absorbieren kann, da es sich bei den Arbeitslosen meist um Rationalisierungsoffer aus niedrig qualifizierten Bereichen handelt (standardisierte Arbeiten lassen sich am einfachsten automatisieren), bei den neu entstehenden Jobs aber vor allem um hoch qualifizierte Tätigkeiten. Bereits Marx beschrieb eine Tendenz zur Selbstverstärkung der Arbeitslosigkeit. Steigt die Arbeitslosigkeit, so werden aus KonsumentInnen NichtkonsumentInnen. Die Nachfrage nach Konsumtionsmitteln sinkt also. Dies kann einen negativen Einfluss auf die Profitraten haben. Konsumtionsmittel werden auch im Dienstleistungsbereich verkauft. Daher kann die strukturelle Massenarbeitslosigkeit auch die Arbeitslosigkeit in diesem ökonomischen Bereich tendenziell verstärken.

Heute werden vor allem in der Computerindustrie hohe Profite erzielt. Mit Intellectual Property Rights (IPR, z.B. Patente, Urheberrechte) versuchen Softwarefirmen die exklusive Nutzung von geschaffenenem Wissen für sich zu garantieren. Ein weiterer Mechanismus, um Profit mit Software zu realisieren, ist, dass von Softwarefirmen Lizenzen zur Nutzung einer Software vergeben werden.

| Land           | 1970 | 1992 |
|----------------|------|------|
| Deutschland    | 27,6 | 43,1 |
| Frankreich     | 32,3 | 45,5 |
| Großbritannien | 36,3 | 45,4 |
| Japan          | 28,6 | 40,2 |
| USA            | 38,6 | 45,6 |

*Tab. 1.1.: Anteile der Dienstleistungsunternehmen (Staat und Privatwirtschaft) an der Bruttowertschöpfung. Nach: Briefs (1997), S. 133*

Auch ein neuer Schub der ökonomischen Globalisierung zeigt sich heute.

### Die ökonomische Globalisierung

„Globalisierung“ ist seit einigen Jahren eines der meistgebrauchten Schlagwörter in Politik und Medien. Verteufelungen und die damals oft verbundenen nationalistischen Ressentiments sind sowohl von links als auch von rechts zu beobachten. Der Rechten kommt die Globalisierungsdiskussion zu Gute, um ihren traditionellen Nationalismus im modernen Gewand wieder aufstehen zu lassen. Teile der Linken merken in ihrem im antikapitalistischen Gewand daher kommenden Feldzug gegen die Globalisierung oft nicht, dass sie eben diesen nationalistischen Ressentiments Vorschub leisten und sich zu den besten Helfern der Rechten machen.

Andererseits ist aber vor allem aus neoliberal eingestellten Kreisen, und dazu sind im Westen heute durchwegs auch Teile der etablierten sozialdemokratischen und grünen Parteien zu rechnen, eine unkritische, fortschrittsoptimistische und kompromisslose Bejahung der Globalisierung zu hören. Die tradierten politischen Herangehensweisen seien längst überkommen, notwendig sei eine moderne Politik, die sich auf die „New Economy“ einstellt. In politischen Realkategorien heißt dies zumeist, dass der letzte Rest Sozialstaat zur Disposition freigegeben wird, um einen schlanken Staat als beste Voraussetzung für die internationale Standortkonkurrenz zur Verfügung zu stellen.

Der Kapitalismus ist ein grundsätzlich globales System, das nur über den Weltmarkt funktionieren kann. Das erkannten Marx und Engels bereits vor 150 Jahren und die VertreterInnen der marxistischen Imperialismustheorie (Luxemburg, Lenin, Bucharin, Hilferding) vor nahezu 100 Jahren.

Auch Immanuel Wallerstein (1974, 1981, 1988) meint, dass eine kapitalistische Gesellschaft niemals national beschränkt ist, sondern dass es sich beim Kapitalismus um ein Weltsystem handelt. Daher sei der Kapitalismus notwendigerweise ein globales System. Globalisierung kann in diesem Zusammenhang so verstanden werden, dass sich mit der Ausdehnung des Kapitalismus über den Globus eine weltweite Arbeitsteilung durchgesetzt hat. Wallerstein betont die Herausbildung eines Weltmarktes, der den Zweck der Profitrealisierung erfülle. Die kapitalistische Weltökonomie konstituiere sich durch Ausbeutungsverhältnisse. Die Aneignung des Mehrwerts erfolge durch kapitalistische Zentren, die periphere Räume ausbeuten. Wallerstein unterscheidet in diesem Zusammenhang zwischen Zentrum, Semi-Peripherie und Peripherie. Das kapitalistische Weltsystem erzeuge auf der einen Seite Reichtum und auf der anderen Armut. Kapitalismus sei niemals eine Angelegenheit der Nationalstaaten gewesen, sondern sei prinzipiell eine Weltökonomie. Das Kapital ließe sich nicht national beschränken.

Weltsysteme, so Wallerstein, habe es auch schon vor der kapitalistischen Ära gegeben. Im Gegensatz zum kapitalistischen Weltsystem hätten diese Systeme aber auf der Herrschaft imperialistischer Großreiche basiert und nur Regionen umfasst, die vom entsprechenden Reich kontrolliert wurden. Das qualitativ Neue an der kapitalistischen Weltökonomie sei ihre weltweite Ausdehnung und die Dominanz der ökonomischen Dimension im Gegensatz zur Dominanz der politischen Macht früherer Weltsysteme.

Elmar Altvater und Birgit Mahnkopf sehen Globalisierung als die sich durch Deregulierungsmaßnahmen ergebende Offenheit der Nationalökonomien gegenüber dem Weltmarkt: „Aus der Sicht der Nationalstaaten erscheinen Globalisierung und Integration in den Weltmarkt zunächst als Offenheit gegenüber den Weltmarktendenzen. Das ist eine Folge des Abbaus von Schranken, die dem Markt innen und außen gesetzt worden sind. Der Markt wird durch Deregulierung sich selbst überlassen“ (Altvater/Mahnkopf 1996, S. 22).

Harald Schumann, Co-Autor der populärwissenschaftlichen Arbeit „Die Globalisierungsfälle“ (Martin/Schumann 1996), versteht unter Globalisierung „die transnationale, grenzüberschreitende Integration von Unternehmen, von Märkten, von Informationsflüssen, teils sogar von Kulturen“ (Schumann 1997).

Joachim Hirsch sieht die Globalisierung in „einer radikalen Liberalisierung vor allem der Geld- und Kapitalmärkte, einer weltweit wachsenden Mobilität der Arbeitskräfte, der Verdichtung und Beschleunigung der Kommunikationsnetze, der Vereinheitlichung kultureller Muster und Konsumstandards, der wachsenden Bedeutung transnationaler Unternehmen und in einer fortschreitenden Internationalisierung der Produktion“ (Hirsch 1995, S. 89) gegeben.

In Fuchs/Hofkirchner (2000) haben wir betont, dass Globalisierung einen allgemeinen Prozess der Menschheitsgeschichte bedeutet, der ein dialektisches Verhältnis von Lokalem und

Übergreifendem/Globalem bedeutet. Jede Form der Gesellschaft ist geprägt durch eine konkrete Ausprägung dieser Dialektik der Globalisierung. In jeder Gesellschaft entwickeln sich globale Formen der Ökonomie, der Politik und der Kultur. Es gibt also nicht nur eine ökonomische, sondern auch eine politische und eine kulturelle Globalisierung. Grundsätzlich sollten alle diese Ebenen in der Globalisierung betrachtet werden und die bestehenden Formen der Dialektiken in diesen Bereichen näher untersucht werden. In dieser Arbeit interessiert uns nun vor allem die ökonomische Globalisierung im Kapitalismus.

Wenn die ökonomische Globalisierung ein dem Kapitalismus immanenter Prozess ist, was ist dann im Postfordismus das eigentlich Neue daran? Warum wird so viel Lärm um ein bereits altbekanntes Phänomen gemacht?

Es kann argumentiert werden, dass die ökonomische Globalisierung eigentlich ein Mythos ist, da die Exportquoten der kapitalistischen Länder schon vor etwa hundert Jahren so hoch waren wie heute oder da etwa drei Viertel der ausländischen Direktinvestitionen der OECD-Ländern innerhalb dieses Raumes verbleiben und sich daran in den letzten 15 Jahren nicht viel verändert hat (vgl. Ofner 1997, S. 289f). Tabelle 1 zeigt dies an Hand der Verteilung der Ausländischen Direkt-Investitionen (ADI) der NAFTA-Länder und Westeuropas. Der Anteil des internationalen Handels an der Weltproduktion betrug 1950 7%, 1973 12% und 1993 15%. Werden die OECD-Länder betrachtet, so hat der durchschnittliche Anteil des Außenhandels von 1960 12,5% auf 1990 18,6% zugenommen (Krugman 1995, S. 327). Dies bedeutet zwar eine Zunahme des Welthandels, Anfang des 20. Jahrhunderts wurden jedoch bereits ähnliche Werte erreicht.

| Empfängerländer | 1985 | 1992 |
|-----------------|------|------|
| NAFTA, EG, EFTA | 74   | 77   |
| Südostasien     | 6    | 7    |
| Rest der Welt   | 20   | 16   |

Tab. 1.2.: Verteilung der ausländischen Direktinvestitionen der NAFTA-Länder und Westeuropas (aus: Ofner 1997, S. 290)

Im Kontext des Übergangs vom Fordismus zum Postfordismus lässt sich nun auch näher bestimmen, was eigentlich unter dem neuen Schub ökonomischer Globalisierung zu verstehen ist: Es kann gesagt werden, dass die derzeitige Form der Globalisierung kein Ergebnis einer seit Jahrzehnten bewusst durchgeführten falschen Regierungspolitik ist (wie Martin und Schumann (1996) in der „Globalisierungsfalle“ argumentiert haben), sondern sie kann aus der Logik und der Produktivkraftentwicklung des Kapitalismus als eine Strategie zur Lösung der fordistischen Krise durch die Ausnutzung internationaler Standortvorteile begriffen werden. Dies bedingt geradezu eine neoliberale Standortpolitik mit all ihren sozialen Konsequenzen. In der Diskussion über Globalisierung wird großteils nicht der Kapitalismus als Verhältnis und mögliche Bedingung struktureller Probleme erfasst, sondern werden mit immer neuen Präfixen langfristig reformierbare Ausformungen des Kapitalismus unterstellt: der „Kasinokapitalismus“, der „Turbokapitalismus“, der „Raubtierkapitalismus“ (Helmut Schmidt), der „Killerkapitalismus“, der „Mafiakapitalismus“, der „unzivilisierte Kapitalismus“ usw. Der Krise der Profitraten soll durch eine Externalisierung der Kosten kompensiert werden, indem versucht wird, durch eine weltweite Umstrukturierung der Organisationsweisen (Lean Production, Verlagerung der Produktion in Billiglohnländer, Outsourcing etc.) der Unternehmen den konstanten und variablen Kapitalanteil zu senken. Dadurch wird die Hoffnung auf einen Anstieg der

Profitraten gesetzt. Um dies zu erreichen werden auch immer neue und weitere Rationalisierungsschübe durchgesetzt. Der Selbstwiderspruch des Kapitalismus, dass die Rationalisierung zwar den variablen Kapitalanteil senkt, aber gleichzeitig negativ auf die Profitraten wirkt, wird dabei nicht erkannt.

Die Nutzung von Standortvorteilen bedeutet die Möglichkeit, den Produktionsprozess in unabhängig voneinander abwickelbare Teile zerlegen zu können, die jeweils dezentral erledigt und von einer Zentrale aus gesteuert werden. Jeder Teilprozess kann in einem anderen Land durchgeführt werden, in dem die Verwertungsbedingungen des Kapitals für die entsprechende Aufgabe „optimal“ im Sinne eines niedrigen konstanten und variablen Anteils des Kapitals und schlechtem Arbeitsrecht sind. Die Drohung mit der Abwanderung von Betrieben kann als die Antizipation von Arbeitslosigkeit, vermindertem Wachstum und geringeren finanziellen Mitteln des Staates verstanden werden. Dadurch entsteht im Postfordismus eine potentielle Situation der Erpressbarkeit.

Die transnationalen Konzerne (TNK) spielen heute eine wesentliche Rolle in der Weltökonomie. Aus den rund 7.000 TNK, die in den 60ern existierten, sind heute etwa 37.000 geworden. „Ihre Gesamtverkäufe haben ein größeres Volumen als alle Welthandelsexporte zusammen“ (Chomsky/Dieterich 1999, S. 44). Bei der Internationalisierung des Kapitals waren bis in die 70er-Jahre vor allem die Exportstrategie und die Multinationalisierung wesentlich. Bei der Exportstrategie vertreibt eine von einer Zentrale aus kontrollierte ausländische Niederlassung eines Konzerns das entsprechende Produkt. Bei der multinationalen Strategie sind die ausländischen Niederlassungen relativ autonom und versuchen eine selbständige Kontrolle der nationalen und regionalen Märkte. Als charakteristisch für den Postfordismus können die globale und die transnationale Strategie betrachtet werden<sup>25</sup>. Bei der globalen versucht ein Konzern, sein Produkt weltweit durchzusetzen. Die Produktion erfolgt dezentral, eine wesentliche Rolle dabei spielt die Auslagerung (Outsourcing) von Teilen des Produktionsprozesses in Regionen, die für die entsprechende Aufgabe optimale Bedingungen bieten. Die transnationale Strategie läuft darauf hinaus, dass es global verteilte Unternehmen eines Konzerns gibt, die bei der Erzeugung eines vielfältigen Produktschemas zusammenarbeiten. Jedes Unternehmen spezialisiert sich dabei auf gewisse Aspekte und konzentriert sich auf die Vermarktung des Produktprogrammes des Konzerns in der Region, in der es angesiedelt ist. Globale und transnationale Strategie sind nicht zu trennen, TNK verfolgen zumeist beide.

Die ökonomische Globalisierung kann im Zusammenhang des Übergangs vom Fordismus zum Postfordismus und vom Keynesianismus zum Neoliberalismus gesehen werden. Globalisierung bedeutet dann auch die Deregulierung von Schranken wie Schutzzöllen und Steuern sowie von sozialen Sicherungssystemen. Wird die *ökonomische Globalisierung* im Kontext der Einheit eines Akkumulations- und Regulationsmodells erfasst, so bezeichnet sie nicht eine Zunahme des internationalen Warenhandels, sondern vor allem die *Schaffung neuer Rahmenbedingungen für die Verwertungsprozesse des Kapitals in der Form des zunehmenden Abbaus von institutionellen Schranken und Grenzen dieser Prozesse sowie die Internationalisierung des Kapitalverhältnisses und die Triadisierung (Konzentrierung auf die drei großen Wirtschaftsregionen Europa, USA und Südostasien) des Welthandels und des Kapitalexports in Form ausländischer Direktinvestitionen*. Die marxistische Imperialismustheorie zeigt uns, dass die ökonomische Globalisierung ein dem Kapitalismus innewohnender Prozess ist. Das qualitativ Neue an ihr ist im Postfordismus, dass es zu einer Deregulierung der im Fordismus gesetz-

---

<sup>25</sup> Siehe für die folgende Unterteilung in Exportstrategie, multinationale, globale und transnationale Strategie Hirsch-Kreinsen (1996) S. 12f

ten Schranken der Kapitalakkumulation kommt und dass sich eine Triadisierung des Welthandels einstellt. Der Weltmarkt verändert sich nicht quantitativ durch eine wesentliche Zu- oder Abnahme des Welthandels, sondern qualitativ durch einen Konzentrationsprozess des Handels auf große ökonomische Räume, die durch Freihandelsabkommen wie die EU, NAFTA oder APEC entstanden sind. Da die ökonomische Globalisierung eben nicht ausschließlich ökonomisch zu begreifen ist, sondern Aspekte der Regulation eine wesentliche Rolle spielen, eignet sich zur Darstellung des Übergangs vom Fordismus zum Postfordismus ein Modell, das eine Phase des Kapitalismus durch eine Einheit von Akkumulations- und Regulationsmodell darzustellen versucht. Ein solcher Ansatz wird von der marxistisch orientierten Richtung der Regulationstheorie gegangen (vgl. Fuchs 2000b; S. 181ff; Hirsch 1995; Lipietz 1992b, S. 2 ff; Lipietz 1998).

## **Politik im Postfordismus**

Die Umstrukturierung der kapitalistischen Organisationsweise ist eng verbunden mit der Veränderung verschiedener Territorien und Räume. Exemplarisch wollen wir uns mit den Veränderungen des städtischen und staatlichen Raums im Postfordismus auseinandersetzen.

### Die postfordistische Veränderung der Städte

Die Stadt, wie wir sie heute kennen, entwickelte sich als Ort des Handels mit der Herausbildung des modernen Kapitalismus. Durch die ökonomische Globalisierung ändert sich der Stellenwert der Stadt in der Gesellschaft. Plätze, die für das Kapital attraktiv sind, müssen heute nicht notwendigerweise Städte sein, die eine entsprechende Infrastruktur bieten. Durch die Möglichkeit des Outsourcings und die Zerlegung des Produktionsprozesses in zwar voneinander abhängige, aber unabhängig voneinander herstellbare Einheiten, wird es möglich, dass an jedem beliebigen Ort der Welt produziert wird. Ausgewählt werden jene, an denen die Verwertungsbedingungen des Kapitals optimal sind. Sind die Steuern oder Arbeitskosten in New York zu hoch, so wird die Produktion eben auf die Cayman Islands oder anderswohin verlagert. In Zukunft werden Großstädte möglicherweise nicht notwendigerweise die bedeutendsten Zentren des Handels und der Finanzwelt sein.

In der globalisierten, postfordistischen Ökonomie sind die äußeren Charakteristika einer Stadt oder eines Raumes wie Lebensweise, Kultur, Sehenswürdigkeiten und Verbauung nicht ausschlaggebend dafür, welche Rolle und welche Bedeutung die Stadt bzw. der Raum in der Weltgesellschaft einnimmt. Für das Kapital zählt einzig die Funktion, die der Ort in der Kapitalakkumulation spielen kann. Bietet er optimale Bedingungen, so werden die Investitionen nicht ausbleiben und der Aufstieg zu einer bedeutenden Region des Kapitalismus steht möglicherweise in Aussicht. Die Bedeutung misst sich dabei jedoch vorwiegend in ökonomischen Kategorien.

Die globalen Städte wie New York, London, Tokyo, Paris, Frankfurt, Zürich, Amsterdam, Los Angeles, Sydney, São Paulo, Mexiko City und Hong Kong zeichnen sich derzeit dadurch aus, dass sie die Kommandozentralen der Kapitalakkumulation sind. Sie sind Kommandostellen in der Organisation der Weltökonomie, Marktplätze und Standorte der führenden Industrien und Produktionsräume für die Innovationen dieser Industrien (Sassen 1998, S. 180, vgl. auch Sassen 1991).

Die globalen Städte sind im Gegensatz zu unterentwickelten Regionen reich an Infrastruktur. Aber auch in diesen Städten gibt es ein Gefälle, eine Geographie mit Unterschieden von Zentralität und Marginalität. Eine globale Stadt differenziert sich also intern wiederum in zentrale und marginale Räume. Es könnte gesagt werden, dass die Weltökonomie in dem Sinn fraktalisiert und selbstähnlich wird, dass sich die Unterschiede zwischen entwickelten und unterentwickelten Räumen, jene Geographie also, die sich durch Dominanz auf der einen und Marginalität auf der anderen Seite auszeichnet, in den Städten der entwickelten Räume und Staaten reproduziert.

Der „Global Cities“-Ansatz geht davon aus, dass zwischen den global operierenden Unternehmen und dem Netz der Städte ein wesentlicher Zusammenhang besteht. Die Städte seien die „primären geographischen Knotenpunkte“ des transnationalen Kapitalismus (Fragin/Smith 1987). Die bedeutendsten Großstädte seien daher jene, in denen sich die Kommandozentralen des kapitalistischen Weltsystems befinden. Die Hierarchie der Städte ergebe sich aus der Verteilung der Zentralen der TNK.

Die flexiblen, mobilen und hochqualifizierten Führungskräfte der Kapitalakkumulation und der ökonomischen Globalisierung, also das global agierend Management, haben ihren Lebensmittelpunkt nicht mehr notwendigerweise ausschließlich in einer Stadt oder Region, sondern in mehreren globalen Städten und/oder Regionen. Durch die modernen Vernetzungstechnologien können sie von jedem beliebigen Punkt der Erde aus jene Entscheidungen treffen, die die Kapitalakkumulation organisieren. Ihre Lebensweise hebt sich hinsichtlich Stil, Kleidung, Vorlieben, Gewohnheiten und Verhaltensweisen ganz deutlich von jenen der lokalen und regionalen Bevölkerungen ab. Der flexible Unternehmer, der von einer Sitzung oder Konferenz in einer globalen Region in der Concorde zur nächsten eilt, bekommt von all jenen Prozessen, die das lokale Leben prägen, von der immer stärkeren Ghettoisierung weiter Teile des Globus und von den immer prekäreren Lebensverhältnissen großer Teile der Weltbevölkerung, nichts mit. Für ihn erscheint jede Region und jede Stadt tendenziell gleich, sein Leben spielt sich zu einem guten Teil zwischen den global gleich anmutenden Flughafenlounges, Hotels und Konferenzräumen ab.

Es zeigt sich, dass die Unterschiede zwischen Arm und Reich im Postfordismus immer größer werden. In den Großstädten verdeutlichen sich die Differenzen zwischen Arm und Reich seit jeher ganz klar durch die Gegebenheiten des Raumes. Die gepflegten und einen ansehnlichen Eindruck erweckenden Viertel und Businesskomplexe einerseits und die heruntergekommenen, verfallenen, ungepflegten und slumartig anmutenden Häuser und Stadtteile andererseits. Auch die Vermischung von beidem war immer deutlich ersichtlich. Durch die Verschärfung der globalen Probleme im Postfordismus driften diese Unterschiede in den Städten weiter auseinander. Eine neue Qualität dabei ist jedoch, dass versucht wird, das Leid und die Armut zu devisualisieren. Reiche Stadtteile werden immer häufiger von Polizei und privaten Sicherheitskräften abgeriegelt, eine klare Trennung und Unterscheidbarkeit zwischen Reich und Arm soll territorial hergestellt und fixiert werden. Obdachlose, Bettler, Drogensüchtige und Arme aus gewissen städtischen Räumen vertrieben. Die Armut wird in eigene Stadtteile verbannt, wo sie für Außenstehende möglichst unsichtbar bleiben. Erst- und Drittweltverhältnisse vermischen sich in den Zentren des Kapitalismus immer deutlicher, sie werden aber auch immer intensiver voneinander abgeschottet.

Moulaert/Swyngedouw (1990) gehen davon aus, dass die ökonomische Gesellschaftsstruktur mit einer spezifischen räumlichen Struktur korrespondiert. Durch die Flexibilisierung der Ökonomie im Zuge der Krise des Fordismus komme es zu einer Erschließung neuer Räume.

Einige bisher abgelegene Städte könnten nun vermehrt als Standorte fungieren, da das Kapital Faktoren wie geringe Lohnkosten nutzen wolle.

Krätke (1991) geht davon aus, dass sich international gesehen im Postfordismus flexible Produktionsstrukturen vor allem in verschiedenen Gebieten ansiedeln (S. 32):

1. in Randzonen von Großstädten
2. in innerstädtischen Büro- und Geschäftszentren
3. in bisher nicht-industrialisierten Regionen
4. in traditionell handwerklich geprägten Regionen

Manuel Castells (1989) setzt sich intensiv mit der Rolle der Stadt im Informationszeitalter auseinander. Die globalen, informationellen Städte, so Castells (1989), seien Kontrollpunkte der globalisierten Ökonomie. Ein hoher Prozentsatz der Beschäftigten dieser Städte (etwa 30 Prozent) seien Informationsarbeiter. In diesen zentralen Städten seien die wesentlichen politischen und ökonomischen Kräfte versammelt. Die Mehrheit der neu entstehenden Jobs sei instabil, mit schlechter sozialer Absicherung, schlecht bezahlt und unqualifiziert. Dies treffe z.B. für Reinigungspersonal, VerkäuferInnen, Babysitter, KellnerInnen etc. zu. So entstehe eine neue Unterklasse, während nebenher eine kleinen Elite Privilegierter (hohe Löhne, hohe Qualifikationen, aber auch lange Arbeitszeiten, viel Stress, z.B. im IT-Bereich) existiert. Die informationelle Stadt zeichne sich durch krasse soziale Unterschiede und Spaltungen aus. Castells (1989, S. 224) spricht von einer neuen Form des urbanen Dualismus von Reichtum und Armut. So sei etwa New York gleichzeitig eine Stadt der Träume und der Albträume. Es sei einerseits die Stadt der Wall Street und florierenden Reichtums, andererseits auch jene massiver Armut und Kriminalität. Extremer Reichtum und extreme Armut existieren in Städten wie New York und Los Angeles eng nebeneinander, werden jedoch territorial separiert. Einerseits werden reiche Viertel werden militärisch bewacht und gesichert, während andererseits die Ausbreitung der Armut zur Ghettoisierung ganzer Stadtviertel führt. Mike Davis (1990), der sich insbesondere mit der Situation in Los Angeles auseinandergesetzt hat, spricht von einer Südafrikanisierung der Städte, die Exklusion der Armen bedeute die Schaffung von „high-tech castles“ (Davis 1990, S. 248).

Eine neue Qualität dabei ist, dass versucht wird, das Leid und die Armut zu devisualisieren. Reiche Stadtteile werden immer häufiger von Polizei und privaten Sicherheitskräften abgeriegelt, eine klare Trennung und Unterscheidbarkeit zwischen Reich und Arm soll territorial hergestellt und fixiert werden. Obdachlose, Bettler, Drogensüchtige und Arme werden von gewissen Plätzen vertrieben. Der Lebensstil der neuen Elite, die eine hegemoniale Klasse formen würde, so Castells, würde das Leben in den globalen Städten prägen. Die kosmopolitischen Yuppies hätten vielfältige Interessen, hohen Lebensstandard, internationale Kontakte und einen dynamischen Lebensstil. Die sich ausweitende und immer weiter verarmende Unterklasse sei von diesem Luxus ausgeschlossen und müsse ums Überleben kämpfen.

Den globalisierten Städten mit ihrem akkumulierten Reichtum stehen die lokalisierten Armen im Westen und der Dritten Welt gegenüber, es kommt zu einer mit der sozialen und ökonomischen Polarisierung einhergehenden räumlichen Konzentration und Dichotomisierung. „The more globally the economy becomes, the higher the agglomeration of central functions in a relatively few sites, that is, the global cities“ (Sassen 1991, S. 5).

Die globalen Städte sind im Gegensatz zu unterentwickelten Regionen reich an Infrastruktur. Aber auch in diesen Städten gibt es ein Gefälle, eine Geographie mit Unterschieden von Zentralität und Marginalität. Eine globale Stadt differenziert sich also intern wiederum in zentrale und marginale Räume. Es könnte gesagt werden, dass die Weltökonomie in dem Sinn fraktalisiert und selbstähnlich wird, dass sich die Unterschiede zwischen entwickelten und

unterentwickelten Räumen – jener Geographie also, die sich durch Dominanz auf der einen und Marginalität auf der anderen Seite auszeichnet –, in den Städten der entwickelten Räume und Staaten reproduziert.

Die postfordistische Produktion bleibt also einerseits in den traditionellen Räumen, erschließt aber auch neue Räume.

## Der Staat des Postfordismus

Die Entwicklung des Kapitalismus war untrennbar mit der Ausbildung des modernen Territorialstaats verbunden. Das klar national begrenzte Territorium und die Konstruktion nationaler Identitäten (Volk) wurden zu funktionalen Bestandteilen der modernen Gesellschaftsformation (vgl. Balibar/Wallerstein 1998)<sup>26</sup>. Das nationale Territorium ist immer auch Nationalökonomie und Konstitutionsraum der Staatsbürgerschaft und daher auch Ausdruck der Kontrolle von Waren- und Kapitalflüssen sowie der räumlichen Fixierung der Individuen. Zumindest der ökonomische Raum ist im Kapitalismus einer der prinzipiell nur als globaler funktionieren kann. Der globale ökonomische Raum ist wesentliches Funktionscharakteristikum der kapitalistischen Produktionsweise. Der Fordismus zeichnete sich noch durch den Versuch der regulativen Beschränkung des ökonomischen Raums und der Kapitalakkumulation aus. Typisch dafür war der Versuch der Konstruktion von teilweise begrenzten Nationalökonomien durch Ein- und Ausfuhrzölle. Im Postfordismus und Neoliberalismus wird der Strukturierung des ökonomischen Raumes entsagt, durch den Freihandel und die entsprechenden Abkommen, die Räume des Freihandels konstituieren helfen (NAFTA, EU, APEC usw.), wird der Logik der unbeschränkten globalen Kapitalflüsse freies Spiel gelassen.

Marco Revelli (1999) meint, dass die Kommunikationstechnologie eine Trennung der Konzerne vom territorialen Hinterland ermöglicht. Das multinationale Unternehmen sei noch mit der territorialstaatlichen Nation verbunden gewesen, das transnationale Unternehmen sei heute hingegen eng verwoben mit einer globalen Räumlichkeit. Heute würden an einem Ort viele Normensysteme gelten, die jedoch an entfernten Punkten festgelegt werden. Bei der Ermöglichung dessen spielen die Entbettungsmechanismen der Moderne und die Herstellung von raum-zeitlicher Entfernung sozialer Beziehungen eine wesentliche Rolle.

Es wurde bereits erwähnt, dass sich der kapitalistische Staat durch die Globalisierungsprozesse der Moderne verändert. Im Postfordismus ist dabei die Herausbildung des Nationalen Wettbewerbsstaates (vgl. Hirsch 1995, S. 103-121, 139-143) von Bedeutung. Die einzelnen Staaten treten miteinander in Wettbewerb um die günstigsten Rahmenbedingungen der Kapitalakkumulation. Jener Staat, der die Deregulierung und den Sozialabbau am meisten vorantreibt, kann mit dem Wohlwollen des internationalen Kapitals

<sup>26</sup> „Eine Gesellschaftsformation reproduziert sich nur in dem Maße als Nation, wie das Individuum von seiner Geburt bis zu seinem Tod durch ein Netz von Apparaturen und täglichen Praktiken den Status des *homo nationalis*, *homo oeconomicus*, *homo politicus*, *homo religiosus* ... erhält. [...] Jede soziale Gemeinschaft, die durch das Wirken von Institutionen reproduziert wird, ist imaginär; d.h. sie beruht auf der Projektion der individuellen Existenz in das Geflecht einer kollektiven Geschichte, auf der Anerkennung eines gemeinsamen Namens und auf den Traditionen, die als Spuren einer unvordenklichen Vergangenheit erlebt werden. [...] Im Fall der nationalen Formationen ist das Imaginäre, das auf diese Weise realitätsbildend wirkt, das „Volk“. Das Imaginäre ist eine Gemeinschaft, die sich von vornherein in der Institution Staat wiedererkennt, die ihn angesichts der Existenz anderer Staaten als den „ihrigen“ anerkennt und vor allem ihre politischen Kämpfe in seinen Horizont stellt“ (Balibar/Wallerstein 1998, S. 114f).

treibt, kann mit dem Wohlwollen des internationalen Kapitals und den sich daraus ergebenden Investitionen und Betriebsansiedlungen rechnen. Die staatliche Politik konzentriert sich „zunehmend darauf, einem global immer flexibler agierenden Kapital in Konkurrenz mit anderen Staaten günstige Verwertungsvoraussetzungen zu verschaffen“ (Hirsch 1995, S. 103). Durch die Möglichkeit, dass Unternehmen permanent mit ihrer Abwanderung drohen können, steht ihnen ein Mechanismus zur Verfügung, mit dem die Belegschaften und Gewerkschaften erpressbar in der Hinsicht gemacht werden sollen, dass sie jedes Diktat des Kapitals widerstandslos akzeptieren, und mit dem die staatliche Politik zum Dumping der arbeits- und sozialrechtlichen Standards, zur Senkung der Lohnnebenkosten und der Unternehmenssteuern sowie zur Flexibilisierung der Arbeitszeit im Rahmen des internationalen Standortwettbewerbs gezwungen wird.

Durch die neoliberale Deregulierung der Rahmenbedingungen der Kapitalakkumulation wird die Drohung mit der Abwanderung für Konzerne immer einfacher. Resultat davon ist ein Wettbewerb der Nationalstaaten um für das Kapital möglichst günstige Standortbedingungen. Staatliche Politik wird daher immer mehr vom Diktat der Standortpolitik geleitet. Optimale Bedingungen für das Kapital bedeuten dabei immer prekärere Verhältnisse für die Lohnarbeitenden, Armen und Marginalisierten, da sich diese Optimalität nur durch den Wettbewerb um das Dumping der Arbeitsrechte und Sozialstandards herstellen lässt.

Der Staat verändert seine innere Organisation im Postfordismus nicht grundsätzlich, aber er greift immer weniger regulierend in die Nationalökonomie ein, was im Fordismus für die Ermöglichung des Massenproduktions- und Massenkonsummodells notwendig war. In der äußeren Dimension des Staates zeigt sich eine neue Qualität: Er wird zum Nationalen Wettbewerbsstaat. Nationalstaaten beziehen sich im Postfordismus im Rahmen einer konkurrierenden Standortpolitik aufeinander. Der Staat ist heute der Nachwächter der Kapitalakkumulation, der ideale Rahmenbedingungen für diese herstellt. Die transnationalen Konzerne sind heute die wesentlichen ökonomischen Akteure, der Einfluss der Nationalstaaten auf ökonomische Entscheidungen, die von globaler Bedeutung sind, wird immer geringer. Das Leben der Weltbevölkerung wird heute immer mehr von Entscheidungen gelenkt, die tausende Kilometer entfernt in den Schaltzentralen der transnationalen Konzerne des Weltsystems getroffen werden.

Es ist unzutreffend, wenn angenommen wird, dass der Nationale Wettbewerb eine Schwächung oder gar das Ende des Nationalstaates bedeutet. Vielmehr muss davon ausgegangen werden, dass eine weitere Durchstaatlichung der Gesellschaft vorangetrieben wird. Der Staat wird immer mehr zum Überwachungsstaat. Symptomatisch dafür sind der sogenannte Lauschangriff, die Rasterfahndung, der Ausbau der Befugnisse der Geheimdienste und der Polizei, die alle Lebensbereiche durchdringende Erfassung und Verarbeitung persönlicher und öffentlich erfassbarer Daten<sup>27</sup> (Chip- und Bankomatkarten, Videoüberwachungen im öffentlichen Raum, Mautsysteme, digitaler Zahlungsverkehr, E-Commerce usw.), das Schließen der Grenzen für Flüchtlinge, der mediale und staatliche Feldzug gegen als potentielle Kriminelle konstruierten Illegalisierten, Law-and-Order-Politik mit Strafverschärfungen und dem Ausbau des Gefängnisystems. Joachim Hirsch (1995) sieht diese Veränderungen des Staates als eine neue Form der „Durchstaatlichung“ (ebd., S. 104f, 113).

---

<sup>27</sup> Eine Erfassung solcher Daten in dem Ausmaß, wie es derzeit in den meisten westlichen Staaten passiert, impliziert immer auch den potentiellen Abgleich sowie die mögliche Verknüpfung und damit den Ausbau der Überwachungsmaschinerie. Dies ist unabhängig davon, ob eine solche Vorgehensweise tatsächlich offiziell oder inoffiziell in Betracht gezogen oder auch tatsächlich durchgeführt wird.

Staatliche Politik wird heute weitgehend vom Diktat des Neoliberalismus geleitet. Es wird davon gesprochen, dass die Menschen im Fordismus „über ihre Verhältnisse“ gelebt haben. Ausgeblendet wird dabei allerdings, dass nicht nur die keynesianische Politik des Deficit Spendings die Budgetkrisen auslösten (obendrein war diese Politik für die Durchsetzung des Massenkonsums und der Massenproduktion unabdingbar), sondern dass die anhaltende und immer größer werdende Massenarbeitslosigkeit, der tendenzielle Fall der Profitraten und die ökonomische Dauerkrise seit Mitte der 70er immer geringere Steuereinnahmen des Staates bedeuten. Die Selbstwidersprüchlichkeit des Kapitalismus führte daher zum Scheitern des Fordismus und des Keynesianismus. Die Politik des Neoliberalismus ist aber auch bereits gescheitert, da er nicht in der Lage ist, die Lebensverhältnisse der Menschen zu verbessern. Ganz im Gegenteil, im Postfordismus zeigt sich eine immer größer werdende Prekarisierung der sozialen Bedingungen. Keynesianismus und Neoliberalismus scheitern beide an der Widersprüchlichkeit des Kapitalismus. Dies zeigt einmal mehr, dass eine Stabilisierung des Kapitalismus und eine Überwindung seiner Widersprüche innerhalb dieses Systems unmöglich ist.

Der Staat zieht sich im Neoliberalismus als regulierende Instanz immer stärker aus der Ökonomie zurück und vermindert durch Sozialabbau die Qualität und Quantität der Eingriffe in den sozialen Bereich. Den ungehemmten Kräften des „freien“ Marktes wird freier Lauf gegeben. Die neoliberale Ökonomie und Politik gehen vom sich selbst regulierenden Markt aus. Die permanente Verschärfung der globalen Probleme im Postfordismus zeigt, dass die neoliberale Ideologie offensichtlich die Lebensverhältnisse weiter Teile der Menschheit nicht verbessert, sondern immer mehr Menschen in prekäre Lebensverhältnisse drängt. Die doppelt „freien“ Lohnarbeitenden sind zusätzlich immer mehr frei von jeder sozialstaatlichen Absicherung. Noam Chomsky hält es für ein Charakteristikum des Neoliberalismus, dass Menschen, die in prekären Verhältnisse leben, auf sich selbst gestellt werden, während der Staat Reiche und Unternehmen finanziell unterstützt: „Staatsprotektionismus und öffentliche Subventionen für die Reichen, Marktdisziplin für die Armen. Diese Ideologie ruft nach ‘Kürzungen bei den Sozialausgaben’ und Gesundheitskosten für die Armen und Älteren, verweigert Hilfen für Kinder und kürzt die Wohlfahrtsprogramme - für die Armen. Sie verlangt ebenfalls steigenden Wohlstand für die Reichen, auf die klassische Weise: zurückhaltende fiskalische Maßnahmen und vorbehaltlose Subventionen. Das erste meint steuerliche Ausnahmen für Unternehmen und die Wohlhabenden, Abschaffung von Kapitalertragssteuern usw., das zweite meint Zuschüsse aus Steuermitteln für Investitionen in Fabriken und Betriebsanlagen, bessere Abschreibungsmöglichkeiten, Zerschlagung des Regulationsapparates“ (Chomsky/Dieterich 1999, S. 30).

Pierre Bourdieu sieht den Neoliberalismus nicht als fortschrittlich, sondern als Gefahr und einen konservativen Rückschritt, der sich progressiv präsentiert: „Der Neoliberalismus gibt sich als progressive Bewegung aus, dabei ist er eine zutiefst konservative Revolution. Es ist eine Restauration, die im Mäntelchen der Neuerung auftritt. Die neoliberale Botschaft ist konservativ: Arbeitet viel, ohne Garantie und Sicherheit! Es handelt sich um einen Rückschritt hin zum Unternehmertum des 19. Jahrhunderts“ (Bourdieu 2000a). Bourdieu charakterisiert die neoliberale Politik mit drei Prinzipien, von denen diese ausgeht: „Das neo-liberale Modell basiert auf drei Prinzipien. Zuerst: die Wirtschaft ist ein vom Sozialen getrennter Bereich, in dem Naturgesetze und universelle Gesetze herrschen, die die Regierungen nicht konterkarieren sollten. Das zweite Prinzip: Der Markt ist das optimale Mittel, um die Produktion und den Austausch in demokratischen Gesellschaften auf effektive und gerechte Weise zu organisieren. Das dritte Prinzip, das mehr konjunktureller Natur ist: Die Globalisierung erfordert eine Reduzierung der öffentlichen Ausgaben, vor allem im sozialen Bereich, soziale Rechte in den Berei-

chen Arbeit und Sozialversicherung gelten als kostenaufwendig und dysfunktional“ (Bourdieu 1999).

„Prototypen“ des Neoliberalismus waren die Reaganomics und der Thatcherismus. Reagan's Ziel war es, die Unternehmen so weit wie möglich zu entlasten (Einkommens- und Körperschaftssteuern senken, Zurückdrängung der Gewerkschaften usw.). Begleitet wurde dies durch Kürzungen im sozialen Bereich und eine expansive Ausgabenpolitik im Rüstungsreich.

Das Ende des Wohlfahrtsstaats bedeutet nicht das Ende der Regulation des Kapitalverhältnisses, denn einerseits ergeben sich heute außerstaatliche Regulationsinstanzen, andererseits auch neue staatliche Regulationsbedürfnisse. Joachim Hirsch (2001) spricht von einer für den Postfordismus typischen Konkurrenzregulierung, die sich wesentlich auf der Ebene des Weltmarkts abspielt und im Rahmen dessen den Unternehmensgründungen im Bereich der New Economy als Innovationstreibersatz für die flexible Expansion multinationaler Konzerne große Bedeutung zukommt. Es zeige sich heute eine Intensivierung der Markt- und Konkurrenzbeziehungen und eine Internationalisierung der Regulierungssysteme. Ein wesentlicher Aspekt der Regulation seien heute staatlich-private Netzwerke, Nichtregierungsorganisationen, private Standardisierungs- und Regulierungsagenturen und public-private-partnerships.

Der postfordistische Umbruch benötigt neue Regulationsaufgaben des Staates. So etwa die Kontrolle der Arbeitskräftemigration durch eine Militarisierung der Gesellschaft (Hirsch 2001) oder die Schaffung rechtlicher Rahmenbedingung für die Kommodifizierung von Wissen. Nur ein Beispiel: Durch die Ausbreitung des digitalen Zahlungsverkehrs entsteht eine Vielzahl an Regulationserfordernissen. Etwa die Regulation der Ausgabe von digitalem Geld, von Verschlüsselungsverfahren, Aspekte neuer strafrechtlicher Tatbestände für den Missbrauch digitalen Geldes, steuerrechtliche Aspekte des E-Commerce, die Frage der Schaffung von Zertifizierungsstellen für digitale Unterschriften und Signaturgesetzen und neue Aspekte für den Datenschutz. Gerade an diesem Beispiel zeigt sich auch die zunehmende Notwendigkeit der Internationalisierung der Regulationsformen, denn das Internet ist ein globales Medium, woraus sich hinsichtlich Fragen der Regulierung Probleme hinsichtlich der Frage ergeben, welche Gesetzgebung in spezifischen Fragen anzuwenden ist. Bei allen gesetzgeberischen Fragen, die grenzüberschreitende Transaktionen, Manipulationen, Fälschungen, Datendiebstahl usw. betreffen, stellt sich immer die grundsätzliche Frage: Welche Gesetzgebung ist zuständig bzw. soll zuständig sein? Prinzipiell gibt es etwa beim E-Commerce mehrere Möglichkeiten: Es gelten die rechtlichen Rahmenbedingungen des Landes, in dem sich der Verkäufer befindet; oder jene des Landes, in dem sich der Server des Verkäufers befindet; oder es wird eine vereinheitlichte internationale Gesetzgebung für E-Commerce geschaffen. Ein konkretes Beispiel dabei ist die Frage, ob es ein internationales Datenschutzgesetz geben soll oder ob versucht werden soll, die jeweiligen nationalen Standards anzuwenden.

Nach Rosenau (1990) werde die internationale Politik heute nicht mehr von Nationalstaaten gemacht, sondern die post-internationale Politik werde auch wesentlich von transnationalen Konzernen und international agierenden Organisationen geprägt. Politische Globalisierung bezeichnet heute also nicht nur über den Nationalstaat hinausgehende, überstaatliche politische, ökonomische und militärische Bündnisse herrschender politischer und ökonomischer Gruppen (z.B. G8, UNO, Weltsicherheitsrat, NATO, Weltbank, IWF, OECD, WHO etc.), sondern meint auch die durch die soziale, kommunikative und technische Vernetzung gegebene Möglichkeit der gemeinsamen politischen Organisation von Nichtregierungsorganisationen und sozialen Bewegungen. Weltinnenpolitik ist also nicht (bloßes) Aggregat der staatlichen Außenpolitiken, sondern es betreten (darüber hinaus) neue politische Akteure das Parkett der internationalen

Beziehungen: die internationalen Nichtregierungsorganisationen, die Speerspitzen der neuen sozialen Bewegungen, in welchen sich die Zivilgesellschaft globalisiert.

## **Kultur und Lebensweise im Postfordismus**

An der Massenkultur und an der Durchkapitalisierung des Reproduktionsbereiches hat sich im Postfordismus wenig verändert. Die Analysen von Horkheimer, Adorno, Marcuse und Debord treffen in bestimmter Hinsicht immer noch zu.

Heute differenziert sich jedoch die Massenkultur und es wird nach neuen Formen der Reklame gesucht. Genauso wie es in der allgemeinen Produktion einen Trend hin zur diversifizierten Qualitätsproduktion gibt, bei der von einer Ware nur eine kleine Stückzahl mit hoher Qualität produziert wird, zeigt sich im kulturindustriellen Bereich ein neue Vermarktungsstrategie, die den KonsumentInnen vermitteln will, dass sie sich durch den Konsum bestimmter Waren von den Massen abheben. Es entstehen immer weitere Konsumnischen für spezielle Käuferschichten. Es wird also massenweise produziert, die einzelnen neuen Produkte zielen aber zusehends nicht auf die Massen, sondern auf ein spezielles Segment. Durch die Akkumulation verschiedener Warenangebote für differenzierte Käufersegmente werden neue ökonomische Marketingstrategien verfolgt. Es findet heute ein tendenzieller Übergang von der standardisierten Massenwaren zu einem massenhafte differenziertem Warenangebot statt.

Ulrich Beck betont schon seit geraumer Zeit, dass die Individualisierung als ein wesentlicher Prozess der Moderne eine Chance darstelle (siehe Beck 1983, 1986). Er argumentiert, dass die 2. Moderne mit einem Individualisierungsschub, der Entbindung aus traditionellen Umfeldern, Milieus und sozialen Beziehungen, einhergehe. Bis in die 70er hatten Institutionen vielfach sinnstiftenden, sicherheitsgebenden und handlungsanleitenden Charakter. Mit der verstärkten Herauslösung der Individuen aus Zusammenhängen wie Familie, Betrieb, Beruf, Nachbarschaft, Kultur, Region, Arbeitsmarkt, Kirche, Verbänden, Gewerkschaften oder Traditionen werde der/die Einzelne zunehmend für sich selbst verantwortlich und müsse verstärkt Handlungsinitiativen setzen. Dadurch ergäben sich vermehrte Handlungsspielräume und Freiheiten für den/die EinzelneN.

Individualisierung und Neoliberalismus korrespondieren durch die Betonung der Eigenverantwortung. Gleichzeitig erodieren aber die sozialen Auffangmechanismen, die im keynesianischen Wohlfahrtsstaat realisiert waren, und explodieren die Armut sowie die Arbeitslosigkeit. Die Politik argumentiert immer stärker mit einer individualisierenden Tendenz, dass beispielsweise Arbeitslose selbst Schuld an ihrer Situation seien. Bekämpft wird nicht die Arbeitslosigkeit, sondern werden die Arbeitslosen. Der Mainstream der Medien und der Politik abstrahiert dabei quasi völlig von den marktförmigen, strukturellen Rahmenbedingungen. Eindimensionale Kausalitäten sind dabei schnell zur Hand und medial entsprechend verwertbar und aufbereitbar, die Widersprüche des Kapitalismus und seiner neoliberalen Politik werden hingegen nicht thematisiert.

Jene, die Leidtragende der Fehlentwicklungen des Kapitalismus sind, werden zu Schuldigen gemacht. Giddens sieht als ein zentrales Motto der „neuen“ Politik: „Keine Rechte ohne Pflichten“. Daher müsse die Arbeitslosenunterstützung an die Verpflichtung zu aktiver Arbeitssuche gekoppelt sein. Das Sozialsystem solle die Motivation für eine solche Suche nicht dämpfen. Der Rolle des Staates müsse von der Sozialdemokratie neu bewertet werden, sie solle ihre „überkommenen Ansichten“ grundsätzlich in Frage stellen. Der Staat soll als „Sozialinves-

tor“ agieren. Giddens drückt sich vornehm aus, es ist aber trotzdem erkenntlich, was er da umschreibt: Zwangsarbeit und Sozialabbau.

Als eine Antwort auf Globalisierung sieht Ulrich Beck ein Bündnis für Bürgerarbeit (siehe Beck 1997, S. 235ff). Bisher ehrenamtlich geleistete Arbeit müsse in Zukunft als Bürgerarbeit angesehen werden, für die ein Bürgergeld, das nach Becks Vorstellungen in etwa die Höhe der Sozialhilfe haben sollte, bezahlt wird. Immer mehr konservative und rechte Parteien berufen sich auf dieses Beck'sche Modell der Bürgerarbeit. So heißt es z.B. im Regierungsprogramm der FPÖ-ÖVP-Koalition: „Langzeitarbeitslose sollen daher verpflichtet werden, im Sozial-, Umwelt- und Denkmalschutzbereich für sie geeignete Arbeit anzunehmen, wobei ihnen sodann neben dem Arbeitslosengeld bzw. der Notstandshilfe ein Bonus als Bürgergeld gewährt wird: Notstands- und Sozialhilfeempfänger erhalten als Abgeltung für die Verrichtung von Gemeinwesenarbeit (im Gesundheits- und Pflegebereich, Denkmalschutz, Umweltschutz, Pflege von Grünanlagen etc.) einen Zuschlag zu ihrer Notstands- bzw. Sozialhilfe von bis zu 20 % Bonus als „Bürgergeld“. Damit verbunden soll die Pflicht sein, diese Arbeiten anzunehmen. [...] Die auch heute schon gegebenen Sanktionen, wenn man angebotene Arbeit nicht annimmt, bleiben aufrecht und sollen auf die Gemeinwesenarbeit ausgedehnt werden“ (S. 19f).

Auch im Rahmen des Berichts der Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen (1996) schlägt Ulrich Beck vor, Erwerbsarbeit durch Bürgerarbeit zu ergänzen. BürgerarbeiterInnen fallen demnach nicht in die sozialrechtliche Kategorie "arbeitslos". Als wesentliche Idee seines Modells betont Beck, „dass [...] das Unternehmerische mit der Arbeit für das Gemeinwohl verbunden werden sollte und kann“. Die Kommission schlägt vor, „die Voraussetzung für die Einrichtung von Bürgerarbeit zu schaffen und zu erproben, d.h. für Formen freiwilligen sozialen Engagements jenseits der Erwerbsarbeit [...] in inhaltlichen Themengebieten wie z. B. Bildung, Umwelt, Gesundheit, Sterbehilfe, Betreuung von Obdachlosen, Asylbewerbern, Lernschwachen, Kunst und Kultur“ (Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen 1996, Teil III, S. 149). Ein großer Teil der bisher von Staat und Kommunen organisierten sozialen Tätigkeiten solle also ausgegliedert werden und in der Form von Bürgerarbeit organisiert werden. BürgerarbeiterInnen kann nach den Vorstellungen der Kommission bei individueller Bedürftigkeit ein sogenanntes „Bürgergeld“ ausbezahlt werden. Es wird zwar betont, dass diese Arbeiten freiwillig durchgeführt werden sollten, parallel dazu zeigt sich aber deutlich, in welche Richtung diese Vorschläge gehen, da als ein Vorschlag im Bericht die Zwangsarbeit für Sozialhilfeempfänger genannt wird.

Bürgerarbeit bedeutet nicht nur Zwangsarbeit im neuen Gewand und eine möglichst günstige Verfügbarmachung von Lohnarbeitenden durch den Staat, sondern auch die individuelle Schuldzuweisung an die Leidtragenden der Fehlentwicklungen des globalen Kapitalismus sowie die Privatisierung der ehemaligen sozialstaatlichen Tätigkeiten, die durch neoliberale Konsolidierungsmaßnahmen weggefeht wurden. Die neoliberale Ideologie der Betonung der Eigenverantwortung der BürgerInnen, die von der Kausalität der kapitalistischen Logik abstrahiert und von der Verursachung gesellschaftlicher Probleme durch gesellschaftliche Systemzusammenhänge abstrahiert, passt bei Beck und Giddens durchwegs ins Konzept.

Beck und Giddens vertauschen Ursache und Wirkung. Sie sehen nicht die gesamtgesellschaftlichen Ursachen gesellschaftlicher Probleme, sondern sehen als Lösung gesellschaftlicher Probleme „eine Zunahme der Verpflichtungen des Einzelnen“ (Giddens 1999), die sich aus der zunehmenden Individualisierung ergebe. Der Staat wird die Position der Herstellung von Standortbedingungen für das (prinzipiell) international agierende Kapital verwiesen und soll den immer mehr atomisierten und von jeder positiven Perspektive weit entfernten Individuen

als Aktivator „Hilfe zur Selbsthilfe“<sup>28</sup> bieten. Für die sozial Benachteiligten, für die der Alltag immer mehr zu einem unmittelbaren Überlebenskampf wird, muss das Appellieren an ihre Selbstverantwortung oft äußerst zynisch wirken.

Giddens (1999) betont, dass es keine Alternative zum Kapitalismus gibt. Konsequenterweise auch die Ablehnung der als „altlinks“ diffamierten analytischen Kategorien des Marxismus wie Klassenverhältnis, Ausbeutung, Mehrwert etc. Giddens war im Wahlkampf 1997 Berater des New Labour-Vorsitzenden Tony Blair. Und Blair setzt Giddens Ideen konsequent in politische Praxis um. New Labour prolongiert den Sparkurs der Konservativen konsequent. Beihilfen für sozial Schwache wurden gekürzt, Studiengebühren wiedereingeführt, Bekämpfung der Armen und Arbeitslosen durch „Workfare“ an Stelle der Bekämpfung der zugrundeliegenden Ursachen, Law and Order-Politik und Workfare statt Welfare („Welfare to Work“<sup>29</sup>), um das „Interesse der Menschen [...] zu arbeiten“ (Blair-Schröder-Papier „Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten“, 1999) zu garantieren. New Labour modernisiert nach rechts und die europäische Sozialdemokratie folgt unter Applaus für Polit-Strategen wie Anthony Giddens nach. Nicht zu Unrecht spricht daher Pierre Bourdieu von Giddens als einem britischen Soziologen, „der zum Vordenker der neoliberalen Rechten geworden ist, bzw. der neoliberalen »Schein-Linken« Tony Blairs“ (Bourdieu 2000b).

Wie bereits erwähnt wurde, ist die Individualisierung nicht - wie Bischoff/Detje (1989) meinen - typisch für den Fordismus, sondern für den Kapitalismus (individualisierte StaatsbürgerInnen und doppelt „freie“ Lohnarbeitende)<sup>30</sup>. Im Postfordismus setzt ein neuer Individualisierungsschub ein, der mit der Deregulierung des Wohlfahrtsstaats und der Durchsetzung des Neoliberalismus als Antwort auf die ökonomische Krise in Verbindung steht. Die Alltagskultur wird hier nicht vom Ökonomischen und Politischen determiniert, es besteht aber ein unzweifelhafter Zusammenhang zwischen Neoliberalismus und Individualisierung.

Eine wesentliche These, die hier vertreten wird, ist, dass sich unter den Bedingungen der neoliberalen Politik und durch die Dynamik des postfordistischen Kapitalismus die Lebensverhältnisse großer Teile der Weltbevölkerung immer weiter verschlechtern. Die Massenarbeitslosigkeit ist in den westlich-kapitalistischen Staaten im Postfordismus zu einem der größten gesellschaftlichen Probleme geworden. Während die einen meinen, dass der Staat neue Arbeitsplätze schaffen müsse, sagen andere in neoklassischer Manier, dass das Problem darin bestehe, dass die Arbeitsbedingungen für das Kapital zu kostspielig sind und dass daher das Arbeitsrecht, die Löhne und die Sozialstandards gesenkt werden müssten. Beides kann als falsch erachtet werden. Die Massenarbeitslosigkeit kommt daher, dass die Produktivität im Kapitalismus permanent gesteigert werden muss. Ein Unternehmen muss zu einer solchen Steigerung entschlossen sein, sonst geht es unter. Technische Entwicklungen werden forciert, da daraus ökonomische Vorteile erwachsen können. Tatsächlich führt Rationalisierung heuter

---

<sup>28</sup> Giddens drückt dies in seiner Diktion als „positive Wohlfahrt“ aus.

<sup>29</sup> Dieses Programm zwingt alleinerziehende Mütter und Arbeitslose zur Aufnahme einer Arbeit in Beschäftigungsgesellschaften, einer Ausbildung oder eines subventionierten Arbeitsplatzes in der Privatwirtschaft.

<sup>30</sup> „Mit der zunehmenden Durchsetzung der Warenform im Alltagsleben geht der Niedergang gemeinsamer Wohnformen und der Verwandtschaftsbeziehungen als Grenzbestimmungen der Haushaltsstrukturen Hand in Hand. [...] Es ist der proletarische Haushalt, der, losgerissen von der erstmals so festen Bindung an das Territorium, die Verwandtschaftsbeziehungen, die gemeinsamen Wohnformen, und für die Dauer des Lebens auf die Verwaltung des notwendigen gemeinsamen Einkommens festgelegt, die wahren Lebensbedingungen in ihrer nackten Deutlichkeit bloßlegt“ (Balibar/Wallerstein 1998, S. 137).

aber auch zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit. Immer weniger Arbeitende arbeiten immer intensiver (sie produzieren also immer mehr Mehrwert in immer kürzerer Zeit), während andere aus der Erwerbstätigkeit prinzipiell ausgeschlossen werden.

### Die Prekarisierung der Lebensverhältnisse im Postfordismus

In Deutschland befanden sich 1994 im Westen 36,8% und im Osten 24,5% der jeweiligen Bevölkerung an oder unter der Armutsgrenze (60% des Durchschnittseinkommens) (Habich/Krause 1995, S. 76f). In den USA zeigte sich in der Reagan-Ära (1980-1988) ein deutlicher Anstieg der Armut. Waren es laut offizieller Statistik 1979 25.3 Millionen Arme (11.6% der Bevölkerung), so stieg diese Zahl 1981 auf 31.8 Millionen (14%), 1982 auf 34.4 Millionen (15%) und 1983 auf 35.3 Millionen (15.2%) an (U.S. Department of Commerce/Bureau of the Census 1990, S. 458). Die Massenarmut ist ein qualitativ neues Phänomen im Postfordismus.

War im Fordismus die Vorstellung von Armut immer mit der sogenannten „Dritten Welt“ verbunden, so zeigt sich heute eine massive Verstärkung des Gegensatzes zwischen Arm und Reich nicht nur zwischen Peripherie und Zentrum, sondern auch in den kapitalistischen Metropolen selbst. Es kommt also zum Entstehen peripherer Räume und Verhältnisse innerhalb der kapitalistischen Staaten selbst. Armut ist ein Phänomen, das mit dem Kapitalismus grundsätzlich verbunden ist. Auch im Fordismus gab es Armut, der Wohlstand war nur ein relativer. Im Postfordismus erreicht der Verelendung immer größerer Teile der Weltbevölkerung aber eine neue Dimension. Der Anstieg der Armut ist im Postfordismus auch mit einer Zunahme des Rassismus, des Nationalismus, der Kriminalitätsrate und der gewalttätigen Auseinandersetzungen verbunden.

Die propagierten Gegenstrategien zu diesen gesellschaftlichen Problemen verwechseln zu meist Ursache und Wirkung. Es wird nicht über die sich verstärkenden Selbstwidersprüche des Kapitalismus gesprochen, die wiederum ganz wesentlich zu der Zunahme dieser Phänomene beitragen. Vielmehr werden oberflächliche Lösungen propagiert, die durch die Ignoranz der tiefer liegenden Widersprüche fast wirkungslos verpuffen werden. Häufig werden jene, die die Opfer der permanenten Verschärfungen sind (MigrantInnen, Arbeitslose, Frauen, SozialhilfeempfängerInnen, Obdachlose etc.) zu Tätern gemacht, zusätzlich wird daraus politisches Kapital geschlagen. Es zeigt sich dabei einerseits eine Modernisierung der sozialdemokratischen Parteien nach rechts und andererseits ein Boom rechtsextremistischer und rechtsdemagogischer Parteien.

Atkinson (1984, S. 14ff) und Atkinson/Gregory (1986, S. 14) nehmen folgende Differenzierung und Segmentierung der Lohnarbeitsverhältnisse vor:

1. KernarbeiterInnen: finden sich als doppelt „freie“ Lohnarbeitende in einem Normalarbeitsverhältnis
2. Periphere ArbeiterInnen 1. Ordnung: sind zwar vollzeitbeschäftigt, haben aber eine geringere Arbeitsplatzsicherheit und weniger Aufstiegschancen als die KernarbeiterInnen
3. Periphere ArbeiterInnen 2. Ordnung: sind im Rahmen von befristeten Teilzeitarbeitsverhältnissen, oder Werkverträgen, als Scheinselbständige, LeiharbeiterInnen etc. beschäftigt

Es kann gesagt werden, dass die fordistischen Methoden der Kontrolle der Arbeitenden heute vor allem auf die peripheren ArbeiterInnen angewendet werden, während bei den KernarbeiterInnen durch partizipatives Management versucht wird, eine Desubjektivierung im Sinn einer Internalisierung der Kapitalinteressen herzustellen. Die relativ höheren Löhne im Vergleich zu den peripheren ArbeiterInnen sollen als Arbeitsanreiz wirken. Joachim Hirsch (1995,

S. 126ff) meint, dass sich die Lebensweise und die Vorstellungen der KernarbeiterInnen an jene der Bourgeoisie annähern.

Es lässt sich feststellen, dass periphere Arbeitsverhältnisse heute verstärkt einen prekären Charakter annehmen. Carola Möller (1990, S. 93ff) meint, dass ein Arbeitsverhältnis als peripher betrachtet werden kann, wenn eines der folgenden Merkmale vorliegt: kein Kollektivvertrag, keine Sozialversicherungspflicht, befristetes Arbeitsverhältnis oder ein Einkommen unter der Armutsgrenze. Das Normalarbeitsverhältnis der KernarbeiterInnen löst sich im Postfordismus immer stärker auf, periphere und prekäre Arbeitsverhältnisse werden immer stärker zur Regel. Karl Heinz Roth (1994) spricht daher von einer „Wiederkehr der Proletarität“. Es käme zu einer Reproletarisierung der prekär Beschäftigten. Die Hoffnung auf eine Herausbildung eines neuen Subjekts gesellschaftlicher Veränderung im Rahmen einer solchen Verelendungstheorie sollte jedoch dadurch getrübt werden, dass berücksichtigt wird, dass genau jene Menschen, deren Lebensverhältnisse immer prekärer werden, demagogischer Propaganda von rechts massiv ausgesetzt sind und darauf auch vielfach entsprechend reagieren.

Die Einkommensverteilung wird im Postfordismus immer ungleicher: Während die Kapitaleinkommen weiter absolut steigen, ist der Anstieg der Einkommen der Lohnarbeiten im Vergleich dazu äußerst gering oder stagniert sogar. Dies ergibt sich auch daraus, dass durch die neoliberale Politik im Postfordismus versucht wird, die Dauerkrise des Kapitalismus durch eine Verschlechterung der Stellung der Arbeitenden zu lösen. Tatsächlich verschärft dies jedoch die ökonomische und die soziale Krise weiter.

Die Arbeitsverhältnisse werden heute immer prekärer. Die Armut trotz Arbeit ist dabei ein wesentliches Phänomen. Prekäre Beschäftigungsverhältnisse, von denen Frauen in größerem Ausmaß als Männer betroffen sind, umfassen geringfügige Beschäftigung, Teilzeitarbeit, Leiharbeit, Zeitarbeit, befristete Beschäftigungsverhältnisse, Heimarbeit, Saisonarbeit, Werkvertragsregelungen und neue Selbständigkeit. Durch eine Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse, Sozialstandards und Arbeitsrechte sowie durch ein relatives Absenken der Löhne und der kollektivvertraglich vereinbarten Mindesteinkommen wird versucht, die anhaltende Krise auf Kosten einer immer weiter voranschreitenden Schlechterstellung großer Teile der Bevölkerung zu lösen.

Die Krise ist heute nicht nur eine ökonomische und soziale, sondern auch eine ökologische. Diese ist im Postfordismus zu einem ernsthaften globalen Problem geworden, das die Überlebensfähigkeit der Menschheit gefährdet. Gleichzeitig gelangt die Reproduktionsfähigkeit des Kapitalismus an ihre ökologischen Schranken.

Nach dem Zusammenbruch des „real existierenden Sozialismus“ kam es auch zu einem Ende der Systemkonkurrenz. Während es zu Zeiten des Kalten Krieges für beide Seiten darum ging, zu beweisen, dass das jeweilige System deutliche Vorteile biete, besteht dieser Zwang heute nicht mehr. Diese Systemkonkurrenz kann als einer der Faktoren angesehen werden, der im Westen zum Ausbau des Sozialsystems beigetragen hat. Die historischen Veränderungen haben möglicherweise die Ausbreitung neokonservativer politischer Strategien beschleunigt. Auch wenn der „Realsozialismus“ ein System der nachholenden Modernisierung darstellte, in der die grundsätzlichen kapitalistischen Vergesellschaftungsformen nur verändert, aber nicht aufgehoben wurden (vgl. Kurz 1991), so muss gesagt werden, dass nach dem Kollaps des ehemaligen Ostblocks immer häufiger zu hören ist, dass kapitalistische Weltsystem sei der historische Sieger und habe sich als einzig funktionierende Gesellschaftsform bewiesen. Das „Ende der Geschichte“ (Fukuyama 1992) sei deshalb erreicht. Das eben dies aber nicht der Fall ist, zeigt die permanente Verschärfung der globalen Probleme im Postfordismus. Es wird heute permanent vermittelt, dass die Trias Kapitalismus-Demokratie-Menschenrechte eine zivilisato-

rische Errungenschaft des Kapitalismus darstellt. Dabei bleibt jedoch ungeklärt, inwiefern unter einer Verschlechterung der globalen sozialen Situation und der Verschärfung der globalen Probleme von der Garantierung von Demokratie und Menschenrechten ausgegangen werden kann.

Es stellt sich die Frage, ob bei der postfordistischen Organisationsweise des kapitalistischen Weltsystems noch von einer Klassengesellschaft gesprochen werden kann. Ulrich Beck vertrat bereits 1983 die Ansicht, dass es durch die Individualisierungstendenzen zu einer Auflösung von Klassen und Schichten kommt. Klassen bestimmt er dabei subjektiv und koppelt sie an die Existenz eines kollektiven Klassenbewusstseins. Sie würden sich durch die kollektive Erfahrung von Unterdrückung und Vereinzelung im Kapitalismus und durch eine kollektive Verarbeitung dieser Erfahrungen bilden (Beck 1983). Alle Menschen seien heute mit einer Zunahme der Risiken konfrontiert, die alle betreffen können (Arbeitslosigkeit, Gefahr der Vernichtung durch Atomkrieg, Nuklearenergie usw.). Daher wandle sich die Klassenlage in eine Risikolage.

Einem subjektiven Klassenbegriff kann entgegengehalten werden, dass der Klassenbegriff eine objektive und eine subjektive Dimension umfasst. Die subjektive Dimension ist an die Herausbildung eines kollektiven Bewusstseins einer Klasse bestimmt. Eine Klasse an sich bestimmt sich jedoch objektiv durch ein Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnis<sup>31</sup> zwischen zwei sozialen Gruppen. Die eine Seite nutzt dabei die zu ihren Gunsten verteilte Asymmetrie der Macht<sup>32</sup>.

Die Lohnarbeitenden produzieren ein Mehrprodukt, das angeeignet wird und das dem Kapital keine zusätzlichen Kosten verursacht. Bei Marx wurde die Mehrwertproduktion zur Definitionskategorie beim Klassenbegriff. Daher wurden z.B. patriarchale Verhältnisse nicht als Klassenverhältnisse verstanden. Ein Klassenbegriff, der die soziale Fragmentierung und die Prekarisierung der Lebensverhältnisse im Postfordismus erfassen soll, muss jedoch eine allgemeinere Festlegung erfahren. Dies wird durch die Verknüpfung von Klassen- und Ausbeutungsbegriff erreicht. Dadurch ist es auch einsichtig, dass davon ausgegangen wird, dass es nicht ein, sondern mehrere Klassenverhältnisse im Kapitalismus gibt. Bei Betrachtung jedes einzelnen Klassenverhältnisses muss spezifiziert werden, um welche Form der Ausbeutung es sich handelt. Im Fall des Verhältnisses zwischen Kapital und Lohnarbeit ist die Ausbeutungsdimension eben dadurch gegeben, dass sich das Kapital die gratis geleistete Mehrarbeit der Arbeitenden aneignet.

Im Anschluss an den marxistischen Feminismus kann argumentiert werden, dass es heute nicht zu einem Ende der Klassenverhältnisse kommt, sondern dass man ganz im Gegenteil von

---

<sup>31</sup> Unter Ausbeutung verstehen wir in dieser Arbeit den Transfer von gratis geleisteten Quanta lebendiger Arbeit von Objekten zu Ausübenden dieses Prozesses. Dabei muss nicht notwendigerweise direkt Mehrwert entstehen.

<sup>32</sup> Herrschaft kann als die Verfügbarkeit über Zwangsmittel angesehen werden, um Individuen und Prozesse und Entscheidungen im eigenen Sinn beeinflussen zu können. Macht hingegen kann als die Verfügbarkeit über Mittel betrachtet werden, um Prozesse und Entscheidungen im eigenen Sinne beeinflussen zu können. Macht wird bei dieser Definition als ein soziales Phänomen erachtet, das sich in jeder Gesellschaftsform zeigt. Es kommt jedoch darauf an, wie sie verteilt ist. Eine asymmetrische Verteilung ist nicht natürlich gegeben, sondern hat sich historisch entwickelt und ihren derzeitigen Kulminationspunkt in der kapitalistischen Gesellschaftsform gefunden. Prinzipiell ist jedoch im Rahmen von kooperativen sozialen Beziehungen auch eine Symmetrisierung der Macht vorstellbar (vgl. Fuchs 2000b).

weiteren Klassen neben Kapital und Lohnarbeit ausgehen muss: den Reproduktionsarbeitenden, die peripheren Arbeitenden und den „Rassifizierten“.

### Reproduktionsarbeit und Hausfrauisierung im Postfordismus

Es kann davon ausgegangen werden, dass es sich auch beim kapitalistischen Patriarchat um ein Klassenverhältnis handelt. Die Hausarbeit dient der Produktion und Reproduktion der Lohnarbeit. Als Gegenleistung erhalten die Hausarbeitenden einen (meist geringen) Anteil des Lohnes der Lohnarbeitenden (oder die Arbeit muss vollständig gratis geleistet werden), der jedoch niemals die gratis geleistete Arbeit aufwiegen kann. Im Mehrwert, den das Kapital abschöpft, findet sich auch die Reproduktionsarbeit, die von den meist weiblichen Hausarbeitenden geleistet wird, um die zumeist männlichen Lohnarbeiter zu reproduzieren. Daher beutet das Kapital nicht nur die doppelt „freien“ Lohnarbeitenden aus, sondern auch die unfreien Reproduktionsarbeitenden. Diese nahezu gratis geleistete Reproduktionsarbeit ist für den Kapitalismus wesentlich, da es nicht möglich ist, dass alle notwendigen Tätigkeiten bezahlt werden. Dies würde die Kapitalakkumulation schwer beeinträchtigen und zusätzliche ökonomische Krisen begünstigen. Um überhaupt bestehen zu können, benötigt der Kapitalismus daher gratis geleistete Arbeit. Von einem Ausbeutungsverhältnis kann gesprochen werden, da sich das Kapital und die Lohnarbeitenden die Reproduktionsarbeit aneignen. Die Lohnarbeitenden werden zu Nutznießern, um fähig zu sein, ihre Arbeitskraft wiederherzustellen. Es handelt sich hier also um ein Verhältnis zwischen den Hausarbeitenden einerseits und Kapital sowie Lohnarbeit andererseits. Der doppelt „freie“ Lohnarbeiter ist eigentlich dreifach „frei“, da er auch frei ist von der Reproduktionsarbeit, die zumeist die Hausfrau (im Postfordismus immer häufiger unter Mehrbelastungen) übernimmt. Wir können beim kapitalistischen Patriarchat von einer Produktionsweise und einem Ausbeutungsverhältnis sprechen. Luxemburg (1913) betonte in ihrer Imperialismustheorie nicht nur, dass Imperialismus bedeutet, dass der Kapitalismus immer weitere Gebiete erfasst, sondern auch, dass trotz der ständigen Ausdehnung der kapitalistischen Produktionsweise und damit des Lohnarbeitsverhältnisses die Nicht-Lohnarbeit eine wesentliche Rolle im Kapitalismus spielt. Sie meint, dass der Prozess der ursprünglichen Akkumulation im entfalteten Kapitalismus nicht abgeschlossen sei, sondern andauert. Marx sprach davon, dass in der „ursprünglichen Akkumulation“ der Mehrwert durch Gewaltandrohung ausgepresst wurde und die Menschen mit eben diesen Methoden in die Lohnarbeit gezwungen wurden (Enteignung des Landvolkes von Grund und Boden, gewaltsame Verwandlung der Landbevölkerung in Industrieproletariat)<sup>33</sup>. Erst später sei an diese Stelle das Konstrukt des doppelt „freien“ Lohnarbeiters getreten, der „frei“ (d.h. gezwungen) ist, seine einzige Ware, die Arbeitskraft, auf den Arbeitsmarkt zu schmeißen und der frei ist von den Produkten, die er herstellt (d.h.: sie gehören ihm nicht).

Luxemburg spricht von nichtkapitalistischen Milieus und Schichten und meint damit Bereiche, in denen die Arbeitenden keine doppelt freien Lohnarbeitenden sind. Sie vertritt die Ansicht, dass der Kapitalismus immer wieder nichtkapitalistische Milieus produziert, damit die

---

<sup>33</sup> Marx spricht von der ursprünglichen Akkumulation als „Scheidungsprozess des Arbeiters vom Eigentum an seinen Arbeitsbedingungen“ (Marx 1867, S. 742), dem Scheidungsprozess „von Produzent und Produktionsmittel“ (ebd.), wobei „große Menschenmassen prötzlich und gewaltsam von ihren Subsistenzmitteln losgerissen und als vogelfreie Proletarier auf den Arbeitsmarkt geschleudert werden. Die Expropriation des ländlichen Produzenten, des Bauern, von Grund und Boden bildet die Grundlage des ganzen Prozesses“ (Marx 1867, S. 744).

Akkumulation des Kapitals überhaupt funktionieren kann<sup>34</sup>. Die primitive Akkumulation werde „bis auf den heutigen Tag durch das herrschende Kapital in ganz anders großartigem Maßstab ausgeführt“ (Luxemburg 1913, S. 318). Vor allem der Imperialismus bedeute eine solche Fortsetzung. In dieser Phase hätte man es „nicht mehr mit der primitiven Akkumulation [im eigentlichen Marxschen Sinn, Anm.] zu tun, der Prozeß dauert fort bis auf den heutigen Tag. Jede neue Kolonialerweiterung wird naturgemäß von diesem hartnäckigen Krieg des Kapitals gegen die sozialen und ökonomischen Zusammenhänge der Eingeborenen begleitet sowie von dem gewaltsamen Raub ihrer Produktionsmittel und ihrer Arbeitskräfte“ (Luxemburg 1913, S. 318f).

Luxemburg war eine Vertreterin der Disproportionalitätsthese, die davon ausgeht, dass die zyklischen kapitalistischen Krisen durch Disproportionen zwischen verschiedenen Sektoren der Industrie entstehen. Sie argumentierte, dass ein relativ immer größer werdender Anteil des Mehrwerts als Nachfrage nach Produktionsmitteln in Abteilung I (Produktion von Produktionsmitteln) fließe und ein relativ immer kleiner werdender Teil als Nachfrage nach Konsumgütern in Abteilung II (Produktion von Konsumtionsmitteln). Dadurch entstehe eine Disproportionalität zwischen den Abteilungen I und II<sup>35</sup>, die nur durch den Tauschhandel mit dem nichtkapitalistischen Milieu gelöst werden könne.

Rosa Luxemburg sah den Imperialismus wie Lenin als die höchste und letzte Stufe des Kapitalismus an. Sie verstand die Marxsche Theorie als Zusammenbruchstheorie und vertrat die Ansicht, dass der Imperialismus zum Zusammenbruch des Kapitalismus führen müsse: Die Kapitalakkumulation benötigt bei Luxemburg nichtkapitalistische Milieus/Märkte, auf die sich die kapitalistische Produktionsweise ausdehnen kann. Diesem Prozess sei aber durch die Erreichung der totalen Beherrschung der Weltökonomie durch den Kapitalismus eine Schranke gesetzt, bei deren Erreichen der Kapitalismus zusammenbrechen müsse. Die Realisierung des Mehrwerts und damit die Akkumulation des Kapitalismus werde dann nämlich ohne die Hilfe nichtkapitalistischer Milieus zu einem Ding der Unmöglichkeit.

Im marxistischen Feminismus – insbesondere von den „Bielefelderinnen“ Maria Mies, Claudia von Werlhof und Veronika Bennholdt-Thompsen – wurde die Theorie Rosa Luxemburgs aufgegriffen (vgl. Bennholdt-Thompsen/Mies/Werlhof 1992, Werlhof 1991a, 1992; Mies 1996, Neusüss 1985) und die Hausarbeit, die als Reproduktionsarbeit die Reproduktion von

---

<sup>34</sup> „Wenn der Kapitalismus also von nichtkapitalistischen Formationen lebt, so lebt er, genauer gesprochen, von dem Ruin dieser Formationen, und wenn er des nichtkapitalistischen Milieus zur Akkumulation unbedingt bedarf, so braucht er es als Nährboden, auf dessen Kosten, durch dessen Aufsaugung die Akkumulation sich vollzieht. Historisch aufgefasst, ist die Kapitalakkumulation ein Prozeß des Stoffwechsels, der sich zwischen der kapitalistischen und den vorkapitalistischen Produktionsweisen vollzieht. Ohne sie kann die Akkumulation des Kapitals nicht vor sich gehen, die Akkumulation besteht aber, von dieser Seite genommen, im Zernagen und im Assimilieren jener. Die Kapitalakkumulation kann demnach sowenig ohne die nichtkapitalistischen Formationen existieren, wie jene neben ihr zu existieren vermögen. Nur im ständigen fortschreitenden Zerbröckeln jener sind die Daseinsbedingungen der Kapitalakkumulation gegeben“ (Rosa Luxemburg 1913, S. 363f). Luxemburg bezog den Begriff der Milieus der primitiven Akkumulation vor allem auf die kolonialistische Ausbeutung. Im marxistischen Feminismus wurde dieser Begriff seit den 70ern aufgegriffen, um die Ausbeutung von Reproduktionsarbeitenden theoretisch zu fassen.

<sup>35</sup> Im zweiten Band des Kapitals untersuchte Marx u.a. die Zirkulation des gesamtgesellschaftlichen Kapitals. Im Rahmen der Reproduktionsschemata traf er eine Unterteilung in 2 Abteilungen der gesellschaftlichen Produktion. In Abteilung I werden die Produktionsmittel hergestellt und in Abteilung II die Konsumtionsmittel.

Arbeitenden und Kapitalismus garantiert, als Milieubereich interpretiert. Im Gegensatz zu Marx wird dabei davon ausgegangen, dass der Prozess der ursprünglichen Akkumulation nicht der Entwicklung des modernen Kapitalismus ausschließlich vorgelagert ist<sup>36</sup>, sondern dass dieser Prozess bis heute andauert und eine notwendige Bedingung der Wertproduktion ist.

So spricht etwa Claudia von Werlhof von der „fortgesetzten ursprünglichen Akkumulation“ (Werlhof 1992, S. 148). An der Marxschen Definition kritisiert sie, dass diese durch die Zentrierung auf Proletarisierung und Verallgemeinerung der Lohnarbeit die Ausbeutung von Frauen zu einem Nebenwiderspruch degradiere. Werlhof versteht unter ursprünglicher Akkumulation allgemeiner die gewalttätige und räuberische Aneignung von Arbeit, Produkten und Arbeitsfähigkeit (Werlhof 1992, S. 150), dieser Prozeß beinhalte auch „den Versuch, weltweit die Frauen und den Boden samt seinen Schätzen unter die Monopolgewalt des Kapitals zu zwingen“ (ebd., S. 148) und bedeute „unmittelbare Gewalt zwecks Raub, wo immer, wann immer und gegen wen immer ‚ökonomisch‘ nötig und politisch und technisch möglich“ (ebd., S. 149). Die direkte Gewalt existiere vor allem in den Bereichen der fortgesetzten ursprünglichen Akkumulation, „in der Familie, der Gewalt gegen Frauen überhaupt, der Gewalt im Reproduktionsbereich allgemein, sowie in der Dritten Welt“ (Werlhof 1991b, S. 46). Zusätzlich existiere im Kapitalismus noch die indirekte, ökonomische, strukturelle Gewalt. Frauen würden ausgebeutet wie eine „bodenähnliche Ressource“ (ebd., S. 49), dabei entstünde eine Rente<sup>37</sup>. Auch Maria Mies (1996) betont, dass die kapitalistische Produktionsweise „verschiedene Kategorien von Kolonien“ braucht, „vor allem Frauen, andere Völker und die Natur, um das Modell ewigen Wachstums aufrecht zu erhalten“ (Mies 1996, S. 52).

Der marxistische Feminismus propagiert i.A., dass die billige oder umsonst geleistete Arbeit von Frauen wesentlich zur Generierung von Mehrwert, der Basis des Profits und des Kapitalismus, beiträgt. Es wird also versucht, eine Beziehung zwischen Frauenunterdrückung und Kapitalismus herzustellen. Hausarbeit kann mit Bezug auf Luxemburg als Milieu interpretiert werden, der Haushalt und die Familie können als Kolonie angesehen werden<sup>38</sup>. „In den Industrieländern sind die Hausfrauen die idealtypischen Subsistenzproduzenten und Nichtlohnarbeiter, in den ehemaligen Kolonien sind es hauptsächlich Frauen und Bauern. Gemeinsam ist beiden, dass die Ausbeutung und Überausbeutung ihrer Arbeit nicht unmittelbar durch das Lohnverhältnis geschieht, sondern durch andere Zwänge, und dass ihre Arbeit die Basis darstellt, auf der die Ausbeutung der sogenannten Lohnsklaven erst stattfinden kann“ (Bennholdt-Thomsen/Mies/Werlhof 1992, S. 107, vgl. auch Mies 1996, S. 46-53). Demnach braucht die kapitalistische Produktionsweise für ihr Wachstum die Ausbeutung von Kolonien

---

<sup>36</sup> So meint Marx etwa, dass er „eine der kapitalistischen Akkumulation vorausgehende Akkumulation“ unterstellt, „welche nicht das Resultat der kapitalistischen Produktionsweise ist, sondern ihr Ausgangspunkt“ (Marx 1867, S. 741). Vertreterinnen des marxistischen Feminismus wie die Bielefelderinnen meinen daran auch in einem gewissen Sinn anschließend, dass dieser Ausgangspunkt auch heute noch dadurch gesetzt wird, dass im Rahmen patriarchaler Verhältnisse durch Gewaltandrohung und –ausübung gratis geleistete Arbeit transferiert wird.

<sup>37</sup> Die Frau selbst (ihr Körper), und das Haus in dem sie arbeitet, wären eine Art Boden, den sie nicht besitzt, den sie allerdings für andere im Rahmen eines Nicht-Lohnarbeitsverhältnisses bewirtschaftet. „Dabei liefert sie dem Kapital Arbeitskräfte und ihrem Eigentümer die Wiederherstellung seiner Arbeitskraft“ (Werlhof 1991b, S. 49).

<sup>38</sup> Maria Mies betont mit Bezug auf Maria-Rosa Dalla Costa, dass Frauen im dreifachen Sinn ausgebeutet werden: von den Männern, als Hausfrauen durch das Kapital und als Lohnarbeiterinnen (Mies 1996, S. 54).

kapitalistische Produktionsweise für ihr Wachstum die Ausbeutung von Kolonien wie Frauen, anderen Völkern und der Natur.

Wir gehen nun davon aus, dass der Kapitalismus Milieus braucht, die er im Rahmen einer ursprünglichen Akkumulation äußerst profitabel nutzen kann, um überhaupt existieren zu können. Im Postfordismus kommt es zu einem verstärkten Ausbau dieser Milieus. Dies stellt einen Versuch dar, die Profitabilitätskrise und die anhaltende Dauerkrise auf Kosten immer größerer Teile der Weltbevölkerung zu lösen. Zu diesen ausgebeuteten Milieus gehört im Postfordismus nicht nur die patriarchale Produktionsweise, sondern auch die Dritte Welt, prekär Beschäftigte und rassistische Produktionsverhältnisse.

Die Profitrate kann durch die Ausweitung von unbezahlter Mehrarbeit erhöht werden. Traditionell wurde diese Arbeit von den Frauen erledigt, da ihre Arbeit als weniger wert gilt als Männerarbeit. Die Krise des Fordismus ist eine Krise der relativen Zunahme des Profits. Durch eine Schlechterstellung der Arbeitenden und die Prekarisierung immer weiterer Teile der Arbeitsverhältnisse wurde vom Kapital der Versuch gestartet, die Profitrate wieder zu erhöhen. Die Folge davon ist die für den Postfordismus typische „Hausfrauisierung“: Immer mehr Beschäftigungsverhältnisse nehmen den Charakter von Frauenarbeit an (schlecht oder gar nicht bezahlt, keine oder schlechte sozialstaatliche Absicherung durch Sozialversicherung, Arbeitsrecht und Kollektivvertrag). Die technische Rationalisierung schreitet gleichzeitig immer weiter voran, da es sich um eine kapitalistische Zwangsgesetzlichkeit handelt, und führt zu dem Widerspruch, dass die Profitraten wiederum relativ fallen. Dadurch wird die Hausfrauisierung noch weiter vorangetrieben, und ein Teufelskreis tut sich somit auf. In den prekären Arbeitsverhältnissen, die heute massenhaft entstehen, finden sich großteils Frauen. Im Postfordismus zeigt sich auch eine verstärkte Feminisierung der Armut.

Dass Frauen heute immer häufiger in Lohnarbeitsverhältnissen anzutreffen sind, bedeutet kein Ende des Patriarchats, wie manche liberale FeministInnen meinen. Ganz im Gegenteil: Das kapitalistische Patriarchat benötigt für seine postfordistische Existenzweise in prekären Lohnarbeitsverhältnissen beschäftigte Frauen, die zusätzlich noch die gratis geleistete oder niedrig bezahlte Hausarbeit übernehmen und damit einer Vielfachbelastung ausgesetzt sind. „Frauenarbeit im Postfordismus heißt, rund um die Uhr für Kapitalismus und Patriarchat zur Verfügung zu stehen“ (Ruf 1990, S. 301).

Auch Maria Mies (1996) betont in ihrer Diskussion der Hausfrauisierung, dass die Restrukturierung des Kapitalismus dazu führt, dass ein formaler Sektor der Industrie entsteht, in dem zumeist Männer in gut bezahlten Arbeitsverhältnissen zu finden sind, und ein informeller Sektor mit schlechtbezahlten und prekären Arbeitsverhältnissen (Teilzeitarbeit, Heimarbeit, Vertragsarbeit, Hausarbeit etc.). Menschen, die im informellen Sektor arbeiten, seien wie Hausfrauen, sie seien eine Quelle unkontrollierter und unbeschränkter Ausbeutung. Diese Informalisierung und Prekarisierung immer weiterer Teile der Arbeitsverhältnisse, also die Verallgemeinerung der unfreien und marginalisierten Hausfrauenarbeit, wird als „Hausfrauisierung“ bezeichnet (siehe Mies 1996, S. 26-28). Ziel der Hausfrauisierung sei die Einsparung von Arbeitskosten.

Claudia von Werlhof meint, dass die Hausfrau nicht doppelt „frei“ sei wie der Lohnarbeiter, sondern unfrei, da sie nicht Ort und Art ihrer Arbeit wählen kann und an Wohnung, Mann und Kinder gebunden ist (Bennholdt-Thomsen/Mies/Werlhof, S. 123). Als eine wesentliche Funktion der Frau im Kapitalismus gilt, dass sie als Gebärmachine betrachtet wird, die MehrwertproduzentInnen hervorbringt (ebd., S. 127f).

Maria Mies argumentiert, dass die Frauen in der Ersten und der Dritten Welt dadurch verbunden sind, dass der Kapitalismus beide braucht, um existieren zu können. Die Frauen in den Kolonien als billige Produzentinnen, jene in den Metropolen als Konsumptions-

Kolonien als billige Produzentinnen, jene in den Metropolen als Konsumptions-Spezialistinnen, „denn ohne Konsumtion oder Kauf der Waren keine Realisierung des Mehrwerts“ (Mies 1996, S. 158). „Während die Konsumentin-Hausfrau im Westen zunehmend unbezahlte Arbeit verrichten muss, um die Realisierungskosten des Kapitals zu senken, muss die Produzentin-Hausfrau in den Kolonien mehr und mehr unbezahlte Arbeit verrichten, um die Produktionskosten zu senken“ (ebd., S. 160).

Durch die Kürzungen der Staatsausgaben für die soziale Wohlfahrt, so Maria Mies, würden die Bedingungen, mit denen große Teile der unterentwickelten Welt konfrontiert sind, in die Zentren des Kapitalismus zurückkehren. Frauen seien am härtesten durch diese Kürzungen sowie die technische Rationalisierung und Flexibilisierung der Arbeit betroffen. Sie bilden die Mehrheit der „Neuen Armen“ in den westlichen Staaten. Frauen seien die optimale Arbeitskraft für den kapitalistischen Akkumulationsprozess, da sie weltweit nicht als Lohnarbeitende gelten, sondern als Hausfrauen (auch dann, wenn sie lohnarbeiten, da sie auch in diesem Fall wie Hausfrauen angesehen werden und daher geringer entlohnt werden als Männer), die als prinzipiell weniger wert gilt als die Lohnarbeit.

Ein Versuch des Wegs aus der Krise des kapitalistischen Systems besteht in der Erschließung neuer Investitionsräume für das Kapital. Ein solches „neues Territorium“ stellt heute auch der weibliche Körper auf qualitativ neuartige Weise dar. Nicht zuletzt stellen die Gen-, Computer- und Fortpflanzungstechnologien Instrumente dar, die nicht etwa für die Förderung menschlichen Glücks entwickelt werden, sondern vor allem um durch die Kapitalisierung des Körpers als Investitionsterritorium neue Profitmöglichkeiten für das krisengeschüttelte Weltwirtschaftssystem zu schaffen (vgl. Mies 1995a, Fuchs 2001b).

Im Postfordismus zeigt sich die Hausfrauisierung der Beschäftigung als Reaktion auf die Krise des Fordismus als Versuch, den relativen Fall der Profitraten aufzuhalten. Als Effekt davon werden verschiedene Milieus der ursprünglichen Akkumulation ausgebaut, die die Kapitalakkumulation stabilisieren helfen sollen. Die patriarchale Produktionsweise ist eines davon.

#### Das untere und mittlere Management als Vermittlungsinstanz zwischen den Klassen

Das untere und mittlere Management kann weder der Klasse des Kapitals noch jener der Lohnarbeit vollständig zugeordnet werden. Es organisiert einerseits die Ausbeutung der Lohnarbeitenden, andererseits leistet es selbst auch Lohnarbeit. Daher kann es als eine die Ausbeutung vermittelnde Kategorie zwischen Kapital und Lohnarbeit angesehen werden. Meist steht es dem Kapital näher als der Lohnarbeit und internalisiert die Unternehmensziele. Es soll den Verwertungsprozess optimieren und die Lohnarbeitenden kontrollieren und zeichnet sich durch eine widersprüchliche Interessenslage aus.

#### Rassistische Produktionsverhältnisse im Postfordismus

Rassismus bedeutet mehr als die Verachtung anderer Gruppen, die durch genetische Merkmale wie die Hautfarbe oder bestimmte soziale Kriterien wie Religion, Kultur oder Sprache gekennzeichnet sind. In vorkapitalistischen Gesellschaftsformen hatte Rassismus meist den Ausschluss der Rassifizierten zur Folge, damit aber auch den Ausschluss ihrer Arbeitsfähigkeit. Immanuel Wallerstein und Etienne Balibar betonen, dass die Ideologie des Rassismus es heute zum „einen erlaubt [...], zu jeder Zeit und an jedem Ort entsprechend den aktuellen Bedürfnissen die Anzahl der Menschen, welche die niedrigsten Löhne erhalten und die anspruchswenigsten Arbeiten verrichten, zu vergrößern oder zu verringern. Zum weiten führt es [das System des

Rassismus, Anm.] zur Entstehung [...] von Gemeinschaften, deren Sozialisationsformen Kinder auf die Übernahme entsprechender Rollen vorbereiten [...]. Zum dritten schafft das System eine nicht auf Verdienst und Leistung beruhende Grundlage, um Strukturen der Ungleichheit zu rechtfertigen“ (Balibar/Wallerstein 1998, S. 45f).

In der Rassismusforschung werden mehrere Formen des Rassismus unterschieden, die zu- meist nicht in reiner Ausprägung auftreten. So etwa den institutionellen, den selbstbezogenen, den fremdbezogenen (hetero-phobischen), den ausschließenden und den einschließenden (=auf Unterdrückung und Kontrolle basierenden) Rassismus. Rassistische Argumentationen und Theorien bedienen sich häufig klassifizierender Verfahren, die beurteilen helfen sollen, was ein Mensch ist und dass die menschliche Gattung einer Hierarchisierung unterliegt. Bestimmte Unterschiede werden naturalisiert und/oder konstruiert. Dabei werden auch häufig anthropologische Universalien unterstellt.

Von Rassismus kann gesprochen werden, wenn bestimmten sozialen Gruppen spezifische biologische oder kulturelle Eigenschaften zugeschrieben werden. Als nächster Schritt ergibt sich daraus oft, dass die so hergestellte Konstruktion als Legitimation für die Ausbeutung, Diskriminierung, Beherrschung und den Ausschluss der rassifzierten Gruppe erhalten muss. Der Kapitalismus ist unabdingbar mit dem Nationalstaat verknüpft, da dies die Kontrolle der Bevölkerung und ihre Integration in die Volkswirtschaft erst erlaubt. Gleichzeitig bedeutet er auch die Konstitution eines Wettbewerbs der Staaten um die höchsten Profitraten. Der Nationalstaat ist wiederum mit der Ausbildung des Nationalismus und des Rassismus verbunden. Der nationale Zusammenhalt eines kapitalistischen Staates kann nur dadurch erfolgen, dass ein „Nationalbewusstsein“ konstruiert wird. Dieses umfasst die Abgrenzung von anderen Gruppen, Nationen und Kulturen. Durch die ideologische Funktion des Rassismus werden Feindbilder produziert und konstruiert, die reale größere gesellschaftliche Zusammenhänge und Verhältnisse ausblenden, indem sich die Aufmerksamkeit auf Feindbilder umlenkt.

Im Fordismus zeigte sich das Phänomen, dass in den kapitalistischen Zentren zu wenig Arbeitskräfte vorhanden waren, um die Kapitalakkumulation zu garantieren. Daher wurden billig ausbeutbare MigrantInnen aufgenommen. Wir haben gesehen, dass sich im Postfordismus durch die voranschreitenden Rationalisierung ein tendenzielles Ende der Arbeit einstellt. MigrantInnen werden parallel dazu heute verstärkt zu Feindbildern und als Schuldige gesellschaftlicher Probleme hingestellt. Die wesentlichen, größeren Zusammenhänge, die gesellschaftlichen Problemen zugrunde liegen, werden dabei nicht bedacht. MigrantInnen waren auch zur Zeit des Fordismus Ziel des Rassismus und der Feindbildpropaganda. Im Postfordismus erreicht dies jedoch eine neue Qualität, indem der Rassismus vielfach zur „Normalität“ wird. MigrantInnen und Rassifizierte finden sich verstärkt in prekären Arbeitsverhältnissen oder als Illegalisierte in gar nicht abgesicherten Tätigkeiten, in denen sie unbeschränkter Nutznießung aus ihrer Arbeitskraft ausgesetzt sind. Die anhaltende Dauerkrise, die auch eine Krise des relativen Profitzuwachses ist, korrespondiert heute mit dem Ausbau von Milieus der ursprünglichen Akkumulation. Rassistische Produktionsverhältnisse sind Teil dieses postfordistischen Ausbaus. MigrantInnen, die sich in rassistischen Produktionsverhältnissen befinden, werden mehr ausgebeutet als die Mehrheitsbevölkerung. Sie leisten i.d.R. mehr unbezahlte Mehrarbeit als die KernarbeiterInnen.

MigrantInnen werden als erste entlassen, sind in vielfältiger Weise erpressbar und bewegen sich häufig außerhalb der (ohnehin durch den Neoliberalismus erodierenden) sozialen Schutzmaßnahmen (Arbeitsrechte, Sozialversicherung, Kollektivvertrag). Die KernarbeiterInnen und prekären/peripheren Arbeitenden partizipieren zunehmend an der rassistischen Diskriminierung von MigrantInnen. Sie erhoffen sich dadurch u.a. eine Besserstellung ihrer eigenen immer

schlechter werdenden Situation und projizieren in den Rassismus ihre Angst vor sozialem Abstieg. Hinzu kommt die Dimension, dass der Kapitalismus grundsätzlich mit dem Rassismus verkoppelt ist (siehe oben) und sich rassistische Denkweisen daher in vielen Fällen auch im Bewusstsein der Bevölkerung widerspiegeln.

MigrantInnen sind meist nicht doppelt „frei“. Sie sind zwar frei vom Besitz an Produktionsmitteln, haben aber meist nicht einmal dieselben Möglichkeiten wie die Mehrheitsbevölkerung, sich ausbeuten zu lassen. D.h., dass sie nur eine eingeschränkte „Freiheit“ haben, ihre Lohnarbeit als Ware zu verkaufen. Stellen sich in rassistischen Produktionsverhältnissen befindende MigrantInnen nun eine eigene Klasse dar?

Der Kapitalismus benötigt die doppelt „freie“ Lohnarbeit. Um diese und die Kapitalakkumulation aber überhaupt garantieren zu können, sind auch Formen der ursprünglichen Akkumulation notwendig. Die doppelt „freie“ Lohnarbeit ist also strukturell an die Etablierung von Milieus der ursprünglichen Akkumulation (wie rassistischen Produktionsweisen) gekoppelt. In diesem Milieu herrscht ein hoher Exploitationsgrad der Arbeit, d.h. es wird sehr viel Arbeit gratis geleistet und transferiert. Die Mehrheitsbevölkerung partizipiert im Postfordismus immer häufiger an der aktiven Unterstützung des Rassismus, um ihre eigene Position abzusichern. Das durch rassifizierte Produktionsverhältnisse profitierende Kapital und jene Teile der Arbeitenden und prekären/peripheren Beschäftigten, die an diesen Prozessen partizipieren, stellen eine eigene Klasse dar, denen die rassifizierten und überausgebeuteten MigrantInnen als Klasse gegenüberstehen. Wir haben es hier ebenfalls mit einem Klassenverhältnis innerhalb des heutigen Kapitalismus zu tun.

Im Postfordismus besteht auch das Verhältnis zwischen Zentrum und Peripherie weiter. Dies funktioniert allerdings nicht mehr genauso wie zu Zeiten des Kolonialismus. Durch den Kapitalexport in die Peripherie und die Auslagerung der Produktion dorthin, erfolgt ein Werttransfer aus der Peripherie ins Zentrum. Die Lohnarbeitenden in den peripheren Gebieten produzieren Mehrwert, der in den Westen transferiert wird. Der Kapitalismus benötigt auch dieses Milieu der ursprünglichen Akkumulation. Gleichzeitig muss jedoch auch in Betracht gezogen werden, dass im Postfordismus eine Triadisierung des Kapitalexports eintritt und die kapitalistische Welt immer weniger auf die „Ausbeutung der Dritten Welt“ angewiesen ist. Diese besteht allerdings weiterhin, wenn auch in geringeren Dimensionen. Eine völlig neue Bedeutung bei der Generierung von Armut hat heute der Weltmarkt erlangt. Es kann argumentiert werden, dass es in einzelnen Ländern unterschiedliche Produktivitätsniveaus gibt. Auf Grund des Technologievorsprungs im Westen, muss in diesen Ländern nur sehr wenig Arbeitszeit aufgewendet werden, um eine Ware herzustellen. In einem peripheren Land hingegen muss viel mehr Arbeit für die Herstellung einer vergleichbaren Ware geleistet werden. Beide Waren konkurrieren jedoch auf dem Weltmarkt. Weiters kann argumentiert werden, dass sich die Entwicklungsländern an dem Preisniveau in den kapitalistischen Zentren orientieren müssen, um konkurrenzfähig zu bleiben. Das heißt demzufolge dann, dass die Löhne äußerst gering gehalten werden müssen, damit die Ware nicht zu teuer wird. Es kann festgestellt werden, dass möglicherweise ein Zwang für die Entwicklungsländer entsteht, das variable Kapital so gering wie möglich zu halten und es zu verringern, da sie vom Westen abhängig sind. Dadurch steigt die Armut in der sogenannten „Dritten Welt“ an.

Ein Form des Wohlstandstransfer besteht darin, dass der Westen immer neue Kredite zu unrealistischen Konditionen an Entwicklungsländern vergibt, bei denen von vornherein klar ist, dass sie nicht zurückgezahlt werden können, sondern die Verschuldung weiter vorantreiben. So kommt es dann häufig vor, dass Kredite zur Bezahlung von Zinsen aufgenommen werden müssen, Kredite zur Bezahlung der Zinsen von Krediten, mit denen Zinsen bezahlt werden

usw. Ein anderes Beispiel ist, dass veraltete Technologien an Entwicklungsländer sehr teuer verkauft werden. Damit werden einerseits die Produktivitätsunterschiede aufrechterhalten oder ausgeweitet, und andererseits entsteht eine ökonomische und finanzielle Abhängigkeit.

Wenn z.B. in Lateinamerika eine Ware mit veralteter fordistischer Technologie von 30 ArbeiterInnen hergestellt wird, in Europa aber ein ähnliches Produkt unter Hi-Tech-Einsatz von nur einem Arbeiter in viel kürzerer Zeit, dann steckt in der lateinamerikanischen Ware viel mehr Arbeitszeit als in der europäischen. Um aber am Weltmarkt mithalten zu können und um konkurrenzfähig zu bleiben, müssen beide Produkte zu ähnlichen Preisen verkauft werden. Die unter modernen technologischen Bedingungen produzierte Ware kann günstig verkauft werden, der westliche Arbeiter erhält seinen Lohn, während das variable Kapital in dem lateinamerikanischen Land auf 30 Personen verteilt werden muss. Es kann demzufolge gesagt werden, dass Länder mit niedriger Produktivität durch den „freien“ Handel am Weltmarkt quasi gezwungen werden, äußerst niedrige Löhne zu bezahlen sowie die Arbeitsstandards und sozialrechtlichen Bedingungen niedrig zu halten, da die Arbeit, die in den Waren steckt, die aus diesen Ländern kommen, immer weniger wert wird. Die Produktion peripherer Länder ist zusätzlich meist auch auf den Import von Produktionsmitteln, Hilfsprodukten und Rohstoffen aus den entwickelten Ländern angewiesen.

Die Generierung von Armut in der 3. Welt erfolgt also über einen Werttransfer, die Herstellung von Produktivitätsstandards auf dem Weltmarkt, die vom Westen auf Grund von Wissensvorsprüngen vorgegeben werden und an denen sich die peripheren Länder orientieren müssen, über die Verschuldungsspirale und politisch auferlegte Strukturanpassungsprogramme. Wir haben es allerdings weder ausschließlich mit Werttransfer, noch ausschließlich mit der Generierung von Armut über den Weltmarkt zu tun.

Der Bevölkerung in den Zentren des Kapitalismus geht es relativ gesehen besser als jener der „Dritten Welt“ – obwohl es im Postfordismus zu einer voranschreitenden Peripherisierung der Zentren kommt –, da letztere ein für die Kapitalakkumulation notwendiges Milieu der ursprünglichen Akkumulation darstellt. Es könnte daher auch von einem Klassenverhältnis zwischen Peripherie und Zentrum gesprochen werden. Heute gibt es zusätzlich eine Tendenz dazu, dass die Dritte Welt zunehmend von ökonomischen Prozessen ausgeschlossen wird.

Es wurde bereits im Abschnitt über den Fordismus darauf hingewiesen, dass Anja Ruf (1990) von einer Verschränkung von Fordismus und Imperialismus ausgeht. Der Fordismus habe für seine Funktionsweise die „Ausbeutung der Dritten Welt“ benötigt. Die Ausbreitung kapitalistischer Strukturen in den Ländern der „Dritten Welt“ habe zur Zerstörung traditioneller, oftmals nichtpatriarchaler Verhältnisse geführt und die Frauen den Männern untergeordnet.

### Arbeitslose und periphere ArbeiterInnen im Postfordismus

Im Postfordismus kommt es zu einer Verschärfung der Spaltungen zwischen Arbeitenden und Arbeitslosen sowie zwischen KernarbeiterInnen und peripheren ArbeiterInnen. Es kann davon ausgegangen werden, dass die peripheren ArbeiterInnen ein Milieu der ursprünglichen Akkumulation darstellen, das der Kapitalismus heute braucht, um sich reproduzieren zu können und das Kernarbeitsverhältnis herzustellen. Arbeitslose stellen eine industrielle Reservearmee dar, sie werden aber nicht direkt ökonomisch genutzt, sondern vielmehr von der Mehrwertproduktion ausgeschlossen, was zumeist ein Leben in Armut mit sich bringt. Im Postfordismus zeigt sich einerseits, dass KernarbeiterInnen und periphere ArbeiterInnen an der Diskriminierung und Schlechterstellung der Arbeitslosen partizipieren, da sie hoffen, ihre eigene (schlechte) Situation dadurch zu verbessern, und andererseits, dass immer mehr staatliche Zwangsarbeits-

dienste für Arbeitslose, Sozial- und NotstandshilfeempfängerInnen etabliert werden. Zu diesem Zeitpunkt kann nicht beurteilt werden, um es sich dabei um die Herausbildung einer neuen staatlich vermittelten Produktionsweise handeln wird, da diese Diskussionen zwar geführt werden, aber ihre Realisierung erst im Anfangsstadium ist. Bildet sich hier eine eigene Produktionsweise und damit ein neues Verhältnis, so werden die darin prekär Beschäftigten als eigene Klasse zu betrachten sein. Im Moment können wir jedoch Arbeitslose nicht als eigene Klasse ansehen, da sie zwar ausgeschlossen werden, aber ein Transfer von Arbeitsquanten nur sehr eingeschränkt stattfindet. Sie stellen vielmehr eine Unterklasse der Arbeiterklasse dar, die Fraktion der industriellen Reserve. Arbeitslose werden nicht ausgebeutet, sondern – und dies hat möglicherweise noch wietreichendere und schlimmere Folgen –, sie werden von ökonomischen Prozessen ausgeschlossen.

Die peripheren ArbeiterInnen 2. Ordnung stehen immer mehr im Gegensatz zu den KernarbeiterInnen. Letztere internalisieren verstärkt ökonomische Interessen eiteiligen sich daher auch tendenziell an der Schlechterstellung der prekär Beschäftigten, da sie denken, dass sie dadurch ihre eigene relativ (!) bessere Lage verteidigen können. Periphere ArbeiterInnen, zu denen die in befristeten Arbeitsverhältnissen Beschäftigten, geringfügig Beschäftigte, TeilzeitarbeiterInnen, Scheinselbständige, LeiharbeiterInnen, HeimarbeiterInnen, SaisonarbeiterInnen und ZeitarbeiterInnen zu zählen sind, konstituieren durch ihre Überausbeutung eine eigene Klasse. Sie stellen ein Milieu der ursprünglichen Akkumulation dar, das der Kapitalismus für seine Reproduktion benötigt.

Zusammenfassend: Der Postfordismus zeichnet sich durch viele Klassen- und daher Ausbeutungsverhältnisse aus, die sich zum Teil auch überlagern (so profitieren z.B. viele Lohnarbeitende von Reproduktionsarbeit). Es kann festgehalten werden, dass heute folgende Klassen existieren: Kapital, KernarbeiterInnen, periphere ArbeiterInnen, Reproduktionsarbeitende und Arbeitende in rassistischen Produktionsverhältnissen. Hinzu kommt noch ein Klassenverhältnis zwischen Zentrum und Peripherie. Der Kapitalismus benötigt Milieus ursprünglicher Akkumulation, die überausgebeutet oder ausgeschlossen werden, damit die Kapitalakkumulation funktionieren kann und der Kapitalismus seine Reproduktionsfähigkeit garantieren kann. Als solche Milieus können die patriarchale und die rassistische Produktionsweise, die Peripherie („Dritte Welt“), die peripheren ArbeiterInnen und die Arbeitslosen betreffen. Der Kapitalismus Unterdrückt und Ausgeschlossenen können zu einer Überklasse an sich zusammengefasst werden. Diese umfasst somit KernarbeiterInnen, periphere ArbeiterInnen, Reproduktionsarbeitende, Rassifizierte, Arbeitslose, in Armut Lebende und die Menschen in der Peripherie.

Als Resultat sehen wir, dass auch der Postfordismus eine Klassengesellschaft ist. Die Lebensverhältnisse großer Teile der Weltbevölkerung werden immer prekärer. Annahmen wie jene von Ulrich Beck, dass man heute vom Ende der Klassengesellschaft ausgehen müsse, erscheinen daher als unangebracht.

Abschließend werfen wir noch einen Blick auf technologische Entwicklungen im Postfordismus.

## **Technik im Postfordismus**

Es kann nicht davon ausgegangen werden, dass es sich bei Technik um ein gesellschaftliches Teilsystem wie Ökonomie, Kultur oder Politik handelt. Gesellschaft ist der Technik immer vorgelagert in dem Sinn, dass Technik nur durch soziale Prozesse hervorgebracht werden kann.

Sie kann aber eine Eigendynamik erlangen, die unvorhersehbare Auswirkungen des Technikeinsatzes zu Folge hat. Technik ist ein Medium und Resultat ökonomischer, politischer und kultureller Prozesse. Daher steht sie im Kapitalismus auch in einem Zusammenhang mit gesellschaftlichen Problemen. Diese entspringen jedoch nicht aus der Technik selbst, sondern werden vermittelt und verstärkt durch die kapitalistische Anwendung der Technik. Über die Dialektik des wechselseitigen Verhältnisses von Technik und kapitalistischer Gesellschaft und den daraus entspringenden Problemen wusste bereits Marx: „Die von der kapitalistischen Anwendung der Maschinerie untrennbaren Widersprüche und Antagonismen existieren nicht, weil sie nicht aus der Maschinerie selbst erwachsen, sondern aus ihrer kapitalistischen Anwendung!“ (Marx 1867, S. 465). Technikentwicklung ist unerlässlich für die Reproduktion des Kapitalismus durch Kapitalakkumulation und produziert kapitalistische Widersprüche. Technik als die zweckmäßig orientierte Einheit des Wissens, der Mittel, Verfahren, Fertigkeiten und Prozesse, die notwendig sind, um definierte Ziele zu erreichen, steht in jeder Gesellschaft in einem wechselseitigen Verhältnis mit der Gesellschaft. Sie ist daher wechselseitig vermittelt mit den Antagonismen des Kapitalismus in Ökonomie, Kultur und Politik. Sie ist Medium und Resultat dieser Widersprüche.

Im Kapitalismus besteht eine Umkehr der Zweck-Mittel-Relation: Es werden nicht mehr Zwecke identifiziert, zu deren Erreichen Technik ein Hilfsmittel ist, sondern Technik wird zum Selbstzweck. Ihr Hauptsinn besteht nun in der effektiven Organisation der Kapitalakkumulation in Form des technischen Produktionsmittels. Technik dient nicht mehr den Menschen zur Erleichterung ihres Daseins und ihrer Auseinandersetzung mit der Natur, sondern der effektiven Ausbeutung der Arbeitenden durch das Kapital und der Produktion des Mehrwerts. Sie ist im Kapitalismus Mittel zur Produktion von Mehrwert und dadurch in die Widerspruchhaftigkeit des Kapitalismus eingebunden.

Die Computertechnologie und moderne IKT stellen das technologische Paradigma des Postfordismus dar. Sie erfüllen mehrere Zwecke:

#### 1. Computertechnologie als Medium und Resultat der Rationalisierung:

Dem Kapitalismus liegt die Zwangsgesetzlichkeit der permanenten Erhöhung der Produktivität zu Grunde. Eine immer weiter voranschreitende Rationalisierung ist die logische Folge. Die Computertechnologie ist Medium und Resultat der Rationalisierung und der Umstrukturierung des Kapitalismus. Ihre Genese ist das logische Resultat der Weiterentwicklung der kapitalistischen Produktionsweise. Gleichzeitig ist sie das Medium der Ersetzung menschlicher Arbeitskraft durch Maschinen. Eine logische Folgerung ist die Massenarbeitslosigkeit, mit deren permanenten Zunahme wir heute konfrontiert sind.

#### 2. Computertechnologie als Reaktion auf die Krise des Fordismus:

Als eine Reaktion auf die Krise des Fordismus und den damit einhergehenden relativen Fall der Profitraten wurde die Computerisierung und Automatisierung weiter vorangetrieben, um Arbeitskosten einzusparen und die Profitraten zu steigern. Diese Entwicklung bewirkt aber nicht nur eine strukturelle technologische und konjunkturabhängige Massenarbeitslosigkeit, sondern verschärft auch die Selbstwidersprüche des Kapitalismus. Der Mehrwert entspringt aus dem variablen Kapital. Wird es relativ zum konstanten Kapital immer geringer, so wird auch die Mehrwertproduktion gehemmt. Massenarbeitslosigkeit wirkt sich negativ auf die Nachfrage und die Produktivitätszuwächse aus. Dies hat wiederum einen negativen Einfluss auf die Profitraten. Damit ist ein Teufelskreis entstanden, der Automatisierung und Massenarbeitslosigkeit gleichzeitig vorantreibt. Das Kapital hofft durch die Automatisierung auf eine Stabilisierung der krisenbeladenen Ökonomie. Tatsächlich ist der Kapitalismus jedoch strukturell krisenhaft und das Voranschreiten der Rationalisierung verschärft die Massenarbeitslosigkeit.

### 3. IKT als Medium und Resultat der ökonomischen Globalisierung:

Es wurde bereits gesagt, dass die ökonomische Globalisierung als eine Reaktion auf die Krise des Fordismus verstanden werden kann. Dadurch wird versucht, den konstanten und den variablen Kapitalanteil zu senken und die Kapitalakkumulation effizienter zu gestalten.

#### 3.1. *Technik als Medium der Globalisierung:*

Auf der einen Seite ermöglichen I&K-Systeme durch die Herstellung von raum-zeitlicher Entfernung den Einfluss lokaler Prozesse auf das weltweite Geschehen und umgekehrt. Dadurch stellt sich sowohl eine räumliche und zeitliche Unabhängigkeit ein. Daher können die modernen Informations- und Kommunikationssysteme als Medium der Globalisierung bezeichnet werden. Sie ermöglichen und vereinfachen die globale Kommunikation, den Welthandel sowie die politische, soziale und kulturelle Vernetzung. Die schnelle und weltweite Übertragung von Daten wird durch I&K-Systeme effizient gestaltet, und eine rasche und unmittelbare globale Kommunikation kann durch sie stattfinden. Sie sind also nicht ausschließlich Medium der ökonomischen Globalisierung, sondern auch eines der politischen und kulturellen.

Gérard Raulet (1988) bezeichnet die Schaffung räumlicher Unabhängigkeit als Delokalisierung. Dies hat zur Folge, dass alle Orte von jedem anderen gleichermaßen erreichbar sind. Die Delokalisierung schaffe auch eine zeitliche Unabhängigkeit, bei der es kein Vorher und Nachher mehr gibt: „In den neuen Kommunikationsnetzen gleichen sich alle Orte einander an und werden insofern austauschbar, als sie im Prinzip alle von jedem x-beliebigen unter ihnen aus gleichermaßen erreichbar sind, der seinerseits weder einen Ausgangs-, noch einen bevorzugten Endpunkt darstellt. [...] Die Delokalisierung betrifft jedoch nicht nur die Position im Raum, sondern auch die *in der Zeit*. So gibt es im Falle der digitalen Bilder kein Vorher und Nachher mehr“ (Raulet 1988, S. 286f).

In ähnlicher Weise betont Paul Virilio (1990), dass das wesentliche Moment des Computers ist, dass er eine Zeit- und Ortsunabhängigkeit herstellt. Durch die Annäherung an die Lichtgeschwindigkeit werde der Ort unbedeutend. Dadurch gehe auch die Zeitdifferenz zwischen dem Auftauchen eines Bedürfnisses und dessen Befriedigung gegen Null. Damit werde der Stillstand zur ultimativen Beschleunigung, zum rasenden Stillstand (Virilio 1992). Es wird dabei zum Ausdruck gebracht, dass durch moderne I&K-Systeme die Körper prinzipiell stillstehen könnten und durch den vernetzten Datentransport trotzdem jeden Punkt und jede Bewegung im Raum wahrnehmen können. „Die neuesten Techniken der häuslichen Interaktivität<sup>39</sup> und der Telepräsenz [...] [fixieren] die Persönlichkeit eines Individuums [...] [Dies führt zur] Erfindung eines Bewegungsvermögens auf der Stelle, die die Mobilität im Raum ersetzt; [...] [So entsteht] eine letzte Bewegungslosigkeit [...], eine durch und durch relativistische Bewegungslosigkeit“ (Virilio 1992, S. 150f).

Anthony Giddens spricht in diesem Zusammenhang von der Entbettung (Disembedding) als einem wesentlichen Prozess der Moderne. Unter Entbettung versteht er die raum-zeitliche Entfernung von sozialen Beziehungen. Sie gehe einher mit einem Prozess der Wiedereinbettung (Reembedding), bei dem die ausgelagerten sozialen Beziehungen an die lokalen (zeitlichen und örtlichen) Gegebenheiten wieder angepasst werden. Die Entbettung versteht Giddens als „Herausheben“ sozialer Beziehungen aus ortsgebundenen Interaktionszusammenhängen und ihre unbegrenzte Raum-Zeit-Spannen übergreifende Umstrukturierung“ (Giddens 1995, S. 33).

---

<sup>39</sup> Unter häuslicher Interaktivität ist „der zunehmende Verlust der Beziehung zur äußeren Welt“ (Virilio 1992, S. 122) zu verstehen.

Als ein Beispiel dafür nennt Giddens, dass Verwandte in der Moderne oft durch die Entbettung örtlich voneinander weit entfernt leben. Moderne Transport- und Kommunikationsmittel ermöglichen aber das Reembedding in dem Sinn, dass der kommunikative Kontakt und Besuche jederzeit möglich sind. Ein anderes Beispiel für das Verhältnis von Dis- und Reembedding ist der Zusammenhang von Globalem und Lokalem. Durch die Entbettung werden lokale Angelegenheiten global erfahrbar. Andererseits drückt sich Globales im Lokalen in dem Sinn aus, dass globale Geschehnisse auf lokale Prozesse zurückwirken und diese beeinflussen. Über das Fernsehen oder heute auch über das Internet beeinflusst das Weltgeschehen das alltägliche Handeln der Menschen. Medien, Fernsehen und Zeitungen machen uns mit weit entfernten Sachverhalten vertraut. Damit ist auch der Zusammenhang von Globalisierung, I&K-Systemen und Entbettung verdeutlicht: I&K-Systeme ermöglichen die Herstellung raum-zeitlicher Entfernung (z.B. von Produktionsstandorten, FreundInnen, verwandtschaftlichen oder Liebes-Beziehungen, usw.). Sie stellen also einerseits Entfernung her, andererseits helfen sie mit, den Prozess des Reembeddings in dem Sinn zu ermöglichen, dass sie die hergestellte raum-zeitliche Entfernung durch die kommunikative Verbindung über Raum und Zeit hinweg aufheben.

Der Prozess der Entbettung wurde bereits von Karl Polanyi (1978) beschrieben. Darunter versteht er den für die Moderne typischen Prozess der Herauslösung aus traditionellen Verhältnissen. Der Tausch von Produkten werde ersetzt durch den Warentausch, es komme quasi zur Kommodifizierung aller Lebensbereiche.

Elmar Altvater und Birgit Mahnkopf (1996)<sup>40</sup> sehen die ökonomische Globalisierung als Prozess der Entbettung, da dabei die Ökonomie aus den gesellschaftlichen Bindungen, der nationalstaatlichen Verankerung, herausgelöst werde. Die Entbettung der Wirtschaft aus der Gesellschaft sei nur ein Aspekt der Verdopplung der Gesellschaft in Gesellschaft und Staat (Marx), was zur Herausbildung der Nationalstaaten und schließlich zum internationalen System der Nationalstaaten führte. Aspekte der Entbettung der Wirtschaft aus der Gesellschaft sind die Herausbildung des Geldes als allgemeines Äquivalent des Tausches, das das globale Finanzsystem ermöglicht<sup>41</sup> sowie der Weltmarkt, das Weltgeld und schließlich die ökonomische Globalisierung. Die Kommodifizierung erfasse das gesamte globale System, daher wird von „disembedding global“ (Altvater/Mahnkopf 1996, S. 114) gesprochen. Die Entbettung sei eine dem Kapitalismus eigene Tendenz. Sie zeige sich auch durch die Herausbildung eines globalen Zeit- und Raumregimes, der Weltzeit (vgl. ebd., S. 40). Dadurch ändere sich auch das Verhältnis von Stadt und Land. Die räumliche Reichweite des menschlichen Handelns dehne sich auf den gesamten Globus aus, während sich zugleich die Zeiten des Handelns komprimieren. Dies sei vor allem auch durch die Ersetzung der biotischen durch die fossilen und nuklearen Energien ermöglicht worden. Im Fordismus habe sich die Entbettung durch die globale Vereinheitlichung der kulturellen Muster der gesellschaftlichen Verständigung (z.B. einheitliche Muster des Konsums, des Freizeitverhaltens, usw.) gezeigt.

Globalisierung, so Altvater und Mahnkopf, ist immer mit einer Lokalisierung verbunden. Daher könne von „Glokalisierung“ gesprochen werden (ebd., S. 28). „Die Globalisierung [...]

---

<sup>40</sup> siehe vor allem S. 109-129

<sup>41</sup> „Nun erst stellt sich das Geld als ein hervorragend geeignetes Instrument, als ein Genius heraus, nicht nur entfernte Zeiten und Räume zu verbinden und dortige jeweilige Interessen durch Arbitrage zu vermitteln, sondern überhaupt die Zeit- und Raum-Koordinaten neu zu organisieren. Während Warenbesitzer noch zum Tausch ihrer Waren zeitlich und räumlich präsent sein müssen, ist dies bei Geldbeziehungen überflüssig geworden“ (Altvater/Mahnkopf 1996, S. 132).

hat die andere Seite der notwendigen Anpassung mit dem Ziel der Erzeugung von wettbewerbsfähigen Produktionsbedingungen „vor Ort“, am „Platze“. Somit wäre es am angemessensten, die Widersprüchlichkeit von globalem Wettbewerb und lokaler (bzw. regionaler) Wettbewerbsfähigkeit als eine Beziehung der „Artikulation“ von globalen und lokalen Verhältnissen zu erfassen. Daher handelt es sich bei den modernen Tendenzen der Weltgesellschaft eher um „Glokalisierung“ als um Globalisierung“ (ebd., S. 30). Auch Roland Robertson (1992) betont, dass Globalisierung und Lokalisierung dialektisch miteinander verbunden sind. Globalisierung bedeute nicht nur eine Delokalisierung, sondern auch eine Relokalisierung. In der Ära der Globalisierung würden das Lokale besonders betont werden. Eine globale Produktion sei eigentlich gar nicht möglich, da jedes Unternehmen lokale Bindungen benötige, um überhaupt existieren zu können. Durch die Globalisierung würden lokale Kulturen aufeinandertreffen, die sich dadurch verändern. Für die kulturelle Globalisierung prägt er daher den Begriff *Glokalisierung*.

Auch Manuel Castells (1989, 1996) betont die durch I&K-Technologien vermittelte Auflösung von räumlichen und zeitlichen Distanzen im *Space of Flows*. Die gesellschaftliche Evolution zeichne sich durch die Einheit der Entwicklung eines ökonomischen (Produktionsweise) und eines technischen Modells (Entwicklungsweise) aus (vgl. Castells 1989, S. 10-12). Die derzeitige Entwicklungsweise sei die informationelle Entwicklungsweise (Informational Mode of Development), die das informationstechnologische Paradigma konstituiere (vgl. Castells 1996, S. 60-65). Resultate davon seien neue Geographien und eine Netzwerklogik. Wesentliches Moment dieser Logik ist bei Castells der Raum der Flüsse (*Space of Flows*). Dieser besitzt für Castells eine technische (Kreislauf elektronischer Impulse, die die technologische Infrastruktur des Netzwerks bilden), eine geographische (Topologie des Raumes, die sich durch Knoten und Zentren auszeichnet) und eine soziale Ebene (räumliche Organisation der Elite des Managements, die das Netzwerk benutzt).

Im *Space of Flows* zeigt sich nun für Castells die Aufhebung von raum-zeitlicher Entfernung. Er zeichne sich nämlich durch die zeitlose Zeit und den ortslosen Raum aus. Der Raum der Flüsse löst die sequentielle zeitliche Organisation durch die Herstellung einer Gleichzeitigkeit auf: „Timeless time [...] occurs when the characteristics of a given context, namely, the informational paradigm and the network society, induce systemic perturbation in the sequential order of phenomena performed in that context“ (Castells 1996, S. 464). „The space of flows [...] dissolves time by disordering the sequence of events and making them simultaneous“ (ebd., S. 467).

Genauso wie die zeitliche löst sich die räumliche Distanz im *Space of Flows* auf: „The more organizations depend, ultimately, upon flows and networks, the less they are influenced by the social context associated with the places of their location“ (Castells 1989, S. 169). Der *Space of Flows*, so Castells, sei die dominante soziale Logik in der Netzwerkgesellschaft. Da die Menschen jedoch im realen physikalischen Raum leben (im *Space of Places*), zeige sich eine Schizophrenie der Räume, die einen Verlust des Selbst der Individuen bedeute, der sich wiederum in Versuchen der Wiederfindung der eigenen Identität ausdrücke, die charakteristisch für das informationelle Zeitalter seien (Castells 1997). Damit verbunden sei die zunehmende Bedeutung der Neuen Sozialen Bewegungen.

### 3.2. *Technik als Resultat der Globalisierung:*

Andererseits sind I&K-Systeme nicht nur Medium der Globalisierung, sondern auch deren Resultat. Technik spielte eine wesentliche Rolle in der Krise des Fordismus spielte. Es liegt in der Logik des Kapitalismus begründet, dass die Produktivität permanent gesteigert werden muss. Die Kapitalakkumulation muss ständig durch die Entwicklung neuer Technologien bes-

ser und optimaler organisiert werden. Ständig neue Automatisierungsschübe sind daher eine logische Konsequenz der kapitalistischen Produktionsweise. Um die Kapitalakkumulation optimal zu organisieren, sind also ständig produktivere Maschinen und neue Technologien notwendig. Daher kann auch argumentiert werden, dass I&K-Systeme und die vernetzenden Technologien nicht zufällig entstanden sind, sondern sich nur durchsetzen konnten, da sie sich auf die Organisation des Kapitalismus positiv auswirken und diesen in dem Sinn bereichern, dass sie die Internationalisierung des Kapitals vereinfachen. In diesem Sinn können die neuen Technologien auch als Resultat der Globalisierung verstanden werden. Sie bedingen als Medium einerseits die Globalisierung, sind also eine von deren Voraussetzungen. Andererseits ist die Globalisierung, wie wir gesehen haben, ein dem Kapitalismus innewohnender Prozess. Die Internationalisierung des Kapitals, also die notwendigerweise vorhandene globale Dimension des Kapitalismus, benötigt für ihre effiziente Gestaltung entsprechende Verkehrsformen. Die Entwicklung und vor allem die globale Durchsetzung von Schifffahrt, Eisenbahn, Telegraf, Telefon, Funk und Fernsehen, Auto, Flugzeug, Computer und letzten Endes von I&K-Systemen erscheint daher logisch als das Resultat der internationalen Dimension des Kapitalismus.

IngenieurInnen und ErfinderInnen arbeiten nicht losgelöst von gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, sie bringen nicht zufällig technische Innovationen hervor. Sie interessieren sich zwar nicht dafür, dass ihre Erfindungen und ihre Arbeit eine wesentliche Basis der Kapitalakkumulation sind, sondern akzeptieren diese Struktur und ihre eigene Aufgabe kritiklos (Ullrich 1979, S. 134f). Aber ihre dienende Haltung und ihr Streben nach Anerkennung kommt dem Kapital in dem Sinn zu Gute, dass es jene technischen Neuerungen fördert, die die Kapitalakkumulation und die Internationalisierung des Kapitals effizienter gestalten helfen. Auch Ernst Bloch (1959) betont, dass eine Erfindung nicht einfach so entsteht, sondern dass sie erschaffen wird, um bestehende Bedürfnisse zu befriedigen. Selbst dann, wenn ein Erfinder annimmt, er erfinde nur für sich selbst, handle er in Bezug auf gesellschaftliche Bedürfnisse. Die Bilder der Erfinder entstünden durch gesellschaftlichen Auftrag. Das Bild des autonom nach Eigeninteressen agierenden Forschers, das z.B. von Rammert (1993) vermittelt wird, wird etwas getrübt, wenn bedacht wird, dass WissenschaftlerInnen und ForscherInnen nach Reputation in der Öffentlichkeit und innerhalb der Scientific Community streben. Daher kann angenommen werden, dass die Mehrheit der IngenieurInnen sich bei der Entwicklung neuer Ideen an den Marktchancen und der Unterstützung durch das Kapital orientieren. Die Marktfähigkeit und das Verwertungsinteresse stellen übergeordnete Interessen dar, auf die sich mehrere Akteure, die in die Technikgenese involviert sind, beziehen. Die Interessen von Staat, Forschung und Kapital sind nicht so divergent, wie oftmals angenommen wird. Die IngenieurInnen und ErfinderInnen internalisieren die herrschende kapitalistische Logik weitgehend, auch wenn dieser Prozess niemals vollständig sein kann. Dies zeigt sich z.B. auch an der Tatsache, dass technikoziologische und gesellschaftskritische Aspekte in den Ingenieurwissenschaften immer noch ein erbärmliches Randphänomen darstellen. „Das hat nichts mit Technik zu tun“, lautet die i.A. von IngenieurInnen zu hörende Argumentation. Dass die Technikentwicklung aber eben niemals von gesellschaftlichen Prozessen zu trennen ist, da sie immer in die Herstellung der Bedingungen der Kapitalakkumulation verstrickt ist, wird bei derartigen kurzsichtigen und unkritischen Argumentationen übersehen. Technik entsteht als ein Resultat gesellschaftlicher Prozesse und beeinflusst Gesellschaft wiederum als ein Medium des sozialen Wandels. Durch die Internalisierung der Herrschaftslogik produzieren IngenieurInnen und ErfinderInnen jene Technologien, und damit auch I&K-Systeme, die der Kapitalismus für seine Funktionsfähigkeit und im speziellen Fall daher auch für die internationale Dimension der Kapitalakkumulation benötigt.

Halten wir eine Aspekte der modernen IKT fest:

1. IKT führen zu Delokalisierungs- und Entbettungsprozessen im Sinn der Herstellung einer raum-zeitlichen Entfernung sozialer Beziehungen. Damit im Zusammenhang steht die Internationalisierung der Produktion. IKT sind Medium und Resultat der ökonomischen, kulturellen und politischen Globalisierung.
2. IKT können einer Derealisation Vorschub leisten, bei der die Realität mit künstlichen Realitäten verschwimmt. Dies zeigt sich im Cyberspace z.B. bei Chats oder MUDs/MOOs, bei denen die handelnden Akteure unterschiedliche konstruierte Identitäten annehmen können.
3. IKT vermitteln eine Dezentralisierung und Enthierarchisierung der internen Unternehmensorganisation. Dabei stellt sich die Frage, ob dies zu einer Humanisierung der Arbeit führt oder zu einer Totalverzweckung des Menschen in der „Kontrollgesellschaft“. Damit in Zusammenhang steht auch die Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse.
4. IKT können den Zugang zu Informationen, den Informationsaustausch, die Kooperation und die Kommunikation prinzipiell erleichtern. Zugleich zeigt sich aber, dass der virtuelle Raum segmentarisiert ist und dass sich die gesellschaftlichen Ungleichheiten im Cyberspace reproduzieren.
5. IKT können einen kulturellen Austausch und eine kulturelle Einheit in der Vielfalt prinzipiell vermitteln. Gleichzeitig produzieren sie unter kapitalistischen Verhältnissen Widersprüche jedoch mit und tragen dabei prinzipiell zu einer Verschärfung der globalen Probleme bei.
6. Die Anwendung von IKT verändert die Arbeitswelt auch dadurch, dass es im Bereich der neuen Medien und der Softwareindustrie zu einem hochqualifizierten Segment des Arbeitsmarktes kommt. Gleichzeitig verschärfen sich jedoch die Spaltungen am Arbeitsmarkt. Vor allem niedrig qualifizierte Jobs werden wegrationalisiert, Folge ist eine Massenarbeitslosigkeit. Es ist zweifelhaft, dass die Entstehung hoch qualifizierter Jobs im High-Tech-Bereich diese Arbeitslosigkeit kompensieren kann.
7. IKT sind Teil des Rationalisierungsprozesses, der zu einer Ersetzung menschlicher Arbeit durch Maschinen führt. An sich stellt die Verringerung der durch den Menschen zu leistenden gesellschaftlich notwendigen Arbeit eine zivilisatorische Errungenschaft dar, die dem Menschen mehr freie Zeit und Muße bietet. Unter den Bedingungen der kapitalistischen Widersprüche und der Zweck-Mittel-Verkehrung der Technik bedeuten Rationalisierung und Automatisierung jedoch eine Zunahme der Arbeitslosigkeit und der Armut. IKT sind Medium und Resultat der Rationalisierung im Kapitalismus.
8. IKT führen zu einer Durchdigitalisierung des Sozialen (d.h. zur Diffusion der neuen Medien und Technologien in alle gesellschaftlichen Bereiche und Lebensverhältnisse) und ermöglichen damit eine Verstärkung der Kontrolle und Überwachung durch technische Vernetzung. IKT machen Abläufe nachvollziehbar, dies ist jedoch nicht nur eine Chance, sondern auch ein Risiko der Zunahme der Intensität von Überwachung und Kontrolle.
9. IKT können geistige Tätigkeiten fördern. Gleichzeitig unterliegt derzeit aber auch der Bereich der geistigen Arbeit der Rationalisierung. Es zeigt sich also auch eine Automation der Kopfarbeit.

Noch zwei Beispiele, die zeigen, dass IKT unter den derzeitigen gesellschaftlichen Verhältnissen weder unkritisch fortschrittsoptimistisch noch technikpessimistisch betrachtet werden sollten: Die Segmentarisierung des virtuellen Raums und die technisch vermittelte Herstellung neuer Herrschaftsverhältnisse, mit denen Frauen konfrontiert sind:

Durch die weltweite Vernetzung und die dezentrale Struktur der Verknüpfung von Netzwerkknoten im Internet entsteht ein neuer technischer Raum, der virtuelle Raum. Nur ca. 1 % der Weltbevölkerung hat Zugang zum Internet, dies sind hauptsächlich weiße, männliche Amerikaner. Es kann daher argumentiert werden, dass sich die bestehenden gesellschaftlichen Macht-, Herrschafts- und Besitzverhältnisse sich im virtuellen Raum reproduzieren. Es besteht also eine Verbindung zwischen den realen sozialen, politischen und ökonomischen Räumen und dem virtuellen Raum.

Saskia Sassen (1998) argumentiert, das dezentrale Internet führe zu neuen virtuellen und real-räumlichen Zentralisierungen und Segmentierungen: Die mächtigsten und infrastrukturell weit überlegenen Räume seien die Finanzzentren des Kapitalismus wie New York, London, Tokyo, Paris, Frankfurt, Zürich, Amsterdam, Los Angeles, Sydney und Hong Kong (Sassen 1998, S. 182). Weniger entwickelte Regionen haben kaum Anteil an der angeblich „virtuellen Gemeinschaft“, dies bedeute ungleiche Zugangsbedingungen und -geographien. Die virtuell dezentralen Zentralen fungieren als strategische Punkte des Weltmarktes und Marktplatz der führenden Industrien. Globale Ökonomie und globale Kommunikation können in Bezug auf das Internet somit vor allem als ein Ausdruck asymmetrischer Machtverteilung betrachtet werden.

Der virtuelle Raum ist dieser Argumentation folgend also hochgradig segmentiert in Herrschaftszentren mit vielen bedeutenden Knotenpunkten und peripheren virtuellen Punkten und in Orte, die eine untergeordnete virtuelle Rolle spielen und wenige oder keine Knotenpunkte enthalten. Es zeigt sich eine neue Geographie der Macht und Zentralität im realen und elektronischen Raum: „The sharpening inequalities in the distribution of the infrastructure for electronic space, whether private computer networks or the Net, in the conditions for access to high-powered segments and features, are all contributing to new geographies of centrality on the ground and in electronic space“ (Sassen 1998, S. 178).

Der Zusammenhang IKT-Globalisierung-Hausfrausierung stellt sich folgendermaßen dar: „Die sogenannte dritte technologische Revolution, die Computer-‘Revolution’, die sich auf die Entwicklung von Halbleitern und Mikroprozessoren stützt, wurde durch die Verlegung vor allem amerikanischer und japanischer Firmen nach Südost-Asien sowie durch die Überausbeutung asiatischer Frauen ermöglicht, die bis zu 80 Prozent der Arbeitskräfte in diesen Elektronikindustrien stellen“ (Mies 1996, S. 143). Die ökonomische Globalisierung und die dritte industrielle Revolution seien also überhaupt nur durch die Ausbeutung von Frauen in der Dritten Welt möglich (vgl. ebd., S. 171f).

Auch Donna Haraway (1995) betont den Zusammenhang von Globalisierung, Technik und Hausfrausierung: Auf jene Veränderung des Kapitalismus, die durch Begriffe und Metaphern wie Informationsgesellschaft, Wissensgesellschaft (Stehr), Data Highway (Clinton/Gore), Cyberspace (Gibson), digitale Stadt/Telepolis, globales Dorf (McLuhán), virtuelle Gemeinschaft (Rheingold), postindustrielle Gesellschaft (Bell) oder virtuelle Gesellschaft (Bühl) bezeichnet wird, nimmt Haraway mit ihrer analytischen Kategorie „Informatik der Herrschaft“ Bezug: „Die konkrete Situation von Frauen ist ihre Integration/Ausbeutung in ein weltweites System der Produktion/Reproduktion und Kommunikation, das als Informatik der Herrschaft bezeichnet wird. Haushalt, Arbeitsplatz, Markt, öffentliche Sphäre, sogar der Körper - alles kann in nahezu unbegrenzter, vielgestaltiger Weise aufgelöst und verschaltet werden“ (Haraway 1995, S. 51).

Vor allem die Kommunikations- und Biotechnologien seien jene Werkzeuge, die weltweit neue gesellschaftliche Verhältnisse für Frauen erzwingen. Die Mikroelektronik sei beispielsweise die Basis militärischer Macht, multinationaler Konzerne, moderner Staaten, politischer

Prozesse oder der Arbeitsüberwachung. Durch die Mikroelektronik werde Arbeit zu Robotik, Fortpflanzung zu Gen- und Reproduktionstechnologien und Geist zu Künstlicher Intelligenz (vgl. Haraway 1995, S. 53). In den Bereichen der Biologie und der Kommunikationswissenschaft zeige sich eben auch jene Veränderung, die Haraway durch die Cyborgmetapher beschreiben will: Das Verschwimmen der Grenze zwischen Mensch und Maschine durch Gentechnologie, KI, Virtualisierung sowie Cyber-Technologien. Frauen befänden sich in einem „integrierten Schaltkreis“, einer Welt, die durch Wissenschaft und moderne Technologien grundsätzlich umstrukturiert wird.

Diese technologischen und damit verbunden gesellschaftlichen Veränderungen schaffen, so Haraway, eine neue ArbeiterInnenklasse. Die neue Situation könne in Anlehnung an die Hausfrauisierung mit dem Begriff „Hausarbeitsökonomie“ beschrieben werden. Schlechte Arbeitsverhältnisse, in denen sich früher vor allem Frauen befanden, seien nun weltweit zu finden. Hausarbeitsökonomie bezeichnet „eine weitreichende Umstrukturierung der Arbeitsverhältnisse, in der diese in einem umfassenden Sinn die Charakteristika der vormals tatsächlich nur von Frauen ausgeübten Tätigkeiten annehmen“ (Haraway 1995, S. 55). Prekäre Arbeitsverhältnisse (Teilzeitjobs, Zeitarbeit, geringfügige Beschäftigung usw.), die Deregulierung der Arbeitszeit, immer mehr Arbeit für immer weniger Geld, Dequalifizierung, Anstieg von Arbeitslosigkeit und Armut, die Verschärfung der Kluft zwischen Arm und Reich sowohl innerhalb der sogenannten „1. Welt“ als auch zwischen dieser und der „3. Welt“ sind neoliberale Realitäten. Darauf verweist Haraway mit der Kategorie „Hausarbeitsökonomie“: Soziale Ungleichheit betraf früher vorwiegend Frauen, heute sind immer mehr Menschen damit konfrontiert. Das heißt aber nicht, dass es keine Armut unter Frauen mehr gibt, sondern nur, dass die Anzahl jener Menschen, die in prekären sozialen Verhältnissen leben müssen, stetig steigt.

Die Hausarbeitsökonomie sei die internationale Organisationsstruktur des Kapitalismus und werde durch die neuen Technologien ermöglicht, aber nicht verursacht. Die neue Situation zeichne sich durch den Zusammenbruch des Wohlfahrtsstaates aus. Damit verbunden sei eine „Intensivierung der Anforderungen an Frauen, ihr tägliches Leben, das der Männer, der Kinder und der Alten aufrechtzuerhalten“ (Haraway 1995, S. 55).

Teresa L. Ebert (1996) – ebenfalls eine marxistische Feministin – meint, dass es eine ökonomische Basis der Technik gebe. Technik und Wissenschaft seien heute immer kapitalistische Mittel zur Produktion von Profit und Mehrwert und daher nicht an menschlichen Bedürfnissen orientiert. Arbeit sei im Marxismus zu Recht eine privilegierte Analysekategorie, denn Mehrarbeit und Ausbeutung seien objektive soziale Realität im Kapitalismus, die zur Unterdrückung von Frauen, Arbeitenden, Farbigen und Homosexuellen führe.

„In short, all of these new technologies and practices involve the same old capitalist relations of labor. The integration/exploitation of women ‘into a system of production/reproduction’ and new communications technology is still an integration into capitalist technology, whatever its forms, and thus into the capitalist labor relations of the exploitation of surplus labor. What has changed is the increasing degree and extent to which most women globally are now being superexploited by capitalism. [...] The homework economy is an instance of what Alain Lipietz has termed ‘bloody Taylorization’ – a concept he has used to describe the bloody exploitation occurring in the largely unskilled, fragmented and repetitive jobs in the manufacture of exports, especially electronics and textiles. [...] One of the main consequences of the new technologies [...] is the deepening class divisions of labor” (Ebert 1996, S. 115-117).

Die Technisierung und Informatisierung der Gesellschaft verändert die gesellschaftlichen Verhältnisse, in denen sich Frauen vorfinden. Während postmoderne FeministInnen wie Donna Haraway (1995, 1997), Evelyn Fox Keller (1996), Sadie Plant (1997) und Sherry Turkle (1998) meinen, eine durch Bio- und IKT-Technologien vermittelte Entkörperlichung führe zur Emanzipation aus patriarchalen Verhältnissen (vgl. dazu kritisch Fuchs 2001b), meinen diverse sozialistische und marxistische FeministInnen, dass die neuen Technologien die Herrschaft über Frauen und die Kontrolle weiblicher Körper weiter verstärken (vgl. z.B. Eisenstein 1998, Ebert 1996, Mies 1995a, 1995b; Russell 1994/97, Cockburn 1988, Fuchs 2001b).

Moderne Technologien werden im heutigen Feminismus also zumeist entweder technikpessimistisch als inhärent patriarchal und rassistisch (wie häufig im Ökofeminismus) oder fortschrittsoptimistisch als vorwiegend befreiend (wie häufig im postmodernistischen Cyberfeminismus, z.B. Donna Haraway, Sadie Plant) angesehen. Vermisst wird ein dialektischer Technikbegriff, der davon ausgeht, dass nicht die Technik an sich gesellschaftliche Probleme mitproduziert, sondern ihre kapitalistische Anwendung und dass Technik ein gesellschaftliches Produkt ist, das in vielen Fällen nicht automatisch bestimmte Anwendungsweisen zu Folge hat, sondern abhängig von der gesellschaftlichen Basis durchwegs unterschiedliche Formen des Einsatzes und Folgewirkungen mit sich bringen kann. Tatsächlich haben wir es also in Bezug auf die Veränderung weiblicher Lebensverhältnisse durch die Technisierung der Gesellschaft wiederum mit einem dialektischen Prozess zu tun: Der Einsatz moderner Technologien führt weder automatisch zur Emanzipation vom Patriarchat, noch bedeutet er grundsätzlich dessen Vertiefung. Entscheidend ist wiederum die gesellschaftliche Einbettung der Technologien. Unter den bestehenden patriarchal-kapitalistischen Bedingungen, bin ich nicht zuversichtlich, was das Ende des Patriarchats betrifft. Tatsächlich führen Bio-, Computer-, Informations- und Kommunikationstechnologien im Rahmen dieser Verhältnisse zur Verschärfung der Beherrschung, der Ausbeutung und der Kontrolle von Frauen.

Eine dialektische marxistisch-feministische Betrachtungsweise der Technologien des Cyberspace liefert z.B. Zillah Eisenstein (1998): so geht sie einerseits davon aus, dass diese zwar dazu beitragen, dass eine globale Prekarisierung der Lebensverhältnisse von Frauen stattfindet, meint aber andererseits, dass feministischer Widerstand trotz des Digital Divide moderne Technologien als Medium nutzen soll und positiv nutzen kann. Einerseits würden bestehende Geschlechterhierarchien im Cyberspace widerspiegelt und durch ihn verstärkt, andererseits biete das Internet auch Möglichkeiten des Aufbruchs tradierter Geschlechterrollen und -identitäten (z.B. Gender Swapping, multiple Identitäten) und positive Formen der kommunikativen Vernetzung. Die neuen Technologien würden die Kontrolle in allen Lebensbereichen verstärken und patriarchale, rassistische und kapitalistische Ungleichheiten widerspiegeln. Die Globalisierung des Kapitalismus würde zu einer weiteren Überausbeutung von Frauen (in Weltmarktfabriken, Sweatshops, prekären Beschäftigungsverhältnissen, durch Mehrfachbelastungen etc.) und zur globalen Zunahme der Armut führen. Der Neoliberalismus führe zu einer Individualisierung und Familialisierung der sozialen Verantwortung. Dadurch würden wiederum neue Belastungen für Frauen entstehen. Andererseits würden die neuen Technologien auch das Unterlaufen autoritärer Regime und neue Formen oppositioneller Kommunikation ermöglichen.

Eisenstein vermeidet einen technologischen Determinismus, wie er im Cyberfeminismus an der Tagesordnung ist<sup>42</sup> und berücksichtigt die Einbettung von Technologien in die gesellschaft-

---

<sup>42</sup> Als eine Kritik daran formuliert Haug (2000): „Von Profiten, Wachstum, Marktbeherrschung, Arbeitsteilung in unten und oben ist in diesen Texten, die sich auf die

lichen Produktions- und Reproduktionsverhältnisse ausreichend. „Cyberspace has the capacity to both liberate and oppress women of all colors in new-old real/virtual ways“ (S. 89). Der Cyberspace ist Medium und Resultat der gesellschaftlichen Entwicklung, er führt nicht automatisch zu einer freien Gesellschaft oder zur Verschärfung bestehender Verhältnisse. Er produziert auf Grund der patriarchalen und kapitalistischen Verhältnisse globale Probleme mit, ist aber auch als Medium der freien Kommunikation in einer freien Gesellschaft und als oppositionelles Dialogforum auf dem Weg dorthin vorstellbar.

Auch Frigga Haug (2000) spricht eine solche Dialektik an. Das Internet biete Frauen zwar grundsätzlich die Möglichkeit, Gegenmacht auszubilden, obwohl es geschlechtsspezifische Spaltungen vorantreiben helfe, die Grundvoraussetzung sei dazu aber, dass es diese Frauen in Bewegungen, die das Internet nutzen, überhaupt gibt: „Sie werden nicht durch die Technologie hervorgebracht, nicht durch den Computer und nicht durchs Internet, aber soweit sie existieren, können sie sich der Medien bedienen und kann auf diese Weise Schnelligkeit der Information und Stärkung erfolgen“ (Haug 2000, S. 775).

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass bestimmte Richtungen des Feminismus die Ansicht vertreten, dass die technische Vernetzung die Auslagerung von Produktionsprozessen in die dritte Welt ermöglichen, was zu einer Globalisierung und Verallgemeinerung der prekären Verhältnisse, denen Frauen ausgesetzt sind, beitrage. Die Hausfrauisierung sei also eng mit der ökonomischen und technischen Globalisierung verknüpft. Der Postfordismus ist also verbunden mit einer Veränderung der technischen Produktivkraft, die gesellschaftliche Probleme vermittelt und verstärkt, allerdings auch eine Chance als ein Medium des gesellschaftlichen Wandels darstellen könnte.

Halten wir zusammenfassend zum Postfordismus fest: Postfordismus bezeichnet eine qualitativ neue Organisationsweise des Kapitalismus. Es zeigen in Folge der Krise des Fordismus, im Rahmen der Dauerkrise des Kapitalismus und durch die Etablierung des Postfordismus gesellschaftliche Veränderung in Ökonomie, Politik, Kultur, Lebensweise und Technik:  
Fassen wir diese Entwicklungen stichwortartig zusammen:

#### *Postfordistische Veränderungen der Ökonomie:*

- diversifizierte Qualitätsproduktion, flexible Spezialisierung
- Dezentralisierung der Unternehmensstruktur, Outsourcing, Netzwerkstrukturen
- Enthierarchisierung der internen Unternehmensorganisation, flache Hierarchien
- Teamarbeit
- partizipatorisches Management und neue Unternehmensphilosophien, die die Arbeitenden psychisch integrieren (bzw. zugespitzt formuliert: vereinnahmen und verzwecken) wollen.
- Just-in-time-Produktion
- neuer Schub der ökonomischen Globalisierung
- weitere Tertiarisierung und Informatisierung der Ökonomie
- Abbau der institutionellen Schranken der Kapitalakkumulation durch Deregulierung
- Triadisierung des Welthandels und des Kapitalexports

---

Möglichkeiten des weiblichen Geschlechts konzentrieren, nicht die Rede, als hörten bei der Frage des Geschlechts die Strategien der kapitalistischen Ökonomie im Großen auf, das Geschehen zu bestimmen“ (Haug 2000, S. 771).

### *Postfordistische Veränderungen der Politik:*

- Neoliberalismus
- Nationaler Wettbewerbsstaat, Dominanz der Ökonomie über die staatliche Politik
- Deregulierung
- Sozialabbau
- Ende des Wohlfahrtsstaats/„Sicherheitsstaats“
- Zunahme der repressiven Absicherung des Kapitalverhältnisses nach Innen (verstärkte Überwachung, Law and Order-Politik) und Außen (Abdichtung der Grenzen, Militarisierung) = Durchstaatlichung

### *Postfordistische Veränderungen der Kultur/Lebensweise:*

- Diversifizierung der Massenkultur
- Weiterer Individualisierungsschub durch den Neoliberalismus
- Prekarisierung der Lebensverhältnisse weiter Teile der Weltbevölkerung
- Verschärfung der globalen Probleme
- Massenarmut
- Massenarbeitslosigkeit
- Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse
- Peripherisierung der kapitalistischen Zentren
- Feminisierung der Armut
- Hausfrauisierung
- Spaltung der Arbeitenden in KernarbeiterInnen und periphere ArbeiterInnen
- Zunahme der Ungleichverteilung von Einkommen, Reichtum und Wohlstand
- Ausweitung rassistischer Produktionsverhältnisse
- Verschärfung der ökologischen Krise
- Ausweitung von Milieus der ursprünglichen Akkumulation

### *Postfordistische Veränderungen der Technik:*

- Computertechnologie und neue IKT als technologisches Paradigma des Postfordismus
- Computertechnologie als Medium und Resultat der Rationalisierung:
- Computertechnologie als Reaktion auf die Krise des Fordismus
- IKT als Medium und Resultat der ökonomischen Globalisierung
- IKT – Delokalisierung, Entbettung
- IKT – Derealisierung
- IKT – Enthierarchisierung, Dezentralisierung, Flexibilisierung
- Virtuelle Segmentarisierung
- IKT ermöglichen einfacheren Umgang mit Informationen
- IKT und kultureller Austausch
- IKT und Polarisierung des Arbeitsmarktes
- Durchdigitalisierung des Sozialen
- IKT und Überwachung/Kontrolle
- IKT und Computertechnologie als Verstärker der Widersprüche des Kapitalismus und der globalen Probleme

Dem Leser/der Leserin sollte nun der Unterschied zwischen Fordismus und Postfordismus verdeutlicht worden sein. Auch auf Aspekte der Krise des Fordismus wurden bereits näher eingegangen. Nun nähern wir uns langsam dem eigentlich großen Ziel dieser Arbeit, nämlich

einem Vergleich der verschiedenen Kirsentheorien und eine Herstellung der Querverbindungen zur Selbstorganisationstheorie. Um dies in Angriff zu nehmen, ist jedoch zuerst noch eine nähere Bestimmung des Zusammenhangs von Ökonomie, Selbstorganisation und evolutionären Systemen notwendig. Dazu dient die Einführung im folgenden Kapitel.

In Kapitel 1 haben wir uns auf einer konkreten Ebene der Entwicklungsmodelle Fordismus und Postfordismus bewegt, in Kapitel 2 geht es um die allgemeine antagonistische, krisenhafte Evolution des Kapitalismus. In Kapitel 3 und 4 werden wir wieder eine konkretere Analyseebene betreten, um das allgemeine Entwicklungsmodell an Hand der Krise des Fordismus beispielhaft zu verdeutlichen und zu überprüfen.

## 2. Selbstorganisation und Evolution in der Ökonomie

Ziel dieses Kapitels ist die Darstellung der allgemeinen evolutionären, antagonistischen und krisenhaften Evolution des Kapitalismus. Wir verlassen dazu die Analyseebene konkreter Entwicklungsmodelle wie Fordismus und Postfordismus, die wir in Kapitel 1 behandelt haben, und wenden uns den derartigen Modellen gemeinsamen Aspekten zu. Die krisenhafte Evolution vom Fordismus zum Postfordismus, die wir in den Kapiteln 3 und 4 näher behandeln, ist eine Konkretisierung des allgemeinen Modells, das wir in diesem Kapitel entwerfen werden und wird als Beispiel der Vernaschaulichung dieser allgemeinen Prinzipien dienen. Um zur Ausarbeitung der allgemeinen ökonomischen Selbstorganisation des Kapitalismus zu gelangen, geben wir zunächst einen Überblick über Theorien der Selbstorganisation (2.1.), um zu verdeutlichen, dass wir uns in unserer Theorie auf der gesellschaftlichen Ebene der Selbstorganisation bewegen, der jedoch weitere Ebenen vorausgehen. In Abschnitt 2.2. werden bestehende Ansätze der ökonomischen Selbstorganisation behandelt, um zu verdeutlichen, welche Unterschiede und Gemeinsamkeiten es zu dem in dieser Arbeit vorgebrachtem Verständnis gibt. In Abschnitt 2.3. wird schließlich ein eigenes Verständnis ökonomischer Selbstorganisation entwickelt, das darauf basiert, dass der Kapitalismus als evolutionäres, antagonistisches und krisenhaftes System verstanden wird.

### 2.1. Evolution und Selbstorganisation

Ein System ist eine Einheit mehrere Elemente, die durch Relationen miteinander verbunden sind und eine Ganzheit darstellen, die von der Umwelt des Systems unterschieden werden kann. Die wesentlichen Aspekte eines Systems sind also seine Elemente, die Relationen zwischen diesen Teilen (die Struktur) und die System-Umwelt-Grenze.

Im Folgenden wird Evolution nicht im Sinn von Darwin als der Fortgang der Entwicklung durch das Überleben der Stärkeren, Selektionen und Mutationen angesehen, sondern als Transformation und Wandel von Systemen, d.h. ihrer Elemente, Strukturen, Zustände und ihres Verhaltens. In diesem Sinn kann die Definition in der Enzyklopädie der Kybernetik gesehen werden, in der Evolution als „the accumulative transformation of systems undergoing irreversible changes“ (François 1997) gefasst wird.

Die Evolution der Gesellschaft ist ein dynamischer Prozess, der seine Voraussetzung bereits bei der Entstehung von Materie und Leben hatte. Es ist offensichtlich, dass Systemtypen nicht einfach autonom voneinander existieren, sondern dass ein Zusammenhang zwischen ihnen besteht. Dies zeigt sich darin, dass die Gesellschaft durch Individuen konstituiert wird. Ein Mensch ist aber wiederum ein lebendiges System, das aus mehreren Subsystemen besteht.

Wir können also davon ausgehen, dass es eine Hierarchie gibt, im Rahmen derer verschiedene Arten von Systemen aufeinander aufbauen. Es wird von der Existenz von drei Ebenen einer solchen Hierarchie ausgegangen: den physikalisch-chemischen Systemen, den lebendigen Systemen und den sozialen Systemen. Diese Niveaus haben zunehmende Komplexität.

In der Systemtheorie werden unter einem komplexen System meist mehrere Aspekte verstanden: 1. es kommt zu Selbstorganisation und Emergenz im System (Edmonds 1999), 2. das System ist nicht zentral organisiert, sondern verteilt und es gibt viele Verbindungen zwischen den Systemteilen (Kauffmann 1993<sup>43</sup>, Edmonds 1999) 3. es wird schwierig, das System zu modellieren und seine Verhaltensweise vorherzusagen, sogar dann, wenn die Teile des Systems und die Verbindungen zwischen ihnen relativ vollständig bekannt sind (Heylighen 1996, 1997; Edmonds 1999)<sup>44</sup>.

Es lässt sich also durchwegs im Einklang mit bestehenden systemtheoretischen Verständnissen sagen, dass die Komplexität eines Systems wird durch die Anzahl seiner Elemente und seine Struktur bestimmt. Wird z.B. ein Verein, der nur drei Mitglieder hat, als System betrachtet, so ist seine Komplexität auf Grund der geringen Anzahl der Elemente und der dadurch auch überschaubaren kommunikativen Relationen zwischen den Individuen äußerst gering. Das Internet als System hat eine äußerst hohe Komplexität, da es global eine Vielzahl an Netzwerkknoten umfasst und permanent eine Unzahl von Datenpaketen zwischen den einzelnen Knoten gesendet wird. Mit einem solchen Verständnis von Komplexität kann gesagt werden, dass lebendige Systeme komplexer als physikalisch-chemische und soziale komplexer als lebendige (und damit auch als physikalisch-chemische) sind, da ein in der Hierarchie weiter unten stehender Systemtypus auf höheren Ebenen als Subsystem enthalten ist. Wird also die Komplexität z.B. eines sozialen Systems betrachtet, so muss die Komplexität jedes Teilsystems mit in Betracht gezogen werden, wenn Aussagen über den Komplexitätsgrad des Systems gemacht werden sollen. Laszlo (1987) vertritt hingegen die Ansicht, dass die Komplexität eines Systems quantitativ durch das Abzählen der Teile und der Verbindungen zwischen ihnen bestimmt werden kann. Dies heißt jedoch auch, dass es möglich ist, dass „ein auf höherem Niveau befindliches (Supra-)System strukturell einfacher sei, als die auf niedrigerem Niveau befindlichen (Sub-)Systeme, aus denen es besteht“ (S. 42). „Systeme auf einer höheren Organisationsebene sind anfangs immer einfacher als Systeme, aus denen sie bestehen“ (S. 114). Im Einklang mit anderen Verständnissen von Komplexität kann aber davon ausgegangen werden, dass die Komplexität der Teilsysteme einbezogen werden muss. Anschaulich wird dies etwa dadurch, wenn man sich ein soziales System vorstellt, das durch eine Unzahl von Beziehungen zwischen Menschen und die individuellen Vorgangsweisen und Gedankenstrukturen konstituiert wird.

Aus den unterschiedlichen Komplexitätsniveaus ergibt sich, dass höher liegende Ebenen sich durch neue Qualitäten von darunterliegenden unterscheiden. Hierbei spielt der Begriff der Emergenz eine wesentliche Rolle. Ein System ist mehr als die Summe seiner Teile. D.h., dass

---

<sup>43</sup> Kauffmann spricht von Komplexität als der "*number of conflicting constraints*", womit er sich auf die Struktur des Systems bezieht.

<sup>44</sup> "Complexity can then be characterized by lack of symmetry or "symmetry breaking", by the fact that no part or aspect of a complex entity can provide sufficient information to actually or statistically predict the properties of the others parts. This again connects to the difficulty of modelling associated with complex systems" (Heylighen 1996). Ähnlich heißt es bei Edmonds, Komplexität sei "that property of a language expression which makes it difficult to formulate its overall behaviour, even when given almost complete information about its atomic components and their inter-relations" (Edmonds 1999).

die Qualitäten eines Systems nicht auf die darunterliegenden Subsysteme reduziert werden können. Das Ganze hat neue Qualitäten und steht in einem dialektischen Verhältnis mit den Teilen.

Als Begründer der Emergenzphilosophie werden Conwy Lloyd Morgan (siehe Morgan 1923) und Samuel Alexander (siehe Alexander 1923). Über diese Ansätze wurde jedoch gesagt, dass sie „in den Bereich einer nicht-wissenschaftlichen Metaphysik“ (Sandkühler 1990, Bd. 1, S. 661) gehören, da sie die Emergenz des Neuen nicht aus der Dynamik der Elemente eines Systems, sondern aus übersinnlichen Kräften erklären. Nach Occams Razor handelt es sich hier aber eindeutig um eine Überbestimmung, denn es ist nicht notwendig, metaphysische Aspekte einzuführen, um neue Qualitäten eines Systems, die sich schlicht aus der Interaktion der Teile ergeben, zu erklären.

In der Philosophie und Psychologie spielte der Emergenzbegriff immer wieder eine bedeutende Rolle. So z.B. in Karl Poppers System der 3 Welten (vgl. Eccles/Popper 1977) oder im Emergenten Materialismus Mario Bunge<sup>45</sup> (Bunge 1980). Heute wird Emergenz in einigen Ansätzen als allgemeines philosophisches Prinzip komplexer, selbstorganisierender Systeme betrachtet (so z.B. bei Krohn/Küppers 1992, Stephan 1999, Fliedner 1999). Auch in der Künstlichen Intelligenz-Forschung wird Emergenz als grundlegendes Prinzip erachtet (Forrest 1991).

Von Emergenz kann gesprochen werden, wenn „durch mikroskopische Wechselwirkungen auf einer makroskopischen Ebene eine neue Qualität“ entsteht, die nicht aus den Eigenschaften der Komponenten herleitbar ist, die aber dennoch allein in der Wechselwirkung der Komponenten“ besteht (Krohn/Küppers 1992, S. 389). Checkland (1981) definiert emergente Eigenschaften als jene, die von menschlichen Systemen ausgehen „as a whole entity which derive from its component activities and their structure, but cannot be reduced to them“ (Checkland 1981, S. 314).

Emergenz, Evolution im obigen Sinn und Selbstorganisation sind eng verknüpft. Unter evolutorischer Selbstorganisation kann die Emergenz von Ordnung oder neuen Qualitäten eines Systems, dass sich dynamisch verändert, verstanden werden. Ein System verändert sich ständig. Für die hier betrachteten Systeme bedeuten diese Transformationen, dass sich das System selbst organisiert. In jedem Systemtypus hat die evolutionäre Selbstorganisation eine bestimmte konkrete Ausprägung. Die eben gegebene allgemeine Definition trifft auf alle Systemarten zu. Eine nähere Spezifikation ist dabei jedoch nicht möglich, da ansonsten das Problem auftreten kann, dass die emergenten Qualitäten und unterschiedlichen Komplexitätsniveaus nicht ausreichend betrachtet werden und Fehlschlüsse, bei denen Kategorien aus einer Wissenschaftsdisziplin/Systemart direkt oder indirekt durch Analogien auf eine andere übertragen werden. Um dies zu vermeiden, wollen wir für jeweils physikalisch-chemische, lebendige und soziale Systeme angeben, wie Selbstorganisation in diesen Systemen aussieht.

Unter Selbstorganisation können wir in physikalisch-chemischen Systemen die Emergenz von Mustern in einem System, das sich fernab des thermodynamischen Gleichgewichts befindet und bei dem es nach der Überschreitung eines kritischen Wertes von Kontrollparametern des Systems zu einer Verstärkung von Fluktuationen kommt. Durch diese Verstärkung gerät das System in Unordnung. Aus dieser Unordnung emergiert Ordnung, und das System nimmt einen neuen Zustand ein. Ilya Prigogine nennt solche Systeme auch dissipativ, da sie sich nur

---

<sup>45</sup> Bunge geht davon aus, dass das Zentralnervensystem ein emergentes System ist. Er meint, dass die Systemeigenschaften Resultat des plötzlichen Auftretens neuer Eigenschaften auf einem höherem Integrationsniveau sind.

selbst organisieren können, indem sie Energie aus der Umwelt aufnehmen und Energie an die Umwelt abgeben (Energiedissipation, siehe Nicolis/Prigogine 1989).

Ein Beispiel für Selbstorganisation im physikalisch-chemischen Bereich sind die Bénard-Zellen: Ein spezielles Öl wird von unten erhitzt und von oben gekühlt. Überschreitet der Temperaturunterschied eine gewisse Grenze, so ordnen sich die Flüssigkeitsteilchen in einem Wabenmuster an. Diesen Prozess kann man sich so vorstellen, dass sich die Teilchen in Schichten befinden. Wird ein kritischer Wert der Temperaturdifferenz überschritten, so wird ein Teilchen aus seiner Schicht geworfen. Diese Fluktuation verstärkt sich, und die Teilchen bewegen sich chaotisch. Sie ordnen sich dann jedoch in verschiedenen Rollenformen an. Eine dieser Rollen setzt sich durch und prägt die Struktur (das Muster) des Systems. Das Wabenmuster entsteht durch die Überlagerung mehrerer Rollen.

Selbstorganisation dissipativer Systeme bedeutet also, dass ein Signal aus der Umwelt des Systems oder aus dem Inneren des Systems einen dynamischen Prozess auslöst, im Rahmen dessen aus Unordnung Ordnung (Muster, neue Strukturen) emergiert. Bei der Selbstorganisation lebender Systeme spielt die Arbeit von Humberto Maturana und Francisco Varela (1984) eine wesentliche Rolle: Traditionellerweise wurde versucht, Leben durch Eigenschaftslisten zu charakterisieren (Bewegung, Sprache, Wachstum, Reproduktion, Tod, ...). Dies lässt sich jedoch nicht verallgemeinern. Maturana und Varela meinen, dass lebende Systeme autopoietisch (auto=selbst; poiesis=griechisch, machen) sind: Sie erzeugen ihre Teile und damit ihre Einheit permanent selbst. Sie reproduzieren sich selbst und bilden selbst eine Systemgrenze aus, innerhalb derer sich die selbstorganisierte Dynamik abspielt. Bei einer Zelle ist diese Grenze die Membran. Autopoietische Systeme sind operational geschlossen: Die Wirkungen im System überschreiten die Grenze des Systems nicht. Autopoietische Systeme 1. Ordnung sind Zellen, sie können sich durch eine interne Dynamik aufrechterhalten. Autopoietische Systeme 2. Ordnung sind Metazellen. Sie entstehen durch die strukturelle Kopplung von autopoietischen Systemen 1. Ordnung: Die Struktur eines Systems kann Strukturveränderungen in einem anderen System auslösen. D.h., dass Perturbationen aus der Umwelt eines Systems Strukturveränderungen im System auslösen, aber nicht determinieren können. Alle Vielzeller aus dem Pflanzen- und Tierreich sowie der Mensch zeichnen sich durch auf strukturellen Kopplungen aufbauende wechselseitige Strukturveränderungen aus.

Das Gehirn wird von Maturana und Varela als ein autopoietisches System 2. Ordnung begriffen. Dabei führt jeder Aktivitätszustand der Neuronen zu einem neuen Aktivitätszustand. Aus der strukturellen Kopplung des Gehirns/eines menschlichen Organismus an seine Umwelt folgern Maturana und Varela, dass keine objektive Wirklichkeit existiert, sondern dass Realität eine Konstruktion des Gehirns ist. Dies ist die Basis des radikalen Konstruktivismus. Im Gegensatz dazu steht die marxistische Epistemologie, die Widerspiegelungstheorie. Sie geht davon aus, dass das Sein das Bewusstsein bestimmt und dass daher eine objektive Realität kognitiv abgebildet wird. Am radikalen Konstruktivismus kann kritisiert werden, dass er gesellschaftliche Bedingungen ausblendet. Werden Wirklichkeit, Erkenntnis und Kognition als eine reine Konstruktion unseres Gehirns aufgefasst, so wird von real existierenden gesellschaftlichen Zwängen, Manipulationen und Herrschaftsmechanismen abstrahiert. Wird Kognition hingegen als reine Widerspiegelung aufgefasst, so besteht die Gefahr, dass gesellschaftliche Verhältnisse totalisierend als alles determinierende Strukturen aufgefasst werden, in der kein alternatives Handeln mehr möglich ist. Denkbar ist eine epistemologische Verknüpfung von Konstruktion und Widerspiegelung, die davon ausgeht, dass Realität zwar konstruiert wird, dass aber die Konstruktionen von einer materiellen Basis abhängig sind.

Bei der Selbstorganisation lebender Systeme erfolgt eine Reaktion auf Signale aus der Umwelt des Systems. Diese Signale werden interpretiert, und es wird ihnen eine Bedeutung zugewiesen. Dabei verändern sich das System und sein Zustand dynamisch. Ein Zustand zeichnet sich durch eine spezifische Art der Verknüpfung zwischen den Elementen (Zellen, Organe etc.) aus. Das System erhält sich dadurch aufrecht, dass ein Zustand den nächsten hervorbringt. Es reproduziert sich, seinen Zustand und seine Elemente permanent selbst. Kognition kann in diesem Zusammenhang als die Emergenz makroskopischer Informationsmuster aus dem Zusammenwirken mikroskopischer Neuronen im Gehirn verstanden werden. Jedes Neuron im Gehirn ist dabei an der Entstehung vieler übergreifender, emergenter Muster beteiligt. Kognition kann nicht auf einzelnen Teilsysteme des Gehirns oder gar auf einzelne Neuronen reduziert werden, sie ist nur als emergente Eigenschaft erklärbar, die durch die dynamischen Interaktionen der Neuronen und der Teilsysteme des Gehirn zustande kommt (vgl. Varela 1990).

Die Selbstorganisationstheorie hat ihren Ursprung in Physik und Chemie. Soll eine soziale Selbstorganisationstheorie entwickelt werden, die erklären kann, was Selbstorganisation in der Gesellschaft bedeutet, so kann eine Übernahme von Konzepten aus Physik, Chemie oder Biologie in die Soziologie in naturalistischen Fehlschlüssen enden. Es ist fraglich, ob Konzepte wie Versklavung, Dissipation, Entropie, Attraktoren, Trajektorien, usw. sinnvoll sozial angewendet werden können. Daher kann es auch vielmehr darum gehen, ein Verständnis sozialer Selbstorganisation zu schaffen, das auf der Emergenz als philosophischem Prinzip selbstorganisierter Systeme aufbaut. In Fuchs (2000) wurde ein solches Verständnis evolutionärer sozialer Selbstorganisation entwickelt. Betont wurde, dass es in sozialen Systemen nicht ausreicht, Selbstorganisation als die Emergenz von Neuem durch die Interaktion von Individuen im Rahmen von kooperativen sozialen Prozessen zu betrachten, da soziale Systeme wesentlich komplexer sind als lebendige und physikalisch-chemische. Daher muss der gesellschaftliche Selbstorganisationsbegriff viel spezifischer sein. Dies kann dadurch erreicht werden, dass Klassen-, Macht- und Herrschaftsverhältnisse in die Theorie mit einbezogen werden.

Durch die soziale Interaktion von Individuen entstehen Normen, Werte, Regeln, Entscheidungen, Gesetze, usw. Diese wurden als soziale Informationen interpretiert. Evolutionäre soziale Selbstorganisation bedeutet die Emergenz von sozialer Information oder von neuen Qualitäten bestehender sozialer Informationen in einem Prozess, in dem die von den entstehenden oder differenzierten Strukturen betroffenen Individuen Eintreten, Form, Verlauf sowie das Ergebnis dieses Prozesses selbst bestimmen und gestalten können. Durch Wechselwirkungen auf der Mikroebene des sozialen Systems werden auf der Makroebene Strukturen hervorgebracht oder verändert.

Wir sehen, dass in allen drei Dimensionen der Selbstorganisation (dissipative, autopoietische, soziale Systeme) die Emergenz ein allgemeines Prinzip ist, durch das Ordnung entsteht. Daher kann der Emergentismus als die allgemein-philosophische Ebene der Selbstorganisation betrachtet werden.

Ervin Laszlo arbeitet an einer Theorie evolutionärer Systeme (siehe Laszlo 1987). Er meint, dass Systeme nicht stabil bleiben, sondern dass sich bei Überschreitung gewisser Grenzen Instabilitäten einstellen. „Kommt es zu solchen Veränderungen, dann treten die Systeme in eine Übergangsphase, die durch Unbestimmtheit, Zufälligkeit und einen gewissen Grad von Chaos gekennzeichnet sind und einen verhältnismäßig hohen Entropieanteil aufweisen (Laszlo 1987, S. 54). Die Evolution von Systemen erfolge daher nicht kontinuierlich, sondern in plötzlichen Sprüngen. Nach einer Phase der Stabilität eines Systems gerate dieses in Instabilität, wobei sich interne Fluktuationen verstärken und ausbreiten. In diesem chaotischen Zustand ist

die weitere Entwicklung des Systems nicht determiniert. Vielmehr wird eine von mehreren möglichen alternativen Dauerzuständen ausgewählt. Dieser Punkt der Evolution wird als katastrophische Bifurkation (ebd., S. 65) bezeichnet. Bestimmt ist also, dass das System nach dem Durchlaufen einer Phase der Instabilität einen neuen Zustand einnehmen wird, aber nicht welcher. Hier zeigt sich, dass evolutionäre Systeme durch eine Dialektik von Zufall und Notwendigkeit geprägt sind. Sie zeigen einerseits Aspekte, die klar vorherbestimmten Gesetzen folgen, andererseits unterliegen genau dieselben Aspekte auch dem Zufallsprinzip. Daher wird auch von deterministischem Chaos gesprochen.

Auch Laszlo vertritt die Ansicht, dass die Evolution zur Ausbildung immer neuerer Organisationsebenen führt. Er identifiziert folgende aufeinander aufbauende Stufen der Evolution: Quarks, Protonen und Neutronen, Atome, Moleküle, Makromoleküle, Protozoen (Einzeller), Metazoen (Mehrzeller) und schließlich ökologische, soziale und soziokulturelle Systeme. In der Evolution soziokultureller Systeme unterscheidet er folgende wiederum aufeinander aufbauende Phasen: prähistorische Nomadenhorden, auf Verwandtschaft beruhende Dorfgemeinschaften, Archaische Reiche; Stadtstaaten, Fürstentümer, Monarchien; Kolonisierende Nationalstaaten und schließlich spezialisierte und interdependente Nationalstaaten.

Laszlo meint, dass Technologie eine Gesellschaft wesentlich präge. Sie sei der „grundlegende und wichtige Faktor in der historischen Entwicklung“ (ebd., S. 122). Bei solchen Argumentationen besteht jedoch die Gefahr, in einen Technikdeterminismus zu verfallen. Einerseits stehen Technik und Gesellschaft in einem dialektischen Verhältnis: Der Einsatz von Technik verändert die Gesellschaft und jede Techniken wird durch soziale Prozesse entwickelt und geprägt. Andererseits dient der Technikeinsatz bestimmten Zwecken. Jede Technik ist ein Mittel, um einen bestimmten Zweck zu erreichen. Im Kapitalismus ist es aber zu einer Umkehr der Zweck-Mittel-Relation gekommen. Technik dient nicht der Erleichterung des Daseins der Menschheit, sondern sie ist Mittel zur Produktion von Mehrwert und zur Ausübung von Herrschaft. Dadurch verändert und prägt sie die sozialen Verhältnisse. Es ist aber nicht Eigenschaft der Technik, diese Auswirkungen zu produzieren, sondern vielmehr liegen diesen Entwicklungen gesellschaftliche Verhältnisse zu Grunde, in die die Technik eingebettet liegt. Technologie ist nur ein Faktor der Evolution, sicherlich aber kein determinierender.

Daher kann Laszlo nicht zugestimmt werden, wenn er in Anlehnung an Daniel Bell meint, dass der Einfluss der Informations- und Kommunikationstechnologien den Übergang von der industriellen zur postindustriellen Gesellschaft bewirkt habe. Zum einen ist der industrielle Sektor noch immer ein bedeutender. Ohne ihn wäre der Kapitalismus nicht funktionsfähig, auch wenn der Dienstleistungsbereich heute immer größer wird und die Beschäftigungszahlen im sekundären Sektor schrumpfen. Durch die Rationalisierung und Automatisierung wird eben immer weniger menschliche Arbeitskraft benötigt, um im industriellen Bereich Mehrwert zu produzieren und in Profit zu verwandeln. Zwar findet heute tatsächlich eine Tertiarisierung der Ökonomie statt, im Rahmen derer sich die Beschäftigungszahlen im industriellen Sektor massiv reduzieren, nichtsdestotrotz ist die Gesellschaft, in der wir leben noch immer eine kapitalistische, die u.a. auch auf der industriellen und materiellen Wertproduktion basiert. Es verändert sich z.B. die Art der Kapitalakkumulation, aber die Tatsache, dass Kapital akkumuliert werden muss, damit sich der Kapitalismus reproduzieren kann, bleibt davon unberührt.

Laszlo geht davon aus, dass die gesellschaftliche Evolution sprunghaft und stoßweise erfolge, nicht als eine Akkumulation kleiner Schritte. Die Umwälzung der Gesellschaft erfolge im Verlauf von Eroberungen und Revolutionen. Dabei misst er den technologischen Revolutionen eine große Bedeutung zu. Es kann aber demgegenüber gesagt werden, dass z.B. durch die mikroelektronische Revolution der Kapitalismus zwar verändert wurde, aber nicht von einer

vollständig neuen Form der Gesellschaft gesprochen werden kann, wie dies jedoch manches mal durch Vertreter von Thesen der Postmoderne oder des Postindustrialismus nahegelegt wird. Qualitative evolutionäre Sprünge erfolgen vor allem durch soziale Revolutionen, unsere heutige Gesellschaft ist unverändert kapitalistisch.

Laszlo meint, dass auch die Gesellschaft nach einer Phase der Stabilität in eine Phase der Katastrophischen Bifurkationen eintreten könne. Dabei könne die Destabilisierung in Folge von technischen Entwicklungen oder Konflikten oder ökonomischer und sozialer Probleme eintreten. Als Resultat davon ergebe sich eine neue soziale - d.h. ökonomische, politische und kulturelle - Ordnung. In stabilen Phasen sei die Gesellschaft vorhersehbar, „während eines Phasenwechsels, wie zum Beispiel einer technologischen Revolution, eines wirtschaftlichen Zusammenbruchs oder eines verhängnisvollen Kriegs, verschwindet der Determinismus“ (Laszlo 1987, S. 137). In einem Bifurkationspunkt eröffnen sich also mehrere alternative Entwicklungswege. Welcher davon eingeschlagen wird, ist nicht vorherbestimmt, sondern hängt von der Dynamik des Geschehens ab.

Nach diesen grundlegenden Bestimmungen kann nun die Frage aufgeworfen werden, inwiefern das kapitalistische System evolutionär und selbstorganisierend ist. Dabei interessieren uns vor allem die ökonomischen Krisen und Konjunkturzyklen. Hat all dies einen Zusammenhang mit der Theorie evolutionärer Systeme? Um diese Frage beantworten zu können, ist es zunächst sinnvoll einen Blick auf bestehende Ansätze zu werfen, die sich mit Selbstorganisation in der Ökonomie beschäftigen. Aus dieser Auseinandersetzung wird sich ergeben, ob die bestehende Theoriebildung Ideen liefern kann, die den Zusammenhang von ökonomischen Krisen und evolutionären Systemen näher bestimmen helfen. Die Bestimmung dieses Zusammenhang ist im weiteren Verlauf dieser Arbeit Basis für die Betrachtung verschiedener Krisentheorien des Fordismus und deren evolutionäre Aspekte.

Aspekte der Selbstorganisation wurden bisher vor allem in 3 Bereichen in Betracht gezogen: in der Managementtheorie, im Rahmen von Agentensystemen und in der evolutorischen Ökonomie. Diese Aspekte wollen wir nun diskutieren.

## 2.2. Bestehende Ansätze der ökonomischen Selbstorganisation

Die bereits existierenden Ansichten zur ökonomischen Selbstorganisation können in drei Kategorien eingeteilt werden: a) Selbstorganisation in der Organisations- und Managementtheorie, b) im Rahmen von Agentensystemen und c) in der Evolutorischen Ökonomie. In der folgenden Darstellung wird jede Kategorie nochmals weiter unterteilt.

### **a) Selbstorganisation in der Organisations- und Managementtheorie:**

1. die dynamische Evolution von Unternehmenseinheiten, die nicht vorhersehbar und steuerbar ist:

Ein derartiges Verständnis wird u.a. von Hans-Jürgen Warnecke (1992) vertreten, der die globalisierten, dezentralisierten und flexibilisierten Konzerne, die heute immer häufiger anzutreffen sind, als Fraktale Fabriken beschreibt. Ein Fraktal sei eine selbständig agierende Unternehmenseinheit, deren Ziele und Leistungen eindeutig beschreibbar sind. Damit bezieht er sich auf die Tatsache, dass immer mehr Unternehmen ihre Produktion in kleinere, autonom voneinander abwickelbare Teile zerlegen und den jeweiligen Schritt dort ausführen lassen, wo die Rah-

menbedingungen für das Kapital optimal sind. Wie bei den computergraphischen Fraktalen (vgl. einführend Fuchs 2000) sei für die Fraktale Fabrik die Selbstähnlichkeit charakteristisch. Typisch sei auch, dass die Fraktale über moderne IKT vernetzt sind und dass sie Selbstorganisation betreiben: „In einem dynamischen Prozess erkennen und formulieren die Fraktale ihre Ziele sowie die internen und externen Beziehungen. Fraktale bilden sich um, entstehen neu und lösen sich auf“ (Warnecke 1992, S. 143). Ökonomische Selbstorganisation wird hier also als die dynamische Evolution von Unternehmenseinheiten verstanden.

Probst (1987) sieht ähnlich wie Warnecke Selbstorganisation als die nichtvorhersehbare Evolution von Organisationen. Wesentlich dabei sei, dass diese Systeme sich selbst gestalten und nicht steuerbar seien. Die begrenzte Steuerbarkeit stellt dann allerdings wiederum den Kontext zur Mikroebene her, da sich daraus für viele TheoretikerInnen die Notwendigkeit für mehr Partizipation der Arbeitenden ergibt.

## 2. Selbstorganisation als Selbststeuerung des Marktes, die eine Minimierung jedes regulativen Eingriffs erfordere:

Ein recht populärer und viel zitierter Ansatz ist jener von Kevin Kelly (1995, 1999). Ähnlich wie Donna Haraway (1995) meint Kelly (1995), dass die Grenzen zwischen Mensch, Natur und Technik immer stärker verschwimmen. Haraway spricht dabei von Cyborgs. Dies sind „kybernetische Organismen, Hybride aus Maschine und Organismus, ebenso Geschöpfe der gesellschaftlichen Wirklichkeit wie der Fiktion“ (Haraway 1995, S. 33). Sie möchte damit auf die fortschreitende Technisierung durch Virtual Reality und Cyberspace hinschreiten. Ihrer Ansicht verschwimmen dadurch die Grenzen zwischen Mensch und Maschine (zur Kritik siehe Fuchs 1998).

Kelly meint, dass das Technische immer biologischer werde, da die Technik immer stärker in die Natur eingreift (z.B. Gentechnologie). Technik ähne immer mehr lebenden Systemen. Das Internet und die Ökonomie wären ökologischen Systemen sehr ähnlich. Unter sogenannten „vivi-systems“ versteht Kelly sich selbst organisierende Systeme in Natur, Technik, Ökonomie und Gesellschaft, die dezentral organisiert und nichtlinear sind, in denen es keine zentrale Kontrolle gibt und die aus autonomen Subsystemen bestehen. Beispiele dafür seien die globalisierte Ökonomie, Artificial Life oder das Internet. In der zukünftigen Gesellschaft würden Maschinen immer lebensähnlicher. Daher wäre es notwendig, dass wir Maschinen erlauben, dass sie sich selbst reproduzieren und sich selbst organisieren können. Kelly propagiert eine Koevolution von Natur, Mensch und Technik.

Allerdings gerät er dabei in einen technologischen Determinismus, da davon ausgegangen wird, dass die technologische Evolution die menschliche und gesellschaftliche Evolution bestimmen kann und soll. Kelly unterscheidet nicht zwischen Selbstorganisation in biologischen, technischen und sozialen Systemen, und beschreibt daher das Soziale in Analogie zum Biologischen (z.B. verwendet er biologische Metaphern). Es wurde aber bereits erwähnt, dass eine Theorie evolutionärer Systeme mit Hilfe des Emergenzbegriffs ganz deutlich betonen sollte, dass sich verschiedene Systemarten durch emergente Eigenschaften und unterschiedliche Komplexitätsniveaus qualitativ voneinander unterscheiden und dass daher Konzepte nicht von einem Systemtypus durch Analogieschlüsse auf andere Systemarten übertragen werden können. Die Betonung der Unterschiede zwischen Systemen ist insbesondere auch deshalb bedeutend, da Fehlschlüsse katastrophale und menschenverachtende Folgen wie im Fall des Sozialdarwinismus haben können. Kevin Kelly beachtet diese Unterschiede jedoch nicht und argumentiert daher biologisch und technikdeterministisch.

Unter Selbstorganisation in der Ökonomie versteht Kelly vor allem die Minimierung von Eingriffen in den Markt. Steuerung sei schädlich und der Markt reguliere sich selbst. Alles steuere sich von selbst - „no one is in control“. In der heutigen Ökonomie sei es sinnvoll, dass sich Allianzen von Konzernen formieren, da durch Kooperation mehr Profit erreicht werden könne.

In Kelly (1999) wird die globale, vernetzte Ökonomie analysiert. Kelly nennt zehn Regeln, um reich zu werden. Aus dem „harten“ Kapitalismus sei heute ein weicher geworden. D.h., dass Bits, Information und Schaltkreise zunehmend Eisen, Stahl und Netz ersetzen. Der Kapitalismus sei heute nicht mehr ressourcen-, sondern wissensbasiert und folge einer Netzwerklogik. Die neue Form der Ökonomie sei offen, pluralistisch und dezentral. Heute befinde sich alles im Fluß, in Disharmonie und in Nichtgleichgewichtszuständen. Dieser permanente Fluß sei für Unternehmen vorteilhaft, sie müssten nicht nach Harmonie und Stabilität, sondern im Sinn von Schumpeter nach kreativer Zerstörung und permanenter Veränderung streben. Ein Verständnis von Selbstorganisation (ebenso wie zu jenem unter Punkt 1 präsentierten) kann gesagt werden, dass es dem Neoliberalismus das Wort redet (vgl. auch Best/Kellner 2000). Die postfordistische Umstrukturierung des Kapitalismus hin zu einer Minimierung der staatlichen Eingriffe in die Ökonomie und zu einer Deregulierung der Sozialsysteme wird mit dem Schlagwort der Selbstorganisation legitimiert. Ein selbstorganisierendes System sei nicht steuerbar, daher dürfe der Staat auch nicht eingreifen. Wir haben bereits gesehen, dass diese staatlichen Eingriffe ohnehin nur den Zweck hatten, den fordistischen Kapitalismus überhaupt zu ermöglichen. Nichtsdestotrotz zeigt sich im Neoliberalismus ganz deutlich eine Zunahme der globalen Probleme. Diese strukturelle Verschärfung der Widersprüche des Kapitalismus wird durch die Organisations- und Managementtheorie dadurch verharmlost, dass gesagt wird, alles organisiere sich selbst und bedürfe keines Eingriffs. Der Kapitalismus wird in diesen Ansätzen nicht als Ursache gesellschaftlicher Probleme erachtet, sondern als unhinterfragbare Tatsache vorausgesetzt. An der ursächlichen Erklärung gesellschaftlicher Probleme und der Kritik dieser Ursachen sind Kelly & Co. nicht interessiert. Sie sind Apologeten des freien Marktes, die Begriffe wie Ausbeutung, globale Probleme oder Klassengesellschaft nicht kennen oder konsequent vermeiden.

Kelly betrachtet Demokratie und Kapitalismus als einzig akzeptable selbstorganisierende Systeme. Ähnlich wie Francis Fukuyama geht Kelly davon aus, dass das Ende der Geschichte erreicht sei, die kapitalistische Demokratie wird als historische Endform der Gesellschaft angesehen. In Fuchs (2000, 2001) wurde ein Verständnis von sozialer Selbstorganisation entwickelt, das davon ausgeht, dass soziale Selbstorganisation die Emergenz sozialer Informationen in einem Prozess, in dem die von den entstehenden oder differenzierten Strukturen betroffenen Individuen Eintreten, Form, Verlauf sowie das Ergebnis dieses Prozesses selbst bestimmen und gestalten können, bedeutet. Dies schließt also den Versuch der Emanzipation von Fremdorganisation mit ein. Nun können aber Kapitalismus und moderne Repräsentativdemokratie in diesem Sinn nicht als selbstorganisierend bezeichnet werden, da sie auf Fremdbestimmung basieren. Das totalitäre Element der Marktwirtschaft besteht darin, dass Zwang und Fremdbestimmung als Selbstverständlichkeiten naturalisiert werden. Kategorien wie Tausch, Lohnarbeit, die Kommodifizierung sämtlicher Lebensbereiche und der Konsumzwang sind aber eben nicht selbstverständlich, sondern nur typisch für den Kapitalismus und bürgerliche Gesellschaftsformationen im Allgemeinen. Selbstorganisation muss die Emanzipation von Herrschaftsmechanismen mit einschließen. Der Kapitalismus ist aber ein System, das auf Herrschaft basiert – der Herrschaft von Ausbeutern über Ausgebeuteten. Daher ist der Kapitalismus, wie wir bereits gesehen haben, eine Klassengesellschaft. Auch die Repräsentativdemokra-

tie hat nur einen geringen Grad an Selbstorganisation (vgl. Fuchs 2000, 2001): Die Gesetze, die in repräsentativdemokratisch verfassten Staaten gemacht werden, sind Formen sozialer Information. Für alle Formen der Repräsentativdemokratie, die in Betracht gezogen werden (parlamentarische Demokratie, Präsidialdemokratie, Konkurrenzdemokratie, Konkordanzdemokratie) gilt, dass die Repräsentation dazu führt, dass die politische Selbstorganisation der Menschen auf ein Minimum reduziert wird. Der Wille des Volkes beschränkt sich auf Wahlen, die alle paar Jahre stattfinden. Dazwischen haben die RepräsentantInnen quasi eine Vorgangsweise zur Verfügung, mit der sie losgelöst vom Volk Entscheidungen treffen können, die für dieses jedoch verbindlich sind. Nach einigen Jahren ist zwar eine politische Richtungsveränderung der bestimmenden Kräfte durch Wahlen möglich, dies ändert jedoch nichts an der Delegation der politischen Entscheidungskompetenz der Menschen an spezielle Gruppen. In der Repräsentativdemokratie entstehen politische Informationen (im wesentlichen Gesetze, also eine Form sozialer Information) somit in der Form sozialer Exklusionen.

Wenn soziale Selbstorganisation bedeutet, dass die von den entstehenden Gesetzen betroffenen Individuen Eintreten, Form, Verlauf sowie das Ergebnis des Entstehungsprozesses selbst bestimmen und gestalten können, so kann nicht davon gesprochen werden, dass die Repräsentativdemokratie ein politisches System ist, das die Selbstorganisation der Menschen fördert. Im Gegenteil, sie verfügt über einen sehr geringen Grad sozialer Selbstorganisation. Doppelter Sinn der asymmetrischen Machtverteilung in der Politik bedeutet in der Repräsentativdemokratie: 1. Die politischen Akteure (und dazu sind sämtliche WählerInnen zu zählen) werden in zwei Klassen geteilt: WählerInnen und Gewählte. Dabei vereinigen die Gewählten während der Gesetzgebungsperiode die politische Macht nahezu ausschließlich auf sich. So entsteht ein Teilsystem innerhalb eines sozialen Systems, das mächtiger ist als ein anderes. 2. Innerhalb der Gewählten gibt es wiederum Machtasymmetrien und Hierarchien, die sich aus der Repräsentation herleiten: Es entstehen abermals unterschiedlich mächtige Teilsysteme, in der Regel handelt es sich dabei um Regierung/Opposition oder parlamentarische Mehrheit/parlamentarische Minderheit.

Systeme, die auf Herrschaft, Fremdbestimmung und Exklusion aufbauen, wie der Kapitalismus und die zu ihm gehörige moderne Form der Demokratie, können also nicht als selbstorganisierende soziale Systeme betrachtet werden. TheoretikerInnen wie Kelly und Warnecke benutzen den Selbstorganisationsbegriff aber in einer Art und Weise, die die kapitalistische Gesellschaftsformation naturalisiert und entproblematisiert. Gerade daher ist eine emanzipatorische Neuinterpretation des Selbstorganisationsbegriffes notwendig, die sich gegen die Apologeten des Neoliberalismus in der Selbstorganisationstheorie wendet<sup>46</sup>. (Kevin Kelly, H.-J. Warnecke, Stuart Kaufmann, Fritjof Capra, Dirk Baecker usw.) wendet. Als solche gesellschaftskritischen Ansätze, die vor allem auch die Kritik des Kapitalismus und seiner Formbestimmungen mit einschließen und das Ziel einer postkapitalistischen, tatsächlich selbstorganisierenden Gesellschaft nahe legen, können z.B. Schlemm (1999), Hörz (1993) und Fuchs (2000, 2001) betrachtet werden.

Der Kapitalismus kann auch aus dem einfachen Grund kein sozial-selbstorganisierendes System sein, da eine Hegemonie der Kapitalinteressen besteht. Das Kapital hat einen dominanten Einfluss, der auf der asymmetrischen Verteilung von Ressourcen und Macht beruht. Der

---

<sup>46</sup> Wir haben hier beispielhaft die Ansätze von Kevin Kelly und H.J. Warnecke erwähnt. Weitere Ausführungen würden zeigen, dass sich ähnliche Ansichten etwa auch bei Stuart Kaufmann, Fritjof Capra oder Dirk Baecker finden. Der Abschnitt über die Evolutorische Ökonomik wird zeigen, dass auch deren Vertreter tw. analog argumentieren.

Kapitalismus ist auch noch immer zentralistisch organisiert. Großkonzerne und die Zentren des kapitalistischen Weltsystems bestimmen das Weltgeschehen. Politische und ökonomische Klassenwidersprüche führen zu einer Dichotomisierung in Herrschende und Beherrschte, Ausbeutende und Ausgebeutete. „No one is in control“ ist also für den Kapitalismus nicht zutreffend. Vielmehr müsste es heißen: „Capital is in control“.

Wenn sich Kapitalismus und soziale Selbstorganisation ausschließen, so heißt dies aber nicht, dass ein evolutionärer Selbstorganisationsbegriff nicht geeignet ist, um die strukturelle Krisenhaftigkeit des Kapitalismus zu analysieren. Ein solches Verständnis ist ein allgemeineres als jenes der sozialen Selbstorganisation. Dabei wird insbesondere der dynamischen Evolution der Systeme, die zu emergenten Qualitäten führt, Beachtung geschenkt. Der Kapitalismus ist also ein evolutionäres System, er schränkt aber die soziale Selbstorganisation der Menschen ein.

### 3. Partizipatives Management und teilautonome Arbeitsgruppen als Form der Selbstorganisation:

Als Form der Selbstorganisation sieht Warnecke (1992) die neuen Managementmethoden wie partizipatives Management. Dabei würden Arbeitende in Gruppen „Selbstregulation, Selbstbestimmung und Selbstverwaltung“ betreiben (ebd., S. 149). Die Mitarbeitenden würden dadurch mehr Freiräume, aber auch mehr Verantwortung und Risiko bekommen. Das Management gebe Macht und Kompetenzen ab. Dies bedeute aber nicht das Ende von Führung, notwendig sei heute aber ein „Führen durch Überzeugen, nicht durch Anweisen“ (S. 193). Der Weg zur Fraktalen Fabrik sei nur über die Gruppenarbeit möglich. Zusammenfassend nennt Warnecke folgende Prinzipien der Fraktalen Fabrik: Selbstorganisation, selbstähnliche Zielrichtungen, Transparenz von Abläufen und Zustandsgrößen, Motivation als zentraler Gestaltungsgrundsatz, Kooperation statt Konfrontation, Verinnerlichung von Zielen, Qualitätsbewusstsein als Selbstverständnis und keine Wettbewerbsgrenze an der Unternehmensgrenze (S. 226).

Mit dem Verständnis von ökonomischer Selbstorganisation, das von der Organisations- und Managementtheorie im Sinn des partizipativen Managements vertreten wird, habe ich mich im Abschnitt über die Ökonomie des Postfordismus schon eingehend auseinandergesetzt. Diese neuen Managementmethoden führen zu einer Totalverzweckung des Menschen, in der die Arbeitenden nicht nur dem Zwang unterliegen, sich in der Lohnarbeit zu verausgaben, sondern auch noch psychisch in ihre eigene Ausbeutung integriert werden sollen. Sie sollen die Interessen ihrer Chefs verinnerlichen und dadurch noch mehr Mehrwert schneller produzieren. Das fremdbestimmte Arbeiten der doppelt freien Lohnarbeitenden schlägt nicht in Selbstbestimmung um, sondern sie denken nur, dass sie sich im Arbeitsprozess selbst bestimmen, tatsächlich identifizieren sie sich jedoch mit ihrer eigenen Fremdbestimmung. Es geht um die Verinnerlichung der Ziele des Kapitals, das geben die entsprechenden Theoretiker unumwunden zu. So meint z.B. Warnecke, dass die Verinnerlichung von Zielen ein wesentliches Element der betrieblichen Selbstorganisation sei, Schwaninger spricht davon, dass Arbeitende lernen müssten, unternehmerisch zu denken.

Wir haben gesehen, dass partizipatives Management und Lean Production nicht zu einer Humanisierung der Arbeit, sondern zu einem „Management by Stress“, einer Spaltung der ArbeiterInnenklasse und zu permanenten gegenseitigen Überwachungen und Schuldzuweisungen zwischen Mitgliedern teilautonomer Arbeitsgruppen führen. Das Interesse der Arbeitenden wäre ihre globale Besserstellung. Dem steht aber die kapitalistische Klassengesellschaft im Weg. Diese wird durch die neuen Managementmethoden nicht beseitigt, sondern ideologisch

verfestigt. Soziale Selbstorganisation schließt die Emanzipation von Fremdbestimmung mit ein, die Propagierung partizipativen Managements bewirkt jedoch eher die Legitimation von Fremdbestimmung. Es ist schlimm genug, dass Menschen den Zwängen fremdbestimmter Verhältnissen ausgesetzt sind. Noch schlimmer, wenn sie dieser Fremdbestimmung zustimmen und denken, dass sie sich dabei selbst organisieren und selbstbestimmt arbeiten können. Ein selbstbestimmtes Leben wäre nur in einer Gesellschaft möglich, in der die kapitalistischen Zwänge und die dazugehörige Logik aufgehoben wären.

#### 4. Emergenz informaler Strukturen in Organisationen:

Göbel (1998) sieht neben Selbstorganisation als einer Gestaltung der betrieblichen Mikroorganisation, bei der durch Fremdorganisation geschaffene Einheiten vorhandene Handlungsspielräume nutzen<sup>47</sup>, diese auch durch die Emergenz informaler Strukturen in Organisation gegeben. Ein Beispiel dafür wären z.B. spezielle Cliques in einem Betrieb.

Auch Markus Schwaninger (1994) versteht unter Selbstorganisation „die Emergenz [...] von Strukturen und Ablaufmustern aus dem Zusammenwirken von vielen“ (Schwaninger 1994, S. 174). Damit verbindet er die Vorstellung von autonomer und verantwortungsbewusster Eigeninitiative der MitarbeiterInnen. Damit Personalmanagementsysteme Selbstorganisation unterstützen, müssten Autonomie und Eigeninitiative gefördert werden. Dazu müssten die Fähigkeiten zu verantwortlichem Handeln, zu Eigeninitiative und zu permanentem Lernen gefördert werden, Werte wie Kundenorientierung, Qualitätsbewusstsein, Zuverlässigkeit und Flexibilität müssten trainiert werden und die Arbeitenden müssten lernen, unternehmerisch zu denken. Daher komme auch der Aus- und Weiterbildung eine wesentliche Rolle bei der Verwirklichung von Selbstorganisationspotentialen zu. Der Handlungsspielraum könne durch betriebliche Umstrukturierungen wie Job Enlargement, Job Enrichment, Job Rotation und teilautonome Arbeitsgruppen erweitert werden. Wesentlich seien dabei auch Anreiz- und Belohnungssysteme. Selbstorganisation in betrieblichen Organisationen sei auch mit den Möglichkeiten von Selbstentwicklung und Eigensteuerung verbunden: „Es gilt, dem Mitarbeiter Möglichkeiten zu offerieren, ‘der zu werden, der er ist’, m.a.W., das eigene Potential soweit als möglich zu erschließen“ (Schwaninger 1994, S. 183).

Das vierte Verständnis von ökonomischer Selbstorganisation, das in der Organisations- und Managementtheorie in Betracht gezogen wird (die Emergenz informaler Zusammenhänge in betrieblichen Organisationen), trägt also der einfachen Tatsache Rechnung, dass jede soziale Struktur durch Emergenz entsteht. Dabei haben wir es mit einer einfachen Form sozialer Selbstorganisation zu tun, die für die Aufrechterhaltung jedes sozialen Systems notwendig ist. Ob es sich dabei jedoch um einen Selbstorganisationsprozess im Sinn eines erweiterten Verständnisses, das auch Macht-, Klassen und Herrschaftsverhältnisse berücksichtigt, handelt, ist davon abhängig, ob versucht wird, Fremdbestimmung und Herrschaftsverhältnisse zu transzendieren. Daher kann beispielsweise die Emergenz einer teilautonomen Arbeitsgruppe in einem kapitalistischen Konzern nicht als emanzipatorischer Selbstorganisationsprozess verstanden werden. Die Emergenz eines politischen Interessenverbandes innerhalb eines Betriebes von unten, der seine eigenen Interessen als dem Kapital entgegengesetzt betrachtet und eine dementsprechende Praxis entwickelt, kann hingegen beispielsweise schon als Selbstorganisationsprozess im erweiterten Sinn angesehen werden. Auf eine genauere Auseinandersetzung mit politischer Selbstorganisation und der sich daraus ergebenden rhizomatischen Vernetzung

---

<sup>47</sup> Dies kann im Sinn des partizipativen Managements gesehen werden.

emanzipatorischer sozialer Netzwerke kann hier allerdings nur kurz verwiesen werden (siehe Fuchs 2000, 2001).

##### 5. Selbstorganisation als die subjektive Konstruktion der Unternehmensrealität durch die Individuen:

Göbel (1998) geht in Analogie zu konstruktivistischen Epistemologien davon aus, dass es in Organisationen und Betrieben wie in allen sozialen Systemen keine objektive organisatorische Wirklichkeit gibt, sondern dass Selbstorganisation darin besteht, dass jedes Individuum seine eigene betriebliche Realität subjektiv konstruiert<sup>48</sup>.

Dieses Verständnis bedeutet Anwendung des radikalen Konstruktivismus<sup>49</sup> auf innerbetriebliche Akteure. Diese Form der Epistemologie geht davon aus, dass das Gehirn ein autopoietisches System ist und dass es daher keine objektive Realität gebe. Vielmehr habe jedes Individuum seine eigene, subjektiv konstruierte Wirklichkeit. Eine Kritik dieses Ansatzes meint jedoch, dass gesellschaftliche Verhältnisse, die das Denken der Menschen beeinflussen, im Konstruktivismus ausgeblendet werden. Insbesondere die marxistische Widerspiegelungstheorie geht davon aus, dass das gesellschaftliche (und dabei insbesondere das ökonomische) Sein das Bewusstsein der Menschen beeinflusst. Eine dialektische Form der Epistemologie könnte dadurch erreicht werden, dass Kognition als dialektische Einheit von Widerspiegelung und Konstruktion angesehen wird, die abhängig von gesellschaftlichen Verhältnissen ist. Demnach kann angenommen, dass Kognition weder ausschließlich autonome Konstruktion, noch ausschließliche Widerspiegelung ist, sondern beides gleichzeitig. Die Abhängigkeit des Denkens vom gesellschaftlichen Sein verweist allerdings darauf, dass in der kapitalistischen Gesellschaftsform dem Widerspiegelungscharakter eine dominante Position zukommt. Widerspiegelung determiniert also im Kapitalismus nicht die Konstruktion, aber sie dominiert diese. Erst in einer postkapitalistischen Gesellschaftsformation wäre eine autonome, nichtmanipulative Meinungsbildung vorstellbar, sie ergibt sich aber auch nicht automatisch aus einer Aufhebung des Kapitalismus.

Insgesamt gesehen können wir sagen, dass die Organisations- und Managementtheorie einer unkritischen Interpretation des Selbstorganisationsbegriffs Vorschub leistet. Die strukturelle Verschärfung der globalen Probleme im postfordistischen Kapitalismus wird nicht ausreichend in Betracht gezogen. Es wird nahe gelegt, dass der Kapitalismus von selbst funktioniere und keiner menschlichen Eingriffe oder grundsätzlicher Veränderungen bedürfe. Tatsächlich wird aber immer offensichtlicher, dass der Kapitalismus ein widersprüchliches System ist, dessen Antagonismen in Krisen zum Ausdruck kommen. Es ist ein Zynismus, wenn die voranschreitende Prekarisierung der Lebensverhältnisse immer größerer Teile der Weltbevölkerung einfach ignoriert oder als irrelevant betrachtet wird. Der Selbstorganisationsbegriff sollte eigentlich die Emanzipation von jenen Verhältnissen, die die Menschen entfremden und zu ihrer Beherrschung und Ausbeutung führen, miteinschließen. Einem solchen Projekt kann natürlich ein politischer Anspruch nachgesagt werden, der einer „wertfreien“ Wissenschaft widerspricht.

---

<sup>48</sup> Göbel hat somit drei Begriffe ökonomischer Selbstorganisation, die beiden anderen wurden eben unter Punkt 4 genannt

<sup>49</sup> Wesentliche Vertreter des Radikalen Konstruktivismus sind Humberto Maturana, Francisco Varela, Niklas Luhmann, Heinz von Förster, Ernst von Glasersfeld und Siegfried J. Schmidt. Wesentliche Vorarbeiten hat vor allem Paul Watzlawick geleistet.

Dass es diese Wertfreiheit allerdings gar nicht gibt, zeigen Theoretiker der Selbstorganisation wie Kelly, Schwaninger und Warnecke ganz deutlich, indem ihre Theoriebildung in der affirmativen Legitimation des Bestehenden fungiert. Für ein Verständnis des Kapitalismus als krisenhaftes und widersprüchliches evolutionäres System geben diese bestehenden Ansätze nur sehr wenig her. Der zweite wesentliche Bereich ökonomischer Selbstorganisation, der näher zu betrachten ist, ist jener der Agentensysteme.

## **b) Selbstorganisation in Agentensystemen:**

Bei diesem Ansatz geht es darum, Aspekte der Ökonomie im Rahmen von Computermodellen dynamisch zu simulieren. Wesentliche Arbeit wurde dabei am Santa Fé Institute in New Mexico geleistet. Dabei sind vor allem zwei Namen von Bedeutung: Stuart Kauffman und John Holland.

Klassisch und neoklassisch wurde in der Physik und der Ökonomie angenommen, dass Körper und Märkte Gleichgewichtszuständen zustreben. In der Ökonomie bedeutet dies, dass von einem Gleichgewicht von Angebot und Nachfrage auf allen Märkten ausgegangen wird. Der Selbstorganisationsansatz des Santa Fe-Instituts geht hingegen davon aus, dass die Ökonomie ein komplexes, evolutionäres System ist, das sich fernab von Gleichgewichtszuständen befindet und sich dynamisch organisiert. Es wird betont, dass auch es auch in der Ökonomie zu Phasen der Destabilisierung kommen kann, aus denen Ordnung emergiert.

Die Idee der Emergenz in Computersimulationen wurde von Stephanie Forrest (1991) eingeführt. Sie spricht von „Emergent Computation“ (emergente Berechnung), wenn folgende Charakteristika gegeben sind:

1. Das Gesamtsystem wird durch eine Menge von Agenten mit expliziten Instruktionen gebildet
2. Die durch die Instruktionen gestalteten Interaktionen zwischen den Agenten bilden auf makroskopischer Ebene bestimmte Muster
3. Eine natürliche Interpretation dieser Muster als Berechnung ist möglich und sinnvoll

Auch in Systemen emergenter Berechnungen gilt, dass das Ganze größer als die Summe seiner Teile ist. Laut Forrest ist dies z.B. der Fall bei neuronalen Netzen, Artificial Life-Systemen und genetischen Algorithmen. Agentensysteme können nun als computergraphische Applikationen betrachtet werden, in denen eine Ko-Evolution kleinster Einheiten (Agenten) erfolgt. Komplexe computergraphisch generierte Landschaften evolvieren dadurch, dass die Agenten über Regeln miteinander gekoppelt sind. D.h., die Veränderung des Zustands und der Position eines Agenten führt zur Veränderung von Zustand und Position seiner Nachbarn.

Stuart Kauffman (1993) beschäftigt sich mit sogenannten Booleschen Netzwerken. Dabei gibt es  $N$  Agenten und  $K$  Verbindungen zwischen den Agenten. Durch die Definition einer Fitnessfunktion wird die bestehende Population bewertet. Die fittesten Einheiten werden selektiert und können sich fortpflanzen. So entstehen immer neue Populationen. Dabei gibt es auch spontane Mutationen. Kauffman möchte mit seinen Computermodellen die biologische und ökonomische Evolution simulieren. Dabei wird angenommen, dass es auch in der Ökonomie um das Überleben des Stärkeren geht und dass daher der ökonomische Wettbewerb durch computergenerierte Fitness-Landschaften simuliert werden kann. Betriebe werden dabei also als Agenten aufgefasst, die durch das „Ökosystem“, d.h. die Betriebe, mit denen sie im Wettbewerb stehen, beeinflusst werden.

Der Ansatz des Santa Fe-Instituts wurde im Rahmen von zwei Sammelbänden ausführlich dokumentiert (Anderson/Arrow/Pines 1988, Arthur/Durlauf/Lane 1997). Die Ökonomie müsse als evolutionäres komplexes System betrachtet werden, da sie sich durch folgende Charakteristika auszeichne (siehe Introduction: Process and Emergence in the Economy in Arthur/Durlauf/Lane 1997):

1. Die ökonomischen Aktivitäten werden durch die Interaktion vieler verteilter, heterogener Agenten bestimmt, die parallel zueinander handeln. Jeder Agent antizipiert mit seinem Handeln das Handeln der anderen, die Aktivitäten der Agenten sind also miteinander gekoppelt.
2. Es gibt keine Entität, die diese Interaktionen steuern kann. Der einzige Kontrollmechanismus ist durch den Wettbewerb und die Koordination zwischen den ökonomischen Agenten gegeben.
3. Die Ökonomie besteht aus vielen hierarchischen Organisationsebenen und Interaktionen. Die Interaktionen gehen über viele hierarchische Stufen hinweg.
4. Durch die Erfahrungen der Agenten adaptieren sie ihr Verhalten permanent
5. Permanent zeigt sich in der Ökonomie die Emergenz von Neuem: neue Märkte, neue Technologien, neue Verhaltensweisen und neue Institutionen. So könne das Ausfüllen einer Marktnische zur Emergenz neuer Nischen führen.
6. Auf Grund dieser permanenten Emergenz von Neuem operiere die Ökonomie jenseits von Gleichgewichtszuständen und von Optima.

John Holland hat Systeme mit diesen sechs Eigenschaften adaptive, nonlineare Netzwerke genannt (siehe z.B. Holland 1992). Dies treffe nicht nur auf die Ökonomie zu, sondern u.a. auch auf das Nervensystem, das Immunsystem und die Ökologie. Wesentlich für diese Systeme sei, dass die Elemente nicht nur in Reaktion auf Stimuli handeln, sondern dass sie versuchen, ihr eigenes Verhalten auf Grund des erwarteten Verhaltens der anderen Agenten zu gestalten. Es sei nicht möglich, dass ein Agent vollständige Informationen über seine Umwelt besitze und auf Basis dieses Wissens rational handle. Vielmehr müssten Interpretationen und Annahmen über das zukünftige Handeln anderer Agenten getroffen werden: „The predictions some economic agents might form depend on the predictions they believe others might form; and the predictions these might form depend upon the predictions *they* believe the original group might form. Predictions or expectations can then become self-referential and deductively indeterminate“ (Arthur 1995).

Der Santa Fe-Ansatz sieht die Ökonomie als adaptives, nonlineares Netzwerk, d.h. als ein evolutionäres komplexes System, das nicht vorhersehbar ist und nicht durch Differentialgleichungen berechnet werden kann. Aber ökonomische Strukturen und Prozesse könnten sehr wohl durch Computermodelle simuliert werden. Dadurch soll deutlich gemacht werden, wie ökonomische Strukturen durch Interaktionen ökonomischer Agenten emergieren.

Steven N. Durlauf (1997) bezeichnet ein System als komplex, wenn in ihm Ordnung als emergentes Resultat der Interaktionen vieler heterogener Objekte entsteht. Beim Santa Fe-Ansatz gehe es um die Untersuchung komplexer ökonomischer Umgebungen. Dabei werden Interaktionen und positive Rückkopplungen zwischen ökonomischen Akteuren angenommen. D.h., dass die Auswahl einer Handlungsalternative durch einen Agenten die Wahrscheinlichkeit erhöht, dass andere Agenten genauso handeln. Dadurch kann eine Art Selbstverstärkung bestimmter Verhaltensweisen des Systems eintreten. Durch diese positiven Rückkopplungen würde sich in ökonomischen Systemen häufig eine Zunahme der Einnahmen (increasing returns) zeigen.

Unter Pfadabhängigkeit versteht Durlauf, dass bestimmte ökonomische Innovationen nicht selbstkorrigierend sind und nur durch einen äußeren Eingriff in die Ökonomie verschwinden. In pfadabhängigen Ökonomien zeige sich das Phänomen, dass Krisen wegen der internen Dynamik des Systems nicht von alleine verschwinden. Als Beispiel nennt er die erste Weltwirtschaftskrise, bei der Produktivitätsverluste in den USA nicht von selbst ausgeglichen wurden und nur durch externe Eingriffe im Rahmen des New Deals korrigiert werden konnten.

Ein Effekt, der im Rahmen dieser Modelle immer wieder betont wird, ist die positive Rückkopplung in Form von Selbstverstärkungen. Es wird dabei angenommen, dass Selbstverstärkungsmechanismen auch in der Ökonomie existieren. W. Brian Arthur (1990, 1996) geht davon aus, dass die konventionelle ökonomische Theorie negative Rückkopplungen und einen Rückgang der Einnahmen annimmt. Daher werde von einem vorhersehbaren Gleichgewichtszustand ausgegangen. Arthur hingegen betont Nichtgleichgewichtszustände, Nichtvorhersagbarkeit, positive Rückkopplungen, selbstverstärkendes Wachstum und zunehmende Einnahmen in der Ökonomie. Arthur (1990) gibt ein einfaches Beispiel für positive Rückkopplungen in der Ökonomie:

„The VCR market started out with two competing formats selling at about the same price: VHS and Beta. Each format could realise increasing returns as its market share increased: large numbers of VHS recorders would encourage video outlets to stock more pre-recorded tapes in VHS format, thereby enhancing the value of owning a VHS recorder and leading more people to buy one. [...] In this way, a small gain in market share would improve the competitive position of one system and help it further increase its lead. [...] Increasing returns on early gains eventually tilted the competition toward VHS: it accumulated enough of an advantage to take virtually the entire VCR market“.

Arthur meint weiters, dass sich heute in den ressourcenbasierten Teilen der Ökonomie ein Rückgang der Einnahmen zeige, während in den wissensbasierten Teilen die Einnahmen ansteigen würden. Was Arthur beschreibt, sind nichts anderes als Krisen der Kapitalakkumulation im traditionellen industriellen Bereich und eine Profitabilität der Wissensindustrie. Also einen tendenziellen Fall der Profitrate in einen Bereich und einen relativen Anstieg im anderen. Der große Vorteil bei der Produktion von Computern, Flugzeugen, Autos, Software, Waren im Bereich der Telekommunikation etc. sei, dass die Anfangsinvestitionen zwar hoch sind, aber die Folgekosten äußerst gering. Eine positive Rückkopplung bestehe in der Ökonomie darin, dass sich eine Technologie oder ein Produkt durch ihre/seine Ausbreitung (durch Zufall oder kluge Strategien) verbessere. Dadurch würde sich Instabilität in der Ökonomie einstellen. Eine solche Verbesserung führe aber auch wieder zu einer noch weiteren Verbreitung. Genauso könne das Wachstum einer Industrie damit verwandte Industrien wachsen lassen. Die Ökonomie, so Arthur, sei nicht deterministisch, vorhersehbar und mechanistisch, sondern prozessbasiert, organisch und evolutionär. Daher zeige sich heute ein Ende der Vorhersagbarkeit und der Bestimmtheit in der Ökonomie (Arthur 1994).

Arthur (1995) betont, dass Meinungen eine wesentliche Rolle in der Ökonomie spielen. Sie würden ökonomisches Verhalten erzeugen und von ökonomischen Resultaten erzeugt werden. Die Erwartungen, Hypothesen und Antizipationen der ökonomischen Akteure seien also ganz wesentlich für das ökonomische Handeln. Eine Art der positiven Rückkopplung bestünde nun darin, dass sich diese Ansichten und damit auch das ökonomische Handeln wechselseitig verstärken können. In der komplexen Ökonomie seien diese Ansichten und Meinungen einem permanenten dynamischen Fluss unterworfen.

Auch Arthur hat in Zusammenarbeit mit John Holland versucht, all diese theoretischen Überlegungen im Rahmen von Computermodellen umzusetzen. Bekannt geworden ist vor allem ihr Computermodell eines Aktienmarktes. Jeder Agent kauft und verkauft dabei Aktien. Er trifft dabei Annahmen über die zukünftige Entwicklung des Aktienmarktes und die zukünftigen Entscheidungen der anderen Agenten. Auf Basis dieser Annahmen werden die eigenen Entscheidungen jedes Agenten getroffen. Es handelt sich um lernende Agenten: Hypothesen, die sich als zutreffend erweisen, werden weiter verwendet, schlechte Hypothesen werden verworfen und durch andere ersetzt. Die Ansichten/Hypothesen der Akteure sind dabei voneinander abhängig. Sie sind nicht im voraus determiniert, sondern entstehen durch die ökonomische Ko-Evolution und die wechselseitigen Bezugnahmen. Daher folgert Arthur daraus, dass die Ökonomie aus unseren subjektiven Meinungen und Ansichten emergiert. Die Ökonomie sei daher nicht mechanistisch, sondern ein evolutionäres System, das durch die dynamische Veränderung der wechselseitig einander beeinflussenden und voneinander abhängigen Ansichten der ökonomischen Akteure bestimmt werde. Arthurs Vorgangsweise ist also jene, dass er versucht, einen Teil der Ökonomie durch Vereinfachungen im Rahmen eines Computermodells darzustellen. Die Erkenntnisse, die er aus dem Computermodell erhält, werden nicht in der Öffentlichkeit veröffentlicht. Die Erkenntnisse im Bereich der ökonomischen Selbstorganisation sind nicht allzu zahlreich. Ein eigenes Buch darüber hat der neo-keynesianische Ökonom Paul Krugman (1996) geschrieben. Als selbstorganisierende Systeme bezeichnet er solche, die „even when they start from an almost homogeneous or almost random state, spontaneously form large-scale patterns“ (Krugman 1996, S. 3). Von besonderem Interesse sind dabei für ihn räumliche Veränderungen. Er unterscheidet zwischen räumlicher und zeitlicher Selbstorganisation in der Ökonomie.

Bei der räumlichen Selbstorganisation interessieren Krugman vor allem Modelle, die die Emergenz von Wirtschaftsräumen beschreiben. Das von Thünen-Modell geht von folgendem Problem aus: Je weiter ein Stück Land von einem Zentrum entfernt ist, desto günstiger wird es. Ernten müssen in dieses Zentrum transportiert werden. D.h., dass eine weitere Entfernung höhere Transportkosten bedeutet. Wo soll ein Farmer ein Stück Land kaufen? Als Ergebnis emergieren konzentrische Ringe der Produktion. Jeder Farmer trifft seine eigene Entscheidung, nichtsdestotrotz entsteht ein übergreifendes, emergentes Muster.

Ein Beispiel eines räumlichen Selbstorganisationsmodells ist das „Segregationsmodell“ von Thomas Schelling. Krugman setzt dieses Modell graphisch auf einem 8x8-Schachbrett um. Er nimmt die Existenz von zwei Arten von Akteuren an. Dabei wird angenommen, dass ein Akteur umziehen will, wenn sein Nachbar nicht vom selben Typ ist. Einer mit zwei Nachbarn möchte mindestens einen Nachbar desselben Typus, einer mit drei bis fünf Nachbarn mindestens zwei und einer mit sechs bis acht Nachbarn mindestens drei<sup>50</sup>. Krugman argumentiert,

---

<sup>50</sup> Problematisch ist dabei, dass Krugman annimmt, dass es sich dabei auch um Nachbarn unterschiedlicher Hautfarbe (schwarz und weiß) handelt. D.h., dass leicht der Schluß gezogen werden könnte, dass eine grundsätzliche Ablehnung des Zusammenlebens mit Menschen anderer Hautfarbe besteht. Die komplexen Ursachen des Rassismus, die sich aus dem Zusammenhang Kapitalismus – Rassismus – Nation – Patriarchat ergeben (vgl. dazu Balibar/Wallerstein 1998) und nur unter Einbeziehung gesellschaftstheoretischer Analysen erklärt werden können, werden im Rahmen mathematischer Modelle allzu leicht ausgeblendet. Die räumliche Ghettoisierung von Minderheiten wird in Krugmans Modell vereinfacht. Ausgeblendet bleiben dabei die realen ökonomischen und sozialen Verhältnisse, die dazu führen, dass die armen und daher am leichtesten erpressbaren sowie ausbeutbaren Teile der Bevölkerung in schlechten Wohn-

dass sich eine Kettenreaktion einstelle: Dadurch, dass unzufriedene Akteure umziehen, werden andere auch unzufrieden und ziehen ebenfalls um. Als Resultat zeige sich die Emergenz eines segregierten Raums. Höhere Ordnung habe sich aus einem ungeordneten Anfangszustand ergeben. Ordnung sei aus Instabilität entstanden. Dies sei ein Beispiel für Selbstorganisation.

Durch ein anderes Modell möchte Krugman erklären, wie polyzentrische räumliche Strukturen entstehen. Ein Beispiel dafür ist Los Angeles, das aus 16 verschiedenen Zentren besteht. Krugman trifft für sein Modell folgende Annahmen: Ein Unternehmen trifft die Entscheidung, wo es sich ansiedelt, in Abhängigkeit davon, wo sich alle anderen Unternehmen ansiedeln. Dabei gibt es eine zentrifugale Kraft, die darin besteht, dass Unternehmen es möglicherweise nicht gerne haben, wenn sich andere Unternehmen in ihrer Nähe befinden, da dies Konkurrenz bedeuten kann. Dies fördert also die räumliche Zerstreuung der Unternehmen. Andererseits gibt es auch eine zentripetale Kraft, auf Grund derer Unternehmen andere Unternehmen möglicherweise gerne in ihrer Umgebung haben, da dadurch potentielle Kunden angezogen werden können. Dies fördert also wiederum eine räumliche Agglomeration von Unternehmen. Dabei wird weiters angenommen, dass Unternehmen es begrüßen, wenn andere Unternehmen in ihre Industriezone ziehen, es aber nicht gerne haben, wenn diese sich in konkurrierenden Zonen ansiedeln. In derartigen computergraphischen Modellen zeigt sich nun, dass jede anfängliche räumliche Verteilung von Unternehmen zur spontanen Selbstorganisation führt, deren Resultat ein Muster mit mehreren, klar voneinander räumlich separierten Wirtschaftszentren ist. Es zeigt sich auch, dass die entstehenden Zentren immer gleich weit voneinander entfernt sind. Dies ist ein Aspekt des deterministischen Chaos. Es ist nicht klar, wo genau die Zentren entstehen, aber es ist klar, dass sie in denselben Abständen voneinander entstehen. Dieses Modell ist für Krugman ein anderes Beispiel für die Emergenz von Ordnung aus Instabilität.

Krugman betont, dass Proportionalitäten eine wesentliche Rolle in der Selbstorganisationstheorie spielen. Zipfs Gesetz besagt z.B., dass die Bevölkerungszahl einer Stadt indirekt proportional zu ihrer Position in einer Rangordnung der größten Städte ist. Die zweitgrößte Stadt eines Landes habe also halb so viele Einwohner wie die größte, die dritt größte ein Drittel der Einwohnerzahl der größten Stadt usw. Solche Proportionalitäten würden sich in vielen Gebieten zeigen. Zum Beispiel bestehe auch ein proportionaler Zusammenhang zwischen dem Ausmaß und der Größe von Erdbeben.

Für die beiden wesentlichen Prinzipien der Selbstorganisation hält Krugman die Emergenz von Ordnung aus Instabilität und die Emergenz von Ordnung aus zufälligem Wachstum. Beim zweiten Prinzip würde die Proportionalität eine wesentliche Rolle spielen. Bei zufälligen Wachstumsprozessen würden geordnete Strukturen emergieren, die sich durch proportionale Zusammenhänge auszeichnen.

Auch ökonomische Krisen sieht Krugman als Selbstorganisationsphänomene. Dies sei ein Beispiel für zeitliche Selbstorganisation. Einige Rezessionen würden zwar durch externe Ereignisse getriggert, die meisten großen Krisen hätten aber keine offensichtlichen externen Ursachen gehabt. Eine solche Krise sei selbstverstärkend: Der Rückgang der Produktion verursacht weniger Investitionen und weniger Konsum, wodurch sich wiederum die Produktion weiter vermindert. Im Allgemeinen würde eine Ökonomie dem Modell folgen, dass sie sich für eine lange Zeit im Gleichgewicht befindet und dann durch plötzliche Phasen des schnellen

---

vierteln ghettoisiert werden. Dabei spielt das Fernhalten von den Zentren des Konsums und das Ausnutzen der schlechten materiellen Situation von Armen durch VermieterInnen eine wesentliche Rolle.

Wandels geprägt wird. Eine stabile Phase der Ökonomie werde also durch plötzliche Instabilität abgelöst.

Keynes ging davon aus, dass eine mangelnde Nachfrage eine Rezession auslöst. Die wesentliche Frage dabei ist für Keynesianisten nun, warum die Nachfrage sinken kann und warum es zu einem Sinken der Nachfragen ohne offensichtlichen Grund kommen kann. Krugman erklärt sich Konjunkturzyklen nun folgendermaßen: Ein ökonomischer Boom reduziere die Nachfrage nach Investitionen und führe daher zu weniger Ausgaben und Investitionen. Folge davon sei früher oder später ein Ende des Booms. Die darauffolgende Krise führe zu einem Rückgang des Kapitalstocks und zu einer langsamen Zunahme der Investitionen. Daraus würden sich abwechselnde Perioden von hoher Produktion mit einem Anstieg des Kapitals und niedriger Produktion mit einem Sinken des Kapitals ergeben. Dies sein nichts anderes als die Emergenz von Ordnung aus Instabilität. Aus einer instabilen, krisenhaften Phase der Ökonomie emergiere eine Phase der Stabilität und geordneter Märkte. Kurzfristig würden Investitionen weitere Investitionen fördern, langfristig jedoch hemmen. Eine Periode mit hohen Investitionen und einer intensiven Kapitalakkumulation würde weitere Investitionen früher oder später hemmen. Resultat davon sei eine ökonomische Krise. Dies sei eine Erklärung dafür, wie ökonomische Krisen ohne äußere Ursachen durch einen Selbstorganisationsprozess entstehen können. Die Krise werde nur durch die interne Dynamik der Ökonomie verursacht.

Was Krugman und Keynes als Ursache der Konjunkturzyklen beschreiben, ist nichts anderes als die bereits schon einige Zeit vorher von Marx analysierte zyklische Überakkumulationskrise des Kapitalismus. Marx geht hier von zwei Varianten aus: Bei der einen zeigt sich der Widerspruch des Kapitalismus, dass Rationalisierung zu einem Ersetzen von lebendiger Arbeitskraft durch Maschinerie führt, was wiederum die Mehrwertproduktion hemmt, da Mehrwert nur aus dem variablen Kapital entspringt. Daher kommt es bei einer relativen Zunahme der Arbeitslosigkeit zur Überproduktion und Überakkumulation von Kapital (siehe Marx 1894, S. 261ff). D.h., dass dann kein oder immer weniger Kapital für Neuinvestitionen, also eine weitere Akkumulation des Kapitals vorhanden ist. Andererseits kann eine Überakkumulation/Überproduktion dadurch eintreten, dass in einer Phase des ökonomischen Booms die Beschäftigungsrate sehr hoch ist. Dadurch kann der produzierte Mehrwert nicht dadurch gesteigert werden, dass noch mehr Arbeitskräfte beschäftigt werden. Die Kapitalakkumulation erlahmt also, die Masse des Mehrwerts kann nicht vermehrt werden, weitere Investitionen und damit die Kapitalakkumulation bleiben aus. Das beschreiben auch Krugman und Keynes, sie vernachlässigen allerdings im Gegensatz zu Marx, dass der Mehrwert nur aus dem variablen Kapital entspringt (also die Wertbasis der Kapitalakkumulation) und dass daher Über- bzw. Unterbeschäftigung eine wesentliche Rolle in den Krisen des Kapitalismus spielt.

Periodische Konjunkturzyklen verlaufen demnach also in der Form relativ hohe Beschäftigung – Kapitalakkumulation – mangelnde Produktion zusätzlichen Mehrwerts durch fehlende zusätzliche Arbeitskräfte – Stagnation der Investitionen und der Kapitalakkumulation – Überakkumulation von Kapital – wenig neues Kapital – Krise – Gegenwirkungen: Freisetzung von Arbeitskräften, relative Mehrwertproduktion um die Produktivität zu erhöhen – neue Investitionen und Neuakkumulation von Kapital – Boom. Auch Krugman und Keynes beschreiben diese permanente Spirale ähnlich (hohe Produktion – Kapitalakkumulation – Boom – Schranke der Neuinvestitionen – Kapitalakkumulation und Produktion erlahmen – wenig Neuinvestitionen und neu produziertes Kapital – Krise – Basis für Neuinvestitionen und erneuten Boom).

Was jedoch ausgespart bleibt, ist, dass Marx sich die Kapitalakkumulation nicht so reibungsfrei vorgestellt hat, sondern bei der Überakkumulation des Kapitals auch den langfristigen Trend, dass die kapitalistische Produktionsweise auf ihre inneren Schranken trifft, be-

schrieben hat. Durch die voranschreitende Automatisierung und die damit einhergehende relative Zunahme der Arbeitslosigkeit geht die Basis der Mehrwertproduktion, nämlich das variable Kapital, verloren. Lebendige Arbeitskraft wird also durch Maschinen ersetzt. Daraus ergibt sich eine Tendenz fallender Profitraten, der nicht so einfach wie im oben beschriebenen Modell einer Abwechslung von Boom und Rezession entgegen gesteuert werden kann. Im Postfordismus und im Zeitalter der „Informationsgesellschaft“ zeigt sich daher auch eine Dauerkrise des Werts, die Ausdruck dessen Selbstwidersprüchlichkeit, seiner strukturellen Krisenhaftigkeit und seiner Zusammenbruchstendenzen ist.

In Agentenmodellen werden oft vereinfachende Annahmen getroffen. Zumeist werden kleine Ausschnitte der komplexen Ökonomie, in der alles mit allem verkoppelt ist, werden modelliert. Dabei werden notwendigerweise bestimmte Kausalzusammenhänge weggelassen, andere stark vereinfacht. Die Ergebnisse der Computersimulationen werden interpretiert und darauf aufbauend oft Rückschlüsse auf wesentlich größere Teile oder andere Bereiche der realen Ökonomie gezogen (wie etwa von mikroökonomischen Modellen auf reale makroökonomische Prozesse). Auch Paul Krugman selbst gesteht ein, dass die Modelle des Santa Fe-Ansatzes idealisiert und vereinfachend sind (Krugman 1996, S. 22), er hält aber daran fest, dass Rückschlüsse auf das tatsächliche ökonomische Geschehen möglich sind<sup>51</sup>. Ebenso bezweifelt Silverberg (1999), dass die Modelle des Santa Fe-Ansatzes Relevanz für die reale Ökonomie haben und dass Rückschlüsse zulässig sind: „What can we take away from the [...] computational contributions? Alas, much will be internal to questions of modelling, I am afraid, and less about verifiable aspects of the real world [...] for all the fun and games of modelling a certain scepticism should be brought to the question of its real, everyday decisionmaking relevance“ (Silverberg 1998, S. 478f).

Der Santa Fe-Ansatz stellt richtigerweise fest, dass die kapitalistische Ökonomie ein komplexes, evolutionäres System ist. Daher folgt sie einer nichtmechanistischen, multidimensionalen Kausalität, im Rahmen derer eine Ursache zu mehreren Wirkungen beitragen kann und eine Wirkung viele Ursachen haben kann. Ökonomische Krisen sind daher z.B. immer eine Akkumulation von konkreten Ausprägungen der Selbstwidersprüche des Kapitalismus in Ökonomie, Politik und Kultur. Wir bezweifeln allerdings, dass die Simulation eines Ausschnitts eines evolutionär-selbstorganisierenden Systems (der Ökonomie) mit einem nicht selbstorganisierenden System mit mechanistischer Kausalität (Computer) möglich ist.

Ein Computer funktioniert so, dass sequentiell aus einem Instruktionsspeicher binäre Instruktionen, die einem gewissen Format folgen, geholt werden. Jede Instruktion wird interpretiert und bewirkt eine Manipulation der vorhandenen Register des Rechners. Registerinhalte werden ausgelesen, durch verschiedene Operationen in einer Recheneinheit (ALU=Arithmetic Logic Unit) miteinander verknüpft und Register mit neuen Inhalten beschrieben. Dies folgt einer vollständig mechanistischen Logik. Für jede Instruktion kann ganz klar definiert werden, was sie bewirkt, wenn das Instruktionsformat bekannt ist.

Jedes Computerprogramm ist nichts anderes als eine Folge von derartigen binären Instruktionen. Beim Kompilieren eines Programms erfolgt eine Übersetzung in den binären Code, damit das Programm auf der untersten Hardwareebene verarbeitet werden kann. Daher folgt auch jedes Computerprogramm einer mechanistischen Kausalität, selbst wenn Zufallszahlengeneratoren darin verwendet werden. Bei einer fraktalen Gleichung besteht die Unsicherheit z.B. nur darin, dass der Input für eine Iterationsgleichung nicht im Vorhinein bekannt ist, da er

---

<sup>51</sup> „I believe very strongly in the use of simplified models to help us think about social science“ (Krugman 1996, S. 75).

eben über einen Zufallszahlengenerator erzeugt wird. Dieser Generator kann aber nur eine endliche Anzahl an Alternativen liefern. Und für jede dieser Alternativen ist das Ergebnis eindeutig determiniert.

Dies verdeutlicht, dass jede Computersimulation eines komplexen, evolutionären Systems bedeutet, dass die komplexe Dynamik und die multidimensionale Kausalität auf ein mechanistisches System mit bijektiver/ein-eindeutiger Kausalität abgebildet wird. Dies mag für Modellzwecke ausreichend sein. Aus einer solchen Vereinfachung und Komplexitätsreduktion ist aber nicht ableitbar, dass Ergebnisse, die sich als Interpretationen von Berechnungen aus dem Modell ergeben, verallgemeinert werden können. Daher ist auch das Postulat, dass derart Rückschlüsse auf das ursprüngliche komplexe System gezogen werden können, in Frage zu stellen. Genau dies ist aber bei den Computermodellen des Santa Fe-Ansatzes der Fall.

Paul Krugman versucht zwar einen theoretischen Zusammenhang zwischen ökonomischer Krise und evolutionärer Selbstorganisation herzustellen, unterstellt dabei jedoch, dass der Kapitalismus auf Grund einer Ursache von einer langen Stabilitätsphase in eine kurze instabile Krisenphase wechsele und umgekehrt. Der Kapitalismus wird nicht als selbstwidersprüchliches System erfasst, in dem Krisen eine Ausdrucksweise struktureller Antagonismen sind. Ein möglicher Zusammenbruch oder eine Aufhebung des Kapitalismus im Rahmen einer Krise wird nicht in Betracht gezogen (wie auch immer dieser zustande kommen möge: durch politischen Klassenkampf oder durch Erreichen einer ökonomischen Schranke). Wir können jetzt schon sagen, dass eine Krise des Kapitalismus als Bifurkationspunkt betrachtet werden kann, in dem sich mehrere Möglichkeiten der weiteren gesellschaftlichen Entwicklung eröffnen. Welche Richtung eingeschlagen wird, ist nicht vorherbestimmt.

Krugman negiert die Widersprüchlichkeit des Kapitalismus und die Möglichkeit eines qualitativen Umschlags im Rahmen einer Krisenphase. In seinem Ansatz folgt die gesellschaftliche Entwicklung einer rein mechanistischen Kausalität: Boom folgt auf Krise folgt auf Boom etc. Ein Ende der Geschichte, d.h. der Kapitalismus als letztgültige Wahrheit wird dabei unterstellt. Die Möglichkeit seiner Aufhebung und damit der Hinweis darauf, dass es sich hier nur um eine spezifische historische Gesellschaftsformation handelt, wird nicht in Betracht gezogen.

Insgesamt gesehen geben uns die computergenerierten Agentensysteme nur äußerst wenig Aufschluss über den Zusammenhang von ökonomischen Krisen und der evolutionären Entwicklung des Kapitalismus.

Der dritte wesentliche Bereich der ökonomischen Selbstorganisationstheorien ist jener der Evolutorischen Ökonomik:

### **c) Selbstorganisation in der Evolutorischen Ökonomik:**

Die Evolutorische Ökonomik entstand in Abgrenzung zu Gleichgewichtstheorien. Als deren wesentlicher Vertreter gilt Alfred Marshall, der die Ideen der klassischen Ökonomie synthetisierte und damit die neoklassische Theorie schuf, die davon ausgeht, dass die Preise von Angebot und Nachfrage geregelt werden. Das Gleichgewicht eines Marktes bestehe dann, wenn Angebot und Nachfrage einander entsprechen. Dieses Gleichgewichtstheorem gelte für den Warenmarkt, den Geldmarkt und den Arbeitsmarkt.

Die Neoklassik beschreibt die Ökonomie in Analogie zur Physik und Mechanik. Vertreter des Gleichgewichtstheorems wie Walras oder Jevons betonten, dass eine Krise zwar eine kurze Störung des Gleichgewichts mit sich bringen würde, dass sich der Gleichgewichtszustand aber unmittelbar wieder einstellen würde. Prägend für Gleichgewichtstheorien war auch das Say-

sche Theorem, das davon ausgeht, dass sich Angebot und Nachfrage immer ausgleichen, dass sich Märkte also immer im Gleichgewicht befinden und sich daher immer leeren. Arbeitslosigkeit, also das Phänomen, dass das Angebot am Arbeitsmarkt größer ist als die Nachfrage, wird nicht als Gegenargument gesehen, sondern es wird argumentiert, dass ihre Ursache sei, dass die Arbeitenden nicht bereit sind, zu den Löhnen zu arbeiten, die die Arbeitgeber bezahlen wollen. Neoklassische Ökonomen halten an diesem Theorem fest. Für sie ist Arbeitslosigkeit nur ein Übergangsphänomen einer Krise. Die Arbeitslosen würden jedoch die Löhne drücken und daher wäre es für die Unternehmen wieder profitabler, neue Arbeitende einzustellen. Dadurch würde das Gleichgewicht wieder hergestellt. Dass diese Thesen nicht zutreffen dürften, zeigt sich heute aus realen ökonomischen Entwicklungen, die leicht empirisch nachprüfbar sind: Europa ist heute mit einer dauerhaften Massenarbeitslosigkeit konfrontiert. Dies ist ein Ausdruck der strukturellen Selbstwidersprüchlichkeit des Kapitalismus. Der Neo-Keynesianismus kritisierte am Gleichgewichtstheorem vor allem, dass Arbeitslose oft nicht die Qualifikationen für die angebotenen Jobs haben.

Die neoklassische Ökonomie geht von rationalen ökonomischen Akteuren aus und reduziert Phänomene der Makroökonomie auf die Mikroökonomie. Bedeutende kontemporäre VertreterInnen der Neoklassik sind Robert Lucas und Thomas Sargent.

Die Evolutorische Ökonomik übt wesentliche Kritik am Gleichgewichtstheorem: „Der wesentliche Einwand besteht [...] darin, dass die Analogie zum mechanischen Modell die Vorstellung suggeriert, der historische Ereignisfluss sei eine dichotomische Abfolge von Störungen eines Gleichgewichts auf der einen Seite und nachfolgender Tendenz zur Wiederherstellung eines Gleichgewichts auf der anderen“ (Witt 1992, S. 27f).

Die evolutorische Ökonomik sieht die Ökonomie als dynamisches System, das sich fernab von Gleichgewichtszuständen befindet. Die ökonomischen Akteure werden als beschränkt rational angesehen (d.h., ihr Wissen über das Marktgeschehen ist immer unvollständig). Es wird dabei angenommen, dass sich die Ökonomie durch permanente Selbsttransformationen, in dessen Rahmen Neues entsteht, weiterentwickelt. Ökonomische Veränderungen würden endogen entstehen.

Im Gegensatz zu den physikalischen Analogien der Gleichgewichtstheorien setzt die Evolutorische Ökonomik häufig auf biologische Analogiebildung (dabei vor allem zu den Ansätzen von Charles Darwin, Alfred Russell Wallace und Jean Baptiste Lamarck). Sie wendet sich damit gegen die Analogiebildung zur Physik, die in der Neoklassik vorherrschend war und ist. Nelson und Winter (1982) meinen, dass eine ökonomische Theorie, die sich an der Biologie orientiere, den Vorteil habe, dass Veränderung als ein wesentliches Element betrachtet werden kann und dass die Betonung der Notwendigkeit von ständigen ökonomischen Optimierungen aufgegeben werden kann.

Harry Johnson (1968) überträgt das biologische Prinzip des Überleben des Stärkeren auf die Ökonomie: Der Wettbewerb würde die ineffizienten Unternehmen eliminieren, nur jene, die permanent Kosten minimieren können, seien überlebensfähig. Ein weiteres Beispiel: Cantner/Hanusch (1998) meinen, die Darwinschen Prinzipien der Mutation und der Selektion seien auf die Ökonomie übertragbar: „Dieses Evolutionskonzept ist nun offensichtlich auf die Industrieentwicklung übertragbar: In Industrien werden immer wieder Innovationen hervorgebracht, die sich dann im Wettbewerb mit bestehenden Produkten oder Verfahren bewahren müssen und möglicherweise auch durchsetzen“ (Cantner/Hanusch 1998, S. 274),

Auch Hinterberger (1994) spricht sich für einen evolutionären Ansatz der ökonomischen Theoriebildung aus und vertritt die Ansicht, dass die Bildung von Analogien zur Biologie zulässig ist. „The first mechanism results in a direct elimination of products from the market due

to bankruptcy of the respective firm in the worst case. Here the analogy to natural selection is quite striking“ (Hinterberger 1994, S. 44). Als treibende Kraft der Biologie sieht er, dass jede Spezies mehr Nachwuchs hervorbringt, als auf Grund der natürlichen Bedingungen überleben kann. Als Analogie dazu in der Ökonomie formuliert er, dass KonsumentInnen mehr konsumieren wollen, als vorhanden ist, und dass Firmen mehr produzieren wollen, als benötigt wird. Dadurch werde die ökonomische Evolution erst ermöglicht.

Auch viele der bereits erwähnten Agentensysteme operieren mit Analogien zur Biologie. Es werden Selektionsregeln definiert, die festlegen, welche Agenten ausscheiden. Nur die fittesten überleben und können sich reproduzieren.

Zu solchen reduktionistischen Versuchen muss gesagt werden, dass sich die Ökonomie qualitativ von der Biologie unterscheidet. Sie ist ein Subsystem der Gesellschaft, die wesentlich komplexer als ein biologisches System ist, da Menschen als lebendige Systeme durch ihre sozialen Beziehungen soziale Systeme und Gesellschaft erst ermöglichen. Die Biologie ist eine Voraussetzung, damit es Gesellschaft geben kann. Biologistische Fehlschlüsse ergeben sich, wenn im Rahmen von gesellschaftstheoretischen Analogiebildungen zur Biologie die Unterschiede nicht berücksichtigt werden und Konzepte einfach (ohne Verallgemeinerung) übertragen werden. So ist etwa ein Unternehmen kein lebendiges oder autopoietisches System, es besteht auf Basis der Aktivitäten von lebenden Systemen (Menschen), ist aber nicht selbst lebendig. Nach Maturana und Varela ist für ein autopoietisches System charakteristisch, dass es sich autonom von seiner Umwelt selbst reproduziert. Ein Unternehmen wird durch die Kapitalakkumulation aufrechterhalten. Bricht diese zusammen, so kann das Unternehmen nicht mehr weiter bestehen. Die Kapitalakkumulation erfolgt aber nur durch einen Bezug auf die äußere Umwelt des Systems, d.h. auf Waren-, Arbeits- und Kapitalmarkt, Infrastrukturen, KonsumentInnen, staatliche Regulation etc.. Daher ist ein Unternehmen kein lebendes System und kann als Teil der ökonomischen Mikroebene nicht mit biologischen Systemen gleichgesetzt werden.

Indem das Prinzip der Selektion aus der Biologie auf die Ökonomie übertragen wird, erfolgt eine Naturalisierung des Konkurrenzprinzips. Die u.a. auf Konkurrenz basierende kapitalistische Ökonomie wird derart als „natürlich“ dargestellt. Ihre Widersprüche werden dabei nicht beachtet. Dass eine nichtkapitalistische Gesellschaft prinzipiell vorstellbar ist, gerät durch eine derartige ökonomische Theoriebildung aus dem Blick. Wenn Konkurrenz und Selektion als „natürliche“ Prinzipien gelten, dann ist es naheliegend, den Kapitalismus als selbsterklärend hinzunehmen. Tatsächlich ist Konkurrenz aber kein „natürliches“ Prinzip gesellschaftlicher Systeme, sondern sie ist historisch entstanden und findet ihren Kulminationspunkt im Kapitalismus. Formen der Ökonomie und der Gesellschaft, in denen die Dominanz des Konkurrenzprinzips in allen Lebensbereichen aufgehoben wird, und in denen win-win-Situationen für alle gesellschaftlichen Akteure durch kooperatives Handeln hergestellt werden, sind unter Aufhebung der kapitalistischen Gesellschaftsformation und ihrer Antagonismen vorstellbar. Die Prinzipien der sozialen Bezugnahme von gesellschaftlichen Akteuren folgen keinen natürlichen Gesetzen, sondern sind das Ergebnis der geschichtlichen Entwicklung und historisch wandelbar. Kapitalismus und Konkurrenz sind nicht das Ende der Geschichte.

Wird Evolution nicht im Sinn von Darwin als der Fortgang der Entwicklung durch das Überleben der Stärkeren, Selektionen und Mutationen angesehen, sondern als Transformation und Wandel von Systemen, d.h. ihrer Elemente, Strukturen, Zustände und ihres Verhaltens, so können durch eine derart allgemeine Definition Fehlschlüsse vermieden werden. Eine solche allgemeine Definition gilt für alle Systemarten. Welche zusätzlichen Aspekte die Evolution

eines konkreten Systems umfasst, kann nicht durch Analogiebildung zu anderen Systemarten beantwortet werden, sondern nur durch die konkrete Analyse des Systems.

Im Rahmen der Evolutorischen Ökonomik lassen sich nun mehrere Begriffe der ökonomischen Selbstorganisation unterscheiden:

1. Die Emergenz von Normen und Institutionen in der gleichgewichtsfernen Ökonomie durch einzelne Elemente der Ökonomie (Kunz, Weise):

Kunz (1985) meint, dass ökonomische Selbstorganisation das Entstehen von neuen Normen und Institutionen bezeichne. Dies würde immer von einzelnen Elementen des Marktsystems ausgehen. „Im Marktsystem kann dieser einzelne als das unternehmerische Element der Findigkeit identifiziert werden. Es tritt fern vom Gleichgewicht als katalytischer Effekt der Selbstorganisation in Erscheinung“. Selbstorganisation bezeichne daher die „Veränderungen der Prozessstruktur des Marktsystems durch Neubildung von Informations- und andere Transaktionskosten sparenden Normen und Institutionen“ (Kunz 1985, S. 79). Durch Selbstorganisation steigere das Marktsystem seine Eigenkomplexität und reduziere seine System-Umwelt-Komplexität.

Alle Normen und Institutionen entstehen als emergente Phänomene sozialer Prozesse. Dies ist nichts für die Ökonomie spezifisches. Das in Fuchs (2000) entwickelte Verständnis sozialer Selbstorganisation geht davon aus, dass Herrschafts- und Klassenverhältnisse in den Selbstorganisationsbegriff miteinbezogen werden sollten. Die bestehenden Ansätze der evolutorischen Ökonomik problematisieren bestehende Normen und Institutionen nicht, sondern affirmieren diese mit ihrem Verständnis von Selbstorganisation. Der Kapitalismus wird so als das Ende der Geschichte dargestellt, grundlegende gesellschaftliche Änderungen, die ein Ende des Kapitalismus bedeuten, nicht in Betracht gezogen. Ein Begriff sozialer Selbstorganisation sollte dies jedoch miteinschließen und dabei behilflich sein, bestehende soziale Informationen kritisch zu betrachten.

2. spontane Ordnung und Selbststeuerung der Marktwirtschaft, die jeden staatlichen Eingriff als illegitim erscheinen lässt (Hayek, Luhmann, neoösterreichische Ökonomik):

Dazu ist u.a. die „neoösterreichische Schule“ zu zählen, die sich sehr stark auf Friedrich August von Hayek bezieht und eine bedeutende Richtung der evolutorischen Ökonomik bildet. Cordato (1992, S. 4) nennt folgende Grundprinzipien dieser Schule:

1. Marktaktivitäten sind dynamische, gleichgewichtsferne Prozesse
2. Wert ist ein subjektives Konzept, das nicht beobachtet und gemessen werden kann
3. Das Wissen über den Markt, das die Akteure haben, ist immer unvollständig

Zu den „Neoösterreichern“ zählen u.a. L. Lachmann, H. Kunz, J. Röpke und L. Wegehenkel. Sie sehen die Ökonomie als außerhalb von Gleichgewichtszuständen befindlich und betonen, dass die Ökonomie ein Prozess sei, der evolutionär verläuft. Ein charakteristisches ökonomisches Phänomen sei die Emergenz von Neuem: „Im Mittelpunkt der Untersuchungen im Rahmen der evolutorischen Ökonomik stehen [...] *endogen erzeugte Neuerungen* [...] Das Spannende ist [...], dass genuin Neues und Unerwartetes in der Theorie „zugelassen“ wird. [Dabei] ist Evolution als prinzipiell offener Prozess mit Potential zu Neuem zu verstehen“ (Biervert/Held 1992, S. 9).

Bereits Hayek betonte, dass dem Wissen im Wettbewerb eine entscheidende Rolle zukommt. Der Wettbewerb sei ein permanenter Kampf um Wissensvorsprünge. Der Unternehmer müsse ständig auf der Suche nach entscheidungsrelevantem Wissen sein. Dieser Prozess könne

nicht vorausgesagt und auch nicht vollständig erklärt werden. Durch Wissensunterschiede würde die Evolution der Märkte ermöglicht. „Der Wettbewerbsprozess besteht [...] aus einer Vielzahl paralleler Anstrengungen zur Wissensverbesserung und einer mehr oder weniger großen Wissensdiffusion von den jeweils Vorgestoßenen zu den relativ Zurückgebliebenen. Der Wettbewerb schafft demnach neues Wissen und verbreitet es und ist deshalb [bei Hayek] mit Recht als ‘Entdeckungsverfahren’ bezeichnet worden“ (Kerber 1991, S. 16).

Friedrich August von Hayek und die sich auf ihn beziehende neoösterreichische Ökonomik betrachten sich als Kritiker der keynesianischen Annahme, dass der Staat lenkend in die Ökonomie eingreifen kann und soll. Hayek war ein radikaler Kritiker wirtschaftspolitischer Steuerungskonzepte. Er stellte die These auf, dass Marktwirtschaften in ihren Abläufen nicht politisch lenkbar sind (These der Nichtsteuerbarkeit spontaner Ordnungen). Werde dies dennoch versucht, so werde das Ordnungsprinzip ausgehöhlt. Die Marktökonomie beruhe auf dem Prinzip der spontanen Ordnung. Daher seien Resultate nicht vorher planbar und jeder staatliche Eingriff sei daher illegitim. „Das Ziel der Politik in einer Gesellschaft freier Menschen kann nicht in einem Maximum an vorher bekannten Resultaten, sondern nur in einer abstrakten Ordnung bestehen“ (Hayek 1981, S. 157).

Unter Ordnung versteht Hayek im Allgemeinen, dass sich Elemente mit Erwartungshaltungen aufeinander beziehen und dabei lernen, richtige von falschen Erwartungen zu unterscheiden: „Mit Ordnung werden wir durchweg einen Sachverhalt beschreiben, in dem eine Vielzahl von Elementen verschiedener Arten in solcher Beziehung zueinander stehen, dass wir aus unserer Bekanntschaft mit einem räumlichen oder zeitlichen Teil des Ganzen lernen können, richtige Erwartungen bezüglich des Rests zu bilden, oder doch zumindest Erwartungen, die sich wahrscheinlich als richtig erweisen werden“ (Hayek 1986, S. 57).

Den Ordnungstyp der spontanen Ordnung bezeichnet Hayek als Kosmos oder Katallaxie<sup>52</sup>. Er beruhe auf allgemeinen Regeln (Nomoi), steuere kein Fernziel an und erzeuge permanent neue Systemzustände. Ein dieser Ordnung entgegengesetzter Ordnungstypus sei die gemachte Ordnung, die einem identifizierten Zweck diene und mit planmäßigen/organisierten Anordnungen operiere. „Eine Nomokratie entspricht unserem Kosmos, da sie gänzlich auf allgemeinen Regeln oder Nomoi beruht, während Teleokratie einer Taxis (Anordnung oder Organisation) entspricht, die auf bestimmte Ziele oder Teloi gerichtet ist. Für erstere besteht das „Öffentliche Wohl“ oder „Gemeinwohl“ ausschließlich in der Erhaltung jener abstrakten und zweckunabhängigen Ordnung, die durch die Befolgung abstrakter Regeln gerechten Verhaltens gesichert wird“ (Hayek 1969, S. 224).

Bei der spontanen Ordnung sei die Vorhersagemöglichkeit eingeschränkt. „Wir werden nur den allgemeinen Charakter der Ordnung voraussagen können, die sich bildet, und nicht die besondere Position, die irgendein besonderes Element im Verhältnis zu irgendeinem anderen Element einnehmen wird“ (Hayek 1986, S. 62f). Mit dieser Unterscheidung zielt Hayek auf die Diskreditierung des Wohlfahrtsstaats und des Keynesianismus. Der Markt organisiere sich quasi spontan von selbst und benötige daher keine staatlichen Eingriffe. Der Versuch der staatlichen Lenkung störe die spontane Ordnung und schlage in planwirtschaftliche Kategorien um. Der Markt sei ein evolutionäres System, die „Wohlfahrtsökonomik“ missachte diesen evolutionären Charakter. Eine zielorientierte, also an Ergebnissen orientierte Ablaufpolitik müsse zurückgewiesen werden.

---

<sup>52</sup> eine neue Wortschöpfung, entstanden aus dem Wort katallatein (tauschen, handeln, aber auch „in die Gemeinschaft aufnehmen“, „vom Feind zum Freunde machen“)

Hayek selbst wies darauf hin, dass ein Zusammenhang zwischen seiner Idee spontaner Ordnung und Autopoiesis, Kybernetik, Homöostase, Selbstorganisation, Synergetik und Systemtheorie besteht (Hayek 1988, S. 9), und er zitierte Arbeiten von Ilya Prigogine (Hayek 1982, Bd. 3, S. 200). Geoffrey Hodgson (1993, S. 178f) weist darauf hin, dass Hayek nur von der Möglichkeit der Emergenz von Ordnung, nicht jedoch von der Bildung von Unordnung ausgehe. Chaos und Zusammenbruch seien immer möglich, Hayek berücksichtige dies bei seinem Evolutionsbegriff nicht.

Ähnlich wie Hayek vertritt auch Niklas Luhmann die Nichtsteuerbarkeitsthese. Die Gesellschaft sei aus funktional differenzierten Subsystemen wie Politik, Ökonomie, Erziehung, Wissenschaft und Recht aufgebaut, die sich an binären Leitunterscheidungen orientieren (Politik: Amtsinhaber/keine Amtsinhaber, Ökonomie: bezahlt/unbezahlt, Wissenschaft: wahr/falsch, Recht: recht/unrecht) und daher einen autonomen Charakter haben. Daraus ergibt sich für Luhmann, dass es nicht möglich ist, dass ein Subsystem wie die Politik andere lenken kann: „In einer funktional differenzierten Gesellschaft gibt es weder eine Spitze noch eine Mitte, die die Gesellschaft in der Gesellschaft repräsentieren und damit ihr ‘Wesen’ zugänglich machen könnte [...] Alle Funktionssysteme realisieren eine dramatische Steigerung ihrer eigenen Bedeutung und ihrer eigenen gesellschaftlichen Wirksamkeit, aber keines von ihnen kann in Anspruch nehmen, die Gesellschaft in der Gesellschaft zu repräsentieren“ (Luhmann 1988, S. 253).

Hayek möchte mit dem Prinzip der spontanen Ordnungsbildung ausdrücken, dass sich der Kapitalismus von selbst steuere. Ein solches Verständnis ökonomischer Selbstorganisation entproblematisiert und naturalisiert den Kapitalismus. Von gesellschaftlichen Problemen, die der Kapitalismus erzeugt, oder einer Selbstwidersprüchlichkeit des Systems ist bei Hayek ohnehin keine Rede. Der Neoliberalismus und der „freie“, ungehemmte Markt werden mit einer solchen Theorie als die einzig wünschenswerte Einheit von Ökonomie und Politik dargestellt. Jeder Versuch der Lenkung oder der wohlfahrtsstaatlichen „Zähmung“ des Kapitalismus störe die Selbstorganisationsfähigkeiten und erzeuge gesellschaftliche Probleme.

Der Kapitalismus ist ein widersprüchliches, krisenhaft verlaufendes System, das Verschlechterungen der sozialen Situation vieler ohne weiteres in Kauf nimmt. Der Postfordismus/Neoliberalismus ist ebenso in diese Widersprüche verstrickt wie der Fordismus/Keynesianismus. Beide Alternativen zeigen, dass der Kapitalismus auf Grund seiner strukturellen Antagonismen nicht dauerhaft stabil funktionieren kann. Für den Neoliberalismus ist dies auch durch die permanente Verschärfung der globalen Probleme und eine immer weitergehende Prekarisierung der Lebensverhältnisse großer Teile der Weltbevölkerung offensichtlich.

Hayeks Konzeption legt eine problemlose, permanente Selbstreproduktion des Kapitalismus nahe. Dass diese Reproduktion aber tatsächlich äußerst problembeladen ist, zeigt sich heute durch die Verschärfung der globalen Probleme. Ökonomische Selbstorganisation als Evolution des Kapitalismus durch eine nichtsteuerbare spontane Ordnung darzustellen ist ein durchwegs ideologisches Projekt, das den Neoliberalismus legitimiert. Das Konzept spontaner Ordnung berücksichtigt des weiteren nicht, dass der Kapitalismus ein antagonistisches System ist, die in Bifurkationspunkten resultieren, in denen die weitere Entwicklung offen ist. Dabei besteht auch die Möglichkeit der Aufhebung der Antagonismen und jener Formation, in die sie eingebettet sind. Weiters ist zu sagen, dass menschliche Eingriffe in die Ökonomie durchwegs auch als Teil von Selbstorganisationsprozessen betrachtet werden können, nämlich als Teil der gesamtgesellschaftlichen Selbstorganisation. Ein solches Verständnis wird im Abschnitt über die Regulationstheorie vorgestellt.

3. der allgemeine Wohlstand als emergentes Phänomen des egoistischen Handelns einzelner Unternehmer (Invisible-Hand-Theorem):

Auch das Theorem der unsichtbaren Hand von Adam Smith wird immer wieder als Selbstorganisations- oder Emergenzphänomen interpretiert. So meint etwa Paul Krugman (1996): „When Adam Smith wrote of the way that markets lead their participants, ‘as if by an invisible hand’, to outcomes nobody intended, what was he describing but an emergent property?“ (Krugman 1996, S. 3). Smith beschreibt im „Wealth of Nations“, dass als Resultat des ökonomischen Handelns von Individuen eine Ordnung entsteht, die nicht geplant ist. Diese Ordnung des Marktes sei also nicht auf einzelne Individuen zurückzuführen und könnte daher als emergent interpretiert werden. Smith meinte, dass der allgemeine Wohlstand durch das ökonomische Handeln der Einzelnen befördert würde. Obwohl jeder seine eigenen egoistischen Interessen durchsetzen möchte, wäre das Resultat allgemeiner Wohlstand. Das „Invisible Hand“-Theorem besagt also, dass die ökonomischen Akteure unbeabsichtigt über ihr egoistisches ökonomisches Handeln den allgemeinen Wohlstand befördern. Der Mensch werde dabei durch eine unsichtbare Hand geleitet.

Auch Ulrich Witt (1997) interpretiert das Invisible Hand-Theorem im Rahmen ökonomischer Selbstorganisation. Diese umfasse selbstregulierende und selbstverstärkende Mechanismen. Die selbstregulierende Instanz stelle dabei das Invisible Hand-Theorem dar, die selbstverstärkende bestehe in der spontanen Emergenz von Wissen.

Peter Weise (1998a) argumentiert, dass Selbstorganisation nur durch positive Rückkopplungen entstehen kann. Bei der Invisible Hand handelt es sich aber um negative Rückkopplungen (Konkurrenz, Wettbewerb). Daher könne nicht von einem Selbstorganisationsphänomen gesprochen werden.

Das Invisible Hand-Theorem verdreht die kapitalistische Realität. Allgemeiner Wohlstand heiße Wohlstand für alle. Ein Phänomen des Kapitalismus ist nun aber das allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation, das besagt, dass die Kapitalakkumulation den Reichtum der Einen (Kapitalisten) erhöht, indem sich die soziale Situation der anderen relativ verschlechtert. D.h. nicht, dass eine Verelendung eintreten *muss*, da der Reichtum absolut wachsen kann und sich die Ungleichheit relativ vergrößern kann. Heute zeigt sich dieses Auseinanderdriften der Verhältnisse immer deutlicher: zwischen Kapital und Arbeit, Zentrum und Peripherie, Männern und Frauen, Arbeitenden und Arbeitslosen sowie InländerInnen und MigrantInnen. Der Wohlstand des Unternehmertums entspringt aus der Produktion des Mehrwerts durch die Arbeitenden, aus der gratis geleisteten Reproduktionsarbeit der Hausarbeitenden, aus den unterbezahlten Jobs und schlechten Arbeitsbedingungen von Frauen, MigrantInnen und prekär Arbeitenden und aus dem Elend von Arbeitslosen, Armen und der sogenannten „dritten Welt“, nicht jedoch aus einer unsichtbaren Kraft, die das Unternehmertum zu Gunsten des Wohles aller arbeiten ließe. Integraler Bestandteil des Invisible Hand-Theorems ist die Annahme, dass das unternehmerische Eigeninteresse zu allgemeinem Wohlstand führe. Gerade die heutige reale soziale Entwicklung falsifiziert jedoch diese Annahme.

4. die zirkulär-kausale Erzeugung ökonomischer Strukturen aus vorhergehenden ökonomischen Strukturen durch handelnde Elemente (Weise):

Einen relativ eigenständigen und ausgearbeiteten Ansatz ökonomischer Selbstorganisation vertritt der Kasseler Ökonom Peter Weise<sup>53</sup>. Als evolutorisch bezeichnet er sozialwissenschaftliche Ansätze, die individuelles und kollektives Handeln in Betracht ziehen. Weise wendet sich zwar gegen eine direkte Übertragung biologischer Konzepte auf die Ökonomie, beharrt aber auf der Analogiebildung<sup>54</sup>.

So seien analog zu den Genen in der Biologie individuelle Handlungen die Träger in der Ökonomie. Der biologischen Rekombination entspreche die Selbstverstärkung und die Hemmung (positive bzw. negative Rückkopplung), der Selektion eine Bevorzugung bestimmter Handlungsalternativen.

Der Anthropologe Gregory Bateson (1992) beschrieb die wechselseitige Verstärkung oder Abschwächung sozialen Handelns im Rahmen seiner Theorie der Schismogenese (wir haben dies in Fuchs 2000, 2001 aufgegriffen): Bei der symmetrischen Schismogenese sind sich wechselseitig fördernde Handlungen gleichartig, bei der komplementären ungleichartig. Die Rückkopplungsschleifen sind „vitiöse“ Zirkel: eine Steigerung einer Variable A verursacht eine Steigerung in B, die wiederum eine Steigerung in C verursacht; usw. bis eine Steigerung in X eine Steigerung in A verursacht. Dies beschreibt eine positive Rückkopplungsschleife, bei einer negativen kommt es jeweils zu Abnahmen. Kommt es zu keiner Stabilisierung oder entgegenwirkenden Prozesse, so bricht das System zusammen.

Weise hat sicherlich recht, wenn er auf die Existenz positiver und negativer Rückkopplungen in sozialen Systemen hinweist. Als nicht zulässig erscheint jedoch eine direkte, übertragende Analogiebildung zur Biologie, da sich soziale Systeme qualitativ von biologischen unterscheiden.

Unter Selbstorganisation versteht Weise, dass Strukturen im Rahmen einer zirkulären Kausalität entstehen. D.h. quasi nichts anderes, als dass Strukturen aus vorhergehenden Strukturen emergieren: „Strukturen werden zirkulär-kausal erzeugt, indem sie rückwirkend die Ursachen stabilisieren, aus denen sie entstehen“ (Weise 1997, S. 71). Dies sei auch in der Ökonomie der Fall. Diese reproduziere sich selbst und ihre Elemente (Handlungen). Ökonomische Strukturen würden aus vorhergehenden Strukturen entstehen und durch die handelnden Einheiten erzeugt werden. Dabei gebe es insbesondere keine externen koordinierenden Autoritäten, die das Handeln bestimmen. Normen und Zwänge würden daher durch die Interaktionen der Individuen im System erzeugt (Weise 1996, S. 717). Einzig ein Energie-Input in das System sei vorhanden (Weise 1998b, S. 187), damit das System seine Struktur nicht verliert. Auch interne Kräfte (d.h. zielgerichtete oder geplante Aktivitäten), die das System ordnen, gebe es keine.

Soziale Normen (Traditionen, Rechte, Usancen, Moden, Standards, Güter, Sprache, Sitten, Attitüden, Glaubenshaltungen) sieht Weise als Ordner sozialer Systeme, die einerseits durch das Zusammenwirken der Individuen erzeugt werden und an denen andererseits die Individuen ihr Handeln orientieren. Dabei gebe es sich langsam (z.B. Regeln, Traditionen) und sich schnell verändernde Größen (z.B. Preise, Gestik). Die schneller veränderlichen Ordner würden sich an die langsamer veränderlichen anpassen, letztere aber auch langsam verändern. Dadurch erst würde die gesellschaftliche Selbstorganisation ermöglicht.

---

<sup>53</sup> vgl. Weise (1996, 1997, 1998a, 1998b)

<sup>54</sup> „Gene, geschlechtliche Rekombination, Variation, Selektion u.a.m. Eine direkte Übertragung dieser Begriffe auf die Analyse ökonomischer Prozesse scheint unangemessen. Vielmehr muss zuvor gefragt werden, welche ökonomischen Tatbestände den biologischen entsprechen“ (Weise 1997, S. 70).

Wesentlich für die Gesellschaft sei eine Dialektik von Konformitätskraft (Anpassung) und Bevorzugungskraft (Auswahl einer präferierten Alternative). Dadurch seien auch abrupte ökonomische Veränderungen erklärbar: „Die Konformitätskraft zieht das Wirtschaftssystem in die eine Richtung, die Bevorzugungskraft in die andere; bei einer bestimmten kritischen Kräftekonstellation verschwindet das ehemals gleichgewichtige Wirtschaftssystem, und es findet eine abrupte Transformation hin zu dem bevorzugten Wirtschaftssystem statt“ (Weise 1999, S. 76). Eine andere Form ökonomischer Transformation sei eine kontinuierliche: „A continuous transformation emerges from the destabilization of a previously stable equilibrium. A discontinuous transformation is caused by a catastrophic jump into a new equilibrium after an old equilibrium has totally vanished“ (Weise 1996, S. 719).

Weises ökonomischer Selbstorganisationsbegriff bleibt äußerst allgemein. Dass sich Strukturen selbst reproduzieren, ist kein ökonomisches Spezifikum, sondern typisch für alle selbstorganisierenden Systeme. Es bleibt auch unklar, wie sich Weise die Selbstorganisation der Ökonomie konkret vorstellt. Deutlich wurde nur, dass er einerseits betont, dass ökonomische Strukturen durch Handeln verändert werden und dass andererseits diese Strukturen das Handeln wiederum beeinflussen. Weises Konzept ist noch zu allgemein, um konkrete ökonomische Phänomene wie Wirtschaftskrisen erklären zu können.

Positiv fällt auf, dass Weise die Emergenz sozialer Normen im Rahmen der Selbstorganisationstheorie diskutiert<sup>55</sup>. In Fuchs (2000, 2001) wurden soziale Normen als soziale Informationen interpretiert. Sie entstehen immer als emergente Qualitäten sozialer Systeme, jedoch nicht automatisch in einem erweiterten Selbstorganisationsprozess. Daher wurde eine Unterscheidung in inklusive (d.h. durch Kooperation entstehende) und exklusive (d.h. durch Konkurrenz entstehende) soziale Informationen getroffen. Inklusive soziale Information entsteht in einem Selbstorganisationsprozess, der versucht, Klassen- und Herrschaftsverhältnisse zu transzendieren und aufzuheben. Soziale Selbstorganisation ist daher verknüpft mit emanzipatorischem Handeln. Im Kapitalismus dominiert die exklusive soziale Information in allen Lebensbereichen. Weises Konzept lässt eine kritische Betrachtung bestehender gesellschaftlicher Normen und den Aspekt, dass im Kapitalismus und in der modernen Demokratie soziale Information zumeist exklusiv und mit einem geringen Partizipationsgrad entstehen<sup>56</sup>, vermissen. Bestehende gesellschaftliche Normen und Werte, die immer auch typisch kapitalistisch sind, werden dadurch kaum hinterfragt. Diesen Normen und Werten kommt heute insbesondere die Funktion der Systemerhaltung durch die gesellschaftliche Definition von „gut“ und „böse“ sowie von „richtig“ und „falsch“ zu. Diese Definitionen bewegen sich aber eben immer in Kategorien der bestehenden Moral und des bestehenden Rechts, ohne diese kritisch zu reflektieren.

Positiv sicherlich einerseits, dass Weise abrupte ökonomische Veränderungen durch Instabilitäten in Betracht zieht. Allerdings sollte beachtet werden, dass die Widersprüche des

---

<sup>55</sup> Ähnlich wie Weise zieht auch Artigiani (1999) die Emergenz sozialer Normen in Betracht. Aber auch Artigiani, der von sogenannten VEMs (Values, Ethics, Morals) spricht, problematisiert und hinterfragt bestehende VEMs nicht, sondern affirmiert sie mit seinem Ansatz.

<sup>56</sup> D.h. insbesondere nicht, dass partizipatives Management und neue Managementmethoden eine Form der sozialen Selbstorganisation sind. Soziale Selbstorganisation ist immer mit der Ausbildung eines kritischen Selbstbewusstseins verbunden, das über die kapitalistische Gesellschaftsformation hinausweist. Die neuen Methoden bedeuten aber eine Internalisierung der Fremdorganisation und der Ziele des Kapitals und stehen daher der sozialen Selbstorganisation (genauso wie die kapitalistische Gesellschaftsform) entgegen.

Kapitalismus, seine strukturelle Krisenhaftigkeit, die Produktivkräfte und der Klassenkampf wesentliche Antriebskräfte ökonomischer Veränderung darstellen.

5. die Ökonomie als dissipatives System, das in einem Energieaustausch mit seiner Umwelt steht und durch ökonomischen Wandel Ordnung produziert (Ayres):

Es gibt auch Ansätze, die die Ökonomie als evolutionäres System begreifen und dabei eine Verbindung zum Entropiebegriff herstellen: Entropie ist einerseits das Maß der Unordnung in thermodynamischen Systemen. Der zweite Hauptsatz der Thermodynamik besagt, dass in einem geschlossenen System (d.h. keine Energie kommt ins System und keine Energie verlässt sie) die Entropie zunimmt, d.h. die Unordnung steigt, Ordnung wird abgebaut. Selbstorganisierende Systeme sind offene Systeme (Energieimport und -export). Ilya Prigogine hat als erster betont, dass in offenen Systemen die Entropie im Zuge der Selbstorganisation abnimmt, d.h. Ordnung wird dabei aufgebaut.

In der statistischen Mechanik von Boltzmann wird die Entropie auf der molekularen Ebene verstanden und durch Wahrscheinlichkeitsangaben ausgedrückt. Boltzmann sieht die Entropie  $S$  eines NVE-Systems (Teilchenzahl  $N$ , Volumen  $V$  und Energie  $E$ ) als  $S = k \log W$ , wobei  $k$  die Boltzmann-Konstante ist und  $W$  die thermodynamische Wahrscheinlichkeit.  $W$  ist die Inversion der Wahrscheinlichkeit, dass sich alle Moleküle gleichzeitig in einem von  $x$  gleich großen Teilvolumina aufhalten. Schrödinger sah  $W$  als Maß  $D$  für die Unordnung der Teilchen an,  $1/D$  daher als Ordnungsmaß. So gelangt er zur umgeformten Boltzmann-Gleichung  $-S = k \log (1/D)$ .

In der Signaltheorie von Shannon und Weaver (1949) ist die Entropie ein quantitatives Informationsmaß einer Nachricht, sie gibt eine mittlere Unsicherheit der Vorhersage des Eintreffens einer Nachricht einer bestimmten Länge an. Sie ist also ein Maß für die Unsicherheit auf der Seite des Empfängers, dass er eine Nachricht mit einer gewissen Länge erhält. Je mehr Zeichen der Sender zur Verfügung hat, desto größer ist die Entropie, d.h. die Ungewissheit seitens des Empfängers.

Entropieorientierte Ansätze, die die Ökonomie als offenes System begreifen, gehen nun davon aus, dass der Wirtschaftsprozess die Umwandlung von natürlichen Ressourcen mit niedriger Entropie in Abfall und Wärme mit hoher Entropie bedeutet. Binswanger (1994) argumentiert, dass die Ökonomie ein offenes, dissipatives System ist, das niedrige Entropie (Ressourcen) aus dem Ökosystem aufnimmt und hohe Entropie (Abfälle, Abwärme) an das Ökosystem abgibt. Ökonomie und Ökologie stünden dadurch in einer Wechselwirkung. Für den Zufluss an Entropie stünden die Sonne als unerschöpflicher Energielieferant und die beschränkten natürlichen Ressourcen der Erde zur Verfügung. Die extensive Nutzung der nicht-erneuerbaren Ressourcen seit der industriellen Revolution habe die Entropieerzeugung zu einem globalen Problem werden lassen. Die Entropieerhöhung könne nicht durch natürliche Recyclingprozesse ausgeglichen werden. Die ökologische Krise sei die Folge davon.

Ayres (1988) sieht die Ökonomie als selbstorganisierendes, dissipatives System. Das Marktsystem sei fähig, sich von Perturbationen der Nachfrage zu erholen, daher sei es selbstorganisierend. Inputs der Ökonomie seien u.a. Luft, Wasser, Sonnenlicht, materielle Ressourcen, Treibstoff, Nahrungsmittel und Ernten, also Verkörperungen von Energie. Die ökonomischen Outputs seien die produzierten Waren. Daher sei die Ökonomie von einem Energiefluss aus ihrer Umwelt abhängig. Die reale Ökonomie sei dissipativ/ selbstorganisierend, da sich wie in einem dissipativen System ein Energiefluss und die Entstehung geordneten Verhaltens zeigen.

Ökonomischer Wandel zeige sich durch das von einer Zunahme von Kapital und verausgabter Arbeit bewirkte ökonomische Wachstum und durch dynamische, strukturelle Veränderungen. Letztere würden durch Innovationen gesteuert, die zu qualitativen Veränderungen führen. Technologische Innovationen würden das Wachstum fördern, die Komplexität erhöhen und zu einer Erhöhung der gespeicherten Information führen. D.h., dass für Ayres technologischer Wandel die Triebkraft des ökonomischen Wandels darstellt<sup>57</sup>. Preise, Löhne und Profite seien Formen ökonomischer Signale, die durch die Gesellschaft als Ganzes übertragen werden und individuelle Entscheidungen anleiten.

Derartige Ansätze beschreiben die Ökonomie in Analogie zu physikalisch-chemischen Systemen. Es wird versucht, für Elemente, die sich in Prigogines physikalischer Theorie dissipativer Systeme finden, ökonomische Äquivalente zu finden. Ähnlich wie für andere evolutorische Ansätze der ökonomischen Theorie, die Analogien zur biologischen Evolution ziehen, gilt hier, dass solche Schlüsse oft zu kurz greifen, da Gesellschaft und Ökonomie wesentlich komplexer sind als biologische oder physikalische Systeme. Daher verwundert es auch nicht, wenn die auf Entropie setzenden Ansätze ökonomischer Selbstorganisation nicht berücksichtigen, dass der Kapitalismus ein antagonistisches, krisenhaftes System ist, das immer wieder in Bifurkationspunkte eintritt, in denen die weitere Entwicklung offen ist.

Ayres Argumentation ist technikdeterministisch. Er geht davon aus, dass Technologien ökonomischen Wandel zu Folge haben, anstatt das dialektische Verhältnis von kapitalistischer Gesellschaft und Technik als eines zu verstehen, in Rahmen dessen die Anwendung von Technik ein *Mittel* zur Produktion von Mehrwert ist, das im Rahmen einer Zweck-Mittel-Umkehr zum Selbstzweck wurde und daher gesellschaftliche Probleme mitproduziert.

## 6. Emergenz von Wissen bei einem ökonomischen Selbstorganisationsprozess:

Auch John Foster (1997, S. 440) geht davon aus, dass es sich beim Prozess der spontanen Ordnung bei der Formation ökonomischer Strukturen, wie er von F.A. Hayek beschrieben wird, um einen Selbstorganisationsprozess handelt. Foster weist außerdem darauf hin, dass es bei ökonomischer Selbstorganisation zur Emergenz von neuem Wissen komme. Auch Ulrich Witt (1997) versteht die Emergenz neuen Wissens als Teil ökonomischer Selbstorganisation. Diese umfasse Aspekte der Selbstregulation und der Selbstverstärkung. Die selbstregulierende Instanz sei durch das Invisible Hand-Theorem von Adam Smith gegeben, die selbstverstärkende durch die spontane Emergenz von Wissen.

Die unter Punkt 1 vorgebrachte Kritik trifft auch hier zu: Wissen emergiert in jedem gesellschaftlichen Selbstorganisationsprozeß, Information sogar in allen Selbstorganisationsprozessen (vgl. Fuchs 2001, Hofkirchner 2000), wir haben es dabei nicht mit einem für die Ökonomie spezifischen Phänomen zu tun. Des weiteren sollte in bestehenden gesellschaftlichen Systemen emergierendes Wissen durchwegs kritisch betrachtet werden.

Insgesamt gesehen kann festgehalten werden, dass die Evolutorische Ökonomik kaum Ansatzpunkte für die Entwicklung eines evolutionären Verständnisses der Entwicklungsdynamik des Kapitalismus bietet. Sie erkennt nicht die Selbstwidersprüchlichkeit, Krisenhaftigkeit und Endlichkeit des Kapitalismus. Subjektive Selbstorganisation gegen gesellschaftliche Probleme wird nicht als eine Möglichkeit zur Lösung gesellschaftlicher Probleme erachtet, historische Bifur-

---

<sup>57</sup> „Dynamic economic growth is driven by technological change [...] which also results in continuous structural change in the economic system“ (Ayres 1988, S. 25).

kationspunkte, in denen die weitere gesellschaftliche Entwicklung offen ist sowie das Ende der kapitalistischen Gesellschaftsformation als eine mögliche Entwicklung werden nicht in Betracht gezogen. Vielmehr wird der Kapitalismus häufig durch verkürzte, direkte Analogieschlüsse von der Biologie auf die Ökonomie naturalisiert.

Wir haben in den Ausführungen in den Abschnitten 2.1. und 2.2. immer wieder darauf hingewiesen, dass die Evolution des Kapitalismus antagonistisch und krisenhaft verläuft. Diese allgemeine These möchten wir nun näher ausführen.

### 2.3. Die krisenhafte und antagonistische Evolution des Kapitalismus

In Kapitel 1 haben wir dargestellt, was unter Fordismus und Postfordismus zu verstehen ist. Bei beiden handelt es sich um Entwicklungsmodelle des Kapitalismus. In Kapitel 3 und 4 werden wir die Krise des Fordismus, die zum Postfordismus geführt hat, als Beispiel für die krisenhafte und antagonistische Evolution des Kapitalismus erläutern. Dem liegen einige allgemeine Annahmen über die formationsübergreifende Entwicklung und Dynamik des Kapitalismus zu Grunde, die wir nun ausarbeiten möchten. Wir verlassen hierbei also die konkretere Ebene von Kapitel 1 – auf die wir in den Kapiteln 3 und 4 zurückkehren werden –, um allgemeine Grundlagen der kapitalistischen Entwicklung auszuführen.

Beim Kapitalismus handelt es sich um eine Form der Gesellschaft. Unter Gesellschaft verstehen wir ein umfassendes Netzwerk sozialer Systeme. Wenn eine Menge von Individuen eine gemeinsame Realitätssicht ausgebildet hat und auf diese Bezug nehmend interagiert und sozial handelt, so dass sich durch diese Interaktionen ein Interaktionsnetzwerk bildet, das wiederum das Handeln und das soziale Handeln der Individuen beeinflusst, so kann von einem sozialen System gesprochen werden. In diesem System sind soziale Strukturen (Institutionen, Macht- und Herrschaftsverhältnisse, Normen, Werte, allgemeine Entscheidungen, Ressourcenverteilung, Partizipationschancen etc.) sowohl Medium als auch Resultat sozialen Handelns (vgl. Giddens 1984, S. 77), ein soziales System ist sowohl durch soziales Handeln strukturierte Struktur, als auch das Denken und Handeln der Menschen strukturierende Struktur (vgl. Bourdieu 1986, S. 170)<sup>58</sup>.

Eine Gesellschaft besteht aus den Subsystemen Ökonomie, Politik und Kultur. Die Ökonomie ist jenes gesellschaftliche Subsystem, in dem es um die Produktion, Distribution, Konsumtion und Allokation von Gebrauchsgütern und Ressourcen geht. Die Politik ist jenes gesellschaftliche Teilsystem, in dem Entscheidungen über die Lebensumstände der Gesellschaftsmitglieder getroffen werden. Und die Kultur jenes Subsystem, in dem Ideen, Einstellungen und Meinungen entstehen. Das sind grundsätzliche Bestimmungen für jede Form der Gesellschaft. Es zeigen sich jedoch auch spezifische Ausprägungen von Ökonomie, Politik und Kultur in jeder Phase der gesellschaftlichen Evolution. Die Gesellschaftsformation, in der wir heute leben, ist die kapitalistische. Um deren Evolution geht es in dieser Arbeit. Um diese verstehen

---

<sup>58</sup> Sozialer Habitus hat zu tun mit den Mustern gesellschaftlichen Handelns, Denkens und sozialer Praktiken. Er ist jedoch auch von gesellschaftlichen Strukturen abhängig. Verschiedene Existenzbedingungen, so Bourdieu, würden verschiedene Formen des Habitus produzieren. Die Dialektik von Struktur und Handeln besteht bei Bourdieu nun darin, dass der Habitus als eine strukturierte und strukturierende Struktur gilt. D.h., dass er einerseits durch die gesellschaftlichen Strukturen zustande kommt, also durch die sozialen Klassen, die Verteilung des gesellschaftlichen Kapitals, die sekundären Faktoren, die Stellung in den Strukturen der Existenzbedingungen. Die Existenzbedingungen strukturieren also den Habitus. Hier spielt das ökonomische, kulturelle und soziale Kapital eine wesentliche Rolle als Teil der Gesellschaftsstruktur. Andererseits wirkt der Habitus auch strukturierend, da er Lebensstile und gesellschaftliche Praktiken beeinflusst und verändert. Diese Lebensstile sind wiederum Teil der Existenzbedingungen. Bourdieu spricht von einer Dialektik von Existenzbedingungen und Habitus (Bourdieu 1986, S. 172). „The habitus is not only a structuring structure, which organizes practices and the perception of practices, but also a structured structure: the principle of division into logical classes which organizes the perception of the social world is itself the product of internalization of the division into social classes“ (ebd., S. 170).

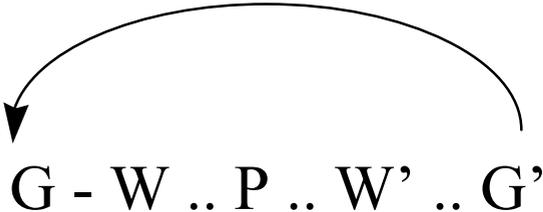
zu können, wollen wir grundlegende Funktionsweisen und Widersprüche der gesellschaftlichen Subsysteme Ökonomie, Politik und Kultur erläutern.

Wird angenommen, dass jede Bewegungsform von Materie, Leben und sozialen Systemen einer dialektischen Logik folgt, so heisst dies, dass Widersprüche zwischen Kategorien - die Systeme konstituieren - bestehen, die die Entwicklung von Systemen vorantreiben. Diese Kategorien sind einerseits einander entgegengesetzt, bedingen sich aber andererseits auch. Derartige Widersprüche drängen zu ihrer Aufhebung im dreifachen Sinn von „bewahren“, „für ungültig erklären“ und „höher heben“. Die moderne Gesellschaftsformation ist gekennzeichnet durch antagonistische Widersprüche. Während Widersprüche i.A. konstitutiv für die Bewegung aller Systeme sind, handelt es sich bei Antagonismen im Sinn der Marxschen Dialektik um kollidierende Gegensatzpaare, die nicht ohne weiteres aufhebbar sind. Antagonismen erwachsen „aus den gesellschaftlichen Lebensbedingungen der Individuen“ (Marx 1858/59, *Vorwort Zur Kritik der Politischen Ökonomie*, S. 9). Die Aufhebung eines Antagonismus ist nur durch die grundlegende Veränderung der Strukturen möglich, in die er eingebettet ist und die er konstituiert. Das Prinzip des Widerspruchs ist kontinuierlich, jenes des Antagonismus vergänglich. Im folgenden geht es darum, die antagonistischen Strukturen des Kapitalismus zu verdeutlichen, da diese die Basis seiner Entwicklung darstellen.

## Die kapitalistische Ökonomie

Die kapitalistische Ökonomie basiert u.a. auf der Mehrwert produzierenden Lohnarbeit, die eine Basis einer weiteren Funktionsbestimmung, nämlich der Realisierung des Profits ist. Weitere grundsätzliche Kategorien sind das Privateigentum an Produktionsmitteln, der Tauschwert, die Ware, das allgemeine Äquivalent des Tausches - die Geldform -, das Kapital und sein permanenter Verwertungs- und Akkumulationsprozess. Im Kapitalismus tritt der Gebrauchswert der Güter hinter den Tauschwert zurück. Relevant ist nicht der gesellschaftliche Bedarf an Gütern, sondern die Aussicht auf Profitrealisierung durch die Produktion bestimmter Waren.

Kapital und Mehrwert existierten auch bereits vor der Existenz der kapitalistischen Gesellschaftsformation. Das spezifisch Neue des Kapitalismus ist, dass die Selbstzweckhaftigkeit des Werts (sein permanenter Fluss und seine Vermehrung durch Akkumulation und Rückkopplung auf sich selbst) durch die Metamorphose und die erweiterte Reproduktion des Kapitals, im Rahmen derer sich Kapital von Geld- in Warenkapital verwandelt, die Form von Produktivkapital annimmt und sich schließlich durch die Mehrwertproduktion in mehr Waren- und Geldkapital zurückverwandelt wird. D.h., Rückverwandlung von Mehrwert in Kapital nach realisiertem Verkauf der Ware. Dies wird als Akkumulation des Kapitals bezeichnet:



Der Kapitalist kauft zuerst die Waren Arbeitskraft und Produktionsmittel, aus seiner Sicht tauscht sich Geld gegen Ware, aus der Sicht der Verkäufer Ware gegen Geld (G-W bzw. W-G). In der Produktionssphäre wird der Wert der Produktionsmittel von der lebendigen Arbeitskraft auf die Ware übertragen und der Mehrwert, der ausschließlich aus dem variablen Kapital ent-

springt, zugesetzt. Der Wert befindet sich in der Form des produktiven Kapitals P, dieses kann als Mehrwert schaffend agieren. Ein Mehrprodukt W' entsteht in der Produktionssphäre. Kauf und Verkauf spielen sich immer in der Zirkulationssphäre ab. Beim Verkauf der aus der Produktionssphäre kommenden Ware tritt diese also wiederum in die Zirkulationssphäre ein. Beim Verkauf tauscht sich die Ware gegen Geld. Aus der Sicht des Kapitalisten ist dies ein Verkauf, aus der Sicht der Käufer ein Kauf (W'-G' bzw. G'-W'). Das ursprüngliche Geldkapital ist nun um ein Inkrement erhöht, daher  $G' > G$ . So wird der Mehrwert realisiert und der Profit entsteht. Die Akkumulation des Kapitals besteht nun darin, dass der Endpunkt einer Metamorphose G' zum Ausgangspunkt eines neuen Zyklus wird. Der Wert wird verwertet, das Kapital akkumuliert, der Wert auf sich selbst rückgekoppelt - daher die Selbstzweckhaftigkeit des Kapitalismus.

Der Kapitalismus ist die erste Produktionsweise, die durch technischen und organisatorischen Fortschritt systematisch die Produktivität steigert. Nachdem die absolute Steigerung des Mehrwerts durch die Verlängerung des Arbeitstages an ihre eigenen Schranken getreten ist (physische Schranke der Arbeitenden und gesetzliche Schranke in Form der Normalarbeitszeit), wurde die relative Mehrwertproduktion vorherrschend. Der Arbeitstag zerfällt dabei in zwei Teile: Die notwendige Arbeit, die Lohnarbeitende leisten, um ihr Lohnäquivalent zu produzieren, und die darüber hinaus gratis geleistete Mehrarbeit. Durch die Entwicklung der Produktivkräfte steigt die Mehrarbeit relativ zur notwendigen Arbeit an. Dies ist die Methode der relativen Mehrwertproduktion. Ziel ist die Produktion von immer mehr Mehrwert in einer immer kürzeren Zeit, also eine Verdichtung der Mehrwertproduktion.

Ein Widerspruch besteht nun bereits darin, dass das Kapital die Mehrarbeit verlängern will, indem es die notwendige Arbeitszeit verkürzt. Die Mehrwertproduktion ist abhängig von der Rate des Mehrwerts und der Arbeiteranzahl. Der Widerspruch besteht darin, dass der erste Faktor nur durch die Verkleinerung des zweiten vergrößert werden kann (siehe auch Marx 1867, S. 429f). „Das Kapital ist selbst der Widerspruch, dass es die notwendige Arbeitszeit [...] beständig aufzuheben sucht, aber die Surplusarbeitszeit nur gegensätzlich, nur im Gegensatz zur notwendigen Arbeitszeit existiert, also das Kapital notwendige Arbeitszeit als notwendig setzt für die Bedingung seiner Reproduktion und Verwertung“ (Marx 1857/58, S. 448f). Die notwendige Arbeitszeit wird reduziert, indem eine kleiner werdende Anzahl von Arbeitenden immer intensiver arbeitet und die Arbeitslosigkeit durch den Maschineneinsatz tendenziell ansteigt.

Der Kapitalismus zeichnet sich durch Antagonismen in den gesellschaftlichen Subsystemen aus. Die ökonomischen Antagonismen bestehen in jenen Widersprüchen, die Marx beschrieben hat, wie z.B. dem Widerspruch zwischen Produktivkraftentwicklung und Produktionsverhältnissen. Wir kommen darauf noch näher zu sprechen. Weitere Antagonismen des Kapitalismus zeigen sich in den Widersprüchen zwischen Klassen, zwischen Arm und Reich, zwischen Besitzenden und Besitzlosen. Wir haben bereits im vorigen Kapitel gesehen, dass ein Klassenverhältnis als ein Ausbeutungsverhältnis zwischen zwei sozialen Gruppen gesehen werden kann.

Fassen wir kurz zusammen, welche Klassenverhältnisse im Postfordismus identifiziert werden können: Kapital und Lohnarbeit stehen sich in einem Ausbeutungsverhältnis gegenüber, da die Arbeitenden unbezahlte Mehrarbeit leisten. Dieser Mehrwert wird von den Kapitalisten konsumiert und ist Basis der kapitalistischen Ökonomie. Die Verwertung des Wertes, d.h. die Selbstzweckhaftigkeit des Wertes, die dazu führt, dass im Rahmen der Kapitalakkumulation immer mehr Mehrwert produziert und Kapital akkumuliert wird, ist der zentrale Mechanismus der Reproduktion des Kapitalismus. Durch die Vereinigung der Lohnarbeit mit dem im Privateigentum der Kapitalisten befindlichen Produktionsmittel wird der Zweck der kapitalisti-

schen Produktion erreicht, ein immer größer werdendes Mehrprodukt zu produzieren, das unter Beibehaltung des ursprünglichen Vermögensbestands in zusätzliches Vermögen verwandelt werden soll.

Wie bereits in Abschnitt 1.2. gezeigt wurde, kann vor dem Hintergrund einer feministischen Interpretation der ursprünglichen Akkumulation als fortschreitenden Prozess, auf dem die Wertproduktion basiert, gesagt werden, dass die zumeist weiblichen Reproduktionsarbeitenden im Rahmen von patriarchalen Produktionsweisen (zumeist im Rahmen der Familie) von Kapital und Lohnarbeit ausgebeutet werden, da sie unbezahlte oder niedrig bezahlte Arbeit leisten, ohne die der Kapitalismus nicht existieren könnte, da er die Reproduktion der Lohnarbeit nur dadurch erreichen kann, dass diese im Rahmen von häuslichen Produktionsweisen Reproduktionsarbeitende ausbeutet.

Die immer kleiner werdende Zahl der KernarbeiterInnen kann ihre Vollzeitverhältnisse im Postfordismus nur dadurch aufrecht erhalten, dass das Kapital dafür sorgt, dass die Arbeitsverhältnisse der peripheren ArbeiterInnen immer schlechter werden. Die überausgebeuteten peripheren ArbeiterInnen stellen eine eigene Klasse da, die durch das Kapital ausgebeutet wird. An diesem Herrschaftsverhältnis beteiligen sich die KernarbeiterInnen häufig dadurch, dass sie der Spaltung der Arbeitenden Vorschub leisten und ihren eigenen Vorteil auf Kosten anderer verfolgen. Von einer Solidarität zwischen ArbeiterInnen in rassistischen Reproduktionsverhältnissen werden ebenfalls durch das Kapital überausgebeutet. Mit Überausbeutung ist gemeint, dass das Kapital periphere, patriarchale und rassistische Verhältnisse (Kolonien der ursprünglichen Akkumulation) schafft, um unter deregulierten Arbeitsbedingungen und unter Minimierung des variablen Kapitals ein Maximum an Mehrwert auszupressen. KernarbeiterInnen, periphere ArbeiterInnen und Arbeitslose beteiligen sich häufig an der Aufrechterhaltung rassistischer Herrschaftsverhältnisse, da sie hoffen, dadurch ihre eigene relativ bessere Situation aufrechtzuerhalten. Daher stellen rassistisch Ausgebeutete eine eigene Klasse dar, die in einem Ausbeutungsverhältnis zu Kapital und anderen FördererInnen des Rassismus steht.

Ein weiteres Klassenverhältnis besteht zwischen Zentrum und Peripherie, da einerseits über den Weltmarkt Armut in der „Dritten Welt“ generiert wird und andererseits der Kapitalexport dazu führt, dass Mehrwert in den peripheren Räumen produziert wird, der ins Zentrum zurückfließt.

Wird die ursprüngliche Akkumulation als fortschreitender Prozess gefasst (wie in Abschnitt 1.2. ausgeführt), so kann gesagt werden, dass der Kapitalismus Milieus der ursprünglichen Akkumulation benötigt, die überausgebeutet oder ausgeschlossen werden, damit die Kapitalakkumulation funktionieren kann und der Kapitalismus seine Reproduktionsfähigkeit garantieren kann. Als solche Milieus können die patriarchale und die rassistische Produktionsweise, die Peripherie („Dritte Welt“), die peripheren ArbeiterInnen und die Arbeitslosen betrachtet werden<sup>59</sup>. Die in diesen Milieus Ausgebeuteten sind meist sozial noch schlechter gestellt als der durchschnittliche männliche Lohnarbeiter. Ursprüngliche Akkumulation bedeutet dabei – wie wir bereits gesehen haben –, „die Arbeit, das Produkt und die Arbeitsfähigkeit anderer sich räuberisch anzueignen“ (Werlhof 1992, S. 150), all dies passiert durch die Androhung oder Anwendung von Gewalt, durch direkte oder strukturelle Gewalt.

---

<sup>59</sup> Auch Claudia von Werlhof (1991b) spricht davon, dass es nicht nur die zwei Klassen Kapital und Lohnarbeit gibt, sondern dass „das im Kapitalismus vorherrschende Produktionsverhältnis nicht einfach das Lohnarbeitsverhältnis“ ist, „sondern ein zweifaches Verhältnis, dessen eine Seite Lohnarbeit und dessen andere Seite Nicht-Lohnarbeit beinhaltet. [...]“ (1991b, S. 45).

Alle im und durch den Kapitalismus Ausgebeuteten und Ausgeschlossenen können zu einer Überklasse an sich zusammengefasst werden. Diese umfasst somit KernarbeiterInnen, periphere ArbeiterInnen, Reproduktionsarbeitende, rassistisch Ausgebeutete, Arbeitslose, in Armut Lebende und die Menschen in der Peripherie.

Schon Marx und Engels sahen Klassenverhältnisse als Ausbeutungs- und Herrschaftsverhältnisse. So meinte z.B. Engels im Vorwort zur deutschen Ausgabe des Kommunistischen Manifests von 1883, Klassenkämpfe seien Kämpfe „zwischen ausgebeuteten und ausbeutenden, beherrschten und herrschenden Klassen“ (Engels, *Vorwort Kommunistisches Manifest 1883*, Marx/Engels 1974, Band 1, S. 21). Auch Marx sprach von einem „unvermeidlichen Antagonismus zwischen dem Ausbeuter und dem Rohmaterial seiner Ausbeutung“ (Marx 1867, S. 350).

Allerdings beschrieben sie nur ein Klassenverhältnis, nämlich jenes zwischen Lohnarbeit und Kapital. Einige Klassenverhältnisse hatten sich damals noch nicht so deutlich ausgebildet wie heute. Aber zumindest, dass der Kapitalismus immer auch patriarchaler Kapitalismus ist und dass Reproduktionsarbeitende eine ausgebeutete Klasse darstellen, hätten Marx und Engels damals bereits erkennen können. An diesem Punkt setzt auch die Kritik des marxistischen Feminismus an. „Marxist feminism holds class contradictions and class analysis central [...] we are arguing that materialist feminism should recognize as material other contradictions as well. These contradictions also have histories, operate in ideologies, and are grounded in material bases and effects [...] these categories would include [...] ideologies of race, sexuality, imperialism and anthropocentrism“ (Landry/Maclean 1993, S. 229; vgl. auch Hennessy/Ingraham 1997). Heute existiere „eine allgemeine und hierarchische Drei- und nicht Zwei-Klassenstruktur, die sich innerhalb aller „normalerweise“ als Klassen bezeichneten Formationen wiederholte“ (Werlhof 1991b, S. 45f).

Die Nichtberücksichtigung der Rolle des Patriarchats im Kapitalismus durch Marx und Engels zeigt sich auch an der eben zitierten Stelle von Engels, in der er weiters meint, dass im Kapitalismus eine Stufe erreicht sei, „wo die ausgebeutete und unterdrückte Klasse (das Proletariat) sich nicht mehr von der sie ausbeutenden und unterdrückenden Klasse (die Bourgeoisie) befreien kann, ohne zugleich die ganze Gesellschaft für immer von Ausbeutung, Unterdrückung und Klassenkämpfen zu befreien“ (Marx/Engels 1974, Band 1, S. 21). Der postfordistische Kapitalismus als mehrdimensionale Klassengesellschaft hat gezeigt, dass heute nicht die Befreiung der Gesellschaft durch eine unterdrückte Klasse möglich ist, sondern nur durch eine solidarische Bezugnahme aller beherrschten Klassen aufeinander, die eine Einheit in der Vielfalt berücksichtigt.

Ökonomisch gesehen ist auch die Arbeit eine wesentliche Kategorie des Kapitalismus. Arbeit ist allgemein ein Prozess im Stoffwechsel zwischen Mensch und Natur, der gesellschaftlichen Reichtum schafft und die Reproduktion der Gesellschaft garantiert. „Die Arbeit ist zunächst ein Prozess zwischen Mensch und Natur, ein Prozess, worin der Mensch seinen Stoffwechsel mit der Natur durch seine eigne Tat vermittelt, regelt und kontrolliert“ (Marx 1867, S. 192). Unabhängig von der Gesellschaftsform ist die Arbeit also ein Verhältnis zwischen Mensch und Natur, in dem Gebrauchsgegenstände produziert werden, um Bedürfnisse zu befriedigen. In jeder Gesellschaftsformation zeigt sich nun eine spezifische Ausprägung des Arbeitsbegriffs. Im Kapitalismus führte diese Konkretisierung zum doppelten Charakter der Arbeit, einerseits als konkrete und andererseits als abstrakte Arbeit. Konkrete Arbeit ist an der Schaffung von Bedürfnisse befriedigenden Gebrauchswerten orientiert. Die abstrakte Dimension der Arbeit bedeutet hingegen im Kapitalismus, dass Arbeit mehrwertschaffend ist und durch die unbezahlte Mehrarbeit eine Ausbeutungsdimension eröffnet wird. Die gesellschaftliche

Arbeit ist nicht die einzige Produktivkraft des Kapitalismus. Hinzu kommen noch alle Faktoren, die zur Realisierung eben jener Produktivkraft der Arbeit beitragen. Nur die abstrakte Arbeit ist wertbildend, sie schafft den Mehrwert und überträgt den Wert der Produktionsmittel auf die Ware. Die Produktivkraft der Arbeit steht im Kapitalismus immer in Zusammenhang mit dem Tauschwert. Dieser ist ein soziales Verhältnis, mit dem die Gebrauchswerten zweier Waren im Rahmen des Tausches auf dem Markt quantitativ aufeinander bezogen werden. Er ist Basis der allgemeinen Wertform, in der eine Ware das allgemeine Äquivalent des Tausches darstellt. In der Geldform kommt dem Geld diese Funktion zu. Sie ist älter als der Kapitalismus, aber nichtsdestotrotz spezifisch für ihn, da das Kapital im Rahmen seiner Metamorphose durch ein derartiges allgemeines Äquivalent vereinfacht existieren kann. Wesentliches Moment der Produktivkraft der Arbeit ist, dass sie Mehrwert schafft.

Im Kapitalismus stehen Gebrauchswert und Tauschwert in einem widersprüchlichen Verhältnis. Der Gebrauchswert tritt hinter den Tauschwert zurück, bestimmend ist nicht die Produktion nach den tatsächlichen gesellschaftlichen Bedürfnisse, die durch Gebrauchswerte befriedigt werden sollen, sondern die Selbstzweckhaftigkeit der sich im Tausch vermittelnden Waren. „Der der Ware immanente Gegensatz von Gebrauchswert und Wert, von Privatarbeit, die sich zugleich als unmittelbar gesellschaftliche Arbeit darstellen muss, von besondrer konkreter Arbeit, die zugleich nur als abstrakt allgemeine Arbeit gilt, von Personifizierung der Sache und Versachlichung der Personen - dieser immanente Widerspruch erhält in den Gegensätzen der Warenmetamorphose seine entwickelten Bewegungsformen. Diese Formens schließen daher die Möglichkeit [...] der Krisen ein“ (Marx 1867, S. 128). Bereits in den Grundrissen erkannte Marx, dass die Verdopplung der Ware in Tauschwert und Gebrauchswert die ökonomische Krise bedingt (vgl. Marx 1857/58, S. 81-85).

In der Gesellschaft gehen Menschen von ihrem individuellen Willen unabhängige ökonomische Verhältnisse ein, sogenannte Produktionsverhältnisse. Diese entsprechen einer bestimmten Entwicklungsstufe ihrer materiellen Produktivkräfte (Marx, *Deutsche Ideologie*, MEW 3, S. 25). Es ist nun zwar der Fall, dass die „Gesamtheit dieser Produktionsverhältnisse [...] die ökonomische Struktur der Gesellschaft“ (Marx, *Vorwort zur Kritik der Politischen Ökonomie*, Marx/Engels 1974, Band 1, S. 336) ist, die ökonomische Produktionsweise, die Art und Weise der Produktion in einer spezifischen Form der Gesellschaft, bestimmt aber nicht den Überbau vollständig im Sinn einer mechanistischen Determination. Sie ist nicht wie von Engels behauptet „das in letzter Instanz bestimmende Moment der Geschichte“ (Engels 1884/1946, *Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats*, S. V) im Sinn einer reinen Verursachung aller gesellschaftlichen Phänomene und Wandlungen durch ökonomische Prozesse. Ein ökonomistisches Basis-Überbau-Modell (wie vor allem im strukturalistischen Materialismus in der Tradition Althusser gepflegt<sup>60</sup>) geht häufig von einer einfachen, mechanistischen und deterministischen gesellschaftlichen Kausalität aus. Es wurde aber bereits mehrfach betont, dass diese Kausalität eine komplexe und mehrdimensionale ist, in der es keine

---

<sup>60</sup> Althusser geht davon aus, dass kapitalistische Logik und die dazugehörigen Strukturen (Klassenverhältnisse, Konkurrenz, Wert, Ware usw.) den Verlauf der Geschichte und den Überbau (bei Althusser Politik, Ideologie, Theorie) determiniere, das Ökonomische sei das in letzter Instanz Bestimmende der geschichtlichen und gesellschaftlichen Entwicklung: „Das also sind die beiden Enden der Kette: die ökonomische bestimmt, aber in letzter Instanz, auf lange Sicht sagt Engels gern, den Lauf der Geschichte“ (Althusser 1968, S. 80).

Determinationsverhältnisse, sondern maximal Dominanzverhältnisse gibt. Das Ökonomische dominiert im Kapitalismus Politik und Kultur.

Die Ökonomie zeichnet sich durch ein dialektisches Verhältnis von Produktivkräften und den damit korrespondierenden Produktionsverhältnissen aus: Durch die Entwicklung der Produktivkräfte verändern die Menschen ihre Produktionsweise, die Veränderung der Produktionsweise verändert wiederum die gesellschaftlichen Verhältnisse. Die gesellschaftlichen Verhältnisse wirken wiederum zurück auf die Produktivkräfte und deren Entwicklung.

Die Produktionsverhältnisse sind eine wesentliche Kraft, die die Entwicklung der Produktivkräfte vorantreiben. Die Konkurrenz der Kapitale als ein inneres Zwangsgesetz des Kapitalismus treibt die einzelnen Kapitalisten und die Gesellschaft dazu, die Produktivkräfte immer weiter zu entwickeln. Unternehmer, die sich diesen Entwicklungen nicht anpassen, müssen mit dem eigenen Untergang rechnen. Was heute wissenschaftlich-technischer Fortschritt genannt wird, ist nichts anderes als ein Beitrag zur Entwicklung der Produktivkräfte, um immer mehr in einem immer geringeren Zeitausmaß zu produzieren. Der Anreiz für den einzelnen Kapitalisten, die Produktivität der Arbeit durch relative Mehrwertproduktion zu steigern, ist die Hoffnung auf Erzielung eines Extramehrwerts. Der individuelle Warenwert entspricht nicht dem gesellschaftlichen Durchschnittswert. Liegt er unter diesem, so kann ein solcher Extramehrwert und damit ein Vorsprung gegenüber der Konkurrenz erzielt werden (vgl. Marx 1867, S. 336). Das Streben nach Extramehrwert und das Konkurrenzprinzip als stummer Zwang der Verhältnisse sorgen also für die Entwicklung der Produktivkräfte. Ein Kapitalismus ohne eine solche permanente Weiterentwicklung ist unvorstellbar. Wesentliche Mittel zur Steigerung der Produktivkraft der Arbeit sind die Maschinerie, die Arbeitsteilung und die Kooperation<sup>61</sup>.

Marx wurde oftmals ein Automatismus der gesellschaftlichen Entwicklung unterstellt, der sich aus der Produktivkraftentwicklung ergebe und automatisch zum Kommunismus als höherer Stufe der gesellschaftlichen Evolution führen müsse. Ein solcher mechanistischer Automatismus relativiert sich allerdings, wenn bedacht wird, dass Marx immer wieder betonte, dass die Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse des Aktiven Handelns der Subjekte bedarf. Daher meinte er auch, dass die „revolutionäre Klasse selbst“ die größte Produktivkraft ist (MEW 4, S. 181). In den Thesen über Feuerbach betont Marx, dass die Menschen zwar Produkte der gesellschaftlichen Verhältnisse sind, dass aber auch die „Umstände eben von den Menschen verändert werden“ (Marx, *Thesen über Feuerbach*, Marx/Engels 1974, Band 2, S. 371). Das gesellschaftliche Leben sei wesentlich praktisch, es kommt darauf an, die Welt durch umwälzende Praxis zu verändern. Marx löste also das soziologische Grundproblem der Vermitteltheit von Struktur und Handeln dialektisch, indem er ein dialektisches Verhältnis von gesellschaftlichen Strukturen und individuellem Handeln beschrieb. Marx sah die Entwicklung der Produktivkräfte als eine notwendige Bedingung für die „Organisation der revolutionären Elemente als Klasse“ (MEW 4, S. 1818), aber eben nicht als eine bereits hinreichend.

Während Marx also auch die revolutionäre Praxis betonte, verfiel Engels öfters in eine Marxinterpretation, die eine automatische Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse annahm. Engels vertrat die Ansicht, dass die Widersprüche des Kapitalismus mit Sicherheit eines Naturgesetzes zur Verelendung des Proletariats führt, das daraufhin die gesellschaftlichen Verhältnisse als automatisches Subjekt umwälzt: „Mit derselben Sicherheit, mit der wir aus gegebenen mathematischen Grundsätzen einen neuen Satz entwickeln können, mit derselben

---

<sup>61</sup> Unter Kooperation versteht Marx, dass viele planmäßig in einem Produktionsprozess oder mehreren miteinander in Verbindung stehenden Produktionsprozessen neben- und miteinander arbeiten (Marx 1867, S. 344).

Sicherheit können wir aus den bestehenden ökonomischen Verhältnissen und den Prinzipien der Nationalökonomie auf eine bevorstehende Revolution schließen“ (MEW 2, S. 555). Er meinte, dass die Menschen „nie den Mut zu wirklichem Fortschritt aufbringen können, es sei denn [...] [sie] werden dazu durch Leiden angetrieben, die beinahe jedes Maß übersteigen“ (MEW 39, S. 38). Der von Engels unterstellte Verlauf der Geschichte geht seiner Ansicht nach also „mit unanwendbarer Notwendigkeit aus den ganzen gegenwärtigen Gesellschaftszuständen“ hervor (MEW 7, S. 242). Dem Proletariat bleibe „nur die Wahl zwischen dem Hungertod und dem Sozialismus“ (MEW 1, S. 549). Engels leistete damit einer Marx-Interpretation Vorschub, die sowohl Marx-KritikerInnen als auch MarxistInnen davon ausgehen ließ, Marx habe eine Verelendungstheorie und eine Theorie des automatischen Zusammenbruchs geschaffen. Weiters ist ein solches Verständnis Basis eines Geschichtsdeterminismus, also einer mechanistischen Auffassung der gesellschaftlichen Evolution, die Marx in dieser Platteheit selbst bei bestem Willen nicht unterstellt werden kann.

Entwicklung der Produktivkraft der Arbeit heißt nichts anderes, als dass ein immer größeres Quantum an Mehrarbeit mit einem immer geringeren Quantum an Arbeit erledigt werden kann. Die Rate des Mehrwerts und somit der Ausbeutungsgrad der Arbeitenden steigt dadurch an und die Produktivkraft der Arbeit wächst. Ein Wachstum der Produktivkraft der lebendigen Arbeit bedeutet einerseits, dass „ein kleineres Quantum Arbeit [...] die Kraft erwirbt, ein größeres Quantum Gebrauchswert zu produzieren“ (Marx 1867, S. 333) und andererseits, dass der Wert der Arbeitskraft gesenkt und so der zur Reproduktion dieses Werts notwendige Teil des Arbeitstages verkürzt wird (ebd., S. 334). Der Teil der notwendigen Arbeit des Arbeitstages nimmt dabei durch die Methode der relativen Mehrwertproduktion relativ zum Teil der Mehrarbeit ab<sup>62</sup>.

Als subjektive Produktivkraft (Marx 1857/58, S. 403) bezeichnet Marx die Einheit von physischer/materieller Produktionsfähigkeit und den „geistigen Produktivkräften“ (ebd., S. 410) eines Individuums. Bei letzteren handelt es sich um Qualifikation, Kenntnisse, Wissen, Erfahrung, Fähigkeiten etc. Objektive Produktivkräfte sind hingegen die nicht auf das Individuum bezogenen Faktoren des Arbeits- und Produktionsprozesses: Arbeitsmittel, Arbeitsgegenstände, Wissenschaft, Technik, Arbeitsteilung, Kooperation. Im Kapital spricht Marx weiters von den naturbedingten Produktivkräften der Arbeit. Dies sind gesellschaftlich nutzbare gemachte Naturkräfte, sind also ein Produkt der Vergesellschaftung. Als Produktivkraft sind also nicht nur die lebendige, vergesellschaftete Arbeit zu verstehen, sondern auch sämtliche Faktoren, die diese ermöglichen und Einfluss auf den Produktionsprozess haben.

In den Grundrissen wird auch der Produktivkraft der Wissenschaft wesentliche Aufmerksamkeit geschenkt. Diese „allgemeine Produktivkraft des gesellschaftlichen Hirns“ (Marx 1857/58, S. 594) die „unmittelbare Produktivkraft“ (ebd., S. 602), schafft jedoch selbst keinen Wert. Das allgemeine gesellschaftliche Wissen spiegelt sich im fixen Kapital, und dabei vor allem in der Maschinerie, wider. Für dessen Fortschritt und Entwicklung sorgt die Wissenschaft. Die Produktivkraft der lebendigen, gesellschaftlichen Arbeit hängt also auch ab vom „allgemeinen Stand der Wissenschaft und dem Fortschritt der Technologie, oder der Anwendung dieser Wissenschaft auf die Produktion“ (ebd., S. 600).

---

<sup>62</sup> „Die Entwicklung der Produktivkraft der Arbeit, innerhalb der kapitalistischen Produktion, bezweckt, den Teil des Arbeitstags, den der Arbeiter für sich selbst arbeiten muss, zu verkürzen, um grade dadurch den andren Teil des Arbeitstags, den er für den Kapitalisten umsonst arbeiten kann, zu verlängern“ (Marx 1867, S. 340).

Dem gesellschaftlichen Wissen, dem General Intellect, der sich in der Entwicklung des fixen Kapitals widerspiegelt, misst Marx also als Produktivkraft eine wesentliche Bedeutung zu. Im 3. Band des Kapitals spricht Marx von „allgemeiner Arbeit des menschlichen Geistes“, eben jenem General Intellect (Marx 1894, S. 114). „Allgemeine Arbeit ist die wissenschaftliche Arbeit, alle Entdeckung, alle Erfindung. Sie ist bedingt teils durch Kooperation mit Lebenden, teils durch Benutzung der Arbeiten Früherer“ (ebd.). In den Grundrissen benutzt Marx den Begriff des General Intellect für das allgemeine soziale Wissen oder die kollektive Intelligenz einer Gesellschaft. Das fixe Kapital, dabei vor allem in Form der Maschinerie, kann sich diese Intelligenz quasi einverleiben, das Wissen vergegenständlicht sich in ihnen: Maschinen „sind von der menschlichen Hand geschaffne Organe des menschlichen Hirns; vergegenständlichte Wissenschaft. Die Entwicklung des capital fixe zeigt an, bis zu welchem Grade das allgemeine gesellschaftliche Wissen, knowledge, zur unmittelbaren Produktivkraft geworden ist und daher die Bedingungen des gesellschaftlichen Lebensprozesses selbst unter Kontrolle des general intellect gekommen und ihm gemäß umgeschaffen sind“ (Marx 1857/58, S. 602).

Im Kapital spricht Marx fast ausschließlich von der Produktivkraft der Arbeit, Faktoren wie Qualifikation, Technik, Wissenschaft, Umfang und Wirkungsfähigkeit der Produktionsmittel, Naturkräfte, Vergesellschaftungsgrad der Arbeit etc. werden als Bedingungen dieser Produktivkraft gefasst, nicht jedoch selbst als Produktivkräfte (vgl. Marx 1867, S. 54). In populären Schriften wie dem Manifest der Kommunistischen Partei, den Grundrissen oder der Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft bezeichnen Marx und Engels hingegen alle Faktoren des Arbeits- und Produktionsprozesses, die die Produktivkraft der lebendige Arbeit bestimmen, ebenfalls als Produktivkräfte. Um Reduktionismus, einem verdinglichenden und fetischhaften Produktivkraftbegriff vorzubeugen, können wir die Produktivkräfte als System der lebendigen Arbeit und der diese näher bestimmenden Faktoren des Arbeits- und Produktionsprozesses ansehen. Lebendige Arbeit und ihre Faktoren stehen im Rahmen dieses Systems in einem konkreten Verhältnis, das sich historisch wandelt und sich abhängig von der konkreten Gesellschaftsformation darstellt. Die Faktoren des Arbeits- und Produktionsprozesses - subjektive (physische/materielle Produktionsfähigkeit, Qualifikation, Qualifikation, Kenntnisse, Wissen, Erfahrung, Fähigkeiten, General) und objektive (Technik, Wissenschaft, Umfang und Wirkungsfähigkeit der Produktionsmittel, Vergesellschaftungsgrad der Arbeit, Kooperation, Arbeitsteilung, Arbeitsmittel, Arbeitsgegenstände) Produktivkräfte sowie die naturbedingten Produktivkräfte der Arbeit (gesellschaftlich nutzbare gemachte Naturkräfte) - stellen alleine keine Produktivkräfte dar, sondern nur in Kombination mit der lebendigen Arbeit. Der Produktivkraftbegriff ist daher nicht reduzierbar auf einzelne Elemente des Systems der Produktivkräfte, er zeichnet sich durch emergente Eigenschaften aus. Das System der Produktivkräfte ist mehr als die Summe seiner Teile.

Objektive Produktivkräfte sind hingegen die nicht auf das Individuum bezogenen Faktoren des Arbeits- und Produktionsprozesses: Arbeitsmittel, Arbeitsgegenstände, Wissenschaft, Technik, Arbeitsteilung, Kooperation Technik, Organisationsweisen, Wissenschaft, Umfang und Wirkungsfähigkeit der Produktionsmittel, Naturkräfte, Vergesellschaftungsgrad der Arbeit, In der marxistischen Theoriebildung nach Marx zeigte sich in Bezug auf den Produktivkraftbegriff ein ökonomistisch-reduktionistischer, verdinglichender und fetischhafter Umgang. So setzte Plechanow Produktivkräfte mit Produktionsmitteln gleich. Ein verdinglichender Technikfetischismus zeigte sich beim Produktivkraftbegriff von Kautsky, Bucharin und Stalin. Technik und Produktivkräfte wurden also gleichgesetzt. Bei Stalin ist dies zwar zu differenzieren, da er nicht ausschließlich die Technik als Produktivkraft sah (sondern Arbeit und Erfahrung werden auch berücksichtigt), aber der verdinglichende Begriff bleibt bestehen, da Stalin

die Bedeutung der lebendigen Arbeitskraft und weiterer Faktoren wie Wissenschaft, Kooperation, Arbeitsteilung und Naturkräften unterschätzte.

Es geht uns in diesem Abschnitt auch darum, Widersprüche, die in der marxistischen Theorie als typische für den Kapitalismus benannt wurden, als Faktoren zu reinterpreten, die eine Rolle in gesellschaftlichen Bifurkationspunkten spielen. Daher wollen wir uns im Folgenden mit den für den Kapitalismus typischen allgemeinen Antagonismen auseinandersetzen.

Marx und Engels beschrieben einen Widerspruch zwischen den sich entfaltenden Produktivkräften und die Gesellschaft fesselnden Produktionsverhältnissen. Die Äußerung dieses Widerspruchs bedeutet nun aber nicht den automatischen Übergang von einer Gesellschaftsformation zur nächsten, vielmehr ist dieser Antagonismus ein Moment, das im Rahmen von Krisen des Kapitalismus zum Ausdruck kommt. Was im Rahmen einer solchen Krise, die nicht nur ökonomisch sein muss, sondern zumeist auch eine politische Krise ist, geschieht, ist nicht genau vorherbestimmt. Sie stellt daher einen Bifurkationspunkt der gesellschaftlichen Evolution dar, im Rahmen derer sich mehrere Entwicklungspfade eröffnen.

Im 3. Band des Kapitals meint Marx, dass dieser Widerspruch zeigt, „dass die kapitalistische Produktionsweise an der Entwicklung der Produktivkräfte eine Schranke findet“ (Marx 1894, S. 252). Und weiters: „Die Schranke, in denen sich die Erhaltung und Verwertung des Kapitalwerts, die auf der Enteignung und Verarmung der großen Masse der Produzenten beruht, allein bewegen kann, diese Schranken treten daher beständig in Widerspruch mit den Produktionsmethoden. [...] Das Mittel - unbedingte Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte - gerät in fortwährenden Konflikt mit dem beschränkten Zweck, der Verwertung des vorhandenen Kapitals“ (Marx 1894, S. 260). Die hier von Marx beschriebene innere Schranke des Kapitalismus sollte nicht geschichtsdeterministisch als die Notwendigkeit des automatischen Zusammenbruchs des Kapitalismus verstanden werden, sondern vielmehr als zyklisch erreichte Schranke der Produktivkraftentwicklung, die sich in Krisen entlädt und im Rahmen derer die Möglichkeit besteht, dass sich der Kapitalismus zwar nicht von selbst aufhebt, aber durch emanzipatorische Praxis der größten Produktivkraft - „der revolutionäre Klasse“ - „in die Luft gesprengt“ (Marx 1857/58, S. 602) wird<sup>63</sup>.

Der Widerspruch zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen äußert sich im tendenziellen Fall der Durchschnittsprofitrate (TFPR). Mit der Entwicklung der Produktivkräfte steigt die organische Zusammensetzung des Kapitals  $c/v$ , d.h. dass der Anteil der lebendigen Arbeit relativ zu jenem der vergegenständlichten Arbeit sinkt. Dies lässt sich aus der Logik des Kapitalismus erklären, die Kapital, Staat und Wissenschaft dazu treibt, die Produktivkräfte permanent weiterzuentwickeln, um mehr Mehrwert in kürzerer Zeit herzustellen bzw. Extramehrwert zu erzielen (=Motiv der Einzelkapitalisten). Die Profitrate stellt sich dar als

$$p = \frac{m}{c + v} = \left( \frac{\frac{m}{v}}{\frac{c}{v} + 1} \right).$$

---

<sup>63</sup> Dass Marx die emanzipatorische Praxis für wichtig erachtete zeigt sich z.B. auch an der Stelle in den Grundrissen, wo er meint, dass die Krisen und Widersprüche des Kapitalismus „zu seinem gewaltsamen Umsturz“ führen (Marx 1857/58, S. 643, Anm. 9). An dieser Stelle zeigt sich jedoch auch, dass auch Marx manchmal Formulierungen verwendete, die den Eindruck erwecken, dass er von einem Determinismus der Umwälzung des Kapitalismus zu einer höheren Form der Gesellschaft ausging.

In der umgewandelten Form, die sich durch die Division von Zähler und Nenner durch  $v$  ergibt, zeigt sich, dass sie von der Rate des Mehrwerts ( $m/v$ ) und der organischen Zusammensetzung des Kapitals ( $c/v$ ) abhängig ist. Marx zeigte im dritten Band des Kapitals, dass bei konstantem Mehrwert die Profitrate durch die Entwicklung der Produktivkräfte fallen muss. Da die Annahme der Konstanz des Mehrwerts jedoch nicht verallgemeinert werden kann, ist die Erklärung der Tendenz zunächst unvollständig. Die erweiterte Darstellung zeigt, dass die Profitrate dann fällt, wenn die organische Zusammensetzung des Kapitals schneller ansteigt als die Mehrwertrate. Wie kann dies der Fall sein? Durch betrachten der Formel ergibt sich, dass dazu einer oder mehrere der folgenden Fälle eintreten müssen:

- Die Produktivkraftentwicklung verlangsamt sich, da eine Sättigung der Nachfrage nach neuen Produktionsmitteln eintritt. Die Zuwächse der Produktivität werden dadurch vermindert. Der Anstieg der Rate des Mehrwerts verlangsamt sich.
- Der konstante Kapitalanteil und damit die organische Zusammensetzung des Kapitals steigt überproportional an (z.B. durch hohe Material- und Instandhaltungskosten).
- Die Nachfrage nach Konsumtionsmitteln erreicht eine Sättigung. Der realisierte Mehrwert sinkt dadurch. Dies wirkt negativ auf die Rate des Mehrwerts.
- Die Entwicklung der Produktivkräfte führt zur Freisetzung von Arbeitenden. Dieser Anstieg der Arbeitslosigkeit vernichtet Kaufkraft, aus KäuferInnen werden NichtkäuferInnen. Dies wirkt negativ auf den realisierten Mehrwert und damit auch auf die Mehrwertrate.
- Die politische Ebene wirkt zurück auf die ökonomische und verursacht einen überproportionalen Anstieg der Investitionskosten ( $c$  und  $v$ ). Dies kann z.B. durch Klassenkämpfe verursacht werden. Dadurch verlangsamt sich das Wachstum der Mehrwertrate und es beschleunigt sich jenes der organischen Zusammensetzung.
- Basis der Mehrwertproduktion ist die lebendige Arbeit. Durch die Produktivkraftentwicklung wird sie aber durch vergegenständlichte Arbeit (Produktionsmittel) ersetzt. Der pro Arbeitstag erzielbare Zuwachs an Mehrwert steigt also dadurch in abnehmender Progression. Langfristig kann dadurch die Wachstumsrate der Mehrwertrate nicht größer sein als jene der organischen Zusammensetzung. Die Zersetzung der Basis der Wertproduktion durch die Produktivkraftentwicklung der lebendigen Arbeit ist dabei von entscheidender Bedeutung. Hier zeigt sich also auch ein Widerspruch zwischen lebendiger und vergegenständlichter Arbeit (vergegenständlichte ersetzt lebendige und damit die Basis des Werts). Im Lauf der kapitalistischen Entwicklung steigt die tote Arbeit im Verhältnis zur lebendigen. Dies ist eine langfristige Tendenz, die sich auch in der heutigen Phase des Kapitalismus äußert. Marx brachte diesen Widerspruch in den Grundrissen folgendermaßen auf den Punkt: „Das Kapital ist selbst der prozessierende Widerspruch dadurch, dass es die Arbeitszeit auf ein Minimum zu reduzieren strebt, während es andererseits die Arbeitszeit als einziges Maß und Quelle des Reichtums setzt“ (Marx 1857/58, S. 601).

Der Widerspruch, der im letzten Punkt dargestellt wurde, ist immer wieder als eigentliche Ursache der Tendenz des Falls der Durchschnittsprofitrate angegeben worden. Hier wird er als einer von mehreren Faktoren gesehen, damit einer einfachen Erklärungsweise vorgebeugt wird, die den TFPR auf eine einzelne Ursache (Mehrwert entsteht nur aus variablem Kapital, sinkt dieses, so fällt die Profitrate) reduziert.

Durch einzelne dieser Elemente oder ein Zusammenwirken kann eine Tendenz des Fallens der Durchschnittsprofitrate erklärt werden. Welche Ursachen nun aber konkret für einen Fall verantwortlich sind, kann nicht im Allgemeinen bestimmt werden, sondern nur durch die Analyse einer spezifischen Krise des Kapitalismus erklärt werden.

Durch den TFPR beschrieb Marx eine Zusammenbruchstendenz des Kapitalismus, aber nicht ein Zusammenbruchsgesetz. Die Zusammenbruchsthese wurde ihm wie gesehen unterstellt, Engels leistete die Vorarbeit dazu. Was Marx nämlich ebenfalls berücksichtigte sind dem TFPR entgegenwirkende Ursachen: die Löhne  $v$  können absolut gesenkt werden, Verbilligung des konstanten Kapitals, Methoden des absoluten und des relativen Mehrwerts sind anwendbar, der auswärtige Handel und der Absatz von Waren über ihrem Wert (erhöht Profitrate) können gegensteuern (letzteres bedingt die ständige Ausweitung des kolonialen Absatzmarktes), Entwertung des fixen konstanten Kapitals, gewaltsame Entwertung des Kapitals (z.B. durch Krieg). Marx beschreibt diese Gegentendenzen im vierzehnten Kapitel des 3. Buches des Kapitals (siehe Marx 1894, S. 242-250). Bei der Diskussion der Funktionen des Staates im Kapitalismus wurde bereits darauf hingewiesen, dass ihm bei der Organisation von Gegentendenzen zum TFPR eine wesentliche Rolle zukommt.

Die Möglichkeit dieser Gegenwirkungen bedeutet nicht, dass der Kapitalismus ein endloses Driften zwischen Konjunktur und Krise bedeuten muss. Genausowenig aber einen automatischen Zusammenbruch. Vielmehr ist es vorteilhaft, eine Krise als einen Bifurkationspunkt zu sehen, in dem sich mehrere Alternativen eröffnen, da so die beide falschen Extrema vermieden werden können. Eine davon ist auch der Zusammenbruch der kapitalistischen Gesellschaftsformation. Dazu bedarf es aber nicht ausschließlich der ökonomischen Entwicklung der Produktivkräfte, vielmehr müssen emanzipatorische gesellschaftliche Kräfte wirksam werden und eine Aufhebung der Verhältnisse herbeiführen. Einen Determinismus zu vermeiden heißt aber wiederum anzunehmen, dass eine Krise des Kapitalismus theoretisch nicht die einzige Situation ist, in der emanzipatorisches Handeln effektiv werden kann. Im Bifurkationspunkt treffen zentrifugale und zentripetale Kräfte aufeinander. Es ist nicht determiniert, welche Kräfte dabei dominant werden.

Der Widerspruch zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen spielt eine bedeutende Rolle im Marxschen Geschichtsverständnis, dem Historischen Materialismus. Dies wird an jener berühmten Stelle des Vorworts zur Kritik der Politischen Ökonomie deutlich: „Auf einer gewissen Stufe ihrer Entwicklung geraten die materiellen Produktivkräfte der Gesellschaft in Widerspruch mit den vorhandenen Produktionsverhältnissen oder, was nur ein juristischer Ausdruck dafür ist, mit den Eigentumsverhältnissen, innerhalb derer sie sich bisher bewegt hatten. Aus Entwicklungsformen der Produktivkräfte schlagen diese Verhältnisse in Fesseln derselben um. Es tritt dann eine Epoche sozialer Revolution ein“ (Marx 1974, Band 1, S. 336). Die Bedeutung dieses Widerspruchs für die krisenhafte Evolution des Kapitalismus wird damit prägnant zusammengefasst, allerdings gibt es dabei zwei zu kritisierende Punkte. Einerseits reduziert diese Argumentation die Krisen des Kapitalismus auf einen Widerspruch. Eine solche Krise ist aber gerade der Ausdruck der Akkumulation konkret gewordener Widersprüche und ihrer Verstärkung. Zum anderen geht Marx hier davon aus, dass sich eine Epoche sozialer Revolution geradezu mit Naturnotwendigkeit einstellen muss. Dies verkennt aber eben, dass die Entwicklung in einem krisenhaften Bifurkationspunkt nicht vorherbestimmt ist und dass sich verschiedene Alternativen eröffnen. Nur eine davon ist die soziale Revolution.

Ein ökonomischer Antagonismus des Kapitalismus besteht auch darin, dass die Akkumulation von Reichtum auf der einen zur Akkumulation von relativer Verarmung auf der anderen Seite führt. Dies formulierte Marx im allgemeinen Gesetz der kapitalistischen Akkumulation. Es zeigt sich ein enger Zusammenhang mit der Entwicklung der Produktivkräfte. „Je größer der gesellschaftliche Reichtum, das funktionierende Kapital, Umfang und Energie seines Wachstums, also auch die absolute Größe des Proletariats und die Produktivkraft seiner Arbeit, desto größer die [relative Überbevölkerung oder; Anm. CF: nur in alten Ausgaben des 1. Ban-

des des Kapitals] industrielle Reservearmee. [...] Die verhältnismäßige Größe der industriellen Reservearmee wächst also mit den Potenzen des Reichtums. Je größer aber diese Reservearmee im Verhältnis zur aktiven Arbeiterarmee, desto massenhafter die konsolidierte Überbevölkerung, deren Elend im umgekehrten Verhältnis zu ihrer Arbeitsqual steht“ (Marx 1867, S. 673f). Diese These wurde immer wieder als Verelendungsthese interpretiert. Jedoch spricht Marx auch hier von der Verhältnismäßigkeit, d.h., dass er nicht eine absolute Verelendung unterstellte, sondern nur eine relative. Die Akkumulation des Kapitals führt zur Umverteilung durch die Mehrwertproduktion. Es wird absolut immer mehr Mehrwert produziert, relativ steigt die Mehrarbeit zur notwendigen Arbeit, also  $m$  zu  $v$ . Indem die Rate des Mehrwerts steigt, stellt die Entwicklung der Produktivkräfte also einen relativen Umverteilungsmechanismus dar. Der gesellschaftliche Reichtum wächst, wird aber ungleich verteilt. Das führt nicht notwendigerweise zur absoluten Verelendung, da auch  $v$  absolut wächst, stellt also vielmehr eine Verelendungstendenz dar.

Der Kapitalismus ist auch gekennzeichnet durch einen Widerspruch zwischen einzelner Produktion und gesellschaftlichem Bedarf. Dieser ergibt sich aus der Planlosigkeit der kapitalistischen Ökonomie. Es wird nicht nach Bedürfnissen produziert, sondern nach Aussicht auf Profitrealisierung und auf Basis des Tauschwertes (siehe Widerspruch zwischen Gebrauchswert und Tauschwert). Resultat sind Disproportionalitäten zwischen verschiedenen Sektoren der Industrie und den beiden Abteilungen der gesellschaftlichen Produktion (Abteilung I: Produktionsmittel, Abteilung II: Konsumtionsmittel). Marx und Engels sprachen von der „Anarchie der Produktion“.

Engels beschreibt die Disproportionen als einen Widerspruch zwischen Organisation der Produktion in der einzelnen Fabrik und der „Anarchie der Produktion“ in der ganzen Gesellschaft, die ein Element von Krisen des Kapitalismus ist: „Jeder produziert für sich mit seinen zufälligen Produktionsmitteln und für sein besondres Austauschbedürfnis. Keiner weiß, wieviel davon überhaupt gebraucht wird, keiner weiß, ob sein Einzelprodukt einen wirklichen Bedarf vorfindet, ob er seine Kosten herauschlagen oder überhaupt wird verkaufen können. Es herrscht Anarchie der Produktion“ (Engels, *Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft*, Marx/Engels 1974, Band 2, S. 126). Marx meinte, dass sich die Disproportionalitäten daraus ergeben, dass sich „der Zusammenhang der gesamten Produktion als blindes Gesetz den Produktionsagenten [...] aufzwingt“ (Marx 1894, S. 267).

Eng in Zusammenhang mit der „Anarchie der Produktion“ steht der Widerspruch zwischen Produktion und Konsumtion. Eine Störung im Warenprodukt  $W'$  liegt vor, es besteht eine Überproduktion bzw. eine mangelnde Nachfrage - unverkaufte Waren bleiben in den Lagern liegen. Dadurch kann es zu Unterkonsumptionskrisen bzw. Überproduktionskrisen kommen. Die „Anarchie der Produktion“ spielt hier die Rolle, dass die ungeplante Produktion fernab der tatsächlichen gesellschaftlichen Bedürfnisse zu einer derartigen Störung führen kann. Die neoklassischen Gleichgewichtstheorien gehen von einem Gleichgewicht von Angebot und Nachfrage, von Kauf und Verkauf aus. Dadurch würden sich die Märkte immer leeren. Der Widerspruch zwischen gesellschaftlichem Bedarf und einzelkapitalistischer Produktion verunmöglicht aber geradezu eine Identität von Kauf und Verkauf. Ein Kauf einer Ware bedeutet zwar für den Verkäufer einen Verkauf, d.h. aber nicht, dass die weiterverarbeitete Ware sich wiederum verkauft. Ganz im Gegenteil, eine Produktion fernab des gesellschaftlichen Bedarfs führt früher oder später zu Disproportionen und Überproduktion bzw. Unterkonsumtion.

„Da nicht Befriedigung der Bedürfnisse, sondern Produktion von Profit Zweck des Kapitalismus, und da es diesen Zweck nur durch Methoden erreicht, die die Produktionsmasse nach der Stufenleiter der Produktion einrichten, nicht umgekehrt, so muss beständig ein Zwiespalt

eintreten zwischen den beschränkten Dimensionen der Konsumtion auf kapitalistischer Basis und einer Produktion, die beständig über diese ihre immanente Schranke hinausstrebt. [...] Aber es werden periodisch zuviel Arbeitsmittel und Lebensmittel produziert, um sie als Exploitationsmittel der Arbeiter zu einer gewissen Rate des Profits fungieren zu lassen. Es werden zuviel Waren produziert, um den in ihnen enthaltenen Wert und darin eingeschlossnen Mehrwert unter den durch die kapitalistische Produktion gegebenen Verteilungsbedingungen und Konsumtionsverhältnissen realisieren und in neues Kapital rückverwandeln zu können, d.h. um diesen Prozess ohne beständig wiederkehrende Explosionen auszuführen“ (Marx 1894, S. 267f).

Engels beschreibt den Widerspruch von Produktion und Konsumtion als Widerspruch zwischen dem Ausdehnungsbedürfnis der Märkte und der Konsumtion: „Die Ausdehnung der Märkte kann nicht Schritt halten mit der Ausdehnung der Produktion. Die Kollision wird unvermeidlich, und da sie keine Lösung erzeugen kann, solange sie nicht die kapitalistische Produktionsweise selbst sprengt, wird sie periodisch. Die kapitalistische Produktion erzeugt einen ‘fehlerhaften Kreislauf‘“ (Engels, *Die Entwicklung des Sozialismus...*, Marx/Engels 1974, Band 2, S. 130).

Bereits erwähnt wurde die Bedeutung der Überakkumulation in ökonomischen Krisen (vgl. Marx 1894, S. 261ff). Dabei kann eine langfristige und eine zyklische Form unterschieden werden. Bei der einen zeigt sich der Widerspruch zwischen lebendiger und vergegenständlichter Arbeitskraft. Die Ersetzung des variablen Kapitals durch konstantes (Maschinen) führt zu einer relativen Zunahme der Arbeitslosigkeit. Der Mehrwert entspringt aber nur aus dem variablen Teil des Kapitals. D.h., dass dann kein oder immer weniger Kapital für Neuinvestitionen, also eine weitere Akkumulation des Kapitals vorhanden ist. Es zeigt sich „unbeschäftigtes Kapital auf der einen und unbeschäftigte Arbeiterbevölkerung auf der anderen Seite“ (Marx 1894, S. 261). Dabei äußert sich also ein langfristig in Krisen des Kapitalismus zur Geltung kommender Widerspruch.

Andererseits kann eine Überakkumulation/Überproduktion von Kapital auch dadurch eintreten, dass in einer Phase des ökonomischen Booms die Beschäftigungsrate sehr hoch ist. Dadurch kann der produzierte Mehrwert nicht dadurch gesteigert werden, dass noch mehr Arbeitskräfte beschäftigt werden. Die Kapitalakkumulation erlahmt also, die Masse des Mehrwerts kann nicht vermehrt werden, weitere Investitionen und damit die Kapitalakkumulation bleiben aus.

Ein darauf aufbauender periodischer Konjunkturzyklen kann vereinfacht folgendermaßen verlaufen: also in der Form relativ hohe Beschäftigung - Kapitalakkumulation - mangelnde Produktion zusätzlichen Mehrwerts durch fehlende zusätzliche Arbeitskräfte - Stagnation der Investitionen und der Kapitalakkumulation - Überakkumulation von Kapital - wenig neues Kapital - Krise - Gegenwirkungen: Freisetzung von Arbeitskräften, relative Mehrwertproduktion um die Produktivität zu erhöhen - neue Investitionen und Neuakkumulation von Kapital - Boom .

Der erst bei Lenin detaillierter herausgestellte Widerspruch zwischen Monopol und Konkurrenz wird bei Marx als Widerspruch zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und der privaten Aneignung beschrieben: „Der Widerspruch zwischen der allgemeinen gesellschaftlichen Macht, zu der sich das Kapital gestaltet, und der Privatmacht der einzelnen Kapitalisten über diese gesellschaftlichen Produktionsbedingungen entwickelt sich immer schreiender und schließt die Auflösung dieses Verhältnisses ein, indem sie zugleich die Herausarbeitung der Produktionsbedingungen zu allgemeinen, gemeinschaftlichen, gesellschaftlichen Produktionsbedingungen einschließt“ (Marx 1894, S. 274). Hier beschreibt Marx bereits

eine Tendenz zum Monopolkapitalismus. Allerdings kann daran kritisiert werden, dass eine monopolförmige Produktion keine gesellschaftliche Produktion ist, denn eine solche kann nur eine dezentrale und nichtstaatliche sei, die von den Bedürfnissen der Menschen ausgeht. Auch an der Stelle des 3. Bandes des Kapitals, an der Marx die Zentralisation des Kapitals in Form der Aktiengesellschaften beschreibt (siehe ebd., S. 453ff), zeigt er sich angetan von der Vorbildfunktion der Zentralisation für die „Expropriation der Expropriateure“, die demnach eine Zentralisation der Produktionsmittel nicht in der Hand der Gesellschaft, sondern in der des Staates sein müsse. Der beschriebene Widerspruch bezieht sich darauf, dass die Arbeiter gesellschaftlich produzieren, aber der Mehrwert individuell angeeignet wird. Genauso zeigt sich der Widerspruch zwischen der allgemeinen gesellschaftlichen Daseinsform des Kapitals durch die Konkurrenz am Markt und seiner Monopolisierung.

Der Kapitalismus zeichnet sich auch durch nichtökonomische Widersprüche aus, die wir hier näher behandeln wollen.

### Nichtökonomische Widersprüche des Kapitalismus

Das moderne kapitalistische Weltsystem ist ein globales komplexes System, in dem viele Entscheidungen globale Bedeutung angenommen haben. Dies heißt nicht, dass sämtliche von den anstehenden und zu lösenden Fragen Betroffenen an diesen Entscheidungen partizipieren können. Ganz im Gegenteil, es zeigt sich eine Hegemonie der westlichen Industriestaaten, und dabei insbesondere der USA, was den Einfluss auf globale politische Entscheidungen betrifft.

Das kapitalistische Weltsystem ist daher durch antagonistische politische Interessengegensätze geprägt. Diese Gegensätze und unterschiedlichen Vorstellungen betreffen nicht nur die globale Dimension, sondern vielmehr auch grundsätzliche Interessenswidersprüche zwischen politischen Vorstellungen einzelner Klassen. Für den Kapitalismus ist dabei der ökonomisch begründete und sich in der politischen Organisationsweise fortsetzende Widerspruch zwischen Kapital und Lohnarbeit charakteristisch. Aber auch einzelne Klassen stellen keine homogenen Interessensgemeinschaften dar, sondern sind intern fragmentiert. So geht z.B. Nicos Poulantzas (1978) davon aus, dass die Klassen intern fraktioniert sind. Erst der Staat stelle die Einheit der intern zerstrittenen Kapitalisten her. Er eint die zersplitterten Kapitalfraktionen und organisiert den „Block an der Macht“. Dabei handelt es sich um die hegemonialen Klassen und Klassenfraktionen. Es kann also auch von Widersprüchen und Interessenskonflikten innerhalb der Klassen ausgegangen werden. Die großen politischen Antagonismen bestehen also im Klassenkampf, in den internen Konflikten der Klassenfraktionen und den globalen Interessenskonflikten zwischen unterschiedlichen Vorstellungen, in welche Richtung sich die Einheit von kapitalistischem Akkumulations- und Regulationsmodell entwickeln soll.

Politik hat grundsätzlich mit der Verteilung von Macht zu tun. In herrschaftsförmigen Gesellschaften ist diese asymmetrisch zu Gunsten bestimmter Gruppen und Interessen verteilt. Dadurch konstituiert sich ein Widerspruch zwischen asymmetrischer Machtverteilung und Partizipation. Herrschaft führt zur Exklusion bestimmter Gruppen und Individuen von der Teilhabe an bestimmten gesellschaftlichen Prozessen, Entscheidungen und Ressourcen. So konstituiert sich der für herrschaftsförmige Gesellschaften typische Widerspruch zwischen Inklusion und Exklusion.

Auch im Bereich der Kultur und der Ideologie existieren im Kapitalismus Antagonismen. Ein grundsätzlicher kultureller Antagonismus der kapitalistischen Gesellschaftsformation ist folgender: Im kapitalistischen Weltsystem ist es unmöglich, dass sämtliche Kulturen in globa-

ler Einheit, globalem Wohlstand und Frieden miteinander leben. Dies bedeutet nicht, dass daher eine Trennung der Kulturen notwendig sei, sondern vielmehr, dass eine Einheit in der Vielfalt der kulturellen Beziehungen unter Aufhebung der großen gesellschaftlichen Antagonismen notwendig wäre. Der große kulturelle Antagonismus des Kapitalismus lautet also: Es ist unmöglich, dass alle Kulturen im Kapitalismus in Frieden und Wohlstand miteinander leben, da es in diesem System grundsätzlich ungerechte Verteilungen des materiellen Wohlstands und Ausbeutungsverhältnisse gibt.

Jede Gesellschaft zeichnet sich durch unterschiedliche Lebensformen, -stile und Wertvorstellungen aus, die sich aufeinander beziehen, um das gesellschaftliche Ganze zu formieren. In herrschaftsförmigen Gesellschaften dominieren bestimmte Lebensformen zu Ungunsten anderer, es kommt häufig zu einem Gegeneinander an Stelle eines solidarischen Miteinanders der Lebensstile und zur Abwertung bestimmter Lebensstile. So konstituiert sich ein Antagonismus zwischen dominanten und marginalisierten Lebensstilen, der sich aus einer herrschaftsförmigen Strukturierung des Zusammenlebens ergibt.

Die Kultur ist auch jener Bereich in dem Ideologien entstehen. Unter einer Ideologie ist „ein System von Ideen und Vorstellungen, das das Bewußtsein eines Menschen oder einer gesellschaftlichen Gruppe beherrscht“ (Althusser 1977), zu verstehen. In herrschaftsförmigen Gesellschaften kommt es zu einer Konkurrenz der Ideologien und Wertvorstellungen, wodurch sich gesellschaftliche Konflikte entwickeln können. So konstituiert sich ein Antagonismus konkurrierender, unvereinbarer Werte und Ideologien. Der Kapitalismus fußt auf der Konkurrenz von Ideologien, Lebensstilen und Werten.

Auch die Technik ist im Kapitalismus eine antagonistische. Die Technik kann nicht als ein eigenständiges gesellschaftliches Subsystem betrachtet werden, sondern sie ist ein Mittel zur Erreichung von Zielen, das in den einzelnen Teilsystemen eingesetzt wird. Unter Technik werden i.d.R. ausschließlich Dinge, Prozesse, Fertigkeiten, Wissen oder Tätigkeiten verstanden (vgl. Fuchs 2000). Angebracht erscheinen jedoch umfassendere Definitionen, die all dies inkludieren (wie etwa bei Rammert 1993, Ropohl 1996, Kurrer 1990). Im Sinn einer solchen allgemeinen Definition kann Technik verstanden werden ist die zweckmäßig orientierte Einheit der Mittel, Verfahren, Fertigkeiten, Prozesse und des Wissens, die notwendig sind, um definierte Ziele zu erreichen. Sie steht in jeder Gesellschaft in einem wechselseitigen Verhältnis mit der Gesellschaft. Sie ist daher wechselseitig vermittelt mit den Antagonismen des Kapitalismus in Ökonomie, Kultur und Politik. Sie ist Medium und Resultat dieser Widersprüche.

Im Kapitalismus besteht eine Umkehr der Zweck-Mittel-Relation: Es werden nicht mehr Zwecke identifiziert, zu deren Erreichen Technik ein Hilfsmittel ist, sondern Technik wird zum Selbstzweck. Ihr Hauptsinn besteht nun in der effektiven Organisation der Kapitalakkumulation in Form des technischen Produktionsmittels. Technik dient nicht mehr den Menschen zur Erleichterung ihres Daseins und ihrer Auseinandersetzung mit der Natur, sondern der effektiven Ausbeutung der Arbeitenden durch das Kapital und der Produktion des Mehrwerts. Sie ist im Kapitalismus Mittel zur Produktion von Mehrwert und dadurch in die Widerspruchhaftigkeit des Kapitalismus eingebunden. Technik ist eine Form der relativen Mehrwertproduktion. Durch ihre Entwicklung als Produktivkraft ist sie Mittel um die lebendige Arbeitskraft effizienter zu gestalten. D.h., dass der permanente Fortschritt von Wissenschaft und Technik dafür sorgt, dass die Mehrwertproduktion zeitlich immer mehr komprimiert wird. Mit Hilfe immer neuer und besserer Maschinen kann immer mehr Mehrwert in immer kürzerer Zeit hergestellt werden. Der Ausbeutungsgrad der Arbeitenden steigt dadurch immer mehr an.

Die Technik erleichtert an sich die Arbeit, im Kapitalismus wird sie jedoch zum Herrschaftsmittel über die Arbeitenden und intensiviert den Ausbeutungsgrad der Arbeit. Dies

entspringt jedoch nicht aus Eigenschaften der Technik, sondern aus der Anwendung und Entwicklung der Technik als Mittel der kapitalistischen Herrschaft (vgl. Marx 1867, S. 465).

Dass die Technik in die Widersprüchlichkeit des Kapitalismus eingebunden ist, zeigt sich auch an der Rolle, die sie im Widerspruch zwischen lebendiger und vergegenständlichter Arbeit spielt. Da Technik Mittel zur Produktion von Mehrwert ist, führt der Zwang, sie beständig weiter zu entwickeln, zur Ersetzung von lebendiger durch vergegenständlichte Arbeit. Basis des Werts ist jedoch die lebendige Arbeit, der Mehrwert entspringt nur aus dem variablen Kapital. Wir haben bereits gesehen, dass dieser Widerspruch eine wesentliche Rolle beim TFPR spielt, aber nicht dessen einziger Faktor ist. Technik ist Medium und Resultat dieses Widerspruchs: Sie vermittelt die Ersetzung von lebendiger durch vergegenständlichte Arbeit, als Resultat davon wird die Entwicklung der Produktivkräfte, und damit auch die Technikgenese, aber weiter vorangetrieben.

Durch den eben beschriebenen Widerspruch steigt die Arbeitslosigkeit im Zug des Vorschreitens der Automatisierung langfristig relativ an. Gleichzeitig erhöht sich die Ausbeutungsrate der verbleibenden Lohnarbeitenden durch die technisch vermittelte Intensivierung der Arbeit. Die verfügbare Zeit (disposable time) der Gesellschaft wird dadurch erhöht, dass die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit vermindert wird und gleichzeitig die Mehrarbeit erhöht wird. Auch hier ist Technik Medium und Resultat des Widerspruchs. „Es liegt also in der Anwendung der Maschinerie zur Produktion von Mehrwert ein immanenter Widerspruch, indem sie von den beiden Faktoren des Mehrwerts, den ein Kapital von gegebener Größe liefert, den einen Faktor, die Rate des Mehrwerts, nur dadurch vergrößert, dass sie den anderen Faktor, die Arbeiterzahl, verkleinert“ (Marx 1867, S. 429).

Die Lohnarbeitenden sind im Kapitalismus zum Anhängsel des fixen Kapitals geworden. Einerseits technisch, da die Arbeitsmittel nicht mehr von einem einzelnen Individuum beherrscht werden können, sondern nur im Rahmen der Arbeitsteilung (Trennung von Produzent und Produktionsmittel). Andererseits sozial, da die Arbeitsmittel den Arbeitenden als Kapital gegenüberreten. „Innerhalb des kapitalistischen Systems vollziehn sich alle Methoden zur Steigerung der gesellschaftlichen Produktivkraft der Arbeit auf Kosten des individuellen Arbeiters; alle Mittel zur Entwicklung der Produktion schlagen um in Beherrschungs- und Exploitationsmittel des Produzenten, verstümmeln den Arbeiter in einen Teilmenschen, entwürdigen ihn zum Anhängsel der Maschine, vernichten mit der Quelle seiner Arbeit ihren Inhalt, entfremden ihm die geistigen Potenzen des Arbeitsprozesses, im selben Maße, worin letzterem die Wissenschaft als selbständige Potenz einverleibt wird“ (Marx 1867, S. 674).

Diese allgemeinen Widersprüche dienen uns nun als Basis für die Erläuterung der krisenhaften und antagonistischen Evolution des Kapitalismus.

## Die antagonistische und krisenhafte Evolution des Kapitalismus

Was haben all diese Widersprüche des Kapitalismus nun mit seiner Evolution und der Theorie der Selbstorganisation zu tun? Wir haben uns nun schon sehr weit vorgearbeitet, ein Modell der Evolution des Kapitalismus kann nun angegeben und der Zusammenhang mit einer evolutionären Form der Selbstorganisation erläutert werden. Erinnerung sei daran, dass wir Evolution als Transformation und Wandel von Systemen, d.h. ihrer Elemente, Strukturen, Zustände und ihres Verhaltens, verstehen. Es besteht also mit einem solchen allgemeinen Verständnis keine Gefahr in biologistische Argumentationen zu verfallen, wie dies bei den bestehenden Ansätzen ökonomischer Selbstorganisation häufig der Fall ist. Evolution des Kapitalismus bedeutet auch nicht notwendigerweise eine kontinuierliche Veränderung, sondern es wird davon ausgegan-

gen, dass es zwei Formen des gesellschaftlichen Wandels gibt. Den kontinuierlichen einerseits und den sprunghaft-revolutionären andererseits.

Ökonomie, Politik und Kultur stehen miteinander in wechselseitigen Verhältnissen und beeinflussen sich daher gegenseitig. Die Kausalität, die diesen Beziehungen zu Grunde liegt, ist keine mechanistische. D.h., dass nicht jede Wirkung auf genau eine Ursache zurückzuführen ist. Vielmehr haben wir es mit einer multidimensionalen Form der Kausalität zu tun: Eine Wirkung kann verschiedene Ursachen haben und eine Ursache verschiedene Wirkungen zu Folge haben. Gesellschaft ist ein hoch komplexes System, daher können Ursachen und Wirkungen einander nicht bijektiv zugeordnet werden. Auf Grund dieser komplexen Kausalität ist es nicht der Fall, dass ein gesellschaftliches Subsystem das Geschehen in anderen determiniert. Gesellschaft folgt daher auch nicht einem simplen Basis-Überbau-Modell. Es ist jedoch der Fall, dass in der kapitalistischen Gesellschaft die Ökonomie ein dominantes Verhältnis zu Politik und Kultur hat. D.h., sie determiniert nicht das politische und kulturelle Handeln und deren Entwicklung, aber sie beeinflusst sie in so einem Ausmaß, dass auch Politik und Kultur von der ökonomischen Logik des Kapitalismus geprägt sind. Derartige Beeinflussungen können aber niemals den Charakter der Vollständigkeit annehmen, da solche Argumentationen des strukturalistischen Ökonomismus wenig Spielraum für alternative Entwicklungen lassen und daher qualitative Veränderung der Gesellschaft prinzipiell ausschließen. Resultat sind statische und mechanistische Gesellschaftsmodelle. Gesellschaft als komplexes System ändert sich jedoch dynamisch und unterliegt keiner mechanistischen Kausalität. Politik und Kultur haben daher auch immer Rückwirkungen auf den Bereich der Ökonomie.

Die Evolution des Kapitalismus wird daher nicht von der Ökonomie determiniert, sondern von Ökonomie, Politik und Kultur beeinflusst. Die ökonomische Prägung ist dabei auf Grund der Dominanzverhältnisse (Ökonomie dominiert Politik und Kultur) stärker als die politische und kulturelle. Die Ökonomie determiniert nicht das Auftreten von Krisen des Kapitalismus, ökonomische Aspekte spielen aber eine wesentliche Rolle. Genauso existieren aber politische Krisen, die mit den ökonomischen in Wechselwirkung stehen können. Bei einer Krise des Kapitalismus kann es sich um ökonomische, politische oder kulturelle-ideologische Krise handeln oder um die Einheit mehrerer Dimensionen. Die ökonomische Krise äußert sich im Fall der Profitraten, dem Bankrott von Unternehmen und einer Verschlechterung der Variablen der Makroökonomie (Output, Investitionsrate, GDP, Beschäftigungsrate, Konsumtion, Staatsausgaben, Preisniveau, Zinsrate). Die politische Krise kann in Klassenkämpfen, der Unbeliebtheit der bestehenden Regierung, einer Ausweitung des mangelnden Vertrauens der Politik, Neuwahlen, Umsturzversuchen, bürgerkriegsähnlichen Zuständen oder einer Abkehr von den bestehenden Prämissen der staatlichen Regulation (wie z.B. beim Übergang vom Keynesianismus zum Neoliberalismus) zum Ausdruck kommen.

Dass die kapitalistische Gesellschaft kein automatisch selbst reproduzierendes System sein kann, zeigt sich durch die strukturellen Zusammenbruchstendenzen. Wird angenommen, dass gerade die Krise zur Reproduktion notwendig ist, so folgt dies einer mechanistischen Logik, die von einem endlosen Wechsel von Boom und Krise ausgeht, der nicht historisch wandelbar ist. Dem komplexen Denken entsprechend sollte aber angenommen werden, dass eine polit-ökonomische Krise einen Bifurkationspunkt der gesellschaftlichen Evolution darstellt, in dem die Entwicklung nicht determiniert ist. Da die weitere Entwicklung offen ist und jede Krise des Kapitalismus auch sein Ende bedeuten kann, kann er nicht als automatisch selbst reproduzierend angesehen werden. Vielmehr ist die Selbstreproduktion des Kapitalverhältnisses eine Möglichkeit neben anderen im Bifurkationspunkt, ebenso kann es aber z.B. auch durch das soziale Handeln aktiver Subjekte zu grundsätzlichem sozialem Wandel kommen. Würden wir

von der Selbstreproduktionsfähigkeit des Kapitalismus sprechen, so würde dies eine mechanistische Verkürzung bedeuten, die annimmt, dass der Kapitalismus sich immer wieder automatisch stabilisiert. Die Möglichkeit der Ende dieses Systems käme dann nicht mehr in Betracht. Daher sprechen wir vorsichtiger von der Selbstreproduktionsmöglichkeit, die eine von mehreren Alternativen der offenen gesellschaftlichen Entwicklung im Bifurkationspunkt ist. Entscheidend ist bei der Selektion der Alternative insbesondere das aktive soziale Handeln der Subjekte, das die Wahrscheinlichkeit erhöhen kann, dass eine bestimmte Auswahl eintritt. Vollständige Gewissheit gibt es dabei allerdings keine.

Eine Krise des Kapitalismus ist Ausdruck seiner strukturellen Widersprüchlichkeit. Es ist nicht möglich, eine Krise auf einzelne Ursachen zu reduzieren, da die Antagonismen des Kapitalismus in komplexen Verhältnissen miteinander stehen und kausale Verknüpfungen zwischen ihnen bestehen. Wir müssen daher annehmen, dass einem komplexen widersprüchlichen System entsprechend Krisen nicht immer dieselben Ursachen haben. Vielmehr kommt es bei jeder Krise zu einer spezifischen Kombination von politischen und ökonomischen Widersprüchen, die bestimmte konkrete Verhältnisse und Wirkungen miteinander eingehen. Eine polit-ökonomische Krise ist eine emergente Eigenschaft des Kapitalismus. Sie kann nicht auf einzelne Ursachen, d.h. Widersprüche, reduziert werden, sondern entsteht in einem konkreten Artikulationsverhältnis von Widersprüchen. Fassen wir die wichtigsten Widersprüche des Kapitalismus zusammen:

- Antagonistische Klassenverhältnisse
- Politische Fraktionierungen von Klassen, durch das kapitalistische Weltsystem provozierte globale Interessenskonflikte
- Antagonismus zwischen Reichtum um relativer Verarmung (Akkumulation von Reichtum auf dem einen Pol ist zugleich Akkumulation von Elend auf der anderen Seite, dies ist aber ein relatives Verhältnis, da akkumuliertes Kapital und damit auch  $v$  absolut steigen)
- Widerspruch zwischen notwendiger und Mehrarbeit (relativer Mehrwert kann nur durch Verkleinerung der Arbeiterzahl erhöht werden, notwendige gesellschaftliche Arbeitszeit wird durch Intensivierung der Mehrarbeit einer relativ kleiner werdenden Anzahl von Lohnarbeitenden ermöglicht)
- Widerspruch zwischen Gebrauchswert und Tauschwert, konkreter und abstrakter Arbeit
- Widerspruch zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen (TFPR)
- Widerspruch zwischen lebendiger und vergegenständlichter Arbeit
- Widerspruch zwischen ProduzentInnen und Produktionsmittel (Selbstzweckhaftigkeit der Technik, Entfremdung, Widerspruch zwischen Zweck und Mittel der Produktion, Menschen als Anhängsel der Technik)
- Widerspruch zwischen der in einzelnen Fabriken auf Profit orientierten Produktion und dem gesellschaftlichem Bedarf (Disproportionalitäten, „Anarchie der Produktion“)
- Widerspruch zwischen Produktion und Konsumtion (Unterkonsumtion, Überproduktion)
- Widerspruch zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und der privaten Aneignung (Arbeiter produzieren gesellschaftlich, ihr Mehrprodukt wird jedoch individuell angeeignet; Kapital existiert als gesellschaftliches Verhältnis der Konkurrenz, unterliegt jedoch einer Tendenz der Monopolisierung = Widerspruch zwischen Konkurrenz und Monopol)
- Kultureller Antagonismus: Es ist nicht möglich, dass alle Kulturen im Kapitalismus in Frieden und Wohlstand miteinander leben, da es in diesem System grundsätzlich ungerechte Verteilungen des materiellen Wohlstands und Ausbeutungsverhältnisse gibt, die aufrechterhalten werden.

- Widerspruch zwischen asymmetrischer Machtverteilung und Partizipation in herrschaftsförmigen Gesellschaften
- Widerspruch zwischen Inklusion und Exklusion in herrschaftsförmigen Gesellschaften
- Antagonismus zwischen dominanten und marginalisierten Lebensstilen in herrschaftsförmigen Gesellschaften
- Antagonismus konkurrierender, unvereinbarer Werte und Ideologien in herrschaftsförmigen Gesellschaften

Eine Anhäufung derartiger Widersprüche, die komplexen Verstärkungen und Rückkopplungen zwischen ihnen führen zu einer Phase der Instabilität. Diese Instabilität äußert sich als emergentes Phänomen, der polit-ökonomischen Krise. Dieses emergente Phänomen kann als gesellschaftlicher Bifurkationspunkt verstanden werden. Bifurkation meint dabei nichts anderes als die allgemeine Bestimmung, dass ein System in eine Phase eintritt, in der seine Weiterentwicklung nicht determiniert ist, sondern in der mehrere alternative Entwicklungspfade möglich sind. In der Evolution des Kapitalismus zeigt sich eine Dialektik von Zufall und Notwendigkeit: Tritt nach einer Krisenphase eine Stabilisierung ein, so wurde nur ein möglicher Entwicklungspfad realisiert. Sicher ist dann, dass die weitere Entwicklung nicht für immer stabil verlaufen wird. Dies ist der Aspekt der Notwendigkeit und des Determinismus. Es wird zu weiteren Krisenschüben und Bifurkationspunkten kommen. Wann dies der Fall ist, kann jedoch auf Grund der Komplexität des gesellschaftlichen Systems nicht vorhergesagt werden. Dies ist der Aspekt des Zufalls und des Chaos.

Die Entwicklung im Bifurkationspunkt ist ebenfalls nicht determiniert. Die Realisierung von Gegentendenzen zur Krise, die eine Stabilisierung des Kapitalismus auslösen, ist nur eine der Entwicklungsmöglichkeiten. Alternativ dazu ist jedoch auch vorstellbar, dass der Kapitalismus aufgehoben wird in eine andere Form der Gesellschaft. Dies muss nicht notwendigerweise im positiven Sinn gemeint sein. Einerseits kann auf Grund der Brisanz der globalen Probleme eines Tages nämlich tatsächlich ein großer Kollaps einsetzen (in welcher Dimension auch immer: Ökonomie, Krieg, Ökologie etc.), der das Ende der Menschheit bedeutet oder einen Rückwurf auf einfachere Formen der Gesellschaft. D.h. auch, dass ein Geschichtsfortschritt, wie von Marx und Engels an manchen Stellen angenommen, nicht notwendigerweise gegeben ist. Er ist eine von mehreren Alternativen. Andererseits kann sich als eine Alternative auch eine tatsächliche Aufhebung des Kapitalismus und seiner Formkategorien hin zu einer höheren Stufe der Gesellschaft zeigen, in der die Menschen auf Basis der sozialen Selbstorganisation Verhältnisse eingehen.

Damit dies möglich ist, bedarf es aber auf alle Fälle des emanzipatorischen gesellschaftlichen Handelns der unterdrückten Klassen. Das potentiell emanzipatorische Subjekt ist heute nicht eine einzige Klasse, sondern die globale, vernetzte Einheit in der Vielfalt aller unterdrückten Klassen. In Fuchs (2000b) wurde die Herausbildung emanzipatorischer sozialer Netzwerke näher untersucht und in den theoretischen Rahmen der Selbstorganisationstheorie gestellt. Solche Netzwerke können mit Gilles Deleuze und Félix Guattari als Rhizome angesehen werden. Bereits Marx verwies auf eine solche Selbstorganisation emanzipatorischer Klassen, bei denen sich eine „geschichtliche Selbsttätigkeit“ (MEW 4, S. 490) zeigt.

Alexa Mohl (1992) definiert ein emanzipatorisches Subjekt folgendermaßen: „Ein emanzipatorisches Subjekt ist also nach Marx dadurch gekennzeichnet, dass es ein Bewusstsein, Bedürfnisse, Fähigkeiten und Kräfte besitzt, die über die Lebensbedingungen der bestehenden Gesellschaft hinausweisen, und dass es diese Eigenschaften in praktischen Kämpfen manifestiert, in Kämpfen, deren Form den Charakter der gesellschaftlichen Lebenspraxis, wie sie die bürgerlichen Verhältnisse ausgeprägt haben, überwindet“ (Mohl 1992, S. 73).

Es kann nicht davon ausgegangen werden, dass soziale Bewegungen automatisch einen emanzipatorischen Charakter haben. Soziale Bewegungen als potentiell emanzipatorische Subjekte können emanzipatorische Bedürfnisse und Fähigkeiten, gesellschaftskritisches Bewusstsein, eine gesellschaftskritische Praxis und Organisationsformen der Selbstorganisation und der Autonomie entwickeln, dies sind jedoch nicht automatisch ihre Eigenschaften. Manche dieser Bewegungen weisen einige dieser Charakteristika auf (eine basisdemokratische Organisationsform, also Autonomie und Selbstorganisation, ist sogar häufig zu finden), jedoch auch dies macht sie noch nicht notwendigerweise zum emanzipatorischen Subjekt.

Wenn sich soziale Bewegungen vernetzen und eine gemeinsame politische Praxis entwickeln, so handelt es sich dabei noch nicht notwendigerweise um ein emanzipatorisches soziales Netzwerk, ein Rhizom, da die polit-ökonomischen Wurzeln gesellschaftlicher Probleme häufig nicht adäquat erfasst werden, woraus sich eine Institutionalisierung oder die Verfolgung reformistischer und auf Einzelfragen beschränkter Ziele ergibt. Eine solche Konzentration auf Einzelfragen steht aber der Emergenz einer Fluchtlinie aus dem Kapitalismus und Neoliberalismus entgegen, da dazu eine umfassende Perspektive notwendig wäre, die vermittelt, dass weltweit Menschen durch Kapitalismus, Neoliberalismus und Globalisierung segmentarisiert werden und dass sie daher zusammenarbeiten könnten.

Ein emanzipatorisches Subjekt hat ein Bewusstsein, das über den Kapitalismus hinausweist. Es erkennt, dass diese Gesellschaftsformation eine wesentliche Ursache der bestehenden globalen Probleme ist. Und genau dieses Bewusstsein fehlt vielen sozialen Bewegungen, damit sie als emanzipatorisch bezeichnet werden können. Die Möglichkeit einer intellektuellen Avantgarde kann daher in Betracht gezogen werden, die Aufklärungsarbeit über die Möglichkeit von Alternativen zum Kapitalismus leistet, um die Bildung von emanzipatorischen Rhizomen und Meta-Rhizomen zu triggern und um potentiell emanzipatorische Subjekte zu tatsächlich emanzipatorischen Subjekten zu machen, die ihre Probleme als jene anderer und diejenigen anderer als ihre eigenen begreifen. Mit einer intellektuellen Avantgarde ist dabei nicht eine Führungsbewegung im Sinne marxistisch-leninistischer Parteien gemeint, sondern Menschen, die durch alternative Sozialisierung und Zugänge ein antikapitalistisches Denken erreicht haben und daher anderen die Möglichkeit einer postkapitalistischen Gesellschaftsformation vermitteln wollen, ohne einen Führungs- oder Herrschaftsanspruch geltend zu machen. Die intellektuelle Avantgarde führt somit eine Veränderung der Gesellschaft nicht an, sondern gibt nur den Anstoß dazu.

Vernetzte, emanzipatorische soziale Bewegungen müssen nicht homogene Interessen haben und auf eine Homogenisierung ihrer Politik abzielen, um eine gemeinsame politische Perspektive zu erlangen. Sie müssen auch nicht auf ein Zulassen aller möglichen politischen Richtungen - ein anything goes - innerhalb ihres rhizomatischen Netzwerkes hinarbeiten. Vielmehr ist ihnen eine dialektische Einheit in der Vielfalt möglich, d.h. dass sie einerseits die Unterschiede in ihren politischen Herangehensweisen und Vorstellungen sowie in der Ausprägung in ihren spezifischen lokalen und regionalen politischen Situation betonen können und andererseits aber nichtsdestotrotz gleichzeitig eine gemeinsame Perspektive entwickeln können, indem sie das Verbindende betonen, herausarbeiten und als ein Leitbild der politischen Praxis verwenden. Eine solche Herangehensweise ist auch das Muster der dialektischen Form der kulturellen Globalisierung, die sich von reduktionistischen, projektionistischen und dualistischen Arten unterscheiden lässt.

Die Kulturwissenschaftler Steven Best und Douglas Kellner (1997) sehen eine solche politische Position als Synthese von moderner und postmoderner Politik. Es sei eine Einheit von Herangehensweisen der „modernen Politik“ wie die Betonung von Solidarität, Allianzen, Kon-

sens, universellen Rechten und einer Makropolitik sowie von Herangehensweisen der „post-modernen Politik“ wie die Betonung von Differenz, Pluralität, Multiperspektivität, Identität und einer Mikropolitik notwendig. Eine solche Dialektik von Moderne und Postmoderne könne bei der Lösung der großen politischen Probleme fruchtbar sein.

Emanzipatorische soziale Rhizome sind die potentiell größten Produktivkräfte der Gesellschaft als Kraft der dialektischen Aufhebung. Dies ist aber wiederum nur eine Potentialität, die Realisierung ist eine mehrerer Möglichkeiten.

Es sollte nicht der Eindruck entstehen, dass politökonomische Krisen ausschließlich eine Chance auf emanzipatorische Veränderung sind. Nein, die Entwicklung kann auch in eine andere Richtung verlaufen, in eine, die, bei aller Kritik am Kapitalismus, noch dessen Potenzierung darstellt. Nämlich der Umschlag in den Faschismus. Bei so einer Entwicklung erlischt jeder sozialer Selbstorganisationscharakter. Die soziale Exklusion, die Herrschaft des Kapitals und die exklusive soziale Information werden total.

Es sollte auch nicht angenommen werden, dass nur die Instabilität der politökonomischen Krise die Chance auf emanzipatorische Veränderung bietet. Eine Aufhebungsbewegung kann sich im Rahmen von sozialer Vernetzung durch das komplexe gesellschaftliche Geschehen im Lauf der Zeit herausbilden. Ihre emanzipatorische Praxis muss sich nicht notwendigerweise im Rahmen einer politökonomischen Krise herausbilden. Die emanzipatorische Praxis kann also auch außerhalb einer ökonomischen Krise prinzipiell in so einem Ausmaß wirksam werden, dass die kapitalistische Gesellschaft destabilisiert wird und eine politische Krise entsteht. Diese politische Krise kann auf die Ökonomie rückwirken und sich zu einer polit-ökonomischen Krise auswachsen. Eigentlicher Auslöser wäre hier also der Klassenkampf. In der Bifurkations-situation würde sich dann wiederum eine Vielfalt von Entwicklungsmöglichkeiten aufun.

Was hat dies nun mit Selbstorganisation zu tun? Wir haben gesehen, dass der Kapitalismus ein komplexes, evolutionäres System ist, in Rahmen dessen Entwicklung emergente Krisen auftreten, die alternative Entwicklungspfade eröffnen. In diesem Sinn ist der Kapitalismus evolutionär-selbstorganisierend. Dies ähnelt auch der Theorie evolutionärer Systeme im Sinn Laszlos. Ist der Kapitalismus auch sozial-selbstorganisierend? Erinnern wir uns an die Festlegung: Soziale Selbstorganisation bedeutet, dass die von den entstehenden Gesetzen betroffenen Individuen Eintreten, Form, Verlauf sowie das Ergebnis des Entstehungsprozesses selbst bestimmen und gestalten können. Wir haben bereits gesagt, dass kapitalistische Ökonomie und Politik nur einen sehr geringen Grad an sozialer Selbstorganisation aufweisen. Wir haben bereits gesagt, dass soziale Systeme, die auf Herrschaft, Fremdbestimmung und Exklusion aufbauen, wie der Kapitalismus und die zu ihm gehörige moderne Form der Demokratie, nicht als selbstorganisierende soziale Systeme betrachtet werden können.

Der Kapitalismus ist also evolutionär-selbstorganisierend, aber nicht sozial-selbstorganisierend. Die evolutionäre Wandlungsfähigkeit jeder Gesellschaftsformation schließt nun aber mit ein, dass der Kapitalismus durch historischen Wandel aufgehoben werden kann und eine sozial-selbstorganisierende Form der Gesellschaft entsteht.

Die hier vertretenen Thesen zur Evolution des Kapitalismus werden als dialektisch verstanden. Die Widersprüche in Ökonomie, Politik und Kultur sind die wesentlichen Triebkräfte der Veränderung des Kapitalismus. Die Leistung von Marx ist, dass er dies bereits vor 150 Jahren erkannte und die ökonomischen Widersprüche genau beschrieben und davon ausgehend eine Gesellschaftskritik ausgearbeitet hat. Dieses dialektische Denken von Marx äußerte sich z.B. in seinem dialektischen Technikbegriff (Technik verändert Gesellschaft und die Gesellschaft

bringt Technologien sozial hervor<sup>64</sup>) und seiner Dialektik von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen (siehe weiter oben in diesem Kapitel).

Haustein (1998) vertritt die Ansicht, dass bereits Marx im Gegensatz zur Gleichgewichtstheorien der Ökonomie den Kapitalismus als ein dynamisches, evolutionäres System beschrieb. Ähnlich auch Immanuel Wallerstein, der meint, es sollte der „andere Marx“ ins Rampenlicht gerückt werden, „der die Geschichte als komplexen, nicht-linearen Prozess begriff, der die Besonderheit unterschiedlicher historischer Systeme analysierte“ (Balibar/Wallerstein 1998, S. 156). Daher ist es nur konsequent, sich mit einer Theorie der Evolution des Kapitalismus auf Marx zu beziehen. Marx war besonders an diskontinuierlichen qualitativen Sprüngen der gesellschaftlichen Evolution interessiert und vermied damit einen Gradualismus. Anders als viele der heute bestehenden evolutionistischen Ansätze der Ökonomie wandten sich Marx und Engels explizit gegen eine Übertragung der biologischen Evolution auf die ~~Gesellschaft~~<sup>65</sup> Kurz zusammen: Der Kapitalismus ist ein in Ökonomie, Politik und Kultur widersprüchliches System. Durch die Anhäufung solcher Widersprüche und bestimmten Artikulationsverhältnissen zwischen ihnen kommt es zur Emergenz polit-ökonomischer Krisen (bzw. rein politischer bzw. ökonomischer Krisen, die sich auf andere Subsysteme ausbreiten können). Solche Phasen der gesellschaftlichen Instabilität stellen Bifurkationssituationen dar, in denen sich mehrere alternative Entwicklungspfade eröffnen. Welcher Pfad eingeschlagen wird, ist nicht determiniert. Durch die Mobilisierung von Gegentendenzen kann es zu einer weiteren temporären Stabilisierung kommen, die jedoch wiederum durch Krisen instabilisiert werden wird. Weiters kann es zu einem völligen Kollaps, einer Rückentwicklung (negative Aufhebung) oder zur Gefahr eines faschistischen Umschlags kommen. Durch die Mobilisierung emanzipatorischer Subjekte, die die Form sozialer Rhizome annehmen können und eine Politik der Einheit in der Vielfalt verfolgen, kann es zur positiven Aufhebung der kapitalistischen Gesellschaftsformation und zur Emergenz einer sozial-selbstorganisierten Gesellschaftsformation kommen.

Auf der nun erarbeiteten Basis können wir uns die krisenhafte Evolution des Kapitalismus im Rahmen des Übergangs vom Fordismus zum Postfordismus näher ansehen. Es ist dazu sinnvoll, sich mit krisentheoretischen Ansätzen auseinanderzusetzen und sich anzusehen, welche Ursachen in diesen Theorien für die Krise des Fordismus gesehen werden. Dabei werden besonders darauf eingegangen, ob sich Aspekte der evolutionären und sozialen Selbstorganisation in den diskutierten krisentheoretischen Ansätzen finden lassen. Weiters wird darauf geachtet, welche Rolle der Technik in diesen Theorien zuerkannt wird.

Es ist sinnvoll, nicht in chronologischer Reihenfolge, sondern mit dem bedeutendsten Ansatz zu beginnen. Und diesen stellt m.E. die französische Regulationstheorie dar, da hier eine besonders intensive Auseinandersetzung mit dem Fordismus und seiner Krise erfolgte. Daher wurde diese Theorie auch „Fordismustheorie“ genannt, jedoch wurde gegen diese Bezeichnung eingewandt, dass sich der Untersuchungsgegenstand nicht auf eine spezifische Phase des Kapitalismus beschränke, sondern dass es um eine allgemeine Entwicklungstheorie der kapitalistischen Vergesellschaftungsform ginge.

---

<sup>64</sup> Die in der vorliegenden Arbeit immer wieder auftauchende Formulierung eines dialektischen Technikbegriffs bezieht sich darauf, dass Technik Medium und Resultat der gesellschaftlichen Verhältnisse und Entwicklungen ist.

<sup>65</sup> vgl. z.B. Engels: „Der wesentliche Unterschied der menschlichen von der tierischen Gesellschaft ist der, dass die Tiere höchstens sammeln, während die Menschen produzieren. Dieser einzige, aber kapitale Unterschied allein macht es unmöglich, Gesetze der tierischen Gesellschaften ohne weiters auf menschliche zu übertragen“ (MEW 34, S. 170).

### 3. Krisentheorien und Selbstorganisation

Krisentheorien, die sich mit der Krise des Fordismus auseinandersetzen, können in drei Kategorien eingeteilt werden: Regulationstheorie (3.1.), marxistische Krisentheorien (3.2.) und Neoschumpeterismus (3.3.). Für jede dieser drei Schulen werden wir im Folgenden die theoretischen Grundannahmen erklären und darauf basierend erläutern, wie die Krise des Fordismus erklärt wird und welche Rolle dabei Technik und Selbstorganisation spielen.

In Kapitel 1 haben wir eine Einführung in die Begriffe Fordismus und Postfordismus gegeben. In Kapitel 2 haben wir diese konkretere Analyseebene verlassen und ein allgemeines Modell der kapitalistischen Entwicklung herausgearbeitet. In den Kapiteln 3 und 4 wird dieses allgemeine Modell an Hand der Krise des Fordismus beispielhaft erläutert und konkretisiert. Dazu sehen wir uns im Folgenden (Kap. 3) an, welche Aspekte der Selbstorganisation in bestehenden Krisentheorien des Fordismus berücksichtigt werden und entwickeln darauf und auf dem allgemeinen Modell der kapitalistischen Entwicklung aus Kapitel 2 aufbauend in Kapitel 4 einen eigenen Erklärungsansatz für die Krise des Fordismus.

#### 3.1. Die französische Regulationstheorie

Vorausgeschickt werden muss, dass es nicht so eindeutig ist, ob hier von einer zusammenhängenden Theorie oder Schule gesprochen werden kann. Jene theoretischen Ansätze, die vor allem in den 70er und 80er-Jahren in Frankreich entstanden sind und sich u.a. um eine Erklärung der Krise des Fordismus bemühten, unterscheiden sich doch ganz wesentlich voneinander. Z.B. zeigen sich wesentliche Unterschiede zwischen den eher ökonomistischen und orthodox marxistischen Ansätzen aus der sogenannten „Grenobler Schule“ und den Ansätzen der „Pariser Schule“, die entweder an einer Weiterentwicklung der Marxschen Theorie interessiert sind oder werttheoretische Aspekte generell ausklammern. Wesentliche Unterschiede bestehen weiters zwischen den an Marx orientierten werttheoretischen Ansätzen (wie bei Alain Lipietz oder Michel Aglietta) und den preistheoretischen Ansätzen (z.B. bei Jacques Mistral oder Robert Boyer).

Der Hauptbezugspunkt für die Darstellung der Regulationstheorie sind hier die werttheoretischen Ansätze von Lipietz und Aglietta, da diese generell als die beiden bedeutendsten Vertreter erachtet werden. Aber auch die preistheoretische Variante wird angesprochen. Für den deutschsprachigen Raum hat vor allem die an die Regulationsschule anschließende Arbeit von Joachim Hirsch Bedeutung.

Die Bezeichnungen „Regulationsschule“ und „Regulationstheorie“ werden hier verwendet, da sich doch einige Aspekte identifizieren lassen, die die bedeutendsten Vertreter der Fordismusanalyse verbinden. Es geht uns hier zunächst um die Darstellung dieser verbindenden Elemente.

Die Regulationstheorie geht generell davon aus, dass sich eine spezifische Phase des Kapitalismus durch die Einheit eines Akkumulationsregimes und einer Regulationsweise auszeichnet. Sehen wir uns dazu einige Definitionen näher an:

### Akkumulationsregime:

„A regime of accumulation is a form of social transformation that increases relative surplus-value under the stable constraints of the most general norms that define absolute surplus-value“ (Aglietta 1979a, S. 69).

„Das Akkumulationsregime ist ein Modus systematischer Verteilung und Reallokation des gesellschaftlichen Produktes, der über einen längeren Zeitraum hinweg eine bestimmte Entsprechung zwischen zwei Transformationen herstellt: einerseits der Transformation von Produktionsverhältnissen (Volumen des eingesetzten Kapitals, Aufteilung unter den Branchen und Produktionsnormen) und andererseits der Transformation von Verhältnissen der tatsächlichen Konsumtion (Konsumtionsnormen der Lohnabhängigen und anderer sozialer Klassen, Kollektivausgaben etc.)“ (Lipietz 1998, S. 161). Das Akkumulationsregime beschreibe „the fairly long-term stabilisation of the social allocation of social production between consumption and accumulation“ (Lipietz 1987, S. 14).

„A regime of accumulation is defined by the whole set of regularities which allow a general and more or less consistent evolution for capital formation, i.e. which dampen and spread over time the imbalances which permanently arise from the process itself“ (Boyer 1988, S. 71).

### Regulationsweise:

„Wir nennen Regulationsweise die Gesamtheit der institutionellen Formen, der Netze, der expliziten oder impliziten Normen, die die Kompatibilität der Verhaltensweisen im Rahmen eines Akkumulationsregimes in Übereinstimmung mit den jeweiligen sozialen Verhältnissen und durch die Widersprüche und den konfliktuellen Charakter der Beziehungen zwischen den Akteuren und gesellschaftlichen Gruppen hindurch gewährleisten“ (Lipietz 1998, S. 163).

„The mode of regulation [...] designate[s] any set of rules and individual and collective behaviours which [...] make possible conflicting decentralized decisions compatible without the necessity for individuals or even institutions to comprehend the logic of the whole system; they control and regulate the prevailing accumulation mode; they reproduce basic social relationships through a system of historically determined institutional forms“ (Boyer 1988, S. 75).

Robles (1994) kritisiert Agliettas Definition des Akkumulationsregimes dahingehend, dass hier Regulationsweise und Akkumulationsregime definitorisch vermischt würden (Robles 1994, S. 70). Aglietta weist auf alle Fälle mit seiner Festlegung darauf hin, dass sich das Akkumulationsregime auf die Produktionsweise, auf die Art und Weise, wie Mehrwert produziert wird, bezieht. Und auch darauf, dass Marx zwei Arten der Produktion von Mehrwert unterschieden hat: die Methoden der absoluten und der relativen Mehrwertproduktion.

Lipietz geht mit seiner Definition einen Schritt weiter und berücksichtigt, dass sich das Akkumulationsregime auch auf die Art und Weise der Distribution und der Konsumtion bezieht. Weiters meint er, dass das Regime Mechanismen inkludiere, die versuchen, das Verhältnis zwischen Kapitalakkumulation und Konsumtion zu stabilisieren. Darauf bezieht sich auch Boyer, indem er von Regularitäten spricht, die die Ungleichgewichte der Kapitalakkumulation auszugleichen versuchen. Das Akkumulationsregime stellt eine zeitweise Übereinstimmung zwischen Normen der Produktion und der Konsumtion her. Dadurch wird garantiert, dass der produzierte Mehrwert auch realisiert werden kann.

Als Teile des Akkumulationsregimes können nun einerseits Bedingungen auf der Produktionsseite wie die Arbeitsproduktivität, der Grad der Mechanisierung, die Verteilung zwischen Produktionszweigen und Branchen, die Produktionsnormen (Lipietz 1992b, S. 2), die Produktionstechnik, die Arbeits- und Unternehmensorganisation, Verbindungen zwischen verschiedenen Produktionsweisen (Hirsch 1995, S. 48f), die Entscheidungsweisen des Kapitals (Boyer 1988, S. 71), Beziehungen zwischen kapitalistischen und nicht unmittelbar dem kapitalistischen Verwertungsprozess unterworfenen gesellschaftlichen Sektoren, die damit verbundenen jeweils herrschenden gesellschaftlichen Naturverhältnisse, die Formen der Produktion und Aneignung von Wissen, das Geschlechterverhältnis und das Raum/Zeit-Verhältnis (Hirsch 2001, S. 173f); sowie andererseits auf der Konsumtionsseite Bedingungen wie eine ausreichende Nachfrage (ebd.), Konsumtionsweisen, -muster und -normen, Budgetausgaben für kollektive Leistungen (Lipietz 1992b, S. 2) und Lebensweisen (Hirsch 1995, S. 48) betrachtet werden.

Das Akkumulationsregime kann nur bestehen, wenn genügend Mehrwert produziert wird und wenn die Rate des Mehrwerts ausreichend hoch ist. Dies kann auch nur dann eine gewisse Zeit stabil erfolgen, wenn eine Einbettung in „ein Netz gesellschaftlicher Institutionen und Normen [...], die dafür sorgen, dass sich die Menschen in Übereinstimmung mit den jeweiligen Bedingungen der Akkumulation verhalten, also entsprechende Arbeits-, Lebens und Konsumweisen sowie bestimmte Formen der Interessenwahrnehmung praktizieren“ (Hirsch 1995, S. 48) erfolgt.

Sowohl die Definition der Regulationsweise von Lipietz als auch jene von Boyer verweist darauf, dass hiermit die institutionellen Rahmenbedingungen der Kapitalakkumulation gemeint sind, die durch den Staat organisiert werden. Lipietz erwähnt aber, dass es sich hier nicht nur um staatliche Institutionen und Normen handelt, sondern dass diese auch einen privaten oder halböffentlichen Charakter haben können (Lipietz 1992b, S. 2). Institutionelle Formen der Regulationsweise sind z.B. die Marktregeln, das Geldverhältnis, finanzielle Netzwerke, die allgemeine Wohlfahrt (ebd.), Unternehmen mit ihren Verbänden, Gewerkschaften, Wissenschaft, Bildung, Medien, das politische System, die Familie (Hirsch 1995, S. 50), Parteien, Kirchen, Medien, Vereine, Justiz, Polizei, Beratungsinstitute, Think-Tanks (Hirsch 1990, S. 57), monetäre und Kredit-Verhältnisse, die institutionelle Verbindung von Kapital und Arbeit, die Art der Konkurrenz, das Weltmarktregime, die Arten der Staatsintervention und die Adhäsion zu internationalen institutionellen Formen (Boyer 1988, S. 71-75).

Robert Boyer verwendet den Begriff der institutionellen Formen, um auf jenen Institutionalisierungen und Regularitäten hinzuweisen, die die Rahmenbedingungen der Kapitalakkumulation organisieren helfen. Aglietta (1979a) hat dafür den Begriff der strukturellen Formen geprägt. Eine strukturelle Form sei „a mode of cohesion of basic social forms arising from the development of one and the same basic relation“ (Aglietta 1979a, S. 188). Mit letzter Relation meint Aglietta das Lohnverhältnis, auf dessen Entwicklung sich seiner Ansicht nach strukturelle Formen immer beziehen. Als wesentliche strukturelle Formen nennt er die kollektiven Lohnverhandlungen und das System der sozialen Absicherung (ebd., S. 382).

Obwohl in all diesen Definitionen immer wieder von der Stabilisierung der Kapitalakkumulation die Rede ist, geht die Regulationstheorie nicht davon aus, dass die Kapitalakkumulation stabil verläuft, sondern sie nimmt vielmehr an, dass der Kapitalismus ein strukturell krisenhaftes System darstellt. Es wird dabei angenommen, dass eine Phase des Kapitalismus solange stabil bleibt, wie Akkumulationsregime und Regulationsweise miteinander in Einklang stehen. Eine solche Phase, in der Akkumulationsregime und Regulationsweise zusammenspie-

len, wird als Entwicklungsmodell bezeichnet<sup>66</sup>. Treten sie zueinander in Widerspruch, so ist das Resultat eine gesellschaftliche Krise, aus der eine neue Einheit von Akkumulationsregime und Regulationsweise hervorgehen kann. Sei ein Entwicklungsmodell (wie der Fordismus) für eine längere Zeit stabil, so koordiniere die Regulationsweise das individuelle Handeln derart, dass das herrschende Akkumulationsregime stabilisiert werde. Die strukturellen Krisen seien Perioden des Übergangs von einem Entwicklungsmodell zu einem anderen. Eine solche Krise sei nun nicht eine rein ökonomische Störung, sondern betreffe das gesamte gesellschaftliche Gefüge inklusive der strukturellen und institutionellen Formen.

Wir können davon ausgehen, dass die Regulationsweise die Reproduktion der gesellschaftlichen Beziehungen sichert, die Reproduktion des Akkumulationsregimes steuert und die Kompatibilität einer Vielzahl getroffener Entscheidungen garantiert (Hübner 1989, S. 155).

Es werden nun von den VertreterInnen der Regulationstheorie mehrere Formen des Akkumulationsregimes unterschieden: Im extensiven Akkumulationsregime wird die Erhöhung der Mehrwertproduktion durch die Transformation der Arbeitsorganisation erreicht. Der Fortgang der Akkumulation passiert vorwiegend durch Erweiterung der Abteilung I. Im intensiven Akkumulationsregime wird eine Logik geschaffen, auf deren Basis sich eine soziale Konsumtionsnorm ausbildet (vgl. Aglietta 1979a, S. 71f). In der intensiven Akkumulation zeigt sich technischer Fortschritt in beiden Abteilungen der Produktion<sup>67</sup>. Bei der intensiven Form gibt es eine mit und eine ohne Massenproduktion. Es kann gesagt werden, dass in der extensiven Form die Methode des absoluten Mehrwerts (Verlängerung des Arbeitstages) und in der intensiven Form jene des relativen Mehrwerts (Erhöhung der Produktivität durch Produktivkraftentwicklung) vorherrscht (Lipietz 1985, S. 119; Waringo 1998, S. 69; Aglietta 1979a, S. 130; Brenner/Glick 1999, S. 43, 76).

Bei der Regulationsweise werden zwei Formen unterschieden: Bei der konkurentiellen Regulation kann die Verwertung des Kapitals erst durch den Tausch von Ware gegen Geld auf dem Markt festgestellt werden, während bei der monopolistischen Regulation kollektive Lohnverhandlungen, ein System der Staatsintervention und ein entwickeltes Kreditsystem die Antizipation ökonomischer Prozesse ermöglichen.

Der Fordismus als verallgemeinertes Modell, das nach dem 2. Weltkrieg bis in die 70er-Jahre hegemonial war, wird von der Regulationstheorie nun als vorwiegend intensives Akkumulationsregime mit Massenkonsum und monopolistischer Regulationsweise betrachtet. Die erste Phase des Fordismus während den beiden Weltkriegen habe auf einer intensiven Akkumulation ohne Massenproduktion verschränkt mit einer konkurentiellen Regulation basiert. Darin seien strukturelle Überproduktionskrisen angelegt gewesen, die sich aus der ungleichen Akkumulationsdynamik der beiden Abteilungen der Produktion ergaben. Der technische Fortschritt habe nur in der Landwirtschaft und der Abteilung I stattgefunden, woraus sich Disproportionalitäten zwischen den beiden Abteilungen der gesellschaftlichen Produktion ergaben. Die Phase des Kapitalismus von 1848 bis zum 1. Weltkrieg sei durch ein vorwiegend extensives Akkumulationsregime gekoppelt mit einer konkurentiellen Regulationsweise gekennzeichnet gewesen.

Die Regulationstheoretiker bauen einerseits auf dem Ansatz des strukturalistischen Marxismus von Louis Althusser auf, andererseits wenden sie sich aber auch kritisch gegen dessen

---

<sup>66</sup> Bei Lipietz kommt noch eine dritte Kategorie, das industrielle/technologische Paradigma hinzu, während andere Ansätze dieses unter das Akkumulationsregimes subsummieren.

<sup>67</sup> Zur Erinnerung: In Abteilung I werden die Produktionsmittel und in Abteilung II die Konsumtionsmittel hergestellt.

Ökonomismus. Eine wesentliche Leistung der Regulationsschule besteht auch darin, politische Aspekte in die Krisentheorie verstärkt eingeführt zu haben und einfachen, mechanistischen Basis-Überbau-Modellen damit eine Absage erteilt zu haben. Die oben angeführten Definitionen der Regulationsweise zeigen, dass hier die Dialektik von Struktur und Handeln berücksichtigt wird: Es wird davon ausgegangen, dass eine Kompatibilität der Verhaltensweisen der Individuen notwendig ist, um die Kapitalakkumulation zu ermöglichen. Dies ist der Aspekt der Einschränkung des Verhaltens durch strukturelle Formen im Sinn der Herstellung von Normen des Konsums. Hier fällt auch die Parallele zu Gramscis Hegemoniebegriff auf (vgl. Hirsch 1995, S. 56ff; Sablowski 1994), was auch impliziert, dass ein verändertes Verhalten der Menschen zu einer Krise der Regulation und der Akkumulation führen kann. Lipietz sieht Hegemonie als „Fähigkeit einer Klasse (oder eines Bündnisses) ihre Interessen als Interessen des ganzen Volkes darzustellen“ (Lipietz 1992b, S. 186). Eine Regulationsweise stütze sich also nicht nur auf staatliche Zwangsmitteln, sondern benötige auch die Zustimmung der Bevölkerung, um einigermaßen stabil zu bleiben. Hier zeigt sich bereits, dass die Regulationsschule nicht ausschließlich von einer ökonomischen Determination der Krisen des Kapitalismus ausgeht, sondern Krisen als gesellschaftliche fasst und nicht-ökonomische Strukturen und Institutionen in die Kapitalismustheorie miteinbezieht<sup>68</sup>. An die Betonung der Rolle der Politik, des Staates und des Handelns gesellschaftlicher Akteure schließt auch die Argumentation des Pariser Ansatzes an, die meint, dass sich die Dynamik des Kapitalismus nicht allein durch allgemeine Gesetzmäßigkeiten erklären lasse, da diese immer eine spezifische Ausprägung in der jeweiligen Phase des Kapitalismus habe. Die Herausbildung einer neuen Phase des Kapitalismus wie dessen möglicher Zusammenbruch würden sich nicht aus objektiven Gesetzen der kapitalistischen Akkumulation herleiten lassen und seien nicht vorhersehbar, sondern seien das Ergebnis der Einheit struktureller Krisen sowie sozialer Handlungen und Kämpfe (vgl. Hirsch 1995, S. 51).

Die Regulationstheorie wendet sich auch explizit gegen gleichgewichtsorientierte Ansätze der ökonomischen Theorie (z.B. jene von Léon Walras), die Gleichgewicht und Stabilität der Märkte betonen. Dem wird mit Marx ein Festhalten an der strukturellen Krisenhaftigkeit des Kapitalismus entgegengesetzt. Eine kurzfristige Stabilisierung sei nur durch die strukturellen, institutionalisierten Formen der Regulation möglich.

Nach dieser kurzen Einführung in die Regulationstheorie wollen wir uns nun einzelne Erklärungen für die Krise des Fordismus ansehen, die sich in der Regulationstheorie finden lassen. Den Anfang macht dabei der Ansatz Michel Agliettas (1979a), da seine Dissertation „A Theory of Capitalist Regulation“ bis heute eine der wichtigsten Arbeiten der Regulationstheorie ist.

## **Michel Agliettas Theorie kapitalistischer Regulation**

Agliettas Analyse bezieht sich auf den US-Kapitalismus, den er für das hegemoniale Modell der fordistischen Phase nach 1945 hält. Aglietta nimmt an, dass die Entwicklung der Mehrwertrate  $m/v$  am besten durch Beobachtung der Lohnkosten approximiert werden kann. An Hand statistischer Daten zeigt er, dass die durchschnittliche Abnahme der Lohnkosten in den Jahren 1947 bis 1966 besonders hoch war, was in den Jahren von 1966-1974 allerdings ein Ende fand. D.h., dass die Lohnkosten wieder anstiegen. Dies wurde zu einem ernsthaften Prob-

---

<sup>68</sup> Dies gilt zumindest für den Pariser Ansatz um Aglietta und Lipietz, von dem hier vorwiegend ausgegangen wird, nicht jedoch für den eher am Ökonomismus orientierten Grenobler Ansatz.

lem für die Mehrwertproduktion in den USA (siehe Aglietta 1979a, S. 90ff). Gleichzeitig mit der Zunahme der Lohnkosten zeigte sich laut Aglietta eine Abnahme der Arbeitsproduktivität. Die Bildung des fixen Kapitals habe sich also verlangsamt. Mit dieser These argumentiert Aglietta entsprechend der Profit-Squeeze-Theorie von Goodwin.

Durch die rasche Abnahme der Lohnkosten in den Jahren 1958-61 habe eine intensive Welle der Kapitalakkumulation eingesetzt. Dadurch sei die nach 1945 typische gleichmäßige Ausweitung der beiden Abteilungen der Produktion<sup>69</sup> unterbrochen worden. Abteilung I sei dadurch rascher gewachsen als Abteilung II. 1966 habe sich dann schließlich die Unmöglichkeit der Kapitalakkumulation auf der bestehenden Basis gezeigt, Stagnation zeigt sich in beiden Abteilungen.

Aglietta argumentiert, dass es allgemein der Fall sei, dass durch die Einsparung von Arbeitskraft ohne Einsparung konstanten Kapitals (d.h. die Ersetzung von lebendiger durch tote Arbeit) die organische Zusammensetzung des Kapitals zunimmt. Würden die Arbeitskosten nicht abnehmen, so ergebe sich daraus eine Verlangsamung der Akkumulationsrate und ein Fall der allgemeinen Profitrate. Die Profitrate in Abteilung I steige weiter an, während jene in Abteilung II durch die mangelnde Nachfrage an Konsumtionsmitteln eingeschränkt werde. Abteilung II könne daher nicht ausreichend Produktionsmittel kaufen, um mit dem Wachstum in Abteilung I mitzuhalten. Daraus ergebe sich ein Unterschied der Profitraten der beiden Abteilungen, was zu einer Überproduktion von Produktionsmitteln führe (Aglietta 1979a, S. 285f). Die Krisenhaftigkeit des Kapitalismus ergebe sich aus der ungleichen Entwicklung der beiden Abteilungen der Produktion. Eine Konsequenz davon sei auch der Fall der allgemeinen Profitrate und eine Überproduktion von Waren. „Accumulation as a whole is subject to antagonistic forces which may give rise to general crises, initially through the uneven development of the two departments of production“ (ebd., S. 297). Aglietta betont also die klassische marxistische Disproportionalitätsthese, also den Widerspruch zwischen der auf Profit orientierten Produktion und dem tatsächlichen gesellschaftlichen Bedarf, bezieht in seine Analyse aber auch den Fall der Profitrate und die Unterkonsumtionsthese (Widerspruch zwischen Produktion und Konsumtion) mit ein.

Aglietta argumentiert weiter, dass sich aus einer disproportionalen Entwicklung der beiden Abteilungen eine Überakkumulation des Kapitals ergebe: „There is an over-accumulation of capital when the constraint of the full realization of the value newly created by society can no longer be effected by way of the organic exchanges between the two departments of production. The polarization of forces promoting the uneven development of the two departments can no longer be neutralized by expanding the space of commodity production through accumulation“ (ebd., S. 356).

Überakkumulation sei wiederum die Basis einer Finanzkrise (vgl. ebd. S. 356ff). Kreditgeber würden im großen Ausmaß in Panik verfallen und die unmittelbare Bezahlung ausstehender Schulden verlangen. Durch die nicht erfüllbaren Ansprüche würde sich der Bankrott von Finanzinstitutionen in einer Kettenreaktion ausweiten sowie der Fall von Aktienkurse und der Nachfrage einstellen. Dadurch würde sich die Krise weiter verschärfen. Für die Krise des Fordismus sei die Inflation der typische Ausdruck der Finanzkrise. Sie ergebe sich aus der Über-

---

<sup>69</sup> Aglietta geht davon aus, dass nach 1945 die Methoden der relativen Mehrwertproduktion auch in der Abteilung II großflächig eingeführt wurden, womit die Tendenz der Überproduktion in Abteilung I, die typisch für die Phase zwischen den beiden Weltkriegen war, aufgehoben wurde und eine gleichmäßige Entwicklung der beiden Abteilungen einsetzte.

akkumulation des Kapitals. Inflation bedeute einen Wertverlust der Währung durch Schwächen der Warenzirkulation (ebd., S. 367).

Die Krise des Fordismus sei nun, wie bereits gesagt, in den Jahren 1966-67 durch den Rückgang der Produktivitätszuwächse und den Anstieg der Arbeitskosten ausgelöst worden. Als Reaktion darauf habe sich eine Business euphorie ergeben, um durch Neuinvestitionen der Krise entgegenzuwirken. Dadurch zeige sich aber auch ein Anstieg der Verschuldung, was wiederum eine Basis der Inflation darstelle. Überakkumulation und Inflation seien traditionellerweise mit einer Entwertung des Kapitals einhergegangen. In der Krise des Fordismus sei dies nicht mehr der Fall gewesen, Inflation sei vielmehr von einer noch stärkeren Überproduktion begleitet worden.

In seinem Hauptwerk schenkt Aglietta der Internationalisierung des Kapitals kaum Aufmerksamkeit. Weiterführende Ausfuhungen finden sich dazu in Aglietta (1979b): Die Verallgemeinerung des Fordismus nach 1945 habe zu einer verscharferten internationalen Konkurrenz geführt. Schließlich konnte das amerikanische Kapital die Internationalisierung des Handels durch den Dollar nicht mehr kontrollieren, die Konkurrenz durch Europa und Japan war zu groß geworden. Da der Dollar allgemeines Zahlungsmittel war, häuften andere Länder Dollarreserven an und den USA entglitt die Dominanz in der Kreditvergabepraxis. Der Produktivitatsruckgang als wesentliches Moment der Krise des Fordismus schwächte den Dollar weiter. In Aglietta (1979b) wird also auch von einer internationalen Dimension der Krise ausgegangen, die darin besteht, dass die Internationalisierung der Ökonomie in Widerspruch gerät mit der national orientierten Regulation (siehe Aglietta 1979b, S. 94-101).

Die Krise des Fordismus lässt sich nun in der Analyse Agliettas wie folgt zusammenfassen: Nach 1945 habe der Fall der Reproduktionskosten der Arbeiterklasse zusätzliche Akkumulationskapazitaten freigesetzt und eine Expansion der abhängigen Klasse mit sich gebracht. Mitte der 60er-Jahre habe sich einerseits ein Anstieg der Arbeitskosten gezeigt, andererseits habe das Mechanisierungsprinzip gewisse Grenzen erreicht, woraus ein langsames Wachstum der Produktivität und ein ausgeweiteter Klassenkampf resultierten. Unter diesen Bedingungen sei Abteilung I rascher gewachsen als Abteilung II, woraus sich eine ungleiche Entwicklung der Profitraten der beiden Abteilungen, Uberproduktionstendenzen in Abteilung I, eine Überakkumulation des Kapitals und schließlich eine Finanzkrise ergeben hätten.

Kritisiert wurde an Aglietta u.a., dass er Frauenunterdrückung, die Ausbeutung der „Dritten Welt“<sup>70</sup>, Rassismus und Aspekte der Imperialismustheorie zu sehr vernachlässige. „Sein Fehler [...] ist, dass er Patriarchat und Kolonialismus nicht in diesen determinierenden Grundstrukturen [des Kapitalismus; Anm. CF] ansiedelt: Rassismus und Sexismus behandelt er lediglich als ideologische Erscheinungen und Relikte innerhalb der Arbeiterklasse, welche vom Kapitalismus benutzt werden. Rasse und Geschlecht werden nicht als strukturierend für (kapitalistische) Gesellschaft untersucht“ (Ruf 1990, S. 77). Weiters bestehe bei Aglietta die „Gefahr einer Glorifizierung des Fordismus“ (ebd., S. 78). Aglietta blende die auch die gesellschaftlichen Widerstände gegen die Durchsetzung des fordistischen Arbeitsprozesses aus (Warringo 1998, S. 120) und er berücksichtige die Internationalisierung des Kapitals in seiner Analyse des US-Kapitalismus nicht ausreichend (Robles 1994, Davis 1978). Er ignoriere die gesellschaftlichen

---

<sup>70</sup> Siehe z.B. Warringo (1998): „Aglietta befaßt sich nicht eingehender mit der ökonomischen Bedeutung der peripheren Länder für den Akkumulationsprozess im Zentrum. Die Annahme liegt nahe, dass er ähnlich wie Lipietz davon ausgeht, dass der Stellenwert der peripheren Länder für den fordistischen Akkumulationsprozess gering war, da sie kaum Abnehmer fordistischer Massenware waren“ (S. 119).

Voraussetzungen des Internationalisierungsprozesses bzw. führe er sie dort, wo er auf die Internationalisierung doch zu sprechen kommt, auf ökonomische Notwendigkeiten zurück (War-ringo 1998, S. 123).

Abgesehen von diesen sich jeweils auf spezifische Ansätze beziehenden Kritikpunkten, gibt es auch allgemeine Kritikpunkte, die sich einerseits vor allem auf die Analyse des Fordismus und seiner Krise und andererseits auf die politischen Perspektiven der Regulationstheoretiker beziehen. Robert Brenner und Mark Glick (1999) machen ihre Kritik an der Regulationstheorie an Agliettas „A Theory of Capitalist Regulation“ (1979a) fest. Aglietta ginge von unterkonsumtionistischen Krisenursachen aus, dies gelte sowohl für die erste, als auch für die zweite Weltwirtschaftskrise. Für Agliettas Analyse der ersten säkularen Krise des Fordismus ist dies zutreffend, nicht jedoch für die Krise von 1974/75, denn diesbzgl. muss Agliettas Erklärung als Mischung von Elementen aus Disproportionalitäts-, Profit-Squeeze, Überproduktions- und Überakkumulationsklärungen der Krise angesehen werden. Die Zunahme der Arbeitskosten und die Abnahme der Produktivitätszuwächse hätten zu einer ungleichen Entwicklung der Profitraten in den Abteilung I und II geführt. Abteilung I sei daher rascher gewachsen als Abteilung II. Hier kombiniert Aglietta die Disproportionalitätsthese und das Theorem fallender Profitraten. Er argumentiert an manchen Stellen durchwegs orthodox marxistisch, dass sich letzteres aus dem Anstieg der organischen Zusammensetzung des Kapitals ergeben habe. Weitere Folgen der ungleichen Entwicklung seien schließlich Überproduktions- (bzw. Unterkonsumtions-)Tendenzen in Abteilung I, eine Überakkumulation des Kapitals und schließlich eine Finanzkrise gewesen. Hier werden nun Aspekte der mangelnden Realisierung des Kapitals ( $W'$  kann nicht in  $G'$  verwandelt werden, d.h., dass es zu einer Überproduktion bzw. Unterkonsumtion kommt) und der Überakkumulation hinzugefügt.

Brenner und Glick gehen davon aus, dass Aglietta Krisen auf Überproduktionstendenzen reduziere und dies als allgemeines Gesetz sehe (Brenner/Glick 1999, S. 80). Es kann jedoch aus der Erwähnung dieser Tendenz in der Analyse der beiden Krisen des Fordismus nicht geschlossen werden, dass Aglietta sie als allgemeines Gesetz betrachtet. Vielmehr geht die Regulationstheorie doch davon aus, dass Krisen des Kapitalismus nicht ausschließlich auf allgemeine Kapitalgesetzmäßigkeiten zurückgeführt werden können, sondern dass es allgemeine und für ein Entwicklungsmodell spezifische Faktoren gibt. Dies zeigt sich auch daran, dass Aglietta unterschiedliche Faktoren für die erste und die zweite Weltwirtschaftskrise verantwortlich macht. Die Kritik von Brenner und Glick greift daher zu kurz, Agliettas Ansatz kann nicht einfach als klassische Unterkonsumtionstheorie abgetan werden, vielmehr integriert er mehrere Aspekte, wobei der Disproportionalitätsthese wesentliche Bedeutung zuzukommen scheint. Brenner und Glick (1999, S. 101) müssen schließlich selbst zugeben, dass der TFPR in Agliettas Argumentation eine Rolle spielt.

Brenner und Glick stellen die i.A. von den meisten Regulationstheoretikern akzeptierte Erklärung, dass der Rückgang der Produktivitätszuwächse in der Krise des Fordismus von Belang gewesen ist, in Frage. „Warum sollte die maschinelle Produktion plötzlich, in der Mitte der 1960er Jahre, eine Obergrenze erreicht haben?“ (Brenner/Glick 1999, S. 104). Genau darauf liefern die Regulationstheoretiker jedoch eine Antwort: Nämlich die strukturelle Widersprüchlichkeit des Fordismus, dass die tayloristische Kontrolle an technische, organisatorische, physische und psychische Grenzen stoßen muss. Brenner und Glick gehen von einem Fall der Profitrate aus, dieser sei jedoch nicht auf mangelnde Produktivität zurückzuführen. Im Gegenteil, die Produktivität habe in den Jahren der Krise in den USA sogar zugenommen. Mit Rückgriff auf Zahlen von Bowles, Gordon und Weisskopf meinen sie, dass die Arbeitsproduktivität im Produktionsbereich in den Jahren 1966-1973 jährlich um 3,3 Prozent gestiegen sei, in der Periode

1948-1966 hingegen nur um 2,9 Prozent. Abgesehen davon, dass ein Zeitraum von 7 Jahren nicht mit einem von 18 Jahren durch die Berechnung von Durchschnittszuwächsen verglichen werden kann, bezieht sich Aglietta ebenfalls auf empirische Daten, die zeigen, dass die Produktivität der Abteilungen I und II in den Jahren 1958-1965 schneller anstieg als in den Jahren 1966-1972 (vgl. Aglietta 1979a, S.98f).

Die Kritik von Brenner und Glick kann nicht überzeugen, denn es wird dabei von einem unzureichenden Verständnis der Regulationstheorie ausgegangen, das nicht berücksichtigt, dass diese Theorie den allgemeinen Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus eine untergeordnete Rolle zuweist, um einen Geschichtsdeterminismus zu vermeiden. Es ist schlicht und einfach falsch, wenn davon ausgegangen wird, dass es eine „den Regulationstheoretikern zugrundeliegende Unterkonsumptionstheorie“ (Brenner/Glick 1999, S. 122) gäbe. Brenner und Glick stellen die Erklärungen der Regulationstheorie in Frage, können jedoch selbst keine konsistente Erklärung für die Krise des Fordismus liefern. Sie sprechen von einem Fall der Profitraten, es bleibt jedoch unklar, worauf dieser zurückzuführen sei<sup>71</sup>.

---

<sup>71</sup> Einige weitere Aspekte der Kritik an der Regulationsschule: Ferruccio Gambino (1996) kritisiert, dass die Regulationstheorie nicht an einer Analyse der Produktionsverhältnisse interessiert sei, sondern eher an einer der ökonomisch-staatlichen Institutionen. Sie vernachlässige die menschlichen Subjekte. Hier wird also den Regulationisten vorgeworfen, dass sie nicht ökonomistisch argumentieren und daher den Subjekten zu wenig Platz eingeräumt würde. Genau das Gegenteil ist der Fall: Vor allem der Ökonomismus des strukturalistischen Marxismus vernachlässigt das Handeln der Subjekte, die Regulationstheorie verweist hingegen immer wieder auf eine Dialektik von Struktur und Handeln (vgl. etwa die diversen Definitionen von Akkumulationsregime und Regulationsweise, z.B. jene von Lipietz und Boyer oder die Anreicherung regulationstheoretischer Aspekte mit Argumentationen, die sich auf die Strukturtheorie von Giddens beziehen, in Görg 1994a, 1994b oder die diversen Definitionen). Schon die bereits angeführten Definitionen der Regulationsweise bei Lipietz und Boyer zeigen, dass hier den menschlichen Verhaltensweisen zentrale Bedeutung zukommt. Denn diese müssten eine Kompatibilität von Akkumulationsregime und Regulationsweise herstellen. Die Krise eines Entwicklungsmodells sei daher auch eng mit einem nicht mehr den geltenden Normen entsprechendem Handeln verbunden.

Gambino kritisiert weiters den Fordismusbegriff der Regulationisten. Von Fordismus könne nach dem zweiten Weltkrieg nicht mehr gesprochen werden, da es sich dabei um ein autoritäres System der Massenproduktion gehandelt habe, das auf Überwachung, Spionage, militärischer Disziplinierung, Ausschluss der Gewerkschaften aus den Betrieben, Einschüchterung der Arbeitenden, bewaffnetem Werkschutz, Disziplinierung durch Erhöhung der Taktzeit und eine nichtkollektive Aushandlung von Löhnen und Arbeitsbedingungen gekennzeichnet gewesen sei. Dazu sei gesagt, dass dies nur eine erste Phase des Fordismus darstellte, während dieser nach 1945 sein Gesicht veränderte und ausgehend von den USA verallgemeinert wurde. Die Disziplinierung der Arbeitenden spielte weiter eine wesentliche Rolle, die Kontrolle durch die fließbandorientierte Maschinerie blieb weiter erhalten, ebenso die permanente Drohung mit dem Rausschmiss als Form der Disziplinierung. Zwar wurden Gewerkschaften und kollektive Aushandlungsprozesse nun verstärkt als Regulationsmechanismen einbezogen, das für den Fordismus/Taylorismus typische Prinzip der Disziplinierung blieb jedoch aufrecht. Erst mit dem Übergang zum Postfordismus wurden hier neue Strategien eingeschlagen, indem die Disziplinierung immer stärker durch die psychische Integration der Arbeitenden ersetzt wird. Daher ist dieser Übergang nicht nur mit einer Veränderung von Akkumulations- und Regulationsmodell verbunden, sondern auch mit einem Wechsel des Disziplinarregimes (vgl. Fuchs 2000, 2001), das mit Deleuze als Wandel von der Disziplinar- zur Kontrollgesellschaft beschrieben werden kann (vgl. Deleuze 1993).

---

Es komme, so Gambino, heute auch nicht zu einer neuen Form der Kooperation im Arbeitsprozess, sondern zu einer an den Fordismus erinnernden Brutalisierung der Arbeitsverhältnisse. Tatsächlich ist beides der Fall. Die Methoden des partizipativen Managements zeigen sich heute vor allem in hochqualifizierten Bereichen wie der IT-Branche als wirksam, während es gleichzeitig zu einer Zunahme der prekären Arbeitsverhältnisse und der niedrigqualifizierten Jobs kommt. D.h. jedoch nicht, dass dadurch eine Wiederkehr der Proletarität hergestellt wird (Roth 1994), denn dies hieße die Bildung eines emanzipatorischen Bewusstseins durch die sich verschärfenden gesellschaftlichen Verhältnisse. Eben davon kann aber heute nicht gesprochen werden, vielmehr stimmen die sich in prekären Arbeitsverhältnissen befindlichen Arbeitenden den herrschenden Verhältnissen vielfach zu und sind besonders anfällig für rassistische Ideologien.

Die Beiträge in Esser/Görg/Hirsch (1994a) kritisieren an der französischen Regulationstheorie, dass der Krisenbegriff zu wenig methodisch ausgearbeitet sei, dass das Verhältnis der Ökonomie zu Politik und Kultur weitgehend unklar sei, dass die Anknüpfung an die Marxsche Theorie zu unpräzise sei, dass Regulation zu wenig als sozialer Prozess gefasst werde, dass die preistheoretische Variante über keine theoretische Basis verfüge, dass die Rolle der Institutionen in der Kapitalismustheorie rein deskriptiv bleibe, dass staatstheoretische Aspekte zu wenig berücksichtigt werden und dass ein impliziter Funktionalismus vorherrsche, der von der permanenten Selbstreproduktion des Kapitalismus ausgehe. Ausgehend von dieser Kritik versucht die Frankfurter Forschungsgruppe um Esser und Hirsch eine Annäherung an den Zusammenhang von Regulationstheorie und Institutionenbegriff sowie eine Verbindung von materialistischer Staatstheorie und Aspekten aus der Regulationstheorie.

Kurt Hübner (1989) bringt ähnliche und weitere Kritikpunkte vor: Die Regulationisten würden ihre eigene Ankündigung, formationsspezifische und allgemeine Aspekte von Krisen zu kombinieren, unzureichend einlösen und vor allem die preistheoretische, aber auch die werttheoretische Variante verzichte auf eine weitergehende Analyse der institutionellen Prozesse und Formen (diese hätten nur rein illustrativen Charakter). Dies führe zu „einer ausgeprägten analytischen Vernachlässigung der institutionellen Seite der Krisenprozesse“ (Hübner 1989, S. 215). Lipietz betone zu stark den Aspekt des TFPR durch die Steigerung der organischen Zusammensetzung des Kapitals, was den eigenen Anspruch der Zentralität der formationsspezifischen Krisenursachen zu Gunsten der allgemeinen Kapitalgesetzmäßigkeiten wiederum unterlaufe (ebd., S. 219). Weitere Kritikpunkte Hübners sind, dass die Regulationsschule kein einheitliches und konsistentes theoretisches Grundgerüst vorweisen könne<sup>71</sup>, dass die theoretische Fundierung zu Gunsten einer empirischen Ausrichtung aufgegeben werde, dass nur im Nachhinein Aussagen formuliert würden, jedoch das Analyseinstrumentarium nicht ausreiche, um eine Spezifik eines zukünftigen Akkumulationsregimes zu beschreiben; dass die internationale Ebene zu Gunsten einer Binnenmarkt- und Nationalstaatszentrierung vernachlässigt werde und dass trotz der expliziten Ablehnung der neoklassischen Gleichgewichtstheorie eine Gleichgewichtsorientierung wiederum in den Regulationsansatz eingeführt werde.

Der eigentlich größte Kritikpunkt setzt an den politischen Schlussfolgerungen der Regulationstheorie an, die sich als vorübergehendes Stabilitätskriterium i.d.R. für die Etablierung einer neuen Regulationsweise in der heutigen Phase des Kapitalismus aussprechen (vgl. etwa Aglietta 2000; Lipietz 1998, 2000). Die Kritik daran lautet i.d.R., dass dies eine reformistische Politik sei, die grundlegenden sozialen Wandel nicht in Betracht zieht (so etwa Karathanassis 2000). Derartige Kritik sieht jedoch eine Dichotomie zwischen reformistischem und grundlegendem sozialen Wandel, betrachtet jedoch nicht, dass unter bestimmten Konstellationen soziale Reformen auch bessere Bedingungen für weitergehende Kritik und grundsätzlichen sozialen Wandel mit sich bringen können. Kontinuierlicher Wandel kann also auch die Möglichkeiten diskontinuierlichen Wandels beeinflussen, beides zu trennen, bedeutet eine isolationistische politische Perspektive einzunehmen. Die deutschsprachigen Regulationisten

Der neben Aglietta wichtigste und bekannteste Vertreter der Regulationstheorie ist Alain Lipietz. Sehen wir uns an, wie er die Krise des Fordismus erklärt. Stärker als Aglietta betont Lipietz in der Krisenanalyse Aspekte der Internationalisierung des Kapitals.

## **Der Ansatz von Alain Lipietz**

Große Krisen des Kapitalismus, so Lipietz, ergeben sich aus der Nichtentsprechung von Regulationsweise und Akkumulationsregime. Diese Krisen seien zu unterscheiden von „kleinen“ Krisen (Lipietz 1998, S. 103). Er meint, dass die Krise des Fordismus eine Krise des Akkumu-

---

haben quasi als Synthese das Konzept des „radikalen Reformismus“ entworfen (siehe Esser/Görg/Hirsch 1994b; Hirsch 1995, S. 183-205). Dieses bezieht sich auf ein „die gesellschaftlichen Strukturen selbst veränderndes Handeln, also eine Praxis, die sich eben dieser Formbestimmung zumindest partiell entzieht“ (Esser/Görg/Hirsch 1994b, S. 217). Es wird dabei auf ein transformierendes Handeln abgezielt, das nicht auf die Reproduktion der zentralen Strukturmerkmale des Kapitalismus abzielt. Dieses Handeln versuche ein emanzipatorisches Bewusstsein „innerhalb des kapitalistischen Vergesellschaftungszusammenhangs zur Geltung zu bringen, wenn auch mit dem Ziel, diese Immanenz zu überschreiten“ (ebd., S. 220). Reformistische Politik wird als notwendiges Mittel begriffen, um weitergehenden Wandel vorzubereiten, Hirsch und seine Kollegen wissen aus ihrer eigenen Staatstheorie, dass es wenig sinnvoll ist, sich Illusionen über die Möglichkeit einer Zivilisierung des Kapitalismus durch den Staat zu machen.

Es zeigt sich auch eine Schwäche der theoretischen Konzeptionen der meisten Regulationstheoretiker. Entsprechend ihrer eigenen Theorie müsste die Krise des Fordismus zu einer stabilen Einheit von einem neuen Akkumulationsregime und einer neuen Regulationsweise geführt haben. Da sie aber erkennen, dass sich eine neue Regulationsweise im Sinn einer Re-Regulierung nicht abzeichnet, machen sie sich selbst auf die Suche danach, um die eigenen Annahmen als konsistent zu erhalten. M.E. können wir aber auch heute von einer neuen Regulationsweise sprechen, die sich durch ein hohes Maß an Deregulierung auszeichnet. D.h., dass der Neoliberalismus als Form der marktförmigen Regulation begriffen wird und dass davon ausgegangen werden kann, dass es unterschiedliche Intensitäten der Regulation im Rahmen einer Regulationsweise gibt. Wir können heute von einem flexibilisierten Akkumulationsregime und einer neoliberalen Regulationsweise sprechen. Dazu muss jedoch die regulationstheoretische Annahme relativiert werden, dass die Einheit der beiden Modell immer zeitlich stabil ist. Vielmehr wäre anzunehmen, dass die Vermittlung von Akkumulation und Regulation stabile Formen annehmen kann (Selbstreproduktion), aber auch durch eine permanente latente Krisenhaftigkeit gekennzeichnet sein kann, die sich schließlich in einer großen säkularen Krise entlädt. D.h., dass wir annehmen, dass diese große gesellschaftliche Krise des Kapitalismus noch aussteht und dass die derzeitige Entwicklung auf sie zusteuert. Es wäre übertrieben, anzunehmen, dass es sich um die finale Krise des Kapitalismus handeln wird, denn es ist im Moment nicht absehbar, dass sich ein Bewusstsein der Menschen herausbildet, das weitgehend über den Kapitalismus hinausweist und sich in entsprechenden gesellschaftlichen Kämpfen manifestiert. Dieses wäre aber unabdingbar für einen grundlegenden gesellschaftlichen Formwandel, der sich u.a. im Rahmen einer gesellschaftlichen Krise des Kapitalismus vollziehen kann. Realistischer erscheint uns daher, anzunehmen, dass es in den nächsten Jahrzehnten zu einer dritten großen Krise des Kapitalismus kommt (die eben nicht nur Weltwirtschaftskrise, sondern gesellschaftliche Krise ist) und dass sich daran anschließend eine Reproduktion der bestehenden Verhältnisse unter Ausbildung eines neuen Akkumulationsregimes vollzieht.

lationsregimes und der Regulationsweise sei. Hinsichtlich des Akkumulationsregimes sei es zu einer Erschöpfung der tayloristischen Produktivitätsreserven gekommen (Glyn/Hughes/Lipietz/Singh 1990; Lipietz 1992b, S. 14; Lipietz 1998, S. 39, 169) und die organische und die technische Zusammensetzung des Kapitals seien angestiegen. Daraus habe sich ein tendenzieller Fall der Profitabilität ergeben (Lipietz 1998, S. 39, 169).

An Hand von Statistiken wird in Glyn/Hughes/Lipietz/Singh (1990) gezeigt, dass die Produktivitätszuwächse Ende der 60er und Anfang der 70er in den USA, Deutschland und Japan rückläufig waren. Dies sei jedoch nicht verallgemeinerbar, da z.B. die Arbeitsproduktivität in Großbritannien gleichzeitig sehr hoch gewesen sei. In den Jahren 1973-79 sei die Arbeitsproduktivität in allen Ländern außer den USA und Frankreich sehr niedrig gewesen. Im selben Zeitraum seien die Löhne zwar weniger schnell angestiegen als zuvor, dafür kam es aber zu einer starken Zunahme der Inputkosten. Insgesamt wirkte sich dies wiederum negativ auf die Profitraten aus.

Lipietz betonte mehrfach, dass die Krise des Fordismus seiner Ansicht nach in einem engen Zusammenhang mit der Tendenz einer fallender (Durchschnitts-)Profitrate stehe. An manchen Stellen argumentiert er dabei in Bezug auf die Zusammensetzung des Kapitals ganz ähnlich wie Marx, an anderen betont er auch politische Aspekte, die zum TFPR führen können. Hinsichtlich der Regulationsweise sei deren vorwiegend nationaler Charakter in Widerspruch zur wachsenden Internationalisierung der Produktion und Zirkulation getreten.

Wie üblich in der Regulationstheorie betont Lipietz einerseits die ökonomischen Aspekte der Krise, andererseits aber auch die institutionellen und politischen. Zu letzteren gehören auch Aspekte des Klassenkampfes: Die Gewerkschaften hätten im Fordismus versucht, durchzusetzen, dass die Löhne automatisch ansteigen. Und die Lohnabhängigen hätten sich immer mehr der Entfremdung durch die fordistische Arbeitsorganisation widersetzt (Lipietz 1998, S. 104). Ende der 60er habe sich eine deutliche Zunahme der Streiks gezeigt. Dies belegt auch Statistiken über Arbeitskämpfe in den USA und Großbritannien (vgl. die Daten in Abschnitt 4.6.).

Hier zeigt sich also, dass Lipietz den bereits in dieser Arbeit erwähnten Widerspruch der fordistischen Organisationsweise berücksichtigt, der darauf beruht, dass die Disziplinierung der Arbeitenden durch Drohnungen, Aufsichtspersonal und die maschinelle Apparatur zu einer erhöhten Auspressung des Mehrwerts führen sollte, jedoch in ihr Gegenteil umschlug und den Klassenkampf förderte. Der Anstieg der Arbeitskosten ergab sich Lipietz' Ansicht zufolge aus den höheren Löhnen und die durch den Klassenkampf angestiegenen Kosten für das Kapital. Beides habe nun wiederum negativ auf die Profitrate gewirkt (ebd., S. 119). Mit bewusster und unbewusster Arbeitsverweigerung reagierten die Arbeitenden auf die fordistische Organisationsweise der Arbeit. Diese stieß also an ihre eigenen Grenzen. Auch der Anstieg der Kosten des fixen Kapitals habe einen negativen Einfluss auf die (Durchschnitts-)Profitrate gehabt (Lipietz 1992b, S. 14f).

Keynesianische Krisenrezepte wie die Erhöhung der Reallöhne oder eine lockere Geldpolitik haben in dieser Situation, so Lipietz, nur zu Inflation und zur Entwertung des Dollars führen können (ebd.). Die Akkumulation habe im Fordismus immer weniger neue Arbeitsplätze erzeugt. Dies habe zu einer Finanzkrise des Wohlfahrtsstaates geführt, die die Krise des Fordismus weiter verschärft habe (Lipietz 1998, S. 169). Als Reaktion auf die fallenden Profitraten hätte das Kapital die Preise erhöht. Dadurch sei die Inflation angestiegen. Da die Preisanstiege höher waren als die Lohnerhöhungen, sei es zu einer mangelnden Nachfrage in manchen Sektoren gekommen (Lipietz 1992b, S. 16). Hier betont Lipietz also auch einen Aspekt der Unterkonsumtion.

Um diesen Aspekten entgegenzusetzen, hätte das Kapital versucht, die Automation zu beschleunigen und die Produktion in Länder zu verlagern, deren Regulationsweise höhere Profite begünstigt. Hier zeigt sich bereits, dass Lipietz von der Internationalisierung des Kapitals als Folgewirkung eines ersten Krisenschubes des Fordismus ausgeht. Er betont auch ähnlich wie Aglietta, dass es wenig Wettbewerbsunterschiede zwischen den USA, Europa und Japan gab. Zu Beginn der 70er-Jahre habe sich durch den Anstieg der Rohstoffpreise (insbesondere beim Öl) die Konkurrenz auf dem Weltmarkt verschärft (vgl. Lipietz 1998, S. 118, 169f). Die Verlagerung der Produktion nach Süd- und Osteuropa, Südamerika und Ostasien sei eine Form der primitiven Taylorisierung, die jedoch die Krise des Fordismus nicht gelöst, sondern weiter verschärft habe. Die internationale Dimension trete in Widerspruch mit der nationalstaatlich orientierten monopolistischen Regulation. Durch den Internationalisierungsschub, der Ende der 60er-Jahre einsetzt, sei es immer schwieriger geworden, die nationalen fordistischen Regulationsweisen aufrechtzuerhalten. Die Internationalisierung spielte also bei der Krise der fordistischen Regulationsweise eine wesentliche Rolle. Durch die internationale Konkurrenz mussten die Waren billig exportiert werden, was wiederum zu einem Anstieg der Löhne führte, der wesentlich kleiner als die Produktivitätszuwächse war. Daraus wäre in der Krise des Fordismus auch ein Aspekt einer Nachfragekrise erwachsen (Lipietz 1992b, S. 18f).

Stärker als Aglietta geht Lipietz auf Aspekte der Internationalisierung des Kapitals ein. In „Le capital et son espace“ (Lipietz 1977) geht er noch davon aus, dass die Zentren des Kapitalismus die Peripherie benötigen, um dem tendenziellen Fall der Profitrate entgegenzuwirken. Später distanzierte er sich von an die marxistische Imperialismustheorie angelehnten Ansätzen und meint, dass die Peripherie heute maximal als Rohstofflieferant für die Zentren Bedeutung habe, der Kapitalismus sei nicht von einer unterstellten Ausbeutung der „Dritten Welt“ abhängig.

„Although in his preregulation days Lipietz acclaimed the contribution of dependency theory in demonstrating ‘development of underdevelopment’ in the periphery [...] in his recent work, particularly in *Mirages and Miracles* [...] he comes quite close to dismissing this contribution altogether“ (Robles 1994, S. 129).

„Theories of ‘dependency’ and ‘imperialism’ are out of date. If those theories continue to survive, it is only because they do contain a grain of truth pertaining to past stages in historical development“ (Lipietz 1987, S. 47).

Glyn/Hughes/Lipietz/Singh (1990) betont, dass der Dollar in den 60ern durch US-Zahlungsdefizite, hohe Militärausgaben (z.B. für den Vietnam-Krieg), das Budgetdefizit und die schlechte Handelsbilanz der USA (die wiederum durch den Anstieg der Internationalisierung und der internationalen Konkurrenz bedingt war) in eine Krise geriet. Da durch die Bindung an den Dollar andere Nationalwährungen in ihrer Stabilität gefährdet wurden, begannen diverse Länder, ihre Währung nicht mehr an den Dollarkurs, sondern wieder an den eigenen Goldvorrat zu binden. Schließlich brach Anfang der 70er-Jahre das Bretton Woods-Abkommen zusammen.

Resultat der Krise des Fordismus, so Lipietz, sei ein radikaler Umbau gewesen, da nun davon ausgegangen wurde, dass die angeblich hohen Kosten, die für Arbeitskraft ausgegeben werden mussten, die Ursache der Krise darstellen und daher reduziert werden müssten. Die Arbeiter wurden demnach als zu stark betrachtet. Resultat sei in vielen kapitalistischen Metropolen die „Aufkündigung des sozialen Kompromisses“ inklusive Maßnahmen wie der Ausweitung prekärer Beschäftigung gewesen. Eine Form des Krisenmanagements sei heute die „libe-

rale Flexibilität“ (Lipietz 1998, S. 122), die auf eine Flexibilisierung der Beschäftigungsverhältnisse setze. Diese Alternative sei vor allem in den USA und Großbritannien realisiert worden. Eine andere Form sei die „auszuhandelnde Einbindung“, die Elemente wie Qualifikation, Gruppenarbeit, Mitbestimmung der Arbeitenden, neue Technologien, Just in Time-Produktion und die Einbindung der „geistigen Fähigkeiten der unmittelbaren Produzenten“ (ebd., S. 120) umfasse. In diesem Zusammenhang spricht Lipietz vom schwedischen Modell als „Kalmarismus“. Es umfasse einen rigiden Arbeitsvertrag (d.h. die Beibehaltung von Vollzeitbeschäftigungsverhältnissen) und eine auszuhandelnde Einbindung der Arbeitenden. Das andere Extrem stelle der „Neotaylorismus“ dar, bei dem flexible Beschäftigungsverhältnisse mit direkter hierarchischer Kontrolle gekoppelt werde. Neben diesen beiden Formen würden heute auch eine primitive (blutige) Taylorisierung (extrem hohe Ausbeutungsrate, äußerst niedrige Löhne, hohe Arbeitsintensität, tayloristische Arbeitsorganisation, Überausbeutung von vorwiegend weiblichen Arbeitskräften in ungeschützten Arbeitsverhältnissen) und ein peripherer Fordismus (intensives Akkumulationsregime, wenig qualifizierte Arbeitende, beschränkte nationale Konsumtion, hoher Exportanteil in die Länder des Kernkapitalismus) existieren (Lipietz 1998, S. 132; Lipietz 1997).

Lipietz geht davon aus, dass das zukünftige Zentrum des Kapitalismus aus kalamarisch orientierten Ländern bestehen wird, während Länder wie die USA, Großbritannien und Frankreich durch ihre neotayloristische Orientierung zu einer neuen Peripherie würden. Den Rückgang des Anstiegs der Arbeitsproduktivität führt Lipietz auf die organisatorischen Grenzen der fordistischen Arbeitsorganisation zurück. Die Mechanismen der Disziplinierung hätten in Arbeitsverweigerung umgeschlagen. Ein anderer Aspekt, den Lipietz möglicherweise außer Acht lässt, kann sein, dass die Entwicklung der Produktivkräfte eine vorläufige Schranke erreichte. Die Massenproduktion stieß also möglicherweise auch auf einer technologischen Ebene an ihre eigenen Grenzen, die erst durch die mikroelektronische Revolution, die Teil einer neuen Form der Produktionsorganisation darstellt, möglicherweise wieder aufgehoben werden kann. Das heißt nicht, dass die Herausbildung des Postfordismus auf technologische Entwicklungen zurückgeführt werden kann. Aber Technik als Produktivkraft ist Teil eines Akkumulationsregimes und ihre Rolle wird in der Regulationstheorie m.E. häufig nicht ausreichend berücksichtigt. Dies mag auf die Ablehnung von technikdeterministischen Argumentationsweisen zurückzuführen sein, eine Ausblendung der technischen Produktivkraftentwicklung erscheint jedoch bei aller Differenziertheit, die in der Regulationsschule doch vorhanden ist, doch einigermaßen zu kurz zu greifen. Technologische Entwicklungen und ihre Rolle in der kapitalistischen Entwicklung und deren Krisen können auch analysiert werden, ohne in einen Technikdeterminismus zu verfallen. Lipietz betont also nur die Grenzen der fordistischen Disziplinierungsformen.

Sein Ansatz ist in sich nicht konsistent, sondern weist Widersprüchlichkeiten auf. So betont er einerseits in Abgrenzung von imperialismustheoretischen Ansätzen, dass die kapitalistischen Zentren die Ausbeutung der Peripherie heute nicht mehr benötigen, um bestehen zu können. Andererseits analysiert er die Krise des Fordismus doch so, dass sie dazu führte, dass die kapitalistischen Kernländer ihre Produktion zum Teil in Niedriglohnländer verlagerten, um konstantes und variables Kapital einzusparen. Dies verweist aber doch genau darauf, dass ein kapitalistisches Entwicklungsmodell kein sich autonom selbstreproduzierendes System darstellen kann, da es immer wieder auf periphere Arbeitskräfte zurückgreifen muss, um die eigene Entwicklungsdynamik zu stabilisieren. Die Internationalisierung des Kapitals ist natürlich u.a. mit einem Werttransfer von der Peripherie in die kapitalistischen Zentren verbunden, auch wenn

die ungleiche Entwicklung nicht auf diesen Aspekt reduziert werden kann<sup>72</sup>. Daher sollten Aspekte der marxistischen Imperialismustheorie nicht vollständig verworfen werden, obwohl vieles davon heute nicht mehr zutrifft oder sich wie im Fall der STAMOKAP-Theorien als schlichtweg falsch herausgestellt hat. Gerade die Globalisierungsdebatte zeigt, dass der klassischen Imperialismustheorie in diesem Punkt auch heute noch etwas Bedeutung zukommt, da sie bereits vor fast hundert Jahren davon ausging, dass der Kapitalismus ein globales System sei (vgl. Fuchs/Hofkirchner 2000).

Lipietz geht davon aus, dass Imperialismus bedeute, dass der Kapitalismus äußere Absatzmärkte für sein Bestehen brauche. Genau dies habe sich aber seit dem Fordismus radikal gewandelt, da die kapitalistischen Kernzonen ihre eigenen inneren Warenmärkte geschaffen hätten. Er geht hierbei möglicherweise von einem verkürzten Imperialismusbegriff aus, denn bereits Lenin betonte in seiner Imperialismusdefinition, dass ein wesentliches Charakteristika sei, dass „der Kapitalexport, zum Unterschied vom Warenexport, [...] besonders wichtige Bedeutung“ gewinnt (Lenin 1916, S. 270f). Lipietz beschreibt Produktionsverlagerungen in Länder des peripheren Fordismus und blutigen Taylorismus. Genau dies fällt jedoch auch unter die Kategorie des Kapitalexports.

Ob heute noch von Imperialismus gesprochen werden sollte, ist fraglich. Die Leninschen Kriterien des Imperialismus sind nur mehr in eingeschränktem Ausmaß im Postfordismus anwendbar. Der Großteil der ausländischen Direktinvestitionen der OECD-Staaten verbleibt in diesem Raum, ein Teil davon geht nach Südostasien, also vorwiegend in sogenannte Schwellenländer. Die „Ausbeutung der Dritten Welt“ wird zu einem gewissen Ausmaß nicht mehr benötigt, noch schlimmer, sie wird z.T. einfach ignoriert. Der direkte Mehrwerttransfer aus diesen Länder spielt heute eine viel geringere Rolle als früher, eine größere Rolle spielen Produktivitätsstandards, die über den Weltmarkt von westlichen Staaten mit moderner Produktionstechnik gesetzt werden und mit denen periphere Länder nicht mithalten können, die Verschuldungsspirale, Strukturanpassungsprogramme und die Generierung von Abhängigkeiten. „Global capital no longer needs African labor, though there remains some demand for African agricultural and mineral wealth“ (Alkalimat 1997, S. 277). Die These der STAMOKAP-Theorien, dass der Fordismus die staatsmonopolistische Phase des Kapitalismus darstelle und Vorstufe zum Übergang zum Sozialismus darstelle, hat sich als falsch herausgestellt, denn gerade im Postfordismus erleben wir die massive Privatisierung ehemaliger Staatsbetriebe und unterschiedliche Deregulierungsmaßnahmen. Lipietz Kritik an den Verkürzungen und Determinismen der Imperialismustheorien ist berechtigt, allerdings ist es nicht so, dass die Zentren vollständig unabhängig von der Peripherie sind.

Ruf (1990) spricht davon, dass „Lipietz den grundsätzlichen Sachverhalt fortdauernder imperialistischer Herrschaft und (neo-)kolonialer Ausbeutung um- und weginterpretiert“ (S. 147). In ihrem eigenen Ansatz verbindet sie regulations- und imperialismustheoretische Ansätze und geht davon aus, dass der Kapitalismus grundsätzlich nichtkapitalistische Milieus wie die „Dritte Welt“ oder die patriarchale Produktionsweise benötige, um bestehen zu können. Eine koloniale Ausbeutung in mehreren Bereichen sei also für den Kapitalismus wesentlich. Die Imperialismustheorie mag exogene Faktoren der Kapitalakkumulation zum Teil überbetonen, Lipietz vollzieht jedoch eine völlige Abkehr von diesen Faktoren, sieht einen Primat des Nationalstaa-

---

<sup>72</sup> Als ein wesentlicher Aspekt erscheint dabei vor allem die Herstellung von Produktivitätsstandards auf dem Weltmarkt, die auf Basis der oftmals veralteten Technologien in den peripheren Ländern dazu führen, dass – um Waren nicht unter ihrem Wert verkaufen zu müssen – die Arbeitsbedingungen verschärft und weiter brutalisiert werden.

tes und endogener Faktoren der Akkumulation. Er unterstellt eine Autonomie des Handelns nationaler Akteure. Tatsächlich sind jedoch sowohl vorwiegend endogene wie auch vorwiegend exogene Ansätze verkürzt.

Lipietz bewertet die neuen Methoden der Organisations- und Managementtheorie wie das partizipative Management positiv, da er darin die Chance auf Etablierung einer neuen stabilen Einheit von Akkumulationsregime und Regulationsweise sieht. Zur Kritik dieser und ähnlicher Argumentationen haben wir bereits in Abschnitt 1.2. ausführlich darauf hingewiesen, dass diese Methoden als eine Totalver zweckung des Menschen angesehen werden können, die ihm die Zustimmung zur eigenen Ausbeutung abverlangt und spaltend wirkt. Kritisiert wird die Position Lipietz' in diesem Punkt auch von Brenner/Glick (1999): Team- und Lean-Production würden nicht zu einer anti-tayloristischen Revolution führen, sondern bedeuteten tatsächlich eine Hyper-Taylorisierung.

„In dieser Situation der laufenden ökonomischen Krise bedeutet die weitere Selbsteinbindung der Arbeiter 'in das Teamkonzept' bloß die weitere Verknüpfung ihres Schicksals mit 'ihrer eigenen' Firma, die Stellung ihrer selbst gegen ihre Kollegen in der gesamten Industrie und die Unterminierung der Reste ihrer kollektiven gewerkschaftlichen Macht. Wenn die Krise sich verschärft, wird kein Ausmaß an Goodwill seitens der Unternehmer ihre Arbeitsplätze sichern. Und in dem Ausmaß, in dem sie sich selbst an ihre eigenen Unternehmen 'gebunden' haben, in diesem Ausmaß werden sie ihre eigene Fähigkeit, ihre Bedingungen zu verteidigen, zerstören“ (Brenner/Glick 1999, S. 129).

Lipietz' Ansatz der Analyse der Krise des Fordismus stellt sicherlich eine nichtdeterministische, differenzierende Betrachtungsweise dar, die Elemente aus Politik und Ökonomie berücksichtigt. Trotz dieser nichtreduktionistischen Argumentationsweise zeigen sich aber einige Defizite, die nicht zuletzt auch mit den noch zu besprechenden politischen Implikationen der Regulationstheorie in einem Zusammenhang stehen.

Fassen wir kurz zusammen, wie Lipietz die Krise des Fordismus erklärt:

Es sei zu einer Erschöpfung der Produktivitätszuwächse, einem überdimensionalen Anstieg der Rohstoffkosten und Arbeitskosten, einem Anstieg der technischen und organischen Zusammensetzung des Kapitals gekommen, und die Entfremdung durch die tayloristische Arbeitsorganisation habe in Arbeitsverweigerung und Streiks umgeschlagen. Daraus habe sich ein Fall der (Durchschnitts-)Profitraten ergeben. Um dem entgegenzuwirken, sei die Internationalisierung des Kapitals Ende der 60er vorangetrieben worden. Dadurch sei jedoch die Krise der Regulationsweise, die nicht zuletzt auch durch die hohen Kosten des Interventions- und Wohlfahrtsstaates mitverursacht worden sei, verschärft worden, da die nationalstaatlich orientierte monopolistische Regulation in Widerspruch mit der Internationalisierung des Kapitals trete.

Neben dem prominenten Pariser Ansätzen um die Vertreter des CEPREMAP (Centre d'Etudes Prospectives d'Economie Mathématique Appliquées à la Planification) Aglietta und Lipietz gibt es auch den eher orthodox marxistischen Grenobler Ansatz der GRREC (Group de Recherche sur la Régulation de l'Economie Capitaliste), der weniger rezipiert wird, was u.a. darauf zurückzuführen sein mag, dass die entsprechenden Arbeiten auf Englisch oder Deutsch kaum verfügbar sind. Ein wesentlicher Vertreter ist Gérard Destanne de Bernis (siehe 1988, 1990), dessen Analyse der Krise des Fordismus wir uns hier näher ansehen wollen.

## Der Ansatz von Gérard Destanne de Bernis

Destanne de Bernis geht davon aus, dass die Ökonomie die determinierende Instanz des Kapitalismus darstellt. Daher sei Regulation in erster Linie als ökonomischer Prozess zu betrachten. De Bernis nimmt an, dass sich das Kapital Institutionen schaffe, die der Tendenz der fallenden Profitrate entgegenwirken sollen. Diese Tendenz ergäbe sich aus der durch den technischen Fortschritt verursachten Erhöhung der organischen Zusammensetzung des Kapitals.

Ein Fall der Profitrate in einem Industriezweig führe aber nicht automatisch zu einer ökonomischen Krise, denn das Kapital suche in so einem Fall nach Anlagemöglichkeiten in Industrien mit höherer Profitrate. Auch dort würde jedoch die organische Zusammensetzung in Folge der weiteren Entwicklung zunehmen und es stelle sich so ein Ausgleich der Profitraten der verschiedenen Industriezweige ein. Für ökonomische Krisen seien daher die Tendenz der fallenden Profitraten und eine Störung der Tendenz des Ausgleichs der Profitraten verantwortlich.

Soziale Prozeduren der Regulation würden nun für Gegenteilstendenzen zu beiden Strukturgesetzen sorgen. Regulation sei ein Prozess der Artikulation der beiden Gesetze. Ihr Ziel sei die Herstellung einer Kohärenz zwischen den beiden Gesetzen, was sich in einer stabilen Akkumulation niederschläge. Einerseits würde versucht, die Profitrate hoch zu halten, andererseits solle eine Angleichung von Produktion und Bedürfnissen hergestellt werden. Die Regulationsweise beziehe sich also auf diese sozialen Prozeduren, die Gegeneffekte zu den beiden Tendenzen organisieren sollen. Die Kapitalakkumulation bleibe solange stabil, wie die Regulationsprozeduren effektiv bleiben. Sei dies nicht mehr der Fall, stelle sich eine ökonomische Krise ein, da Produktion und gesellschaftlicher Bedarf nicht mehr übereinstimmen würden. Daraufhin würde die Durchschnittsprofitrate sinken, da nicht mehr der gesamte bisher realisierte Mehrwert in Profit verwandelt werden kann. Eine vorübergehende Stabilität sei nicht nur erreicht, wenn die Profitraten stabil bleiben, es sei zusätzlich ein Ausgleich der Profitraten zwischen den einzelnen Industriezweigen notwendig. Das Objekt der Regulation sei nicht die Nation, sondern das Produktivsystem, das durch ein Ensemble an Arbeits- und Produktionsprozessen konstituiert wird, welches die Akkumulation eines Überschusses ermöglicht. Ein Produktivsystem sei nicht an nationale Grenzen gebunden, sondern inkludiere mehrere Nationen, wobei eine davon die anderen beherrsche.

Es werden zwei Typen von Krisen unterschieden: Eine Krise, in der die Profitraten fallen, aber eine Störung der Ausgleichstendenz keine Rolle spielt. Und eine, bei der die Profitraten fallen und die Ausgleichstendenz zum Erliegen kommt. Die Suche des Kapitals nach einer maximalen Profitrate werde daher unterbunden, Resultat sei ein Ungleichgewicht zwischen Produktion und Konsumtion, aus der Überproduktion resultiere.

Die Krise des Fordismus wird nun (für Frankreich) für de Bernis durch physische und technische Grenzen der Taylorisierung des Arbeitsprozesses, eine Zunahme des Klassenkampfes (Arbeiter und „Dritte Welt“ revoltieren gegen Ausbeutung) und die hohen Staatsausgaben, die die Inflation anheizten, ausgelöst, indem diese Elemente dazu beitragen, dass die Profitraten fallen. Das zweite Profitgesetz (Ausgleichstendenz) sei durch die ausländischen Investitionen großer Konzerne außer Kraft gesetzt worden, da dadurch die (Durchschnitts-)Profitraten auseinandertraten.

De Bernis geht davon aus, dass sich jedes Produktivsystem durch eine internationale Arbeitsteilung auszeichne. Daher gebe es so viele Arbeitsteilungen wie Produktivsysteme. Die fortschreitende Internationalisierung sei eine Reaktion auf den Fall der Profitraten während der

Krise des Fordismus gewesen. Die Internationalisierung habe aber wiederum die existierenden Produktivsysteme und die nationale Akkumulationen destabilisiert, was zu einer Verstärkung der bereits bestehenden Krise geführt habe.

Zur Erklärung ökonomischer Krisen bezieht sich der Grenobler Ansatz also auf das Gesetz des TFPR und führt zusätzlich ein neues Gesetz ein. Drugman (1984) kritisiert den seiner Ansicht nach diesem Ansatz innewohnenden Ökonomismus. Die Ökonomie als gesellschaftliche Sphäre würde isoliert und andere Dimensionen als extern dazu dargestellt. Ergebnis sei ein funktionalistischer Determinismus (S. 48-50). Robles (1984, S. 38) kritisiert, dass dieser Ansatz die Wirkung des Widerstands von Arbeitenden bei ökonomischem Wandel unterschätze und dass das Kapital als übermächtig erscheine. Weiters sei das vertretene Staatskonzept unterentwickelt, denn der Staat werde einfach wie in der STAMOKAP-Theorie als der verlängerte Arm der Kapitalinteressen aufgefasst und seine Aktivitäten auf ökonomische Aspekte reduziert. So meint De Bernis, dass ökonomische und politische Herrschaft i.d.R. übereinstimmen. Der Staat, so Robles, werde so zum passiven Instrument der Kapitalisten erklärt, Politik daher auf ökonomische Prozesse reduziert, die Rolle des politischen Klassenkampfes unterschätzt. Ausgeblendet bleibt m.E. nach möglicherweise, dass es unterschiedliche Interessen einzelner Kapitalfraktionen gibt und dass diese durch den Staat vermittelt werden. Robles meint auch, dass De Bernis das Gesetz des TFPR wie eine empirische Tatsache behandle, obwohl seine Richtigkeit bzw. Falschheit nicht empirisch nachprüfbar sei.

Der wesentliche Unterschied zwischen CEPREMAP und GREEC ist, dass die Vertreter des ersten die politisch-institutionelle und zweite die ökonomische Ebene stärker betonen. De Bernis lehnt die Annahme der Möglichkeit einer politischen Steuerung ökonomischer Prozesse, von der das CEPREMAP ausgeht, ab. Er wirft Aglietta und Lipietz Institutionalismus vor, während umgekehrt von Ökonomismus gesprochen wird. Regulation ist für die Pariser Forscher ein politischer Prozess, für die Grenobler ein ökonomischer.

Zusammenfassend kann gesagt werden: Destanne de Bernis geht davon aus, dass Regulation Prozeduren zum Ausgleich des tendenziellen Falls der Profitraten sowie zur Herstellung einer Angleichung der Profitraten umfasse. Versagen diese Prozeduren, so stelle sich eine strukturelle Krise ein. Einerseits spielt in dieser Krisentheorie der TFPR eine wichtige Rolle, der sich aus der Erhöhung der organischen Kapitalzusammensetzung ergebe, andererseits die Unterkonsumptionsthese, da diese bei Versagen des zweiten Profitgesetzes zutreffe. Die Krise des Fordismus sei nur durch physische und technische Grenzen der Taylorisierung des Arbeitsprozesses, eine Zunahme des Klassenkampfes (Arbeiter und „Dritte Welt“ revoltieren gegen Ausbeutung) und die hohen Staatsausgaben, die die Inflation anheizten, ausgelöst worden, indem diese Elemente dazu beitragen, dass die Profitraten fallen. Das zweite Profitgesetz (Ausgleichstendenz) sei durch die ausländischen Investitionen großer Konzerne außer Kraft gesetzt worden, wodurch die (Durchschnitts-)Profitraten auseinandertraten.

Im deutschsprachigen Raum ist Joachim Hirsch der wesentliche Vertreter der Regulationstheorie. Ausgehend von der Kritik an den Regulationisten, dass sie den Staat nicht ausreichend analysieren würden, baut er seine eigenen Ansätze marxistischer Staatstheorie aus und verknüpft sie mit einer regulationstheoretischen Herangehensweise. Auf von ihm wesentlich (mit)geprägte Konzepte wie die marxistische Staatsableitungsdebatte der 70er-Jahre oder Begriffe wie Sicherheitsstaat (Hirsch 1980), Nationaler Wettbewerbsstaat (Hirsch 1995) oder Durchstaatlichung wurde bei der Besprechung von Fordismus und Postfordismus in Kapitel 1 bereits näher eingegangen. Daher liegt der Fokus hier auf Hirschs relevanten Vorstellungen für eine Krisentheorie des Fordismus.

## Die Verknüpfung von materialistischer Staatstheorie und Regulationsansatz bei Joachim Hirsch

In den 70ern betonte Hirsch den TFPR als wesentliches Element ökonomischer Krisen. Durch die Notwendigkeit des technischen Fortschritts steige die organische Kapitalzusammensetzung an, woraus sich der TFPR ergebe. „Technische Revolutionierung des Produktionsprozesses wird zu einem notwendigen Instrument in der Auseinandersetzung des Kapitals mit der Lohnarbeit sowie der expansiven Selbstbehauptung der Einzelkapitale im Konkurrenzkampf“ (Hirsch 1973, S. 212). Der TFPR äußere sich schließlich in einer Überakkumulationskrise, es „bricht dann eine Krise aus, wenn die Masse des produzierten und von den einzelnen Kapitalien angeeigneten Mehrwerts nicht mehr ausreicht, um die notwendige Akkumulationsrate aufrechtzuerhalten, die vorhandene Masse des Mehrwerts damit auch nicht mehr profitabel kapitalisiert werden kann“ (ebd., S. 220).

Hirsch hebt wie Marx hervor, dass Gegentendenzen zum TFPR existieren. Bei der Organisation dieser Spiele der Staat eine wesentliche Rolle. Hirsch hat seinen ursprünglichen staatsableitungstheoretischen Ansatz einerseits in den späten 70ern mit Bezug auf die Staatstheorie Nicos Poulantzas' (1978) und andererseits in den 80ern und 90ern mit Bezug auf die Regulationstheorie verändert. In Hirsch (1976, 1977) betonte er bereits, dass eine Krise nicht nur ökonomische Aspekte, sondern auch politische habe. Politische und ökonomische Krisen könnten auch auseinanderfallen. Eine politische Krise trete ein, wenn die die ideologische Integration der Massen zusammenzuberechen droht oder wenn Fraktionskämpfe innerhalb des Blocks an der Macht (dies sind nach Poulantzas alle herrschenden Klassen und deren Fraktionen) latent werden. Hirsch (1980) geht davon aus, dass der Fall der Durchschnittsprofitrate zu einer politischen, ideologischen und ökonomischen Krise führe (S. 31). Was Hirsch in diesen Arbeiten verdeutlichte, ist, dass für ihn die ökonomische Instanz des Kapitalismus nicht unabhängig von der politischen und ideologischen gesehen werden kann.

Die Regulationsweise sieht Hirsch als ein konfiguriertes Netzwerk von Institutionen an. Unter Institutionen versteht er „Modi der Verhaltensorientierung, -routinisierung und -koordinierung [...], die soziales Handeln sowohl anleiten als auch überhaupt erst möglich machen und somit gesellschaftlichen Systemen relativen Bestand verleihen“ (Hirsch 1994, S. 173). Hier zeige sich nun das dialektische Verhältnis von Struktur und Handeln: Institutionalisierungsprozesse würden durch Handeln geprägt, die Institutionen würden ihrerseits wiederum das Handeln prägen. Hier bezieht sich Hirsch auf die Strukturierungstheorie von Giddens (1984/1997). Auch in Institutionen würden soziale Antagonismen bestehen. Daher würden sich Umstrukturierungsprozesse auch in der institutionellen Konfiguration der Regulationsweise zeigen. Einerseits könne eine gesellschaftliche Krise in Institutionen entstehen, andererseits könne eine institutionelle Krise im Zusammenhang mit einer säkularen kapitalistischen Krise stehen.

Hirsch meint wie die Pariser Regulationsschule, dass die Gesellschaftsstruktur nicht aus einer angenommenen ökonomischen Basis abgeleitet werden kann. Wie Lipietz und Aglietta erteilt er dem Ökonomismus und dem Strukturalismus eine Absage. Notwendig sei eine Vermittlung von Struktur- und Handlungsperspektive (Hirsch/Roth 1986, S. 43).

Um die Einheit von politisch-ideologischer und ökonomischer Ebene darzustellen, greift Hirsch (1995) auf Lipietz' Definitionen des Akkumulationsregimes und der Regulationsweise zurück (siehe oben). Er spricht von Akkumulationsregime, Akkumulationsmodell oder auch

Akkumulationsmodus einerseits und andererseits von Regulationsweise, Regulationsmodell und Regulierung. Aus dem Zusammenspiel von Akkumulations- und Regulationsmodell ergebe sich ein Vergesellschaftungsmodus. Hirsch (1991a, S. 133) betont, dass Krisen des Kapitalismus weiter als strukturelle Krisen aufgefasst würden und dass der TFPR dabei eine wesentliche Rolle spiele. Eine Zeit lang würden durch die ein Akkumulationsregime stabilisierende Regulationsweise Krisen aufgehalten. Seien Gegenteilstendenzen zum TFPR allerdings nicht mehr ausreichend innerhalb eines Akkumulationsmodells und seiner Hegemonialstruktur organisierbar, so stoße die Dynamik des Akkumulationsprozesses an die Grenzen der Regulationsweise und Resultat sei eine gesellschaftliche Krise. Die weitere Kapitalverwertung verlange dann die Ausbildung einer neuen kapitalistischen Formation. Hirsch (1995, S. 61) geht davon aus, dass die Kapitalakkumulation zu einer permanenten Veränderung der Kapitalzusammensetzung, der Branchenbeziehungen, der Produktionstechnologien, der Arbeits- und Klassenstrukturen sowie des Verhältnisses von Warenproduktion zu den natürlichen und gesellschaftlichen Produktionsbedingungen führt. Dies bewirke früher oder später einen Rückgang der Profitabilität, wobei Akkumulations- und Regulationsweise in Widerspruch geraten (siehe auch ebd., S. 72).

„Die großen »säkularen« Krisen des Kapitalismus sind also immer als *Einheit* von ökonomischen, politischen und ideologischen Entwicklungen zu verstehen, als Auswirkung eines komplexen Akkumulations- und Regulationszusammenhangs, der strukturell krisenhaft ist. Krisen der Regulation sind zugleich immer Krisen der Hegemonie [...]. Die Kapitalakkumulation stockt, wenn ihre Dynamik mit dem bestehenden Regulationssystem in Kollision gerät und dessen davon ausgelöste Krise die bestehenden gesellschaftlichen Übereinkünfte untergräbt. Mit dem Zerbröseln des »ideologischen Kitts« [...] zerfällt auch die Einheit und Funktionsfähigkeit des regulativen Systems: Einzelne Teile verselbständigen sich, die Konflikte zwischen den Institutionen nehmen zu, die politische Führung wirkt desorientiert, und »Regierungsfähigkeit« wird insgesamt problematisch“ (Hirsch 1995, S. 63).

Die Einheit von politischer, ökonomischer und ideologischer Krise bedeute, dass sich das Entstehen großer Krisen nicht allein aus den Antagonismen der Kapitalakkumulation erklären lasse, es gäbe Prozesse im regulativen System, die zwar nicht krisenverursachend, aber krisen-auslösend und -verschärfend wirken könnten (ebd.).

Wesentlich seien nun auch die ideologischen Aspekte einer Krise, also Mechanismen, die dazu führen, dass eine herrschende Akkumulations- und ihre Regulationsweise in Frage gestellt werden. Das Bewusstsein, dass ein herrschender Vergesellschaftungsmodus ausgedient habe, sei ein notwendiger Aspekt einer Krise, dem wesentliche Bedeutung zukomme.

Joachim Hirsch meint, dass es keine allgemeinen Gesetzmäßigkeiten von Krisenentstehung, -form und -verlauf gebe, dies sei von der jeweils bestehenden Akkumulations- und Regulationsweise abhängig. „Jede historische Formation des Kapitalismus hat ihre eigene Krise“ (Hirsch 1995, S. 62).

Hirsch/Roth (1986, S. 79) führen die Krise des Fordismus (in der BRD) auf einen Rückgang der Arbeitsproduktivität zurück. Dadurch sei die Mehrwertrate und in Folge die Profitrate gesunken. Dies betont auch Hirsch (1995, S. 83f), meint jedoch, dass der Rückgang der Profitrate in allen kapitalistischen Metropolen nicht ausschließlich durch allgemeine Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus erklärt werden könnte, sondern dass die für den Fordismus spezifische Einheit von Akkumulations- und Regulationsmodell mitberücksichtigt werden müsste. Die Abschwächung des Wachstums der Arbeitsproduktivität sei daher zu inkludieren, sowie deren Wirkung auf die Profitrate und die Regulationsweise. Gleichzeitig sei nämlich das Sozialpro-

dukt langsamer angewachsen, was zu einer Krise des Sozialstaats und der Regulationsweise führte. Dies habe wiederum negative Auswirkungen auf die Profitrate gehabt.

Die Krise des Fordismus sei auch eine ideologische Krise. Seit dem Ende der 60er habe der fordistische „Sicherheitsstaat“ (Hirsch 1980) durch die anhaltende Kritik, die sich vor allem in den neuen sozialen Bewegungen äußerte (Hirsch/Roth 1986), durch einen allgemeinen Wertewandel, die ökonomische Krise und die Krise des Sozialstaats an Glaubwürdigkeit verloren.

„Ökonomische Krisenerscheinungen, das Zerbröckeln des Sozialstaats und das Ende des einstmals für unendlich gehaltenen ökonomischen Wachstums verbanden sich im Kontext neuer Wertorientierungen und Protestbewegungen zu der sich allmählich ausbreitenden Überzeugung, dass das fordistische Gesellschaftsmodell [...] keine Perspektive mehr habe. Die Krise des Fordismus war also nicht nur eine Krise der Kapitalverwertung, sondern auch eine der Hegemonie“ (Hirsch 1995, S. 87f).

Hirsch betont auch die internationale Dimension der Krise des Fordismus: Die zunehmende internationale Konkurrenz durch die USA und Japan sowie das Anwachsen der Verschuldung der USA und deren Handels- und Zahlungsbilanzdefizite hätten zu einer Schwächung der US-Hegemonie und des Dollars geführt, die im Zusammenbruch des Systems von Bretton Woods kulminierte. Der Zusammenbruch der internationalen Regulation habe die Spekulation begünstigt.

Hübner (1987) und Jessop (1988) kritisieren an Hirsch, dass dieser nicht berücksichtige, dass der Fordismus in der BRD von Anfang der 60er bis maximal Mitte der 70er bestand. Hirsch theoretische Ansichten über den Fordismus würden mit der Empirie nicht übereinstimmen. Hübner (1987, S. 42f) meint auch, dass es für die BRD nicht empirisch belegbar sei, dass es – wie von Hirsch behauptet – zu einem Rückgang der Arbeitsproduktivität kam.

Becker (1989) kritisiert an Hirsch, dass sich dieser nicht ausreichend mit der Kritik des Gesetzes des TFPR auseinandersetze. Dabei wurde immer wieder vorgebracht, dass die Einbeziehung des Gesetzes in eine Theorie diese der empirischen Überprüfbarkeit entziehe, da das Gesetz nicht empirisch belegbar sei. Heute geht Hirsch zwar noch immer vom Anstieg der organischen Zusammensetzung des Kapitals als allgemeines Element des TFPR aus, betont jedoch, dass das Gesetz alleine konkrete Krisen nicht erklären könne, sondern dass Aspekte der konkreten Ausprägung von Akkumulations- und Regulationsweise und die Organisation von Gegentendenzen innerhalb der Regulationsweise mitberücksichtigt werden müssten (Hirsch 1995, S. 61f). Während Hirsch also früher noch stärker allgemeine Kapitalgesetzmäßigkeiten betonte, hat ihn der Einfluss der Regulationstheorie dazu bewegt, dies um spezifische Aspekte des jeweiligen Vergesellschaftungsmodus zu erweitern.

Fassen wir zusammen: Joachim Hirsch geht davon aus, dass eine „säkulare“ Krise Einheit von ökonomischer, politischer und ideologischer Krise sei. Er betont den TFPR und dabei, dass einerseits zwar allgemeine Gesetzmäßigkeiten wie die Erhöhung der organischen Kapitalzusammensetzung von Bedeutung seien, andererseits aber auch historisch spezifische Aspekte der Akkumulations- und Regulationsweise. In einer säkularen Krise würden Akkumulations- und Regulationsweise in Widerspruch treten. Ökonomische Aspekte der Krise des Fordismus sind für Hirsch Faktoren, die zum Rückgang der Profitabilität führten: Neben allgemeinen Gesetzmäßigkeiten der Rückgang der Arbeitsproduktivität und die dadurch ausgelöste Verlangsamung des Wachstums des Sozialprodukts. Wesentlich seien auch Aspekte der Krise der internationalen Regulationsweise (internationale Konkurrenz, Handels- und Zahlungsbilanzdefizite der USA, Zusammenbruch des Systems von Bretton Woods) und der Krise der hegemonialen Ord-

nung. Letzteres meint, dass der Fordismus durch die anhaltende ökonomische Krise, die Krise des Sozialstaats sowie Protestbewegungen wie die Neuen Sozialen Bewegungen an Glaubwürdigkeit verloren habe. Die Krise des Fordismus wird als ökonomische, politische und ideologische betrachtet.

Ein besonderer Aspekt dieser Arbeit ist, dass die Rolle der Technik in Krisen des Kapitalismus sowie im Fordismus und Postfordismus näher betrachtet werden soll. Daher wollen wir uns auch hier ansehen, inwiefern Technik in der Regulationstheorie berücksichtigt wird.

## **Aspekte der Technik in der Regulationstheorie**

Es hat sich gezeigt, dass bei allen betrachteten regulationstheoretischen Ansätzen (Aglietta, Lipietz, De Bernis, Hirsch) die Steigerung der organischen Zusammensetzung des Kapitals als Faktor des Falls der Profitraten in Betracht gezogen wurde. Obwohl die genaue technische Entwicklung im Fordismus meist kaum näher betrachtet wird, zeigt dies doch, dass der Technik eine gewisse Bedeutung in Krisen zugemessen wird. Was damit angesprochen wird, ist, dass es einen gesellschaftlichen Zwang für das Kapital gibt, das fixe konstante Kapital permanent weiterzuentwickeln. Die Entwicklung der Produktivkräfte ist eine Notwendigkeit für den Bestand des Kapitalismus. Und das heißt: Immer mehr Mehrwert in immer kürzerer Zeit produzieren. Also relative Mehrwertproduktion. Technik ist ein Mittel dazu, sie muss im Kapitalismus permanent weiterentwickelt werden, um die Produktivität zu steigern. Nur der immer produktiver produzierende Kapitalist kann in der kapitalistischen Konkurrenz bestehen.

Die Regulationstheorie geht also auch davon aus, dass technische Entwicklung ein wesentliches Moment der Kapitalakkumulation darstellt. Allerdings wird dies meist zu wenig deutlich betont. Vor allem Joachim Hirsch und Alain Lipietz weisen darauf hin, dass der TFPR nicht auf die Erhöhung der organischen Zusammensetzung des Kapitals reduziert werden kann, sondern dass weitere konkrete Faktoren, die spezifisch für eine Akkumulations- und Regulationsweise sind, berücksichtigt werden müssen. Durch diese Differenziertheit wird einer technologisch deterministischen Argumentationsweise vorgebeugt. Dies betont Lipietz auch explizit, indem er meint, dass die Analysen mit Hilfe der Konzepte des Akkumulationsregimes und der Regulationsweise dem technologischen Determinismus, wie er sich in der Theorie der langen Wellen (z.B. typisch bei Schumpeter, in der marxistischen Theorie war der wesentliche Vertreter Ernest Mandel) findet, eine Absage erteilen würde (Lipietz 1998, S. 36f). Er sagt an dieser Stelle auch, dass es nicht klar erscheint, was für die Theoretiker der langen Wellen der technologische Inhalt der nach 1940 beginnenden vierten Welle sein soll: „das Auto (immer noch?), die Elektronik (bereits?)“ (ebd., S. 36). Dies zeigt aber auch, dass Lipietz die technologische Entwicklung in seinem Ansatz nicht ausreichend berücksichtigt.

Lipietz geht davon aus, dass Akkumulationsregime und Regulationsweise von einem dritten Modell begleitet werden: dem Arbeitsprozessmodell oder technologischen Paradigma. Darin werden aber nicht nur die für ein Entwicklungsmodell spezifischen Technologien zusammengefasst, sondern vor allem auch die Organisationsweise der Arbeit und die Art der Arbeitsteilung. Lipietz spricht auch vom „industriellen Paradigma“, das „die Entwicklung der Arbeitsorganisation während der Periode der Vorherrschaft dieses Modells leitet“ (Lipietz 1992a, S. 194; siehe auch 1992b, S. 2ff) und das die „allgemeinen Grundsätze, die die Entfaltung der Organisation der Arbeit bestimmen“ (Leborgne/Lipietz 1990, S. 109) umfasst. Andere Ansätze subsumieren das industrielle Paradigma in das Akkumulationsregime.

Er beschreibt nun zwar das industrielle Paradigma des Fordismus als gekennzeichnet durch den Taylorismus, die Mechanisierung, große Firmenkonglomerate und eine immer weiter voranschreitende Rationalisierung der Produktion durch die Taylorisierung (1992b, S. 3f). Außerdem seien im Fordismus Normen und Zwänge in der automatischen Apparatur der Maschinen enthalten. D.h., dass der Maschinentakt den Arbeitsgang diktiert. Außer einigen Hinweisen auf das Automobil und das Fließband finden sich jedoch kaum Ausführungen zur genauen technischen Apparatur und deren Wirkungen. Weiters wird auch kaum darauf eingegangen, welche Wirkungen die Anwendung der Technik auf die Krise des Fordismus hatte.

Natürlich haben auch die Verlangsamung der Produktivitätszuwächse und die Rebellion der Arbeitenden gegen die tayloristische Organisationsweise der Arbeit einen technologischen Aspekt. Dies wird aber bei Lipietz meist nicht explizit benannt. An manchen Stellen weist er darauf hin, dass diese Arbeitsverweigerung das Kapital dazu bewegen habe, die Automation und die technologische Revolutionierung des Arbeitsprozesses zu beschleunigen (so z.B. Lipietz 1998, S. 104, S. 170).

Im Rahmen der Diskussion der Internationalisierung des Kapitals erwähnt Lipietz, dass diese dazu führe, dass vor allem die unqualifizierten und daher stark mechanisierten Arbeiten in Niedriglohnländer und -regionen verlagert werden (ebd., S. 136). Die Informatik bringe die Möglichkeiten mit sich, die Maschinen permanent zu betreiben, die Produktion zu flexibilisieren und konstantes Kapital einzusparen. Daraus ergebe sich aber auch ein Anstieg der Arbeitslosigkeit (ebd., S. 171-173).

Insgesamt gesehen bleiben die Betrachtungen zur technologischen Entwicklung im Kapitalismus bei Lipietz eher Randbemerkungen. Auch in der Bibliographie von Lipietz (siehe die Lipietz-Homepage <http://perso.club-internet.fr/lipietz/Index.htm>), die doch immerhin Arbeiten aus drei Jahrzehnten umfasst, zeigt sich kaum eine explizite Berücksichtigung technologischer Aspekte. Dies einzuklagen, bedeutet nicht, einem technologischen Determinismus das Wort zu reden, aber daran festzuhalten, dass die technologische Entwicklung zwar keine determinierende, aber immerhin eine wesentliche Rolle im Kapitalismus spielt.

Eine Ausnahme bildet Leborgne/Lipietz (1990). Darin wird aber kaum darauf eingegangen, welche Rolle die Technik im Fordismus und dessen Krise spielt, sondern vielmehr die Bedeutung der Elektronik im Postfordismus diskutiert. Diese ermögliche den Betrieben ein hohes Ausmaß an Flexibilität. Das Betriebsmanagement verändere sich dadurch, dass nun eine Just-in-Time-Produktion möglich sei und der Arbeitsprozess stärker modularisiert werden könnte. Leborgne und Lipietz sehen nun drei Alternativen der technologischen/industriellen Entwicklung: Erstens könnte die Technik heute so eingesetzt werden, dass sie den Arbeitenden jede Initiative nimmt und eine tendenzielle Vollautomatisierung die Arbeitenden auf einige unqualifizierte Tätigkeiten reduziert. Die zweite Alternative sei eine individuelle und die dritte eine kollektive Einbindung der Arbeitenden (vgl. die Ausführungen von Lipietz zum Kalmarismus weiter oben). Bisher habe keine dieser Alternativen den Boden für ein neues Akkumulationsregime bereitet. Das Fazit ist für Lipietz und Leborgne, dass sie betonen, dass die neuen Technologie zwei Gesichter hätten. Eines bedeute sozialen Fortschritt, das andere Rückschritt.

Dieser Aufsatz bietet keine Überraschungen oder wesentlich neuen Erkenntnisse, die nicht schon auf die Regulationstheorie bezogen anderswo von Lipietz betont worden wären bzw. auf die neuen Technologien bezogen von jemand anderem ausführlicher und analytisch präziser behandelt worden wären. Resultat bleibt dann, dass Lipietz die neuen Arbeitsmethoden sowie den Einsatz neuer Technologien im Rahmen dieser Methoden als wesentliche Chance erachtet (siehe die Kritik dazu in Abschnitt 1.2. dieser Arbeit). An manchen Stellen wird dabei argumentiert wie in einem Werbeprospekt für Unternehmer.

Der Titel des Aufsatzes von Robert Boyer (1988) „Technical change and the theory of ‘régulation’“ klingt grundsätzlich vielversprechend in Bezug auf die Frage der Bedeutung der Technik für den Regulationsansatz. Auch Boyer betont, dass ein technologischer Determinismus, der die Entwicklung der Ökonomie und der sozialen Institutionen auf die technologische Entwicklung reduziere, typisch für Schumpeter und den Neoschumpeterismus sei. Es gelte, dies zu vermeiden und daher eine Dynamik der institutionellen Formen von jener des technologischen Systems zu unterscheiden, um im Anschluss daran die Beziehungen zwischen beiden zu untersuchen (Boyer 1988, S. 67). Der Unterschied zum Ansatz der langen Wellen ergebe sich in der Regulationstheorie schon daraus, dass für die Krise jedes kapitalistischen Entwicklungsmodells (extensive Akkumulation, intensive Akkumulation ohne Massenkonsum, intensive Akkumulation mit Massenkonsum) verschiedene konkrete Ursachen angenommen werden, während die Theoretiker der langen Wellen von immer denselben technisch determinierten Wirkungen als Krisenauslöser sprechen.

Die fordistische Massenproduktion habe wesentliche technologische Veränderungen mit sich gebracht: Ausbreitung der Elektrizität und neuer Technologien wie Fließband, Auto und Haushaltsgeräte. Die Form der monopolistischen Regulation des Fordismus habe raschen technologischen Wandel mit sich gebracht. Der wesentliche Unterschied der Zwischenkriegsperiode und der Phase nach 1945 sei nicht ein technologischer, sondern einer der Regulationsweise. Bezogen auf technologische Aspekte der Krise des Fordismus habe sich gezeigt, dass die Unternehmenskomplexe immer größer wurden und es daher immer schwieriger wurde, den Output einer Fließbandkette mit dem realen Bedarf abzustimmen. Wesentlich seien auch die Grenzen des Taylorismus gewesen, die zu Arbeitsverweigerungen führten. Der Rückgang der Produktivitätszuwächse habe sich daraus ergeben, dass der Fordismus zwar effektiv alte Arbeits- und Organisationsmethoden ersetzt, deren Verfeinerung allerdings nicht adäquat realisiert habe (Boyer 1988, S. 86). Die internationale Konkurrenz, die zur Erosion der US-Hegemonie geführt habe, sei auch eine um neue Technologien.

Ein wesentliches Ergebnis faßt Boyer abschließend zusammen: „Out leitmotiv is simple [...] the fate of any technological system cannot be disentangled from social (particularly the wage-labour nexus) and economic determinants (the evolution of the mode of development as a whole)“ (Boyer 1988, S. 89).

Boyer setzt es sich zwar im Gegensatz zu Lipietz zu einem expliziten Ziel, die Rolle der Technik im heutigen Kapitalismus näher zu analysieren, sein Aufsatz verharrt jedoch sehr stark in der Zusammenfassung bereits bekannter Grundlagen der Regulationstheorie und Ankündigungen, dass erforscht werden sollte, wie ökonomische und technologische Entwicklung zusammenhängen, welche Rolle die Technik in der Krise des Fordismus spielt und wie ein neues Akkumulationsregime und ein dies begleitendes technologisches System aussehen könnte.

Es wurde bereits erwähnt, dass Michel Aglietta die Rolle der Technik bei der Erhöhung der organischen Zusammensetzung des Kapitals zwar implizit als Krisenfaktor anerkannt, dies aber kaum näher expliziert<sup>73</sup>. In seinem Hauptwerk „A Theory of Capitalist Accumulation“ (1979) widmet er technologischen Aspekten des Kapitalismus unter dem Titel „The Mechanization of Labour“ ein eigenes Kapitel (S. 111-130). Aglietta meint, dass Technik nicht neutral sei und die Befreiung durch Technologie eine Illusion darstelle. Das Prinzip der Mechanisierung sei typisch für den Kapitalismus und führe zur Inkorporierung ehemals menschlicher Tätigkeiten

---

<sup>73</sup> Ausnahmen sind Stellen wie die folgende: „The system [das halbautomatische Fließband; Anm. CF] was similarly responsible for a major saving of labour-power and a notable increase in the organic composition of capital“ (Aglietta 1979, S. 118).

in die maschinelle Apparatur, zur Homogenisierung der Arbeit und dazu, dass die Arbeitenden zum Anhängsel der Maschinerie werden. Das Maschinensystem habe die Arbeit rigoros determiniert. Teamarbeit sei bereits typisch für den Fordismus, da diese eine kontinuierliche Benutzung der Maschinen ermöglicht habe. Der typische Arbeitsprozess des Fordismus sei die halbautomatische Fließbandproduktion gewesen. Technik habe im Fordismus eine wesentliche Rolle bei der Intensifikation der Arbeit, der relativen Mehrwertproduktion und der Mechanisierung der Arbeit gespielt.

Die Erhöhung der Produktivität durch das Fließband finde jedoch ihre eigenen Grenzen durch die Wartezeiten, die durch Unregelmäßigkeiten der Fließbandaktivitäten entstehen, die Auswirkungen der Intensifikation der Arbeit auf die psychische und physische Konstitution der Arbeitenden und die Abschaffung der Verbindungen zwischen dem kollektiven Arbeitsergebnis und der individuell verausgabten Energie der Arbeitenden. Die Verlangsamung des Falls der Arbeitskosten, die bei Aglietta wiederum ein wesentlicher Faktor der Krise des Fordismus ist, stehe in einem wesentlichen Zusammenhang mit diesen 3 Aspekten der technologischen Grenzen der Produktivitätserhöhung.

Eine freiheitliche Anwendung der Automatisierung sei nur vorstellbar, wenn kapitalistische Produktionsverhältnisse abgeschafft werden (Aglietta 1979, S. 122f). Innerhalb des Kapitalismus sei Automatisierung aber immer als Mittel zur Produktion von Mehrwert zu betrachten, nicht als Mittel der Befreiung der Menschheit. Durch die Stufe der Automatisierung könnten Probleme des Fließbandes ausgeglichen werden. Sie ermögliche eine flexible Produktion, eine Reduktion der Produktionszeit und die Einsparung von Arbeitskraft. Automatisierung erhöhe die organische Zusammensetzung des Kapitals, was wiederum eine Tendenz der ungleichen Entwicklung der beiden Produktionsabteilungen fördern könne, wenn Gegenteilstendenzen ausblieben (Überproduktion in Abteilung I) (ebd., S. 126). Der Wert des konstanten Kapitals werde durch die elektronische Industrie vermindert, was wiederum eine Gegenteilstendenz zur Erhöhung der organischen Zusammensetzung des Kapitals darstelle.

Die neuen Technologien würden auch eine geographische Dezentralisierung der Produktion ermöglichen. Im Jahr 1976, als Aglietta dies schrieb, wurde noch nicht wie heute von Globalisierung gesprochen. Umso beachtlicher, dass er bereits damals diese Wirkungen der I&K-Technologien, die zu dieser Zeit in einem weit geringeren Ausmaß entwickelt waren als heute, als Medium der Globalisierung erkannte<sup>74</sup>. Automatisierung, so Aglietta, stehe auch in einem Zusammenhang mit der Etablierung neuer, antihierarchischer Arbeitsformen wie teilautonomen Arbeitsgruppen. Im Gegensatz zu Lipietz bewertet er dies aber nicht als positiv, denn das Management erhoffe sich dadurch „to be better able to isolate and attenuate conflicts that arise at the point of production, and to paralyse the functioning of the trade unions, by creating a form of organization for the working class that is alternative to that of the trade-union structures and integrated into the enterprise“ (Aglietta 1979, S. 130).

Agliettas Herangehensweise an die Rolle der Technologie im Kapitalismus ist wesentlich strukturierter als jene von Lipietz. Auch geht er näher auf die Bedeutung des Fließbandes und dessen technologische Grenzen für die Krise des Fordismus und die Auswirkungen der Automatisierung ein.

Mit technologischen Aspekten der Regulationstheorie in Bezug auf die Telekommunikation befassen sich die Beiträge in Esser/Lüthe/Noppe (1997a). Es wird dabei betont, dass die Tele-

---

<sup>74</sup> In Fuchs/Hofkirchner (2000) haben wir argumentiert, dass I&K-Technologien nicht nur Medium, sondern auch Resultat der Globalisierung sind. Darin besteht die Dialektik der technologischen Ebene des heutigen Globalisierungsschubes.

kommunikation im Fordismus dem Netzwerk der dichten staatlich organisierten monopolistischen Regulation unterlag (vgl. auch Noppe/Waringo 1996). Die Deregulierung und Internationalisierung erfasse im Postfordismus auch diesen Bereich und unterlaufe das Prinzip einer flächendeckenden fernmeldetechnischen Grundversorgung zu einheitlichen und erschwinglichen Gebühren.

Den techniksoziologischen Hintergrund und Aspekte der Regulationstheorie erläutert dabei Esser/Lüthe/Noppe (1997b) näher. Ein technikdeterministischer Ansatz wird abgelehnt und zu Gunsten eines sozialkonstruktivistischen im Sinn der Actor-Network-Theorie (siehe Latour 1987; vgl. auch Fuchs 2000) vermieden. Technikentwicklung sei ein Ergebnis von Interessens-kämpfen und Aushandlungsprozessen. Resultat davon seien Kompromisse der verschiedenen beteiligten Akteure. Technologieentwicklung sei ein Institutionalisierungsprozess. Als De-Kontextualisierung wird der Eingang unterschiedlicher Interessen, Bedürfnisse, Traditionen, Strategien, Kontakte, Regulierungsvorstellungen, unterschiedlichen Wissens etc. mit unterschiedlichen Bewertungen in diese Aushandlungsprozesse bezeichnet; als Re-Kontextualisierung der Aufbau konkreter Anwendungs- und Nutzungsbedingungen einer Technologie, also deren Implementierung in sozio-ökonomische Kontexte (Esser/Lüthe/Noppe 1997b, S. 15). Eine Gefahr, die bei jedem sozialkonstruktivistischen Technikansatz besteht, ist, dass möglicherweise davon ausgegangen wird, dass Folgewirkungen des Technikeinsatzes relativ vollständig durch einen sozialen Prozess in die technischen Artefakte eingebaut werden. Dies lässt unberücksichtigt, dass die Auswirkungen des Einsatzes nicht vollständig vorhersehbar sind, was sich aus der Komplexität der Artefakte, deren dynamischer Entwicklung und Anwendung, der möglichen Eigendynamik technologischer Applikationen sowie der nur begrenzt prognostizierbaren gesellschaftlichen Entwicklung ergibt.

Esser et al. meinen, dass das Konzept des technologischen Paradigmas bei Lipietz und Boyer schumpeterianisch sei, da dabei Technik und Institutionen getrennt voneinander betrachtet würden und Technikentwicklung als dem Akkumulationsregime exogen angesehen werde. Der von Esser et al. vertretene Ansatz geht jedoch davon aus, dass die Form der Technikentwicklung Teil des Akkumulationsregimes ist.

In Anlehnung an die Regulationstheorie meinen die ForscherInnen um Josef Esser, dass eine historische Kapitalismusform sich nicht nur durch eine spezifische Akkumulations- und Regulationsweise, sondern auch durch ein konkretes Ensemble an Technologienormen auszeichnet.

Mit Bezug auf Boyer und Coriat sprechen Esser et al. von Produktions- und Tauschnormen und meinen damit „historisch bestimmte gesellschaftliche Standards und Praktiken [...], die eine gewisse Kontinuität und Gleichläufigkeit der Produktivkraftentwicklung in den einzelnen Sektoren und Branchen einer kapitalistischen Entwicklungsformation vermitteln bzw. die Verhältnismäßigkeit zwischen Produktion und Konsum herstellen“ (Esser/Lüthe/Noppe 1997b, S. 21). Für den Fordismus seien als Produktions- und Tauschnormen z.B. der Taylorismus und der Massenkonsum von standardisierten Waren typisch gewesen. Esser et al. sprechen nun von Technologienormen als Formen und Modi der Technologieentwicklung, die mit einem historischen Akkumulationsregime verknüpft sind (ebd., S: 25). Es werden dabei vier Dimensionen einer Technologienorm unterschieden: eine genetische (eine solche Norm ist das Resultat von Aushandlungsprozessen), eine zeitliche (sie knüpft an ein historisches Akkumulationsregime an), eine sachliche (inhaltliche Form) und eine soziale (Technikfolgen, Nutzungsformen, Praktiken der Technologieentwicklung).

Mit diesen Bestimmungen ist ein Schritt in Richtung einer nichtdeterministischen Berücksichtigung von Aspekten der Technikentwicklung in die Kapitalismusanalyse getan. Was je-

doch weitgehend ausgespart wird, ist, Annahmen darüber zu treffen, welche Rolle Technik in der Krise eines Entwicklungsmodells des Kapitalismus spielen könnte. Lühje (1997) meint, dass Digitalisierung, Computerisierung und Miniaturisierung die technologische Seite der Krise des Fordismus darstellen. Als Aspekte der Telekommunikation in der Krise des Fordismus werden genannt, dass die Ausgaben für Telefon- und Datenkommunikation stetig zunahmen, was die Deregulierung des Telekombereiches vorantrieb; dass der Telekommunikationssektor angesichts des Falls der Profitraten in anderen Branchen ein attraktives und unerschlossenes Feld der Kapitalanlage darstellte und dass die produktionstechnologische und marktökonomische Veränderung der Fernmeldeindustrie in den 70ern zu einem Fall der Profitraten in diesem Bereich führte.

Fassen wir kurz zusammen: Der Aspekt der Technik im Kapitalismus und in dessen Krisen scheint bis heute keine wesentliche Rolle in der Regulationstheorie zu spielen. Dies kann damit erklärt werden, dass die Gefahr vermieden werden soll, ähnlich wie in der Theorie langer Wellen in einen technologischen Determinismus zu verfallen. Ebenso wenig wie Determinismus ist jedoch ein Ausblenden der technologischen Entwicklung angebracht. Alain Lipietz spricht von einer Ergänzung des Akkumulations- und Regulationsmodeels durch ein technologisches Paradigma. Dies wird von der deutschen ForscherInnengruppe um Josef Esser dahingehend kritisiert, dass dadurch Technikentwicklung nicht als Teil des Akkumulationsregimes erscheine, sondern als von diesem autonom dargestellt werde. Esser et al. sprechen von Technologienormen als Formen und Modi der Technologieentwicklung, die mit einem historischen Akkumulationsregime verknüpft sind. Robert Boyer meint, dass Technik zur Krise des Fordismus beigetragen haben, indem in den riesigen Unternehmenskomplexen der Bedarf mit dem Output einer Fließbandkette nicht mehr abgestimmt werden konnte, indem der Taylorismus und seine Technologien zu Arbeitsverweigerungen führten und indem der Fordismus keine Verfeinerung seiner Arbeits- und Organisationsmethoden erreicht habe. Michel Aglietta betont die Rolle des Fließbandes in dieser Krise. Die Verlangsamung der Reduktion der Arbeitskosten als wesentliches Krisenmoment ergebe sich u.a. daraus, dass das Fließband seine eigenen Grenzen durch die Wartezeiten, die durch Unregelmäßigkeiten der Fließbandaktivitäten entstehen, die Auswirkungen der Intensifikation der Arbeit auf die psychische und physische Konstitution der Arbeitenden und die Abschaffung der Verbindungen zwischen dem kollektiven Arbeitsergebnis und der individuell verausgabten Energie der Arbeitenden findet. Aglietta betont auch die Wirkungen der Automatisierung und der neuen Technologien: Sie führen zu einer flexiblen Produktion, einer Reduktion der Produktionszeit, der Einsparung von Arbeitskraft, der Ausbildung neuer Arbeitsformen, einer Enthierarchisierung im Betrieb, einer Erhöhung der organischen Kapitalzusammensetzung, und sie sind Mittel der ökonomischen Globalisierung.

Trotz dieser Aspekte bleibt das technologische Konzept der Regulationstheorie unterentwickelt, obwohl es sicherlich möglich wäre, eine nichtdeterministische Integration der technologischen Entwicklung in das Modell zu bewerkstelligen und konkrete Krisen damit zu analysieren. Immer wieder betont wird die Erhöhung der organischen Zusammensetzung des Kapitals durch die Produktivkraftentwicklung und dass dies zum TFPR beitragen kann. Welche Rolle nun aber die Technik allgemein und in historisch spezifischen Phasen des Kapitalismus beim Fall der Profitraten spielt, müsste noch mit Hilfe einer nichtdeterministischen Technikkonzeption näher untersucht werden.

Eine wesentliche Frage für diese Arbeit ist auch, ob und welche Zusammenhänge es zwischen Regulations- und Selbstorganisationstheorie gibt. Mit dieser Diskussion befasst sich der folgende Abschnitt.

## Aspekte der Selbstorganisation in der Regulationstheorie

Christoph Görg (1994c) interpretiert den Regulationsansatz als einen, der der Selbstorganisationstheorie nahe steht. Grundgedanken der Selbstorganisation kämen „dort zum Ausdruck, wo die Regulationstheorie den offenen Charakter geschichtlicher Prozesse betont und die Annahme allgemeiner Gesetze, die der Geschichte zugrundeliegen, ablehnt“ (Görg 1994c, S. 19). Die Regulationstheorie erteilt nun tatsächlich genauso wie die Selbstorganisationstheorie einem mechanistischen Determinismus der Entwicklung von Systemen eine Absage. So meint z.B. Aglietta (1979a): „Class struggle [...] is itself beyond any ‘law’. It can neither be assigned a limit, nor be confined by a determinism whose legitimacy could only be metaphysical. In a situation of historical crisis, all that a theory of regulation can do is note the conditions that make certain directions of evolution impossible, and detect the meaning of the actual transformation under way. Thereafter, however, the future remains open“ (Aglietta 1979, S. 67f).

In der Regulationstheorie ist die negative Referenzfolie dabei der traditionelle marxistische Ökonomismus, in der Selbstorganisationstheorie das Newtonsche Paradigma. Dieses ging von der Steuerbarkeit und Vorhersehbarkeit der historischen Entwicklung der Systeme aus, die Selbstorganisationsansätze betonen diesbezüglich deren Indeterminismus und Aspekte des Zufalls.

Wurde in der klassischen Wissenschaft von der Reduktion des Ganzen auf die Teile ausgegangen, so gewinnen die Ideen der Emergenz und der Komplexität durch das neue Paradigma an Bedeutung. Gegen den Reduktionismus hinsichtlich Aspekten der Kausalität wendet sich auch die Regulationstheorie. Der traditionelle Marxismus basierte tatsächlich in weiten Teilen auf einer eindimensionalen Form der Kausalität, in Rahmen derer jede Wirkung auf eine ökonomische Ursache zurückgeführt wurde. Daraus ergab sich das traditionelle Basis-Überbau-Modell, in dem Politik, Ideologie, Kultur, Staat, Religion, Bewusstsein etc. relativ vollständig aus ökonomischen Phänomenen abgeleitet werden. Aus solchen Argumentationen lässt sich leicht der Schluß ziehen, dass bestimmte antagonistische Verhältnisse, die sich im Kapitalismus konstituieren und integrale Bestandteile dieses Vergesellschaftungsmodus darstellen – wie die patriarchale oder die rassistische Produktionsweise – Nebenwidersprüche darstellen, die durch die Aufhebung des ökonomischen „Hauptwiderspruchs“ zwischen Kapital und Arbeit automatisch verschwinden würden.

Die Selbstorganisationstheorie zeigt uns nun, dass wir von multidimensionalen Formen der Kausalität ausgehen müssen, in der eine Wirkung viele Ursachen haben kann und eine Ursache mehrerer Wirkungen zu Folge haben kann. Wir haben bereits expliziert, dass daher die Ökonomie nicht als determinierendes gesellschaftliches Subsystem betrachtet werden kann, sondern dass Wirkungen zwischen Politik, Ökonomie und Kultur eben einer solchen multidimensionalen Kausalität entsprechen, wobei im Kapitalismus der Ökonomie eine dominante, aber nicht eine determinierende Rolle zukommt. Auch die Regulationstheorie stützt dieses Verständnis, indem davon ausgegangen wird, dass die politische und die ideologische Ebene der Gesellschaft in der Analyse stärker berücksichtigt werden müssen und die Ökonomie keinen in letzter Instanz determinierenden Formzusammenhang darstellt.

Die materialistische Annahme, dass die Ökonomie die Basis der Gesellschaft darstellt, kein bei einer multikausalen Erklärung durchwegs aufrechterhalten werden, wenn die relative Autonomie der anderen gesellschaftlichen Teilsysteme ausreichend berücksichtigt wird und davon ausgegangen wird, dass auch autonome politische und kulturelle Widersprüche existieren und dass Politik und Kultur Rückwirkungen auf den ökonomischen Bereich zeigen.

Für eine Krisentheorie zeigen uns die Erkenntnisse der Selbstorganisationstheorie nun, dass wir nicht von einer einzigen Ursache einer Krise des Kapitalismus ausgehen sollten (wie z.B. TFPR, Disproportionalitäten, Anarchie der Produktion, Unterkonsumtion, Überakkumulation), da dies einer mechanistischen, eindimensionalen Logik folgen würde. Des weiteren sollten auch nicht rein ökonomische Krisenursachen angenommen werden. Sowohl der bereits näher erläuterte und in dieser Arbeit vertretene Krisenansatz als auch die Regulationstheorie berücksichtigen beides. Eine Krise des Kapitalismus wird daher als gesellschaftliche Krise begriffen, die Krise der Politik, der Kultur und der Ökonomie ist. Ihre Ursachen können sich in jedem dieser Bereiche und auch in mehreren davon finden. Des weiteren gibt es Wechselwirkungen und Verstärkungen zwischen politischen, ökonomischen und kulturell-ideologischen Aspekten der Krise. Dies wurde auch in den Arbeiten der Regulationstheoretiker immer wieder deutlich.

M.E. ist im Regulationsansatz die Vermittlung zwischen allgemeinen Kapitalgesetzmäßigkeiten und entwicklungsmodellspezifischen Kategorien weitgehend ungeklärt<sup>75</sup>. Es kann nämlich nicht von einem vollständigen Indeterminismus und nur rein für ein Entwicklungsmodell spezifischen Kategorien und Widersprüchen ausgegangen werden, vielmehr erscheint ein dialektisches Verständnis von Zufall und Notwendigkeit sowie von Allgemeinem und Konkretem angebracht. D.h., dass die kapitalistische Gesellschaftsformation durch grundsätzliche Formkategorien (wie Lohnarbeit, Wert, Konkurrenz, Kapital, Mehrwert, Tauschwert, Ausbeutung, Herrschaft, Profit etc.) und Antagonismen (siehe die Auflistung in Abschnitt 2.3.) in Ökonomie, Politik und Kultur geprägt ist. Dies entspricht quasi allgemeinen Bestimmungen. Diese erfahren aber in jedem konkreten Entwicklungsmodell des Kapitalismus konkrete Ausprägungen, die sich in einer Einheit von Akkumulations-, Regulations- und Disziplinarmodell<sup>76</sup> niederschlagen. Das Disziplinarmodell umfasst dabei Mechanismen, die für die hegemoniale Zustimmung der Beherrschten und Ausgebeuteten zum herrschenden Entwicklungsmodell beitragen sollen. Politik, Kultur, Ideologie und Ökonomie sind also als dialektische Bestimmungen zu fassen. Sie sind einerseits Ausdruck allgemeiner Formbestimmungen des Kapitalismus, andererseits haben diese allgemeinen Bestimmungen historisch-konkrete Ausprägungen in jedem Entwicklungsmodell des Kapitalismus.

Daraus ergibt sich auch, dass Krisen des Kapitalismus nicht auf feststehende und historisch unwandelbare Ursachen reduziert werden können. Politik, Ökonomie, Kultur und Ideologie unterliegen einem Wandel innerhalb des Kapitalismus, daher ändern sich auch die konkreten Ausprägungen der sich in diesen Subsystemen äußernden Widersprüche und Antagonismen. Daher unterliegen auch die gesellschaftlichen Krisen einem dialektischen Wandel ihrer Kausalzusammenhänge. Es gibt zwar allgemeine Widersprüche, die sich in den Krisen äußern, jede Krise kann aber nur auf ein historisch-spezifisches Ensemble von konkreten politischen, ökonomischen und kulturell-ideologischen Widerspruchsausprägungen sowie konkreten Verstärkungen und nichtlinearen Zusammenhängen zwischen diesen Widersprüchen zurückgeführt

---

<sup>75</sup> Dies betont auch Görg: „Bei aller Betonung des sich aus der Widersprüchlichkeit sozialer Verhältnisse ergebenden offenen Charakters geschichtlicher Prozesse müsste die Regulationstheorie auch die umgekehrte Frage beantworten können: Wie ist es zu verstehen, dass bestimmte, den gesellschaftlichen Zusammenhang zentral prägende Merkmale – z.B. die Lohnarbeit, das Geldverhältnis, aber auch die strukturelle Besonderung des Staats – bisher eben auch immer, wenn auch modifiziert, reproduziert wurden? [...] Ist der ganze Prozess letztlich allein vom Zufall gesteuert?“ (Görg 1994c, S. 24).

<sup>76</sup> Die theoretische Fassung eines Entwicklungsmodells als Einheit von Akkumulationsregime und Regulationsweise wurde in Fuchs (2000b, 2001) um eine ideologische Ebene, das sogenannte Disziplinarmodell, erweitert.

werden. Es zeigt sich hier also eine Dialektik von allgemeinen und konkreten Krisenursachen, die nichtdeterministischen Logiken folgen. Die Regulationstheorie scheint diese Dialektik etwas zu missachten und von rein konkreten Krisenursachen, die für ein Entwicklungsmodell spezifisch sind, auszugehen. Chaos und Zufall sind aber niemals alleinige Daseinsformen, denn die Selbstorganisationsstheorie legt die Idee einer Dialektik von Zufall und Notwendigkeit nahe. Der Zufall folgt wiederum der Notwendigkeit und ist in einem gewissen Ausmaß eingegrenzt und vorhersehbar.

Unsere eigene Krisenkonzeption lehnt sich an diese Idee. Es ist dem Kapitalismus strukturell immanent, dass es immer wieder zu gesellschaftlichen Krisen kommt, es ist jedoch nicht vorherbestimmt, wann und in welcher Form diese Krisen genau auftreten, was ihre konkreten Ursachen und Auslöser sind, wie sich ihr Verlauf gestaltet und welche gesellschaftliche Entwicklungsweise als Alternative im Bifurkationspunkt eingeschlagen wird. Sicher ist nur, dass es immer wieder zu Krisen, Bifurkationspunkten und möglichen Momenten der Aufhebung der Gesellschaftsformation als Ganzem kommt. Das ist dann trotz aller Zufälligkeit und Nichtbestimmtheit wiederum ein Aspekt des Determinismus und der Notwendigkeit. Die weitere Entwicklung im Bifurkationspunkt hängt insbesondere vom sozialen Handeln im Rahmen von Klassenkonflikten ab. „Tiefgreifende Krisen des Kapitalismus sind unvermeidlich, ihr Charakter und ihre Verlaufsform wird aber durch die existierende Formationsstruktur, die sich in ihr ausdrückenden sozialen Kräfteverhältnisse und Kämpfe bestimmt.“ (Lipietz 2001, S. 165) Aspekt des Zufalls der historischen Entwicklung im Begriff der *chance discoveries* („Fundsache“ in Lipietz 1985) aus: „The emergence of a new regime of accumulation is not a pre-ordained part of capitalism’s tendency [...] Regimes of accumulation and modes of regulation are *chance discoveries* made in the course of human struggle and if they are for a while successful, it is only because they are able to ensure regularity and a certain permanence in social reproduction“ (Lipietz 1987, S. 15).

Robles (1994, S. 78) kritisiert daran wiederum, dass die geschichtliche Entwicklung nicht als völlig zufällig und indeterministisch gesehen werden kann. Strukturen seien nicht das Resultat einer völlig zufälligen politischen Evolution. Durch Aufnahme einer Dialektik von Zufall und Notwendigkeit in den krisentheoretischen Diskurs können beide Exreme – vollständiger Determinismus und vollständige Zufälligkeit der Entwicklung – vermieden werden. In selbstorganisierenden Systemen zeigt sich nicht nur eine Dialektik des Ganzen und seiner Teile (vgl. Naser 1994), sondern auch eine von Zufall und Notwendigkeit:

„The applicability of Hegel’s doctrines to bifurcation analysis thus allows us to understand that [...] a system confronts objectively different isometric and equally probable possibilities. The ‘choice’ of a particular path of development is determined by fluctuation, and is thus a random choice. But any chosen solution appears to be necessary: it is determined by a real state of the system prior to phase transition. Thus, the randomness is an addition to the necessity. [...] In the vicinity of a bifurcation, a random choice returns the system to the way of necessity. [...] We also recognize the irreversibility of development which, with the account of dialectics of randomness and necessity in the process of becoming, assumes the stable reality of the object which became a dynamically stable entity and may serve as an elemental ground for further complexity“ (Dobronravova 1997).

Görg (1994c) betont die Gefahr, dass die Regulationstheorie funktionalistisch von einer permanenten Selbstkonstitution des Kapitalismus ausgehen würde. Wir haben bereits gesehen,

dass neoliberale Varianten der ökonomischen Selbstorganisationstheorie meinen, dass die kapitalistische Ökonomie ein sich selbst reproduzierendes System ist, das keinerlei Eingriffe durch den Menschen bedürfe und von alleine reibungslos funktioniere. Dadurch werden Sozialabbau und eine anti-wohlfahrtliche Orientierung legitimiert. Die These der Nichtsteuerbarkeit spontaner Ordnungen Hayeks' wird dazu von der evolutorischen Ökonomik und der neoösterreichischen Ökonomik aufgegriffen. Die Regulationstheorie scheint nun davon auszugehen, dass sich das Akkumulationsmodell nicht alleine permanent reproduzieren kann, da es strukturell krisenhaft ist und dass es daher der institutionellen Abstützung durch ein Regulationsmodell bedürfe, um eine temporäre Stabilität aufrechtzuerhalten. Dies scheint in eine Richtung zu gehen, die annimmt, dass sich eine nationalstaatliche orientierte Einheit von Akkumulationsregime und Regulationsweise permanent selbst reproduzieren kann.

Darauf verweisen auch die vorherrschende Ablehnung von Aspekten der Imperialismustheorie sowie die Argumentationen für ein neues Regulationsmodell und Reformen des Kapitalismus in der Regulationstheorie. Lipietz geht von einem verkürzten Imperialismusbegriff aus, der sich vor allem auf den Import von Rohstoffen aus der Peripherie bezieht, den Kapitalexport in die Peripherie und einen Werttransfer aus ihr jedoch unberücksichtigt lässt. Die Regulationsschule sieht den Fordismus als weitgehend binnenmarktorientiert und nationalstaatlich orientiert, beschreibt gleichzeitig dazu aber im Widerspruch stehende Tendenzen der Internationalisierung des Kapitals. Insgesamt erscheint es naheliegend, dass Lipietz und andere Regulationstheoretiker tatsächlich von einer nationalstaatlich orientierten autonomen Selbstreproduktion eines kapitalistischen Entwicklungsmodells ausgehen. Lipietz spricht z.B. in Abgrenzung von imperialismustheoretischen Ansätzen davon, dass es sich beim Kapitalismus um ein autozentriertes System handle (Lipietz 1987, S. 46)<sup>77</sup>. Um dieses Defizit auszugleichen, werden in der Regulationstheorie heute stärker Aspekte der Internationalisierung des Kapitals betrachtet. Realistisch erscheint uns die Ansicht, dass sich die Abhängigkeit der Dritten Welt vom Westen gewandelt hat, die klassischen Merkmale der Imperialismustheorien treffen hinsichtlich bestimmter Gesichtspunkte nicht mehr zu. Insofern hat Lipietz mit seiner Kritik recht. Andererseits kann aber auch nicht von einer Dichotomie zwischen Industrie- und Entwicklungsländern ausgegangen werden.

Robert Boyer meint, dass der Kapitalismus selbst sein eigenes Gleichgewicht herstellen könne (self-equilibration). Kleine zyklische Krisen seien Teil dieser Selbstregulation, während große säkulare Krisen diese zerstören würden und die Durchsetzung eines neuen Entwicklungsmodells notwendig machen würden (Boyer 1988, S. 76). Boyer akzeptiert zumindest, dass der Kapitalismus auf Grund der großen Krisen nicht vollständig selbstreproduzierend sein kann und geht davon aus, dass er sich zeitweise autonom selbst konstituieren kann. Boyer betont dabei ebenfalls den Primat des Nationalstaates.

---

<sup>77</sup> „Regimes of accumulation which are predominantly extensive and regimes which are predominantly intensive obviously relate to the ‘outside world’ in different ways. We may suspect that relations with the outside world were originally very important, that they became less important as capital created its own internal market; that, at its height, Fordism marks the extent to which developed capitalism can be autocentred“ (Lipietz 1987, S. 46). „Initially, it [Capitalism, Anm. CF] was an eddy within the great ocean of the non-capitalist economy which sustained it, but it then grew into territorialized capitalist structures which gradually became individualized and auto-centred, to use the schema popularized by Prigogine. The ratio of trade flows ‘between the structure and its thermostat’ to flows ‘internal to the structure was initially very high (in terms of manufactured commodities, but not of course in terms of overall material output), and it fell as the home market was consolidated“ (ebd., S. 56).

Auch Hübner (1989) streicht den Zusammenhang von Selbstorganisations- und Regulationstheorie (vgl. S. 27ff) hervor. „Der Grundgedanke einer adaptiven Selbststeuerung [...] wurde bei der Entwicklung des Regulationskonzepts, wenn auch in modifizierter Form, beizubehalten versucht. Adaptive Selbststeuerung erfolgt in der Regulationstheorie, wenn man so will, über die Transformation institutioneller Formen, die wiederum auf soziale Handlungen gesellschaftlicher Akteure rückgeführt wird“ (Hübner 1989, S. 28).

Der Kapitalismus ist nicht insofern reproduzierend, dass auf eine Krise automatisch eine Stabilisierung erfolgt und diese Reproduktion daher ein endloser Prozess ist. Wesentlich ist kreatives Handeln aktiver Subjekte, das gerade in Phasen der Krise die weitere Entwicklung wesentlich beeinflussen kann. Wird der Kapitalismus als selbstreproduzierend beschrieben, so besteht die Gefahr, dass dieser Einfluss der Subjekte auf die geschichtliche Entwicklung, die prinzipielle Offenheit der Geschichte und die Tatsache, dass der Kapitalismus ein historisches System ist, das Anfangs- und Endpunkt hat, deterministisch verkürzt werden. Es kann u.E. auch nicht gesagt werden, ein nationalstaatlich orientiertes Entwicklungsmodell sei selbstreproduzierend, denn er ist immer von äußeren Zusammenhängen abhängig (Märkte, andere Nationen, Peripherie, Milieus der ursprünglichen Akkumulation etc.). Eine vorübergehende Stabilisierung der Kapitalakkumulation ist überhaupt nur dadurch möglich, dass der Kapitalismus ein Weltsystem ist, in dem die verschiedenen Dynamiken der Kapitalakkumulation nur durch die Abhängigkeit von Ausbeutungszusammenhängen aufrechtzuerhalten sind. Wir haben dabei bereits die Bedeutung der Milieus der ursprünglichen Akkumulation (patriarchale und die rassistische Produktionsweise, die Peripherie („Dritte Welt“), die peripheren ArbeiterInnen) betont. Sie verweisen darauf, dass sich eine nationalstaatlich orientierte Einheit von Akkumulationsregime und Regulationsweise eben nicht autonom selbst reproduzieren kann, sondern dass diese Selbstreproduktion immer abhängig ist von äußeren Ausbeutungszusammenhängen. Ein nationales Entwicklungsregime ist daher kein sich selbst reproduzierendes System, seine krisenhafte Dynamik ist ein weiterer Hinweis darauf. Hingegen könnte das kapitalistische Weltsystem in bestimmter Weise als selbstreproduzierend oder selbstorganisierend beschrieben werden, da es als antagonistisches System immer wieder in die Krise gerät. In einer solchen Phase der Instabilität ist die weitere Entwicklung aber offen, insbesondere abhängig vom sozialen Handeln der Subjekte. Die Reproduktion des Kapitalismus ist dann nur eine von mehreren Möglichkeiten. Die Selbstreproduktion ist also nur Möglichkeit, keineswegs eine ausgemachte Sache, die sich automatisch einstellt. Der Kapitalismus reproduziert sich, u.a. durch Krisen, auf eine Phase der Instabilität folgt aber nicht automatisch eine der Stabilität. Vielmehr ist in solchen gesellschaftlichen Bifurkationspunkten die weitere Entwicklung offen, es eröffnet sich ein Möglichkeitsfeld, das insbesondere vom sozialen Handeln der Subjekte abhängig ist.

Es ist nicht der Fall, dass sich dieses System durch die Krisen automatisch selbst erhält und erneuert, denn das würde heißen, dass alternative Entwicklungspfade gar nicht möglich sind. Andere Wege der Entwicklung scheinen in der Regulationstheorie aber zu wenig berücksichtigt zu werden. Es wird häufig davon ausgegangen, dass eine Krise notwendigerweise zur Etablierung einer neuen Einheit von Akkumulationsregime und Regulationsweise führt. Die Regulationsschule ist teilweise nicht fähig, über den Kapitalismus hinauszudenken. Daraus resultiert wiederum ein neuer Geschichtsdeterminismus, der davon ausgeht, dass sich der Kapitalismus permanent reproduziert. Es wird dabei außer Acht gelassen, dass es innerhalb eines Bifurkationspunktes mehrere Alternativen gibt, wobei nicht näher bestimmt ist, wie diese konkret aussehen und welche realisiert wird. Für die Regulationsschule scheint es nur eine Alternative zu geben, nämlich ein neues Entwicklungsmodell des Kapitalismus. Auch wenn nicht vorherbestimmt zu sein scheint, wie dieses Entwicklungsmodell konkret aussehen wird, so ist dies doch

eine Form der Geschichtsmetaphysik, da für andere Alternativen – vor allem auch für den Zusammenbruch der kapitalistischen Gesellschaftsformation, nicht durch einen Automatismus der gesellschaftlichen Entwicklung, sondern durch die aktive selbstorganisierte Emanzipation revolutionärer Subjekte in einem historischen Bifurkationspunkt – kein Platz zu sein scheint.

Von der Selbstreproduktion des Kapitalismus geht bei den Regulationstheoretikern – mit direktem Verweis auf die Systemtheorie Luhmanns – vor allem Bob Jessop aus (vgl. Jessop 1990, 2001). Mit diesem Bezug möchte Jessop dem traditionellen Ökonomismus der marxistischen Theorie entgegenwirken. Bei Luhmann ist Politik durch binäre Codes geprägt. Wesentlich sind dabei die Unterscheidung zwischen Amtsinhabere und Amtsinhaberin als Leitdifferenz sowie die Codierungen öffentlich-privat, Regierung-Opposition, legal-illegal und progressiv-konservativ. Der Staat sei eine Selbstbeschreibung des politischen Systems, das die Komplexität politischer Prozesse reduziere. Wie Maturana und Varela geht Luhmann davon aus, dass autopoietische Systeme autonom sind, aber strukturell gekoppelt sein können, d.h. dass Wirkungen aus einem System interne Differenzierungen in einem anderen System, mit dem es strukturell gekoppelt ist, auslösen können. Dies kann aber nur eine Auslösung sein, keine Determination. Jessop meint nun, dass Regulationsweisen und die Objekte der Regulation strukturell gekoppelt seien (Jessop 1990, S. 311). Es gebe also keine Determination, sondern nur Perturbationen, die Strukturveränderungen auslösen. Es sei möglich, Marxismus und Autopoiesis zu kombinieren, indem angenommen wird, dass die gesellschaftlichen Subsysteme strukturell gekoppelt sind und dass dabei die ökonomische Kapitalakkumulation die anderen Systeme dominiert, aber nicht determiniert. Es gebe aber kein hierarchisches Zentrum der Gesellschaft.

Mit Bezug auf Niklas Luhmann und Karl Polanyi meint Jessop (2001), dass es sich beim Kapitalismus um ein autopoietisches System handle, da durch die sich immer wiederholende Zirkulation, also den Austausch von Waren gegen Geld, Tauschwerte durch das Marktsystem selbst hervorgebracht würden. „An autopoietic system secures the reproduction of its own elements through the use of its own elements. This feature is well illustrated by the market economy. [...] More generally, the market economy could be seen as an autopoietic system to the extent that market forces define what will count as exchange-values, secure the exchange of the latter through market mechanisms, and also reproduce exchanges in a continuing circulation of commodities against money“ (Jessop 2001).

Auch hier trifft die bereits erwähnte Kritik zu, dass die Vorstellung des Kapitalismus als autopoietisches/selbstreferentielles/selbstkonstituierendes System möglicherweise durch strukturalistische Verkürzungen das kreative Handeln etwas außer Acht lässt und nahe legt, der Kapitalismus sein kein historisches, sondern ein endloses System. Es ist auch nicht der Fall, dass der Markt sich dadurch selbst erhält, dass er permanent Tauschwerte hervorbringt, die sich gegen Geld tauschen. Denn hier kann eine Störung der Zirkulation eintreten, indem sich bei der Metamorphose des Kapitals  $W'$  nicht in  $G'$  verwandelt, also der Tausch des Mehrprodukts mit Geldkapital nicht ausgeführt werden kann. Dies ist z.B: der Fall im Rahmen einer Unterkonsumptions- bzw. Überproduktionskrise. D.h., dass uns diese Krisen der Zirkulation einen weiteren Hinweis darauf geben, dass der Kapitalismus nicht automatisch als autopoietisch gefasst werden kann.

Christoph Görg meint nun – da sich tatsächlich Herrschaftsverhältnisse immer wieder reproduzieren –, dass nicht von einer radikalen Offenheit der geschichtlichen Entwicklung ausgegangen werden kann, dass die Regulationstheorie zu sehr auf eine Ablehnung allgemeiner Gesetzmäßigkeiten und Kategorien orientiert sei und daher der Begriff der Selbstorganisation fragwürdig werde. Ich stimme mit allen Einwänden, bis auf den letzten, überein. Der Selbstorganisationsbegriff ist sehr wohl für eine Theorie der Regulation und der kapitalistischen Ent-

wicklung brauchbar. Nur muss er dialektisch gefasst werden. Die gesellschaftliche Evolution<sup>78</sup> des Kapitalismus basiert nicht auf sozialer Selbstorganisation der Subjekte, da diese die Minimierung und letztliche Aufhebung von Fremdorganisation umfasst, während der Kapitalismus aber in allen Subsystemen auf Fremdorganisation als wesentlichem Prinzip basiert. Aber es zeigt sich im Kapitalismus sehr wohl eine Form der allgemeinen, evolutionären Selbstorganisation des Systems, die sich an den Evolutionsbegriff bei Laszlo anlehnt, und die für alle Systemarten typisch ist. Systeme sind in ihrer Entwicklung durch Phasen der Stabilität und der Instabilität gekennzeichnet. Instabilitäten stellen Phasen der Bifurkation dar, im Rahmen derer das weitere Systemverhalten ungeklärt ist und es zur Emergenz neuer Qualitäten und höherer Systemstufen kommen kann. Diese allgemeine evolutionäre Selbstorganisation gilt für alle Systeme, sie ist auch die Basis der Entwicklung der Menschheit und einer Hierarchie von Systemen, die aufeinander aufbauen und sich durch emergente Eigenschaften unterscheiden (physikalisch-chemische Ebene, biologisch-autopoietische Ebene, soziale Ebene). Diese Form der diskontinuierlichen Evolution/Selbstorganisation kann im Sinn der Hegelschen Aufhebung als dialektisch gesehen werden. Sehr schön verdeutlicht wurde die Allgemeinheit der Dialektik z.B. auch schon durch Engels' „Dialektik der Natur“. In jeder Systemart hat diese evolutionäre Selbstorganisation nun aber konkrete Ausprägungen. Für die kapitalistische Gesellschaftsformation bedeutet dies die Existenz von strukturellen Antagonismen in Politik, Ökonomie und Kultur, die sich in gesellschaftlichen Krisen äußern.

Diese evolutionäre Selbstorganisation ist von sozialer Selbstorganisation zu unterscheiden. Christoph Görg verweist zu Recht darauf, dass „durchaus strittig ist, ob die Übertragung wissenschaftlicher Konzepte aus einer Disziplin in eine andere so problemlos möglich und so innovativ ist, wie es die Vertreter des Selbstorganisationskonzepts beteuern“ (Görg 1994c, S. 21). In der Tat besteht auch in der Selbstorganisationstheorie die Gefahr von Fehlschlüssen, indem Kategorien aus einer Wissenschaftsdisziplin direkt in eine andere übertragen werden, wo sie nicht zutreffen. Resultat davon sind dann z.B. Biologismus, Naturalismus und Anthropomorphismus. Der Sozialdarwinismus als eine Basis des Faschismus hat gezeigt, dass insbesondere eine direkte Übertragung von biologischen Kategorien in die Sozialwissenschaften zu vermeiden ist.

Ein dialektisches Selbstorganisationskonzept erlaubt es uns aber sehr wohl, von Selbstorganisation in der Physik, in der Chemie, in der Biologie und in der Soziologie zu sprechen. Notwendig ist dazu aber eine Dialektik von Allgemeinem und Besonderem, die einerseits einen allgemeinen Kern des Selbstorganisationskonzepts enthält und andererseits spezifische Ausprägungen für jeden Systemtypus. In Hofkirchner (2000) und Fuchs (2000b, 2001) wurde die Selbstorganisationstheorie dialektisch interpretiert. Eine solche Selbstorganisationskonzeption zeigt, dass der Selbstorganisationsbegriff in unterschiedlichen Systemarten sowohl unterschiedlich als auch gleich gefasst werden kann, dass also ein dialektisches Selbstorganisationskonzept notwendig ist, um Fehlschlüsse zu vermeiden. Für eine Krisentheorie des Kapitalismus hat der Selbstorganisationsbegriff nun eine doppelte Bedeutung: Einerseits kann die Entwicklung des Kapitalismus – wie wir bereits gesehen haben – als evolutionär selbstorganisierend verstanden werden, andererseits kann argumentiert

---

<sup>78</sup> Evolution bedeutet in dieser Arbeit niemals eine Übertragung biologischer Evolution im Sinne Darwins auf die Gesellschaft, sondern stellt zunächst eine allgemeine Kategorie dar, die sich auf die irreversible Transformation von Systemen bezieht. Die Evolution einer konkreten Systemart nimmt spezifische Formen an, daher kann die biologische Evolution nicht auf die soziale projiziert werden und umgekehrt. Resultat davon sind nämlich nicht zulässige Fehlschlüsse.

verstanden werden, andererseits kann argumentiert werden, dass ein Bifurkationspunkt die Möglichkeit der Aufhebung der kapitalistischen Gesellschaftsformation durch das selbstorganisierte und vernetzte Handeln emanzipatorischer Subjekte eröffnen kann. Es ist also nicht der Fall, dass eine kritische Theorie der Gesellschaft und das Selbstorganisationskonzept aus dem Grunde nicht vereinbar sind, dass das Selbstorganisationskonzept prinzipiell von strukturellen Zusammenhängen abstrahieren würde und zu Fehlschlüssen führen müsse.

Eine dialektische Selbstorganisationskonzeption ermöglicht es uns vielmehr, einerseits von einer Prägung des Handelns der Menschen durch gesellschaftliche Verhältnisse und andererseits von einer Veränderung dieser Verhältnisse durch die (Selbst-)Organisationsweise des Menschen auszugehen. Die gesellschaftlichen Verhältnisse bestimmen in einem gewissen Ausmaß heute manipulativ das Bewusstsein der Menschen. Dies kann jedoch niemals vollständig passieren, die Selbstorganisationspotenzen des Menschen bleiben grundsätzlich erhalten, können aber heute noch nicht adäquat realisiert werden. Es käme also darauf an, die Menschen zur Selbsttätigkeit des Geistes und des Handelns anzuregen, um ein kritisches Potential freizusetzen, das in Denken und Handeln zu einer Transzendierung der kapitalistischen Verhältnisse führt. „Die Menschen machen ihre eigene Geschichte, aber sie machen sie nicht aus freien Stücken, nicht unter selbstgewählten, sondern unter unmittelbar vorgefundenen, gegebenen und überlieferten Umständen“ (Marx, Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte, MEW 8, S. 115). Geklärt werden müsste noch, wie die Selbstorganisationskompetenzen der Menschen und die manipulative Einschränkung dieser Möglichkeiten durch ideologische Mechanismen im postfordistischen Kapitalismus miteinander vermittelt sind. Dies wäre jedoch Aufgabe weiterer Arbeiten, die hier nicht bewerkstelligt werden können. Wären doch sämtliche Mechanismen der sozialen und technologischen Kontrolle und ihre Wirkungen auf das Bewusstsein der Menschen näher zu betrachten. Ein kleiner Ausschnitt davon wurde im Rahmen der Diskussion der neuen Organisations- und Managementmethoden behandelt, die ebenfalls als Formen der Manipulation gesehen werden können, die der Selbstorganisationspotenz entgegenstehen. Denn Selbstorganisation bedeutet heute immer auch Herstellung eines emanzipatorischen Bewusstseins, die neuen Methoden haben allerdings die Verunmöglichung von emanzipatorischer Selbstorganisation zum Ziel.

In „Kette, Schuss und Regulation“ (Lipietz 1998, S. 77-115) beschreibt Alain Lipietz die Evolution des Kapitalismus mit Hilfe der Metaphern der Kett- und Schussfäden. Die Kettfäden stehen für die vorgefundenen Bedingungen der ökonomischen Entwicklung, also für deren Regulationsweise. Die Schussfäden beschreiben die ökonomische Entwicklung des Akkumulationsregimes. Resultat davon sei ein „Gewebe“. Im Rahmen einer großen Krise sieht Lipietz nun drei Möglichkeiten. Diese stellen einer Analogie zu den von uns in Betracht gezogenen Alternativen in einem krisenhaften Bifurkationspunkt der kapitalistischen Entwicklung dar: Zusammenbruch (Ende der Geschichte), reaktionärer Umschlag (z.B. Faschismus), neue Gesellschaftsformation und neues Entwicklungsmodell des Kapitalismus (Reproduktion, Reform).

„Drei Lösungen sind möglich:

Die Akteure trennen sich, ihre Entwicklungslinien schreiben sich nicht mehr in dieselbe Geschichte ein - das ist die 'finale Krise'.

Sie knüpfen eine andere Beziehung. 'Wir bleiben Freunde'.

Sie knüpfen dieselbe Beziehung erneut, jedoch mit einem anderen institutionalisierten Kompromiss, mit einer anderen Regulationsweise“ (Lipietz 1998, S. 96).

Da Lipietz aber immer wieder betont, dass eine Revolution heute nicht an der Tagesordnung ist, ist klar, dass es für ihn nur Alternative 3 gibt, um Alternative 1 zu verhindern. Dies bedeutet aber wiederum einen Geschichtsdeterminismus, der auf einer unzureichenden Berücksichtigung diskontinuierlichen historischen Wandels basiert und nicht über den Kapitalismus hinausweist. Wie sich an anderer Stelle zeigt, geht Lipietz aber von der Offenheit der Entwicklung in historischen Bifurkationspunkten aus: „The history of capitalism is not linear. It may be viewed as a succession of models of development with points of bifurcation and regression“ (Lipietz 2001, S. 18).

Ähnlich wie Lipietz betont auch Joachim Hirsch, dass mehrere Entwicklungsoptionen durch eine säkulare Krise des Kapitalismus eröffnet werden: „Sowohl der Zusammenbruch der kapitalistischen Gesellschaft als auch revolutionäre Prozesse, aber auch die Herausbildung einer neuen Akkumulations- und Regulationsweise sind möglich“ (Hirsch 1995, S. 63).

Wir haben bereits darauf hingewiesen, dass die Widersprüche des Kapitalismus in Politik, Ökonomie und Politik, die in einem Entwicklungsmodell spezifische Formen annehmen, sich im Rahmen einer Krise wechselseitig verstärken können. Dafür gibt Hirsch ein Beispiel: Nationale und internationale Akkumulations- und Regulationszusammenhänge seien miteinander verkoppelt, daher seien säkulare Krisen als „sich wechselseitig bedingende und verstärkende Störungen, die aus den unterschiedlichen Strukturen und Dynamiken nationaler wie internationaler Akkumulations- und Regulationszusammenhänge und der Art und Weise ihrer Verkoppelung resultieren“ (Hirsch 1995, S. 72) zu betrachten. Einzelne nationale Krisen des Fordismus und die Krise des internationalen Regulationssystems von Bretton Woods hätten sich also wechselseitig verstärkt.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass nicht von einer grundsätzlichen Selbstreproduktion des Kapitalismus ausgegangen werden sollte (im nationalen oder internationalen Maßstab), da dies durch strukturalistische Verkürzungen die Offenheit der geschichtlichen Entwicklung und die Bedeutung des kreativen Handelns aktiver Subjekte (gerade in Phasen der Instabilität) zu wenig in Betracht zieht. In Phasen der Krise des Weltsystems ist die Selbstreproduktion eine reine Möglichkeit, die nicht automatisch eintritt. Ausschlaggebend sind hier vor allem soziale Kämpfe, die bei entsprechenden Konstellationen zu einer Reproduktion der bestehenden Verhältnisse führen können. Andererseits kann als Resultat emanzipatorischer Selbstorganisation aktiver Subjekte z.B. aber auch der Abbruch der Selbstreproduktion des kapitalistischen Weltsystems und grundlegender sozialer Wandel eintreten. Durchwegs brauchbar, um deterministische Argumentationen zu vermeiden, erscheint uns Jessops Ansicht, die gesellschaftlichen Subsysteme seien strukturell gekoppelt. Die Regulationstheorie verweist mit ihrer Betonung der gesellschaftlichen Selbstreproduktion zu Recht darauf, dass der Kapitalismus ein evolutionäres, antagonistisches System ist. U.E. sollte allerdings nicht von einer Selbstreproduktionsfähigkeit, sondern von einer Selbstreproduktionsmöglichkeit des Kapitalismus ausgegangen werden, die insbesondere vom sozialen Handeln und Klassenkämpfen abhängig ist.

## **Zusammenfassung**

Fassen wir die wichtigsten Ergebnisse kurz zusammen. Die Stärke der Regulationsschule liegt in der genauen nichtökonomistischen Analyse des Fordismus und seiner Krise. Folgende Thesen wurden dazu aufgestellt:

- Michel Aglietta: Mitte der 60er sei das Mechanisierungsprinzip an physische, psychische, technische, organisatorische und soziale Grenzen getreten (Erhöhung der Produktivität

durch das Fließband fand Grenzen durch die Wartezeiten, die durch Unregelmäßigkeiten der Fließbandaktivitäten entstehen, die Auswirkungen der Intensifikation der Arbeit auf die psychische und physische Konstitution der Arbeitenden und die Abschaffung der Verbindungen zwischen dem kollektiven Arbeitsergebnis und der individuell verausgabten Energie der Arbeitenden). Der sich daraus ergebende langsamere Anstieg der Produktivität und die resultierende Verstärkung des Klassenkampfes haben gemeinsam mit dem Anstieg der Arbeitskosten zu einem schnelleren Wachstum der Abteilung I geführt. Die Profitraten der beiden Abteilungen entwickelten sich also ungleich, es zeigten sich Überproduktionstendenzen in Abteilung I, eine Überakkumulation des Kapitals und schließlich eine Finanzkrise.

- Alain Lipietz: Erschöpfung der Produktivitätszuwächse, überdimensionaler Anstieg der Rohstoff- und Arbeitskosten, Anstieg der technischen und organischen Zusammensetzung des Kapitals, Entfremdung durch die tayloristische Arbeitsorganisation habe in Arbeitsverweigerung und Streiks umgeschlagen. Daraus habe sich ein Fall der (Durchschnitts-)Profitraten ergeben. Um dem entgegenzuwirken, sei die Internationalisierung des Kapitals Ende der 60er vorangetrieben worden. Dadurch sei jedoch die Krise der Regulationsweise, die nicht zuletzt auch durch die hohen Kosten des Interventions- und Wohlfahrtsstaates mitverursacht worden sei, verschärft worden, da die nationalstaatlich orientierte monopolistische Regulation in Widerspruch mit der Internationalisierung des Kapitals getreten sei. Die keynesianische Interventionspolitik habe unter diesen Umständen die Inflation angeheizt.
- Gérard Destanne de Bernis: Regulation umfasse Prozeduren zum Ausgleich des TFPR sowie zur Herstellung einer Angleichung der Profitraten. Würden Regulationsprozeduren in beiden Bereichen versagen, so sei das Resultat eine strukturelle Krise des Kapitalismus. Einerseits spielt in dieser Krisentheorie der TFPR eine wichtige Rolle, der sich aus der Erhöhung der organischen Kapitalzusammensetzung ergebe, andererseits die Unterkonsumptionsthese, da diese bei Versagen des zweiten Profitgesetzes zutrefte. Die Krise des Fordismus sei durch physische und technische Grenzen der Taylorisierung des Arbeitsprozesses, eine Zunahme des Klassenkampfes (Arbeiter und „Dritte Welt“ revoltieren gegen Ausbeutung) und die hohen Staatsausgaben, die die Inflation anheizten, ausgelöst worden, indem diese Elemente dazu beitrugen, dass die Profitraten fallen. Das zweite Profitgesetz (Ausgleichstendenz) sei durch die ausländischen Investitionen großer Konzerne außer Kraft gesetzt worden, da dadurch die (Durchschnitts-)Profitraten auseinandertraten.
- Joachim Hirsch: geht davon aus, dass eine „säkulare“ Krise Einheit von ökonomischer, politischer und ideologischer Krise sei. Er betont den TFPR und dabei, dass einerseits zwar allgemeine Gesetzmäßigkeiten wie die Erhöhung der organischen Kapitalzusammensetzung von Bedeutung seien, andererseits aber auch historisch spezifische Aspekte der Akkumulations- und Regulationsweise. In einer säkularen Krise würden Akkumulations- und Regulationsweise in Widerspruch treten. Ökonomische Aspekte der Krise des Fordismus sind für Hirsch Faktoren, die zum Rückgang der Profitabilität führten: Neben allgemeinen Gesetzmäßigkeiten der Rückgang der Arbeitsproduktivität und die dadurch ausgelöste Verlangsamung des Wachstums des Sozialprodukts. Wesentlich seien auch Aspekte der Krise der internationalen Regulationsweise (internationale Konkurrenz, Handels- und Zahlungsbilanzdefizite der USA, Zusammenbruch des Systems von Bretton Woods) und der Krise der hegemonialen Ordnung. Letzteres meint, dass der Fordismus durch die anhaltende ökonomische Krise, die Krise des Sozialstaats sowie Protestbewegungen wie die Neuen Sozialen

Bewegungen an Glaubwürdigkeit verloren habe. Die Krise des Fordismus wird als ökonomische, politische und ideologische betrachtet.

Sehen wir uns nun an, welche Äußerungsformen von grundsätzlichen Widersprüchen des Kapitalismus, die im Entwicklungsmodell des Fordismus eine konkrete Ausprägung gefunden haben, in diesen Analysen zum Vorschein kommen: Widerspruch zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen (TFPR, Lipietz, De Bernis, Hirsch), Widerspruch zwischen der in einzelnen Fabriken auf Profit orientierten Produktion und dem gesellschaftlichem Bedarf (Disproportionalitäten, Aglietta), Widerspruch zwischen Produktion und Konsumtion (Unterkonsumtion, Überproduktion, Aglietta, De Bernis), Widerspruch zwischen ProduzentInnen und Produktionsmittel (Entfremdung durch die tayloristische Arbeitsorganisation, erreicht ihre eigenen Grenzen, Aglietta, Lipietz, De Bernis, Hirsch), Widerspruch zwischen lebendiger und vergegenständlichter Arbeit (Anstieg der organischen Kapitalzusammensetzung, Lipietz, De Bernis, Hirsch), antagonistische Klassenverhältnisse (Anstieg des Klassenkampfes als Faktor der Krise, Aglietta, Lipietz, De Bernis, Hirsch), kulturell-ideologischer Antagonismus (Infragestellung und Rebellion gegen fordistische(r) Wertvorstellungen, neue Protestbewegungen, Hirsch).

I.A. geht die Regulationstheorie davon aus, dass ein Entwicklungsmodell des Kapitalismus durch ein Zusammenspiel von Akkumulationsregime und Regulationsweise gekennzeichnet ist. Die Entwicklung des Kapitalismus wird als strukturell krisenhaft begriffen. Periodisch würden Akkumulationsregime und Regulationsweise in Widerspruch zueinander treten, was in einer säkularen Krise resultiere. Nur durch die Etablierung eines neuen Akkumulationsregimes und einer neuen Regulationsweise sei der Kapitalismus wieder temporär stabilisierbar. Als Krisenursachen wird für die Krise jedes Entwicklungsmodells ein Bündel an ökonomischen, politischen und ideologischen Ursachen angegeben. Diese Ursachen seien aber nicht immer dieselben, sondern würden einem historischen Wandel unterliegen. Beim Akkumulationsregime wird zwischen einem extensiven und einem intensiven (mit oder ohne Massenproduktion) unterschieden, bei der Regulationsweise zwischen konkurentieller und monopolistischer Regulation. Der Fordismus sei ein Entwicklungsmodell mit intensiver Akkumulationsweise mit Massenproduktion sowie monopolistischer Regulationsweise gewesen.

Aspekte der Technikentwicklung werden in der Regulationstheorie i.A. zu wenig beachtet, da ein technologischer Determinismus vermieden werden soll. Lipietz fügt dem Akkumulations- und Regulationsmodell ein industrielles/technologisches Paradigma hinzu, nähere Ausführungen für den Fordismus und seiner Krise bleiben diesbzgl. jedoch skizzenhaft. Lipietz sieht die neuen Organisations- und Managementmethoden sowie die Anwendung der Computertechnologie als Chance zur Etablierung eines neuen stabilen Entwicklungsmodells. Außer Acht lässt er dabei die Bedenken, dass dies zur Totalverzweckung des Menschen führen würde.

Robert Boyer meint, dass die Technik in der Krise des Fordismus von Bedeutung sei, da Unternehmenskomplexe immer größer wurden und es daher immer schwieriger wurde, den Output einer Fließbandkette mit dem realen Bedarf abzustimmen. Wesentlich seien auch die Grenzen des Taylorismus gewesen, die zu Arbeitsverweigerungen führten. Der Rückgang der Produktivitätszuwächse habe sich daraus ergeben, dass der Fordismus zwar effektiv alte Arbeits- und Organisationsmethoden ersetzt habe, deren Verfeinerung allerdings nicht adäquat realisiert habe. Die internationale Konkurrenz, die zur Erosion der US-Hegemonie geführt habe, sei auch eine um neue Technologien.

Michel Aglietta betont, dass die halbautomatische Fließbandproduktion typisch für den Fordismus gewesen sei. Dies sei bei der Intensifikation der Arbeit, der relativen Mehrwertpro-

duktion und der Mechanisierung der Arbeit von Bedeutung gewesen. Die Fließbandproduktion sei jedoch an ihre eigenen Grenzen getreten und habe so zur Krise des Fordismus beigetragen. Der neue Schub an Automatisierung sei als Reaktion auf die Krise des Fordismus und die erreichten Grenzen der fordistischen Technologien zu betrachten.

Die ForscherInnen um Joser Esser meinen im Gegensatz zu Boyer und Lipietz, dass Technikentwicklung Teil des Akkumulationsregimes sei. Ein Entwicklungsmodell des Kapitalismus zeichne sich nicht nur durch ein Akkumulationsregime und eine Regulationsweise aus, sondern sei auch durch ein konkretes Ensemble an Technologienormen (Formen und Modi der Technologieentwicklung, die mit einem historischen Akkumulationsregime verknüpft sind) geprägt.

Für die Regulationstheorie heißt die Vermeidung eines technologischen Determinismus zumeist die Vernachlässigung von Aspekten der Technikentwicklung. Notwendig wäre eine Integration nichtdeterministischer technologischer Entwicklung in eine Entwicklungstheorie des Kapitalismus.

Es gibt Parallelen zwischen Regulations- und Selbstorganisationstheorie. Beide gehen davon aus, dass die Entwicklung von Systemen nicht determiniert ist. Die Selbstorganisationstheorie wendet sich dabei gegen den Reduktionismus der klassischen Wissenschaft, die Regulationstheorie gegen den Ökonomismus im traditionellen Marxismus. Bei der Regulationsschule besteht allerdings die Gefahr, dass die historische Entwicklung des Kapitalismus als völlig zufällig betrachtet wird und allgemeine Strukturgesetzmäßigkeiten vollständig außer Acht gelassen werden. Daher sollten die Ideen der Dialektik von Zufall und Notwendigkeit sowie der Dialektik von allgemeinen Widersprüchen und Kategorien des Kapitalismus und deren konkreten Äußerungsformen in Entwicklungsmodellen des Kapitalismus stärker berücksichtigt werden.

Davon ausgehend können eine Reihe von allgemeinen Widersprüchen des Kapitalismus in Politik, Ökonomie und Kultur identifiziert werden. Ein Entwicklungsmodell ist nun einerseits durch die allgemeinen Kategorien des Kapitalismus (Lohnarbeit, Wert, Profit, Konkurrenz etc.) in einer spezifischen Weise geprägt, andererseits erfahren auch die allgemeinen Antagonismen eine konkrete Ausprägung. Eine gesellschaftliche Krise des Kapitalismus ist geprägt durch ein Ensemble an konkreten Ausprägungen dieser Widersprüche und Verstärkungen zwischen ihnen.

Regulations- und Selbstorganisationsansatz zeigen, dass in einer Krisentheorie des Kapitalismus nicht von rein ökonomischen Ursachen ausgegangen werden sollte und dass nicht eine einzige allgemeine Kapitalgesetzmäßigkeit als Erklärung herangezogen werden sollte. Einige Regulationstheoretiker wie Jessop, Lipietz und Boyer gehen davon aus, dass der Kapitalismus als Einheit von Akkumulationsregime und Regulationsweise ein selbst reproduzierendes System ist. Jessop sieht den Kapitalismus als autopoietisches und strukturell gekoppeltes System, Lipietz spricht von einem autozentrierten System und Boyer davon, dass der Kapitalismus immer wieder selbst sein Gleichgewicht herstelle. Zur Kritik bestimmter Aspekte der Imperialismustheorien ist das Konzept des Autozentrismus/der Selbstreproduktion im gewissen Ausmaß sinnvoll. Allerdings besteht die Gefahr eines strukturalistischen Geschichtsdeterminismus, der eine endlosen Selbstreproduktion des Kapitalismus nahe legt und verkennt, dass Geschichte ein offener, kreativer Prozess ist, der vom sozialen Handeln der Subjekte abhängig ist und dass der Kapitalismus ein antagonistisches und historisches (d.h. daher auch: endliches) System ist. Nationalstaatlich orientierte Entwicklungsmodelle sind nicht unabhängig von ihrer Umwelt, sondern auf vielfältige Weise für ihre Reproduktion auf diese angewiesen. Daher erachten wir es nur als sinnvoll, die Ebene des gesamten Weltsystems im Rahmen der Selbstreproduktion zu betrachten. Dabei sollte keine Selbstreproduktionsfähigkeit, sondern eine Selbstreproduktionsmöglichkeit angenommen werden. Der Gedanke Bob Jessops, dass gesellschaftliche Subsysteme

me strukturell gekoppelt sind, erscheint uns sinnvoll, da damit reduktionistische (z.B. ökonomistische) Argumentationen vermieden werden können, die die gesellschaftliche Logik nicht multidimensional fassen.

Insgesamt gesehen bietet der Regulationsansatz wichtige Ansatzpunkte für eine auf dem evolutionären Selbstorganisationsbegriff basierende Krisentheorie des Kapitalismus. Vor allem die nichtreduktionistische Analyse der Krise des Fordismus und die Vermeidung eines Ökonomismus durch die Einbeziehung politischer, ideologischer und kultureller Aspekte in die Theorie in Form des Akkumulationsregimes und der Regulationsweise erscheinen brauchbar. Andererseits zeichnet sich die Regulationstheorie auch durch Mängel aus. So vernachlässigt sie die Dialektik von Zufall und Notwendigkeit des gesellschaftlichen Wandels sowie das kreative Handeln aktiver Subjekte.

Abschließend sei erwähnt, dass es im Rahmen dieser Arbeit nur möglich war, eine kleine Auswahl an RepräsentantInnen der regulationstheoretischen Analyse der Krise des Fordismus zu betrachten. Bedeutende weitere Ansätze sind z.B. Coriat (1979), der sich an den Operaismus Negris anlehnt und einen Profit Squeeze auf Grund von Arbeitsverweigerungen betont, Mazier et al. (1982), worin betont wird, dass viele Faktoren für die Krise des Fordismus verantwortlich seien und keine Reduktion auf einzelne Elemente betrieben werden sollte, Boyer/Mistral (1978) sprechen von einer Realisierungskrise in der Form von Überproduktion, Ominami (1986) von einer Rentabilitätskrise, die auf das wachsende Aussenhandelsdefizit der USA zurückzuführen sei, Baslé/Mazier/Vidal (1993) betonen neben dem Rückgang der Produktivitätszuwächse sehr stark die internationalen Aspekte der Krise (Ende der US-Hegemonie, Erdölpreisschock, Zunahme der internationalen Konkurrenz).

Die Regulationstheorie kann heute als die bedeutendste und prägendste Strömung der marxistischen Theorie betrachtet werden. Auch in Hinblick auf den Zusammenhang von Krisentheorie und evolutionärer Systemtheorie hat sie sich als brauchbar erwiesen. Wir wollen als nächstes einen Blick auf andere marxistische Krisentheorien werfen, die sich ebenfalls mit der Ursachenforschung hinsichtlich der Krise des Fordismus auseinandersetzen, um Aspekte der Techniksoziologie und der Selbstorganisationstheorie zu identifizieren, die sich in diesen Theorien finden lassen.

### 3.2. Marxistische Krisentheorien

Wir haben den Abschnitt über die Regulationstheorie bewusst vor jenen über die anderen marxistischen Krisentheorien gestellt, da sie hinsichtlich der Krise des Fordismus den bedeutendsten und elaboriertesten Ansatz darstellt. Natürlich handelt es sich zumindest bei der werttheoretischen Ausrichtung auch um marxistische Krisentheorien, da es sich insgesamt aber auch um Theorien des Fordismus und seiner Krise handelt, bot sich eine fundierte Darstellung in einem eigenen Abschnitt an. Des weiteren könnte die Regulationstheorie auch nicht einfach unter die marxistischen Krisentheorien subsummiert werden, da die preistheoretische Variante im Gegensatz zur werttheoretischen kaum an Marx orientiert ist.

Die ökonomische Krisentheorie hat im Marxismus traditionellerweise immer eine große Bedeutung gehabt, da die Kritik der politischen Ökonomie immer auch nach den Brüchen, Diskontinuitäten und Störungen in der Reproduktion des Kapitalverhältnisses sucht. Im Gegensatz zu nichtmarxistischen Krisentheorien gehen marxistische Ansätze in der Regel davon aus, dass der Kapitalismus ein strukturell krisenhaftes System ist, das maximal kurzfristig durch interventionistische Maßnahmen stabilisiert werden kann. Häufig wird argumentiert, dass sich

aus der strukturellen Krisenhaftigkeit, die immer auch eine Prekarisierung von Lebensverhältnissen mit sich bringt, objektiv die Notwendigkeit des Übergangs in eine sozialistische Gesellschaftsformation ergebe. Die Marxsche Kritik der Politischen Ökonomie bietet viele Ansatzpunkte für Krisentheorien des Kapitalismus. Die häufigste Referenz ist dabei der dritte Band des Kapitals, in dem Marx auf den tendenziellen Fall der Profitrate (TFPR) und dessen entgegenwirkende Ursachen eingeht.

In der nichtmarxistischen Ökonomik hat die Krisentheorie niemals eine derart große Rolle gespielt wie im Marxismus. Es gibt hier kaum fundierte Erklärungsansätze, warum das kapitalistische Weltsystem durch zyklische Krisen geprägt ist. Dies mag nicht weiters verwundern, denn die konservative ökonomische Theorie ist natürlich eher an der reibungslosen Funktionsweise des Kapitalismus interessiert als an der Erklärung von Krisen, die diesen diskreditieren könnten und als Ansatzpunkte von Aufhebungsbewegungen fungieren könnten. Theorien, die die diskontinuierliche, krisenhafte Bewegung des Kapitals als strukturelle Antagonismen beschreiben, stehen im Mainstream der ökonomischen Theoriebildung nicht hoch im Kurs. Schon der Bezug auf Marx gilt häufig als Grund dafür, dass WissenschaftlerInnen nicht ernst genommen werden. Gerade die permanente Verschärfung der globalen Probleme, die konstitutiv für die Dauerkrise des kapitalistischen Weltsystems ist, sollte jedoch Anlass dazu geben, die Marxsche Kritik der politischen Ökonomie zu revitalisieren, denn vieles von dem, was Marx über den Kapitalismus gesagt hat, zeigt sich heute ganz deutlich.

In der nichtmarxistischen ökonomischen Theorie wird auch kaum von Krise gesprochen, sondern eher von Depression und Rezession. Dies auch wieder ein Hinweis darauf, dass maximal kurze Einbrüche in Betracht gezogen werden, eine richtige Krise, die immer schon auf fundamentale Widersprüchlichkeiten hinweist, wird kaum in Betracht gezogen. Die bedeutendsten Erklärungsansätze der kapitalistischen Krisen sind in der konservativen Wirtschaftswissenschaft die Schumpetersche Theorie der Langen Wellen und die Keynesiansche Theorie. Keynes gilt angesichts der ökonomisch induzierten Krise des Staats als diskreditiert (die Krise der Kapitalakkumulation ist heute auch eine des Staates), der krude Technikdeterminismus von Joseph Schumpeter und seinen Epigonen verunmöglicht u.E. eine sinnvolle Theoriebildung über die Krisen des Kapitalismus auf Basis einer Theorie der Langen Wellen (siehe dazu Abschnitt 3.3.). In diesem Abschnitt wollen wir nach den Zusammenhängen von evolutionärer Systemtheorie und marxistischen Krisentheorien zu fragen. Dies soll dieser Abschnitt bewerkstelligen. Dabei werden die modernen marxistischen Krisentheorien in vier Kategorien eingeteilt: a) Überakkumulationstheorien, b) Theorien der Überproduktion/Unterkonsumtion, c) Disproportionalitätstheorien, d) Profit-Squeeze-Theorien.

Die klassischen marxistischen Krisentheorien sind zwar nicht Teil unserer Betrachtungen, da wir uns auf Theorien der Krise des Fordismus beschränken. Um zu verdeutlichen, aus welchen Traditionslinien letztere kommen, wollen wir aber kurz auf diese Klassiker der Krisentheorie eingehen. Diese lassen sich im wesentlichen in drei Gruppen unterteilen: Überakkumulationstheorien, Theorien der Realisierungskrisen und Disproportionalitätstheorien.

Die Überakkumulationstheorien knüpfen an das Marxsche Gesetz des TFPR an. Dabei wird betont, dass der Anstieg der organischen Zusammensetzung des Kapitals durch die Entwicklung der Produktivkräfte zu einem Überschuss an produktivem Kapital führe. Dies bedeute eine Einschränkung der Möglichkeiten der Ausdehnung der Mehrwertproduktion, die Überakkumulation von Kapital und ein Sinken der Profitrate. Als konstitutiv für die Krisen des Kapitalismus wird dabei der Widerspruch zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen gefasst.

Eine klassische Überakkumulations- und Zusammenbruchstheorie stammt von Henryk Grossmann (1929). Er orientierte sich am Reproduktionsschema, das von Otto Bauer (1912/13) entwickelt wurde. Bauer nimmt dabei eine konstante Mehrwertrate an und entwickelte das Schema nur für vier Jahre, Grossmann hingegen für 35. In diesem Schema steigt die organische Zusammensetzung des Kapitals durch das Wachstum des konstanten Kapitals immer stärker an, die Produktion von zusätzlichem Mehrwert wird immer geringer, worauf das Schema im 35. Jahr zusammenbricht. Daraus folgte Grossmann, dass der Kapitalismus auf Grund des Anstiegs der organischen Zusammensetzung des Kapitals objektiv zusammenbrechen müsse.

Die realisierungstheoretischen Ansätze fassen den Widerspruch zwischen Produktion und Konsumtion als wesentlich für die strukturellen Krisen des Kapitalismus. Die Realisierung des Mehrwerts, also die Verwandlung von  $W'$  in  $G'$ , werde gestört. Je nachdem, ob der Widerspruch in der Produktions- oder der Zirkulationssphäre angesiedelt wird, wird davon ausgegangen, dass die Ursache in der Überproduktion von Waren (Überproduktionstheorien) oder der mangelnden Kaufkraft der Konsumenten (Unterkonsumtionstheorien) zu finden ist.

Eine klassische Vertreterin der Realisierungskrisen ist Rosa Luxemburg (1913). Das größte Problem der Kapitalakkumulation sei die Realisierung des Mehrwerts. Die Konsumtion der Arbeitenden könne niemals den gesamten Mehrwert realisieren, woraus ein strukturelles Realisierungsproblem entstehe. Das Kapital versuche dieses Problem durch den Verkauf an Konsumenten in nichtkapitalistischen Regionen zu lösen. Die Kapitalakkumulation bedürfe eines zusätzlichen Marktes, da Kapitalisten und Arbeitende keinen ausreichenden Markt darstellen würden. Das Realisierungsproblem könne zeitweise durch die imperialistische Ausdehnung der kapitalistischen Produktionsweise und Märkte gelöst werden. Daher würden immer mehr Bevölkerungsschichten und Nationen, die sich auf dem Niveau der ursprünglichen Akkumulation befinden, in den Bann des Kapitalismus gezogen. Dieser Expansionsprozess stoße aber auf seine eigene Schranke, denn der Kapitalismus benötige zu seiner eigenen Existenz eben diese Milieus der ursprünglichen Akkumulation benötige. Die Expansion des Kapitals über den gesamten Globus führe daher früher oder später zum Ende dieser Milieus und damit zum Zusammenbruch des Kapitalismus, der Imperialismus stelle die „Schlussphase der internationalen Kapitalherrschaft“ (Luxemburg, Gesammelte Werke, Band 3, S. 211) dar.

Ein wesentlicher Vertreter der Unterkonsumtionsthese war Conrad Schmidt (1889), der den TFPR und die wachsende Arbeitslosigkeit aus der Unterkonsumtion ableitete, gegen die Zusammenbruchsthese argumentierte und die Lösung der Schwierigkeiten des Kapitalismus durch die Erhöhung der Massenkaukraft in Betracht zog. Im Gegensatz dazu ging Louis B. Boudin (1907) zwar auch von der Unterkonsumtionsthese aus, meinte jedoch, dass dadurch Krisen entstünden, die immer schwerer werden müssten, was zu einem objektiven Zusammenbruch des Kapitalismus führen würde.

Die Disproportionalitätstheorien gehen davon aus, dass die „Anarchie der Produktion“ das ausschlaggebende Krisenmoment sei. Hier wird also der von Marx betonte Widerspruch zwischen der in einzelnen Fabriken auf Profit orientierten Produktion und dem gesellschaftlichen Bedarf als zentral angesehen. Resultat davon seien Disproportionalitäten zwischen einzelnen Produktionszweigen oder den beiden Abteilungen der gesellschaftlichen Produktion.

Der klassische Vertreter der Disproportionalitätsthese ist Rudolf Hilferding (1910). Im Gegensatz zu Lenin vertrat er die Ansicht, dass das Wachstum der Monopole ökonomische Krisen mildern könne. Hilferding meinte auch, dass durch strukturelle Veränderungen die Krisen des Kapitalismus abgemildert und überwunden werden könnten. Damit reihte er sich in die „revisionistische“ Linie der MarxistInnen ein, die die deutsche Sozialdemokratie prägte.

Nikolai Bucharin (1915, 1924) betonte die Rolle der Internationalisierung des Kapitalismus als Aspekt des Imperialismus, wodurch ein globales Netz von Produktionsverhältnissen hergestellt würde. Er betrachtete Disproportionalitäten zwischen Industrie und Landwirtschaft als wesentliches Moment ökonomischer Krisen. Bucharin betonte vor allem die Emergenz von staatskapitalistischen Trusts im Imperialismus, seine Krisentheorie blieb vage. Neben der Disproportionalitätsthese, die er immer wieder hervorstellt, hob er auch immer wieder den TFPR und die Unterkonsumtion hervor.

Lenin (1916) kombinierte Disproportionalitäts- und Überproduktionsthese, Überproduktion sei jedoch nur ein Aspekt der Disproportionalitäten. Er sah eine Tendenz zu Disproportionalitäten zwischen monopolartigem und nichtmonopolartigem Kapital sowie zwischen Industrie und Landwirtschaft. Ein weiterer Vertreter der Disproportionalitätsthese war Michael I. Tugan-Baranowsky (1901).

Die klassische marxistische Krisentheorie schwankte zwischen zwei Extremen: Auf der einen Seite standen die Revisionisten wie Hilferding, Bernstein, Tugan-Baranowsky, die nicht die Ansicht vertraten, der Kapitalismus könne zusammenbrechen, und die die schrankenlose ökonomische Ausdehnung des Kapitals als realistisch ansahen (vgl. Tugan-Baranowsky 1905), auf der anderen Seite ZusammenbruchstheoretikerInnen wie Luxemburg, Fritz Sternberg und Grossmann. Beide Alternativen können heute als falsch betrachtet werden: Weder erscheint der Kapitalismus angesichts seiner heutigen Dauerkrise als permanent stabilisierbar (entsprechende keynesianische Hoffnungen auf ein endloses Wachstum wurden spätestens durch die Weltwirtschaftskrise der 70er-Jahre zerschlagen), noch scheint es angesichts der komplexen Kausalität des Kapitalismus realistisch, in mechanistischer Art und Weise eine ökonomische Zusammenbruchsthese zu formulieren. Die Annahme ewiger Stabilität ist ebenso deterministisch und verkürzt wie jene eines automatischen Zusammenbruchs.

In der klassischen marxistischen Krisentheorie wurden Krisen zumeist auf einen der von Marx dargestellten Widersprüche des Kapitalismus reduziert. Des weiteren galten Krisen stets als ökonomisch verursacht. Wir haben es hier also mit einem doppelten Reduktionismus zu tun, der mit einer multidimensionalen und komplexen Kausalität, die den Kapitalismus als evolutionäres und komplexes System begreift, nicht vereinbar scheint. Die Regulationstheorie bestätigt für den ökonomischen Bereich die Annahmen der Selbstorganisationstheorie über kausale Zusammenhänge in komplexen Systemen. Die klassischen Krisentheorien des Marxismus ordnen Ursachen und Wirkungen einander bijektiv zu, die Auffassung einer komplexen Kausalität geht jedoch von mehreren Widerspruchsdynamiken in Politik, Ökonomie und Kultur aus, die sich in einer gesellschaftlichen Krise durch eine konkrete Ausprägung bestimmter Widersprüche kennzeichnen. Eine solche Krise hat als Ursache also stets ein Ensemble an mehreren gesellschaftlichen Widersprüchen, die für den Kapitalismus typisch sind. Dies wurde von den Klassikern des Marxismus außer acht gelassen. Nichtsdestotrotz muss die marxistische Krisentheorie nicht verworfen werden, wenn eine nichtreduktionistische und dialektische Krisentheorie grundgelegt werden soll. Denn die unterschiedlichen Widersprüche, die in der klassischen Krisentheorie des Marxismus betont wurden, spielen in heutigen Ansätzen noch immer eine Rolle. Allerdings nicht als singuläre und allgemeine Momente, sondern als Teil eines Systems von Widersprüchen, das für den Kapitalismus konstitutiv ist. Daher kann es sich durchaus lohnen, modernere marxistische Krisentheorien, die sich mit der Krise des Fordismus auseinandersetzen, zu betrachten, um Aspekte der Selbstorganisationstheorie und der evolutionären Systemtheorie zu gewinnen, die als eine Basis in eine Allgemeine Theorie der kapitalistischen Entwicklung eingehen könnten, die evolutionäre Systemtheorie und marxistische Kri-

sentheorie in der Intention vereint, eine nichtreduktionistische Erklärung gesellschaftlicher Krisen zu schaffen.

Damit wollen wir uns nun näher auseinandersetzen. Die Einteilung in Überakkumulations-, Realisierungs- und Disproportionalitätsthesen wird dabei aufrechterhalten, allerdings kommt eine neue – relativ junge – Ausrichtung der marxistischen Krisentheorien dazu: Die Profit-Squeeze-Theorie. Wir wollen zunächst VertreterInnen dieser vier Kategorien behandeln, die sich mit der Krise des Fordismus auseinandergesetzt haben. Die Grenzen zwischen den einzelnen Kategorien sind dabei nicht klar umgrenzt und es gibt Überschneidungen und fließende Übergänge. Die folgende Auseinandersetzung stellt eine Basis für die Darstellung des Zusammenhangs von evolutionärer Systemtheorie und marxistischen Krisentheorien dar.

## a) Überakkumulationstheorien<sup>79</sup>

Nach dem 2. Weltkrieg war die Theorie des Staatsmonopolistischen Kapitalismus (STAMOKAP) die prägende marxistische Theorierichtung, da sie zur offiziellen Doktrin der östlichen und westlichen kommunistischen Parteien erklärt wurde. Parallel dazu erlangte bei den marxistischen Krisentheorien bis Ende der 60er-Jahre nur die Überproduktionstheorie von Baran und Sweezy einige Bedeutung. Die Schwächen der STAMOKAP-Ansätze sind deutlich hervorgetreten, wodurch sie an Bedeutung verloren haben und sogar weitgehend verschwunden sind. Von weitaus wichtigerem Interesse sind in der marxistischen Krisentheorie heute i.A. die Regulationstheorie und die Weltsystemtheorie. Nichtsdestotrotz interessieren uns hier die STAMOKAP-Theorien, da es sich in Bezug auf die Erklärung der Krise des Fordismus um bedeutende Überakkumulationsansätze handelt.

Als wesentliche Annahmen der STAMOKAP-Theorien können wir folgende betrachten (vgl. dazu Autorenkollektiv 1973, Boccara 1976, Gündel/Heininger/Hess 1967, Heininger/Maier 1987, Huffs Schmid 1969, IMSF 1981, Tcheprakov 1969)

- Der STAMOKAP stellt eine neue Phase innerhalb des imperialistischen Stadiums des Kapitalismus dar
- Die kapitalistischen Monopole benutzen den Staat, um ihre ökonomischen Interessen durchzusetzen. Durch personelle Verflechtungen von Kapital und Staat wird die staatliche Politik im Interesse des Kapitals ausgerichtet.
- Die staatlichen Eingriffe in die Ökonomie und die privaten Monopole stellen eine organische Einheit dar, die zu Gunsten des Kapitals wirkt
- Im STAMOKAP wird die private Kapitalakkumulation mittels Subventionen, Krediten, Steuererleichterungen, staatlichen Unternehmen etc. durch den Staat finanziert
- Bestimmte gesellschaftliche Dienstleistungen werden vom Staat finanziert
- Die staatliche Finanzierung erfolgt durch Steuer, Anleihen, Kredit und Inflation
- Die staatsmonopolistische Organisationsweise des Kapitalismus bedeutet eine Phase, die den Übergang zum Sozialismus vorbereitet

Als Erscheinungsform des Gesetzes des TFPR gilt in STAMOKAP-Ansätzen die Überakkumulation. Diese liege vor, „wenn sich das gesellschaftliche Gesamtkapital derart vergrößert hat, dass jede weitere Akkumulation im Verhältnis zur erzielbaren Profitrate als überschüssig erscheint“ (Boccara 1990, S. 626), und trete periodisch in ökonomischen Krisen zu Tage. Bei

---

<sup>79</sup> Wir setzen uns hier nur mit der Bedeutung der Überakkumulation und dem Gesetz des TFPR für die Krise des Fordismus auseinander, nicht jedoch mit der Diskussion über die Geltungs- und Wirkungsweise des Gesetzes an sich. Dazu sei z.B. auf Kim (1992) verwiesen.

der absoluten Überakkumulation lässt sich durch den Einsatz einer zusätzlichen Kapitalmenge kein zusätzlicher Profit erwirtschaften. Bei der relativen Überakkumulation wirft ein zusätzliches Kapital weniger zusätzliche Profitmasse ab als die erforderliche Mindestprofitrate verlangt. Zumindest ein Teil des zusätzlichen Kapitals liegt daher brach, es kann nicht erneut in die Verwertung eingehen, sondern entwertet sich. Die Überakkumulation wurde von Marx im Anschluss an das Gesetz des TFPR in einem unvollendet gebliebenen Fragment im 15. Kapitel des dritten Bandes des Kapitals beschrieben (vgl. Marx 1894). Die Theorien des STAMOKAP meinen nun, dass die Produktionsmittel immer stärker staatlich finanziert werden, um der Überakkumulation des Kapitals durch Entwertungsprozesse entgegenzuwirken.

Zurückgeführt wird die Überakkumulation des Kapitals auf eine Erhöhung der organischen Zusammensetzung des Kapitals, die aus der Steigerung der Arbeitsproduktivität erwachse. Die Wertminderung des konstanten Kapitals und andere Entwertungsprozesse würden in Krisen der Überakkumulation entgegenwirken.

Paul Boccara (1976) argumentiert, dass das Kapital i.d.R. die Preise erhöht, um der wachsenden organischen Zusammensetzung des Kapitals entgegenzuwirken. Dadurch würden Produktion und Konsumtion auseinanderfallen, da das Wachstum der Löhne mit jenem der Preise nicht mithalten kann, und es zeige sich schließlich eine Überproduktion von Waren und Kapital.

Die Krise des Kapitalismus, die sich in den 70ern einstellte, wird in den Theorien des STAMOKAP auf die Überakkumulation von Kapital zurückgeführt. So argumentiert etwa Boccara (1976), dass sich nach dem 2. Weltkrieg die Mehrwertrate so weit erhöhte, dass sie dem Anstieg der organischen Zusammensetzung entgegenwirkte. Dies sei jedoch an Grenzen gestoßen, das Wachstum der organischen Zusammensetzung in Folge der wissenschaftlich-technischen Revolution und der voranschreitenden Automatisierung habe den Anstieg der Mehrwertrate überholt. So sei z.B. in den 60ern die Automatisierung der Verwaltung und der industriellen Produktionsverfahren immer weiter vorangeschritten (Boccara 1976, S. 160). Hinzu komme die staatsmonopolistische Organisationsweise, bei der große Ausgaben im nichtproduktiven Bereichen wie Forschung, Bildung und Militär getätigt würden (d.h. in Bereichen, in denen kein Mehrwert entsteht). Dies wirke sich ebenfalls negativ auf die Mehrwertproduktion aus.

Die Inflation, so Boccara, sei die Folge der Krise des STAMOKAP, denn die anhaltende Überakkumulation führe zu dem Versuch, durch Preiserhöhungen die Profite mit staatlicher Hilfe anzuheben (Boccara 1976, S. 105, S. 129).

Die STAMOKAP-Theorien sind heute nahezu verschwunden, dies hat wohl auch mit dem Zusammenbruch des „real existierenden Sozialismus“ zu tun, die zu einer Krise der marxistischen Theorien geführt hat. An den STAMOKAP-Theorien wurde u.a. kritisiert, dass sie den Staat mechanistisch aus der ökonomischen Basis ableiten würden. Tatsächlich besitzt er jedoch eine eigene Dynamik, die mit jenem des ökonomischen Systems in Verbindung steht. Des weiteren werde nicht berücksichtigt, dass das monopolistische Kapital selbst intern fraktioniert sei und z.T. unterschiedliche Interessen verfolge. Eine weitere Kritik an der STAMOKAP-Theorie war, dass sie die Internationalisierung der Produktion im Rahmen ihrer Theorie nicht erklären könne, da sie „von einer historischen Phase des national orientierten (oder „fordistischen“) Kapitalismus“ (Huffschmid 1995) ausging. Auch die Deregulierung, die im Rahmen des Neoliberalismus typisch für den postfordistischen Kapitalismus ist, kann durch das Konzept des STAMOKAP nicht erklärt werden. Der Nationale Wettbewerbsstaat (Hirsch 1995) widerspricht offensichtlich einer staatsmonopolistischen Organisationsweise. Des weiteren wurde an den STAMOKAP-Ansätzen kritisiert, dass das Kapital keine so einheitlichen Interes-

sen vertreten wie angenommen, dass auch kleineren und mittleren Betrieben eine ökonomisch bedeutende Rolle zukomme und dass Neue Soziale Bewegungen, das Patriarchat und die Zerstörung der Umwelt kaum Beachtung fanden. Ernest Mandel (1972) vertritt die Ansicht, dass die Theorien des STAMOKAP die Rolle des Staates in der Kapitalakkumulation überbewerten würden und meint, dass die VertreterInnen dieser Theorien sich für einen Revisionismus aussprechen würden, der fälschlicherweise davon ausginge, der Kapitalismus könne durch eine Kontrolle des Staates durch kommunistische Parteien gezähmt werden (Mandel 1972, S. 485ff).

Eine weitere bedeutende Überakkumulationstheorie stammt von Ernest Mandel (vgl. 1972, 1980), der die Überakkumulationsthese mit der Theorie der langen Wellen kombiniert, die auf Kondratieff und Schumpeter zurückgeht. Eine lange Welle nehme die Form der Expansion und Kontraktion in der Mehrwertrealisierung und der Kapitalakkumulation an und dauere in der Regel 50 Jahre. Unter Überakkumulation versteht Mandel „den Zustand, in dem ein Teil des akkumulierten Kapitals nur zu ungenügender Profitrate, d.h. mehr und mehr nur zu einem sinkenden Zinsfuß angelegt werden kann“ (Mandel 1972, S. 102). Eine lange Welle sei geprägt durch eine Folge von beschleunigter Kapitalakkumulation, Überakkumulation, verlangsamter Kapitalakkumulation und Unterinvestition<sup>80</sup>. Die Überakkumulation als Überproduktion von Kapital trete immer gemeinsam mit einer Überproduktion von Waren auf.

Für einen ökonomischen Aufschwung sieht Mandel vier mögliche Ursachen, die auch kombiniert auftreten können: Senkung der durchschnittlichen organischen Zusammensetzung (z.B. durch Kapitalexport in Sphären niedriger Zusammensetzung), Erhöhung der Mehrwerttrate (z.B. durch Steigerung der Arbeitsintensität oder Niederlagen der Arbeiterklasse), Verbilligung des konstanten Kapitals (vor allem Rohstoffe), Verkürzung der Umschlagszeit des zirkulierenden Kapitals (durch bessere Transport- und Kommunikationssysteme etc.)<sup>81</sup>. Eine Erhöhung der Durchschnittsprofitrate lasse sich vor allem durch „eine grundlegende Erneuerung der Produktionstechnik, des fixen Kapitals [...], die eine qualitative Änderung der Arbeitsproduktivität hervorruft“ (Mandel 1972, S. 105) erzielen. Die Umwälzung der Technik bringe jedoch einen Anstieg der organischen Zusammensetzung des Kapitals mit sich, woraus sich früher oder später ein Sinken der Durchschnittsprofitrate und in Folge Verwertungsschwierigkeiten, Brachlegung überschüssigen Kapitals und wachsende Unterinvestition ergeben würden. Mandel betont auch – obwohl er diesem Element weniger Bedeutung zumisst als dem Anstieg der organischen Zusammensetzung –, dass die Rate des Mehrwerts dadurch gedrückt werde, dass sich Widerstand des Proletariats gegen die für die lange Welle typischen Organisationsweisen der Arbeit regen (vgl. Mandel 1980, S. 45). Wir sehen bei dieser Beschreibung des Krisenzyklus, dass Mandel – wie in Theorien langer Wellen üblich – der Technik in Bezug auf den Verlauf von Krisen große Bedeutung beimisst.

Wie erklärt Mandel nun auf Basis dieser Annahmen die Krise des Fordismus (Mandel spricht zwar nicht vom fordistischen Kapitalismus, wie in der Regulationstheorie üblich, sondern vom Spätkapitalismus, in der Periodisierung stimmt er aber mit der Regulationstheorie damit überein, dass für die Zeit nach dem 2. Weltkrieg von einer neuen Phase des Kapitalismus

---

<sup>80</sup> zur Beschreibung des Krisenzyklus siehe Mandel (1972), S. 101-136, Mandel (1980), S. 44-46 und Mandel (1998), S. 62-64

<sup>81</sup> Dies sind einige der Faktoren, die Marx im 14. Kapitel des 3. Bandes des Kapitals als dem TFPR entgegenwirkende Ursachen beschrieben hat (vgl. Marx 1894, S. 242ff).

gesprochen werden kann)?<sup>82</sup> Der Aufschwung nach 1945 habe sich vor allem durch die dritte technologische Revolution (Steuerung von Maschinen mit elektronischen Geräten und Einführung der Kernenergie) ergeben. Die technologische Umwälzung der Abteilung I sei also ausschlaggebend für den Boom gewesen. Die sich daraus ergebende Erhöhung der Arbeitsproduktivität habe einen Anstieg der Mehrwertraten und der Reallöhne ermöglicht (Mandel 1972, S. 166). Die hohe Mehrwertrate sei vor allem auch durch die Existenz einer industriellen Reservearmee garantiert worden. Die Expansion des Spätkapitalismus brachte jedoch eine Absorption dieser Reservearmee mit sich, was sich negativ auf das Wachstum der Mehrwertraten ausgewirkt habe. Im Lauf der 60er-Jahre habe sich daraus eine Verschärfung des Klassenkampfes ergeben. Durch die voranschreitende Automation sei die Masse des produzierten Mehrwerts beschränkt worden, worauf das Wachstum der Mehrwertrate weiter erschwert worden sei.

Die Ersetzung lebendiger durch toter Arbeit im Zuge der dritten technologischen Revolution habe in der chemischen Industrie begonnen, seit Mitte der 50er-Jahre habe die elektronische Datenverarbeitung im privaten Sektor immer größere Bedeutung erlangt. Die dritte lange Welle mit expansivem Grundton habe von 1945 (USA: 1940) bis 1965 angedauert. Seit 1965 sei die lange Welle in ihre ermattende Phase getreten, was eben durch die negativen Wirkungen des im Zuge der dritten industriellen Revolution stattfindenden Anstiegs der organischen Zusammensetzung des Kapitals und der Zunahme des Klassenkampfes auf die Durchschnittsprofitrate zu erklären sei. „Dehnt sich allerdings die Zahl der vollautomatisierten Betriebe und Bereiche und der halbautomatisierten Firmen [...] aus, [...] dann erhalten die Widersprüche des Spätkapitalismus einen explosiven Charakter: die gesamte Mehrwertmasse, d.h. die Gesamtzahl der Mehrarbeitsstunden, ist dann tendenziell zum Rückgang verurteilt“ (Mandel 1972, S. 187). Durch die Beschleunigung der Produktion in Folge der Steigerung der Arbeitsproduktivität entstehe auch ein gewaltiges Absatz- und Realisierungsproblem. Dieses sei aber nicht Krisenursache, sondern ein abgeleitetes Phänomen. Typisch für die Krise des Spätkapitalismus sei auch die permanente Inflation, die sich aus der Ausdehnung des Konsumentenkredites im Rahmen des Spätkapitalismus ergeben habe, was zu einer massiven Zunahme der Privatverschuldung geführt habe.

In Bezug auf Mandel war häufig der Kritikpunkt zu hören, dass er den technologischen Determinismus der Theorien der langen Wellen übernimmt (so z.B. Hirsch 1995, S. 61, Strehle 1991, S. 49; Tylecote 1992, S. 18). Es wird nämlich eine monokausale Beziehung zwischen technischen Innovationen und ökonomischer Prosperität hergestellt. Natürlich spielt die Technik im Zug der Erhöhung der organischen Zusammensetzung des Kapitals in Krisen des Kapitalismus eine gewisse Rolle, sie kann aber nicht als zentrales Element dieser Krisen angesehen werden. Sie ist ein Mittel zur Produktion von Mehrwert und damit in die Antagonismen des Kapitalismus eingebunden. Sie produziert diese Antagonismen, die sich in Krisen entladen, mit und verschärft sie, aber sie verursacht sie nicht.

Eine etwas mechanistische Auffassung von gesellschaftlichem Wandel, der der einer komplexen Kausalität widerspricht, wie sie die Selbstorganisationstheorie nahe legt, zeigt sich bei Mandel auch daran, dass er die Dauer einer langen Welle mit 50 Jahren angibt (25 Jahre Aufschwung, 25 Jahre Abschwung). Wenn wir davon ausgehen, dass die in Zyklen verlaufende Entwicklung des Kapitalismus auch dem allgemeinen Prinzip der komplexen Kausalität unterliegt, da es sich beim Kapitalismus um ein evolutionäres, komplexes System handelt, so muss gesagt werden, dass die Dauer der Zyklen nicht vorherbestimmt sein kann. Es stellt sich zwar

---

<sup>82</sup> siehe dazu vor allem Mandel (1972), S. 157-170 und 175-204 sowie zusammenfassend S. 495-498

eine Dialektik von Zufall und Notwendigkeit in dem Sinn ein, dass es immer wieder zu Krisen kommt, es ist aber nicht im vorhinein determiniert, wann genau diese Krisen auftreten. Genau dies legt Mandels Konzeption der langen Welle aber nahe. Seinen Berechnungen nach begann die Krise des Spätkapitalismus etwa 1965, woraus zu schließen wäre, dass sich etwa um 1990 ein Aufschwung gezeigt haben müsste. Während manche Beobachter einen solchen Aufschwung zumindest für die USA oder auch i.A. zu erkennen meinen (so z.B. Brenner 1999, Stockhammer 2000, Hirsch 2001), herrscht des öfteren jedoch auch die Meinung vor, dass wir es derzeit noch immer mit einer permanenten Dauerkrise des kapitalistischen Weltsystems zu tun haben (so z.B. Kurz 1991, 1999).

Joachim Hirsch (1995) kritisiert an Mandel und anderen Vertretern der Theorie langer Wellen, dass die gesellschaftlichen Regulationsbedingungen außer acht gelassen werden (Hirsch 1995, S. 61). Altwater/Hoffmann/Semmler (1979) meinen, dass Mandel die Rolle der Expansion des Weltmarktes in seiner Krisentheorie unterschätzt (ebd., S. 25f).

Der Widerspruch zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen wird meist entweder als Zusammenhang von TFPR und Überakkumulation oder rein als Tendenz des TFPR diskutiert. Paul Boccara und Ernest Mandel sind Vertreter der ersten Variante, ein Vertreter der zweiten ist z.B. Anwar Shaikh (1989, 1994, 1997, 1999). An Hand statistischer Daten versucht Shaikh zu zeigen, dass die organische Zusammensetzung des Kapitals ansteigt und dass dadurch im Rahmen der Krise des Fordismus die Profitraten gefallen sind:

„[...] the empirical results strongly indicate that secularly falling profitability is an intrinsic feature of postwar accumulation in all of the three dominant capitalist countries, and that the great bulk of this fall is driven by rising capital-capacity ratios. [...] So it would seem that the empirical evidence provides strong support for Marx's theory of the falling rate of profit driven by a particular form of technical change embodied in a rising ratio of dead-to-living labor (capital-output ratio, in money terms)“ (Shaikh 1999).

Erklärungen für die Krise wurden auch in der Dependencia-Theorie gesucht. Die wesentliche These dieser Theorie lautet, dass die Entwicklung der Metropolen dadurch von statten geht, dass Surplus, der in der Peripherie produziert wird, enteignet wird und in die Metropolen fließt. Das Resultat sei auf der einen Seite Entwicklung, auf der anderen Unterentwicklung:

„Somit enteignet die Metropole wirtschaftlichen Surplus von ihren Satelliten und eignet sich ihn für ihre eigene Entwicklung an. [...] Wirtschaftliche Entwicklung und Unterentwicklung sind zwei Seiten einer Medaille. Beide sind notwendiges Ergebnis und gleichzeitig die Manifestation der inneren Widersprüche im weltkapitalistischen System“ (Frank 1969, S. 27).

Dadurch, dass die Satelliten in das kapitalistische Weltsystem integriert werden, würde sich die Metropolen-Satelliten-Beziehung in den Satelliten intern reproduzieren. Die Entwicklung durch Unterentwicklung beruht nach Andre Gunder Frank auf drei grundlegenden Widersprüchen: dem Widerspruch Enteignung/Aneignung von wirtschaftlichem Surplus, dem Widerspruch der Metropolen-Satelliten-Polarisierung und dem Widerspruch der Kontinuität im Wandel (Kontinuität kapitalistischer Strukturen und der Hervorbringung von Unterentwick-

lung) (Frank 1969)<sup>83</sup>. Andere wesentliche Vertreter des Dependencia-Ansatzes waren neben Andre Gunder Frank Fernando Henrique Cardoso (1979), Armando Córdova, Ruy Mauro Marini, Theotonino dos Santos, Osvaldo Sunkel, Celso Furtado, Aníbal Pinto, Florestan Fernandes, Aníbal Quijano, Octávio Ianni und Darcy Ribeiro.

Frank (1983) erklärt die Krise des Fordismus mit Rückgriff auf das Marxsche Theorem des TFPR. Nach dem Zweiten Weltkrieg sei das Verhältnis von Kapital zu Arbeit (organische Zusammensetzung) mit der wachsenden Produktivität stark angestiegen, woraus sich auch ein heftiger Lohnkampf der Arbeitenden ergeben habe. Beides gemeinsam habe zum Rückgang der Profitrate geführt (Frank 1983, S. 232). Als Folge würden sich Überkapazitäten und Überinvestitionen einstellen (vgl. auch Frank 1969, S. 298f). Ein neuerlicher Aufschwung sei nur durch den Einsatz neuer Technologie kombiniert mit einer massiven Verschlechterung der Situation der Arbeitenden denkbar. Die Krise habe sich über die wachsenden Zahlungsbilanzdefizite in die Dritte Welt übertragen. Als Teil des darauf basierenden Surplustransfers würden sich Konzerne verstärkt in der Dritten Welt ansiedeln.

Eine Verknüpfung der Überakkumulationsthese mit keynesianistischen Gedankengängen versucht Karl Georg Zinn. Marx erklärte Krisen produktionsseitig, Keynes zirkulationsseitig. Zinn möchte die aktuelle Krise durch Kombination beider Ansätze erklären. Überakkumulationsthese und nachfrageseitige Krisenerklärung seien miteinander vereinbar (Zinn 1994b). Eine Überproduktion von Waren, die dazu führt, dass die Konsumenten diese nicht mehr kontinuierlich kaufen können, entspringe aus der Überakkumulation. Die Überakkumulation sei wiederum auf den TFPR zurückzuführen (siehe Zinn 1997, S. 204; 1995, S. 87-90, 179). Dabei setzt Zinn auch auf eine Psychologisierung und Subjektivierung der ökonomischen Krise. Mit Bezug auf das Gossensche Gesetz des abnehmenden Grenznutzens meint er, dass der Konsum von Waren bei steigendem Lebensstandard einer Sättigung unterliege (Zinn 1994b). Auf Unternehmensebene zeige sich das Keynesche Sparparadoxon, das davon ausgeht, dass der Absatzpessimismus der Unternehmen mit steigender Ersparnis zunimmt. Die Investitionen in Sachinvestitionen würden dadurch geringer, die Produktion und die Löhne gingen zurück, die Einkommen vermindern sich, was den Konsum von Waren hemmt, wodurch sich die Krise verstärkt. Als Grundursache sah Keynes hier ein „psychologisches Sparverhalten“. Keynesia-

---

<sup>83</sup> Kritisiert wurde an Andre Gunder Frank u.a., dass sein Surpluskonzept von der Distribution der Einkommen und nicht von der Analyse der Produktion ausgehe, dass er einen falschen Begriff historischen Wandels habe, da er von einer Wiederholung des Ewiggleichen ausgehe (Hurtienne 1974) und dass seine wissenschaftliche Arbeitsweise unzulänglich sei (Behauptungen ohne Belege, reines Zusammenstellen von Zitaten). Des weiteren wurde gesagt, er argumentiere stark deterministisch und monokausal und betreibe Geschichtsklitterungen (Puhle 1977a, S. 17). Auch Ernesto Laclau (1971) kritisiert an Frank, dass dieser Kapitalismus über die Zirkulationssphäre definiere und die Produktionsverhältnisse außer acht lasse.

Andere Kritikpunkte an der Dependenztheorie i.A. sind, dass der Dependenzbegriff zu wenig operationalisiert und konkret gemacht worden sei (Puhle 1977a, S. 20; O'Brien 1977, S. 55) und dass die Ursachen der Dependenz zu wenig genau dargestellt und Dependenz selbst als Ursache begriffen (Puhle 1977a, S. 22; O'Brien 1977, S. 56) würde. O'Brien (1977) kritisiert weiters, dass bei den politischen Implikationen der Dependencia-Anätze oft der Eindruck entstehe, Lateinamerika benötige antiimperialistische, populistische Führer: „Aber ist es in irgendeiner Weise wahrscheinlich, dass jener diesmal erfolgreich ist, als es in der Vergangenheit oder andernorts der Fall war?“ (O'Brien 1977, S. 57). Zumindest für Brasilien lässt sich diese Frage heute negativ beantworten, denn der ehemalige Dependenztheoretiker Cardoso ist dort zeitweise zum Premier aufgestiegen und setzte eine am IWF und an neoliberalen Strategien orientierte Politik durch.

ner betrachten Sättigung der Nachfrage und steigende Sparneigung als Hauptfaktoren von Krisen. Sie reduzieren Krisen damit auf psychologische Faktoren.

Überakkumulationsthese und nachfrageorientierte Krisenerklärung seien aber nicht unvereinbar, es gelte, Marx und Keynes zu vereinen. Zinn stellt dies zwar immer wieder fest, wie genau eine solche Vereinbarung aussehen könnte, lässt er jedoch weitgehend offen. Die Reduktion der Krise auf psychologische Faktoren bedeutet immer schon, dass durch ein anderes Verhalten der Akteure innerhalb des Kapitalismus ein Ende der Krisen und permanente Stabilität herbeigeführt werden könnte. Dieser Fehler Keynes bedeutet, dass seine Theorie heute gescheitert ist. Im Gegensatz dazu nahm Marx an, dass es sich um strukturelle Krisen handelt, die sich aus den Antagonismen des Kapitalismus herleiten und dass diese Krisenhaftigkeit nur durch die Aufhebung der Gesellschaftsformation als Ganzes erreicht werden könne. Ein struktureller und ein subjektiv-reduktionistischer Krisenansatz scheinen in der Tat nicht vereinbar. Die subjektive Komponente spielt bei Marx übrigens bereits eine Rolle, dazu bedarf es nicht Keynes. Wenn im Rahmen der These des TFPR von einem Profitratenfall ausgegangen wird, so spielt dabei das Handeln der Einzelkapitalisten bereits eine Rolle. Der Fetischcharakter der Ware und des Geldes veranlasst sie zu einem permanenten Streben nach Extramehrwert. Der individuelle Wert einer Ware entspricht nicht dem gesellschaftlichen Durchschnittswert, je weiter der individuelle Wert aber unter den gesellschaftlichen sinkt, desto mehr Extraprofit kann beim Verkauf der Ware erreicht werden (siehe dazu Marx 1867, MEW 23, S. 336). Dieses Streben nach Extraprofit treibt den Einzelkapitalisten zum Versuch der permanenten Produktivitätserhöhung durch relative Mehrwertproduktion, um in der Konkurrenz Vorteile gegenüber anderen ökonomischen Akteuren zu erlangen. Als gesellschaftliches Resultat entsteht dabei für Marx der TFPR und die Überakkumulation von Kapital und Waren. Die Berücksichtigung des Fetischcharakters der Ware reicht aus, um objektive ökonomische Kategorien und subjektives Handeln als Momente der Krise zu vereinen. Es bedarf dazu keinem Rückgriff auf psychologisch reduktionistische Ansätze wie jenen von Keynes. Dies übersieht Zinn.

Zusammenbruchstheorien sind heute aus den marxistischen Krisentheorien nahezu verschwunden. In den letzten Jahren hat aber ein solcher Ansatz, jener der Krisis-Gruppe, im deutschen Sprachraum Popularität erlangt. Auch hier spielt die Überakkumulationsthese eine wesentliche Rolle.

Krisis geht davon aus, dass „Realsozialismus“ und Kapitalismus nicht Gegensätze darstellen, sondern ihr gemeinsames Element in der wertschaffenden Arbeit und im warenproduzierenden System fanden. Der Realsozialismus sei ein System der nachholenden Modernisierung und der ursprünglichen Akkumulation gewesen (Kurz 1991), dessen Zusammenbruch Anzeichen für die Krise des globalen warenproduzierenden Systems sei und dafür, dass dieses sich in seiner Endkrise befinde. Kategorien des Kapitals wie Lohn, Preis, Profit und abstrakte Arbeit seien im Realsozialismus erhalten geblieben.

Die Marxsche Theorie sei stellenweise sehr modernisierungsbesessen und arbeitsfetischistisch gewesen. Diese Ontologisierung der Arbeit sei im Traditionsmarxismus und im Realsozialismus übernommen worden, woraus sich eine Idealisierung und Fetischierung der Arbeit ergeben habe. Arbeit und Arbeiter seien im Realsozialismus wie Religion und Gott gewesen (vgl. Kurz 1991, S. 11-15). Andererseits habe Marx immer wieder betont, dass die produktive Arbeit durch die Verwissenschaftlichung immer weniger wird und dass das System der Arbeit und damit der Kapitalismus damit in eine strukturelle Krise schlittert.

Der wesentliche Widerspruch der staatssozialistischen Systeme sei gewesen, dass das Prinzip der Konkurrenz außer Kraft gesetzt worden ist, dass aber zentrale Strukturmerkmale der warenproduzierenden Gesellschaft wie die abstrakte Arbeit erhalten worden wären. Daraus

habe sich notwendigerweise eine Produktivitätskrise, eine Krise der Arbeit und schließlich der Zusammenbruch der realsozialistischen Systeme ergeben (Kurz 1991). Vor allem habe sich auch das Phänomen der negativen Konkurrenz der Betriebe untereinander gezeigt (Hortung von Materialien, gegenseitiger Diebstahl, Abwerben von Arbeitskräften etc.). Die Krise sei als Versorgungskrise und Krise der Unterproduktion (Mangel) in Erscheinung getreten.

Das Ende des Staatssozialismus bewiese nicht, dass der Kapitalismus die bessere Alternative ist, sondern dass das Ende eines Teils des globalen warenproduzierenden Gesamtsystems nur Vorbote der „Endkrise“ der Arbeitsgesellschaft, und somit auch des Kapitalismus, ist.

Robert Kurz argumentiert, dass die mikroelektronische Revolution die Automatisierung vorantrieb und dass dadurch erstmals mehr Arbeit überflüssig gemacht werde, als durch die Expansion der Märkte reabsorbiert werden kann (Kurz 1994, S. 177; Kurz 1995, S. 45; Kurz 1997, S. 15; Kurz 1999, S. 616-642; Krisis 1999, S. 27f). Daraus erwachse auch eine globale strukturelle Massenarbeitslosigkeit. Die heutige Krise sei daher eine Krise der Arbeit. Die mikroelektronische Revolution zersetze die Basis der Wertproduktion, die abstrakte Arbeit, woraus sich die Krise des Werts ergebe (vgl. Kurz 1991, S. 86f). Der Kapitalismus erreiche seine eigene objektive innere Schranke, dies führe zur „finalen Krise des Kapitalismus“ (Kurz 1986).

Die Arbeit sei heute ein irrationaler Selbstzweck, der sich selber obsolet gemacht hat. Dies gilt der Krisis als wesentlicher Grund der Krise des Fordismus und der anhaltenden Dauerkrise des Kapitalismus. Bedeutend in der Krise des Fordismus sei auch gewesen, dass der Staat die strukturelle Krise des Werts durch das keynesianische „deficit spending“ und den Anstieg der Verschuldung verzögern wollte (Kurz 1999, S. 582ff, 736-740). Dies habe einen spekulativen Vorgriff auf in der realen Produktion noch nicht produziertes Kapital dargestellt, der zur großen Weltwirtschaftskrise 1974/75 beigetragen habe.

Als der der Krise der Arbeit und des Kapitalismus zu Grunde liegende Widerspruch wird jener zwischen lebendiger und toter Arbeit begriffen, denn das warenproduzierende System „lebt [...] davon, massenhaft menschliche Energie durch Verausgabung von Arbeitskraft in seine Maschinerie aufzusaugen, je mehr desto besser. Andererseits aber erzwingt das Gesetz der betriebswirtschaftlichen Konkurrenz eine permanente Steigerung der Produktivität, in der menschliche Arbeitskraft durch verwissenschaftlichtes Sachkapital ersetzt wird“ (Krisis 1999, S. 27).

Die kommerziellen Dienstleistungen würden die Krise der Wertproduktion nicht absorbieren können, da es sich dabei größtenteils um unproduktive, mehrwertkonsumierende Arbeit handle (Kurz 1995, S. 54; Kurz 1986; Kurz 1999, S. 718-728). Die neue Arbeit sei wertmäßig „ihrem Wesen nach unproduktive Arbeit“ (Kurz 1986).

Da die Arbeitsgesellschaft heute an ihre eigenen Grenze stoße, sei es notwendig, zu einem System jenseits der Arbeit überzugehen. Notwendig erscheint Krisis daher die Aufhebung der Arbeit mitsamt der anderen Formkategorien.

Das spekulative, „fiktive“ Kapital nehme heute ungeheure Dimension an, habe aber keine reale Verwertungsbasis. Es werde mit Kapital spekuliert, das im Produktionsprozess noch gar nicht erwirtschaftet worden sei. Es handle sich nur um eine scheinbare Verwertung, einen Vorgriff auf erst zu produzierendes Kapital (vgl. Kurz 1995, S. 57ff; Kurz 1997, S. 18f; Kurz 1999, S. 728ff-748; Krisis 1999, S. 32-34). Dadurch entstehe eine immer größer werdende spekulative Finanzblase. Die Krise der realen Kapitalverwertung führe zur Schaffung von spekulativen Finanzmärkten (Aktien, Immobilien, Devisen, Finanzderivate). Es hätten sich globale Spekulationsmärkte herausgebildet, die durch die modernen Technologien vermittelt werden, da diese es ermöglichen, Finanztransaktionen in digitaler Form massiv zu beschleunigen. Der „Kasino-

kapitalismus“ simuliere die Kapitalakkumulation auf einer fiktiven Ebene ohne reale Basis, woraus sich ein Platzen der sich aufblähenden Spekulationsblasen ergeben müsse (vgl. Kurz 1991, S. 253; Kurz 1999, S. 748). Dies sei der Versuch, die Krise künstlich hinauszuzögern. Da die spekulative Vorwegnahme zukünftiger Arbeitsvernutzung auf die Krise der Arbeit treffe, sei es „nur eine Frage der Zeit, bis auch die Finanzmärkte der kapitalistischen Zentren [...] kollabieren“ (Krisis 1999, S. 33). Die spekulative Blase müsse also platzen.

Die Texte der Krisis erwecken immer wieder den Eindruck, dass von einem ökonomisch induzierten automatischen Zusammenbruch des Kapitalismus ausgegangen wird. Formulierungen, wie die folgenden – die immer wieder auftauchen – legen ein solch lineares und mechanistisches Geschichtsbild nahe: Der Kapitalismus bewege sich auf seine „Zerreißprobe und Sprengung“ (Kurz 1991, S. 87) zu, das westliche Teilsystem könne „den globalen Zusammenbruch nicht überleben“ (Kurz 1991, S. 229), die auf dem Wert beruhende Produktion würde sich „historisch einem objektiven Zusammenbruch nähern“ (Kurz 1986), die Akkumulation des Kapitals gehe an sich selbst zugrunde (ebd.), der Kapitalismus sei „am Ende seines Blindflugs durch die Geschichte angelangt“ (Kurz 1999, S. 762).

Was unter einem Zusammenbruch zu verstehen ist, bleibt meist vage, immer wieder findet sich nur der Hinweis, dass bereits Marx von einer absoluten Schranke des Kapitalismus ausgegangen sei. Davon auszugehen, dass diese heute objektiv erreicht sei und es gar keine andere Möglichkeit mehr als den Untergang des Kapitalismus gebe, bedeutet, dass der Komplexität der Kausalzusammenhänge im kapitalistischen Weltsystem zu wenig Rechnung getragen wird. Die Krise des Kapitalismus ist Bifurkationspunkt, die weitere Geschichte ist heute nicht bestimmt, sie ist auch wesentlich von der Realisierung der Selbstorganisationspotenzen der Menschheit abhängig. Vorstellbar ist die Reproduktion des Kapitalismus unter totalitären und militarisierten Bedingungen, was möglicherweise auch einen neuen Faschismus bedeuten könnte, denn die Verwertungsmaschine könnte sehr wohl durch repressive Verwaltung des Elends aufrechterhalten werden (in der Tat ist dies heute immer häufiger der Fall, wenn wir uns z.B. die Nutzung der modernen Technologien zu Überwachungszwecken, die innere Aufrüstung und Militarisierung der Staaten oder neue Formen der Zwangsarbeit betrachten). Genauso ist heute das Ende der Menschheit durch einen absoluten Zusammenbruch vorstellbar, aber auch die Konstitution einer Aufhebungsbewegung, die in eine neue Gesellschaft jenseits der Verwertung führt.

Krisis missachtet die Bedeutung des menschlichen Handelns im sozialen Wandel, das sich immer auf Grundlage der sozialen Verhältnisse vollzieht, aber immer mehrere Optionen zur Verfügung hat. Anstatt das Verhältnis von Struktur und Handeln dialektisch zu begreifen, totalisiert sie die ökonomischen Strukturen und geht geschichtsmetaphysisch von der einen notwendigen Entwicklung aus (so meint Robert Kurz u.a. auch, die Menschheit sei „hinter ihrem Rücken auf der inhaltlich-stofflichen und ‘technischen’ Ebene kommunistisch vergesellschaftet“ (Kurz 1991, S. 265) worden). Gerade die Selbstorganisationstheorie zeigt uns aber, dass Strukturen und Handeln sowie die einzelnen gesellschaftlichen Subsysteme untereinander nicht einer einfachen Logik folgen, in der Ursachen und Wirkungen linear zugeordnet werden können. Da historischer und systemischer Wandel immer auf einer multidimensionalen Kausalität basiert, ist die gesellschaftliche Entwicklung heute weitgehend unbestimmt.

Die Missachtung der Dialektik von Struktur und Handeln, die Marx mit seiner Aussage „Die Menschen machen ihre eigene Geschichte, aber sie machen sie nicht aus freien Stücken, nicht unter selbstgewählten, sondern unter unmittelbar vorgefundenen, gegebenen und überlieferten Umständen“ (Marx, Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte, MEW 8, S. 115) so schön auf den Punkt brachte, spitzt sich in Formulierungen wie der folgenden zu, in der die Überwin-

dung des Kapitalismus aus ökonomischen Gesetzen abgeleitet wird: „Sowohl Bernstein als auch Kautsky sahen also schließlich die Überwindung des Kapitalismus *allein* in der gesellschaftspolitischen Aktion des Proletariats angelegt, nicht in einem zugrundeliegenden objektiven Zusammenbruch der Verhältnisse selbst“ (Kurz 1986).

Der Zusammenbruch wird niemals näher definiert<sup>84</sup>, aber als ökonomisch determiniert nahegelegt, denn die emanzipatorische Aktion handelnder Subjekte wird nach dem Zusammenbruch gesetzt: „Ein Zusammenbruch ist eben nichts anderes als ein Zusammenbruch; welche realen Verhältnisse sich daraus entwickeln, hängt immer und weiterhin vom tatsächlichen Handeln der Menschen und ihrem Willen ab“ (ebd.). Die Subjekte werden zu reinen Charaktermasken des geschichtlichen Fortschritts, die keinerlei eigenen Willen und Gestaltungsspielraum zu besitzen scheinen. So z.B. wenn es heißt, dass heute „Bewusstsein und Aktion der Arbeiterklasse durch das objektiv in Erscheinung tretende, vom Willen der Beteiligten unabhängige historische Ende der Akkumulationsmöglichkeit *erzwingen* wird“ (ebd.). Krisis vermittelt, die Geschichte vollziehe sich von selbst hinter dem Rücken der Menschen, tatsächlich muss sie aber von diesen (im positiven Sinn durch soziale Selbstorganisation) auf Basis nicht selbst gewählter materieller Bedingungen gemacht werden.

Heute scheint die Krisis ihren Geschichtsdeterminismus in diesem Punkt etwas abgeschwächt zu haben, häufiger ist die Rede von der Notwendigkeit einer bewussten gesellschaftlichen Aufhebungsbewegung, um die Krise emanzipativ zu überwinden (z.B. Kurz 1991, S. 260, 271), von einer „sozialen Bewegung gegen die Arbeit“ (Krisis 1999, S. 41) oder auch von Selbstorganisation. Nichtsdestotrotz bleibt die Ambivalenz, dass immer wieder geschichtsmetaphysisch das ökonomisch determinierte Ende des Kapitalismus vorausgesagt wird. Bei allem Determinismus, der auch in der Theorie von Mandel zu finden ist (wie wir gesehen haben, vor allem in Bezug auf die Technik und die Unterstellung von 50 Jahre dauernden langen Wellen), so war dessen Einschätzung der weiteren Entwicklung im Vergleich zu Krisis doch wesentlich stärker an einer Berücksichtigung der Dialektik von Struktur und Handeln bedacht. Die Reproduktion des Kapitalismus unter militarisierten Bedingungen hielt er genauso für eine Möglichkeit wie die Aufhebung des Kapitalismus durch die Selbstorganisation der Unterdrückten (allerdings stilisierte Mandel wie im Trotzismus üblich das Proletariat zum singulären emanzipatorischen Subjekt und missachtete dabei die Notwendigkeit einer dialektischen Einheit in der Vielfalt aller Unterdrückten und Ausgebeuteten)<sup>85 86</sup>.

---

<sup>84</sup> Das bei Krisis unklar bleibt, was genau unter Zusammenbruch zu verstehen ist, stellt auch Michael Heinrich (1999a, 2000) fest.

<sup>85</sup> Allzu oft sah allerdings auch Mandel mit jedem etwas bedeutenderen ökonomischen Krach die „proletarische Revolution“ herannahen. Allerdings hat er in seinen späten Jahren schließlich eine realistischere Position eingenommen, die die Bedeutung der ökonomischen Kategorien im historischen Wandel nicht automatisch über das Handeln der Subjekte stellt. In Mandel (1980/1995) geht er in einem in den 90er-Jahren neu verfassten Abschnitt darauf ein, dass er nur den Übergang von einer Expansion in eine Depression als endogen ökonomisch begreife, der erneute Aufschwung benötige exogene Effekte. In der aktuellen Krise könne sich dieser exogene Effekt durch eine Niederlage des Proletariats im Klassenkampf in Kombination mit der Durchsetzung neuer Technologien ergeben, genauso realistisch erscheint Mandel aber die Nutzung des Potentials von Massenwiderstand. Er geht schließlich davon aus, dass es realistisch ist, „two or three possible outcomes for each specific crisis“ (ebd., S. 115) anzunehmen. Bei Krisis ist im Gegensatz dazu häufig die Reduktion auf eine angeblich objektiv notwendige Entwicklung namens Zusammenbruch anzutreffen, was von der Realität doch einigermmaßen weit entfernt zu sein scheint.

Neben der Kritik, Krisis habe einen deterministischen Geschichtsbegriff (vgl. dazu auch Nachtmann 1996, Heinrich 2000, ISF 2000) und lasse die Bedeutung des Klassenkampfes bzw. des aktiven Handelns für historischen Wandel außer Acht (vgl. dazu auch Wildcat 1999, Diederichsen 2000, ISF 2000), wurde als für den hier behandelten Zusammenhang relevante Kritik an der Krisis auch gesagt, dass diese fälschlicherweise davon ausgehe, dass die Produktivkräfte in der alten kapitalistischen Hülle heranreifen und nur mehr einfach in eine andere Gesellschaft übernommen werden müssen (Nachtmann 1996). Daraus ergebe sich auch ein „technologisch begründeter Geschichtsdeterminismus (Einführung der Mikroelektronik führt zum Zusammenbruch des Kapitalismus)“ (Heinrich 2000, S. 4). Krisis (1999, S. 46) sieht heute aber sehr wohl, dass in einer anderen Gesellschaft „das Gros der technischen Aggregate [...] völlig umzuformen“ wäre.

Insgesamt lässt sich feststellen, dass Überakkumulation und TFPR noch immer prominente Erklärungsversuche von Krisen in der marxistischen Krisentheorie darstellen. Allerdings wird in der Regel von der allgemeinen Bedeutung und determinierenden Wirkungsweise eines ausgezeichneten Widerspruchs, nämlich jenem zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen sowie lebendiger und toter Arbeit, ausgegangen. Die Krise wird von diesen Ansätzen auf eine allgemeine Kapitalgesetzlichkeit, nämlich den Anstieg der organischen Zusammensetzung des Kapitals, zurückgeführt. Dies entspricht einer reduktionistischen Kausalität, die der Komplexität des Kapitalismus nicht ausreichend Rechnung trägt. Realistischer scheinen uns daher jene Ansätze aus der Regulationstheorie zu sein, die nicht von der Wirkungsweise einer allgemeinen Kapitalgesetzlichkeit bei jeder Krise des Kapitalismus ausgehen, sondern den TFPR als ein mögliches Moment der Krise unter mehreren betrachten (so z.B. Lipietz 1987, 1998; Hirsch/Roth 1986, Hirsch 1990, 1994, 1995; de Bernis 1988, 1990), wobei zuweist davon ausgegangen wird, dass der TFPR allein nur beschränkt krisenbestimmend wirkt, sondern dass dazu immer auch politische und ideologische Faktoren von Bedeutung sind. Krise des Kapitalismus bedeute daher immer „Einheit von ökonomischer, politischer und ideologischer Krise“ (Hirsch 1994, S. 202)<sup>87</sup>. Auch diese Bedeutung von politischen und ideologischen Momenten und deren zumindest relativer Autonomie wird von den hier besprochenen Vertretern der Überakkumulationsthese nicht berücksichtigt. Resultat ist ein doppelter Reduktionis-

---

<sup>86</sup> Michael Heinrich (1999a) meint einerseits in Kritik an der Krisis zu Recht, dass die Krise nicht automatisch zum Zusammenbruch führe, betreibt andererseits aber selbst einen Geschichtsdeterminismus, wenn er feststellt, dass Krisen die Funktion haben, dass ein neuer Akkumulationsschub einsetzt. Zu sehr liegt hier eine Ontologisierung der Krise nahe, die auf die ewige Reproduktion des Kapitalismus abstellt („Gerade das Zerstörerische der Krisen ist für die kapitalistische Entwicklung ein produktives Moment“, Heinrich 1999b, S. 369). Diese Reproduktion ist aber nur eine von mehreren Alternativen in einem krisenhaften Bifurkationspunkt. Diese Offenheit der Entwicklung in der krisenhaften gesellschaftlichen Situation mißachten sowohl Krisis als auch Heinrich. Auch die Replik der Krisis auf Heinrichs Kritik (Trenkle 2000) kann nicht überzeugen, denn sie geht wiederum davon aus, dass die „Sprengung der herrschenden Produktionsverhältnisse“ ein objektiver ökonomischer Prozess sei.

<sup>87</sup> Hirsch und Roth (1986) gehen von der negativen Wirkungsweise technischer und politischer Faktoren auf die Produktivitätszuwächse aus. Der zunehmende Widerstand der Arbeitenden gegen die Einführung kapitalintensiver taylorische Produktionstechnologien habe zu einer Verlangsamung der Produktivitätszuwächse geführt. Zum rein technisch und ökonomisch argumentierten Anstieg der ökonomischen Zusammensetzung kommt ein politisch argumentierter verlangsamter Anstieg der Mehrwertrate hinzu.

mus: Die Ökonomie alleine gilt als krisendeterminierend, und selbst innerhalb der Ökonomie wird die Widerspruchsdynamik nicht differenziert, sondern die Krise auf einen einzigen Faktor zurückgeführt.

## **b) Theorien der Überproduktion/Unterkonsumtion**

Die wesentlichen Vertreter der Realisierungsthese waren nach dem zweiten Weltkrieg in der marxistischen Krisentheorie Paul Sweezy und Paul Baran. Sweezy (1942) argumentiert, dass sich eine kapitalistische Krise durch eine Unterbrechung des Zirkulationsprozesses auszeichnet, die durch ein Absinken der Profitrate unter ihr gewöhnliches Niveau angeregt wird. Sweezy versteht unter Realisierungskrisen einerseits eigentlich Unterkonsumtion und andererseits Disproportionen, bei ihm steht aber die Unterkonsumtion im Mittelpunkt. Von Realisierungskrise könne aber allgemein gesprochen werden, „wenn das Sinken der Rentabilität [...] auf die Unfähigkeit der Kapitalisten zurückzuführen ist, den vollen Wert der von ihnen produzierten Waren zu realisieren“ (Sweezy 1942, S. 121).

Der innere Widerspruch des Kapitalismus sei durch den Widerspruch von Produktion und Konsumtion gegeben: „Der Produktion fehlt vollständig ein Ziel, wenn sie nicht auf ein bestimmtes Ziel in der Konsumtion abgestellt ist, aber der Kapitalismus versucht die Produktion auszudehnen ohne Rücksicht auf die Konsumtion, die allein ihr Bedeutung verleihen kann“ (ebd., S. 137). Eine Unterbrechung der Produktion würde sich in einer Situation ergeben, in der die Kapitalisten unfähig werden, ihre Waren zu verkaufen. Der Kapitalismus besitze „eine ihm innewohnende Tendenz [...], die Produktionskapazität für Konsumgüter schneller auszudehnen als die Nachfrage nach Konsumgütern“ (ebd., S. 141). Die charakteristische Verhaltensweise der Kapitalisten sei, den Lohnzuwachs zu verringern und in Produktionsmittel zu investieren, da diese zusätzliche Akkumulationsmöglichkeiten versprechen würde. Daraus ergebe sich eine Tendenz dazu, dass das Verhältnis der Wachstumsrate der Konsumtion zur Wachstumsrate der Produktionsmittel sinkt. Das Wachstum der Konsumtion bleibe also früher oder später hinter jenem der Produktion zurück und es stelle sich Unterkonsumtion ein.

Sweezy beschreibt Wirkungen, die der Unterkonsumtion entgegenwirken: neue Industrien, Fehlinvestitionen in neue Industrien, Bevölkerungswachstum, unproduktive Konsumtion und Staatsausgaben. Ein typisches Phänomen für den Kapitalismus sei heute die Zentralisation des Kapitals, was zur Bildung von Monopolkapital, Kartellen, Fusionen und Trusts führe. Sweezy betont, dass in monopolisierten Industrien die Tendenz bestehe, Kapital abzuziehen und in andere Industrien zu investieren, wo es mehr Wettbewerb gibt. In den konkurrenzorientierten Industrien sei die Profitrate aber in der Regel niedriger als in den monopolisierten, da die Preise von monopolisierten Waren automatisch erhöht werden würden. Insgesamt führe dies nun zu einem Fallen der Durchschnittsprofitrate. Dies sei eine Tendenz, die in Krisen unabhängig von der Unterkonsumtion wirksam werde.

Dem Monopolkapital wohne eine Tendenz inne, den Surplus zu steigern, ohne für entsprechende Mechanismen der Surplusabsorbierung zu sorgen. Dies verstärke die brachliegenden Produktionskapazitäten und Realisierungsschwierigkeiten des Kapitals. Im Fordismus sei der Surplus, der durch die Monopolisierung ansteige, dadurch absorbiert worden, dass im Zug des Aufstiegs des Autos und auch noch der Eisenbahn die Märkte für daran anschließende Produkte und Dienstleistungen expandieren konnten (Gummi, Glas, Tankstellen, Reparatur, Tourismus, Erdöl etc.) und dass in Folge des Krieges zusätzliche Kapazitäten durch die Zuführung von Rüstungsfabriken zu zivilen Zwecken geschaffen werden konnte (Baran/Sweezy 1967).

Diese Gegenwirkungen würden jedoch nichts an einer grundlegenden Tendenz des Monopolkapitalismus ändern, mehr Surplus zu erzeugen, als er absorbieren kann. Baran und Sweezy betonen auch eine grundsätzliche Bedeutung neuer Technologien, die zur Absorption von Surplus führen können, indem sie das gesamte Wirtschaftsgefüge verändern (dies sei jedoch z.B. bei der Elektrizität nicht der Fall gewesen).

Das Nachkriegsamerika sei durch die Stimulation des Autos zu einer großen Umwälzung von Lebensstil und Ökonomie gelangt. Die Krise des Fordismus sei vor allem dadurch bedingt, dass das Bevölkerungswachstum erlahmt sei und die neuen Industrien nicht mehr in dem Ausmaß wachsen, wie zu Beginn des Fordismus (was auch mit der nicht mehr anhaltenden Stimulation neuer Industrien durch das Auto zu tun habe). Dadurch würden die der Unterkonsumtion entgegenwirkenden Tendenzen außer Kraft gesetzt und die Tendenz zur Produktion von Surplus im Rahmen des Monopolkapitalismus, der nicht absorbiert werden kann, verstärke sich. Resultat sei die Krise des Kapitalismus.

Paul Boccara (1976) wirft Baran und Sweezy vor, dass sie das Gesetz des TFPR einer Revision unterziehen würden und an seine Stelle das Gesetz des wachsenden Surplus setzen würden (Boccara 1976, S. 79-82). Die Widersprüche des Kapitalismus würden nicht in der Produktion, sondern in der Zirkulation angesetzt. Daher werde nicht die Produktionsweise, sondern nur die Art des Verbrauches des Surplus in Frage gestellt. Ernest Mandel (1972, S.469ff) kritisiert, dass der Surplusbegriff derart unscharf sei, dass er mit dem Mehrwertbegriff nicht vergleichbar sei. Mandel meint weiters, dass es in der Realität nicht der Fall sei, dass die Monopole in verschiedenen Produktionszweigen keiner Konkurrenz ausgesetzt sind, wodurch ihnen dauerhaft stabile Profite ermöglicht werden.

Die Überproduktions-/Unterkonsumtionsthese ist heute eine Minderheitenposition in der marxistischen Diskussion. Nach 1945 wurde sie neben Baran und Sweezy vorwiegend von Harry Magdoff (1970, siehe auch Magdoff/Sweezy 1977, 1987) vertreten. Heute zählt sich Samir Amin zu den Vertretern dieser These:

„Meine These fußt darauf, dass die kapitalistische Produktionsweise durch einen inneren sozialen Widerspruch dauernd in die Systemtendenz getrieben wird, „mehr zu produzieren, als konsumiert werden kann“: Der Druck auf die Löhne erzeugt tendenziell ein Profitvolumen, das in Konkurrenz zu investieren wäre, aber immer relativ zu groß ist, verglichen mit den zur Deckung des Endbedarfs nötigen Investitionen. Die Gefahr relativer Stagnation ist in dieser Sicht die chronische Krankheit des Kapitalismus“ (Amin 1997, S. 25).

Wie Baran, Sweezy und Magdoff geht Amin davon aus, dass technische Innovationen (Eisenbahn, Auto) lange Aufschwünge auflösen, dies sei aber nicht zwangsläufig. Bei der Informatik verlaufe die Entwicklung nicht in Analogie zu Eisenbahn und Auto, sie löse nicht massive Umgestaltungen der industriellen Geographie aus, die zur Absorption der Surplusüberschüsse führen könnten. Der überschüssige Surplus flüchtige sich in die finanzielle Spekulation.

Auch Michael Stanger (1988) sieht als eine „letzte Ursachen [der Krisen] [...] ein strukturelles Realisierungsproblem“ (Stanger 1988, S. 399), er betrachtet dieses im Rahmen einer Überproduktionsthese und wendet sich gegen Unterkonsumtionsthesen, da diese die Grundannahme der Marxschen Krisentheorie über den Status der Kapitalakkumulation als Zentrum der ökonomischen Dynamik kapitalistischer Systeme negieren würden. Als mögliche Krisenursachen sieht er die Überproduktion oder einen Profit-Squeeze, wobei sich letzterer aber zumeist aus ersterer ergebe.

Als Ergebnis dieser Betrachtungen ergibt sich, dass auch die (immer unbedeutender werdenden) Unterkonsumtions- und Überproduktionsthesen von einer monokausalen ökonomistischen Krisenerklärung ausgehen, die der komplexen Kausalität evolutionärer Systeme nicht ausreichend Rechnung trägt. Auch hier finden wir den doppelten Reduktionismus: Einerseits wird die Ökonomie als krisendeterminierend angesehen, politische und ideologische Faktoren spielen keine Rolle, andererseits wird die Krise innerhalb des ökonomischen Bereichs auf einen einzelnen Widerspruch – jenen zwischen Produktion und Konsumtion – zurückgeführt.

### c) Disproportionalitätstheorien

Die Disproportionalitätsthese fußt auf der Ansicht, der Widerspruch zwischen der in einzelnen Fabriken auf Profit orientierten Produktion und dem gesellschaftlichen Bedarf sei das zentrale Moment in der Widerspruchsdynamik des Kapitalismus. Heute sind darauf aufbauende marxistische Krisentheorien fast verschwunden, die Krise des Fordismus wurde in der Regel eher durch Argumente erklärt, die auf Überakkumulations-, Profit-Squeeze-Thesen oder einer Kombination von beidem aufbauen. Michel Agliettas „Theory of Capitalist Regulation“ (1979a) gibt strukturellen Disproportionalitäten zwischen den Abteilungen I und II der gesellschaftlichen Produktion eine gewisse Bedeutung für die Erklärung der Krise des Fordismus. Aglietta kann jedoch nicht als Disproportionalitätstheoretiker angesehen werden, da er auch die politische Ebene, einen Profit-Squeeze und Überakkumulation in seine Erklärung mit aufnimmt.

Robert Brenner und Mark Glick (1999) werfen Aglietta vor, dass er Krisen rein unterkonsumtionistisch erklärt. Dies trifft jedoch bei genauerer Betrachtung von Aglietta (1979a) nicht zu. Brenner selbst kann als einer der wenigen Theoretiker begriffen werden, die die Krise des Fordismus durch eine (allerdings abgewandelte) Disproportionalitätsthese zu erklären versuchen (siehe Brenner 1998).

Traditionellerweise wurden im Rahmen von Disproportionalitäten ungleiche Entwicklungen der beiden Abteilungen der Produktion oder von verschiedenen Industriezweigen für Krisen verantwortlich gemacht. Brenner verlagert dies auf die Weltmarktebene und sieht Disproportionalitäten zwischen der Produktion einzelner Wirtschaftsböcke als wesentliche Ursache der Krise des Fordismus. Konkurrenz gilt bei Brenner als wesentliche Krisenursache. Ausgangspunkt der Krisen sei die ungeplante, unkoordinierte und wettbewerbsorientierte Natur des Kapitalismus (Brenner 1998, S. 8).

Durch die Einführung neuer Technologien etablierte sich in gewissen Branchen ein Marktführer, der durch seinen technologischen Fortschritt Waren billiger als Konkurrenten anbieten könne. Um dabei halbwegs mithalten, müssen Konkurrenten reduzierte Profitraten in Kauf nehmen. Insgesamt ergebe sich damit ein Fall der Durchschnittsprofitrate, woraus Überkapazitäten und Überproduktion entstünden.

Seit den 60er-Jahren sei die ökonomische Hegemonie der USA durch den Anstieg der internationalen Konkurrenz seitens Japans und Europas, der sich durch bessere Produktionstechnologien ergeben habe, immer mehr in Frage gestellt worden. Der stärkere Wettbewerb habe zu Überkapazitäten, Überproduktion und einem Fall der Produktivität, speziell in den Fertigungsindustrien geführt.

Der Zusammenbruch des Bretton Woods-Systems, bei dem der Anstieg des US-Defizits und der US-Verschuldung eine wesentliche Rolle gespielt sowie die sich daraus ergebende Anfälligkeit des Dollars für Spekulationsangriffe hätten, habe eine Abwertung des Dollars

gegenüber dem Yen und der Mark mit sich gebracht (Smithsches Abkommen, Dezember 1971). Durch den Druck auf die Profitraten der US-Fertigungsindustrien hätten diesem im Laufe der 70er-Jahre eine Investitionswelle gestartet und dafür gesorgt, dass der Lohnanstieg radikal eingeschränkt würde. Daraus und unterstützt durch die Abwertung des Dollars hätten sich Vorteile im internationalen Handel ergeben, wodurch sich die Krise auf Japan und Europa ausgeweitet habe.

Die Zunahme von Arbeitskämpfen sei nicht eine Ursache (wie z.B. in der Regulationstheorie und in diversen Profit-Squeeze-Ansätzen wie jenen der Operaisti oder der Weltsystemtheorie angenommen) der Krise gewesen, sondern deren Folge. Genauso stellt Brenner in Frage, dass eine Abnahme der Produktivitätszuwächse – wie in der Regulationstheorie i.A. angenommen – eine Krisenursache gewesen sei (zu Brenners Kritik an der Regulationstheorie und der Kritik an der Kritik siehe unseren Abschnitt 3.1. über die Regulationstheorie).

In den 90er-Jahren habe sich in den USA ein ökonomischer Aufschwung gezeigt. Dies sei auf die Schlechterstellung der Arbeitenden zurückzuführen, die Lohneinbussen hinnehmen mussten. Damit in Zusammenhang stehe auch die massive Prekarisierung der Beschäftigungsverhältnisse. „The US recovery was built precisely upon historically unprecedented wage repression and dollar devaluation“ (Brenner 1998, S. 253).

Brenners wesentliche These lautet zusammenfassend: „the fundamental source of the long-term systemic crisis of profitability – downward pressure on prices resulting mainly from overcapacity and over-production in manufacturing, itself deriving from the intensification of international competition“ (Brenner 1998, S. 145).

Kritik an Brenners Ansatz findet sich z.B. bei Anwar Shaikh (1999). Shaikh bezeichnet Brenners Erklärung für die Krise als in der Tradition von Adam Smith stehend, denn auch dieser leite einen Fall der allgemeinen Profitrate aus der Zunahme der Konkurrenz her. Zur empirischen Untersuchung der Profite verwende Brenner den Nettokapitalstock (net operating surplus). Shaikh hält jedoch den Bruttokapitalstock (gross capital stock) für aussagekräftiger. Brenner verwende das Nettokapitalstock-Maß zwar für die Berechnung der Profitrate, greife aber an anderer Stelle sehr wohl auf Bruttodaten zurück. An Hand empirischer Daten versucht Shaikh zu zeigen, dass nicht heftige Konkurrenz, sondern die Zunahme der organischen Zusammensetzung des Kapitals (die er durch den nominalen Kapitalkoeffizienten (nominal capital-output ratio) approximiert) für den Fall der Profitraten verantwortlich sei. Brenner gebe diese Erklärung selber zu (Brenner 1998, S. 136), lehne sie aber auf theoretischer Basis ab, da er ein Gegner des Gesetzes des TFPR sei. Auf empirischer Basis meint Brenner, dass nur der reale Kapitalkoeffizient (real capital-output ratio) aussagekräftig sei, nicht jedoch der nominale. Brenners Argumentation sei nicht mehr als marxistisch zu betrachten, sondern als neoklassisch, da auch dort die Betonung auf Konkurrenzmechanismen liege, die Krisen verursachen.

Der Kapitalkoeffizient  $k$  wird berechnet als  $k = K / Y$ , wobei  $K$  der Kapitalstock und  $Y$  das Volkseinkommen ist. Das Bruttoanlagevermögen  $K$  bezeichnet die Kapitalbestände an Anlagegütern. Die Anlagegüter werden vom Zeitpunkt ihrer Anschaffung bis zu ihrem effektiven Ausscheiden aus dem Bestand (Abgänge von Anlagevermögen) mit ihrem Neuwert nachgewiesen (im Gegensatz zum Nettokzept, bei dem die Güter während der gesamten Nutzungsdauer laufend abgeschrieben werden, also im Bestand jeweils mit ihrem Zeitwert enthalten sind). Für  $Y$  wird beim Kapitalkoeffizienten in der Regel das Bruttoinlandsprodukt verwendet (BIP, Geldwert aller in der Berichtsperiode im Inland produzierten Waren und Dienstleistungen nach Abzug des Wertes der im Produktionsprozess als Vorleistungen verbrauchten Güter, entspricht der Summe aller Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die in der Berichtsperiode im

Zuge der Produktion im Inland entstanden sind, zuzüglich der Abschreibungen und der (um die Subventionen verminderten) Produktions- und Importabgaben). Shaikh verwendet in seiner Berechnung jedoch das Nettoinlandsprodukt (net value added), bei dem Abschreibungen vom BIP abgezogen werden, die infolge von Verschleiß und wirtschaftlichem Veralten im Produktionsprozess einer Berichtsperiode am eingesetzten Anlagevermögen eine Wertminderung hervorgebracht haben.

Shaikh verwendet die Größen (Bruttonationalprodukt und Kapitalstock) des Kapitalkoeffizienten nominal, d.h. zu Preisen der Berichtsperiode ausgedrückt. Sie lassen sich jedoch auch als Real-Größen auf Basis von Zeitreihen in konstanten Preisen (durch Bewertung mit den Preisen eines Basisjahres) ausdrücken. Indem Shaikh die Nominalgrößen verwendet, kann er eine wachsende organische Zusammensetzung des Kapitals durch den angestiegenen Kapitalkoeffizienten nachweisen. Er wirft Brenner nun vor, dass sich dieser über solche Ergebnisse bewusst sei und die Realgrößen verwende, um den Anstieg der organischen Zusammensetzung des Kapitals in Folge technischen Fortschritts abstreiten zu können.

Brenner werfe diversen Theoretikern wie Aglietta vor, dass diese einen Anstieg der Löhne in den 60ern als Ursache für den Profitratenfall ansehen. Brenner versucht empirisch zu zeigen, dass in der Periode 1965-73 die Reallöhne geringer anstiegen als in den 15 Jahren davor (Aglietta 1979a kommt übrigens ebenfalls an Hand empirischer Daten zu gegenteiligem Ergebnis). In seinem theoretischen Abschnitt behauptet Brenner aber geradezu, dass ein Anstieg der Löhne notwendig sei, um eine fallende Profitrate zu erklären. Um diesen Widerspruch zu vermeiden, ziehe sich Brenner auf die Argumentation zurück, ein heftiger Wettbewerb in den Fertigungsindustrien habe die Durchschnittsprofitrate der globalen Ökonomie direkt zum Fallen gebracht. Dies sei aber einfach die Smithsche Theorie fallender Profitraten. Brenner nehme wie Smith an, dass ein Preisverfall in einem Sektor (Fertigungsindustrie) die allgemeine Profitrate senke. Bereits Marx kritisiert aber an Smith den Fehler anzunehmen, dass der Fall der Profitrate in einem Sektor zum Fall der allgemeinen Profitrate führen muss.

Shaikh hingegen meint, dass der technische Fortschritt die organische Zusammensetzung in einem Ausmaß erhöhe könne, dass sich dies negativ auf die Profitrate auswirkt (Brenner hingegen nimmt an, dass technischer Fortschritt die Profitrate immer erhöhe).

Insgesamt zeigt sich, dass Krisentheorien, die auf der Anarchie der Produktion als wesentlichem Widerspruch des Kapitalismus aufbauen, die Krise des Fordismus heute wiederum auf eine einzelne allgemeine ökonomische Kapitalgesetzlichkeit reduzieren. Brenner berücksichtigt die Komplexität des Kapitalismus nicht, an Stelle einer multidimensionalen Krisenlogik geht er von einem eindimensionalen Ökonomismus aus. Im Gegensatz dazu werden bei Michel Aglietta politische Aspekte stärker in die Krisentheorie eingebunden, wodurch ein ökonomischer Reduktionismus vermieden werden kann.

## **d) Profit-Squeeze-Theorien**

Eine negative Wirkung des Klassenkampfes auf die Profitrate betonen Profit-Squeeze-Thesen. Dabei wird von der Zentralität des Klassenantagonismus zwischen Kapital und Arbeit in der kapitalistischen Produktionsweise ausgegangen. Die politischen Artikulationsformen dieses Widerspruchs auf Seiten der Ausgebeuteten würden zu Problemen in der erweiterten Reproduktion des Kapitals führen, die sich in ökonomischen Krisen äußern. Im Vergleich zu Überakkumulations-, Realisierungs- und Disproportionalitäts-Theorien handelt es sich bei den

Profit-Squeeze-Theorien innerhalb der marxistischen Krisentheorie um einen relativ jungen Ansatz, der aber im Lauf der letzten dreißig Jahre große Bedeutung gewonnen hat.

Goodwin (1972) formulierte als erster diesen Ansatz. Der Konjunkturzyklus verlaufe folgendermaßen: Zunächst könne sich die Akkumulation auf Grund einer niedrigen Lohnquote, die sich aus erhöhter Arbeitslosigkeit ergebe, ansteigen. Durch die beschleunigte Akkumulation würden sich Mehrwert- und Profitrate erhöhen. Schließlich würden die zusätzlichen Investitionen aber zu abnehmender Arbeitslosigkeit, zu einem Anstieg der Lohnquote und schließlich zu einer Abnahme der Profitrate führen. Es wird also vor allem angenommen, dass der Anstieg des variablen Kapitals sich negativ auf die Profitrate auswirkt.

Hinweise auf die Möglichkeit einer Profit-Squeeze-Wirkung des variablen Kapitals finden sich schon bei Marx. So etwa:

„[...] dass die Krisen jedesmal gerade vorbereitet werden durch eine Periode, worin der Arbeitslohn allgemein steigt und die Arbeiterklasse realiter größeren Anteil an dem für Konsumtion bestimmten Teil des jährlichen Produkts erhält. [...] Es scheint also, dass die kapitalistische Produktion vom guten oder bösen Willen unabhängige Bedingungen einschließt, die jene relative Prosperität der Arbeiterklasse nur momentan zulassen, und zwar immer nur als Sturmvogel einer Krise“ (Marx 1885, S. 409f).

Von der Profit-Squeeze-These ausgehend, argumentieren Glyn und Sutcliffe (1972), dass die Krise des Fordismus in Großbritannien auf die Erhöhung des Lohnanteils am Gesamtprodukt zurückzuführen sei: „The dramatically falling rate of profit in Britain does not seem to have been caused to any significant extent by the increasing organic composition of capital but rather by an increase in labour's share of the product“ (ebd.).

Durch die Betonung der Bedeutung der politischen Ebene für gesellschaftliche Krisen des Kapitalismus, hat die Profit-Squeeze-These auch Einfluss auf die Regulationstheorie gehabt. So wird z.B. in Aglietta (1979a), Lipietz (1987, 1998) und Hirsch/Roth (1986) dem beschleunigten Anstieg des variablen Kapitals eine gewisse krisenbildende Bedeutung beigemessen. Es erfolgt jedoch keine Reduktion auf dieses Moment, sondern es wird (je nach Ansatz) in Zusammenspiel mit dem TFPR, Überproduktion oder Disproportionen gesehen.

Profit-Squeeze-Erklärungen für Krisen finden sich auch im italienischen Operaismus. Die Operaisten gehen dabei aber vor allem von den Klassenkämpfen in Italien aus (die dort in den 60ern viel größere Bedeutung hatten als z.B. in anderen europäischen Ländern), in den Schriften von Toni Negri – einem Hauptpropagandisten des Operaismus – deutet aber vieles auf eine Verallgemeinerung hin.

Negri (1971) argumentiert, dass der (italienische) Staat mit einer Massifizierung des Klassenkampfes konfrontiert worden sei. Durch die enormen Lohnforderungen sei der Wert der notwendigen Arbeit erhöht worden. Dadurch habe sich eine Disproportion zwischen notwendiger und Mehr-Arbeit ergeben. Dies habe die Inflation angeheizt, was vor allem auch eine Krise des keynesianischen Staates mit sich gebracht habe (Negri 1971, S. 120f). Wesentliche Slogans der autonomen Arbeiterbewegung im Italien der späten 60er waren die Forderungen nach Verweigerung und Aufhebung der Arbeit. Es wurde davon ausgegangen, dass Betriebsbesetzungen und Arbeitsverweigerungen Methoden des Klassenkampfes darstellen, die das Kapital in eine Krise treiben können. Typisch für diese autonome Arbeiterbewegung und den Operaismus war auch das Verständnis einer neuen Arbeiterklasse, die nicht nur die direkt Lohnabhängigen, sondern alle Abhängigen und Ausgebeuteten im Produktions- und Reproduktionsbereich umfasse (vgl. Negri 1982, S. 209).

Wesentlich beigetragen zur Krise hätte auch die massive Zunahme der Streiks (vgl. Negri 1982, S. 210; Negri 1980, S. 185f). Die Wirkung des Profit-Squeezes, der durch den Klassenkampf verursacht werde, beschreibt Negri folgendermaßen:

„Capital goes into crisis every time that labour-power transmutes to become working class – by working class I mean a level of composition incompatible with command, at a given historical level of maturity of the productive forces. [...] at that point capital [...] has only one weapon with which to respond: restructuration“ (Negri 1982, S. 212).

Die Operaisten entwickelten in den 60ern das Konzept des Massenarbeiters, womit sie sich auf spontane Formen des Massenprotests der Arbeitenden beziehen. In den 70ern habe der Übergang zum sozialen Arbeiter (social worker) stattgefunden (Negri 1982), womit eine neue Form der Arbeiterbewegung im oben genannten Sinn gemeint ist. Die Restrukturierungsmaßnahmen des Kapitals, mit denen dieses auf die Krise reagierten, hätten im Versuch der Isolierung des Massenarbeiters in der Fabrik und dem Übergangs vom Wohlfahrts- (welfare-) zum kriegsführenden Staat (warfare-state), der versucht habe, die Proteste durch massive Repression einzuschränken, bestanden. Dieser Übergang bedeute auch einen zunehmenden faschistischen Charakter des Staates (Negri 1980).

Negri/Hardt (1997) kombinieren als Krisenerklärung die Profit-Squeeze-These mit dem TFPR:

„Der Fall der Profitrate, eine typische wiederkehrende Folge der kapitalistischen Produktionsweise, fällt zusammen mit dem massenhaften Angriff auf den Profit, der nicht nur direkt die Verwertungsmechanismen traf, sondern zugleich das Ende oder zumindest die Dämpfung der üblichen Mittel bedeutete, die Rate und Masse des Profits erneut zu stabilisieren“ (Negri/Hardt 1997, S. 62).

Auch in der Weltsystemtheorie Immanuel Wallersteins spielt die Profit-Squeeze-These bei der Erklärung der akutellen Krise eine gewisse Bedeutung: „I believe there exists today, as a result of long secular trends that have been moving away from the equilibrium, a massive profit squeeze which will block the continuation of an endless accumulation of capital“ (Wallerstein 1997a).

Dieser Profit Squeeze ergebe sich aus drei Faktoren: dem Anstieg der Reallöhne in der Weltökonomie, der zunehmenden Umwelterstörung aus Gründen der Kostenexternalisierung und der Krise der Staaten, die durch die zunehmenden wohlfahrtsstaatlichen Kosten verursacht worden sei (Wallerstein 1997a, 1998, 1999a, 2000).

Ein langfristiger Trend der Demokratisierung habe die politische Macht der Arbeiterklasse praktisch in allen Staaten verstärkt. Die traditionelle Reaktion des Kapitals auf erhöhte Lohnforderungen seien Betriebsauslagerungen. Dies erreiche jedoch auch Grenzen, denn auch die Arbeiter in ausgelagerten Betrieben würden früher oder später höhere Löhne verlangen. Da die Verstärkung voranschreite, könnte das Kapital die Klassenkämpfe nur mehr dort austragen, wo sich die Arbeitskräfte gerade befinden. Dies trage dazu bei, dass auch niedrigere Einkommensgruppen und prekär Beschäftigte höhere Löhne verlangen.

Um Kosten zu minimieren, würden Konzerne ihren Müll einfach in der Natur „endlagern“. Dadurch würden die Kosten der Rohmaterialien verringert, da die Aufwendungen für eine umweltgerechte Entsorgung wegfallen. Nach heute 500 Jahren der Umweltverschmutzung sei jedoch die ökologische Krise so groß, dass dies an Grenzen stoße. Es gäbe keine unver-

schmutzten Bereiche mehr, in die anfallender Müll gekippt werden könnte. Daher wäre große Umweltreinigungskampagnen notwendig. Diese könnten entweder durch die Firmen selbst oder durch Steuererhöhungen bezahlt werden. Die erste Lösung bedeute aber automatisch eine Profitminderung. Höhere Steuern würden wiederum die Krise des Staates verschärfen, da die permanent ansteigenden Steuern die Möglichkeiten der Kapitalakkumulation einschränken und damit die Finanzkrise der Staaten verschärfen würden.

Der Ausbau des Sozialstaates sei notwendig gewesen, „um die ‘gefährlichen Klassen’ im Zaum zu halten“ (Wallerstein 2000). Wesentlich seien dabei der Ausbau der Bereiche Erziehung, Gesundheitswesen und lebenslanges Individualeinkommen gewesen. Die dadurch wachsende Steuerquote sei der Kapitalakkumulation ernsthaft abträglich, worauf die Kapitalisten mit Forderungen nach Steuererleichterungen reagieren würden, woraus sich die Krise der Staatshaushalte ergebe.

Diese drei Faktoren würden großen Druck auf die Möglichkeiten der Kapitalisten ausüben, Kapital zu akkumulieren. Wallerstein sieht innerhalb des kapitalistischen Weltsystems keine Lösungsmöglichkeiten für diese Widersprüche, woraus sich die Notwendigkeit ergeben würde, in eine sozialistische Gesellschaftsformation überzugehen. Dies sei jedoch nicht determiniert, sondern eine von mehreren Möglichkeiten. An dieser Stelle kommt bei Wallerstein im Rahmen der Diskussion der Unbestimmtheit der Entwicklung in Bifurkationspunkten auch die Selbstorganisationstheorie in Spiel. Da Wallersteins Weltsystemtheorie daher für uns von besonderem Interesse ist, werden wir darauf zurückkommen.

Hopkins/Wallerstein (1996, siehe S. 209-255) nennt einen weiteren Faktor, der zur Krise beigetragen habe: Die Konkurrenz am Weltmarkt habe sich in den 60ern verschärft, wodurch die Hegemonie der USA untergraben worden sei. Durch den Zusammenbruch des Bretton Woods-Systems und die darauf folgenden Abwertungen des US-Dollars habe sich die Kontrolle der USA über die globalen Finanzmärkte weiters erschwert, was der Konkurrenz Vorteile verschafft habe und zum Aufstieg anderer Entscheidungszentren der Weltpolitik geführt habe (Deutsche Bundesbank, IWF, Weltbank, GATT). Wallerstein räumt also auch der Anarchie der Produktion und den sich daraus ergebenden Disproportionalitäten eine krisenbildende Wirkung ein (vgl. auch Wallerstein 1983, S. 222). In Wallerstein (1983) wird auch eine Überproduktion in den Metropolen, die der Weltmarkt nicht verkraften konnte, als wesentliches Moment der Krise des Fordismus erachtet (Wallerstein 1983, S. 227).

Profit-Squeeze-Theorien betonen im Gegensatz zu ökonomistischen Krisentheorien eine relative Autonomie der Politik. Vor allem der politische Klassenkampf wird als krisenbildendes Moment erachtet. Der monokausale Ökonomismus wird zwar aufgebrochen, allerdings besteht die Gefahr, dass der sich aus dem Anstieg des variablen Kapitals ergebende Profit-Squeeze als einzig mögliche Krisenursache begriffen wird. Toni Negris Argumentationen weisen stark in eine solche Richtung, die durch einen monokausalen „Politizismus“ die Komplexität des kapitalistischen Weltsystems außer acht lässt.

Immanuel Wallersteins Krisentheorie erscheint uns wesentlich differenzierter, da er einerseits ökonomische Faktoren der Krise betont (Überproduktion, Disproportionen), andererseits aber auch ökologische und politische Wirkungen betont, die die Profitrate in eine Klemme bringen. Allerdings gelingt es Wallerstein nicht, darzustellen, wie er sich im einzelnen die Wirkung der drei Elemente, die er für den Profit-Squeeze verantwortlich macht, auf die Profitrate vorstellt.

In dieser Arbeit ist auch der Zusammenhang von technischer Entwicklung und Krise von Bedeutung. Daher werden nun Aspekte der Technik in marxistischen Krisentheorien diskutiert.

## Technik und Krise

Im Gegensatz zur Regulationstheorie, für die Technik nur ein eher peripheres Phänomen zu sein scheint, ist sie für einige der hier besprochenen Ansätze ein zentrales Thema. Allerdings besteht dabei teilweise das umgekehrte Problem (z.B. bei Ernest Mandel): Wo die Regulationstheorie Aspekte der Produktivkraftentwicklung ausspart, um nicht in einen Technikdeterminismus zu verfallen, betonen andere marxistische Krisentheorien den technischen Aspekt zu stark und begeben sich damit in Gefahr, gesellschaftliche Entwicklung auf die Evolutionsdynamik der Technik zu reduzieren. Während sich auf der einen Seite z.B. Robert Boyer (1988) in reinen Ankündigungen verliert, dass technische Aspekte in der Krisentheorie stärker berücksichtigt werden sollten und gleichzeitig ein Technikdeterminismus vermieden werden sollte, argumentiert auf der anderen z.B. Ernest Mandel (1972) technikfetischistisch, indem er ökonomische Zyklen aus technischen Innovationszyklen ableitet. Aspekte der technischen Produktivkraftentwicklung in einer Krisentheorie zu berücksichtigen, bedeutet nicht automatisch technikdeterministisch und -fetischistisch zu argumentieren. Sowohl die Nichtberücksichtigung als auch die Überbetonung der Technik erscheinen für eine komplexe und nichtdeterministische Krisentheorie des Kapitalismus problematisch. Nichtsdestotrotz finden wir in den in diesem Abschnitt besprochenen Krisentheorien brauchbare Ansatzpunkte zum Zusammenhang von gesellschaftlicher Krise und technologischen Wirkungen. Wir wollen diese thesenhaft zusammenfassen.

- Technik ist keine neutrale Kategorie, sondern in die Antagonismen des Kapitalismus eingebunden.
- Die wissenschaftlich-technische Revolution, die auf der Automation basiert (vgl. auch Dobb 1970, S. 382f), hat zur Krise des Fordismus beigetragen (Boccaro 1976, S. 107).
- Wissenschaft werde zu einer immer bedeutenderen Produktivkraft des Kapitalismus (Autorenkollektiv 1973; Mandel 1972, S. 197).
- Die Theorie des STAMOKAP geht davon aus, dass die Automation einen massiven Vergesellschaftungsschub mit sich bringe, eine Verwissenschaftlichung der Tätigkeiten, die einen Übergang zum Kommunismus erforderlich mache (Boccaro 1976, S. 156f; Autorenkollektiv 1973). Hierbei sehe ich jedoch die Gefahr, dass allzu viel Hoffnung in die neuen Technologien gesetzt wird. Ihre Wirkungsweisen sind ambivalent: Einerseits würden sie eine Erleichterung des menschlichen Daseins durch eine Minimierung der gesellschaftlich notwendigen Tätigkeiten ermöglichen, kapitalistisch angewandt tragen sie wesentlich zu Arbeitslosigkeit, Dequalifizierung, Monotonisierung, Überwachung und Kontrolle bei. In Boccaros Argumentation deutet vieles darauf hin, dass er aus der technischen Entwicklung auf eine Notwendigkeit der Transformation hin zu einer kommunistischen Gesellschaft schließt. Dies ist allerdings allzu monokausal und technikoptimistisch. Sehr wohl können die modernen Technologien in einer repressiven Weise eingesetzt werden, die die Reproduktion des Krisensystems Kapitalismus mittelfristig stabilisieren würde. Technik ist im Kapitalismus Herrschaftsmittel und Mittel zur Produktion von Mehrwert. Sie ist Medium und Resultat der Produktivkraftentwicklung, der Rationalisierung und der gesellschaftlichen Globalisierung. Ein dialektischer Technikbegriff begreift die Eingebundenheit der Technik in die Antagonismen des Kapitalismus, sieht jedoch auch die Möglichkeit einer anderen Technik in einer anderen Gesellschaft. Der Übergang in diese andere Gesellschaft wird jedoch nicht technisch, sondern durch emanzipatorische gesellschaftliche Prozesse in-

duziert werden. Er ist also ein offener Prozess, der nicht zwingenderweise eintritt. Technikfetischistische Ansätze betonen die positiven Möglichkeiten der neuen Technologien zu sehr, gehen oft von einem automatischen Übergang in eine sozialistische Gesellschaft aus, da die technischen Produktivkräfte die kapitalistischen Fesseln sprengen würden. Die Theorien des STAMOKAP gehen ansatzweise in eine solche Richtung<sup>88</sup>. Weitergetrieben wurde dieser Technikoptimismus und -fetischismus z.B. in Negri/Hardt (1997), die aus dem Stand der wissenschaftlich-technischen Produktivkräfte schließen, dass die „immaterielle Arbeit – also intellektuelle, affektiv-emotionale und technowissenschaftliche Tätigkeit, Arbeit des Cyborg“ (Negri/Hardt 1997, S. 14) den Kommunismus antizipiere. Noch offensichtlicher springt der Geschichts- und Technikdeterminismus, der aus der Produktivkraftentwicklung eine zwingende gesellschaftliche Entwicklung ableitet, bei der Weiterführung eines Marx-schen Zitates, dass „vernetzte Mühlen eine Gesellschaft mit Sozialisten ergeben können“ (Göhring 1999, in Anlehnung daran auch Meretz/Schlemm 2001) ins Auge<sup>89</sup>. Eine wesentlich realistischere Position scheint uns, weder ausschließlich technikoptimistisch, noch ausschließlich technikpessimistisch zu argumentieren. Herbert Marcuse hatte einen dialektischen Technikbegriff, und wies darauf hin, dass eine andere Technik in einer anderen Gesellschaft notwendig sei, um den gesellschaftlichen Fortschritt human zu gestalten. Der Übergang in eine andere Gesellschaft werde aber keineswegs technologisch induziert. „Die technische Transformation ist zugleich eine politische, aber die politische Änderung würde

---

<sup>88</sup> Allerdings gehen auch nicht alle STAMOKAP-Ansätze so weit wie Boccara, aus dem wissenschaftlich-technischen Fortschritt den Übergang zum Kommunismus abzuleiten. Viel realistischer argumentiert beispielsweise das Autorenkollektiv (1973): „Der technische Fortschritt allein kann die Evolution der gesellschaftlichen Verhältnisse daher nicht bestimmen. Die volle Verwirklichung der technologischen Revolution ist erst bei ihren ersten Schritten angelangt“ (Autorenkollektiv 1973, S. 109). An anderer Stelle argumentiert das Autorenkollektiv jedoch wiederum technikdeterministisch, dass „der Grad der Vergesellschaftung der Produktion [...] den Punkt [erreicht] [...], and dem es zur Notwendigkeit wird, dass die Werkötigen die Produktion selbst in die Hand nehmen“ (ebd., S. 149).

<sup>89</sup> Etwas übertrieben optimistisch und zu undifferenziert erscheint uns auch die Einschätzung von Robert Kurz (2000), dass das Internet auf eine Welt jenseits des Kaufens und Verkaufens verweise und ein „postkapitalistisches Universalmedium“ sei, „das innerhalb der kapitalistisch verfassten Gesellschaft vor allem der oppositionellen Kommunikation dient“ (Kurz 2000, S. 20). Das Internet ist heute in erster Linie Medium und Resultat der Produktivkraftentwicklung, es dient der Erschließung neuer Märkte, der Beschleunigung der Kapitalakkumulation, der globalen organisatorischen Restrukturierung kapitalistischer Konzerne, der Beschleunigung finanzieller Transaktionen, die durch eine Entmaterialisierung des Geldes verstärkt wird, und es ist Medium und Resultat der ökonomischen Globalisierung. Im Internet spiegelt sich auch die globale Klassengesellschaft wider, es bestehen vielfache Limitierungen hinsichtlich des Zugangs entlang der gesellschaftlichen Segmentierungen wie Geschlecht, Herkunft, Klasse, Einkommen usw. Das Internet dient vorwiegend kommerziellen Zwecken, daher kann nicht von einem „postkapitalistischen Universalmedium“ gesprochen werden. Wir haben allerdings in Fuchs (2000, 2001) argumentiert, dass es trotz aller Segmentarisierungen des virtuellen Raums auch ein unterstützendes Medium in emanzipatorischen Prozessen sein kann und haben dies mit dem Begriff der rhizomatischen Vernetzung gefasst. Robert Kurz ist also insofern zuzustimmen, dass die neuen I&K-Systeme tatsächlich Medien der oppositionellen Kommunikation sein können, dies ist aber keine ausgemachte Selbstverständlichkeit, keine Haupttendenz in den Anwendungsfeldern des Internets, wie Kurz unterstellt, sondern ein Randphänomen, das aber nichtsdestotrotz Beachtung und Förderung verdient.

nur in dem Maße in eine qualitative gesellschaftliche Änderung übergehen, wie sie die Richtung des technischen Fortschritts ändern – das heißt eine neue Technik entwickeln würde. Denn die bestehende Technik ist zu einem Instrument destruktiver Politik geworden“ (Marcuse 1967, S. 238). Oder: „Die Technik selbst kann Autoritarismus ebenso fördern wie Freiheit, den Mangel so gut wie den Überfluss, die Ausweitung von Schwerstarbeit wie deren Abschaffung“ (Marcuse 1941, S. 286). Ebenso hatte es Marx verstanden, den Technikbegriff dialektisch zu fassen (siehe dazu v.a. das 13. Kapitel des 1. Bandes des Kapitals)<sup>90</sup>. Diese Dialektik von Technik und Gesellschaft lassen die linken Epigonen des Technikoptimismus in gewissen Argumenten außer acht, wenn sie von technischen „Keimformen“ und Antizipationen des Kommunismus sprechen.

- Im Gegensatz zur Theorie langer Wellen bei Ernest Mandel, gehen Baran und Sweezy (1967) nicht davon aus, dass technologische Innovationen grundsätzlich ökonomischen Aufschwung mit sich brächten. Dies sei zwar bei der Dampfmaschine, dem Auto und der Eisenbahn der Fall gewesen, im Rahmen deren Ausbreitung die Wirtschaftsgeographie radikal erschüttert worden wäre und viele neue Güter und Dienstleistungen entstanden seien. Elektrizität hätte hingegen „nicht wie Eisenbahn und Auto radikale und sich verstärkende Veränderungen der Wirtschaftsgeographie“ (Baran/Sweezy 1967, S. 214) eingeleitet. Diese Argumentation wird für die mikroelektronische Revolution und die Informatik von Amin (1997) übernommen (S. 27f).
- Die voranschreitende Automatisierung und Verwissenschaftlichung der Produktion, die es grundsätzlich ermögliche, dass „die Arbeit kein Zwang mehr sein und die Freizeit ungeahnte Möglichkeiten für schöpferische Betätigung bieten“ (Boccarda 1976, S. 157; vgl. auch Autorenkollektiv 1973, S. 151f; Baran/Sweezy 1963, S. 326; Krisis 1999, S. 44-47) könnte, habe im antagonistischen Rahmen der kapitalistischen Produktionsweise negative Auswirkungen<sup>91</sup> und verschärfe daher die Krise des Fordismus. Dabei komme es vor allem durch massenhafte Einführung automatisierter Produktionsverfahren zu einer Ersetzung lebendiger durch tote Arbeit (Mandel 1972, S. 180), wodurch die organische Zusammensetzung des Kapitals zunehme und die Mehrwertproduktion gehemmt werde (Mandel 1972, S. 183f, 187, 191, 193f). Dies könne sich negativ auf die Durchschnittsprofitrate auswirken und damit krisenfördernd wirken (Autorenkollektiv 1973, S. 110f). Durch die mikroelektronische Revolution und die sich daraus ergebende Automatisierung sei mehr Arbeit überflüssig gemacht werde, als durch die Expansion der Märkte reabsorbiert werden kann (Kurz 1994, S.

---

<sup>90</sup> Auch Mandel argumentiert – trotz seines stellenweise eigenen Technikdeterminismus, der technische Innovationszyklen mit ökonomischen Konjunkturzyklen gleichsetzt (für eine diesbzgl. typische Formulierung siehe z.B. Mandel (1980), S. 31, in einem Nachwort an anderer Stelle in derselben Arbeit (S. 120) gesteht Mandel dies als Fehler ein) – gegen den Technikdeterminismus, dass nicht zu erwarten sei, „dass die durch Wissenschaft und Technik ermöglichte Erneuerung der technischen Produktionsverhältnisse sich vollziehen könne, bevor die gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse sich gewandelt haben“ (Mandel 1972, S. 507).

<sup>91</sup> So meint z.B. Ernest Mandel (1972): „Aus den genannten ökonomischen Hauptkennzeichen der dritten technologischen Revolution entspringt eine tendenzielle Verschärfung sämtlicher Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise: Verschärfung des Widerspruchs zwischen wachsender Vergesellschaftung der Arbeit und privater Aneignung; Verschärfung des Widerspruchs zwischen Gebrauchswertproduktion (die ins Unermäßliche steigt) und Tauschwertrealisierung (die an die begrenzte Kaufkraft der Bevölkerung gebunden bleibt); Widerspruch zwischen Kapitalakkumulation und Kapitalverwertung usw.“ (Mandel 1972, S. 183).

177; Kurz 1995, S. 45; Kurz 1997, S. 15; Kurz 1999, S. 616-642; Krisis 1999, S. 27f). Dar- aus ergebe sich eine Krise der Arbeit und des Werts. Es besteht also ein „Widerspruch zwi- schen den von der wissenschaftlich-technischen Revolution gebotenen Möglichkeiten und dem ausschließlichen Streben nach Monopolprofit“ (Autorenkollektiv 1973, S. 115). Oder anders formuliert: Ein Selbstwiderspruch des Kapitalismus bestehe darin, „dass diese Ge- sellschaft auf der unaufhörlichen Verwandlung von abstrakten Arbeitsquanta in Geld be- ruht, sich aber selber an einen Punkt geführt hat, an dem nicht mehr genügend Arbeitsquan- ta auf der Höhe des selbstgeschaffenen Produktivitätsstandards rentabel mobilisiert werden können“ (Kurz o.J.). Hier ist also die Rede vom Widerspruch zwischen lebendiger und toter Arbeit.

- Ein neuer Schub der Automation habe in den USA seit 1954 durch die Verwendung der EDV im privaten Sektor eingesetzt (Mandel 1972, S. 180).
- Automation und Verwissenschaftlichung bringe eine Reihe von höher qualifizierten Tätig- keiten mit sich, fördere aber andererseits die Dequalifizierung von niedrig qualifizierten Arbeiten (Boccaro 1976, S. 158f; Mandel 1972, S. 250).

Insgesamt sehen wir, dass die Frage der Entwicklung der technischen Produktivkräfte in mar- xistischen Krisentheorien Bedeutung zukommt. Es besteht dabei zwar die Tendenz, manches mal in einen Technikdeterminismus zu verfallen, der die ökonomische aus der technischen Entwicklung ableitet und nicht die relative Autonomie beider Bereiche berücksichtigt, die wiederum eine materielle Basis aufweist.

Die Berücksichtigung des Beitrags dieser marxistischen Krisentheorien zum Zusammen- hang von Technik und gesellschaftlicher Krise erscheint trotz aller kritisierten Limitierungen wertvoll, denn brauchbare Thesen wurden dazu im Rahmen dieser Theorien formuliert. Genau- so haben wir einerseits kritisiert, dass die besprochenen marxistischen Krisentheorien einen doppelten Reduktionismus in der kausalen Erklärung von Krisenphänomenen aufweisen (Re- duktion der Ursachen auf den ökonomischen Bereich und auf jeweils einen Widerspruch inner- halb der Ökonomie), andererseits erscheinen uns die von diesen Theorien beschriebenen ge- gesellschaftlichen Antagonismen in ihrer Gesamtheit wesentliche Formationskategorien des Ka- pitalismus und seiner krisenhaften Durchsetzung zu sein.

Eine dialektische Theorie der kapitalistischen Krisen kann daher sowohl auf die Antago- nismen des Kapitalismus und die Rolle der Technik in Krisen, wie in den marxistischen Kri- sentheorien beschrieben, zurückgreifen, ohne den doppelten Reduktionismus und die Betrach- tung von rein allgemeinen Kapitalgesetzmäßigkeiten der in diesem Abschnitt besprochenen Theo- rien zu reproduzieren. Sie kann auch Aspekte der Regulationstheorie aufgreifen, ohne deren mangelndes dialektisches Verständnis des Zusammenhanges von Technik und Gesellschaft und deren oftmals rein konkrete Betrachtung von Krisen zu reproduzieren. Eine dialektische Theo- rie der gesellschaftlichen Krisen des Kapitalismus fasst also das Verhältnis von Technik und Gesellschaft wechselseitig, sie wendet eine Dialektik von allgemeinen (d.h. unabhängig vom aktuellen Entwicklungsmodell des Kapitalismus und dessen Krisen wirksam werdenden Me- chanismen) und besonderen Kategorien (d.h. die für ein spezifisches kapitalistisches Entwic- klungsmodell und dessen Krise wirksam werdende Kombination von grundlegenden Antago- nismen und historisch einmaligen Momenten) an, sie berücksichtigt die relative Autonomie von Politik, Ökonomie und Ideologie und die Artikulationsverhältnisse zwischen diesen Sub- systemen, um eine nichtreduktionistische und auf einer komplexen, multidimensionalen Kausa- lität basierende Theorie des kapitalistischen Wandels grundzulegen.

Im Rahmen von Selbstorganisationsprozessen kommt es durch das Zusammenwirken von bestimmten Kategorien zur Emergenz von Neuem. Emergenz kann ganz im des Hegelschen Begriffs der „Aufhebung“ als dialektischer Prozess verstanden werden. Es kann auch gesagt werden, dass sich bei Selbstorganisationsprozessen immer eine Dialektik von Zufall und Notwendigkeit zeigt. Dialektisches Denken und die Theorie der Selbstorganisation haben also bestimmte Gemeinsamkeiten, daher ist es nicht überraschend, dass sich in den marxistischen Krisentheorien nicht nur brauchbare Aspekte für den Zusammenhang von Technik und Krise finden, sondern auch für jenen von Selbstorganisation und Krise.

## **Aspekte der Selbstorganisation**

Obwohl wir die marxistischen Krisentheorien, die in diesem Kapitel näher behandelt werden, vielfach kritisiert haben – vor allem wegen ihres doppelten ökonomistischen Reduktionismus –, finden sich auch in diesen Theorien brauchbare Hinweise für den Zusammenhang von Krisen- und Selbstorganisationstheorie. Vor allem in der Weltsystemtheorie Immanuel Wallersteins ist dies der Fall. Wir wollen daher einen näheren Blick auf diese Theorie werfen. Wallerstein liefert zwar keine ausgearbeitete Theorie der Selbstorganisation, nimmt aber viele Elemente dieser Theorie in seine Krisentheorie auf. Es finden sich einige Parallelen zu den Elementen der evolutionärer Systemtheorie, die wir für eine Krisentheorie des Kapitalismus für brauchbar halten und die wir in Abschnitt 2.3. aufgezeigt haben.

Unter einem Weltsystem versteht Wallerstein (1986) ein soziales System, das Grenzen, Strukturen, Mitgliedsgruppen, Legitimationsgesetze und Kohärenz hat. Wesentlich seien widerstreitende Kräfte, die das System zusammenhalten und auseinanderzerren. Weltsysteme seien selbstgenügsam, denn die dynamischen Kräfte der Entwicklung würden weitgehend aus dem Inneren des Systems kommen. Bei einer Abschneidung von äußeren Kräften sei das System auch weiterhin funktionsfähig.

In der bisherigen Geschichte hätten zwei Arten von Weltsystemen bestanden: Weltreiche, in denen sich ein einziges politisches System über den Großteil des Gebietes ausbreitet. Und eine Weltökonomie, in der es nicht ein globales politisches, sondern ein globales ökonomisches System gibt. Der Kapitalismus sei das moderne Weltsystem, das eine Weltwirtschaft besitze, die jedoch nicht durch eine globale politische Dimension begleitet sei. Seit Ende des 19. Jahrhunderts sei die kapitalistische Weltwirtschaft über den gesamten Planeten ausgedehnt. Die Weltwirtschaft enthalte in ihren Grenzen viele politische Systeme. Ein alternatives Weltsystem sei vorstellbar, bei dem eine Reintegration von politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsebenen stattfindet. Dies wäre ein sozialistisches Weltsystem.

Die Größe einer Weltwirtschaft sei insbesondere vom Stand der Technik und den Möglichkeiten der Transport- und Kommunikationsmöglichkeiten im Inneren abhängig. Die Technisierung bewirke auch, dass die Grenzen der Weltökonomie sich ständig ändern. Das kapitalistische Weltsystem umfasse auch eine Teilung der Arbeit, die dazu führe, dass einige Gruppen innerhalb des Systems die Arbeit der anderen ausbeuten.

Die Struktur der kapitalistischen Weltwirtschaft sei geprägt durch Zentralstaaten (starker Staat, Nationalkultur, Aufrechterhaltung von Disparitäten im Weltsystem, Ausbeutung der Peripherie), Peripherien (schwacher Staat, Abhängigkeit von Zentralstaaten – reicht von kolonialer Nichtexistenz eines eigenen Staates bis zu einer geringen neokolonialen Autonomie) und Semiperipherien (frühere Zentral- oder Peripheriegebiete, Sammlungspunkte für politisch unpopuläre Maßnahmen, die politischen Druck ableiten, den in Peripheriegebieten angesiedelte

Gruppen sonst direkt gegen die Zentralstaaten und die darin lebenden Gruppen richten würden). Im Prozess der Fortentwicklung des kapitalistischen Weltsystems weite sich die ökonomische und soziale Kluft zwischen den verschiedenen Gebieten aus, da die Teilung der Arbeit und der Gebiete eine Hierarchie von Aufgaben mit sich bringe, wobei den höherrangigen Gebieten die Aufgaben vorbehalten seien, die ein höheres Niveau an Ausbildung und größere Kapitalisierung erforderten. Durch technologischen Fortschritt könnten einige Gebiete zwar zu Semiperipherien bzw. Zentralstaaten aufsteigen, die Disparitäten, ungerechten Verteilungsverhältnisse und Ausbeutungsverhältnisse würden im kapitalistischen Weltsystem aber immer erhalten bleiben.

Das Entstehen, die Konsolidierung und Funktion der Klassen und Standesgruppen seien wesentliche Elemente des kapitalistischen Weltsystems. Die Existenz von zwei Klassen (die Existenz mehr als zwei Klassen hält Wallerstein – unserer Meinung nach fälschlicherweise, da wir der Ansicht sind, der postfordistische Kapitalismus ist heute durch mehrere Klassengegensätze gekennzeichnet; siehe dazu die Diskussion in Abschnitt 1.2.) mache die Konfliktsituation explosiv. Vorstellbar sei auch ein Weltsystem ohne Klassen.

Weltsysteme seien historische Systeme, d.h., dass sie sich durch drei Charakteristika auszeichnen: sie sind relativ autonom, sie funktionieren durch ihre inneren Prozesse und sie haben zeitliche sowie räumliche Grenzen. Ein historisches System weise ein integriertes Netzwerk von ökonomischen, politischen und kulturellen Prozessen auf<sup>92</sup>.

Wallerstein (1995) kritisiert das System der Erkenntnis der modernen Welt, dass auf der Überzeugung beruht, dass man durch Vernunft zu Wahrheit und Gewißheit in Gestalt von universalen Gesetzen kommen kann. Nach dem zweiten Weltkrieg habe der Angriff auf das Newtonsche Paradigma in den Naturwissenschaften begonnen, in den Sozialwissenschaften habe dieses Paradigma zu diesem Zeitpunkt aber gerade seinen Höhepunkt erreicht. Positiv hebt Wallerstein den Selbstorganisationstheoretiker Ilya Prigogine (vgl. zu dessen Theorie dissipativer Systeme Prigogine/Stengers 1993) hervor, der betont, dass sich komplexe Systeme durch die Emergenz von Ordnung wandeln, wobei sich eine Verstärkung von Fluktuationen zeigt.

Die Politik der „systemfeindlichen Bewegungen“ sei durch das Newtonsche Paradigma geprägt gewesen, da sie davon ausgingen, dass der einzige Ort politischer Macht die Kontrolle der Staatsmaschine sei, woraus sich das Ziel ergeben habe, diese zu erobern. Macht bestehe aber, so Wallerstein, vor allem auch in ökonomischen und kulturellen Institutionen. Eine konstruktive Macht von solchen Bewegungen könne heute aber nicht in einem Etatismus liegen,

---

<sup>92</sup> Kritik an der Weltsystemtheorie übt z.B. Robert Brenner (1983). Wallerstein gehe davon aus, dass Kapitalismus ein System sei, in dem profitorientiert für einen Markt produziert wird und die Produktion permanent ausgeweitet wird. Wallerstein berücksichtige nicht, dass Kapitalismus immer voraussetze, dass den Produzenten das Eigentum an den Produktionsmitteln und der direkte Zugang zu ihren Reproduktionsmitteln entzogen ist. Daher könne das Entstehen einer auf Handel basierenden Arbeitsteilung nicht mit dem Aufkommen des Kapitalismus gleichgesetzt werden. Die mittelalterliche Ökonomie sieht Brenner im Gegensatz zu Wallerstein als vorkapitalistisch und feudalistisch, Wallerstein lehnt den Begriff feudalistisch ab, er spricht von kapitalistischer Landwirtschaft. Die Ökonomie des 16. und 17. Jahrhunderts, so Brenner, sei nicht durch systematische profitorientierte Produktion gekennzeichnet gewesen. Wallerstein erkenne auch nicht, dass die systematische Entwicklung der Produktivkräfte ein grundsätzliches Kennzeichen des Kapitalismus sei. Dieses Phänomen zeige sich jedoch erst im 19. Jahrhundert. Wallerstein würde die Entwicklung der Produktivkräfte und den technischen Wandel als zentrale Aspekte des Kapitalismus mißachten.

sondern in einer Mobilisierung, die die Erringung von staatlicher Macht höchstens temporär aus taktischem Kalkül in Kauf nehme. Dies müsse eine Position sein, aus der man sich aus taktischen Gründen auch wieder zurückzieht (Wallerstein 1995, S. 46f).

Die durch das Newtonsche Denken geprägte Sozialwissenschaft sei nomothetisch und ahme die Naturwissenschaft nach: systematische und präzise empirische Untersuchung, dann Induktion, die zu Theorien führt. Sinnvoll sei eine methodologische Vorgehensweise in den Sozialwissenschaften, die vom Abstrakten zum Konkreten aufsteige<sup>93</sup>.

Die Sozialwissenschaften seien heute mit einem Ende der Gewissheiten konfrontiert (Wallerstein 1997a), Indeterminismus, Irreversibilität, Zufall und Nichtvorhersagbarkeit seien heute von wesentlicher Bedeutung.

Unter einer Krise versteht Wallerstein, „eine strukturelle Belastung, die so groß ist, dass die einzige mögliche Lösung das Verschwinden des Systems an sich ist, und zwar entweder durch einen Prozess gradueller Auflösung (der in unvorhersagbare Richtungen führt) oder durch einen Prozess der relativ kontrollierten Transformation (der in eine vorhergesagte Richtung geht)“ (Wallerstein 1995, S. 31). Der Übergang von einem Weltsystem in ein anderes brauche tendenziell einen mittleren Zeitraum von 100 bis 150 Jahren. Wir würden heute in einer solchen „langen Phase des Übergangs“ (Wallerstein 1995, S. 304) von der kapitalistischen Weltwirtschaft zu etwas anderem leben. Dies sei eine Periode der Bifurkation oder systemischen Krise.

Historische Systeme seien vergänglich. In der Endkrise eines historischen Systems würden Instabilitäten auftreten, die sich verstärken und größer werden. In einem solchen Moment sei die weitere Entwicklung unbestimmt, man kann „nach allem (oder fast allem) greifen. Das Ergebnis ist unbestimmt“ (Wallerstein 1995, S. 279). Wallerstein berücksichtigt hier die Dialektik von Zufall und Notwendigkeit, die evolutionäre Systeme kennzeichnet: Es sei determiniert, dass ein historisches System sein Ende finde, wohin die geschichtliche Entwicklung gesteuert wird, sei jedoch unbestimmt. Die Widersprüche des Systems seien es, die solche Punkte des Übergangs schaffen, Krisen des Systems, in denen sich „ernste Fluktuationen ereignen und eine Verzweigung stattfindet“ (Wallerstein 1995, S. 311). Der Pfeil der Zeit sei irreversibel und kumulativ, aber nicht zwangsläufig progressiv (Wallerstein 1995, vgl. auch Wallerstein 1999b). Die Anzahl der Möglichkeiten, die die Entwicklung im Bifurkationspunkt einschlagen kann, sei nicht unendlich groß, sondern eine bestimmte Anzahl, die sich aus der gesellschaftlichen Realität ergebe. Auch Rückschritt sei möglich, der Glaube an den zwangsläufigen Fortschritt sei typisch für die nomothetischen Sozialwissenschaften.

„there must come a point when the trends that move ‘far from equilibrium’ – there must come a point when the trends create a situation in which the cyclical rhythms are no longer capable of restoring long-term (relative) equilibrium. [...] In the terminology of the new science, this is the moment when the system bifurcates; that is, when the fluctuations away from equilibrium are so great that the curve flies off to form one or more new orbits. There is always more than one possibility at this point, and there is no way of determining in advance what the outcome(s) will be“ (Hopkins/Wallerstein 1996, S. 8).

Heute würden wir uns in der Krise des kapitalistischen Weltsystems befinden. Ich habe bereits darauf hingewiesen, dass Wallerstein verschiedene Ursachen nennt: Einerseits Disproportionalitäten und Überproduktion, andererseits einen Profit-Squeeze, der sich durch einen Lohnan-

---

<sup>93</sup> Dies hat bereits Marx in der Einleitung zu den Grundrissen als seine Methodologie beschrieben (vgl. Marx 1857/58, S. 34-42).

stieg, durch die Notwendigkeit, die Natur teilzuanieren – da es keine naturalen Territorien mehr gebe, in die der Müll der Konzerne einfach gekippt werden könne – und die wachsende Steuerquote, die sich aus dem Aufbau des Wohlfahrtsstaats ergeben habe, verursacht worden sei.

Wallerstein meint, dass das heutige kapitalistische Weltsystem in 50 Jahren an seinem Ende angelangt sei. Die Zeit bis dorthin werde eine mit großen sozialen Unruhen und einer Zunahme der alltäglichen Gewalt sein. Wir würden uns heute in einer Phase der Instabilität und der Bifurkation befinden, in der die weitere geschichtliche Entwicklung nicht vorherbestimmt sei, und wir würden die Endkrise des Kapitalismus erleben (vgl. Hopkins/Wallerstein 1996, Wallerstein 1997a, 1997b, 1998, 1999a, 2000).

„[...] this structural crisis leads us into a dark period of struggle over what kind of system will succeed the existing one. We can think of this as a bifurcation, and therefore the beginning of a chaotic period, within which no one can predict the outcome, which is inherently indeterminate. There will be a new structure, a new order, but it may be either better or worse than the existing one. It depends on what we all do in the period of acute struggle and how clearly we understand the forces at work“ (Wallerstein 1999b).

Der Ausgang der Entwicklung im Bifurkationspunkt sei zwar nicht vorherbestimmt, dies würde aber große Chancen auf positive, sozialistische Veränderung bieten. Die Krise würde sich unabhängig vom Willen der Menschen einsetzen, nicht jedoch die Entwicklung im Bifurkationspunkt. Schon kleine politische Aktionen könnten große Konsequenzen nach sich ziehen. Daher sei der freie Wille in dieser Situation von großer Bedeutung (Wallerstein 1999a). „The future [...] is open to possibility, and therefore to a better world“ (Wallerstein 1997b).

Die Aufnahme von Elementen der Selbstorganisations- in die Krisentheorie, wie bei Wallerstein geschehen, erlaubt die Annahme, dass die gesellschaftliche Krise, in der wir uns heute befinden und die ökonomische, politische, kulturell-ideologische und ökologische Ebenen umfasst, einen Bifurkationspunkt darstellt. Die weitere Entwicklung ist dieser Argumentation folgend heute nicht vorherbestimmt, sondern hängt von den Möglichkeiten der sozialen Selbstorganisation der Menschheit ab. Wallerstein stellt nicht genau dar, welche Alternativen er für möglich hält, weist jedoch darauf hin, dass er den Übergang in eine sozialistische Gesellschaftsformation als eine davon betrachtet.

Mit Erkenntnis einer komplexen Evolution des Kapitalismus kann gesagt werden, dass die Entwicklung zwar nicht determiniert ist, dass sie aber sehr wohl beeinflusst und gestaltet werden kann. Demzufolge wäre soziale Selbstorganisation heute von immenser Bedeutung. Gelingt es den Menschen, sich selbst zu werden und auf Basis dessen sich selbst gegen diese Welt und für eine bessere zu organisieren, so können wir zuversichtlich sein. Gelingt dies jedoch nicht, so ist es sehr wohl möglich, dass das Ende der Menschheit droht, die weitere krisenhafte Reproduktion des Kapitalismus im Rahmen extrem militarisierter und repressiver Regime oder der Übergang in offen faschistische Formen des Kapitalismus.

Die gesellschaftliche Bifurkationssituation bietet also unsere Ansicht nach diese vier realistischen Alternativen, welche davon eingeschlagen wird, ist noch offen. Wir können nur sagen, dass wir in den nächsten Jahrzehnten tiefgreifende Veränderungen erleben werden. Wenn wir die letzten drei, uns nicht unbedingt positiv stimmenden Alternativen, als nicht

die letzten drei, uns nicht unbedingt positiv stimmenden Alternativen, als nicht wünschenswert zusammenfassen, so gilt gerade heute Rosa Luxemburgs Diktum<sup>94</sup>:

*„die bürgerliche Gesellschaft steht vor einem Dilemma: entweder Übergang zum Sozialismus oder Rückfall in die Barbarei. [...] Wir stehen also heute, genau wie Friedrich Engels vor einem Menschenalter, vor vierzig Jahren, voraussagte, vor der Wahl: entweder Triumph des Imperialismus und Untergang jeglicher Kultur, wie im alten Rom, Entvölkerung, Verödung, Degeneration, ein großer Friedhof. Oder Sieg des Sozialismus, das heißt der bewussten Kampfaktion des internationalen Proletariats gegen den Imperialismus und seine Methode: den Krieg. Dies ist ein Dilemma der Weltgeschichte, ein Entweder - Oder, dessen Waagschalen zitternd schwanken vor dem Entschluss des klassenbewussten Proletariats. Die Zukunft der Kultur und der Menschheit hängt davon ab, ob das Proletariat sein revolutionäres Kampfschwert mit männlichem Entschluss in die Waagschale wirft“* (Luxemburg 1916).

Es wurde also bereits in der klassischen marxistischen Theorie erkannt, dass die Entwicklung in einem Bifurkationspunkt unbestimmt ist und dass sich prinzipiell mehr Alternativen ergeben, deren Realisierung vom emanzipatorischen Handeln der Unterdrückten und Ausgebeuteten abhängig ist.

Auch von uns in diesem Kapitel besprochene Autoren sehen die Entwicklung der Geschichte ähnlich wie Luxemburg und Wallerstein als nicht determiniert an. So formuliert etwa Ernest Mandel (den wir für seinen ökonomischen und technischen Determinismus kritisiert haben):

*„[...] dass die Alternative zur Ablösung des Kapitalismus durch eine höhere Gesellschaftsform die Selbsterstörung des Systems bzw. der gesamten menschlichen Zivilisation ist. Die Alternative „Sozialismus oder Barbarei“ behält unter solchen Bedingungen, trotz dem Aufschwung der Produktivkräfte in den letzten zwanzig Jahren, ihre volle Bedeutung“* (Mandel 1972, S. 204).

Mandels Position erscheint uns aber zu eng, da er nur zwei Alternativen in Betracht zieht. Die krisenhafte Reproduktion des Kapitalismus unter militarisierten und repressiven oder gar faschistischen Verhältnissen hält er an dieser Stelle für keine Möglichkeit der geschichtlichen Entwicklung. In Mandel (1980) betont er hingegen, dass auch die weitere Reproduktion des Kapitalismus eine Möglichkeit sei, allerdings nur im Rahmen technischer Innovationen und einer massiven Niederlage der Arbeiterklasse.

Mandel betont auch immer wieder, dass der Kapitalismus kein Gleichgewichtssystem sei, sondern sich durch krisenhafte Instabilitäten und diskontinuierliche Entwicklung auszeichne. Er geht davon aus, dass der Kapitalismus in gewissen Aspekten selbstregulierend sei: das Kapital bringe produktive Investitionen, neue Formen der Arbeitsorganisation, neue Konsumtionsmuster und neue soziale Ideen und Illusionen hervor, um sich selbst zu erhalten (Mandel 1980, S. 137). Diese selbstregulierende Kapazität sei aber mit Limitierungen behaftet: „But this (self-)regulating capacity is not unlimited. It faces two major obstacles: capitalist competition and

---

<sup>94</sup> Wir gehen davon aus, dass die heutige Gesellschaftsformation in ihrer Haupttendenz als Imperialismus charakterisiert werden sollte. Vielmehr scheinen uns Bezeichnungen wie kapitalistisches Weltsystem und postfordistischer Kapitalismus angebracht

the workers' capacity for resistance. These obstacles cannot be easily overcome. Certainly they cannot be overcome automatically" (Mandel 1980, S. 137).

Wir haben bereits argumentiert, dass die kapitalistische Ökonomie nicht als ein sich autonom selbst reproduzierendes System betrachtet werden kann, da es durch seine Selbstwidersprüchlichkeit immer wieder an seine eigenen Grenzen gelangt. Gesellschaftliche Krisen zeigen die Bechränkungen des Kapitalismus, sich selbst zu reproduzieren, denn die weitere Reproduktion des Kapitalverhältnisses ist nur eine von mehreren Möglichkeiten in einem historischen Bifurkationspunkt. Genauso ist die Einleitung einer sozial und ökologisch nachhaltigen gesellschaftlichen Entwicklung durch die soziale Selbstorganisation der Menschheit eine Möglichkeit. Der Kapitalismus reproduziert sich ökonomisch nicht von selbst, sondern bedarf des politischen Eingriffs im Rahmen einer Regulationsweise. Auf ähnliche Limitierungen des Konzepts eines selbstregulierenden Kapitalismus weist Mandel an dieser Stelle hin.

Bereits Dobb (1970) ging von der Existenz von Bifurkationspunkten aus, nannte diese jedoch nicht so, sondern sprach davon, „dass es in der ökonomischen Entwicklung kritische Punkte gibt, an denen sich das Tempo unnormal beschleunigt und die Kontinuität durch eine scharfe Richtungsänderung im Gang der Ereignisse durchbrochen wird“ (Dobb 1970, S. 23). Er räumt diskontinuierlichen gesellschaftlichen Veränderung wesentliche Bedeutung ein und betont, dass sich auf einem gewissen gesellschaftlichen Entwicklungsstand abrupte Änderungen einstellen würden, die sich verstärken. „Es ist so, also ob auf gewissen Entwicklungsstufen eine Art Kettenreaktion in Bewegung gesetzt würde“ (ebd., S. 24).

Insgesamt können wir sagen, dass es i.A. nicht allzu viele Elemente der evolutionären Systemtheorie in den hier betrachteten ökonomischen Krisentheorien gibt, was wohl auch damit zusammenhängt, dass diese Theorien vielfach noch immer in einer reduktionistischen Tradition des Newtonschen Paradigmas stehen. Vor allem Immanuel Wallerstein versteht es im Gegensatz dazu aber, derartige Elemente in seine Theorie aufzunehmen und die Bedeutung von Bifurkationen, Instabilitäten, der Dialektik von Zufall und Notwendigkeit, Indeterminiertheit, Nichtvorhersagbarkeit und Irreversibilität zu erkennen.

Fassen wir die wesentlichen Ergebnisse dieses Kapitels zusammen:

- Die marxistischen Krisentheorien, die die Krise des Fordismus näher untersuchen, lassen sich in vier Kategorien einteilen: Überakkumulationstheorien, Überproduktions- und Unterkonsumtionstheorien, Disproportionalitätstheorien und Profit-Squeeze Theorien
- Bei den Theorien des STAMOKAP handelt es sich um einen Überakkumulationsansatz. Die Krise des Fordismus, der in dieser Theorietradition STAMOKAP genannt wird, aber mit der Periodisierung der Regulationstheorie konform geht, wird auf eine ansteigende organische Zusammensetzung des Kapitals zurückgeführt. Diese ergebe sich aus der wissenschaftlich-technischen Revolution und der voranschreitenden Automatisierung. Die staatsmonopolistische Organisationsweise, in der gewisse Bereiche wie Bildung und Forschung der staatlichen Kontrolle unterliegen, führe zu einer Zunahme der unproduktiven Tätigkeiten, was sich wiederum negativ auf die Mehrwertproduktion und damit krisenfördernd auswirken müsse.
- Ernest Mandel kombiniert die Überakkumulationstheorie mit einer Theorie langer Wellen. Mandel geht von 50 Jahre dauernden langen Wellen der kapitalistischen Entwicklung aus, bei denen der Widerspruch zwischen lebender und toter Arbeit, der zum Anstieg der organischen Zusammensetzung des Kapitals führt, das ausschlaggebende Moment der Krisen darstellt. Durch die dritte technologische Revolution sei der Boom des Fordismus eingeleitet worden, der durch die kontinuierlich hohen Mehrwertraten und die Existenz einer indus-

triellen Reservearmee garantiert worden sei. Durch die Expansion des Spätkapitalismus habe sich jedoch eine Absorption dieser Reservearmee ergeben, woraus sich ein Anstieg der Klassenkämpfe in den 60er-Jahren ergeben habe, der wiederum das Wachstum der Mehrwertraten negativ beeinflusst habe. Gleichzeitig habe die dritte technologische Revolution ein Stadium erreicht, in dem die Ersetzung von lebendiger durch tote Arbeit die organische Zusammensetzung des Kapitals wesentlich erhöhte. Durch diese beiden parallelen Wirkungen habe sich ein Fall der Durchschnittsprofitrate, Überakkumulation, eine Realisierungskrise (Überproduktion nicht nur von Kapital, sondern auch von Waren) und seit 1965 der Übergang in die depressive Phase der dritten langen Welle des Kapitalismus ergeben. Für Mandel ist wie in den Theorien des STAMOKAP der Widerspruch zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnisse ausschlaggebend für die Existenz ökonomischer Krisen.

- Der Ansatz der Krisis-Gruppe geht davon aus, dass der Widerspruch zwischen lebendiger und toter Arbeit heute seinen Ausdruck in einer Dauerkrise des Kapitalismus finde. Die mikroelektronische Revolution führe zur massenhaften Ersetzung von lebendiger durch tote Arbeit. Damit schmelze die Basis der Wertproduktion ab, Resultat sei die „finale Krise“ des Kapitalismus, die vor allem eine Krise der Arbeit und des Werts sei. Krisis betont wie andere Überakkumulationstheoretiker diesen Widerspruch, betont jedoch nicht so stark den TFPR. Vielmehr vertritt sie die Ansicht, dass sich ein Schrumpfen der absoluten Wertmasse einstellt (denn der TFPR kann auch relativ interpretiert werden), woraus sich ergebe, dass der Kapitalismus seine absolute historische Schranke erreiche.
- Die Unterkonsumtionstheorie von Baran/Sweezy geht vom Widerspruch zwischen Produktion und Konsumtion als zentrale Ursachen der Krisen des Kapitalismus aus. Die Krise des Fordismus als Realisierungskrise sei dadurch begründet, dass die der Unterkonsumtion entgegenwirkenden Ursachen des Bevölkerungswachstums und der Bildung neuer Industrien erlahmen (ausgelöst im Fordismus durch die Innovation des Autos) und dass dem Monopolkapitalismus eine Tendenz innewohne, den Surplus zu steigern, ohne entsprechende Absorptionsmöglichkeiten auf dem Markt zu schaffen.
- Die Disproportionalitätstheorie Robert Brenners sieht als zentralen Widerspruch des Kapitalismus die Anarchie der Produktion, also die ungeplante, unkoordinierte und wettbewerbsorientierte Natur des Kapitalismus. Die Krise des Fordismus sei durch den Anstieg der internationalen Konkurrenz im Fertigungsbereich verursacht worden. Die internationale Hegemonie der USA sei durch die technischen Fortschritte in Japan und Europa untergraben worden, woraus sich aus der Krise des Fertigungsbereiches eine ökonomische Krise in den USA entstanden sei. Durch den Druck auf die Profitraten, hätten die Fertigungsindustrien der USA im Lauf der 70er-Jahre neue Investitionen getätigt und die Zuwächse der Reallohne stark eingeschränkt. Unterstützt durch die Handelsvorteile, die sich durch den Zusammenbruch des Bretton Woods-Systems und die damit einhergehende Abwertung des Dollars gegenüber der Mark und dem Yen ergeben hätten, sei der Druck auf die Profitraten des Fertigungsbereichs Europas und Japans angestiegen und die Krise habe sich verallgemeinert.
- Die Profit-Squeeze-Theorien gehen davon aus, dass der Klassenkampf auf Seiten der Arbeiterklasse zu einer negativen Wirkung auf die Profitrate führen kann. Ein Anstieg der Löhne, Streiks, Arbeitsverweigerung, Proteste und Forderungen nach Lohnerhöhungen würden zum Anstieg des variablen Kapitalanteils führen, was einen Fall der Profitrate mit sich bringen würde. Neben der Regulationstheorie wurde die Profit Squeeze-These u.a. im italienischen Operaismus aufgegriffen. So betont Toni Negri, dass die Lohnforderungen,

Arbeitsverweigerungen und Proteste der Arbeitenden in den 60ern in Italien einen Profit-Squeeze und damit eine ökonomische Krise hervorgerufen hätten. Immanuel Wallerstein differenziert seinen Ansatz. Neben politischen krisenbildenden Momenten, die aus dem Klassenkampf entspringen, betont er weiter die Wirkungsweise ökonomischer Faktoren (Disproportionalitäten, Überproduktion). Auf einer politischen und ökologischen Ebene sei ein Profit-Squeeze durch folgende drei Faktoren bedingt: einen Lohnanstieg, durch die Notwendigkeit, die Natur teilzuzunehmen – da es keine natürlichen Territorien mehr gebe, in die der Müll der Konzerne einfach gekippt werden könne – und die wachsende Steuerquote, die sich aus dem Aufbau des Wohlfahrtsstaats ergeben habe.

- Einige marxistische Krisentheorien argumentieren technikdeterministisch und setzen insbesondere technologische Innovationszyklen mit ökonomischen Konjunkturzyklen gleich. Es gilt, das Verhältnis von Technik und Gesellschaft in einer Krisentheorie dialektisch zu fassen, sowohl Technikdeterminismus, als auch die Nichtbetrachtung oder Geringschätzung der Rolle der Technik in gesellschaftlichen Krisen des Kapitalismus, zu vermeiden. Die betrachteten marxistischen Krisentheorien liefern brauchbare Elemente, die den Zusammenhang von mikroelektronischer Revolution und Krise des Fordismus verdeutlichen helfen.
- Bei der Betrachtung des Zusammenhangs von Krisen- und Selbstorganisationstheorie ist vor allem die Weltsystemtheorie Immanuel Wallersteins von großer Bedeutung. Wallerstein geht davon aus, dass wir uns heute in einem Bifurkationspunkt der geschichtlichen Entwicklung befinden. Er meint, dass das kapitalistische Weltsystem als historisches System in seine finale Krise trete. Eine solche Krise könne jedoch 100 bis 150 Jahre dauern. Wallerstein vertritt die Ansicht, dass das kapitalistische Weltsystem an seinen eigenen Widersprüchen zu Grunde geht und in 50 Jahren nicht mehr existieren werde. Die nächsten 50 Jahre würden eine Zeit von großen sozialen Turbulenzen und Gewaltausbrüchen werden. Dies sei charakteristisch für die Instabilität des Kapitalismus. Die weitere gesellschaftliche Entwicklung im Bifurkationspunkt sei nicht determiniert, sondern offen. Dies sieht Wallerstein aber nicht als Nachteil, sondern betont, dass ein freier Wille der Menschen hier ins Spiel kommen könne und die Entwicklung in eine humane, d.h. sozialistische Richtung lenken könnte. Es gebe eine bessere Welt zu gewinnen, dies sei jedoch keine ausgemachte Sache. In 50 Jahren würde zwar ein neues Weltsystem etabliert sein, dabei könne es sich aber um bessere oder schlechtere Alternativen handeln. Der Ausgang der historischen Entwicklung könne nicht im voraus bestimmt werden.

Wir haben uns bisher vorwiegend mit Aspekten der Selbstorganisation in marxistischen Krisentheorien auseinandergesetzt, da diese Theorien sich intensiv mit der kapitalistischen Entwicklungsdynamik auseinandersetzen. Eine weitere einflussreiche Krisentheorie ist jene von Joseph Schumpeter. Diverse Vertreter haben sich auf ihn bezogen, um die Krise des Fordismus zu erklären. Daher wollen wir den Zusammenhang zwischen Schumpeters Theorie der kapitalistischen Entwicklung und Aspekten der Selbstorganisation nun näher behandeln.

### 3.3. Neoschumpetersche Theorien der kapitalistischen Entwicklung

Die Anzahl der bedeutenden nicht-marxistischen makroökonomischen Theorien der kapitalistischen Entwicklung ist eher gering. Dies mag darauf zurückzuführen sein, dass es in vielen Strängen der ökonomischer Theorie vorwiegend um die Stabilisierung des bestehenden ökonomischen Systems, nicht um die Aufdeckung seiner Antagonismen und periodischen Krisen geht.

Die bedeutendsten nichtmarxistischen Krisentheorien stammen von John Maynard Keynes (1936) und Joseph Alois Schumpeter. Unter einer nichtmarxistischen Krisentheorie verstehe ich Theorien, die Gesellschaftsanalyse nicht auf der Basis von Antagonismen des kapitalistischen Systems betreiben.

Ziel nicht die Aufdeckung der Antagonismen des kapitalistischen Systems, sondern die Optimierung kapitalistischer Funktionsprozesse darstellt. Sie gehen i.d.R. nicht davon aus, dass der Kapitalismus ein historisches System ist, das Anfang und Ende hat. Die Marxsche Theorie geht im Gegensatz davon von gesellschaftlichen Antagonismen als einem Motor der geschichtlichen Entwicklung aus, davon. Nichtmarxistische Krisentheorien vermeiden Begriffe wie Klasse, Antagonismus und Ausbeutung. So betont etwa Schumpeter, Marx sei ein ausgezeichnete Ökonom gewesen, wenn man von seinen politischen Ambitionen absieht. Er unterscheidet zwischen Marx, dem Klassentheoretiker, und Marx, dem großen Ökonomen. Gegen eine solche Verdopplung spricht aber, dass Politik und Ökonomie in einem wechselseitigen dialektischen Verhältnis stehen und dass Ökonomie daher grundsätzlich politische Ökonomie ist.

Keynes nenne ich bewusst vor Schumpeter, da er Zeit seines Lebens als großer Ökonom gefeiert wurde, während Schumpeter heftig kritisiert bzw. ignoriert wurde. Heute hat Keynes kaum noch Bedeutung, was darauf zurückzuführen ist, dass seine vorgeschlagene Strategie des Deficit Spendings heute als nicht mehr adäquat erachtet wird und dass durch die seit der Zweiten Weltwirtschaftskrise anhaltenden Dauerkrise des Kapitalismus die Hoffnungen auf immerwährende Prosperität, die durch den Keynesianismus transportiert wurden, zerschlagen worden sind. Einerseits erleben heute in der ökonomischen Theorie neokonservative Ansätze eine Blüte, andererseits beziehen sich Ansätze wie die Evolutorische Ökonomik, die New Industrial Economics, die New Innovation Economics, die New Institutional Economics oder die Neoösterreichische Schule stark auf Schumpeters Theorie. Deren zunehmende Bedeutung zeigt sich auch daran, dass der Zusammenhang von Krise und Selbstorganisation innerhalb der nichtmarxistischen Krisentheorie hauptsächlich im Rahmen von Ansätzen diskutiert wird, die sich auf Schumpeter beziehen. Das mag darauf zurückzuführen sein, dass Schumpeter davon ausgegangen ist, dass es sich beim Kapitalismus um ein System handelt, das sich stets außerhalb von Gleichgewichtszuständen befindet. Keynes' Theorie taucht im Diskurs des Zusammenhangs von Krise und Selbstorganisation kaum auf. Deshalb möchte ich mich hier auf die Diskussion von Schumpeters Theorie beschränken und Ansätze diskutieren, die den Kapitalismus mit Bezug auf Schumpeter als selbstorganisierendes System betrachten.

Schumpeter geht davon aus, dass ökonomische Agenten für die Dynamik des ökonomischen Systems verantwortlich sind. Sie treiben das System aus einem Gleichgewichtszustand heraus, der nicht mehr erreicht werden kann. Schumpeter (1908) bezeichnet seine Herangehensweise als Methodologischen Individualismus, da er davon ausgeht, dass die Analyse der Ökonomie von individuellen Handlungen ausgehen muss.

Der einzelne Unternehmer habe einen Drang, Innovationen zu schaffen, da er von einem privaten Reich träume, von Machtgefühl, Herrenstellung, Siegerwille. Das bei Marx vorherrschende Profitmotiv wird bei Schumpeter (1911) erst im Rahmen der Diskussion einer entfalteten Ökonomie eingeführt, nicht jedoch an jenen Stellen, an denen es um die eigentlichen Handlungsmotivationen der Unternehmer geht. Schumpeter verkennt im Gegensatz zu Marx, dass Unternehmer im Rahmen struktureller ökonomischer Zwänge handeln, die sie zu Charaktermasken des Systems machen und zur ständigen Suche nach Wegen der Lukrierung von Extraprofiten und der Akkumulation von immer mehr Kapital treiben.

Schumpeter (1911) geht davon aus, dass die Dynamik des ökonomischen Systems sich dadurch ergibt, dass zunächst einzelne Unternehmer neue Kombinationen einführen. Neue Pro-

duktionsweisen würden die Profite erhöhen und den Kapitalstock der Ökonomie erhöhen. Durch Innovationen verändere sich das ökonomische System, diese Dynamik werde endogen verursacht. Bei der Einführung neuer Kombinationen unterscheidet Schumpeter zwischen Produktinnovationen (Produktion neuer Waren, Dinge, Qualitäten) und Prozessinnovationen (Einführung neuer Produktionsmethoden). Neue Kombinationen umfassen bei Schumpeter das Auftauchen von neuen Produkten, Prozessen, Markt- und Unternehmensorganisationen, neuen Absatzmärkten im In- und Ausland und neuen Liefer- und Bezugsquellen. Durch neue Kombinationen werde die kapitalistische Entwicklung kontinuierlich in Ungleichgewicht versetzt, dies sei auf das Streben der Einzelunternehmer nach Innovationen zurückzuführen. Unternehmertum versteht Schumpeter als das Ausführen neuer Kombinationen: „For actions which consist in carrying out innovations we reserve the term Enterprise; the individuals who carry them out we call Entrepreneurs“ (Schumpeter 1939, S. 102). Neben Unternehmern spielen für Schumpeter Banken eine bedeutende Rolle, denn bevor jemand Unternehmer werden könne, müsse er Schuldner werden. In der zweiten Auflage der Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung (1911), führte Schumpeter das Konzept der Innovationen ein, mit dem er neue Kombinationen bezeichnet. Profit sei „the result of carrying out new combinations“ (Schumpeter 1934, S. 136).

Durch die Einführung neuer Kombinationen würde sich zuerst ein Monopolprofit für den entsprechenden Unternehmer einstellen. Diese hohe Profite würden andere Firmen dazu bringen, die Innovation zu imitieren. Durch das massive Auftreten imitierender Firmen stelle sich ein Aufschwung des Konjunkturzyklus und Prosperität ein. Die Basisinnovation diffundiere in die Ökonomie, indem sich Anschlussinnovationen zeigen, woraus sich das „scharenweise“ Auftreten von Unternehmern und Innovationen ergebe. Die neuen Kombinationen würden sich gegen alte Formen durchsetzen und sie verdrängen. Die Nachfrage nach Krediten nehme zu, die Zinsrate steige an, aber auch die Lohnrate würde sich erhöhen. Die innovierende Branche würde neue Arbeitskräfte benötigen, wodurch sich ein Absinken der Arbeitslosigkeit ergebe. Durch diese Prozesse komme es zu einem Ende des Monopolprofits und schließlich zu einer Erschöpfung des ökonomischen Wachstums. Überkapazitäten bauen sich auf, Preisverfall und Nachfrageschwierigkeiten treten auf. Die Abschwächung der Konjunktur führe zu einem Rückgang der Nachfrage nach zusätzlichen Krediten und zu einem Absinken der Zinsrate. Eine Planung für die einzelnen Unternehmen erschwere sich in dieser Situation, ein ansteigender Bankrott von Firmen – speziell in den neuen Branchen – stelle sich ein. Es ergebe sich schließlich eine neue Depression und damit die erneute Suche nach neuen Kombinationen und der Versuch deren Durchsetzung.

Schumpeter (1939) erläutert den Gedanken, dass sich die kapitalistische Ökonomie wellenartig verhalte, was durch Innovationen und Imitationen verursacht werde. Von Kondratieff übernimmt Schumpeter dabei das Konzept der langen Wellen. Eine solche Welle dauere etwa 50 bis 60 Jahre und ergebe sich aus Innovationen wie Eisenbahn, Elektrizität und Automobil. Während der langen Wellen würden sich kürzere Wellen, sogenannte Juglar-Zyklen zeigen, die etwa 10 Jahre dauern. Der Juglar-Zyklus bezieht sich nicht auf große technologische Innovationen, sondern auf kleinere Erfindungen wie den Generator oder den Elektromotor. Ein Juglar-Zyklus beinhalte wiederum drei Kitchin-Zyklen, die jeweils etwa 40 Monate dauern. Eine Welle beinhalte also mehrere kleine Zyklen, die sich wiederum in kleinere Zyklen zerteilen.

Schumpeter identifiziert drei Kondratieff-Zyklen seit dem Ende des 18. Jahrhunderts. Der erste davon sei durch die industrielle Revolution eingeleitet worden, der zweite durch die Stahlindustrie, die Eisenbahn und die Dampfmaschine und der dritte durch Elektrifizierung,

Automobil und chemische Industrie. Durch diese grundlegenden ökonomischen Innovationen habe sich ein Aufschwung und die Einleitung einer langen Welle des Wachstums ergeben.

Die bestimmende Rolle der Innovationen sei dafür verantwortlich, dass der Kapitalismus ein evolutionäres System sei. „The essential point is that in dealing with capitalism, we are dealing with an evolutionary process“ (Schumpeter 1942, S. 82). Innovationen würden zu einer ständigen Revolutionierung ökonomischer Strukturen führen, alte Strukturen würden permanent zerstört, neue kreierte. Dies bezeichnet Schumpeter als schöpferische Zerstörung: „This process of creative destruction is the essential fact about capitalism“ (Schumpeter 1942, S. 83). Kapitalismus bedeute einen ewigen Sturm der schöpferischen Zerstörung, Unternehmertum und das Ausführen neuer Kombinationen führe zu einem permanenten endogenen Wandel. Schumpeter bewunderte einerseits die statische Gleichgewichtstheorie von Walras, war andererseits aber bemüht, dynamische Nichtgleichgewichtsaspekte der kapitalistischen Entwicklung herauszuarbeiten.

Schumpeter definierte Evolution als „changes in the economic process brought about by innovation, together with all their effects, and the responses to them by the economic system“ (Schumpeter 1939, Band 1, S. 86). Evolution „comprises all the phenomena that make an economic process non-stationary“ (Schumpeter 1954, S. 965). Die Entwicklung des ökonomischen Systems und die langen Wellen würden immer endogen verursacht: „By ‘development’ therefore, we shall understand only such changes in economic life as are not forced upon it from without but arise by its own initiative, from within“ (ebd., S. 63). Evolution bedeute immer, dass sich das System aus sich selbst heraus verändere.

Evolution verlaufe diskontinuierlich, disharmonisch und sei eine Störung existierender Strukturen, die sich wie eine Serie von Explosionen verhalte (Schumpeter 1939, Bd. 1, S. 102). Ökonomische Entwicklung sei „development from within“ (Schumpeter 1934, S. 63) und sei niemals stationär. Dynamische Evolution umfasse „those changes in the model of the economy which arise from itself“ (Schumpeter 1910, zit. nach Louca 1997, S. 243).

Hodgson (1993, 1997) weist darauf hin, dass Schumpeter den Term Evolution nicht in einem biologischen, darwinistischen Sinn gebrauchte und dass daher Analogiebildungen, die versuchen, Selektions- und Mutationsmechanismen auf die Ökonomie zu übertragen (so etwa Nelson/Winter 1982), nicht angebracht seien. Kelm (1997) vertritt hingegen die Ansicht, dass Schumpeter davon ausgegangen sei, dass darwinistische Konzepte für die Ökonomie sinnvoll angewandt werden können, dass er aber eine direkte Übertragung biologischer Konzepte abgelehnt hätte. Kelm bezieht sich u.a. darauf, dass Schumpeter von Innovationen als Formen der industriellen Mutation sprach (Schumpeter 1942, S. 83). Schumpeter meint, dass Innovation die Elimination des Alten im Rahmen der Konkurrenz bedeutet (Schumpeter 1934, S. 67). Da dadurch Unternehmen verschwinden, sei eine Analogie zur natürlichen Selektion naheliegend, so Kelm. Auch Louca (1997, S. 233) weist darauf hin, dass die Metapher der industriellen Mutation eine Ausnahme darstellt und Schumpeter biologischen Analogiebildungen generell ablehnend gegenüberstand.

Da in dieser Arbeit der Zusammenhang von Technik und Krise von besonderer Relevanz ist, wird nun die Rolle der Technik in neoschumpeterschen Theorien näher untersucht.

## **Technik und Krise**

Die großen Innovationen, neuen Kombinationen und Imitationen, von denen Schumpeter spricht, beziehen sich vorwiegend auf technologische Neuerungen. Schumpeter stellt also einen

Zusammenhang zwischen technologischer und ökonomischer Entwicklung her und meint, dass neue technologische Paradigmen lange Wellen der ökonomischen Prosperität einleiten. Dadurch würden neue Märkte und Anschlussinnovationen entstehen, die Prosperität sei jedoch zeitlich beschränkt, es komme zu einer Erlahmung der von den neuen Technologien ausgehenden Wachstumseffekte, die Märkte würden sich sättigen, eine Krise sei die Folge.

Im Anschluss an Schumpeter gibt es mehrere Versuche, den Zusammenhang von technologischer und ökonomischer Entwicklung in der Tradition Schumpeters näher zu untersuchen. Diese Ansätze gehen i.d.R. davon aus, dass die Entwicklung des Kapitalismus in langen Wellen verläuft, dass es für jede lange Welle ein zugehöriges technologisches Paradigma gibt und dass technologische Innovationen im Rahmen solcher Paradigma neue lange Wellen der ökonomischen Prosperität einleiten.

So versteht Giovanni Dosi (1982) unter einem technologischen Paradigma ein Modell und ein Muster der Lösung selektierter technologischer Probleme auf der Basis von selektierten Prinzipien, die durch die Naturwissenschaften unter Verwendung ausgewählter materieller Technologien geschaffen werden. Welche Technologien sich durchsetzen, werde im Rahmen von Selektionsprozessen bestimmt, wobei ökonomische (Suche nach neuen Möglichkeiten für Profitgenerierung und neuen Märkten etc.) und institutionelle (Firmenstruktur und -interessen, Einfluss des Staates etc.) Faktoren eine Rolle spielen.

Carlsson und Stankiewicz (1991) sprechen ähnlich wie Dosi von einem technologischen System. Darunter verstehen sie ein dynamisches Netzwerk von Agenten, das in einem spezifischen ökonomischen Bereich unter Zuhilfenahme einer bestimmten Infrastruktur interagiert und sich mich der Schaffung, Diffusion und Verwendung von Technologien auseinandersetzt. Dieses System umfasse sowohl Innovationen als auch Firmen und Institutionen, wesentlich sei auch die dynamische Generierung von Wissen im technologischen System. Wie Schumpeter gehen Carlsson und Stankiewicz davon aus, dass Innovation die wesentliche Quelle ökonomischen Wandels darstelle. Aus einem technologischen System könne ein Entwicklungsblock werden, ein Cluster von Firmen und Technologien, der sich im Rahmen einer oder mehrerer Industrien durchsetzt.

Im Gegensatz zu diesen beiden Ansätzen findet sich bei Freeman/Perez (1988) eine Erläuterung des Zusammenhangs von technologischen Paradigmen und ökonomischer Entwicklung. Sie gehen davon aus, dass Phasen des Booms (wie in den 1950ern und -60ern sowie den 1850ern und -60ern) auf der Diffusion neuer technologischer Paradigmen basieren und Depressionen auf Perioden der strukturellen Anpassung. Sie unterscheiden vier Arten von Innovationen: inkrementelle Innovationen (kontinuierlich, keine dramatischen ökonomischen Effekte), radikale Innovationen (diskontinuierlich, potentielle Sprungbretter für das Wachstum neuer Märkte, bewirken strukturelle Veränderungen in eingeschränktem Ausmaß), Veränderungen des technologischen Systems (weitreichende technologische Veränderungen, die mehrere Zweige der Ökonomie umfassen), Veränderungen des techno-ökonomischen Paradigmas (technologischer Revolutionen, Cluster von inkrementellen und radikalen Innovationen, der die gesamte Ökonomie verändert, wobei sich meist eine Anzahl neuer technologischer Systeme herausbilde).

Freeman/Perez sprechen von bisher fünf Langen Wellen, die durch Basisinnovationen eingeleitet worden seien (1. Lange Welle: 1. Industrielle Revolution, 2. LW: Eisenbahn, Dampfmaschine; 3. LW: Elektrifizierung, Automobil, chemische Industrie; 4. LW: Öl, energieintensive Materialien; 5. LW: mikroelektronische Revolution; vgl. Freeman/Perez 1988, S. 98ff).

In jedem technologischen Paradigma gebe es einen Schlüsselfaktor, der es erlaube, Kosten zu senken, der langfristig verfügbar sei und sich in viele Produkte und Prozesse integrieren

lasse. Ein solcher Schlüsselfaktor des heutigen technologischen Paradigmas sei die Mikroelektronik (vorhergehende Schlüsselfaktoren seien Öl, Stahl und dampfbetriebenes Transportwesen gewesen). Den Schlüsselfaktor des technologischen Systems des Fordismus<sup>95</sup> stellt für Freeman und Perez das Öl in Kombination mit energieintensiven Materialien dar. Ursachen der Krise des Fordismus seien Unflexibilitäten der Fließbänder, Material- und Energieintensität und hierarchische Firmenstrukturen gewesen. Die energie- und materialintensive Massenproduktion habe sich als immer teurer und inflexibel herausgestellt. Seit den 80er-Jahren habe sich eine neue, fünfte lange Welle herausgebildet. Das zugehörige technologische Paradigma basiere auf der Mikroelektronik, seine Trägerindustrien seien die Computer-, Telekommunikations- und IT-Bereiche. Hinsichtlich der Regulationsweise seien dabei die Regulation strategischer IT-Infrastrukturen, Deregulierung und die potentielle Emergenz eines neuen partizipatorischen, dezentralisierten Wohlfahrtsstaates auf Basis von IKT und rot-grünen Allianzen von Bedeutung.

Ein neues technologisches Paradigma zeige seine Vorteile zuerst in ausgewählten ökonomischen Bereiche, es existiere zuerst in einer Welt, die noch von einem alten Paradigma geprägt wird, bevor es verallgemeinert wird. Dazu müsse es zuerst seine Vorteile im kleinen Maßstab demonstrieren. Diese Phase sei eine des strukturellen Wandels, des Ausprobierens und der Anpassung. Auch politischer und sozialer Wandel müsse stattfinden, bevor sich das Paradigma vollständig durchsetze und einen ökonomischen Aufschwung einleite.

Im Rahmen des informationstechnologischen Paradigmas sei eine flexible und kostengünstige Produktion durch den Einsatz von Computertechnologien möglich. Die strukturelle Krise der 1980er führen Freeman und Perez darauf zurück, dass die schnell wachsende Chip- und Computerindustrie Überproduktionskrisen erlebe. Solche Probleme hätten sich allerdings auch in den 1920ern und 1930ern in der Automobil- und anderen Industrien gezeigt. Freeman und Perez meinen, dass sich eine tiefe Depression zeigen könne, da es hohe internationale Verschuldungen, Zahlungsbilanzdefizite und einen Mangel an internationalen Regulationsmechanismen gebe. Sie sehen dies aber als Anpassungsschwierigkeiten, das neue technologische Paradigma habe sich noch nicht verallgemeinern können. Im Rahmen ihrer These der Entwicklung des Kapitalismus in langen Wellen gehen sie aber davon aus, dass es durch das informationstechnologische Paradigma schließlich zu einer neuen Prosperitätsphase kommen müsse.

Perez (1983) betont in diesem Zusammenhang allgemein, dass es nur zu einem Aufschwung kommen könne, wenn ein neues technologisches Paradigma und ein gutes sozio-institutionelles Klima aufeinandertreffen. Es könne durchwegs zu einer vorübergehenden Depression kommen, wenn institutionelle Rahmenbedingungen und technische Innovationen nicht zueinander passen. Ein erneuter Aufschwung sei nur nach einer Periode der Anpassung sozialer Institutionen an neue Technologien möglich. Das technologische Paradigma sei jedoch der wesentliche Faktor für die Herausbildung neuer langer Wellen.

Bresnahan und Greenstein (2001) betrachten den Beitrag von IT zur ökonomischen Entwicklung. Wie Freeman und Perez gehen sie davon aus, dass es sich bei IT um ein neues technologisches Paradigma handle. Auch Freeman und Soete (1994) sehen IKT als ein neues technologisches Paradigma (S.42), durch das sich die Kosten der Speicherung, Verarbeitung und Kommunizierung von Information reduziert hätten. Sie gehen davon aus, dass sich durch IKT in Kombination mit politischen Reformen eine neue Phase des stabilen Wachstums des Kapitalismus ergebe. Freeman und Soete meinen, dass der IKT-Sektor ein so starkes Wachstum aufweise, dass er mit Hilfe staatlicher Bildungsoffensiven ein neues Jobwunder hervorbringen

---

<sup>95</sup> Freeman und Perez sprechen nicht vom Fordismus, sondern von der vierten langen Welle

könnte. Das informationstechnologische Paradigma führe zu einer Umstrukturierung aller Industrien und Dienstleistungen, führe zu neuen Investitionsmöglichkeiten und damit zur zusätzlichen Nachfrage nach Arbeitskräften. Die strukturelle Krise der 80ern und frühen 90er sei auf Anpassungsschwierigkeiten des neuen technologischen Paradigmas zurückzuführen. IKT würden auch einen „grünen Kapitalismus“ ermöglichen, da sich dadurch die Transportfähigkeit massiv verringern würde.

Generell lässt sich sagen, dass Ansätze, die sich in der Tradition Schumpeters mit der Entwicklung des Kapitalismus im 20. Jahrhundert auseinandersetzen, generell davon ausgehen, dass es durch die Durchsetzung von neuen technologischen Paradigmen zur Einleitung einer langen Welle der kapitalistischen Entwicklung kommt. Es wird dabei ein enger Zusammenhang zwischen technologischer und ökonomischer Entwicklung angenommen. Diese These vertritt neben Dosi, Carlsson/Stankiewicz und Freeman/Perez auch Paul M. Romer (1990): „The argument presented in this paper is based [...] [on the premise that] technological change – improvement in the instructions for mixing together raw materials – lies at the heart of economic growth“ (S. 6).

Schließlich wurde dieser Zusammenhang von technischer und ökonomischer Entwicklung auch in Begriffen der Selbstorganisation gefasst: Silverberg, Dosi und Orsenigo (1988) argumentieren, dass geordnete Pfade ökonomischer Entwicklung aus der ungeplanten dynamischen Interaktion individueller Agenten und der sich verändernden Merkmale von Technologien emergieren. Sie sehen dies als ein Phänomen der Selbstorganisation an. Sie gehen also davon aus, dass die als technologisch bestimmt erfasste ökonomische Entwicklung einen Selbstorganisationsprozess durchläuft.

In dieser Arbeit interessiert uns der Zusammenhang von Krise und Selbstorganisation, daher stellen wir nun Aspekte der Selbstorganisation im Neoschumpeterismus dar.

## **Selbstorganisation im Neoschumpeterismus**

Es gibt einige Ansätze, die in der Tradition Schumpeters stehen und ökonomische Entwicklung in Begriffen der Selbstorganisationstheorie fassen. Unter Selbstorganisation wird dabei mehreres verstanden:

### **1. Innovationen als emergente Phänomene im Rahmen eines endogenen Prozesses:**

John Foster (2000) argumentiert, dass Schumpeters Theorie nicht mit Hilfe von gefährlichen biologischen Analogien interpretiert werden muss und dass eine Interpretation in Begriffen der Selbstorganisationstheorie angebrachter und naheliegender ist, da strukturelle Veränderungen als irreversible und Aspekte des Zufalls umfassende Prozesse verstanden werden können. Ökonomische Selbstorganisation bedeute nun, dass Unternehmer etwas Neues, also Varietät, generieren. „For Schumpeter, those with entrepreneurial skills are instrumental in generating such variety by bringing together new techniques and/or new organisational arrangements. They, in turn, draw upon the mass of variety in knowledge and productive skills that pre-exists“ (Foster 2000, S. 317). Teil dieses Selbstorganisationsprozesses sei, dass – wie wir gesehen haben – Schumpeter davon ausgeht, Varietät werde endogen, also vom System selbst in Form neuer Kombinationen, die von einzelnen Unternehmern durchgesetzt werden, erzeugt. Foster versteht also neue Produkte, Techniken und Prozesse als emergente Phänomene, die endogen erzeugt werden. Selbstorganisation bedeute bei Schumpeter, dass es in der Ökonomie zu einer kontinu-

ierlichen, spontanen Emergenz von Neuem komme. Der unternehmerische Wunsch nach der Entdeckung neuer und profitabler Kombinationen sei der Impetus für Selbstorganisation im ökonomischen System. Wie in der Selbstorganisationstheorie üblich, sei Schumpeter davon ausgegangen, dass evolutionäre Prozesse diskontinuierlich, non-linear, jenseits von Gleichgewichtszuständen und endogen verlaufen.

Foster (1997) weist darauf hin, dass ökonomische Selbstorganisation auch die Emergenz von neuem Wissen umfasse. „Creative ideas are the basis of new knowledge and experimentation establishes their use value – this is a defining characteristic of economic self-organization. [...] economic self-organization involves acquired energy and acquired knowledge which, in combination, yield creativity in economic evolution“ (Foster 1997, S. 443f).

Foster und Wild (1996) und Foster (1997) weisen darauf hin, dass sich ökonomische Selbstorganisation von biologischer und physikalischer unterscheidet. Daher sei es auch nicht verwunderlich, dass für das synergetische Prinzip der Versklavung kaum ökonomische Beispiele gefunden werden können. Ökonomische Selbstorganisation zeichne sich durch eine stärkere Offenheit, Nicht-Stationarität und Endogenität aus als Selbstorganisation in biologischen und physikalischen Systemen; „the unique character of economic evolution lies in its distinctiveness from biological evolution. This distinctiveness lies not in competition, but in the creative and co-operative dimensions of human behaviour in the economic domain“ (Foster 1997, S. 430).

Auch Jenner (1994) geht davon aus, dass die Emergenz von Innovationen ein Selbstorganisationsphänomen darstellt. Die Ökonomie sei ein dynamisches, evolutionäres System und eine dissipative Struktur.

Zhang (1991) weist darauf hin, dass Schumpeter ökonomische Entwicklung als endogen und vom ökonomischen System selbst verursacht betrachtet. Er geht davon aus, dass die Ökonomie ein synergetisches System ist, bei dem es das Versklavungsprinzip in Phasen der Instabilität erlaube, einige der Variablen zu eliminieren, wodurch es möglich wäre, das System, das nun wenige mathematische Freiheitsgrade besitze, mathematisch zu modellieren (vgl. S. 193, 195). Das System werde dann von wenigen Variablen bestimmt, diese würden die anderen in kritischen Phasen versklaven. Konjunkturzyklen seien das Ergebnis linearer Interaktionen zwischen verschiedenen ökonomischen und politischen Variablen (S. 215), Chaos sei die Natur jedes ökonomischen Systems. Innovationen würden zu chaotischem Verhalten führen: „The ‘vision’ of synergetic economics is very similar to the Schumpeterian vision about economic development. The Schumpeterian innovation shocks may be viewed as ‘energy implementations’ leading to a qualitative change of the system. An economy without innovative forces is forced to remain in stable equilibrium, while innovative shocks may lead to chaotic behaviour“ (Zhang 1991, S. 215).

## 2. Selbstorganisation als die Emergenz neuen Wissens in der Ökonomie

John Foster (1997) weist auf den engen Zusammenhang von Innovationen im Sinn von Schumpeter und der Emergenz neuen Wissens hin. Ökonomische Selbstorganisation bedeute immer auch Schöpfung (creativity), die Schaffung neuen Wissens. Darauf verwies Schumpeter mit seiner Kategorie der schöpferischen Zerstörung (creative destruction).

Ulrich Witt (1997) geht von zwei Charakteristika selbstorganisierender Prozesse aus: Selbstregulierung (negatives Feedback, stabilisiert bestehende Strukturen) und Selbstverstärkung (positives Feedback, Destabilisierung bestehender Strukturen, Emergenz neuer Strukturen). Intelligente menschliche Handlungen und Vorstellungen würden in der Ökonomie zur

Emergenz neuen Wissens führen. Dies sei der selbstverstärkende Aspekt ökonomischer Selbstorganisation. „There is the self-regulating price mechanism, based on an institutional set-up with binding budgetary constraints, on the one hand, and the self-augmenting effect of new knowledge emerging and diffusing in the economy on the other hand“ (Witt 1997, S. 497). Als selbstregulierende Instanz versteht Witt dabei das Invisible Hand-Theorem von Adam Smith: Der Markt ordne sich durch die voneinander unabhängig durchgeführten egoistischen Investitionstätigkeiten einzelner Unternehmer. Die Emergenz neuen Wissens bedeute nun die Durchsetzung von Innovationen im Sinn von Schumpeter. Innovation bedeute einen endogen verursachten ökonomischen Dekoordinationsprozess. „If people are succesful in their search for innovations, new profit opportunities (a corridor between upper and lower price bounds) are opened up through new knowledge. By way of imitation new knowledge may diffuse through the economy so that new products, production technologies, and/or markets are formed“ (Witt 1997, S. 499). Schrumpfende Profite würden zur Suche nach Innovationen und schließlich zur Emergenz neuen Wissens durch Innovation und Imitation führen. Diese Suche sei darauf ausgerichtet, ökonomisches Wissen zu schaffen.

Im Rahmen eines institutionalistischen Ansatzes betont auch Geoffrey Hodgson (1993) die Bedeutung des Wissens für selbstorganisierten ökonomischen Wandel. Wissen, Normen, Ansichten und Konventionen könnten sich in Phasen der Fluktuation in Institutionen rasch wandeln. Dies könne zu Verstärkungen und Konflikten zwischen Institutionen führen, woraus sich eine ökonomische Krise ergeben könnte. Reaktion darauf seien schließlich die Emergenz von Neuem und Innovationen, worauf sich wiederum eine Periode raschen Wachstums einstelle.

Hodgson kritisiert den traditionellen Reduktionismus in der ökonomischen Theoriebildung. Typisch dafür seien der methodologische Individualismus und der methodologische Holismus (S. 238). Eine Alternative biete eine Systemtheorie, die auf den Ideen von Hierarchie und Emergenz aufbaue (S. 246ff). Wie Befürworter einer Vereinheitlichten Theorie der Information (vgl. Hofkirchner 1998, 2000; Fuchs 2000b, 2001; Fuchs/Hofkirchner 1999, 2001; Fuchs/Hofkirchner/Klauninger 2001) schlägt Hodgson vor, dass diese beiden Prinzipien (Hierarchie und Emergenz) die Grundlage einer Vereinheitlichung der Wissenschaften (S. 248ff) bieten. Jede Ebene habe dabei ihre eigene relative Autonomie und zeichne sich im Vergleich zu in der Hierarchie darunterliegenden Ebenen/Systemen durch emergente Eigenschaften aus.

Hodgson spricht sich für einen institutionalistischen Ansatz aus, der nicht von atomisierten Individuen als Analyseeinheiten ausgeht. Institutionen seien relativ invariante soziale Konstruktionen, die Konsistenz und Ordnung menschlicher Handlungen und Gedanken ermöglichen. Sozioökonomische Entwicklung bedeute Perioden institutioneller Kontinuität, die von Perioden der Krise und des schnellen Wandels unterbrochen werden. Institutionen würden kodifiziertes und nichtkodifiziertes Wissen enthalten. Veränderungen des technologischen Wissens, der Preise oder der Informationen betreffend Regierungen und Gesetze seien verantwortlich für schnellen, diskontinuierlichen sozio-ökonomischen Wandel, während Veränderungen des nicht-kodifizierten Wissens (Routinen, Gewohnheiten) langsamer vor sich gehen und kontinuierlichen, anhaltenden Wandel auslösen würden. Es bestehe immer die Möglichkeit, dass es zu einem Zusammenbruch oder einer Krise der Regularitäten komme, was sich in radikalem Wandel ausdrücke. Ökonomische Systeme könnten autopoietische Selbstreproduktion und Wachstum zeigen (S. 262). „A socioeconomic system in an autopoietic phase will be one that is exhibiting particular patterns of growth and development“ (ebd.). Makroökonomische Ordnung entstehe aus mikroökonomischem Chaos. Durch die Interaktion von Institutionen könne sich die Ökonomie selbst erhalten. Durch kumulative Verstärkungen zwischen Institutionen könne es aber zu Konflikten kommen. Eine ökonomische Krise habe ihre Ursachen daher in

institutionellen Veränderungen und einem Wandel der in Institutionen vertretenen Handlungen und Ansichten. „no complex system is an undifferentiated whole, and cumulative reinforcement of a number of multiple and parallel institutions can eventually lead to conflict and disruption. Institutions change, and even gradual change can eventually put such a strain on a system that there can be outbreaks of conflict or crisis, leading to changes in actions and attitudes“ (S. 263). Wesentlich seien sich in Phasen der Fluktuation rasch ändernde Normen und Konventionen. Diese Perioden der Zerrüttung, die endogen oder exogen verursacht werden könnten, würden schließlich zur Emergenz von Neuem und Innovationen führen. Hier bringt Hodgson die Schumpetersche Innovationstheorie ins Spiel.

### 3. Kapitalistische Entwicklung und Imitation als sich selbst verstärkender Prozess, Imitation als emergentes Phänomen:

Ulrich Witt (1993) und Weidlich/Haag (1983) betrachten das scharenweise Auftreten von Innovationen durch Imitation, das Schumpeter beschreibt, als Selbstorganisationsprozess im Sinne einer synergetischen Selbstverstärkung: „Das Analogon zu Schumpeters These vom ‘scharnweisen’ Auftreten von Unternehmern ist hier das synergetische Phänomen, sich selbst verstärkender Expansion im Anschluss an den Durchbruch von Basisinnovationen“ (Witt 1993, S. 33).

Auch Richard M. Goodwin geht davon aus, dass es sich bei der Ordnung einer Anzahl unzusammenhängender technischer Innovationen zu einem technologischen Paradigma um einen Selbstorganisationsprozess handelt, der zu ökonomischen Aufschwung führe: „The big ones like steam or steel, would be part of the short wave but last through several such, with great effect on the performance of each short wave. The mutual conditioning of investment and effective demand helps to explain how a disparate group of technical innovations become ordered into a common upsurge, a case of ‘self-organization“ (Goodwin 1990, S. 45; vgl. auch Goodwin 1993<sup>96</sup>).

Goodwin begreift den Kapitalismus als kreatives, chaotisches, evolutionäres System (Goodwin 1990). Goodwin setzt auf Modelle, die Schumpeters Innovationstheorie mit Keynes’ Einsichten über die Rolle der Nachfrage in der Ökonomie kombinieren.

Louca (1997) argumentiert, dass struktureller Wandel ein permanentes Phänomen in der Ökonomie sei, die sich daher nicht im Gleichgewichtszustand befinde. Die Meta-Struktur der Ökonomie wandle sich langsamer und nur von Zeit zu Zeit. Er spricht davon, dass „Schumpeter’s theory was a system of self-generating complexity and instability, where the equilibrium concept really played only a very subsidiary role“ (Louca 1997, S. 246).

Obwohl Schumpeter davon ausgeht, dass der Kapitalismus ein sich permanent endogen veränderndes System darstellt, halten wir seine Theorie aus mehreren Gründen nicht geeignet, um sie in Begriffe der Selbstorganisation zu fassen. Schumpeters Theorie ist in mehrfacher Hinsicht monokausal, reduktionistisch und deterministisch, während die Selbstorganisations- theorie jedoch auf mehrdimensionale Kausalität, Emergentismus und Indeterminismus setzt.

Methodologisch ist der Emergentismus ein wesentlicher Bestandteil der Selbstorganisationsansätze. Er geht davon aus, dass das Neue und das Ganze nicht auf das Alte und die Teile

---

<sup>96</sup> „[The economy] is ideally suited to self-organization in the specific sense that it consists of a great number of parts, all related, directly or indirectly, by virtue of the fact that depends directly on the expenditure of all the other parts“ (Goodwin 1993, S. 45).

reduziert werden können. Nur durch das Zusammenwirken der Teile entsteht Neues, nicht durch die Aktivität einzelner Teile. In diesem Sinn unterscheidet sich der Emergentismus vom Reduktionismus, der das Neue und das Ganze auf das Alte und einzelne Teile reduziert und vom Holismus, der die Qualitäten des Ganzen als relativ unabhängig von den Teilen sieht.

Schumpeter geht nun aber wie etwa auch F.A. Hayek<sup>97</sup> vom methodologischen Individualismus aus, der die Position vertritt, dass Innovationen von einzelnen, besonders geschickten Unternehmern ausgehen. Ein neues technologisches Paradigma wird also auf die Aktivitäten einzelner Elemente reduziert. Dies ist ein klassisches Beispiel für eine reduktionistische Herangehensweise. Die hier besprochenen neoschumpeterischen Ansätze betonen richtigerweise, dass Selbstorganisation in der Ökonomie eine wesentliche Rolle spielt, sie übersehen aber, dass Selbstorganisation kein reduktionistischer Prozess ist und dass Schumpeter daher durch seine reduktionistische Methodologie nicht die Selbstorganisationstheorien intuitiv antizipierte, sondern stark in mechanistischem Denken befangen war<sup>98</sup>.

Theorien der Selbstorganisation gehen i.d.R. davon aus, dass die weitere Entwicklung des Systems in Phasen der Instabilität und Bifurkation weitgehend offen ist. Wir haben im vorhergehenden Kapitel gesehen, dass Immanuel Wallerstein in seiner marxistischen Weltsystemtheorie mit Bezug auf die Komplexitätswissenschaften betont, dass der Kapitalismus ein offenes System ist, der sich in einer gesellschaftlichen Krise wie heute in viele Richtungen entwickeln kann. Im Gegensatz zu Wallerstein geht Schumpeter anscheinend nicht davon aus, dass eine alternative Entwicklungslinie der Zusammenbruch des Kapitalismus im Rahmen einer Krise durch die soziale Selbstorganisation ausgebeuteter und unterdrückter Individuen darstellt. Schumpeter verkennt, dass der Kapitalismus ein historisches System im Sinn Wallersteins ist, das einen Anfang und ein Ende hat und dass sich ein potentielles Ende in gesellschaftlichen Krisen andeutet. Schumpeter geht hingegen von der ewigen Selbstreproduktion des Kapitalismus im Rahmen einer Entwicklung langer Wellen aus. Der Ausgang einer Krise ist für Schumpeter determiniert: Es müsse durch die Einführung einer Basisinnovation zur Imitation und zur Etablierung eines neuen technologischen Paradigmas kommen, das eine neue stabile lange Welle der Kapitalakkumulation einleite. Eine nichtdeterministische und nichtlineare Kausalität müsste in Bezug auf die Evolution des Kapitalismus auch davon ausgehen, dass sich eine permanente Dauerkrise einstellen kann, wie wir sie heute erleben. Schumpeter sieht hingegen nur einen linearen Prozess vor, bei dem sich Stabilität mit Instabilität abwechselt.

Ich gehe davon aus, dass die Dialektik von Zufall und Notwendigkeit, wie sie charakteristisch für komplexe Systeme ist, im Rahmen der Dynamik der kapitalistischen Entwicklung bedeutet, dass es auf Grund der strukturellen Antagonismen, durch die sich dieses Gesell-

---

<sup>97</sup> Auch Hayeks Ansatz, dessen Annahme der spontanen Ordnungen des Marktes immer wieder als Selbstorganisationsansatz interpretiert wurde, kann methodologisch auf Grund des starken Reduktionismus nicht als an den Selbstorganisationstheorien angelehnt gesehen werden.

<sup>98</sup> Ähnlich stellt Hodgson (1993) fest: „In the case of methodological individualism, explanation reduces to the exclusive matter of the individual parts; in the case of methodological holism, explanation reduces to the exclusive matter of the social whole. Both of these are thereby reductionist positions“ (S. 238). Hodgson wendet sich richtigerweise gegen den Reduktionismus, sein eigener institutionalistischer Ansatz verkennt jedoch, dass die strukturellen Antagonismen des Kapitalismus eine wesentliche Rolle bei der Analyse von Krisen spielen. Er erklärt sozioökonomische Krisen durch die Veränderung von Normen, Gewohnheiten, Wissen und Ansichten in Institutionen. Hodgson wendet sich zwar gegen den individualistischen Reduktionismus in der ökonomischen Theorie, seine Methodologie ist allerdings in mancher Hinsicht ein institutionalistischer Reduktionismus.

schaftssystem auszeichnet, immer wieder durch ein jeweils für ein Entwicklungsmodell spezifisches Ensemble an politischen, ideologischen und ökonomischen Ausprägungen allgemeiner Antagonismen zu periodischen gesellschaftlichen Krisen kommt. Der deterministische Aspekt dabei ist, dass sicher ist, dass sich solche Krisen immer wieder einstellen, d.h. das es auf Grund struktureller Antagonismen nicht möglich ist, eine ewige Prosperität des Kapitalismus zu garantieren. Während Vertreter des Keynesianismus dies noch annahmen, zeigte sich spätestens seit der 2. Weltwirtschaftskrise, dass solche Träume nicht realistisch sind. Der Aspekt des Zufalls und des Chaos ist nun, dass nicht vorhergesagt werden kann, wann eine Krise des Kapitalismus eintritt, da die Interaktionen der antagonistischen Strukturen eines Entwicklungsmodells einer komplexen Dynamik unterliegen, die charakteristisch für evolutionär-selbstorganisierende Systeme ist.

Es kann nicht gesagt werden, dass Schumpeters Modell selbstorganisierend ist, da er diese Dialektik von Zufall und Notwendigkeit nicht sieht und auf Notwendigkeiten reduziert. Schumpeters Theorie ist geschichtsmetaphysisch und linear, da sie davon ausgeht, dass lange Wellen eine fixe Dauer von 50 bis 60 Jahren aufweisen. Gerade die zeitliche Dynamik unterliegt aber in selbstorganisierenden Systemen der Dialektik von Zufall und Notwendigkeit.

Schumpeters Modell ist ein klassisches Beispiel für eine technikedeterministische Position. Er führt ökonomische Entwicklung auf technische Innovationen zurück, reduziert also das komplexe, dialektische Verhältnis von Technik und Gesellschaft auf technische Aspekte. Technische Entwicklungszyklen und ökonomische Wellenbewegungen werden in ihrer Dynamik gleichgesetzt, wobei die Dynamik der zweiten durch die Dynamik der ersten induziert werden. Aus technischen Entwicklungen wird auf ökonomische Prosperität geschlossen und es bleibt unbeachtet, dass durchaus verschiedene Auswirkungen und Anwendungsweisen einer Technologie möglich sind. Eine dialektische Position geht im Gegensatz zum Technikreduktionismus Schumpeters nicht davon aus, dass technische Innovationen ökonomischen Prozessen vorausgesetzt sind und automatisch konjunkturelle Aufschwünge mit sich bringen, sondern begreift Technik als Medium und Resultat der kapitalistischen und allgemeingesellschaftlichen Entwicklung. Technische Innovationen müssen nicht automatisch zum ökonomischen Aufschwung führen, gerade die mikroelektronische Revolution zeigt, dass sich mit ihrer Verallgemeinerung keine ökonomische Prosperität eingestellt hat. Vielmehr erleben wir bis heute eine Dauerkrise des Kapitalismus.

Auch Joachim Bischoff (2001) weist auf den Technikedeterminismus der Theorie langer Wellen hin: „Die Theorie der langen Wellen basiert auf der Überbetonung von technologisch bedingten Innovationen unter weitgehender Vernachlässigung ökonomisch-sozialer Faktoren. Basistechnologien wie früher die Eisenbahnen oder der Elektromotor sind keineswegs für die Dynamik der Akkumulation und des Wirtschaftswachstums verantwortlich gewesen. In der kapitalistischen Ökonomie entscheidet die Konkurrenz auf Basis von Kostenstrukturen über Einsatz und Verallgemeinerung von technologischen Lösungen“ (Bischoff 2001, S. 72). Auch Lipietz (1998) betont, die Theorie der langen Wellen sei „durch eine Autonomie der ‘Bewegung von oben’ (der des Kapitals) beeinflusst, bei der die Geschichte der Techniken und der treibenden Wirtschaftsbranchen die Geschichte der Konzentration des Kapitals ersetzt. Was als ein Rückschritt erscheinen kann, da die ökonomische Geschichte auf die Evolution eines technologischen Parameters reduziert wird, der selbst unerklärt bleibt“ (Lipietz 1998, S. 37)<sup>99</sup>.

---

<sup>99</sup> Vgl. auch Boyer (1988, S. 67): „A [...] difficulty lies in the temptation to relapse into technological determinism according to which economic growth as well as most social institutions derive from purely technical matters. If this kind of statement was not made by

Wird Schumpeters Theorie ernst genommen und im Zusammenhang der Krise des Fordismus betrachtet, so muss davon ausgegangen werden, dass diese Krise das Ende der vierten langen Welle bedeutet und dass durch das informationstechnologische Paradigma ein Übergang in die fünfte Welle eingeleitet wird. Ansätze, die sich mit dem Zusammenhang von Technik und Ökonomie in der Tradition Schumpeters auseinandersetzen, wie jene von Dosi, Carlsson und Stankiewicz, Freeman/Perez, Freeman/Soete, gehen in mancher Hinsicht von einer deterministischen Wirkung technologischer Paradigmen auf die ökonomische Entwicklung aus. Sie transportieren eben jene Verkürzungen und jenen Technikdeterminismus, der als Schumpeters größter Fehler erachtet werden kann. So gehen Freeman/Perez und Freeman/Soete etwa davon aus, dass es sich bei der Krise der 1980er und -90er lediglich um Anpassungsschwierigkeiten des neuen technologischen Paradigmas handle, das noch im Konkurrenz zum alten Paradigma stehe und sich noch nicht verallgemeinern haben könne. Sie meinen aber, dass eine neue stabile Phase der Kapitalakkumulation, der ökonomischen Prosperität durch das neue technologische Paradigma erreicht wird und sich damit die fünfte lange Welle endgültig durchsetzt. Da sich aber bis heute keine allgemeine Prosperität, sondern eine Dauerkrise des Kapitalismus zeigt, kann davon ausgegangen werden, dass das Modell der technologisch determinierten langen Wellen falsch ist.

Dieses Argument bringt auch Karl Georg Zinn (1994a) gegen die Theorie der langen Wellen vor: „Der technische Fortschritt während der vergangenen zwei bis drei Jahrzehnte hat auf vielen Gebieten – technologisch betrachtet – etliche Basisinnovationen hervorgebracht: Mikroelektronik, Biotechnologie, neue Werkstoffe usw. fügen sich zum Bild einer neuen ‘technologischen Revolution’ zusammen. Doch ein kräftiger, lang anhaltender Wachstumsprozess ist daraus nicht entstanden. Vielmehr hat sich in den Industrieländern die Schrumpfung des sekundären Sektors fortgesetzt“ (Zinn 1994a, S. 107).

Wie wir gesehen haben, wurde im Neoschumpeterismus Schumpeters Modell u.a. deswegen als selbstorganisierend bezeichnet, da er davon ausgeht, dass ökonomische Veränderung durch die Ökonomie selbst endogen erzeugt wird. Nun ist es aber nicht typisch für selbstorganisierende Systeme, dass sie quasi vollständig autonom von anderen Systemen agieren, sondern dass sie mit diesen in Interaktionsverhältnissen stehen und dass sie durch interne Fluktuationen und äußere Perturbationen in chaotische Zustände geraten, aus denen Ordnung emergiert. Ordnung wird in selbstorganisierenden Systemen nicht notwendigerweise ausschließlich von innen angeregt, ganz im Gegenteil, jedes komplexe System interagiert in vielfältiger Weise mit seiner Umwelt. Schumpeters Modell kann auch nicht als selbstorganisierend betrachtet werden, da er systemischen Wandel ökonomistisch verkürzt. Vor allem die Regulationstheorie hat aber gezeigt, dass ideologische Widersprüche und Aspekte der Regulationsweise einen großen Einfluss auf gesellschaftliche Krisen ausüben. Eine Krise der Ökonomie hat also zumeist auch ideologische und politische, also für die Ökonomie exogene Ursachen. Die Regulationstheorie hat an Hand der Analyse der Krise des Fordismus dieses Zusammenspiel von endogenen ökonomischen und exogenen politischen und ideologischen Faktoren verdeutlicht. Freeman und Perez reduzieren diese Krise in der Tradition Schumpeters aber auf rein ökonomische Aspekte.

Schumpeters methodologischer Individualismus und sein Technikreduktionismus verkennt die Bedeutung, die die Antagonismen des Kapitalismus für Krisen haben. Der Klassenbegriff spielt für Schumpeter keine Rolle, er übersieht, dass eine temporäre Stabilität des Kapita-

---

Schumpeter himself, it turned out to be a salient feature of the present recovery of neo-Schumpeterian ideas“.

lismus immer einen ausreichenden Transfer von Quanten verausgabter unbezahlter lebendiger Arbeit von umfasst. So benötigt die Akkumulation des Kapitals Klassen wie Lohnarbeitende, Reproduktionsarbeitende, Peripherie, peripheren und rassifizierte Arbeitende (vgl. Abschnitt 1.2. in dieser Arbeit, wo die Klassenverhältnisse des Postfordismus genauer analysiert werden). Schumpeter beachtet diese Dimensionen nicht, seine Analyseeinheit ist der Innovationen schaffende Unternehmer. Dass jeder Unternehmer aber auf die Wertproduktion durch lebendige Arbeitskraft angewiesen ist, Mehrwert und Mehrarbeit im Rahmen von Klassenverhältnissen transferiert werden und dass es keine Innovationen ohne die Klassenstruktur des Kapitalismus gebe, bleibt bei Schumpeter vollständig außer acht.

Kuznets (1940) kritisiert an Schumpeter, dass dieser weder theoretisch, noch an Hand empirischer Daten die Existenz langer Wellen nachweisen könne. Schumpeters Terminologie sei tautologisch, da er Innovationen schaffende Unternehmer als Störer des Gleichgewichts definiere, Gleichgewicht aber als die Abwesenheit von ökonomischer Entwicklung, d.h. von Innovationen. Usher (1971) kritisiert, dass Schumpeter Innovationen auf die Aktivitäten eines einzelnen Unternehmers reduziere, während Innovationen aber tatsächlich nur durch das Zusammenwirken vieler Institutionen und Akteure zustande kommen. Schumpeter vertitt im Gegensatz dazu die Ansicht, dass es nur einer Investitionsentscheidung von Banken bedürfe, um Innovationen einzuleiten.

Auch Ernest Mandel (1972) kommt zu dem Schluss, dass Schumpeter unzureichende empirische Daten für seine Annahmen liefere. „Und die Erklärung, weshalb Innovationen in großen Zeitabständen ‘massiv’ (in clusters) stattfinden, kann ohne eine gründliche Analyse 1. der Rolle der Produktionstechnik und 2. der langfristigen Schwankungen der Profitrate nicht zufriedenstellend ausfallen. Gerade diese zwei Momente sind in Schumpeters magnum opus nur unzureichend beachtet“ (Mandel 1972, S. 130)<sup>100</sup>.

Gerster (1988) wertet umfassendes Datenmaterial über lange Wellen aus und kommt zu dem Schluss, dass lange Wellen, falls sie existieren, keine fixe Dauer haben. Die Spannweite erstreckte sich auf 20 bis 60 Jahre. Michael Stanger (1988, S. 406ff) vergleicht die Periodisierungen langer Wellen bei 7 verschiedenen Autoren von Theorien langer Wellen (De Wolff, Kondratieff, Schumpeter, Rostow, Mandel, Glismann, Van Duijn) und kommt zu dem Schluß, dass kein Ansatz überzeugende Erklärungen für die Periodizität und Zyklizität langer Wellen liefern kann. Ihre Dauer müsse daher als kontingent angesehen werden. „Es spricht sicherlich auf den ersten Blick nicht unbedingt für die empirische Tragfähigkeit der Langen-Wellen-Hypothese, wenn ganze Jahrzehnte in ihrer ökonomischen Entwicklungsdynamik unterschiedlich bestimmt werden“ (Stanger 1988, S. 408).

Die behandelten neoschumpeterischen Theorien sehen richtigerweise den Zusammenhang von Selbstorganisations- und ökonomischer Krisentheorie, verkennen jedoch, dass Schumpeters Theorie der kapitalistischen Entwicklung sich nicht gut für eine solche Synthese eignet. Theoretisch gehaltvoller und weiterführend ist möglicherweise die Anreicherung von Elementen der Regulationstheorie und marxistischer Krisentheorien durch Aspekte der Selbstorganisationstheorie, da derart die existierenden gesellschaftlichen Antagonismen mitberücksichtigt werden können.

Fassen wir zusammen: Joseph Schumpeter geht in seiner Theorie der kapitalistischen Entwicklung davon aus, dass technische Innovationen, die auch als neue Kombinationen bezeich-

---

<sup>100</sup> Wie wir in Abschnitt 3.2. gesehen haben, macht Mandel trotz seiner marxistischen Herangehensweise einige Fehler, die sich auch bei Schumpeter finden: Technikdeterminismus, Ökonomismus, fixe Dauer langer Wellen.

net werden, die von einzelnen Unternehmern ausgehen, ökonomische Prosperität und etwa 50-60 Jahre andauernde lange Wellen der kapitalistischen Entwicklung einleiten. Es komme zur Imitation der neuen Kombinationen, viele Unternehmen würden Innovationen starten und durch das scharenweise Auftreten dieser Innovationen bilde sich ein neues technologisches Paradigma, das eine Phase der ökonomischen Prosperität einleite. Es komme jedoch zu einer Sättigung der Wachstumseffekte und damit zu einer Abschwächung der Konjunktur. Resultat seien der reihenweise Bankrott von Unternehmen und schließlich eine ökonomische Krise, die das Ende der langen Welle bedeute. Dadurch würden sich Unternehmen auf die Suche nach neuen kostensparenden Innovationen begeben, wodurch sich eine neue lange Welle ankündige.

Einige Ansätze in der Tradition Schumpeters, wie etwa jene von Dosi, Carlsson und Stanekiewicz, Freeman/Perez, Freeman/Soete, setzen sich näher mit dem Zusammenhang von technischer und ökonomischer Entwicklung auseinander. Dabei wurde der Begriff des technologischen Paradigmas geschaffen. Die Ausbildung eines solchen leite eine lange Welle ein. Freeman und Perez argumentieren, dass der Fordismus die vierte lange Welle des Kapitalismus dargestellt habe. Er habe hinsichtlich seiner technologischen Basis auf Öl in Kombination mit energieintensiven Materialien basiert. Das Ende der langen Welle sei durch die immer energie- und materialintensive Massenproduktion verursacht worden, die sich als immer teurer und inflexibel herausgestellt habe. Die fünfte lange Welle des Kapitalismus sei durch das informationstechnologische Paradigma geprägt, die entsprechende Basisinnovation stelle dabei die mikroelektronische Revolution dar.

Schumpeters Ansatz wurde in der Selbstorganisationstheorie aufgegriffen, sein Modell der kapitalistischen Hinsicht wurde in mehrer Hinsicht als selbstorganisierend qualifiziert:

1. Innovationen als emergente Phänomene im Rahmen eines endogenen Prozesses (Foster, Jenner, Zhang)
2. Selbstorganisation als die Emergenz neuen Wissens in der Ökonomie (Foster, Witt, Hodgson)
3. Kapitalistische Entwicklung und Imitation als sich selbst verstärkender Prozess, Imitation als emergentes Phänomen (Witt, Weidlich/Haag, Goodwin, Louca)

Im Gegensatz zu Theorien der Selbstorganisation, die auf Emergentismus, einer Dialektik von Zufall und Notwendigkeit, multidimensionaler Kausalität, Indeterminismus und Komplexität beruhen, ist Schumpeters Ansatz letztlich reduktionistisch (methodologischer Individualismus), technikdeterministisch, linear und geschichtsmetaphysisch (fixe Dauer langer Wellen, ewige Reproduktion von langen Wellen der Stabilität und Instabilität). Schumpeter verkennt außerdem, dass kapitalistische Entwicklung sich nur durch die Konstitution von Klassenverhältnissen und den Transfer von Mehrarbeit verwirklichen kann. Aus diesen Gründen halten wir einen Bezug auf Schumpeter im Rahmen einer Theorie der evolutionär-selbstorganisierten Entwicklung des Kapitalismus nicht für weiterführend. Die bestehenden Ansätze verkennen die deterministischen, mechanistischen und linearen Verkürzungen Schumpeters.

Wir haben uns in den Abschnitten 3.1., 3.2., 3.3. intensiv mit Theorien der Krise des Fordismus und Aspekten von Technik und Selbstorganisation auseinandergesetzt. Wir haben in Abschnitt 3.1. gesehen, dass die Regulationstheorie große methodologische Ähnlichkeiten mit den Selbstorganisationsansätzen bietet, dass sie wie diese nichtreduktionistische Erklärungsmuster der Entwicklung von Systemen sucht und die Krise des Fordismus als ökonomische, politische und ideologische Krise versteht. Technische Aspekte bleiben jedoch häufig Randbemerkungen, da anscheinend befürchtet wird, technikdeterministisch zu argumentieren. Abschnitt 3.2. hat gezeigt, dass andere marxistische Krisentheorien die Krise des Fordismus oft verkürzen und auf einen unterstellten universellen kapitalistischen Antagonismus reduzieren.

Aspekte der Selbstorganisation finden sich nur vereinzelt, sinnvoll erscheint uns vor allem der Aufgriff von Aspekten der Komplexitätswissenschaft im Rahmen der Weltsystemtheorie Immanuel Wallersteins. Im Vergleich zur Regulationstheorie gehen die diskutierten Ansätze stärker auf technische Aspekte der Krise ein, ohne dabei automatisch technikdeterministisch zu argumentieren. Dabei wird vor allem dem Widerspruch zwischen lebendiger und toter Arbeit große Aufmerksamkeit geschenkt, der in der Regulationstheorie i.A. unterbewertet wird. Abschnitt 3.3. diskutierte nichtmarxistische Krisentheorien in der Tradition Joseph Schumpeters. Dabei hat sich gezeigt, dass diese Erklärungen zumeist auf deterministischen Annahmen beruhen.

Nach diesen Auseinandersetzungen wollen wir zum Abschluß auf Basis der erarbeiteten Erkenntnisse einige wichtige Grundlagen und Thesen zu einer Theorie der kapitalistischen Entwicklung formulieren, die auf Erkenntnissen der Selbstorganisationstheorie und der marxistischen Krisentheorien beruht und den Kapitalismus als komplexes, evolutionär-selbstorganisierendes System versteht.

## 4. Der Kapitalismus, seine fordistische Krise und Aspekte der Selbstorganisation

In Kapitel 1 wurden auf einer konkreten Analyseebene die Entwicklungsmodelle des Fordismus und des Postfordismus behandelt. In Kapitel 2 haben wir uns auf eine allgemeinere Ebene begeben und die antagonistische, krisenhafte Evolution des Kapitalismus dargestellt. In Kapitel 3 wurde als Beispiel für diese allgemeine Evolution die Krise des Fordismus im Rahmen vorhandener Krisentheorien behandelt, und es wurden Aspekte der ökonomischen Selbstorganisation herausgearbeitet. In diesem Kapitel möchten wir nun unseren eigenen Ansatz erweitern, indem wir allgemeine und konkrete Ebene zueinander in Bezug setzen. Dazu verstehen wir gesellschaftliche Selbstorganisation als einen doppelten Prozess, einerseits objektiv, andererseits subjektiv. Bestehende Selbstorganisationstheorien wie die Luhmannsche Theorie selbstreferentieller Systeme argumentieren äußerst funktionalistisch und strukturalistisch, sie weisen ein Defizit an handlungstheoretischen Komponenten auf. Um solche Verkürzungen zu vermeiden, eignet sich ein Ansatz, der methodologisch auf einer Dialektik von gesellschaftlichen Strukturen und sozialem Handeln beruht. Darauf basierend kann gesellschaftliche Selbstorganisation einerseits objektiver Prozess der permanenten Vermittlung von Strukturen und Handlungen gefasst werden (Rekreation). In Bezug auf den Kapitalismus ist dies eine antagonistische Entwicklung, die in Abschnitt 2.3. als allgemeiner Evolutionsprozess beschrieben wurde. Soziale Selbstorganisation kann aber auch subjektiv im Sinn von Zugewinnen an Selbstbestimmung interpretiert werden. Wir werden in diesem Kapitel verdeutlichen, dass eine Dialektik von objektiver und subjektiver Selbstorganisation angebracht ist, um funktionalistische und individualistische Verkürzungen zu vermeiden. Gewinnbringend ist ein solches Verständnis des Selbstorganisationsbegriffes auch, da dadurch erklärt werden kann, dass Situationen eintreten können, in denen die Rekreation der Gesellschaft äußerst problemhaft verläuft und in denen das aktive gesellschaftstransformierende Handeln der Subjekte von Wichtigkeit ist, um die Eskalation gesellschaftlicher Probleme zu vermeiden.

Kapitel 2 hat gezeigt, dass bestehende Krisentheorien sowohl gewisse Vor-, als auch Nachteile aufweisen. Die Regulationstheorie vermeidet richtigerweise reduktionistische Verkürzungen und ist ganz im Sinn der Selbstorganisationstheorie um Analysen bemüht, die die komplexe Kausalität der Gesellschaft berücksichtigt. Marxistische Krisentheorien gehen in

ihren Analysen von einer bestehenden antagonistischen Gesellschaftsstruktur aus. Dies bietet den Vorteil eines problemorientierten Ansatzes, der Macht- und Abhängigkeitsverhältnisse berücksichtigt, die das Leben der Menschen beeinflussen und aus denen Gesellschaftsprobleme entstehen. Der Neoschumpeterismus erkennt richtigerweise, dass ein Zusammenhang zwischen Krisen und Selbstorganisation besteht.

Die Regulationstheorie lässt einige Fragen offen, etwa jene nach dem Verhältnis von allgemeinen und konkreten Kategorien der Gesellschaftsanalyse und der genauen Rolle der Technik in der Krise. Die besprochenen marxistischen Krisentheorien reduzieren Krisen häufig auf einen allgemeinen, rein ökonomischen Widerspruch. Neoschumpeterische Ansätze argumentieren oft technikdeterministisch und verkennen, dass Schumpeters Theorie Prozesse der Selbstorganisation kaum antizipiert, sondern eher dem mechanistischen Denken verhaftet war.

Ein Ansatz, der den Kapitalismus als antagonistisches, krisenhaftes, evolutionäres System begreift, kann einige dieser Defizite ausgleichen. Er basiert auf einer komplexen Kausalität, die ökonomische, politische und ideologische Ursachen von Krisen in Betracht zieht; vermeidet durch die Fassung von Selbstorganisation als doppelten (objektiven und subjektiven Prozess) sowohl funktionalistische, als auch individualistische Verkürzungen; fasst das Verhältnis von Technik und Gesellschaft dialektisch, um technikdeterministische Argumentationen und die Unterschätzung technologischer Aspekte auszuschließen.

In diesem Kapitel wird unser eigener Begriff gesellschaftlicher Selbstorganisation weiter konkretisiert, wir stellen einerseits die allgemeine Selbstorganisation der Gesellschaft dar, gehen dann ein Stück weiter, indem wir die krisenhafte Evolution des Kapitalismus erläutern und kommen darauf basierend schließlich auf die Krise des Fordismus und aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen zu sprechen. Wir beziehen uns dabei positiv auf bestimmte Elemente, die in Kapitel 3 herausgearbeitet wurden und die als sinnvoll für einen Begriff gesellschaftlicher Selbstorganisation erachten. Dazu muss gesagt werden, dass wir in erster Linie Elemente aus der Regulationstheorie und den marxistischen Krisentheorien aufgreifen, da wir diese in bestimmter Hinsicht als brauchbar für die Ausarbeitung einer Theorie der antagonistischen, krisenhaften Evolution des Kapitalismus halten.

Zunächst wollen wir eine Unterscheidung zwischen objektiver und subjektiver gesellschaftlicher Selbstorganisation treffen, um auf eine methodologische Dialektik von gesellschaftlichen Strukturen und sozialem Handeln zurückgreifen zu können. Dazu werden wir in Abschnitt 4.1. die allgemeine Selbstorganisation der Gesellschaft beschreiben, in Abschnitt 4.2. soziale Selbstorganisation als basisdemokratischen Prozess. Darauf aufbauend gehen wir nochmals auf die allgemeine antagonistische, krisenhafte Evolution des Kapitalismus ein, um zu verdeutlichen, dass dies die Konkretisierung des Prozesses der allgemeinen, objektiven gesellschaftlichen Selbstorganisation in der kapitalistischen Gesellschaftsformation ist (Abschnitt 4.3.). Da in dieser Arbeit auch technische Aspekte der Krisen eine wesentliche Rolle spielen, erläutern wir in Abschnitt 4.4., wie Technik in die Gesellschaft eingebunden ist. Danach werden wir konkreter, gehen nochmals zusammenfassend auf Fordismus und Postfordismus ein (4.5.), auf die Krise des Fordismus (4.6.) und die Restrukturierung in Folge der Krise des Fordismus (4.7.). In Anschluß daran wollen wir die Frage beantworten, ob der Kapitalismus durch rein ökonomische Prozesse und Restrukturierungsmaßnahmen die gesellschaftliche Krise beenden kann (4.8.). Da unsere Antwort darauf negativ ausfällt, kommen wir in Abschnitt 4.8. auf den Zusammenhang von gesellschaftlicher Krise und sozialer Selbstorganisation als demokratischen, subjektiven Prozess zurück und erläutern, inwiefern aktives gesellschaftstransformierendes Handeln der Subjekte von Bedeutung ist, um nachhaltige gesellschaftliche Entwicklungspfade einzuschlagen.

## 4.1. Selbstorganisation als allgemeiner Prozess

Wir müssen zwischen allgemein-evolutionärer Selbstorganisation, wie sie spezifisch für jedes System und daher auch für jede Gesellschaftsformation ist, und sozialer Selbstorganisation im Sinn eines basisdemokratischen Bottom-Up-Prozess unterscheiden.

Bei der allgemein-evolutionären Selbstorganisation kommt es im Rahmen von Instabilitäten, die durch Fluktuationen im Inneren oder Perturbationen in der Umwelt des Systems ausgelöst werden, zu einer chaotischen Dynamik, die zur Emergenz von Ordnung und neuen Qualitäten im System führt.

Unter Evolution verstehe ich einen solchen Selbstorganisationsprozess, der zur irreversiblen Transformation von Systemen d.h. ihrer Elemente, ihrer Strukturen, ihrer Zustände und ihres Verhaltens führt. Dabei kommt es zur Emergenz neuer Qualitäten. Evolution wird also in einem nicht-darwinistischen Sinn gebraucht, Mutation und Selektion sind keine spezifischen Prinzipien allgemein-evolutionärer Prozesse.

Die Komplexität von Systemen hat im Lauf der Evolution zugenommen. Wir betrachten dissipative (physikalisch-chemische), autopoietische (lebendige) und re-kreative (soziale) Systeme als jene wichtigen emergenten Organisationsebenen, die bisher durch Evolution aufgetaucht sind. Soziale Systeme sind komplexer als autopoietische, autopoietische komplexer als dissipative. Bereits die Komplexität letzterer kann nicht durch eine mechanistische Kausalität beschrieben werden, die versucht, jede Wirkung auf eine Ursache zu reduzieren. Durch die Anwendung der Theorie der Selbstorganisation haben wir es hier vielmehr auf allen Organisationsstufen mit mehrdimensionalen Formen der Kausalität zu tun: Eine Wirkung kann viele Ursachen haben und eine Ursache viele Wirkungen.

Das Alte und die Teile sind notwendige, aber nicht hinreichende Bedingung für die Emergenz des Neuen und des Ganzen. Emergente Eigenschaften und Qualitäten des Neuen und des Ganzen sind nicht reduzierbar auf die vorhergehenden Ereignisse oder darunterliegenden Ebenen. Das Ganze ist also mehr als die Summe seiner Teile, das Neue mehr als das Alte. Die Emergenzphilosophie verdeutlicht auch die Idee, dass das Neue und das Ganze nach ihrer Emergenz eine Rückwirkung auf die Entitäten und Eigenschaften haben, aus denen sie emergiert sind.

Die Teile wirken synergetisch auf das Ganze, wobei es zur Emergenz von Neuem kommen kann. Das Ganze wirkt wiederum zurück auf die Teile, wodurch sich diese verändern können und auch auf der Ebene der Teile Neues entstehen kann. Dies ist der Prozess der Konstriktion<sup>101</sup>. Beides zusammen konstituiert die allgemeine Selbstorganisation eines Systems, die durch eine Dialektik von Ganzem und Teilen zustande kommt.

---

<sup>101</sup> Konstriktion, konstrigieren: zusammenziehen, einschnüren. Wir verwenden den Begriff im Sinn von einschränken. Damit soll angedeutet werden, dass das Ganze auf die Teile zurückwirkt und damit deren Verhalten einerseits beschränkt, andererseits aber auch ermöglicht.



Abb.4.1.: Das dialektische Verhältnis des Ganzen und der Teile

Die Idee der Emergenz wird durch die Theorie der Selbstorganisation transportiert, da letztere sich mit der Emergenz makroskopischer Strukturen aus wechselwirkenden mikroskopischen Teilen beschäftigt. Ein Beispiel für die Emergenz von Ordnung aus Chaos sind die Bénard-Zellen (Fuchs 2000b, S. 23f, 66, 72): In einer speziellen Flüssigkeit emergiert spontan ein makroskopisches Muster durch die Wechselwirkungen der Flüssigkeitsteilchen, sobald ein kritischer Wert der Temperaturdifferenz, der das System ausgesetzt ist, überschritten wird. Eine kleine Fluktuation (ein einzelnes Teilchen verlässt seine stationäre Position) verstärkt sich, die Teilchen beginnen, sich zu bewegen und das System befindet sich fernab seines thermischen Gleichgewichts. Die Flüssigkeitsteilchen ordnen sich in Rollenformen an, verschiedene konzentrische Muster erscheinen. Eines dieser Muster "versklavt" die anderen, es ordnet das System und seine Form bestimmt die makroskopische Struktur. Solche Prozesse der Emergenz charakterisieren Selbstorganisation in dissipativen Systemen als das spontane Auftauchen von Ordnung auf einer makroskopischen Ebene.

Gesellschaftliche Strukturen, wie Institutionen, soziale Normen und Werte, Ressourcenverteilungen, Regeln, Herrschafts-, Macht und Klassenverhältnisse, Gewaltstrukturen etc. ermöglichen soziales Handeln und Schränken es ein. Ein soziales System wird re-kreativ genannt, da es einen permanenten dialektischen Selbstorganisationsprozess zwischen gesellschaftlichen Strukturen und Akteuren gibt. Gesellschaftliche Strukturen beeinflussen das Denken und Handeln der Individuen – diese sind die Elemente und Subjekte der Gesellschaft –, sie wirken einerseits ermöglichend, andererseits auch einschränkend (im Extremfall gar manipulativ, wie die Kulturindustriethese der Kritischen Theorie nahelegt). Auf Basis ihres Denkens, ihrer Meinungen und Handlungen verändern Menschen im Rahmen sozialer Beziehungen durch soziales Handeln und den Bezug ihres Denkens und Handelns aufeinander wiederum gesellschaftliche Strukturen. Wir sehen also einerseits eine permanente Bottom-Up-Emergenz gesellschaftlicher Strukturen, andererseits eine permanente Top-Down-Emergenz individueller Handlungen und kognitiver Strukturen. Die permanente Re-Kreation sozialer Systeme bedeutet eine Dialektik von Struktur und Handeln. Traditionelle soziologische Sichtweisen haben entweder die Wirkung der Strukturen auf die Akteure überbetont (Strukturalismus) oder die Veränderung sozialer Strukturen durch aktives Handeln (Handlungstheorie, Symbolischer Interaktionismus). Beide Positionen sind verkürzt, eine Dialektik von Struktur und Handeln, die die Re-Kreation als allgemeinen Selbstorganisationsprozess der Gesellschaft fasst, kann solche Reduktionismen vermeiden. Die Rekreation sozialer Systeme kann auch als eine Dialektik von gesellschaftlichen Strukturen und sozialem Handeln verstanden werden (vgl. Abb. 4.2.).



Abb 4.2.: Selbstorganisation/Re-Kreation sozialer Systeme: Das dialektische Verhältnis von gesellschaftlichen Strukturen und sozialem Handeln

Ein soziales System organisiert sich permanent selbst, um sich selbst zu erhalten. Es verändert permanent gesellschaftliche Strukturen und Denk- und Handlungsweisen. Dies ist ein dialektischer Prozess. Die Subjekte der Gesellschaft schaffen und verändern soziale Systeme durch den Bezug ihrer Handlungen und ihres Denkens aufeinander. Andererseits kann Denken und Handeln nur auf der Basis gesellschaftlicher Strukturen existieren. Soziale Systeme umfassen immer strukturierte und strukturierende Strukturen (vgl. Bourdieu 1986), diese werden durch aktiven Subjekte im Rahmen von Beziehungen verändern/strukturiert und strukturieren das Denken und Handeln der Menschen. Die Bewegung der Gesellschaft ist ein zweifacher dialektischer Prozess der Selbstorganisation, der es einem sozialen System ermöglicht, sich zu erhalten und zu reproduzieren. Re-Kreation bedeutet, dass Individuen in sozialen Systemen permanent ihre Umwelt verändern. Dadurch kann sich das soziale System erhalten, verändern und sich reproduzieren. Es kann sich permanent neu herstellen (Re-Kreation).

Wir möchten im Folgenden diesen allgemeinen Prozess der Re-Kreation der Gesellschaft noch näher ausführen, um herauszuarbeiten, dass er ökonomische, politische und kulturelle Aspekte umfasst. Mit der methodologischen Konzeption einer Dialektik von Struktur und Handeln lehnen wir uns an strukturaktionistische soziologische Ansätze wie jene von Anthony Giddens (1984) oder Pierre Bourdieu (1986) an. Giddens sieht gesellschaftliche Strukturen als Medium und Resultat des Handelns (Giddens 1984, S. 77), Bourdieu geht davon aus, dass der Habitus als eine strukturierte und strukturierende Struktur gilt<sup>102</sup>.

<sup>102</sup> Als gesellschaftliche Strukturen bezeichnet dieser verschiedene Kapitalformen: Das ökonomische Kapital im Sinn von Marx (Geldkapital, Warenkapital, Finanzkapital), das soziale Kapital (soziale Beziehungen, soziale Herkunft) und das kulturelle Kapital (Qualifikation, Bildung, Erziehung, Wissen). Diese Kapitalformen wären auf spezifische Weise in der Gesellschaft verteilt, wodurch bestimmte Lebensstile entstünden. Hier spricht Bourdieu vom Habitus als spezifischem System der Dispositionen (d.h. spezifische Arten des Denkens und Handelns) charakteristisch für verschiedene Klassen und Klassenfraktionen. Damit bezieht Bourdieu den Handlungsaspekt ein. Die Formen des Habitus und der sich daraus ergebenden Beziehungen würden wiederum zurück auf die gesellschaftlichen Kapitalformen zurückwirken. Für Bourdieu sind also sowohl Strukturen (Kapital) und Handeln (Habitus, Lebensstile) von Bedeutung. Verschiedene Existenzbedingungen würden verschiedene Formen des Habitus produzieren. Der Habitus kommt einerseits durch die gesellschaftlichen Strukturen

In seiner Theorie der Strukturierung bezeichnet Anthony Giddens (1984/1997) Regeln und Ressourcen als Strukturen, die Medium und Resultat sozialen Handelns sind (S. 77). Er meint, dass soziale Strukturen ein Ausdruck von Macht und Herrschaft sind und dass Regeln sich immer auf die Konstitution von Sinn und die Sanktionierung sozialen Handelns beziehen (S. 70). Er definiert die Charakteristika von Regeln als intensiv VS. oberflächlich, stillschweigend VS. diskursiv, informell VS. formalisiert, schwach sanktioniert VS. stark sanktioniert (S. 74). Giddens unterscheidet weiters zwischen allokativen und autoritativen Ressourcen. Die ersten beziehen sich auf Fähigkeiten, die die Herrschaft über Objekte, Dinge und materielle Phänomene ermöglichen. Letztere beziehen sich auf die Herrschaft über Individuen und Akteure (S. 86). Hinsichtlich der Institutionen einer Gesellschaft meint Giddens, dass sich symbolische Ordnungen, Diskursformen und rechtliche Institutionen mit der Konstitution von Regeln, politische Institutionen mit autoritativen Ressourcen und ökonomische Institutionen mit allokativen Ressourcen befassen.

Giddens meint, Herrschaft und Macht seien charakteristische Phänomene für alle Gesellschaftsformen. Er betont, dass Herrschaft nicht abgeschafft werden kann, wie jedoch oft von sozialistischen Theorien vorgeschlagen werde (S. 84f). Er gibt keine explizite Definition von Herrschaft und Macht und naturalisiert Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse. Seine Theorie affirmiert die kapitalistische Gesellschaft und Klassengesellschaften. Er bezieht herrschafts- und klassenlose Gesellschaften in sein Modell nicht als potentiell mögliche Gesellschaftsformationen ein. Macht sehe ich allgemein als die Verfügung über Mittel und Ressourcen, um gesellschaftliche Prozesse und Entscheidungen im eigenen Sinn zu beeinflussen. Herrschaft bezieht sich m.E. auf die Verfügung über Zwangs- und Gewaltmittel, um andere, Prozesse und Entscheidungen im eigenen Sinn zu beeinflussen. Herrschaft umfasst immer Sanktionen, Repression und die Androhung von Gewalt. In diesem Sinn sehe ich Macht wie Giddens als konstitutiv für alle Gesellschaften, sie kann nicht abgeschafft, aber auf unterschiedliche Arten verteilt werden. Heute ist die Macht in Politik, Ökonomie und Kultur asymmetrisch verteilt, eine weise Gesellschaft, die sozial und ökologisch nachhaltig ist, müsste Macht in diesen Bereichen symmetrisch verteilen. Herrschaft kann im Gegensatz zu Macht m.E. nicht gleich verteilt werden, sie kann aber abgeschafft werden.

Mein Modell der Gesellschaft ist zunächst ein allgemeines, das nicht nur moderne kapitalistische Gesellschaften umfasst. Es versucht außerdem, die Naturalisierung von Herrschaft, Ausbeutung und Klassen zu vermeiden. Daher spreche ich in diesem allgemeinen Modell auch nicht von Regeln, da diese – wie auch Giddens sagt – immer Sanktionen und Herrschaft implizieren. Ich verwende hingegen das allgemeinere Konzept der Entscheidungen. Entscheidungen werden in jeder Art von Gesellschaft im Rahmen von sozialen Beziehungen und durch kommunikatives Handeln getroffen, während Regeln – die Sanktionen inkludieren, die wiederum

---

zustande, also durch die sozialen Klassen, die Verteilung des gesellschaftlichen Kapitals, die sekundären Faktoren, die Stellung in den Strukturen der Existenzbedingungen. Die Existenzbedingungen strukturieren also den Habitus. Hier spielen das ökonomische, kulturelle und soziale Kapital eine wesentliche Rolle als Teil der Gesellschaftsstruktur. Andererseits wirkt der Habitus auch strukturierend, da er Lebensstile und gesellschaftliche Praktiken beeinflusst und verändert. Diese Lebensstile sind wiederum Teil der Existenzbedingungen. Bourdieu spricht von einer Dialektik von Existenzbedingungen und Habitus (Bourdieu 1986, S. 172). „The habitus is not only a structuring structure, which organizes practices and the perception of practices, but also a structured structure: the principle of division into logical classes which organizes the perception of the social world is itself the product of internalization of the division into social classes“ (ebd., S. 170).

exekutiert werden, wenn diese Regeln nicht beachtet werden – nur charakteristisch für herrschaftsförmige Gesellschaftsformen sind. In unserer modernen Gesellschaft nehmen Entscheidungen die Form von formellen Gesetzen und informellen Gewohnheiten an.

Giddens spricht nicht von der Kultur als einem Subsystem der Gesellschaft, in dem soziale Normen und Werte entstehen. Er meint, dass die Regulation von Normen im Bereich der rechtlichen Institutionen stattfindet und dass Signifikation (Sinnkonstitution) durch die Zeichenkodierung im Bereich der Diskursformen und symbolischen Ordnungen passiert. Es sieht so aus, als ob Kultur für Giddens kein bedeutender Bereich der Gesellschaft ist. In seinem Hauptwerk, der „Konstitution der Gesellschaft“ (Giddens 1984/1997), die mehr als 450 Seiten umfasst, schreibt er nur an einer einzigen Stelle über Kultur, wie sie von Freud, Marcuse und Elias gesehen wird (Giddens 1984/1997, S. 296f).

All dies zeigt uns, dass Gesellschaftsmodelle einen dialektischen Charakter haben sollten: Auf der einen Seite müssen sie allgemein genug sein, um alle möglichen Gesellschaftsformationen zu erklären, andererseits muss es Konkretisierungen geben, die helfen, spezifische Gesellschaftsformationen wie den Kapitalismus zu erklären. Des Weiteren müssen dann noch verschiedene Phasen konkreter Gesellschaftsformationen unterschieden werden. Wir stellen nun zunächst ein allgemeines Modell vor, mit dem Kapitalismus als konkreter Gesellschaftsformation und Fordismus sowie Postfordismus als konkrete Entwicklungsmodelle des Kapitalismus haben wir uns bereits in vorangehenden Abschnitten intensiver auseinandergesetzt. Giddens verfehlt diese Dialektik von Allgemeinem und Konkretem. Er macht Gesellschaften, die durch Herrschafts-, Ausbeutungs- und Klassenverhältnisse geprägt sind, zum allgemeinen Standard der Gesellschaft. Dies ist eine typische westliche Sichtweise, die die moderne, kapitalistische Gesellschaftsformation naturalisiert und diese als gesellschaftliche Essenz generalisiert. Giddens' Theorie kann daher als essentialistisch charakterisiert werden. Um solche Verkürzungen zu vermeiden, sollte bei der Konstruktion soziologischer Theorien und Modelle eine dialektische Methodologie angewandt werden.

Gesellschaftsstrukturen werden im Rahmen der Auseinandersetzung des Menschen mit der Natur und des Menschen mit sich selbst und anderen konstituiert. Der Mensch als arbeitendes und soziales Wesen tritt in Stoffwechsel mit der Natur (der Ökosphäre), um mit Hilfe von Werkzeugen bestimmte Ziele zu erreichen. Die Herstellung dieser Werkzeuge ist der eigentliche Kern der Technosphäre, die das Verhältnis Mensch – Technik beschreibt. Hinzu kommt als notwendige Bedingung der Gesellschaft die Ökosphäre, das Verhältnis des Menschen zur Natur, in dem Naturkräfte für den Menschen lebenserhaltend nutzbar gemacht werden. Schließlich ist auch die Soziosphäre ein notwendiges Element der gesellschaftlichen Reproduktion, sie bezeichnet die Beziehungen der Menschen untereinander, die zur Produktion von Sinn führen. Die Soziosphäre basiert notwendigerweise auf Öko- und Technosphäre, geht über durch emergierende soziale Qualitäten über diese hinaus. Die Selbstorganisation der Gesellschaft basiert auf allen drei Bereichen, die hierarchisch miteinander in Beziehung stehen und bei der es von jeder höheren Ebene Rückwirkungen auf die darunterliegende gibt. Gesellschaft besteht also aus den Bereichen der Techno-, Öko- und der Soziosphäre.

Den eigentlichen sozialen Kern der Gesellschaft bildet die Soziosphäre, die uns hier näher interessiert. In jedem sozialen System gibt es drei wesentliche Strukturen: gesellschaftliche Ressourcen, Entscheidungen und soziale Normen/Werte. Sie speichern Informationen über vergangenes soziales Handeln und vereinfachen zukünftige gesellschaftliche Situationen, da durch den Bezug auf sie Grundlagen des sozialen Handelns nicht immer neu geschaffen werden müssen. Gesellschaftsstrukturen sind dauerhafte Grundlagen sozialen Handelns und sozialer Systeme, die sich nichtsdestotrotz dynamisch verändert.

Sie finden sich in allen Subsystemen der Gesellschaft – Ökonomie, Politik und Kultur. Die Ökonomie befaßt sich mit der Produktion, Distribution und Allokation von Gebrauchswerten und Ressourcen. Die Grundlagen jedes ökonomischen Prozesses stellen die Produktivkräfte dar. Lebendige Arbeit und ihre Faktoren bilden eine Beziehung, die sich historisch wandelt und von einer konkreten Gesellschaftsformation (wie dem Kapitalismus) abhängig ist.

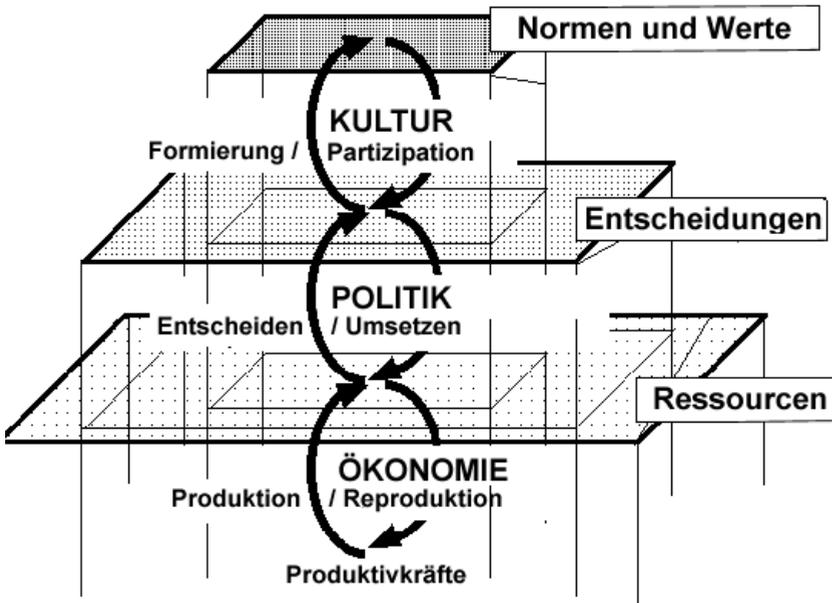


Abb. 4.3.: Die Generierung und Differenzierung sozialer Strukturen

Ich verstehe unter Produktivkräften in Anlehnung an Marx ein System der lebendigen Arbeit und diese näher bestimmende subjektive, objektive und naturbedingte Faktoren begreifen. Diese Faktoren stellen nur in Kombination mit der lebendigen Arbeit Produktivkräfte dar. Der Produktivkraftbegriff ist also nicht reduzierbar auf einzelne Elemente des Systems der Produktivkräfte, er zeichnet sich durch emergente Eigenschaften aus. Das System der Produktivkräfte ist also mehr als die Summe seiner Teile. Unter subjektiven Produktivkräften (Marx 1857/58, S. 403) kann die Einheit von physischer Produktionsfähigkeit und geistigen Produktivkräften (ebd., S. 410) wie Qualifikation, Kenntnisse, Wissen, Erfahrung, Fähigkeiten und General Intellect (zu diesem Begriff vgl. Marx 1857/58, S. 602) verstanden werden. Objektive Produktivkräfte sind hingegen die nicht auf das Individuum bezogenen Faktoren des Arbeits- und Produktionsprozesses: z.B. Arbeitsmittel, Arbeitsgegenstände, Wissenschaft, Technik, Arbeitsteilung, Kooperation, Vergesellschaftungsgrad der Arbeit. Im Kapital spricht Marx weiter von den naturbedingten Produktivkräften der Arbeit und betont immer wieder die zentrale Bedeutung der lebendigen Arbeit im System der Produktivkräfte. Diese Faktoren stehen in einem sich historisch dynamisch wandelnden Verhältnis.

Ressourcen stellen Strukturen auf der ökonomischen Ebene dar. Ökonomie meint einen doppelten Prozess der Produktion und Reproduktion: Materielle und nichtmaterielle Ressourcen der Gesellschaft werden benutzt, indem das System der Produktivkräfte angewandt wird.

Andererseits werden produzierte Ressourcen eingesetzt, um das System der Produktivkräfte zu reproduzieren. Reproduktion bedeutet etwa die Reproduktion der lebendigen Arbeitskraft (Konsum, freie Zeit usw.) oder wissenschaftlichen Fortschritt.

Produktion und Reproduktion können als die materielle Basis jeder Form der Gesellschaft betrachtet werden. Eine solche materialistische Position ist keine reduktionistische, wenn berücksichtigt wird, dass politische und kulturelle Strukturen von ökonomischen Prozessen abhängen, aber nichtsdestotrotz in relativer Autonomie funktionieren und die Ökonomie durch Rückwirkungen beeinflussen. Ökonomie, Politik und Kultur sind in dialektischer Weise verbunden, da ökonomische Einwirkungen zur Emergenz neuer kultureller und politischer Phänomene führen können und umgekehrt. Es existiert auch für jedes Subsystem spezifischer endogener Wandel.

Politik beschäftigt sich mit Entscheidungen, die sich darauf beziehen, wie Ressourcen eingesetzt und verteilt werden. Politik beschäftigt sich mit Entscheidungen, die Lebensstile und Gewohnheiten der Gesellschaftsmitglieder beeinflussen. Kultur und Habitus beziehen sich immer auf Einsatz und Verteilung gesellschaftlicher Ressourcen.

Die Entscheidungen, die im politischen System im Rahmen sozialer und kommunikativer Prozesse getroffen werden, sind auch eine Form der sozialen Information. Politik bedeutet einen doppelten Prozess des Entscheidens und Ausführens: In Beziehung zu verfügbaren Ressourcen werden Entscheidungen getroffen, um das Funktionieren der Gesellschaft zu organisieren. Diese Entscheidungen nehmen entweder kodifizierte oder nichtkodifizierte Formen an. Werden sie einmal getroffen, so ist der nächste Schritt ihre Umsetzung und Ausführung. Dies bedeutet immer, dass gesellschaftliche Ressourcen in einer spezifischen Art und Weise eingesetzt werden.

Kultur kann als jenes Subsystem der Gesellschaft betrachtet werden, in dem Ideen, Habitus (spezifisches System der Dispositionen, d.h. spezifische Arten des Denkens und Handelns, die charakteristisch für verschiedene Gruppen und deren Fraktionen sind, vgl. Bourdieu 1986), Sichtweisen, Meinungen, soziale Normen und soziale Werte im Rahmen von Gewohnheiten, Lebensstilen, Traditionen und sozialen Praxen entstehen und sich verändern. Die emergierenden sozialen Normen und Werte sind eine Form der sozialen Information, die im Bereich der Kultur entstehen. Kultur beinhaltet einen doppelten Prozess der Formierung und Partizipation. Auf der einen Seite werden soziale Normen und Werte in Beziehung zu bereits getroffenen Entscheidungen konstituiert und differenziert (Formierung), andererseits sind sie eine Basis für weitere und Differenzierungen bereits bestehender Entscheidungen (Partizipation). Die Art der Partizipation bestimmt, ob, wie und zu welchem Grad individuelle Akteuren und soziale Gruppen Entscheidungen beeinflussen können, die sie betreffen.

Weder Kultur, noch Politik werden von ökonomischen Prozessen determiniert. Jedes gesellschaftliche Subsystem hat eine relative Autonomie, nichtsdestotrotz üben ökonomische Prozesse im Kapitalismus eine stark prägende Wirkung auf Politik und Kultur aus. Für den Bereich der Kultur folgen wir der Sichtweise des Kulturellen Materialismus Raymond Williams' (1961), der großen Einfluss auf die heutigen Cultural Studies ausübt. Williams argumentiert, dass Kultur „the whole way of life“ (Williams 1961, S. 122) inkludiert. Dazu gehören kollektive Ideen, Institutionen, Beschreibungen, durch die Gesellschaft Erfahrungen reflektiert und diesen Sinn gibt, Weisen und Traditionen des Handelns und Denkens sowie Intentionen, die daraus resultieren. Williams betont weiters, dass Kultur die Formierung von Werten als soziale Kategorien umfasst. Edward P. Thompson (1961) hat Williams Kulturtheorie aufgegriffen und die Idee hinzugefügt, dass die Gesamtheit von Lebensstil und Erfahrungen durch Klassenkämpfe und soziale Konflikte beeinflusst wird.

Dies zeigt uns, dass Kultur weder unabhängig von politischen und ökonomischen Prozessen ist, noch kann sie auf diese beiden Bereiche reduziert werden. Kultur wird weder politisch, noch ökonomisch determiniert. Bereits Antonio Gramsci betont, dass Strukturen des „Überbaus“ nicht auf die ökonomische Basis reduziert werden können (Gramsci 1930/31a) und dass Kultur die „creation of (new) world-outlooks“ (Gramsci 1930/31b) und Lebensmoral (Gramsci 1934) beinhaltet. Materialistische Theorien, die sich mit Kultur eingehender befassen, haben immer kulturelle Information, deren relative Autonomie und Beziehung zu sozio-ökonomischen Prozessen betont, nur Vulgärmaterialismen reduzieren Kultur oder Politik auf die Ökonomie. Kultur als die oberste Ebene in unserem Modell ist von Ökonomie und Politik abhängig, sie formt ein integrales Ganzes des gesellschaftlichen Lebens, das sowohl die Gebiete der ideellen Reproduktion als auch der materiellen Reproduktion umfasst (Marcuse 1937, S. 62). Politische und ökonomische Beziehungen haben ihre eigene Form der Kultur, Kultur kann ihrerseits wiederum nur in Verbindung zu Politik und Ökonomie gedacht werden, obwohl sie einen bestimmten Grad der Autonomie umfasst. Im Rahmen des komplexen Wechselprozesses zwischen Kultur und Politik werden auch Hegemonie und Ideologie – als spezifische Phänomene herrschaftsförmiger Gesellschaften – geformt.

Unter Hegemonie verstehen wir mit Bezug auf Antonio Gramsci „the ‘spontaneous’ consent of the masses who must ‘live’ those directives [of the state, Anm. CF], modifying their own habits, their own will, their own convictions to conform with those directives and with the objectives which they propose to achieve“ (Gramsci 1971, S. 266). Bereits Gramsci betonte, dass der Staat immer bestrebt sei, die Zustimmung der Beherrschten zu dieser Herrschaft zu gewinnen (S. 244). Dabei spielen Schule und Recht als staatliche Institutionen eine wesentliche Rolle, aber auch private Institutionen, die wir im Bereich der Kultur ansiedeln, sind unerlässlich: „The school as a positive educative function, and the courts as a repressive and negative educative function, are the most important state activities in this sense: but, in reality, a multitude of other so-called private initiatives and activities tend to the same end - initiatives and activities which form the apparatus of the political and cultural hegemony of the ruling classes. [...] The state does have and request consent, but it also ‘educates’ this consent, by means of the political and syndical associations; these, however are private organisms, left to the private initiative of the ruling class“ (Gramsci 1971, S. 258f). Hegemonie hat also immer politische und kulturelle Aspekte, sie wird in herrschaftsförmigen Gesellschaften hergestellt im Rahmen des komplexen Vermittlungsprozesses zwischen Politik und Kultur.

Hegemonie funktioniert mit und durch Ideologien. Diese bezeichnen „ein System von Ideen und Vorstellungen, dass das Bewußtsein eines Menschen oder einer gesellschaftlichen Gruppe beherrscht“ (Althusser 1977)<sup>103</sup>. Diese Definition verdeutlicht, dass Ideologien typische Phänomene herrschaftsförmiger Gesellschaften sind, in denen ihnen bestimmte Funktionen zukommen. Ideologien stellen das imaginäre Verhältnis der Individuen zu ihren wirklichen Lebensbedingungen dar, d.h. dass sie nicht unbedingt die Realität abbilden, sondern Konstruktionen, die darstellen, wie bestimmte Gruppen die Realität sehen wollen, um andere dazu zu bringen, dass sie die Realität ebenso betrachten. Jemand, der eine bestimmte Ideologie vertritt, nimmt auch an bestimmten festgelegten Praktiken teil (Kirchgang, Vereins- oder Parteiversammlung, Familientreffen, Konsum von Information und Kultur etc.). Diese Praxis bedeutet eine materielle Dimension der Ideologie, Ideologien haben auch eine materielle Existenz, seien nicht rein geistige Produkte.

---

<sup>103</sup> Zur konkreten Analyse vorherrschender Ideologien vgl. etwa für die Familienideologie Barrett (1990) und für rassistische Ideologien Balibar/Wallerstein (1998)

Ideologie ruft die Menschen als Subjekte an, dies kann im Sinn von Althusser als Interpolation bezeichnet werden. Ideologien sprechen persönlich an, um sie von bestimmten Inhalten zu überzeugen. Dadurch würden diese Menschen in Subjekte verwandelt (wie Familienmitglied, Partner, Gatte, Kirchen-, Vereins-, Parteimitglieder). Dies hat mit dem soziologischen Thema der Rollen zu tun. Eine Anrufung (wie z.B. „Gott spricht zu dir durch mich“) erfolgt immer im Namen eines absoluten Subjekts (Gott, Führer, Chef, Staat etc.), damit die Menschen sich unter dieses Subjekt unterwerfen. „Das Individuum wird als (freies) Subjekt angerufen, damit es sich freiwillig den Befehlen des SUBJEKTS fügt, damit es also (freiwillig) sich in die Unterwerfung fügt und folglich ‚von allein‘ die Gesten und Handlungen seiner Unterwerfung ‚vollzieht‘“ (Althusser 1977).

Abb. 4.3. zeigt die Prozesse der Konstitution und Differenzierung der Gesellschaft. Diese Prozesse sind Teil eines integrierten Ganzen, das die drei Subsysteme der Gesellschaft (Ökonomie, Politik und Kultur). Die Produktivkräfte stellen die Basis für die Emergenz ökonomischer Strukturen dar, die wiederum die Basis für die Emergenz politischer und kultureller Strukturen sind. Das Ganze soziale System inkludiert also drei Selbstorganisationenzyklen, die zur Emergenz von Neuem auf ökonomischer, politischer und kultureller Ebene führen. Auf der einen Seite beeinflusst die Ökonomie Politik und Kultur, die Politik beeinflusst wiederum die Kultur. Dies sind Prozesse der Bottom-Up-Emergenz. Auf der anderen Seite beeinflusst Kultur die Emergenz politischer und ökonomischer Strukturen und Politik die Emergenz ökonomischer Strukturen. Dabei handelt es sich um Prozesse der Top-Down-Emergenz. Nichtsdestotrotz kann die Ökonomie als Basis jeder Form der Gesellschaft betrachtet werden. Sie dominiert, determiniert aber nicht die verschiedenen und vielfältigen sozialen Prozesse sowie die Formierung und Differenzierung sozialer Strukturen.

Ökonomie, Politik und Kultur stehen miteinander in wechselseitigen Verhältnissen und beeinflussen sich daher gegenseitig. Die Kausalität, die diesen Beziehungen zu Grunde liegt, ist keine mechanistische. D.h., dass nicht jede Wirkung auf genau eine Ursache zurückzuführen ist. Vielmehr haben wir es mit einer multidimensionalen Form der Kausalität zu tun: Eine Wirkung kann viele Ursachen haben, und eine Ursache kann viele Wirkungen zu Folge haben. Gesellschaft ist ein hochkomplexes System, daher können Ursachen und Wirkungen einander nicht bijektiv zugeordnet werden. Auf Grund dieser komplexen Kausalität ist es nicht der Fall, dass ein gesellschaftliches Subsystem das Geschehen in anderen determiniert. Gesellschaft folgt daher auch nicht einem simplen Basis-Überbau-Modell. Es ist jedoch der Fall, dass in der kapitalistischen Gesellschaft die Ökonomie ein dominantes Verhältnis zu Politik und Kultur hat. D.h., sie determiniert nicht das politische und kulturelle Handeln und deren Entwicklung, aber sie beeinflusst sie in so einem Ausmaß, dass auch Politik und Kultur von der ökonomischen Logik des Kapitalismus geprägt sind. Derartige Beeinflussungen können aber niemals einen vollständigen Charakter annehmen, da solche Argumentationen des strukturalistischen Ökonomismus wenig Spielraum für alternative Entwicklungen lassen und daher qualitative Veränderung der Gesellschaft eher ausschließen. Resultat sind statische und mechanistische Gesellschaftsmodelle. Gesellschaft als komplexes System ändert sich jedoch dynamisch und unterliegt keiner mechanistischen Kausalität. Politik und Kultur haben daher auch immer Rückwirkungen auf den Bereich der Ökonomie.

In Abschnitt 4.1. haben wir die allgemeine Selbstorganisation der Gesellschaft beschrieben und bereits angedeutet, dass deren Konkretisierung für die heutige Gesellschaftsformation die komplexe, antagonistische, krisenhafte Evolution des Kapitalismus darstellt. Nun möchten wir die zweite, die subjektive Form sozialer Selbstorganisation betrachten.

## 4.2. Soziale Selbstorganisation als basisdemokratischer Bottom-Up-Prozess und die Fremdorganisation der kapitalistischen Gesellschaft

Die ökonomische Evolution des Kapitalismus, die wir intensiv betrachtet haben, ist Teil der allgemeinen Selbstorganisation, d.h. Re-Kreation des kapitalistischen Gesellschaftssystems. In Fuchs (2000b, 2001) haben wir jedoch eine weitere Form der sozialen Selbstorganisation eingeführt, die ich als soziale Selbstorganisation (2) bezeichne. Unter sozialer Selbstorganisation (1) verstehe ich hingegen die Re-Kreation der Gesellschaft und ihrer Strukturen.

Soziale Inklusionen bezeichnen neue Eigenschaften eines sozialen Systems, über die sich die Elemente dieses Systems kollektiv bewusst sind und die ihren Sitz nicht in diesen Elementen, sondern in der strukturell über die Elemente relationierten Gesamtheit haben. Sie werden in einem kollektiven Prozess hervorgebracht und sind emergente Eigenschaften sozialer Systeme. Sie entstehen durch soziale Kooperation: Soziale Kooperation ist eine soziale Beziehung, in der die wechselseitigen Bezugnahmen der Akteure, jeden/jede davon dazu befähigt, einen Vorteil aus der Situation zu gewinnen. Durch Kooperation können Individuen Ziele erreichen, die sie alleine nicht erreichen könnten. Auch dies ist eine Form der Emergenz.

Soziale Exklusionen bezeichnen neue Eigenschaften eines beobachteten sozialen Systems, über die sich die Elemente dieses Systems kollektiv bewusst sind und die ihren Sitz nicht in diesen Elementen, sondern in der strukturell über die Elemente relationierten Gesamtheit haben. Sie werden im Gegensatz zu sozialen Inklusionen nicht kollektiv konstituiert, sondern über Teilsysteme, die sich in sozialen Hierarchien höher befinden, oder von außen und reflektieren Herrschaftsverhältnisse in sozialen Systemen. Diese Teilsysteme haben mehr Macht als andere, üben Herrschaft über andere aus und können Vorteile nutzen, die sich für sie aus ihrer höheren Position in sozialen Hierarchien ergeben. Soziale Exklusionen entstehen durch soziale Konkurrenz:

Diese kann als soziale Beziehung gesehen werden, in der die sozialen Interaktionen und die Klassen, Macht- und Herrschaftsverhältnisse einige Individuen oder Teilsysteme dazu befähigen, Vorteile auf Kosten anderer zu gewinnen. Letztere müssen mit Nachteilen und negativen Konsequenzen, die sich aus dieser Situation ergeben, umgehen.

Bei sozialen Strukturen kann es sich um eine soziale Inklusion oder um eine soziale Exklusion handeln. Bringen *alle* Elemente eines sozialen Systems, die von der Anwendung der entstehenden sozialen Strukturen<sup>104</sup> betroffen sind, diese gemeinsam durch Wechselwirkungen hervor und hat jedes beteiligte Individuum dieselben Möglichkeiten und Mittel, um das entstehende Resultat in seinem eigenen Sinn zu beeinflussen, so handelt es bei der entstehenden makroskopischen Struktur um eine inklusive. Diese Art sozialer Strukturen entsteht durch soziale Kooperation der betroffenen Individuen. Sie wird als emergente Eigenschaft eines sozialen Systems kollektiv von den beteiligten und betroffenen Individuen durch einen Selbstorganisationsprozess hervorgebracht.

---

<sup>104</sup> In Fuchs (2000b, 2001) und Fuchs/Hofkirchner/Klauninger (2001) haben wir gesellschaftliche Strukturen als Informationsstrukturen interpretiert und von sozialer Information gesprochen. Die informationelle Ebene der Gesellschaft lassen wir der Verständlichkeit und Nachvollziehbarkeit wegen in dieser Arbeit weg. Hingewiesen sei nur noch darauf, dass die Strukturen der Soziosphäre (Ressourcen, Entscheidungen, Normen/Werte) auch als ökonomische, politische und kulturelle Informationen aufgefasst werden können.

Soziale Selbstorganisation (2) bedeutet dabei, dass die von entstehenden Strukturen betroffenen Individuen Eintreten, Form, Verlauf sowie das Ergebnis dieses Prozesses selbst bestimmen und gestalten können und durch mikroskopische Wechselwirkungen untereinander makroskopische Strukturen hervorbringen.

Werden soziale Strukturen nicht kollektiv von den Betroffenen konstituiert, sondern von einem in einer sozialen Hierarchie höher stehenden Teilsystem eines sozialen Systems oder von außen, so handelt es sich bei der entstehenden Struktur um eine soziale Exklusion. Eine exklusive Gesellschaftsstruktur ist eine neue, emergente Eigenschaft eines sozialen Systems, die in der Form sozialer Exklusionen konstituiert wird und Herrschaftsverhältnisse des Systems widerspiegelt. Sie entsteht durch soziale Konkurrenz und wird durch Teilsysteme konstituiert, die mehr Macht haben als andere, Herrschaft über diese ausüben und über Vorteile verfügen, die sich aus ihrer höheren Position in sozialen Hierarchien ergeben. Es kann nicht davon gesprochen werden, dass exklusive soziale Strukturen durch soziale Selbstorganisation (2) entsteht, da nicht sämtliche von der Struktur betroffenen Individuen Eintreten, Form, Verlauf und Ergebnis des Konstituierungsprozesses mitbestimmen, sondern Herrschaftsstrukturen zum Tragen kommen.

In dissipativen Systemen kann Selbstorganisation als die spontane Emergenz von Mustern aus Wechselwirkungen der Systemteile betrachtet werden, nachdem eine gewisse Schranke eines Kontrollparameters überschritten wurde und es zur Verstärkung von Fluktuationen kam. Wir argumentieren im Sinn emergenter Evolution, dass neue Systemqualitäten im Lauf der Evolution emergieren. Daher sind soziale Systeme komplexer als dissipative und autopoietische, und Selbstorganisation kann nicht genau dieselbe Bedeutung in sozialen Systemen haben wie in weniger komplexen Systemen. Neue Systemqualitäten haben sowohl gemeinsame als auch verschiedene Bedeutungsinhalte mit alten Qualitäten auf weniger komplexen Organisations Ebenen. Daher finden wir auf unteren Stufen eine breitere Bedeutung von Selbstorganisation als auf oberen. Auf oberen Ebenen wird diese Bedeutung immer spezieller, da die Komplexität zunimmt. Daher wird hier für ein Konzept sozialer Selbstorganisation im Rahmen sozialer Information argumentiert, dass nicht nur die Beziehungen von Elementen, sondern auch die Qualitäten dieser Beziehungen betrachtet. Daher müssen Klassen-, Macht- und Herrschaftsverhältnisse miteinbezogen werden. Dies resultiert in einem speziellen Verständnis sozialer Selbstorganisation, das Selbstbestimmung und Selbstgestaltung betont.

Eine Hierarchie beinhaltet eine prioritätsgeordnete Reihenfolge, die stufenförmig aufgebaut ist. Individuen, die sich in der Hierarchie weiter oben befinden, verfügen über mehr Macht als jene, die sich weiter unten befinden. Hierarchien zeichnen sich durch asymmetrische Machtverteilungen aus. Solche ungleichen Verteilungen werden i.d.R. repressiv durch Zwangsmittel abgesichert, dies ist der spezifische Charakter von Herrschaftsverhältnissen. Gesellschaftsstrukturen und Klassen-, Macht- sowie Herrschaftsverhältnisse stehen in einem engen Zusammenhang.

Der Kapitalismus basiert auf exklusiven Gesellschaftsstrukturen in den Bereichen Ökonomie, Politik und Kultur. Die ökonomischen Ressourcen unterliegen Asymmetrien. Privateigentümer und Unternehmer verfügen über eine exklusive Kontrolle der Ressourcen und Produktionsmittel. Ökonomie bedeutet im Kapitalismus Exklusion, die sich durch das Privateigentum an Produktionsmitteln und Großgrund begründet. Mehrwertproduktion und andere Arbeitsverhältnisse, bei denen ein Transfer von Quantität lebendiger Arbeit stattfindet, ist ein gesellschaftlicher Zwang für jene, die vom Besitz der ökonomischen Ressourcen ausgeschlossen sind. Lohnarbeiter sind doppelt „frei“: „frei“ ihre einzige Ware (Arbeitskraft) auf den Markt zu werfen und frei von den Produktionsmitteln und Waren, die sie einsetzen und herstellen. Lohn-

und Reproduktionsarbeit sind notwendig für die Produktion von Mehrwert, dadurch konstituieren sich Ausbeutungs- und Klassenverhältnisse. Die Arbeitenden leisten in diesen Bereichen mehr als sie bezahlt bekommen, sie verrichten unbezahlte Mehrarbeit oder gar Gratisarbeit. Hinsichtlich der Verteilung des Mehrprodukts und der entstehenden Waren muss gesagt werden, das sie jenen gehören, die sie nicht produzieren. Die unmittelbaren Produzenten und die indirekt Ausbeuteten bekommen nur ein Minimum davon.

Die Reproduktions- und Hausarbeit ist notwendig für die Produktion und Wiederherstellung der Arbeitskraft. Es handelt sich um un- oder niedrig bezahlte Arbeiten, ohne die der Kapitalismus nicht existieren könnte. Sie sind meist weiblich besetzt, wobei Frauen heute sehr häufig Lohn- und Reproduktionsarbeitende sind. Lohnarbeit basiert auf der zumeist weiblichen Reproduktionsarbeit im Rahmen häuslicher Produktionsweisen, die sich noch immer zumeist im Rahmen der Familie konstituieren. Auch hier sprechen wir von einem Klassenverhältnis (siehe Abschnitt 1.2. dieser Arbeit, wo wir uns intensiver mit der Klassenstruktur des postfordistischen Kapitalismus auseinandersetzen), das durch den Transfer unbezahlter Arbeit von Reproduktionsarbeitenden zu Lohnarbeitenden und schließlich zum Kapital konstituiert wird. "Domestic labor is a form of socially necessary labor that expands the goods and services available to the working class beyond what it would be possible to purchase with wages. [...] The relations of production, exchange, and distribution place those who earn wages in a position to gain access to the material conditions of reproduction and, consequently, in a position of power over those with little or no access to those conditions. [...] Sexual inequality is one among the many forms of inequality thus generated by the mode of production within the working class [...] The contradictions between capital and labor, between production and reproduction, and the protracted class struggle thereby generated are the determinants of the contradictory nature of the relations between working-class men and women" (Gimenez 1978: 77, 79, 80; vgl. auch Delphy 1975, Ehrenreich 1976, Kuhn/Wolpe 1978). Auch hier geht es um die asymmetrische Verteilung und Verfügung über ökonomische Ressourcen. Reproduktionsarbeitende sind meist abhängig von der Ressource Geld, die durch Lohnarbeit verdient werden muss, verfügen jedoch nicht direkt darüber. Sie sind immer mit der Androhung von Gewalt und Ressourcenentzug bedroht, z.B. auch dann, wenn Frauen Mehrfachbelastungen nicht durchsteuern können.

Im Rahmen rassistischer Produktionsverhältnisse kommt es zur Überausbeutung. Diese Arbeitsverhältnisse sind i.d.R.: sehr schlecht bezahlt und minimal sozial abgesichert (dies gilt auch für periphere Arbeitsverhältnisse). Lohnarbeitende beteiligen sich heute häufig an der Ideologie des Rassismus, um ihre relative Besserstellung gegenüber den Rassifizierten abzusichern. Arbeitende in solchen Verhältnissen verfügen meist über noch weniger ökonomische Ressourcen, politische Entscheidungsrechte und Einfluss auf kulturelle Norm- und Wertbildungen. Sie sind mit einer starken Exklusion hinsichtlich ökonomischen, politischen und kulturellen Strukturen konfrontiert. Auch hier konstituiert sich ein Klassenverhältnis (siehe dazu ebenfalls Abschnitt 1.2. in dieser Arbeit)

Bei Klassenverhältnissen geht es immer auch um die Kontrolle von Ressourcen durch die einen, um andere zu zwingen, diese Ressourcen einzusetzen, um die Akkumulation neuer Ressourcen (im Fall des Kapitalismus Waren und Kapital) zu ermöglichen. Dies bedeutet immer auch den Einsatz von Gewalt bzw. die dessen Androhung, um das Verhältnis aufrechtzuerhalten. Es zeigt sich also im Kapitalismus die exklusive Kontrolle ökonomischer Information.

In Fuchs (2000b, 2001) haben wir darauf hingewiesen, dass in der kapitalistischen Gesellschaft auch politische Entscheidungen exklusiv gestaltet werden (vgl. Fuchs 2001, S. 173ff). In der Repräsentativdemokratie nehmen die gesellschaftlich bindenden Entscheidungen Gesetzes-

form an. Wahlen bedeuten Konkurrenz und führen zu einer Spaltung in Regierung/Opposition und Parlament/Volk. Dadurch werden Exklusivitäten konstituiert, es kommt zur Delegation der politischen Entscheidungskompetenz an eine oligarchische Gruppe. Das Repräsentativsystem fördert nicht die soziale Selbstorganisation (2) der Menschen, sondern die exklusive Kontrolle politischer und ökonomischer Strukturen.

Wir haben es in der Repräsentativdemokratie mit einer doppelten Asymmetrie und Spaltung in WählerInnen/Gewählte und Regierung/Opposition zu tun. Sie kann daher nicht als sozial selbstorganisiert (2) betrachtet werden, sondern entwickelte sich parallel zur modernen Gesellschaft und in Übereinstimmung mit dem Prinzip der Exklusivität. Exklusivität und Konkurrenz sind in beiden Systemen (bürgerliche Politik und Ökonomie) Formprinzipien. Wir haben auch argumentiert, dass direktdemokratische Modelle in der bürgerlichen Gesellschaft Exklusivitäten unterliegen (Mehrheit/Minderheit) und dass die Gefahr besteht, dass direktdemokratische Systeme in Form von Plebisziten in faschistische Elemente umschlagen (vgl. Fuchs 2001, S. 178ff).

Die kapitalistische Kultur als die heutige Art und Weise, in der Normen und Werte zustande kommen, wird durch Massenmedien wesentlich beeinflusst. Gerade in der Informationsgesellschaft nehmen diese Medien durch die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien eine noch größere Bedeutung ein. Sie haben einen dialektischen Charakter: Sie können herrschaftsförmig und befreiend eingesetzt werden. Einerseits führt die Massenkultur durch die Unterbindung sozialen Wandels und technische Vermittlung zur Gleichschaltung der Individuen. Freiheit reduziert sich auf Konsumfreiheit, die „freie“ Auswahl aus einem diversifizierten Warenspektrum. Es kommt zur Manipulation des Denkens und Handelns, eine Eindimensionalität stellt sich ein (Marcuse 1967, Horkheimer 1946, Adorno/Horkheimer 1969), oppositionelle Bestrebungen und Ziele werden in einem gewissen Ausmaß unterbunden. Die kulturellen Kanäle werden exklusiv kontrolliert, die vermittelten Inhalte durch Informationsmonopole beeinflusst und hergestellt. Auch die kulturellen Normen und Werte unterliegen hierbei Exklusivitäten, denn Monopole haben großen Anteil auf die allgemeine gesellschaftliche Norm- und Wertbildung, während die vereinzelt Individuen Objekte von Ideologien und Propaganda werden, die auf den Formierungsprozess kultureller Information und die Konstitution politischer Information kaum Einfluss nehmen können. Typisch für den heutigen Kapitalismus sind Medienkonzerne. Kultur als Ware erfüllt eine ideologische Funktion im Kapitalismus, sie manipuliert das Bewusstsein und hält Menschen ohnmächtig.

Marcuse (1967) betont in diesem Zusammenhang, dass die Kulturindustrie wildes, obszönes, deftiges, unmoralisches und männliches präsentiere und genau deswegen harmlos sei. Kategorien wie Lohnarbeit und Konsum würden über diese Massenmedien als etwas selbstverständliches präsentiert. Dies sei aber eine totalitäre Selbstverständlichkeit, da auf diese Weise gesellschaftliche Zwänge naturalisiert und entproblematisiert werden. Die Menschen würden die Sprache der Herrschenden internalisieren und ein falsches Bewusstsein und falsche Bedürfnisse ausbilden. Max Horkheimer (1946) hebt hervor, dass all dies zur Ausbildung einer instrumentellen Vernunft führe: Reaktionen würden genau vorgezeichnet, es bedarf keiner zusätzlichen Anstrengung mehr, Handlungen wirken wie automatisiert, werden nicht mehr hinterfragt.

Marcuse meint, dass die Menschen nicht notwendigerweise ein falsches Bewusstsein aufweisen, sondern dass sich auch kritisches Denken und Handeln entwickeln können. Die Kultur sei heute herrschaftsförmig und manipulierend, daher affirmative Kultur. Menschen würden sich glücklich fühlen, obwohl sie es nicht sind. Manifestationen der Kultur könnten nun aber auch antizipativ wirken, die Phantasie anregen und damit einen Vorgriff auf eine bessere, freie Welt geben. Einerseits würden kulturelle Manifestationen die bestehende

Welt geben. Einerseits würden kulturelle Manifestationen die bestehende Ordnung stabilisieren, andererseits könnten sie aber auch das Bild einer besseren Ordnung vermitteln und zu kritischem Bewusstsein anregen.

„Die affirmative Kultur war die geschichtliche Form, in der die über die materielle Reproduktion des Daseins hinausgehenden Bedürfnisse der Menschen aufbewahrt blieben, und insofern gilt von ihr wie von der Form der gesellschaftlichen Wirklichkeit, der sie zugehört: das Recht ist auch auf ihrer Seite. Sie hat zwar die ‚äußeren Verhältnisse‘ von der Verantwortung um die ‚Bestimmung des Menschen‘ entlastet – so stabilisiert sie deren Ungerechtigkeit –, aber sie hält ihnen auch das Bild einer besseren Ordnung vor, die der gegenwärtigen aufgegeben ist. [...] Es ist das eigentliche Wunder der affirmativen Kultur. Die Menschen können sich glücklich fühlen, auch wenn sie es gar nicht sind. Sofern Kultur nur als affirmative Kultur in das abendländische Denken eingegangen ist, wird die Aufhebung ihres affirmativen Charakters wie eine Aufhebung der Kultur als solcher wirken“ (Marcuse 1937b, S. 88+90).

Gerade in Bezug auf die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien ist diese Sichtweise Marcuses aktuell. Auch was den Einsatz moderner Medien im Rahmen gesellschaftlicher Konflikte betrifft, präsentiert sich die Situation durchwegs ambivalent. Einerseits haben wir es mit einer massenmedial vermittelten Erzeugung und Simulation von Hyperrealität zu tun, die durch die Zusammensetzung entkontextualisierter Symbole und Bilder manipulativ neue Bedeutungen generiert, um öffentliche Meinungen in bestimmter Weise zu lenken. In diesem Zusammenhang ist die in der Kritischen Theorie von Marcuse, Adorno und Horkheimer formulierte Kulturindustriethese richtig, die besagt, dass die Kulturindustrie falsches Bewusstsein, ein eindimensionales Massenbewusstsein (Marcuse 1967) und eine instrumentelle Vernunft (Horkheimer 1946) erzeugt. Die neuen Technologien werden genau in diesem Sinn funktional eingesetzt. Andererseits bietet sich gerade für Protestbewegung die Möglichkeit, die neuen Medien für ihre Selbstorganisation unterstützend einzusetzen (vgl. Fuchs 2001). Die neuen Technologien widerspiegeln gesellschaftliche Herrschaftsverhältnisse, nichtsdestotrotz ist eine produktive Aneignung durch Protestbewegungen möglich. Gerade für Protestbewegungen bietet sich die Möglichkeit realen Protest durch eine virtuelle Protestkultur und eine technisch unterstützte Optimierung der politischen Selbstorganisationsstruktur und -weise zu unterstützen.

Die kapitalistische Kultur ist affirmative Kultur, sie unterliegt einer exklusiven Kontrolle der Norm- und Wertbildung, bei der die Kulturindustrie als manipulierende Instanz Bedürfnisse und Bewusstsein in bestimmten Formen herstellt. Die Formierung kultureller Normen und Werte ist heute weitgehend exklusiv. Allerdings können gerade moderne Medien alternativ eingesetzt werden. Dies unterliegt wiederum Beschränkungen und Asymmetrien, da auch dies vorwiegend Orte des Kommerz und der Kapitalakkumulation sind. Nichtsdestotrotz können moderne Medien verwendet werden, um kritische und alternative (d.h. den affirmativen und exklusiven Formen entgegengesetzte) Informationen zu produzieren.

Nach dieser Einführung der allgemeinen objektiven (1) und der subjektiven Form der Selbstorganisation (2), möchten wir nun nochmals verdeutlichen, wie die erste Form der gesellschaftlichen Selbstorganisation mit der antagonistischen, krisenhaften Evolution des Kapitalismus in Verbindung steht.

### 4.3. Die antagonistische, krisenhafte allgemein-evolutionäre Selbstorganisation des Kapitalismus

Soziale Strukturen unterliegen in der kapitalistischen Gesellschaft also weitgehend bestimmten Exklusionen. Dies gilt für Ökonomie, Politik und Kultur und steht auch in Zusammenhang mit den gesellschaftlichen Antagonismen des Kapitalismus, auf die in Abschnitt 2.3. hingewiesen wurde. Die Widerspruchsstruktur des Kapitalismus gehört zu dessen Wesen und führt als Erscheinungen zu exklusiven ökonomischen, politischen und kulturellen Strukturen. Wir haben in dieser Arbeit sehr viel von der evolutionären, antagonistischen Evolution des Kapitalismus gesprochen und viele Theorien betrachtet, die die Evolution vom fordistischen zum postfordistischen Kapitalismus erklären wollen. Was wir eigentlich betrachtet haben ist der doppelte Prozess der allgemeinen Selbstorganisation der Ökonomie, der sich durch Produktion und Reproduktion konstituiert. Wesentliche ökonomische Strukturen des Kapitalismus stellen neben Produktivkräften Waren und Kapital dar. Der allgemeine Prozess bezieht sich einerseits auf die Produktion von Waren und die Akkumulation von Kapital andererseits. Reproduktion umfasst die Weiterentwicklung der Wissenschaft, Technik, Organisationsstrukturen, Arbeitsmethoden etc. und die Reproduktion der Arbeitskraft. In der Ökonomie des Kapitalismus geht es um die Akkumulation von Kapital, dies ist die konkrete Ausprägung der Konstitution ökonomischer Strukturen. Für die Existenzweise des Kapitalismus ist es also notwendig, diese Information permanent anzuhäufen und zu vermehren. Aufgrund der antagonistischen Struktur des Kapitalismus in Ökonomie, Politik und Kultur verläuft dies jedoch nicht reibungslos, sondern im Rahmen gesellschaftlicher Krisen. Eine solche Krise der Ökonomie kann rein endogene Ursachen haben, die also durch die Antagonismen der Ökonomie selbst ausgelöst werden (z.B. TFR, Disproportionalitäten, Überproduktion), oder durch exogene politische und kulturelle Faktoren ausgelöst werden (z.B. Krise des Staats oder der Ideologie, Klassenkampf, der zu Profit-Squeeze führt). Häufig spielen endogene und exogene Faktoren eine Rolle und verstärken sich wechselseitig. Jedes Entwicklungsmodell des Kapitalismus ist durch ein spezifisches Ensemble an Antagonismen geprägt, das zu einer gesellschaftlichen Krise führt.

Von einer Gesellschaftskrise sprechen wir, wenn alle drei allgemeinen Selbstorganisationszyklen der Gesellschaft (also in Ökonomie, Politik und Kultur) in die Krise geraten. Da die gesellschaftlichen Subsysteme kausal miteinander „vernetzt“ sind und diese relativ autonom sind, kann eine solche Krise ihren Ausgangspunkt in jedem dieser Teilsysteme nehmen, aber auch in mehreren parallel entstehen. Durch die Emergenz- und Konstriktionsverhältnisse kann es zum Übergreifen der Krise von einem Teilsystem auf andere kommen. Der Kapitalismus ist eine antagonistische Gesellschaftsformation, jedes seiner Subsysteme ist durch allgemeine Widersprüche geprägt, die relativ autonom voneinander operieren, aber auch in Bezug zueinander stehen. Gesellschaftskrisen sind unter Annahme einer komplexen, nichtdeterministischen Kausalität nun nicht auf immer denselben allgemeinen Widerspruch oder ein einzelnes Subsystem zurückzuführen. Vielmehr ist ein konkretes Entwicklungsmodell durch konkrete Ausprägungen der allgemeinen Widersprüche oder von Teilen davon in Ökonomie, Politik und Kultur gekennzeichnet. Diese konkrete Struktur der Antagonismen führt früher oder später in eine gesellschaftliche Krise, die gesellschaftlichen Teilsysteme treten zueinander in Widerspruch. Eine gesellschaftliche Krise bedeutet einen historischen Bifurkationspunkt, in der die weitere Entwicklung nicht determiniert, sondern relativ offen ist.

Die allgemeinen antagonistische Struktur des Kapitalismus haben wir bereits in Abschnitt 2.3. näher erläutert, wir fassen sie hier kurz zusammen:

### *Ökonomische Antagonismen:*

- Antagonistische Klassenverhältnisse
- Antagonismus zwischen Reichtum um relativer Verarmung (Akkumulation von Reichtum auf dem einen Pol ist zugleich Akkumulation von Elend auf der anderen Seite, dies ist aber ein relatives Verhältnis, da akkumuliertes Kapital und damit auch  $v$  absolut steigen)
- Widerspruch zwischen notwendiger und Mehrarbeit (relativer Mehrwert kann nur durch Verkleinerung der Arbeiterzahl erhöht werden, notwendige gesellschaftliche Arbeitszeit wird durch Intensivierung der Mehrarbeit einer relativ kleiner werdenden Anzahl von Lohnarbeitenden ermöglicht)
- Widerspruch zwischen Gebrauchswert und Tauschwert, konkreter und abstrakter Arbeit
- Widerspruch zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen (TFPR)
- Widerspruch zwischen lebendiger und vergegenständlichter Arbeit
- Widerspruch zwischen ProduzentInnen und Produktionsmittel (Selbstzweckhaftigkeit der Technik, Entfremdung, Widerspruch zwischen Zweck und Mittel der Produktion, Menschen als Anhängsel der Technik)
- Widerspruch zwischen der in einzelnen Fabriken auf Profit orientierten Produktion und dem gesellschaftlichem Bedarf (Disproportionalitäten, „Anarchie der Produktion“)
- Widerspruch zwischen Produktion und Konsumtion (Unterkonsumtion, Überproduktion)
- Widerspruch zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und der privaten Aneignung (Arbeiter produzieren gesellschaftlich, ihr Mehrprodukt wird jedoch individuell angeeignet; Kapital existiert als gesellschaftliches Verhältnis der Konkurrenz, unterliegt jedoch einer Tendenz der Monopolisierung = Widerspruch zwischen Konkurrenz und Monopol)

### *Politische Antagonismen:*

- Politische Fraktionierungen von Klassen, durch das kapitalistische Weltsystem provozierte globale Interessenskonflikte
- Widerspruch zwischen asymmetrischer Machtverteilung und Partizipation in herrschaftsförmigen Gesellschaften
- Widerspruch zwischen Inklusion und Exklusion in herrschaftsförmigen Gesellschaften

### *Kulturelle Antagonismen:*

- Kultureller Antagonismus: Es ist nicht möglich, dass alle Kulturen im Kapitalismus in Frieden und Wohlstand miteinander leben, da es in diesem System grundsätzlich ungerechte Verteilungen des materiellen Wohlstands und Ausbeutungsverhältnisse gibt, die aufrechterhalten werden.
- Antagonismus zwischen dominanten und marginalisierten Lebensstilen in herrschaftsförmigen Gesellschaften
- Antagonismus konkurrierender, unvereinbarer Werte und Ideologien in herrschaftsförmigen Gesellschaften

Wir sehen also, dass diese Antagonismen für die krisenhafte Evolution des Kapitalismus verantwortlich sind. Eine ökonomische Krise äußert sich im Fall der Profitraten, dem Bankrott von Unternehmen und einer Verschlechterung der Variablen der Makroökonomie (Output, Investitionsrate, GDP, Beschäftigungsrate, Konsumtion, Staatsausgaben, Preisniveau, Zinsrate). Eine politische Krise kann in Klassenkämpfen, der Unbeliebtheit der bestehenden Regierung, einer Ausweitung des mangelnden Vertrauens der Politik, Neuwahlen, Umsturzversu-

chen, bürgerkriegsähnlichen Zuständen oder einer Abkehr von den bestehenden Prämissen der staatlichen Regulation (wie z.B. beim Übergang vom Keynesianismus zum Neoliberalismus) zum Ausdruck kommen. Eine ideologische Krise findet ihren Ausdruck im Zusammenbruch oder zumindest der Infragestellung bestehender gesellschaftlicher Norm- und Wertvorstellungen. Eine gesellschaftliche Krise des Kapitalismus bedeutet Störungen in der allgemeinen Selbstorganisation/Re-Kreation: Ökonomische Ressourcen (Kapital und Waren) können nicht mehr im gewohnten Ausmaß akkumuliert werden, politische Entscheidungen werden schwieriger durchzusetzen oder werden massiv in Frage gestellt, bestehende ideologische/kulturelle Normen und Werte werden massiv hinterfragt. Kapitalistische Krise bedeutet also immer auch die Krise der Gesellschaftstrukturen..

Das allgemeine Gesellschafts- (und Selbstorganisations-)Modell, das aus den Subsystemen Ökonomie, Politik und Kultur basiert, kann für die kapitalistische Gesellschaftsformation mit Rückgriff auf die Regulationstheorie als Einheit von Akkumulationsregime, Regulationsweise und Disziplinarregime aufgefasst werden. Das Akkumulationsregime bezieht sich auf die Formen der Kapitalakkumulation, der Produktion, Distribution und Konsumtion. Teile des Akkumulationsregimes sind nun einerseits Bedingungen auf der Produktionsseite wie die Arbeitsproduktivität, der Grad der Mechanisierung, die Verteilung zwischen Produktionszweigen und Branchen, die Produktionsnormen (Lipietz 1992b, S. 2), die Produktionstechnik, die Arbeits- und Unternehmensorganisation, Verbindungen zwischen verschiedenen Produktionsweisen (Hirsch 1995, S. 48f) und die Entscheidungsweisen des Kapitals (Boyer 1988, S. 71); die Klassenverhältnisse, also nicht nur das Verhältnis Kapital und Lohnarbeit, sondern auch Ausbeutung im Rahmen der auf geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung beruhenden häuslichen Produktionsweise und im Rahmen von rassistischen Produktionsverhältnissen; weiters die herrschenden gesellschaftlichen Aneignungsformen der Natur, Formen der Produktion und Aneignung von Wissen und das Raum/Zeit-Verhältnis (vgl. Hirsch 2001, S. 173f); sowie andererseits auf der Konsumtionsseite Bedingungen wie eine ausreichende Nachfrage (ebd.), Konsumtionsweisen, -muster und -normen, Budgetausgaben für kollektive Leistungen (Lipietz 1992b, S. 2) und Lebensweisen (Hirsch 1995, S. 48). Das Akkumulationsregime bezieht sich auf Formen der Produktion, Verteilung und des Konsums ökonomischer Ressourcen.

Mit der Regulationsweise sind die institutionellen Rahmenbedingungen der Kapitalakkumulation gemeint, die durch den Staat organisiert werden. Lipietz verweist aber darauf, dass es sich hier nicht nur um staatliche Institutionen und Normen handelt, sondern dass diese auch einen privaten oder halböffentlichen Charakter haben können (Lipietz 1992b, S. 2). Institutionelle Formen der Regulationsweise sind z.B. die Marktregeln, das Geldverhältnis, finanzielle Netzwerke, die allgemeine Wohlfahrt (ebd.), Unternehmen mit ihren Verbänden, Gewerkschaften, Wissenschaft, Bildung, Medien, das politische System, die Familie (Hirsch 1995, S. 50), Parteien, Kirchen, Medien, Vereine, Justiz, Polizei, Beratungsinstitute, Think-Tanks (Hirsch 1990, S. 57), monetäre und Kredit-Verhältnisse, die institutionelle Verbindung von Kapital und Arbeit, die Art der Konkurrenz, das Weltmarktregime, die Arten der Staatsintervention und die Adhäsion zu internationalen institutionellen Formen (Boyer 1988, S. 71-75). Bei der Regulationsweise geht es stets um Formen der Durchsetzung politischer Informationen, die sich auf ökonomische Prozesse und Ressourcen beziehen.

Das Disziplinarregime umfasst Mechanismen, die für die hegemoniale Zustimmung der Unterdrückten zum herrschenden Entwicklungsmodell beitragen sollen. Es produziert Ideologien und gesellschaftliche Normen und Werte, hat also stets Bezug zur Veränderung der kulturellen Gegebenheiten. Akkumulationsregime, Regulationsweise und Disziplinarmodell sind die spezifischen Ausdrucksformen kapitalistischer Ökonomie, Politik und Kultur/Ideologie. Der

Kapitalismus ist ein strukturell krisenhaftes und antagonistisches System. Eine Phase, in der Akkumulationsregime, Regulationsweise und Disziplinarmodell spezifische neue Qualitäten zeigen, die wesentliche ökonomische, politische und kulturelle Veränderungen nach sich ziehen, bezeichnen wir als kapitalistisches Entwicklungsmodell.

Die kapitalistische Entwicklung verläuft in Krisen. Sie unterliegt einer Dialektik von Zufall und Notwendigkeit. Einerseits ist es sicher, dass es immer wieder zur Krise kommt, andererseits kann nicht genau gesagt werden, wann diese Krise eintritt, da Akkumulationsregime, Regulationsweise und Disziplinarregime komplex interagieren. Die Ursachen der Krise liegen in den Widersprüchen des Kapitalismus begründet. Hier muss eine Dialektik von Allgemeinheit und Besonderheit berücksichtigt werden. Die Regulationstheorie weist berechtigterweise darauf hin, dass klassische (marxistische und bürgerliche) Krisentheorien oft nach rein ökonomischen Krisenursachen und nach einer universellen Krisenursache suchen. Solche Reduktionen stehen in der Newtonschen Tradition, die sich auch in den Sozialwissenschaften manifestiert hat. Die Regulationstheorie hat recht damit, dass gesellschaftliche Krisen ökonomische, politische und ideologische Ursachen haben können. Wir haben bei der Diskussion der nichtregulationstheoretischen marxistischen Krisentheorien in Abschnitt 3.2. und der schumpeterischen Krisentheorien in Abschnitt 3.3. gesehen, dass diese Krisen zumeist auf eine allgemeine Ursache reduzieren (z.B. TFPR, Überakkumulation, Disproportionen, Profit-Squeeze, Überproduktion, Unterkonsumtion, Erlahmung der Effekte, die von Innovationen ausgehen). Gerade die Selbstorganisationstheorie zeigt uns aber, dass Kausalitäten komplexer Systeme nichtlinear und multidimensional sind. Die Evolution des Kapitalismus wird nicht durch einen Antagonismus determiniert, die Regulationstheorie verweist richtigerweise darauf, dass es entwicklungspezifische Antagonismen gibt und dass Krisen des Kapitalismus daher für bestimmtes Entwicklungsmodell konkret untersucht werden sollten. Wir müssen der Dialektik von Zufall und Notwendigkeit Rechnung tragen, die davon ausgeht, dass es allgemeine Kategorien, spezifische Ausprägungen davon und emergente konkrete Qualitäten gibt. D.h., dass jedes Entwicklungsmodell des Kapitalismus durch ein spezifisches Ensemble an Ausprägungen der allgemeinen Antagonismen des Kapitalismus geprägt ist. Dabei handelt es sich um ökonomische, politische und kulturelle Antagonismen, die früher oder später zur Krise führen. Es ist jedoch nicht determiniert, wann diese Krise eintritt. Genau dies bedeutet die Existenz von deterministischem Chaos für den Kapitalismus.

Die Regulationstheorie geht allerdings zu sehr davon aus, dass die Entwicklung des Kapitalismus dem Zufall überlassen ist und dass es nur rein entwicklungsmodellspezifische Kategorien und Widersprüche gibt. Die Vermittlung zwischen allgemeinen Kapitalgesetzmäßigkeiten und formationspezifischen Kategorien ist in der Regulationstheorie weitgehend ungeklärt. Es bleibt aber die Errungenschaft der Regulationstheorie, sich gegen den doppelten Reduktionismus der klassischen marxistischen Krisentheorie zu wenden (rein ökonomische Krisenursachen, eine universelle Krisenursache).

Immanuel Wallerstein verweist richtigerweise darauf, dass der Ausgang einer Krise des Kapitalismus nicht determiniert ist. Dies verkennt die Regulationstheorie, sie scheint oft davon auszugehen, dass eine Krise nahezu automatisch zu einem neuen Entwicklungsmodell des Kapitalismus führt. Es ist also nur determiniert, dass es im Kapitalismus zur Krise kommt, nicht jedoch wie diese ausgehen wird. Viele Alternativen sind grundsätzlich möglich, diese sind abhängig vom sozialen Handeln der Menschen. Auch hier zeigt sich eine Dialektik von Zufall und Notwendigkeit. Der Kapitalismus ist im Sinn Wallersteins ein historisches System: Er hat ein Anfang und ein Ende und eine krisenhafte Entwicklung dazwischen. Es ist determiniert, dass dieses System ein Ende findet, nicht jedoch wie lang seine Existenz andauert.

Die Anhäufung des für ein Entwicklungsmodell des Kapitalismus spezifischen Ensembles an ökonomischen, politischen und kulturellen Widersprüchen (diese sind Ausdruck der allgemeinen Antagonismen des Kapitalismus) und die komplexen Verstärkungen und Antagonismen zwischen den Antagonismen führen früher oder später zu einer Phase der Instabilität.

Diese Instabilität äußert sich als emergentes Phänomen, der polit-ökonomischen Krise. Dieses emergente Phänomen kann als gesellschaftlicher Bifurkationspunkt verstanden werden. Bifurkation meint dabei nichts anderes als die allgemeine Bestimmung, dass ein System in eine Phase eintritt, in der seine Weiterentwicklung nicht determiniert ist, sondern in der mehrere alternative Entwicklungspfade möglich sind.

In der Evolution des Kapitalismus zeigt sich deterministisches Chaos, eine Dialektik von Zufall und Notwendigkeit: Tritt nach einer Krisenphase eine Stabilisierung ein, so wurde nur ein möglicher Entwicklungspfad realisiert. Sicher ist dann, dass die weitere Entwicklung nicht für immer stabil verlaufen wird. Dies ist der Aspekt der Notwendigkeit und des Determinismus. Es wird zu weiteren Krisenschüben und Bifurkationspunkten kommen. Wann dies der Fall ist, was die genauen Ursachen davon sind und wie die Krise verläuft kann jedoch auf Grund der Komplexität des gesellschaftlichen Systems nicht vorhergesagt werden. Dies ist der Aspekt des Zufalls und des Chaos.

Die Entwicklung im Bifurkationspunkt ist ebenfalls nicht determiniert. Die Realisierung von Gegentendenzen zur Krise, die eine Stabilisierung des Kapitalismus auslösen, ist nur eine Entwicklungsmöglichkeit. Alternativ dazu ist jedoch auch vorstellbar, dass der Kapitalismus aufgehoben wird auf eine andere Form der Gesellschaft. Dies muss nicht notwendigerweise im positiven Sinn gemeint sein. Einerseits kann auf Grund der Brisanz der globalen Probleme eines Tages nämlich tatsächlich ein großer Kollaps einsetzen (in welcher Dimension auch immer: Ökonomie, Krieg, Ökologie etc.), der das Ende der Menschheit bedeutet oder einen Rückwurf auf einfachere Formen der Gesellschaft. D.h. auch, dass ein Geschichtsfortschritt, wie von Marx und Engels an manchen Stellen angenommen, nicht notwendigerweise gegeben ist. Er ist eine von mehreren Alternativen. Andererseits kann sich als eine Alternative auch eine tatsächliche Aufhebung des Kapitalismus und seiner Formkategorien hin zu einer höheren Stufe der Gesellschaft zeigen, in der die Menschen auf Basis der sozialen Selbstorganisation miteinander umgehen.

Die Evolution des Kapitalismus ist ein allgemeiner Selbstorganisationsprozess, er ist Ausdruck der sozialen Selbstorganisation (1)/Re-Kreation des Gesellschaftssystems. Ähnlich wie Laszlo für evolutionäre Systeme i.A. argumentierte, zeigen sich auch im Fall der Krise des Kapitalismus Phasen der Instabilität und Bifurkation, deren Ausgang nicht bestimmt ist. Eine neue Ordnung emergiert, es gibt allerdings viele Alternativen. Die Reproduktion des Kapitalverhältnisses, also die Ausbildung eines neuen kapitalistischen Entwicklungsmodells ist nur eine davon, andere sind ein vollständiger Zusammenbruch der Gesellschaft und damit der Menschheit oder der Übergang in eine qualitativ andere Gesellschaftsformation, im heutigen Fall also in eine postkapitalistische Form der Gesellschaft. Gesellschaftliche Krise bedeutet immer Krise der ökonomischen, politischen und kulturellen Strukturen, also auch die Störung des doppelten ökonomischen Prozesses von Produktion und Reproduktion, des doppelten politischen Prozesses von entscheiden und umsetzen/ausführen und des doppelten kulturell-ideologischen Prozesses von Formierung und Partizipation.

Marx ging davon aus, dass der Normalzustand im Kapitalismus nicht Stabilität und Gleichgewicht, sondern Krise und Instabilität umfasst. Er vertrat die Ansicht, dass die kapitalistische Notwendigkeit der Entwicklung der Produktivkräfte permanenten gesellschaftlichen Wandel zu Folge haben. Die Antagonismen, auf denen diese Gesellschaftsformation beruht, würde zu zyklischen Krisen führen. Marx' Geschichte

zyklischen Krisen führen. Marx' Geschichtstheorie geht von diskontinuierlichem, revolutionärem Wandel aus. Als entscheidend betonte Marx hierbei den Klassenkampf und den Widerspruch zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen. Durch die Entwicklung der Produktivkräfte, und dabei nicht zuletzt auch mitverursacht durch den technischen Fortschritt und technologische Revolutionen, kommt es für Marx zur Ausweitung gesellschaftlicher Probleme. Eine gesellschaftliche Krise des Kapitalismus, also eine Form der Instabilität und des Chaos, könne zur sozialen Revolution führen, die einen Übergang in eine neue Gesellschaftsformation einleiten kann. Marx' Verständnis gesellschaftlichen Wandels beruht auf der Vorstellung, Perioden geringer Veränderung würden durch Phase des diskontinuierlichen, schnellen Wandels gefolgt.

Marx fasste all dies im Vorwort der Kritik der Politischen Ökonomie folgendermaßen zusammen:

„In der gesellschaftlichen Produktion ihres Lebens gehen die Menschen bestimmte, notwendige, von ihrem Willen unabhängige Verhältnisse ein, Produktionsverhältnisse, die einer bestimmten Entwicklungsstufe ihrer materiellen Produktivkräfte entsprechen. Die Gesamtheit dieser Produktionsverhältnisse bildet die ökonomische Struktur der Gesellschaft, die reale Basis, worauf sich ein juristischer und politischer Überbau erhebt und welcher bestimmte gesellschaftliche Bewusstseinsformen entsprechen. [...] Auf einer gewissen Stufe ihrer Entwicklung geraten die materiellen Produktivkräfte der Gesellschaft in Widerspruch mit den vorhandenen Produktionsverhältnissen oder, was nur ein juristischer Ausdruck dafür ist, mit den Eigentumsverhältnissen, innerhalb deren sie sich bisher bewegt hatten. Aus Entwicklungsformen der Produktivkräfte schlagen diese Verhältnisse in Fesseln derselben um. Es tritt dann eine Epoche sozialer Revolution ein. Mit der Veränderung der ökonomischen Grundlage wälzt sich der ganze ungeheure Überbau langsamer oder rascher um. [...] Eine Gesellschaftsformation geht nie unter, bevor alle Produktivkräfte entwickelt sind, für die sie weit genug ist, und neue höhere Produktionsverhältnisse treten nie an die Stelle, bevor die materiellen Existenzbedingungen derselben im Schoß der alten Gesellschaft selbst ausgebrütet worden sind. Daher stellt sich die Menschheit immer nur Aufgaben, die sie lösen kann, denn genauer betrachtet wird sich stets finden, dass die Aufgabe selbst nur entspringt, wo die materiellen Bedingungen ihrer Lösung schon vorhanden oder wenigstens im Prozess ihres Werdens begriffen sind“ (Marx 1858/59, S. 8f)

Wir haben wiederholt darauf hingewiesen, dass Marx zwar immer wieder ein strukturalistischer Geschichtsdeterminismus unterstellt wurde, dass er aber tatsächlich immer wieder die Notwendigkeit sozialen Handelns für einen Übergang in eine postkapitalistische Gesellschaftsformation betonte. Daher war für ihn die gesellschaftliche Entwicklung nicht determiniert, sondern abhängig sowohl vom Stand der Produktivkräfte als auch vom sozialen Handeln aktiver und sich selbst bewusster Individuen. So sprach Marx etwa davon, dass die revolutionäre Klasse selbst die größte Produktivkraft sei (MEW 4, S. 181), in den *Thesen über Feuerbach* sprach er davon, dass die Menschen Produkte gesellschaftlicher Verhältnisse sind, aber diese Umstände eben von den Menschen verändert werden, dass das gesellschaftliche Leben wesentlich praktisch sei und es darauf ankomme, die Welt durch umwälzende Praxis zu verändern. Auch im *18. Brumaire...* heißt es: „Die Menschen machen ihre eigene Geschichte, aber sie machen sie nicht aus freien Stücken, nicht unter selbstgewählten, sondern unter unmittelbar

vorgefundenen, gegebenen und überlieferten Umständen“ (Marx, Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte, MEW 8, S. 115).

Marx nahm die Idee der heutigen Selbstorganisationstheorien vorweg, dass sich Systeme derart entwickeln, dass es zu Phasen der Instabilität kommt, aus denen Ordnung oder ein neues Ganzes emergiert (vgl. dazu auch Haustein 1998; Hirschl 1997, S. 161f). Daher ist es konsequent, Aspekte aus marxistischer Krisentheorie und Selbstorganisationstheorie zu vereinen.

Wir haben in dieser Arbeit immer wieder die Frage aufgeworfen, welche Rolle die Technik in der Gesellschaft und bei kapitalistischen Krisen gespielt hat. Daher ist es sinnvoll, in diesem abschließenden Kapitel unsere eigene Einschätzung zu geben.

#### 4.4 Technik als Teil des Akkumulationsregimes

Unter Technik verstehen wir allgemein die zweckmäßig orientierte Einheit der Mittel, Verfahren, Fertigkeiten, Prozesse und des Wissens, die notwendig sind, um definierte Ziele zu erreichen. Im Kapitalismus ist Technik Medium und Resultat der kapitalistischen Entwicklung und der Rationalisierung. Technik wird eingesetzt, um die Produktivität zu steigern, d.h. Mehrwert und Kapital immer schneller zu produzieren. Daher ist sie Medium der Rationalisierung. Dies ergibt sich aus dem ökonomischen Zwang, immer mehr Kapital zu akkumulieren. Daher werden auch immer effektivere technische Hilfsmittel gesucht und Techniken weiterentwickelt, um die Rationalisierung voranzutreiben. Die Rationalisierung ist ein für den Kapitalismus grundsätzlicher Prozess, er führt zur Ersetzung lebendiger durch tote Arbeit, um mehr Mehrwert und Waren in kürzerer Zeit zu produzieren. Technik ist also auch Resultat der Rationalisierung.

Es stellt sich nun die Frage, ob für jedes Entwicklungsmodell des Kapitalismus die Existenz eines eigenen technologischen Paradigmas – wie bei Lipietz oder im Schumpeterismus – angenommen werden sollte. Meiner Ansicht nach führen solche Modelle zu einer Überbewertung technischer Aspekte, die verkennen, dass ökonomische Prozesse technischen Entwicklungen vorgelagert sind. Wird von einem spezifischen technologischen Paradigma für jede Phase des Kapitalismus ausgegangen, so bedeutet dies auch automatisch, dass sich im Rahmen einer Krise neue Technologien durchsetzen müssen, die den Übergang zu einem neuen Entwicklungsmodell bzw. einer neuen langen Welle einleiten und für eine erneute stabile Akkumulation sorgen. Es wird dann also davon ausgegangen, dass das Zusammenspiel von ökonomischen, politischen und technischen Aspekten für längere Zeit zur Stabilität des Gesamtsystems führt. Die Verkürzung besteht meiner Ansicht nach darin, dass angenommen wird, ein neues technologisches Paradigma müsse automatisch zur Stabilität führen. Tatsächlich ist dies eine Möglichkeit, aber keine Notwendigkeit. Es erscheint mir angebrachter, Aspekte der Entwicklung und Durchsetzung neuer Technologien als Teil des Akkumulationsregimes zu betrachten.

Die Produktionstechnik, Prozesse ihrer Entwicklung und Durchsetzung spielen sich im Rahmen des Akkumulationsregimes eines kapitalistischen Entwicklungsmodells ab. Diese Komponenten tragen zur Entwicklung der Arbeitsproduktivität, der Organisationsweise der Arbeit und der Art der Arbeitsteilung bei. Technikentwicklung ist aber kein rein ökonomischer Prozess, die staatliche Regulation spielt eine wesentliche Rolle. So unterlag der Bereich der Telekommunikation in der Ära des Fordismus etwa einer starken staatlichen Regulation. D.h. nun, dass im Bereich der Technikentwicklung Akkumulationsregime und Regulationsweise interagieren. Technikentwicklung ist ein gesellschaftlicher Prozess, der Resultat von Aushandlungsprozessen und Interessenskämpfen verschiedener Akteure ist. Es geht dabei um die Durchsetzung spezifischer Normen, die an bestimmte Technologien angelegt werden. Daher

spielen hier auch kulturelle Aspekte eine wesentliche Rolle. Technikentwicklung hat eine spezifische und oft für ein Entwicklungsmodell spezifische Kultur, d.h. es existieren sogenannte Technolgienormen, dies sind vorherrschende Formen und Modi der Technologieentwicklung (vgl. Esser/Lütke/Noppe 1997b, S. 25).

Entwicklung und Einsatz einer Technik werden von den verschiedensten Interessen bestimmt: Wissenschaft, UnternehmerInnen, ForscherInnen, Staat, Bürgerinitiativen, Konsumenten, NutzerInnen, KritikerInnen usw. Die Macht dieser Akteursgruppen ist m.E. aber unausgeglichen, und daher ist der Einfluss, den diese Gruppen auf die Technikgenese ausüben, unterschiedlich. Die ökonomische Macht unterliegt bei der Technikgenese einer Asymmetrie, und der Profitabilität einer Technologie kommt auf Grund der Dominanz des Interesses organisierter ökonomischer Akteure eine wesentliche Bedeutung zu. Eine Technologie, von der erwartet wird, dass sie sich nicht verkauft und die daher wenig Profit einbringt, wird kaum die Unterstützung von Unternehmen und Staat erlangen. Das Bild des autonom nach Eigeninteressen agierenden Forschers und von der Pluralität der Interessen in der Technikgenese, das von einigen Techniksoziologen wie Werner Rammert (1993) vermittelt wird, trübt sich etwas, wenn bedacht wird, dass WissenschaftlerInnen und ForscherInnen nach Reputation in der Öffentlichkeit und innerhalb der Scientific Community streben. Daher kann angenommen werden, dass die Mehrheit der IngenieurInnen sich bei der Entwicklung neuer Ideen an den Marktchancen orientieren. Die Marktfähigkeit und das Verwertungsinteresse stellen also übergeordnete Interessen dar, auf die sich mehrere Akteure, die in die Technikgenese involviert sind, beziehen. Es gibt übergeordnete ökonomischen Zusammenhänge. Die Interessen von Staat, Forschung und Kapital sind nicht so divergent, wie oftmals angenommen wird. Genau diese Akteure sind es jedoch, die die Technikgenese im weiten Ausmaß bestimmen. Es sollte auch beachtet werden, dass es immer weniger der Fall ist, dass die Wissenschaft von der Ökonomie autonom agieren kann. Unternehmen finanzieren immer stärker die Wissenschaft im Rahmen von Forschungsk Kooperationen und Auftragsarbeiten. Die laufenden Diskussionen über Universitätsreformen gehen in die Richtung, dass den organisierten Unternehmerinteressen mehr Mitsprache gegeben werden sollte. Forschung ist kein autonomes Tätigkeitsfeld, sondern eines, das ganz wesentlich mit den herrschenden ökonomischen Interessen verknüpft ist. Jedes größere Unternehmen hat heute z.B. seine eigene Forschungsabteilung, in der WissenschaftlerInnen im Auftrag des Kapitals an den Grundlagen möglichst profitabler Waren arbeiten.

Die Infragestellung der vollständigen Divergenz der großen Interessen und der weitgehenden Autonomie der Akteure im Prozess der Technikentwicklung bedeutet nicht, dass eine Homogenität der Interessen von Staat und Kapital unterstellt wird. Dies wäre angesichts der Pluralität der institutionalisierten politischen Interessen verfehlt. Es kann nicht einmal gesagt werden, dass „das Kapital“ ein homogenes Interesse vertritt. Der Marxist Nicos Poulantzas vertritt z.B. die Ansicht, dass es mehrere konkurrierende Kapitalfraktionen gibt, die erst durch die übergeordnete Instanz des Staates ein gemeinsames Interesse bekommen (Poulantzas 1978). Der Staat organisiere die Einheit der fraktionierten Bourgeoisie. Was aber sehr wohl gesagt werden kann, ist, dass eine wesentliche Aufgabe des Staates ist, die Rahmenbedingungen für möglichst optimales ökonomisches Handeln zu setzen. In dieser Hinsicht erscheinen die parlamentarisch institutionalisierten Interessen trotz ihrer Pluralität wiederum an der Eindimensionalität der Logik des Marktes und der Waren orientiert (*eindimensionaler Pluralismus*). Wird also die Bedeutung dieser Verbindungslinie zwischen ökonomischen Interessen und politischen Funktionen berücksichtigt, so kann gesagt werden, dass sich die Technikentwicklung in der Phase der Forschung und der Entstehung in letzter Instanz weitgehend nach den Kriterien der Marktfähigkeit bestimmt.

Nichtsdestotrotz kann nicht angenommen werden, dass kapitalistische Interessen die Technikentwicklung vollständig bestimmen. Es wird nur festgehalten, dass sie eine dominante Position in diesem Prozess einnehmen. Technikgenese umfasst jedoch nicht nur die Forschungsphase, sondern auch die Institutionalisierung der Techniken in der Gesellschaft, also den konkreten Einsatz. Und ob es zu so einem Einsatz kommt, ist nicht nur die Frage ökonomischer Interessen, sondern auch eine der organisierten politischen Interessen der von den Folgen des Einsatzes unmittelbar Betroffenen. Kommt es zu einem Konflikt hinsichtlich der Anwendung einer Technologie, so ist dabei zu unterscheiden, ob die eine Seite den Einsatz grundsätzlich in Frage stellt oder ob es vorwiegend um das *Wie* des Einsatzes geht. Welche Seite sich schlussendlich durchsetzen kann ist eine Frage der Aushandlung, Argumentationsfähigkeit, der Mobilisierung öffentlicher Meinung, Ausdauer, Organisation von zusätzlichen mächtigen Akteuren für die eine oder die andere Seite, usw. Ergebnis kann dann letzten Endes ein Konsens, ein Kompromiss oder die weitgehende Durchsetzung des Interesses einer Seite des Konfliktes sein. Dies ist abhängig von den gewählten Vorgangsweisen, vom Geschick der Akteure und den Machtpositionen. Es ist immer weniger der Fall, dass die mächtigeren Akteure (in letzter Instanz jene, die über mehr ökonomische Macht verfügen) ihre Interessen gegen jeden Widerspruch durchsetzen. Unternehmer versuchen beim Einsatz neuer Technologien immer stärker mit den VertreterInnen des organisierten Gegeninteresses in einen Dialog zu treten, um Widerstand und Proteste zu verhindern. Von wesentlicher Bedeutung sind dabei Mediationsverfahren, die versuchen, durch Dialog zwischen den unterschiedlichen Lösung eine für alle Beteiligten akzeptable Lösung herbeizuführen.

Dieser gesamte Prozess der Technikgenese spielt sich, ebenso wie der konkrete Einsatz einer Technologie und ihre Auswirkungen, im Rahmen des Akkumulationsregimes eines kapitalistischen Entwicklungsmodells ab. Die Etablierung neuer Technologien und die davon ausgehenden Synergieeffekte führen jedoch nicht automatisch zu einem neuen Entwicklungsmodell. Es bedarf politischer und ökonomischer Einflussnahme, damit sich Technologien derart verallgemeinern, dass tiefgreifende politische und ökonomische Veränderungen stattfinden. Die Durchsetzung neuer Technologien bedeutet also nicht notwendigerweise ein neues Akkumulationsregime, genauso führt eine kapitalistische Krise nicht notwendigerweise zur Ausbildung qualitativ neuer Technologien. Der technische Fortschritt wird im Kapitalismus grundsätzlich durch die gesellschaftlichen Strukturen institutionalisiert und hat Zwangscharakter. Es kommt häufig im Zuge einer gesellschaftlichen Krise dazu, dass nach Technologien gesucht wird, deren Verallgemeinerung es erlaubt, die Produktionskosten zu senken. Daher kommt es durchwegs häufig vor, dass es im Rahmen einer Krise und der Ausbildung eines neuen Entwicklungsmodells zum breiten Einsatz qualitativ neuer Technologien kommt, der weite Synergieeffekte nach sich zieht und zur gesellschaftlichen Restrukturierung beiträgt. Dies ist jedoch kein Automatismus, ökonomische Prozesse sind technischen vorgelagert, d.h. nicht ein zufälliger Einsatz neuer Technologien führt zur gesellschaftlichen Restrukturierung, sondern gesellschaftliche Prozesse wie der permanente Zwang zur Erhöhung der Produktivität und mangelnde Profitraten führen dazu, dass permanent nach neuen Technologien gesucht wird, die die Produktivität steigern helfen. Daher kommt es im Zuge einer kapitalistischen Krise oft zur Ausbildung neuer technologischer Paradigmen als Teil des Akkumulationsregimes. Dies zeigt, dass sozio-ökonomische und politische Prozesse ~~Technik vorrangig~~ ~~Antagonismen~~ des Kapitalismus eingebunden und produziert diese mit. Sie ist im Kapitalismus immer antagonistische Technik. Es besteht eine Umkehr der Zweck-Mittel-Relation: Es werden nicht mehr Zwecke identifiziert, zu deren Erreichen Technik ein Hilfsmittel ist, sondern Technik wird zum Selbstzweck. D.h., ihr Hauptsinn besteht nun in der

effektiven Organisation der Kapitalakkumulation in Form des technischen Produktionsmittels. Sie dient nicht mehr vorwiegend den Menschen zur Erleichterung ihres Daseins im Rahmen der Vermittlung des Stoffwechsels zwischen Mensch und Natur, sondern der Ausbeutung der Arbeitenden durch das Kapital und der Produktion des Mehrwerts. Technik ist im Kapitalismus Mittel zur Produktion von relativem Mehrwert. Ein Antagonismus besteht nun darin, dass die Technik zwar grundsätzlich dem Menschen sein Dasein erleichtert, dass sie aber im Kapitalismus zum Mittel von Herrschaft und Ausbeutung wird, das zur Zerstörung von Mensch und Natur beiträgt. Die Rate des Mehrwerts wird im Rahmen des Technikeinsatzes dadurch vergrößert, dass die Technik die notwendige Arbeiterzahl verkleinert. Technik anonymisiert und entpersonalisiert Herrschaft, sie tritt zwischen Arbeiter und Kapitalist. Die Lohnarbeitenden sind im Kapitalismus Anhängsel des fixen Kapitals. Einerseits technisch, da die Arbeitsmittel nicht von einzelnen Individuen beherrscht werden können, sondern nur im Rahmen der Arbeitsteilung (Trennung von Produzent und Produktionsmittel). Die doppelte „Freiheit“ der Lohnarbeitenden verweist dabei auch darauf, dass die Produktionsmittel nicht den unmittelbaren ProduzentInnen gehören. Andererseits auch sozial, da die Arbeitsmittel den Arbeitenden als Kapital gegenüberreten.

Nach diesen Darstellungen über allgemein-objektive und subjektive Selbstorganisation, die allgemeine Evolution des Kapitalismus und die Rolle der Technik in der Gesellschaft, möchten wir uns nun einer Erklärung der anhaltenden gesellschaftlichen Krise nähern. Dazu fassen wir nochmals kurz zusammen, was unter Fordismus und Postfordismus zu verstehen ist.

#### 4.5 Fordismus und Postfordismus

Wir haben uns in dieser Arbeit Theorien der Krise des Fordismus und des Übergangs zum Postfordismus näher angesehen. Die Entwicklung einer umfassenden eigenen Sichtweise dieser Krise steht noch aus und soll an dieser Stelle geleistet werden. Fassen wir zuvor noch kurz einige Charakteristika von Akkumulationsregime, Regulationsweise und Disziplinarmodell, die sich im Fordismus und Postfordismus gezeigt haben. Typisch für den Fordismus (siehe Abschnitt waren u.a. Massenkonsum, Massenproduktion, relative Mehrwertproduktion, staatliche Eingriffe in die Ökonomie, bürokratischer Ausbau des Sozialstaates, geplante Geld-, Fiskal-, Industrie-, Forschungs-, Konjunktur-, Wachstums-, Einkommensverteilungs- und Beschäftigungspolitik, Anerkennung der Gewerkschaften als politische Kraft, Durchkapitalisierung des Reproduktionsbereiches, tayloristische Organisationsweise der Arbeit, großflächiger Ausbau der Fließbandproduktion, hierarchische Kontrolle durch das Management, Trennung von Hand- und Kopfarbeit, zentralistische Unternehmensorganisationsweise, disziplinierende Wirkung der maschinellen Apparatur und der Zeitverwaltung der Arbeitenden, Sicherheitsstaat als Form der sozialen Kontrolle und der allgemeinen Wohlfahrt, Standardisierung der Konsumnormen und Waren, internationale Dimension der Regulation in Form des Systems von Bretton Woods, künstliche Erzeugung immer neuer Bedürfnisse, Etablierung des Konsums als allgemeine Norm, standardisiertes Massenindividuum mit eindimensionalem Bewusstsein.

Fassen wir kurz die Veränderungen zusammen, die sich im postfordistischen Kapitalismus bisher gezeigt haben (siehe Abschnitt 1.2.). Dabei gehen wir nicht davon aus, dass der Postfordismus etwas völlig Neues ist, er zeichnet sich aber im Vergleich zum Fordismus durch emergente Charakteristika aus, die große Bedeutung haben. *Das postfordistische Akkumulationsregime* zeichnet sich u.a. durch eine diversifizierte Qualitätsproduktion, flexible Spezialisierung, eine Dezentralisierung der Unternehmensstruktur, Outsourcing, Netzwerkstrukturen, eine Enthierarchisierung der internen Unternehmensorganisation, flache Hierarchien, Teamarbeit, Just-

in-time-Produktion, einen neuen Schub der ökonomischen Globalisierung, eine weitere Tertiärisierung und Informatisierung der Ökonomie, den Abbau der institutionellen Schranken der Kapitalakkumulation durch Deregulierung, die Triadisierung des Welthandels und des Kapitalexports aus.

Hinsichtlich der *postfordistischen Veränderungen der Technik* zeigen sich die Computertechnologie und neue IKT als technologisches Paradigma des Postfordismus: Computertechnologie ist Medium und Resultat der Rationalisierung, ihre Durchsetzung erfolgt in Folge der und als Reaktion auf die Krise des Fordismus, IKT sind Medium und Resultat der ökonomischen Globalisierung. Moderne Computer- und IK-Technologien haben ambivalente Wirkungsweisen: Sie führen einerseits zur Restrukturierung, Dezentralisierung und Flexibilisierung der kapitalistischen Produktion, sie leisten der Derealisation, Simulation und Virtualisierung der Realität Vorschub, sie produzieren unter kapitalistischen Verhältnissen Widersprüche und tragen dabei prinzipiell zu einer Verschärfung der globalen Probleme bei, sie verstärken die Arbeitslosigkeit, führen zu Dequalifizierungsprozessen und Spaltungen am Arbeitsmarkt, sie verstärken die Kontroll- und Überwachungspotentiale und werden vorwiegend im Sinn der Profitmaximierung eingesetzt. Ebenso reproduzieren sich gesellschaftliche Ungleichheiten im Cyberspace. Andererseits ermöglichen die neuen Medien auch die Konstruktion von und das Spiel mit Identitäten, sie können den Zugang zu Informationen, den Informationsaustausch, die Kooperation und die Kommunikation prinzipiell erleichtern, sie können einen kulturellen Austausch und eine kulturelle Einheit in der Vielfalt prinzipiell vermitteln, sie führen zur Verringerung der durch den Menschen zu leistenden gesellschaftlich notwendigen Arbeit, was wiederum die Utopie eines befriedeten und glücklichen Daseins allseitig tätiger Individuen ermöglichen könnte und sie können geistige Tätigkeiten ebenso fördern. Die modernen Technologien unterliegen einer Dialektik, die bereits von DenkerInnen wie Karl Marx, Rosa Luxemburg, Herbert Marcuse und Ernst Bloch erkannt wurde.

*Das postfordistische Regulationsmodell* zeichnet sich durch Neoliberalismus, den Nationalen Wettbewerbsstaat, Deregulierung, Sozialabbau, Ende des Wohlfahrtsstaats/„Sicherheitsstaats“ und eine Zunahme der repressiven Absicherung des Kapitalverhältnisses nach Innen (verstärkte Überwachung, Law and Order-Politik) und Außen (Abdichtung der Grenzen, Militarisierung) (= Durchstaatlichung) aus.

Im *postfordistische Disziplinarmodell* emergieren partizipatorisches Management und neue Unternehmensphilosophien, die die Arbeitenden psychisch integrieren (bzw. zugespitzt formuliert: vereinnahmen und verzwecken) sollen, die „Disziplinargesellschaft“ im Sinn von Deleuze, eine Diversifizierung der Massenkultur, ein weiterer Individualisierungsschub durch den Neoliberalismus, die Prekärisierung der Lebensverhältnisse weiter Teile der Weltbevölkerung, die Verschärfung der globalen Probleme, Massenarmut, Massenarbeitslosigkeit, zunehmende Prekärisierung der Arbeitsverhältnisse, die Peripherisierung der kapitalistischen Zentren, die Feminisierung der Armut, Hausfrauisierung, eine Spaltung der Arbeitenden in KernarbeiterInnen und periphere ArbeiterInnen, eine Zunahme der Ungleichverteilung von Einkommen, Reichtum und Wohlstand, eine Ausweitung rassistischer Produktionsverhältnisse, die Verschärfung der ökologischen Krise und die Ausweitung von Milieus der ursprünglichen Akkumulation.

Als nächsten Punkt möchten wir eine Erklärung für die Krise des Fordismus bieten.

## 4.6. Die Krise des Fordismus

Es gibt keine marxistische Wirtschaftsrechnung. Ökonomische Daten werden heute nicht nach den von Marx verwendeten Kategorien berechnet, daher sind die Annahmen der Marxschen Werttheorie nur sehr schwer empirisch nachzuprüfen. Es gibt zwar Approximationsverfahren, die auf Basis der bürgerlichen Wirtschaftsrechnung operieren, es kann jedoch nicht davon ausgegangen werden, dass damit theoretische Annahmen, die im Rahmen marxistischer Werttheorien getroffen werden, im allgemeinen beweisbar sind. Die Stärke der marxistischen Krisentheorien liegt in der theoretischen Erklärung der Krisen des Kapitalismus aus den Antagonismen dieses Systems. Die Wirtschaftsrechnung agiert meist positivistisch und reduktionistisch, sie stellt darauf ab, ökonomische Prozesse zu prognostizieren. Komplexe, selbstorganisierende Systeme haben jedoch eine nichtlineare und multidimensionale Kausalität, ihr Verhalten ist daher nur sehr eingeschränkt vorhersagbar.

Soll für einen Wirtschaftszweig die Durchschnittsprofirate, die Rate des Mehrwerts und die organische Kapitalzusammensetzung im Marxschen Sinn bestimmt werden, so müssten mehrere Faktoren festgelegt und erhoben werden: Der Wert einer Ware bestimmt sich nach der dafür notwendigen gesellschaftlichen Arbeitszeit. Der Wert der Arbeitskraft ist nun aber bestimmt durch „den Wert der Lebensmittel, die zur Produktion, Entwicklung, Erhaltung und Verewigung der Arbeitskraft erheischt sind“ (Marx 1865, S. 398). D.h., es wäre zuerst ein Lebensstandard festzulegen, ein allgemeiner Durchschnittsarbeitsstandard in Stunden, der geleistet werden muss, um die notwendigen Lebensmittel zu kaufen. Ebenfalls müsste festgelegt werden, in wieviel Einheiten Geld sich diese gesellschaftliche Durchschnittsarbeit vergegenständlicht. Für jedes Unternehmen wäre dann die durchschnittliche Produktionszeit der produzierten Ware zu erheben (daraus kann der durchschnittliche Warenwert in gesellschaftlicher Arbeitszeit berechnet werden) und das dafür notwendige konstante und variable Kapital in gesellschaftlichen Durchschnittsarbeitsstunden. Erst dann könnte der durchschnittlich produzierte Mehrwert berechnet werden, damit die durchschnittliche organische Zusammensetzung und Mehrwerttrate im Unternehmen und somit schließlich die Durchschnittsprofirate für das Unternehmen. Aus den Durchschnittsprofiraten aller vergleichbaren Unternehmen könnte schließlich eine Durchschnittsbranchenprofirate berechnet werden. Es wäre weiters eine genaue Unterscheidung zwischen produktiven, d.h. mehrwertproduzierenden und mehrwertkonsumierenden Tätigkeiten zu treffen. Letztere tragen nicht zur Wertschöpfung bei, sie müssten also ausgeklammert werden. Diese Frage ist schon in der marxistischen Werttheorie äußerst umstritten (so gibt es z.B. als ein Extrem Ansichten, die meinen, jede Arbeit im Dienstleistungsbereich erzeuge Mehrwert und als ein anderes Ansichten, die genau das Gegenteil festhalten). Eine marxistische Wertrechnung würde also zunächst eine einheitliche marxistische Werttheorie voraussetzen, die es aber nicht gibt. Da außerdem die bürgerliche Wirtschaftsrechnung anders funktioniert als bei Marx, können die Marxschen Kategorien der Kritik der Politischen Ökonomie nicht im strengen Sinn berechnet werden. Aus diesem Grund legen wir in erster Linie Wert auf theoretische Erklärungen von Krisen, versuchen aber auch, an Hand von Näherungsdaten empirische Belege für unsere Thesen zu finden. Beim Bezug auf die bürgerliche Wirtschaftsrechnung muss aber immer im Auge behalten werden, dass automatisch eine Kluft zwischen marxistischer Werttheorie und -empirie besteht, die nicht geschlossen werden kann.

Werden statistische Daten aus der Zeit betrachtet, in der die Krise des Fordismus ihren Lauf nahm (etwa 1966-1974), so zeigen sich zwei Phänomene: Das Wachstum der Produktivitätszuwächse verlangsamte sich, es kam also zur relativen Abnahme des Produktivitätsanstiegs in den meisten westlichen Ländern. Und die Lohnkosten stiegen ab Mitte der sechziger Jahre

im Vergleich zu den beiden Jahrzehnten davor relativ schneller an. Des Weiteren können relative Abnahmen des Wachstums der Profitraten festgestellt werden.

All dies weist auf die gesellschaftliche Krise des Fordismus hin. Diese war auch Krise ökonomischer, politischer und kultureller/ideologischer Strukturen. Sie kann nicht auf einen einzelnen Bereich der Gesellschaft reduziert werden und auch nicht auf einen universellen (ökonomischen, politischen oder ideologischen) Antagonismus. Vielmehr hat diese Krise ökonomische, politische und ideologische Ursachen, die einerseits miteinander in Verbindung stehen, andererseits eine relative Autonomie voneinander haben. Die Krise des Fordismus war Resultat des für den Fordismus spezifischen Ensembles an ökonomischen, politischen und ideologischen Antagonismen.

Der Fordismus war u.a. geprägt durch Taylorisierung, voranschreitende Mechanisierung und Rationalisierung, große Firmenkonglomerate, Maschinentakt und Fließbandproduktion<sup>105</sup>. Gesellschaftliche Normen und Zwänge spiegeln sich im Fließband wider. Es kommt zur Speicherung allgemeinen sozialen Wissens im Fließband. Dieses Wissen wurde ehemals im Rahmen von Handarbeit angewandt und wird nun durch die Maschine automatisiert. Aus lebendigem Wissen wird totes, geronnenes Wissen in Form von maschinenförmigen Waren und fixem Kapital. Ehemals menschliche Tätigkeiten werden in die maschinelle Apparatur inkorporiert. Die Zeit- und Bewegungsstudien, die typisch waren für den Taylorismus, sollten helfen, die maschinelle Apparatur derart zu perfektionieren, dass nur noch wenige menschliche Handgriffe im Produktionsprozess notwendig sind. Der Maschinentakt diktierte in einem immer weiteren Ausmaß den Arbeitsgang, die Entfremdung der Menschen vom Produktionsprozess nahm durch die Monotonisierung der Arbeit qualitativ neue Formen an. Taylorismus und Fordismus basierten auf einem entwicklungsmodellspezifischen Antagonismus: Die Technisierung und Monotonisierung der Arbeit sollten den Produktionsprozess beschleunigen und durch relative Mehrwertproduktion die Umschlagszeit des Kapitals verkürzen. Ziel war, mehr Kapital in kürzerer Zeit zu akkumulieren. Die Disziplinierung der Arbeitenden durch Drohnungen, Aufsichtspersonal und die maschinelle Apparatur schlug aber ins Gegenteil um. Die Entfremdung erreichte ein derartiges Ausmaß, dass sich immer mehr Formen der bewussten und unbewussten Arbeitsverweigerung häuften: häufige Pausen, zu spät kommen, das bewusste Setzen von Fehlern, Sabotage, Arbeitsniederlegungen, Streiks, Verzögerungen etc. Dieser Anstieg des Klassenkampfes trug zum Anstieg der Fix- und Lohnkosten bei. Viele Arbeitende stießen durch die psychischen und physischen Belastungen bei der Fließbandarbeit an ihre eigenen Grenzen, was sich vielfach in einer verminderten Leistungsfähigkeit äußerte. Für das Resultat des Produktionsprozesses bedeutete dies, dass diese Limitierungen zur relativen Abschwächung des Produktivitätswachstums und zur Zunahme der Lohnkosten beitrugen.

Einige Daten zum Anstieg des Klassenkampfes Ende der 60er: Schaut man sich z.B. die Statistik der Arbeitskämpfe in den USA an, so zeigt sich ein deutlicher Anstieg Ende der 60er und Anfang der 70er. Waren es in den Jahren 1960-1965 insgesamt jährlich nicht mehr als 10-15 Millionen Arbeitstage, die den Kapitalisten durch Streiks usw. verloren gingen, so waren es 1968 35.367.000, 1970 52.761.000 und 1974 31.809.000 Tage (US Department of Labor, <http://stats.bls.gov/news.release/wkstp.t01.htm>). Ähnliches gilt z.B. für Großbritannien: Zwischen 1960 und 1965 gingen dort jährlich etwa 3-5 Millionen Arbeitsstunden durch Arbeitskämpfe verloren, 1969 waren es hingegen 6,9 Millionen, 1971 13,6 Millionen, 1972 23,909

---

<sup>105</sup> Andere Technologien und Ressourcen, die im Fordismus große Bedeutung gewannen, waren Elektrizität, Haushaltstechnologie, Auto, Öl und petro-chemische Verfahren

Millionen und 1974 14,75 Millionen (Office for National Statistics, Labour disputes: working days lost, 1901 to 1998: Social Trends Dataset, Dataset ST30426).

Der hier beschriebene für Taylorismus und Fordismus typische Widerspruch ist ein konkreter Ausdruck der antagonistischen, kapitalistischen Technik. Sie tritt den Lohnarbeitenden als entfremdendes Herrschafts- und Ausbeutungsmittel entgegen. Dieser Widerspruch ist also ein typischer Ausdruck der Zweck-Mittel-Verkehrung und der Selbstzweckhaftigkeit der Technik im Kapitalismus. Er steht auch im Zusammenhang mit dem Klassenkampf als politischem Ausdruck der Klassenantagonismen. Gerade in der zweiten Hälfte der 60er-Jahre nahm die Anzahl der Streiks und der Forderungen nach Lohnerhöhungen zu. Dieser in den einzelnen westlichen Staaten in unterschiedlichem Ausmaß geführte Klassenkampf zwang die Unternehmer und ihre organisierten Interessens- und Aushandlungsverbände Zugeständnisse bei den Löhnen zu machen. Auch dies trug zum relativen Anstieg der Löhne bei. Des Weiteren war es im Fordismus grundsätzlich notwendig, die Löhne zu erhöhen, um die Massenproduktion zu fördern. Vertreter der Profit-Squeeze-These (z.B. Negri, Wallerstein, Teile der Regulationisten) haben recht mit dem Argument, dass diese Lohnanstiege zur Krise des Fordismus beigetragen haben. Diese kann allerdings nicht auf den Profit-Squeeze reduziert werden. Abbildung 4.4. zeigt für die USA, dass die Löhne in den Nachkriegsjahren (besonders seit 1950) stark anstiegen.

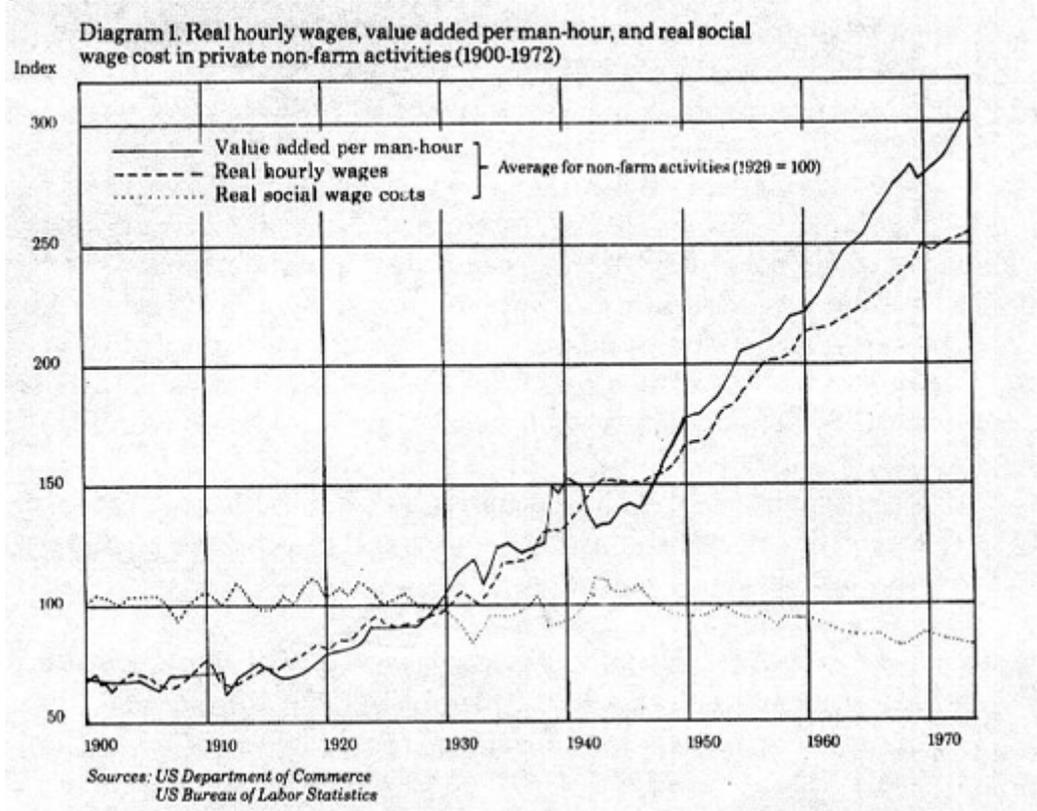


Abb. 4.4.: Löhne in den USA (aus: Aglietta 1979, S. 91)

Zum relativen Fall der Produktivitätszuwächse hat auch die Inflexibilität der Organisations- und Arbeitsweisen/-mittel des Fordismus und Taylorismus beigetragen. Produziert wurde vielfach in großen Unternehmenskomplexen wie River Rouge im Fall von Ford (105.000 Beschäftigte, 1.115 ha Oberfläche). Es wurde immer schwieriger, den Output einer Fließbandkette mit dem realen Bedarf abzustimmen. Die tayloristische Technik war unflexibel, sie konnte nicht adäquat verfeinert und an die ökonomischen Notwendigkeiten angepasst werden. Ihre positiven Auswirkungen auf den Produktionsprozess erreichten also Sättigungstendenzen. Es ergaben sich auch auf diese Weise immer mehr Wartezeiten und Unregelmäßigkeiten bei den Fließbandaktivitäten und den organisatorischen Abläufen.

Wir haben es in all diesen Fällen mit Antagonismen zu tun, die sich in der technischen und organisatorischen Struktur des Akkumulationsregimes abspielten. Auf diese Antagonismen hat vor allem die Regulationstheorie in der Tradition von Alain Lipietz und Michael Aglietta als Ursachen der Krise des Fordismus berechtigterweise hingewiesen. Hinzu kam der Klassenkampf von unten als politischer Ausdruck der Klassenantagonismen. All dies trug dazu bei, dass die Produktivitätszuwächse Ende der 60er und Anfang der 70er in vielen Ländern wie den USA, Deutschland und Japan rückläufig waren (siehe Abb. 4.5.). In einzelnen Ländern wie Großbritannien nahm die Produktivität aber im Vergleich dazu eher zu. In den Jahren 1972-79 war die Arbeitsproduktivität in allen westlichen Ländern außer den USA und Frankreich sehr niedrig. In diesem Zeitraum sind die Löhne zwar weniger schnell angestiegen als zuvor, es kam aber zu einer starken Zunahme der Inputkosten, was sich insgesamt ebenfalls wieder negativ auf die Profitraten auswirkte (zu allen Angaben siehe Glyn/Hughes/Lipietz/Singh 1990).

|                      | <i>1950er</i> | <i>Frühe 1960er</i> | <i>Späte 1960er</i> | <i>Frühe 1970er</i> |
|----------------------|---------------|---------------------|---------------------|---------------------|
| US                   |               |                     |                     |                     |
| <i>Business</i>      | 4.1 2.9       | 3.9                 | 2.1                 | 2.3                 |
| <i>Manufacturing</i> | 3.3 1.8       | 3.9                 | 1.6                 | 4.2                 |
| Japan                |               |                     |                     |                     |
| <i>Business</i>      | 7.7           | 9.9                 | 10.7                | 7.8                 |
| <i>Manufacturing</i> | 9.0           | 8.6                 | 11.4                | 9.5                 |
| Germany              |               |                     |                     |                     |
| <i>Business</i>      | (6.6)         | 5.8                 | 6.3                 | 5.4                 |
| <i>Manufacturing</i> | 6.8           | 6.8                 | 6.2                 | 5.0                 |
| UK                   |               |                     |                     |                     |
| <i>Business</i>      | 1.9           | 2.4                 | 3.0                 | 3.3                 |
| <i>Manufacturing</i> | 2.9           | 3.4                 | 4.1                 | 5.1                 |
| France               |               |                     |                     |                     |
| <i>Business</i>      | 4.9           | 5.5                 | 5.6                 | 6.3                 |
| <i>Manufacturing</i> | 5.5           | 6.5                 | 7.6                 | 6.1                 |
| Italy                |               |                     |                     |                     |
| <i>Business</i>      | 5.8           | 7.3                 | 6.9                 | 7.0                 |
| <i>Manufacturing</i> | 5.8           | 8.1                 | 7.3                 | 8.6                 |

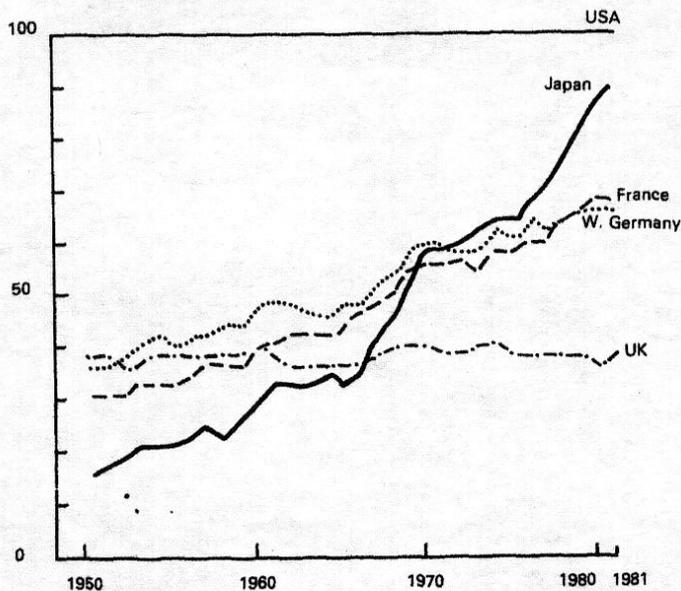
Abb 4.5. Produktivitätszuwächse westlicher Staaten (Hourly productivity growth, average annual percentage growth rates; aus: Glyn/Hughes/Lipietz/Singh 1990, Tab. 2.7.)

In den Jahren 1960-1970 betrug die durchschnittliche Wachstumsrate im Fertigungsbereich in den industrialisierten Ländern 5,9%, in den Jahren 1970-81 nur mehr 3,1% (Lipietz 1987, S.

85). Ähnliche Daten für die Produktivität pro Stunde (hourly productivity, real value added per hour worked) kommen zu demselben Ergebnis: Der Produktivitätszuwachs war in den 6 größten OECD-Ländern in den frühen 60ern durchschnittlich 6,2%, in den späten 60ern 6,4%, von 1973-75 nur mehr 2,3% und von 1975-79 4,5%, Glyn/Hughes/Lipietz/Singh 1990, Tab. 2.11.).

In den meisten Ländern waren in den 70ern die Produktivitätszuwächse um ein bis drei Prozent niedriger als in den 10 Jahren davor. Abbildung 4.6. zeigt uns, dass die Produktivitätszuwächse des Fertigungsbereichs in Großbritannien, Deutschland und Frankreich von Ende der 60er bis Anfang der 80er nur sehr langsam anstiegen, während Japan durch den Übergang zur flexiblen Produktionsweise hohe Zugewinne verzeichnete (in Japan zeigte sich Anfang der 70er ein Einbruch der Produktivität, siehe Abb. 4.6.+4.7., danach ein Aufschwung). Auch Abbildung 4.7. zeigt, dass in Frankreich, Italien, Großbritannien und Deutschland die Produktivität in den Jahren 1974-1980 nicht wesentlich anstieg, während sich die USA langsam erholten und Japan ein höheres Wachstum verzeichnete. Aus dieser Grafik zeigt sich auch, dass es zu Beginn der 80er-Jahre in GB und den USA im Rahmen der Politik des Thatcherismus und der Reaganomics zu stärkeren Produktivitätsverlusten kam. Für die USA zeigt Abbildung 4.8., dass die Produktivität der Abteilungen I und II in den Jahren 1958-1965 schneller anstieg als in den Jahren 1966-1972. Im Lauf der 70er erzielten die USA wieder ein höheres Produktivitätswachstum.

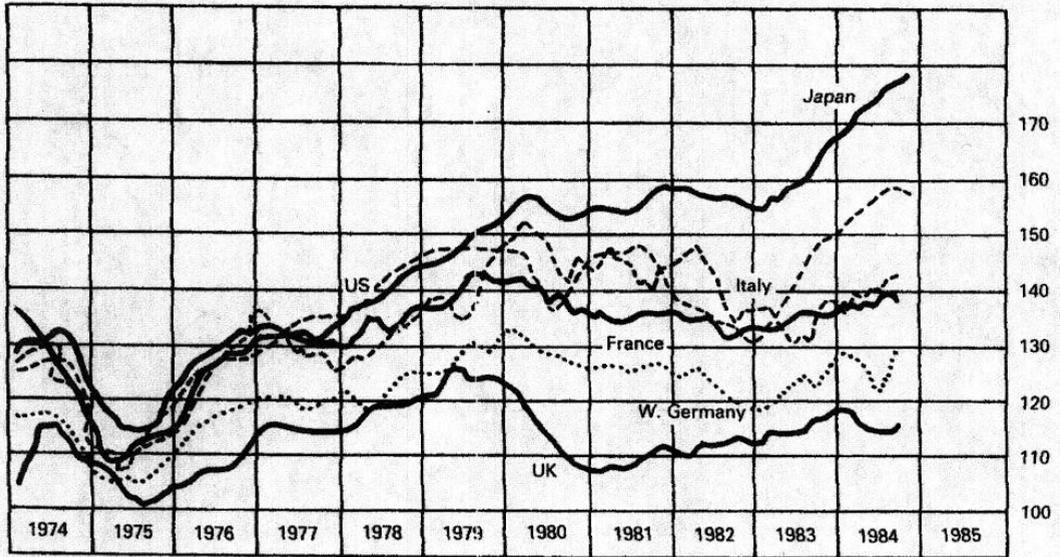
Graph 2  
Per Capita Levels of Productivity in Manufacturing Industry: 1950-81.  
Base 100 = USA



Source: CEPIL.

Abb. 4.6.: Produktivitätsniveaus in der Fertigungsindustrie im Vergleich zu den USA (aus: Lipietz 1987, S. 138)

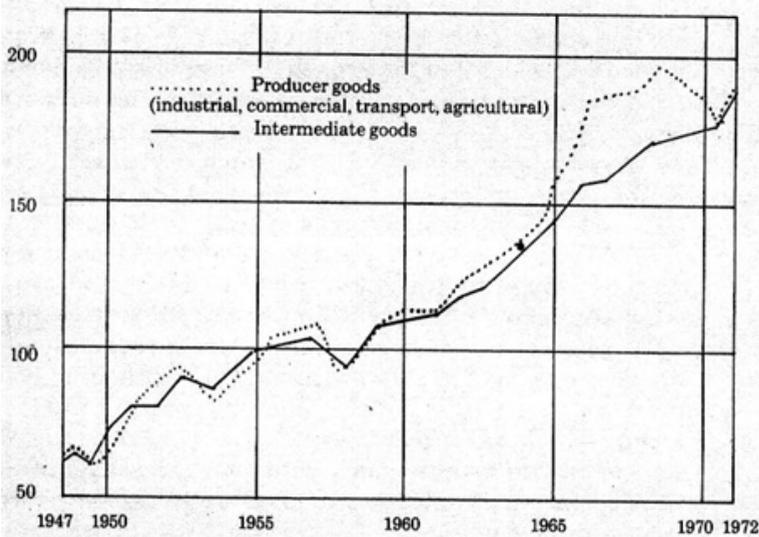
Graph 3  
Industrial Output Since 1974



Source: INSEE, *Tendances de la conjuncture*.

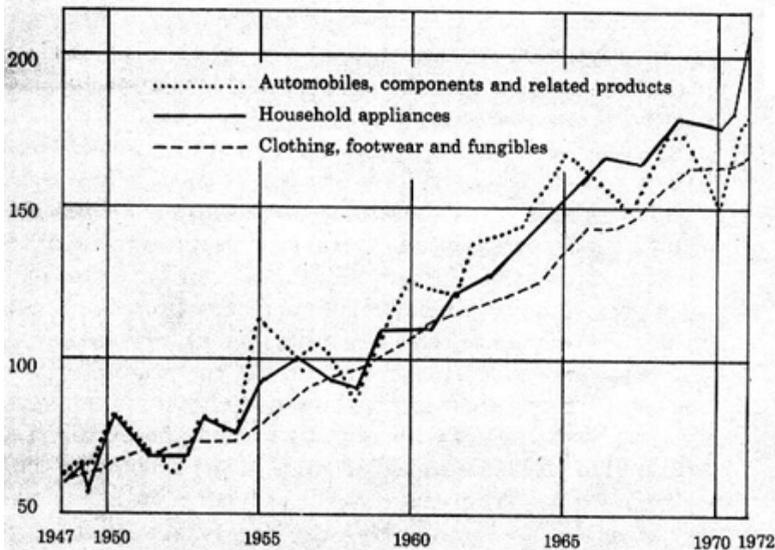
Abb 4.7. Industrielle Produktion 1974-1984 (aus: Lipietz 1987, S. 158)

Auch die Antagonismen zwischen lebendiger und toter Arbeit und zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen spielten in der Krise des Fordismus eine eigenständige Rolle: Durch das Voranschreiten der Mechanisierung und Rationalisierung nahm die organische Zusammensetzung des Kapitals im Fordismus permanent zu. In den Goldenen Jahren des Wachstums konnte aber die Produktivität und damit die Rate des Mehrwerts in so einem Ausmaß gesteigert werden, dass die Profitraten relativ rasch anstiegen. Durch die ersten Auswirkungen der auf der Mikroelektronik basierenden Formen der Automatisierung hat jedoch im Lauf der 60er-Jahre das Wachstum der organischen Zusammensetzung den Anstieg der Mehrwertrate überholt. So schritt in den 60ern etwa die Automatisierung der Verwaltung und der industriellen Produktionsverfahren immer weiter voran. Bereits Mitte der 50er-Jahre erlangte die elektronische Datenverarbeitung im privaten Sektor der USA immer größere Bedeutung. Durch die voranschreitende Automatisierung wurde die Masse des produzierten Mehrwerts beschränkt und das Wachstum der Mehrwertrate erschwert.



**Diagram 3. Industrial production by volume in the department producing producer goods (1957-1959 = 100)**

Source: US Department of Commerce



**Diagram 4. Industrial production by volume in the department producing consumer goods (1957-1959 = 100)**

Source: US Department of Commerce

Abb. 4.8. Industrielles Produktionsvolumen in den USA (aus: Aglietta 1979, S. 98)

Hier zeigte sich also der Widerspruch zwischen lebendiger und toter Arbeit, dass die Rationalisierung zur Ersetzung von immer mehr lebendiger Arbeitskraft durch tote Arbeit in der Form von Maschinen führt, die Wertproduktion aber laut dem Wertgesetz auf eben dieser lebendigen Arbeitskraft basiert. Wird also die lebendige Arbeit immer weniger, so kann dies unter dem zusätzlichen Einfluss verschiedener Faktoren zu einer Krise des Werts führen. Dieser Widerspruch wirkte seit Mitte der 60er-Jahre sehr einschränkend auf die Wertproduktion. Durch den Einsatz zusätzlicher Kapitalmengen ließen sich immer weniger zusätzlicher Profit schöpfen (Überakkumulation). Mit der Betonung dieser Aspekte der Überakkumulation und des TFPR haben Theorien wie jene des STAMOKAP (etwa bei Paul Boccara), von Ernest Mandel, Anwar Shaikh oder der Krisis und Robert Kurz einen bedeutenden Aspekt der Krise des Fordismus angesprochen, der von der Regulationstheorie zumeist nur am Rande erwähnt wird. Das Problem dieser Ansätze besteht jedoch i.d.R. darin, dass sie Krisen auf die angenommene Universalität der Überakkumulation und des TFPR reduzieren, die Krisenerklärung also mehrfach ökonomistisch verkürzen.

Um die organische Zusammensetzung des Kapitals zu approximieren, wird – da es keine Wirtschaftsrechnung in marxistischen Kategorien gibt – häufig der Kapitalkoeffizient als Näherungswert benutzt. Der Kapitalkoeffizient  $k$  wird berechnet als  $k = K / Y$ , wobei  $K$  der Kapitalstock und  $Y$  das Volkseinkommen ist. Häufig finden sich in statistischen Daten Angaben zur Inversion des Kapitalkoeffizienten (output/capital ratio), also zu  $Y / K$ . Negative Werte bedeuten dabei einen Anstieg des Kapitalkoeffizienten, d.h. der organischen Zusammensetzung des Kapitals. In den frühen 60ern betrug das durchschnittliche Wachstum der Inversion des Kapitalkoeffizienten in den sechs größten OECD-Ländern (=ACC's) 0,2%, in den späten 60ern 0,6%, in den frühen 70ern -0,6% und in den Jahren 1973-75 -7,2%. Dies kann darauf zurückzuführen sein, dass die mikroelektronische Revolution in die Ökonomie diffundierte und ab Anfang der 70er zu einem Anstieg der organischen Zusammensetzung des Kapitals geführt hat. Abbildung 4.9. zeigt, dass der Kapitalkoeffizient in den USA im Fertigungsbereich Ende der 60er anstieg, in Japan Anfang der 70er, in Deutschland und Großbritannien seit Ende der 60er. Abbildung 4.10. zeigt, dass in den Jahren 1973-85 in den USA, Großbritannien, Deutschland und Großbritannien der Kapitalkoeffizient, also die organische Zusammensetzung, anstieg. Dies kann als (für die Ökonomie negative) Auswirkung der mikroelektronischen Revolution interpretiert werden. Zugleich waren die Produktivitätszuwächse i.A. niedrig. Gemeinsam wirkte dies negativ auf die Profitraten. Nur in Japan zeigt sich in den Jahren 1979-85 eine Abnahme der organischen Zusammensetzung des Kapitals und eine hohe Produktivität, was in hohen Durchschnittsprofitraten resultiert.

|                         | <i>1950er</i> | <i>Frühe 1960er</i> | <i>Späte 1960er</i> | <i>Frühe 1970er</i> |
|-------------------------|---------------|---------------------|---------------------|---------------------|
| US                      |               |                     |                     |                     |
| <i>Business</i>         | 0.4           | 2.6                 | 0.4                 | 0.9                 |
| <i>Manufacturing</i>    | -1.5          | 4.5                 | -1.6                | 1.3                 |
| <i>(adj. capt. ut.)</i> | 0.4           | 1.6                 | -0.1                | 1.4                 |
| <i>(adj hrs.)</i>       | -             | -                   | -                   | -                   |
| Japan                   |               |                     |                     |                     |
| <i>Business</i>         | 4.6           | -0.3                | 0.2                 | -3.4                |
| <i>Manufacturing</i>    | 5.0           | -3.4                | 0.5                 | -2.4                |
| <i>(adj. capt. ut.)</i> | 3.5           | -1.1                | -0.4                | 0.1                 |
| <i>(adj hrs.)</i>       | 4.5           | -2.4                | 1.5                 | -1.4                |

|                         |       |      |      |      |
|-------------------------|-------|------|------|------|
| Germany                 |       |      |      |      |
| <i>Business</i>         | 0.4   | -2.6 | -1.8 | -2.3 |
| <i>Manufacturing</i>    | 0.3   | -1.6 | -0.3 | -2.1 |
| <i>(adj. capt. ut.)</i> | 0.3   | -1.6 | -0.3 | -1.5 |
| <i>(adj hrs.)</i>       | 1.4   | -0.8 | -0.3 | -1.2 |
| UK                      |       |      |      |      |
| <i>Business</i>         | -0.2  | 0.4  | -1.5 | -0.7 |
| <i>Manufacturing</i>    | -1.3  | -0.1 | -0.4 | -0.7 |
| <i>(adj. capt. ut.)</i> | -1.2  | 0.4  | -0.2 | -1.1 |
| <i>(adj hrs.)</i>       | -1.2  | 0.6  | 0.1  | 0.3  |
| France                  |       |      |      |      |
| <i>Business</i>         | (2.0) | 1.6  | 0.2  | 0.1  |
| <i>Manufacturing</i>    | -     | 2.3  | 1.7  | 0.0  |
| <i>(adj. capt. ut.)</i> | -     | 1.7  | 1.3  | 0.8  |
| <i>(adj hrs.)</i>       | -     | 1.7  | 2.1  | 0.3  |
| Italy                   |       |      |      |      |
| <i>Business</i>         | 1.8   | -0.1 | 2.4  | -1.2 |
| <i>Manufacturing</i>    | 0.3   | -0.2 | 4.1  | 0.3  |
| <i>(adj. capt. ut.)</i> | 0.4   | 0.7  | 2.5  | 0.3  |
| <i>(adj hrs.)</i>       | 0.4   | 1.3  | 5.2  | 3.6  |

Abb. 4.9.: Das Wachstum der Inversion des Kapitalkoeffizienten in den 60ern und frühen 70ern in den USA, Japan, Deutschland, Großbritannien, Frankreich und Italien (output/capital ratios, average annual percentage growth rates, for each country line 3 adjusts for estimated changes in capacity utilization, line 4 adjusts for hours of work; aus: Glyn/Hughes,/Lipietz/Singh 1990, Tab. 2.8.)

Lipietz (1987, S. 140) weist darauf hin, dass in Japan der Kapitalkoeffizient in den Jahren zwischen 1974 und 1982 jährlich etwa um 2 Prozent sank. Die fallende organische Zusammensetzung sei Resultat einer ökonomischen Umstrukturierung hin zu leichteren Industrien und Elektronik gewesen. In anderen Ländern habe der Kapitalkoeffizient hingegen weiters zugenommen: in GB (+4% pro Jahr von 1974-82), Frankreich (+2%), den USA (+1,4%) und Deutschland (+0,3%). In den westlichen Ländern war die Wert- und Profitproduktion durch die Auswirkungen der 3. industriellen Revolution auf die organische Zusammensetzung und die sich nicht im ausreichenden Ausmaß damit einstellenden Produktivitätszuwächse in diesen Jahren in einer Krise, Japan bildete die große Ausnahme, hier konnten stark wachsende Profitraten verzeichnet werden.

Anwar Shaikh (1999) kommt in seiner Untersuchung zu dem Ergebnis, dass in den USA in den Jahren 1948-82 und in Japan sowie Deutschland in den Jahren 1961-1991 der Kapitalkoeffizient (also die organische Zusammensetzung des Kapitals) eindeutig angestiegen ist (siehe Shaikh 1999, Fig. 3, Tab. 1 + S. 8f). Die Inversion des Kapitalkoeffizienten betrug demnach in den USA in den genannten Jahren -2,23%, in Deutschland -1,38% und in Japan -2,73%. Dies bedeutet also für alle drei Länder einen klaren Anstieg der organischen Zusammensetzung des Kapitals. Visualisiert sind diese Ergebnisse in Abb. 4.11. Im Gegensatz zu Lipietz kommt Shaikh zu dem Ergebnis, dass der Anstieg der organischen Zusammensetzung auch ein wesentliches Charakteristikum der japanischen Ökonomie darstellt. Gemeinsam ist beiden Ergebnissen, dass sie auf solche Anstiege innerhalb des kapitalistischen Weltsystems hinweisen. Das differente Ergebnis hinsichtlich Japan lässt sich aus unterschiedlichen Ausgestaltung der Be-

rechnung der Inversion des Kapitalkoeffizienten ableiten: Lipietz et al. berechnen diese als net value added<sup>106</sup> / net capital stock, Shaikh verwendet beim Kapitalstock die Bruttowerte.

|                                 | <i>Späte 1960er</i> | <i>1973-79</i> | <i>1979-85</i> |
|---------------------------------|---------------------|----------------|----------------|
| US                              |                     |                |                |
| <i>Hour/labour productivity</i> | 4.2                 | 1.3            | 3.4            |
| <i>Output/capital ratio</i>     | 1.3                 | -1.6           | -0.7           |
| Japan                           |                     |                |                |
| <i>Hour/labour productivity</i> | 9.5                 | 5.6            | 6.2            |
| <i>Output/capital ratio</i>     | -2.4                | -0.8           | 2.8            |
| Germany                         |                     |                |                |
| <i>Hour/labour productivity</i> | 5.0                 | 4.3            | 3.1            |
| <i>Output/capital ratio</i>     | -2.1                | -0.4           | -0.3           |
| France                          |                     |                |                |
| <i>Hour/labour productivity</i> | 6.1                 | 4.9            | 3.5            |
| <i>Output/capital ratio</i>     | 0.0                 | -1.1           | -3.8           |
| UK                              |                     |                |                |
| <i>Hour/labour productivity</i> | 5.1                 | 1.2            | 3.9            |
| <i>Output/capital ratio</i>     | -0.7                | -3.1           | -1.7           |
| Italy                           |                     |                |                |
| <i>Hour/labour productivity</i> | 8.6                 | 3.3            | 3.3            |
| <i>Output/capital ratio</i>     | 0.3                 | 0.0            | -1.0           |

Abb. 4.10: Das Wachstum der Inversion des Kapitalkoeffizienten von den späten 60ern bis Mitte der 80er in den USA, Japan, Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Italien (productivity and output/capital ratios manufacturing 1965-1985, % change per annum; aus: Glyn/Hughes/Lipietz/Singh 1990, Tab. 2.9.)

Krisenfördernd war auch die zunehmende Konkurrenz auf dem Weltmarkt für die USA durch Japan und Europa. Als eine erste Reaktion auf die Krise zeigt sich Ende der 60ern eine zunehmende Internationalisierung des Kapitals und eine Beschleunigung der Automation. Es wurde versucht, die Produktion in Ländern aus Süd- und Osteuropa, Südamerika und Ostasien zu verlagern, deren Regulationsweise höhere Profite begünstigt. Die Konkurrenz auf dem Weltmarkt verschärfte sich auch durch den Anstieg der Rohstoffpreise (vor allem Öl). Die Regulationsweise der westlichen Staaten war in dieser Phase noch weitgehend nationalstaatlich und monopolistisch orientiert. Durch den Internationalisierungsschub wurde es aber immer schwieriger, die nationalen fordistischen Regulationsweisen aufrechtzuerhalten. Es zeigte sich ein Widerspruch zwischen Internationalisierung der Produktion und nationalstaatlicher Regulation. Durch die nachholende Modernisierung in Europa und Japan und die Beschleunigung des technischen Fortschritts in diesen Ländern, wurde es für die USA immer schwieriger, eine hege-monale Position am Weltmarkt einzunehmen. Der Marktführer in einem gewissen Bereich kann durch Technologievorsprünge gegenüber den Konkurrenten seine Waren billiger anbieten. Die Konkurrenten müssen bewusst niedrigere Profitraten in Kauf nehmen, um mitzuhalten. Es bedarf dann vor allem auch verstärkter Investitionen in die Produktionstechnik, also einem Anstieg der Fixkosten. Dies kann negativ auf die Profitraten wirken und zum Aufbau von Überproduktion und Überkapazitäten beitragen. Für die USA bedeutete der Anstieg der internationalen Konkurrenz die Zunahme des Handelsbilanzdefizits. In den Jahren 1965-69

<sup>106</sup> Value Added = Löhne + Renten + Indirekte Steuern + Profit

tionalen Konkurrenz die Zunahme des Handelsbilanzdefizits. In den Jahren 1965-69 hatten die USA noch 66,6% Anteil an den jährlichen Ausländischen Direktinvestitionen (ADI), 1970-74 51,7%, 1975-79 45,7%, 1980-84 13,2%, 1985-88 24,1%. Gleichzeitig nahm der Anteil Japans und Europas wesentlich zu: Japan 1965-69 1,8%, 1970-74 6%, 1975-79 6,2%, 1980-84 10,9%, 1985-88 16,1%; Europa: 1965-69 29,3%, 1970-74 37%, 1975-79 41,6%, 1980-84 63,2%, 1985-88 50,8% (Hopkins/Wallerstein 1996, Tab. 3.7., S. 72).

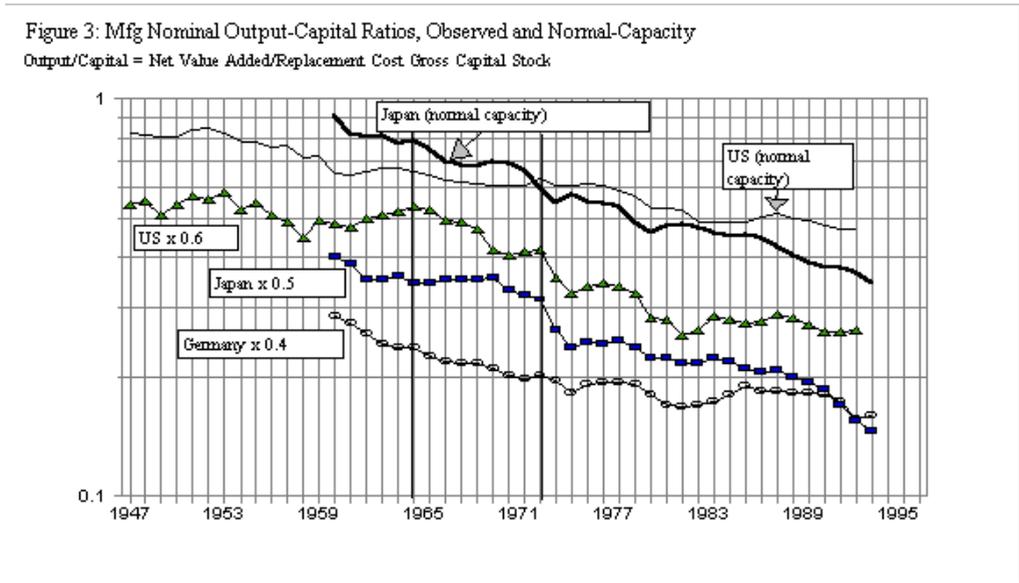


Abb. 4.11.: Das Wachstum der Inversion des Kapitalkoeffizienten für die USA, Japan und Deutschland seit den 60ern nach Anwar Shaikh (1999, Fig. 3).

Zusätzlich zeigten sich ein ansteigendes Budgetdefizit, eine steigende Privatverschuldung durch die massive Vergabe von Konsumentenkrediten (zur Ankurbelung des Massenkonsums) und hohe Militärausgaben (Vietnam-Krieg). Der Dollar geriet seit Mitte der 60er dadurch immer stärker in eine Krise. Da durch die Bindung an den Dollar andere Nationalwährungen in ihrer Stabilität gefährdet wurden, begannen verschiedene Ländern, ihre Währung nicht mehr an den Dollarkurs, sondern an den eigenen Goldvorrat zu binden. Um den Vietnamkrieg zu finanzieren, schmissen die USA die Notenpresse an. Es erfolgte dabei ein Vorgriff auf noch nicht erwirtschaftetes Geldkapital, der Dollar entwertete sich zunehmend. Die „Überproduktion“ von Dollar wirkte inflationär. Da der Dollar Weltgeld war, wurde die zunehmende Inflation aus den USA in andere Länder exportiert. Der Wert des Dollars fiel im Vergleich zu anderen Währungen immer stärker. Schließlich brach 1973 das Bretton Woods-Abkommen, in der die fixen Bindungen an den Dollar geregelt wurden, zusammen, als europäische Staaten diese Bindung aufgaben und ihre Währungen gegenüber dem Dollar frei floaten ließen. Der Wechselkurs zum Dollar flexibilisierte sich dadurch, die Währungsspekulation vereinfachte sich seither. Als neues Phänomen zeigte sich in der Krise die Stagflation, eine wirtschaftliche Stagnation in Verbindung mit einer starken Inflation. Trotz Stagnation, d.h. Konjunkturrückgang, sinken die

Preise nicht, sondern steigen weiter an. Neu war auch das Phänomen von hoher Arbeitslosigkeit bei hoher Inflation.

Die Krise des Fordismus war auch politische Krise und damit Krise der politischen Strukturen. Im Fordismus griff der Staat lenkend in die Ökonomie ein, dies war die Politik des Keynesianismus. Diese ging davon aus, dass Investitionen des Staates in sozialstaatliche Strukturen und die Ökonomie durch einen Vorgriff auf noch nicht produziertes und erwirtschaftetes Geldkapital finanziert werden sollte. Dieses Politik des „Deficit Spendings“ führte zur Anhäufung von Staatsschulden und Budgetdefiziten. Es wurde davon ausgegangen, dass der investierende Staat durch diese Defizite die Ökonomie derart ankurbeln könne, dass sich ein permanentes Wirtschaftswachstum ergibt, wodurch das Defizit wieder abgebaut werden könne. Durch den Anstieg der Verschuldung sollten strukturelle Krisen verzögert werden, die keynesianische Politik bedeutete einen Vorgriff auf in der realen Produktion noch nicht produziertes Kapital. Durch die reale ökonomische Krise des Fordismus verschärfte sich aber auch die Krise des Staats, da sich die Steuereinnahmen reduzierten. Die große Weltwirtschaftskrise von 1974/75 führte schließlich endgültig zur Abkehr keynesianischer Wirtschaftspolitik. Keynes übersah, dass der Kapitalismus objektiv strukturellen Krisen unterliegt. Es wurde fälschlicherweise davon ausgegangen, dass eine dauerhaft oder ewig stabile Kapitalakkumulation möglich sei. Der keynesianische Interventionismus und die Politik des Deficit Spendings gerieten in eine Krise, es wurde immer mehr bezweifelt, dass politische Entscheidungen darauf basieren sollten. Dies leitete den Übergang von der keynesianischen zur neoliberalen Politik ein.

Hohe Staatsausgaben waren im Fordismus notwendig, um das Modell von Massenproduktion und Massenkonsum zu ermöglichen. Erhöhung der Löhne, Anerkennung der Gewerkschaften im Rahmen korporatistischer Aushandlungssysteme und der Aufstieg des Wohlfahrtsstaats waren notwendig, um die Kaufkraft der Arbeitenden und ihre Arbeitsfähigkeit zu stärken bzw., wie Immanuel Wallerstein sagt, um die „gefährlichen Klassen“ in Zaum zu halten. Ohne diese Staatsinvestitionen wäre der Fordismus viel früher in eine tiefe Krise geschlittert. Übersehen wurde bei dieser Annahme aber eben die strukturelle Krisenhaftigkeit und Widersprüchlichkeit des Kapitalismus, die sich trotz Staatsintervention oder gerade verstärkt durch diese durchsetzt.

Krise des Fordismus bedeutet auch ideologische Krise und damit Krise der kulturellen Strukturen. Im Rahmen der Studentenbewegung und der Neuen Sozialen Bewegungen äußerte sich seit Mitte der 60er immer stärkere Kritik am fordistischen Gesellschaftsmodell. Neue Wertorientierungen, die sich gegen Autoritäten, Massenkonsum, Krieg, Naturzerstörung, Frauenunterdrückung und Monotonie der Arbeit und des Lebens wendeten, erfuhren eine immer weitere Ausbreitung. Die Überzeugung, dass das fordistische Entwicklungsmodell keine Perspektive mehr biete, diffundierte in die Gesellschaft. Dadurch konstituierte sich die Krise des Fordismus auch als eine Krise seiner Hegemonie. Bestehende gesellschaftliche Normen und Werte, also kulturelle Informationen des Fordismus wurden immer stärker in Frage gestellt.

Die Formel für die Profitrate

$$p = \frac{m}{c + v} = \left( \frac{\frac{m}{v}}{\frac{c}{v} + 1} \right)$$

zeigt, dass diese von der Rate des Mehrwerts und der organischen Zusammensetzung des Kapitals abhängt. Als typische Antagonismen haben wir den antagonistischen Selbstzweck des Fließbandes dargestellt, der zum Anstieg von Streiks und Arbeitsverweigerungen geführt hat und die psychische und physische Leistungsfähigkeit der Arbeitenden einschränkte. Die Zu-

nahme des Klassenkampfes ist politischer Ausdruck der Klassenantagonismen und äußert sich als Profit-Squeeze. Weiters erwähnten wir die Inflexibilität der Organisations- und Arbeitsweisen sowie -mittel. Dies führte zum Anstieg der Lohnkosten und dem Sinken der Produktivitätszuwächse. Die zunehmende Automatisierung führte dazu, dass das Wachstum der organischen Zusammensetzung des Kapitals schneller wuchs als die Zunahme der Mehrwertrate. Dies ist Ausdruck des Widerspruchs zwischen lebendiger und toter Arbeit sowie zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen. Hinzu kam Anfang der 70er ein Anstieg der Rohstoffkosten, also des konstanten Kapitals. Diese Widerspruchsstruktur des Fordismus führte in ihrer Gesamtheit zum Fall der Durchschnittsprofitraten. Die Krise wurde auch begünstigt und mitverursacht durch den Widerspruch zwischen Internationalisierung und nationalstaatlicher Regulation, den Anstieg der internationalen Konkurrenz, die politischen Fehler des Keynesianismus und die hegemoniale Krise, die vor allem durch die neuen Protestbewegungen gefördert wurde.

Die Krise des Fordismus war also Einheit von ökonomischer, politischer und ideologischer Krise und damit auch Krise der Gesellschaftsstrukturen. Mehrere Antagonismen, die für den Fordismus typisch waren, äußerten sich parallel und wirkten derart zusammen, dass sich ein relativer Fall der allgemeinen Profitraten in den einzelnen westlichen Ländern einstellten. Die Krise ging von den USA aus, durch die zunehmende Internationalisierung, der Funktion des Dollars als Weltgeld und spezifische europäische und asiatische Ausprägungen der beschriebenen Widersprüche wurde aus der Krise schließlich eine Weltwirtschaftskrise. Diese wurde zumeist auf den Ölpreisschock reduziert, tatsächlich waren aber die antagonistischen Strukturen des Kapitalismus und des Fordismus ausschlaggebend. Ein solch einzelnes Element kann in einem komplexen System wie dem kapitalistischen Weltsystem bestenfalls Auslöser einer Krise sein. Seit Oktober 1973 stieg der Ölpreis stark an, da die arabischen Staaten Geld brauchten, um den 4. Nahostkrieg gegen Israel zu finanzieren. Im Oktober 1973 entschloss sich die Organisation der Arabischen Erdölexportierenden Staaten (OPEC), die Produktion und den Export von Erdöl solange um fünf Prozent gegenüber September 1973 zu vermindern, bis Israel die besetzten Gebiete in Ägypten und Jordanien räumen würde. Dadurch sollte eine Abkehr der Unterstützung Israels durch Europa und die USA erreicht werden. Dies war jedoch nicht der einzige Grund für den Ölpreisanstieg. Der weltweite Anstieg der Inflation und der anhaltende Kursverfall des Dollars (Öl wurde mit Dollars bezahlt) waren mindestens ebenso bedeutend. Schon aus diesem Grund kann die Krise nicht auf das Erhöhen des Ölpreises durch die damals vielfach rassistisch verteufelten Araber reduziert werden. Die dargestellten Selbstwidersprüche des fordistischen Kapitalismus war diesen Aktivitäten eben vorgelagert.

Die Krise des Fordismus führte zu einer gesellschaftlichen Restrukturierung, die wir nun darstellen wollen.

#### 4.7. Die Restrukturierung in Folge der Krise des Fordismus

Eine gesamtgesellschaftliche Krise des Kapitalismus wie jene des Fordismus bedeutet immer Krise der ökonomischen, politischen und ideologischen Strukturen. Von größter Bedeutung ist dabei die Krise der Ökonomie, also von Waren und Kapital, d.h. dass die Kapitalakkumulation nicht stabil verläuft und sich Störungen bzw. relative Abfälle des zeitlichen Zuwachs der Profitrate ergeben. Eine solche große Krise führt häufig zur umfassenden gesellschaftlichen Restrukturierung, im Rahmen derer neue emergente Eigenschaften der gesellschaftlichen Subsysteme emergieren. Es geht dabei um die Etablierung neuer Strategien der Kapitalakkumulation, um diese wieder zu stabilisieren. Die Durchsetzung eines neuen Entwicklungsmodells und

neuer Strategien bedeutet jedoch nicht automatisch das Ende der Akkumulationskrise, es zeigen sich zunächst emergente Qualitäten von Disziplinarregime, Regulationsweise und Akkumulationsregime, ob diese zur Stabilisierung der Akkumulation beitragen hängt davon ab, ob der Gesamtkrise ausreichend entgegenwirkende Ursachen mobilisiert werden können. Ob dies gelingt, ist jedoch nicht determiniert.

Der Übergang zum Postfordismus erfolgte nun eben im Rahmen der Suche nach Lösungen der Krise des Fordismus und des Versuchs, die Kapitalakkumulation erneut zu stabilisieren. Die Politik des Neoliberalismus als neue Qualität der Politik des Postfordismus zielt darauf ab, Rahmenbedingungen für die Ökonomie zu schaffen, die es den Unternehmen erlauben, ihre Profite durch die Minimierung der Investitionskosten (variables und konstantes Kapital) zu steigern. Resultat davon sind Deregulierung, prekäre Beschäftigungsverhältnisse, Sozialabbau, Verschlechterung des Arbeits- und Sozialrechts, Senkung der Kapitalbesteuerung das Ende des Wohlfahrtsstaats, flexible Arbeitszeiten, relative Abnahme der Lohnzuwächse gegenüber des Kapitalwachstums, Hausfrauisierung etc.

Vorreiter dieser Politik waren in den 80ern Reagan und Thatcher, heute hat sich der Neoliberalismus als allgemeine Politikform in der gesamten westlichen Welt durchgesetzt. Thatcher und Reagan galten die Arbeiter und Gewerkschaften als „zu stark“ und eine Gefahr für die reibunsfreie Akkumulation des Kapitals. Daher wurden die Macht und der Einfluss der Gewerkschaften durch verschiedene Maßnahmen radikal eingeschränkt. Auch heute zeigen sich im Rahmen neoliberaler Politik immer wieder gegen die Gewerkschaften gerichtete Strategien. Auch der erneute Schub ökonomischer Globalisierung und die Ausbildung des Nationalen Wettbewerbsstaats (Hirsch 1995) sollten in diesem Zusammenhang betrachtet werden. Es geht um die Verlagerung der Produktion in andere Gebiete, die eine Senkung des konstanten und variablen Kapitalanteils ermöglichen, damit die Profitraten erhöht werden können.

Wie wir in Abschnitt 1.2. gesehen haben, steht auch bei der Umstrukturierung von Unternehmen (Dezentralisierung, Flexibilisierung, Entierarchisierung, Outsourcing, schlanke Unternehmensstruktur, flache Hierarchien, Lean-Production, Just-in-Time-Production etc.) vorwiegend nicht die Humanisierung der Arbeit, sondern die Erhöhung des Profits durch Kosteneinsparung im Vordergrund. Das Basismodell ist die japanische Lean-Production bei Toyota, daher wird auch des öfteren vom Toyotismus gesprochen. „The basic purpose of the Toyota production system is to increase profits by reducing costs - that is, by completely eliminating waste such as excessive stocks or workforce“ (Monden 1983, S. 11).

Wir haben von neuen Qualitäten des Disziplinarmodells, der Disziplinargesellschaft im Sinn von Deleuze (1993) gesprochen. Dabei geht es darum, die Arbeitenden ideologisch in den Betrieb einzubinden. Verlangt wird Motivation und Identifikation, es gibt Bonussysteme, Share Options, Teamarbeit, flache Hierarchien, mehr Entscheidungsspielraum etc. Unabhängig davon, ob dies zu einer Humanisierung der Arbeit beiträgt (vgl. zu dieser Diskussion Abschnitt 1.2.), muss gesagt werden, dass es auch bei diesen Maßnahmen in erster Linie um die Steigerung der Produktivität und damit um die Erhöhung des Profits geht.

Es zeigt sich heute einerseits partizipatives Management, andererseits auch eine Retaylorisierung der Arbeit im Rahmen von Produktionsweisen, die in der Tradition der japanischen Lean-Production stehen. Zielen diese neuen Produktionsweisen auch auf die psychische Integration und Verzweckung der Arbeitenden, so könnte sich wie im Fordismus auch ein Widerspruch hinsichtlich dieser Organisationsweise der Arbeit manifestieren, der zum Anstieg von bewussten und unbewussten Arbeitsverweigerungen, Leistungsverminderungen und der Zunahme des Klassenkampfes führt. Wir haben also einerseits die Tendenz der Neutralisierung des Klassenkampfes durch die psychische Verzweckung der Arbeitenden, andererseits neue Entfremdungsbedingungen durch erneute strikte Vorgaben und

Entfremdungsbedingungen durch erneute strikte Vorgaben und Kontrollsysteme im Rahmen der flexiblen Produktionsweisen.

Hinsichtlich der technischen Veränderung wird heute immer häufiger eine flexible Fertigungsmaschinerie eingesetzt, um den Übergang von der standardisierten Massenproduktion zur diversifizierten Qualitätsproduktion, die auf Kundenorientierung und kleine Stückzahlen mit hoher Qualität setzt, zu ermöglichen. Diese technischen Veränderungen werden wiederum vorwiegend aus ökonomischen Optimierungsgründen durchgeführt. Die Automatisierung wird heute im noch viel stärkeren Ausmaß vorangetrieben als in der Ära des Fordismus, die immer schneller und effektiver arbeitende Computertechnologie erleichtert dies. Das Ziel der Ersetzung von lebendiger durch tote Arbeit sind die Beschleunigung der Produktion und die Senkung der Arbeitskosten, um den Profit zu erhöhen.

Auch der verstärkte Einsatz von modernen Informations- und Kommunikationssystemen hat vorwiegend mit betriebswirtschaftlichen Überlegungen zu tun. Ohne die Krise des Fordismus hätte sich dieses neue technologische Paradigma zwar sicherlich auch früher oder später allgemein durchgesetzt, aber sicherlich langsamer. Der massive Einsatz von neuen IKT hat vorwiegend damit zu tun, dass der Kapitalismus permanent neue effektive Methoden der Rationalisierung und Mechanisierung benötigt. IKT sind Medium und Resultat der Rationalisierung und des kapitalistischen Entwicklungsprozesses. Daran zeigt sich, dass Technikentwicklung und die Durchsetzung neuer Technologien mit ökonomischen Prozessen eng verknüpft sind.

IKT vereinfachen die Verlagerung und Dezentralisierung der Produktion, Teamarbeit, die Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse und die Enthierarchisierung von Betrieben. Sie sind auch Medium und Resultat der ökonomischen Globalisierung, sie vermitteln einerseits die Verlagerung der Produktion, andererseits benötigt das kapitalistische Weltsystems zwecks seiner eigenen Effektivierung permanent neue Technologien. Daher sind diese neuen Technologien auch logisches Resultat der Produktivkraftentwicklung. Unqualifizierte und daher stark mechanisierte Arbeiten im Bereich der Textil- und Elektronikindustrie wurden in den letzten 20 Jahren vor allem sehr stark nach Südostasien verlagert. Resultat waren die Weltmarktfabriken, in denen äußerst inhumane Arbeitsbedingungen herrschen. Im marxistischen Feminismus wurde in diesem Zusammenhang besonders auf die Überausbeutung von Frauen in diesen Weltmarktfabriken und den Zusammenhang von IKT, ökonomischer Globalisierung, internationaler Arbeitsteilung und Hausfrauisierung hingewiesen. Die ökonomische Globalisierung und die dritte industrielle Revolution seien also überhaupt nur durch die Ausbeutung von Frauen in der Dritten Welt möglich (vgl. Mies 1996).

Die mikroelektronische Revolution ermöglichte die massive Diffusion von Computer- und I&K-Technologien, die eine ökonomische Restrukturierung begleiten und vermitteln. Diese technische Revolution ist ihrerseits aber wiederum nur logische Konsequenz der Produktivkraftentwicklung und des Zwangsgesetzes der Rationalisierung im Kapitalismus. Halten wir einige Meilensteine dieser Revolution fest: 1642 Pascal entwirft eine mechanische Rechenmaschine, 1672 Leibniz' Rechenmaschine, 19. Jahrhundert: Charles Babbage entwickelt auf dem Papier die „Differential Engine“ und die „Analytical Engine“ (Vorform des Konzepts des modernen Computers); 1890 Hermann Hollerith entwirft eine mechanische Zählmaschine, die mit Lochkarten operiert, für die amerikanische Volkszählung; 1895 Popow erfindet den Halbleiter; 1936 Konrad Zuse entwirft Z1 (mechanischer Speicher für Binärzahlen; bis 1943 entwarf Zuse drei weitere, bereits elektronische Rechenmaschinen) Ende der 1930er: Forschungsprojekt zu Halbleitern in den Bell Laboratories; 2. Weltkrieg: Dechiffriermaschine „Bombe“ in GB, Verschlüsselungsmaschine Colossus in Nazideutschland; Mark I in den USA (digitaler, program-

mierbarer Rechenautomat; militärische Anwendung; Howard Aiken), Complex Number Computer (Relaisrechner, militärische Anwendung, Bell Laboratories); 1945 ENIAC (erster elektronischer Computer, Eckert und Mauchly, elektronischer Röhrenrechner, militärische Berechnungen); 1945 John von Neumann entwirft das von Neumann-Konzept der Speicherprogrammierung, auf dem heutige Computer basieren; nach WK 2: SAGE-System (Semiautomatic Ground Environment Air Defense System)/Whirlwind (großflächige Überwachung durch Radar, Datenübertragung per Telefon, US-Militär); 1947 Erfindung des Transistors durch Brittain, Shockly und Bardeen, 1952 Beginn der industriellen Produktion von Halbleitern, 1950er: Halbleiter und Transistoren ersetzen zunehmend Röhren in Computern und Radios, UNIVAC als erster kommerzieller Computer (wenige Exemplare), 1953 IBM 701-Computerserie; 1954 IBM 650-Computerserie, 1954 Entwicklung des Silikontransistors durch Texas Instruments; 1956 die Monopolstellung AT&Ts bei der Halbleiterproduktion wird durch Gesetzgebung beendet, entsprechende Patente werden allgemein verfügbar; 1956 IBM 704-Computerserie; 1959 Patentierung des integrierten Schaltkreises durch Texas Instruments und Fairchild; Anfang der 1960er: Entwicklung der MOS-Technologie, 1960 LARC Computer (Remington), 1961 Stretch-Computer (IBM), 1962 Start der kommerziellen Produktion integrierter Schaltkreise, 1966 der Silikontransistor setzt sich gegenüber dem Germaniumtransistor endgültig am Markt durch; 1969 Intel bringt den 1 K RAM-Chip auf den Markt, 1971 Intel führt den Mikroprozessor ein; 1976 Bau des ersten PCs durch Wozniak und Jobs mit Hilfe eines Mikroprozessors; 1981 erster IBM-PC auf dem Markt.

Der Hauptabnehmer vieler der dabei neu entwickelten Technologien war zuerst meist das US-Militär, das auf die neuesten Technologien setzte und entsprechende finanzielle Mittel zur Verfügung hatte. Die neuen Technologien haben vielfach ihren Ursprung im militärischen Bereich. Ökonomische, politische und militärische Institutionen sind eng miteinander verwoben und Technikentwicklung ist in diesem Spannungsfeld von grundsätzlicher Bedeutung. Die Geschichte des Computers und der Netzwerktechnologien ist eng verbunden mit der militärischen Geschichte. So begann etwa Alan Turing mit der Umsetzung des Konzeptes der Turingmaschine, auf dem die Computertechnologie basiert, während des Zweiten Weltkrieges, als es darum ging, eine Maschine zu bauen, die die Enigma-Verschlüsselung der Nazis dekodieren kann. Das Internet hat seinen Ursprung in einem militärischen Netzwerk, dem ARPANet, das in den USA dezentral geplant wurde, um im Fall eines Angriffs der Sowjetunion oder eines Nuklearkriegs, bei dem Kommunikationswege abgeschnitten werden, alternative Routen für den Informationstransfer zur Verfügung zu haben. Die militärische Weiterentwicklung von Technologien hat deren Entwicklungsprozess oftmals beschleunigt. Ich gehe aber nicht davon aus, dass es ohne diese militärische Komponente nicht zur Entwicklung des Computers oder des Internets gekommen wäre, denn die Technikgenese ist ein komplexer Prozess, der sich nicht auf einem einzig möglichen Weg durchsetzen kann, sondern durch das Zusammenspiel vielfältiger Faktoren und Institutionen möglich wird. Möglicherweise hätten sich beide Technologien langsamer und auf andere Weise durchgesetzt, der militärisch-ökonomische Komplex determiniert jedoch nicht die Technikentwicklung, obwohl er auch heute als ein wesentlicher Einflussfaktor betrachtet werden muss.

In den späten 50er-Jahren und frühen 60er-Jahren begann die Computertechnologie als Mittel der Rationalisierung für Unternehmen interessant zu werden. Dies leitete einen langsamen Übergang von vorwiegend militärischen zu kommerziellen Anwendungen ein. In der Krise des Fordismus war die mikroelektronische Revolution in ihren Auswirkungen noch nicht vollständig ausgeprägt, förderte aber bereits den Widerspruch zwischen lebendiger und toter Arbeit. Wie erwähnt wurde in Folge der Krisen die Automatisierung verstärkt und sehr hohe

Investitionen in die Weiterentwicklung der Computertechnologien getätigt. Es kam dabei zur Verkopplung kommerzieller, staatlicher und militärischer Interessen. Die Verallgemeinerung der Computer-, Informations- und Kommunikationstechnologien erfolgte erst im Rahmen des Postfordismus, um den fallenden Profitraten entgegenzuwirken.

Die Flexibilisierung, Dezentralisierung, Spezialisierung, Diversifizierung, Informatisierung und Enthierarchisierung der organisatorischen Strukturen des Kapitalismus lassen sich vor allem in Bezug auf die Suche nach neuen Strategien und Bereichen der Kapitalakkumulation im Zuge der anhaltenden Krise des Kapitalismus betrachten. Resultat ist eine postfordistische Restrukturierung der Ökonomie.

Der massive Einsatz von Computer und I&K-Technologien führte zur Ausbildung neuer Märkte und zur Restrukturierung der Ökonomie. Daraus ergab sich jedoch keine neue stabile Kapitalakkumulation, die Krise des Kapitalismus dauert an. Die Bereiche der New Economy weisen zwar hohe Wachstumsraten auf, eine allgemeine ökonomische Prosperität hat sich aber bisher nicht eingestellt. In den USA ist die Arbeitslosigkeit seit Mitte der 80er-Jahre geringer als in europäischen Staaten und die Wachstumsraten sind im Vergleich zu Europa relativ höher. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass der Neoliberalismus in den USA noch schneller durchgesetzt wurde und es zur massiven Schlechterstellung der Arbeitenden kam (prekäre Beschäftigungsverhältnisse, niedrige Löhne, Deregulierung der sozial- und arbeitsrechtlichen Bestimmungen).

Durch den Zusammenbruch des Bretton Woods-Systems wurden die Wechselkurse flexibel. Eine Folge davon war, dass sich Währungsspekulationen vereinfachten. Die seither boomenden Spekulationen funktionieren vereinfacht dargestellt folgendermaßen: In Ländern mit hoher Zinsrate und mit Währungen hohen Kursen werden Kredite aufgenommen. Das dadurch erhaltene Geld wird in Dollar umgetauscht. Das Angebot der entsprechenden Landeswährung wird dadurch größer als die Nachfrage, der Kurs beginnt zu sinken. Die Landeswährung wird immer weniger wert, die zuvor gemachten Schulden werden in Dollar geringer. Die Spekulanten besitzen also dann mehr Dollar als sie umgerechnet in die entsprechende Landeswährung zurückzahlen müssen. Insgesamt bleibt so ein Gewinn. Dies stellt eine Kapitalverwertung in ihrer abstraktesten möglichen Form G-G' dar.

Dass die Krise des Kapitalismus anhält zeigt sich daran, dass das Wachstum des BIPs und der Profitraten heute wesentlich geringer ist als im „Goldenen Zeitalters“ des Fordismus, in dem von einer immerwährenden Prosperität geträumt wurde. Aus fallenden Profitraten ergibt sich die Suche nach neuen Bereichen für die Anhäufung von Profit. Auch dies ist ein Grund für den Boom des Dienstleistungsbereiches und dabei vor allem der Softwareindustrie, des E-Commerces, der Lizenzvergabe und den sonstigen Bereichen der New Economy. In der Tat zeigen sich hier extrem hohe Wachstumsraten, die Hoffnungen auf einen gesamtwirtschaftlichen Aufschwung aufkommen lassen. Allerdings sollte bedacht werden, dass die New Economy ein Bereich ist, der vor allem weiter dazu beiträgt, dass im Rahmen der Automatisierung lebendige Arbeit durch tote ersetzt wird. Dem von Marx formulierten Wertgesetz (vgl. Marx 1867, S. 54f) zu Folge schafft jedoch nur lebendige Arbeit Wert. Daher erscheint es mir viel realistischer, dass der Boom der New Economy die Krise der „Old Economy“ verschärft und dass die gesamtgesellschaftliche Krise weiter anhalten wird. Auch im Zuge der Pleitenwelle im New Economy-Bereich, die seit dem Jahr 2000 um sich greift, und durch die unlängst erfolgten Einbrüchen an den Technologiebörsen wurde deutlich, dass die New Economy selbst krisenanfällig ist. Die realökonomische Krise des Kapitalismus hat seit Mitte der 80er zu großen Hoffnungen in die New Economy geführt, was zu einem irrationalen Überschwang der Börsenwerte solcher Unternehmen an den Aktienmärkten geführt hat. Da diese fiktiven Werte aber kein

reales Fundament haben, sondern einen Vorgriff auf erst zu akkumulierendes Kapital darstellen, ist eine gewaltige Finanzblase die Folge (Bischoff 2001; Kurz 1995, S. 57ff; Kurz 1997, S. 18f; Kurz 1999, S. 728ff-748; Krisis 1999, S. 32-34). Die Börsenwerte der New Economy-Unternehmen stimmen also meist nicht mit jenen realökonomischen Werten überein, die tatsächlich erzielt werden. Wenn sich die Hoffnungen auf hohe Gewinne schließlich nicht einstellen, platzt die Finanzblase langsam auf, es zeigen sich Panikwellen, die zu Rückzügen und Verkäufen führen, die Börsenkurse purzeln, Konkurse von New Economy-Unternehmen stellen sich ein und die Träume der New Economy-Millionäre zerplatzen wie Seifenblasen. In Österreich haben sich bspw. innerhalb kurzer Zeit immer mehr Pleiten und Abstürze der Dot-coms und New Economy-Unternehmen gezeigt: Yline Internet Business Services AG, LCI Österreich (Software), MCN (Telefonie), Lion.cc, Bluebell und WebfreeTV, Update.com, motena.at, care4you.at. Das spekulative, fiktive Kapital nimmt die zukünftige Vernutzung lebendiger Arbeitskraft vorweg, es wird mit noch nicht im Produktionsprozess akkumulierten Kapital spekuliert. Die Krise der realen Kapitalverwertung führt zur Schaffung von spekulativen Finanzmärkten (Aktien, Immobilien, Devisen, Finanzderivate). Die globalen Spekulationsmärkte werden durch die neuen Technologien vermittelt, da es diese ermöglichen, Finanztransaktionen massiv zu beschleunigen.

Seit Mitte der 1970er ist die Weltökonomie krisenanfällig und instabil, es kann von keiner neuen allgemeinen ökonomischen Prosperität gesprochen werden. Die hohen Wachstumsraten (z.B. der Fertigungsindustrien und des BSP), die die westlichen Staaten bis Anfang der 70er verzeichnen konnten, stellen sich nicht mehr ein. So betrug etwa 1972 das jährliche Wachstum des realen BSP in den OECD Ländern durchschnittlich 5,3%, 1982 0% und 1992 1,5%. Wie wir gesehen haben, ist die organische Zusammensetzung des Kapitals in diesen Ländern in dieser Zeit angestiegen, was jedoch nicht automatisch in Krisen resultieren muss, da es verschiedene entgegenwirkende Ursachen zum TFPR gibt.

Ende der 70er und Anfang der 80er war die US-Wirtschaftspolitik darauf ausgerichtet, das Kreditwachstum einzuschränken. Dies trug zu Nachfrageschwierigkeiten, Deflation und zur Rezession bei. In den Jahren 1980-82 war das Wachstum des realen Bruttosozialprodukts in den USA sogar negativ. Als politische Reaktion darauf setzte die Reagan-Administration auf hohe Militärausgaben, Steuerkürzungen (Economy Recovery Act 1981, Tax Reform Act 1986) und eine massive Erhöhung des Budgetdefizits. Dadurch kam es zu einem langsamen ökonomischen Aufschwung, die Profitraten in der verarbeitenden Industrie erholten sich, blieben aber unter den Wachstumsraten der 60er und frühen 70er (siehe Brenner 1998, Abb. 11., S. 186). Das Produktivitätswachstums des Fertigungsbereiches der USA blieb im internationalen Vergleich in den Jahren 1981-1990 deutlich hinter jener Japans zurück (vgl. Hopkins/Wallerstein 1996, Tab. 3.21., S. 79; BLS 2001, Tab. B.: Output per hour in manufacturing, 14 countries, 1979-2000).

Im September 1985 kam es durch den Plaza Accord zur Aufwertung von Währungen wie dem Yen gegenüber dem Dollar. Dadurch konnten die USA entscheidende internationale Konkurrenzvorteile erringen. Durch eine Aufwertung steigen die Inlandspreise für AusländerInnen und sinken die Preise ausländischer Güter für InländerInnen. Effekte sollen die Abnahme der Exporte und die Zunahme der Importe sein. Bei einer Abwertung ist es umgekehrt: Inlandspreise sinken und Auslandspreise steigen, Exporte sollen zunehmen und Importe abnehmen. Mit vermehrten Einnahmen und dem Zustrom von Auslandskapital wird in so einem Fall gerechnet. In Folge wurden japanische und europäische Produkte am Weltmarkt teurer, amerikanische billiger. Um den Problemen in den verarbeitenden Industrien, die sich Mitte der 80er in den USA zeigten, entgegenzuwirken, wurde die Arbeit durch den Einsatz besserer Technolo-

gien intensiviert (Roboter, CAD, Lean Production, Teamarbeit, Vernetzung von Produktionseinheiten durch I&K-Technologien; vgl. Brenner 1998, S. 200). Gemeinsam mit Entlassungen, den internationalen Konkurrenzvorteilen in Folge des Plaza Accords und einer Verlangsamung des Lohnwachstums trug dies zur Erhöhung von Output und Produktivität bei.

Das Wachstum der Reallöhne wurde in den USA seit Anfang der 80er stark eingeschränkt, den Gewerkschaften wurde ihre Arbeit massiv erschwert. Als es etwa zu einem Streik der Fluglotsen kam, zerschlug Reagan deren Gewerkschaft PATCO. Die Durchsetzung von Arbeitnehmerinteressen wurde immer schwieriger, es fanden in Betrieben kaum noch Wahlen von InteressensvertreterInnen statt, Gewerkschaftsmitglieder wurden vielfach entlassen, wenn sie für gewerkschaftliche Organisation warben, es kam zu Entlassungen im Fertigungsbereich und die Anzahl der Streiks und Arbeitsniederlegungen nahm stark ab (vgl. Brenner 1998, S. 191). Die Arbeitskosten konnten so deutlich gesenkt werden. Betrug das Wachstum der Arbeitskosten pro produzierter Einheit im Fertigungsbereich der USA 1979-1985 noch 3,6% pro Jahr, belief sich dieser Wert 1985-1990 auf 1,4% (p.a.) und 1990-2000 auf -0,4% (p.a.) (BLS 2001, Tab. B, unit labor costs in national currency basis). Das Wachstum der Stundenlöhne betrug in der verarbeitenden Industrie der USA 1979-85 7,2%, 1985-1990 3,9% und 1990-2000 nur mehr 3,7%. (BLS 2001, Tab. B, hourly compensation in national currency basis).

Durch einen massiven Angriff auf die Arbeiterklasse und ihre Repräsentanten konnte deren Schwächung erreicht werden. Dies kann als eine Gegenteilstendenz zum relativen Fall der Profitraten durch den Anstieg der organischen Zusammensetzung des Kapitals erachtet werden. Bereits Karl Marx sprach im 3. Band des Kapitals davon, dass das „Herunterdrücken des Arbeitslohns unter seinen Wert [...] eine der bedeutendsten Ursachen [darstellt], die die Tendenz zum Fall der Profitrate aufhalten“ (Marx 1894, S. 245). Auch Alain Lipietz (2001) betont, dass die ökonomische Restrukturierung in den angloamerikanischen Ländern und in Frankreich durch eine Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse, einer Art Neo-Taylorismus erreicht wurde. „In the United States [...] in every economic branch [...] the length of annual work has increased by a month since the 1970s. Americans worked 320 hours more than Germans each year, and for a lower wage“ (Lipietz 2001, S. 23).

Nach einer Rezession zu Beginn der 1990er, zeigte sich in den Jahren 1992-97 in den USA ein deutlicher gesamtwirtschaftlicher Aufschwung. So wuchs etwa das reale Bruttoinlandsprodukt in den Jahren 1994-1998 deutlich schneller als in den Jahren 1985-1990 (vgl. BLS 2000, Tab. 5). Die Profite stiegen deutlich an: Das jährliche Profitwachstum betrug 1991 +5,5%, 1992 +5,1%, 1993 +12,7%, 1994 +5,2%, 1995 +24,5%, 1996 +12,7%, 1997 +13,8% (BEA, Corporate Profits by Industry Group in billions of dollars; financial + nonfinancial corporations + rest of the world). Im Jahr 1991 betrug das Wachstum im nichtfinanziellen Bereich in Bezug auf das vorhergehende Jahr -2,2%, 1992 zeigte sich eine Zunahme um 10,3%, 1993 +16,7%, 1994 +23,7%, 1995 +9,9%, 1996 +15,1% und 1997 +9,1% (Bureau of Labor Statistics Internet Data, Profits Nonfinancial Corporations 1991-2001). Der Anstieg der Arbeitskosten pro produzierter Einheit konnte in diesem Zeitraum sehr gering gehalten werden oder war sogar rückläufig (Nonfinancial Corporations: 1992 +2,5%, 1993 +1,3%, 1994 -0,3%, 1995 +0,8%, 1996 -0,5%, 1997 0,4%; Business: 1992 +1,4%, 1993 +1,9%, 1994 +0,7%, 1995 +1,4%, 1996 +0,4%, 1997 +0,8%; Manufacturing: 1992 -0,6%, 1993 +0,8%, 1994 -0,2%, 1995 -1,7%, 1996 -2,1%, 1997 -2,3%, 1998 +0,0%; Quelle: BLS Internet Data, Unit Labor Costs Nonfinancial Corporations/Business/Manufacturing). In der verarbeitenden Industrien waren die Profite in den Jahren nach 1985 zwar höher als zuvor, jedoch niedriger als in den 70ern. Erst Mitte der 90er war dieses Niveau wieder erreicht.

Die ökonomische Prosperität Japans in den 70ern und 80ern basierte u.a. auf einer Exportstrategie. Durch den Plaza Accord 1985 wurden japanische Produkte am Weltmarkt teurer, die Rentabilität der japanischen Exporte war gefährdet. Aus Effizienz- und Kostenüberlegungen lagerten viele japanische Firmen ihre Produktion in die SEA-3-Länder (Indonesien, Malaysia, Thailand) aus. Durch das einströmende ausländische Kapital wurde das Wirtschaftswachstum dieser Länder angekurbelt und sie wurden zu bedeutenden Exporteuren. Das japanische Kapital spielte hier eine große Rolle, die Tigerstaaten gerieten in eine ökonomische Abhängigkeit von Japan. Wie sehr krisenanfällig die NICs in Südostasien trotz hoher Wachstumsraten dennoch sind, zeigte sich im Rahmen der südostasiatischen Krise 1997. Die Leistungsbilanzdefizite und Auslandsverschuldungen der Tigerstaaten nahmen stetig zu, Darlehen wurden in großem Ausmaß an Immobilienfirmen vergeben und diese konnten schließlich nicht mehr zurückgezahlt werden. Die Banken gerieten bei dadurch bei ihren Auslandskrediten in Zahlungsverzug. Die ausländischen Investoren gerieten in Panik und wollten ihre Aktien und Anleihen so schnell wie möglich loswerden. Dollardarlehen wurden auf Grund der Zahlungsunfähigkeiten aufgekündigt und Spekulanten beteiligten sich am Fall der südostasiatischen Währungen.

Japanischer Waren- und Kapitalexport nach Europa und in die Tigerstaaten sowie die Verlangsamung des Lohnwachstums konnten den internationalen Konkurrenzschwierigkeiten seit 1985 nicht entgegenwirken, wie in Europa stellten sich in Japan Überproduktion und Überkapazitäten ein. Das Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts betrug in den Jahren 1985-1990 in Japan noch 4,2%, 1990-1998 nur mehr 1,7% (BLS 2000, Tab. 5). Besonders 1998 traf es die japanische Ökonomie schwer, das Bruttoinlandsprodukt schrumpfte um etwa 1%.

Dass das hohe Wachstum der New Economy in den USA nicht dauerhaft zur ökonomischen Prosperität beiträgt und extrem krisenanfällig ist, zeigte sich im Jahr 2000 durch den massiven Einbruch an den Technologiebörsen. Immer größere Teile des Nationaleinkommens werden in Vermögenswerte investiert, deren Preise ansteigen. Börsenwerte und Realakkumulation klaffen dabei jedoch auseinander, es findet ein permanenter Vorgriff auf noch nicht akkumuliertes Kapital statt, das in Finanzblasen resultiert. Neben einer repressiven Arbeits- und Lohnpolitik sowie Abwertungen des Dollars spielt wohl auch das Finanzblasenwachstum eine wesentliche Rolle in der ökonomischen (Schein-)Prosperität der USA in den 1990ern. „In search of large dividends, the mass of this speculative money is instantly directed towards the ‚juiciest‘ firms: those pursuing short-term strategies to maximize the value distributed to shareholders, those most effective in squeezing their workers, trimming their ‚excess fat‘, and distributing the greatest share of profit instead of reinvesting it. All this aggravates the social disruption and economic instability which characterize hourglass society“ (Lipietz 2001, S. 30).

Lipietz geht davon aus, dass der Boom in den USA in einer Krise enden muss, die auf mangelnde Nachfrage und zu wenig Kaufkraft zurückzuführen sei. Bei einem Anstieg der organischen Zusammensetzung des Kapitals, wie er in den USA (und anderen westlichen Ländern) seit Jahrzehnten zu verzeichnen ist (wir haben betont, dass z.B. vor allem Ende der 80er in den verarbeitenden Industrien der USA neue Technologien massiv Einzug gehalten haben), kann ein Fall der Profitraten nicht dauerhaft durch eine rigide Lohnpolitik aufgehalten werden, da dies in mangelnder Nachfrage und geringer Kaufkraft resultieren kann. Tritt dies ein, so kann es zu Realisierungsschwierigkeiten kommen, die Mehrwertrate wächst langsamer an als die organische Zusammensetzung des Kapitals, die Profitraten fallen. In den USA zeigt sich seit 1998 in der Tat ein Fallen des Profitwachstums im Vergleich zu den Wachstumsraten Mitte der 90er (jährliches Wachstum: 1998 -6,8%, 1999 +6,1, 2000 +6,2%, Q3 2001: -21,5%; BEA, Corporate Profits by Industry Group in billions of dollars, financial + nonfinancial corporations

+ rest of the world; annual change of profits in nonfinancial corporations: 1998 -4,5%, 1999 -0,1%, 1. Quartal 2001: -15,9%, 2. Q 2001: -22%, 3. Q 2001: -26,5%; BLS Internet Statistics). Die Stundenlöhne der verarbeitenden Industrie stiegen in den USA in den Jahren 1998-2000 stärker an als in den Jahren davor, der Output pro Stunde konnte zwar wesentlich gesteigert werden, die Arbeitskosten pro produzierter Einheit<sup>107</sup> stiegen aber im Vergleich zu den Jahren davor wesentlich an (BLS 2001, Tab. 5). Letzteres zeigte sich vor allem auch außerhalb der verarbeitenden Industrie (siehe BLS Internet Data, Unit Labor Costs Nonfinancial Corporations/Nonfarm Business/Business/Manufacturing, 1991-2001). Auch der „Employment Cost Index“ (BLS 2001b, Tab. 1b) zeigt seit 1998 einen deutlichen Anstieg der Lohnkosten in den USA.

Krisenfördernd haben in den USA also die Finanzblasen, Nachfrageschwierigkeiten (d.h. Überproduktion) und ein relativer Anstieg der Löhne gewirkt. Die Abschwächung der Nachfrage zeigt sich etwa daran, dass das durchschnittliche Wachstum der jährlichen Ausgaben in den USA in den Jahren 1991-2000 2,25% betrug, in den Jahren 1986-1990 jedoch 4,3% (eigene Berechnung nach: BLS, Consumer Expenditure Survey, 1984-2000). Auch hinsichtlich der internationalen Exporte der USA gibt es seit 1998 Nachfrageschwierigkeiten: Während das durchschnittliche jährliche Exportwachstum bei Gütern und Dienstleistungen 1986-1990 +13,23% und 1991-1995 +8,28% betrug, beläuft sich dieser Wert im Zeitraum 1996-2000 nur mehr auf +4,88%; 1998 waren die Exporte sogar erstmals seit 1985 rückläufig (eigene Berechnung nach: BEA, US International Transactions, in millions of dollars, 1960-2000). Auch für die ersten drei Quartale 2001 zeigen sich deutliche Rückgänge des Exportwachstums im Vergleich zu 2000 (BEA). Die Terroranschläge vom 11.9.2001 waren schließlich der Auslöser für weitere ökonomische Einbrüche in den USA. Im ersten Quartal 2001 waren die Unternehmensprofite um 9,9% gegenüber dem Jahr 2000 gesunken, im zweiten Quartal zeigte sich nochmals ein Rückgang um 3,8%, im dritten Quartal -8,3%. Im dritten Quartal waren die Unternehmensprofite im Vergleich zum vorausgehenden Jahr um 21,5% gesunken. Die Anschläge waren wohl aber nur Auslöser, nicht Ursache eines ökonomischen Einbruchs, der sich schon länger abgezeichnet hat.

Die Krisenanfälligkeit und Instabilität des Kapitalismus hält also an, auch der Widerspruch zwischen lebendiger und toter Arbeit und der daraus resultierende TFPR haben einen gewissen Einfluss. Es gibt allerdings große Hoffnungen, dass der boomende Dienstleistungsbereich und Informationsarbeit zu einem neuen Goldenen Zeitalter führen könnten. Um zu bewerten, ob und inwiefern dies realistisch ist, ist es notwendig, zu ermitteln, ob und in welchem Ausmaß im Rahmen des heute immer bedeutender werdenden Bereichs der Informationsarbeit Mehrwert entsteht und inwiefern dies in einem Zusammenhang mit der Vernichtung von Wert durch Automatisierung in anderen Bereichen steht. Mit diesem wichtigen Thema wollen wir uns nun näher auseinandersetzen.

#### 4.8. Informationsarbeit und Wertproduktion

Im Rahmen der Diskussion über Dienstleistungen, Informationsarbeit und deren Bedeutung im Rahmen der Wertschöpfung gibt es unterschiedliche marxistische Positionen. Sie bewegen sich

---

<sup>107</sup> Die Arbeitskosten pro produzierter Einheit (unit labor costs) berechnen sich als labor costs / real output. Da in der verarbeitenden Industrie wie außerhalb seit 1998 der Output/die Produktivität weiter zugenommen hat, ist die Gesamtzunahme auf den Anstieg der Arbeitskosten zurückzuführen.

zwischen den beiden Extremen, dass bei Informationsarbeit kein Mehrwert entsteht und dass bei jeder Informationsarbeit Mehrwert entsteht. Wesentlicher Ausgangspunkt ist in dieser Diskussion, wie die Marxsche Kategorie der produktiven Arbeit genau zu verstehen ist. Ausgehend von spezifischen Interpretationen werden dann Einschätzungen getroffen, inwiefern Dienstleistungen und Informationsarbeit produktive Formen der Arbeiten darstellen. Sehen wir uns einige derartige Positionen an.

Es gibt Ansätze, die davon ausgehen, dass Softwareproduktion und Dienstleistungsarbeit i.A. produktive, mehrwertschaffende Tätigkeiten sind, da es einzig darauf ankäme, dass mehr gearbeitet wird, als bezahlt wird. Weiters sei nicht die Akkumulierbarkeit eines Outputs, sondern jene von Geldkapital ausschlaggebend für die Anwendbarkeit des Schemas erweiterter Reproduktion. Dabei wird jedoch die Selbstzweckdimension des Werts, die Existenz mehrerer Ebenen produktiver Arbeit und die Tatsache, dass Kapitalakkumulation nur auf Basis eines stofflichen Trägers, der akkumulierbar ist, vernachlässigt. In diese Richtung gehen z.B. die Argumentationen von Davis/Stack (1995) und Ian Gough (1973):

„Money capital is accumulated whether the workers labour to produce food, steel, bullets or concerts, provided they exchange their labour with capital and work long enough to more than cover their necessary labour [...] The production of these services, as much as of material goods, follows Marx's circuit of money capital: M-C...P...C'-M'. the fact that the production and consumption of the commodity coincide is of no relevance - the commodity is produced capitalistically and it is exchanged with money to realize the surplus value produced. It is naive materialism to equate the accumulation of money capital with the physical accumulation of products“ (Gough 1973, S. 69).

„Informationsverarbeitende ArbeiterInnen können Mehrwert produzieren und sind damit produktive ArbeiterInnen im marxistischen Sinne“ (Davis/Stack 1995, S. 19, Fußnote 26).

Ralf Krämer (2000) meint, dass das Einkommen von Wissensarbeitern nicht durch den Wert ihrer Arbeitskraft bestimmt sei, sondern weit darüber liege. Zu Lasten anderer Bereiche der Wirtschaft werde hier Extramehrwert produziert. Wissensarbeiter seien Mehrwertproduzenten, da sie mehr arbeiten als sie bezahlt bekommen und da sich ihre Arbeitskraft dabei gegen Geld austauscht. Mehrwertschaffend sei also eine Arbeit schon dann, wenn sie als Lohnarbeit für das Kapital verrichtet wird. Die Profitschöpfung durch Informationsprodukte im Bereich der New Economy passiere vorwiegend dadurch, dass Lizenzgebühren für die Nutzung verlangt werden. Dabei handle es sich nicht um gewerblichen Profit, sondern um eine Informationsrente. „Die zentrale ökonomische Triebkraft der Informationsökonomie ist die Aneignung möglichst hoher Informationsrenten“ (Krämer 2000).

Thomas Hagenhofer (2001) versteht unter Informationsarbeit die Generierung, Speicherung, den Transport, die Veredelung, Präsentation und Archivierung von Information. Sie schaffe kein neues Wissen, dies sei der Wissenschaft und Forschung vorbehalten. Daher sei Informationsarbeit, „sofern sie nicht dem Zirkulationsprozess (Handel, Banken, etc.) zuzuordnen ist, zu den mehrwertschaffenden Tätigkeiten im Kapitalismus“ (Hagenhofer 2001, S. 43) zu rechnen. Dabei wird jedoch verkannt, dass der Mehrwert immer ein stoffliches Trägermedium benötigt, das akkumuliert werden kann. Nur so macht der Marxsche Begriff der Akkumulation eines Mehrprodukts Sinn. Gough, Davis/Stack, Krämer und Hagenhofer verkennen, dass es Informationsarbeiten gibt, die in keiner stofflichen Ware resultieren, und daher auch nicht

unmittelbar mehrwertschaffend agieren (z.B. Sekretär, Zeitungsarchivar, Bibliothekar, Marketing, Marktforschung, Information Broking).

Kenney (1997) argumentiert, dass zwischen der physischen Wertproduktion und der wissensbasierten zu unterscheiden sei. In der Ökonomie sei die Erzeugung von Wissen heute zur treibenden Kraft geworden. Daher sei das Wissen, das in einer Ware enthalten sei, ausschlaggebend für die Wertproduktion. Softwareproduktion sei ein einflußreicher neuer Bereich der Wertproduktion. Der Wert entstehe heute vorwiegend durch die mentalen Kreationen geistiger Arbeiter. Kenney verkennt, dass geistige und materielle Produktion nicht voneinander getrennt werden können. Mentale Arbeit manifestiert sich heute vielfach in neuen stofflichen Waren (wie CD-ROM, Video, Computerspiel, CDs etc.). Marx argumentierte an vielen Stellen, dass eine solche stoffliche Basis für die Akkumulation von Kapital und die Produktion von Mehrwert notwendig sei. Daher kann sicherlich nicht jede Informationsarbeit als unmittelbar mehrwertschaffend bezeichnet werden, wie dies Kenneys Vorstellungen nahe liegen.

Hegst. Mandel (1972) stellt fest, dass wir heute eine Verwandlung von unproduktiven privaten Dienstleistungen in Mehrwert generierende Arbeiten erleben: „Das Dienstmädchen, die Privatköchin und der Privatschneider produzieren keinen Mehrwert; aber die Produktion von Staubsaugern, von Zentralheizungsanlagen, von Strom für den privaten Verbrauch und von industriell erzeugten Fertiggerichten sind unmittelbar kapitalistische Waren- und Mehrwertproduktion, wie jede andere kapitalistische Industrieproduktion“ (Mandel 1972, S. 354). Der Dienstleistungsbereich umfasse viele unproduktive Tätigkeiten wie Verpackung, Marketing, Werbung, Marktforschung oder Konsumentencredit. Immer mehr Arbeitende würden in der industriellen Produktion überflüssig und seien als unproduktive Arbeitende im DL-Bereich tätig. Mit Bezug auf Marx stellt Mandel richtigerweise fest, dass die Bestimmung von produktiver Arbeit als mehrwertschöpfend nicht ausreichend sei, sondern dass als zusätzliches Kriterium noch die materielle Warenproduktion notwendig sei. Nicht jede Arbeit, die sich gegen Kapital austausche, sei produktiv – beginnend mit der Lohnarbeit in der Zirkulationssphäre (Handels- und Bankkapital) (S. 368).

Der Austausch von persönlichen Dienstleistungen gegen Revenuen sei nicht grundsätzlich produktiv, weil er als kapitalistisches Geschäft organisiert und mit Lohnarbeit vollzogen werde (S. 369). Ein notwendiges Kriterium sei die Produktion von stofflichen Waren. Daher seien z.B. kapitalistisch organisierter Personentransport, Konzerte, ein Zirkus oder Arzt- und Rechtsanwaltsfirmen nicht produktiv. Wo Dienstleistungen die Produktion von stofflichen Waren als industriellen Prozess beinhalten, entstehe Mehrwert. Dies sei aber nicht bei allen Dienstleistungen der Fall.

Hinsichtlich Softwareproduktion meint Tessa Morris-Suzuki (1997), dass sich durch Automation die Wertproduktion von der Warenproduktion zu Innovationen (=Erzeugung von Wissen) verlagere. Dabei wird übersehen, dass Softwareproduktion als geistige Tätigkeit nicht unabhängig von stofflichen Waren ist. Der sich vergegenständlichende neu entstehende Wert kann erst dadurch existieren, dass es ein stoffliches Objekt der Vergegenständlichung gibt. Daher sind intellektuelle und industrielle Produktion im Rahmen der Erzeugung von Informationsprodukten eng verkoppelt.

Versuchen wir nun, einen theoretischen Rahmen zu entwickeln, der es erlaubt, die Produktivität der Informationsarbeit näher zu untersuchen. Nach Marx ist abstrakte Arbeit wertschaffende Arbeit. Unter konkreter Arbeit kann hingegen die Herstellung von Gebrauchswerten verstanden werden.

„Alle Arbeit ist einerseits Verausgabung menschlicher Arbeitskraft im physiologischen Sinn, und in dieser Eigenschaft gleicher menschlicher oder abstrakt menschlicher Arbeit bildet sie den Warenwert. Alle Arbeit ist andererseits Verausgabung menschlicher Arbeitskraft in besondrer zweckbestimmter Form, und in dieser Eigenschaft konkreter nützlicher Arbeit produziert sie Gebrauchswerte“ (Marx 1867, S. 61).

Im dreizehnten Kapitel des 1. Bandes des Kapitals (Marx 1867) über die Maschinerie schreibt Marx, dass in der einfachen Kooperation ein Nebeneinander vieler gleichartiger Maschinen möglich wurde, d.h. dass z.B. viele Webstühle gleichzeitig nebeneinander arbeiten konnten, da sie durch eine Dampfmaschine als Bewegungsmaschine angetrieben wurden. Im Maschinensystem werden verschiedene Teilarbeitsschritte kombiniert, es gibt ein Hintereinander von Teilprozessen, die jedoch alle gleichzeitig ausgeführt werden können, indem das Ergebnis eines Prozesses an den nächsten Teilprozess als Input weitergereicht wird. Das beste Beispiel dafür ist das (erst nach Marxens Tod im Taylorismus/Fordismus auftauchende) Fließband. Beides zeigt, dass die Maschinerie nur unter vergesellschafteter/gemeinsamer Arbeit funktionieren kann. „Der kooperative Charakter des Arbeitsprozesses wird jetzt also durch die Natur des Arbeitsmittels selbst diktierte technische Notwendigkeit“ (Marx 1867, S. 407). Unter Kooperation versteht Marx, dass viele planmäßig neben- und miteinander arbeiten (Marx 1867, S. 344).

Als die individuell ausgeführte Handarbeit noch vorherrschte, war die Einheit von abstrakter und konkreter Arbeit auf jeweils eineN ArbeiterIn beschränkt. Mit der kooperativen Arbeit verteilt sich diese Einheit auf alle am kooperativen Produktionsprozess beteiligten Arbeitenden. Die abstrakte sich in einer Ware vergegenständlichte Arbeit bekommt durch die Maschinerie einen vergesellschafteten Charakter. Der Doppelcharakter der Arbeit besteht nun darin, dass sie heute einerseits gebrauchswertschaffend im Sinn der konkreten Arbeit und andererseits als Substanz des Werts wertbildend im Sinn der abstrakten Arbeit ist.

Jede konkrete Arbeit ist produktiv in dem Sinn, dass es sich um eine „spezielle, zweckmäßige produktive Tätigkeit“ handelt. Es gibt aber noch ein anderes Verständnis produktiver Arbeit, und dieses ist für die vorliegende Arbeit von wesentlicher Bedeutung: Produktive Arbeit wird bei Marx folgendermaßen näher bestimmt: „Nur der Arbeiter ist produktiv, der Mehrwert für den Kapitalisten produziert oder zur Selbstverwertung des Kapitals dient“ (Marx 1867, S. 532).

Er verwendet den Begriff der Revenue auf zwei Arten: Einerseits „um den Mehrwert als periodisch aus dem Kapital entspringende Frucht“ (Marx 1867, S. 618; siehe auch S. 591f) zu bezeichnen. Andererseits teilt er den Mehrwert in zwei Teile: Kapital und Revenue. Das Kapital verbleibt in der Zirkulation und Akkumulation, die Revenue wird dem Zirkulationsprozess durch den Kapitalisten entzogen. Sie ist jener Teil des Mehrwerts, „der vom Kapitalisten periodisch verzehrt oder zu seinem Konsumtionsfonds geschlagen wird“ (Marx 1867, S. 618). Für den Begriff der „produktiven Arbeit“ ist vor allem die zweite Bedeutung relevant. Dies wird in den „Theorien über den Mehrwert“ deutlich:

„Die produktive Arbeit wird hier bestimmt vom Standpunkt der kapitalistischen Produktion aus, und A. Smith hat die Sache selbst begrifflich erschöpft, den Nagel auf den Kopf getroffen - es ist einer seiner größten wissenschaftlichen Verdienste [...], dass er die produktive Arbeit als Arbeit bestimmt, die sich unmittelbar mit dem Kapital austauscht, d.h. durch Austausch, womit die Produktionsbedingungen der Arbeit und Wert überhaupt, Geld oder Ware, sich erst in Kapital verwandeln (und die Arbeit in Lohnarbeit im

wissenschaftlichen Sinn. Damit ist auch absolut festgesetzt, was unproduktive Arbeit ist. Es ist Arbeit, die sich nicht gegen Kapital, sondern unmittelbar gegen Revenue austauscht, also gegen Salair oder Profit (natürlich auch gegen die verschiedenen Rubriken, die als copartners am Profit der Kapitalisten partizipieren, wie Zins und Renten) [...] Ein Schauspieler z.B., selbst ein Clown, ist hiernach ein produktiver Arbeiter, wenn er im Dienst eines Kapitalisten arbeitet (des entrepreneur), dem er mehr Arbeit zurückgibt, als er in der Form des Salärs von ihm erhält, während einer Flickschneider, der zu dem Kapitalisten ins Haus kommt und ihm seine Hosen flickt, ihm einen bloßen Gebrauchswert schafft, ein unproduktiver Arbeiter ist. Die Arbeit des ersten tauscht sich gegen Kapital aus, die des zweiten gegen Revenue. Die erste schafft einen Mehrwert; in der zweiten verzehrt sich eine Revenue“ (Marx 1863, S.126ff).

Damit ist klar: Für Marx ist produktive Arbeit mehrwertschaffende Arbeit, die sich unmittelbar mit Kapital austauscht. Unproduktive Arbeit tauscht sich hingegen gegen Revenue aus, sie verzehrt eine Revenue und schafft keinen Mehrwert. Sie wird ausgetauscht mit Lohn, Profit, Zins oder Rente. Diese Revenue wird dem Schema erweiterter Reproduktion, d.h. der Kapitalakkumulation entzogen, es findet ein Wertverbrauch oder eine Wertkonsumtion statt. Unproduktive Arbeit hat keine neue Ware als Resultat, die sich marktvermittelt gegen Geld tauscht. Das Arbeitsergebnis wird also nicht verkauft. Die aufgewendete Arbeitskraft ist aber sehr wohl eine Ware, da sie sich gegen Lohn tauscht. Unproduktive Arbeit ist für Marx zwar produktiv im Sinn von gebrauchswertschaffend, aber nicht produktiv im Sinn von unmittelbar wertbildend. Sie ist vielmehr wertkonsumierend. Im Rahmen unproduktiver Arbeit wird Arbeitskraft aufgewendet und bezahlt, um unmittelbar und direkt verwendet zu werden, nicht, um eine weiterzuveräußernde neue Ware zu schaffen. Sie wird durch Profit (Kapitalist), Rente (Grundbesitzer) oder Lohn (Arbeitende) bezahlt (vgl. Leadbeater 1985, S. 592f). Wir können verschiedene Dimensionen der produktiven Arbeit unterscheiden:

1. produktive Arbeit als gebrauchswertschaffend. Diese Ebene ist unabhängig von der Gesellschaftsformation, also insbesondere nicht nur für den Kapitalismus spezifisch. Produktiv meint hier also eine „zweckmäßige produktive Tätigkeit“ (Marx 1859, S. 23; Marx 1894, S. 833). Für den Kapitalismus und unsere Analyse ist jedoch die produktive Arbeit in zwei weiteren Dimensionen ausschlaggebend.
2. Auf dieser Betrachtungsebene ist die Arbeit eines Individuums produktiv, wenn sie als Teil eines Gesamttaggregats der Arbeit, das sämtliche am Produktionsprozess einer Ware bzw. einer Masse von gleichartigen Waren direkt beteiligte Arbeitende umfasst, zu einer neuen Ware führt, die marktvermittelt verkauft wird (a) und wenn dieselbe Tätigkeit immer wieder von neuem ausgeführt wird, um das Mehrprodukt zu erhöhen (b). Bestimmung (a) umfasst den Wertbildungsprozess, durch (b) wird darauf verwiesen, dass die Akkumulation des Kapitals immer auch mit einer Erhöhung des Mehrprodukts einhergehen muss. Das Mehrprodukt ist jener Teil des Produkts, in dem sich der Mehrwert darstellt. Da Kapitalakkumulation und produktive Arbeit (2) mit der Existenz eines Mehrprodukts gekoppelt sind, ist klar, dass diese Akkumulation nur von statten gehen kann, wenn die hergestellte Ware stofflich akkumulierbar ist. D.h., dass die Masse der produzierten Waren im stofflichen Sinn durch die Akkumulation erhöht wird. Kapitalakkumulation setzt immer eine stoffliche Dimension voraus.
3. Auf dieser Ebene ist jede Arbeit produktiv, die direkter Teil eines Produktionsprozesses ist, bei dem auf der Ebene des betrieblichen Gesamtarbeiters – wobei diese alle am Produkti-

onsprozess einer Ware bzw. einer Masse von gleichartigen Waren direkt beteiligten Arbeitenden umfasst – eine im stofflichen Sinn akkumulierbare Warenmasse entsteht, die marktvermittelt verkauft wird (Wertrealisierung in der Zirkulationssphäre) und durch Kapitalakkumulation anwächst.

Im weiteren soll die Frage beantwortet werden, welche Informationsarbeiten mehrwerterzeugend sind und welche nicht. Arbeit in der Informationsgesellschaft sieht heute offensichtlich anders aus als zur Zeit von Marx, da sich die Beschäftigungsstruktur wesentlich verändert hat. Vor allem der Dienstleistungssektor (tertiärer Bereich) ist heute viel größer als damals. Von Bedeutung sind bei dieser Analyse vor allem Produktivität (2) und (3).

Erwähnt werden sollte auch, dass Wert und Preis i.A. nicht übereinstimmen. Der Wert einer Ware bestimmt sich nicht aus ihrer individuellen Produktion, sondern aus der durchschnittlich gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit. Der Wert hat immer eine gesellschaftliche Dimension.

„Der wirkliche Wert einer Ware ist aber nicht ihr individueller, sondern ihr gesellschaftlicher Wert, d.h., er wird nicht durch die Arbeitszeit gemessen, die sie im einzelnen Fall dem Produzenten täglich kostet, sondern durch die gesellschaftlich zu ihrer Produktion erheischte Arbeitszeit“ (Marx 1867, S. 336).

Vom Wert einer Ware kann nur sinnvoll als einem Durchschnittswert gesprochen werden, der individuelle Wert ist nicht bestimmbar, da die Produktion jeder Ware desselben Typs unterschiedliche Arbeitszeiten in Anspruch nimmt. Der Preis einer Ware ist nicht identisch ihrem gesellschaftlichen Durchschnittswert gemessen in Quanta verausgabter Arbeit, sondern oszilliert um diesen Wert. Im ersten Band des Kapitals nahm Marx an, dass Wert und Preis identisch sind, im dritten Band behandelte er dieses Transformationsproblem von Werten in Preise näher (vgl. Marx 1894, S. 164ff). Als eine i.A. anerkannte Lösung des Transformationsproblems wird jene von Ladislaus von Bortkiewicz (1976) anerkannt. Die Diskussion dieses Problems ist allerdings auch heute nicht abgeschlossen, sondern wird genauso wie jene um produktive Arbeit kontrovers geführt (für einen Überblick siehe Ecker-Wolf/Niechoj/Wolf 1999).

Im folgenden wird untersucht, wie sich Arbeit verändert hat. Den Anfang dabei macht ein Blick auf die Bedeutung wissenschaftlicher Arbeit im informationsgesellschaftlichen Kapitalismus. Im Fordismus sind planende und ausführende Arbeit getrennt (Kopf- und Handarbeit). Es stellt sich die Frage, inwiefern die Kopfarbeit als Wertzusatz in die Ware einfließt, ob hier also das Wertgesetz unveränderlich anwendbar ist. D.h.: In welchem Sinn ist Kopfarbeit eine produktive Arbeit?

Als Wissen können wir eine systematisierte und integrierte Form der Information bezeichnen. Die individuelle Wissensproduktion ist nur auf Basis der Auseinandersetzung mit Meinungen, Büchern, Medien etc. möglich. Daher hat Wissen auch immer eine soziale Dimension und kann nur durch eine Existenzweise im Rahmen von sozialen Beziehungen existieren. Selbst Bücher als Form des Wissens haben eine soziale Dimension, in ihnen vergegenständlicht sich Information als individuelles oder soziales Wissen. Die Aneignung von Wissen aus Büchern findet zwar individuell statt, hat aber immer auch eine soziale Dimension, da ein Buch als Artefakt nur als durch soziale Prozesse entstanden begriffen werden kann. Individuelle Information und individuelles Wissen existieren niemals unabhängig von sozialen Verhältnissen. Epistemologisch gesehen existiert individuelle Information nur auf Basis des gesellschaftlichen Seins. Da der Mensch das Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse darstellt, wird im Kapitalismus das Bewusstsein durch das Sein in dem Ausmaß dominiert, dass der Mensch

nicht mehr sich selbst sein kann. Diese Bestimmung des Bewusstseins durch das Sein kann jedoch niemals eine vollständig determinierende sein, denn sonst wäre jede Gesellschaftskritik und jede Möglichkeit der emanzipatorischen Veränderung grundsätzlich unmöglich.

Soziales Wissen entsteht immer durch eine Verallgemeinerung von Erkenntnissen, durch eine soziale Integration von Wissen. Erkenntnisse, die ich auf einen Zettel schreibe oder in meinem Computer speichere, haben zunächst nur eine individuelle Dimension. Sie sind zwar durch eine Auseinandersetzung mit sozialem Wissen entstanden, es handelt sich aber noch nicht um eine soziale Form des Wissens. Verallgemeinere/Vergesellschaftete ich diese Erkenntnisse im Sinn einer allgemeinen Zugänglichkeit z.B. durch Publikation oder Veröffentlichung im Internet, so wird durch diesen Prozess aus den Erkenntnissen soziales Wissen. Dies gilt auch für Situationen, in denen ich mich z.B. über meine Erkenntnisse mit jemandem unterhalte.

Wissenschaft kann auf einer allgemeinen und einer besonderen Ebene betrachtet werden. Wird sie per se als kapitalistische Wissenschaft verstanden, so würde dies eine undialektische Herangehensweise bedeuten, die die Dialektik von Allgemeinem und Besonderem, die vielen (aber nicht allen) Begriffen innewohnend ist, vernachlässigt. Wissenschaft bedeutet nicht einfach die Schaffung von Wissen, denn sonst wäre auch das Schreiben eines Kinderbuches oder eines Romans eine Form von Wissenschaft. Wissenschaft zeichnet sich insbesondere durch die Verallgemeinerung von neu geschaffenen Wissen mit Bezugnahme, Analyse und Kritik auf das im Kontext dazu bereits existierende soziale Wissen aus.

Als Produktivkraft haben Wissen und Wissenschaft nun auch eine konkrete Bedeutung in der kapitalistischen Gesellschaftsformation. Wissenschaft ist dabei eine Organisationsweise der Rahmenbedingungen und infrastrukturellen Einrichtungen der Kapitalakkumulation. Sie sorgt für den technischen Fortschritt und die Entwicklung des konstanten Kapitals sowie von Methoden der effizienteren Nutzungsweise des variablen Kapitals.

Mit der Verwissenschaftlichung der Produktion und der immer stärkeren Zunahme der Bedeutung der Produktivkraft Wissen werden wissenschaftliche Vorleistungen der Produktion, die Schaffung von Know-How durch Forschung, die Ausbildung qualifizierter ArbeiterInnen und Wissensarbeit immer bedeutender. Viele Firmen und nahezu alle Konzerne kooperieren nicht nur mit Universitäten und vergeben Forschungsaufträge an diese, sondern haben auch eigene Forschungsabteilungen, die kein allgemein zugängliches Wissen schaffen, sondern Wissen, das dem eigenen Betrieb vorbehalten bleibt. Die Kopfarbeit, das Wissen als Vorbedingung der Produktion, fließt nicht in ein einziges Produkt ein und muss nicht irgendwann durch Neukauf erneuert werden wie konstantes und variables Kapital, sondern es hat einen unvergänglicheren Charakter: Es fließt in viele Produkte gleichzeitig ein (nicht nur innerhalb eines Betriebes, sondern in vielen Betrieben gleichzeitig), obwohl es nur einmal geschaffen werden muss und es verbraucht oder verschleißt sich nicht. Fixes konstantes Kapital wie die Maschine nützt sich ab oder entwertet sich moralisch, zirkulierendes konstantes Kapital wie Rohstoffe fließt stofflich in die Ware ein, ist danach verbraucht und muss für den Produktionsprozess erneuert werden. Nicht so das Wissen: Es verbraucht sich nicht stofflich und muss nicht durch Neukauf reproduziert werden. Einmal angeeignetes Wissen kann und muss zumeist weiterentwickelt werden, was weitere Kosten verursacht, aber es gibt fast keine Reproduktionskosten des vorhandenen Wissens, es muss nicht permanent neu (re)produziert werden wie etwa das flüssige Kapital  $v$  und das zirkulierende konstante Kapital  $c_{\text{zirk}}$ <sup>108</sup>. Wissen kann zu einem sehr

---

<sup>108</sup> Zur Erinnerung: Unter konstantem Kapital  $c$  ist der Wert der Produktionsmittel, der Rohmaterialien, Hilfsstoffe und Arbeitsmittel im Produktionsprozess zu verstehen. Das variable Kapital  $v$  ist der Wert der Arbeitskraft, der der Ware im Produktionsprozess zugesetzt

geringen Preis quasi unendlich vervielfältigt werden (es wird also in der Form von Kopien billig reproduziert, muss aber selbst nicht reproduziert werden) und kann in digitaler Form mittels moderner I&K-Technologien global sehr schnell verbreitet werden.

Bereits Marx wusste von dem für das Kapital äußerst günstigen Charakter der Wissenschaft zu berichten: Die Indienstnahme der Naturkräfte kostet dem Kapital nichts. „Der Grad ihrer Wirksamkeit hängt von den Methoden und wissenschaftlichen Fortschritten ab, die dem Kapitalisten nichts kosten“ (Marx 1885, S. 356). Oder: „Die Wissenschaft kostet dem Kapitalisten überhaupt ‘nichts’, was ihn durchaus nicht hindert, sie auszubeuten. Die ‘fremde’ Wissenschaft wird dem Kapital einverleibt, wie die fremde Arbeit“ (Marx 1867, S. 407, Fußnote 108). Inzwischen lässt sich das Kapital die wissenschaftliche Forschung einiges kosten, da es den äußerst günstigen Charakter des Wissens in Form der nichtvorhandenen Reproduktionskosten, seiner universellen Anwendbarkeit und des nichtvorhandenen stofflichen Verbrauchs erkannt hat.

Die immer bedeutender werdende wissenschaftliche Arbeit tritt zwar als eine Voraussetzung des Produktionsprozesses indirekt in ihn ein, es kann aber argumentiert werden, dass sie im Sinn der Produktion von Mehrwert keine produktive Arbeit (2) ist. Sie vergegenständlicht sich nicht im Produkt wie die verausgabte menschliche Arbeit, die Mehrwert schafft. Sie ist also keine abstrakte Arbeit. Es handelt sich um unproduktive Arbeit (2), die damit aus der Tauschwert-Vergesellschaftung auf dem Markt herausfällt. Die Wissenschaft ist die „unmittelbare Produktivkraft“ (Marx 1857/58, S. 602), schafft jedoch selbst keinen Wert. Das allgemeine gesellschaftliche Wissen spiegelt sich im fixen Kapital wider. Für dessen Fortschritt und Entwicklung sorgt die Wissenschaft. Wertbildung und wissenschaftliche Arbeit sind jedoch dialektisch vermittelt, denn die Wertproduktion erfordert als eine Vorleistung die Schaffung von Wissen, das sich in konstantem Kapital, Arbeitsmethoden, Organisationsweisen der Arbeit etc. widerspiegelt. Wissenschaftliche Arbeit ist wie jede Gebrauchswerte schaffende Tätigkeit produktiv (1), ob sie produktiv (3) ist, hängt davon ab, wo sie geleistet wird (z.B. im kapitalistischen Betrieb oder in der staatlichen Wissenschaftsinstitution, im ersten Fall ist sie auf alle Fälle produktiv auf Ebene 3)

Mehrwert kann nur entstehen, wenn einE ArbeiterIn einem Produkt den Wert ihrer Arbeitskraft zusetzt und darüber hinaus unbezahlten Neuwert schafft. Der Wert kann nur verwertet werden, indem die Ware, in dem er sich vergegenständlicht, zu einem bestimmten Preis, der i.d.R. nicht mit dem Wert übereinstimmt, gegen Geld ausgetauscht wird. Damit wird der Wert in Profit verwandelt und die Verwertung des Wertes, die Akkumulation, wird möglich. Wissenschaftliche Arbeit in staatlich-universitären Einrichtungen ist i.A. nicht produktiv (2), da sie keine neue Ware schafft, die sich auf dem Markt gegen Geld tauscht und die stofflich akkumulierbar wäre. Es gibt i.d.R. kein Produkt der Wissenschaft, das teurer verkauft wird als eingekauft wird. Es existiert in den meisten Fällen nicht, daher existiert auch der Mehrwert wissenschaftlicher Arbeit nicht. Diese ist eine immer wichtigere Basis der Kapitalakkumulation, aber nicht produktive Arbeit (2). Die aufgewandte Arbeitskraft ist zwar Ware, da sie sich gegen Lohn tauscht. Es entsteht jedoch keine Selbstzweckdimension des Mehrwerts, kein akkumulierbares Produkt und keine neue Ware, die sich gegen  $G'$  tauschen könnte. Es existiert kein Mehrprodukt und folglich auch kein Mehrwert, denn das Mehrprodukt ist nichts anderes als

---

wird. Das zirkulierende konstante Kapital  $c_{\text{zirk}}$  bezeichnen den Wert der benötigten Roh-, Hilfs-, Betriebsstoffe und Halbfertigwaren. Das fixe konstante Kapital  $c_{\text{fix}}$  bezieht sich auf den Wertteil der benötigten Maschinen, Gebäude und Ausrüstungsgegenstände.  $c_{\text{zirk}}$  und  $v$  stellen gemeinsam das zirkulierende oder flüssige Kapital dar.

jener Teil der Produkts, in dem sich der Mehrwert darstellt. Ob wissenschaftliche Arbeit produktiv (3) ist, ist davon abhängig, ob sie im Rahmen des kapitalistischen Produktionsprozesses von Waren direkt angewandt wird. Ist dies nicht der Fall und fließt sie nur in Form von bereits vergegenständlichtem Wissen, das durch bereits verausgabte Arbeitskraft erzeugt wurde, in die Produktion ein, so kann sie auf dieser Ebene nicht als produktiv (3) erfasst werden. Die Tätigkeiten in privatkapitalistischen Forschungsinstitutionen, die Wissen zur Produktion einer neuen Ware erzeugen, können als produktive Arbeit (3) verstanden werden.

Wissen hat spezifische Eigenschaften, die dem Kapital nützlich sind: Es muss nur einmal produziert werden, es ist ein immaterielles Gut, das auch bei mehrfacher Nutzung nicht verbraucht, es unterliegt in seiner Vergegenständlichung im fixen Kapital nur dem, was Marx einen „moralischen Verschleiß“ nannte (d.h. durch die Entwicklung der Produktivkräfte entwertet sich das Wissen in dem Sinn, dass es mit Weiterentwicklungen nicht mithalten kann und erneuert werden muss), es ist einfach und billig reproduzierbar sowie distributierbar, es ist verdichtbar, mit Lichtgeschwindigkeit transportierbar und die Grenzkosten der Reproduktion sinken durch die technische Produktivkraftentwicklung immer weiter.

Im 3. Band des Kapitals spricht Marx von „allgemeiner Arbeit des menschlichen Geistes“, dem General Intellect (Marx 1894, S. 114). „Allgemeine Arbeit ist die wissenschaftliche Arbeit, alle Entdeckung, alle Erfindung. Sie ist bedingt teils durch Kooperation mit Lebenden, teils durch Benutzung der Arbeiten Früherer“ (ebd.). In den Grundrissen benutzt Marx den Begriff des General Intellect für das allgemeine soziale Wissen oder die kollektive Intelligenz einer Gesellschaft. Das fixe Kapital, dabei vor allem in Form der Maschinerie, können sich diese Intelligenz quasi einverleiben, das Wissen vergegenständlicht sich in ihnen:

„[Maschinen] sind von der menschlichen Hand geschaffne Organe des menschlichen Hirns; vergegenständlichte Wissenskraft. Die Entwicklung des capital fixe zeigt an, bis zu welchem Grade das allgemeine gesellschaftliche Wissen, knowledge, zur unmittelbaren Produktivkraft geworden ist und daher die Bedingungen des gesellschaftlichen Lebensprozesses selbst unter Kontrolle des general intellect gekommen und ihm gemäß umgeschaffen sind“ (Marx 1857/58, S. 602).

Der Produktionsprozess trete immer mehr als technologische Anwendung der Wissenschaft auf (Marx 1894, S. 79), die Arbeit sei nicht mehr die bestimmende Produktivkraft. Die lebendige Arbeit wird durch Automation und Computerisierung vom Ort der Produktion ausgeschlossen und in der digitalen Revolution immer stärker durch Maschinerie ersetzt. Dies bedeutet einen sinkenden Anteil an variablem und einen steigenden Anteil an fixem Kapital. Wissenschaftliche Arbeit kann also mit Marx als die Schaffung eines „General Intellect“ betrachtet werden. Sie schafft nicht direkt Mehrwert im Sinn der produktiven Arbeit (2), ist aber eine Arbeit, die eine wesentliche Basis der Kapitalakkumulation darstellt und die sich im fixen Kapital vergegenständlicht.

Es stellt sich noch die Frage, inwiefern die Arbeit in Forschungsabteilungen kapitalistischer Konzerne produktiv ist. Es werden Gebrauchswerte erzeugt, also ist diese Arbeit produktiv (1). Auf der Ebene der individuellen Arbeit entsteht dabei noch keine Ware  $W'$ , die sich auf dem Markt/in der Zirkulationssphäre gegen  $G'$  tauscht. Daher auch kein Mehrprodukt und kein Mehrwert. Es gibt hier noch keinen akkumulierbaren Output und keinen vollständigen Kapitalakkumulationsprozess auf Basis einer neu produzierten Ware. Die in dieser Forschungsphase noch immaterielle Ware wird in ihrer späteren Existenzweise zwar ideell antizipiert, sie hat

jedoch noch keinen Tauschwert. Die aufgewandte Arbeitskraft hingegen schon, da diese sich als Ware gegen Lohn tauscht.

Ohne die kooperative Dimension der Arbeit zu berücksichtigen, müssen wir auf der individuellen Ebene daher von einer unproduktiven Arbeit (2) sprechen. Auf der Ebene des Gesamtarbeiters (dieser umfasst alle Arbeit, die für die Produktion einer Ware notwendig ist, unabhängig davon, ob die jeweilige Arbeit produktiv oder unproduktiv ist) ist im Kapitalismus die Arbeit geteilt, insbesondere erfolgt eine Trennung zwischen Hand- und Kopfarbeit. Dies war in vorkapitalistischen Phasen und noch im Feudalismus anders, der Handwerker vereinigte geistige und körperliche Arbeiten, die heute getrennt erscheinen, in einer Form. Das vom Forscher erzeugte Wissen vergegenständlicht sich also schließlich, z.B. in Form eines Videorekorders, eines Autos, einer Stereoanlage etc. Bewegt sich diese Gesamtarbeit im Rahmen des Schemas erweiterter Reproduktion, findet also Kapitalakkumulation statt, bei der eine Masse stofflich akkumulierbarer Waren entsteht, so kann davon gesprochen werden, dass der Gesamtarbeiter produktiv ist und jede Teilarbeit davon daher produktiv (3). Einerseits ist die in kapitalistischen Konzernen geleistete Forschungsarbeit also unproduktiv (2), auf der Ebene der kooperativen Gesamtarbeit kann sie jedoch als produktiv (3) erfasst werden.

Nachdem nun der Stellenwert wissenschaftlicher Arbeit in der Informationsgesellschaft behandelt wurde, kann nun der Blick auf andere Formen der Arbeit geworfen werden. Wesentlich dabei sind Dienstleistungen und Informationsarbeit. Welchen Stellenwert haben sie heute? Schaffen sie Mehrwert?

Unter Wissensarbeit können wir die Schaffung, Verarbeitung, Weiterverwendung und Instandhaltung von sozialem Wissen verstehen. Die Rahmenbedingungen und die Infrastruktur der Warenproduktion werden immer bedeutender: In allen Industriestaaten zeigt sich ein Trend des sektoralen Strukturwandels (siehe z.B. Ofner 1997, S. 253ff, S. 297ff): Der primäre Sektor Landwirtschaft nimmt ab (meist unter 10 Prozent der Beschäftigten sind darin tätig), der sekundäre, warenproduzierende Sektor ist rückläufig (und beläuft sich meist um die 30 Prozent), während der Dienstleistungssektor immer größer wird (60 bis 70 Prozent). Der tertiäre Sektor ist schwer zu definieren: Manche meinen, Arbeit zeichne sich darin durch kein separates Produkt aus. Informationsprodukte wie CDs, Filme, usw. haben jedoch sehr wohl eine stoffliche Basis. Andere argumentieren, dass sich Dienstleistungen durch ein immaterielles Produkt auszeichnen (z.B. Haarschnitt). Hier trifft dieselbe Kritik zu wie bei der Behauptung eines nicht-separaten Produktes. Wird argumentiert, dass sich Dienstleistungen durch eine Gleichzeitigkeit von Produktion und Konsum auszeichnen, so trifft dies zwar auf die meisten persönlichen Dienstleistungen zu, aber nicht auf Informationsprodukte, Kunst, Wissenschaft, Musik, Kultur, Film, usw. Daher erscheint eine Restdefinition wie bei Ofner (1997) am angebrachtesten: Im tertiären Sektor werden alle Erwerbstätigkeiten subsumiert, die weder in den primären noch in den sekundären Sektor passen (vgl. Ofner 1997, S. 253: „Dienstleistungen werden hier als Restkategorie zu den produzierenden Tätigkeiten in Land- und Forstwirtschaft, Gewerbe und Industrie aufgefasst“). Es stellt sich die Frage, warum dieser tertiäre Sektor immer stärker wächst. Marx (1867) lieferte im 13. Kapitel des 1. Bandes des Kapitals einen Hinweis darauf:

„Endlich erlaubt die außerordentlich erhöhte Produktivkraft in den Sphären der großen Industrie, begleitet, wie sie ist, von intensiv und extensiv gesteigerter Ausbeutung der Arbeitskraft in allen übrigen Produktionssphären, einen stets größeren Teil der Arbeiterklasse unproduktiv zu werden und so namentlich die alten Haussklaven unter dem Namen der ‘dienenden Klasse’, wie Bediente, Mägde, Lakaien usw., stets massenhafter zu reproduzieren“.

Die klassische Arbeit von Mägden, Dienern, Putzpersonal ist ein gutes Beispiel für unproduktive Arbeit. Dies heißt jedoch nicht, dass die Resultate dieser Arbeiten grundsätzlich einer Marktvermittlung entzogen sind. Es gibt heute z.B. Firmen, die Putzpersonal anstellen und weitervermieten. Zumeist ist es aber der Fall, dass solche die Selbstzweckdimension des Wertes im Rahmen solcher Arbeiten entfällt. Es entsteht kein akkumulierbares Produkt, keine neue Ware, die sich gegen G' tauschen könnte. Daher existiert dabei auch kein Mehrprodukt und folglich auch kein Mehrwert. In diesem Fall können solche Tätigkeiten nicht als produktiv (2) gefasst werden. Sie sind wertkonsumierend, typische Beispiele dafür sind, dass Mittelklassefamilien MigrantInnen als billiges Dienstpersonal einstellen. Wird solche Arbeit im Rahmen von kapitalistischen Betrieben verausgabt, so ist sie produktiv (3), da sie auf der Ebene des betrieblichen Gesamtarbeiters Teil eines Prozesses ist, durch den eine neue Ware entsteht. Es könnte jedoch auch gesagt werden, dass die Arbeit der „dienenden Klasse“ wie jede Haus- und Reproduktionsarbeit grundsätzlich produktiv (3) ist. Sie erzeugt selbst keinen Wert, ist jedoch mit der Wertproduktion dialektisch gekoppelt. Sie trägt zur Reproduktion der Lohnarbeitenden und damit des Kapitalismus bei, als gratis geleistete oder sehr niedrig bezahlte Arbeit ist sie notwendige Bedingung der Kapitalakkumulation.

Es fällt auf, dass es Dienstleistungen gibt, durch die keine neue Ware entsteht, die im Tausch gegen Geld verkauft wird, um Profit zu realisieren. Dazu gehören z.B. Tätigkeitsbereiche wie privates Dienstpersonal, öffentliche Verwaltung, Tätigkeiten im Gesundheits- und Bildungsbereich (solange keine Privatisierung stattgefunden hat und damit Gesundheit und Bildung nicht direkt zu Waren geworden sind). Es kann gesagt werden, dass diese Tätigkeiten weder produktiv (2), noch produktiv (3) sind: Es entsteht keine neue Ware, die verkauft wird und stofflich akkumulierbar ist. Wenn kein Verkauf einer neuen Ware vorgesehen ist, so gibt es auch keine Mehrwertproduktion. Bei den genannten Dienstleistungen entsteht kein Mehrwert, daher handelt es sich nicht um produktive Arbeit (2) oder (3). Vielmehr wird diese Arbeit entweder durch die Revenue oder aus öffentlichen Geldern bezahlt, sie ist wertkonsumierend.

Es stellt sich nun die Frage, ob sämtliche Tätigkeiten im Dienstleistungsbereich unproduktiv (2) (3) sind. Wird der Dienstleistungsbereich als Restkategorie verstanden, so erscheint dies zweifelhaft, da wir es bei Dienstleistungen mit sehr heterogenen Beschäftigungsarten zu tun haben. Diese Fragen sollen nun geklärt werden. Insbesondere steht dabei im Vordergrund, ob die Arbeit im Bereich der Computerindustrie produktiv ist.

Die beiden amerikanischen Systemanalytiker Jim Davis und Michael Stack meinen, dass das Wertgesetz auf die Produktivkraft Wissen anwendbar ist: „Der Tauschwert von Wissen ist somit die für Forschung, Analyse und Darstellung notwendige Arbeit“ (Davis/Stack 1995, S. 14). „Informationsverarbeitende ArbeiterInnen können Mehrwert produzieren und sind damit produktive ArbeiterInnen im marxistischen Sinne“ (ebd., S. 19, Fußnote 26).

Peter Fleissner (1987, 1995) vertritt im Gegensatz dazu die Auffassung, dass Informations- und Wissensarbeit keine mehrwerterzeugende Arbeit ist, da der Output nicht akkumulierbar sei:

„[...] gilt die Arbeitswertlehre in der klassischen Form nicht für solche Arbeitsbereiche, deren Output nicht akkumuliert werden kann. Manche Dienstleistungen, jene, die im Augenblick ihrer Entstehung verbraucht werden, die weder gelagert noch weiterverkauft werden können, sondern sofort konsumiert werden müssen, stellen zwar Gebrauchswerte dar, da aber wegen der Nichtakkumulierbarkeit kein Mehrprodukt, und wegen der fehlenden stofflichen Basis auch kein Mehrwert erzeugt wird, sondern Tauschwerte

verbraucht werden, nenne ich diese Bereiche zum Unterschied von den klassischen werterzeugenden Sektoren wertverbrauchend. Die Erzeugung von Wissen in kapitalistischen Dienstleistungsbetrieben, Forschung und Entwicklung, fallen genau unter diese Kategorie“.

Im Dienstleistungssektor, so Fleissner, werden nur Gebrauchswerte erzeugt. Die meisten Dienstleistungen seien aber nicht direkt an der Produktion von Mehrwert beteiligt. Die Kapitalakkumulation und die Profite im Dienstleistungsbereich ließen sich dadurch erklären, dass das reale Preissystem vom Arbeitswertpreissystem abweiche. Es werde also durch den Verkauf von Dienstleistungsprodukten sehr wohl Profit gemacht. In diesen Produkten stecke jedoch kein Mehrwert, da dieser nur im industriellen Sektor entstehen könne.

Der Dienstleistungssektor als Restkategorie ist ein äußerst heterogener Beschäftigungsbe- reich. Daher stellt sich die Frage, ob gesagt werden kann, dass bei sämtlichen Dienstleistungen kein Mehrwert produziert wird. Es besteht auch die Möglichkeit, spezielle Dienstleistungen diesbezüglich zu betrachten. Der tertiäre Bereich absorbiert einen immer größeren Teil der gesellschaftlichen Arbeit. Die Rahmenbedingungen der Warenproduktion, die universitäre Wissenschaft, Transport, Kommunikation, Energieversorgung, Ausbildung, der Gesundheitsbereich, sozialstaatliche Einrichtungen und staatliche Dienstleistungen gehen in alle produktive Arbeit als Voraussetzung indirekt ein, das Wertgesetz ist jedoch nicht auf sie anwendbar, so- weit sie nicht kapitalistisch organisiert sind: Sie fließen nicht als abstrakte, vergegenständlich- te, wertschaffende Arbeit in Waren ein, sondern gehen als gesellschaftliche Arbeit in alle Pro- dukte indirekt ein. Diese unproduktive Arbeit (2) (3) ist weder wertschaffend noch wertzuset- zend, sie wächst aber immer stärker an. Auf die bereits erwähnten Dienstleistungen trifft Peter Fleissners Argumentation sicherlich zu, da hier der Output tatsächlich nicht akkumulierbar ist.

Die erweiterte Reproduktion des Kapitals, d.h. die Akkumulation des Kapitals, wird von Marx (1885) im zweiten Band des Kapitals in der Form  $G-W..P..W'-G'$  dargestellt (wobei  $G'$  als neues  $G$  rückgekoppelt wird und so die Selbstzweckdimension des Wertes, also eine Verwertung des Wertes hergestellt wird).  $W'$  umfasst dabei ein Mehrprodukt, also jenen Teil des Produkts in dem sich der Mehrwert darstellt. Neben diesem Kapitalkreislauf beschreibt Marx jedoch auch den Kreislauf des produktiven Kapitals  $P..W'-G'-W..P$  und jenen des Warenkapitals  $W'-G'-W..P..W''$ . Akkumulation des Kapitals ist daher auch Akkumulation des Warenkapitals, d.h. auch: Vergrößerung des Mehrprodukts und damit Erhöhung der Produktmasse. Der Kreislauf des Warenkapitals bezieht sich auf die „Bewegung der allgemeinen Produktenmasse“ (Marx 1885, S. 102) und es findet immer eine „Darstellung des Produktwerts in proportionalen Teilen des Produkts“ (Marx 1867, S. 234) statt. Und: „der Mehrwert ist nur deshalb in Kapital verwandelbar, weil das Mehrprodukt, dessen Wert er ist, bereits die SACHLICHEN Bestandteile eines neuen Kapitals enthält“ (Marx 1867, S. 606f). Marx spricht auch von den „materiellen Bedingungen“ der Akkumulation (ebd. S. 607, FN 21b) Daraus können wir folgern, dass die Warenmasse  $W''=W'+\Delta W$  größer ist als  $W'$ . Akku- mulation bedeutet also auch Erhöhung des Mehrprodukts  $\Delta W$ , also quantitative Vermehrung des zu verkaufenden Warenbestands: „Findet Reproduktion auf erweiterter Stufenleiter statt, so ist das Schluß- $W'$  größer als das Ausgangs- $W'$  und soll deshalb hier mit  $W''$  bezeichnet wer- den“ (Marx 1885, S. 91). Dies gibt uns wiederum einen Hinweis darauf, dass wir tatsächlich annehmen müssen (so wie wir dies in der Definition produktiver Arbeit vorgenommen haben), dass eine Akkumulation des Kapitals immer mit einer stofflichen Akkumulation des Waren- outputs verbunden ist. Daher haben wir bei der Definition der produktiven Arbeit (2) davon

gesprochen, dass eine notwendige Bedingung die Schaffung einer stofflichen, akkumulierbaren Ware darstellt.

In den Theorien über den Mehrwert (MEW, Band 26.1.), den Vorstudien zum Kapital, schwankt Marx noch zwischen der Ansicht, jede vom Kapital gekaufte Lohnarbeit sei produktiv und jede produktive Arbeit benötige eine stoffliche Basis. Marx weist zwar, wie an der folgenden Stelle, immer wieder auf zweites hin, betont aber an anderen Stellen, um Arbeit als produktiv zu charakterisieren, reiche der Austausch von Arbeit gegen Revenue aus. „Es kann dann als Charakteristisches der produktiven Arbeiter, das heißt der Kapital produzierenden Arbeiter bezeichnet werden, dass ihre Arbeit sich in Waren realisiert, in materiellem Reichtum“ (MEW, Band 26.1.). Im zweiten Band des Kapitals macht Marx produktive Arbeit schließlich an der materiellen Waren- und Wertproduktion fest. Nicht jede Arbeit, die sich gegen Kapital austauscht, sei produktiv (z.B. die in der Zirkulationssphäre im Rahmen von Handel und Banken tätige Lohnarbeit).

Im tertiären Sektor befinden auch jene Arbeiten, die mit der Schaffung von Informationsprodukten wie CDs, Software, Filme, Videos, DVDs, Laserdiscs, Minidiscs usw. zu tun haben. Offensichtlich wird in diesen Bereichen Profit geschöpft. Haben wir es mit produktiver Arbeit zu tun? Wie entsteht der Profit bei Informationsprodukten?

Softwareproduktion ist keine wissenschaftliche Arbeit, da kein neues Wissen geschaffen wird, das durch Diskurs, Kritik und Auseinandersetzung auf im Kontext dazu existierendes soziales Wissen bezogen wird. Bei der Softwareentwicklung wird bestehendes Wissen angewandt und integriert. Es vergegenständlicht sich in Codeform. Software ist daher eine Form codierten Wissens

Betrachten wir also die Entwicklung einer Massensoftware: Das Wissen der ProgrammierInnen erscheint in abstrahierter Form in einem Programm. Software ist kodiertes Wissen. Der eigentliche Produktionsprozess erfolgt mit einem stofflichen Träger wie CD, Diskette usw. industriell im Preßwerk (oder die Software wird über das Internet vertrieben). Die Reproduktionskosten dabei sind äußerst gering, eine einmal geschaffene Software kann mit äußerst geringen Kosten vervielfältigt werden ( $c$  und  $v$  sind dabei also sehr gering). Nur der stoffliche Träger der Information muss als fixes konstantes Kapital permanent erneuert werden, nicht so das von den SoftwareentwicklerInnen geschaffene Wissen: Die Kosten für seine Erzeugung fallen nur einmal an. Mit Intellectual Property Rights (IPR, z.B. Patente, Urheberrechte) versuchen Softwarefirmen die exklusive Nutzung von geschaffenem Wissen für sich zu garantieren.

Erzeugt der Programmierer Mehrwert? Es sei nochmals an die Definition bei Marx erinnert: „den Überschuss über den ursprünglichen Wert nenne ich - Mehrwert“ (Marx 1867, S. 165). Nach dieser Definition produzieren ProgrammiererInnen Mehrwert, da der Kapitalist die Arbeitskraft und die notwendigen Produktionsmittel kauft. Der Wert einer Software entspricht aber nicht der Summe von konstantem und variablem Kapital, sondern sie wird teurer als das vorgeschossene Kapital verkauft. Daher muss ein Profit in ihr stecken. ProgrammiererInnen arbeiten mehr als sie bezahlt bekommen, daher leisten sie Mehrarbeit und vermitteln Profit für den Kapitalisten.

Wesentlich für das Kapital ist aber auch, dass es Selbstzweck ist, d.h. dass der Wert, sich verwertender Wert ist: Ein Teil des Profits<sup>109</sup> verbleibt in der Zirkulation, wird wieder zum

---

<sup>109</sup> Nochmals erwähnt sei, dass es wesentlich ist, zwischen Wert und Preis zu unterscheiden. Von Profit, der durch die Realisierung des Werts in der Zirkulationssphäre entsteht, kann erst gesprochen werden, wenn Werte in Preise transformiert worden sind. Und es kann eben nicht

Ausgangspunkt des Akkumulationsprozesses in der Form von Geldkapital  $G$ , das reinvestiert wird. „Die Zirkulation des Geldes als Kapital ist dagegen Selbstzweck, denn die Verwertung des Werts existiert nur innerhalb dieser stets erneuten Bewegung. Die Bewegung des Kapitals ist daher maßlos“ (Marx 1867, S. 167). Dies bedeutet auch, dass produktive Arbeit mit der Selbstzweckdimension des Werts verkoppelt ist, also nur im Rahmen des Schemas erweiterter Reproduktion ( $G-W..P-W'-G'$  mit Rückkopplung von  $G'$  als neues Anfangs- $G$ ), d.h. der Kapitalakkumulation, stattfinden kann. Ohne Selbstzweckdimension des Werts und Akkumulierbarkeit des Outputs keine produktive Arbeit (2).

Die Produktion beispielsweise eines Autos folgt sehr wohl der erweiterten Reproduktionsform des Kapitals  $G-W..P..W'-G'$  (Akkumulation). (Ein Teil von)  $G'$  wird erneut investiert, mehr Autos werden produziert, damit  $G'$  weiter erhöht werden kann. D.h. es kann gesagt werden, dass der Output des Produktionsprozesses akkumulierbar ist. Es werden Autos hergestellt, damit sie verkauft werden, noch mehr Autos hergestellt werden können und noch mehr Kapital akkumuliert wird.

Ist der Output von Informationsarbeit (z.B. Software) akkumulierbar? Eine Software wird nicht erzeugt und verkauft, damit dieselbe Software in höherer Anzahl neu programmiert wird. Es kann also nicht direkt von der Akkumulierbarkeit der Software oder von Informationsprodukten gesprochen werden. Dies kommt daher, dass Wissen die Eigenschaft hat, dass es nur einmal erzeugt werden muss und nicht permanent reproduziert werden muss, damit es verfügbar ist. Bei Rohstoffen ist dies z.B. nicht der Fall. Der Wert ist Selbstzweck in Mehrwertform, da er im Kapitalkreislauf auf sich selbst rückgekoppelt wird, der Endpunkt der Kapitalmetamorphose  $G'$  wird dabei zum Ausgangspunkt  $G$  eines neuen Kapitalkreislaufes. Die Softwareentwicklung ist kein rückgekoppelter Prozess, es wird nicht ein mehr derselben Software durch Reinvestition von akkumuliertem Kapital erzeugt. Es entsteht hier kein Mehrprodukt und es gibt keine Selbstzweckdimension des Werts. Dies gilt für alle Informationsprodukte (CDs, Software, Filme, Videos, DVDs, Laserdiscs, Minidiscs etc.). Wir haben es also bei der Wissensarbeit, die bei der Softwareproduktion verausgabt, zwar mit produktiver Arbeit (1) zu tun, aber nicht mit produktiver Arbeit (2).

Auf der Ebene des individuellen Arbeiters haben wir es bei der Produktion einer Massensoftware also mit unproduktiver Arbeit zu tun. Darauf verweist auch Robert Kurz (1986): Die kooperative Arbeit führe zu einer immer stärkeren Trennung von Hand- und Kopfarbeit. Kopfarbeit fließe in eine breite Palette von Produkten ein, nicht mehr ausschließlich in ein einziges Produkt. Daher könne auf der Ebene des Wertbildungsprozesses nicht von produktiver Arbeit gesprochen werden:

„wenn ein- und dieselbe indirekt in den stofflichen Arbeitsprozess eingehende Tätigkeit, sagen wir: die Konstruktion eines Steuerungsmoduls, sich nicht nur auf ganz verschiedene Produkte erstreckt, sondern auch (z.B. durch Lizenzvergabe) auf Produkte ganz verschiedener Marktteilnehmer, dann wird es fragwürdig, wie diese im stofflichen Sinn produktive Arbeit<sup>110</sup> objektiv noch eine Wertgestalt annehmen kann“ (Kurz 1986).

---

angenommen werden, dass der Preis einer Ware ihrem Wert entspricht, da für den Warenwert die gesellschaftlich durchschnittlich notwendige Arbeitszeit ausschlaggebend ist.

<sup>110</sup> Damit ist gemeint, dass diese Arbeit im Sinn einer gebrauchswertschaffenden Arbeit als produktiv (1) betrachtet werden kann. Dieses einfache Verständnis produktiver Arbeit ist hier aber von geringerer Bedeutung.

Diese geistige Arbeit fällt also aus der Tauschwertvergesellschaftung. Heute zeige sich eine Tendenz zu immer mehr unproduktiver Arbeit innerhalb des Gesamtarbeiters. Dies führe zu einer Krise der Wertproduktion, der Arbeit und somit des Kapitalismus, da die Basis der Wertproduktion, nämlich die produktive und lebendige Arbeit, durch die Zunahme der unproduktiven Arbeit und der Ersetzung von lebender (menschlicher) durch tote (Maschinen) Arbeit, zersetzt werde. Die wertschaffende Arbeit nehme ab, Vorleistungen, die indirekt in die Wertproduktion eingehen und nur einmal geleistet werden müssen, würden immer bedeutender. Daher folgert Robert Kurz daraus, dass dies zu einem Zusammenbruch des Kapitalismus führen könnte. Allerdings kann dagegen eingewendet werden, dass heute auch als Gegenwirkung aus unproduktiver Arbeit auf der Ebene des Gesamtarbeiters produktive Arbeit gemacht wird, indem z.B. Tätigkeiten wie Gesang, Schauspiel oder Musik auf stofflichen Trägern aufgezeichnet werden, um diese marktvermittelt zu verkaufen. Die Frage ist nun, welche der beiden Tendenzen stärker ist. Durch die Entwicklung der Produktivkräfte sinken die Warenwerte, da durchschnittlich weniger gesellschaftliche Arbeit aufgewendet werden muss, um sie herzustellen. D.h. jedoch nicht automatisch, dass die Durchschnittsprofitraten fallen, denn durch die Methode der relativen Mehrwertproduktion kann derselbe Wert in kürzerer Zeit produziert werden und durch die Transformation von Wert in Preis stimmt die Profitmasse nicht mit der Wertmasse überein.

Auf der Ebene der Wissensarbeit ist die Produktion von Massensoftware also unproduktiv (2). Es gibt allerdings auch jene des Gesamtarbeiters:

„Das Produkt verwandelt sich überhaupt aus dem unmittelbaren Produkt des individuellen Produzenten in ein gesellschaftliches, in das gemeinsame Produkt eines Gesamtarbeiters, d.h. eines kombinierten Arbeitspersonals, dessen Glieder der Handhabung des Arbeitsgegenstandes näher oder ferner stehn. Mit dem kooperativen Charakter des Arbeitsprozesses selbst erweitert sich daher notwendig der Begriff der produktiven Arbeit und ihres Trägers, des produktiven Arbeiters. Um produktiv zu arbeiten, ist es nun nicht mehr nötig, selbst Hand anzulegen; es genügt, Organ des Gesamtarbeiters zu sein, irgendeine seiner Unterfunktionen zu vollziehen“ (Marx 1867, S. 531f).

Damit tatsächlich Profit aus Wissen entspringt, muss es eine materielle Basis erhalten. Dies erfolgt durch seine Speicherung auf Datenträgern, die seine Vermarktbarkeit erlauben. Erst in dieser stofflichen Form entsteht der Tauschwert des Wissens. Die Software an sich, die sich auf einem lokalen Rechner befindet, ist noch nicht als Massenprodukt gegen Geld tauschbar. Erst wenn sie einen Träger wie Diskette, CD-ROM oder Internet bekommt, kann sie im großen Ausmaß gegen Geld getauscht werden.

Die Software muss in den meisten Fällen industriell vervielfältigt werden. Damit bekommt sie eine stofflich-materielle Basis. Diese industrielle Vervielfältigung muss entweder als Dienstleistung angekauft werden oder sie wird von einer Softwarefirma selbst durchgeführt. Beim industriellen Fertigungsprozess muss Arbeitskraft als variables Kapital  $v$  und konstantes Kapital in Form der Maschinerie und des Rohmaterials (Disketten, CDs, ...) angekauft werden.

Für jede Kopie der Software muss nun nicht mehr das zugrundeliegende Wissen, das sich in der Software vergegenständlicht, neu geschaffen werden. Sobald es einmal existiert und die Arbeiter, die es erzeugen, bezahlt wurden, kostet es nichts mehr und es fließt gratis in die industrielle Produktion ein. Das kodierte Wissen in Form der Software geht nun quasi als kostenlose Basis in jede Kopie ein. Jede einzelne Kopie wird teuer verkauft, also um ein vielfaches ihrer Herstellungskosten. Es werden Softwarekopien hergestellt, um sie zu verkaufen und um

Reinvestitionen vorzunehmen. Dadurch, dass eine Software eine stoffliche Basis erhält und industriell vervielfältigt wird, wird sie akkumulierbar. Diese industrielle Prozess folgt dem Wertgesetz, genauso wie die Herstellung von Autos. Es gilt noch immer: Je mehr Arbeit in eine Software hineingesteckt wird, desto teurer ist sie. Aber es ist nicht so, dass der Preis einer Software der darin enthaltenen Arbeit 1:1 entspricht. Das ist generell nicht der Fall und die Eigenschaften des Wissens (muss nur einmal hergestellt werden, sehr einfach und günstig vervielfältigbar) begünstigen dies. Es können Preise erzielt werden, die wesentlich höher als die Reproduktionskosten und der Wert einer hergestellten Kopie sind. Daraus ergeben sich auch die hohen Profite in der Softwarebranche.

Auf der Ebene des Gesamtarbeiters entsteht also bei der Produktion einer Massensoftware Profit und Mehrwert in Selbstzweckdimension. Wir haben es also mit einer Kapitalakkumulation zu tun, bei der ein Output akkumuliert wird und das Mehrprodukt vergrößert wird. Diese Vergrößerung des Mehrprodukt benötigt einen stofflichen Träger<sup>111</sup>. Mit der Herstellung dieser Basis kann das Arbeitsergebnis akkumuliert werden, die Ware wird verkaufbar, ein Tausch von W' mit G' kann stattfinden, Kapitalakkumulation durch eine Rückkopplung von G' als neues G wird möglich. Auf der Ebene des Gesamtarbeiters ist die Produktion einer Massensoftware daher eine Form produktiver Arbeit (3). Das Schema der erweiterten Reproduktion kann hier angewandt werden. Während die aufgewendete Wissensarbeit unproduktiv (2) ist, ist sie sehr wohl produktiv (3). Sie ist notwendige Bedingung für die Akkumulation von Kapital in der Softwareindustrie, aber nicht direkt werterzeugend im Sinn der produktiven Arbeit (2). Sie wird nur einmal ausgeführt und trägt dabei nicht bei jedem erneuten Umschlag des Kapitals zur Erhöhung des Mehrprodukts bei. Sehr wohl ist dies jedoch der Fall bei der eigentlichen Vervielfältigungsarbeit, die daher auch als produktiv (2) erachtet werden kann. Die Vervielfältigung ist wertbildend auf Ebene 2, benötigt jedoch als notwendige Voraussetzung die Wissensproduktion. Auf Ebene 3 des betrieblichen Gesamtarbeiters sind sämtliche Tätigkeiten als produktiv zu erachten, die im Rahmen der Softwareproduktion direkt aufgewendet werden. Dazu zählen neben Vervielfältigung und der geistigen Arbeit (Wissensproduktion) z.B. auch Reparaturarbeiten, Verwaltung, Distribution, Werbung, Transport und Versand. Diese Arbeiten sind im Fall der in einem kapitalistischen Konzern produzierten Massensoftware zwar unproduktiv (2), sie sind nichtsdestotrotz eine wesentliche Bedingung des Wertbildungsprozesses und daher als produktiv (3) zu erachten.

Im dritten Band des Kapitals beschreibt Marx, dass die realen Preise von den Arbeitswertpreisen ( $W = c + v + m$ ) abweichen. Der Verkaufspreis einer einzelnen Kopie des kodierten Wissens übersteigt seinen Arbeitswert bei weitem. Marx führte den Produktionspreis in 3. Band des Kapitals ein: „Der Preis einer Ware, welcher gleich ist ihrem Kostpreis plus dem im Verhältnis ihrer Umschlagsbedingungen auf sie fallenden Teil des jährlichen Durchschnittsprofits auf das in ihrer Produktion angewandte (nicht bloß das in ihrer Produktion konsumierte) Kapital, ist ihr Produktionspreis“ (Marx 1894, S. 168). Zur Erinnerung: Der Kostpreis  $k = c + v$ . Illustriert sei dies an folgendem Beispiel, bei dem die Produktpreise dreier Waren voneinander abhängig sind (Tab. 4.1.).

Der Wert der drei Waren ist unterschiedlich, da sie jedoch voneinander abhängen, muss die Durchschnittsprofitrate berechnet werden: Sie beträgt 20 Prozent. Der Durchschnittsprofit ist also  $p_g = (20m + 10m + 30m) / 3 = 20$ . Der Produktpreis ergibt sich für jedes Produkt als  $c + v + p_g$ , beträgt also für alle drei Waren 120. Dies soll zeigen, dass schon die klassische Arbeitswert-

---

<sup>111</sup> So auch Kurz (1986): „Es gibt keine Akkumulation ohne stofflichen Träger, so sehr dies auch das Ideal des Kapitals wäre“

theorie erkannte, dass der Preis eines Produktes nicht gleich dem Arbeitswert  $W = c + v + m$  ist. Es sollte daher auch nicht überraschen, dass der Preis von Informationsprodukten wie einer Software nicht mit ihrem Arbeitswert übereinstimmt. Denn eine Software kann unter ihrem eigentlichen Wert verkauft werden. Ihr Wert mag z.B. 10.000 Dollar sein, inklusive des Wertes der für die Programmierung notwendigen Lohnarbeit, der Infrastrukturkosten etc. Da dasselbe Wissen sich aber tausende male im Rahmen eines industriellen Fertigungsprozesses, bei dem die Software eine stoffliche Basis erhält, in Warenform vergegenständlichen kann, kann jede Kopie unter dem Wert des Originals verkauft werden. Dies entspringt aus den spezifischen Eigenschaften des Wissens, dass es nur einmal durch lebendige Arbeit erzeugt werden muss, nur moralisch, aber nicht stofflich verschleißt und dass es einfach, schnell und billig reproduzierbar und distributierbar ist.

| Zusammensetzung   | Wert | Profitrate | Produktpreis |
|-------------------|------|------------|--------------|
| I $80c+20v+20m$   | 120  | 20%        | 120          |
| II $90c+10v+10m$  | 110  | 20%        | 120          |
| III $70c+30v+30m$ | 130  | 20%        | 120          |

Tab. 4.1: Produktionspreisbeispiel nach Marx 1894, S. 174

Um die Wirksamkeit der für das Kapital äußerst günstigen Eigenschaften des Wissens zu verdeutlichen, wollen wir ein Beispiel betrachten, nämlich die Produktion einer Version einer Massensoftware. Dieser Prozess habe eine gewisse Umschlagszeit. Dem ersten Umschlag des Kapitals wird die Produktionszeit des codierten Wissens zugerechnet. Zur Vereinfachung des Modells gehen wir von der Idealisierung aus, dass die gesamte produzierte Anzahl an Kopien verkauft wird, dass bereits beim ersten Umschlag des Kapitals Profit realisiert wird und dass kein Zins und keine Rente zu bezahlen sind. Der Verkaufspreis der Software sei gegeben durch eine Lizenzgebühr von 1190 ATS. Es ist zu unterscheiden, zwischen dem konstanten und variablen Kapital, das bei der Wissensproduktion anfällt ( $c_1$  und  $v_1$ ) sowie zwischen jenem, das bei der Vervielfältigung auftritt ( $c_2$  und  $v_2$ ). Nehmen wir weiters an, dass beim 1. Umschlag 100.000 Waren produziert werden, dass  $c_1 = 10 \cdot 10^6$  ATS,  $v_1 = 50 \cdot 10^6$  ATS,  $c_2 = 5 \cdot 10^6$  ATS,  $v_2 = 2 \cdot 10^6$  ATS. Die Investitionskosten belaufen sich also auf  $67 \cdot 10^6$  ATS, die Rate des Mehrwerts sei 100%. Die Masse des konstanten Kapitals beträgt nun  $c = c_1 + c_2 = 15 \cdot 10^6$ , jene des variablen  $v = v_1 + v_2 = 52 \cdot 10^6$ . Die Masse des produzierten Mehrwerts ergibt sich aus der Mehrwertrate als ebenfalls  $m = 52 \cdot 10^6$  ATS. Da sämtliche Kopien verkauft werden, belaufen sich die Einnahmen auf  $1190 \cdot 100\,000 = 119 \cdot 10^6$  ATS. Davon abzuziehen sind die Investitionskosten und es verbleibt somit ein Profit von  $52 \cdot 10^6$  ATS. Der Durchschnittswert einer einzelnen Kopie ergibt sich als  $w = c_d + v_d + m_d$ , wobei  $c_d$ ,  $v_d$  und  $m_d$  die den durchschnittlich auf eine Ware entfallenden Anteile von konstantem und variablem Kapital sowie des produzierten Mehrwerts ausmachen. Es ergibt sich daher für den durchschnittlichen Warenwert

$$w = \frac{15 \times 10^6}{10^5} + \frac{52 \times 10^6}{10^5} + \frac{52 \times 10^6}{10^5} = 1190 .$$

In unserem Beispiel entspricht also der Wert dem Preis der Ware. Sehen wir uns nun einen zweiten Umschlag des Kapitals an, für den wir annehmen, dass die Produktionsbedingungen, sämtliche Kosten und die produzierte Warenanzahl gleich bleibt. Wie entwickelt sich nun der Profit? Die Investitionskosten für die Wissensproduktion fallen nun auf Grund der spezifischen Eigenschaften des Wissens weg. Der durchschnittliche Warenwert verringert sich daher auf

$$w = \frac{5 \times 10^6}{10^5} + \frac{2 \times 10^6}{10^5} + \frac{2 \times 10^6}{10^5} = 90 .$$

Der durchschnittliche Wert einer Kopie ist also ohne Veränderung der Produktionsbedingungen auf 90 ATS gesunken. Die Begründung dafür ist, dass Wissen nur einmal produziert werden muss, nur „moralisch“ verschleißt (d.h. nur durch Veralterung, nicht jedoch durch Gebrauch bzw. Nichtgebrauch), einfach und günstig reproduzierbar ist etc. Die Software wird jedoch weiter zum Preis von 1190 ATS verkauft und der Profit erhöht sich daher von  $52 \cdot 10^6$  ATS auf  $112 \cdot 10^6$  ATS. Das entspricht einem Anstieg des Durchschnittsprofits von 520 ATS pro Ware auf 1120 ATS. Dadurch, dass die Software über ihrem Wert verkauft wird, kann ein Extramehrwert erzielt werden. Die äußerst günstigen Eigenschaften des Wissens verhelfen also der Softwareindustrie zu hohen Profiten.

Zusammenfassend: Massensoftware als kodiertes Wissen wird nur *einmal* erzeugt, dies entspringt aus den spezifischen Eigenschaften des Wissens als Gut, das nicht permanent neu erschaffen werden muss. Die aufgewendete Wissensarbeit ist unproduktiv (2), jedoch produktiv (3). Der entstehende Mehrwert kann nur Selbstzweck sein, also sich verwertender Wert, indem das Informationsprodukt industriell vervielfältigt wird. Die Vervielfältigung ist ein eigenständiger Prozess, der erst nach der Erzeugung der Software erfolgen kann. In diese geht das kodierte Wissen als unvergängliche, nun quasi gratis zur Verfügung stehende Basis, die nicht erneuert werden muss, ein. Es fallen hier nur mehr das variable Kapital, mit dem die VervielfältigerInnen bezahlt werden, und das konstante Kapital (Disketten, CDs, Vervielfältigungsma-schinerie...) als Kosten an. Nur durch diesen industriellen Prozess kann die Mehrwertproduktion zum Selbstzweck in Form einer Rückkopplung ( $G'$  wird zu  $G$ , damit beginnt der Zirkulationsprozess von neuem) werden. Die Vervielfältigungsarbeit ist also produktiv (2) (3) zu erachten. Der Preis einer Software entspricht nicht ihrem Arbeitswert, da Wissen nur einmal erzeugt werden muss und sehr günstig vervielfältigt werden kann. Wissen muss nicht permanent reproduziert werden, damit es genutzt und verwertet werden kann. All dies gilt nicht nur für Software, sondern auch für andere Informationsprodukte wie Videos, Filme, Musik, usw.

Bei jenen Dienstleistungen, bei denen ein Informationsprodukt entsteht, handelt es sich auf der Ebene des Gesamtarbeiters meist um produktive Arbeit (3), Mehrwert wird produziert und ein stofflich akkumulierbarer Output und damit ein Mehrprodukt existieren. Bei anderen Dienstleistungen (Bedienstete, öffentliche Verwaltung, staatliche Dienstleistungen wie Gesundheit, Bildung und Wissenschaft usw.) entsteht keine neue Ware, die getauscht wird. Daher handelt es sich hier um unproduktive Arbeit (2) (3), bei der kein Mehrwert entsteht. Diese Arbeit hat vielmehr jene Bedeutung, dass sie die Basis und die Rahmenbedingungen der Kapitalakkumulation herstellt. Dazu sei nochmals die Sichtweise Peter Fleissners erwähnt:

„Während in den meisten Dienstleistungsbranchen keine wertbildende Arbeit geleistet wird - etwa im Handel, in der Lagerung, im Transport, in Banken und Versicherungen, im Hotel- und Gaststättenwesen, in der Forschung, Bildung, im Gesundheitswesen und im Staatsdienst - gibt es unter den Dienstleistern warenproduzierende, wertbildende Ausnahmen, wie etwa Maler, Bildhauer oder Programmierer (sofern sie branchenspezifische oder regionalspezifische Standardsoftware, nicht jedoch, sofern sie Individualsoftware erzeugen), die für einen Markt produzieren, und deren Tätigkeit in einem Gegenstand, der auch nach Ende des Produktionsaktes fortexistiert, gelagert und akkumuliert werden kann, seinen Niederschlag findet. Diese Dienstleister zählen im obigen Sinn zu den wertbildend[en SIC!] Tätigkeiten“ (Fleissner 1987, S. 48).

Ein weiterer bedeutender Mechanismus, um Profit mit Software zu realisieren, ist, dass von Softwarefirmen Lizenzen zur Nutzung einer Software vergeben werden. Solche Lizenzen sind teuer (etliche tausend Schilling beispielsweise für Microsoft-Produkte), die Herstellung des einzelnen Softwareproduktes ist jedoch äußerst billig.

Der philippinische Marxist und Grün-Politiker Roberto Verzola faßt dies folgendermaßen zusammen:

„Eine Diskette mit Software, die für einige Cents kopiert werden kann, wird um 50 Dollar verkauft. Eine CDROM, die für 3 Dollar reproduziert werden kann, wird um 300 verkauft. [...] Der Verkäufer macht Profit, indem er vom Staat ein Monopol für die Verwendung und das Kopieren des Informationsproduktes erwirbt und indem das Sharing zwischen UserInnen kriminalisiert wird. [...] Monopole erzeugen die Knappheit. Solche Monopole sind euphemistisch bekannt als ‘Intellektuelle Eigentumsrechte’ (Intellectual Property Rights, IPR), der Hauptform des Eigentums in einer Informationsökonomie. [...] Die neuesten Veröffentlichungen von populärer Software, Songs und Videos werden sofort in jeder Ecke des Globus kopiert. Tatsächlich globalisiert sich Information automatisch ohne Rücksicht auf den Willen derer, die darauf bestehen, sie zu monopolisieren. [...] Die Produkte einer Informationsökonomie sind aber nichtstoffliche Güter. Die Reproduktionskosten von Informationsgütern sind sehr gering. Dies hat zu der weitverbreiteten sozialen Praxis des freien Teilens und Austausches von Information geführt. Informationsmonopole sind zur Hauptform des Eigentums im Informationssektor geworden. [...] Produkte dieser Informationsökonomie breiten sich weltweit aus, indem Menschen umsonst Informationsgüter teilen und austauschen. [...] Daher braucht eine Informationsökonomie ein globales System, um ihre Monopole geltend zu machen und um Informationsmaterial weltweit zu sammeln, um Intellektuelle abzuhören und natürlich um Zahlungen weltweit einzutreiben. Dies führt zur Globalisierung der Informationsökonomie und ist der Motor der dritten Welle der Globalisierung“ (Verzola, Übersetzung aus dem Englischen, CF).

Individualsoftware wird im Gegensatz zu Massensoftware nur einmal hergestellt und verkauft. Es handelt sich um eine Form der einfachen Warenproduktion, es existiert kein akkumulierbarer Output, keine Selbstzweckdimension des Werts, keine Akkumulation eines Mehrprodukts. Wird im Anschluss an die Produktion einer solchen Software eine neue Software entwickelt, so ist dies als ein eigenständiger anderer Produktionsprozess zu betrachten. Mehrwert entsteht bei der Herstellung einer Individualsoftware nur in der ersten Dimension als Überschuss über den ursprünglichen Wert des Investitionskapitals, nicht jedoch in einer Selbstzweckdimension.

Die Bedeutung der Informationsarbeit nimmt unter postfordistischen Verhältnissen weiter zu. Gleichzeitig zeigt sich, dass durch die sich ständig erweiternde Produktion auf höherer Stufenleiter in Form der Entwicklung der Produktivkräfte die gesellschaftlich notwendige Arbeit stetig abnimmt. Der Widerspruch zwischen lebendiger und toter Arbeit äußert sich also im Postfordismus massiv. Rationalisierung und Automatisierung wirken also direkt auf die Wertproduktion, indem die wertschaffende Arbeit quantitativ abnimmt. Dabei schmilzt jedoch auch die Basis der Wertproduktion ab, nämlich die sich im variablen Kapital darstellende lebendige Arbeitskraft. Insgesamt haben wir es daher einerseits mit einer sich aus diesem und anderen Krise der Wertproduktion und der Profitabilität zu tun, andererseits verschiebt sich auch das Verhältnis von produktiver und unproduktiver Arbeit innerhalb jener Produktionspro-

zesse, die auf der Ebene des betrieblichen oder gesellschaftlichen Gesamtarbeiters als produktiv (3) zu betrachten sind, immer mehr in Richtung eines eindeutigen Überhangs der unproduktiven (2) über die produktive Arbeit (2) kommt.

Es kommt auch zur Verwandlung von unproduktiver in produktive, mehrwertgenerierende Arbeit. Nur einige Beispiele: An Stelle des privaten Schneider ist heute die Textilindustrie getreten, an Stelle des Schusters das Schuhgeschäft, an Stelle des Kochs die Massenproduktion von Fertiggerichten, wir erleben die Mechanisierung menschlicher Tätigkeiten durch Haushaltsgeräte wie Geschirrspüler, Staubsauger oder Waschmaschine usw. Einerseits entstehen also durch die Erzeugung neuer Warenarten auch neue mehrwertgenerierende Tätigkeiten, heute vor allem im Bereich der Informationsprodukte, andererseits findet die massive Ersetzung lebendiger durch tote Arbeit statt. Es stellt sich die Frage, ob eine Kompensation von zweiter durch erste Tendenz denkbar ist. Die Verwandlung von unproduktiver in produktive Arbeit stellt zwar eine im gewissen Ausmaß wirksam werdende Gegenteilstendenz zur Krise des Werts dar, es kann jedoch in Frage gestellt werden, dass hier eine Kompensation der ersten Tendenz möglich ist. Die Entwicklung der Produktivkräfte schreitet voran, der Kapitalismus zersetzt damit seine eigene Basis, was sich nicht zuletzt in einer polit-ökonomischen Dauerkrise, Massenarbeitslosigkeit, Massenarmut und der stetigen Zunahme der Prekarisierung der Lebensverhältnisse großer Teile der Weltbevölkerung äußert. Durch die Entwicklung der Produktivkräfte hebt sich das Wertgesetz tendenziell auf, der Wert kann von immer weniger Arbeitern in immer kürzerer Zeit produziert werden. Mit der Abnahme der gesellschaftlich notwendigen Arbeit sinkt auch der Durchschnittswert der Waren. D.h. aber nicht automatisch, dass sich dadurch automatisch eine Krise des Profits ergibt. Der Anstieg der Profitrate in der Computerindustrie steht möglicherweise in Zusammenhang mit fallenden Profitraten in anderen Branchen, da die Hard- und Softwaretechnik die Basis von Automatisierungsprozessen darstellt. Eine Erklärung für fallende Durchschnittsprofitraten könnte nun sein, dass die profitkonsumierende Arbeit, die sich gegen Revenue austauscht, in einem stärkeren Ausmaß zunimmt als die profitvermittelnde.

Eine Kompensation der Krise des Werts durch eine Kehrtwende in Richtung keynesianischer Vollbeschäftigung erscheint heute auf Grund der kapitalistischen Zwangslogik von Automatisierung, Produktivkraftsteigerung und Fortschritt strukturell unrealistisch. Einen Ausweg kann nur eine grundsätzliche Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse durch aktiv emanzipatorisch agierende Subjekte bieten. Eine Veränderung, die in eine andere Gesellschaft führt, in der sich die Unterscheidung zwischen produktiver und unproduktiver Arbeit erübrigt, da der Wert, das Kapital und der Tausch sowie alle anderen Formkategorien des Kapitalismus vollständig aufgehoben sind. Damit würden auch die Bedeutungsebenen (2) und (3) produktiver Arbeit aufgehoben.

Die Ausweitung des Dienstleistungssektors kann als eine Methode verstanden werden, um die von der Industrie freigesetzten Arbeitenden zu absorbieren oder ihre Anzahl zu vermindern. „Die Vermehrung der ‘Dienstleistungsjobs’ ist also eine Methode, um die durch technischen Fortschritt erzeugte Arbeitslosigkeit abzubauen“ (Altwater/Hecker/Heinrich/Schaper-Rinkel 1999, S. 120). Die Ausweitung des Dienstleistungssektors stellt also einerseits den Versuch dar, freigesetzte Arbeitende zu absorbieren und andererseits wird nach neuen Investitionsterritorien gesucht, die es ermöglichen sollen, die anhaltende ökonomische Krise in den Griff zu bekommen. Es erscheint unrealistisch, dass der Dienstleistungsbereich das Phänomen der Massenarbeitslosigkeit kompensieren kann, denn auch er unterliegt Rationalisierungstendenzen (denken wir z.B. an den Bereich der Versicherungen und Banken, an Internetversand, E-Commerce, Kassenautomaten, Kundenkarten, Scannerkassen, Online-Banking, Point of Sale-

und Point of Interest-Applikationen etc.), es zeigt sich ein Qualifikationsproblem (die Rationalisierungsoffer sind immer noch vorwiegend Menschen in niedrig qualifizierten Bereichen, die einfach automatisiert werden können, da standardisierte Tätigkeiten maschinell einfach in der Form von if..then..else-Verzweigungen dargestellt werden können; die neu entstehenden Jobs in der New Economy verlangen aber zumeist hohe Qualifikationen) und es entsteht das Problem, dass mit dem Anstieg der Arbeitslosigkeit aus Käufern Nichtkäufer werden, woraus sich eine Verstärkung von Nachfrageschwierigkeiten und Realisierungsproblemen in verschiedenen ökonomischen Bereichen ergeben können. Im Bereich der „New Economy“ entstehen zwar neue Jobs, er unterliegt aber auch Rationalisierungstendenzen ist ein Bereich, der vor allem weiter massiv dazu beiträgt, dass im Rahmen der Automatisierung lebendige Arbeit durch tote ersetzt wird.

Anstieg der Arbeitslosigkeit bedeutet immer auch eine zunehmende Anfälligkeit des Kapitalismus für Realisierungskrisen. „It remains to be seen how long demand for the products of innovation can be sustained in a society characterized by highly unstable employment patterns“ (Morris-Suzuki 1997, S. 24).

Technikeinsatz erzeugt zwar eine Arbeitszunahme, Marx meint dazu jedoch beispielsweise (vgl. den Abschnitt über Kompensationstheorien im 13. Kapitel des 1. Bandes des Kapitals, Marx 1867, S. 461ff), dass diese immer kleiner sei als die durch die Anwendung bewirkte Arbeitsabnahme. Durch den Maschinenbetrieb wächst die Maschinenindustrie, ihr Wachstum hängt jedoch vom Verhältnis ihres konstanten und variablen Kapitals zu diesen Kapitalteilen in jenen Bereichen, die die Maschinen verwenden, ab. Ein Beispiel: P1 sei der maschinenproduzierender Bereich, P2 der maschinenanwendende.  $c_1$ ,  $c_2$ ,  $v_1$ ,  $v_2$  sind die entsprechenden Kapitalteile in P1 bzw. P2,  $m_1$  und  $m_2$  die Mehrwerte der Maschine als erzeugte Ware in P1 bzw. einer durch diese Maschine in P2 erzeugten Ware.  $w_1 = c_1 + v_1 + m_1$ ,  $w_2 = c_2 + v_2 + m_2$ .  $v_1$  wird auf Grund des Kapitalwachstums wachsen,  $v_2$  relativ sinken (Maschinenanwendung reduziert  $v$  relativ zu  $c$ ). Steigt  $v_1$  jedoch zu stark, so werden die Kapitalisten in P2 die Maschine aus P1 nicht kaufen, da sonst  $c_2$  derart steigt, dass es günstiger ist, die bisher beschäftigten Arbeiter weiter zu beschäftigen.

Seit der mikroelektronischen Revolution fand eine ungeheure Beschleunigung der Produktion statt. Lebendige Arbeitskraft wird in einem immer größeren Ausmaß durch tote Arbeit ersetzt. Der industriell produzierte Mehrwert kann immer schneller von immer weniger Arbeitern hergestellt werden. Die relative Mehrwertproduktion erreicht heute neue Dimensionen, der Exploitationsgrad der Mehrwertproduzenten erhöht sich immer weiter, während sich die benötigte Zahl an ArbeiterInnen massiv reduziert. Hier tritt der von Marx angesprochene immanente Widerspruch der kapitalistischen Produktionsweise zwischen lebendiger und toter Arbeit klar zum Vorschein. Resultat dieser Entwicklungen ist eine ökonomische Restrukturierung: In den letzten Jahrzehnten hat eine immer stärkere Verlagerung der Tätigkeiten vom primären und sekundären ökonomischen Bereich in den Dienstleistungssektor stattgefunden. Es kann aber nicht gefolgert werden, dass deshalb heute ein Übergang zu einer postindustriellen Gesellschaft (Bell 1976) stattfindet. Vielmehr entspringt diese Veränderung der Logik der kapitalistischen Entwicklung. Aus der kapitalistischen Logik entsteht ein Zwang für die Unternehmen, die Produktivität permanent zu steigern, also immer mehr in immer kürzerer Zeit zu produzieren. Daraus ergeben sich die Automatisierung und der technische Fortschritt als Sachzwänge. Resultat ist auch, dass immer weniger menschliche Arbeitskraft benötigt wird, um Waren zu produzieren, die Masse der im industriellen Bereich verausgabten Arbeit nimmt ab. Durch die mikroelektronische Revolution und die Computerisierung der Arbeit werden diese Entwicklungen beschleunigt.

Postindustrielle Gesellschaft und Weightless Economy sind Mythen, denn die Akkumulation des Kapitals benötigt immer eine stoffliche Basis. Zwar werden immaterielle und geistige Arbeit immer bedeutender, aber auch diese finden ihren Ausdruck zum Teil in neuen stofflichen und industriell produzierten Waren. Der Kapitalismus benötigt Stofflichkeit und die industrielle Produktion stofflicher Waren. Bereits Marx (1885) betonte ja im zweiten Band des Kapitals, dass die Akkumulation immer die Erhöhung eines stofflichen Mehrprodukts voraussetzt. Es lässt sich hinzufügen, dass sich die Notwendigkeit einer stofflichen Basis der Akkumulation auch im Rahmen der New Economy bereits daran zeigt, dass die angeblich immateriellen Produkte sehr wohl eine stoffliche Basis haben (Infrastruktur, Modem, Computer, Glasfaserkabel, CD-ROMs, Datenträger etc.). Auch Ökobilanzen der New Economy zeigen, dass diese Unmassen an stofflichen Ressourcen verschlingt: So fallen etwa bei der Herstellung eines PC 16-19 Tonnen Ressourcen, 700 unterschiedliche Inhaltsstoffe fallen an, dabei vorwiegend Metall (50%), Kunststoff (23%), Glas (15%) und Elektronik (12%), unzählige Schwermetalle werden verarbeitet, im Herstellungsprozess eines PCs fallen über 300 kg Abfall und 3 Tonnen Kohlendioxid an (vgl. Grote 1994, 1996, Junker/Lang 2001). Ursula Huws (2000) formuliert als Gegenthese zur Annahme, wir würden in einer Weightless Economy leben, dass „die Verwandlung von Dienstleistungen in materielle Produkte im Kapitalismus auf lange Sicht die vorherrschende Tendenz ist“ (Huws 2000, S. 648). Durch die Entwicklung der Produktivkräfte hebt sich das Wertgesetz zwar tendenziell auf, solange der Kapitalismus besteht, wird er allerdings lebendige Arbeit und stoffliche Mehrprodukte als Grundlagen benötigen. Wolfgang Fritz Haug (2000) weist darauf hin, dass es ein Irrglaube ist, Informationsprodukte würden etwas völlig neues darstellen. Das Buch in der Leihbücherei des 18. Jahrhunderts etwa habe bereits viele ähnliche Eigenschaften besessen.

Die ökonomische Dauerkrise des Kapitalismus hält im Postfordismus an, ein neuer Aufschwung scheint nicht ausgeschlossen, im Moment aber nicht allzu realistisch. Auch die politische Krise dauert an, was sich z.B. an relativ niedrigen Wahlbeteiligungen oder dem oft in der öffentlichen Meinung zum Ausdruck gebrachten Mangel an Partizipationsmöglichkeiten zeigt. Wir können heute sicherlich auch von einer ökologischen Krise sprechen. Eine kulturelle Dimension der Krise besteht insofern, da vielen Menschen objektiv immer mehr der sinnstiftende gesellschaftliche Zusammenhang abhanden zu kommen scheint. Subjektiv ist jedoch nicht unbedingt Unzufriedenheit vorherrschend, was u.a. auch mit der Herstellung „falschen Bewusstseins“ im Sinn Herbert Marcuses zu tun hat. Dies führt zur Befriedung der Subjektivität, zur Entfremdung des menschlichen Wesens, dem Streben nach Freiheit. Diese Entfremdung des Menschen von seinem Wesen ist eine objektive kulturelle Dimension der Krise, die jedoch subjektiv nicht unbedingt wahrgenommen wird.

Bereits Marx sprach in den Ökonomisch-Philosophischen Manuskripten von 1844 davon, dass zum Wesen des Menschen das Streben nach Freiheit, dem Ende von Herrschaft, gehöre (Marx 1844). Die kapitalistische Gesellschaft entfremde dieses Wesen, der Mensch existiere für die Verwertung des Werts, werde zu einem erniedrigten, geknechteten, verachteten und verlassenem Wesen: „Die entfremdete Arbeit macht also: 3. das Gattungswesen des Menschen, sowohl die Natur als sein geistiges Gattungsvermögen, zu einem ihm fremden Wesen, zum Mittel seiner individuellen Existenz. Sie entfremdet dem Menschen seinen eignen Leib, wie die Natur außer ihm, wie sein geistiges Wesen, sein menschliches Wesen. 4. Eine unmittelbare Konsequenz davon, dass der Mensch dem Produkt seiner Arbeit, seiner Lebenstätigkeit, seinem Gattungswesen entfremdet ist, ist die Entfremdung des Menschen von dem Menschen. Wenn der Mensch sich selbst gegenübersteht, so steht ihm der andre Mensch gegenüber. Was von dem Verhältnis des Menschen zu seiner Arbeit, zum Produkt seiner Arbeit und zu sich selbst,

das gilt von dem Verhältnis des Menschen zum andren Menschen, wie zu der Arbeit und dem Gegenstand der Arbeit des andren Menschen“ (Marx 1844, S. 517f). Herbert Marcuse (1932) griff dies auf und folgerte daraus, dass die faktische Situation – und dabei ist nicht nur die kapitalistische Gesellschaftsformation, sondern vor allem auch ihre heraufdämmernde faschistische Form gemeint – eine „Katastrophe des menschlichen Wesens“ (Marcuse 1932, S. 536) darstelle.

Wir befinden uns heute in einer anhaltenden gesellschaftlichen Krise, die weitere Entwicklung ist nicht bestimmt, es eröffnen sich viele Möglichkeiten in diesem Bifurkationspunkt der Geschichte. Dass dabei vor allem die soziale Selbstorganisation (2) als subjektives, aktives Handeln der Menschen von entscheidender Bedeutung ist, wollen wir abschließend hervorheben.

#### 4.9. Kapitalistische Krise und soziale Selbstorganisation (2)

Gesellschaftliche Krisen des Kapitalismus sind ein Ausdruck der strukturellen Antagonismen. Entwicklungsmodelle zeichnen sich durch ein Ensemble an konkreten Ausprägungen allgemeiner ökonomischer, politischer und kultureller Antagonismen des Kapitalismus aus. Dies haben wir an Hand der Krise des Fordismus verdeutlicht. Diese Antagonismen entladen sich in gesellschaftlichen Krisen, wobei nur bestimmt ist, dass es zur Krise kommt, nicht jedoch, wann dies passiert. Auch der Ausgang der Krise ist nicht vorherbestimmt.

Die anhaltende Krise des Kapitalismus ist vieles: Krise der Arbeit, des Werts, der Kapitalakkumulation, ökologische Krise, Stabilitätskrise, Krise des Staats, Krise der Institutionen, Krise der Sinnstiftung, Krise der Normen und Werte, Ideologiekrise etc. Der Umbruch vom Fordismus zum Postfordismus, vom Keynesianismus zum Neoliberalismus und hin zum informationsgesellschaftlichen Kapitalismus bringt eine Verschärfung der globalen gesellschaftlichen Probleme mit sich. Einige Stichwörter sind in diesem Zusammenhang die Stagnierung der Löhne, während Kapitaleinkommen weiter steigen; prekäre Arbeitsverhältnisse als Armutsfallen, Massenarbeitslosigkeit, Massenarmut, Armut trotz Arbeit, Verschärfung der ungleichen Ressourcenverteilung zwischen Nord und Süd, immer längere Wochen- und Lebensarbeitszeit bei relativ geringerem Lohn, Verschärfung der ökologischen Krise. Die soziale Destabilisierung führt in Folge auch zum Anstieg von Rassismus, Ausländerfeindlichkeit, Kriminalität, Krieg und gewalttätigen Auseinandersetzungen. Eine solche Gesellschaft ist keine weise Gesellschaft.

Das Gesamtvermögen der drei reichsten Milliardäre übersteigt das gemeinsame Bruttoinlandsprodukt der 48 ärmsten Länder. Die Einkommenskluft zwischen jenem Fünftel der Bevölkerung des kapitalistischen Weltsystems, das in den reichsten Ländern lebt, und dem Fünftel in den ärmsten Ländern hat sich zwischen 1990 und 1997 von 60 zu eins auf 74 zu eins ausgeweitet. Das Vermögen des reichsten Mannes der Welt (63 Milliarden Dollar) ist größer als das gesamte Jahreseinkommen der 31 ärmsten Länder. 1,2 Milliarden Menschen müssen von weniger als einem Dollar pro Tag leben, 2,8 Milliarden von weniger als zwei Dollar. Über eine Milliarde Menschen hat keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser. An vermeidbaren Krankheiten sterben täglich 30.000 Kinder. 70 Prozent der Armen und zwei Drittel der AnalphabetInnen sind Frauen. 1999 betrug die Entwicklungshilfe westlicher Staaten 56 Milliarden Dollar. Im selben Jahr flossen jedoch 135 Milliarden Dollar Zinszahlungen von den Entwicklungsländern in die westlich-industrialisierten Länder (alle Angaben nach Der Standard, 4.9.2001).

Die Terroranschläge des 11. September 2001 und die darauf folgende Bombardierung Afghanistans, die wohl in eine andauernden Gewaltspirale resultieren werden, sind nicht, wie von

vielen Kommentatoren mit Bezug auf Samuel Huntington nahegelegt wird, auf eine Unvereinbarkeit und einen Kampf der Kulturen und Religionen zurückzuführen. So meinte z.B. die New York Times in einem Leitartikel am 16.9., die Attentäter hätten aus „Hass gegen die gemeinsamen Werte des Westens, gegen Freiheit, Toleranz, Wohlstand, religiöse Vielfalt und allgemeines Wahlrecht“ gehandelt.

Einfache Begründungen sind schnell zur Hand, der Komplexität der Weltlage wird nicht Rechnung getragen. Der Anstieg der Gewalt auf verschiedenen Seiten ergibt sich aus der Verschärfung der Antagonismen des kapitalistischen Weltsystems, die wir in dieser Arbeit beschrieben haben. Während auf der einen Seite die Partizipation an Reichtum, Wohlstand und Entscheidungen steht, steht auf vielen anderen die Exklusion von materiellen und ideellen Gütern und Entscheidungen. Die heutige explosive Weltlage ist Resultat der antagonistischen Dialektik der Globalisierung des Kapitalismus, die in Friktionen und sich verschärfenden Disparitäten und Ungleichheiten resultiert. Dies betrifft nicht nur das Verhältnis der industrialisierten Länder zum Rest der Welt, sondern etwa auch die Verhältnisse zwischen Kapital und Unterdrückten, Kernarbeitern und peripheren Arbeitern/Arbeitslosen, Männern und Frauen, Inländern und rassifizierten MigrantInnen etc. Resultat ist eine Verschärfung der globalen Probleme und ein Anstieg der alltäglichen Gewalt.

Mit dem modernen Komplexitätsansatz und den Selbstorganisationstheorien (vgl. Fuchs 2001) werden heute immer stärker Elemente wie Zufall, deterministisches Chaos, eingeschränkte Vorhersagbarkeit, Unordnung, Ordnung aus dem Chaos, Instabilität, Dynamik, Unsicherheit, Ambiguität, multidimensionale, komplexe und nichtlineare Kausalität, Indeterminismus und Interdisziplinarität an Stelle von Vorhersagbarkeit, Stabilität einer Ordnung, Sicherheit, Kontrolle, Steuerbarkeit, Linearität, Reduktionismus, Determinismus und Fragmentierung betont. Für die Sozialwissenschaften bedeutet dies eine Ende der Gewissheiten, es ist nicht möglich, uneingeschränkt geltende Gesetze zu entdecken, nach denen soziale Systeme funktionieren und die diese vorhersagbar und infolgedessen stabilisierbar und kontrollierbar machen. Vielmehr stellen wir einen Übergang vom Sein zum Werden fest, d.h. dass auch Gesellschaftssysteme sich permanent dynamisch wandeln und dass Situationen eintreten, in denen Instabilitäten auftreten und die gesellschaftliche Entwicklung nicht weiter vorhergesagt werden kann. An der klassischen sozialwissenschaftlichen Darstellung universeller Regeln, die menschliches und soziales Handeln erklären sollen, kann nicht mehr weiter festgehalten werden. Vielmehr folgen bestimmte Aspekte sozialer Systeme Regeln und sind daher auch einigermaßen vorhersagbar. Andererseits gibt es aber auch chaotische Zustände, in denen die weitere Entwicklung eines sozialen Systems nicht vorhersagbar ist. Die Anwendung des Newtonschen Paradigmas und dessen verkürzter, mechanistischer Kausalität auf die Sozialwissenschaften steht in letzten noch immer an der Tagesordnung, die menschliche Geschichte gilt vielen immer noch als unvermeidlich fortschrittlich und es wird nach Regeln gesucht, die helfen sollen, die gesellschaftliche Entwicklung exakt vorherzusagen. Auch Immanuel Wallerstein stellt in diesem Zusammenhang fest – und darin gebe ich ihm uneingeschränkt recht –, dass die Sozialwissenschaften heute mit einem Ende der Gewissheiten konfrontiert sind, Indeterminismus, Irreversibilität, Zufall und Nichtvorhersagbarkeit seien heute von wesentlicher Bedeutung (vgl. Wallerstein 1995, 1997a).

Immanuel Wallerstein weist m.E. zu Recht darauf hin, dass das kapitalistische Weltsysteme ein historisches System ist, d.h., dass es sich durch drei Charakteristika auszeichnet: es ist relativ autonom, d.h. es funktioniert durch seine inneren Prozesse und hat zeitliche sowie räumliche

Grenzen. Das zeigt uns, dass der Kapitalismus ein Anfang und ein Ende hat. Der Zeitpunkt seines Endes und die Dynamik zwischen Anfang und Ende ist jedoch nicht determiniert.

Wie die Gesellschaft von morgen aussehen wird, ist aus all diesen Gründen nicht vorherbestimmt und auch nicht vorhersagbar. Viele Möglichkeiten stehen offen, gerade in einer Zeit der Turbulenzen und Instabilitäten ist die weitere Entwicklung nicht determiniert. Auch eine ideale Gesellschaft kann nicht geplant und die gesellschaftliche Entwicklung nicht mit Sicherheit in diese Richtung gelenkt werden. Es können höchstens einige Grundprinzipien angegeben werden, auf denen eine sozial und ökologisch – eine solche halte ich für wünschenswert, eine solche wurde aber bisher auch noch nicht etabliert – nachhaltige Gesellschaft basieren könnte. Als wesentliches Moment erachte ich dabei die gesellschaftliche Selbstorganisation (2) und Selbstbestimmung, die Fremdorganisation und hierarchischen Organisationsweisen einen basisdemokratische bottom-up-Prozesse entgegenhalten.

Die Lösung der globalen Probleme ist nicht einfach und wird sich auch nicht von heute auf morgen implementieren lassen. U.E. ist eine unerlässliche Bedingung dazu die Aufhebung des antagonistischen Charakters der Gesellschaft und der Übergang zu einer Gesellschaftsformation, die auf Kooperation, Solidarität und Inklusion an der Stelle von Konkurrenz, Ausbeutung und Exklusion in allen Lebensbereichen basiert. So müsste es ökonomisch zu einer Umverteilung des Wohlstands kommen, zur Entschuldung der armen Teile der Welt, einer solidarischen Weltökonomie. Politisch müsste Partizipation an Stelle von Exklusion treten, d.h. dass der Entfremdung der Entscheidungszusammenhänge, mit der die Menschen heute weltweit konfrontiert sind (d.h. Menschen werden mit für sie bindenden Entscheidungen konfrontiert, die weitab ihrer Einflussosphäre getroffen werden und die ihnen vielfach als anonyme Mächte entgegentreten), ein Ende gesetzt werden müsste. Durch friedlichen und übergreifenden Dialog sollte versucht werden, Werte wie die Menschenrechte global durchzusetzen. Globale Institutionen, in denen sämtliche Länder, Kulturen und Regionen im selben Ausmaß partizipieren können, wären dazu eine sinnvolle Errungenschaft. Heute werden Begriff wie Freiheit, Menschenrechte und Demokratie pervertiert, Unfreiheit, Entrechtung und Unhumanismus werden militärisch und mit Gewalt durchgesetzt. Es wird argumentiert, dass die „Freiheit“ der „Zivilisierten“ gegen das „Böse“ durch einen „Kreuzzug“ verteidigt werden müsse. Diese ideologische Sprache zeigt ihre Wirkung, sie resultiert in der Kriegslust der Massen, in Polarisierungen und rassistischen Übergriffen in westlichen Ländern. Herbert Marcuses Analysen aus dem Jahr 1964 haben nichts an ihrer Bedeutung verloren, ganz im Gegenteil: „Indem die großen Worte über Freiheit und Erfüllung von Führern und Politikern bei Wahlkampagnen verkündet werden, in den Kinos, im Radio und Fernsehen, verkehren sie sich in sinnlose Laute, die nur im Zusammenhang mit Propaganda, Geschäft, Disziplin und Zerstreuung einen Sinn erhalten“ (Marcuse 1967, S. 77). Die Unfreiheit wird als frei präsentiert, das Unglück als Glück, die Versklavung als Befreiung, die Barbarei des gesamten Weltsystems als Zivilisation, die Ungleichheit als Gleichheit, die Ungerechtigkeit als Gerechtigkeit, der Totalitarismus als Freiheit usw. „Damit wird die Tatsache, dass die herrschende Art der Freiheit Knechtschaft ist und die herrschende Art der Gleichheit von außen auferlegte Ungleichheit durch die abgeschlossene Definition dieser Begriffe im Sinn der Mächte, die das jeweilige Universum der Rede modeln, daran gehindert, Ausdruck zu finden. Das Ergebnis ist die bekannte Orwellsche Sprache (‚Frieden ist Krieg‘ und ‚Krieg ist Frieden‘)“ (Marcuse 1967, S. 107).

Kulturell wäre in einer globalen Gesellschaft des Friedens, der Solidarität und der Humanität die Form der Einheit in der Vielfalt angebracht: Es ist unmöglich, dass sämtliche Kulturen in friedlicher Eintracht unseren Planeten bevölkern, solange es einigen unter ihnen eingestiftet ist, sich zum Hegemon über die anderen zu erheben. Dies bedeutet gleichzeitig nicht, dass eine

Abkopplung der Kulturen zielführend sei, sondern vielmehr, dass eine Einheit nur unter Aufhebung der großen gesellschaftlichen Antagonismen möglich wird. Eine dazu passende Gestaltung des Bezugs der Kulturen aufeinander wäre die Form der Einheit in der Vielfalt, die weder von einer Unvereinbarkeit der Kulturen (Vielfalt ohne Einheit), noch von der Notwendigkeit der Homogenisierung der Kulturen ausgeht (Einheit ohne Vielfalt).

„Die Glokalisierung ist demnach sowohl ein Prozess der Integration als auch ein Prozess der Differenzierung, das Entstehen einer einzigen Allgemeinheit und das Entstehen vieler Besonderheiten zugleich. Das eine Allgemeine, das Universale, entsteht durch das Aufeinandertreffen und Miteinander-in-Beziehung-Treten der vielen Besonderen, des Partikularen im Plural, die ihrerseits aus den Ermöglichkeiten und Einschränkungen hervorgehen, die das Allgemeine bereithält. Die Weltgesellschaft emergiert aus der Interaktion der Kulturen der Welt, eine Kultur wird unter der Dominanz der Weltgesellschaft zur Geburt von Neuem Auf das Verhältnis von Kultur und Gesellschaft, das durch ein Aufeinandereingehen, ein gegenseitiges Respektieren, ein wechselweises Geben und Nehmen auch normativ gefasst werden kann, passt der Term „Aushandeln“, um diesen neuen Umgang zu bezeichnen. Dadurch ändert sich auch der erhoffte Charakter der Weltgesellschaft. Sie soll nicht bloß multikulturell sein, auch nicht bloß mit mehr und mehr interkulturellen Beziehungen ausgestattet werden. Der Philosoph Wolfgang Welsch prägte den Ausdruck „*Transkulturalität*“, womit er meint (Pongs 1999, 243), „dass die kulturelle Formation der Individuen und damit auch die Struktur der Gesellschaft weltweit immer mehr von nationalen Formationen unabhängig wird“ (Fuchs/Hofkirchner 2000; vgl. auch Fuchs/Hofkirchner 2001b, 2002a, 2002b).

In der heutigen Phase der Instabilität und der allgemeinen Krise ist die weitere Entwicklung unbestimmt, man kann „nach allem (oder fast allem) greifen. Das Ergebnis ist unbestimmt“ (Wallerstein 1995, S. 279). Die Anzahl der Möglichkeiten, die die Entwicklung im Bifurkationspunkt einschlagen kann, ist nicht unendlich groß, sondern eine bestimmte Anzahl, die sich aus der gesellschaftlichen Realität ergibt. Die gesellschaftliche Evolution ist auch nicht unvermeidlich fortschrittlich, zu jedem Zeitpunkt sind auch Rückschritte oder ein Rückfall in die Barbarei möglich.

Ich gebe Wallerstein Recht, dass die nächsten 50 Jahre eine Zeit großer sozialer Unruhen und einer Zunahme der alltäglichen Gewalt sein werden<sup>112</sup>. Der Ausgang all dessen ist jedoch nicht bestimmt und ist vor allem auch abhängig davon, ob die Menschen die Möglichkeiten zur sozialen Selbstorganisation (2) realisieren. In Phasen der Bifurkation und der Krise kommt gerade dem menschlichen Handeln wesentliche Bedeutung zu, um die Entwicklung in gewisse Bahnen zu treiben. Bereits kleine Veränderungen können dabei große Auswirkungen nach sich ziehen.

Die gesellschaftliche Krise, in der wir uns heute befinden und die ökonomische, politische, kulturell-ideologische und ökologische Ebenen umfasst, stellt einen historischen Bifurkationspunkt dar. Die weitere Entwicklung ist heute nicht vorherbestimmt, sondern hängt von den Möglichkeiten der sozialen Selbstorganisation der Menschheit ab. Auch der Übergang in eine sozialistische Gesellschaftsformation ist eine Möglichkeit.

---

<sup>112</sup> Die Terroranschläge auf das World Trade Center vom 11. September 2001 und die darauf folgenden Angriffe auf Afghanistan sind nur ein weiteres Anzeichen für die Krise des Weltsystems und für die Einschätzung, dass Gewalt und Zerstörung in den nächsten Jahren und Jahrzehnten schreckliche Dimensionen erreichen werden, die durch weises Handeln besser vermieden werden sollten.

Wir gehen wie Wallerstein davon aus, dass die Entwicklung zwar nicht determiniert ist, dass sie aber sehr wohl beeinflusst und gestaltet werden kann. Daher wäre soziale Selbstorganisation (2) heute von immenser Bedeutung. Gelingt es den Menschen, sich selbst zu werden und auf Basis dessen sich selbst gegen diese Welt und für eine bessere zu organisieren, so können wir zuversichtlich sein. Wir sind daher mit der Ambivalenz von großen Risiken und Gefahren einerseits sowie sich ergebenden Chancen für die zukünftige Entwicklung andererseits konfrontiert. Denkbar sind mehrere Entwicklungsszenarien: Das Ende der Menschheit, da die globalen Probleme unter den derzeitigen Entwicklungsbedingungen nicht in den Griff zu bekommen sind; die weitere krisenhafte Reproduktion des Kapitalismus im Rahmen extrem militarisierter und repressiver Regime; der Übergang in offen faschistische Formen des Kapitalismus; oder ein grundlegender Richtungswandel, der ein Umdenken in allen gesellschaftlichen Bereichen und einen sich daraus ergebenden Formwandel voraussetzt, mit Hilfe dessen eine sozial und ökologisch nachhaltige Entwicklung eingeschlagen werden kann.

Die gesellschaftliche Bifurkationssituation bietet also unsere Ansicht nach diese vier realistischen Alternativen, welche davon eingeschlagen wird, ist noch offen. Wir können nur sagen, dass wir in den nächsten Jahrzehnten tiefgreifende Veränderungen erleben werden. Wenn wir die letzten drei, uns nicht unbedingt positiv stimmenden Alternativen, als nicht wünschenswert zusammenfassen, so gilt gerade heute Rosa Luxemburgs Feststellung, dass es um die Alternative zwischen Sozialismus und Barbarei geht.

Ich bin nicht optimistisch, was die weitere Entwicklung betrifft, es ist jedoch nicht der Fall, dass sich die gesellschaftliche Entwicklung unabhängig vom sozialen Handeln des Menschen durchsetzt. Gerade in solchen Phasen der Instabilität kommt dem sozialen Eingriff des Menschen eine große Bedeutung zu. Es ist zwar nicht möglich, die weitere Entwicklung zu bestimmen, aber die gesellschaftliche Evolution kann möglicherweise durch soziale Gestaltungsmechanismen in gewisse Bahnen geleitet werden. D.h., dass es menschliche Intervention grundsätzlich ermöglicht, die Wahrscheinlichkeit zu erhöhen, dass eine gewisse Entwicklungsbahn eingeschlagen wird. Gewissheiten gibt es allerdings auch hierbei nicht. Verläuft diese Intervention des Menschen in Gesellschaft und Natur weiterhin auf zerstörerische und ausbeuterische Art und Weise, so bin ich mir ziemlich sicher, dass sich eines der ersten drei Schreckensszenarien ergeben wird. Werden jedoch die Selbstorganisationspotenzen der Menschheit aktiviert, d.h. wenn durch basisdemokratische Bottom-Up-Interventionen versucht wird, gesellschaftlichen Hierarchien und Ungerechtigkeiten entgegenzuwirken, so bin ich zuversichtlich, dass das vierte Szenario und damit möglicherweise eine Humanisierung der globalen Lebensverhältnisse durch die Etablierung einer auf den Prinzipien der Selbstorganisation und der Selbstbestimmung aller gesellschaftlicher Lebensbereiche basierenden Gesellschaft erreicht werden kann. Es geht also um Selbstorganisation an Stelle von Fremdorganisation als gesellschaftliches Gestaltungsprinzip, das eine sozial und ökologisch nachhaltige Entwicklung ermöglichen könnte.

Gewisse Hoffnungen setzte ich in die Neuen Sozialen Bewegungen, da hier Basisdemokratie und Selbstorganisation immer eine gewisse Bedeutung gehabt haben. Allerdings zeigt sich heute einerseits die Institutionalisierung und damit ein tendenzielles Ende dieser sozialen Protestbewegungen, andererseits fehlt eine umfassende Perspektive, die die Verbundenheit aller Ausgebeuteten und Unterdrückten mit berücksichtigt und Selbstorganisation als mögliches umfassendes gesellschaftliches Gestaltungsprinzip in Ökonomie, Politik und anderen Lebenswelten begreift.

Das Internet ist vorwiegend ein Mittel zur Erzielung von Profit. Trotz allem zeigt sich, dass moderne IKT von sich selbst organisierenden politischen Bewegungen unterstützend effizient

eingesetzt werden können. Vor allem eine globale Vernetzung und Vereinfachung sowie Beschleunigung kommunikativer Abläufe kann so erreicht werden. Es gibt einige Beispiele, die zeigen, dass kritische und oppositionelle Tätigkeiten durch die Vernetzung effizienter selbst organisiert werden können. IKT sind Teil jener Strukturen, die Fremdbestimmung aufrechterhalten, bieten aber auch Unterstützung bei vernetzter Selbstorganisation, die gesellschaftskritisch und intervenierend agiert (vgl. Fuchs 2001). Auch hier hat sich jedoch noch kein ausreichendes Potential gebildet, sondern die Möglichkeiten lassen sich nur an Hand von Beispielen verdeutlichen.

Das wesentliche in der heutigen Situation ist der freie Wille (Wallerstein 1999a). „The future [...] is open to possibility, and therefore to a better world“ (Wallerstein 1997b). Fortschritt ist möglich, aber nicht unvermeidlich. Er ist aber auf alle Fälle abhängig davon, ob es gelingt, soziale Selbstorganisation in der gesellschaftlichen Praxis und den sich darin immer findenden (Überlebens-)Kämpfen konkret umzusetzen.

Eine deterministische Steuerung der geschichtlichen und damit der menschlichen sowie sozialen Evolution wird angesichts des Scheiterns gesellschaftlicher Steuerungsparadigmen immer unwahrscheinlicher. Angesichts der Erkenntnisse der Selbstorganisationstheorie, die zeigen, dass kleine Ursachen große Wirkungen haben können, und dass bijektive und somit lineare Ursache-Wirkungs-Relationen nur in einfachen, mechanischen Systemen möglich sind, während in komplexen Systemen Ursachen viele Wirkungen und Wirkungen viele Ursachen haben können, erscheint eine derartige Lenkung immer unrealistischer. Nichtsdestotrotz wäre es jedoch möglich, die Evolution bewusst zu gestalten, indem der menschlichen Entwicklung im Rahmen einer sozialen Systemgestaltung bewusst eine Richtung gegeben wird. Bela H. Banathy bringt die Notwendigkeit einer sozialen Systemgestaltung zu einer bewussten, nicht-deterministischen evolutionären Richtungsgebung folgendermaßen auf den Punkt:

“Faced with a massive evolutionary transformation, with a change in the nature of change itself, we must recognize that incremental adaptations or restructuring of our existing systems are not working for us. We must realize that we have to transform our systems [...] The mechanism for this kind of change is social systems design applied on a broad and comprehensive scale. To be able to accomplish this, however, we individually and collectively have to develop competence in design so that we can begin to give direction to our evolution” (Banathy 1996).

Obwohl die weitere Entwicklung nicht determiniert ist, kann durch soziale Systemgestaltung versucht werden, die Entwicklung in humane und nachhaltige Bahnen zu treiben. Der Ausgang ist auch hier nicht bestimmt, es bestehen Ambivalenzen und Risiken. Wesentlich ist aber, dass der Übergang in eine selbstorganisierte, sozial und ökologisch nachhaltige Gesellschaft grundsätzlich möglich ist. Auf dem Weg dorthin halte ich die soziale Selbstorganisation (2) als wesentliches Gestaltungsprinzip, mit Hilfe dessen Menschen vor allem im Rahmen von Protesten in Prozesse eingreifen können, die zur Zerrüttung und Zerstörung der Gesellschaft führen.

Eine sozial und ökologisch nachhaltige geschichtliche Alternative ist möglich. Die geschichtliche Alternative ist „die geplante Nutzung der Ressourcen zur Befriedigung der Lebensbedürfnisse bei einem Minimum an harter Arbeit, die Umwandlung der Freizeit in freie Zeit, die Befriedigung des Kampfes ums Dasein“ (Marcuse 1967).

Die moderne Technik ist, das betont Herbert Marcuse völlig richtig, so weit entwickelt, dass sie einen Umsturz der gesellschaftlichen Verhältnisse notwendig mache. Dann sei eine „Aufhebung der Arbeit“ durch Automatisierung möglich:

„Die fortgeschrittene Industriegesellschaft nähert sich dem Stadium, wo weiterer Fortschritt den radikalen Umsturz der herrschenden Richtung und Organisation des Fortschritts erfordern würde. Dieses Stadium wäre erreicht, wenn die materielle Produktion (einschließlich der notwendigen Dienstleistungen) dermaßen automatisiert wird, dass alle Lebensbedürfnisse befriedigt werden und sich die notwendige Arbeitszeit zu einem Bruchteil der Gesamtzeit verringert. Von diesem Punkt an würde der technische Fortschritt das Reich der Notwendigkeit transzendieren, in dem er als Herrschafts- und Ausbeutungsinstrument diente, was wiederum seine Rationalität eingeschränkt hat; die Technik würde dem freien Spiel der Anlagen im Kampf um die Befriedigung von Natur und Gesellschaft unterworfen“ (Marcuse, 1967, S. 36).

Es geht um die historische Stufe der Menschheit sind, „auf der diese technisch imstande ist, eine Welt des Friedens zu schaffen – eine Welt ohne Ausbeutung, Elend und Angst“ (Marcuse 1965, S. 123). Eine Gesellschaft, in der jeder nach seinen Fähigkeiten tätig ist und nach seinen Bedürfnissen bekommt und die die Entwicklung der Menschen zu allseitigen Individuen (vgl. Marx/Engels 1845/46, S. 424) erlaubt. Eine Gesellschaft, in der „Jeder nicht einen ausschließlichen Kreis der Tätigkeit hat, sondern sich in jedem beliebigen Zweige ausbilden kann, die Gesellschaft die allgemeine Produktion regelt und mir eben dadurch möglich macht, heute dies, morgen jenes zu tun, morgens zu jagen, nachmittags zu fischen, abends Viehzucht zu treiben, nach dem Essen zu kritisieren, wie ich gerade Lust habe, ohne je Jäger, Fischer, Hirt oder Kritiker zu werden.“ (Marx/Engels 1845/46, S. 33).

Die Anwendung der Technik nimmt heute menschenfeindliche Züge an, könnte in einer anderen Gesellschaft durch ihre qualitative Veränderung aber auch eine sozial und ökologisch nachhaltige Entwicklung fördern: „Die reife technologische Gesellschaft muss die Automatisierung der materiellen Produktion bis zu dem Punkt vorantreiben, an dem das traditionelle Verhältnis von (notwendiger) Arbeitszeit und Freizeit sich ins Gegenteil verkehrt und die Freizeit zur ‘Vollbeschäftigung’ wird, über die das Individuum nach Belieben verfügt“ (Marcuse 1961, S. 46).

Die materiellen Bedingungen haben heute einen Stand erreicht, der einen solchen Übergang ermöglichen würde. Innerhalb der kapitalistischen Vergesellschaftung hat die Entwicklung der Produktivkräfte zu einer Dauerkrise geführt, deren Ausgang nicht gewiss ist. Die allgemein-selbstorganisierende, antagonistische Evolution des Kapitalismus verläuft krisenhaft. Es bedarf sozialer Selbstorganisation (2), um die Wahrscheinlichkeit zu erhöhen, dass nachhaltige Entwicklungspfade eingeschlagen werden.

Die Etablierung einer nachhaltigen und sozial selbstorganisierten (2) Gesellschaft bedarf emanzipatorischer, sich selbstorganisierender (2) Subjekte, die ein kritisches Bewusstsein ausbilden und dieses in reale gesellschaftliche Kämpfe einbringen. Es ist nicht gewiss, ob sich dieses Bewusstsein überhaupt bilden kann und wie darauf aufbauende Kämpfe ausgehen. „die in den Widersprüchen verfangenen (materiellen und intellektuellen) Produktivkräfte werden frei zum Übergang in die ‚höhere‘ geschichtliche Form gesellschaftlichen Seins im bewussten Kampf mit den bestehenden Gewalten und den von ihnen bestimmten Interessen und Institutionen. Der Ausgang hängt von den Bedingungen der Möglichkeit dieses Kampfes und des sich in ihm entwickelnden Bewusstseins ab. Dazu gehört, dass seine Träger ihre Sklaverei und deren Gründe begriffen haben, dass sie ihre Befreiung wollen und die Wege dazu gesehen haben“ (Marcuse 1966). Dies ist die wesentliche Bedeutung von Selbstorganisationsprozessen in der heutigen Gesellschaft.

## 5. Literatur

- Adorno, Theodor W. (1970) *Aufsätze zur Gesellschaftstheorie und Methodologie*. Frankfurt/Main. Suhrkamp.
- Adorno, Theodor W./Horkheimer, Max (1969) *Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente*. Frankfurt/Main. Fischer. Neuauflage 1997
- Aglietta, Michel (1979a) *A Theory of Capitalist Regulation. The US Experience*. London. NLB
- Aglietta, Michel (1979b) *Einige Grundzüge der Internationalisierung des Kapitals. Die Wertproblematik*. In: Deubner, Christian et al. (Hrsg.) (1979) *Die Internationalisierung des Kapitals. Neue Theorien in der internationalen Diskussion*. Frankfurt am Main/New York. Campus. S. 70-124
- Aglietta, Michel (2000) *Ein neues Akkumulationsregime. Die Regulationstheorie auf dem Prüfstand*. Hamburg. VSA
- Agnoli, Johannes (1995) *Der Staat des Kapitals*. In: ders. (1995) *Der Staat des Kapitals und weitere Schriften zur Kritik der Politik*. Gesammelte Schriften Band 2. Freiburg. Ça ira-Verlag. S. 21-89
- Alexander, Samuel (1920) *Space, Time and Deity*. London. Macmillan. Wiederveröffentlichung 1966
- Alkalimat, Abdul (1997) *The New Technological Imperative in Africa: Class Struggle on the Edge of Third-Wave Revolution*. In: Davis/Stack/Hirschl (1997). S. 271-286
- Althusser, Louis (1968) *Für Marx*. Frankfurt/Main. Suhrkamp
- Althusser, Louis (1977) *Ideologie und ideologische Staatsapparate (Anmerkungen für eine Untersuchung)*. In: ders. *Ideologie und ideologische Staatsapparate*. Hamburg/Berlin. Verlag für das Studium der Arbeiterbewegung. S. 108-169
- Altwater, Elmar (1972) *Zu einigen Problemen des Staatsinterventionismus*. In: Prokla 3. S. 1-53
- Altwater, Elmar (1973) *Zu einigen Problemen des „Krisenmanagements“ in der kapitalistischen Gesellschaft*. In: Jänicke, Martin (Hrsg.) (1973) *Herrschaft und Krise. Beiträge zur politikwissenschaftlichen Krisenforschung*. Opladen. Westdeutscher Verlag. S. 170-196
- Altwater, Elmar/Brandes, Volkhard/Reiche, Jochen (1976) *Inflation und Reproduktion des Kapitals. Handbuch 3. Inflation – Akkumulation – Krise, I*. Frankfurt am Main/Köln. Europäische Verlagsanstalt
- Altwater, Elmar/Hecker, Rolf/Heinrich, Michael/ Schaper-Rinkel, Petra (1999) *Kapital.doc*. Münster. Westfälisches Dampfboot
- Altwater, Elmar/Hoffmann, Jürgen/Semmler, Willi (1979) *Vom Wirtschaftswunder zur Wirtschaftskrise*. Berlin. Olle & Wolter
- Altwater, Elmar/Mahnkopf, Birgit (1996) *Grenzen der Globalisierung. Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft*. Münster. Westfälisches Dampfboot
- Amin, Samir (1997) *Die Zukunft des Weltsystems. Herausforderungen der Globalisierung*. Hamburg. VSA
- Anderson, Philip W./Arrow, Kenneth J./Pines, David (Hrsg.) (1988) *The Economy as an Evolving Complex System*. Redwood City, Calif. Addison-Wesley
- Arthur, W. Brian (1990) *Positive Feedbacks in the Economy*. Scientific American, 262, Feb. 1990. S. 92-99

- Arthur, W. Brian (1994) *The End of Certainty in Economics*. Beitrag bei der Konferenz „Einstein Meets Magritte,„ Freie Universität Brüssel. Juli 1994
- Arthur, W. Brian (1995) *Complexity in Economic and Financial Markets*. Complexity, Vol. 1, Nr. 1/95.
- Arthur, W. Brian (1996) *Increasing Returns and the Two Worlds of Business*. Harvard Business Review. 07-08/1996.
- Arthur, W. Brian /Durlauf, Steven/Lane, David A. (Hrsg.) (1997) *The Economy as an Evolving Complex System II*. Reading, Mass. Addison-Wesley
- Artigiani, Robert (1999) *Interaction, Information and Meaning*. In: Hofkirchner (1999). S. 477-488
- Atkinson, John (1984) *Flexibility, Uncertainty and Manpower Management*. Brighton. Institute of Manpower Studies Report
- Atkinson, John/Gregory, Denis (1986) *A Flexible Future: Britain's Dual Labour Force*. In: Marxism Today. April 1986
- Autorenkollektiv (1973) *Der staatsmonopolistische Kapitalismus*. Frankfurt/Main. Verlag Marxistische Blätter
- Auyang, Sunny Y. (1998) *Foundations of Complex-System Theories: in Economics, Evolutionary Biology, and Statistical Physics*. Cambridge/New York/Oakleigh. Cambridge University Press
- Ayres, Robert U. (1988) *Self-Organization in Biology and Economics*. IAASA Research Report RR-87-19. Laxenburg. International Institute for Applied Systems Analysis
- Balibar, Etienne/Wallerstein, Immanuel (1998) *Rasse, Klasse, Nation. Ambivalente Identitäten*. Hamburg/Berlin. Argument
- Banathy, Bela H. (1996) *Designing Social Systems in a Changing World*. New York, NY. Plenum
- Baran, Paul A./Sweezy, Paul M (1967) *Monopolkapital. Ein Essay über die amerikanische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung*. Frankfurt am Main. Suhrkamp
- Barrett, Michèle (1990) *Das unterstellte Geschlecht. Umriss eines marxistischen Feminismus*. Hamburg. Argument
- Baslé, Maurice/Mazier, Jacques/Vidal, Jean-François (1993) *Quand les crises durent* Paris. Economica. 2. Auflage
- Bateson, Gregory (1992) *Ökologie des Geistes: Anthropologische, psychologische, biologische und epistemologische Perspektiven*. Frankfurt/Main. Suhrkamp. 4. Auflage
- Bauer, Otto (1912/13) *Die Akkumulation des Kapitals*. In: Die Neue Zeit. Jg. XXXI, Bd. 1, S. 831-838, 862-874
- Beck, Ulrich (1983) *Jenseits von Stand und Klasse? - Soziale Ungleichheiten, gesellschaftliche Individualisierungsprozesse und die Entstehung neuer sozialer Formationen und Identitäten*. In: Soziale Welt, Sonderband 2, 1983. S. 35-74
- Beck, Ulrich (1983) *Jenseits von Stand und Klasse? - Soziale Ungleichheiten, gesellschaftliche Individualisierungsprozesse und die Entstehung neuer sozialer Formationen und Identitäten*. In: Soziale Welt, Sonderband 2, 1983. S. 35-74
- Beck, Ulrich (1986) *Risikogesellschaft*. Frankfurt/Main. Suhrkamp
- Beck, Ulrich (1997) *Was ist Globalisierung? Irrtümer des Globalismus - Antworten auf Globalisierung*. Frankfurt/Main. Suhrkamp

- Beckenbach, Frank/Diefenbacher, Hans (Hrsg.) (1994) *Zwischen Entropie und Selbstorganisation*. Perspektiven einer ökologischen Ökonomie. Marburg. Metropolis.
- Becker, Uwe (1989) *Akkumulation, Regulation und Hegemonie. Logische Korrespondenz und historische Konstellation?* In: Politische Vierteljahresschrift. S. 230-253
- Bennholdt-Thomsen, Veronika/Mies, Maria/Werlhof, Claudia von (1992) *Frauen, die letzte Kolonie. Zur Hausfrauisierung der Arbeit*. Zürich. Rotpunktverlag. 3. unveränderte Neuauflage
- Berggren, Christian (1991) *Von Ford zu Volvo*. Berlin u.a. Springer
- Bertalanffy, Ludwig von (1968) *General Systems Theory*. New York. Braziller
- Best, Steven/Kellner, Douglas (1997) *The Postmodern Turn*. New York/London. Guilford Press
- Best, Steven/Kellner, Douglas (2000) *Kevin Kelly's Complexity Theory*. In: Democracy & Nature, Vol. 6, Nr. 3. S. 375-399
- Best, Steven/Kellner, Douglas (2001) *The Postmodern Adventure*. New York/London. Guilford Press
- Biertvert, Bernd./Held, Martin (Hrsg.) (1992) *Evolutorische Ökonomik. Neuerungen, Normen, Institutionen*. Frankfurt/Main. Campus.
- Binswanger, Mathias (1994) *Das Entropiegesetz als Grundlage einer ökologischen Ökonomie*. In: Beckenbach/Diefenbacher (1994). S. 155-200
- Bischoff, Joachim (2001) *Mythen der New Economy. Zur politischen Ökonomie der Wissensgesellschaft*. Hamburg. VSA
- Bischoff, Joachim/Detje, Richard (1989) *Massengesellschaft und Individualität. Krise des „Fordismus“, und die Strategie der Linken*. Hamburg. VSA
- Blaschke, Jochen (Hrsg.) (1983) *Perspektiven des Weltsystems. Materialien zu Immanuel Wallerstein, „Das moderne Weltsystem,“*. Frankfurt/New York. Campus
- Blaseio, Helmuth (1986) *Das Kognos-Prinzip. Zur Dynamik sich selbst-organisierender wirtschaftlicher und sozialer Systeme*. Berlin. Duncker&Humblot
- Bloch, Ernst (1959) *Das Prinzip Hoffnung*. Frankfurt/Main. Suhrkamp. Neuauflage 1985
- Boccaro, Paul (1976) *Studien über den staatsmonopolistischen Kapitalismus, seine Krise und seine Überwindung*. Frankfurt am Main. Verlag Marxistische Blätter
- Boccaro, Paul (1990) *Überakkumulation/Entwertung*. In: Sandkühler (1990). S. 626-636
- Böcher, Wolfgang (1996) *Selbstorganisation. Verantwortung. Gesellschaft. Von subatomaren Strukturen zu politischen Zukunftsvisionen*. Opladen. Westdeutscher Verlag
- Bortkiewicz, Ladislaus von (1976) *Wertrechnung und Preisrechnung im Marxschen System*. Lollar/Gießen, Achenbach
- Boudin, Louis B. (1907/1967) *The Theoretical System of Karl Marx in the Light of Recent Criticism*. New York. Monthly Review Press
- Bourdieu, Pierre (1986) *Distinctions. A Social Critique of the Judgement of Taste*. London. Routledge
- Bourdieu, Pierre (1999) *Neoliberalismus*. In: Die Tageszeitung. Nr. 6008 vom 4/12/1999

- Bourdieu, Pierre (2000a) *Der Neoliberalismus ist konservativ. Will Gegenfeuer legen: Pierre Bourdieu sieht im Neoliberalismus eine Gefahr für Europa. Interview mit Pierre Bourdieu.* In: Tagesanzeiger. 20/05/2000
- Bourdieu, Pierre (2000b) *Vernetzt Euch! Interview mit Pierre Bourdieu über soziale Bewegungen und die Charta 2000.* In: WoZ, Die Wochenzeitung. Nr. 19 vom 11/05/2000
- Boyer, Robert (1988) *Technical Change and the Theory of 'Régulation'.* In: Dosi et al. (1988). S. 67-94
- Boyer, Robert/Mistral, Jacques (1978) *Accumulation, inflation, crises.* Paris. P.U.F.
- Brenner, Robert (1983) *Das Weltsystem: theoretische und historische Perspektiven.* In: Blaschke (1983). S. 80-111
- Brenner, Robert (1998) *The Economics of Global Turbulence.* New Left Review 229
- Brenner, Robert/Glick, Mark (1999) *Der Regulationsansatz: Theorie und Geschichte.* In: Marxismus Nr. 14, Juli 1999. S. 37-130. Engl. Original: *The Regulation Approach: Theory and History.* In: New Left Review. 1991. Band 188. S. 45-119
- Bresnahan, Timothy F./Greenstein, Shane (2001) *The economic contribution of information technology: Towards competitive and user studies.* In: Journal of Evolutionary Economics (2001) 11. S. 95-118
- Briefs, Ulrich (1997) *High-Tech und sozialer Verfall? Das moderne Deutschland nach dem Ende der „sozialen Marktwirtschaft“.* Bonn. Pahl-Rugenstein
- Brouwer, Maria (1991) *Schumpeterian Puzzles. Technological Competition and Economic Evolution.* University of Michigan Press
- Bruch, Michael/Krebs, Hans-Peter (Hrsg.) (1996) *Facetten nachfordistischer Regulation.* Münster. Westfälisches Dampfboot
- Bucharin, Nikolai (1915) *Imperialismus und Weltwirtschaft.* Wien/Berlin. Verlag für Literatur und Politik
- Bucharin, Nikolai (1924) *Der Imperialismus und die Akkumulation des Kapitals.* Wien/Berlin. Verlag für Literatur und Politik
- Bunge, Mario (1984) *Das Leib-Seele-Problem. Ein psychobiologischer Versuch.* Tübingen. Mohr
- BEA: Bureau of Economic Analysis (2001) *News Release: GDP + Corporate Profits, Third Quarter 2001.*
- BLS: Bureau of Labor Statistics (2000) *Comparative Real Gross Domestic Product Per Capita and Per Employed Person Fourteen Countries 1960-1998.*
- BLS: Bureau of Labor Statistics (2001) *International Comparisons of Manufacturing Productivity and Unit Labor Cost Trends.*
- BLS: Bureau of Labor Statistics (2001b) *Employment Cost Index. Historical Listing*
- Cantner, Uwe/Hanusch, Horst (1998) *Industrie-Evolution.* In: Schweitzer/Silverberg (1998). S. 265-293
- Cardoso, Fernando Henrique (1979) *Abhängigkeit und Entwicklung in Lateinamerika.* In: Senghaas, Dieter (Hrsg.) (1979) *Peripherer Kapitalismus.* Frankfurt am Main. Suhrkamp. S. 200-220
- Carlsson, B./Stankiewicz (1991) *On the nature, function and composition of technological systems.* In: Hanusch (1999a). Vol. 1. S. 488-513

- Castel, Robert (1997) *The Model of the „Employment Society„ as a Principle of Comparison between Systems of Social Protection in Northern and Southern Europe*. In: Palier, Bruno (Hrsg.) (1997) *Comparing Social Welfare Systems in Europe*. Paris. SICOM. Band 3. S. 27-46.
- Castells, Manuel (1989) *The Informational City. Information Technology, Economic Restructuring and the Urban Regional Process*. Cambridge, Mass./Oxford. Blackwell
- Castells, Manuel (1996) *The Rise of the Network Society. The Information Age: Economy, Society and Culture, Vol. I*. Cambridge, Mass./Oxford. Blackwell
- Castells, Manuel (1997) *The Power of Identity. The Information Age: Economy, Society and Culture, Vol. II*. Cambridge, Mass./Oxford. Blackwell
- Checkland, Peter (1981) *Systems Thinking, Systems Practice*. Chichester. John Wiley
- Chomsky, Noam/Dieterich, Heinz (1999) *Globalisierung im Cyberspace*. Globale Gesellschaft, Märkte, Demokratie und Erziehung. Bad Honnef. Horlemann. 2. Auflage
- Cockburn, Cynthia (1988) *Die Herrschaftsmaschine. Geschlechterverhältnisse und technisches Know-How*. Berlin/Hamburg. Argument
- Cordato, Roy E. (1992) *Welfare Economics and Externalities in an Open Ended Universe. A Modern Austrian Perspective*. Boston et al. Kluwer Academic Publishers
- Coriat, Benjamin (1979) *L'atelier et le chronomètre. Essai sur le taylorisme, le fordisme et la production de masse*. Paris.
- Daum, Matthias/Piepel, Ulrich (1992) *Lean Production. Philosophie und Realität*. In: io Management. 1/92
- Davis, Jim/Hirschl, Thomas/Stack, Michael (Hrsg.) (1997) *Cutting Edge. Technology, Information, Capitalism and Social Revolution*. London/New York. Verso
- Davis, Jim/Stack, Michael (1995) *Wissen in der Produktion*. In: Weg und Ziel 1/1995. S. 11-18.
- Davis, Mike (1978) „Fordism„, in *Crisis. A Review of Michel Aglietta's „Régulation et crise: L'expérience des Etats-Unis„*. Reviews. Band 2. S. 207-269
- Davis, Mike (1990) *City of Quartz. Excavating the Future in Los Angeles*. Verso.
- Day, Richard H./Chen, Ping (Hrsg.) (1993) *Nonlinear Dynamics and Evolutionary Economics*. New York/Oxford. Oxford University Press
- Debord, Guy (1978) *Die Gesellschaft des Spektakels*. Hamburg. Edition Nautilus
- Deleuze, Gilles (1993) *Postskriptum über die Kontrollgesellschaften*. In: Deleuze, Gilles (1993) *Unterhaltungen. 1972-1990*. Frankfurt/Main. Suhrkamp
- Delphy, Christine (1975) *For a Materialist Feminism*, in Hennessy/Ingraham 1997, S. 59-64
- Demirovic, Alex/Krebs, Hans-Peter/Sablowski, Thomas (Hrsg.) (1992) *Hegemonie und Staat. Kapitalistische Regulation als Projekt und Prozess*. Münster
- Destanne de Bernis, Gérard (1988) *Propositions for analysing the crisis*. In: International Journal of Political Economy. Sommer 1988
- Destanne de Bernis, Gérard (1990) *On a Marxist Theory of Regulation*. In: Monthly Review. Vol. 41. S. 27-37

- Diederichsen, Dierich (2000) *Das Holzspielzeug der Linken. Die kitschige Anthropologie in Robert Kurz' »Schwarzbuch Kapitalismus«*. In: Jungle World, 15/2000
- Dietrich, Ben (1999) *Klassenfragmentierung im Postfordismus. GeschlechtArbeitRassismusMarginalisierung*. Hamburg/Münster. Unrast
- Dobb, Maurice (1970) *Entwicklung des Kapitalismus. Vom Spätfudalismus bis zur Gegenwart*. Köln/Berlin. Kiepenheuer & Witsch
- Dobronravova, Irina (1997) *Dialectic as a Means for Understanding Nonlinear Science*. In: In: Dialectic, Cosmos and Society. Nr. 10. S. 7-15
- Dosi, Giovanni (1982) *Technological paradigms and technological trajectories*. In: Hanusch (1999a). Vol. 1. S. 472-487
- Dosi, Giovanni et a. (Hrsg.) (1988) *Technical Change and Economic Theory*. London. Pinter
- Drugman, Bernard (1984) *A nouveau sur la question de la régulation. Économie politique, marxisme et...crise: quelle alternative réelle?* Économies et Sociétés. Vol. 19. S. 29-64
- Durlauf, Steven N. (1997) *What Should Policymakers Know About Economic Complexity?* SSRI Working Paper Nr. 9721
- Ebeling, Werner/Volkenstein, Michail V. (1990) *Entropy and the Evolution of Biological Information*. In: PHYSICA A 1990, Vol 163, Iss 1. S. 398-402
- Ebeling, Werner/Feistel, Rainer (1992) *Theory of Self-Organization and Evolution. The Role of Entropy, Value and Information*. In: Journal of Non-Equilibrium Thermodynamics 1992, Vol 17, Iss 4. S. 303-332
- Ebeling, Werner (1993a) *Chaos, Order, and Information in the Evolution of Strings*. In: Applied Mathematics and Computation 1993, Vol 56, Iss 2-3. S. 131-151
- Ebeling, Werner (1993b) *Entropy and Information in Processes of Self-Organization - Uncertainty and Predictability*. In: Physica A 1993, Vol 194, Iss 1-4. S. 563-575
- Ebeling, Werner/Freund, Jan A./Schweitzer, Frank (1998) *Komplexe Strukturen: Entropie und Information*. Stuttgart. Teubner.
- Ebert, Teresa L. (1996) *Ludic Feminism and After. Postmodernism, Desire and Labor in Late Capitalism*. Michigan. University of Michigan Press
- Eccles, John C./Popper, Karl R (1977) *Das Ich und sein Gehirn*. München. Piper. 6. Auflage 1997
- Ecker-Wolf, Kai/Niechoj, Torsten/Wolf, Dorothee (Hrsg.) (1999) *Nach der Wertdiskussion?* Marburg. Forschungsgruppe Politische Ökonomie
- Edmonds, Bruce (1999) *What is Complexity?* In: Heylighen, F./Arts, D. (Eds.) (1999) *The Evolution of Complexity*. Dordrecht. Kluwer
- Ehrenreich, Barbara (1976) *What Is Socialist Feminism?*, in Hennessy/Ingraham 1997. S. 65-70
- Eigen, Manfred/Schuster, Peter (1979) *The Hypercycle*. Berlin/Heidelberg/New York. Springer.
- Eigen, Manfred/Winkler, Ruthild (1975) *Das Spiel. Naturgesetze steuern den Zufall*. München. Piper
- Eisenstein, Zillah (1998) *Global Obscenities. Patriarchy, Capitalism and the Lure of Cyberfantasy*. New York University Press, New York/London 1998

- Ellul, Jacques (1964) *The Technological Society*. New York. Vintage Books
- Engels, Friedrich (1884/1946) *Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats*. Berlin. Verlag Neuer Weg
- Esser, Josef/Lüthe, Boy/Noppe, Ronald (Hrsg.) (1997a) *Europäische Telekommunikation im Zeitalter der Deregulierung. Infrastruktur im Umbruch*. Münster. Westfälisches Dampfboot.
- Esser, Josef/Lüthe, Boy/Noppe, Ronald (Hrsg.) (1997b) *Europäische Telekommunikation im Zeitalter der Deregulierung - Fragestellungen und theoretischer Bezugsrahmen*. In: Esser/Lüthe/Noppe (1997). S. 7-35
- Esser, Josef/Görg, Christoph/Hirsch, Joachim (Hrsg.) (1994) *Politik, Institutionen und Staat. Zur Kritik der Regulationstheorie*. Hamburg. VSA.
- Esser, Josef/Görg, Christoph/Hirsch, Joachim (Hrsg.) (1994b) *Von den 'Krisen der Regulation' zum 'radikalen Reformismus'*. In: Esser/Görg/Hirsch (1994a). S. 213-228
- Fenzl, Norbert/Hofkirchner, Wolfgang/Stockinger, Gottfried (Hrsg.) (1998) *Information und Selbstorganisation. Annäherungen an eine vereinheitlichte Theorie der Information*. Innsbruck/Wien. Studienverlag.
- Fleischer, Helmut (Hrsg.) (1994) *Der Marxismus in seinem Zeitalter*. Leipzig. Reclam
- Fleissner, Peter (1987) *Arbeit und Wirtschaft*. In: Fleissner, Peter (Hrsg.): *Technologie und Arbeitswelt in Österreich: Trends bis zur Jahrtausendwende*. Allgemeiner Teil. Wien. ÖGB Verlag. S. 41-59
- Fleissner, Peter (1995) *Zum Wandel der Begriffe Arbeit, Wert und Reichtum: Von der notwendigen Arbeit zur disposable time*. In: Moser, Franz (Hrsg..) *Arbeit in einer nachhaltigen Wirtschaft*. Graz. Institut für Verfahrenstechnik der Technischen Universität Graz. S. 37-51. Online unter:  
<http://igw.tuwien.ac.at/igw/menschen/fleissner/papers/arbeit-wert-reichtum/Arbeit.html>
- Fleissner, Peter/Hofkirchner, Wolfgang (1995) *In-formatio revisited. Wider den dinglichen Informationsbegriff*. In: Informatik Forum 3/1995, S. 126-131.  
Online unter:  
[http://igw.tuwien.ac.at/igw/menschen/hofkirchner/papers/InfoConcept/Informatio\\_revisited/in-format.html](http://igw.tuwien.ac.at/igw/menschen/hofkirchner/papers/InfoConcept/Informatio_revisited/in-format.html)
- Fliedner, Dietrich (1999) *Komplexität und Emergenz in Gesellschaft und Natur*. Frankfurt. Peter Lang-Verlag
- Floyd, Christiane/Fuchs, Christian/Hofkirchner, Wolfgang (Hrsg.) (2001) *Stufen zur Informationsgesellschaft. Festschrift zum 65. Geburtstag von Klaus Fuchs-Kittowski*. Wien u.a. Peter Lang-Verlag
- Foerster, Heinz von/Zopf, George W. (Hrsg.) (1962) *Principles of Self-Organization*. New York. Pergamon
- Ford, Henry (1923) *Mein Leben und Werk*. Leipzig. List
- Forrest, Stephanie (Hrsg.) (1991) *Emergent Computation*. Cambridge, Mass. MIT Press
- Foster, John (1995) *The Impact of the self organisation approach on economic science: why economic theory and history need no longer be mutually exclusive domains*. In: Mathematics and Computers in Simulation 39 (1995). S. 393-398
- Foster, John (1997) *The analytical foundations of evolutionary economics: from biological analogy to economic self-organization*. In: Structural Change and Economic Dynamics 8 (1997). S. 427-451
- Foster, John (2000) *Competitive selection, self-organisation and Joseph A. Schumpeter*. In: Journal of Evolutionary Economics (2000) 10. S. 309-325

- Foster, John/Wild, Phillip (1996) *Economic evolution and the science of synergetics*. In: Journal of Evolutionary Economics (1996) 6. S. 239-260
- Fox Keller, Evelyn (1996) *Der Organismus: Verschwinden, Wiederentdeckung und Transformation einer biologischen Kategorie*. In: Scheich (1996). S. 313-334
- François, Charles (Hrsg.) (1997) (Hrsg.) (1997) *International Encyclopedia of Systems and Cybernetics*. München. Saur
- Frank, Andre Gunder (1969) *Kapitalismus und Unterentwicklung in Lateinamerika*. Frankfurt am Main. Europäische Verlagsanstalt
- Frank, Andre Gunder (1983) *Die gegenwärtige Krise und die Perspektiven des Weltsystems*. In: Blaschke (1983). S. 230- 255
- Freeman, Christopher/Perez, Carolta (1988) *Structural crises of adjustment, business cycles and investment behaviour*. In: Hanusch (1999a). S. 86-114
- Freeman, Christopher/Soete, Luc (1994) *Work for all or Mass Unemployment. Computerised Technical Change into the 21<sup>st</sup> Century*. London/New York. Pinter
- Freyer, Hans (1960) *Über das Dominantwerden technischer Kategorien in der Lebenswelt der industriellen Gesellschaft*. Wiesbaden. Steiner
- Freyer, Hans (1987) *Herrschaft, Planung und Technik. Aufsätze zur politischen Soziologie*. Weinheim. VCH, Acta humaniora
- Fuchs, Christian (1998) *Der Feminismus Donna Haraways und die materialistisch-feministische Kritik der Postmoderne*. Online unter: <http://stud4.tuwien.ac.at/~e9426503/infogestech/haraway.html>
- Fuchs, Christian (2000a) *Dass nichts bleibt, wie es ist... Betrachtungen zu einer neuen Veröffentlichung im Bereich sozialer Selbstorganisation*. In: Contraste 3/2000. S. 4f
- Fuchs, Christian (2000b) *Selbstorganisation in der Informationsgesellschaft*. Diplomarbeit. Wien. Technische Universität Wien. <http://stud4.tuwien.ac.at/~e9426503/>
- Fuchs, Christian (2000c) *Die Actor-Network-Theory*. <http://stud4.tuwien.ac.at/~e9426503/technsoz/actornetwork.html>
- Fuchs, Christian (2001) *Soziale Selbstorganisation im informationsgesellschaftlichen Kapitalismus. Gesellschaftliche Verhältnisse heute und Möglichkeiten zukünftiger Transformationen*. Wien/Norderstedt. Libri Books on Demand
- Fuchs, Christian (2001b) *Technisch vermittelte Entkörperlichung – Emanzipation oder Risiko?* In: Utopie Kreativ, Nr. 129/130, Juli/August 2001. S. 644-658  
<http://cartoon.iguw.tuwien.ac.at/christian/entkoerp.html>
- Fuchs, Christian (2002) *Zum Technikbegriff und einigen Grundlagen der Techniksoziologie*. In: Skriptum Informatik + Gesellschaft 1, SS 2002. Technische Universität Wien.
- Fuchs, Christian/Hofkirchner, Wolfgang (1999) *Information in Social Systems*. Vortrag am 7. Internationalen Kongreß der Internationalen Gesellschaft für Semiotik (IASS/AIS) am 4.10.1999 in Dresden. In: Schmitz, Walter (Hg.): *Sign Processes in Complex Systems. Proceedings of the 7th International Congress of the IASS-AIS*. Dresden: Thelem 2001. ISBN: 3-933592-21-6
- Fuchs, Christian/Hofkirchner, Wolfgang (2000) *Die Dialektik der Globalisierung in Technik, Politik, Ökonomie und Kultur*. Beitrag beim Jubiläumskongreß der Österreichischen Gesellschaft für Soziologie. Wien. 21-23.09.2000. Online unter: <http://stud4.tuwien.ac.at/~e9426503/infogestech/glob.html>

- Fuchs, Christian/Hofkirchner, Wolfgang (2001) *Ein einheitlicher Informationsbegriff für eine einheitliche Informationswissenschaft*. In: Floyd/Fuchs/Hofkirchner (2001)
- Fuchs, Christian/Hofkirchner, Wolfgang (2001b) *Theorien der Globalisierung*. In: Z-Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Nr. 48. S. 21-34
- Fuchs, Christian/Hofkirchner, Wolfgang (2002) *Globalisierung: Ein allgemeiner, dialektischer Prozess der Menschheitsgeschichte*. In: Z-Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Nr. 49 (im Erscheinen)
- Fuchs, Christian/Hofkirchner, Wolfgang (2002b) *Globalisierung in der aktuellen Phase des Kapitalismus*. In: Z-Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Nr. 50 (im Erscheinen)
- Fuchs, Christian/Hofkirchner, Wolfgang/Klauninger, Bert (2001) *The Dialectic of Bottom-Up and Top-Down Emergence in Social Systems*. Vortrag bei der Konferenz „Problems of Individual Emergence“. Amsterdam, NL. 16/04 - 20/04/2001
- Fuchs-Kittowski, Klaus/Kaiser, Horst/Tschirschwitz, Reiner/Wenzlaff, Bodo (1976) *Informatik und Automatisierung*. Berlin. Akademie-Verlag
- Fuchs-Kittowski, Klaus (2000) *Wissens-Ko-Produktion. Verarbeitung, Verteilung und Entstehung von Informationen in kreativ-lernenden Organisationen*. Beitrag bei der Tagung „Organisationsinformatik und Digitale Bibliothek in der Wissenschaft,..“ 23. und 24./03/2000. Humboldt-Universität Berlin. In: Floyd, Christiane/Fuchs, Christian/Hofkirchner, Wolfgang (2002) *Stufen zur Informationsgesellschaft. Festschrift zum 65. Geburtstag von Klaus Fuchs-Kittowski*. Wien. Peter Lang Verlag
- Fuchs-Kittowski, Klaus/Rosenthal, Hans A. (1998) *Selbstorganisation, Information und Evolution: Zur Kreativität der belebten Natur*. In: Fenzl, Norbert/Hofkirchner, Wolfgang/Stockinger, Gottfried (Hrsg.) (1998) *Information und Selbstorganisation: Annäherung an eine vereinheitlichte Theorie der Information*. Studien-Verlag, Innsbruck/Wien. S. 141-188
- Fukuyama, Francis (1992) *Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir?* München. Kindler
- Gambino, Ferruccio (1996) *Kritik am Begriff des Fordismus, wie ihn die Regulationsschule benutzt*. In: Wildcat-Zirkular Nr. 28/29. S. 139-160
- Gehlen, Arnold (1957) *Die Seele im technischen Zeitalter. Sozialpsychologische Probleme in der industriellen Gesellschaft*. Hamburg. Rowohlt
- Gerster, Hans (1988) *Lange Wellen wirtschaftlicher Entwicklung. Empirische Analyse langfristiger Zyklen für die USA, Großbritannien und weitere vierzehn Industrieländervon 1800 bis 1980*. Frankfurt/Main
- Giddens, Anthony (1984/1997) *Die Konstitution der Gesellschaft*. Frankfurt/Main. Campus. 3. Auflage
- Giddens, Anthony (1995) *Konsequenzen der Moderne*. Frankfurt/Main. Suhrkamp
- Giddens, Anthony (1999) *Der dritte Weg. Die Erneuerung der Sozialen Demokratie*. Frankfurt/Main. Suhrkamp
- Gimenez, Martha E. (1978) *The Oppression of Women*, in Hennessy/Ingraham (1997). S. 71-82
- Glyn, Andrew/Sutcliffe, B. (1972) *British Capitalism. Workers and the Profits Squeeze*. Harmondsworth.
- Glyn, Andrew/Hughes, Alan/Lipietz, Alain/Singh, Ajit (1990) *The Rise and Fall of the Golden Age*. In: Marglin, Stephen A./Schor, Juliet B. (Hrsg.) (1990) *The Golden Age of Capitalism. Reinterpreting the Post-war Experience*. Oxford. Clarendon Press

- Göbel, Elisabeth (1998) *Theorie und Gestaltung der Selbstorganisation*. Berlin. Duncker & Humblot.
- Göhring, Wolf (1999) *Informationsurwald*. In: Marxistische Blätter, 6/99. S. 57-63
- Goodwin, Richard M. (1972) *A Growth Cycle*. In: Hunt, E. K./Schwartz, J.G. (Hrsg.) (1972) *1072. A Critique of Economic Theory*. Harmondsworth. S. 442-449
- Goodwin, Richard M. (1990) *Chaotic Economic Dynamics*. New York. Oxford University Press. Reprint 1992
- Goodwin, Richard M. (1993) *A Marx-Keynes-Schumpeter Model of Economic Fluctuation*. In: Day/Chen (1993). S. 45-57
- Goodwin, Richard M. (1999) *Walras and Schumpeter: The Vision Reaffirmed*. In: Hanusch (1999a). Vol. 2. S. 75-85
- Goonatilake, Susantha (1991) *The Evolution of Information: Lineages in Gene, Culture and Artefact*. London. Pinter.
- Görg, Christoph (1994a) *Der Institutionenbegriff in der 'Theorie der Strukturierung'*. In: Esser/Görg/Hirsch (1994a). S. 31-84
- Görg, Christoph (1994b) *Krise und Institution*. In: Esser/Görg/Hirsch (1994a). S. 85-132
- Görg, Christoph (1994c) *Regulation - ein neues 'Paradigma'?* In: Esser/Görg/Hirsch (1994a). S. 13-30
- Gottl-Ottilienfeld, Friedrich von (1926) *Fordismus. Über Industrie und Technische Vernunft*. Jena. Verlag Gustav Fischer
- Gottschall, Dietmar (1994) *Von 152 auf 110 Sekunden*. In: Manager Magazin. 4/92
- Gough, Ian (1973) *On Productive and Unproductive Labour*. Bulletin of the Conference of Socialist Economists. Winter 1973. S. 68-73
- Gramsci, Antonio (1930/31a) *Base and Superstructure*. In: Gramsci (1980). pp 219f (in German)
- Gramsci, Antonio (1930/31b) *Philosophical Notices about Materialism and Idealism*. In: Gramsci (1980). pp 221f
- Gramsci, Antonio (1934) *Art and Culture*. In: Gramsci (1980). p. 244 (in German)
- Gramsci, Antonio (1967) *Philosophie der Praxis*. Frankfurt/Main. Fischer
- Gramsci, Antonio (1971) *Selections from the Prison Notebooks*. New York. International Publishers
- Gramsci, Antonio (1980) *Zu Politik, Geschichte und Kultur*. Leipzig. Reclam
- Grigat, Stephan (2000) *Robert Kurz' „Schwarzbuch Kapitalismus,..* In: Streifzüge 2/2000. S. 1-3
- Grossmann, Henryk (1929/1970) *Das Akkumulatons- und Zusammenbruchsgesetz des kapitalistischen Systems*. Frankfurt. Verlag Neue Kritik
- Grote, Andreas (1994) *Grüne Rechnung – Das Produkt Computer in der Ökobilanz*. In: CT, 12/1994
- Grote, Andreas (1996a) *Punktgenau – Schweizer Studie präzisiert die Ökobilanz des PC*. In: CT, 10/1996
- Gulowsen, Jon (1979) *A Measure of Work-Group Autonomy*. In: Davis, Louis E./Taylor, James C. (Hrsg.) (1979) *Design of Jobs*. Santa Monica. Goodyear

- Gündel, Rudi/Heininger, Horst/Hess, Peter (1967) *Zur Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus*. Berlin. Akademie
- Habermas, Jürgen (1968) *Technik und Wissenschaft als 'Ideologie'*. Frankfurt/Main. Suhrkamp
- Habich, R/Krause, P. (1995) *Probleme der Messung und Reichweite empirischer Untersuchungen*. In: Barlösius, E./Feichtinger, E./Köhler, B.M. (Hrsg.) (1995) *Ernährung in der Armut. Gesundheitliche, soziale und kulturelle Folgen in der Bundesrepublik Deutschland. Der Armutsbericht des DGB und des Paritätischen Wohlfahrtsverbands*. Reinbek. Rororo
- Hagenhofer, Thomas (2001) *Die Ware Information, Informationsarbeit und Mehrwert*. In: Marxistische Blätter, Nr. 2/2001. S. 40-45
- Haken, Hermann (1978) *Synergetics*. Berlin/Heidelberg. Springer
- Haken, Hermann (1983) *Advanced Synergetics*. Berlin/Heidelberg. Springer
- Haken, Hermann (1987) *Self-Organization and Information*. In: Physica Scripta 1987, Vol 35, Iss 3. S. 247-254
- Haken, Hermann (1988) *Information and Self-organization: a macroscopic approach to complex systems*. Berlin. Springer.
- Haken, Hermann/Haken-Krell, Maria (1995) *Entstehung von biologischer Information und Ordnung (Dimensionen der modernen Biologie 3)*. Darmstadt. Wiss. Buchges.
- Hanusch, Horst (Hrsg.) (1999a) *The Legacy of Joseph A. Schumpeter*. Cheltenham, UK/Northampton, MA, USA. Edwar Elgar Publishing
- Hanusch, Horst (1999b) *Schumpeter's Life, Work and Legacy*. In: Hanusch (1999a). Vol. 1. S. xi-xiv
- Haraway, Donna (1995) *Ein Manifest für Cyborgs*. In: Haraway, Donna (1995) *Die Neuerfindung der Natur. Primaten, Cyborgs und Frauen*. Frankfurt/New York. Campus. S. 33-72
- Haraway, Donna (1997) *Modest\_Witness@Second\_Millennium.FemaleMan©\_Meets\_OncoMouse™. Feminism and Technoscience*. New York/London. Routledge
- Haug, Frigga (2000) *Zukunft für Frauen? Einige Überlegungen zu Diskursen um Geschlechterverhältnisse im Internet*. In: Das Argument, Nr. 238. S. 765-776
- Haug, Wolfgang Fritz (2000) *Prolegomena zu einer Kritik der Neuen Ökonomie*. In: Das Argument, Nr. 238. S. 619-645
- Haustein, Heinz-Dieter (1998) *Karl Marx und evolutorische Ökonomik*. In: Warnke/Huber (1998). S. 151-178
- Hayek, Friedrich August von (1969) *Freiburger Studien. Gesammelte Aufsätze von F.A. v. Hayek*. Tübingen. Mohr
- Hayek, Friedrich August von (1981) *Recht, Gesetzgebung und Freiheit. Band 2: Die Illusion der sozialen Gerechtigkeit*. Landsberg. Verlag Moderne Industrie
- Hayek, Friedrich August von (1982) *Law, Legislation and Liberty*. 3 Bde. London. Routledge/Paul Kegan
- Hayek, Friedrich August von (1986) *Recht, Gesetzgebung und Freiheit. Band 1: Regeln und Ordnung*. Landsberg. Verlag Moderne Industrie
- Hayek, Friedrich August von (1988) *The Fatal Conceit. The Errors of Socialism*. Bd. 1, der Collected Works of F.A. Hayek. London. Routledge

- Heidegger, Martin (1962) *Die Technik und die Kehre*. Pfullingen. Neske
- Heininger, Horst/Maier, Lutz (1987) *Internationaler Kapitalismus. Tendenzen und Konflikte staatsmonopolistischer Internationalisierung*. Berlin. Dietz
- Heinrich, Michael (1999a) *Die „Krisis,, und die Krise*. In: Streifzüge, 1/1999
- Heinrich, Michael (1999b) *Die Wissenschaft vom Wert*. Münster. Westfälisches Dampfboot
- Heinrich, Michael (2000) *Neues vom Weltuntergang?* In: Streifzüge, 2/2000. S. 4-8
- Heise, Arne/Meißner, Werner/Tofaute, Hartmut (1994) *Marx und Keynes und die Krise der Neunziger*. Marburg. Metropolis
- Hennessy, Rosemary/Ingraham, Chrys (Hrsg.) (1997) *Materialist Feminism: A Reader in Class, Difference, and Women's Lives*. New York/London. Routledge
- Heylighen, Francis (1996) *What is Complexity?* <http://pespmc1.vub.ac.be/COMPLEXI.html>
- Heylighen, Francis (1997) *The Growth of Structural and Functional Complexity during Evolution*. In: Heylighen, F./Aerts, D. (Eds.) (1997) *The Evolution of Complexity*. Dordrecht. Kluwer
- Hilferding, Rudolf (1910/1955) *Das Finanzkapital*. Berlin. Dietz
- Hinterberger, Friedrich (1994) *On the Evolution of Open Socio-economic Systems*. In: Mishra/Maaß/Zwierlein (1994). S. 35-50
- Hirsch, Joachim (1973) *Elemente einer materialistischen Staatstheorie*. In: Braunmühl, Claudia von (Hrsg.) (1973) *Probleme einer materialistischen Staatstheorie*. Frankfurt/Main. Suhrkamp. S. 199-264
- Hirsch, Joachim (1974a) *Zur Analyse des politischen Systems*. In: Gesellschaft. Beiträge zur Marxschen Theorie. Nr. 1. Frankfurt/Main. Suhrkamp. S. 78-151
- Hirsch, Joachim (1974b) *Staatsapparat und Reproduktion des Kapitals*. Projekt Wissenschaftsplanung 2. Frankfurt/Main. Suhrkamp.
- Hirsch, Joachim (1976) *Bemerkungen zum theoretischen Ansatz einer Analyse des bürgerlichen Staates*. In: *Gesellschaft. Beiträge zur Marxschen Theorie*. 8/9. Frankfurt/Main. Suhrkamp. S. 99-149
- Hirsch, Joachim (1977) *Kapitalreproduktion, Klassenauseinandersetzungen und Widersprüche im Staatsapparat*. In: Brandes, Volkhard (Hrsg.) (1977) *Staat. Handbuch der politischen Ökonomie 5*. Köln. Europäische Verlagsanstalt. S. 161-181
- Hirsch, Joachim (1980) *Der Sicherheitsstaat. Das „Modell Deutschland,, seine Krise und die neuen sozialen Bewegungen*. Frankfurt/Main. Europ. Verl.-Anst
- Hirsch, Joachim (1990) *Kapitalismus ohne Alternative? Materialistische Gesellschaftstheorie und Möglichkeiten einer sozialistischen Politik heute*. Hamburg. VSA
- Hirsch, Joachim (1991a) *Das neue Gesicht des Kapitalismus*. In: Brüsemeister, Thomas (Hrsg.) (1991) *Die versteinerten Verhältnisse zum Tanzen bringen. Beiträge zur marxistischen Theorie heute*. Berlin. Dietz. S. 127-146
- Hirsch, Joachim (1991b) *The Fordist Security State and New Social Movements*. In: Clarke, Simon (Hrsg.) (1991) *The State Debate*. London. Macmillan. S. 142-156
- Hirsch, Joachim (1994) *Politische Form, politische Institutionen und Staat*. In: Esser/Görg/Hirsch (1994a). S. 157-211

- Hirsch, Joachim (1995) *Der nationale Wettbewerbsstaat*. Berlin. Edition ID Archiv.
- Hirsch, Joachim (2001) *Postfordismus: Dimensionen einer neuen kapitalistischen Formation*. In: Hirsch/Jessop/Poulantzas (2001). S. 171-209
- Hirsch, Joachim/Jessop, Bob/Poulantzas, Nicos (2001) *Die Zukunft des Staates*. Hamburg. VSA
- Hirsch Joachim/Roth, Roland (1986) *Das neue Gesicht des Kapitalismus. Vom Fordismus zum Post-Fordismus*. Hamburg. VSA
- Hirsch-Kreinsen, Hartmut (1996) *Internationalisierung der Produktion. Strategien, Organisationsformen und Folgen für die Industriearbeit*. In: WSI-Mitteilungen. 1/1996. S. 11-18
- Hirschl, Thomas A. (1997) *Structural Unemployment and the Qualitative Transformation of Capitalism*. In: Davis/Hirschl/Stack (1997). S: 157-174
- Hodgson, Geoffrey M. (1993) *Economics and Evolution. Bringing Life Back into Economics*. University of Michigan Press
- Hodgson, Geoffrey M. (1997) *The evolutionary and non-Darwinian economics of Joseph Schumpeter*. In: Journal of Evolutionary Economics (1997) 7. S. 131-145
- Hofkirchner, Wolfgang (1998). *Information und Selbstorganisation. Zwei Seiten einer Medaille*. In: Fenzl/Hofkirchner/Stockinger (1998). S. 69-99
- Hofkirchner, Wolfgang (Hrsg.) (1999) *International Conference on the Foundations of Information Science 1996 Wien. The Quest for a Unified Theory of Information. Proceedings of the Second International Conference on the Foundations of Information Science (The World Futures General Evolution Studies 13)*. Amsterdam. Gordon and Breach
- Hofkirchner, Wolfgang (1999b) *Cognitive Sciences in the Perspective of a Unified Theory of Information*. Paper prepared for the 43rd meeting of the ISSS on "Humanity, Science, Technology: The Systemic Foundations of the Information Age", Asilomar (CA), June 27 – July 2 1999. Online unter: [http://igw.tuwien.ac.at/igw/menschen/hofkirchner/papers/InfoConcept/CognSciences\\_UnifiedTheory/9944.htm](http://igw.tuwien.ac.at/igw/menschen/hofkirchner/papers/InfoConcept/CognSciences_UnifiedTheory/9944.htm)
- Hofkirchner, Wolfgang (1999c) *Towards a Unified Theory of Information – The Merging of Second-Order Cybernetics and Semiotics into a Single and Comprehensive Information Science*. In: 15e Congrès International de Cybernétique, Namur 1998, Namur 1999. S. 175-180. Online unter: [http://igw.tuwien.ac.at/igw/menschen/hofkirchner/papers/InfoScience/Unified\\_Infotheory/namur.html](http://igw.tuwien.ac.at/igw/menschen/hofkirchner/papers/InfoScience/Unified_Infotheory/namur.html)
- Hofkirchner, Wolfgang (2000) *Projekt Eine Welt. Oder: Kognition, Kommunikation, Kooperation*. Wien. Technische Universität Wien. Habilitationsschrift
- Holland, John (1992) *Complex, Adaptive Systems*. Daedalus 121, 1. S. 17-30.
- Holling, C.S. (1973) *Resilience and Stability of Ecological Systems*. In: Annual Review of Ecology and Systematics 4. S. 1-23.
- Hopkins, Terence K./Wallerstein, Immanuel (Hrsg.) (1996) *The Age of Transition. Trajectory of the World-System 1945-2025*. London/New Jersey. Zed Books. 2. Auflage 1998
- Horatschek, Heinrich (1939) *Fordismus und die Selbstversorgung des Betriebes*. Wien. Eigenverlag.
- Horkheimer, Max (1946) *Zur Kritik der instrumentellen Vernunft*. Frankfurt/Main. Fischer.
- Hörz, Herbert (1993) *Selbstorganisation sozialer Systeme: ein Verhaltensmodell zum Freiheitsgewinn*. Münster. LIT

- Hübner, Kurt (1987) *Neue Gesichtszüge*. In: Sozialismus. 4. S. 39-44
- Hübner, Kurt (1989) *Theorie der Regulation. Eine kritische Rekonstruktion eines neuen Ansatzes der Politischen Ökonomie*. Berlin. Edition Sigma
- Huffschmid, Jörg (1969) *Die Politik des Kapitals. Konzentration und Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik*. Frankfurt/Main. Suhrkamp
- Huffschmid, Jörg (1995) *Weder toter Hund noch schlafender Löwe. Die Theorie des Staatsmonopolistischen Kapitalismus*. In: Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft. 2/95. Online unter: <http://www.spw.de/leserinnenforum/0599info/huffschmid.html>
- Hurtienne, Thomas (1974) *Zur Ideologiekritik der lateinamerikanischen Theorien der Unterentwicklung und Abhängigkeit*. In: PROKLA, Nr. 14/15, S. 213-283
- Huws, Ursula (2000) *Der Mythos der „Weightless Economy“*. In: Das Argument, Nr. 238. S. 646-660
- IG-Rote Fabrik/Zürich (Hrsg.) (1995) *Krise – welche Krise?* Berlin/Amsterdam. Edition ID Archiv
- Imai, Masaaki (1992) *Kaizen. Der Schlüssel zum Erfolg der Japaner im Wettbewerb*. München. Wirtschaftsverl. Langen Müller. 2. Auflage
- IMSF (1981) *Der Staat im staatsmonopolistischen Kapitalismus der Bundesrepublik. Staatsdiskussion und Staatstheorie*. Frankfurt am Main. Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF)
- ISF (2000) *Der Theoretiker ist der Wert. Eine ideologiekritische Skizze der Wert- und Krisentheorie der Krisis-Gruppe*. Initiative Sozialistisches Forum. Freiburg. ca ira
- Janz, Martin (2000) *Die Grenze der Aufklärung*. In: Jungle World, Nr. 11/00.
- Jenner, Richard (1994) *Schumpeterian Growth, Chaos and the Formation of Dissipative Structures*. Journal of Evolutionary Economics, 4. S. 125-139
- Jessop, Bob (1986) *Der Wohlfahrtsstaat im Übergang vom Fordismus zum Postfordismus*. In: Prokla 65
- Jessop, Bob (1988) *Postfordismus. Zur Rezeption der Regulationstheorie bei Hirsch*. In: Das Argument. Nr. 169. S. 380-390
- Jessop, Bob (1990) *State Theory. Putting the Capitalist State in its Place*. University Park, Penn. Pennsylvania State University Press
- Jessop, Bob (2001) *The Social Embeddedness of the Economy and its Implications for Economic Governance*. Draft. Published by the Department of Sociology, Lancaster University at: <http://www.comp.lancaster.ac.uk/sociology/soc016rj.html>
- Johnson, Harry (1968) *The Economic Approach to Social Question*. In: *Economica* 35. S. 1-21
- Jünger, Friedrich Georg (1956) *The Failure of Technology*. Chicago. Regnery.
- Junker, Horst/Lang, Corinna V. (2001) *Betriebliche Umweltinformatik (BUI), Nachhaltigkeit und Informationsgesellschaft*. In: Floyd, Christiane/Fuchs, Christian/Hofkirchner, Wolfgang (Hrsg.) (2001) *Stufen zur Informationsgesellschaft. Festschrift zum 65. Geburtstag von Klaus Fuchs-Kittowski*. Wien. Peter Lang Verlag
- Jürgens, Ulrich (1992) *Lean Production in Japan. Mythos und Realität*. In: Hans-Böckler Stiftung (Hrsg.) (1992) *Lean Production. Schlanke Produktion. Neues Produktionskonzept humaner Arbeit?* Düsseldorf. Hans-Böckler-Stiftung. 2. Auflage

- Karathanassis, Athanasios (1998) *Regulationstheorie und kapitalistische Entwicklung*. In: Glasnost - Dokumentations-system für Gesellschaftstheorie, Geschichte und Politik. Internet
- Karathanassis, Athanasios (2000) *Die Regulationstheorie auf dem Prüfstand (Aglietta)*. Rezension. In: Trend. Online Zeitung. 11/00
- Kauffman, Stuart (1993) *The Origins of Order*. Oxford. Oxford University Press
- Kelly, Kevin (1995) *Out of Control. The New Biology of Machines*. London. Fourth Estate
- Kelly, Kevin (1999) *NetEconomy. Zehn radikale Strategien für die Wirtschaft der Zukunft*. München/Düsseldorf. Econ
- Kelm, Matthias (1997) *Schumpeter's theory of economic evolution: a Darwinian interpretation*. In: Journal of Evolutionary Economics (1997) 7. S. 97-130
- Kenney, Martin (1997) *Value Creation in the Late Twentieth Century: The Rise of the Knowledge Worker*. In: Davis/Hirschl/Stack (1997). S. 87-102
- Kerber, W. (1991) *Zur Entstehung von Wissen: Grundsätzliche Bemerkungen zu Möglichkeiten und Grenzen staatlicher Förderung der Wissensproduktion aus der Sicht der Theorie evolutionärer Marktprozesse*. In: Oberender, Peter/Streit, Manfred E. (Hrsg.) (1991) *Marktwirtschaft und Innovation*. Baden-Baden. Nomos. S. 9-52
- Keynes, John Maynard (1936) *A General Theory of Employment, Interest and Money*. London. Macmillan
- Kim, Jinup (1993) *Zur Soziologie und politischen Ökonomie des „Gesetzes des tendenziellen Falls der Profitrate,..* Münster. Lit
- Koltan, Michael T. (1998) *Leninismus ohne Arbeiterklasse. Kurzer Lehrgang zum Kollaps der Modernisierung*. In: Archiv für die Geschichte des Widerstands und der Arbeit, Nr. 15. S. 401-419
- Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen (1996) *Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland. Entwicklung, Ursachen und Maßnahmen*. Bonn
- Kowarski, Lew/Minder, Gabriel (Hrsg.) (1978) *Réflexions sur la science*. Original Texts 1947 - 1977. Genf
- Krämer, Ralf (2000) *Über Human Capital und Informationsrenten, Cyberlords und modernen Sozialismus*. In: Zeitschrift für Sozialistische Politik und Wirtschaft (spw), Nr. 5/00
- Krätke, Stefan (1991) *Strukturwandel der Städte. Städtssystem und Grundstücksmarkt in der „post-fordistischen„ Ära*. Frankfurt am Main/New York. Campus
- Krisis (1999) *Manifest gegen die Arbeit*. Erlangen. Eigenverlag
- Krohn, Wolfgang/Küppers, Günther (1992) *Emergenz: Die Entstehung von Ordnung, Organisation und Bedeutung*. Frankfurt/Main. Suhrkamp
- Krugman, Paul (1995) *Growing World Trade. Causes and Consequences*. In: Brooking Papers on Economic Activity. 1/1995. S. 327-362
- Krugman, Paul (1996) *The Self-Organizing Economy*. Malden, Mass./Oxford. Blackwell
- Kuhn, Annette/Wolpe, Ann Marie (1978) *Feminism and Materialism*, in Hennessy/Ingraham 1997. S. 83-87
- Kuczynski, Thomas (2000) *Rote FüÙe auf schwarzem Grund*. In: Jungle World, Nr. 10/2000
- Kunz, Harald (1985) *Marktsystem und Information*. Tübingen. Mohr

- Kurrer, Karl-Eugen (1990) *Technik*. In: Sandkühler (1990), Band 3.
- Kurz, Robert (1986) *Die Krise des Tauschwertes. Produktivkraft Wissenschaft, produktive Arbeit und kapitalistische Reproduktion*. In: Marxistische Kritik, Nr. 1
- Kurz, Robert (1991) *Der Kollaps der Modernisierung*. Frankfurt/Main. Eichborn
- Kurz, Robert (1994) *Fetisch Arbeit. Der Marxismus und die Logik der Modernisierung*. In: Fleischer (1994). S. 162-184
- Kurz, Robert (1995) *Mit Volldampf in den Kollaps*. In: IG-Rote Fabrik/Zürich (1995). S. 37-64
- Kurz, Robert (1997) *Das Ende der Nationalökonomie – Globalisierung, Grenzen des Nationalstaats und die Krise des warenproduzierenden Systems*. In: Weg und Ziel, 1/1997. S. 15-21
- Kurz, Robert (1999) *Schwarzbuch Kapitalismus. Ein Abgesang auch die Marktwirtschaft*. Frankfurt/Main. Eichborn
- Kurz, Robert (2000) *Euphorie um New Economy. Das Internet als Traumfabrik des Neuen Marktes*. In: Jungle World, 16/2000. S. 17-20
- Kurz, Robert (o.J.) *Die Unselbständigkeit des Staates und die Grenzen der Politik. Vier Thesen zur Kritik der politischen Regulation*.  
[http://www.krisis.org/r-kurz\\_die-unselbstaendigkeit-des-staates\\_folha.html](http://www.krisis.org/r-kurz_die-unselbstaendigkeit-des-staates_folha.html)
- Kuznets, Simon (1940) *Schumpeter's business cycles*. In: American Economic Review. June 1940. S. 157ff
- Laclau, Ernesto (1971) *Feudalism and Capitalism in Latin America*. In: New Left Review 67
- Landry, Donna/Maclean, Gerald (1993) *Materialist Feminisms*. Cambridge, Mass. Blackwell
- Laszlo, Ervin (1987) *Evolution. Die neue Synthese. Wege in die Zukunft*. Wien. Europa Verlag
- Laszlo, Ervin (1992) *Evolutionäres Management. Globale Handlungskonzepte*. Fulda. Paidia
- Latour, Bruno (1987) *Science in Action*. Cambridge, Mass. Harvard University Press
- Leadbeater, David (1985) *The Consistency of Marx's Categories of Productive and Unproductive Labour*. In: History of Political Economy, 17:4. S. 591-618
- Leborgne, Danièle/Lipietz, Alain (1990) *Neue Technologien, neue Regulationsweisen: Einige räumliche Implikationen*. In: Borst, Renate et al. (Hrsg.) *Das neue Gesicht der Städte. Theoretische Ansätze und empirische Befunde aus der internationalen Debatte*. Basel/Boston/Berlin. Birkhäuser. S. 109-129
- Lenin, Vladimir I. (1916) *Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus*. In: Werke. Band 22. Berlin. Dietz. S. 189-309
- Lenin, Wladimir I. (1917) *Wie soll man den Wettbewerb organisieren?* In: Lenin Werke. Band 26. Berlin. Dietz
- Lenin, Wladimir I. (1918) *Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht*. In: Lenin Werke. Band 27. Berlin. Dietz
- Lipietz, Alain (1977) *Le capital et son espace*. Paris. La Decouverte/Maspero
- Lipietz, Alain (1985) *Akkumulation, Krisen und Auswege aus der Krise: einige methodische Überlegungen zum Begriff „Regulation“*. In: Prokla 58, S. 109-37
- Lipietz, Alain (1987) *Mirages and Miracles. The Crises of Global Fordism*. London. Verso

- Lipietz, Alain (1992a) *Allgemeine und konjunkturelle Merkmale der ökonomischen Staatsintervention*. In: Demirovic/Krebs/Sablowski (1992). S. 182-202
- Lipietz, Alain (1992b) *Towards a New Economic Order. Postfordism, Ecology and Democracy*. Cambridge/Oxford. Polity Press/Blackwell Publishers
- Lipietz, Alain (1997) *Die Welt des Postfordismus*. In: Studien der Forschungsgruppe Europäische Gemeinschaften (FEG) Nr. 10: *Labour Markets and Employment Policy in the European Union*
- Lipietz, Alain (1998) *Nach dem Ende des „Goldenen Zeitalters“,. Regulation und Transformation kapitalistischer Gesellschaften*. Hamburg. Argument-Verlag
- Lipietz, Alain (2000) *Die Große Transformation des 21. Jahrhunderts. Ein Entwurf der politischen Ökologie*. Münster. Westfälisches Dampfboot
- Lipietz, Alain (2001) *The Fortunes and Misfortunes of Post-Fordism*. In: Albritton, Robert et al. (Hrsg.) (2001) *Phases of Capitalist Development. Booms, Crises and Globalizations*. Palgrave. S. 17-35
- Lorenz, E.N. (1976) *Deterministic Nonperiodic Flow*. In: Jour. Atmospheric Sciences 20, 69, 1976
- Louca, Francisco (1997) *Turbulence in Economics. An Evolutionary Appraisal of Cycles and Complexity in Historical Processes*. Cheltenham, UK/Lyme, US. Edward Elgar Publishing
- Luhmann, Niklas (1984) *Soziale Systeme*. Frankfurt/Main. Suhrkamp
- Luhmann, Niklas (1988) *Das Ende der alteuropäischen Politik*. In: Weyembergh, Maurice./Piret, J.-M. (Hrsg.) (1988) *La fin du politique*. Brüssel. Vrije Univ. S. 249-257
- Luxemburg, Rosa (1913/1979) *Die Akkumulation des Kapitals*. Berlin. Buchhandlung Vorwärts Paul Singer
- Luxemburg, Rosa (1970ff) *Gesammelte Werke* (RLGW). Berlin. Dietz
- Luxemburg, Rosa (1916) *Die Krise der Sozialdemokratie*. In: Politische Schriften, Band 2, 1966. Frankfurt am Main/Wien. Europäische Verlagsanstalt
- Lüthje, Boy (1997) *Transnationale Dimensionen der „network revolution“,.* In: Esser/Lüthe/Noppe (1997). S. 36-77
- Magdoff, Harry (1970) *Das Zeitalter des Imperialismus. Die ökonomischen Hintergründe der US-Außenpolitik*. Frankfurt am Main. Verlag neue Kritik
- Magdoff, Harry/Sweezy, Paul M. (1977) *The End of Prosperity. The American Economy in the 1970s*. New York. Monthly Review Press
- Magdoff, Harry/Sweezy, Paul M. (1987) *Stagnation and the financial explosion*. New York. Monthly Review Press
- Maier, Friedrich (1992) *...die Mohren können gehen*. In: Top Business 7/92
- Mainzer, Klaus (Hrsg.) (1998) *Information - Interaction - Emergence. From Simplicity to Complexity*. Braunschweig. Vieweg.
- Mandel, Ernest (1972) *Der Spätkapitalismus. Versuch einer marxistischen Erklärung*. Frankfurt am Main. Suhrkamp. 3. Auflage
- Mandel, Ernest (1980) *Long Waves of Capitalist Development. A Marxist Interpretation*. London/New York. Verso. 2<sup>nd</sup> revised edition 1995
- Mandel, Ernest (1998) *Einführung in den Marxismus*. Köln. Neuer ISP Verlag

- Mandelbrot, Benoit (1982) *The Fractal Geometry of Nature*. New York. Freeman
- Mannermaa, M. (1991) *In Search of an Evolutionary Paradigm for Futures Research*. In: *Futures* 4, 349-372, 1991
- Marcuse, Herbert (1932) *Neue Quellen zur Grundlegung des Historischen Materialismus*. In: *Schriften*, Band 1. Frankfurt/Main. Suhrkamp. S. 509-555
- Marcuse, Herbert (1937) *Philosophie und kritische Theorie*. In: Herbert Marcuse (1965) *Kultur und Gesellschaft I*. Frankfurt/Main. Suhrkamp. S. 102-127
- Marcuse, Herbert (1937b) *Über den affirmativen Charakter der Kultur*. In: *Kultur und Gesellschaft 1*. Frankfurt/Main. Suhrkamp. S. 102-127
- Marcuse, Herbert (1941) *Einige gesellschaftliche Folgen moderner Technologien*. In: Herbert Marcuse *Schriften Band 3: Aufsätze aus der „Zeitschrift für Sozialforschung„*. 1979. Frankfurt am Main. Suhrkamp. S. 286-319
- Marcuse, Herbert (1961) *Das Problem des sozialen Wandels in der technologischen Gesellschaft*. In: Marcuse, Herbert (2000) *Nachgelassene Schriften Teil 1: Das Schicksal der bürgerlichen Demokratie*. Lüneburg. Zu Klampen. S. 37-66
- Marcuse, Herbert (1965) *Bemerkungen zu einer Neubestimmung der Kultur*. In: Ders. *Schriften*, Band 8. Frankfurt/Main. Suhrkamp. S. 115-135
- Marcuse, Herbert (1966) *Zur Geschichte der Dialektik*. In: Ders. *Schriften*, Band 8. Frankfurt/Main. Suhrkamp. S. 200-226
- Marcuse, Herbert (1967) *Der eindimensionale Mensch: Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft*. München. dtv. Neuauflage 1994
- Martin, Hans-Peter/Schumann, Harald (1996) *Die Globalisierungsfalle. Der Angriff auf Demokratie und Wohlstand*. Reinbek. Rowohlt.
- Marx, Karl (1844) *Ökonomisch-Philosophische Manuskripte von 1844*. In: *MEW, Ergänzungsband, 1. Teil, S.465-588, Dietz Verlag, Berlin (DDR), 1968*
- Marx, Karl (1857/58) *Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie*. Berlin. Dietz. MEW, Band 42
- Marx, Karl (1858/59) *Zur Kritik der politischen Ökonomie*. Berlin. Dietz. MEW, Band 13. S. 3-160
- Marx, Karl *Theorien über den Mehrwert*. Band 1. Berlin. Dietz, MEW, Band 26.1.
- Marx, Karl (1865) *Lohn, Preis und Profit*. In: Marx/Engels (1974). Band 1. S. 370-418
- Marx, Karl (1867) *Das Kapital. Band 1: Der Produktionsprozess des Kapitals*. Berlin. Dietz. MEW, Band 23
- Marx, Karl (1885) *Das Kapital. Band 2: Der Zirkulationsprozess des Kapitals*. Berlin. Dietz. MEW, Band 24
- Marx, Karl (1894) *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Band 3: Der Gesamtprozess der kapitalistischen Produktion*. Berlin. Dietz. MEW, Band 25
- Marx, Karl/Engels, Friedrich (1845/46) *Die deutsche Ideologie*. Berlin. Dietz. MEW 3. S. 5-530
- Marx, Karl/Engels, Friedrich (1974) *Ausgewählte Schriften in zwei Bänden*. Berlin. Dietz
- Maturana, Humberto R./Varela, Francisco J. (1984) *Der Baum der Erkenntnis*. Bern/München/Wien. Scherz

- Mazier, Jacques et al. (1982) *Les deux crises des années 1930 et des années 1970. Une analyse en sections productives dans les cas de l'économie française*. In: Revue économique 2
- Meretz, Stefan/Schlemm, Annette (2001) *Die Freie Gesellschaft als Selbstentfaltung-Netzwerk*. In: Marxistische Blätter, 2/01. S. 46-53
- MEW Marx, Karl/Engels, Friedrich (1960ff) *Werke*. Berlin. Dietz
- Mies, Maria (1995a) *Sexistische und rassistische Grundlagen der neuen Fortpflanzungstechnologien*. In: Mies/Shiva (1995) S. 241-270
- Mies, Maria (1995b) *Vom Individuum zum Dividuum, oder: Im Supermarkt der käuflichen Körperteile*. In: Mies/Shiva (1995). S. 271-283
- Mies, Maria/Shiva, Vandana (1995) *Ökofeminismus. Beiträge zur Praxis und Theorie*. Zürich. Rotpunkt.
- Mies, Maria (1996) *Patriarchat und Kapital. Frauen in der internationalen Arbeitsteilung*. Zürich. Rotpunktverlag. 5. Auflage
- Mishra, R.K./Maaß, D./Zwierlein, E. (Hrsg.) (1994) *On Self-Organization. An Interdisciplinary Search for a Unifying Principle*. Berlin/Heidelberg. Springer
- Mohl, Alexa (1992) *Die neuen sozialen Bewegungen. Eine Formanalyse ihrer emanzipatorischen Praxis*. Frankfurt am Main/New York. Campus
- Monden, Yasuhiro (1983) *Toyota Production System*. Norcross. Industrial Engineering and Management Press
- Morgan, Conwy Lloyd (1923) *Emergent Evolution*. New York. Williams and Norgate
- Morris-Suzuki, Tessa (1997) *Robots and Capitalism*. In: Davis/Hirsch/Stack (1997). S. 13-27
- Mosekilde, Erik et al. (1993) *Mode Locking and Nonlinear Entrainment of Macroeconomic Cycles*. In: Day/Chen (1993). S- 58-83
- Moulaert, Frank./Swyngedouw, Erik (1990) *Regional Development and the Geography of the Flexible Production System. Theoretical Arguments and Empirical Evidence from Western Europe and the U.S.* In: Borst, Renate et al. (1990) (Hrsg.) *Das neue Gesicht der Städte. Theoretische Ansätze und empirische Befunde aus der internationalen Debatte*. Basel/Boston/Berlin. Birkhäuser
- Möller, Carola (1990) *Ungeschützte Arbeit im Dienstleistungssektor. Theoretische Verortung und empirische Ergebnisse*. In: Autorinnengemeinschaft (Hrsg.) (1990) *Erklärungsansätze zur geschlechtsspezifischen Strukturierung des Arbeitsmarktes*. Paderborn. Univ. Paderborn
- Mumford, Lewis (1974) *Mythos der Maschine. Kultur, Technik und Macht*. Wien. Europa Verlags-AG
- Nachtmann, Clemens (1996) *Wenn der Weltgeist dreimal klingelt. Zur Geschichtsmetaphysik der Krisis-Gruppe*. In: Bahamas, Nr. 21. S. 24-28
- Naser, Curtis (1994) *The Dialectics of Self-Organization and Nonlinear Systems*. In: Dialectic. Cosmos and Society. Nr. 7
- Negri, Toni (1971) *Crisis of the Planner-State. Communism and Revolutionary Organisation*. In: Negri (1988). S. 91-148
- Negri, Toni (1980) *Crisis of the Crisis State*. In: Negri (1988). S. 177-197
- Negri, Toni (1982) *Archaeology and Project. The Mass Worker and the Social Worker*. In: Negri (1988). S. 199-228

- Negri, Toni (1988) *Revolution Retrieved. Selected Writings on Marx, Keynes, Capitalist Crisis and New Social Subjects 1967-83*. London. Red Notes
- Negri, Toni/Hardt, Michael (1997) *Die Arbeit des Dionysos: Materialistische Staatskritik in der Postmoderne*. Berlin. Edition ID-Archiv
- Negri, Toni/Lazzarato, Maurizio/Virno, Paolo (1998) *Umherschweifende Produzenten. Immaterielle Arbeit und Subversion*. Berlin. ID
- Nelson, Richard/Winter, Sidney (1982) *An Evolutionary Theory of Economic Change*. Cambridge, Mass. Harvard University Press
- Neusüss, Christa (1985) *Die Kopfgeburten der Arbeiterbewegung oder Die Genossin Luxemburg bringt alles durcheinander*. Hamburg. Rasch & Röhrling.
- Nicolis, Gregoire/Prigogine, Ilya (1989) *Exploring Complexity*. New York. Freeman
- Noppe, Ronald/Waringo, Karin (1996) *Die Regulationstheorie und die Transnationalisierung der Ökonomie. Das Fallbeispiel Telekommunikation*. In: Bruch/Krebs (1996). S. 141-159
- O'Brien, Philip (1977) *Zur Kritik lateinamerikanischer Dependencia-Theorien*. In: Puhle (1977b). S. 33-60
- Ofner, Franz (1997) *Machtverteilung und Organisation: Zur Dynamik von wirtschaftlicher Entwicklung, Arbeitsbeziehungen und betrieblichen Strukturierungsprozessen*. Habilitationsschrift. Klagenfurt
- Ominami, Carlos (1986) *Le tiers monde dans la crise. Essai sur les transformations des rapports Nord-Sud*. Paris. Ed. La Découverte
- Parker, Mike/Slaughter, Jane (1988) *Choosing Sides. Unions and the Team Concept*. Boston. South End Press
- Perez, Carolta (1983) *Structural Change and the Assimilation of New Technologies in the Economic and Social System*. In: Futures, Vol. 15, Nr. 5. S. 357-375
- Plant, Sadie (1997) *Zeros and Ones. Digital Women and the New Technoculture*. London. Fourth Estate.
- Polanyi, Karl (1976) *The Great Transformations*. Frankfurt/Main. Suhrkamp
- Pongs, Armin (1999) *In welcher Gesellschaft leben wir eigentlich? Gesellschaftskonzepte im Vergleich*. München. Dilemma
- Poulantzas, Nicos (1978) *Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, sozialistische Demokratie*. Hamburg. VSA
- Prigogine, Ilya/Stengers, Isabel (1993) *Das Paradox der Zeit*. München/Zürich. 1993
- Probst, Gilbert J. B. (1987) *Selbst-Organisation. Ordnungsprozesse in sozialen Systemen aus ganzheitlicher Sicht*. Berlin. Parey
- Puhle, Hans-Jürgen (1977a) *Dependencia – eine Kategorie der historischen Lateinamerika-Forschung?* In: Puhle (1977b). S. 15-32
- Puhle, Hans-Jürgen (Hrsg.) (1977b) *Lateinamerika – Historische Realität und Dependencia-Theorien*. Hamburg. Hoffmann und Campe
- Quiatt, Duane (1995) *Primate behaviour: information, social knowledge and the evolution of culture (Cambridge studies in biological anthropology 12)*. Cambridge. Cambridge University Press

- Rammert, Werner (1993) *Technik aus soziologischer Perspektive: Forschungsstand, Theorieansätze, Fallbeispiele. Ein Überblick*. Opladen. Westdeutscher Verlag
- Raulet, Gérard (1988) *Die neue Utopie. Die soziologische und philosophische Bedeutung der neuen Kommunikationstechnologien*. In: Frank, Manfred et al (Hrsg.) (1988) *Die Frage nach dem Subjekt*. Frankfurt/Main. Suhrkamp. S. 283-317
- Revelli, Marco (1999) *Die gesellschaftliche Linke: Jenseits der Zivilisation der Arbeit*. Münster. Westfälisches Dampfboot
- Ribolits, Erich (1995) *Die Arbeit hoch? Berufspädagogische Streitschrift wider die Totalverzweckung des Menschen im Post-Fordismus*. Wien. Profil Verlag
- Rifkin, Jeremy (1995) *Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft*. Frankfurt am Main/New York. Campus
- Robertson, Roland (1992) *Globalization. Social Theory and Global Culture*. London. Sage
- Robles, Alfredo C. (1994) *French Theories of Regulation and Conceptions of the International Division of Labour*. Hampshire/London. Macmillan
- Romer, Paul M. (1990) *Endogenous Technological Change*. In: Hanusch (1999a). Band 2. S. 5-36
- Ropohl, Günther (1996) *Ethik und Technikbewertung*. Frankfurt a. M. Suhrkamp
- Rosenau, James N. (1990) *Turbulence in World Politics. A Theory of Change and Continuity*. New York. Harvester Wheatsheaf.
- Roth, Karl Heinz (Hrsg.) (1994) *Die Wiederkehr der Proletarität. Dokumentation der Debatte*. Köln. ISP
- Ruf, Anja (1990) *Frauenarbeit und Fordismustheorie*. Frankfurt/Main. Dissertation. Goethe-Universität Frankfurt/Main
- Russell, Kathryn (1994/1997) *A Value Theoretic Approach to Childbirth and Reproductive Engineering*. In: Hennessey/Ingraham (1997). S. 328-344
- Sablowski, Thomas (1994) *Zum Status des Hegemoniebegriffs in der Regulationstheorie*. In: Esser/Görg/Hirsch (1994a). S. 133-156
- Sablowski, Thomas (1998) *Italien nach dem Fordismus. Regulation und organische Krise einer kapitalistischen Gesellschaftsformation*. Münster. Westfälisches Dampfboot
- Sandkühler, Hans Jörg (Hrsg.) (1990) *Europäische Enzyklopädie in Philosophie und Wissenschaften*. Hamburg. Felix Meiner Verlag
- Sassen, Saskia (1991) *The Global City*. Princeton, New York. Princeton University Press.
- Sassen, Saskia (1998) *Globalization and its Discontents*. New York. New Press
- Sautter, Hermann (1977) *Unterentwicklung und Abhängigkeit als Ergebnisse außenwirtschaftlicher Verflechtung. Zum ökonomischen Aussagewert der Dependencia-Theorie*. In: Puhle (1977b). S. 61-101
- Scheich, Elvira (Hrsg.) (1996) *Vermittelte Weiblichkeit: feministische Wissenschafts- und Gesellschaftstheorie*. Hamburg. Hamburger Edition
- Schelsky, Helmut (1965) *Der Mensch in der wissenschaftlichen Zivilisation*. In: ders. (1965) *Auf der Suche nach der Wirklichkeit*. Düsseldorf/Köln. Diederichs

- Scherrer, Christoph (1992) *Im Bann des Fordismus. Die Auto- und Stahlindustrie der USA im internationalen Konkurrenzkampf*. Berlin. Edition Sigma Bohn
- Schlemm, Annette (1999) *Dass nichts bleibt, wie es ist... Philosophie der selbstorganisierten Entwicklung. Band II: Möglichkeiten menschlicher Zukünfte*. Münster. LIT-Verlag
- Schmidt, Conrad (1889) *Die Durchschnittsproftrate auf Grundlage des Marxschen Werthgesetzes*. Stuttgart. Dietz
- Scholz, Roswitha (2000) *Das Geschlecht des Kapitalismus. Feministische Theorien und die postmoderne Metamorphose des Patriarchats*. Bad Honnef. Horlemann
- Schumann, Harald (1997) *Die Globalisierungsfalle*. Online unter: <http://www.gwdg.de/~fsbio/speech.htm>
- Schumpeter, Joseph Alois (1908) *Das Wesen und der Hauptinhalt der theoretischen Nationalökonomie*. Berlin. Duncker & Humblot
- Schumpeter, Joseph Alois (1911/1993) *Die Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung. Eine Untersuchung über Unternehmergewinn, Kapital, Kredit, Zins und den Konjunkturzyklus*. Berlin. Duncker + Humblot
- Schumpeter, Joseph Alois (1934) *The Theory of Economic Development*. Cambridge. Harvard University Press
- Schumpeter, Joseph Alois (1939) *Business Cycles. A Theoretical, Historical and Statistical Analysis of the Capitalist Process*. London/New York. McGraw-Hill
- Schumpeter, Joseph Alois (1942) *Capitalism, Socialism and Democracy*. New York. Harper & Brothers
- Schumpeter, Joseph Alois (1946) *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*. Bern. Francke
- Schumpeter, Joseph Alois (1954) *History of economic analysis*. London. Allen & Unwin
- Schwaninger, Markus (1994) *Managementsysteme*. Frankfurt am Main/New York. Campus-Verlag
- Schweitzer, Frank/Silverberg, Gerald (Hrsg.) (1998) *Evolution und Selbstorganisation in der Ökonomie. Selbstorganisation: Jahrbuch für Komplexität in den Natur-, Sozial- und Geisteswissenschaften. Band 9*. Berlin. Duncker und Humblot
- Shaikh, Anwar (1989) *The Current Economic Crisis. Causes and Implications*. Detroit, MI. *Against the Current* Pamphlet
- Shaikh, Anwar et al. (1994) *Measuring the Wealth of Nations. The Political Economy of National Accounts*. Cambridge. Cambridge University Press
- Shaikh, Anwar (1997a) *Explaining Inflation and Unemployment: An Alternative to Neoliberal Economic Theory*. <http://homepage.newschool.edu/~shaikh/inflation2.pdf>
- Shaikh, Anwar (1999) *Explaining the Global Economic Crisis*. <http://homepage.newschool.edu/~shaikh/BRENTtext.pdf>
- Shannon, Claude E./Weaver, Warren (1949) *A Mathematical Theory of Communication*. Urbana. University of Illinois Press
- Shimizu, T. (1979) *Wirtschaftliche und humane Aspekte eines Systems zur Produktionssteuerung in der japanischen Automobilindustrie*. In: Wunderer, Rolf (Hrsg.) (1979) *Humane Personal- und Organisationsentwicklung*. Berlin. Duncker & Humblot
- Silverberg, Gerald (1998) *The Economy as an Evolving Complex System II*. Buchbesprechung. In: Schweitzer/Silverberg (1998). S. 475-481

- Silverberg, Gerald/Dosi, Giovanni/Orsenigo, Luigi (1988) *Innovation, Diversity and Diffusion: A Self-Organisation Model*. In: Hanusch (1999a). Vol. 1. S. 427-449
- Simon, Herbert A. (1984) *On the Behavioral and Rational Foundations of Economic Dynamics*. In: Hanusch (1999a). Vol. 1. S. 318-338
- Sombart, Werner (1927) *Das Wirtschaftsleben im Zeitalter des Hochkapitalismus*. München/Leipzig.
- Spengler, Oswald (1931) *Der Mensch und die Technik. Beitrag zu einer Philosophie des Lebens*. München. Beck
- Springer, Roland (1999) *Rückkehr zum Taylorismus? Arbeitspolitik in der Automobilindustrie am Scheideweg*. Frankfurt am Main/New York. Campus
- Stanger, Michael (1988) *Krisentendenzen der Kapitalakkumulation. Theoretische Kontroversen und empirische Befunde*. Berlin. Edition Casa Blanca, Verlag Michael Ernst-Pörksen
- Steinkühler, Mirko *Lean Production. Das Ende der Arbeitsteilung?* München/Mering. HamPP. o.J.
- Stephan, Achim (1999) *Emergenz: Von der Unvorhersagbarkeit zur Selbstorganisation*. Dresden/München. Dresden University Press
- Stockhammer, Engelbert (2000) *Krise oder finanzdominiertes post-fordistisches Akkumulationsregime?* In: Kurswechsel 4/2000. S. 41-53
- Strehle, Res (1991) *Kapital und Krise*. Berlin. Schwarze Risse
- Sweezy, Paul M. (1942) *Theorie der kapitalistischen Entwicklung. Eine analytische Studie der Marxschen Sozialökonomie*. Köln. Bund-Verlag
- Taylor, Frederick Winslow (1919) *Die Grundsätze wissenschaftlicher Betriebsführung*. München. Oldenbourg
- Tcheprakov, Victor (1969) *Le Capitalisme monopoliste d'Etat*. Moskau. Ed. du Progres
- Thompson, Edward P. (1961) *Review of Raymond Williams' The Long Revolution*. In: Munns, Jessica/Rajan, Gita (Eds.) (1995) *A Cultural Studies Reader*. London. S. 155-162
- Trenkle, Norbert (2000) *Weil nicht sein kann, was nicht sein darf. Über Michael Heinrichs Versuch, die marxische Krisentheorie unschädlich zu machen*. S. 16-22
- Tugan-Baranowsky, Michael Ivanovic (1901/1969) *Studien zur Theorie und Geschichte der Handelskrise in England*. Aalen. Scientia-Verl.,
- Tugan-Baranowsky, Michael Ivanovic (1905) *Theoretische Grundlagen des Marxismus*. Leipzig. Duncker + Humblot
- Turkle, Sherry (1998) *Leben im Netz*. Reinbek bei Hamburg. Rowohlt
- Tylecote, Andrew (1992) *The Long Wave in the World Economy*. London. Routledge
- Ullrich, Otto (1979) *Technik und Herrschaft. Vom Hand-Werk zur verdinglichten Blockstruktur industrieller Produktion*. Frankfurt/Main. Suhrkamp. 3. Auflage 1988
- United States Department of Commerce/Bureau of the Census (1990) *Statistical Abstract of the United States 1990*. Washington, D.C. United States Government Printing Office
- Usher, A.P. (1955) *Technical change and capital formation*. In: Rosenberg, Nathan (Hrsg.) (1971) *The Economics of Technological Change*. Harmondsworth. Penguin. S. 43-72

- Varela, Francisco J. (1990) *Kognitionswissenschaft, Kognitionstechnik*. Frankfurt/Main. Suhrkamp.
- Verzola, Roberto (o.J.) *Globalization: The Third Wave*. <http://www.yorku.ca/research/dkproj/crit-ict/rv1.htm>
- Virilio, Paul (1992) *Rasender Stillstand*. München/Wien. Hanser
- Wagner, Ina (1993) *Neue Reflexivität. Zu einem kulturtheoretischen Verständnis der Realitätskonstruktion in Organisationen*. In: Wagner, Ina (Hrsg.) (1993) *Kooperative Medien. Informationstechnische Gestaltung moderner Organisationen*. Frankfurt am Main/New York. Campus. S. 7-66
- Wallerstein, Immanuel (1974) *The modern world-system. Capitalist agriculture and the origins of the European world-economy in the sixteenth century*. New York. Academic Press
- Wallerstein, Immanuel (1981) *The modern world-system. Mercantilism and the consolidation of the European world-economy*. New York. Academic Press
- Wallerstein, Immanuel (1983) *Die Zukunft der Weltökonomie*. In: Blaschke (1983). S. 215-229
- Wallerstein, Immanuel (1986) *Das moderne Weltsystem. Kapitalistische Landwirtschaft und die Entstehung der europäischen Weltwirtschaft im 16. Jahrhundert*. Frankfurt am Main. Syndikat
- Wallerstein, Immanuel (1988) *The modern world-system. The second era of great expansion of the capitalist world-economy*. New York. Academic Press
- Wallerstein, Immanuel (1995) *Die Sozialwissenschaft „kaputtdenken“. Die Grenzen der Paradigmen des 19. Jahrhunderts*. Weinheim. Beltz Athenäum Verlag
- Wallerstein, Immanuel (1997a) *The End of Certainties in the Social Sciences*. Talk at the Seminar “Conceptos en Ciencias y Humanidades. Mexico City, Oct. 16, 1998. <http://fbc.binghamton.edu/iwendert.htm>
- Wallerstein, Immanuel (1997b) *Uncertainty and Creativity*. Talk at Forum 2000: Concerns and Hopes on the Threshold of the New Millennium. Prague, Sept. 3-6, 1997. <http://fbc.binghamton.edu/iwuncer.htm>
- Wallerstein, Immanuel (1998) *Utopistics: or, Historical Choices for the Twenty-First Century*. New York. New Press
- Wallerstein, Immanuel (1999a) *Globalization or the Age of Transition? A Long-Term View of the World-System*. <http://fbc.binghamton.edu/iwtrajws.htm>
- Wallerstein, Immanuel (1999b) *Uncertainty and Historical Progress*. <http://fbc.binghamton.edu/iwposb.htm>
- Wallerstein, Immanuel (2000) *Ab abschüssiger Strecke mit defekten Bremsen*. In: *Le Monde Diplomatique* (German Edition). 11/08/2000. <http://monde-diplomatique.de/mtpl/2000/08/11/a0037.stext?Name=askp6VVBa&idx=1>
- Waringo, Karin (1998) *Die Internationalisierung der Produktion in der französischen Regulationstheorie*. Frankfurt am Main/New York. Campus
- Warnecke, Hans-Jürgen (1992) *Die Fraktale Fabrik: Revolution der Unternehmenskultur*. Berlin. Springer
- Warnke, Camilla/Huber, Gerhard (Hrsg.) (1998) *Die ökonomische Theorie von Marx - was bleibt? Reflexionen nach dem Ende des europäischen Kommunismus*. Marburg. Metropolis
- Weidlich, W./Haag, G. (1983) *Concepts and Models of Quantitative Sociology*. Berlin/Heidelberg/New York. Springer
- Weise, Peter (1996) *Evolution and Self-Organisation*. In: *Journal of Institutional and Theoretical Economics*. Vol. 152/4 (1996). S. 716-722

- Weise, Peter (1997) *Ökonomische Evolution und Selbstorganisation*. In: Initial 8 (1997) 1/2. S. 69-84
- Weise, Peter (1998a) *Der Preismechanismus als ökonomischer Selbstorganisationsprozess*. In: Schweitzer/Silverberg (1998). S. 315-331
- Weise, Peter (1998b) *Evolution und Selbstorganisation bei Karl Marx*. In: Warnke./Huber (1998). S. 179-192
- Werlhof, Claudia von (1991a) *Was haben die Hühner mit dem Dollar zu tun? Frauen und Ökonomie*. München. Frauennoffensive
- Werlhof, Claudia von (1991b) *Der blinde Fleck in der Kritik der Politischen Ökonomie*. In: Werlhof (1991a), S. 39-52
- Werlhof, Claudia von (1992) *Zum Natur- und Gesellschaftsbegriff im Kapitalismus*. In: Bennholdt-Thomsen, Veronika/Mies, Maria/Werlhof, Claudia von (1992). S. 140-163
- Wildcat (1999) *Kritik am Manifest der Arbeit*. In: Wildcat-Zirkular, Nr. 54. S. 43-54
- Wildcat (2000) *Zu Kurz gedacht – Krisis zwischen Arbeit und Staat*. In: Wildcat-Zirkular, Nr. 56/57, S. 43-51
- Williams, Raymond (1961) *The Long Revolution*. London
- Winter, Gustav (1920) *Der Taylorismus. Handbuch der wissenschaftlichen Betriebs- und Arbeitsweise für die Arbeitenden aller Klassen, Stände und Berufe*. Leipzig. Hirzel-Verlag
- Witt, Ulrich (1987) *Individualistische Grundlagen der evolutiorischen Ökonomik*. Tübingen. Mohr
- Witt, Ulrich (1992) *Überlegungen zum gegenwärtigen Stand der evolutorischen Ökonomik*. In: Biervert, Bernd./Held, Martin. (Hrsg.) (1992) *Evolutorische Ökonomik. Neuerungen, Normen, Institutionen*. Frankfurt/Main. Campus. S. 23-55
- Witt, Ulrich (1997) *Self-organization and economics – what is new?* In: Structural Change and Economic Dynamics 8 (1997). S. 489-507
- Zhang, Wei-Bin (1991) *Synergetic Economics. Time and Change in Nonlinear Economics*. Berlin u.a. Springer
- Zinn, Karl Georg (1994a) *Die Wirtschaftskrise. Wachstum oder Stagnation. Zum ökonomischen Grundproblem reifer Volkswirtschaften*. Mannheim/Leipzig/Wien/Zürich. BI-Taschenbuchverlag
- Zinn, Karl Georg (1994b) *Marx und Keynes – Prognostische Theorien oder nur noch Dogmengeschichte?* In: Heise/Meißner/Tofaute (1994). S. 51-85
- Zinn, Karl Georg (1995) *Konjunktur und Wachstum*. Aachen. Verlag der Augustinus Buchhandlung. 2. Auflage
- Zinn, Karl Georg (1997) *Makroökonomie. Einführung in die Einkommens- und Beschäftigungstheorie*. Aachen. Verlag der Augustinus Buchhandlung. 6. Auflage

# Publikationsliste Christian Fuchs

## 1. Monographien:

Fuchs, Christian (2000) *Selbstorganisation in der Informationsgesellschaft*. Wien. Technische Universität Wien. Diplomarbeit

Fuchs, Christian (2001) *Soziale Selbstorganisation im informationsgesellschaftlichen Kapitalismus*. Monographie. Wien/Norderstedt. Libri BOD

Fuchs, Christian (2002) *Aspekte der evolutionären Systemtheorie in ökonomischen Krisentheorien unter besonderer Berücksichtigung techniksoziologischer Bezüge*. Wien. Technische Universität Wien. Dissertation

Fuchs, Christian (gem. mit Christiane Floyd u. Wolfgang Hofkirchner) (Hrsg.) (2002) *Stufen zur Informationsgesellschaft. Festschrift zum 65. Geburtstag von Klaus Fuchs-Kittowski*. Wien u.a. Peter Lang Verlag

## 2. Artikel, Papers:

Fuchs, Christian (1998) *Was ist Computer Supported Cooperative Work?*  
<http://stud4.tuwien.ac.at/~e9426503/infogestech/cscw.html>

Fuchs, Christian (1999) Macht in Arbeitsbeziehungen im Kontext der kontrollgesellschaftlichen Umstrukturierung  
<http://stud4.tuwien.ac.at/~e9426503/infogestech/macht.html>

Fuchs, Christian (1999) *Informations- und Kommunikationstechnologien im Kontext der kontrollgesellschaftlichen Umstrukturierung*. Vortrag am 20. Kongress Politische Psychologie „Sozialisation und Identitäten. Politische Kultur im Umbruch?“, Hamburg, 15.-18.10.1998. In: Moser, Helmut (Hrsg.) (1999) *Sozialisation und Identitäten - Politische Kultur im Umbruch*. ZfPP. Bonn. Deutscher Psychologen-Verlag  
<http://stud4.tuwien.ac.at/~e9426503/infogestech/ik.html>

Fuchs, Christian (1999) *Die ökonomische Krise in Südostasien*  
<http://stud4.tuwien.ac.at/~e9426503/infogestech/asiancrisis.html>

Fuchs, Christian (1999) *Der Feminismus Donna Haraways*  
<http://stud4.tuwien.ac.at/~e9426503/infogestech/haraway.html>

Fuchs, Christian/Hofkirchner, Wolfgang. (1999) *Information in Social Systems*. Vortrag am 7. Internationalen Kongress der Internationalen Gesellschaft für Semiotik (IASS/AIS) am 4.10.1999 in Dresden. In: Schmitz, Walter (2001) *Sign Processes in Complex Systems. Proceedings of the 7th International Congress of the IASS-AIS*. Dresden: Thelem 2001. ISBN 3-933592-21-6

<http://stud4.tuwien.ac.at/~e9426503/infosoc/infosoc.html>

Fuchs, Christian/Hofkirchner, Wolfgang (2000) *Ein einheitlicher Informationsbegriff für eine einheitliche Informationswissenschaft*. Beitrag bei der Fachtagung „Organisationsinformatik und Digitale Bibliothek in der Wissenschaft“, 23 - 24/03/2000. Humboldt Universität Berlin. In: Floyd, Christiane/Fuchs, Christian /Hofkirchner, Wolfgang (Hrsg.) (i.E.) *Stufen zur Informationsgesellschaft*. Wien u.a. Peter Lang Verlag  
<http://stud4.tuwien.ac.at/~e9426503/infosoc/einheitinfo.html>

Fuchs, Christian/Hofkirchner, Wolfgang (2000) *Die Dialektik der Globalisierung in Technik, Ökonomie, Politik und Kultur*. Beitrag beim Jubiläumskongress der Österreichischen Gesellschaft für Soziologie. 20-23/09/2000. In: Online-Proceedings des Jubiläumskongresses der Österreichischen Gesellschaft für Soziologie. <http://www.univie.ac.at/OEGS-Kongress-2000/>

Fuchs, Christian (2001) *Technisch vermittelte Entkörperlichung – Emanzipation oder Risiko?* In: Utopie Kreativ, H. 129/130 (Juli/August 2001). S. 644-658  
<http://cartoon.iguw.tuwien.ac.at/christian/entkoerp.html>

Fuchs, Christian (2001) *Informations- und Biotechnologie – Befreiende oder herrschaftsförmige Technik?*  
<http://stud4.tuwien.ac.at/~e9426503/infogestechn/entkoerp.html>

Fuchs, Christian (2001) *Die IdiotInnen des Kapitals: "Freie" Softwareproduktion - Antizipation des Postkapitalismus?* In: Streifzüge, 1/2001, S. 13-18  
<http://stud4.tuwien.ac.at/~e9426503/infogestechn/fsw.html>

Fuchs, Christian (2001) *Anmerkungen zu Produktivkraftentwicklung und Aufhebung*  
<http://stud4.tuwien.ac.at/~e9426503/infogestechn/fsw.html>

Fuchs, Christian (2001) *Leben und Selbstorganisation im postfordistischen, neoliberalen und informationsgesellschaftlichen Kapitalismus*  
<http://cartoon.iguw.tuwien.ac.at/christian/gesellschaft.html>

Fuchs, Christian (2001) *Anarchismus und Selbstorganisation*. In: Schwarzer Faden, Nr. 72, 2/2001. S. 46-50  
<http://cartoon.iguw.tuwien.ac.at/christian/anaso.html>

Fuchs, Christian (2001) *Zur Aktualität ausgewählter Aspekte des Werks Herbert Marcuses*.  
<http://cartoon.iguw.tuwien.ac.at/christian/marcuse.html>

Fuchs, Christian (2001) *On the Topicality of Selected Aspects of Herbert Marcuse's Works*.  
[http://cartoon.iguw.tuwien.ac.at/christian/marcuse\\_eng.html](http://cartoon.iguw.tuwien.ac.at/christian/marcuse_eng.html)

Fuchs, Christian (2001) *One Dimensional-Man 2000. Zur Aktualität des Denkens Herbert Marcuses*. In: Kalaschnikow, 9.11.2001.  
<http://www.kalaschnikow.de/de/txt/2001/fuchs1.html>

Fuchs, Christian/Hofkirchner, Wolfgang (2001) *Theorien der Globalisierung*. In: Z-Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Nr. 48. S. 21-34

Fuchs, Christian/Hofkirchner, Wolfgang (2002) *Globalisierung: Ein allgemeiner, dialektischer Prozess der Menschheitsgeschichte*. In: Z-Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Nr. 49 (im Erscheinen)

Fuchs, Christian/Hofkirchner, Wolfgang (2002) *Globalisierung in der aktuellen Phase des Kapitalismus*. In: Z-Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Nr. 50 (im Erscheinen)

Fuchs, Christian/Hofkirchner, Wolfgang/Klauninger, Bert (2001) *The Dialectic of Bottom-Up and Top-Down Emergence in Social Systems*. Beitrag beim Kongress "Problems of Individual Emergence", Amsterdam, 16.-20.4.2001. In: Systemica (im Erscheinen)

Fuchs, Christian (2001) *Information and Self-Organisation in Social Systems*. Paper presented at the Bertalanffy Anniversary Conference – Unity through Diversity, Vienna University of Technology, Vienna, 11/01 – 11/04/2001. In: Proceedings of the Bertalanffy Anniversary Conference – Unity through Diversity (forthcoming)

Fuchs, Christian (2001) *Social Information and Self-Organisation*. In: Robert Trappl (im Erscheinen) *Proceedings of the 16th European Meeting on Cybernetics and Systems Research*

Fuchs, Christian (2001) *Der Technikbegriff bei Rosa Luxemburg und seine Bedeutung für aktuelle techniksoziologische Fragen*. In: Ernst Bloch Assoziation (Hrsg.) *Vorschein*, Nr. 22/23 (im Erscheinen)

„...derzeit eines der wichtigsten Bücher auf meinem Tisch“ (Ralf Burnicki, in: *Graswurzelrevolution*, 10/2001)

„Insgesamt gesehen bietet dieses Buch eine kritische Analyse der heutigen Gesellschaft und ihrer Veränderungen und überzeugt durch eine Fassung der Idee sozialer Selbstorganisation, die im Gegensatz zu Luhmanns Selbstreferentialität sozialer Systeme nicht als affirmativ, sondern als kritisch zu betrachten ist“. (Wechselwirkung, Nr. 113)

## Christian Fuchs: Soziale Selbstorganisation im informationsgesellschaftlichen Kapitalismus.

Gesellschaftliche Verhältnisse heute und Möglichkeiten zukünftiger Transformationen.  
Wien/Norderstedt. Libri Books on Demand. 2000. 248 Seiten. 37 DM. 260 ATS. 30 SFr. 18,90  
EURO. ISBN 3-8311-1601-6

Die heutigen gesellschaftlichen Verhältnisse zeichnen sich durch eine Verschärfung der globalen Probleme und die zunehmende Prekärisierung der Lebensverhältnisse großer Teile der Weltbevölkerung aus. Gleichzeitig setzen die Protagonisten der „New Economy“ große Hoffnungen in den technischen Fortschritt. Angesichts der Richtung der technischen und gesellschaftlichen Entwicklung wird jedoch bezweifelt, dass sich eine Humanisierung der Lebensverhältnisse unter den bestehenden Bedingungen ergeben wird.

Die Theorie der *Selbstorganisation* bietet eine Möglichkeit, gesellschaftliche Entwicklung dialektisch und nichtdeterministisch zu fassen. Dieses neue wissenschaftliche Paradigma ist auch für aktuelle politische, ökonomische und soziale Diskussionen und Probleme von konkreter Bedeutung

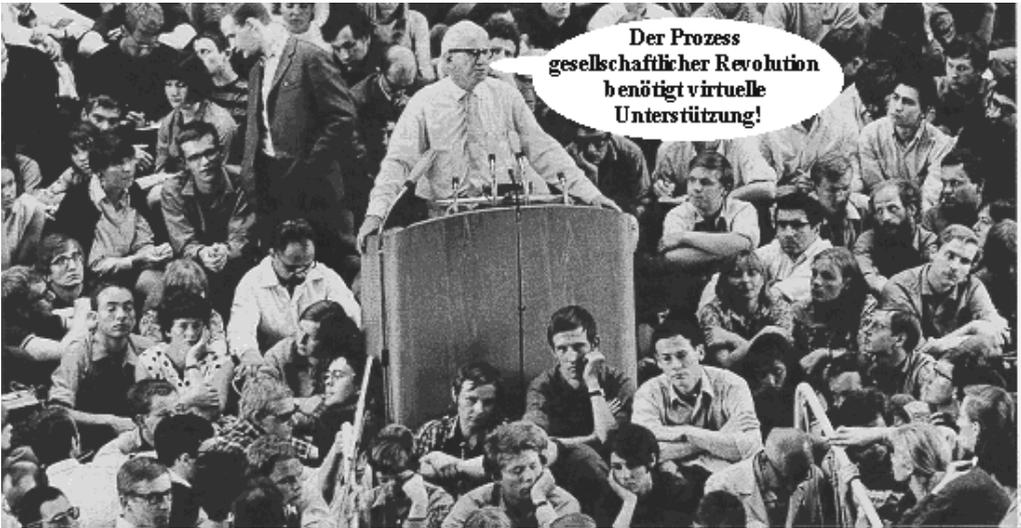
Der vorliegende Band untersucht die Möglichkeiten *sozialer Selbstorganisation* und *emanzipatorischer Prozesse* im kapitalistischen Weltsystem heute. Diskutiert werden gesellschaftliche Veränderungen in Ökonomie, Politik, Technologie, Kultur und Ideologie, die Verschärfung der globalen Probleme, die postfordistische Phase des Kapitalismus, der Zusammenhang von *Demokratie und Selbstorganisation*, die Selbstorganisationsmöglichkeiten *emanzipatorischer Subjekte* und potentielle zukünftige Formen sozialer Selbstorganisation in einer anderen Gesellschaftsformation. Die Selbstorganisationstheorie zeigt uns, von welcher immanenter Bedeutung grundsätzlicher sozialer Wandel in der heutigen Situation wäre. Eine Lösung der globalen Probleme erscheint so nur durch die Nutzung der Selbstorganisationspotenz der Menschheit möglich. Neben Aspekten der Selbstorganisationstheorie stellen u.a. die Marxsche Wertkritik, die Regulationstheorie sowie die Arbeiten von Gilles Deleuze/Félix Guattari und Hakim Bey wesentliche Bezugspunkte für weiterführende Überlegungen dar.

Bestellungen über den Buchhandel oder über <http://www.libri.de>

## Herbert Marcuse Archiv

<http://cartoon.iguw.tuwien.ac.at/christian/marcuse/>

Die Homepage der Herbert Marcuse Assoziation



Auf dieser ständig erweiterten Seite finden sich Informationen über Leben und Werk Herbert Marcuses, biographische Angaben, aktuelle Hinweise, Primärtexte und Sekundärliteratur zur Aktualität des Marcuseschen Denkens.

Kritisches Denken braucht kritische Öffentlichkeit, in der Informationsgesellschaft muss es sich alle vorhandenen Medien zunutze machen, um effektiv zu agieren. Folglich stellen der Schritt und der Versuch, das Denken Marcuses im Netz zu repräsentieren, notwendige Anpassungsschritte Kritischer Theorie an die sich verändernde Weltlage dar



